

**BERLINER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE IN DER DEUTSCHEN POLITIK.
ELEKTRO-INDUSTRIE – VERBÄNDE – PARTEIEN (1862 – 1920).**

**Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13
der Freien Universität Berlin (Geschichtswissenschaften)**
—

**vorgelegt von
Hans Martin Barth
aus —
Worms/Rh.**

Berlin, 1980

1977
—



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546604_0021

BERLINER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE IN DER DEUTSCHEN POLITIK.
ELEKTRO-INDUSTRIE - VERBÄNDE - PARTEIEN (1862 - 1920).

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13
der Freien Universität Berlin (Geschichtswissenschaften)

vorgelegt von

Hans Martin Barth

aus

Worms/Rh.

Berlin, 1980

Gedruckt mit Genehmigung
des
Fachbereichs 13 der Freien Universität Berlin
(Geschichtswissenschaften)
Fachbereichssprecher Prof. Dr. E. Nolte



Referent: Prof. Dr. R. R ü r u p
Korreferent: Prof. Dr. H. K a e l b l e

Tag der mündlichen Prüfung: 20. April 1977

VERITAS LIBERABIT VOS !

(Joh. VIII., 32).

Meinen Eltern

und

Den Brüdern meines Vaters

Hermann, Maximilian und Gustav Adolf Barth

+ Frankreich, Spätsommer 1914

und
für

Den Bruder meiner Mutter

Paul Gähtgens

+ Norwegen, im November 1944

Nicht für Longwy und Briey, nicht für die Unehre 1933 - 1945!

IV VORWORT

Die vorliegende Studie befaßt sich mit Voraussetzungen, Formen und Ergebnissen industrieller Teilhabe an Politik. Sie verfolgt eine doppelte Aufgabe: sie will im Beobachtungszeitraum der Jahre 1860 bis 1914 und vereinzelt auch bis 1920 Etappen der politischen Meinungsbildung in der Unternehmerschaft aufzeigen und deren Umsetzung in Einflußnahmen auf Verbände und Parteien, auf Bürokratie und öffentliche Meinung erhellen. Als Kontext hat sie dabei gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Prozesse zu charakterisieren, die sich in dieser Zeit in den Wechsel von Adressaten und Handlungsebenen, sowie Strategien und Legitimationsansätze des politischen Engagements von Unternehmern übertragen.

Diese Aufgabe wird nicht für eine amorphe Vielzahl politisch ambitionierter Vertreter der Arbeitgeberschaft geleistet, sondern auf dem eingegrenzten Feld der Berliner Elektro-Großindustrie unternommen, wo insbesondere Ereignisse und Fakten im Umkreis der ältesten der Berliner Großfirmen, der Unternehmen Siemens & Halske (S&H), Siemens-Schuckert (SSW) berücksichtigt werden. Für diese Option sprechen mehrere Gründe.

Inhaltlich sprach dafür die Erwägung, daß die Leitung der Siemens'schen Firmen durch drei Generationen hindurch in der Hand einer Familie lag, deren Mitglieder früh in die bürgerliche Politik des 19. Jahrhunderts eintraten, sich im Bismarckschen Reich mit eigenen Beiträgen in Sozial- und Wirtschaftspolitik zu Wort meldeten, und bis in die Weimarer Zeit hinein preußische und Reichspolitik zu beeinflussen vermochten.

Ein eher formales, aber nicht weniger gewichtiges Argument bildete die Quellenlage. Da die Arbeit nicht nur aus der Sphäre staatlicher Politik berichtet, sondern wesentlich Geschehen aus Betrieben, wirtschaftlichen Vereinen und Organisationen in die Schilderung mit einbezieht, hatte ihr thematischer und methodischer Zuschnitt zugleich die für diese Bereiche zugängliche und spezifisch nutzbare Quellenbasis

zu berücksichtigen. Das aber hieß hier verbreitet: Kriegsverluste und Benutzungssperren in Rechnung zu stellen; denn in dem für die Geschichte der Berliner Firmen der Elektro-Großindustrie einschlägigen Verbands-, Vereins- und Kammerwesen gebricht es auf Grund von Einbußen der Kriegs- und Nachkriegsjahre an nötigsten archivalischen Unterlagen. Teils faktischer, teils persönlicher und materieller Gründe wegen war zudem relevantes Material, das in Archiven der DDR betreut wird, für die Arbeit nicht nutzbar.¹ Als Glücksfall durfte es darum gelten, daß für Teile der Untersuchung mit dem "Siemens-Archiv- und Museum"² in München Bestände eines der ältesten und umfassend angelegten Industrie-Archive der wissenschaftlichen Nutzung offen stand.³ Doch ließ sich darüber nicht schon das Manko ausgleichen, das einer relativ eng auf Berlin und Preußen bezogenen Studie notwendig durch den Ausfall der DDR-Archive entstand. Der Problemkreis: Industrie, Verbände und Parteien hätte anders bearbeitet und die Studie selbst methodisch anders konzipiert werden können, hätte sie sich auf einschlägige Akten des "Deutschen Zentralarchivs I" in Potsdam, bzw. des "DZA II" in Merseburg stützen können. Gleiches gilt für die auch

-
- 1) Zu Beginn der Vorarbeiten an der vorliegenden Studie schien es für in West-Berlin domizilierte Autoren noch kaum opportun, entsprechende Anträge bei den Behörden der DDR zu stellen. Spätere Aufenthalte ließen sich materiell nicht verwirklichen.
 - 2) Bezeichnung zur Zeit des Arbeitsaufenthaltes des Verfassers in München. Inzwischen umbenannt, bzw. dem "Werner-von-Siemens-Institut für die Geschichte des Hauses Siemens" angegliedert.
 - 3) Das Siemens'sche Archiv wurde im März 1907 begründet und erhielt zunächst nur "allgemeine, außerhalb der Geschäfte liegende wirtschaftliche und technische, insbesondere historische" Aufgaben übertragen. Vgl. "25 Jahre Siemens-Archiv" in: Siemens-Zeitschrift, Jgg. XII., Heft 3, 1932, S. 112; August Rotth, "Betriebsarchive und Entwicklungsurkunde", ebda., Jgg. II., Heft 4, 1922, S. 170-174. Rotth betont, die zu archivierenden Aufzeichnungen und Schilderungen führender Mitarbeiter des Hauses besäßen "neben dem sachlichen vor allem ein hohes seelisches Gewicht, sie flößen die Ehrfurcht vor Arbeit und Leistung ein und regen zur Nacheiferung an". (A.a.O., S. 171). Rotth leitete das Archiv, auf dessen hier ange-deutete funktionale Wichtigkeit unten noch näher einzugehen sein wird. Das erste deutsche Werksarchiv entstand 1905 bei der Firma Krupp in Essen. Es diente vor allem der Vorbereitung einer bei Krupp für das Jahr 1912 vorbereiteten Centenarschrift. Vgl. Karl Burhenne, Betriebs-Archive, in: Thünen-Archiv, Bd. 2, (1909), S. 700 f.

heute noch nicht voll zugänglichen Quellen des Stadtarchivs in Berlin/DDR.⁴

Unberücksichtigt blieben unter diesen Umständen die Akten des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe (DZA II) und die Archivalien der den Berliner Elektro-Konzernen eng geschäftlich verbundenen Großbanken Berlins (DZA I). Und nicht zu bearbeiten war der wichtige Bestand der Registraturen der "Korporation der Kaufmannschaft von Berlin" im Stadtarchiv Berlin/DDR ebenso wie die Aktenbestände aus den im Gebiet der DDR gelegenen ehemaligen Zweigwerken der Berliner Elektro-Großfirmen; Bestände, die nach 1945 in die dort neu entstandenen Werks- und Betriebsarchive eingingen.⁵

Das Fazit der Quellenerkundung in West-Berlin fügte diesen Ausfällen weitere hinzu. Als verbrannt, vernichtet oder verloren mußten hier u.a. registriert werden: das Zentralarchiv der zweiten der beherrschenden Berliner Elektro-Großfirmen, der A.E.G., und die Materialien der Hauptregistratur der 1902 in Berlin errichteten Handelskammer, sowie das Archiv des 1918 gegründeten "Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie" samt seiner organisatorischen Vorläufer. Die gleiche Situation war bei dem Arbeitgeberverband, dem die Berliner

- 4) Benutzungsgenehmigungen werden augenscheinlich sehr restriktiv und auch widerrufbar erteilt. Vgl. Hartmut Kaelble, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß, Berlin 1972, S. 197.
- 5) Vgl. im einzelnen H. Loetzke und H. St. Brather, Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, Berlin/DDR 1957 (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs I); Karlheinz Kuba, Der Bestand der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin und seine Bedeutung für die Berliner Wirtschaftsgeschichte des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, Berlin/DDR 1964, S. 115 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Berlin /DDR/, 2). Zur Anlage und Entstehung der DDR-Werksarchive vgl. H. Th. Schmidt, Die Stellung des Werksarchivars und der Werksarchive im Betriebsorganismus in: Tradition, Jgg. III., 1958, S. 180. Zum Verbleib einzelner hier relevanter Aktenpositionen vgl. zusätzlich Hans Martin Barth, "Der Demokratische Volksbund - Zu den Anfängen des politischen Engagements der Unternehmer der Berliner Elektrogroßindustrie im November 1918", in: JGMO Bd. 16/17, 1968, S. 254-266, speziell S. 264 ff. und Peter Czada, Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit, Berlin 1969, passim. Einzelveröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, Band 47.

Elektro-Konzerne vor 1914 angehört hatten, gegeben: Archivierungen, die der "Verband Berliner Metallindustrieller" (VBMI) seit den 1890er Jahren angelegt hatte, standen nicht mehr zur Verfügung. Auf seiten der Arbeiterorganisationen fehlten die Unterlagen des freigewerkschaftlichen "Deutschen Metallarbeiter-Verbands" (DMV), der bis 1908 stärksten und schlagkräftigsten Organisation bei den Belegschaften der Elektro-Großindustrie.⁶

Angesichts dieser Quellenlandschaft gewann der Siemens'sche Fundus erhöhte Bedeutung, war aber auch notwendig um andere Unterlagen zu Kontroll- und Kontrastzwecken zu ergänzen und zu erweitern. Diese qualitativ unterschiedlichen Quellengruppen rekrutierten sich aus der zeitgenössischen Presse, aus Handelskammerberichten, Firmen- und Vereinsschrifttum und einer Anzahl von Politikernachlässen, die teils in staatlichen - Berlin (West), Koblenz, Stuttgart,⁷ - teils in kommunalen Archiven eingesehen werden konnten.⁸ Vereinzelt traten dazu Polizei- und Verwaltungsberichte, Parlamentsprotokolle, Daten der Kommunalstatistik und - freilich seltener - Aufschlüsse aus Befragungen, Mitteilungen und Interviews.⁹

6) Auskünfte erteilten u.a.: Berliner Verwaltungsstelle der IG. Metall, Industrie- und Handelskammer Berlin (West), Dr. Max Frese (+), ehem. Syndikus des "Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie", Arbeitgeberverband der Berliner Metallindustrie e.V., Karl Sieber in Fa. "Berliner Handels-Gesellschaft", Berlin.

7) Ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv Berlin, Bundesarchiv Koblenz, "Haupt- und Staatsarchiv Stuttgart".

8) Stadtarchiv München, Nachlaßabteilung städtische Bibliothek München, Heimatarchiv Berlin-Schöneberg, Heimatarchiv Spandau, Bosch-Archiv Stuttgart für Splitter aus dem zur Zeit der Vorbereitung der Studie noch nicht zugänglichen Nachlaß Theodor Heuß.

9) Reichsminister a.D. Hans von Raumer (+), Dr. Max Frese, Berlin, (+) vgl. Anmerkung 6), Kurt Pomplun, Berlin, Uta Litz, Berlin, Bürgermeister a.D. Lohmeyer, Berlin, Karl Retzlaw, Frankfurt/Main, Dr. Braun, Boscharchiv Stuttgart.

Methodisch und inhaltlich wurden die vorliegenden Untersuchungen aber nicht nur von diesen Fakten der Materiallage bestimmt. Thematischer Ansatz und zeitliche Erstreckung der Studie sind vielmehr *a u c h* Ergebnis eines über Vorarbeiten und die Darstellung selbst allmählich verdichteten Gesamtkonzepts, das, durchaus sichtbar, Spuren einer langwierigen Genese zeigt.

Nach ersten Planungen sollte der erschlossene Quellenfundus vornehmlich dazu dienen, Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft in der Weimarer Zeit zu schildern. Quellenlage und Erkenntnisinteresse des Verfassers führten jedoch dazu, daß sich die Arbeit von der Beschränkung auf diesen noch zeitgeschichtlichen Datierungsrahmen freimachte und schließlich, stärker auf die Genese der Begegnung von Politik und Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert bezogen, nach deren Beingtheit, Ablauf und Folgen, bzw. Modellcharakter fragte.

Das Grundproblem, das damit angeschnitten war, betraf die gesellschaftlich variierende Funktion von materiellen und ideellen Interessen, die Unternehmer und Unternehmerorganisationen selbständig oder vermittelt in die "bürgerliche Gesellschaft" und konkret: die Gestaltung der deutschen Innen- und Parteipolitik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einbrachten.

Neben den Trägern und dem tatsächlichen oder vermeintlichen Gewicht dieser industriellen Partizipation an deutscher Geschichte und Politik wurde darum auch zugleich die Legitimierung des politischen Anspruchs, der hinter dieser Partizipation stand, zum Thema. Mit ihm war das Spannungsverhältnis zwischen "partikulär" gewerblich-industriellen Belangen und dem, was in zeitgenössischer Politik als "allgemeines" Interesse verfochten wurde, zu betrachten. Das schloß den Blick auf Parlamente, Parteien und politische Administrationen ein und hieß, wenn auch in Grenzen, politische Programmatik zu entfalten, die im Sinne von "allgemeinen" Zielvorstellungen dort formuliert, gesetzt und politisch vertreten wurde. Die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit, Politik durch partikuläre Belange zu mediatisieren, rückte so in den Mittelpunkt der Arbeit und bestimmte Untersuchungen, die weni-

ger systematisch als vielmehr exemplarisch-veranschaulichend konzipiert wurden.

Die Darstellung industrieller Interessenpolitik und ihres Einflusses auf Reichs- und preußische Verhältnisse bezieht sich dabei zunächst auf den Artikulations- und Aktionsraum einer regionalen Interessenorganisation, der "Korporation der Kaufmannschaft von Berlin". Die "Korporation" ist Beobachtungsfeld und Parameter für das Verhalten einzelner industrieller Gruppierungen wie einzelner Unternehmer; in ihr wird politische Bewegung, werden Einstellungen und Initiativen registriert, bisweilen auch die aktuelle Reichweite und die Folgewirkungen industrieller Strategien festgehalten.

An zweiter Stelle steht die Untersuchung der Position der Berliner Elektro-Großfirmen zu Auftreten und Programm industrieller Spitzenverbände, insbesondere des "Centralverbands deutscher Industrieller" (CDI); im gleichen Kontext war die Rolle der Elektro-Unternehmen innerhalb regionaler und überregionaler Zusammenschlüsse in der deutschen Arbeiterbewegung zu schildern. Beachtet wurden Impulse, die auf dieser organisatorischen Basis in die deutsche innere Entwicklung vor und nach 1900 ausstrahlten.

Freilich spart auch dieser engere Bezugsrahmen noch manche der wünschbaren Aspekte und Fragekreise aus. Dazu zählt u.a. die exakte Erhellung der faktischen Wirksamkeit der für den parlamentarischen Betrieb, für außerparlamentarische Parteipolitik und für die Durchdringung von kommunalen und staatlichen Administrationen entfalteten Muster industrieller Interessenpolitik. Hier hätte es der Befragung noch lebender Adressaten dieser Politik bedurft, und industriell erstrebte Modifizierungen staatlicher und kommunaler Willensbildung wären am Aktenbeleg zu verifizieren gewesen. Beides ließ sich für die vorliegende Arbeit nicht, oder doch nicht ausreichend leisten. Darüber hinaus wurde die Arbeit um Teilkomplexe gestrafft, die ursprünglich stärker essayistisch gestaltet vorlagen.¹⁰

10) In der begutachteten Fassung der - unvollständige - Exkurs I zur "gelben" Politik im Reproduktionsbereich örtlicher Arbeiterschaften; industrielle Präsenz in der Kommunalpolitik am Industriestandort; Exkurs II: politische Umgruppierungen in der Berliner Unternehmerschaft nach der Novemberrevolution. Der auch auf die Exkurse bezo-

Der Autor hat sich an dieser Stelle aber noch zu einer zusätzlichen Eigenheit der Studie zu bekennen.

Dem Leser wird kaum entgehen, daß die Verarbeitung von Forschungsergebnissen und sekundärer Literatur einen gewissen Sprung aufweist.

Während über deren Resultate bis zu Beginn der 1970er Jahre relativ dicht informiert wird, sind Publikationen der Folgejahre in merklich begrenzterer Weise dargelegt und genutzt.

Dieser Mangel rührt daher, daß wesentliche Vorarbeiten und Teile der Darstellung selbst um 1970 bereits abgeschlossen waren. Lebens- und Berufsumstände des Autors standen später einer vollständigeren Revision dieser Partien unter Einbeziehung des aktuellsten Schrifttums entgegen. Die Arbeit in dieser Art zu aktualisieren, hätte zudem auch bedeutet, Stil und Impetus der frühen Teile so zu ändern, daß darüber auch frühere Positionen des Autors aus den Zeilen verschwunden wären. Der Verzicht auf solche Korrekturen ließ darum bisweilen einzelne Thesen und Aussagen angreifbarer im Text stehen, als es der unterdessen selbst auch skeptischere - oder "wissendere" - Autor heute unterschreiben könnte.

Damit wird abschließend an die langwierige Entstehung der Studie erinnert. Als Dissertation von Prof. Hans Herzfeld, Berlin, angeregt, und begonnen im Rahmen eines Forschungsprogramms der "Historischen Kommission zu Berlin" wurde die Arbeit geduldig begleitet und praktisch gefördert von Prof. Dr. Otto Büsch, Berlin, der sich auch für die materielle Unterstützung einsetzte, die der Autor über drei Jahre hinweg als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung erfahren hat. Nach einem beruflichen Wechsel und der Übersiedlung des Verfassers nach Oldenburg wurde die Dissertation in ihrer Abschlußphase von Prof. Dr. Reinhard Rürup in nie versagender freundlicher Ermunterung betreut und die von langen Intervallen unterbrochene Niederschrift zu Ende geführt.

Anmerkungsübertrag zu Anm. 10), S. IX

gene Anlagenteil wurde von 200 auf gut 50 Seiten verringert. Exkurs I wird in der vorliegenden Version der Arbeit als "Spandau-Teil" zitiert; eine besondere Publikation bleibt vorbehalten. Genutzte Quellen und Literatur wurden im Literaturverzeichnis belassen.

Für Anregungen, Förderung und vor allem: Langmut möchte ich darum hier an erster Stelle den genannten akademischen Lehrern danken. Mein Dank gilt auch der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich in der Unterstützung großzügig und nicht ungeduldig gezeigt hat. Verpflichtet bin ich ferner ganz besonders den wissenschaftlichen Institutionen, deren Materialien genutzt werden konnten. Das betrifft vor allem staatliche und private Archive und Sammlungen, für die stellvertretend das "Siemens-Archiv- und Museum" in München und dessen hilfsbereiter Direktor, Dr. S. v. Weiher, sowie - als unschätzbarer Helfer vor Ort - Herr Swiderski erwähnt seien. Unterstützt und orientiert haben die Arbeit auch Gesprächs- und Informationsbereitschaft bei Fach- und Berufskollegen, unter denen ich in besonderer Weise den Professoren J. Kocka und H. Kaelble, sowie Dr. Peter Czada, Berlin, bzw. Bielefeld, verpflichtet bin. Mein Dank geht auch an die Adresse der interviewten Gewährsleute aus Verbands- und Parteipolitik; für einige der Gesprächspartner ist es ein posthumer Dank. Der Autor weiß sich endlich in hohem Maße in der Schuld der zahlreichen Bibliotheken, die durch geduldige Hilfe der Arbeit assistierten. Für freundlich erwiesene Kooperationsbereitschaft seien hier namentlich gedankt der Berliner Senatsbibliothek, der Amerika-Gedenk-Bibliothek in Berlin und der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin. Nicht namentlich anführen lassen sich Freunde und Bekannte, die während der Jahre des Entstehens der Studie mit Kritik und Hinweisen geholfen haben und es über sich gewannen, Autor und Produkt in dieser Rolle so lange zu ertragen. Als dem in dieser Hinsicht zeitweilig am stärksten Geprüften und Belasteten, danke ich meiner früheren Frau, Renate Barth, geb. Schlär; vor allem aber Ulrike von Eccher-Marienberg, die mich in der Absicht bestärkte und ermutigte, weiter - und zu Ende zu schreiben.

INHALTSVERZEICHNIS

A :	<u>VORWORT</u>	IV - XI
	<u>INHALTSVERZEICHNIS</u>	XII - XXI

B :	<u>EINLEITUNG</u>	
	Wirtschaft und Politik. Erkenntnisinteresse und Zeitgeschichte	1 - 3

C :	<u>HAUPTTEIL</u>	
-----	------------------	--

I . Abschnitt

GEGENSTAND UND METHODE

KAPITEL 1 :

UNTERNEHMUNG UND UNTERNEHMER IN DER HISTORIO- GRAPHIE

1)	Der "Unternehmer"	4 - 7
2)	Firmen- und Unternehmensgeschichte	7 - 10
a)	Richard Ehrenberg als früher Vertreter der Firmen- und Unternehmerhistoriographie	10 - 22
b)	Auswahlproblematik und Fallstudien	22 - 26

KAPITEL 2 :

THEMATISCHE UND METHODISCHE ORIENTIERUNG

1)	Gegenstand und zeitliche Begrenzung	27
2)	Die handelnden Personen	28 - 33
3)	Das Spektrum der Interessen: Interessen und Produktionsgebiete	
a)	Terminus und Realbedeutung des Begriffs "Elektroindustrie"	34 - 36
b)	Das Interesse am "Kontakt" zu staatlichen und kommunalen Behörden	36 - 39
c)	Elektro-Großindustrie und andere Wirt- schaftszweige: das Verhältnis zur "schweren" Industrie - Wettbewerb und Verbandsbildung	40 - 42

C : HAUPTTEIL

I . Abschnitt

KAPITEL 2 :

4)	Untersuchungsfelder und Untersuchungsziele	42	- 45
5)	Vernachlässigte Fragestellungen	46	- 47
6)	Relevanz der Zielsetzungen	47	- 52

KAPITEL 3 :

ELEKTROINDUSTRIE UND SIEMENS-KONZERN: ÖKONOMISCHE BEDEUTUNG UND INTERESSENPOLITIK

1)	Der Aufstieg der Elektroindustrie zum konjunkturrelevanten Wirtschaftszweig	53	- 62
2)	Interessenpolitische Voraussetzungen und Implikationen des Aufstiegs	62	- 64
3)	Zur Ausbildung einzelner Formen der Interessenpolitik in der Elektro-Großindustrie. Das Beispiel der Siemens'schen Unternehmungen	64	- 68
a)	Behördennähe des frühen Telegraphenbaugeschäfts	68	- 71
b)	Grundfiguren des Behördenkontakts	72	- 74
c)	Staat und Industrie	74	- 76
d)	Etappen der Produktion	76 a	

KAPITEL 4 :

WERNER von SIEMENS : POLITISCHES ENGAGEMENT
IN SELBSTZEUGNISSEN

77	- 83
----	------

II. Abschnitt

INTERESSENVERTRETUNG UND POLITIK 1860 - 1900

KAPITEL 1 :

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN UND REICHSGRÜNDUNGSPOLITIK 1860/1862 IM UMKREIS DER "KORPORATION DER KAUFMANNSCHAFT VON BERLIN"
(KdK)

1)	KdK - Interessenvertretung, Aktions- und Artikulationsraum unternehmerischen Engagements in der Politik	84	- 90
----	---	----	------

C : HAUPTTEIL

II. Abschnitt

KAPITEL 1 :

- | | | |
|----|---|-----------|
| 2) | Regierung und Wirtschaftsbürgertum zu Beginn der 1860er Jahre: Ökonomischer und politischer Liberalismus in Westeuropa | 91 - 94 |
| 3) | Regierung und Wirtschaftsbürgertum in Deutschland | |
| a) | Hegemonialstreit und deutsch-französischer Handelsvertrag 1862 | 94 - 97 |
| b) | Die Mobilmachung von Bildung und Besitz: Handelstag und Juristentag, Faktoren politischer Meinungs- und Stimmungsbildung ("Allgemeine Überzeugung") | 98 - 103 |
| α) | Die Rolle des "Deutschen Handelstages" 1861/62 | 103 - 107 |
| β) | Handelstag und KdK: Werner Siemens als Initiator der kleindeutschen Stimmführerschaft der KdK im "Deutschen Handelstag" | 107 - 115 |
| 4) | Zur Diskussion des kleindeutschen Engagements von Handel und Industrie im Jahre 1862 | |
| a) | "Kniefall" vor der Bismarckschen Reichsgründungspolitik? | 115 - 119 |
| b) | Materielle Interessen als progressive Potenz | 120 - 126 |
| c) | Das Mandat der Ökonomie 1862: Noch keine Mediatisierung des Politischen | 126 - 130 |

KAPITEL 2 :

REGIONALE INTERESSENVERTRETUNG ALS FREIRAUM
DES LINKSLIBERALISMUS: KdK UND DEUTSCHE IN-
NENNPOLITIK 1878 - 1890

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1) | KdK und agrarisch-industrieller Solidarprotektionismus | |
| a) | Der "Freihandelsplatz" Berlin | 131 - 135 |
| b) | Konfrontation mit dem "Centralverband Deutscher Industrieller" (CDI): Die KdK in den Industrie-Enquêtes | 135 - 140 |
| c) | Schutzzollanhänger und CDI im Gebiet der KdK | 141 - 146 |
| d) | Die Konzessionen der KdK | 146 - 148 |

C : HAUPTTEIL

II. Abschnitt

KAPITEL 2 :

- | | |
|--|-------------|
| 1) e) Die Opposition im "Deutschen Handelstag" | 149 - 155 |
| 2) Die Berliner Kaufmannschaft bei der Abwehr gegenemanzipatorischer Strömungen: KdK und Berliner Antisemitismusstreit | 155 - 164 |
| 3) Vertreter des linken Liberalismus in der KdK: | |
| a) Adalbert Delbrück | 165 - 172 |
| b) Werner Siemens | 173 - 178 e |

KAPITEL 3 :

ELEKTROINDUSTRIE UND LIBERALE POLITIK ZWISCHEN
REICHSGRÜNDUNG UND JAHRHUNDERTWENDE - DAS
BEISPIEL WERNER SIEMENS: POLITISCHE PROFILIE-
RUNG 1860 - 1890

- | | |
|--|-----------|
| 1) Das verspätete kleindeutsche Votum | 179 - 185 |
| 2) Liberaler Pragmatiker in Handels- und Sozialpolitik | 185 - 187 |
| 3) Andauer des liberalen Engagements nach 1862/1866 | 187 - 191 |
| 4) Liberale Grundstruktur in Denkschriften und Gutachten: | |
| a) "Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines Patentgesetzes für das Deutsche Reich" 1876 | 191 - 194 |
| b) Gutachten zu Unfallmeldewesen und Arbeitsschutz 1880 | 194 - 200 |
| c) Zur innenpolitischen Abzweckung der Gutachterrolle | 200 - 202 |
| d) Firmeninteressen und Außenhandelspolitik: Gutachten zur Kupfereinfuhr 1886 | 202 - 205 |
| e) Adressaten- und Interessengelenktheit der Stellungnahmen | 206 - 212 |
| 5) Grenzen der KdK bei der Vertretung allgemein- und fachspezifisch-industrieller Interessen | |
| a) Unternehmerische Interessenweite und Aspektcharakter von Arbeit und Berichtswesen der KdK | 213 - 214 |
| b) Eigenständige Agitation: Die Patentschutzkampagne | 215 - 222 |

C : HAUPTTEIL

II. Abschnitt

KAPITEL 4 :

LIBERALE INTERESSENPOLITIK UND BINNENENTWICK-
LUNG DER KdK 1870 - 1900 : INNERVERBANDLICHE
OPPOSITION AUF DEM WEGE ZUR ORGANISATORISCHEN
INSTITUTIONALISIERUNG

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1) | Opposition gegen den Kurs des Ältestenskolle-
giums (ÄC) der KdK zu Beginn der "Großen De-
pression" 1876/79: Die "Vereinigten Kauf-
leute und Industriellen" (VBKI) | 223 - 227 |
| 2) | "Oligarchisches Regiment" in Handelskammern
und kaufmännischen Korporationen und das
Mandat "allgemeiner" Interessen | 227 - 231 |
| 3) | Politische Dimension der Opposition der
VBKI 1876/1879 | 231 - 233 |
| 4) | Elektroindustrielle und innerverbandliche
Opposition | |
| a) | Die Präsenz der Elektroindustrie im ÄC
der KdK 1873-1902 | 234 - 235 |
| b) | Die Wahl Wilhelms von Siemens in das ÄC
als Kandidat der VBKI | 235 - 237 |
| 5) | Der "Verein Berliner Kaufleute und Industri-
eller" (VBKI) | |
| a) | Wachstum, Politik, Verbandsstruktur | 237 - 242 |
| b) | Industrielle Präsenz und Elektroindustrie
im VBKI | 242 - 244 |
| c) | Mitgliedsstand und Mitgliederstruktur als
Parameter der Handels-, Bank- und Börsen-
politik am Bankplatz Berlin | 244 - 247 |
| d) | Der VBKI zwischen Opposition und Anpassung
an den Kurs des ÄC (1880-1893) | 247 - 251 |
| e) | Auf dem Wege zur "Freien Handels- und Ge-
werbekammer Berlin" (1893-1900) | |
| α) | Revirement in der Leitung des VBKI | 251 - 255 |
| β) | Ausweitung der organisatorischen
Basis | 255 - 259 |
| δ) | Das politische Profil: "Dritter Weg"
zwischen CDI und "Börsenliberalis-
mus" der KdK | 259 - 269 |
| δ) | Führungspraxis im erweiterten Verbands-
spektrum des VBKI | 269 - 271 |

C : HAUPTTEIL

II. Abschnitt

KAPITEL 4 :

- | | | |
|-------|--|-----------|
| 5) e) | Ε) VBKI und Handelskammergesetzgebung
1893-1900: Endphase der Auseinander-
setzungen mit der KdK | 271 - 280 |
| | ζ) Die Verfügung über die Berliner Bör-
se: Mittelpunkt des Konflikts 1900/
1902 | 280 - 281 |

KAPITEL 5 :

DIE TRENNUNG VOM LINKSLIBERALISMUS: KdK, ELEK-
TRO-KONZERNE UND GROSSBANKEN UM 1900

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1) | Stellenwert des Auszuges von Banken und Elek-
tro-Konzernen aus der KdK | 282 - 286 |
| 2) | Banken, Elektro-Großindustrie und Börse in
der Elektro-Konjunktur 1890-1900: Zum
Bedeutungsschwund der Börsen | 286 - 293 |
| 3) | Die Wendung zum Nationalliberalismus: Wil-
helm von Siemens | 294 - 296 |
| 4) | Elektro-Großindustrie und Nachfolgeorgani-
sationen der KdK 1902-1920 | |
| | a) Desinteresse nach dem Konflikt | 297 - 301 |
| | b) Politische Funktionalität wechselnden In-
teresses | 301 - 302 |

III. Abschnitt

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN UND PARTEIPOLITIK

KAPITEL 1 :

ZUR GENESIS DER SPANNUNGEN ZWISCHEN PARTEIEN
UND INTERESSENVERBÄNDEN

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1) | Stellvertreterfunktion wirtschaftlicher In-
teressen vor 1866: Handelstag, Freihandels-
agitation und Nationalverein als Katalysa-
toren und Muster politischer Meinungsbil-
dung | 303 - 310 |
|----|---|-----------|

C : HAUPTTEIL

III. Abschnitt

KAPITEL 1 :

- | | | |
|----|---|-----------|
| 2) | Die Trennung von gemeinpolitischem und Interessenmandat nach 1866 | 310 - 313 |
| 3) | Interessenvertretung in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts | |
| a) | Von der Agitation zur Institutionalisierung gewerblichen Einflusses | 313 - 315 |
| b) | Der "Centralverband Deutscher Industrieller" als Agitationsverband (Kaelble): aliberale politische Neubesetzung ökonomischer Interessen | 316 - 319 |
| c) | "Allgemeines" zur Verschleierung partikulären Interesses bei CDI, Handelstag und Handelskammern | 319 - 324 |

KAPITEL 2 :

INDUSTRIELLE EINFLUSSNAHMEN AUF POLITISCHE
PARTEIEN NACH 1900

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1) | Parteien und Industrie vor den Reichstagswahlen von 1903 | 324 - 328 |
| 2) | Auf dem Wege zur "Ökonomisierung" der Politik der Parteien | 328 - 329 |
| a) | Negative Aspekte im Verhältnis zu bürgerlichen Parteien: die Parteienschelte beim CDI | 329 - 335 |
| b) | Positive Möglichkeiten zur Durchdringung bürgerlicher Parteien: Allgemeine Überlegungen | 335 - 337 |
| c) | Potentielle wechselseitige Abhängigkeit: | |
| α) | Industrielle Interessenpolitik in der Dependenz vom parlamentarischen "Chargé d'affaires" | 338 - 340 |
| β) | Erleichterung der industriellen Durchdringung bürgerlicher Parteien: Steigender Finanzbedarf als Ansatzpunkt | 340 - 345 |

C : HAUPTTEIL

III. Abschnitt

KAPITEL 2 :

- | | | |
|----|--|-----------|
| 3) | Projekte und Praxis der Politisierung der Arbeitgeber und zur industriellen Parteienarbeit | |
| a) | Einsatz finanzieller Mittel: Zur Entstehung des "Industriellen Wahlfonds" des CDI | 345 - 348 |
| b) | Pläne zur Gründung "industrieller" Parteien | 348 - 351 |
| c) | Die Arbeitgeberbewegung als Angelpunkt der politischen Mobilisierung der Industriellen | 351 - 352 |
| 4) | Zum Verlauf der Integration der Arbeitgeber in die Spitzenverbände: Arbeitgeberbewegung als Brücke zur Politik | 353 - 357 |

IV. Abschnitt

DER SIEMENS-KONZERN NACH 1900: DIE ANNÄHERUNG AN DEN CDI

KAPITEL 1 :

ANSCHLUSS AN DEN REGIONALEN ARBEITGEBERVERBAND
(VERBAND BERLINER METALLINDUSTRIELLER VBMI)

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1) | Beitrittsmotivationen: Unruhe am Arbeitsmarkt, Streik und Aussperrungen in der Elektro-Großindustrie 1905 | 358 - 361 |
| 2) | Politische Wertungen zum Arbeitskampf | 362 - 365 |
| 3) | Vom regionalen zum Spitzenverband | |
| a) | Funktion und aktuelle Bedeutung des VBMI 1905 - Solidarisierung der industriellen Spitzenverbände im Arbeitskonflikt | 366 - 372 |
| b) | Vom VBMI zum CDI: Der Siemens-Konzern im Vorfeld einzelner Industriefraktionen im CDI | 372 - 374 |
| c) | Die Verbandsposition im VBMI: Einfluß und Bedeutung der "Gruppe Großindustrie" | 375 - 379 |

C : HAUPTTEIL

IV. Abschnitt

KAPITEL 2 :

PROBLEME, URSACHEN UND FOLGEN VON STREIK UND
AUSSPERRUNGEN IN DER BERLINER ELEKTRO-GROSS-
INDUSTRIE IM SEPTEMBER/OKTOBER 1905

1) Verlauf und Resonanz

- | | | | | |
|----|--|-----|---|-----|
| a) | Umfang des Arbeitskampfes und Erkenntnisinteresse | 380 | - | 386 |
| b) | Intervention von außen: Einschreiten der "öffentlichen Gewalt" | 387 | - | 392 |
| c) | Negatives Echo beim Bürgertum: Verurteilung des Arbeitskonflikts in Presse, Verbänden und Parteien | 393 | - | 399 |
| d) | Reaktion von Gewerkschaften und Sozialdemokratie - allgemeine Tendenz | 399 | - | 400 |
| e) | Bestandsaufnahme zu den Bestimmungsgründen gewerkschaftlicher Urteile | | | |
| | α) Streikverlauf als Beispiel innergewerkschaftlicher Konflikte | 401 | - | 405 |
| | β) Elektro-Streik und Jenaer Parteitag der SPD | 406 | - | 407 |
| | γ) Die Verurteilung von Streik und Streikverlauf | 407 | - | 408 |

2) Bedingtheit von Urteilen und mangelhaften Streikanalysen

- | | | | | |
|----|--|-----|---|-----|
| a) | Bürgerliche Publizistik und Sozialwissenschaft | 408 | - | 412 |
| b) | Verdikt bei voller Informiertheit: Deutscher Metallarbeiter-Verband und Generalkommission | 413 | - | 418 |
| | α) Tagespragmatismus als Strategieersatz: "Guerilla-Taktik" versus Massenstreik. Unfähigkeit zur Selbstkritik | 419 | - | 428 |
| | β) Auswirkungen des gewerkschaftlichen Analysedefizits und der gewerkschaftlichen Schelte bei Arbeitern und Arbeitgebern | 428 | - | 432 |
| | γ) Der Streik als Krisenindiz vor der Gründung von "gelben" Vereinen - "Maifeierkonflikt" bei der AEG 1906 | 432 | - | 436 |

C : HAUPTTEIL

IV. Abschnitt

KAPITEL 3 :

ARBEITSKAMPF UND INTERESSENPOLITIK DER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE IN DER KOMMUNE

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1) | Der kommunalpolitische Bezug im kausalen- und Wertungsgefüge des Arbeitskampfes | 437 - 441 |
| 2) | Widerstand gegen Kommunalprojekte der Elektroindustrie: Liberale und Sozialdemokraten gegen die Strategie der "Berliner Elektrizitätswerke" und der "Großen Berliner Straßenbahn" | 442 - 453 |
| 3) | "Öffentliche Interessen" und Interessenpolitik der Elektrizitätswerke: Die Aufwertung partikulär-industrieller zu "allgemeinen" Belangen im Bereich der kommunalen Versorgungswirtschaft | 453 - 459 |
| 4) | Der industrielle "Chargé d'affaires" im kommunalen Parlament: Das Beispiel des "Falles Mommsen" | 459 - 464 |
| 5) | Der "Fall Mommsen" in der Agitation. Zum Stand industrieller Behördenkontakte und industrieller Parteienarbeit in der Kommune vor 1914 | 464 - 468 |

KAPITEL 4 :

ARBEITSKAMPF UND INDUSTRIELLER BEHÖRDENKONTAKT: DAS BEISPIEL DER "STUDIENGESELLSCHAFT FÜR ELEKTRISCHE SCHNELLBAHNEN"

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1) | Behördenkontakte als Kennzeichen früher industrieller Interessenpolitik | 469 - 472 |
| 2) | Entstehung und Interessenprofil der "Studienengesellschaft" | 472 - 478 |
| 3) | Sozialpolitische Dimension des Behördenkontakts: "Versippung von Industrie und Regierungsleuten" | 478 - 481 |

KAPITEL 5 :

DER SIEMENS-KONZERN IM CENTRALVERBAND DEUTSCHER INDUSTRIELLER

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1) | Vom informellen Kontakt zur Mitgliedschaft | 482 - 486 |
|----|--|-----------|

C : HAUPTTEIL

IV. Abschnitt

KAPITEL 5 :

2)	Der Siemens-Konzern nach 1905: Einordnung ins Kräftefeld des CDI	486 - 488
3)	Die Ausgangsposition des Elektro-Konzerns	
a)	Wandel in den Aussagen zur Handelspolitik bis zur Jahrhundertwende: Kurswechsel als Reflex der Wettbewerbslage	489 - 502
b)	Der faktische Übergang zum Schutzzoll	502 - 507
c)	Schwäche des Fachverbandswesens der Elektrotechnik vor 1918: "Chaos von Groß- und Klein-, Universal- und Spezialfirmen"	507 - 516
d)	Gelegenheitsallianzen mit den Spitzenverbänden als Ausdruck divergierender Wettbewerbslagen	516 - 518
e)	Die Verankerung des Siemens-Konzerns im Kräftefeld des CDI	519 - 522
4)	Die Mitarbeit im CDI: Übereinstimmung und begrenzte Opposition	
a)	Kooperation: Reform des Krankenkassenwesens	522 - 523
b)	Divergenzen in der Frage der Arbeits- bzw. Arbeiterkammern	524 - 526
α)	Der Hintergrund: die faktische Kontrolle des Berliner Arbeitsmarktes durch "gelbe" Vereine und den VBMI	526 - 527
β)	Gemeinsames Ziel: stärkere industrielle Präsenz in der Politik	528 - 530
c)	Offene Opposition: Die Reform des Rechts der Privatangestellten	531 - 534
d)	Projekte und Überlegungen zur Emanzipation von der Interessenvertretung durch den CDI	535 - 538
e)	Werbungen von Schwerindustrie und CDI um die "Berliner Kapazitäten" der Elektro-Großindustrie: Die Kooperation im Zeichen der Reichsfinanzreform	538 - 553
f)	Der Einsatz: Die Behördenkontakte der "Berliner Autoritäten"	553 - 556
g)	Die Verbindung zum CDI - Eine verbandspolitische Vernunfttete	557 - 558

D : ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

I. Z u s a m m e n f a s s u n g :

BERLINER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE, VERBÄNDE
UND PARTEIEN vor 1914

559 - 562

II. A u s b l i c k :

TEMPORÄRER AUFSTIEG ZU GESAMTINDUSTRIELLER
STIMMFÜHRERSCHAFT: ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE,
VERBANDS- UND PARTEIPOLITIK 1914-1919/20

1. Kriegswirtschaftliche Konsolidierung der
Verbandschauasmacht

562 - 567

2. Interessen- und Meinungsprofil im Krieg

a) Elektro-Großindustrie als Teil einer
distinkten "Monopolgruppe"?

567 - 569

b) Verifizierung: Siemens-Konzern und
Kriegszielsdiskussionen

569 - 580

3. Grundlagen des Rollen- und Bedeutungs-
wechsels im Verhältnis zu CDI und Schwer-
industrie

a) Optionsfreiheit durch Orientierungsplu-
ralismus: politische Profilierung bei
Wilhelm und C.F. von Siemens

581 - 587

b) Aktivierung der Fachverbandspolitik un-
ter Hans von Raumer

587 - 589

c) Gesteigerte Konfliktbereitschaft: Die
Auseinandersetzungen um den De Wendel-
Konzern in der industriellen Kriegsziel-
politik 1917/1918

590 - 592

d) Vorbereitung und Einleitung der Politik
der "Zentralarbeitsgemeinschaft" (ZAG).

593 - 598

4. Instrumentalisierung der "ZAG" zum Umbau der
industriellen Spitzenverbände 1918/ 1919

598 - 607

D : ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

II. A u s b l i c k:

5. Industrielle "Sammlungspolitik" im Zeichen
der "ZAG" und Neubeginn der "Parteienarbeit"
seit Winter 1918/19

- | | |
|--|-----------|
| a) Ein gescheiterter Ansatz: Der "Demokratische Volksbund" | 608 - 610 |
| b) Elektroindustrie und Parteienarbeit zwischen Novemberrevolution und Ende der Republik: Entwürfe und Wirklichkeit. | 610 - 638 |

E : ANLAGEN, QUELLEN - UND
LITERATURVERZEICHNIS

I. A n l a g e n:

Anlagenverzeichnis	639 - 640
Anlagen	641 - 693

II. Q u e l l e n u n d L i t e r a t u r:

Abkürzungen und Erläuterungen zur Verzeichnung von Quellen und Literatur	694 - 696
Quellen	697 - 704
Literatur	704 - 757

EINLEITUNG:

Wirtschaft und Politik, Erkenntnisinteresse und Zeitgeschichte.

Die Begegnung von Politik und Industrie ist als Gegenstand der vorliegenden Untersuchungen in Form, Stil und Voraussetzungen in umfassender Weise zeitgebunden. Für die Historiographie, die sich mit ihr befaßt, gilt ein Gleiches; denn die Problematik der von und in dieser wechselseitigen Beeinflussung mit geschaffenen gesellschaftlichen Wirklichkeit bietet sich nicht als abgeschlossen der historischen Deskription dar. Historiographie steht hier nicht in bezugsloser Objektivität ihrem Gegenstand gegenüber, und sie wird sich, nicht nur unter dem Eindruck der Debatten um die Ursachen und Folgen der Jahre 1918, 1933 und 1945 in der preußisch-kleindeutschen Geschichte einzugestehen haben, daß ihre eigenen historiographischen Konjunkturen, ihre Forschungsansätze und Forschungsstrategien seit je der Aktualität einer vom Forschenden spezifisch geschätzten Gegenwart ausgesetzt waren, gleichgültig ob dieser Fakten setzende Sachverhalt wissentlich oder unbewußt als erkenntnisleitend in die eigene Arbeit mit eingehen konnte.

Fragen, so wird man zusammenfassend werten dürfen, werden in diesem Problemkreis immer noch und gerade von einer bewegenden Gegenwart her gestellt. Unter diesem Gesichtspunkt gleichen sich auch östliche und westliche Geschichtsschreibungen; beide empfangen von daher Aufgaben und Auftrag, stehen freilich auch gemeinsam unter der Gefahr einer großen Objektivitätsnähe.

Die Forderung, das Verhältnis und den Zusammenhang "zwischen Ökonomie und Politik" als "conditio sine qua non für das Verständnis der Geschichte und damit der Gegenwart" zu klären, wird man deshalb im einzelnen sicherlich unterschiedlich formulieren und bewerten können¹ - ihre grundsätzliche Legitimität und Dringlichkeit sind nicht zu bestreiten.

1) Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1935-1945, in: Das Argument. Jg. 10 (1968), H. 3, S. 210. Zur Veranschaulichung des überaus gewichtigen politischen Aktualitätsbezuges der Untersuchungen und Thesenbildungen zum Verhältnis von Ökonomie und Politik sei auf die anhaltenden Debatten über die Zuordnung von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus verwiesen. Der zitierte Aufsatz von Eichholtz und Gossweiler enthält dazu Stellungnahmen von Historikern der DDR, die sich mit der Kontroverse

Anmerkungsübertrag, S. 1, Anm. 1)

zwischen Eberhard Czichon (DDR) und Tim Mason (England) befassen. Vgl. Tim Mason, Der Primat der Politik, Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, a.a.O., Jg. 8, (1966), H. 6, S. 473-494, und Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967. In den 50er Jahren wurde dies Thema z.T. noch in Bahnen diskutiert, die einerseits von der Position der apologetisch gehaltenen Schrift von Louis P. Lochner, zum anderen aber von der Tendenz der Studien von George W. F. Hallgarten abgesteckt waren. Vgl. Louis P. Lochner, Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, 2. Aufl., Darmstadt 1955, und G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt/M. 1955. Ein neues Stadium kennzeichneten die Untersuchungen von Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz (Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955, und Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln-Opladen 1962. (In beiden Werken finden sich Hinweise auf die thematisch relevante frühere Literatur.) Die mit dem Buch von Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961, einsetzende "Revolte einer jüngeren Generation deutscher Historiker" (H. Herzfeld) führte neben der kritischen Befragung von Thesen und Ergebnissen Fischers zu einem weiteren Anlauf, das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in der Phase des bürgerlichen Imperialismus vor und nach 1914 zu klären. Scharf ablehnend: Wilhelm Treue, Wirtschaft und Außenpolitik. Zum Problem der deutschen Weltmachtstellung 1900-1914, in: Tradition, Jg. 9 (1964), H. 5, S. 193-218, und a.a.O. S. 235-240 - L. Hatzfeld, Zur Erzversorgung Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg. Abschließend: Hans Herzfeld, Der Erste Weltkrieg, München 1968, S. 13-46, speziell S. 14-29 - Zitat: S. 16. Ein vorläufiges Resumé an kritischen Stimmen enthält der von Wolfgang Schieder editierte Sammelband Erster Weltkrieg - Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln 1969. Wichtig Schieders Zusammenfassung, ebda., S. 11-26. Über einschlägige Forschungen in der DDR bis 1970 orientieren zwei Sonderbände der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft": Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960. (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft, Jg. 8, 1960 /zitiert: Analysen und Berichte/ und: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970, Analysen und Berichte zum XII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970. (Z.f.G., Sonderband XVIII Jgg. 1970). Vgl. auch die Einzelarbeiten in: Fritz Klein (Hrsg.), Politik im Kriege 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1964. Zu den Zielsetzungen der mit der Zeit des Imperialismus befaßten Geschichtsschreibung in der DDR vgl. F. Klein, a.a.O., S. VIII, und H. Hemberger, L. Maier u.a. (Autorenkollektiv), Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin (DDR) 5. Aufl. 1968, S. 87 f.

Die Tatsache, daß Thematik, Arbeitsansatz und Interpretation auf diesem Gebiet die Geschichte der Revisionen des deutschen Geschichtsbildes im 20. Jahrhundert teilen, steht dem nicht entgegen; denn abgesehen davon, daß nach der hier vertretenen These in zeitgeschichtlich erhebliche Fragestellungen notwendig, wenn auch häufig nicht bewußt, Kategorien politischen Wertens mit eingehen,² bleibt historische Deskription schon immer über der Wahl und der Interpretation ihrer Quellen dem Ideologieverdacht ausgesetzt.³ Ideologiekritisches Fragen begleitet daher ohnehin jede Rezeption der vorliegenden Literatur. In einer gewissen Überspitzung ließe sich formulieren, daß für die offene Diskussion hier Werturteilsfreiheit eine - nicht einmal wünschbare - Fiktion darstellt,⁴ und Positionen einer offen erklärten und damit auch frei diskutierbaren Parteinahme kaum bestreitbare Vorzüge aufweisen.

Allerdings ist es dem Historiker damit keineswegs freigestellt, im Dienste eines verpflichtenden Kanons gesellschaftlicher Überzeugungen gegenwartsbezogene Modellvorstellungen unkritisch in die Geschichte hineinzuverlängern.⁵ Sie wird sich einer dergestalt aufgenötigten, abschließlichen Beweisfunktion verweigern.

- 2) Das erweist sich besonders deutlich an der Literatur zur Novemberrevolution in Deutschland. Vgl. Reinhard Rürup, Rätebewegung und Revolution in Deutschland 1918-1919, in: Neue Politische Literatur, Jg. XII. (1967), H. 3, S. 303-315.
- 3) Der Vorwurf, Fritz Fischer habe bei seinen Studien das vorhandene dokumentarische Material privater Firmen ungenutzt gelassen, verliert einiges an Schwere, wenn man in Rechnung stellt, daß hier der Zugang oft nicht generell gegeben, bisweilen auch von einem Vertrauensverhältnis zwischen Eigentümer und Benutzer abhängig ist. Vgl. W. Treue, Wirtschaft und Außenpolitik ..., a.a.O., S. 199.
- 4) Vgl. dazu Jürgen Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, 4. Aufl., Köln/Berlin 1967, S. 291-311. (=Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 6)
- 5) Für den Bereich der Erforschung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik überzeugend Tim Mason, Primat der Industrie? Eine Erwiderung, in: Argument, Jg. 10 (1968), H. 3, S. 193-209, speziell S. 204 f., 209.

HAUPTTEIL

I. Abschnitt : GEGENSTAND UND METHODE

KAPITEL 1 :

UNTERNEHMUNG UND UNTERNEHMER IN DER HISTORIOGRAPHIE

Der "Unternehmer"

All diesen Vorbehalten unterliegt, bereits im Terminologischen, der Gegenstand einer Darstellung, die sich die Erhellung der Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie zum Ziel setzt. So melden marxistische Autoren gegen den Terminus "Unternehmer" Bedenken an. Seine Verwendung, vor allem dort, wo er zum Leitbegriff der "Unternehmergeschichte" wird, gilt hier als tendenziell verfälschend.⁶

In modernen westlichen Unternehmertheoremen dagegen wird die Bezeichnung "Kapitalist" - zu Recht - , auch abseits eines negativen Trivialgebrauchs, zurückgewiesen, weil sie die historisch variable Funktionsbreite der Stellung des unternehmenden Wirtschaftssubjekts zu sehr vernachlässige.⁷

Ungeachtet solcher Kontroversen wird für die Absicht der Beschreibung im folgenden "Unternehmer", "Industrieller", "Fabrikant", bzw.

6) Vgl. D. Baudis, Gesicht und Hintergrund der "Tradition", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte /zit.: Jb.f.Wg./ (1969), Teil I, S. 199, die Kritik an F. Redlich, W. Treue und W. Zorn. Vgl. dazu Fritz Redlich, Unternehmungs- und Unternehmergeschichte, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hrsg. v. Ernst v. Beckerath, H. Bente, Carl Brinkmann u.a., Göttingen 1959, Bd. 10, S. 532-549 (im folgenden zitiert: HdS.); Wolfgang Zorn, Typen und Entwicklungskräfte deutschen Unternehmertums, in: K.E. Born (hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln/Bln. 1966, S. 24-41 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek Bd. 12). Eine aktuelle Gegenüberstellung bieten H. Albach und W. Förster, Artikel Betrieb, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, hrsg. v. C.D. Kernig u.a. Bd. 1, Freiburg/B. 1966, Sp. 637-657, speziell Sp. 637 ff., 640-654; sowie P.J.D. Wiles, Ausbeutung, a.a.O., Sp. 460-476, speziell Sp. 461. In der Folge zit.: "S.D.G.",

7) Vgl. F. Redlich, Unternehmungs- und Unternehmergeschichte ..., S. 537 ff.

"Arbeitgeber" synonym gesetzt.⁸ Eine Entscheidung, die z. T. dem beruflichen Selbstbewußtsein in dem betroffenen Personenkreis widerspricht, aber in Kauf genommen wird.⁹

Fragen der Terminologie berühren ihrerseits bereits das Problem, wie mit im Grunde statischen Begriffen Wandlungen zu erfassen sind, die, im 19. Jahrhundert und fortdauernd, die Position industrieller Führungsgruppen modifizieren.

Noch im alten Jahrhundert entsprechen einer Vielzahl gesellschaftlicher und politischer Prozesse, die in Deutschland aus dem Wirkungszusammenhang einer fortschreitenden Binnenindustrialisierung und der Entfaltung der modernen Weltwirtschaft¹⁰ resultieren: der Beschleunigung des demographischen Wachstums, der Verstädterung und dem auf Ökonomie und a l l e politischen Parteien ausstrahlenden Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung¹¹ auf Seiten der Industriellenschicht Änderungen, deren Grundtendenzen zwar gesicherter Besitz der Literatur sind, je nach Standort der Autoren aber unterschiedlich bewertet werden können.¹²

8) "... der beschreibende Wirtschaftshistoriker kommt mit Bezeichnungen wie 'Geschäftsmann', 'Groß- und Kleinhändler', 'Aktiengesellschaftsdirektor' aus" (Redlich, a.a.O., S. 537).

9) Dies gesellschaftlich nicht unerhebliche Moment bleibt hier unerörtert.

10) Nach Hans Rosenberg in die 1850er Jahre zu datieren. Vgl. Hans Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise von 1857-1859, Stuttgart, 1934, S. 7 f. (= Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 30).

11) Vgl. Hans Rosenberg, Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa 1875-1896, in: Hans-Ulrich Wehler (hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 243 ff., 246. (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 10).

12) In soziologischer Sicht: Helmut Schelsky, Industrie- und Betriebssoziologie, in: Arnold Gehlen u. Helmut Schelsky, Soziologie, Düsseldorf/Köln 1955, S. 163-169. Überblick über die Literatur bei F. Redlich, Unternehmungs- und Unternehmergeschichte..., S. 547 ff.

Zu nennen sind hier weniger die Fakten der Angleichung an die "bestehenden sozialen Oberschichten des monarchischen Staates"¹³ als vielmehr die variierende Stellung des Unternehmers in Betrieb und gesamtwirtschaftlichem Zusammenhang, für die sich in Ost und West differierende Periodisierungen, Nomenklaturen und Deutungen anbieten.¹⁴

- 13) Siehe Schelsky, a.a.O., S. 167. Das in der soziologischen Literatur entworfene Bild präzisieren regionale Untersuchungen, Monographien und - kritische - Handelskammergeschichten. Vgl. Friedrich Zunkel, Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer, 1834-1879, Köln 1962, S. 93-132 u. 246-253; Horst Blumberg, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: H. Mottek, H. Blumberg u.a. Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland (= Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 1) Berlin (DDR) 1960, S. 145-163; Wolfram Fischer, Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte d. Industrie- und Handelskammerbezirks Essen-Mülheim-Oberhausen, Essen 1965, passim.
- 14) Zur Unternehmertypologie vgl. Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 3, 1: Das Wirtschaftsleben des Hochkapitalismus, Leipzig/München 1928, S. XI-XIII u. 14-21; Joseph A. Schumpeter, Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute, in: Bernhard Harms, (hrsg.) Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, Bd. I, 2. Aufl. Berlin 1929, S. 303-326. Schumpeter unterscheidet den Unternehmer der liberalen Konkurrenz von dem vertrusteter Wirtschaftsstrukturen und definiert ihn an der Funktion der Durchführung von Innovationen (a.a.O., S. 307 f., 313, 315 ff.). Zusammenfassend zu Unternehmertheoremen Fritz Redlich, Art. Unternehmer, in: HdS, Bd. 10, S. 486-491, dort auch Literatur, S. 496 ff.; vgl. auch W. Zorn, Typen und Entwicklungskräfte..., S. 25-41. Über die Diskussion zur Frage der Periodisierung und des Verhältnisses von "Basis und Überbau" in der DDR unterrichtet E. Giersiepen, Die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts in der DDR, in: Analysen und Berichte..., I (1960), S. 230-233, 234 f. (u.a. Kontroverse J. Kuczynski, H. Mottek.) Überblick über Forschungsstand auch in: Analysen und Berichte..., II (1970), S. 94-120; vgl. dazu auch die Publikationen in: J.f.Wg. 1960 ff. Die Gliederungsvorschläge von Walt W. Rostow, The Stages of Economic Growth, Cambridge 1960 (deutsch: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, 2. Aufl., Göttingen 1967) beurteilt David S. Landes als Übernahmen und Weiterbildungen zentraler Begriffe der Forschungen Schumpeters und Sombarts. Landes sieht darin nur "questionable nomenclatorial merits": "... Much of Rostow's system consists in calling old flowers by new names. The industrial revolution, which he vividly labelled 'take-off', remains the heart of the process. His 'leading sectors' are Schumpeter's areas of entrepreneurial innovation...", vgl. David Landes, Technical Change and Development in Western Europe 1750-1814, in:

Schließlich sind einzelne Entwicklungen in der einschlägigen Historiographie selbst, etwa das Aufkommen der modernen Firmengeschichte, interpretierbar.¹⁵

Firmen- und Unternehmergeschichte.

Der Augenblick, der den Unternehmer in das Licht einer spezifischen Geschichtsschreibung rückt, hat, so scheint es zumindest in Deutschland, nichts willkürlich Gewähltes. Anregungen, ideelle und bisweilen materielle Unterstützungen kommen oft aus dem Kreise der darzustellenden Werke und Persönlichkeiten¹⁶, d.h. hängen auch von Bedürfnissen ab, die

Anmerkungsübertrag, S. 6, Anm. 14)

H.J. Habakkuk, M. Postan (hrsg.), The Cambridge Economic History of Europe, Bd. 6, 1, Cambridge 1965, S. 457 f. Landes entwickelt seine Periodisierungskonzeptionen empirisch vergleichend. Für Deutschland vgl. u.a. Landes, Technical Change..., S. 403 f., 457 ff. Gründlich und umfassend die monographische Studie von Jürgen Kocka, Organisation und Herrschaft im Industriebetrieb des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Eine sozialhistorische Untersuchung zur Entstehung industrieller Bürokratie und Angestelltenschaft am Beispiel der Siemens-Unternehmen, Berlin 1968 (phil.Diss, FU, Berlin, MS.). Eine revidierte Fassung der Studie erschien im Folgejahr im Druck (Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847-1914, Stuttgart 1969 [= Industrielle Welt, Bd. 11/]. Die Zitierung: Kocka, Organisation... verweist in der Folge auf die erste, der Hinweis: Kocka, Unternehmensverwaltung... auf die im Druck erschienene Version der Studie.

15) Mit F. Redlich werden sie auf die Entstehungszeit der firmengeschichtlichen Untersuchungen von Richard Ehrenberg, d.h. im wesentlichen die Jahre 1905/06-1912 datiert. Vgl. Richard Ehrenberg, Die Unternehmungen der Brüder Siemens, Bd. 1: Bis zum Jahre 1870, Jena 1906 und ders., Regenerativ-Ofen und Arbeiterbewegung in der deutschen und englischen Grün Glasindustrie, in: Thünen-Archiv/Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 2 (1909), S. 18-138, sowie a.a.O., ders., Kruppstudien I/II, S. 204-226; Kruppstudien III, in: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv), Bd. 3 (1911), S. 1-164.

16) Vgl. Fritz Redlich, Anfänge und Entwicklung der Firmengeschichte und Unternehmerbiographie. Das deutsche Geschäftsleben in der Geschichtsschreibung, Baden-Baden o.J. (1959), S. 21 ff. / Beiheft I der Zeitschrift "Tradition" /

in diesem Kreise empfunden werden, oder die man sich bemüht, in diesem Kreise zu schaffen.¹⁷ In der Zeit des Entstehens erster Firmenarchive¹⁸ und tastender Versuche auf dem Gebiet des Werkzeitschriftentums¹⁹ liegt darin bei den Industriellen gewiß ein Stück individueller geschichtlicher Selbstfindung;²⁰ aber zugleich auch eine historische Rollendefinition, die in den Betrieben bewußt dem Zweck der sozialen Integration der Arbeitnehmer dient.²¹

-
- 17) Die Argumente, mit denen seit der Jahrhundertwende bei der privaten Industrie für die Errichtung von Werksarchiven, lokalen oder regionalen Wirtschaftsarchiven plädiert wurde, sind im wesentlichen bis heute die gleichen geblieben. Zu ihrem Grundbestand zählt das Interesse der Industrie an der "richtigen" wissenschaftlichen Behandlung ihrer Belange. Vgl. K. Burhenne, Betriebs-Archive, in: Thünen-Archiv, Bd. 2 (1909), S. 698: "... Wissenschaft, welche r i c h t i g e Anschauungen vom wirtschaftlichen Leben schaffen... will...". Der Hinweis, Archive und eine entsprechende Historiographie "machten sich bezahlt", findet sich immer wieder in den mit für die Wirtschaft bestimmten Publikationen. (So Redlich, Anfänge und Entwicklung..., S. 21; vgl. auch R. Muziol, Das Firmenmaterial des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, in: Tradition, Jg. 3 (1958), S. 165: "Auf die Vermehrung der Werks- und Betriebsarchive als Quellen eines neuen, historisch unterbauten Selbstbewußtseins im Mikrokosmos der Wirtschaft gründet sich die stärkste Hoffnung derer die durch die Zeitschrift "Tradition", d.Verf./ ... aufgerufen sind." Als Leiter des Siemens-Archivs betonte August Roth 1922, die Sammlung der Aufzeichnungen früherer Firmenmitglieder habe "vor allem ein hohes seelisches Gewicht, denn, H.M.B./ sie flößen Ehrfurcht vor Arbeit und Leistung ein und regen zur Nacheiferung an." (A. Roth, "Betriebsarchive und Entwicklungskunde" in: Siemens-Zeitschrift, Jgg. II., 1922, Heft 4, S. 170-174; Zitat: S. 171).
- 18) Als Vorbereitung für die zu 1912 geplante Centenarschrift des Hauses Krupp entstand 1905 "in bescheidensten Formen" das 1. deutsche Werksarchiv. Es unterstand noch 1908/09 als unselbständige "Geschichtliche Abteilung" dem "Nachrichtenbüro" der Firma (K. Burhenne, Betriebs-Archive..., S. 700 f.) Das Datum läßt freilich auch der Vermutung Raum, daß die Begründung dieser Abteilung des "Nachrichtenbüros" im Zusammenhang mit dem Ruhrstreik von 1905 zu sehen ist.
- 19) Dazu läßt sich grosso modo auch das firmensubventionierte Zeitschriftenwesen der "gelben" Werksvereine vor 1914/18 zählen. Die in der Mehrzahl nach 1918 entstehenden Organe sind grundsätzlich neutraler, jedoch ebenfalls "wirtschaftsfriedlichen" Modellvorstellungen verpflichtet. Aufzeichnungen zum "gelben" Pressewesen der Vorkriegszeit in: Siemens-Archiv-Akte = SAA. 14/Lg 619, "Bericht des Herrn Schneider über die Werksvereinsbewegung 1913", S. 9, 23 f., 41, 54, 82, 89.

Außerhalb der Werkstore ist sie, der Möglichkeit nach, ein Ansatz zu neuzeitlicher, industrieller "Öffentlichkeitsarbeit".²²

Historiker, die sich im Bereich privatwirtschaftlicher Verhältnisse der Unternehmensgeschichte zuwenden, werden diese Momente vor allem dann stets berücksichtigen müssen, wenn sie mit den Firmen selbst zusammenarbeiten.²³ Sie werden notwendig einzelne Belange zu schonen

- 20) Die Zeitschrift "Stahl und Eisen", das Organ des "Vereins deutscher Eisenhüttenleute" stellt 1909 Publikationen zur Geschichte der Industriellenfamilien Poensgen und Stinnes als Beiträge zur "exakten Wirtschaftsforschung" vor und bescheinigt der historiographischen Initiative der Familien, sie habe sich hier "Denkmäler" gesetzt, "die erneut Zeugnis ablegen vom Gemeinsinn und der Tüchtigkeit, dem sie Größe und Ansehen ihrer Häuser verdanken." Eine recht interpretierbare Wertung, die bis in die Gegenwart hinein für die Mehrzahl der firmennahen historiographischen Publikationen gelten kann. (Stahl und Eisen, Jgg. 1909, Nr. 5, S. 193). Zu Aufgabebereich und Vertretern der "exakten Wirtschaftsforschung" siehe unten, S. 15.
- 21) Von Burhenne und R. Ehrenberg in diesem Sinne zur Stützung der als dauernd gedachten "Arbeitsgemeinschaft" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in den industriellen Großbetrieben intendiert. Den Gedanken der "Arbeitsgemeinschaft" - ein im Grund konfliktloses Sozialmodell - verfocht Ehrenberg als Theoretiker "wirtschaftsfriedlicher" Konzeptionen (Burhenne, Betriebs-Archive..., S. 696 ff.).
- 22) Vgl. H. Schelsky, Industrie- und Betriebssoziologie, S. 192 f. Für die Bedeutung, die die Studien Ehrenbergs in diesem Zusammenhang für die Siemens'schen Unternehmen besaßen vgl. Kocka, Organisation..., S. 650-655.
- 23) Das gilt vice versa für die Betriebsgeschichtsschreibung der DDR mit den Wertungspunkten 1945 und 1949. Grundsätzliches bei Hans Radandt, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte? Berlin (DDR) 1963 (u. öfter/ Radandts Leitlinien, orientiert an Anregungen Maxim Gorkis bzw. einem Beschluß des ZK der KPdSU (B) von 1931, bestimmten die Ausrichtung der DDR-Publikationsreihe Geschichte der Fabriken und Werke. Eine Bibliographie zu Firmenschriften in Ost und West findet sich in den angeführten Veröffentlichungen von Fritz Redlich sowie im einzelnen bei H. Corsten, Hundert Jahre deutscher Wirtschaft in Fest- und Denkschriften (= Kölner bibliographische Arbeiten hrsg. v. H. Corsten und E. Walb, Bd. 2), Köln 1937 und im Katalog der Fest- und Denkschriften wirtschaftlicher Betriebe (Dr. Hjalmar Schacht-Sammlung), Bücherei des Reichsbankdirektoriums, Berlin 1937; vgl. auch R. Muziol, Das Firmenmaterial des Kieler Instituts f. Weltwirtschaft..., S. 165-178; Verzeichnis der Fest- und Denkschriften von Unternehmungen und Organisationen der Wirtschaft im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (= Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs) Hamburg 1961; Hans Radandt, Bibliographie selbständiger

haben und sich darein schicken.²⁴ Sei dies auch nur aus einem Gefühl der Pietät heraus gegenüber jenem indirekten und doch sehr wirkungsvoll verpflichtenden industriellen Mäzenatentum, das dem Arbeiter sonst unzugängliche Materialien erschließt,²⁵ deren Nutzung ja auch in der Frühzeit der Werksarchive stets eine besonders gebundene, wenn man will: privilegierte - war²⁶ - ein "Monopol", das weniger Begünstigte mitunter schmerzlich empfinden mußten.²⁷

Richard Ehrenberg als früher Vertreter der Firmen-
und Unternehmerhistoriographie

Diese Chancen und immanenten Gefährdungen der Firmenhistorie liegen in Deutschland schon in den Anfängen dieser Disziplin beschlossen,

Anmerkungsübertrag, S. 9, Anm. 23)

Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der DDR erschienen sind, in: Jb.f.Wg. 1, (1960), S. 353-363; A. Fischer, Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmen, die nach 1945 in Westdeutschland und Westberlin erschienen sind, a.a.O., Bd. 2 (1960), S. 355-402; Hans Radandt, Der Stand der "Geschichte der Fabriken und Werke" in der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., S. 153-199. Dort auch laufend bibliographische Hinweise.

- 24) Vgl. etwa Wilhelm Treues Ausführungen zum Rheinisch-Westfälischen und Oberschlesischen Kohlensyndikat in: ders., 100 Jahre Caesar Wollheim, München 1961, S. 32-38 (referierende statt korrigierende Darlegung anfechtbarer industrieller Aussagen in der Kartell-Enquête des Reichsamtes des Innern).
- 25) Das ist mit eine Erklärung für das Bestreben, wirtschaftliches Geschehen auf das Walten "Großer Männer" zu reduzieren. Vgl. W. Herrmann, "Walter Däbritz zum Gedächtnis", in: Tradition, Jg 8 (1963), S. 237.
- 26) So auch Anregungen Richard Ehrenbergs (Frankfurter Zeitung, 21.X.1909, Nr. 291, 3. Morgenbl., S. 1).
- 27) Es zwang die "Outsider" bei Betriebsstudien "durch die Schlüssellocher zu gucken", bzw. weitgehend deduktiv vorzugehen, was Industrielle und Gelehrte wie Ehrenberg dann - nicht immer bona fides - als beherrschenden Zug der zeitgenössischen Literatur bedauerten. Zitat: Prof. Bernhard/Posen 1905 vor dem VfS., in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 196.

die sich an den Namen Richard Ehrenbergs knüpfen.²⁸ Das verdient auch in der Gegenwart beachtet zu werden. Denn diejenigen Vertreter der Firmengeschichtsschreibung, Betriebssoziologen und Repräsentanten der empirischen Sozialforschung, die sich auf Studien Ehrenbergs als moderner Leit- und Erstpublikationen berufen,²⁹ wählen ihrem Fach einen Stammvater, dessen wissenschaftliche Bemühungen - bei allem ehrlichen Willen des Rostocker Nationalöko-

-
- 28) Vgl. R. Passow, Art. Ehrenberg, in: HdS., Bd. 3, Göttingen 1961, S. 32 ff. Liste der Veröffentlichungen Ehrenbergs in: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv), (zit.: AeW), Jg. 9 (1918/22), S. 464-468.
- 29) So Fritz Redlich, aber auch Ralf Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, 3. Aufl., Berlin 1965, S. 25 f. Hans Maus erkennt ebensowohl politische wie wissenschaftsgeschichtliche Hintergründe, vor allem aber außerordentlich lebhaft zeitgenössische Kontroversen um Pläne des Nationalökonomens Ehrenberg, wenn er noch 1973 in einer Paraphrase zu dem Werk von Anthony Oberschall, Empirical Social Research in Germany 1848-1914, erklärt, der Autor habe an Ehrenberg erinnert, dessen "Studie über 'Kruppsche Arbeiterfamilien' (1912) ... trotz ihrer Exaktheit so wenig beachtet wurde wie sein Plan zur Errichtung eines Instituts für exakte Wirtschaftsforschung." (Hans Maus, "Zur Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung", in: René König, (hrsg.) Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I., Geschichte und Grundprobleme, 3. Auflage, Stuttgart 1973, S. 21-56, Zitat: S. 36./ Sperrung: H. M. B./). Ob "Exaktheit" hier nur auf die Akribie des Arbeitens bezogen ist, oder die schon bei den Zeitgenossen umstrittene Konzeption der "Exakten Wirtschaftsforschung" (Vgl. dazu unten, S. 15 f) meint, geht aus dieser Stelle nicht klar hervor. Hinreichend deutlich werden indessen betrübliche Folgen, die aus der immer noch üblichen Abschottung von Einzeldisziplinen der Sozialwissenschaften gegeneinander resultieren. Im vorliegenden Fall führt mangelnde Kenntnis historiographischer Vorgaben nicht nur zu einer klar zu falsifizierenden Unterstellung; Maus wertet auch Ehrenberg sehr rasch zu einem verkannten Pionier der modernen empirischen Sozialforschung auf. Das hat seine Bedenken, wenn Ehrenbergs Positionen tatsächlich berücksichtigt werden sollten.

nomen³⁰ - nicht unabhängig von einer veranlassenden innenpolitischen Konstellation nach der Jahrhundertwende gedacht werden können.³¹

-
- 30) Betont von J. Kocka, Organisation..., S. 650-655, speziell S. 653, Anm. 271. Der im ganzen positiven Wertung vermag sich der Verf. nicht anzuschließen. Das Bild, das sich bei Kocka aus Firmenmaterial ergibt, modifiziert sich bei der Heranziehung anderer Quellen: Zeitungen, Zeitschriften, Veröffentlichungen von und über "gelbe" Werkvereine, "AeW.", sowie Protokolle der "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung". Wie die Ausrichtung des "AeW." (Thünen-Archiv) zeigt, wandte sich Ehrenberg, nachdem es ihm nicht gelungen war, von Industrie (Centralverband Deutscher Industrieller) und Landwirtschaft subventionierte wirtschaftswissenschaftliche Forschung an bedeutenden Universitätsplätzen durchzusetzen, immer stärker rein agrarischen Themenstellungen zu, an denen die ostelbische Großlandwirtschaft Interesse nahm. Belege, die Kocka für die unabhängige Stellung Ehrenbergs gegenüber der Privatindustrie anführt, datieren aus diesem späteren Zeitraum.
- 31) Die Begründung des "Thünen-Archivs-Organ für exakte Wirtschaftsforschung" (Jg. 1-9 1906-1918/22), seit 1911: "AeW" - (Thünen-Archiv). Durch R. Ehrenberg und dessen Plan, ein industriehohes "Institut für exakte Wirtschaftsforschung" zu errichten (seit 1905/06, industriell-agrarischer Fördererkreis spätestens 1908 konstituiert, = "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung", (zit. "VeW")), sind im Zusammenhang mit Einfluß und Binnenentwicklung des "Vereins für Socialpolitik" (VfS.) zu sehen. In das Jahr 1905 fallen hier die leidenschaftlich anklagenden Debatten über die Sozialpolitik in den Großbetrieben (Mannheimer Tagung: u.a. L. Brentano, M. Weber, F. Naumann versus E. Kirdorf, E. Leidig und A. Tille); wichtig auch die Isoliertheit der Arbeitgeber in der öffentlichen Meinung beim Ruhrstreik; bedeutsam ebenso die Massenstreikdebatte in Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die seit 1901/02 stürmisch ansteigenden Streikziffern, Massenausstände, u.a. Sept./Okt. 1905 in der Berliner Elektro-Großindustrie und die 1. Russische Revolution sowie der Fall "Hibernia". Zur maßgeblichen Rolle des Centralverbands Deutscher Industrieller (zit.: "CDI") in der VeW vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 185-189. Wie im Falle des Krupparchivs dürften bei der Begründung des Siemens'schen Firmenarchivs aktuelle sozialpolitische Momente mitgespielt haben. Anregungen, die hier von Richard Ehrenberg ausgingen, fallen mit in die Zeit des von der Berliner Elektro-Großindustrie, nicht zuletzt dank einer klug taktierenden Öffentlichkeitsarbeit, erfolgreich bestandenen Massenausstandes (ca. 35.000 Streikende u. Ausgesperrte) im Herbst 1905. Zur ideellen und materiellen Unterstützung der Forschungen Ehrenbergs seitens der Firma vgl. Kocka, Organisation..., S. 651. Zum Streik in der Berliner Großindustrie 1905 vgl. unten, S. 358 ff.

Ehrenbergs Arbeiten selbst, von Unternehmern begrüßt und gefördert, die nach wirksamer Abwehr sozialkritischer Strömungen in Wissenschaft und Politik, sowie verbreiteter antikapitalistischer Affekte im allgemeinen suchten,³² sind insofern weit eher Reflex und Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels, der die Stellung des Unternehmertums traf, als dessen mitintendierte, wissenschaftliche Bewältigung.³³ Der Verdienstlichkeit einzelner - vor allem früher - Studien Ehrenbergs geschieht nicht Eintrag, wenn man daran erinnert, daß dem p o l i t i s c h wirkenden Nationalökonom Ehrenberg, neben den von ihm bekämpften Kathedersozialisten,³⁴ in Max Weber ein Zensor entstand, der über ihn vernichtend hart geurteilt hat;³⁵ hart wegen

32) Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 185-189.

33) Dazu Richard Ehrenberg, Bisherige Ergebnisse und nächste Aufgaben der exakt vergleichenden Wirtschaftsforschung, in: ders. (hrsg.), Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung. Stenografischer Bericht über die erste Hauptversammlung /22.X.1910/ Jena 1911, S. 10-28, 57-60, 62-71.

34) Abschließend zur Kontroverse A. Wagner, L. Brentano, G. Schmoller - R. Ehrenberg: Gustav Schmoller in: Verhandlungen des VfS. in Wien, 1909, Leipzig 1910, S. 5 f. (= Schriften VfS, Bd. 132: "Unserem Verein wünsche ich bedeutsamere Gegner." (Schmoller, a.a.O., S. 6). Kritisch auch F. Lenz, Denkschrift betreffend die Schaffung eines Wirtschaftsarchivs und die Unterstützung privatwirtschaftlicher Forschungen, Berlin 1912, ders., Neubildungen in der Wirtschaftswissenschaft, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 149 (Juli/Sept. 1912), S. 499 f., 502 ff. Zu den Fraktionierungen im VfS. vgl. Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932, Bln. 1939. = Schriften VfS., Bd. 188 ; Dieter Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik, 2 Teile, Wiesbaden 1967, passim. [= Beihefte Nr. 52 und 53 der Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/ .

35) "... nach sehr vielversprechenden Anfängen ... auf die Bahn platter Schnelldruckpublikationen geraten..." sowie, "unaufhaltsam sinkende Qualität seiner Publikationen", - Zuschriften Max Webers an die Frankfurter Zeitung, Nr. 290, 19.X.1909, 1. Morgenblatt, S. 1, u. a.a.O., Nr. 291, 20.X.1909, 1. Abendblatt, S. 1 f. An letzterer Stelle heißt es zusammenfassend: "Kein Nationalökonom von Bedeutung, der von Methodik das mindeste versteht, kann Herrn Prof. E. die Erfindung irgend einer neuen Methode zugestehen." Zur ursprünglich positiven, sich unter dem Eindruck späterer Publikationen Ehrenbergs wandelnden Bewertung seiner Arbeiten vgl. die Rezensionen von J. Conrad in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 24 (1902), S. 854 ff., und a.a.O., Bd. 30, S. 567 f. sowie Bd. 29, S. 108 (beide 1905).

des Versuchs, im Schatten der Industrie in die Universitäten einzudringen;³⁶ hart in Sonderheit, weil Weber hier unter dem Deckmantel einer - vorgeblichen -³⁷ Trennung von Politik und Wissenschaft,³⁸ ein Zerrbild von Werturteilsfreiheit am Werk sah, das ethische Prinzipien von wirtschaftlichem Geschehen schied,³⁹ um die Nationalökonomie pragmatisch dem Gebot aktueller, sozialer und politischer Bedürfnisse zu unterstellen, die von der Privatwirtschaft an sie herantraten.

-
- 36) "... sein im deutschen akademischen Leben noch n i e m a l s e r h ö r t e s V e r h a l t e n ..." (Zitierte Zuschrift Max Webers an die Frankfurter Zeitung vom 20.X.1909, Sperrung im Original).
- 37) Auf der 3. Hauptversammlung der VeW. wurde "eine gewisse politische Einfärbung" der "wirtschaftlich-wissenschaftlichen Ziele" der VeW. verlangt (Dr. Wildgrube). Abschwächungen Ehrenbergs und von Prof. E.A. Budde (Vorstandsmitglied der Siemens & Halske-AG, im folgenden zitiert S.&H.-AG.), Vorsitzender der VeW., fallen dagegen nur formal ins Gewicht (Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung. Bericht über die 3. Hauptversammlung vom 9. Dez. 1912, Jena 1913, S. 69 ff., 71. / = 9. Ergänzungsheft des AeW. /).
- 38) Im Zusammenhang der Fälle Arons und Ehrenberg für die universitäre Berufungspraxis postuliert von den Gebrüdern Weber auf dem III. Deutschen Hochschullehrertag 1909. Die Protokolle der Versammlung geben die ausführlichen Diskussionen nur summarisch wieder, genauer der Bericht in der Frankfurter Zeitung Nr. 285, 14.X.1909, 1. Morgenblatt, S. 1.
- 39) Allgemein zur Position Webers u.a. ders., Methodologische Einleitung für die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S. 1 f. Zum Ansatz Ehrenbergs kritisch F. Lenz, Neubildungen in der Wirtschaftswissenschaft..., S. 503 f.

Das bestätigt sich, bedurfte es einer Beweisführung postfest für die Webersche Position, bei einem Blick auf Veröffentlichungen, in denen sich Ehrenberg mit Gewerkschaftsfragen befaßte. Hier dominiert das Nein zum Ausbau der staatlichen Sozialpolitik und die Propagierung des umfassenden Kampfes gegen die Berufsvereine: Die Frontstellung zielt ebensowohl auf deutsche wie angelsächsische Arbeiterassoziationen und betrifft freie Gewerkschaften in gleicher Weise wie etwa die Forderungen des "Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands" (DHV).⁴⁰ Als sich die Beziehungen der von Ehrenberg wissenschaftlich präsi- dierten industriellen Fördergesellschaft, der "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung" zur Großlandwirtschaft intensivierten, wandte sich Ehrenberg Fragen der "Seßhaftmachung" von Landarbeitern zu. Kenn- zeichnend ist dabei die Distanzierung von Konzeptionen der bürgerlichen Bodenreformer; auf Tagungen der "Vereinigung für exakte Wirtschafts- forschung" ist der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer- vereine vertreten.⁴¹ Damit erfüllte sich die Prognose Max Webers, der 1909 erklärt hatte: "In Preußen dürfte der betreffende, einst streng antiagrarische Herr ... vom Bund der Landwirte in Entreprise genommen werden."⁴²

40) Vgl. etwa R. Ehrenberg, "Die Arbeitszeit der Kontore", in: Thünen- Archiv/AeW, Bd. 1, 1905/06, S. 454-520, speziell S. 497-500 u. 515-520: gegen den DHV, gegen staatliche Arbeitszeitregelungen und Geschäftsinspektionen; R. Ehrenberg, "Regenerativ-Ofen und Arbeiterbewegung in der deutschen und englischen Grün- glas- Industrie...", ebda., S. 18-138, speziell S. 33 ff., 54 ff., 86, 95-110, 122 f.: gegen Lujo Brentanos Plädoyer für die Trade Unions; Identifizierung des Abschwungs in der englischen Glas- industrie mit der Existenz der Unions. Hier werden "belastende" Quellen z. T. sehr unkritisch genutzt.

41) Vgl. R. Ehrenberg, E. Laur (u.a.), "Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des Archivs für exakte Wirtschaftsforschung", in: AeW., Bd. 4, 1912, S. 1 ff; von Batocki und R. Ehrenberg, "Bericht über die Studienkommission für Erhaltung des Bauerntums, für Klein- siedlung und Landarbeit", S. 3-7 und a.a.O., S. 7 f. (Diskussions- beitrag des Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzerverbandes Baumert). R. Ehrenberg, "Zur gegenwärtigen Krise in der deutschen Wirtschaftswissenschaft", in: AeW., Bd. 4, 1912, S. 7.

42) Frankfurter Zeitung, 19.X.1909, 1. Morgenblatt, S. 1.

Die Unerbittlichkeit des Weberschen Verdikts⁴³ fand ihre Erklärung vor allem darin, daß sich Ehrenberg wie angedeutet u.a. in der Rolle eines Wirtschaftstheoretikers gefiel, der der zeitgenössischen Arbeitgebererschaft eine neue Variante der Lehre von der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit andiente.

Die Originalität dieser Leistung war freilich damals bereits umstritten. Sie bestand im wesentlichen darin, daß die These der Interessensharmonie historisierend zum Modell der "Arbeitsgemeinschaft" abgewandelt wurde.

In Anlehnung an Begriffe von List und Roscher ("Arbeitsvereinigung") erfuhr der Sombartsche Terminus "Arbeitsgemeinschaft" eine begrenzte, inhaltliche Neubesetzung. Bei Ehrenberg, der sich dazu auf Verhältnisse in Unternehmungen von John Parish, Nathan Rothschild, Werner Siemens und Alfred Krupp glaubte berufen zu können, hieß das, daß im Arbeitsverhältnis gegenüber einem formalen juristischen Vertragselement in der Regel stärkere, personalisierte Beziehungsfaktoren wirksam seien.

Das Vertragsverhältnis werde darüber zum wechselseitigen "Vertrauensverhältnis": "Treue ist mit Treue zu vergelten!" Mit dieser Umschreibung meinte Ehrenberg nicht nur den Anspruch und die sehr interpretierbare Devise, sondern auch die Realität des Kruppschen Wohlfahrtspatriarchalismus zu treffen.⁴⁴

Das tatsächlich wirkende Arbeitsverhältnis normiert sich hier an einem - abstrakt gedachten, aber doch überwiegend im Unternehmer verkörperten und vertretenen - "Geschäftsinteresse", in dem gemeinsame wie eventuell widerstreitende Belange der Gemeinschaftspartner im Hegelschen Wortsinne "aufgehoben" werden.⁴⁵

43) Alle Erklärungs- und Abschwächungsversuche Ehrenbergs seien "protestationes facto contrariae", "Sache und Person sind für mich erledigt". (Max Weber in: Frankfurter Zeitung, Nr. 291, 20.X.1909, 1. Abendblatt, S. 2).

44) Vgl. R. Ehrenberg, "Das Arbeitsverhältnis als Arbeitsgemeinschaft" in: Thünen-Archiv (AeW), Bd. 2, 1907/09, S. 176-202 und, ders., "Krupp-Studien III", ebda., Bd. 3, 1911, S. 1-164, speziell S. 128, 159-164; ders., "Schwäche und Stärke neuzeitlicher Arbeitsgemeinschaften", ebda., Bd. 3, S. 401-558.

45) G.W.F. Hegel, Wissenschaft der Logik, Teil I., Leipzig 1934, S. 93 ff. (= G.W.F. Hegel, Sämtliche Werke, ed. Georg Lasson, Band III, Erster Teil).

Ehrenberg, der sich um den Nachweis bemühte, "daß es überhaupt keinen Kapitalismus gibt",⁴⁶ bot solche Leitvorstellungen als theoretisches Rüstzeug den "gelben" Werkvereinen im Kampf gegen die Freien Gewerkschaften an.⁴⁷

- 46) Thünen-Archiv, Bd. 1, S. 392, Sperrung im Original. Die Beweisführung beschränkt sich darauf, die für frühe industrielle Familiengründungen des 19. Jahrhunderts nicht seltene Aversion gegen das Aktienwesen, bzw. die durchaus vorhandenen subjektiven antikapitalistischen Affekte einzelner Erfinder, Techniker und Kaufleute ins Feld zu führen. Das traf auf den "Ingenieur-Unternehmer" (Wutzmer) Werner Siemens ebenso zu, wie auf Alfred Krupp, dessen Ablehnung des Aktienwesens in der steten Hilfsbereitschaft des preußischen Staates, bzw. der preußischen Seehandlung einen recht realen Hintergrund hatte. Vgl. W. Boelcke (hrsg.), Krupp und die Hohenzollern. Aus der Korrespondenz der Familie Krupp 1850-1916, Berlin (DDR) 1956, S. 34-49, speziell S. 56-59; H. Wutzmer, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens..., S. 145. Für die hier verfolgte Ausrichtung der unternehmungsgeschichtlichen Studien gilt mit die Kritik Hilferdings an Ehrenbergs Untersuchungen zur politischen und volkswirtschaftlichen Rolle des Handels: Ehrenberg habe die Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zu belegen versucht, indem er die ihr eigentümliche, spezifisch ökonomische und daher historische Form identifiziere mit dem "technischen Inhalt, der gegenüber der transitorischen Form dauernd notwendig ist". Aus dieser irrigen Identifizierung werde dann auf die Notwendigkeit der Form zurückgeschlossen. Man betone dabei die Notwendigkeit der "Oberleitung und Beaufsichtigung jedes gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, um daraus sofort die Notwendigkeit der kapitalistischen Leitung, die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln entspringt und damit die Notwendigkeit dieses Privateigentums überhaupt, zu beweisen". Vgl. R. Hilferding, Das Finanzkapital (= Marx-Studien, Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, Bd. 3), Wien 1923, S. 202; Richard Ehrenberg, Der Handel, Jena 1897. E. erwarb sich fraglos Verdienste um das Entstehen der modernen Disziplin der Betriebswirtschaft und wies noch vor 1900 auf die Bedeutung und die notwendige Wiedererweckung einzelner Wissenszweige der alten Kameralistik hin. Vgl. Richard Ehrenberg, Handelspolitik, Jena 1900, S. 90-94. Diese Ansätze ignoriert K. Mellerowicz, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd. 1, 10. Aufl., Berlin 1958, S. 41.
- 47) Vgl. Äußerungen Ehrenbergs auf der 3. Hauptversammlung der Vew. (Bericht über die 3. Hauptversammlung..., S. 69 f.) Das Organ des "Gelben Arbeitsbundes" in Berlin, das vom Siemenskonzern subventioniert wurde, stellt ihn 1910 als "warmen Freund der gelben Arbeiterbewegung" vor (Der Bund, Jg. 5, Nr. 1, 12.I.1910, S. 1). Zur Wertschätzung Webers für die Freien Gewerkschaften vgl. seine Diskussionsrede auf der Mannheimer Tagung des VfS. (25.-28.IX.1905) in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 116, Leipzig 1906, S. 215 ff. Nach Abschluß der für die Betriebssoziologie bahnbrechenden Untersuchungen des VfS. über Auslese und Anpassung in der industriellen

Seine politischen Überzeugungen, die sich in konservativen Kulturpessimismus, Großstadtfeindschaft und sozialdarwinistische Theoreme kleideten, vertrat er noch zur Zeit der Weimarer Republik. Er hatte, eingedenk der "Leutenot" Ostelbiens, 1914/18 eine aktive Bevölkerungspolitik - auch für die "Besiedlung unseres neuen Ostlandes" gefordert und formulierte damals auch seine Gedanken über ein zu schaffendes "wirtschaftliches Prinzipat" großbürgerlicher Familien. Im übrigen sah er im Kriegsgeschehen als einem gesunden Läuterungsprozeß seine Aversion gegen den Ausbau der Sozialpolitik bestätigt. Hier trat für ihn die "Verderblichkeit des ... Strebens, den Daseinskampf übermächtig abzuschwächen und hierdurch die Auslese der Kräftigsten allzusehr zu hemmen" deutlich hervor.⁴⁸ Ebenso aufschlußreich sind einzelne Programmpunkte aus dem Jahre 1922. Für den neuen Staat werden empfohlen: ständischer Aufbau, wirtschaftsfriedliche Berufsorganisationen und eine tariffreie Lohnpolitik. Dazu tritt die Aussage, daß ein politisch begabtes Volk "instinktiv" die Grenzen der Sozialpolitik erkenne, "wenn es geführt wird von einem Staatsmanne, der jene Grenzlinie durch Eingebung (d.h. durch eine höhere Art Instinkt) erkennt und danach

Anmerkungsübertrag, S. 17, Anm. 47

Arbeiterschaft warnte Weber 1911 in Anspielung auf Ehrenberg, "nach dem Muster gewisser Reklamenationalökonomien" die eigenen Ergebnisse zu überschätzen, "weil wir die lächerliche Anmaßung, mit der im Gegensatz zum VfS. gewisse, angebliche Schöpfer von angeblich neuen Methoden zur Nationalökonomie sich breit machen, als das zu brandmarken gesonnen sind, was sie ist: G e s c h ä f t s r e k l a m e und weiter nichts" (Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, S. 248 f., Diskussionsrede auf der Nürnberger Tagung des VfS., Sperrung im Original). Vgl. auch Wolfgang J. Mommsen, Max Weber, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Frankf./M. 1974, S. 140 ff., 144-181.

- 48) Vgl. Richard Ehrenberg, Krieg und Volkswirtschaft, AeW., Bd. 6 (1914/15), S. 43-462, Zitat: S. 440: ders., Die Familie und ihre Bedeutung für das Volksleben, AeW., Bd. 8, (1916/17) S. 1-23, Zitat: S. 7 f.

handelt."⁴⁹

Es läßt sich nicht übersehen, daß damit der Ehrenbergsche Irrationalismus an einer Grenze angekommen ist. Festzuhalten bleibt, daß sich diese Gedankenführung nicht diskontinuierlich entfaltet, sondern bereits in Konzeptionen angelegt ist, die Ehrenberg früh vertreten hat. Das sollte davor warnen, den Rostocker Nationalökonom zu unkritisch der Reihe der Pioniere der empirischen Sozialforschung, der Firmengeschichte, der Betriebssoziologie und der Unternehmenshistoriographie zuzurechnen.⁵⁰

49) R. Ehrenberg, Klassenkampf und Sozialfriede, Aew., Bd. 9 (1918/22), S. 433-463, Zitat: S. 444. Es handelt sich hier um eine Abschattung jener Elite-Ideologie, die in der "VeW." u.a. deren Vorsitzender, Prof. E.A. Budde, ein Direktor der S.&H.-AG, mit der These von der Abhängigkeit " d e s K u l t u r f o r t s c h r i t t s " v o n " l e i t e n - d e n P e r s ö n l i c h k e i t e n " umriß. Nicht unbedenklich, aber konsequent, wo Ehrenberg am Ausgangspunkt der Firmengeschichte steht, scheint in diesem Zusammenhang, daß Fritz Redlich die Unternehmensgeschichtsschreibung unter soziologischem Aspekt als Aufgabe der "Elitenforschung" begriffen wissen will. Vgl. E.A. Budde, "Das Streikrecht der Gelben", in: Der Bund, Jgg. 3, Nr. 43, 23.X.1910, S. 1 (Sperrung im Text: H.M.B.).

50) Fritz Redlich, Unternehmer..., S. 496. Die Rezeptionsgeschichte der Ehrenbergschen Theoreme verlangt nach einer ausführlicheren Würdigung, die freilich nicht im Rahmen von Vorüberlegungen zu "Gegenstand und Methode" der vorliegenden Arbeit zu leisten ist. Zur Rolle Mecklenburgs als Regenerationszentrums der (ländlichen) gelben Gewerkschaftsbewegung nach 1918 und der Bedeutung Ehrenbergs als Theoretiker der gelben Vereine nach 1918 vgl. H.A. Apolant, Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung Deutschlands. Werden, Wesen und Wollen der gelben Organisationen, Berlin 1928, S. 44 f., 112-124.

Ehrenbergs Anteil an der Verbreitung - und damit mittelbar auch an der Wirkungsgeschichte - einer problematischen Unternehmer-, bzw. Führerideologie, dürfte nicht zu bestreiten sein.⁵¹ Dieser Anteil und die Rolle, welche Ehrenberg als Theoretiker für die Ausbildung einzelner Spielarten depravierender großindustrieller "Wohlfahrts-politik" bereits vor 1914 übernahm,⁵² lassen sich aus der Betrachtung von Grundlagen der Unternehmer- und Unternehmungsgeschichtsschreibung nicht ausblenden.

Gegenüber dem hier betonten Element der Kontinuität und des Praktisch-werdens des Ehrenbergischen Gedankengebäudes wird für die vorliegende Arbeit, die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Politik im Umkreis der Berliner Elektro-Industrie thematisiert, allerdings auch die Genesis dieser Konzeptionen zu beachten bleiben.

Der Verfechter der "Arbeitsgemeinschaft", der Theoretiker der "gelben" Werkvereine und der Apologet des "Prinzipats" großbürgerlicher Familien drang über die Stufen einer spezifischen Historiographie zu dem Grundbestand der politischen und sozialpolitischen Gedankenraster vor, die er später - im wesentlichen glücklos - universitär zu verfechten begann. Entscheidend wurden dafür wie bereits erwähnt Ergebnisse, die er dem Studium der Entfaltung von Unternehmungen der Familien Rothschild, Parish und insbesondere der Gebrüder Siemens verdankte.⁵³

-
- 51) Für diesen Kontext in gleicher Weise relevant: der im "Centralverband deutscher Industrieller" (CDI) zeitweilig in exponierter Position tätige saarländische Industrieverbands- und Handelskammersyndikus Alexander Tille, dessen literarische und rhetorische Wirksamkeit trotz ihrer bisweilen nicht ernst genommenen, verstiegenen Begrifflichkeit in kritischer Absicht ernster genommen zu werden verdiente. Vgl. auch unten, S. 349 ff.
- 52) Dazu wird hier auch die massive Begünstigung der gelben Werkvereine gezählt. Für die Entwicklung bis 1905 vgl. A. Günther und R. Prévôt, Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 114), Leipzig 1905.
- 53) Richard Ehrenberg, Die Unternehmungen der Brüder Siemens, Bd. I, Berlin 1906. Bd. II nicht erschienen. Zum Hintergrund des Abbruchs dieser Publikationen vgl. Ausführungen bei Kocka, Organisation..., S. 650-655.

Was die Schilderung der Siemens'schen Unternehmungen anlangt, so stand er dabei mit unter dem beherrschenden Eindruck einer der bedeutendsten Unternehmer- und Erfinderfamilien der deutschen und internationalen Industriegeschichte überhaupt. Und hier ist es keineswegs nur die Eigenheit des von Ehrenberg gewählten Ansatzes und insbesondere der Ehrenbergschen Schlußfolgerungen, daß der Autor eher der Faszination seines Sujets, als dieses der distanziert beherrschten Arbeit des Autors unterlag.

Ehrenberg zollte den Leistungen Werners v. Siemens in der Sprache einer Epoche Tribut, in der die Biographie Felix Pinner's über Emil Rathenau als Publikation der Reihe "Große Männer - Studien zur Biologie des Genies" erschien.⁵⁴

Etwas gefäßter, aber in der Sache ungebrochen, ist diese Fasziniertheit auch auf Autoren der Moderne gekommen. Immerhin vermerkt selbst die nüchterne Sprache des Angelsachsen David Landes zu den Gebrüdern Siemens, sie seien "members of a German family that will go down as the most inventive in history",⁵⁵ und Landes vollzog damit an sich nur in kollektiver Form jene Würdigung nach, mit der schon 1874 der Werner Siemens befreundete Naturwissenschaftler Emil Du Bois-Reymond den Erfinder, Techniker, Wissenschaftler und Unternehmer Siemens als neues Mitglied

54) Felix Pinner, Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter, Leipzig 1918. (= Große Männer, Studien zur Biologie des Genies, hrsg. v. W. Ostwald, Bd. 6). Symptomatisch der zeitgeschichtliche Bezug in der fragmentarischen Siemens-Biographie von C. Wandrey aus dem Jahre 1942: W. sieht bei Werner Siemens ein von der Rasse geprägtes Unternehmertum verkörpert. Er registriert den "typisch nordischen Blick", "besondere Kräfte im fälischen Menschentum" und belehrt: "... gerade, wenn man ihn auf sein Stammeserbe hin betrachtet, erkennt man bald, daß er auch vom nordischen Rassestil des Leistungsmenschen geprägt ist." (Conrad Wandrey, Werner Siemens - Geschichte seines Lebens und Wirkens, Bd. I., München 1942, S. 50, 55, 57). Werner Sombart wählt das Beispiel der Industriellen Werner Siemens und Emil Rathenau, um die unternehmerischen Grundtypen des "Fachmannes" (W. Siemens) und des "Kaufmanns" (E. Rathenau) zu veranschaulichen. (Werner Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1. Halbbd., S. 15, 17 ff.).

55) David S. Landes, Technological Change and Development..., S. 484.

in der Berliner Akademie der Wissenschaften begrüßt hatte: Du Bois-Reymond rühmte Siemens, der sich damals bereits als vielfacher Inhaber von Erfindungspatenten und Autor zahlreicher wissenschaftlich-technischer Arbeiten vorstellen konnte,⁵⁶ zu Recht als "Fürst der Technik" und - in jenem Kreise höchste Auszeichnung - "deutschen Gelehrten".⁵⁷ Das macht es etwas verständlicher, daß auch heute noch vereinzelt wirtschaftsgeschichtliche Literatur die Entfaltung von Elektrotechnik und Elektro-Industrie insgesamt mit dem Wirken von Werner Siemens und Emil Rathenau gleichsetzen kann.⁵⁸

Auswahlproblematik und Fallstudien.

Daß zeitgenössisches Urteil und neuere Darstellungen die Siemens'schen und die Unternehmungen der "Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft" Emil Rathenaus teils in der Sache zutreffend, teils auch metaphorisch übersteigernd als maßgeblich in oder gar identisch mit der Entwicklung der Elektrotechnik und der elektrotechnischen Produktion schlechthin beschreiben, verweist, wenn man einmal davon

-
- 56) Vgl. Werner Siemens, Wissenschaftliche und technische Arbeiten, Bd. I, Berlin 1889, S. 219. Hier werden ein Dutzend selbständiger Einzelleistungen angeführt.
- 57) Zitate aus der Begrüßungsrede Emil Du Bois-Reymonds in der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, abgedruckt in: Werner Siemens, Wissenschaftliche und Technische Arbeiten, I., Berlin 1889, S. 220-222; Zitat: S. 222. Die Ansprache wurde bei der Aufnahme am 2. Juli 1874 gehalten. Vgl. auch K. Busse, Werner von Siemens, in: Die großen Deutschen, Deutsche Biographie, Bd. 3, Bln. 1956, S. 452. Datum der Bestätigung der Mitgliedschaft: 22.XII.1873. (Nach Mitgliederverzeichnis in: Sitzungsberichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jgg. 1881, I, S. I + II.).
- 58) So noch bei Friedrich Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Auflage, Berlin 1966, S. 518.

absieht, daß hier zugleich Ursachen und Folgen einer historisch durchaus wechselnden Führungsposition bei technischen, fabrikatorischen und Innovationen der Absatz- und Werbungsstrategien thematisiert werden, auf ein weiteres Problem, das für die Ausrichtung und das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit ebenso entscheidend ist wie für firmen- und unternehmungsgeschichtliche Fragestellungen überhaupt.⁵⁹

Es geht darum, zu entscheiden, wie denn historische Bemühungen beschaffen sein könnten, um direkt oder mittelbar politisch relevante Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik zu treffen, die sich im Rhythmus der Entfaltung neuer Technologien und Produktionen doch notwendig ebenso vervielfachen und ausweiten wie das Wachstum der im Produktionsbereich der Elektrotechnik schließlich dominierenden einzelnen Großfirmen selbst.

Wie angedeutet, wurde in der Literatur schon früh postuliert, daß die Geschichte der Firma Siemens & Halske "Gleichzeitig die Geschichte der Elektrotechnik widerspiegelt..."⁶⁰ und Wolfgang Zorns spätere Bemerkung, das "Gesamthaus Siemens... habe ein Reich dargestellt,

59) Eine Vielzahl anderer Komponenten bleibt dabei noch unberücksichtigt. So die Stellung im Konzentrationsprozeß innerhalb der elektrotechnischen Industrie, die Position gegenüber anderen Wirtschaftszweigen, die "Eingeführtheit" bei wichtigen staatlichen und kommunalen Kunden- und Abnehmerkreisen des In- und Auslandes, sowie der Grad der Unabhängigkeit gegenüber dem Einfluß von Geldinstituten. Die vornehmliche Beschäftigung mit den Verhältnissen innerhalb der branchenbeherrschenden Großfirmen unterliegt dem berechtigten Einwand, daß damit Geschichtsschreibung tendenziell zur Chronik der Erfolgreichen wird. In der Tat verdienen kurzfristiger existente Unternehmen, Firmen, die fusioniert oder liquidiert wurden, gleiches Interesse. In der Praxis steht dem aber häufig schon eine sehr desolante Quellenlage entgegen. Zu diesem Sachverhalt vgl. auch W. Fischer, Herz des Reviers..., S. 97.

60) Josef Loewe, "Die elektrotechnische Industrie", in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., Bd. 3, Leipzig 1903, S. 75-155; Zitat: S. 119 (= Schriften VfS., Bd. 107). Loewe, verwandt mit den Gebrüdern Ludwig und Isidor Loewe, kannte recht gut die Verhältnisse der zum Loewe-Konzern zählenden "Union-Elektricitäts-Ges.-AG.", die 1892 gegründet wurde und führend im Straßenbahnbau tätig war (später von der AEG fusioniert). Er nutzte für seine Darstellung Material der Siemens'schen Firmenleitung.

H.M.B.⁷, in dem die Sonne nicht unterging"⁶¹ charakterisiert ja nicht erst die von Zorn hier gemeinte Situation der Unternehmen um die Jahrhundertwende.

Schon als Werner von Siemens in den gern zitierten Wendungen eines Briefes von 1863 erklärt, es sei sein "leitender Gedanke..., eine Firma zu stiften, welche vielleicht mal später... eine Weltfirma à la Rothschild werden könnte..."⁶² und als er, ein bereits alter und von den Geschäften zurückgezogener Mann, im Jahre 1887 präzisiert, er habe "für die Gründung eines Weltgeschäftes à la Fugger von Jugend an geschwärmt..."⁶³ sprach der Erfinder und Unternehmer Siemens keineswegs mehr nur von Vorstellungen oder idealtypischen Entwürfen. Er umschrieb vielmehr einen Teilaspekt geschäftlicher Realität, wie sie sich bereits seit dem 6. und 7. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in der Internationalität der Siemens'schen Unternehmungen in Europa und Asien darstellte.⁶⁴

Diese Wirklichkeit aber konfrontiert jeden historiographischen Ansatz mit einer verwirrenden Vielfalt möglicher und gebotener Themenstellungen: ein *embarras de richesse*, der von vorneherein den Gedanken an die Vollständigkeit darzustellender Bezüge und Verhältnisse ausschließen muß.⁶⁵ Diese Entscheidung, die statt der Schilderung eines ohnehin kaum diachro-

61) W. Zorn, Typen und Entwicklungskräfte..., S. 37.

62) Brief Werner Siemens an Carl Siemens vom 4. Nov. 1863, abgedruckt bei Conrad Matschoß, Werner Siemens - Ein kurzgefaßtes Lebensbild nebst einer Auswahl seiner Briefe, Band I., Berlin 1916, S. 218.

63) Brief Werner Siemens an Carl Siemens vom 25. Dez. 1887, ebda., Band II., Berlin 1916, S. 911.

64) Symptomatisch die Vorüberlegungen zur Verlegung eines Kabels zwischen St. Petersburg und Kopenhagen via Finnland aus dem Jahre 1853: "Wir erwirken Privilegia in Rußland, Schweden, Dänemark. Dann konstruieren wir eine Kompagnie mit Sitz in St. Petersburg (der englischen Gesetze wegen), interessieren Fox/Fox, Henderson & Co., Maschinenfabrik in der Nähe Birminghams, H.M.B.⁷ oder einen anderen Haupthahn dafür, treten der gebildeten Kompagnie unsere Konzession gegen Entschädigung ab und unterhandeln dann mit der Kompagnie über die Ausführung." (Brief Werner Siemens an Carl Siemens vom 23. Nov. 1853, ebda., Bd. I., S. 97).

65) J. Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 119, betont die Monopolstellung der Siemens'schen Unternehmen vor 1885 auch in England und Rußland. Die Verbindung zur staatlichen Bürokratie, zu Parteien und Verbänden, müßte daher bei einem umfassenderen Ansatz auch für das Ausland in der vorliegenden Studie mit berücksichtigt werden.

nisch zu bewältigenden Ganzen auch im Bereich einzelner, ausgewählter Problemfelder die Option für ein exemplarisch veranschaulichendes Vorgehen, für die in methodischer Absicht begrenzte "Fallstudie"⁶⁶ oder die in gleicher Weise begründete Beschränkung auf die Darstellung einzelner Entwicklungsstadien nahe legt, rechtfertigt sich zudem schon aus der Gegenüberstellung der anspruchsvollen Forderungskanoness historio-graphischer Einzeldisziplinen mit der Komplexität des in diesem Falle gegebenen Gegenstandes, dem diese Disziplinen hier gerecht zu werden hätten.

So erscheint mehr als fraglich, ob es dem in fachlicher Vereinzelung arbeitenden Historiker gelingen kann - selbst dort, wo er sich zusätzlich, und oft in bemüht gutgläubigem Dilettieren, an Technikgeschichte und Wirtschaftswissenschaften versucht,⁶⁷ - auch nur die Gesamtheit der Anknüpfungspunkte und die Anzahl der Fragefelder zu überschauen, die ihm ein "Reich" bietet, "in dem die Sonne nicht untergeht". Selbst der biographischen Bemühung sind dabei Grenzen gesetzt.⁶⁸

66) In diesem Sinne entschied sich Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 30 ff. Er hielt freilich bei seinem Problembereich den diachronischen Ansatz für eine Zeitspanne von 70 Jahren durch. Eine außerordentliche Leistung. Ein Blick auf die zahlreiche Sekundärliteratur zur Entstehung und Geschichte der Siemens'schen Unternehmungen zeigt, daß bei einer Vielzahl von Spezialthemen nur wenige Werke sich dem Anspruch stellen, dem Totum der Entwicklung gerecht zu werden. Ein - unvollständiger - Überblick über die Siemens-Literatur bis zu den 1920er Jahren findet sich in der Siemens-Zeitschrift, 2. Jgg., 1922, Heft X., S. 579. Umfassender, wiewohl auch nicht erschöpfend, die Hinweise bei Kocka, a.a.O., S. 594 ff.

67) Der Lippendienst an technikgeschichtlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und allgemein sozialwissenschaftlichen "Aspekten" der Geschichtswissenschaft löst noch nicht die Problematik der gebotenen tatsächlichen Kenntnisnahme und Rezeption der Frageansätze und Ergebnisse der Sozialwissenschaften in der Geschichtswissenschaft auf. Zur allgemeineren Orientierung vgl. die Sammelpublikation von Hans-Ulrich Wehler, Geschichte als historische Sozialwissenschaft, Frankfurt 1973.

68) Kennzeichnend das Eingeständnis K. Busses zur Frage der biographischen Würdigung Werners v. Siemens: K. Busse, Werner v. Siemens..., S. 442-455, speziell S. 455. Zur Diskussion um die historiographische Gattung der Biographie: Hans-Ulrich Wehler, "Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse", in: ders. (hrsg.) Geschichte und Psychoanalyse, Köln 1973, S. 9-30; Überblick auch bei Wilhelm Rib-hegge, August Winnig - Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 9-19. (=Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 99).

Noch weniger kann der umfassende Auftrag der Firmengeschichte erfüllt werden, können insgesamt "Wandlungen der inneren und äußeren Struktur" der Unternehmen, "die Änderungen ihrer Beziehungen zu anderen Unternehmungen... zu Haushalten, Staat, Verbänden, Gewerkschaften" (Redlich) ganz ins Bild geraten.⁶⁹ Dem Anspruch, "die ganze Breite des historischen Geschehens in einem Betrieb und um ihn herum... zu untersuchen und im Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte darzustellen"⁷⁰ be-
gegnet als - wenn man will - idealtypischer Forderung die nur in interdisziplinärer Arbeit zu durchbrechende Inkompetenz des einzelnen Historikers, Nationalökonomens oder Technikers zum Gesamtberuf der Unternehmensgeschichte.⁷¹

69) Redlich, Unternehmungs- und Unternehmensgeschichte..., S. 333.

70) H. Radandt, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte..., S. 8

71) Vgl. Redlich, Unternehmungs- und Unternehmensgeschichte..., S. 545 f. Zu typischen Mängeln der von Technikern geschriebenen Unternehmerbiographien vgl. die Besprechung Wolfram Fischers von Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens. Ein großer Unternehmer, Freiburg 1960, in: Das Historisch-Politische Buch, Jg. 9 (1961), S. 147 f. Schwachstellen werden z.T. von pompösen Leerformeln verdeckt. Das trifft schon für die Frühzeit einer stark auf popularisierende Effekte abhebenden Technik- und Unternehmungsgeschichtsschreibung zu. Wer beispielsweise Publikationen von Conrad Matschoß auf Aussagen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit hin befragt, stellt fest, daß sie bisweilen ohne ausreichende Kenntnis örtlicher und überregionaler Bezüge unternehmerischen Handelns konzipiert sind, bzw. Arbeitgeberdarstellungen für bare Münze nehmen. So rubriziert Matschoß ohne Hintersinn "gelbe" Werkvereine als "Wohlfahrtseinrichtungen". Für die Magdeburger Maschinenbaufabrik Wolf etwa merkt er an, der Werkverein sei "ohne Zutun der Firma" entstanden, die "auf Beitritt und die Verwaltung des Vereins keinerlei Einfluß" ausübe, fügt aber hinzu, daß für die Verwaltung und Geschäftsführung des hier angegliederten "gelben" Spar- und Bauvereins das Unternehmen seine "fachmännisch gebildeten Beamten zur Verfügung stellte." Kartelle und Syndizierungen werden gelobt, weil sie "den wirtschaftlich so belastenden Wettbewerb" beseitigen. Noch der 1973 in den Bahnen einer eher traditionelleren Historiographie publizierende Klaus Mattheier kämpft mit seinem archivalischen Material einen ungleichen Kampf und reproduziert im Ergebnis eher zeitgenössisches Arbeitgeberurteil als die zu untersuchenden sozialen und politischen Fakten und Probleme. (Conrad Matschoß, Die Maschinenfabrik R. Wolf, Magdeburg, 1862-1912. Magdeburg 1912, S. 156-160; Zitat S. 160; ders., Ein Jahrhundert Deutscher Maschinenbau. Von der mechanischen Werkstätte bis zur Deutschen Maschinenfabrik - 1819-1919, Berlin 1919, S. 209 f.; Klaus Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfriede und Streik, Düsseldorf 1973).

K A P I T E L 2 :

THEMATISCHE UND METHODISCHE ORIENTIERUNG

G e g e n s t a n d u n d Z e i t l i c h e B e g r e n z u n g .

Die vorliegende Arbeit verpflichtet sich nun weder völlig den Anforderungen eines engeren biographischen Ansatzes, noch vermag sie den skizzierten rigiden Zielsetzungen der Firmengeschichtsschreibung zu folgen, wenn sie auch deren Umkreis insoweit achtet, als er u.a. typische Ausgangslagen unternehmerischen Interesses an politischem Engagement erfaßt. Sie verweigert sich hier jedoch nicht nur, weil sie einem erdrückenden Insgesamt kanonisierter Ansprüche auszuweichen gedenkt, sondern weil diese Untersuchung ihren Gegenstand: Voraussetzungen, Formen und Ergebnisse industrieller Teilhabe an Politik in der Zeitspanne der Jahre von 1860 bis 1914 in anderer, eigener Weise zu befragen sucht und dafür, wie noch präziser darzulegen sein wird, Gründe hat.

Für die Absichten einer historischen Darlegung sollen aus einem Totum wertbarer Beziehungen Teilbereiche beachtet werden. Es sind im wesentlichen die Sektoren Parteien, Verbände, Bürokratien und öffentliche Meinung. Das eingeschlagene Verfahren ist das der auswählenden, exemplarischen Veranschaulichung. Sie lenkt das Interesse auf einzelne Stufen und Schauplätze der Teilhabe an Politik und sucht dort Aktionen, Tätigkeitsbereiche und Ergebnisse zu treffen, die von Unternehmern der Berliner und der deutschen Elektro-Großindustrie teils direkt, teils vermittelt beeinflußt wurden.

Die Untersuchung hat damit, ungeachtet ihrer bewußten Eingrenzung, zugleich gesamtgesellschaftlich-politische und ökonomische Prozesse zu verfolgen, die sich in der Zeit von 1860-1914 in den Wechsel von Gestalt, Ort, Handlungsebenen und Legitimierungsansätzen des individuellen oder kollektiv verfaßten öffentlichen Engagements in der deutschen Unternehmerschaft übersetzen. Ihr Arbeitsfeld ist weit und hat viele Variable zu berücksichtigen.

Die handelnden Personen.

Als variabel und bedingt erweist sich in diesem Zusammenhang u.a. der Stellenwert des persönlichen Bezugs im politischen Handeln industrieller Führungsgruppen. Dieses von familiärer Herkunft, tradierten politischen Haltungen, von Ausbildung und sozialen Kommunikationen mitkonstituierte Moment ist, vor allem für die Epoche der bürgerlichen Honoratiorenpartei nicht zu vernachlässigen.⁷² Die Bedeutung solcher Faktoren schwächt sich jedoch in der Folge innerhalb eines zunehmend bürokratisch ausgebauten Parteiwesens ab.⁷³

In gleicher Richtung wirkt der bei wachsender Betriebsgröße fortschreitende Ausbau industrieller Organisationsstrukturen.⁷⁴ Er berührt sowohl äußere Prägung wie Inhalte des politischen Engagements.

In dem Maße, in dem das Kontor des einzelverantwortlichen Geschäftsmannes den in Büros, Abteilungen und Ausschüssen untergliederten Instanzen des Großbetriebes weicht, unterliegt auch die Artikulation politischen Wollens dem Prinzip zur Delegation von Entscheidungsbefugnissen.⁷⁵ Entschlüsse, die Unternehmer nach außen weithin noch individuell vertreten, werden dann von Organen der Firmenspitze vorberaten und sind z. T. noch in ihrer Ausführung Angelegenheit eines beson-

72) Zur Definition der Honoratiorenpartei: Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft..., 1., 1., S. 215 f., und ders., Politik als Beruf, in: Gesammelte Politische Schriften, hrsg. v. J. Winckelmann, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 516-522.

73) Ebda.

74) Vgl. Götz Briefs, Die Hierarchie im Betrieb, in: Friedrich Fürstenberg (hrsg.), Industriesoziologie 1 (= Soziologische Texte, hrsg. v. H. Maus und F. Fürstenberg, Bd. 1), 2. Aufl., Neuwied/Berlin 1966, S. 73 f., 77; Schelsky, Industrie- und Betriebssoziologie..., S. 164 ff. Zum Terminus "Betrieb": Theodor Geiger, Zur Soziologie der Industriearbeit und des Betriebs in: Fürstenberg, Industriesoziologie 1..., S. 231: "...organisierte Komplexe einheitlich bewirtschafteter Produktionsgüter."

75) Vgl. Briefs, Die Hierarchie im Betrieb..., S. 74; Redlich, Unternehmens- und Unternehmensgeschichte..., S. 540.

deren Stabs oder Büros. Dazu gehört auch die Errichtung bestimmter, von der allgemeinen Werksverwaltung bisweilen getrennter Sekretariate der parlamentarisch und verbandspolitisch tätigen Industriellen.⁷⁶ Man wird daher z. B. in öffentlichen Verlautbarungen des einzelnen Industriellen nicht mehr oft - um mit dem frühen Werner v. Siemens zu sprechen - dessen "barocke" Eigenständigkeit entdecken,⁷⁷ wohl aber das Ergebnis der Meinungsbildung unterschiedlicher Beratungsgremien konstatieren können. Formal verrät sich in solchen Dokumenten dann bis hin zur Diktion eher die Hand des angestellten Sekretärs als genuines Hervortreten eines obersten Firmenrepräsentanten.

Darüber hinaus bleibt es bisweilen fraglich und insbesondere in der Organisationsstruktur der Werkskomplexe im 20. Jahrhundert oft nur in den hier greifenden Fragestellungen der Organisations- und Betriebssoziologie sowie wirtschaftswissenschaftlicher Studien zu ermitteln, welcher Instanz, Person oder Personengruppe in einem gegebenen Firmenaufbau die faktische Qualität einer die politischen Außenkontakte vermitteln und entscheidenden Kompetenz zugesprochen werden kann.⁷⁸

76) Zu Herkunft und Bedeutung industrieller "Stabsstellen" als "Hilfssystemen der Betriebsleitung" bei wachsender Leistungsanforderung an industrielle Führungskräfte vgl. Erich Kosiol, Organisation der Unternehmung (= Die Wirtschaftswissenschaften, hrsg. v. E. Gutenberg, 46. Lieferung, Reihe A, Nr. 6), Wiesbaden 1962, S. 77 f., 131 ff., 134, 137-146.

77) Siehe unten, S. 83.

78) Gelöst im Sinne eines integrativ-sozialwissenschaftlichen Ansatzes bei Kocka, Unternehmensverwaltung... Im gleichen Sinne durchbricht die gründliche und umfassend angelegte Studie von Peter Czada, Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit, Berlin 1969, (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 4), in ihrem auch historisch informativen Charakter die Grenzen einer betriebs- bzw. allgemein wirtschaftswissenschaftlich konzipierten Arbeit. Anders als der Titel vermuten läßt, berücksichtigt der Autor in der Tendenz die Entfaltung der elektrotechnischen Produktion in Berlin und Deutschland insgesamt seit ihrem Beginn im 19. Jahrhundert.

In einer Zeit, in der der historischen Betrachtung der "Typ des Unternehmers" unter den Händen zerfließt (Redlich), in der der Unternehmer "namenlos" wird (Geiger) und die Großfirmen, durchgängig in der Gestalt der anonymen Gesellschaft, unter Trennung von Betriebsbesitz und Betriebsleitung "Anstaltscharakter" annehmen (W. Rathenau), ist diese Frage zumindest für innerbetriebliche Dispositionen mit dem Hinweis auf eine Vielzahl leitender Angestellter zu beantworten.⁷⁹ Ferner ist in einer möglicherweise je betriebspezifischen Ausprägung die Position der Vorstandsmitglieder bzw. der Angehörigen der Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften zu beachten.⁸⁰

Damit erweitert sich erneut der Rahmen des Beobachtungsfeldes. Es umfaßt zusätzlich Bankiers, Vertreter "befreundeter" Firmen, Zulieferer, Kunden und Partner technischer Zusammenarbeit und betrifft bisweilen

79) Redlich, Unternehmens- und Unternehmensgeschichte..., S. 540; Briefs, Die Hierarchie im Betrieb..., S. 77; Geiger, Zur Soziologie der Industriearbeit..., S. 235; Schelsky, Betriebssoziologie..., S. 165.

80) In finanz- und wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen ebenso wie in der Wirtschaftsberichterstattung werden diese Fragen, z. T. kontrovers, schon vor der Jahrhundertwende erörtert. Vgl. u.a. Hilferding, Finanzkapital, S. 133 ff. Zur Divergenz zwischen gesetzlicher Norm und faktischer Wahrnehmung der Pflichten von Mitgliedern der Aufsichtsräte (in der Folge: AR), ebda., S. 135: "/E s/ "...spielt die Aufsichtsführung im Sinne der juristischen Fiktion gar keine Rolle." Es bleibt indessen der Einfluß außerhalb der Bahnen der gesetzlich normierten Fiktion zu beachten. Für ihn gilt: "Die Machtverteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat gestaltet sich in der Praxis sehr verschieden... Es gab Fälle, in denen der Schwerpunkt beim Vorstand... lag. Häufiger aber lag die wirkliche Macht beim Aufsichtsrat..." (A. Hueck, Gesellschaftsrecht, 11. Aufl., München/Berlin 1963, S. 127. Legaldefinitionen zu AR. und Vorstand: a.a.O., S. 127-142). Zur überragenden Stellung einzelner Familienmitglieder in den AR. des Siemenskonzerns und der AR. dort überhaupt vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung..., S. 419-430. In der AEG verfügte der Generaldirektor bzw. der "Präsident" der Gesellschaft über eine dominierende Stellung, die freilich nicht per se an das Gewicht heranreichte, das im Siemenskonzern von einzelnen Mitgliedern der Siemens'schen Familie ausgeübt werden konnte. Vgl. F. Pinner, Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter..., S. 397-402.

inaktive Militärs und Diplomaten, Kommunal- und Ministerialbürokratie.⁸¹

Im Profil eines so inhomogenen Personenkreises spiegelt sich freilich nicht unmittelbar die politische Gerichtetheit des Handelns von Firmenleitungen.⁸² Die Zusammensetzung der Gremien belegt allerdings, da einzelne Berufungen u.a. dem unternehmerischen Motiv der Kredit- und Absatzsicherung folgen, eine Interessenlage, die auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik zurückwirkt.⁸³

81) Zum vergleichsweise geringen Einfluß der in den AR. der Berliner Elektrokonzerne vertretenen Großbanken; O. Jeidels, Das Verhältnis der Deutschen Großbanken zur Industrie..., S. 233-252; W. Grünfeld, Die Beziehungen der Berliner Großbanken zur Industrie unter besonderer Berücksichtigung der Elektroindustrie und des Petroleummarktes in der Nachkriegszeit, Berlin 1925, (phil. Diss.), S. 48, 60, 71 f. Zur Motivation der Berufungen in die AR.: Hilferding, Finanzkapital..., S. 134 ff., und Jeidels, a.a.O., S. 110, 149, 153-158.

82) Es ist verfehlt, aus der Besetzung eines AR. generell politische Schlüsse zu ziehen: besonders dort, wo - wie bei der AEG - die Stellung des AR. schwächer ausgebildet ist. So jedoch Hans Radandt, Die Vorgeschichte der E(lektro-) A(pparate-) W(erke) 'J. W. Stalin' Berlin-Treptow 1926-1946, in: Jb.f.Wg., (1961), S. 189 f. Radandt untersucht aufgrund von Firmenmaterial des ehemaligen Elektro-Apparate-Werkes der AEG das Verhältnis des Konzerns zur nationalsozialistischen Politik. Die von ihm angeführte Zugehörigkeit von Mitgliedern der Firmenspitze zur nationalsozialistischen "Akademie für Deutsches Recht" ist in diesem Zusammenhang nicht allzu beweiskräftig. Elektro- und Chemische Großindustrie pflegten bereits vor dem ersten Weltkrieg u.a. innerhalb des von den Firmen geförderten Vereins "Recht und Wirtschaft" intensiv und erfolgreich die Verbindungen zur Judikatur. Bei Radandt versperrt eine aktuell begründete Betonung solcher Kontakte den Blick auf die Gesamtstruktur des historisch bereits viel früher entwickelten umfassenden Systems industrieller Behörden- und Öffentlichkeitsarbeit, das zunächst in die NS-Zeit mitübernommen wurde. Eine Erhellung dieser Kontinuität hätte im Interesse der von Radandt vertretenen Position gelegen: Beweiseifer versus überlegtere Zielsetzungen auch einer "parteilichen" Geschichtsschreibung.

83) Kennzeichnend die Art, in der S.&H. in den 1890er Jahren gesetzgeberischen Plänen bei der Reichspost entgegentraten. Da die Firma "als Großlieferant der Post nur sehr leise auftreten konnte" (Riedler), delegierte sie die erwünschte Opposition an die im Postgeschäft vorläufig noch nicht exponierte AEG. Vgl. A. Riedler, Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft, Berlin 1916, S. 78 ff.

Eigengesetzlich gewinnen, so läßt sich zusammenfassend feststellen, Änderungen der Organisationsstruktur der Betriebe bereits Einfluß auch auf den Inhalt des politischen Engagements der Industriellen.

Wenn der Unternehmer, im Hochkapitalismus zum Kreis der "notablen Persönlichkeiten" gezählt,⁸⁴ noch den Aufwand der Honoratiorenpolitik in eigener Person bestritt und in überschaubaren, allenfalls mittelbetrieblichen Verhältnissen⁸⁵ Korrespondenzen, Erhebungen und Eingaben selbst entwarf und das notwendige, zumeist recht geringe Maß an Wahlagitation noch weitgehend auf eigene Beiträge stellen konnte, so kündigt sich im Spätkapitalismus auch im politischen Einsatz der Industriellen der Einzug des Industrieangestellten an;⁸⁶ in seiner Begleitung die Ideologie eines bürokratischen Apparates,⁸⁷ die sich, als "Geist des Hauses" berufen, vertreten und beschrieben; ebenso dem Verbandseifer der Syndici, wie dem Selbstverständnis moderner Parteibeamter verschwistert; sie findet

-
- 84) Die Begriffe "Hoch- und Spätkapitalismus" verwandt nach ihrer Prägung durch Sombart. (Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 3, 1, S. XI.) Zur Rolle Werners v. Siemens als "notabler Persönlichkeit" in der Deutschen Fortschrittspartei: Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 17. (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18).
- 85) Im Sinne des modernen Sprachgebrauchs Betriebe mit weniger als 1.000 Beschäftigten.
- 86) Vgl. Heintzenberg, Aus einem reichen Leben..., S. 8 f. und 187 (Brief von Werner Siemens vom 16.V.1862 an Carl Siemens); Siemens, Lebenserinnerungen..., S. 202-208. Die für die Studie berücksichtigten Eingaben Werners von Siemens' sind von eigener Hand entworfen und korrigiert. - F. Mortstein-Marx, Art. Beamtenwesen, in: Staat und Politik, hrsg. v. Ernst Fraenckel und Karl Dietrich Bracher, Frankf./M. 1964 (Neuauflage), S. 35-42, speziell S. 37 f.
- 87) Zur Unvermeidlichkeit der bürokratischen Struktur industrieller Betriebe als historisch junger Organisationen vgl. Renate Mayntz, Soziologie der Organisation (= Rowohlt's Deutsche Enzyklopädie, Bd. 166), Hamburg 1963, S. 9; Weber, Wirtschaft und Gesellschaft..., 1. Halbbd., S. 162-166. Ein erheblicher Teil der "modernen theoretischen Literatur über Bürokratie ist Paraphrasierung der Weberschen Skizze" (S.N. Eisenstadt und K. v. Beyme, Art. Bürokratie in: S.D.G., Bd. 1, Sp. 953-972, Zitat 959).

schließlich, in ihrer Funktion als verinnerlichter Firmenraison teils unbeachtet, teils übergangen, ihren Niederschlag in der Masse der firmenverpflichteten Literatur.⁸⁸

- 88) Darin stimmen die biographischen Arbeiten von Theodor Heuß mit eher feuilletonistischen Publikationen von Autoren wie Josef Wünschuh und Erich Achterberg überein (Vgl. Theodor Heuß, Robert Bosch. Leben und Leistung, Tübingen 1946; Erich Achterberg, Berliner Hochfinanz. Kaiser, Fürsten, Millionäre, um 1900, Frankf./M. 1965; Josef Wünschuh, Männer, Traditionen, Signale, Berlin 1940; ders., Das neue Unternehmerbild. Grundlagen einer Unternehmerpolitik, Baden-Baden 1954 (Wünschuh zeigt eine ausgeprägte Tendenz zur Captatio Benevolentiae jeweils herrschender politischer Kräftekonstellationen). Die Wertschätzung des süddeutschen Demokraten Robert Bosch läßt Heuß vom "Bosch-Geist" sprechen. Georg Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 3, S. 383, verwendet den Terminus "Idee des Hauses" und umschreibt die gefühlsmäßige Besetzung des Firmenbegriffs mit "Heimweh". Georg Siemens steht darin in der Tradition des Ehrenbergischen Begriffs "Arbeitsgemeinschaft". Die "Idee des Hauses" wird unkritisch zitiert auch bei W. Zorn, Typen und Entwicklungskräfte..., S. 37. Für die Firmengeschichten und Unternehmerbiographien gilt mutatis mutandis die Bemerkung Chr. v. Ferbers: "Die 'weißen Flecke' auf der Vermessungskarte soziologischer Erhebungen werden... zum Verräter für eine von 'Interessen' diktierte Ausrichtung der Sozialforschung." (Chr. v. Ferber, Der Werturteilsstreit 1909/1959, in: Logik der Sozialwissenschaften..., S. 172-180, zit.: S. 177). Über der selbst von Autoren der DDR anerkannten anschaulichen Darstellung von technischem Fortschritt und Unternehmerhandeln - vgl. Hans Radandt, Zur Gestaltung der Betriebsgeschichte in: Jb.f.Wg., 1 (1964), S. 41-52 - werden in der Mehrzahl der Firmenschriften die Beziehungen von Unternehmern und Arbeiterschaft häufig "weißer Fleck", sieht man von einer gelegentlichen Würdigung von Maßnahmen der innerbetrieblichen Sozialpolitik ab. Der Ausdruck "Firmengeist" übersetzt in der Regel Vollzug wie Ergebnis gezielter Bemühungen zur sozialen Integration der Arbeitnehmer; in den Rängen der leitenden Angestellten entspricht ihm die Selbstidentifizierung mit dem Betrieb, dessen subjektiv empfundenes Organisationsziel das besondere "Wertklima" (Mayntz) des Betriebes als moderner Organisation ausmachen kann (vgl. R. Mayntz, Soziologie der Organisation..., S. 47, 65). Die Qualität der Firmenschriften gewinnt als Qualität einer Geschichtsschreibung und Selbstdarstellung, die im Firmeninteresse für förderlich oder doch zulässig erachtet wird, ihr eigenes Erkenntnisinteresse. Der sozialgeschichtliche Kontext bringt Leerstellen und Auslassungen zum Reden. Zur Kritik der - ungeachtet der Einwände - technikgeschichtlich verdienstlichen Publikationen von Georg Siemens vgl. auch oben, S. 26, Anm. 71). Die Publikationen von Georg Siemens sind nicht Firmenschriften im engeren Sinne, lassen sich aber nach Anlage und Darstellungsweise diesem Schrifttum zurechnen.

Das Spektrum der Interessen: Interessen und Produktionsgebiete.

Terminus und Realbedeutung des Begriffs

"Elektroindustrie".

Läßt das Anwachsen der Betriebe nach dem Personenkreis fragen, der unter großindustriellen Verhältnissen die Begegnung von Wirtschaft und Politik mitbestimmt, so bedarf es bei fortschreitender Ausweitung des Feldes der elektrotechnischen Produktion - eingeleitet u.a. durch die Entdeckung des elektrodynamischen Prinzips -, notwendig einer Definition dessen, was als elektrotechnische Industrie überhaupt zu begreifen ist.⁸⁹

In der Tat entzieht sich das Arbeitsgebiet der nach dem Umfang ihrer Fertigungsprogramme als Spezial-, bzw. Universalfirmen bezeichneten Unternehmen der Elektroindustrie jeder permanent identischen Abgrenzung. So wurde schon zu Beginn der 1890er Jahre die Unterscheidung von Maschinenbau und Elektrotechnik hinfällig, weil beide Gebiete tendenziell miteinander verschmolzen.⁹⁰ Der gleiche Vorgang wiederholt sich auf an-

89) Das Abflauen des Telegraphenbaugeschäftes machte es in den 1880er Jahren unmöglich, in den Handelskammerberichten weiterhin den Telegraphenbau mit der elektrotechnischen Industrie gleichzusetzen. Als neuen Überbegriff schlug daher Werner Siemens 1881 im Jahresbericht an die "Ältesten" der Berliner kaufmännischen Korporation den Terminus "Elektrotechnische Fabrikation" vor (SAA./46 Ld 296). Schon vor 1880 wurden außerdem bei S.&H. mit der Anfertigung von Wasser- und Alkoholmessern Erzeugnisse hergestellt, die nicht zur elektrotechnischen Produktion zählten. Zum Anteil am Umsatz in den 1870er Jahren vgl. Ludwig von Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit der Firma Siemens & Halske in den Jahren 1847-1897, Kiel 1913, S. 44 f., 73. Der Rückgang im Telegraphengeschäft war international und betraf Eisenbahnteleggraphie und Überlandlinien. Vgl. J.H. Clapham, An Economic History of modern Britain, Bd. 2, 2. Aufl., Cambridge 1952, S. 207, 217; "...blending of railway and general telegraphy continued down to 1870". [Überland:] "By the early 'eighties', the best of the work was done."

90) Jahresbericht für die Berliner Korporation der Kaufmannschaft zu 1890 in: SAA./46 Ld. 296.

deren Sektoren. Genaue Grenzziehungen wurden bereits vor 1914 als unmöglich angesehen.⁹¹

Während die Elektrifizierung aller Zweige industrieller und handwerklicher Produktion, sowie des öffentlichen und privaten Konsums noch andauert, geraten definitorische Bemühungen in der Gegenwart vollends in den Bereich der "statistischen Konvention".⁹² Dazu aber tritt bei den großbetrieblichen Universalfirmen als zusätzliche Schwierigkeit ein bestimmtes Maß an Wildwuchs von Produktionen, deren Angliederung z. T. die Aufgabe des Lückenbüßers bei fallender Konjunktur übernimmt.⁹³ Ihre exakte Bedeutung zu ermitteln, ist u.a. der betriebsbezogenen Produktionsstatistik aufgegeben.⁹⁴

Für die Absicht der vorliegenden Studie genügt die Feststellung, daß das erweiterte Fertigungsprogramm der großbetrieblichen Universalfirmen (S.&H., SSW., AEG., Bergmann) u.a. die Haltung dieser Unternehmen in Fragen der Zoll- und Handelspolitik beeinflußt und so auch allgemein politische Optionen berührt.

Großfirmen der Berliner Elektroindustrie hatten sich bereits vor 1914 dem Lokomotiv- und Waggonbau zugewandt. Sie produzierten Flugzeuge, Autos, Reifen und Werkzeugmaschinen.⁹⁵ In der Regel verfügten sie über bedeutende ausländische Filialproduktionen.⁹⁶

91) D. Landé, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie, Leipzig 1910, S. 309 ff. (= Schriften VFS., Bd. 134, 2).

92) W. Huppert, Art. Elektroindustrie, in: HdS., Bd. 3, S. 189.

93) Vgl. Loewe, Elektrotechnische Industrie..., S. 135

94) Das gilt auch für die umstrittene Rolle der Rüstungsproduktion. Solange derartige Spezifikationen nicht vorliegen, bzw. das Verhältnis von Staat und Industrie unter Einschluß der leitenden Angestelltenschaft der Betriebe für die Zeit von 1914/18 und 1933/45 ungenügend geklärt ist, lassen sich bestenfalls einige allgemeine Tendenzen nachweisen.

95) Vgl. G. Siemens, Geschichte..., Bd. 2, S. 196 ff., 260 ff.; 50 Jahre AEG..., S. 148, 163, 181; Loewe, Elektrotechnische Industrie..., S. 135.

96) Daher strebten die Berliner Elektrokonzerne auch gegenüber den an niedrigeren Zollsätzen interessierten Spezialfirmen schon um die Jahrhundertwende eine stärkere protektionistische Abschirmung des deutschen Binnenmarktes an (= Mitteilungen des ehemaligen Syndikus des "Zentralverbandes der Deutschen elektrotechnischen Industrie", Maximilian Frese +).

Ihr Interessenspektrum war darüber - vor allem im Vergleich etwa zu den klein- und mittelbetrieblichen Firmen des Telegraphenbaus des 19. Jahrhunderts - weiter und viel beweglicher geworden. Es hatte sich in zahlreiche andere Stufen der verarbeitenden Produktion aufgefächert, fortschreitend die Schwerindustrie in seinen Bereich einbezogen und im einzelnen die Rohstoffherzeugung erreicht.⁹⁷

Diese Entwicklung, die sich vor allem über der Entfaltung der Starkstromtechnik seit dem 8. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts anbahnt, geht mit der allmählichen Umstellung von einer älteren, noch handwerklich bestimmten elektrotechnischen Kundenproduktion auf großindustrielle Fertigung für den Markt einher und verändert zugleich entscheidend die Artikulation und Durchsetzung industrieller Interessen der Großfirmen der Elektrotechnik.

Das Interesse am Kontakt zu staatlichen und kommunalen Behörden.

In den Werkstätten des frühen Telegraphenbaus hatten noch bis in die 1870er Jahre hinein Erzeugnisse der Schwachstromtechnik vorgeherrscht,

97) Vgl. W. Huppert, Elektroindustrie..., S. 189 f. Bergwerksbesitz, den die Gebrüder Siemens um 1864 schon im Kaukasus erwarben, läßt sich nicht mit der späteren Interessennahme einzelner Elektro-Konzerne an Braunkohlenlagerstätten als Standort für Überlandkraftwerke vergleichen. Bemerkenswert ist freilich, daß die Verwaltung des kaukasischen Bergwerksbesitzes 1906 das Steigen der Kupferpreise als Folge russischer Zollerhöhungen erfreut konstatiert, während die Elektro-Großindustrie in Deutschland den wiederholten Versuchen der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft, die Einfuhrzölle für Kupfer anzuheben, energisch entgegentrat. Vgl. Siemens, Lebenserinnerungen..., S. 212; G. Kölle, Aus der Geschichte eines deutschen Berg- und Hüttenunternehmens in Rußland: Das Kupferwerk Kedabeg des Hauses Siemens 1900-1906 in: Tradition, Jg. 10 (1965), S. 214-224, speziell S. 224; Gutachten Werner v. Siemens für das preußische Handelsministerium vom 10.V.1886, in: SAA./2 Lg 347, Schriftwechsel mit den Ministerien 1874-1892; Radandt, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld..., S. 116-150. In der Weimarer Zeit bemühte sich die AEG um kontrollierenden Einfluß in der Mansfeldischen Gewerkschaft, vgl. Radandt, a.a.O., S. 25-32. Hans von Raumer verfolgte als Exponent der Elektro-Großindustrie 1917/18 den Plan, den sequestrierten lothringischen Bergbau- und Hüttenbesitz der Firma De Wendel in Konkurrenz zum Stahlwerksverband für ein Konsortium zu erwerben, an dem die AEG führend beteiligt war. (Mündliche Auskünfte Reichsminister a.D. H.v.Raumer +).

die für einen begrenzten Kundenkreis auf Bestellung in Arbeit genommen und geliefert wurden. Telegraphenapparate, Kabel, Signalanlagen, Läutewerke und Meßgeräte wurden vornehmlich von staatlichen Instanzen, oder doch behördenähnlich auftretenden Verwaltungen von Post, Bahn, Militär und Polizei geordert.⁹⁸ "Spekulative", d.h. marktorientierte Produktion war selten⁹⁹ und der "Behördenkontakt" bei den herstellenden Unternehmen entsprechend gesucht und umkämpft, da das Nachfrageoligopol der Behörden für "eingeführte" Firmen eine Absatzsicherung darstellte, die einer - wenn auch bisweilen prekären - Existenzgarantie gleichkam.

Der Kontakt zu bestellenden Behörden, der bei Post und Bahn, bei Marine- und Heeresverwaltungen für Firmen der Fernmeldetechnik im In- und Auslandsgeschäft gleichbleibend Bedeutung behielt,¹⁰¹ ließ sich indessen kaum entscheidend zur Absatzsicherung der frühen Starkstromtechnik einsetzen. Denn Kraftstationen, Tramways und Beleuchtungsprojekte setzten sich in der Regel erst über zahlreiche und langwierige großstädtische Demonstrativ- und Erprobungsvorhaben durch, die die Elektroindustrie in den Kommunen in eigener Verantwortung zu unternehmen hatte, ehe sich technische und wirtschaftliche Erfolge einstellten, welche die "Elektrifizierung" in Teilbereichen der kommunalen Wirtschaft als rentabel auswiesen.

Im Erprobungsfeld der Kommunen lernte die Elektroindustrie daher Bedarf selbsttätig zu organisieren. Sie finanzierte, baute und betrieb erste Licht- und Kraftzentralen, erste elektrische Straßenbahnen in eigener Regie und übertrug, später, assistiert von den ihr dazu verbundenen Geldinstituten, die Aufgaben des Betriebs und der Finanzierung eigenständi-

98) Siehe dazu unten, S. 69 ff.

99) Vgl. Winterfeld, a.a.O., S. 6 ff; Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 59 ff; Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 104 f.

100) Czada, a.a.O., S. 103-106 und passim. Zum Oligopol als Unterart des Monopols Alfred Weber, Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, 7. Aufl., Berlin 1956, S. 258 f.

101) Siehe dazu unten, S. 69 f. Symptomatisch die z. T. erfolgreichen Versuche der SSW., Vertrauensleute in die japanische Marineleitung einzuschleusen. Vgl. Verhandlungen des Reichstages, XIII., 1., Bd. 195, S. 8711 ff., Abg. K. Liebknecht am 11.V.1914.

gen Gesellschaften.¹⁰²

Zur Verwirklichung dieser Vorhaben waren Unternehmen der Elektrotechnik auf das Wohlwollen städtischer Parlamente angewiesen. Dort lag die Befugnis zur Konzessionierung der Schienen- und Leitungsführungen auf städtischem Grund, auf öffentlichen Straßen und Plätzen.¹⁰³ Und Rathausfraktionen entschieden darüber, ob entstehende Versorgungsbetriebe der Elektrizitätswirtschaft in städtische Hand gelangen oder in der Regie privater Versorgungsgesellschaften verbleiben sollten. Mehrheiten der Stadtverordnetenversammlungen setzten endlich auch die Margen der Gewinnabführungen fest, mit denen die in nichtkommunalen Händen verbleibenden Versorgungsunternehmen der Elektrizitätswirtschaft in den Gemeinden zur Alimentierung städtischer Haushalte beizusteuern hatten.¹⁰⁴

Es war erklärlich, daß darüber die Verbindung zu den Rathausfraktionen bürgerlicher Parteien enger und intensiver wurden und allmählich ein Gewicht erhielten, das sich mit dem der Behördenkontakte vergleichen ließ. Gleichwohl stellten Anknüpfungen zu den Parteien kein völlig neues Element industrieller Interessenpolitik dar. Wie Arbeitgeber anderer Industriezweige hatten auch Unternehmer der Elektroindustrie bereits zuvor die Verbindung zu Parlamenten in Reich, Staat und Provinz gesucht. Ihr Einsatz zielte dabei aber noch auf einzelne Gesetzesvorhaben, betraf, wie etwa bei Agitationen für Gewerbefreiheit, Freihandel oder Schutzzoll punktuell bestimmte Änderungen in Zoll-, Handels- und Innenpolitik. Industrielles Engagement besaß hier den Charakter kurz- oder allenfalls mittelfristiger, kampagnenhafter Mobilmachungen, die den aufgebotenen industriellen Einfluß noch nicht auf Dauer wirksam in Verbänden und Parteien zu verankern verstanden.¹⁰⁵

102) Vgl. Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 235-242; R. Liefmann, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den Effektenkapitalismus, 5. Aufl., Jena 1931, S. 97 f., 106, 132, 356, 433 und passim.

103) Vgl. A. Bochalli, Wegerecht, in: HdS., Bd. 11, S. 581-585.

104) Vgl. dazu unten, S. 442-453, Schilderungen zur Entstehung und Konzessionierung der Berliner Elektrizitätswerke (BEW.).

105) Zur Bedeutung der Freihandelsbewegung, vgl. unten, S. 303-310.

In den Kommunen wurde nun dieses Charakteristikum insoweit notwendig durchbrochen, als schon die Beobachtung städtischer Politik auf dem für die Elektroindustrie ausschlaggebenden Gebiet expandierender kommunaler Versorgungseinrichtungen die dauernde Präsenz industriefreundlicher Vertreter in der bürgerlichen Honoratiorenpolitik der Stadthäuser erforderte. Kommunale Politik wird so bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts für die Elektroindustrie zum Lernfeld der Strategien einer an langfristigen Zielsetzungen orientierten "Parteienarbeit" industrieller Interessenpolitik, deren Grundraster noch in den Beziehungen zwischen Parteien und Firmen der Berliner Elektroindustrie während der Weimarer Zeit greifbar zu Tage treten.¹⁰⁶ Das besagt freilich nicht, daß der Einsatz in den Parteien nur in Hinsicht auf diesen einen kommunalen Teilmarkt der Elektroindustrie erstrebt und gar nur als Ergebnis industrieller Interessennahme an kommunaler Honoratiorenpolitik zu verstehen und zu beurteilen wäre.

Die Verhältnisse in den Kommunen veranschaulichen aber deutlich und beispielhaft die jeweils a u c h politische Dimension von Modellen der Markt- und Absatzsicherung; sie verweisen auf einen der zahlreichen Entwicklungsstränge, auf dem industrielle Interessenpolitik im Sinne langfristigerer Stabilisierungen von Einflußchancen zum Engagement in Parteien und Parlamenten drängt, Verbindungen zur Administration knüpft und, generell, auf alle relevanten Entscheidungsträger der Wirtschafts-, Sozial- und Konjunkturpolitik einzuwirken sucht. In diesem Zusammenhang ergibt sich die faktische Bedeutung kommunalpolitischer Erfahrungen der Elektroindustrie erst aus dem Vergleich mit der Verbands- und Interessenpolitik anderer Industrien. Dabei wird die Frage zu beantworten sein, ob sich hier bestimmte politische Lernverhältnisse ausbilden, Leitvorstellungen austauschbar und Führungsvorteile zu Behörden und Parteien - etwa bei gemeinsamer Verbandsarbeit - wechselseitig rezipiert werden.

In diesen Kontext rückt u.a. das Verhältnis der elektrischen zur "schweren" Industrie, die im industriellen Verbandswesen früh über starke Positionen verfügte.

106) Dieser Sachverhalt konnte in der vorliegenden Fassung der Arbeit nicht - wie ursprünglich beabsichtigt - exakter dargelegt werden. Der Verfasser behält sich eine eingehendere Behandlung an anderer Stelle vor. Summarisch dazu unten, Ausblick, S. 610-638.

Elektro-Großindustrie und andere Wirtschaftszweige:

Das Verhältnis zur "schweren" Industrie - Wettbewerb und Verbandsbildung.

Technische und kommerzielle Interessen hatten beide Industrien einander angenähert, seitdem sich in Hüttenindustrie, Stahlwerken und Bergbau, auf den Werften und im Schwermaschinenbau, beginnend in den 1890er Jahren, elektrische Antriebsaggregate durchsetzten,¹⁰⁷ Schwermaschinenbau und Elektroindustrie auf dem Gebiet der Dynamo- und Turbinenfertigung miteinander verschmolzen und elektrische und "schwere" Industrie gemeinsam an den Rüstungskonjunktoren der Flottenvorlagen und Heeresverstärkungen vor 1914 partizipierten.¹⁰⁸

Zur gleichen Zeit wurden größere Entwicklungsvorhaben bei Schwer- und Elektroindustrie bereits im Rahmen einzelner Gemeinschaftsgründungen vorangetrieben,¹⁰⁹ in deren Aufsichtsräte Vertreter beider Industrien einrückten.¹¹⁰ Angesichts dieser Kooperationen liegt es nahe, ein Zusammengehen der Industrien auch für den Bereich der industriellen Verbands- und Interessenpolitik zu vermuten. Eine Hypothese, die es zu verifizieren gilt.

Auf ihre mittelbare politische Dimension hin sind endlich in der Elektroindustrie selbst jene "Marktbereinigungen" zu befragen, die sich dort in Gestalt von Fusionen, Kartellierungen und Preisabsprachen vollzogen. Hierbei verringerte sich die Anzahl der konkurrierend anbietenden Pro-

107) Vgl. unten, S. 484 ff. Die Bedeutung von Bestellungen aus Schwerindustrie und Bergbau erhellt im einzelnen - wenn hier auch ohne Zahlenangaben - aus den Handelskammerberichten. Neben den Berichten für Berlin wurden die Jahresübersichten der Potsdamer Kammer herangezogen.

108) Vgl. oben, S. 34, Anm. 90). Zur Zeit des Navalismus werden Werften und Hüttenwerke als Auftraggeber für elektrische Industrieausrüstungen umworben. Werke der Elektro-Großindustrie liefern Schiffsturbinen, daneben Scheinwerfer, Funk- und Feuerleitgeräte. "50 Jahre Lorenz, 1880-1930," Berlin 1930, S. 11, 197 ff. Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 111; "50 Jahre AEG," S. 422-427.

109) Vgl. unten, die Ausführungen zur Entstehung der "Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen", S. 472-478.

110) Das war allerdings auch bei den gründenden Muttergesellschaften bereits der Fall.

duzenten.¹¹¹ Diese Entwicklung trug insoweit zur Verbandsbildung bei, als sie Großfirmen und kleinere Unternehmen, Werke mit Spezial- und Universalfertigung teils in informellen Gelegenheitsverbänden, teils aber auch in dauerhafteren Gruppierungen zusammenfaßte, die sich als verbandspolitische Hausmacht in branchenübergreifende wirtschaftspolitische Spitzenverbände einbringen ließen.

Anstrengungen zur Marktregulierung gewinnen so politische Relevanz: Unternehmer, die ihre Preise bei Submissionen absprachen oder durch gezielte Unterbietung von "Outsidern" den Kreis verbündeter Großfirmen gegen das Vordringen unerwünschter Konkurrenz abschirmten, schufen Voraussetzungen für das verbands- und parteipolitische Engagement einer gestärkten Spitzengruppe führender Elektrokonzerne.

In diesen Vorgängen spiegeln sich, wie dargelegt, ebensowohl technische Entwicklungen, wie konjunkturelles und politisches Geschehen. Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik werden über Markt und

111) Vossische Zeitung, Nr. 573, 7.XII.1902, Morgenausgabe: Lieblingsprojekt Emil Rathenaus der "Fusionen nach amerikanischem System als Heilmittel" in der Depression; Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, Bd. 1 (1910), S. 11: "seit Jahren" in der Elektro-Großindustrie "eine Trustpolitik nach amerikanischem Vorbild". Zur Ausbildung eines "tatsächlichen Monopols" in der Akkumulatorenherstellung durch gezielte Preisunterbietungen seitens der AEG und von S. & H. vgl. Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 236 f. Um die Jahrhundertwende dienen die Fusionen dem natürlichen Wunsch, "die Konkurrenz auszuschalten" (50 Jahre AEG..., S. 152). Zur Aufteilung des Weltmarkts zwischen der amerikanischen General Electric Co und der AEG: a.a.O., S. 156. Zu den Verurteilungen der General Electric u.a. wegen der weitgehenden "Patent-Pools" mit deutschen Firmen nach der amerikanischen Antitrustgesetzgebung vgl. William S. Stevens, Industrial Combinations and Trusts, New York 1912, S. 312, 316 ff., 336 ff. ('Patent-Pools' der General Electric in der Glühlampenproduktion u.a. 1906 mit S. & H. und 1909 mit den Bergmann-Elektrizitätswerken AG, die einer Begrenzung der Exporte nach den USA gleichkamen); Eliot Jones, The Trust Problem in the United States, New York 1928, S. 15.

Wettbewerb vermittelt. Zur politischen tritt die Chronologie des Marktes.¹¹²

Untersuchungsfelder und Untersuchungsziele.

Aus den bisher dargelegten Sachverhalten ergeben sich für das politische Handeln der Industriellen als variable, beeinflussende Faktoren: Größe und Organisationsaufbau der Betriebe, Arbeitsfeld des Industriezweiges, Marktlage und Marktabreden, Internationalität der Produktion, bzw. Beschränkung der Produktionsstandorte auf den deutschen Binnenraum. Die Zahl bestimmender Faktoren ist damit nicht erschöpft, wohl aber angedeutet, daß sich die historische Betrachtung auf einzelne, als Zäsuren gewertete Entwicklungsstufen zu beschränken haben wird. Wie eingangs erwähnt, wird dafür die Reichsgründungszeit, die Jahrhundertwende und der Übergang zur Weimarer Republik vorgeschlagen.

Es bedeutet einen weiteren, bewußt wählenden und wertenden Schritt, in den Konstellationen dieser Jahre vornehmlich industrielle Einwirkungen auf Parteien, Presse, Justiz und Bürokratie zu verfolgen. Eine Rechtfertigung dieses Vorgehens bietet nur die Relevanz der darzulegenden Sachverhalte.

Zu diesen zählt zunächst das Selbstverständnis in der politisch aktiven Unternehmerschaft. Es zu beschreiben bedarf weniger der Deduktion, als der Schilderung dessen, was einzelne Industrielle zu ihrer Zeit als "politisch notwendig und erwünscht" postulieren.¹¹³ Daher wird für die Reichsgründungszeit vor dem Entstehen eines deutschen Zentralparlaments,

112) Als Problemansatz vor allem berücksichtigt in den Studien von Eckart Kehr und den Arbeiten von Helga Nußbaum über die elektrotechnische Industrie. Vgl. Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901...; Helga Nußbaum, Unternehmer gegen Monopole..., speziell S. 72-99; dies., Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zur Überführung in Reichseigentum 1908-1914, in: Jb.f.Wg., Bd. II (1968), S. 117-203.

113) Zur Diskussion des Begriffes "politisch" vgl. W. Grewe, Politischer Machtkampf und Gemeinwohl, in: K. Lenk und F. Neumann, (hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Berlin 1968, S. 370-387 (= Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 26).

auf die Meinungsbildung in Handelskammern und Handelstag verwiesen; späterhin auf die Arbeit jüngerer industrieller Spitzenverbände.

Vordringlich bleibt sodann für die Periode des Wirkens moderner Massenparteien die Frage nach der Form, die sich der industrielle Einfluß in ihnen gab.

Gruppenbildung, industrielle Wahlfinanzierung und die Festlegung begünstigter Kandidaten auf ein Programm gewerblicher Interessen wurden zwar von Organisationen wie dem "Centralverband Deutscher Industrieller" von Anbeginn an als wirksames Instrumentarium zur Durchdringung der Legislative erkannt, systematisch jedoch erst nach der Jahrhundertwende ausgebaut.¹¹⁴

Auf günstigste Voraussetzungen trafen solche Ansätze zur Unterwanderung und industriellen Mediatisierung der Parteien grundsätzlich dann, wenn es gelang, innerhalb eines bleibend schwach strukturierten Parteaufbaus, bzw. unabhängig von zentralen Leitungsinstanzen in Ortsgruppen, regionale Gliederungen und die "liaisons horizontales" vorzudringen.¹¹⁵ Vor allem diesem Aspekt der Parteienarbeit müßte die Darstellung Rechnung tragen.¹¹⁶

114) Vgl. K. Lenk und F. Neumann, Theorie und Soziologie..., S. LV: "Ein demokratischer Willensbildungsprozeß ... kann ... durch die finanziellen Möglichkeiten der Parteiführungsstäbe... sabotiert werden." Das gilt in Umkehrung dort, wo sich industriell alimentierte Führungsstäbe neben satzungsgemäßen Leitungsinstanzen behaupten.

115) Definition der "liaisons horizontales", in: M. Duverger, Les Partis Politiques, Paris 1951, S. 71.

116) Das hätte die Parteienarbeit der Unternehmer an sich von Anbeginn auf die, selbst in der Weimarer Zeit, organisatorisch vielfach nicht dem Honoratiorentypus entstehenden Gruppierungen des deutschen Linksliberalismus verweisen können. In der Wirklichkeit wilhelminischer Politik wurde indessen die bürgerliche Linke - vor allem von Seiten der Schwerindustrie - weit stärker bekämpft als umworben, wobei Lösungen wie "Schutzzoll" und Protektionsfeindlichkeit nur oberflächlich die bestehenden Spannungen umschrieben. Zudem boten die numerisch schwachen linksliberalen Denominationen keinen geeigneten Rahmen für eine Interessenpolitik, die - unwillig zwar - das wachsende Gewicht einer politischen immer stärker aktivierten Bevölkerung in Rechnung zu stellen hatte. Vgl. H. Marr, Repräsentations- und Integrationsparteien, in: Lenk-Neumann, Theorie und Soziologie..., S. 330-334, speziell S. 333. Die zunächst geplante ausführliche Beschreibung dieser Tendenz in der "Parteienarbeit" der Elektroindustrie in der Weimarer Republik, konnte in der vorliegenden Fassung der Arbeit nicht geleistet werden.

In diesem Problembereich macht es das besondere Interesse der Beobachtung der Berliner Elektro-Großindustrie und speziell der Verhältnisse im Umkreis der Siemens'schen Unternehmen aus, daß sich hier Etappen industrieller Parteienarbeit vom preußischen Verfassungskonflikt der "Reichsgründungszeit"¹¹⁷ bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik verfolgen und auch über einen mitunter biographisch akzentuierbaren Darstellungsansatz vermitteln lassen.

Dafür kann das Beispiel Werners von Siemens (1816-1892) in den Reihen der preußischen Fortschrittspartei stehen; aber auch das partei- und verbandspolitische Engagement seiner Söhne Wilhelm (1855-1919) und Carl Friedrich (1872-1941), das bei Wilhelm den Nationalliberalen und im Weltkrieg der "Vaterlandspartei", bzw. der Tätigkeit im "Centralverband deutscher Industrieller",¹¹⁸ bei Carl Friedrich von Siemens aber neben der linksbürgerlichen "Deutschen Demokratischen Partei" der Weimarer Zeit dem Ausbau eines einheitlichen Branchenverbandes der elektrotechnischen Industrie, der Mitarbeit in dem nach 1918 neu entstehenden "Reichsverband der Deutschen Industrie" sowie der Entwicklung eigener Modelle und Leitvorstellungen für den gesamten Bereich der industriellen Parteienarbeit nach 1918 galt.

Den Einsatz innerhalb des Weimarer Parteiensystem wird man als besonders bedeutsam werten können. Er faßt die bisherigen Ansätze und Erfahrungen industrieller Parteienarbeit zusammen und spielt sie, getragen von einem losen Bündnis der Elektrokonzerne, der Metall- und Chemie-Industrie

117) Im Sinne der Periodisierungen bei Helmut Böhme (hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1897, Köln/Bln. 1968, S. 11-17.

118) Der Siemenskonzern trat dem CDI nach 1905 bei. Der Beitritt erfolgte mit unter dem Eindruck eines großen Ausstandes in der Berliner Elektroindustrie sowie der Massenstreiks in Rußland, von denen auch Siemens'scher Bergwerksbesitz im Kaukasus betroffen wurde. Über die Unruhen und den Einsatz von Militär wurde die Berliner Firmenleitung informiert. Vgl. G. Kölle, Aus der Geschichte eines deutschen Berg- und Hüttenunternehmens..., S. 220-224. Zum Streik in St. Petersburg, dem Standort der "Russischen elektrotechnischen Werke S.&H.-AG., Leo Trotzki, Die russische Revolution 1905, 2. Aufl., Berlin 1923, S. 78-88; Hugh Seton-Watson, Der Verfall des Zarenreiches, München 1954, S. 115 f., 198 ff., O. Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921 (= Studien zur Geschichte Osteuropas, hrsg. W. Philipp und P. Scheibert, Bd. 5), Leiden 1958, S. 42, 46, 69.

Berlins und einzelnen Vertretern aus Handel und ansässigen Großbanken exemplarisch durch.

Darüber wird deutlich, daß Kriegsjahre und Revolutionszeit die Position einzelner Industriezweige verändert hatten und das Kräfteverhältnis in den industriellen Spitzenverbänden zur Debatte stellten. Der Versuch der Berliner Elektrogroßindustrie, bei der Parteienfinanzierung, bei der Einflußnahme auf die Kandidatenauswahl und die parlamentarische Praxis der Parteien eigene Wege zu gehen, weist in diese Richtung.¹¹⁹

Die Elektroindustrie tritt hier aus einem lange Zeit hindurch vorgegebenen Lerngefälle heraus und kehrt dabei politische Lernleistungen, die sie u.a. der Mitarbeit im "Centralverband deutscher Industrieller" verdankte, gegen die alte Organisation, bzw. die in ihr führenden Industriezweige.¹²⁰

Fragen, die dieses Engagement in den Parteien insgesamt aufwirft, wird die Darstellung häufig nur im Sinne der Ereignisgeschichte verzeichnen und formulieren, nicht aber inhaltlich hinreichend beantworten können. Die Aufgabe, den Erfolg dieses Engagements historiographisch zu kontrollieren, bleibt in der vorliegenden Arbeit noch weitgehend ausgespart.

119) "Mit Ausnahme der sogenannten Schwerindustrie... waren diese Berufsgruppen [Handel und sonstige Industrie, d. Verf.] im politischen Leben so gut wie gar nicht vertreten... Hier einen Wandel zu schaffen... muß eine der... dringendsten Aufgaben aller führenden Männer dieser Berufszweige sein." (Maschinenschriftliche Aufzeichnung zur Begründung des 'Kuratoriums für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens' vom 4.II.1919 in: SAA./4 Lf 646, Kuratorium I. Das Kuratorium wurde im Winter 1918/19 zur Aufbringung und Verteilung industrieller Mittel an die bürgerlichen Parteien gegründet.)

120) Die Satzung der "Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds" des CDI wurde für das Statut des Kuratoriums berücksichtigt. Auszug aus dem ersten Rundschreiben der "Kommission" vom 14.I.1910 in: SAA./4 Lf 646, Kur. I; Berichte über - gescheiterte - Einigungsverhandlungen zwischen Kuratorium und Kommission am 15.V.1919 und öfter, ebda. Existenz des Kuratoriums aufgrund ungenügender Aktenkenntnis nur auf 1923/24 datiert bei Radandt, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld..., S. 15 f. Die Deutsche Bank, bei Radandt als einer der Hauptträger des Kuratoriums geschildert, trat ihm erst 1921, zwei Jahre nach dessen Begründung bei (Brief des Kuratoriums, gez. von Lenk/Becker vom 3.II.1921 an Direktor Mankiewitz, Deutsche Bank: SAA./4 Lf 646).

Vernachlässigte Fragestellungen.

Entsprechend der Breite und Intensität industrieller Förderungen hätte es dazu aber u.a. auch einer Überprüfung der Struktur, der Mitgliederbewegungen und der Arbeitsweise der "Apparate" in allen bedeutenderen bürgerlichen Parteien der Weimarer Zeit bedurft. Der Nachhall gezielter Subventionierungen hätte bis in die parlamentarischen und Parteikarrieren bedachter Politiker verfolgt und Einwirkungen auf legislatorische Vorhaben zumindest im Einzelfall hinreichend exakt beachtet werden müssen.

Die abschließende Bewertung industrieller Parteiinvestitionen kann außerdem schwerlich auf die Schilderung der Finanzsituation der Parteien und dabei auch die Skizzierung solcher Imponderabilien wie der Zahlungsmoral, der Arbeitswilligkeit, des Zusammenhalts und des gegebenen Interessenprofils der Mitgliedschaften verzichten. Dazu tritt notwendigerweise die Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die sich den bürgerlichen Parteien beim Neuaufbau bzw. der Umbildung ihrer Organisationen im Winter 1918/19 jeweils aktuell stellten, die sie während der finanziellen Ausblutung in der Inflation und schließlich während der Weltwirtschaftskrise erwarteten; Schwierigkeiten, die die bare Existenz der Parteiapparate aufs Spiel setzten und entsprechend intensive Bittaktionen auslösten.

Die Auslassungen in der Adressatenanalyse industrieller Interessenpolitik erschweren es, auch für ein zentrales Problem Antworten zu finden, das sich hier abschließend stellt: die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Politik in Verhältnissen, die deutlich von dem massiven Streben nach der Indienstnahme von Programmen und Personen, Apparaten und Loyalitäten sprechen.

Diese Frage kann nicht abgewiesen werden. Sie zu beantworten, reichen aber die ermittelten Fakten mit Sicherheit nicht aus. Es mag darum vorläufig genügen, auf die - nicht neu entfaltete - Diskrepanz zwischen Programmen und Programmverwirklichungen aufmerksam zu machen; angesichts von Grundsatzserklärungen auf die Existenz von Konten und Zahlungsanweisungen zu verweisen und rhetorische Versprechen mit Verpflichtungser-

klärungen und Bindungsklauseln gewährter Förderungen zu konfrontieren, die letztlich dem Ziel dienten, Politik im Sinne interessiert vorgegebener ökonomischer Zwecksetzungen radikal zu mediatisieren.

Relevanz der Zielsetzungen

Hinter diesem Handeln stand ein hoher Einsatz. Das zeigte sich schon, wie bereits angedeutet, früh auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, auf das hier noch einmal abschließend unter dem Gesichtspunkt des Behördenkontakts einzugehen ist.

Wie die Beeinflussung der Parteien standen nach 1918 auch industrielle Verbindungen zur Administration nicht im Zeichen unvermittelten Neubeginns. In ihren Grundstrukturen hatten sie sich in Verhältnissen des ausgehenden alten Jahrhunderts geprägt. Am Vorabend des ersten Weltkrieges galt den industriell engagierten Großbanken die "Symbiose zwischen behördlichen Organen und Unternehmern" insbesondere dort als selbstverständlich, wo, wie es der Direktor der "Nationalbank für Deutschland", Witting, 1913 formulierte, "Reich, Staat, Provinz, Gemeinde" - größte Auftraggeber der Zeit - "graben, bauen, fabrizieren".¹²¹

Das offene Bekenntnis zur Realität eines solchen Beziehungsgeflechts, das über "ungezählte Verbindungen durch Stadtverordnete und Ehrenbeamte" selbst kommunale Politik erreichte und unterlief, mochte 1913/14 noch Hans Delbrück zu erregtem Widerspruch herausfordern.¹²² Doch Delbrück hätte schon bei einem Blick auf die Selbstverwaltung der Stadt Berlin

121) Äußerungen des Direktors der "Nationalbank für Deutschland" Richard Witting, zu den "Krupp-Prozessen" von 1913 (Bestechungsaffären im Umkreise des Kriegsministeriums), zitiert bei H. Delbrück, Rückblick auf den Krupp-Prozeß in: Preußische Jahrbücher, Bd. 154 (1913), S. 570.

122) "Sollte man es für möglich halten, daß ein Vertreter unserer Großbankwelt... zwischen den verschiedenen Beamten in der Erfüllung der beschworenen Amtspflichten Unterschiede zu machen wagt?" (Delbrück, Rückblick..., S. 570).

feststellen können, daß der Wirklichkeitssinn des Bankiers hier exakter beschrieb als der Eifer des Historikers, der aus der unzulänglichen Eigenbeobachtung auf die Integrität des Beamtentums und die "volle Gesundheit des Staatskörpers" schloß.¹²³

In der Tat "symbiotisch" waren z. T. die Beziehungen, die sich zwischen Elektro-Großindustrie und Kommunalverwaltung in der preußischen Metropole anbahnnten, seit die lokale Politik über Entscheidungen im Kraft-

- 123) A.a.O., S. 570. In der Auseinandersetzung mit Angriffen Liebknechts auf die Verquickung von Rüstungsinteressen mit der militärischen und zivilen Bürokratie verteidigte Delbrück, wie die Mehrzahl bürgerlicher Sprecher in Reichstag und preußischem Landtag, das kaiserliche Deutschland gegen den Vorwurf eines "Panamas" an Korruption. Abgeordnete, die unter dem ersten Eindruck von Liebknechts Anklagen auf strengsten Untersuchungen bestanden - es handelte sich u.a. um Lancierung von Falschmeldungen in die ausländische Presse sowie die Auskundschaftung und Unterwanderung des militärischen Beschaffungswesens -, rückten nach Jahresfrist von ihrem anfänglich strengen Urteil ab. Vgl. H. Delbrück, Die Liebknechtschen Enthüllungen, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 152 (1913), S. 370-377; ders., Rückblick..., S. 564-571; Verhandlungen des Reichstages, XIII., 1, Bd. 289, S. 4911-4914 (Liebknecht am 18.4.1913), S. 4918 f. (Dr. Pfeiffer, Centr., 19.4.1913), S. 4922 f. (H. Dove, Fortschritt, 19.4.1913), S. 4927 (Dr. Oertel, Kons., 19.4.1913), S. 5187-5191 (Liebknecht, 26.4.1913); a.a.O., Bd. 295, S. 8699-8913 (Liebknecht, 11.V.1914); Verhandlungen Pr. Haus der Abgeordneten, XXII, 2, Bd. 6, S. 7389 ff., 7392 f. (Liebknecht, 20.V.1914). Vgl. auch W. Otto (hrsg.), Liebknecht contra Rüstungskapital (= Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, 3), Berlin (DDR) 1961, passim. Während Lujo Brentano das zur gleichen Zeit bekannt werdende Ausmaß internationaler Kooperation der Rüstungsfirmen zum Anlaß nahm, die Verstaatlichung der Unternehmen zu fordern, verwarf Delbrück dieses Postulat. Vgl. Lujo Brentano, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, S. 305. Delbrück bezweifelte Fähigkeit und Beruf deutscher Parlamentarier zur Kontrolle der Rüstungslieferungen und unterstrich die Notwendigkeit eines "Verhältnisses des Vertrauens und gegenseitiger Unterstützung" zwischen Rüstungsfirmen und den bestellenden militärischen Stellen. Er nannte als Informationsquellen seiner abschwächenden Darstellung u.a. "glaubwürdige Versicherungen" (Delbrück, Die Liebknechtschen Enthüllungen..., S. 375; ders., Rückblick..., S. 566 ff., 569.). Entgegen Delbrücks Annahmen war dies Verhältnis insbesondere zu Krupp schon um 1890 stark gestört. Im Kriegsministerium wehrte man sich gegen die übliche "Überlassung reicher Versuchsergebnisse der Artillerieprüfungskommission" an Krupp und die Aufrechterhaltung eines Liefermonopols für Kanonen. Vgl. W. Boelcke (hrsg.) Krupp und die Hohenzollern, S. 56 ff., 59, Kriegsminister von Verdy am 20.VII.1890 an Wilhelm II.

werksbau und bei der Konzessionierung elektrischer Straßen-, Schnell- und Untergrundbahnen den Aufstieg der ansässigen Konzernfirmen mitbestimmte.¹²⁴

Wichtiger noch als die Größenordnung der damals verhandelten Projekte¹²⁵ wurde dabei für die langfristige Entfaltung des Industriezweiges ein Paradigma der Interessenvertretung, das es den Großfirmen ermöglichte, früher und vollständiger als dies in anderen europäischen Staaten geschah, die Elektrifizierung der Gesamtwirtschaft voranzutreiben.¹²⁶

-
- 124) Die zitierte Stellungnahme des Direktors der "Nationalbank für Deutschland", R. Witting, kann gerade für die Kommunalpolitik als kennzeichnend gelten. Witting, ein Bruder Maximilian Hardens, ging selbst aus der Kommunalpolitik hervor. Er war 1886-89 Magistratsassessor in Berlin, 1889-1891 Stadtverordneter in Danzig, 1891-1902 Oberbürgermeister in Posen und leitete seit 1902 die Nationalbank (1902-10 Direktor, seit 1911 Vorsitzender des AR). Sein Institut gehörte zum Bankenkonsortium der AEG, nahm daher auch an den Berliner Projekten der Gesellschaft Interesse. Darüber hinaus war die Nationalbank, die ihren Rang als "Mittel"- (so Jeidels), bzw. "Groß-Bank" (Weber) der Nutzung des "wirtschaftlichen Aufschwungs in der 2. Hälfte der 90er Jahre verdankte" (Jeidels) in der Erdöl-, bzw. der rheinischen Schwerindustrie und beim Bahnbau engagiert. Witting saß als Oberbürgermeister 1891-1902 im preußischen Herrenhaus und war ab 1907 nationalliberaler preußischer Landtagsabgeordneter; zeitweise beriet er Bülow in der Ostmarkenpolitik. Vgl. Arthur Kronthal in: Deutsches Biographisches Jahrbuch, Bd. 5, Berlin 1930, S. 395-403; Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie..., S. 84, 133, 233; J. Rießer, Die deutschen Großbanken..., S. 583; H. Weber, Bankplatz Berlin, Köln/Opladen 1957, S. 21, 38 f., 90. - Die im ganzen zutreffende Kritik Liebknechts überschätzt die Bedeutung von Aufsichtsratsmandaten. Wie dargelegt, kennzeichnet diese Tendenz auch noch neuere Publikationen in der DDR., siehe oben, S. 2 f., Anm. 1 ff.
- 125) Allein die Elektrifizierung des Streckennetzes der "Großen Berliner Pferdebahn" (1896-1902) bedeutete für die Industrie einen "100-Millionen-Auftrag" (Carl Fürstenberg, Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870-1914, hrsg. v. H. Fürstenberg, Berlin 1931, S. 127; 50 Jahre AEG..., S. 395).
- 126) Zum Widerstand der "local authorities" in Großbritannien gegen Leitungsbau und Linienführung in den Städten vgl. Clapham, An Economic History..., Bd. 2, S. 108 f.; Bd. 3: Machines and national Rivalries - 1887-1914, 2. Aufl., Cambridge 1951, S. 131 ff.

Ausgehend von Berlin als dem Standort erster Elektrizitätswerke in Mitteleuropa,¹²⁷ gewann die deutsche elektrotechnische Industrie u.a. über Fortschritte im kommunalen Massenverkehr ihre dominierende Position am Weltmarkt der Vorkriegszeit.¹²⁸ Nur dort, wo es, wie in Deutschland und den USA, frühzeitig gelang, Selbstverwaltung und staatliche Gesetzgebung erfolgreich im Sinne der Elektroindustrie zu beeinflussen, geboten einzelne Konzerne bald über einen Binnenmarkt, der groß genug war, um auch ihre Stellung im internationalen Wettbewerb zu befestigen.¹²⁹ Die "special relationship" in den Rathäusern ergänzte hier die ebenso wertvolle Verbindung zur militärischen und zivilen Ministerialbürokratie.¹³⁰

- 127) Die Gründung der "Städtischen Elektrizitätswerke-AG" markiert 1884 den Beginn der öffentlichen Stromversorgung in Deutschland. Kleinere Versuchsanlagen bestanden in Berlin sei 1882. Die erste "public power station" in Europa baute 1881 die englische Zweigfirma von S.&H., die "Siemens Brothers & Co. Ltd." in Godalming/England. (Conrad Matschoß u.a., "50 Jahre Berliner Elektrizitätswerke 1884-1934", Berlin 1934, S. 207 f./ = Veröffentlichungen der BEWAG, Reihe II, Bd. 14/); D.S. Landes, Technological Change and Development, S. 512.
- 128) "German output of electrical products and equipment in 1913 was worth about £ 65 million, that of Britain £ 30 million, that of France £ 7.700.700". Angaben bei Landes, a.a.O., S. 517, Anm. 1), nach Schätzungen der "British Electrical and Allied Manufacturers' Association". Zur gleichen Zeit erreichte der Wert der deutschen Elektroausfuhren die zweieinhalbfache Höhe der englischen und den dreifachen Betrag der Exporte aus den USA. (ebda.).
- 129) Als "vorbildlich" galt in Kreisen der englischen und deutschen Industrie die laxere, unbürokratische Handhabung gesetzlicher Vorschriften in den USA. Klagen über die "echt deutsche Bedenklichkeit der Behörden" im Jahresbericht von S.&H. an die "Ältesten" der Berliner kaufmännischen Korporation zu 1890 (SAA./46 Ld 296). Vgl. auch Clapham, An Economic History..., Bd. 3, S. 132.
- 130) "Special Relationship" als Terminus für die engen Beziehungen zwischen Rüstungsindustrie und Regierung bei R.C. Trebilcock, A "Special Relationship". Government, Rearmament and the Corrupt Firms, in: The Economic History Review, 2nd Ser., 1966, S. 365-379.

Damit weist, was aus dem Studium örtlicher Quellen, aus Presseorganen und Sitzungsprotokollen der Stadtparlamente, aus den Verhandlungen lokaler Vereine und Verbände als Struktur einer landesgeschichtlichen Entwicklung der industriellen Interessenpolitik hervorgeht, weit über die Grenzen eines regionalen Wirtschaftsgebietes hinaus.

Vor dem Hintergrund technischer und unternehmerischer Leistungen, die mit der umfassenden Nutzung der Elektrizität die Industrialisierung in ihr Reifestadium eintreten ließen und weltweit verbreiteten,¹³¹ fügt sich die Frage nach dem Zusammenhang von Ökonomie und Politik, nach der Stellung des Unternehmers in seiner Zeit, in den Kontext internationaler Verhältnisse.

Ob unter diesem Gesichtspunkt die Rolle der Industriellen als "einflußlos" gesehen,¹³² oder ob ihr, neben anderen Faktoren, doch ein wesentlicher Teil an Mitgestaltung und Mitverantwortung im Zeitgeschehen zugesprochen wird, ist weitgehend eine Funktion der gewähl-

131) In der Elektrizitätsversorgung galt Berlin als "geographischer Bezirk von der Bedeutung einer Provinz". Vgl. Dr. Adolph u. Dr. Kauffmann, "Die Elektrizitätsversorgung im Bezirk der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke-AG.", in: Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (hrsg.), Die Deutsche Elektrizitätswirtschaft, Berlin 1930, S. 482-493, zit. S. 484. (= Verhandlungen und Berichte des III. Unterausschusses, Gewerbe: Industrie, Handel und Handwerk). "... a new technique and system of production were now available, with boundless possibilities. This was again Genesis" (Landes, Technological Change..., S. 511).

132) "In politischer Hinsicht ist der deutsche Unternehmer des 19. Jahrhunderts fast einflußlos gewesen..." (Redlich), Unternehmungs- und Unternehmergeschichte..., S. 542.

ten Vergleichsmaßstäbe.¹³³ Wer politisches Handeln industrieller Führungsgruppen an Möglichkeiten und Grenzen bürgerlicher Politik in Deutschland mißt, wird Aussagen und Urteile auf das hic et nunc gesellschaftlicher Entwicklungen in Mitteleuropa beziehen, um innerhalb des dritten Standes die relative Bedeutsamkeit unternehmerischen Wirkens zu ermitteln.¹³⁴ Diesem Grundsatz bleiben die vorliegenden Untersuchungen verpflichtet.

KAPITEL 3 :

ELEKTROINDUSTRIE UND SIEMENSKONZERN - ÖKONOMISCHE BEDEUTUNG UND INTERESSENPOLITIK

Der Aufstieg der Elektroindustrie zum konjunkturrelevanten Wirtschaftszweig

In der Entfaltung der deutschen und der europäischen Industrie stellt die elektrotechnische Produktion einen vergleichsweise jungen Indu-

133) Aus dem Studium industrieller Eingaben ließe sich auch für das 19. Jahrhundert erweisen, daß die Unternehmerschaft sich nicht nur durchgängig politisch "lammfromm" (Redlich, a.a.O., S. 542) verhielt. Bismarck vermochte noch die - ohnehin bestellte - Arbeit erster Eingaben des CDI leicht hin abzuweisen: "... nichts als allgemeine Phrasen..." (Christoph v. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen, Bd. 2: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, Leipzig 1909, S. 178). Besonders bei wirtschaftlichen Verbänden zeigte sich jedoch bald ein herausforderndes Selbstbewußtsein. Im Reichstag wurde bereits in den 1880er Jahren der "wenig devote Ton" des CDI gerügt (Henry Axel Bueck, Generalsekretär des CDI, in: Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des CDI, zit.: Verhandlungen CDI/ Nr. 38, Dez. 1887, S. 38). 1905 unterstellte der Verein Bayerischer Metallindustrieller dem Münchner Staatsministerium in einer Eingabe gegen tarifvertragsfreundliche Äußerungen von Seiten der Regierung Mangel an wirtschaftlichen Kenntnissen und drohte mit dem Exodus der Maschinenindustrie aus Bayern (SAA./4 Lk 12-13, Eingabe des Vorsitzenden des Vereins Bayerischer Metallindustrieller, A. Rieppel vom 14.IV.1905).

134) Ein Vergleich der politischen Aktivität der Unternehmerschaft im deutschen, angelsächsischen und romanischen Raum hätte differierende mentale Strukturen und politische Traditionen zu berücksichtigen. Er ist hier nicht zu leisten.

striezweig dar. Sie gehört ganz dem 19. Jahrhundert an.

Anders als etwa Bergbau und Textilgewerbe trat sie nicht schon mit langer Tradition und Vorgeschichte in die industrielle Revolution ein, sondern verband sich, seit dem Entstehen einzelner elektrotechnischer Fertigungen in den 1840er Jahren, als ein neues Feld gewerblicher Tätigkeiten dem Weg Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat des 19. Jahrhunderts.

Die Elektrotechnik stand dabei, nach der Formulierung eines ihrer frühen, auch technisch kompetenten Historiographen, Waldemar Koch,¹ "auf den Schultern der modernen Physik und Chemie, des Maschinenbaus und der Präzisionstechnik."²

1) Aus der beruflichen und politischen Karriere W. Kochs (geb. 1880) seien hier einige Daten mitgeteilt, die thematisch belangvoll sind. K.'s Vater war in Bremen Ingenieur. Er selbst trat nach einjährig-freiwilligem Dienst bei der Marine und einem mit dem Dr. ing. und Dr. phil. abgeschlossenen Doppelstudium der Wirtschaftswissenschaften und der industriellen Verwaltungslehre an der TH. Charlottenburg und der Universität Berlin in den Dienst der AEG. Er lernte vor 1914 Elektro- und Stahlindustrien in den USA und in Südamerika kennen und übernahm für die AEG 1912 die Leitung der "Electrical Co., Ltd." in London. Im Weltkrieg wird K. stellvertretender Direktor des Kieler "Instituts für Welthandel und Seeverkehr" und beteiligt sich nach Kriegsende äußerst aktiv bei gegenrevolutionären Strebungen. So tritt er an die Spitze der Groß-Berliner "Bürgerratsbewegung", hält im Januar 1919 eine Tagung des "Reichsbürgerrats" in Berlin ab und hilft bei der Aufstellung von Freiwilligenformationen zur militärischen Besetzung Berlins in diesem Monat. In der Brigade Reinhardt dient er als Brigadequartiermeister. In der Weimarer Republik steht Koch während der Umstellung auf Friedensproduktion an der Spitze der als "Reichswerke" firmierenden ehemaligen staatlichen Rüstungsbetriebe Spandau und übernimmt dann leitende Positionen in der Motorrad- und Landmaschinenindustrie (Stock Motorrad-AG. Bln., Lanz GmbH., Mannheim). Vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. I., S. 964 ff.

2) Waldemar Koch, Die Konzentrationsbewegung in der deutschen Elektroindustrie, München/Berlin 1907, S. 2.

Sie durchschritt, wie es der Entwicklungsgang dieses Industriezweiges am Beispiel einzelner Unternehmen belegt, im Zeitraum zweier Generationen, zwischen 1840 und 1900, rasch Phasen handwerklicher, manufakturer und schließlich großbetrieblicher Fertigung.³

Der Aufstieg aus handwerklicher Enge, der Weg vom kundenorientierten Meisterbetrieb zur großindustriellen Anlage, deren Beschäftigtenzahlen nach Zehntausenden messen, ist indessen, wie sich gleichfalls an Verhältnissen einzelner führender Unternehmen zeigt, kein gradliniger, kontinuierlicher Prozeß. Technik und Produktion, Absatz und Beschäftigtenziffern folgen nicht nur dem Bild der allgemeinen Konjunkturentwicklung sondern belegen auch Sprünge, Phasenverschiebungen und Verwerfungen, die nur diesem Industriezweig eigen sind.

Gesamtwirtschaftlich waren solche Ungleichzeitigkeiten kaum mehr als wenig belangvolle Sonderkonjunkturen, solange die "elektrische" Industrie selbst noch nach ihrem Produktionsvolumen, nach der Breite ihrer Fertigungen und dem Umfang ihres Arbeitskräftebedarfs nicht fühlbar allgemeine wirtschaftliche Wechsellagen zu beeinflussen vermochte.

In diese Position aber waren die führenden Großunternehmen der Elektrotechnik zur Jahrhundertwende bereits hineingewachsen. Durchaus zu Recht hieß es damals in einem Geschäftsbericht, den die "Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft" veröffentlichte, zu dem konjunkturellen Zwischentief der Jahre 1901/02: "Wie der wirtschaftliche Aufschwung des letzten Jahrzehnts sich um die aufblühende elektro-technische Industrie konzentrierte, so steht diese in der gegenwärtigen Phase im Mittelpunkt des allgemeinen Niedergangs." Die "elektrische Krisis" sei "eher eine der Ursachen als eine Folge der wirtschaftlichen Gesamterkrankung...".⁴

3) Vgl. dazu unten, S. 76. Zu Fragen der Begriffsbildung: Rudolf Forberger, "Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik" in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin (DDR), 1962, S. 170-188. [= Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 10.]⁷

4) Zwanzigster Geschäftsbericht der "Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft-AG." 1901/02, S. 5.

Die Elektro-Großindustrie wurde hier zum Schrittmacher der Konjunktur erklärt.

Dieses Urteil aus dem um 1900 größten europäischen Elektrokonzern entsprach der ökonomischen Wirklichkeit.⁵ Es war eine Wirklichkeit, die damals selbst unmittelbar Beteiligte, Bankiers und Industrielle, zu überwältigen schien.

Schon vor dem eigentlichen Höhepunkt jener zehnjährigen Aufschwungsperiode hatte man bei den Berliner Großbanken von einer beispiellosen Expansion gesprochen und der Direktionsbericht der "Darmstädter Bank" (Bank für Handel und Industrie) vertrat 1898 die These: "Die große Ausdehnung der elektrischen Industrie... erinnert, - soweit ein Vergleich überhaupt möglich ist -, an die Entwicklung des Eisenbahnbaues in der Mitte dieses Jahrhunderts..."⁶

Die Berliner Geldinstitute bemühten demnach das Exempel der "Leitsektoren" der ersten industriellen Revolution in Deutschland,⁷ - Eisenbahnbau und in seinem Gefolge Schwerindustrie und Maschinen-

- 5) Die Zahl der Arbeitnehmer im Gesamtbereich des AEG-Konzerns hatte 1900 einen Spitzenwert von 17.361 erreicht, der sich in den beiden Folgejahren auf 14.648 bzw. 14.897 verringerte. Die entsprechenden Zahlen lauteten für die "Siemens & Halske AG" für 1900 12.002; für 1901: 13.063 und für 1902: 11.671. (A.E.G. 1883-1923, Berlin 1924, S. 6; K. Burhenne, Werner Siemens als Sozialpolitiker, München 1932, S. 110).
- 6) Bank für Handel und Industrie in Darmstadt. Bericht über das 46. Geschäftsjahr, Bericht der Direktion, S. 8. Der Aufschwung hatte u.a. auch die Kapitalzinsen beträchtlich erhöht und zu Kursrückgängen bei festverzinslichen Papieren geführt. (a.a.O., S. 7). In der deutschen Elektro-Großindustrie war die "Darmstädter Bank" u.a. geschäftlich engagiert bei den Firmen: "Siemens & Halske (Berlin)", "Elektrizitäts-AG. vormals W. Lahmeyer & Co." (Frankfurt/M.) und bei der "Union Elektrizitäts-Gesellschaft" (Berlin) (vgl. J. Riesser, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 4. Auflage Jena 1912, S. 583 f.).
- 7) Zu Fragen der Begriffsbildung, der Leitsektoren des "Take off", sowie der Periodisierung vgl. die oben, S. 6 f. referierte Literatur, sowie Hans Mottek, "Einleitende Bemerkungen - Zum Verlauf und einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland", in: Hans Mottek, Horst Blumberg, Heinz Wutzmer und Walter Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in

bau⁸ - um den von zeitgenössischen Beobachtern als ungewöhnlich stark und andauernd empfundenen Aufschwung zu kennzeichnen, der u.a. dank der Entfaltung der Elektroindustrie in Deutschland den Dezennien der "Großen Depression" gefolgt war.⁹

Der Vergleich war insofern zutreffend, als innerhalb der Belegung, welche in den 1890er Jahren von der Elektroindustrie auf den Verlauf der gesamten Konjunktur ausstrahlte,¹⁰ die Elektrifizierung, bzw. die Neuanlage von Bahnen mit elektrischer Traktion eine sehr erhebliche Rolle spielte.¹¹

Hatte, während des Anlaufs zur ersten industriellen Revolution (1845-1850), die Verdreifachung des Streckennetzes der deutschen Eisenbahnen von annähernd 2.000 auf rund 6.000 km den Bahnbau zum entscheidend

Anmerkungübertrag zu Anm. 7), S. 55

Deutschland, Berlin (DDR), 1960, S. 7-63. Zusammenfassend: Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit - Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, S. 30-57: "... unzweifelhaft ist ..., daß s p ä t e s t e n s in den 1850er Jahren die revolutionierende Durchbruchphase einsetzte, die bis zur Krise von 1873 die Trendperiode von 1848 bis 1873 einen unzweideutigen historischen Cäsurcharakter gab". (ebda., S. 37).

8) Vgl. Mottek, a.a.O., S. 36-40.

9) "Unter dem Eindruck der langen Stockungen der vorausgegangenen Stockungsspanne, die den Aufschwung 1895-1901 als etwas Ungewöhnliches und nicht schnell von neuem zu Erwartendes erscheinen ließen", waren zeitgenössische Beobachter zunächst nicht in der Lage, die Jahre 1895-1913, die - nach Spiethoff - als "einziger großer Aufschwung" angesehen werden können, als Gesamtspanne zu erfassen. (Arthur Spiethoff, "Krisen", in: HdSt., Bd. VI, S. 8-91; zit. S. 55 ff.).

10) Einschlägige Verweise bei Josef Loewe, "Die elektrotechnische Industrie", in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben..., S. 84-90.

11) Darunter fallen auch Kleinbahnen, deren Bau durch das Kleinbahngesetz von 1892 erleichtert worden war. Überblick bei Loewe, a.a.O., S. 133 ff. Zählennachweis: Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1907, Teil I, S. 304-309.

"materiell-technischen Pfeiler der industriellen Revolution" (Mottek) werden lassen,¹² so konnten nun Geschäftsberichte und wirtschaftswissenschaftliche Publikationen darauf verweisen, daß das Jahrfünft von 1895 bis 1900 das Netz der elektrischen Straßenbahnen in Deutschland versiebenfacht hatte. Es war auf über 5.000 km Länge angewachsen und schob sich, z. T. bereits außerhalb der Grenzen der Rentabilität, bis in Kommunen mit unter 40.000 Einwohnern vor.¹³ Daneben waren Klein- und Industriebahnen ausgebaut und elektrifizierte Linien zwischen den Kommunen einzelner industrieller Ballungsräume geschaffen worden.

Der Expansion beim Bahnbau entsprach das immer stärker flächendeckend ausgerichtete Programm der Errichtung elektrischer Kraftstationen. Ihre Zahl hatte sich von 180 im Jahre 1895 auf 768 Werke im Jahr 1900 erhöht; die installierte Kilowattleistung stieg unterdessen von 47.000 auf 330.000 KW. an.¹⁴

Die Großfirmen der Berliner Elektroindustrie waren an dieser Entwicklung führend beteiligt. Für die Jahre 1895 bis 1900 weisen die Berichte der AEG allein 70 nach ihrem System erbaute, elektrifizierte, bzw. erweiterte Straßenbahnen aus, deren Streckenvolumen bei 1.500 km lag; die Gesellschaft lieferte für sie 2.700 Motorwagen.¹⁵

Dabei bedingten Größe und Auffälligkeit der Aufträge, daß die Öffentlichkeit von der Rolle und Bedeutung einzelner Großfirmen zeitweilig unterschiedlich Notiz nahm. Ein Vorhaben, wie das der für den Bau

12) Mottek, Einleitende Bemerkungen..., S. 38 und 40.

13) Loewe, a.a.O., S. 117. Stand von 1895/96: 854 Gleiskilometer.

14) Die Ziffern stammen aus der Begründung der Reichstagsvorlage für ein Elektrizitäts- und Gassteuergesetz von 1908. (Verhandlungen des Reichstages, XII., 1. 1907/09, Bd. 248, Nr. 1000). Die Ziffern bei Loewe, a.a.O., S. 81, bringen geringfügige Abweichungen.

15) Ermittelt nach den Geschäftsberichten der AEG für 1895/96, 1896/97, 1897/98, 1898/99, 1899/1900.

elektrischer Bahnen spezialisierten "Union-Elektricitäts-Gesellschaft",¹⁶ die damals begann, im Rahmen eines "100-Millionen-Auftrages" (C. Fürstenberg) die über 300 km messenden Linienführungen der ehemaligen "Großen Berliner Pferdebahn" zu elektrifizieren,¹⁷ änderte jedoch nichts daran, daß es in diesem Zweig des Starkstromgeschäfts auch Abschlüsse auf die Elektrifizierung von Linien mit 2 - 5 km gab.¹⁸

Firmen wie die AEG und Siemens & Halske lebten zudem nicht nur vom Bau elektrischer Straßenbahnen,¹⁹ der forcierten Einführung elektrischer Beleuchtung und der mit beiden zusammenhängenden Strategie eines

- 16) Zur Entwicklung der 1892 von der US-amerikanischen "Thomson-Houston-Co." vornehmlich zur Verwertung ihrer Bahnbaupatente für Nord-, Ost- und Mitteleuropa gründeten "Union-Elektricitäts-Gesellschaft": "50 Jahre AEG", S. 86 f., 117. Auf deutscher Seite waren neben der Ludwig Loewe & Co die Firma Thyssen an der "Union" beteiligt.
- 17) Zwischen 1896 und 1902 baute die Union insgesamt 480 km Bahngleis der in "Große Berliner Straßenbahn" umfirmierten und um zusätzliche Strecken erweiterten alten Gesellschaft auf elektrischen Betrieb um. Die "Große Berliner" verfügte über das größte innerstädtische Bahnnetz Deutschlands. Die "Union" lieferte für die Elektrifizierung 1.287 Trieb- und 1.282 Beiwagen. ("50 Jahre AEG", S. 395; Fürstenberg, Lebensgeschichte..., S. 127; Berliner Verkehrsbetriebe Jhrsg. / , "75 Jahre Straßenbahn zu Berlin", Berlin 1940, S. 12-18). E. Buchmann, Die Entwicklung der Großen Berliner Straßenbahn und ihre Bedeutung für die Verkehrsentwicklung Berlins, Berlin 1910, S. 37-42.
- 18) Das geht u.a. schon aus den Streckenaufstellungen bei Loewe, a.a.O., S. 115 f. hervor.
- 19) Das bleibt festzuhalten, o b s c h o n etwa die Bedeutung der Abmachungen zwischen AEG und "Union" für die gesamte Elektrogroßindustrie und die sie stützenden Bankengruppen schwerlich überschätzt werden kann: Die "Union" stand 1890-1900 "in Deutschland im Bau von Straßenbahnen an erster Stelle" und der Wunsch, Vorerfahrungen des Straßenbahnbaus und Ergebnisse verwandter US-amerikanischer Entwicklungsarbeiten über die "Union" für die als nahe bevorstehend angenommene Aufgabe der Elektrifizierung der Vollbahnen zu gewinnen, beflügelte bereits in den 1890er Jahren die Fusionspolitik der AEG. Daß es ihr gelang, die "Union" bis 1904 zu fusionieren und zugleich bei der amerikanischen Muttergesellschaft, der "General Electric", zu einem umfassenden Patent-austausch, sowie einem Abkommen über die gegenseitige Respektierung

bereits in der Hochkonjunktur der 1890er Jahre allmählich kaum mehr rentablen Geschäftes der Errichtung elektrischer Kraftstationen.²⁰

Die für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung inzwischen ausschlaggebend gewordene "elektrische" Konjunktur basierte auch auf dem Absatz der Schwachstromtechnik, dem Verkauf von Kabeln, Leitungen, Isolierungs- und Schaltmaterialien, sowie Meßgeräten und Apparaten der elektrotechnischen Nachrichtenmittel, die für die Entstehung der elektrotechnischen Industrie die erste und entscheidende Domäne dargestellt hatten.²¹

Anmerkungsübertrag zu Anm. 19), S. 58

zugewiesener territorialer Märkte fortzuschreiten, kommentiert noch die Festschrift der AEG vom April 1933 mit der Wendung: "Wenn man von allen Einzelheiten absieht, kann man diese Vereinbarung... auf die Formel bringen, daß die AEG und die GE die geistigen Grundlagen ihrer Fabrikationen vereinigten und sozusagen die Welt unter sich aufteilten." ("50 Jahre AEG", S. 156, Sperrung: HMB; erstes Zitat: ebda., S. 395; vgl. auch Friedrich Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften, Dresden 1904, S. 102-116.).

- 20) Loewe, a.a.O., S. 99; 14. GB.AEG 1895/96, S. 7: "Vom öffentlichen Submissionswesen haben wir uns meist gänzlich fern gehalten..." 18. GB. AEG 1899/1900, S. 6: Bei der Elektroindustrie verhindere "bedauerlicherweise der Wettbewerb" die zur Kompensation gestiegener Rohstoffpreise notwendigen Preiskorrekturen.
- 21) Nachweise zum Verhältnis von Starkstromproduktion zum Anteil der Erzeugnisse der Schwachstromtechnik am Umsatz der Berliner Werke von S. & H. zwischen 1870 und 1895/96 bei Czada, Berliner Elektroindustrie..., S. 41. Die Relation änderte sich von 4,5 : 95,5 (1870/75) zu 88,1 : 11,9 (1895/96) zuungunsten der Schwachstromerzeugnisse. Der stark geschrumpfte Umsatzanteil darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier dennoch um einen äußerst geschätzten Sektor des Gesamtumsatzes handelte: er betraf einen Kundenkreis mit gleichbleibend guter Zahlungsfähigkeit, vornehmlich Reichspost, Bahn und Militär. Vereinzelt wurde von diesen sogar sehr bewußt eine antizyklische Bestellpolitik betrieben, was ihre Aufträge nicht nur in Krisenzeiten sehr begehrt machte. Angaben in absoluten Zahlen zur Relation Starkstrom/Schwachstrom für die Mitte der 1890er Jahre - nach Waller - auch bei Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 206. Aufgliederung des Umsatzes nach Produktionsbereichen innerhalb der beiden Hauptgebiete für die 1860er

Gleichwohl aber erreichten beide Großfirmen erst dank der planvoll genutzten Dynamik der starkstromtechnischen "Gründerzeit" der späten 1890er Jahre die solide großindustrielle Statur von Unternehmen mit Belegschaften von über 10.000 Arbeitern und Angestellten²² und Umsätzen, die sich der Grenze von 100 Millionen näherten oder diese bereits überschritten.²³

Innerbetrieblich konfrontierte die andauernde Hochkonjunktur die Konzernfabriken zugleich mit neuen Problemen: massive Neueinstellungen brachen in dieser Zeit ältere Belegschaftsstrukturen auf; der Anteil der Frauen und Angelernten stieg an und die Ersetzung von zuvor spezialistisch betreuten Werkzeugmaschinen durch Halbautomaten rief bereits bei Teilen der länger schon eingestellten Facharbeiterschaft deutlich Dequalifikationserscheinungen hervor,²⁴ die sich im Rhythmus ständiger Produktionssteigerungen verschärften.

Anmerkungsübertrag zu Anm. 21), S. 59

und 1870er Jahre, ebenfalls nach Waller, ebda., S. 566. Anteil der Kabelproduktion und anderer Erzeugnisse am Gesamtumsatz bis in die 1890er Jahre auch bei L. von Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit der Firma Siemens & Halske in den Jahren 1847-1897, Diss. Kiel 1913, S. 49 ff., 52, 73.

- 22) Siehe oben, S. 55 Anm. 5). Die Zahlen beziehen sich auf die im Inland produzierenden Werke. Die Angaben der Autoren (so bei Burhenne und v. Winterfeld) variieren. Die von Kocka, a.a.O., S. 563, mitgeteilten Zahlen wurden von der "Sozialpolitischen Abteilung der Siemens-Unternehmen 1965/66 aus z. T. widersprechenden ... Quellen erarbeitet", (ebda., S. 563). Sie belegen den Übergang zu einer Belegschaft von über 10.000 Arbeitnehmern im Inland für das Geschäftsjahr 1900/1901.
- 23) Schätzwerte - "Umschlagziffern" - bei S. & H. nach Loewe, a.a.O., S. 84, für 1899 und 1900 = 84 Millionen; vgl. auch die Ziffern bei Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 40 f. Bei der AEG hatte der Umsatz 1899 die Grenze von 100 Millionen erreicht. ("50 Jahre AEG", S. 127.).
- 24) Die Arbeitnehmerzahl stieg bei der AEG zwischen 1894 und 1900 von 3.500 auf über 17.000 an. Bei S. & H. betrug die Zahlen respektive 3.682, bzw. 8.897. ("50 Jahre AEG", S. 127; Kocka, a.a.O., S. 563). Numerische Belege zur Umstrukturierung der Arbeiterschaft bei Kocka, Organisation..., S. 479 f. Steigerung der Zahl der Arbeiterinnen im Spandauer Kabelwerk von S. & H.

Vom konjunkturellen Zwischentief der Jahre 1901/02 kaum lange unterbrochen, waren in den Betrieben seit der Mitte der 1890er Jahre Mehrfachsichten, Nachtarbeit und Überstunden häufig geworden.²⁵ Arbeitskräftemangel, Überbeschäftigung und die anhaltende Überbürdung der Belegschaften ließen sich nicht mehr allein durch die - merklichen - lohnpolitischen Kompensationen dieser Jahre ausgleichen.²⁶

Bei dieser Ausgangslage konnten die Freien Gewerkschaften nach der Jahrhundertwende rasch in den Werken der Elektrogroßindustrie Fuß fassen;²⁷ ihre Anfangserfolge aber riefen auf seiten der Arbeitgeber eine Abwehr hervor, die sich, vor allem im Bereich der Siemens'schen Betriebe, im Gefolge einzelner Arbeitsausstände bald pragmatisch zu dem Modell der "Berliner Richtung" der "Gelben Gewerkschaften" verdichtete und als erfolgreiche Konzeption zu einer rigiden, auch politisch nutzbaren Kontrolle über regionale Arbeitsmärkte weit über Berlin hinaus an Bedeutung gewann.

Anmerkungsübertrag zu Anm. 24), S. 60

1901 von 25 auf 290 und gleichzeitige Entlassung von Arbeitern: Loewe, a.a.O., S. 136 - nach Bericht der Gewerbeaufsicht für 1901. Zu den Dequalifikationserscheinungen im Gefolge der anlaufenden Automatisierung vgl. die Einzelstudien von Cl. Heiß, D. Landé und von Bieńkowski im Sammelwerk des VfS.: Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Großindustrie, (= Schriften VfS., Bd. 134/II.), Leipzig 1910, S. 1-40; 306-485 bzw. 111-235; speziell: S. 6-15, 40; 118-124, 135 f., 160; 382 f.

- 25) Loewe, a.a.O., S. 136 f.; 13. GB. AEG, 1894/95: "Lieferungsverpflichtungen... auf Jahre hinaus". Das Eingeständnis des 19. GB. AEG, 1900/1901, S. 7: "Zwei- und Dreifachsichten, wie sie jahrelang zur Notwendigkeit geworden waren" hätten schließlich Neuerungen der Fabrikationsmethoden erschwert, blieb angesichts der 1903 rasch wieder einsetzenden Elektrokonjunktur nur Episode.
- 26) Von Lohnsteigerungen bis durchschnittlich 40 % für die Jahre 1896/97 bis 1899 spricht W. Koch, Konzentrationsbewegung, S. 27; er wertete Angaben der Berliner "Korporation der Kaufmannschaft" und Erhebungen des VfS. aus.
- 27) Seit der Jahrhundertwende berichten auch die Gewerbeaufsichtsbeamten vom merklich selbstbewußteren Auftreten der Arbeiter und einer sehr aktiven Nutzung der damals in der Berliner Industrie zahlreich eingerichteten "Arbeiterräte".

I n t e r e s s e n p o l i t i s c h e V o r a u s -
s e t z u n g e n u n d I m p l i k a t i o n e n
d e s A u f s t i e g s .

Für die Verhältnisse der Berliner Elektrogroßindustrie umreißen solche Fakten eine Entwicklungszäsur, die neben ihrem ökonomischen auch politischen Stellenwert besitzt. Im Hinblick auf den Stand, den die elektrotechnische Produktion zur Jahrhundertwende erreicht hatte, gibt es das kennzeichnende Diktum Walther Rathenaus von 1907:

"Die älteren Industrien befaßten sich mit der Herstellung einzelner Produkte nach Maßgabe des Bedarfes, der vom Konsumenten geschaffen wurde... Bei der Schaffung der angewandten Elektrotechnik handelte es sich um die Entstehung eines neuen Wirtschaftsgbietes und um eine Umgestaltung eines großen Teils aller modernen Lebensverhältnisse, die ... vom Produzenten organisiert und gewissermaßen aufgezungen werden mußten... Die Elektrizität... mußte ihre eigenen Bedürfnisse schaffen und ihre eigenen Anwendungen unter eigener Verantwortlichkeit, und Schaffung und Kontrolle neuer, manchmal außerordentlich fernliegender Unternehmungen erweisen: sie mußte Zentralstationen bauen und betreiben, sie mußte Eisenbahnen erwerben, elektrifizieren und verwalten... sie mußte sich auf einer großen Anzahl von nicht fabrikatorischen Gebieten als Unternehmerin betätigen... Hiernach ist als Geschichte der AEG nicht so sehr die Chronik der Muttergesellschaft als vielmehr der Ausbau des weitverzweigten Unternehmungsgebäudes anzusehen, das den Namen des Konzerns trägt."28

Diese häufig kommentierten oder ähnlich gegebenen Kurzcharakterisierungen zum Gründungs- und Unternehmungsgeschäft in der deutschen Elektrogroßindustrie²⁹ sprechen nicht nur von der Universalität der Unternehmungen

28) Walther Rathenau, Briefe, Bd. I., Dresden 1926, S. 52 ff.: Brief vom 26.XI.1907 an Dr. Meissner, Berlin.

29) Zu vergleichen sind hier neben den frühen Darstellungen von Rießer, R. Liefmann, Jeidels, F. Fasolt und W. Koch auch die Schilderungen bei Karl Helfferich, Georg von Siemens, ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Bd. II., Berlin 1923, S. 93-141, sowie die populäre Zusammenfassung in den "Volksausgaben" von Werner Sombarts "Deutscher Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert". (Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhunderts, 8. Auflage, Berlin 1921, S. 314 f.). Schließlich gehört auch in diesen Zusammenhang die Rezeption von Fakten und Literatur zur Entwicklung der Elektrogroßindustrie in der Leninschen

eines der größten Elektrokonzerne Europas vor 1914, sondern weisen auch die Breite jener geschäftlichen Interessen auf, die die Großfirmen in Kommune, Staat und Reich formulierten und politisch zu vertreten suchten. Angesichts der Massivität dieser Belange und der Mittel, die in ihrem Sinne mobilisierbar erschienen, kann es kaum Wunder nehmen, daß dies politisch wahrgenommene Mandat materieller ökonomischer Interessen schon früh seine Kritiker fand.

Einer von ihnen, Alfred Lansburgh, griff fast zur gleichen Zeit, in der Rathenau von der Nötigung zum elektrotechnischen Konsum sprach, dieses Stichwort auf und meinte zu dem "System Rathenau":³⁰

"Die AEG schneidet ihre Produktion nicht auf das Bedürfnis zu, sondern peitscht das Bedürfnis auf, bis es die Höhe ihrer Produktion erreicht... Schwierigkeiten, deren die AEG als Fabrikantin und Lieferantin nicht Herr werden kann, bewältigt sie spielend, indem sie entweder das Risiko selbst übernimmt, das der Auftraggeber nicht tragen will, oder indem sie die Kapitalien hergibt, die kein anderer zur Verfügung stellen will... kurz, sie sichert sich Aufträge, die zur Voraussetzung haben, daß sie selbst Auftraggeber, Garant, Finanzinstitut, Betriebspächter und Fabrikant in einer Person ist. Neben den gebräuchlichen kaufmännischen Mitteln spielen dabei auch persönliche Beziehungen, wirtschaftliche Macht, ja zuweilen auch politische Momente die Rolle des Agenten."³¹

Was Lansburgh noch recht verhalten formulierte, machte eine spätere Kritik am Beispiel eines der zahlreichen Verträge zwischen der AEG und politischen Instanzen der preußischen Provinzen fest. Anlässlich der Verhandlungen zwischen der Provinz Brandenburg und der AEG über die künftige Gestaltung der

Anmerkungsübertrag zu Anm. 29), S. 62

Imperialismusstudie. Vgl. W.I. Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", in: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Berlin/DDR, 1959, Bd. I., S. 709-817, speziell S. 748 und 762 ff.

30) Alfred Lansburgh, "System Rathenau", in: "Die Bank", Jgg. 1908, 2., S. 765-775.

31) Zitate ebda., S. 768 ff.

Stromversorgung der Region notierte die "Frankfurter Zeitung" am 15. Mai 1916: die Vorverhandlungen des fraglichen Abschlusses seien geheim geführt, die Öffentlichkeit über mögliche Nachteile nicht informiert worden.³² Die öffentliche Debatte sei aber umso gebotener, als der AEG-Konzern auf ähnliche Weise Verträge mit Ost- und Westpreußen, sowie der Provinz Sachsen betreibe und dabei faktisch gegen EntschlieBungen des Preußischen Abgeordnetenhauses verstoße, die der "Ausdehnung des Einflusses der großen Elektrizitäts-Gesellschaften auf die Elektrizitätsversorgung" entgegenstanden. Das liberale Frankfurter Blatt resümiert dann:

"... der Provinziallandtag [hat sich in der gegebenen Lage, HMB.] ... wie es auch in Brandenburg geschehen, über die wichtige Vorlage in wenigen Tagen [zu] entscheiden... Zum Nachteil der öffentlichen Körperschaften wird so eine gründliche Kritik bei der Gründung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen regelmäßig ausgeschlossen... Wirkliche Vorteile aus dem Vertrag hat nicht die Provinz, sondern nur die AEG..."³³

Zur Ausbildung einzelner Formen der Interessenpolitik in der Elektro-Großindustrie.

Das Beispiel der Siemens'schen Unternehmungen.

Diese kritischen Feststellungen können als symptomatischer linksliberaler Kommentar zum Stand der Monopolisierungsbestrebungen bei einer der beiden dominierenden Berliner Großfirmen der Elektroindustrie gelten. An ihm erhellt, für wie stark und politisch einflußreich die Gesellschaften - zumindest im Umkreis der Journalisten und der Leserschaft der "Frankfurter Zeitung" - am Vorabend des Ersten Weltkriegs gehalten wurden. Das publizistische Echo auf politische Folgen und Begleiterscheinungen des Rathenau'schen Weges, die "Umgestaltung" ganzer Wirtschaftsgebiete den Verbrau-

32) Frankfurter Zeitung, 60. Jgg., Nr. 134, 15.V.1916, Abendblatt, S. 2 f.

33) ebda.

chern und das hieß auch: den deutschen Einzelstaaten und dem Reich "aufzuzwingen", bietet in der Form der subjektiven journalistischen Rezeption eine Momentaufnahme zum Stand der Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Politik. Solche Beziehungen gehörten im Wilhelminischen Deutschland zur Normalität des politischen Alltags. Als erheblich, auffällig und folgenschwer wurden sie indessen diskutiert und in Frage gestellt wo sie, wie im vorliegenden Falle, offenbar das Vermögen der Interessenpolitik belegten, staatliche Politik und Gesetzgebung zu mediatisieren.³⁴

Dieses Vermögen war nicht das Ergebnis historisch unvermittelter gesellschaftlicher Vorgänge und Ereignisse. Es hatte vielmehr seine eigene Geschichte, bildete sich prozeßhaft aus und war mit der Entfaltung des Industriezweiges "Elektrotechnik", mit dem politischen, fachlichen und lebensgeschichtlichen Werdegang der in ihr tätigen Arbeiter, Unternehmer und "Privatbeamten"³⁵ ebenso untrennbar ver-

34) Monographisch behandelt von Fritz Blauch, Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmehrheit im Deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 50), Düsseldorf 1973, S. 51-206, für die Verhältnisse in der Elektroindustrie speziell S. 175-185. Vgl. auch die Diskussionen im VfS.: G. Schmoller, "Das Verhältnis der Kartelle zum Staat" in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 237-271; L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, ebda., S. 137-149; Überblick dazu bei: Dieter Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des "Neuen Kurses" bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890-1914), 2 Teile (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 52, 53). Wiesbaden 1967, Teil I, S. 44-83, Teil II, S. 385-432.

35) Zum Problem der Entstehung der industriellen Angestelltenschaft: Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 463-544.

knüpft, wie mit den diese Teilfelder historischen Interesses umgreifenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in Staat und Ökonomie.

Diesem Prozeß historisch auf einigen Feldern industrieller Interessenvertretung und Interessenpolitik zu folgen, ist Aufgabe der anschließenden Kapitel der Arbeit. Das geschieht, wie erwähnt, an Hand von Beispielen, die im Rahmen einer vorgegebenen Quellenlage zumeist dem Umkreis von Unternehmen der Brüder Siemens, bzw. des Siemenskonzerns entstammen und die in ihrer Mehrzahl in den Zeitraum von 1860 bis 1914 fallen, im einzelnen aber auch auf Verhältnisse in der republikanischen Zeit nach 1918 verweisen.

Es ist damit zugleich gesagt, daß es sich hier um Darlegungen handelt, die notwendig nicht generalisierbar sind, im einzelnen aber politisch anschaulich und relevant genug erscheinen mögen, um an ihnen auch allgemeinere Tendenzen und Prozesse in den Beziehungen zwischen Industrie und Politik zu belegen.

Für diese Absicht sind in der Folge auch einige der schon oft in sekundären Darstellungen, in Biographien und in der allgemeinen Historiographie vermerkten Fakten zur Entstehung und dem Aufstieg der Siemens'schen Unternehmen zu rekapitulieren.³⁶

-
- 36) Firmengeschichte und Unternehmerbiographie, aber auch breiter angelegte sozial- und wirtschaftshistorische Studien - so zuletzt die in dieser Arbeit mehrfach zitierten Arbeiten von J. Kocka und P. Czada - haben die Siemens'schen Gründungen und ihre Initiatoren früh und gründlich beachtet. Für eine Erneuerung biographischer Anstrengungen zur Vita von Werner Siemens hätte zu gelten, daß sie schon oft Gesagtes kaum besser würde referieren können. Der biographische Ansatz ist in der vorliegenden, interessenpolitisch akzentuierten Arbeit zudem nur e i n e r unter zahlreichen anderen Bezügen. Werner von Siemens, Autor von Lebenserinnerungen, die bis in die Gegenwart siebzehnmals aufgelegt wurden, ließ sich dank erzählerischen Talents, bürgerlicher Respektabilität

Sie werden angeführt, um Rahmenverhältnisse anzudeuten, innerhalb derer sich politisches bzw. politisch wertbares Handeln der Industriellen entfaltete.

Auf eine biographische Vorstellung der Agierenden wird dabei weithin verzichtet. Auch Daten zum geschäftlichen und technischen Entwicklungsverlauf werden - außerhalb der Kompetenz des Technikhistorikers - nur in laienhafter Kürze gestreift.

Für ein Erkenntnisinteresse, das sich vornehmlich auf den Anteil der Elektrounternehmer an der Entwicklung von Parteien- und Interessenpolitik, sowie auf ihre Position im Verhältnis von Staat und Ökonomie

Anmerkungsübertrag, Anm. 36), S. 66

und der Tatsache, daß Mann und schriftliches Werk dem technisch und dem literarisch gebildeten Bürgertum als Symbolfigur eigener Aufstiegsaspirationen erscheinen konnten, schon zu Zeiten als schriftstellerisch, politisch und unternehmerisch notable und "anthologiefähige" Persönlichkeit betrachten. Daß ein Standardwerk wie die "Geschichte der Autobiographie" von Georg Misch neben Benjamin Franklin wohl noch Helmholtz' "autobiographische Rede", nicht aber die Siemens'schen Lebenserinnerungen notiert, liegt eher an der verschlungenen Entstehungsgeschichte des Misch'schen Werks als an einer literarischen Zensur, der die Siemens'schen Schilderungen nicht hätten standhalten können.

Mit einem Abdruck aus den "Gesammelten Abhandlungen und Vorträgen" ist Werner von Siemens dagegen in der weit verbreiteten zweibändigen Anthologie des S. Fischer-Verlages, "Deutscher Geist", von 1940 vertreten. (Georg Misch, Geschichte der Autobiographie, Bd. IV., 2. Halbband: Von der Renaissance bis zu den autobiographischen Hauptwerken des 18. und 19. Jahrhunderts, bearbeitet von Bernd Neumann, Frankfurt/M. 1969; Karl Korn, Oskar Loerke, Peter Suhrkamp (hrsg.), "Deutscher Geist." Ein Lesebuch aus zwei Jahrhunderten, 2 Bände, Berlin 1940, Bd. 2, S. 412-433: "Der Ausbruch des Vesuv im Mai 1878". Erwähnt wird die Firma Siemens & Halske auch in dem 1894 erschienenen 5. Band der Treitschke'schen "Deutschen Geschichte". (Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, Band 5, Berlin 1894, S. 491 f.).

im 19. und 20. Jahrhundert bezieht, wird dagegen auf einige der besonderen Rahmenbedingungen zu verweisen sein, die für eben dieses Verhältnis im Bereich der Elektroindustrie konstitutiv waren.

Behördennähe des frühen Telegraphenbaugeschäfts.

Zu Recht wurde für die Anfänge der Elektroindustrie, soweit sie den Umkreis der 1847 begründeten Berliner "Telegraphenbauanstalt von Siemens & Halske" betrafen, darauf aufmerksam gemacht, daß die Ursprünge - es waren Ursprünge einer handwerklichen Produktion -³⁷ direkt auf Kommunikationsbedürfnisse von Staat und Militär vor und nach der Märzrevolution verwiesen.³⁸

Werner Siemens, als Artillerieoffizier Absolvent der "Vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule" in Berlin und Mitglied einer Kommission des preußischen Generalstabs zur Einführung des elektrischen Telegraphen,³⁹ schwankte 1847/49 selbst zwischen den

37) Vgl. Conrad Matschoß, Werner Siemens - Ein kurzgefaßtes Lebensbild. Nebst einer Auswahl seiner Briefe, Berlin 1916, 2 Bde., Bd. 1, S. 50: Brief vom 20.XII.1847 an Wilhelm Siemens: S.&H. beschäftigten 10 Arbeiter. Ebda., S. 68, Brief vom 9.IV.1849 an Wilhelm: mit 25 Arbeitern sei der "mißliche" Übergang zur Fabrik gegeben. (In der Folge zitiert: Matschoß, Briefe).

38) Siehe Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 48 f.

39) Die Kommission bestand - unter anderer Bezeichnung - seit 1845. Ihre Aufgabe: die Prüfung der Möglichkeit, den bestehenden optischen Staatstelegraphen durch elektromagnetische Apparate zu ersetzen. Siemens gehörte der Kommission seit 1846 an und besaß in der Person des Leiters der Kommission, des Generalmajors von Etzel, einen entschiedenen Förderer. Vgl. Hans Pieper, "Aus der Geschichte der optischen Telegraphie und die Anfänge des elektromagnetischen Telegraphen" in: Archiv für Deutsche Postgeschichte (AfDPG), 1967, Heft 2, S. 39-55, spez. S. 49-54. Zu den ersten innovatorischen Leistungen von W. Siemens auf diesem Gebiet: Wolfgang Klein, "Aus der Entwicklung der elektromagnetischen Telegraphenapparate" in: AfDPG, 1976, Heft 2, S. 6-16.

Chancen einer Position des Leiters der preußischen Staatstelegraphen⁴⁰ und der freieren Tätigkeit des die eigenen Erfindungen kommerziell nutzenden Unternehmers. Nachdem er sich für den Abschied vom Militär und die freiere unternehmerische Position entschieden hatte,⁴¹ bildete allerdings die Aufrechterhaltung der engen Verbindung mit der preußischen Telegraphendirektion als bestellender Instanz die kommerzielle Grundvoraussetzung für die Existenz und Entwicklungsfähigkeit der Firma Siemens & Halske; denn die frühen Telegraphenbauer konnten im wesentlichen nur mit Bahngesellschaften,⁴² Militär, bzw. Staatstele-

40) Matschoß, Briefe, S. 34, 42, 50 f., 55, 67. Briefe an Wilhelm Siemens vom 25.I. und 25.IIX., sowie 25.XII. 1847; vom 21.IIX.1848 und 12.VI.1849. Auf das Telegraphenwesen suchten Handels- und Kriegsministerium in Preußen in Konkurrenz Einfluß auszuüben. Das optische Telegraphenwesen hatte dem Kriegsministerium unterstanden; im März 1849 ging die Leitung des gesamten Telegraphenwesens einschließlich des elektrischen Telegraphen an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten über. Das Kriegsministerium setzte aber vorläufig (bis Ende 1850) durch, daß die entsprechende Verwaltungskommission im Handelsministerium jeweils mit einem Militär besetzt wurde. Vgl. Gottfried Korella, "Die Leiter der deutschen Telegraphie bis zum Jahre 1876" in: AfDPG, 1969, 2. Heft, S. 18-27, speziell S. 18, 20.

41) Siemens entschied sich dazu im Juni 1849 (Matschoß, a.a.O., S. 67). Ausschlaggebend wurden Spannungen zwischen Werner Siemens und dem zur technischen Oberleitung des von S.&H. zu errichtenden Streckennetzes (Berlin-Frankfurt; Berlin-Köln-Aachen; Berlin-Hamburg; Berlin-Stettin; Berlin-Breslau) eingesetzten Beuth-Schüler, Geometer und Sohn eines "Mechanikus", Friedrich W. Nottebohm. Vgl. Korella, "Die Leiter...", a.a.O., S. 21 ff.

42) Kennzeichnend die Beschreibung und Begründung der Standortwahl für die erste "Werkstatt" von S.&H.: sie liege "mit den Fenstern nach dem Anhaltischen Bahnhofe hinaus... Da ich die Akquisition dieser Bahn Anlage von Bahntelegraphen an der Strecke, HMB. für sicher halte, ... hat diese Lage manches Bequeme für uns..." (Brief an Wilhelm vom 15.IX.1847, Matschoß, a.a.O., S. 45 f.).

graphenverwaltung und Polizei⁴³ als sicheren Kunden rechnen.

Nicht nur die geschäftliche Situation des Unternehmens war daher in Frage gestellt, als das preußische Handelsministerium, dem die "Staatliche Telegraphendirektion" seit 1849 unterstellt war, diese Verbindung 1852 abbrach und Aufträge nunmehr bis 1856/57 so gut wie ausschließlich an die Konkurrenz von S.&H. vergab.⁴⁴ Bei Siemens löste das neben gereizten Reaktionen und Angriffen auf den Leiter der "Königlichen Telegraphendirektion" im Handelsministerium⁴⁵ verzweifelte Bemühen aus, für den Verlust des preußischen Behördengeschäfts kompensatorisch neue Märkte zu gewinnen.

Diese Kompensation gelang, und statt des Geschäfts mit dem preußischen Staat dominierten in der Folge Aufträge, die der Bau und die Überwachung eines ausgedehnten Telegraphennetzes mit sich brachten, dessen Anlage und Unterhaltung S.&H. in Rußland seit 1852 über-

-
- 43) Der Berliner Polizeipräsident der Reaktionszeit (November 1848-1853), Karl Ludwig Friedrich v. Hinckeldey, führte für die Stadt Feuermeldetelegraphen ein. (Matschoß, Briefe, S. 88, Brief vom 26.XII.1851 an Wilhelm Siemens). Es handelte sich um insgesamt 50 Telegraphenstationen für Feuermelde- und Polizeizwecke, Werner Siemens, Lebenserinnerungen, S. 82.
- 44) Die Ursache: der Streit zwischen Werner Siemens und F.W. Nottebohm über die versagende Isolierung an den 1847/49 unterirdisch von S.&H. verlegten Telegraphenlinien. Als Siemens mit der Veröffentlichung einer Verteidigungsschrift 1852 den Fall für sich zu entscheiden suchte, bricht die unter Nottebohms Leitung stehende oberste Telegrapheninstanz im preußischen Handelsministerium, die "Telegraphendirektion", die geschäftlichen Beziehungen zu S.&H. ab. Die Firma wird bis einschließlich 1856 nicht mehr bei öffentlichen Arbeiten berücksichtigt, begünstigt dagegen die konkurrierende Berliner Telegraphenbauanstalt Lewert. (Korella, "Die Leiter...", a.a.O., S. 22 f.).
- 45) Ebda., S. 23: Der Siemens-Prokurist W. Meyer forderte noch 1856 "in geharnisctem Schreiben an das Handelsministerium, Nottebohm von der Patentkommission auszuschließen wegen 'Verletzung seiner Amtspflichten gegenüber S.&H. ...'".

tragen worden war.⁴⁶ Was die Stellung der Firma S.&H. in Rußland zeitweilig für jede Konkurrenz unangreifbar machte und was Werner Siemens selbst in einer Zuschrift an die Pariser technische Wochenschrift "Cosmos" von 1855 mit der Wendung wiedergab, es seien in Rußland S.&H. "le monopole de la construction et de l'installation des appareils" erteilt worden,⁴⁷ blieb auch in der Folgezeit - nicht nur solange die Elektrotechnik und die elektrotechnische Produktion stark im Zeichen des Schwachstroms, des Telegraphenbaus und des Meßgerätebaus standen, - das erstrebte Ziel der fabrizierenden Gesellschaften: die durch Nähe und besondere Kontakte zum Staat abgesicherte, "eingeführte" Position bei den wichtigsten bestellenden Behörden.

46) Werner Siemens, Lebenserinnerungen, S. 97 ff., 103 f.: zwischen Januar 1852 und Frühjahr 1853 unternahm Werner Siemens unter z. T. ungünstigen Bedingungen 3 Reisen nach Rußland und gewinnt u.a. dank der Zeugnisse des Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey und durch die Verbindung zu den balten-deutschen Naturwissenschaftlern in St. Petersburg, sowie direkte Anknüpfungen bei dem als "allmächtig" geschilderten russischen Minister "Der Wege und Kommunikationen", dem Grafen Kleinmichel, ein äußerst günstiges und für die geschäftliche Zukunft von S.&H. ausschlaggebendes Entrée in Rußland. Zur Ausdehnung der durch den Ausbruch des Krimkrieges begünstigten Aufträge in Rußland: Ebda., S. 106-118. Gebaut und unterhalten wurden von S.&H. in Rußland ab 1852 bis 1860 u.a. die Linien: Petersburg-Kronstadt; Warschau-Schlesische Grenze; im Krimkrieg "innerhalb weniger Monate": Petersburg-Warschau; Moskau-Kiew; Kiew-Odessa; Petersburg-Reval; Kowno-Preußische Grenze; Petersburg-Helsingfors. Werner Siemens selbst schätzte schon 1855 allein den Wert der mit der Auftragserteilung für die Linien Petersburg-Preußische Grenze (Mariopol) und Petersburg-Moskau-Kiew, sowie Moskau-Perekop/Krim und Odessa in Rußland an S.&H. gefallenen Geschäfte auf 10 Millionen Francs und spricht kennzeichnenderweise dabei vom "M o n o p o l e d e l a c o n s t r u c t i o n e t d e l' i n s t a l l a t i o n d e s a p p a r e i l s . . . concédé... à Mrs. Siemens de Berlin" (Cosmos, Revue Encyclopédique Hebdomadaire Des Progrès Des Sciences, Paris 1855, Bd. 6 Beigedrukt in: Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Auflage, S. 110).

47) Ebda.

Grundfiguren des Behördenkontakts.

Im Falle von Siemens & Halske läßt sich nun gerade an der Gewinnung des "monopole de la construction et de l'installation" gut aufweisen, auf welche Bindungen, Anknüpfungspunkte und Affinitäten sich eine solche, primär auf staatliche Aufträge zielende Geschäftspolitik stützte.

Dank seiner Mitarbeit im zeitgenössischen naturwissenschaftlichen Vereinswesen Berlins und der dort angebahnten Beziehungen zur Akademie der Wissenschaften verfügte Werner Siemens schon bei seiner ersten Rußlandreise im Jahre 1852 über Kontaktchancen, die ihm den Brückenschlag zu gleichinteressierten Kreisen im Baltikum und in Petersburg erheblich erleichterten.⁴⁸

Dem von Berliner "Akademikern" empfohlenen Telegraphenbauer öffneten sich die "naturwissenschaftlichen Gelehrtenkreise", und die "berühmtesten Träger der deutsch-russischen Naturwissenschaft"; die "Akademiker" waren in baltischer Gastfreundschaft schnell bereit, den Empfohlenen ihrerseits weiterzuempfehlen.⁴⁹

Ein Vorzug speziell für Rußland bildete der Konnex zum Berliner Polizeipräsidenten Hinckeldey,⁵⁰ die gelegentlich gepflogenen Kontakte zur Berliner Hofgesellschaft⁵¹ und vor allem eine klug gewählte Politik

48) Siemens, Lebenserinnerungen, S. 38-42, 261 f.; Siemens gehörte zu den Gründern der Berliner "Physikalischen Gesellschaft", besuchte Veranstaltungen der "Polytechnischen Gesellschaft", interessierte sich für die Bestrebungen der "Naturforscher und Ärzte" und beteiligte sich u.a. auch an der Arbeit des "Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes".

49) Siemens, Lebenserinnerungen, S. 82.

50) Ebda., S. 106: Bescheinigung der "politischen Unverdächtigkeit..." gelangt an die russische Geheimpolizei.

51) Ebda., S. 33 u. öfter; S. 112. Der Prinz von Preußen gewährt dem zeitweilig von der russischen Polizei belästigten Siemens demonstrativ eine Audienz.

des Commerciums und Connubiums: der als "Statthalter" für das russische Geschäft nach Petersburg übersiedelnde Bruder Werners, Carl Siemens⁵² heiratet in die Kaufmanns- und Bankiersaristokratie von Petersburg ein und paßt sich in Lebensstil und Auftreten dem in dieser Klasse üblichen Standard an.⁵³

Damit sind einige der Grundfiguren der geschäftlichen Strategie entfaltet, die später auch bei den noch bedeutenderen Unternehmungen innerhalb einer bestimmten, historisch variierenden Differenziertheit und Breite immer wieder begegnen.⁵⁴ Zu ihnen zählen: die Verbindung zur Naturwissenschaft und zu dem Wissenschaftsbetrieb in Vereinswesen, Zeitschriften, Tagungen und Kongressen; die Nutzung der, hier noch in der Person von Werner Siemens selbst gegebenen Affinität zu Militär und kriegs-, bzw. rüstungstechnisch kompetenten Instanzen der staatlichen Administration, sowie zur Post- und Telegraphenverwaltung;⁵⁵ der Kontakt zum Hof - keine konstante,

52) Carl Siemens (1829-1906) läßt sich als "finnischer Untertan" naturalisieren und heiratet 1855 Marie Frein von Kapherr, Tochter eines Kaufmanns und Bankiers "erster Gilde" in St. Petersburg. (Siemens, Lebenserinnerungen, S. 117).

53) Gelegentlich von Werner Siemens getadelt.

54) Die Bewährung der unterschiedlichsten Formen des Behördenkontakts unter den Bedingungen der Internationalität eines Großauftrages erforderte die Verwirklichung der "Indo-Europäischen Telegraphenlinie" in den 1860er Jahren: Die Verlegung von 4.600 km oberirdisch zu führender Telegraphenleitungen, die die Verbindung zwischen London und Kalkutta herstellte und über Emden, Berlin, Thorn, Odessa, Kertsch, Tiflis und Teheran verlief (Vgl. Karl Helfferich, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, 2. Aufl., 1923, Bd. 1, S. 80-165; Gottfried Korella, Elektrische Telegraphie, AfDPG., 1974, H. 2, S. 102-105).

55) Das betraf in Preußen zunächst das Kriegsministerium, zu dem das Telegraphenwesen bis 1849 ressortierte, dann das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, dessen Abteilung I das "Generalpostamt" mit getrennten Unterressorts für Telegraphie (Telegraphendirektion) und Post verkörperte. Als Adressat der industriellen Interessenpolitik im Sektor Post und Telegraphie hatte nach der Gründung des Norddeutschen Bundes, der die Kompetenz für

aber doch eine erstrebte Größe im kommerziell nützlichen Beziehungsgeflecht - und endlich die, durch Innovationen auf außerordentlich weiten Sektoren vermittelte Anteilnahme der deutschen und internationalen, technisch-wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit.

In Betracht kam aber außerdem noch das Feld der bei Werner Siemens z. T. noch über politische, persönliche und Familienfreundschaften mit gestifteten, später indessen von den Banken selbst angestrebten Verbindungen zu Geldinstituten, zu Unternehmen und Unternehmern der elektrotechnischen Konkurrenz und ihr verwandter Wirtschaftszweige.

Staat und Industrie.

Wenn das Insgesamt dieses Interessen- und Beziehungsgefüges als beherrschenden Eindruck vor allem den der Staatsnähe der elektrotechnischen Fabrikation bzw. einzelner Entwicklungsetappen dieser Produktion nahelegt, bleiben dazu aber doch noch einige einschränkende Anmerkungen zu machen.

Anmerkungsübertrag, Anm. 55), S. 73

Post und Telegraph dem Bund überwies, die zuständige Abteilung I des Bundeskanzleramtes zu gelten; nach der Reichsgründung Übergang der Zuständigkeit auf die Abteilungen I u. II des Reichskanzleramtes (Generaldirektion der Telegraphen und Generalpostamt). Nachdem es Heinrich Stephan 1876 gelungen war, die Ausgliederung von Post und Telegraphie aus dem Kompetenzbereich des Reichskanzleramtes und die Zusammenfassung beider Verwaltungen im Reichspostamt durchzusetzen, zog Stephan, "Bismarck der deutschen Post", alle Bemühungen um den "Behördenkontakt" bei der Reichspostverwaltung auf sich. Zur Entwicklung der Post- und Telegraphenverwaltung in Preußen, im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich nach 1871: Marc Moser, "100 Jahre Weltpostverein", Teil I., in: AfDPG., 1974, H. 1, S. 3-26; Gottfried North, "Die geschichtliche Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens", in: ebda., 1974, H. 2, S. 6-25; Rudolf Morsey, Die Oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890, (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, hrsg. v. Kurt Raumer, Bd. 3), Münster 1957, S. 122-127. Vom "Bismarck der Post" ist in dem bei Morsey, a.a.O., S. 125, angeführten Roman Fontanes "Cécile" die Rede.

Beziehungen zwischen bestellenden staatlichen Administrationen und elektrotechnischer Industrie lassen sich auch schon zur Zeit des frühen Telegraphenbaus nicht als ein einseitiges Verhältnis auffassen.

Militärische und politische Interessen an einem gut entwickelten Kommunikationssystem veranlaßten Post, Telegraph und Militär, solche Anknüpfungen zu pflegen. Zudem wurde auf dem Gebiet des Kommunikationswesens Politik auch technisch präjudiziert. So konnten etwa, viel früher noch als der in dieser Hinsicht ebenfalls bedeutsame deutsch-französische Handelsvertrag von 1862, Übereinkommen der binnendeutschen Telegraphenverwaltungen Grundlagen für Entscheidungen im innerdeutschen Hegemonialstreit schaffen.

Für diesen Zusammenhang ist an die Bedeutung des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins^{55a} und an die Tatsache zu erinnern, daß der Anstoß zur Schaffung internationaler Kommunikationsnetze ganz wesentlich auf dieses bahnbrechende Abkommen zurückgeht.⁵⁶ Zu Recht hat man darauf hingewiesen, daß es neben den Erfolgen der Politik Heinrichs von Stephan auf der kleindeutsch-preußischen Seite, hier auch eine nicht minder wichtige österreichische Tradition bei der Modernisierung und Universalisierung von Post und Fernkommunikationswesen gibt.⁵⁷

Außer diesem Motiv staatlicher Anteilnahme an Industrien und Innovationen der Nachrichten- und Verkehrstechnik spielte bei Post und Telegraphie,

55a) Abkommen zwischen Österreich, Preußen, Bayern und Sachsen von 1850; in den Folgejahren mehrfach erweitert und internationalisiert. Vgl. Marc Moser, "100 Jahre Weltpostverein", 1. Teil, in: AfDPG., 1974, H. 1., S. 3-25, speziell S. 12 ff.; Hans Schwaighoffer, "Telegraphie und Telephonie einschließlich Funkwesen", in: HdST., 4. Aufl., Bd. VIII., S. 62-97.

56) Moser, a.a.O., S. 12 ff., 15.

57) Ebda., S. 15 f. Nicht nur in Mitteleuropa dienten Post und Telegraphie mittelbar hegemonialen Aspirationen. Auf die Rolle dieser Mittel in der europäischen Kolonialpolitik - bei der "pénétration pacifique" ebenso wie bei kolonialen "Befriedungsfeldzügen" kann hier nicht näher eingegangen werden. Zur "Bewährung" von Feldtelegraphie und Telegraphenbataillonen u.a. in Südwest-Afrika 1904/07 vgl. G. Korella, "Über die Zusammenarbeit der deutschen Post mit Heer/Wehrmacht im Fernmeldewesen 1900-1945" in: AfDPG., 1976, H. 2., S. 25-45.

die seit 1866 Bundes-, bzw. Reichsbehörden unterstanden, der Umstand eine erhebliche Rolle, daß sie für die Reichsfinanzen neben den Zöllen die einzige ergiebige direkte Finanzquelle für den Reichshaushalt abgaben.⁵⁸

Etatforderungen wie jene, die Heinrich v. Stephan für die Erneuerung des deutschen Telegraphennetzes oder die Einführung des Fernsprechers zu vertreten hatte,⁵⁹ waren deshalb werbende und darum auch parlamentarisch unschwer zu verteidigende Ausgaben. Stephan selbst aber nahm keinen Anstand, in ihnen zugleich Beträge zu sehen, die er zur Förderung und Erhaltung der für die postalische Technik notwendigen Existenz industrieller Unternehmen mit ausgab.⁶⁰

Diesem engen Verhältnis zwischen Generalpostmeister und Elektroindustrie verdankten es u.a. S.&H., daß sie dank umfangreicher Kabelaufträge noch während der Anfangsjahre der "Großen Depression" eher an Überfülle als Mangel an Beschäftigung und Aufträgen zu leiden hatten.⁶¹

58) Morsey, Die Obersten Reichsbehörden, S. 122 f. Post und Telegraph erwirtschafteten z. B. allein 1876 einen Überschuß von über 9 Millionen Mark. (AfDPG., 1975, H. 2., S. 177.).

59) Kommentare dazu in der Korrespondenz der Brüder Siemens: Matschoß, a.a.O., S. 615, Werner an Karl, 9.IV.1879; der Reichstag bewilligt die Etatforderungen für den "kolossalen Plan, ganz Deutschland mit einem Kabelnetze zu überziehen". (Ebda., S. 513, Werner am 5.XII. 1876 an Karl). Ebda., S. 535, 30.X.1877 an Karl: Stephan sei "ganz wild" für die Ausweitung des Berliner Telephonnetzes. Charakterisierungen Stephens bei Morsey, Reichsverwaltung, S. 125: "hohe Befähigung", "fachlich überragend", "kein Ressortchef verkörperte so sehr sein Ressort"...

60) Matschoß, a.a.O., S. 516: "... Stephan sagte mir, er habe schon wieder einige Millionen in den Etat aufgenommen, um unsere Fabrik in Gang zu halten! Recht freundlich!" (23.III. 1877 Werner an Karl).

61) "Ich glaube, es gibt außer Krupp in Deutschland kein anderes Geschäft, welches die furchtbar schwere Zeit so glücklich und mit steigender Entwicklung überstanden hat." (Werner an Karl am 3.I.1879, abgedruckt bei Winterfeld, a.a.O., S. 54). Allerdings mußten dann 1880 auch bei S.&H. massive Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. (Winterfeld, a.a.O., S. 60).

Etappen der Produktion.

Abschließend bleibt noch an einige Fakten der Art der industriellen Produktion in der Elektrotechnik zu erinnern. Es wurde bereits erwähnt, daß die Anfänge dieser Produktion durchaus handwerklichen Charakter aufwiesen. In den Siemens'schen Unternehmungen kennzeichnete diese handwerkliche und allenfalls manufaktuelle Produktionsweise vornehmlich die Verhältnisse der Zeit der frühen Schwachstromtechnik, die etwa bis zum Ende der 1860er Jahre andauerte.⁶² Es war zugleich die Zeit der Kundenproduktion, der Arbeit auf Bestellung ohne konzentrierten Einsatz von Arbeitsmaschinen.⁶³

Der Übergang von der handwerklich-manufaktuellen zur arbeitsteilig-großindustriellen Fabrikation nach Stücklohn und auf Vorrat bahnt sich in den 1870er und 1880er Jahren an und hat sich definitiv in den 1890er Jahren durchgesetzt.⁶⁴

Für den Binnenbereich der Verhältnisse im Siemenskonzern ist diese Entwicklung eng verknüpft zunächst mit dem dominanten Wirken von Werner von Siemens (1818-1892). In der Funktion eines "Chefes des Hauses" löste ihn in einzelnen Etappen seit 1884 sein zweitältester Sohn, Wilhelm von Siemens (1855-1919) ab, den der jüngste Sohn Werners von Siemens, Carl Friedrich von Siemens, (1872-1941) seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in dieser Stellung unterstützte.⁶⁵

62) Das hier gewählte, stark vergrößernde Einteilungsschema lehnt sich an Ausführungen bei Winterfeld, a.a.O., S. 6 f. und bei Karl Burhenne, Werner Siemens als Sozialpolitiker, München 1932, S. 48-55, an. Für die Präzisierungen wird in jedem Falle auf die bei Kocka, Unternehmensverwaltung, passim, gemachten Nachweisungen zurückzugreifen sein.

63) Winterfeld, a.a.O., S. 7.

64) Ebda., S. 8.

65) Für genauere Daten und Datierungen siehe unten, S. 236, Anm. 34 und die dort aufgeführte ergänzende Literatur.

KAPITEL 4 :

WERNER VON SIEMENS : POLITISCHES ENGAGEMENT IN SELBSTZEUGNISSEN.

Nach dem Zeugnis seiner Briefe und Lebenserinnerungen schloß sich der Erfinder, Techniker und Unternehmer Werner von Siemens aktiv handelnd zweimal politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts an. Er folgte 1848 dem nationalen Pathos der Revolution und, 1859-1866, dem Anruf der erneuerten, kleindeutsch orientierten liberalen Bewegung.

Im März 1848 begleitete Siemens zustimmend die umstürzenden Ereignisse in Berlin,¹ beobachtete bewundernd in den Straßen Mut und Disziplin "der Leute aus den untersten Klassen" und urteilte, es könne "kein Land reifer für die Freiheit sein...".² Er selbst, in diesen Tagen stolz, "ein Deutscher zu heißen", fuhr angesichts der drohenden dänischen Invasion nach Schleswig-Holstein und nahm im Auftrag der national-deutschen revolutionären Landesregierung und des preußischen Kriegsministers Verteidigungsvorbe-

- 1) Die Lebenserinnerungen von Werner von Siemens entstanden als Alterswerk 1889-1891 an der Schwelle der Wilhelminischen Ära. Die Autobiographie schwächt das an anderer Stelle bezeugte positive Urteil zur 48er Revolution entscheidend ab, wie ein Vergleich mit der für 1848 erhaltenen Familienkorrespondenz des Autors ergibt. Der Senior eines von Anbeginn an auf staatliche Aufträge verwiesenen Unternehmens mochte um 1890 berücksichtigen, daß die Sympathie Friedrichs III. für die Familie Siemens notorisch war (Nobilitierung während der "99 Tage"). W. von Siemens, Lebenserinnerungen, S. 58 ff.; F. Heintzenberg (hrsg.), Aus einem reichen Leben. Werner von Siemens in Briefen an seine Familie und Freunde, Stuttgart 1953, S. 35, Brief an Wilhelm Siemens vom 11.III.1848: Der "Drang nach Vernichtung aller unwürdigen Fesseln und Scheidewände muß gute Früchte bringen!". Zu den Beziehungen zum Kaiserhof unter Friedrich III. vgl. Heintzenberg, a.a.O., S. 335, Brief an Carl Siemens vom 16.V.1888; Georg Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 1, München 1947, S. 291; Ernst Feder (hrsg.), Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers, Frankfurt a.M. 1933, S. 341: Werner v. Siemens nimmt am Essen der Kaiserinwitwe Friedrich für Dr. M. Mackenzie teil.
- 2) F. Heintzenberg, a.a.O., S. 36, Brief an Wilhelm Siemens vom 20.III.1848: Werner Siemens verfolgt "mit Tränen in den Augen" das gefaßte Vorgehen der Barrikadenbauer und beeilt sich, seinem Bruder den "ersten Gruß aus freiem Lande zu überbringen".

reitungen in Kiel, Friedrichsort und Eckernförde in die Hand.³

Mit dem Bekenntnis zu einem freiheitlichen Preußen als Kernmacht des deutschen Nationalstaates hatte Siemens schon seit dem Vormärz Grundüberzeugungen des norddeutschen Liberalismus geteilt, die sich in den 1850er Jahren noch verstärkten.⁴ Folgerichtig fand er daher während der "Neuen Ära" seine politische Heimat im Nationalverein und, an führender Stelle, bei der "preußischen Exekutive" des Vereins, der "Deutschen Fortschrittspartei", die er 1862-1866 im Landtag vertrat.⁵

- 3) W. Siemens fuhr am 7.IV. 1848 nach Kiel und blieb bis in den August hinein in Schleswig-Holstein. W. von Siemens, Lebenserinnerungen, S. 60-68 u. 73-78; Heintzenberg, a.a.O., S. 38 f., Brief an Wilhelm Siemens vom 6.IV.1848, und (s. Anm. 2, S. 77) zitierter Brief vom 20.III.1848. Zu der "merkwürdigen" Revolution in Schleswig-Holstein und dem Charakter seiner provisorischen "revolutionären" Landesregierung, in der das konservativ-ständische Element mit Vertretern der liberalen Demokraten koalierte, vgl. Alfred Heuß, Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert, Kiel 1956, S. 142 f.
- 4) Für ihn ist der Patriotismus des preußischen Volkes die Basis "eines künftigen deutschen Patriotismus", s. Brief an Wilhelm Siemens vom 21.XII.1848; über Preußen als deutsches "Bollwerk" ohne die Kamarrilla und den "phantastischen König" vgl. den Brief an denselben vom 7.XI.1848, in: Heintzenberg, a.a.O., S. 40, 43.
- 5) Zusammen mit seinem Bruder Wilhelm William im Nationalverein seit dessen Koburger Generalversammlung (3.-5.IX.1860); er war Gründungsmitglied und "Namensgeber" der Fortschrittspartei; 1862 Mitglied des Zentralwahlkomitees; Kandidat des Wahlkreises Lennep-Solingen, seit 6.V.1862 Mitglied der 2. Kammer des Abgeordnetenhauses für Lennep-Solingen (Siemens, Lebenserinnerungen, S. 202 ff., Heintzenberg, a.a.O., S. 173 f., 186 f.: Briefe vom 7.XII.1860, 14.III.1862, 29.IV.1862 und 16.V.1862 an Prof. Drumann Kgsbg/Pr., bzw. Carl und Wilhelm Siemens; Hermann Oncken, Rudolf von Bennigsen, Bd. 1, Stuttgart 1910, S. 467, 524; E. Neupert, Deutscher Nationalverein, in: D. Fricke, M. Weißbecker u.a. Hrsg., Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 489-496; W. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme (= Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1.), 2. Aufl., München 1964, S. 131, 133 ff. Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, S. 16 ff.

Wie die Mehrzahl seiner Berufs- und Standesgenossen, die Mehrheit des vom Liberalismus erstmals parteipolitisch organisierten, gebildeten und besitzenden Bürgertums, verfocht Werner Siemens auch außerhalb des Parlaments neben dem Programmpunkt innerer Reformen die Sanktionierung der preußischen Hegemonie in Deutschland; vor allem bei der Frage des deutsch-französischen Handelsvertrages vom März 1862, der eine präjudizierende Weichenstellung gegenüber Österreich bedeutete.⁶

Rückblickend konnte dies Verhalten widersprüchlich und verhängnisvoll genannt werden.⁷ Widersprüchlich, weil Abgeordnete, die sich einer freiheitlichen Entwicklung verpflichtet wußten, beim Handelsvertrag eine Regierung stützten, die den Deputierten zur gleichen Zeit im Verfassungskonflikt unversöhnlich gegenüberstand;⁸ verhängnisvoll aber, weil hier anscheinend bereits wirtschaftlicher und politischer Liberalismus auseinandertraten. Und das mußte dann als entscheidender Schritt auf dem Wege gelten, sich von dem Sieger des Jahres 1866 "überwinden" zu lassen,⁹ bzw. schließlich ohne Reserven Bismarck und das preußische Heer - in den Worten Werners von Siemens -, "zu

- 6) Zur Rolle, die Werner von Siemens in diesem Zusammenhang in der Berliner "Korporation der Kaufmannschaft" und indirekt im Deutschen Handelstag spielte, siehe unten S. 109-115.
- 7) Dies der Sinn der Darstellung bei Helmut Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln-Berlin, 1966, S. 89, 116 f.
- 8) Vgl. Böhme, a.a.O., S. 89. Bei den Kommissionsberatungen des Landtages wurde der Vertrag einstimmig zur Annahme empfohlen und im Plenum am 25.VII.1862 mit allen gegen 12 Stimmen ratifiziert. Vgl. R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, 2. Aufl., Leipzig 1905, S. 233; Drucksachen Haus der Abgeordneten, VII, 1. 1862, Bd. 2, Nr. 71, S. 193.
- 9) Dazu zählt, im Juli 1864, das Beispiel David Hansemanns: A. Bergengrün, David Hansemann, Berlin 1901, S. 743.

segnen".¹⁰

Die These freilich, die diesem Wechsel vor allem beim unternehmenden Großbürgertum durchgängig das zwingende Mandat materieller Interessen unterlegt, vermag gerade im Falle des jungen Werner Siemens nicht hinreichend zu überzeugen.¹¹ Gewiß finden sich schon in der Korrespondenz zum Revolutionsjahr Aussagen, die dem zu widersprechen scheinen. So heißt es in einem Brief vom August 1848:¹²

"Der wichtigste Kampf, der vorher d.h. vor der Einigung Deutschlands, HMB. durchgefochten werden muß, ist der der m a t e r i e l l e n I n t e r e s s e n. ...Sieh nur die Beschlüsse der Gewerbeversammlung in Frankfurt, die man hier in Berlin, HMB."

-
- 10) Brief an Wilhelm Siemens vom 7.VII.1866 (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben..., S. 211). Zusammenfassend und kritisch zur These der "Tragödie des Liberalismus": Walter Bußmann, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus, in: Helmut Böhme (hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879, Köln-Berlin 1968, S. 85 ff., 93 f. Den Ausgang einer folgeschweren Deformierung des politischen Bewußtseins des Dritten Standes in Deutschland bereits auf die Wende von 1862 zu datieren, lag nach dem Epochenabschnitt von 1945 nahe. Selbstbescheidung, Anpassungseifer und kompensatorisches Fehlverhalten des "Parvenu de la gloire", die schon Max Weber am deutschen Bürgertum als Symptome seiner politischen Abdankung vor der preußisch-deutschen "Realpolitik" tadelte, macht Helmut Böhme an der Wendung von 1862 fest. Zu Ansätzen der Interpretation der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts unter dem Blickpunkt des Jahres 1945: Theodor Schieder, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte. Zum Problem der historischen Urteilsbildung, in: H. Böhme, (hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit, S. 21-32. Vgl. auch H. Böhme, Deutschlands Weg..., S. 117; Max Weber, Debattenrede auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Mannheim 1905, in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 214.
- 11) So Böhme, a.a.O., und Bußmann, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus..., S. 93 f., unter Berufung auf die Ergebnisse der Studien F. Zunkels über das rheinisch-westfälische Unternehmertum.
- 12) Brief an Wilhelm Siemens vom 21.XII.1848, in: Heintzenberg, Aus einem reichen Leben..., S. 40 f. (Sperrungen vom Verfasser).

als Vorspiel der Beschlüsse des Reichstages ansieht! Gänzliche Vernichtung der Gewerbefreiheit, Prohibitiv-, Aus- und Einfuhrzölle, bei denen der Handel und die norddeutsche Industrie zugrunde gehen würden. Das sind die e i g e n t l i c h e n, ins Leben schneidenden Fragen..."

Was sich hier - und auch noch anderthalb Jahrzehnte später - in die Formel vom P r i m a t d e r Ö k o n o m i e kleidet, entzieht sich indessen weitgehend dem am politischen Betrieb der Gegenwart, ja selbst den Gegebenheiten an der Jahrhundertwende orientierten, wertenden Urteil.

Inmitten ihrer reaktionären Umwelt durften die Zeitgenossen des Zollvereins materielle Interessiertheit als ein progressiv tätiges Prinzip bestehen. Nachhaltiger als die Anläufe der politischen Geschichte zwang es die Vertreter des rückständigen Heute der deutschen Staatenwelt vor 1862/66 in seinen Bann.¹³ Von dieser Wirklichkeit in ihrer vorwärtsdrängenden Dialektik beglaubigt, wurden Handelsfreiheit und erneuerte konstitutionelle Verhältnisse im liberalen Denken in eins gesetzt. In Parlament und Kontor verlieh die so bestätigte oder doch erhoffte Identität dem Laissez faire sein optimistisches Credo. Sie führte aber auch mit dazu, daß der außerhalb seines "Geschäfts" kaum abkömmliche Unternehmer nur zeitweilig aktiv an Kammerverhandlungen oder der Agitation im Lande teilnahm.¹⁴

13) Ausführlich dazu unten, S. 91-94. Zu diesem Kontext zählt auch, was der spätere Direktor der "Deutschen Bank", Georg Siemens - ein Vetter Werners v. Siemens -, 1866 zur Rechtfertigung und zum Einsatz im deutsch-österreichischen Krieg formulierte: "... ohne Schleswig-Holstein und Hamburg ist unsere Industrie ruiniert, Ackerbau und Sklaverei gehen immer Hand in Hand, wie man in den amerikanischen Südstaaten und in Rußland sehen kann. Freiheit ist nur in Industrie- (nicht Handels-) staaten möglich!" (Brief vom 28.IV.1866 an den Vater in: Karl Helfferich, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Bd. I., 2. Aufl., Bln. 1923, S. 47.)

14) Zur berufsspezifischen Abkömmlichkeit für den politischen Betrieb vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1, 1, Köln-Berlin 1964, S. 216; 1, 2, S. 1076. Kennzeichnend für die enge Bindung des Unternehmers der liberalen Wirtschaft an sein Geschäft ist nach Schumpeter ein Pflichtbegriff, "der orientiert war am Gedeihen der Unternehmung, ... die er bis auf das Gemäuer arational liebte" (H. Schumpeter, Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute, in: B. Harms (hrsg.) Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1929, S. 308.).

Wenn er sich dennoch - wie während der frühen 60er Jahre - zu einem solchen Einsatz entschloß, galt politisches Handeln der Unternehmer sicherlich vielfach den zur Debatte stehenden "eentlichen" Fragen, deren politische Dimension sich aber nicht generell im Verlangen nach rascher Versöhnung mit dem preußischen Staat, nach "Ruhe und Ordnung" für die Produktion erschöpfte.¹⁵

Es bleibt darum im Einzelfall zu erweisen, inwieweit man dem Vorschlag zu folgen vermag, die nationalliberale Umbesinnung und den Kniefall vor der Bismarckschen Realpolitik bei den "Wirtschaftsführern" von 1864/66 auf 1862 vorzudatieren.¹⁶

So erwog Werner Siemens, noch 1863 dem Berliner Polizeiregiment den Rücken zu kehren. Unter dem Eindruck des drohenden Verlustes der Versammlungsfreiheit und des Petitionsrechts, angesichts der gleichgeschalteten Presse und politischer Diskriminierungen schrieb er - nach 1862 -, im Sommer 1863:

"Ich bin entschlossen, mir nicht das Geringste gefallen zu lassen, komme daraus was wolle! Bleibt Preußen lange wie es ist, so habe ich gar nicht Lust, ihm noch lange die Ehre meiner Gegenwart zu schenken..."¹⁷

Solche Zeugnisse warnen davor, die Motivation des Handelns, - selbst bei "Wirtschaftsführern" - allzu ausschließlich im Bereich ökonomischer Ursachen zu suchen.¹⁸ Sie verweisen zugleich auf die Notwendigkeit, wirtschaftsgeschichtliche Studien über der Einbettung in den Rahmen sozio-ökonomischer Sachzwänge biographisch zu vertiefen; denn während der Früh-

15) Böhme, Deutschlands Weg ..., S. 166 f.

16) Ebda., und ders., Verfassungskonflikt und Handelspolitik: Die Frage der Kontinuität im Jahre 1862, in: H. Böhme (hrsg.) Probleme der Reichsgründungszeit..., S. 212.

17) A.a.O., S. 193, Brief vom 10.VI.1863 an Mathilde Siemens.

18) "Die Reduktion auf ökonomische Ursachen allein ist auf keinem Gebiet der Kulturerscheinungen... erschöpfend, auch nicht auf demjenigen der 'wirtschaftlichen Vorgänge'". (Max Weber, Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, S. 169). Noch am 7.VII.1866 konnte Georg Siemens seinem Vetter Werner von der preußisch-hannoverschen "Front" ironisch "eine baldige Bekehrung" zu Bismarcks Politik wünschen. Er solle nicht mit den Fortschrittlern Löwe und Twisten "in eine Sackgasse reiten und sich unmöglich machen". (Helfferich, Georg v. Siemens, Bd. I., S. 63).

zeit des Parteiwesens des 19. Jahrhunderts läßt sich der Stellenwert persönlicher Daten - auch beim parlamentarisch tätigen Unternehmer - noch verhältnismäßig hoch veranschlagen. Eigenständigkeit wurde in der Honoratiorenpolitik geschätzt.¹⁹ Die organisatorisch schwach entwickelte Struktur der politischen Gruppierungen ließ einer bisweilen noch "barocken" Selbständigkeit Raum;²⁰ Raum auch der relativ unabhängigen Rolle von Repräsentanten aus Gewerbe und Industrie. Gleichwohl konnte dies öffentliche Geschäft, wie sich bei Werner Siemens zeigt, in einem interessen- und persönlichkeitsbestimmten Honoratiorenkreis als Last empfunden werden.²¹ Nachdem die Weichen der kleindeutschen Entwicklung gestellt waren, suchte man dieser Bürde nach Möglichkeit zu entgehen und vermied, zumindest im Zentralparlament, ein länger dauern- des Engagement.²

19) Dem entsprach die Position, die man 1862 Th. Mommsen, Virchow und W. Siemens in der Fortschrittspartei als "notablen Persönlichkeiten" einräumte. Vgl. Nipperdey, Die Organisation..., S. 17; Helfferich, a.a.O., I., S. 33 f.

20) Die Kandidatur des Wahlkreises Lennep-Solingen gewann Siemens mit einem "Glaubensbekenntnis", das "von der Ansicht der Parteiführer" abwich und seine Meinung "barock" darlegte. Später lehnte Siemens es ab, den Wunsch seiner industriellen Wählerschaft zu respektieren, die Solinger Stahlwaren weiterhin unter verfälschenden Herkunftsbezeichnungen ("made in England") ausführen wollten. Er konnte deshalb auch nicht in dem Kreis wiedergewählt werden. (Brief an Carl Siemens vom 16.V.1862, Heintzenberg, Aus einem reichen Leben..., S. 187; W. v. Siemens, Lebenserinnerungen, S. 207).

21) Briefe an Carl, bzw. Wilhelm Siemens vom 14.III.1862 und 25.XI.1866, Heintzenberg, a.a.O., S. 186 u. 213.

22) Vgl. dazu Erich Maschke, Die Industrialisierung Deutschlands im Spiegel der Parlamentszusammensetzungen von 1848 bis heute, in: "Tradition", Jg. 10 (1965), H. 5/6, S. 230-245; W. Kremer, Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871-1918, (phil. Diss., Köln 1934), Emsdetten 1934, passim. Zur erheblich besseren Vertretung der Industriellen in den Kammern Mittel- und Süddeutschlands: Hartmut Kaelble, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895-1914, Berlin 1967, S. 116.

II. Abschnitt: INTERESSENVERTRETUNG UND POLITIK 1860 - 1900.

K A P I T E L 1 :

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN UND REICHSGRÜNDUNGSPOLITIK 1860 / 1862 IM UMKREIS DER KORPORATION DER KAUFMANNSCHAFT VON BERLIN (KdK.).

K d K - I n t e r e s s e n v e r t r e t u n g , A k t i o n s - u n d A r t i k u l a t i o n s - r a u m u n t e r n e h m e r i s c h e n E n - g a g e m e n t s i n d e r P o l i t i k .

Im Mittelpunkt der folgenden Erörterungen steht das Wirken einer lokalen Interessenvertretung von Handel, Gewerbe und Industrie, der "Korporation der Kaufmannschaft von Berlin". Die Korporation (KdK), ein örtlicher Wirtschaftsverband,¹ war um 1820 gegründet worden und nahm für den Bereich der preußischen Metropole Funktionen wahr, die in anderen Teilen der Monarchie, - so vor allem im Westen - den Handelskammern zukamen.² Wie diese betätigte sie sich u.a. im gewerblichen Schul- und Fortbildungs-

- 1) Die hier einleitend erwähnten Charakteristica zu Verbandsstruktur und Verbandsrealität in der Kaufmannschaft werden weiter unten, - S. 223 f. - genauer belegt. Vgl. auch "Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin", Berlin 1920, passim. Zum Verbandstypus der den Industrie- und Handelskammern funktional sehr nahe verwandten Korporationen siehe Rupert Breitling, Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim 1955, S. 10 ff., 234 f.; Wolfram Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, Berlin 1964, S. 7 ff., 10; Klara van Eyll, Die Geschichte einer Handelskammer. Dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen 1840-1910, Köln 1964, S. 9 ff., 12 f., 31; Ludwig Beutin, Die Gründung von Handelskammern, in: Moderne Deutsche Wirtschaftsgeschichte, hrsg. v. K.E. Born, S. 259-271, speziell S. 259-263. Bei Fischer und van Eyll weiterführende Literatur und Überblick über den Diskussionsstand.
- 2) Neben den vor allem im Westen der preußischen Monarchie nach französischem Vorbild errichteten Gewerbevertretungen mit Handelskammerverfassung bestanden in Mittel- und Ostdeutschland noch an 8 Plätzen "Korporationen der Kaufmannschaft" (so in Tilsit, Elbing, Magdeburg, Memel, Königsberg, Stettin, Danzig und Berlin). Die Korporationen übten Selbstverwaltung kraft königlichen Statuts, die Mitgliedschaft war, im Gegensatz zu der die geschlossene Vertretung aller Gewerbebetriebe anstrebenden Handelskammerverfassung, freiwillig und, wie in Berlin, an be-

wesen, unterhielt und besaß Börseneinrichtungen, gab Gutachten ab und berichtete jährlich über die Lage in Handel und Industrie.

Von den Kammern, wie sie die preußische Gesetzgebung seit 1870 kannte, unterschied sich die Kaufmannschaft indessen doch erheblich. So war ihr u.a. die obligatorische Verbandszugehörigkeit der vertretenen Interessenten ihres Sprengels fremd.³ Die KdK nahm vielmehr nur Mitglieder auf der Basis der Freiwilligkeit auf, und unterwarf zudem Beitrittswillige noch einem recht wirksam auslesenden Aufnahmeverfahren. Die Korporationsangehörigen genossen so gut wie keine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Arbeit der Verbandsspitze, des "behördenähnlich" fungierenden Führungskreises des "Ältestenkollegiums" der Korpo-

Anmerkungsübertrag, Anm. 2, S. 84.

stimmte einschränkende Eintrittsmodalitäten gebunden (Stellung von Bürgen, Eintrittsgelder). Vgl. H. Dove, Entstehung und Entwicklung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und ihr organisatorischer Ausbau, in: Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902-1927, Berlin 1927, S. 12; Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin - Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum am 2. März 1920, Berlin 1920, S. 128. Die Korporation stellte ein "eigentümliches Verbindungs-glied zwischen... Unternehmerschaft und Regierung" dar (W. Fischer), die im lokalen Rahmen freie gewerbliche Interessenvertretung mit der gesetzlich sanktionierten Rolle der Beratung der Administration verband. Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung..., S. 19-26; vgl. auch Beutin, Gründung von Handelskammern, S. 259-263.

- 3) Nach § 3 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24.II.1870 bezogen sich Beitrags- und Beitrittspflicht zu den Handelskammern - mit einigen Ausnahmen - auf alle im Gebiet einer Kammer ansässigen handelsregisterlich eingetragenen Firmeninhaber. (Max v. Brauchitsch, Die neuen preußischen Verwaltungsgesetze, 7. Auflage, hrsg. v. Studt/Braunbehrens, Berlin 1904, S. 998 f.). Trotz der bei Freiwilligkeit der Mitgliedschaft per se mangelhaften Repräsentativität der Korporation war die KdK indessen doch kraft ihres Statuts von 1820 (§ 8) gehalten, die "allgemeinen" Interessen des "hiesigen" Handels und der Industrie zu vertreten. (Die Korporation der Kaufmannschaft..., S. 621). Zu definitorischen Problemen des Verbandsbegriffs: Gertrud Neuhauser, Die verbandsmäßige Organisation der Österreichischen Wirtschaft, in: Theodor Pütz, Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, (= Schriften VfS., N.F., Bd. 39) Berlin 1966, S. 3 f.; Josua Werner, Art. "Wirtschaftsverbände", in: H.d.S., Bd. XII, S. 281-288; Rupert Breitling, Art. "Pressure Groups", ebda., Bd. IIX, S. 528-534.

ration.⁴

Die besondere Bedeutung der KdK., bzw. des sie lenkenden Gremiums der Ältesten liegt, abgesehen von bestimmten, gleichfalls politisch relevanten Entwicklungen um die Berliner Börse, für das Verhältnis von Politik und Ökonomie insbesondere darin, daß die Kaufmannschaft in einzelnen Perioden der preußisch-kleindeutschen Geschichte über beträchtliche Einflußchancen bei den in der Hauptstadt zentralisierten preußischen und Reichsverwaltungen verfügte. Schon allein der Standort Berlin genügte, um der KdK im Vergleich zu anderen Korporationen und Handelskammern wesentlich mehr, oder doch erleichterte Behördenkontakte zu sichern. Die Kaufmannschaft wußte sich diese teils in erbetener Mitarbeit, teils in eigener Initiative bei der Administration zu verschaffen. Sie besaß somit Führungsvorteile, die jede auf staatliche Förderung, auf handelspolitische Protektion oder auf Behördenaufträge verwiesene Industrie ebenfalls optimal anstreben mußte.

Wenn in diesem Umkreise, im Tätigkeitsbereich der KdK, das Handeln von Werner Siemens, bzw. - später - das einiger seiner Berufskollegen aus der Berliner Elektro-Großindustrie zu betrachten ist, versteht sich von selbst, daß dabei weder eine Institutionsgeschichte, noch ein exakter Abriß der Aktivität der KdK insgesamt gegeben werden kann.⁵ In der Kaufmannschaft lag wohl zeitweise ein wichtiges, doch zu keiner Zeit das ausschließliche Aktionszentrum politischen, oder auch nur inter-

4) Vgl. oben, S. 84, Anm. 2). Im Statut der KdK von 1820 wird das ÄC "Behörde" genannt, seine Machtvollkommenheit wurde im wesentlichen auch im Statut von 1870 beibehalten. (Die Korporation..., S. 621, 634-638). Mit dem Argument, in Handelskammern und Korporationen könne es keine parlamentarischen Verfahrensweisen geben, wehrten sich Sprecher des Ältestenkollegiums (ÄC) der KdK seit den 1870er Jahren mehrfach gegen die verbandsinterne Kritik an der autoritären Führungspraxis des ÄC., vgl. unten, S. 223 f.

5) Vgl. dazu aber die Ausführungen bei W. Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, S. 19-43 u. passim; für die KdK bis in die 1860er Jahre vor allem die Ergebnisse der jüngeren Studie von H. Kaelble, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung, Bln. 1972, S. 196-217, 230-236, 253-273, sowie Tabellenanhang.

essenpolitischen Engagements in der Elektrizitätsindustrie. Daher ist hier nur von Belang, was auf bestimmte politische Haltungen, auf spezifische Ausprägungen und die Effizienz industrieller Interessenwahrung in den großen Berliner Elektro-Häusern hindeutet; denn immerhin steht neben der Mitarbeit im regionalen Wirtschaftsverband der KdK hier noch der Einsatz im zeitgenössischen technischen Vereinswesen; bleibt die Rolle der Industriellen in Fach- und Arbeitgeberverbänden sowie Dachorganisationen zu erörtern. In einigen Fällen werden die, z. T. innerhalb dieses Verbandsspektrums oder auch über politische Parteien vermittelten und im persönlichen Umgang gewonnenen Verbindungen zur Bürokratie näher zu erläutern sein. Von daher ist das Erkenntnisinteresse an Vorgängen in der KdK deutlich eingegrenzt. Dennoch werden einzelne Entwicklungen, wenn auch beschränkt auf den Kreis der Ältesten, beginnend mit den 1860er Jahren bis hin zur Jahrhundertwende zu verfolgen sein.⁶

Das gilt vor allem für die Perioden, in denen sich unternehmerisches Engagement in den Parteien abschwächt, Interessenverbände moderneren, jüngeren Typs noch wenig ausgebildet oder nicht existent sind, bzw. Handelskammern und Korporationen in einigen historischen Konstellationen situationsbedingt erhöhte Bedeutung für die Beeinflussung staatlicher Politik erlangen.

Daneben aber dient das Handeln des besonders profilierten Kreises der Kaufmannschaft im vorliegenden Abschnitt der Arbeit noch als Folie, um an einigen Zäsuren die Rolle zu verdeutlichen, welche Vertreter der aufsteigenden Berliner Elektroindustrie in Preußen, bzw. im zweiten Reich zu spielen vermochten.

6) Nur gestreift wird die organisatorische Bedeutung der Berliner Handelskammer als Nachfolgeinstitution der KdK bei politischen Bestrebungen der Berliner Elektroindustriellen kurz nach der Novemberrevolution im Winter 1918/19, vgl. unten, Ausblick, S. 621 ff., 624.

Art, Funktion und Umfang der Aktivität der Elektroindustriellen in der Berliner KdK näher zu bestimmen, bleibt der späteren Untersuchung vorbehalten. An dieser Stelle kann indessen bereits auf einige Eigenheiten in den Beziehungen zwischen Korporation und Elektroindustrie verwiesen werden.

Bemißt man die Teilhabe an der Arbeit der KdK an den Mandaten, die den Unternehmern im ÄC der KdK eingeräumt wurden, dann ergibt sich für die Berliner Elektroindustrie eine insgesamt bescheidene Bilanz. Ihr Ertrag: Lücken in der Präsenz wie Phasen verstärkter Mitarbeit sind in der Folge nach ihrer thematischen Erheblichkeit zu befragen. Auf einige charakteristische Fakten sei hier bereits aufmerksam gemacht.

Für Werner Siemens, als frühestem Vertreter der Elektrotechnik im ÄC, weisen die Mitgliederlisten des Kollegiums eine ungewöhnlich langandauernde Präsenz im Führungsorgan der Korporation aus. Werner Siemens war 12 Jahre (1861-1873)⁷ Mitglied des ÄC. Damit arbeitete er hier länger als später alle anderen Unternehmer aus der Berliner Elektroindustrie. Nach 1873 ist die Präsenz des Industriezweiges im ÄC für zwei Jahrzehnte unterbrochen. Erst ab 1894 werden dort Siemens & Halske erneut, und zwar durch Wilhelm von Siemens, nach seiner faktischen Position damals Chef des Hauses Siemens,⁸ vertreten. Das Mandat Wilhelms von Siemens dauerte aber nur zwei Jahre,

7) Die Wahl zum Mitglied des Ältestenkollegiums wurde "als besondere Auszeichnung" empfunden. (Werner von Siemens, Lebenserinnerungen, 16. Auflage, München 1956, S. 169). Siemens datiert hier den Beginn seiner Mitgliedschaft, die für 1861-1873 bezeugt ist, irrtümlich auf 1855. (Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin..., S. 660). Irrig ist auch die Schilderung der Wahl "durch namentliche Abstimmung aller Gewerbe und Handel treibenden Firmen". Die Masse der wahlberechtigten Korporationsmitglieder umfaßte, wie aus vielen beschwerdeführenden Petitionen bekannt ist, zu keiner Zeit das gesamte gewerbliche Berlin. Auch kam der KdK nicht, wie Siemens an gleicher Stelle meinte, für die "Mark Brandenburg" die Funktion einer Handelskammer zu.

8) Zur Position von Wilhelm Siemens im Siemens-Konzern der 1890er Jahre: s. unten, S. 236, Anm. 34.

während die AEG mit Emil Rathenau immerhin von 1897 bis 1902 und die "Union-Elektricitäts-Gesellschaft" mit Isidor Loewe von 1898 bis 1902 im Ältestenkollegium über Sitz und Stimme verfügten.⁹

Wollte man zu dem Kreis der drei Großfirmen: Siemens, AEG und Union am Ausgang des 19. Jahrhunderts noch die Mandate hinzuzählen, die damals auf Bankiers im ÄC entfielen, die den großen Häusern der Berliner Elektroindustrie geschäftlich nahe standen, dann könnte sich das Bild allerdings nicht unbeträchtlich ändern.¹⁰ Denn unter dieser Voraussetzung ließen sich der Elektroindustrie noch mittelbar zurechnen: 3 Mandate aus dem Umkreis der "Deutschen Bank" (Georg von Siemens, im ÄC 1882-1901; Wilhelm Herz, im ÄC 1866-1902; Ludwig Roland-Lücke, im ÄC 1902)¹¹ und je 1 Mandat der "Berliner Handelsgesellschaft" (Max Winterfeldt, im ÄC 1889-1897) und der "Darmstädter Bank" (Jacob Rießer, im ÄC 1901/02) sowie des Bankhauses Jacob Landau (Hugo Landau, im ÄC 1889-1901).¹²

-
- 9) Daten, auch für die im folgenden erwähnten Mandate der Banken, ermittelt nach "Die Korporation...", S. 658-662 und Max Apt, 25 Jahre im Dienste der Kaufmannschaft, Berlin 1927, S. 7 ff.
- 10) Ausführlicher zum Verhältnis von Banken und Elektrogroßindustrie unten, S. 282 ff. Bankenvertreter lassen sich hier aber nicht wie Elektro-Unternehmer selbst werten.
- 11) Bei Georg Siemens endete das Mandat durch Todesfall. Wilhelm Herz war bei der Gründung der 1875/76 von der Deutschen Bank übernommenen Berliner "Union-Bank" beteiligt. Nach der Übernahme tauschte Herz den Vorsitz des AR der "Union" mit dem des AR der Deutschen Bank (Seidenzahl, 100 Jahre..., S. 166; Helfferich, Georg v. Siemens, I., S. 290-330). Roland-Lücke war Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Zum Charakter der Deutschen Bank als "Hausbank" von S.&H. um die Jahrhundertwende: Otto Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie..., S. 233 ff.
- 12) Führende Rolle der "Berliner Handels-Gesellschaft" bei der AEG: "Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft. 1856-1956." Berlin o.J. (1956), S. 95 ff.; Jeidels,

Die Terminierung dieser Mandate, die fast alle zur Jahrhundertwende auslaufen, deutet auf einen Schnittpunkt in den Beziehungen zwischen Elektrogroßindustrie und Berliner Banken und der Korporation der Kaufmannschaft hin. Auch diese Zäsur wird später zu beschreiben sein.¹³

Aus der Stimmzahl und der Dauer der Zugehörigkeit zum ÄC läßt sich allerdings noch nicht auf die Qualität der Mitarbeit im Führungsorgan der Kaufmannschaft schließen.¹⁴ Sie kann erst in der Darstellung entfaltet werden.

Anmerkungsübertrag, Anm. 12), S. 89.

a.a.O., S. 233, 235, 240. Die Privatbank von Jacob Landau gehörte bereits zu den Financiers der Vorläuferin der AEG, der 1883 gegründeten "Deutschen Edison-Gesellschaft". ("50 Jahre AEG", S. 44 f.). Die "Darmstädter Bank" (Bank für Handel und Industrie) war an der Jahrhundertwende ständiges Mitglied der Bankengruppe des Loewe-Konzerns und dessen Gründung für das Gebiet der elektrotechnischen Produktion, der "Union-Elektricitäts-Gesellschaft". (Jeidels, a.a.O., S. 235, 249).

- 13) Diesen einleitenden Hinweisen lagen keine systematischen Auswertungen - etwa der insgesamt von der Elektrogroßindustrie den Banken über längere Zeit hinweg eingeräumten AR.-Mandate - zugrunde. Auch wurden AR.-Mandate, die Mitglieder des ÄC in den Firmen der Elektrogroßindustrie besaßen, nicht als Quasi-Mandate der Elektroindustriellen im ÄC betrachtet.
- 14) Symptomatisch die Anmerkungen bei M. Apt, 25 Jahre..., S. 7 ff.: (Georg von Siemens) "... kam verhältnismäßig selten zu den Sitzungen...". Zu Rathenau und Isidor Loewe heißt es an gleicher Stelle: "Im ÄC... verhielt er /E. Rathenau, H.M.B./ sich im allgemeinen schweigend, wie auch... Loewe, /der/ der Arbeit des ÄC offenbar nicht übertriebenen Geschmack abgewann."

Regierung und Wirtschaftsbürgertum zu Beginn der 1860er Jahre: Ökonomischer und politischer Liberalismus in Westeuropa.

Als Werner Siemens, 14 Jahre nach der Gründung der "Telegraphenbauanstalt von Siemens & Halske", 1861 in das Ältestenkollegium der "Korporation der Kaufmannschaft von Berlin" (KdK) berufen wurde, stand Europa wirtschaftlich im Zeichen des vordringenden Liberalismus. Sein Gedanken- gut mochte die Staaten in unterschiedlicher Gestalt, Dauer und Intensität erreichen, doch verwies er werdende und bereits fortgeschrittene Industrieländer auf einander vergleichbare Bahnen.¹ Gefördert teils von der Bürokratie, von Grundherren oder Fabrikanten, teils verbreitet vom Katheder herab und weitergetragen von Journalisten und einzelnen Agitatoren, die schon bisweilen den Habitus des historisch jüngeren Berufspolitikers verraten, - schuf, was den einen ökonomisches Modell, anderen Vehikel nationaler Entwicklung war, vielen aber zugleich ein bürgerliches Besitzinteresse abdeckte -: der wirtschaftliche Liberalismus

-
- 1) Zur europäischen Entwicklung: Theodor Schieder, Political and Social Developments in Europe, in: F.H. Hinsley, (ed.), Material Progress and Worldwide Problems 1870-1896, Cambridge, 1962, S. 243-273, speziell S. 243-254 (= The New Cambridge Modern History, vol. XI.); Eric J. Hobsbawm, Industrie und Empire I - Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, Frankfurt/M., 1969, S. 130, 140 ff., 143; Henri Sée, Französische Wirtschaftsgeschichte, Bd. II., Jena 1936, S. 278-283, (= Hdb. der Wirtschaftsgeschichte, ed. Gg. Brodnitz); Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. II., Freiburg, 2. Aufl., 1949, S. 90-105, A. Gerschenkron, Agrarian Policies and Industrialisation: Russia 1861-1917, in: H.J. Habakkuk and M. Postan (ed.), The Industrial Revolutions and after: Incomes, Population and Technical Change, (= The Cambridge Economic History of Europe, vol. VI., 2.); Jürgen Kuczynski, Zur Geschichte und Geschichtsschreibung der industriellen Revolution, in: ders. Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Bln., (DDR), 1957, S. 1-36 (= Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 2.). Kritisch zur Liberalismuskritik und der Historiographie zum 19. Jahrhundert: Walter Bussmann, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Helmut Böhme (ed.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879, Köln/Bln., 1968, S. 85-103 (= Neue wissenschaftl. Bibliothek Bd. 26); Theodor Schieder, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, ebda., S. 21-33.

jener Zeit wesentliche Grundlagen des materiellen Aufstiegs vor 1914.²

Das Datum 1861 zeichnete sich in diesem Zusammenhang vor allem dadurch aus, daß nach einer Krise, die die eng verbundenen Volkswirtschaften erstmals weltweit erschüttert hatte,³ Westeuropa mehr und mehr dem "Freien Handel" zustrebte, in dessen Gefolge nicht nur ökonomischer Fortschritt beschleunigt, perpetuiert und gesichert schien. Zu Recht sprachen Zeitgenossen und späteres Urteil vom Anbruch einer neuen Epoche, von einem Einschnitt, der auch heute der politischen und sozialgeschichtlichen Betrachtung als Bezugspunkt dient.⁴ Denn: "La victoire définitive du libre échange à partir de 1861 inaugura... une période de prospérité jusqu'alors sans exemple... [et], à partir de cette date, le progrès économique est commun à toute l'Europe".⁵

Ebenso entscheidend und nachhaltig wie die Steigerung von Produktion und Wohlstand, veränderte der Einsatz des politischen Kapitals, das die Re-

- 2) Um die Mitte der 1860er Jahre hielten von den bedeutendsten Wirtschaftsmächten der Erde nur noch die USA an einem rigid protektionistischen Handelssystem fest. Vgl. Hobsbawm, Industrie und Empire, I., S. 142 f. Zu dem hier nicht eingehender zu behandelnden Problem der ersten industriellen Revolution in Europa und der Teilfrage des "take off" (Rostow), vgl. W.O. Henderson, Germany, France, Russia 1800-1914, London 1961; zusammenfassend auch Otto Büsch, Industrialisierung und Geschichtswissenschaft, Bln., 1969, S. 12-26. Zur Freihandelsagitation in Deutschland, vgl. unten, S. 303 ff. Für die im Text erwähnten Fakten sei vorläufig verwiesen auf: Gg. Franz, Liberalismus - Die deutschliberale Bewegung in der Habsburgischen Monarchie, München 1955, S. 133 ff. Gustav Mayer, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen, in: ders. Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt/M., 1969, S. 7-107, speziell S. 26-34; Adalbert Hess, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte - Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862-1866), Köln, 1964, passim; W.O. Henderson, Britain and Industrial Europe 1750-1870 - Studies in British Influence on the Industrial Revolution in Western Europe, London 1965, S. 167-178.
- 3) Grundlegend Hans Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise von 1857-1859, Stgt. 1934 (= Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 30).
- 4) So bei Theodor Schieder, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, a.a.O., S. 30.
- 5) Henri Pirenne, Histoire de Belgique - Des origines à nos jours, tome IV., Brüssel 1952, S. 105.

gierungen mit der Ermütigung des Laissez-faire errangen, binnen- und zwischenstaatliche Kräftekonstellationen. So setzten zu Eingang der 1860er Jahre Paris, Florenz und Berlin auf die Dynamik des befreiten Handels, um teils die Verhältnisse im Inneren zu befrieden, teils einer vorwärtsdrängenden Strategie in den äußeren Beziehungen zusätzlich Rückhalt zu verleihen.

In all' diesen Fällen war das Ziel eine taktische Interessenallianz der Regierungen mit dem besitzenden und unternehmenden Bürgertum. Während sich das bonapartistische Frankreich bemühte, das Empire auf diesem Wege nochmals als "Empire libéral" zu festigen,⁶ während Cavour mit den Chancen des aufnahmefähigen "mercato nazionale" die Anteilnahme Englands an der Einung Italiens belebte,⁷ gewann, dies-

6) Sée, Französische Wirtschaftsgeschichte, Bd. II., S. 182 ff. Wie in Italien und - z. T. - in Deutschland bei ähnlichen Abkommen, profitierten von dem liberalisierenden Handelsvertrag zwischen England und Frankreich von 1860 ("Cobden-Vertrag") in erster Linie Verkehrs- und Agrarinteressen, d.h. die französischen Reedereien, Seiden- und Viehproduzenten. Die Industriellen fühlten sich dagegen, da sie vor Vertragsabschluß nicht konsultiert wurden, überfahren; einige Industriezweige glaubten sich fühlbar geschädigt. Napoléon III. hatte indessen bei seinem forcierten Vorgehen nur ein ihm verfassungsrechtlich zustehendes Recht genutzt. Beim deutsch-französischen Handelsvertrag von 1862, der unter der Federführung Preußens als Zollvereinsvormacht zustande kam, machte das Beispiel Napoléons III. Schule. Daher galt auch für einen Teil der deutschen Industriellen: "la colère fut immense dans l'ensemble des milieux industriels". (Louis Girard, Le second Empire, in: Marcel Reinhard, Histoire de France, II., Paris 1954, S. 263-320, zit. S. 285. Zusammenfassend zum "gemäßigten Freihandel" des Empire unter Napoléon III.: Karl W. Hardach, Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren bei der Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle in Deutschland 1879, Bln. 1967, S. 54 ff. (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 7).)

7) Nach dem piemontesischen (1850-1860) liberalisierte Cavour in kurzer Frist (1859/63) den italienischen Binnen- und Außenhandel. Über geplante und realisierte Maßnahmen wurde umgehend nach London berichtet. Einheitsstreben und Verlangen nach wirtschaftlicher Freizügigkeit waren jedoch - wie bei dem liberalen norddeutschen Bürgertum - (siehe dazu unten, S. 309 f.) auch außerhalb des diplomatischen Kalküls weitgehend identisch. Vgl. Luigi Salvatorelli, Geschichte Italiens, Bln. 1941, S. 613; Giorgio Candeloro, Storia dell'Italia moderna, V.: La costruzione dello Stato unitario, Mailand 1958, 2. Aufl., S. 35, 231. "... i sostenitori dell'unificazione doganale dell'Italia erano anche generalmente sostenitori del libero scambio..." (ebda., S. 35).

seits des Rheins, Preußen an der Liberalisierung von Wirtschaft und Verkehr eine der wirksamsten Waffen im Hegemonialstreit mit Österreich.⁸

R e g i e r u n g u n d W i r t s c h a f t s - b ü r g e r t u m i n D e u t s c h l a n d .

Hegemonialstreit und deutsch-französi- scher Handelsvertrag 1862.

Ungeachtet des schwelenden Verfassungskonflikts verstand es die Berliner Regierung, ihre kleindeutsche Politik auch über die Nationalökonomie im dritten Stand zu verankern. Sie fand dabei mehrheitlich Beifall, ehe noch der Dänische Krieg, der Feldzug gegen Österreich und die abschließende Indemnitätsvorlage im Abgeordnetenhouse die allgemeine Umbesinnung beim zeitweilig frondierenden liberalen Bürgertum besiegelt hatten. Die Versöhnung mit dem Bismarckschen Kurs, ungleichzeitig in Parlament und Kontor, verlief auf zwei Gleisen. Der "wirtschaftliche und politisch-soziale Aufstieg [wurde darüber] gleichsam auseinandergespalten."⁹

Im Verhältnis zur Donaumonarchie, für das die Reaktionen der bürgerlichen Öffentlichkeit hohen Stellenwert besaßen,¹⁰ spielte Preußen den im Kontor

- 8) Vgl. Helmut Böhme, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsge-
schichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968,
S. 57 ff., 60-69. Böhme bietet einen Überblick über Ergebnisse jünge-
rer umfangreicher Studien zum wirtschaftlichen Aspekt des preußisch-
österreichischen Hegemonialkampfes.
- 9) Wolfgang Zorn, zit. in: Böhme, Prolegomena, S. 53. Mit Vehemenz und
bisweilen zu starker Betonung der Interessengebundenheit vertritt die
These von der frühen (1862), auch politischen Umkehr im Bürgertum
Helmut Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, S. 89, 116 f. Einwände
zu dieser These, unten, S. 126-130.
- 10) Zu Aufstieg und Verfall der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit:
Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied/Bln. 1962,
passim; kritisch dazu Wilhelm Hennis, Zum Begriff der öffentlichen
Meinung, in: ders. Politik als praktische Wissenschaft, S. 36-48,
speziell S. 37. Während die von Cobden organisierte "plebeische" (Ha-
bermas) Öffentlichkeit in einer schon sehr modernen Massenbewegung
selbständig ihr Ziel erreichte, blieben Anhänger von Schutzzoll und
Freihandel in Deutschland in weit höherem Maße von der Unterstützung
der Regierungen abhängig. Hier konstituierte sich früh ein Wechsel-
verhältnis. Vgl. Henderson, Britain and Industrial Europe, S. 167-178.

früh gewonnenen Kredit entschlossen aus.

Soweit die Parteinahme von Handel und Industrie den Hegemonialkampf der deutschen Führungsmächte mitbestimmte, war die Frage: kleindeutsch oder großdeutsch? wenn nicht entschieden, so doch präjudiziert, als es gelang, für die erste Alternative Bildung und Besitz in den der preußischen Politik widerstrebenden süd- und mitteldeutschen Staaten anzubieten.¹¹

Der Druck, der damit im Inneren auf die Kabinette einwirkte, ließ sich mit der Berliner Zollvereinspolitik koordinieren. Die anstehende Reform um die Verlängerung der Zollvereinsverträge bot für solche Pressionen von außen Anlaß und Raum;¹² denn mit der Neuordnung mußte notwendig das ökonomisch unverzichtbare Zollbündnis selbst in die Debatte geraten, wobei Preußen auf Grund seiner Wirtschaftskraft sichtlich eine starke Position hielt.

Für die Fortführung der Gemeinschaft, in der unter Preußens Ägide - und folglich begleitet von wachem Mißtrauen und Mitspracheverlangen Österreichs, sowie mittelstaatlichen Mediationsbefürchtungen -¹³ regio-

11) Vgl. Eugen Franz, Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands (1856-1867), München 1933, S. 98, 128-133, 241-249 u. passim; W. O. Henderson, The Zollverein, London, 2. Aufl., 1959, S. 179-189, 235 f., 273; Böhme, Weg zur Großmacht, passim. Eine vorbildliche Regionalstudie zum Verhalten von "Bildung und Besitz" bietet Friedrich Zunkel, Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834-1879, Köln 1962.

12) 1853 - wie seit 1833 periodisch - erneuert, liefen die Verträge 1865 aus. Zur gleichen Zeit endete auch das ebenfalls 1853 geschlossene Handelsabkommen zwischen Preußen und Österreich, das dessen privilegierte Sonderstellung zum ZV regelte und die Wiederaufnahme von Zoll-einigungsverhandlungen zwischen ZV und Wien für 1860 vorsah. Vgl. Henderson, Zollverein, S. 223 f., 226.

13) Vom Nord-Süd-Gegensatz, den Kontroversen um Schutzzölle und stärkere Handelsfreiheit, sowie von Bemühungen zur Integration Österreichs in eine großdeutsch bestimmte mitteleuropäische Zollunion zeugen die ZV-Krisen von 1844/46, 1848/53 und 1860/65. Henderson spricht nur von zwei, den beiden letzten Krisen. Vgl. dagegen Theo Sommerlad, Zollverein, in: HdSt., Bd. IIX, 3. Aufl. 1911, S. 1058 - 1065. Zu Verlauf und Gegenstand einzelner Krisen: 1844/46 Eisen- und Garnzölle, 1860/62 u. a. der Gegensatz zwischen Protektionisten und Manchesterschule, vgl. Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Teil V., Leipzig 1927, S. 459-464; E. Franz, Entscheidungskampf, S. 128 ff; Henderson, a.a.O., S. 53, 183, 202 f., 206 f., 217 ff. u. passim; dort jeweils auch Überblick über die ältere Literatur.

nale Teilmärkte seit der Restaurationszeit verschmolzen waren, lagen 1860/62 in Wien und Berlin einander ausschließende Pläne vor. Österreich hing u.a. einer Wiederbelebung älterer Mitteleuropakonzeptionen nach.¹⁴ Gestützt auf die Überkommene, freilich instabile Koalition von großdeutschen Sympothisanten, süd- und westdeutschen Schutzzollinteressenten und wechselnden Gruppierungen des "Dritten Deutschland", hoffte es, in einem nach außen stärker abgeschirmten einheitlichen Wirtschaftsgebiet von Donaauraum und kleindeutschem Binnenbereich dem Norden die Führungsrolle zu entwinden. Preußen dagegen forcierte die Öffnung des ZV. zum freieren westeuropäischen Handelssystem,¹⁵ um eine politische und Handels-Entente zu vereiteln, die die deutschen Staaten wieder unter der Federführung Österreichs hätte vereinen müssen. Zu dieser negativen Absicht bediente sich Berlin sowohl theoretischen wie praktischen Rüstzeugs. Es stützte sich zum einen auf die Freihandelsbewegung,¹⁶ und schuf sich andererseits in dem von Preußen für den ZV. mit Frankreich vereinbarten Handelsvertrag von 1862 das entscheidende praktische Instrument, um seine Pläne zu verwirklichen.¹⁷

- 14) Zur geistesgeschichtlichen und praktisch-politischen Entfaltung des Mitteleuropakonzepts vgl. Henry Cord Meyer, "Mitteleuropa" in German Thought and Action 1815-1945, Den Haag 1955, S. 11-27 (= International Scholar Forum-A Series of Books by American Scholars, IV.); Henderson, a.a.O., S. 202-208, 290 ff., 293. Meyer nutzt keine archivalischen Quellen; Henderson stützt sich z. T. auf Unterlagen des Board of Trade und des Foreign Office. Breiter ist die Quellengrundlage bei E. Franz und vor allem in dem hier auch zu nennenden Buch Böhmes, Weg zur Großmacht.
- 15) Im Mai 1861 hatte Frankreich Belgien die gleichen Zollvergünstigungen eingeräumt, die es im "Cobden-Vertrag" des Vorjahres England zugestanden hatte. Frankreich praktizierte allerdings nur einen "gemäßigten Freihandel" (Hardach). Der Anschluß des werdenden Königreichs Italien an den westeuropäischen Handelskreis setzte 1859 ein und war 1865 abgeschlossen. Vgl. Hardach, Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren..., S. 54 ff.; Pirenne, Histoire de Belgique, IV., S. 106; Candeloro, Storia dell'Italia moderna, V., S. 34 ff., 230-235.
- 16) Vgl. dazu im einzelnen unten, S. 303-310.
- 17) Im März 1862 nach ca. zweijährigen Vorverhandlungen unterzeichnet. Der Beitritt der übrigen Zollvereinsstaaten wurde nach der Ratifizierung des Vertrags im preußischen Parlament rasch erwartet. Abgedr. in: Sammlung sämtlicher Drucksachen des Hauses der Abgeordneten, VII. Legp., I. Session, 1862, Bd. I., Nr. 25. Im folgenden zit.: Drucksachen HdA., VII., 1.

In der Tat versprach der Vertrag mit der Stoßkraft materieller Interessen das großdeutsche Lager aufzusprengen, die Donaumonarchie zunächst im Handel und dann auch politisch vom ZV., bzw. dem Territorium der künftigen Reichsgründung abzudrängen. Wirtschaftlich sollte der Abschluß vor allem den Zollvereinsindustrien den französisch-belgischen Markt erhalten und ausbauen.¹⁸ Die englische Konkurrenz war dort seit dem Vorjahr, seit dem "Cobden-Treaty" von 1860, erheblich favorisiert.¹⁹ Darüber hinaus barg die Meistbegünstigungsklausel des Abkommens ein gewolltes, politisch-ökonomisches Junktim,²⁰ das den preußisch-österreichischen Abreden von 1853 widersprach, die die Fortführung des Zolleinigungsdialogs zwischen beiden Ländern, sowie eine Vorzugsstellung Wiens zum ZV festlegten.²¹ An der politischen Brisanz der Meistbegünstigungsklausel entzündete sich dann auch eine vorwiegend süddeutsche Opposition. Gewiß wandten sich Hessen, Bayern und Württemberg nur z. T. gegen die freihandelsfreundliche Grundtendenz der Verhandlungen zwischen Berlin und Paris.²² Sie sträubten sich aber dagegen, für allenfalls vage Exportaussichten mit einem fatal anti-österreichischen Votum zu zahlen.

-
- 18) Der Wert der deutschen (ZV.-) Fertigwarenexporte hatte sich (in Reichstälern) zwischen 1834 und 1858 von 83 auf 203 Millionen gesteigert; sie unterlagen in Frankreich einer Überwiegend prohibitiven Verzollung und waren auf dem belgischen Markt - siehe Anm. 15) - seit 1861 benachteiligt. Ziffern und Gegenüberstellungen in: Drucksachen HdA., VII., 1., 1862, Bd. II., Nr. 71, S. 11, und, ebda., Bd. I., Nr. 25, S. 5.
- 19) In der Vertragszeit steigerte sich der englisch-französische Warenaustausch von 5 (1860) auf 11 Millionen £. Wider Erwarten ein mäßiges Ergebnis. Vgl. John Harold Clapham, Free Trade and Steel 1850-1886, Cambridge 1952, S. 244 ff. (= An Economic History of Modern Britain, vol. II.).
- 20) Die Meistbegünstigung war auch von der französischen Verhandlungsführung als unabdingbar gefordert worden. Vgl. Henderson, Zollverein, S. 276.
- 21) Nach dem Preußisch-Österreichischen Handelsvertrag vom 19.II.1853. Zu den Einzelheiten: Henderson, a.a.O., S. 219-225.
- 22) Auf die erschöpfende Aufzählung der einzelnen Stimmen wird hier bewußt verzichtet. In Hessen opponierten Darmstadt und Nassau. Stellungnahmen von Regierungen und Interessenten aus Handel und Industrie klappten vielfach weit auseinander. Zu den Aktionen an einzelnen Höfen vgl. Helmut Böhme, Verfassungskonflikt und Handelspolitik: Die Frage der Kontinuität im Jahre 1862, in: Probleme der Reichsgründungszeit, S. 195-225, speziell S. 209-220.

Die Mobilmachung von Bildung und Besitz: Handels-
und Juristentag, Faktoren politischer Meinungs- und
Stimmungsbildung ("Allgemeine Überzeugung").

Bei diesem Stand der Auseinandersetzungen steigerten Anhänger und Gegner des Vertrages im Sommer und Herbst 1862 ihren Einsatz. Preußen beantwortete die Intransigenz des Südens, indem es den Widerstand als Aufkündigung der Zollverträge interpretierte; ihre Erneuerung von der Bejahung des Abkommens abhängig machte, und sich vom Parlament dazu ausdrücklich ermächtigen ließ.²³ Die Konsultation der Abgeordneten, die Kammerverhandlungen selbst,²⁴ und allseitige, beträchtliche Anstrengungen der Regierungen, Gewerbe, Industrie und Wissenschaft, - vertreten und gesinnungsbildend wirksam in dem emotional politisierten, jüngeren bürgerlichen Vereinswesen der Zeit -²⁵ als beeinflussende Faktoren mit ins Spiel zu

-
- 23) Ebda., S. 215. Eine entsprechende Resolution wurde von der 2. Kammer am 5.IX.1862 mit 233:26 Stimmen angenommen.
- 24) Der Vertrag wurde der Kammer vorfristig unterbreitet und von ihr am 25.VII.1862 mit 264:12 Stimmen angenommen. Der preußische Finanzminister von der Heydt nannte den Abschluß bei diesem Anlaß "den unstreitig wichtigsten Akt seit der Gründung des Zollvereins". (St.Ber.HdA., VII., 1., Bd. 2, 1862, S. 833, zit., ebda., Bd. 1, S. 214, am 6.VI.1862). Viele der Parlamentarier sprachen zum Fenster hinaus. Ähnlich berechnet waren die Kommissionsgutachten: "Wenn auch der Kommissionsbericht sehr gründlich auf die Materie eingegangen ist... so ist dies weniger in Rücksicht auf die einzelnen Mitglieder dieses Hauses geschehen, sondern auf die Wirkung über das Haus hinaus nach auswärts hin...", erklärte der fortschrittliche Abgeordnete und Textilindustrielle Leonor Reichenheim vor der 2. Kammer (St.Ber.HdA., VII., 1. Bd., 2., 1862, S. 718) am 19.VII. 1862.
- 25) Dazu zählen neben Nationalverein und den wirtschaftlich ausgerichteten Vereinen, auf die später zurückzukommen sein wird, vor allem die von Schwarz-Rot-Gold inspirierten Bundesschießen, Schillerfeiern, die Sängertreffen und die "Tage" der Handelskammern, der Juristen und Journalisten, bei denen berufsständische und nationale Belange organisatorisch verbunden waren. Vgl. Geschichte der Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M. 1911, S. 52; Kurt Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Geschichte der deutschen Presse Teil II., Bln. 1966, S. 220-225 (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 6).

bringen,²⁶ veranschaulichen Ausmaß und Intensität des Ringens um die öffentliche Meinung.²⁷

In einer Krise, die mit der Existenz des Zollvereins die materielle Lebensfähigkeit der frondierenden Mitgliedsstaaten in Frage stellte, bedurfte es allerdings kaum offizieller Einwirkungen, um die bürgerliche Öffentlichkeit zu alarmieren. Sie meldete sich selbständig zu Wort. Ungebrochen für Preußen, wo sie ohnehin bereits für die kleindeutsche Sache eingenommen, "moralisch erobert" war; schwankend, wo sich Freihandelsinteressen, großdeutsche Sympathien und Schutzzoll in etwa die Waage hielten. Letzteres galt namentlich für den "Deutschen Handelstag". Erst 1861 gegen den Wunsch vieler preußischer Stimmen als großdeutsche Institution begründet,²⁸ gehörten ihm auch gewerbliche Vertretungen

- 26) Zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Preußens im 2. Halbjahr 1862: Rudolf Delbrück, Lebenserinnerungen 1817-1867, Bd. II., 2. Aufl. Leipzig 1905, S. 245: "Der diplomatische/ Schriftwechsel, welcher zwischen den Kabinetten, H.M.B. bis zum Jahreswechsel dauerte, wurde zu einem guten Teil weniger für die Kabinette, als für das Publikum geführt."
- 27) Hier bleibt die Divergenz zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung zu berücksichtigen. Soweit für erstere die Presse als Quelle genutzt wird, ergeben sich notwendige Modifikationen aus der "Historischen Leserforschung". Vgl. dazu Rolf Engelsing, Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland, Bln. 1966, S. 34-37. (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. I.).
- 28) Wie zahlreiche preußische Gewerbevertretungen im einzelnen, so die KdK Königsberg und die Handelskammern Schweidnitz und Breslau, bekämpfte auch die ständige Kommission des 1858/60 geschaffenen preußischen Handelstages im Sommer 1860 den Plan der Heidelberger Handelskammer, einen allgemeinen, d.h. großdeutsch zusammengesetzten, Handelstag einzuberufen. Das Nein ging von David Hansemann aus, der als Mitglied des Ältestenkollegiums der Berliner KdK auch den Vorsitz der ständigen Kommission des preußischen Handelstages innehatte. H. wollte nur die Handelskammern der Mitgliedsstaaten des ZV. versammelt sehen, ließ einen zweiten brieflichen Anstoß aus Heidelberg lange Zeit unbeantwortet, und meldete sich für den preußischen Ausschuß erst dann wieder zu Wort, als die Schaffung eines großdeutschen Handelstages bereits als fait accompli gelten mußte. Auf diese Wendung drängte im Berliner ÄC. vor allem der Textilindustrielle Benjamin Liebermann (im ÄC. 1854-1888). Damit wider-

Deutsch-Österreichs an.²⁹ Er glich darin dem nur wenig älteren "Deutschen Juristentag".³⁰ Wie jenem fehlte ihm überdies ein eigentliches politisches Mandat.³¹ Beides waren freie Vereinigungen, formal macht- und

Anmerkungsübertrag, S. 99, Anm. 28

spricht H.'s Verhalten äußerlich seinen in der Literatur vielfach unterstrichenen großdeutschen Neigungen. Vgl. Friedrich Schupp und K.A. Wettstein, Die Entstehungsgeschichte des ersten allgemeinen Deutschen Handelstages in 1861, Karlsruhe 1911, S. 9, 14, 18 ff.; "Der Deutsche Handelstag 1861-1911", Bd. I., Bln. 1911, S. 1. Rückblick auf die Initiative Liebermanns bei G.A. Delbrück 1886 vor dem Handelstagsplenum (Ebda., S. 90). Zur politischen Einstellung Hansemanns polemisch R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. II., S. 246; korrigierend dazu: E. Franz, Entscheidungskampf, S. 249 und Alexander Bergengrün, David Hansemann, Bln. 1901, S. 643. Zur "Überwindung" Hansemanns durch die Bismarcksche Politik seit 1864, ebda., S. 743. Die Verhandlungsführung Hansemanns auf dem 2. (Münchener) Handelstag 1862 belegt eine vermittelnd großdeutsche Position. Vgl. Verhandlungen des 2. Deutschen Handelstages zu München vom 14. bis 18. Oktober 1862, S. 51 f.

- 29) Österreich war schon an den Arbeiten der Vorkommission des ersten (konstituierenden) Deutschen Handelstages beteiligt, zu dem sich dann 9 österreichische "Handelsvorstände" im Mai 1861 in Heidelberg einfanden; sie stellten dort den 2. stellvertretenden Vorsitzenden der Versammlung und erhielten 2 Sitze im Ausschuß (v. Wertheim/Wien und Oberleithner/Olmütz), der in Heidelberg noch eine schwache großdeutsche Mehrheit aufwies. Vgl. "Der Deutsche Handelstag 1861-1911", Bd. I., S. 6, 8 ff., 18.
- 30) Bei der Gründung des "Deutschen Juristentages" (28./30.VIII.1860 in Berlin) wirkte führend der damalige Privatdozent Franz v. Holtzendorff mit, der im Frühjahr 1860 entsprechende Anregungen vor der Berliner Juristischen Gesellschaft entwickelt hatte. An der ersten Versammlung nehmen über 700 deutsche und österreichische Juristen teil, das erste Mitgliederverzeichnis weist neben 455 preußischen 49 österreichische Mitglieder aus. Der Juristentag bemühte sich vor der Kodifizierung des BGB um Rechtsvereinheitlichung, später um die Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Vgl. C.C.E. Hiersemenzel, Zur Geschichte des Deutschen Juristentages, in: Verhandlungen des ersten Deutschen Juristentages, Bln. 1860, S. III-IXX; Ebda., Mitgliederverzeichnis, S. 351-377; Stenglein, Geschichte des Deutschen Juristentages, in: Deutsche Juristenzeitung, Jgg. VII., 1902, S. 398 ff., speziell S. 400.
- 31) Beim Handelstag ließ sich das aus den gesetzlich definierten Funktionen der Handelskammern und sonstigen Gewerbevertretungen ableiten, die freilich nicht unbeträchtlich von Land zu Land differierten. Der Juristentag beschloß 1860 in Berlin, daß "die Versamm-

einflußlos, und doch - in den Jahren vor der Reichsgründung mehr denn je - politisch gesuchte Partner der Regierungen.³² Gewiß blieben hier ihre Einwirkungsmöglichkeiten beschränkt, nur mittelbarer Natur. Der Status freier berufsständischer Organe wies ihnen die Aufgabe der Unterrichtung, bestenfalls der erbetenen oder selbst erwirkten Konsultation der Kabinette zu.

Für diese allerdings, und die deutschen Verhältnisse der frühen 1860er Jahre insgesamt, lag wenig an der gesetzlich bestimmten oder mangelnden Funktion solcher Körperschaften. Vielmehr bestand die Bedeutung der ersten "Tage" der Juristen und Handelskammern vor allem darin, daß sich die offizielle Politik hier der Resonanz versicherte, auf die sie beim Kurs der "moralischen Eroberung", der kleindeutschen Emotion, bzw. der Umwälzung von oben nicht verzichten mochte. Denn hier traf sie auf meinungsbildende Schichten eines Bürgertums, das zur Vorstufe politischer Selbstdarstellung gefunden hatte. Die Sphäre der beruflichen Beflissenheit, die Anwaltskanzlei wie der "Gewerbefleiß" hatte ihm das Akzidenz für die Konstituierung eigenständiger organisatorischer Plattformen, für Versammlungen, gegeben, auf denen die Versammelten als Bürger wesentliche Forderungen des dritten Standes aus der professionellen Enge lösten, um sie zu politisch artikulierter Allgemeinheit zu erheben.

Anmerkungsübertrag, S. 100, Anm. 31

lung bloß durch ihr moralisches Gewicht wirke, bloß /den Regierungen gegenüber, H.M.B./ ihre Überzeugung ausspreche". (Plenarsitzung am 30.VIII.1860, Verhandlungen des ersten Deutschen Juristentages, S. 229).

- 32) Symptomatisch die Finanzbeihilfe der badischen Regierung für den 1. Deutschen Handelstag (1.500,- Fl.) und Preußens für den ersten Juristentag (2.500,- Taler). Der 1. Handelstag wurde von Vertretern Badens, Württembergs und Bayerns offiziell in Heidelberg begrüßt. In Berlin empfing Prinz Friedrich-Wilhelm von Preußen die Juristen und meldete - ganz im Sinne der "moralischen Eroberung" - für sich selbst eine Mitgliedschaft an. In Berlin waren die Justizverwaltungen zahlreicher Einzelstaaten vertreten. ("Der Deutsche Handelstag...", Bd. I., S. 4 ff.; Verhandlungen 1. Juristentag, S. X-IX; Hugo Neumann, Der erste Deutsche Juristentag zu Berlin, 28.-30. August 1860, in: Deutsche Juristenzeitung, Jgg. VII., 1902, S. 229.)

Davon sprach der erste Präsident des Deutschen Juristentages, als er 1860 erklärte, dem neuen Zusammenschluß stehe nur eine, aber eine wirkungsvolle "Macht zu Gebote: es ist die Macht der a l l - g e m e i n e n Ü b e r z e u g u n g !" ³³ Ähnlich beriefen noch zwei Jahre später, inmitten diplomatischer und ökonomischer Pressionsversuche, Sprecher von Handel und Industrie die Legitimierung des Deutschen Handelstages ³⁴ - in Grenzen sicher zu Recht. ³⁵ Denn hier schlug sich, anders als bei den Zirkeln der im preußisch-österreichischen Konflikt früh festgelegten Freihandelsbewegung, noch die Vielfalt der Meinungen zur innerdeutschen Entwicklung nieder. Doch hatte sich dort der Druck der Regierungen inzwischen soweit verstärkt, ³⁶ daß Versuche, im Handelstag etwa der preußisch-österreichischen Hegemonialstrategie mit einem eigenständig bürgerlichen

33) Verhandlungen, S. 178, Graf v. Wartensleben am 28.VIII.1860. Sperrung: H.M.B.

34) "Die Beschlüsse [des Handelstages, H.M.B.] ... binden niemand, und doch können sie von ungeheurer Bedeutung sein, wenn man ... der öffentlichen Stimmung den wahren Ausdruck zu geben versteht". (Verhandlungen 2. Handelstag, S. 44, Mayrhofer/Wien).

35) Der häufig manipulative Charakter des Rekurses auf die öffentliche Meinung ist nicht zu übersehen. Mit drohendem Unterton wies 1862 der Vertreter der Handelskammer Breslau darauf hin, daß die "unteren Volksklassen" inzwischen auch dem Freihandel gewonnen seien. Wer die öffentliche Meinung vernachlässige, die eine Tarifreform verlange, riskiere schließlich eine "Tarifrevolution". (ebda., S. 23.)

36) Schon die Konstituierung des 1. Handelstages zog sich mühsam hin, weil einzelne Regierungen den Kammern die Entsendung von Delegierten zeitweilig untersagt hatten. Späterhin wurde die offizielle "Instruierung" der Delegierten der Handelskammern und Korporationen geübt. Vgl. F. Schupp/K.A. Wettstein, Entstehungsgeschichte..., S. 15 f.

Konzept zu antworten, scheitern mußten.³⁷ Handel und Industrie vermochten sich, analog der allgemeinen politischen Entwicklung, nicht der inner-deutschen Konfrontation zu entziehen. Dies umso mehr, als sie selbst, u.a. in Zollsachen, Partei waren.³⁸ Schon allein deshalb verfügten Wien und Berlin im Handelstag seit je über fraktionsbildend wirksame Stimmblöcke. Und als feststand, daß die zweite Versammlung des Handelstages im Oktober 1862 in München zur Zollvereinsreform und dem deutsch-französischen Handelsvertrag Stellung nehmen werde,³⁹ drängten beide danach, ihr engeres Stimmreservoir zu erweitern.

Die Rolle des "Deutschen Handelstages" 1861 / 1862

Im Deutschland der anbrechenden 60er Jahre, einem Land ohne moderne, zentrale parlamentarische Instanzen, mit rudimentär ausgebildeten Parteien⁴⁰

- 37) Solche Vorstellungen sind ansatzweise in der Initiative der Handelskammern Heidelberg und Eberbach/Neckar zur Einberufung des 1. Handelstages zu erkennen. Vgl. unten, S. 303 f. Noch 1862 suchten süddeutsche Handelstagsdelegierte die Polarisierung zwischen Wien und Berlin mit dem Hinweis auf den Primat der Ökonomie aufzuhalten. Nach dem Versagen der Regierungen sei es Pflicht "der Vertreter der so schwer bedrohten Interessen,... die Sache... auf den rechten Standpunkt, den der materiellen Interessen zurückzuführen, und... unter Fernhaltung jeder Politik die Einigung zu erstreben". (Verhandlungen 2. Handelstag, S. 30, Hünle-München; ähnlich Moll/Mannheim, ebda., S. 34.) In der Verhüllung des vorgeblich Unpolitischen ist hier, wie häufig in den 60er Jahren, auf die politische Dimension des Wirtschaftlichen gesetzt.
- 38) Auch der Konflikt mit der eigenen Regierung ist darin jeweils einbezogen. So schwächten protektionistische Kreise der österreichischen Industrie entscheidend die Position der eigenen Regierung, als sie gegen die Mitteleuropapläne Stellung nahmen. Vgl. Karl Heinz Werner, Österreichs Industrie- und Außenpolitik 1848 bis 1948, in: Hundert Jahre Österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948, ed. Hans Meyer, Wien 1948, S. 379-388.
- 39) Der bleibende Ausschuß des Handelstages entschloß sich zur Münchener Tagung gegen den Widerstand süddeutscher und österreichischer Ausschußmitglieder. Vgl. "Der Deutsche Handelstag 1861-1911", Bd. II., Bln. 1913, S. 347 f.
- 40) Siehe dazu unten, S. 303-310.

und einer Presse, die verbreitet inhaltsarm, teuer, auflagenschwach und gegängelt war,⁴¹ in diesem Land erfüllten Zusammenkünfte, die, wie die ersten Handelstage, ein, wenn auch mangelhaft repräsentatives, gemeindeutsches Forum schufen, überstaatlich bereits quasi-parlamentarische Funktionen.⁴²

Das galt insbesondere für die Münchener Versammlung. Das Treffen selbst sowohl, wie seine Entscheidungen hatten die Bedeutung eines plebiszitären Akts.⁴³ Berlin und Wien hatten diese Prüfung unter den Augen der Öffentlichkeit gesucht, und die preußische Politik sollte aus ihr erfolgreich hervorgehen. Im Münchener Plenum stimmten 102 gegen 93 Delegierte für die ausschlaggebende Passage einer Entschliebung, die die beschleunigte Verwirklichung des deutsch-französischen Vertrags guthieß.⁴⁴ Damit kündigte sich, auch für die Führung des Handelstags, eine einschneidende Wende an;

41) Vor allem die Berliner Presse zeigte seit den 1840er Jahren obrigkeitseinflussene Dürftigkeit. Vgl. Gustav Mayer, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen, in: ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, S. 7-107, speziell S. 31-34. Vielsagend zu den Leitartikeln der Vossischen Zeitung von 1858-1863 der Panegyrikus von Arend Buchholtz, Die Vossische Zeitung - Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte, Bln. 1904, S. 156 ff.: eine "gerühmte" "eigentliche Färbung" habe die Darstellung "nirgendwo" anstoßen lassen, "selbst nicht in denjenigen konservativen Kreisen, in denen die V.Z. gleichfalls eingebürgert war". Die Auflage der V.Z. stagnierte über 60 Jahre bis etwa 1900 bei ca. 25.000. Kleinbürgertum und Arbeiterschaft wurden außerhalb der sozialistischen Bewegung erst mit dem Erscheinen der verbilligten Massenpresse der 1890er Jahre zum Zeitung lesenden Publikum. Vgl. Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin, Bln. 1960, S. 86, 90, 123-127, 162 ff.; Wilhelm Mommsen, Die Zeitung als historische Quelle, in: Festgabe f. Karl D'Ester, Münster 1952, S. 165-172, speziell S. 167 ff. Zur frühen, repressiven Bismarckschen Pressepolitik: K. Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, II., S. 15, 231-235; Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 58, 63 f.

42) Daß sich der Handelstag schon 1861 mit eigenen Vorstellungen zur Zollvereinsreform meldete, lag auf der gleichen Linie. Vgl. Henderson, Zollverein, S. 285 f.

43) Delbrück, Lebenserinnerungen, II., S. 246; Franz, Entscheidungskampf, S. 98, 245 f.

44) Verhandlungen 2. Handelstag, S. 70 ff., 73; "Deutscher Handelstag", II., S. 370 f; Böhme, - Verfassungskonflikt, S. 219, - teilt Gesamtstatt Detailergebnis mit.

denn die Parteinahme der Mehrheit desavouierte zugleich den bisherigen, gemäßigt großdeutschen Kurs, auf dem David Hanse-
mann, bis 1862 Leiter der Versammlungen, Handel und Industrie hatte halten wollen. Hanse-
mann trat daher noch während der Tagung sein Mandat an den Crefelder Bankier
H. Beckerath ab und verließ auch den Bleibenden Ausschuß des Handels-
tags, der nun eine entschieden kleindeutsche Färbung erhielt.⁴⁵ Die
Führung des Handelstags war so in der Tat zum "Verbündeten Bismarcks"
geworden,⁴⁶ und das Ende der Präsenz Österreichs war abzusehen.

Es verkürzte allerdings die Realität, wollte man diesen Wechsel nur auf
die Zeitspanne eines einzigen Kongresses beziehen.⁴⁸ Wie auch immer
preußische Deutschlandpolitik sich gestalten mochte, hatten ihr doch
schon die Entscheidungen, welche 1861 vor und während des ersten Zu-
sammentritts der deutschen und österreichischen Handelskammern in Hei-
delberg fielen, langfristig erhebliche Einflußchancen zugespielt. Diese
ergaben sich, dauerhafter als über die Voten einer Versammlung, aus dem
Entschluß, Zentralbüro und Bleibenden Ausschuß des Handelstages nach
Berlin zu verlegen.⁴⁹

-
- 45) Verhandlungen 2. Handelstag, S. 86 f., 96. Bergengrün, David Hanse-
mann, S. 725 f. H. war Vorsitzender des Bleibenden Ausschusses.
- 46) Böhme, Verfassungskonflikt, S. 219. Zur Frage der Fortexistenz des
Handelstages nach 1866 holte der Vorsitzende des Bleibenden Ausschusses,
G.C.A. Dietrich, vor dem 4. Plenum "die Wünsche" des Bundeskanzler-
amtes ein. (Verhandlungen des 4. Deutschen Handelstages zu Berlin
vom 20.-23. Oktober 1868, S. 31, Bericht Dietrichs).
- 47) Die Resolution des bleibenden Ausschusses des Handelstages vom 28.XI.
1867 veranlaßte die noch verbliebenen deutsch-österreichischen Mit-
glieder noch vor dem 4. Plenum 1868 auszuscheiden. Auf der Vollver-
sammlung selbst fand ein entgegenstehender süddeutscher Antrag keine
ausreichende Unterstützung. (Verhandlungen 4. Deutscher Handelstag,
S. 32).
- 48) Dazu neigt Böhme, a.a.O., S. 219. Der von B. als vermittelnd groß-
deutsch geschilderte Berliner Kommerzienrat G.C.A. Dietrich (Mit-
glied des Ältestenkollegiums der KdK) leitete den Ausschuß als dieser
1867/68 über den Ausschluß der Österreicher befand. Böhme spricht von
der "Ältestenkammer" Berlin (sic!), womit er die Korporation der
Kaufmannschaft von Berlin meint.
- 49) Die Verhandlungen der Vorkommission und der 1. Vollversammlung waren
in dieser Frage sehr kontrovers. Vgl. "Der Deutsche Handelstag...",
I., S. 15 ff., 18.

Hier vollzogen sich seine laufenden Arbeiten, die Repräsentation und die Kontakte zur Bürokratie, d.h. aber die zwischen den Plenartagungen bei der Geschäftsführung monopolisierte Politik des Handelstages unter den Augen der preußischen Zentralbehörden.⁵⁰ So begünstigte die Ortswahl wohl Preußen; aber diese Vorteile blieben solange nur potentiell, als es Preußen nicht gelang, seine Klientel beim Handelstag erheblich zu vergrößern. Erst dann ließ sich dort eine Umbesetzung des Bleibenden Ausschusses erzwingen,⁵¹ die auch prekäre Mehrheitslagen, wie sie noch 1862 in München auftraten, zu stabilisieren versprach: Preußen mußte das

-
- 50) Hanseemann hatte sich in der Vorkommission 1861 für Leipzig eingesetzt. Die Entscheidung war indessen nur vorläufig für L. gefallen. Süddeutsche Kammern, u.a. Ulm, Augsburg, Heilbronn u. Stuttgart wünschten nur einen "transitorischen Ausschuß" und "wandernde" Tagungen. Die langfristige Bedeutung der Ortswahl war hier klar erkannt. Die Haltung Hanseemanns läßt vermuten, daß er sich in Kenntnis der in Heidelberg zu erwartenden präjudizierenden Beschlüsse zunächst der Einberufung des Heidelberger Tages widersetzte (vgl. oben, S. 99, Anm. 28) und dazu eine anti-österreichische Argumentation vorkehrte. Immerhin läßt die Art, in der er die Tagesordnung des Münchener Treffens zu manipulieren suchte: Beratung des deutsch-französischen Vertrages als letzter Punkt - die dominierende Furcht erkennen, die "Fortschrittsdeutschtümelei" (Hanseemann) könne sich des Tages völlig bemächtigen. Vgl. "Der Deutsche Handelstag...", I., S. 15, 17; ebda., II., S. 347 ff.; Bergengrün, a.a.O., S. 721 f. Die Zentralisierung, beim Handelstag Folge eines Plenarbeschlusses, war beim Juristentag - statutenwidrig - Ergebnis der praktischen Geschäftsführung, die sich an den Wohnort der ersten Schriftführer und Schatzmeister, nach Berlin, verlagerte. Anders als beim Handelstag blieb hier aber das Prinzip der Wanderversammlungen gewahrt, das der Handelstag bald aufgab. Vgl. Stenglein, Geschichte des Deutschen Juristentages, a.a.O., S. 403.
- 51) Von den drei satzungsmäßigen Organen des Handelstages, der Plenarversammlung, dem Bleibenden Ausschuß und dem Präsidium des Bleibenden Ausschusses, erlangten die beiden letzteren ausschlaggebendes Gewicht und emanzipierten sich zusehends von der Kontrolle der Versammlungen. Z.T. lag das am autoritären Führungsstil der präsidierenden Honoratioren, z. T. schon an der Satzung selbst, die u.a. auch dem Ausschuß das Recht zur Einberufung der Versammlungen gab und ihm - was häufig mißbraucht wurde - die Möglichkeit bot, "dringende Fälle" unabhängig von den Versammlungen zu entscheiden, bzw. erst nachträglich um Billigung nachzusuchen. (§ 13 Satzung von 1861) Dem Ausschuß war auch eine weitgehende Kooptationsbefugnis gegeben. (§§ 9, 10, Satzung von 1868) Vgl. "Der Deutsche Handelstag", I., S. 14-20, 37 f.

Kräfteverhältnis, das im Handelstag seit 1861 zwischen klein- und großdeutschen Tendenzen bestand, umkehren⁵² und dabei auf die vorbehaltlose Unterstützung einzelner Gewerbevertretungen, in erster Linie jedoch auf die der eigenen Hauptstadt, rechnen können. In der Tat übernahm die Berliner Kaufmannschaft in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle.

Handelstag und KdK : Werner Siemens als
Initiator der kleindeutschen Stimmführ-
erschaft der KdK im "Deutschen Handelstag".

Nachdem der preußische Landtag dem deutsch-französischen Vertrag schon im Juli 1862 mit überwältigender Majorität zugestimmt hatte, zeigte auch in der Berliner Korporation der Kaufmannschaft ein Teil der Ältesten Bereitschaft zu unbedingter Kooperation mit der Regierung.

Der Anstoß kam dazu von Werner Siemens. Die KdK, die der Initiative folgte, stand dann bis zum Beginn des Münchener Tages an der Spitze der kleindeutschen handelspolitischen Agitation.⁵⁴

52) Siehe dazu oben, S. 99.

53) Am 25.VII.1862.

54) Bis zum Sommer 1862 hatte sich das kleindeutsche Element in der KdK noch nicht durchgesetzt. Die Korporation wurde noch von Dietrich und Hansemann beim Handelstag vertreten. Eine der zuverlässigsten Stützen preußischer Politik war zu dieser Zeit dort noch die Handelskammer Breslau. Ihr Syndikus Weigel hatte die erste Satzung des Handelstages entworfen, die Errichtung des Bleibenden Ausschusses 1861 durchgesetzt und er war 1862 in München Stimmführer der Ausschußminorität des Handelstages, die den Vertrag vor dem Plenum verteidigte. In Breslau datierte das starke anti-österreichische Ressentiment z. T. noch von der Einverleibung des ehemaligen Freihandelsgebietes der "Republik Krakau" durch Österreich 1846/7, wodurch der schlesische und Breslauer Handel schwer beeinträchtigt worden war. Vgl. "Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin", S. 659, in der Folge zit.: "Die Korporation"; "Der Deutsche Handelstag", I., S. 15 f., ebda., II., S. 348 ff.; Verhandlungen 2. Handelstag, S. 27; Hermann Freymark, Gg. Gothein /u.a./ Die Handelskammer Breslau 1849-1924, Breslau 1924, S. 30, 90, 102; Treitschke, Deutsche Geschichte, V., S. 537-543.

Siemens, Unternehmer und Parlamentarier,⁵⁵ Mitbegründer, bzw. Anhänger der Fortschrittspartei⁵⁶ und des Nationalvereins⁵⁷ und von daher schriftstellernd im Verfassungskonflikt engagiert,⁵⁸ veranlaßte Anfang September in Berlin eine Sondersitzung des Führungsorgans der Korporation, des Ältestenkollegiums (ÄC), dem er selbst erst seit Jahresfrist angehörte.⁵⁹ Von den Versammelten forderte er als Pflicht der KdK, die gesamten Gewerbevertretungen der Monarchie auf die strikte Wahrung der preußischen Interessen im Sinne des Landtagsbeschlusses festzulegen.⁶⁰ Angesichts "der Bestrebungen der süddeutschen Regierungen, Preußen ein neues Olmütz

55) Siehe dazu oben, S. 77-83.

56) Siemens, Lebenserinnerungen, S. 182; Nipperdey, Organisation der deutschen Parteien vor 1918, S. 17; Vgl. zusammenfassend Gustav Seeber, Deutsche Fortschrittspartei (DFP) 1861-1884, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. I., S. 333-355, speziell S. 334 ff. Die im Berliner ÄC mit Siemens und Hansemann vertretenen handelspolitischen Gegensätze vertieften sich noch, als Hansemann zur preußischen Landtagswahl vom Dezember 1861 einen Wahlauftrag gegen die Fortschrittspartei erließ, der "maßvollen konstitutionellen Grundsätzen" - (Bergengrün, a.a.O., S. 710) - folgte.

57) Zu den im Nationalverein aktiven Unternehmern und Bankiers u.a. Hermann Gruson/Magdeburg-Buckau (Maschinenbau), Georg Egestorff/Hannover-Linden (Lokomotiven), Adalbert Delbrück/Berlin (Bankhaus Delbrück, Leo & Co.), sowie H.H. Meier/Bremen (Norddeutscher Lloyd) zählte auch der Bruder von Werner Siemens, Wilhelm (William) Siemens/London. Hermann Oncken, Rudolf Bennigsen - Ein deutscher liberaler Politiker, Stuttgart 1920, Bd. I., S. 467. Überblick und Literatur bei Edgar Neupert, Deutscher Nationalverein (Nationalverein) 1859-1867, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, I., S. 489-496.

58) In der 1862 in Berlin anonym erschienenen Broschüre "Zur Militairfrage - Ein Vorschlag" nahm Siemens zum Heereskonflikt Stellung. Er suchte zu vermitteln, erstrebte einen Kompromiß zwischen der alten Landwehrverfassung und den von der Regierung geschaffenen Tatsachen. Siemens gehörte auch zu einem beratenden Ausschuß der Fortschrittspartei, der H.B. Oppenheim bei der Herausgabe der ab Oktober 1861 veröffentlichten linksliberalen "Deutschen Jahrbücher für Politik und Literatur" unterstützte. Vgl. Hans Rosenberg, Die Nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des deutschen Krieges. - Eine kritische Bibliographie, München/Bln. 1933, Bd. II., S. 480 f., 548 f. (= Veröffentlichungen der historischen Reichskommission.)

59) Den Beginn der Zugehörigkeit zum ÄC datierte Siemens in den Memoiren fälschlich auf 1855, tatsächlich gehörte er ihm von 1861-1873 an.

zu bereiten, und eine [Für es, H.M.B.] günstige Reform des Zollvereins zu hintertreiben", verlangte er, von Berlin aus alle Handelstagsabgeordneten des Landes einheitlich zu "instruieren" und außerdem im einzelnen um einen möglichst zahlreichen Besuch des Kongresses zu werben.⁶¹

Das ÄC trat diesem Antrag einstimmig bei.⁶² Es band seine eigenen Abgeordneten für die Münchener Versammlung an eine Entschliebung, die auf der "unveränderten Annahme und Durchführung" des Handelsvertrags bestand und ihn als ersten Tagesordnungspunkt behandelt wissen wollte. Die Resolution ging mit der Bitte um analoges Vorgehen "sämtlichen preußischen Handelskammern und sonstigen kaufmännischen Körperschaften" zu.⁶³

Tatsächlich hatte die Berliner Regierung allen Anlaß, hier jeden Zugewinn zu begrüßen; denn im Sommer 1862 hatte die Donaumonarchie einen Wettlauf der Neuanmeldungen zum Handelstag ausgelöst. Allein in den Monaten August, September, Oktober verstand es Wien, dort die österreichischen Mitgliedschaften von 6 auf 48 zu verachtfachen.⁶⁴

60) Vgl. "Der Deutsche Handelstag", II., S. 352. Die Sitzung fand am 8.IX.1862 statt.

61) Ebda., S. 352.

62) Hansemann war bei der Sondersitzung vom 8.IX. nicht anwesend. Er befand sich auf Reisen in Österreich, wo er für sein Bankinstitut, die "Disconto-Gesellschaft", u.a. geschäftliche Verbindungen mit dem Wiener Eisenindustriellen Franz von Wertheim aufzunehmen suchte. Wertheim war seit der konstituierenden Versammlung des 1. Handelstages 2. stellv. Vorsitzender des Bleibenden Ausschusses. Gegen das Vorgehen des ÄC konnte H. unter diesen Umständen nur schriftlich Protest einlegen. Vgl. Hermann Münch, Adolph von Hansemann, München/Bln. 1932, S. 37 f., 43; Bergengrün, a.a.O., S. 725 f.

63) "Der Deutsche Handelstag", I., S. 352 f. Der Text lautete: "Das Collegium erklärt, daß der... Vertrag den Interessen des Gewerbe- und Handelsstandes entspricht, daß seine Durchführung eine Notwendigkeit ist, daß die Reorganisation des ZV. und eine Zolleinigung mit Österreich nur auf Grundlage dieses Vertrages und der auf dem Heidelberger Handelstage gefaßten Beschlüsse anzustreben sind". (a.a.O., S. 352.)

64) Berechnet nach Ebda., I., S. 390-406 und Angaben ebda., II., S. 350 ff. Danach war der Mitgliedsstand Preußens 1861 = 48 Kammern, Vereine und Korporationen, der Österreichs = 6.

Es verfügte damit - wohl kaum zufällig - jetzt über die gleiche Stimmenzahl, die Preußen nach dem Vorjahresstand beim Handelstag erreicht hatte.⁶⁵

Doch während die preußischen Kammern und Korporationen in der Frage des Handelsvertrages weiterhin gespalten waren, folgten die österreichischen Gewerbevertretungen einem Erlaß, der sie anhielt, in München die Politik Wiens geschlossen zu vertreten.⁶⁶

Immerhin verbuchte auch die Gegenseite Zuwachs. Im Sommer und Herbst baten noch 13 preußische Kammern, Korporationen und Vereine mit Erfolg um ihre Aufnahme.⁶⁷ Ob und inwieweit die Steigerung unmittelbar der KdK zuzuschreiben ist, kann hier dahinstehen.⁶⁸ Jedenfalls wirkte ihr Vorgehen im nämlichen Sinn fördernd auf die Provinz ein. Wichtiger war, daß die Berliner Ältesten an Ort und Stelle in der kritischsten Zeitspanne das großdeutsche Element empfindlich trafen.⁶⁹ Die Resolution des ÄC vom 8.IX.1862, - ein kalter Handstreich während der Abwesenheit Hansemanns -⁷⁰ kam schon vor München einem Vertrauensentzug gleich, der Hansemanns Ver-

65) Ebda., I., S. 390-406.

66) Ebda., II., S. 350. Erlaß an die Handelskammern vom 29. August 1862.

67) Berechnung vgl. Anm. 65) - 67). Von 13 fielen 11 Neuzugänge in die Monate August und September.

68) Wurde hier im einzelnen nicht untersucht.

69) Siemens hatte am 8. September zusätzlich versucht, die Ältesten für einen Antrag zu gewinnen, der das seither gleiche Stimmrecht aller im Handelstag vertretenen Körperschaften modifizieren, und bedeutenderen Plätzen, u.a. Berlin, ein Mehrfachstimmrecht einräumen sollte. Die Verwirklichung dieses Vorschlages hätte vor allem die zahlreichen ad-hoc-Mitgliedschaften aus kleineren Orten Süddeutschlands und Österreichs abgewertet. Siemens fand darin jedoch kein Gehör. Erst die Satzungsrevision des Jahres 1886 stufte das Stimmrecht der Handels-tagsmitglieder nach ihrem Beitragsaufkommen ab. Vgl. "Der Deutsche Handelstag", Bd. I., S. 34, 86 ff., §§ 5 und 15 der Satzung von 1886.

70) Vgl. oben Anm. 63), S. 109.

bleiben an der Spitze des Handelstagsausschusses fraglich werden ließ, zumindest aber seine Position allgemein verunsichern mußte.⁷¹ Ähnliches galt auch für das Amt des gleichfalls von der KdK gestellten Vizepräsidenten des Ausschusses, des Berliners G.C.A. Dietrich.⁷² Beide hatten damit langfristig zwischen Anpassung und Demission zu wählen und entschieden sich zunächst rasch für das Letztere.⁷³ Hansemann mit gutem Grund: Seine Bemühungen um den Ausgleich mit Wien fanden nach dem 8. September bei der KdK kein Echo mehr, seine Proteste gegen das Verfahren, welches den Delegierten des ÄC in München die Hände band, blieben vergeblich.^{73a} Ein Mandat der KdK für München gab er unter diesen Umständen ab. An der Isar sprach er statt dessen für die Handelskammern Eupen, Siegen und Elberfeld, Plätze, die seine Haltung in Handels- und Deutschlandpolitik noch stützten.⁷⁴

-
- 71) Da das Mandat mit der entsendenden KdK galt. H. war 1853-1863 Mitglied des ÄC und 1861/62 Vorsitzender des Bleibenden Ausschusses des Handelstages.
- 72) Seit 1857 Mitglied, ab 1864 2., ab 1865 1. Vizepräsident des ÄC. 1861/62 Vizepräsident, ab 1865-1868 Präsident des Bleibenden Ausschusses des Handelstages, einfaches Mitglied bis 1888. D. kam aus der Speditionsbranche.
- 73) Hansemann demissionierte mit einer Erklärung vor dem Plenum des Münchener Tages. Auch Dietrich - bei Böhme, Verfassungskonflikt, S. 219, als "vermittelndes" Mitglied genannt - verlor in München seine Position. (Angaben der Anmerkungen 71) - 73) nach "Der Deutsche Handelstag", I., S. 390-406; ebda., II., S. 376 und "Die Korporation", S. 659 f.)
- 73a) "Der Deutsche Handelstag", II., S. 353.
- 74) Ebda.; Bergengrün, a.a.O., S. 726. Die Verbindungen entsprachen z. T. früherem, z. T. augenblicklichem geschäftlichem Engagement Hansemanns und der Disconto-Gesellschaft. (Wollhandel, Versicherungswesen, Bahnen und Schwerindustrie.) Vgl. dazu Münch., a.a.O., S. 4 ff., 9, S. 38 f.; Walter Däbritz, David Hansemann und Adolph von Hansemann, Krefeld 1954, S. 3 ff., 8-13. (= Männer der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft.) Bergbau und Hüttenindustrie lehnten den Handelsvertrag ab und blieben in ihren Eingaben über Jahrzehnte hinweg protektionistisch. Vgl. Wolfram Fischer, Herz des Reviers, S. 231-240.

Das Ergebnis der Entscheidung vom 8. September läßt sich damit in drei Sachverhalten zusammenfassen: In Berlin selbst wurde das Ältestenkollegium sukzessive zur unbestrittenen Domäne der Kleindeutschen^{74a} - Hansemann schied 1863 aus - und die Zuwahlen des Folgejahres bestätigten mit dem Eintritt der Privatbankiers W. Conrad (Breest & Gelpcke/Bln.)⁷⁵ und G.A. Delbrück (Delbrück, Leo & Co./Bln.)⁷⁶ den gouvernementalen Kurs;

- 74a) Noch im Vorjahr - am 12.IV.1861 - hatten die Ältesten in einer Denkschrift an das Handelsministerium nachhaltig die "großen Schwierigkeiten" eines deutsch-französischen Handelsabkommens betont. ("Die Korporation", S. 231).
- 75) Während der preußische König Beckerath nach München als neuen Präsidenten des Handelstages empfieng, wurde zur gleichen Zeit Hansemann eine nachgesuchte Audienz auf Anraten Rudolf Delbrücks verweigert. Vgl. "Der Deutsche Handelstag", II., S. 378; Münch, a.a.O., S. 397. Zu großdeutsch orientierten Bankprojekten Hansemanns in den 50er Jahren, sowie der überragenden Bedeutung des Eintritts der Disconto-Gesellschaft in die Domäne der österreichischen Staatsanleihen (1864) vgl. Fritz Seidenzahl, Eine Denkschrift David Hansemanns vom Jahre 1866, in: Moderne Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 214-225 und Münch, a.a.O., S. 81 ff. - Wilhelm Conrad, 1864-1880 Mitglied des ÄC, war 1860-1883 Geschäftsinhaber der "Berliner Handelsgesellschaft" (BHG), die, wie die 3 Jahre ältere "Bank für Handel und Industrie" in Darmstadt, nach dem Muster und unter der Beteiligung des französischen "Crédit Mobilier" 1856 gegründet wurde. Die BHG, schon 1861 kaum mehr in der Lage, ihre statutarisch festgelegte Mindestdividende auszuschütten, war an der Handelsliberalisierung u.a. wegen ihrer Beteiligung beim nordostdeutschen Getreidehandel interessiert. Vgl. Münch, a.a.O., S. 31; Erich Achterberg und Maximilian Müller-Jabusch, Lebensbilder deutscher Bankiers aus fünf Jahrhunderten, Frankfurt/M. 1963, S. 174 f., 189; Rolf E. Lücke, Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert Deutscher Wirtschaftspolitik 1856-1956, Bln. 1956, S. 15 f., 24 f., 277; Delbrück, a.a.O., S. 406. Zum nord-ostdeutschen Getreidehandel der 60er Jahre: Hardach, Die Bedeutung..., S. 73, 91 ff., 94.
- 76) Gottlieb Adalbert Delbrück, Mitglied des ÄC 1864-1881 und 1884-1888; Präsident des Handelstagsausschusses 1870-1875, 1876-1885 und 1886-1890; begann seine Karriere als Anwalt und wechselt 1854 zum Bankfach (1854, Firma Delbrück, Leo & Co.). 1862 wirkte er in Süddeutschland für den Handelsvertrag. Zu seinem Vetter, Rudolf Delbrück, der seit den 50er Jahren die preußische Zollvereins- und Handelsvertragspolitik leitend bestimmte, unterhielt Adalbert D. stets enge Kontakte, was ihn für das Amt des Handelstagspräsidenten besonders empfahl. Vgl. Delbrück, a.a.O., S. 144, 406 f.; Neue Deutsche Biographie, Bd. III., Bln. 1957, S. 576 f.; Carl Fürstenberg, Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870-1914, (ed. Hans Fürstenberg), Bln. 1931, S. 209 ff.; "Der Deutsche Handelstag", I., S. 40 f., 418 f.,

beim Handelstag wurde der großdeutsche Flügel verunsichert und dann auch numerisch um zwei exponierte Sprecher geschwächt;⁷⁷ endlich geboten die Opponenten Hansemanns mit der KdK ab Sommer 1862 örtlich und überregional über eine Agentur, die wohl mit der preußischen Regierung Kontakt hielt,⁷⁸

Anmerkungsübertrag, S. 112, Anm. 76)

"Die Korporation", S. 660; Hans-Heinrich Borchard, 50 Jahre Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe 1879-1929, Bln. 1929, S. 23. Neben Conrad und Adalbert Delbrück traten 1864 noch Jacob Friedr. Louis Ravené (Berliner Eisengroßhandel) und Hermann Egells (Maschinenbau) in das ÄC ein. ("Die Korporation", S. 660) In beiden Wirtschaftsbranchen war man damals in Berlin freihandelsfreundlich und somit auch für den Handelsvertrag.

- 77) Die Tatsache, daß Hansemann in München zunächst wieder an die Spitze des Ausschusses gewählt wurde und dann freiwillig zurücktrat, steht dem nicht entgegen. Die Demission war die Folge der Niederlage seiner Politik. Vgl. "Der Deutsche Handelstag", II., S. 376.
- 78) Als Ministerialdirektor und Chef der Abteilung Handel und Gewerbe im preußischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beriet sich Delbrück vor München zunächst mit dem ihm befreundeten, ehemals langjährigen Vorsteher des ÄC (1848-58) und Textilindustriellen Heinrich Conrad Carl, sodann mit den Mitgliedern der KdK Ravené (Jacob Ravené, Söhne, Bln.), Leonor Reichenheim (Nathanael Reichenheim, Söhne, Woll- und Garnspinnereien und -webereien/Wüstegiersdorf /Schlesien/) und Louis Kunheim (Chemische Fabriken Kunheim & Co./Bln.). Die Verbindung zum ÄC. war in diesem Kreise noch im Frühjahr 1862 recht lose, im einzelnen gespannt. Das Haus Ravené hatte zwar schon 1855-60 einen Ältesten gestellt (Peter Louis R. - später, 1864-97, mit Jacob Friedr. Louis R. dort vertreten -), aber Reichenheim hatte sich noch im März '62 anlässlich einer Reform des KdK-Statuts in der Opposition der einfachen Mitgliedschaft gegen die autoritäre Führungspraxis des ÄC hervorgetan. Möglicherweise wurde er dabei von dem ihm verschwägerten Ältesten Benjamin Liebermann (Textilfirma Liebermann, Söhne; im ÄC 1854-88, ab 1867 2. Vizepräsident) unterstützt. Erst 1865 (-97) rückte der Bruder und Geschäftsinhaber Leonors, Louis Reichenheim, in das ÄC auf. Die gemeinsame Arbeit im "Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes" (gegr. 1829) führte den damaligen Vereinsvorsitzenden Delbrück mit den dort aktiven, kleindeutsch gesonnenen Industriellen und KdK-Mitgliedern Kunheim, Ravené und Werner Siemens enger zusammen. Leonor Reichenheim, 1859 altliberales, 1861 fortschrittliches Mitglied der 2. Kammer (f. Waldenburg-Reichenbach), und seit 1864 Berliner Stadtrat, gewann mit dem Eintreten für den Handelsvertrag den Rückhalt bei der liberalen Ministerialbürokratie, der ihn 1864/65 - gegen Bismarck - vor einer strengeren Beleuchtung seines

deren Finanzkraft,⁷⁹ Presseverbindungen⁸⁰ und bürokratischer Apparat sich aber äußerlich dem Odium des Offiziösen entzogen. Faktisch leitete der Einsatz der Kaufmannschaft, ehe noch das Revirement an seiner Spitze die Änderung verdeutlichte, die kleindeutsche Entwicklungsphase des Handelstags ein;⁸¹ eine Periode, in der die Korporation fast ohne Unterbrechung die Präsidenten des Ausschusses stellte,⁸² und Berlin, Zentrale preußisch-deutscher Politik, entgegen früheren Absichten, auch permanent zum Tagungsort der Vollversammlungen wurde.⁸³

Anmerkungsübertrag, S. 113, Anm. 78)

harten patriarchalischen Regiments in Schlesien bewahrte. Vgl. Delbrück, a.a.O., S. 212 f., 246 f; "Die Korporation", S. 135 f., 659 f.; Hugo Rachel, Paul Wallich, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, Bd. III., Übergangszeit zum Hochkapitalismus 1806-1856, Bln. 1939 (als Manusk. gedr.), S. 54 f., 179, 286; Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands - Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchistischen Zeit 1848-1918, Tüb., 1968, S. 220-225 (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19); Conrad Matschoß, Preußens Gewerbeförderung und ihre großen Männer, Bln. 1921, S. 94 ff., 101 ff., 104; ders., Große Ingenieure - Lebensbeschreibungen aus der Geschichte der Technik, 4. Aufl., ed. Friedrich Hassler, München 1954, S. 244; Allgemeiner Wohnungsanzeiger nebst Adreßbuch für Berlin auf das Jahr 1861.

- 79) Die Einnahmen der KdK beliefen sich 1870 auf über 273.000 M. Vergleichsweise verfügte der Handelstag 1861 nur über knapp 6.000 Reichstaler. "Die Korporation", S. 336; "Der Deutsche Handelstag", I., S. 23; zur angespannten Finanzlage dort seit 1870: ebda., S. 39, 44.
- 80) Der Handelstag besaß zunächst kein eigenes Organ und griff in erster Linie auf die ohnehin überwiegend kleindeutsche Berliner Presse zurück. (Ebda., S. 22, 39 f.).
- 81) Mit Hansemann gab auch der von ihm verpflichtete Generalsekretär des Zentralbüros des Handelstages, Gustav Arndt/Bln., sein Amt auf. Die Geschäfte des Büros wurden seit Oktober 1862 in der Wohnung des nunmehrigen stellv. Ausschußvorsitzenden, Benjamin Liebermann, abgewickelt. Ab November 1865 räumte die KdK als Hausherrin dem Büro mietweise 2 Räume im Gebäude der neuen Berliner Börse ein. Ein sehr symptomatischer Vorgang. (Ebda., S. 22, 26)
- 82) Von 1862-1905 wurde die Reihe der vom ÄC gestellten Präsidenten nur dreimal kurz unterbrochen. Vom Oktober '62-'63 durch H. v. Beckerath/Crefeld, auf den 1864/65 H.H. Meier/Bremen folgte, und 1885/86 durch eine Präsidentenschaft in Stellvertretung des Essener Industriellen Dr. Friedr. Hammacher. Zugleich stellte das ÄC 1862-68 (B. Liebermann), 1887-90 (Adolf Frentzel) und 1901-05 (Johannes Kaempf) die Vizepräsidenten. (Errechnet nach "Der Deutsche Handelstag" I., S. 408-463.)

Zur Diskussion des kleindeutschen Engagements von
Handel und Industrie 1862

Kniefall vor der Bismarck'schen Reichs-
gründungspolitik?

Soweit die Berliner Ältesten, stellvertretend für Handel und Industrie, als Leitstelle und Multiplikatoren der preußischen Agitation wirkten, hatten sie für diesen Staat eine eminent politische, nach herkömmlichen Pflichten und Aufgaben der Kammern und Korporationen eine ungewohnte,⁸⁴ im Hinblick auf das bürgerliche Engagement in der deutschen Politik aber eine mehrdeutige, und in mancher Beziehung auch verhängnisvolle Mission übernommen.

Die Hilfestellung, welche die Korporation beim Zustandekommen des Handelsvertrages gewährte, läßt u.a. unschwer gewachsenes Selbstbewußtsein im Wirtschaftsbürgertum erkennen. Es erhielt hier eine Rolle, wurde in ihr kurzfristig politisiert und genoß vorübergehend das Gefühl der effektiven politischen Mitsprache, die ihm das Preußen der "Neuen Ära" ebensowohl wie der spätere Bismarcksche Scheinkonstitutionalismus vorenthielten. Die Geburtshelferdienste, die es der kleindeutschen Sache leistete, können unterschiedlich gewertet werden.

Ist einerseits nicht zu übersehen, daß bürgerlicher Gestaltungswille in den Entscheidungen des Jahres 1862 staatlicherseits gelenkt und in den Kanälen der Interessenpolitik neutralisiert erscheint, so erschließen doch der Hinweis auf Leitdaten der Konjunktur und Deutungen, die zu stark

Anmerkungsübertrag, S. 114, Anm. 83)

83) Vgl. Ebda., S. 20, 46, 96. Seit 1874 fanden außerhalb Berlins keine Plenartagungen mehr statt.

84) Siehe dazu oben, S. 84 ff.

bei der Interessenpsychologie verharren, noch nicht ausreichend das damalige Geschehen.

Es hieße die Dynamik und gesellschaftliche Relevanz materieller Interessen unterschätzen, sollte die Konzentrierung bürgerlicher Anteilnahme auf den Bereich wirtschaftlicher Belange im historischen Prozeß gleichbleibend nur als Regression, als Verkrüppelung originär radikaleren Willens eingestuft werden. Ein Rückzug in diesem Sinne mochte zwar auch in den 60er Jahren staatlicherseits gerne gesehen und gefördert sein,⁸⁵ er besaß hier aber, zumindest anfänglich, bei den Beteiligten selbst mehr als nur diese eine Dimension. Wenn die Beobachtung zutrifft, daß sich im vorliegenden Falle öffentliches Wirken in seiner Betätigung zugleich ein Ziel und Ende setzt, läge es nahe, eher von einer "Aufhebung" politischer Energien im Hegelschen Wortsinne zu sprechen.⁸⁶

Der negative Aspekt einer solchen Rücknahme bliebe dann darin festzuhalten, daß sich Programmpunkte wie die Liberalisierung von Wirtschaft und Verkehr oder die kleindeutsche Rechts- und Zolleinheit, als eigenwertig, genuin politischer erscheinenden Strebungen beim unternehmenden Bürgertum substituierten.

In der immer noch offenen Liberalismusdiskussion^{86a} sah man darin, und im Urteil a posteriori sicher zu Recht, z. T. die Kennzeichen eines selbstgenügsamen Quietismus, der die Genesis des Zerfalls der liberalen Bewegung bis in frühe Phasen des "Entscheidungskampfes um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands" (Franz)

85) Parallelen ergeben sich in der preußischen Innen- und Handelspolitik des Nachmärz, in der freilich ein Taktiker wie Hansemann mit der Sicherung der materiellen Basis, die politische des gemäßigt-liberalen Bürgertums zu wahren suchte. Vgl. Helmut Böhme, Preußische Bankpolitik 1848-1853, in: Probleme der Reichsgründungszeit, S. 117-158.

86) Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik, Erster Teil, 2. Auflage, ed. Georg Lasson. Leipzig 1934, S. 93 ff. (= Hegels sämtliche Werke, Bd. III. /Philosophische Bibliothek, Bd. 56/)

86a) Vgl. Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, 2. Auflage, Stuttgart/Bln. 1967, S. 56 f.

vorrückt.⁸⁷ Zur Vorgeschichte des Niedergangs zählt aus dieser Sicht, daß Vertreter von Handel und Industrie eine konsistente liberale Opposition nicht durchzuhalten vermochten und statt dessen auf eine augenscheinlich kommerziell bestimmte "Real"- und Interessenpolitik einschwenkten.⁸⁸ Das Ja zur Handels- und Deutschlandpolitik im Preußen des Verfassungsbruchs leitet in dieser Betrachtungsweise gradlinig die Entwicklung ein, welche der Bismarcksche, bzw. Wilhelminische Kurs im Inneren vollendete, der die Unternehmerschaft materiell saturierte, sich ihr im Kampf gegen die Arbeiterbewegung verbündete, und sie endlich über den umfassenden gesellschaftlichen Refeudalisierungsprozeß im Kaiserreich der ehemaligen politischen Basis entfremdete.⁸⁹

- 87) So eine der zentralen Thesen bei Helmut Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, S. 116 f; vgl. auch ders., Verfassungskonflikt und Handelspolitik: Die Frage der Kontinuität im Jahre 1862, in: Probleme der Reichsgründungszeit, S. 195-225, speziell S. 212.
- 88) Ebd.: "Die Wirtschaftsführer folgten den Bedürfnissen der Wirtschaft. Ruhe und Ordnungssinn führten zu jener "Realpolitik", die ein nur noch wirtschaftlich, kaum aber politisch kämpfendes "Bürgertum" auszeichnete. Das Preußen von 1862, mit Bismarck als Ministerpräsidenten, entsprach, nachdem Bismarcks konsequente Fortsetzung der Handelspolitik deutlich wurde, ihren materiellen Interessen..."
- 89) Vgl. dazu Bismarcks frühe Neigung zu taktischen Konzessionen - "freie Bewegung im Gebiet aller materiellen Interessen" - an das Bürgertum der Neuen Ära, niedergelegt u.a. in der "Denkschrift über die deutsche Frage" von Juli/Okt. 1861. (Otto v. Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. III., ed. Hermann v. Petersdorff, S. 266-270, zit. S. 267) Da die Fortschrittspartei und ihre Nachfolgegruppierungen ihren Anhängerstamm zunächst vorwiegend im preußischen Beamtentum rekrutierten, dieses aber fortschreitend politisch diszipliniert wurde, traf sie der Abfall bzw. der Übergang zum Nationalliberalismus bei Handel und Industrie besonders hart, zumal auch die linksliberalen Positionen in der Arbeiterschaft verloren gingen. Zur frühen Disziplinierung im öffentlichen Dienst: Adalbert Hess, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte, passim; zum Abfall der Arbeiterschaft: Eduard Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. I., S. 198 ff., 203 f., 312, 332; G. Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie, in: ders., Radikalismus, Sozialismus..., S. 108-178; G. Seeber, Deutsche Fortschrittspartei, a.a.O., S. 340 ff. Zur Entwicklung in den Jahren 1880-1900: Eckart Kehr, Zur Genesis des Königlich-Preußischen Reserveoffiziers, und ders., Das soziale System der Reaktion unter dem Ministerium Puttkamer, in: ders., Der Primat der Innenpolitik - Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, S. 53-63 u. 64-86; Hans Rosenberg, Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im Zweiten Reich, in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt/M., 1969,

In gleichem Sinne wäre dann auch die Tendenz der Industriellen zu werten, sich der Sphäre politischer Auseinandersetzung überhaupt, oder doch möglichst rasch wieder zu entziehen.⁹⁰ Denn zweifellos stöhnte der einzelne Unternehmer, der den zeitlichen Aufwand der allgemeineren Politisierung des Bürgertums seit Ende der 50er Jahre zu spüren bekam,⁹¹ bald über die Last der Kammerverhandlungen, über Reden und Reisen, zu denen er als Abgeordneter gehalten war.⁹² So konnte er sich, wie etwa

Anmerkungsübertrag, S. 117, Anm. 89)

S. 51-79; Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, ed. Kurt Kesten, Frankfurt/M. 1961, S. 21 ff.

- 90) Bestimmend neben der ökonomischen Unabkömmlichkeit blieben Sachzwänge der für die Stufe der Manufaktur kennzeichnenden "Kundenfabrikation", die die deutsche Industrie noch nicht überwunden hatte. Die Kundenproduktion, d.h. Fertigung auf Bestellung, erzwang Kollaboration mit bestellenden Regierungen jeder Couleur. Als - freilich örtliches - Beispiel sei auf die Telegraphenlieferungen der Firma Siemens & Halske (S.&H.) an die Berliner Polizeiverwaltung des Nachmärz unter Hinkeldey verwiesen. Den Auftrag zum Bau von 37 Stationen der Berliner Polizei und Feuertelegraphen erhielten S.&H. 1851; er brachte 34.000 Taler! Der Gesamtumsatz von S.&H. bezifferte sich vergleichsweise von Okt. 1847-1.I.1850 auf 38.008 Taler und im Jahre 1850 auf 81.436 Taler. Vgl. Conrad Wandrey, Werner Siemens - Geschichte seines Lebens und Wirkens, Bd. I., München 1942, S. 261. Der Lokomotivbauer Egestorff/Hannover schwankte in der Loyalität zum Nationalverein, als die hannoversche Regierung Aufträge in Aussicht stellte. Vgl. Conrad Matschoß, Werner Siemens - Ein kurzgefaßtes Lebensbild nebst einer Auswahl seiner Briefe, Bd. I., Bln. 1916, S. 88 f., Werner an seinen Bruder Carl S. am 26.XII.1851 (in d. Folge zit.: Matschoß, Briefe), Oncken, Bennigsen, Bd. I., S. 469, 543.
- 91) Vgl. Aufrufe, Ermahnungen und Kritik im nordwestdeutschen Freihandelsorgan "Bremer Handelsblatt" (BHB), u.a.: BHB Nr. 431, 14.I.1860, S. 11; ebda., Nr. 449, 19.V.1860, S. 177; ebda., Nr. 489, 23.II.1861, S. 64. Zu Leitung und Einfluß des BHB vgl. Engelsing, Massenpublikum und Journalismus, S. 183 ff.
- 92) Ein stereotyper Zug beim linksliberalen Unternehmertum, noch während der Sezession der 1880er Jahre: "Sie waren organisationsunwillig... und... gegen... Übernahme von Mandaten sehr reserviert". (Nipperdey, Organisation der Parteien vor 1918, S. 183.)

Werner Siemens, schon in Anfangsstadien des Verfassungskonflikts, nur allzu bereit zeigen, sich des aufwendigen Engagements neben Werkstatt und Büro, der Deputiertenlaufbahn, der Arbeit in Parteikomitees und Versammlungen wieder zu entledigen.⁹³ Den Abschied von diesem Einsatz, den die ungebrochene Wirtschaftskonjunktur der Zeit⁹⁴ den ökonomisch ohnehin stets schwer abkömmlichen Arbeitgebern⁹⁵ nahelegte, mochten diese dann spätestens in der verbreiteten nationalen Euphorie der mittsechziger Jahre auch politisch gerechtfertigt sehen.⁹⁶

-
- 93) 1861/62 klagte Werner Siemens über die "fatale Politik"; er habe "keine Zeit zu schwatzen"; die "fatale Wahlmannspflicht" und das "Abgeordnetenspiel" hielten ihn in Atem und von der eigentlichen Arbeit für seinen Betrieb ab. Vgl. Matschoß, Briefe, S. 183, 186, 191, 196. (= Briefe an seine Brüder aus den Monaten September, Dezember 1861 und März, April und Juli 1862.) Deutlich hier die Reserven des Unternehmers, Naturwissenschaftlers und ehemaligen Offiziers gegenüber den Spielarten liberalen Pathos' in Parlament und Vereinswesen. Ins Gewicht fiel freilich auch, daß sich industrielle "Praktiker" in dem vorwiegend von Akademikern, in erster Linie Juristen, geprägten Parlamentariermilieu - so u.a. in der 2. preußischen Kammer von 1862 - fremd fühlten. Vgl. Hess, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte, S. 57-70. Gleiches läßt sich später im Reichstag und bei den Verhandlungen im Verein für Sozialpolitik beobachten: Rhetorisch oft hilflose "Praktiker" nahmen außerhalb der Beratungen häufig Zuflucht zu einer ressentiment-bestimmten Überkompensation.
- 94) Zwischen 1861 und 1873 lagen nur zwei kurze Stockungsphasen, nämlich 1865/66 und 1867/68. Vgl. dazu Arthur Spiethoff, Krisen, in: HdSt., Bd. VI., 4. Aufl. 1925, S. 8-91, speziell S. 51 ff.; Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - Ein Grundriß, Bd. II., Bln. (DDR), 1964, S. 203 ff.
- 95) Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. I., 1., Köln/Bln., 1964, S. 215 ff.
- 96) Die "nationale Mission" der Bismarckschen Politik rechtfertigt für Siemens im Sommer 1866 den Bruch mit der seitherigen Opposition. Zur gleichen Zeit wurde auch Leonor Reichenheim "der Gefolgsmann Bismarcks". Beide, Reichenheim u. Siemens, beanspruchten übrigens das Verdienst, die Umstimmung der Fortschrittspartei 1866 herbeigeführt zu haben. Siemens gab sein Abgeordnetenmandat auf, um sich "ganz dem Geschäfte" zu widmen. Vgl. Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 213, Brief Werners an Wilhelm S. vom 25.IX.1866; Hamburger, Juden im öffentlichen Leben, S. 225; Siemens, Lebenserinnerungen, S. 182.

Materielle Interessen als progressive

Potenz

Gegen eine solche Bewertung einer spezifisch interessierten politischen Enthaltensamkeit bestehen indessen Einwände. Diese gelten in Methode und Sache dem Urteil a posteriori. In ihm kommt, so scheint es, fast ausschließlich und überdeutlich der Standpunkt des später und - darum - "besser" wissenden Historikers zum Ausdruck. Sein Urteil steht hier aber häufig uneingestanden mit unter dem Eindruck des schließlichen Abfalls des dritten Standes von der eigenen Emanzipationsideologie, und dabei wird ein Ergebnis, das auch im Wirtschaftsbürgertum erst am Ende mehrerer Entwicklungsstränge steht, vorweggenommen und in die frühe Entfaltung des Liberalismus eingeblendet.

Der positive Stellenwert, den materielle Interessiertheit zuzeiten für die liberale Bewegung gewann, wird so offensichtlich nicht ausreichend erfaßt. Die Doppelforderung geschichtlichen Verstehens, "die bewegende Aktualität der Fragestellung... in das Verständnis der Vergangenheit wohl hineinzunehmen, aber zugleich deren eigenen Horizonten auszusetzen, und an ihnen zu modifizieren", bleibt darum bei dieser Wertung a posteriori in ihrem zweiten Teil unerfüllt.⁹⁷ In der Tendenz ist dann verdrängt, daß die liberale Agitation, vornehmlich in Phasen beschränkter politischer Bewegungsfreiheit, den Nebenschauplatz der Ökonomie nutzte, um über ihn die liberale Gesamtprogrammatik voranzutreiben.⁹⁸

97) Manfred Riedel, Der Begriff der "Bürgerlichen Gesellschaft" und das Problem seines geschichtlichen Ursprungs, in: ders., Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt/M. 1969, S. 138.

98) Vgl. Böhme, Bankpolitik, passim. Es hieße die liberale Ökonomie unterschätzen, wollte man ihren frühen Anhängern und Denkern ein selbstgenügsames Abdanken in den Bereich des "unpolitischen" Kommerz unterstellen. "Die bürgerliche Staatsauffassung entsteht im Kampfe gegen die merkantilistische Politik... Gegenüber den Staatsgesetzen mußte die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft und ihre Überlegenheit über die staatliche Gesetzgebung nachgewiesen werden. So gründet sich die Politik des Bürgertums auf die Nationalökonomie und den Kampf um die wirtschaftliche Freiheit und dieser wieder wird zum Kampf um die Freiheit der Person gegen die staatliche Bevormundung erweitert". (Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Frankfurt/M. 1973, S. 406 f.)

Da im Bereich der Wirtschaft der Wunsch nach freieren Verhältnissen an die Kontinuität der preußischen Politik anzuknüpfen vermochte,⁹⁹ entfiel hier die Konfrontation. Statt einer ungleichen Machtprobe mit dem intakten preußischen Staatsapparat, bot sich die Möglichkeit der "Vereinbarung", des Dialogs, der Überredung und Agitation;¹⁰⁰ zugleich auch die Chance, einen breiteren liberalen Anhängerstamm in den wirtschaftlichen Organisationen zusammenzuführen und bereits in der ökonomischen Sachdiskussion zu politisieren.¹⁰¹

Die progressive Funktion materieller Interessen wurde darüber zum Glaubenssatz.¹⁰² Liberales Raisonement sah in ihr den Schlüssel gegeben, um paripassu mit der ökonomischen die politische Verfassung umzugestalten. Die Formel von der "Entfesselung des Wirtschaftslebens"¹⁰³ war von daher nichts weniger als unpolitische Bescheidung, sondern eher der Kürzel der umfassenden bürgerlichen Erwartung: "Die wirtschaftliche Reformbewegung überwältigt zuletzt die Reaktion."¹⁰⁴

-
- 99) Das gilt insbesondere für die Tradition der preußischen Gewerbeförderung, die - gewiß mit Einschränkungen - liberalen Konzeptionen verpflichtet war. Vgl. Ilja Miek, Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806-1844 - Staatshilfe und Privatinitiative zwischen Merkantilismus und Liberalismus, Bln. 1965, S. 223 u. passim. (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. XX.)
- 100) Die Feststellung, es sei "das Schicksal des deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts" gewesen, "sich stets am wohlsten in der Opposition gefühlt zu haben" (Huber) reflektiert wohl eher ein Werturteil als das politische und ökonomische Geschehen selbst. (Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, Stuttgart 1963, S. 306.)
- 101) Vgl. dazu ausführlich unten, S. 303-310, die Darlegungen zur Freihandelsbewegung.
- 102) Angesichts der Forderung, politische Entscheidungen mit aus ihrem ökonomischen Stellenwert heraus zu erhellen, mag zwar die Frage nach dem Überbauphänomen des Selbstverständnisses im dritten Stand fast obsolet erscheinen. Sie hat jedoch für die Zeit vor der "Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie" (Mayer) schon deshalb ihre eigene Bedeutung, weil auch die Arbeiterschaft noch bürgerlichen Zielvorstellungen folgte. Vgl. Mayer, Die Trennung..., passim; August Bebel, Aus meinem Leben, Frankfurt/M. 1964, S. 60-126.
- 103) Eine zentrale Forderung des Gründungsprogramms der Deutschen Fortschrittspartei vom Juni 1861, vgl. Wilhelm Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, 2. Aufl., München 1964, S. 132-135.
- 104) BHB, Nr. 489, 23.II.1861, S. 64.

Und Wunsch wie Prognose konnten sich in der Feststellung treffen, "unaufhörlich versinkt eine Spitze des morschen Gebäudes nach der anderen und überall tritt die Strömung der neuen Zeit zu Tage: 'durch den materiellen zum geistigen Fortschritt'".¹⁰⁵

Die politische Szenerie, darin stimmten selbst Freihandelsschule und großdeutsch orientierte Wirtschaftsprotektion überein, sollte über den "eisenen Hebel des Volkswohlstandes" (Prince-Smith) bewegt werden.¹⁰⁶ Volkswohlstand, im England Cobdens identisch mit "free trade, peace and good will among the nations",¹⁰⁷ konnte als bürgerliche Losung in Deutschland die Stelle von Einheits- und Freiheitsstreben vertreten, und wurde in dieser Funktion bisweilen kulthaft gefeiert.¹⁰⁸

105) Aus der Jahresschlußbetrachtung der "Neuen Frankfurter Zeitung" zu 1859, zit. in: Geschichte der Frankfurter Zeitung, S. 42.

106) Zitat: Titel einer Stellungnahme des Jahres 1859 von John-Prince-Smith gegen die Roheisenzölle des ZV. Hier im übertragenen Sinne angeführt. Zur Rolle von P.-S. in der deutschen Freihandelsbewegung vgl. Henderson, Britain and Industrial Europe, S. 167-178. Die schutzzollfreundlichen Mitteleuropapläne des Freiherrn von Bruck suchten den "soekularen, vom Ökonomischen her bestimmten Reichsgedanken" zu verwirklichen. (Gg. Franz, Liberalismus, S. 73); vgl. auch Friedrich A.E. Schöffle, Aus meinem Leben, Bd. I., Bln. 1905, S. 91-118.

107) Erich Eyck, Lujo Brentanos Lebenskampf, in: ders., Auf Deutschlands Politischem Forum, Zürich 1963, S. 163.

108) So schon in Friedrich Lists Bittschrift des "Allgemeinen Deutschen Handels- und Gewerbevereins zu Frankfurt/M." vom 14.IV.1819 an die deutsche Bundesversammlung und in den Beschlüssen der süddeutschen Liberalen auf der Heppenheimer Tagung vom 10.X.1847: Vgl. Friedrich List, Schriften, Reden, Briefe, ed. Erwin v. Beckerath, u.a., Bd. I., 1, ed. Karl Goesler, Bln. 1933, S. 491-496; Einheit und Freiheit - Die deutsche Geschichte von 1815-1849 in zeitgenössischen Dokumenten, ed. Karl Obermann, Bln. (DDR), 1950, S. 77-80, 215 ff. In diesen Zusammenhang gehört auch, freilich viel weiter ausgreifend, das Lob der bürgerlich-industriellen Entwicklung des Kommunistischen Manifests (Marx/Engels, Werke, Bd. IV., Bln. (DDR) 1959, S. 459-494, speziell S. 463-468). Angriffe, die Werner Siemens gegen die zünftlerische Komponente in der Politik der Paulskirche richtete, rücken unter dem gleichen Aspekt in ein anderes Licht. Vgl. oben, S. 77-83. - Trivial aber interpretierbar die Verse, die die "Heidelberger Zeitung" 1861 dem ersten Deutschen Handelstag widmete. Er ist "bedeutsam, wie kein Sieg in blut'ger Schlacht", erster "Schritt zur Einigung", und: "Wo Einheit sich und Bürgersinn begegnen, fehlt auch das Volkswohl, fehlt die Freiheit nicht!" Abgedr. bei Schupp/Wettstein, Entstehungsgeschichte des ersten Handelstages, S. 42. Die Freihandelsbewegung, in

Denn unter dieser Devise versicherte sich der dritte Stand seines politisch zuvor vielfach gescheiterten Berufs, für eine Allgemeinheit zu handeln.¹⁰⁹ Eine Ableitung, der allerdings schon die zeitgenössische Liberalismuskritik widersprach, die auf das falsche Bewußtsein eines Anspruchs verwies, der partikuläre Belange verschleierte, um sie als allgemeine auszurufen.¹¹⁰ Zumindest war - so der Kern linker Kritik - das Mandat, das Bildung und Besitz forderten, keineswegs streitbar errungen. Es war nicht revolutionär beglaubigt.¹¹¹ Noch die Konzessionen der Neuen Ära hatte das Bürgertum empfangen, nicht erkämpft. So setzte es auf den Kalkül, erwartete Fortschritt von taktischem Wohlverhalten und zählte nicht zuletzt auf die einende Vernunft von Fiskus und bürgerlichem Kommerz.¹¹²

Anmerkungsübertrag, S. 122, Anm. 108)

Deutschland vor allem im Süden nie völlig identisch mit dem Gesamtliberalismus, fand erst über die kleindeutsche Politik die schlagkräftige "nationale" Lösung, an der es ihr früher fehlte. Vgl. Henderson, Britain..., S. 169-174.

- 109) Das im Bürgertum vielgelesene Meyersche Universum betont 1847 - sein Autor hatte sich seit 1842 in der Industrie betätigt - der bürgerliche "Gewerbefleiß", der sich gegen "Kathederdünkel", "Beamtenherrschaft" und "Junkertum" kämpferisch durchsetzen müsse, besorge dabei zugleich die soziale Emanzipation des Proletariats, das es daher nicht nötig habe, "Fourierschen und Weitlingschen Phantasien" zu folgen. Für die bürgerlichen Unternehmer - "Eure Repräsentanten, ihr Arbeiterscharen" - sei das Proletariat "Quell der Pflicht und des Berufs, Menschenglück und Menschenarbeit" zu dienen. (Meyers Universum, Bd. XII., Hildburghausen, 1847, S. 1, 9 f.)
- 110) So zusammenfassend die Marx'sche Kritik an der bürgerlichen öffentlichen Meinung bei Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 138. Viel zitiert in diesem Zusammenhang auch die konservative Kritik Stahls am Liberalismus. Vgl. Friedrich Julius Stahl, Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche, Neunundzwanzig akademische Vorlesungen, Bln. 1863, S. 73.
- 111) Kernpunkt der Kritik schon in den Marx'schen Frühschriften. Vgl. Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie - Einleitung, in: Marx/Engels, Werke, Bd. I., 2. Aufl. Bln./DDR, 1956, S. 378-391, speziell S. 388 ff.
- 112) Das Versprechen des preußischen Staatsschuldenedikts von 1820, die Aufnahme neuer Anleihen an die Mitwirkung "reichsständischer" Versammlungen zu binden, blieb bis 1850 unerfüllt, und der preußische Staatskredit von daher infolge mangelnder Publizität und parlamentarischer Kontrolle beeinträchtigt - was auch die "Erweiterung der Seehandlung zu einer geheimen Leihanstalt" (Marx) des Staates nur ungenügend auszugleichen vermochte. Konzessionen an die Liberalen befreiten daher zugleich den preußischen Staat aus einem langen,

Trotz des rechenhaften Taktierens und des unübersehbar manipulativen Zuges im Verhalten des "vermögliichen" (Stahl) Bürgertums, das seine Position in der Arbeitswelt,¹¹³ in Vereins- und Parteiwesen,¹¹⁴ auf Rathäusern und in Landtagen gegen Unterprivilegierte, - die "Blusenmänner" der Handarbeit - abschirmte,¹¹⁵ ist das Sendungsbewußtsein von Bildung und Besitz der frühen 1860er Jahre aber noch nicht ausschließlich Verdeckungsideo-logie bourgeoiser Besitzinteressen.¹¹⁶ Dafür sind im wesentlichen zwei Gründe anzuführen.

Auch wenn der dritte Stand, zur radikalen politischen Umwälzung weder fähig noch willens - wie etwa die Fortschrittspartei 1861 - nur ein ge-mäßigtes Programm entwickelte,¹¹⁷ so waren doch über die erstrebte oder bereits faktisch erreichte "Entfesselung" des Wirtschaftslebens,¹¹⁸ sowie die Gewährung der wichtigsten bürgerlichen Freiheiten zugleich objektiv

Anmerkungsübertrag, S. 123, Anm. 112)

selbstgewählten finanzpolitischen Immobilismus. Vgl. Fritz Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte - Vom 15. Jahrhundert bis zur Gegen-wort, 6. Aufl., Stuttgart 1954, S. 255-263; Max v. Heckel, Staats-schulden, in: HdSt., 3. Aufl. Bd. VII., S. 758-773; v. Dombois, Die Preußische Staatsbank - Seehandlung 1772-1922, Bln. 1922, S. 60 ff.; Hugo Rachel u. Paul Wallich, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, Bd. III., Übergangszeit zum Hochkapitalismus 1806-1856, als Manus-kript gedr., Bln. 1939, S. 212-227; Karl Marx, Die Bourgeoisie und die Konterrevolution, in: Marx/Engels, Werke, Bd. VI., Bln. (DDR), 1959, S. 102-124, zit. S. 105.

113) Vgl. Habermas, Strukturwandel, S. 161-168.

114) G. Mayer, Die Trennung..., a.a.O., S. 112 f; Bebel, Aus meinem Leben, S. 79 f.: die Arbeiter als "geistige Ehrenmitglieder des Nationalvereins" (Schulze-Delitzsch am 3.I.1863 in Leipzig).

115) "Ein Blusenmann unter den Häuptern einer republikanischen Regierung! Alle Besitzenden sind besorgt". So ein Kommentar der "Augsburger allgemeinen Zeitung" zur französischen Februarrevolution. Abgedr. in: Einheit und Freiheit..., ed. K. Obermann, Bln. (DDR) 1950, S. 227.

116) Die "prüde" Haltung der liberalen Parteitheorie "gegen Erwähnung des Interessenmoments in der Parteibildung" verhindert, daß bei ihr "der Zusammenhang zwischen scheinbar reinen politischen Prinzipien und massiven Besitzerhaltungsinteressen zum Vorschein" kommt. (Kurt Lenk und Franz Neumann, [Hrsg.] Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied/Bln. 1968, S. XXXVII, [= Politica, Bd. 26/.).

117) Vgl. Mommsen, Parteiprogramme, S. 132-135.

118) Zum raschen Aufstieg von Handel und Industrie seit 1848 schrieb Marx im Januar 1859: "Ich glaube nicht, daß irgendein anderes Volk während

gesellschaftliche Wandlungen gesetzt, die nicht nur dem Bürgertum zugute kamen.¹¹⁹ Darüber hinaus aber vermochte auch hier eine "Klasse der bürgerlichen Gesellschaft" selbst ihre begrenzt emanzipatorische Rolle¹²⁰ nicht zu spielen, "ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorzurufen, ein Moment, worin sie mit der Gesellschaft im allgemeinen fraternisiert und zusammenfließt, mit ihr verwechselt und als deren a l l g e m e i n e r R e p r ä s e n t a n t empfunden" wurde.¹²¹

Dieser Grundzug einer teils gutgläubigen, teils schärfere Einsicht bereits verdrängenden Identifizierung¹²² eignete aller früheren liberalen

Anmerkungsübertrag, S. 124, Anm. 118)

des letzten Jahrzehnts... einen relativ so gewaltigen Anlauf genommen hat... Wer Berlin vor 10 Jahren gesehen hat, würde es heute nicht wieder erkennen. Aus einem steifen Paradeplatz hat es sich in das geschäftige Zentrum des deutschen Maschinenbaus verwandelt". (Karl Marx, Die Lage in Preußen, in: Werke, Bd. XII., Bln./DDR, 1961, S. 683-687, zit., S. 686.)

- 119) Vgl. Friedrich Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: Werke, Bd. XVI., Bln./DDR, 1962, S. 37-78. Die bürgerlichen Freiheiten (Presse-Versammlungs- u. Vereinsfreiheit) sind für die Arbeiterpartei "die Luft, die sie zum Atmen nötig hat". (ebda., S. 77.)
- 120) Getrennt durch die Schranken von Bildung und Besitz blieb der "Pöbel" unberücksichtigt. Forderungen wie das allgemeine Wahlrecht galten nach der plebiszitären Diktatur Napoléons III. als diskreditiert. Kennzeichnend die Äußerung des liberalen Kölner Bankiers Scheuner von 1843: die Regierung solle "nur /auf/ jene Stimme des Volkes" achten, "welche die höhere, dem Zeitalter innewohnende Intelligenz ausspricht". Die "öffentliche Meinung /ist/ die auf Vernunft und Gerechtigkeit basierte Meinung der Gebildeten und Edelsten im Volke, nicht das Geschrei des Pöbels..." zit. bei Ismar Elbogen und Elleanor Sterling, Die Geschichte der Juden in Deutschland - Eine Einführung, Frankfurt/M. 1966, S. 224.
- 121) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Werke, Bd. I., Bln./DDR, 1956, S. 388. (Sperrung H.M.B.)
- 122) Beim frühen liberalen Parteibegriff wird "'Liberal'... gleichgesetzt mit aufgeklärt, vernünftig und allgemeinmenschlich. Dem entspricht die Blindheit gegenüber dem Klassencharakter auch der rein politischen Weltanschauungs- und Honoratiorenpartei..." (Lenk/Neumann, Theorie und Soziologie der politischen Parteien, S. XXXVI.).

Agitation;¹²³ auch und gerade dort, wo sie sich von der Ökonomie her, also vermittelt, im Deutschland der beginnenden 60er Jahre auf eine solche Rolle berief. Indem sich das Interesse des Wirtschaftsbürgertums gegenüber der bestehenden Verfassungswirklichkeit als Interesse der Allgemeinheit begriff, weitete sich der begrenztere Auftrag des Wirtschaftlichen zu dem einer Wahrung des "Volkswohls". Damit aber war schon deshalb ein Anspruch auf Teilhabe und Führung auch im politischen Bereich verbunden, weil Fortschritte in der deutschen Frage bisher nur über die Wirtschaftspolitik zu erreichen waren, wo sich der Zollverein, d.h. in- dessen: nur die Vernunft des Primats der Ökonomie, als stark genug erwiesen hatte, um faktische Gegensätze zu überwinden und staatsrechtlich existente Binnengrenzen einzuebnen.

Das Mandat der Ökonomie 1862 : noch
keine Mediatisierung des Politischen.

Das Mandat der Ökonomie zielte unter diesen Verhältnissen beim dritten Stand noch nicht auf die Mediatisierung des Politischen¹²⁴, sondern ver-

123) Das wirkte sich z. T. verhängnisvoll auf die im Vertrauen auf den Sieg der "allgemeinen" Sache frei zugänglichen Wahl- und Nominierungsversammlungen aus. An dieser Spielart der Agitation hielt z. B. die Berliner Fortschrittspartei solange fest, bis ihre Versammlungen - während und nach der "Trennung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie" - häufig von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gestört, erobert oder umgestaltet wurden. Vgl. Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, S. 54 f.; Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. I., S. 198 ff., 203 f., 312; ebda., Bd. II., S. 14, 74; Die Fortschrittspartei ging schließlich dazu über, "hinter verschlossenen Türen" zu tagen (so 1877), bzw. "Kartenversammlungen" abzuhalten (1879). Vgl. Ebda., Bd. I., S. 319, und ebda., Bd. II., S. 33.

124) Zur Begriffsgeschichte und den aktuellen definitorischen Bemühungen im "Irrgarten der Diskussionen über den Begriff und das Wesen des Politischen" vgl. Wilhelm Grewe, Politischer Machtkampf und Gemeinwohl, in: Lenk/Neumann, Theorie und Soziologie..., S. 370-396, speziell S. 373-383, zit. S. 374. Im Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie ist das Politische solange nicht mediatisiert, als es eigenständige Ziele jenseits des Wirtschaftlichen - auch dessen Vertretern gegenüber - zu setzen und zu verwirklichen vermag. Das kann mit Mitteln der Ökonomie als politischer Waffe geschehen.

hieß vielmehr, politisch gesetzte, und seit 1848 verfehlte Leitvorstellungen vom Wirtschaftlichen her zu erfüllen. Darüber ergriff die Beteiligten, wie die ersten Handelstage zeigen, durchaus jener "Enthusiasmus" des allgemeinen Repräsentanten, der allgemeinen Überzeugung¹²⁵ und des allgemeinen Standes.¹²⁶

Schon die badischen Handelskammern, die 1860 auf die Einberufung des deutschen Handelstages drängten, meinten einhellig, daß in der Vergangenheit zwar die "für den deutschen Handel und Verkehr zur absoluten Notwendigkeit" gewordene nationale Einheit stets an souveränen Fürstenrechten gescheitert sei; die handelspolitische Integration vermöge aber diese Schranken zu umgehen, liege daher "keineswegs im Bereich der Unmöglichkeit" und biete Aussicht, "im Einklang mit den Staatsregierungen das große merkantile und soziale Gebäude Deutschlands zu vollenden".¹²⁷ Alexander von Sybel, der 1862 die Bedeutung des zweiten Deutschen Handelstages nur mit der der Versammlungen der Paulskirche vergleichen mochte,¹²⁸ wurde in München ausführlicher:

"Die Frage, wie der ZV. ... organisiert werden soll,... ist an und für sich keine Aufgabe des Kaufmanns, das ist eine Aufgabe recht eigentlich des Politikers... Aber, Gottlob, die Entwicklung, die wir durch freiheitlichen Fortschritt im Vaterlande gewonnen haben, schützt uns vor dem Vorwurf der Anmaßung. Wir gehen nicht über unsere natürliche Kompetenz hinaus, wenn wir das commercielle Leben als leidendes Glied in unserem Staatsorganismus überhaupt erfassen. H a n d e l

125) Vgl. auch oben, S. 102 und Anm. 35), S. 102.

126) Vgl. Tormin, Geschichte der deutschen Parteien, S. 55.

127) Zit. aus der Begründung des am 15.V.1860 vom Badischen Handelstag angenommenen Antrags auf Einberufung eines "Deutschen Handelstages". Der Antrag war von Theodor Frey, dem Vorsitzenden der Handelsinnung in Eberbach/Neckar gestellt worden. ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 2 f.)

128) Verhandlungen 2. Deutscher Handelstag, S. 19. Alexander, ein Bruder Heinrichs v. Sybel, Handelstagsdelegierter des "Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen", dessen Vorsitzender er 1859-1867 war, und Mitglied des Handelstagsausschusses von 1861-1872, besaß 1861, bzw. 1867-'70 ein Landtags- und 1869-'71 ein - freikonservatives - Reichstagsmandat.

und Staat sind nicht mehr zu trennen,
und wer über den einen zu wachen hat, muß ganz natürlich auch
über den anderen wachen".¹²⁹

Solche Aussagen, in denen unter der Voraussetzung der progressiven Funktion des materiellen Interesses Einheit des Marktes und Einheit der Nation austauschbar werden, gewerbliche Freiheit für alle bürgerlichen Freiheiten stehen konnte,¹³⁰ und die Reformierung oder Revolutionierung der Handels-
tarife tendenziell die Stelle der politischen Reform oder Revolution vertritt,¹³¹ sprechen dagegen, den Beginn der kennzeichnenden bürgerlichen "Real"- und Interessenpolitik des Kaiserreichs auf das Ja zur preußisch-Bismarckschen Handels- und Deutschlandpolitik des Jahres 1862 vorzudatieren.¹³²

129) Ebd., S. 19; Sperrung = H.M.B.

130) Zur Bedeutung, die auch die jungen Arbeitervereine der Gewerbefreiheit zumaßen, vgl. Bebel, Aus meinem Leben, S. 133 f.

131) [Es] "gibt keine Zeitung mehr, welche [Handels- u. Zoll-, H.M.B.] Fragen nicht zum Brennpunkt aller ihrer Besprechungen gemacht hat... Lange läßt sich gegen die [Tarifsenkungen fordernde, H.M.B.] öffentliche Meinung nicht ankämpfen. Leicht wird sonst aus der Reform der Tarife... eine Tarifrevolution". (Syndikus Weigel/Breslauer Handelskammer in München. Verhandlungen 2. Handelstag, S. 26)

132) Ungeachtet des "prüden" (Lenk/Neumann) liberalen Honoratiorenpathos, das immerhin auch Hermann v. Beckerath in München fast im gleichen Atemzug von der "verpfändeten Ehre Preußens" und den Absatzchancen der Krefelder Seidenindustrie in Frankreich sprechen ließ. (Ebd., S. 31). Zum politischen und geschäftlichen Werdegang B.'s der 1862-'69 dem Handelstagsausschuß angehörte, ihm von Oktober '62 bis September '63 präsiidierte, vgl. Erich Angermann, Hermann v. Beckerath, in: N.D.B., Bd. I., S. 23 f., dort auch Literatur. Selbstkritische Nüchternheit gegenüber Interessengebundenheit zeigt sich gelegentlich auch in der Polemik bei den frühen Handelstagen. Ein ostpreußischer Freihandelsanhänger konnte 1868 angesichts der Wünsche der Zuckerfabrikanten feststellen: "Ich begreife nicht, wie [der Gegenredner, H.M.B.] annehmen kann, daß in diesem Saale ein einziger Mensch ist, der ihm glauben sollte, daß die Rübenzuckerinteressen nur für das Wohl des Staates oder der Konsumenten bedacht sind". Die Entgegnung des Angegriffenen war: "Ich spreche aus Überzeugung, nicht aus Interesse". (Verhandlungen 4. Handelstag 1868, S. 112, Stephan/Königsberg gegen Seyferth/Magdeburg).

So gewiß die Zustimmenden eine Option vollzogen,¹³³ so sehr stand ihr Handeln a u c h unter dem Erwartungshorizont eines traditionellen liberalen Denkansatzes,¹³⁴ der der Regierung partielle Zusammenarbeit anbot, um sie, wenn nicht selbst drängend, so doch über die Taktik vollendeter ökonomischer Tatsachen und Sachzwänge im eigenen Sinne festzulegen.¹³⁵

Daß sich die preußisch-kleindeutsche Politik ebenfalls, und überlegener als ihre liberalen Partner, auf ein "Listen mit der - ökonomischen - Vernunft" einließ, daß sie dabei Werben und Opposition der Liberalen aufzufangen und besonders durch die materielle Befriedung der "Männer der Praxis" zu neutralisieren verstand, liefert gegen solche Feststellungen kein Argument: die Existenz der erfolgreicheren kann nicht die der unterlegenen Politik aus dem historischen Prozeß streichen.¹³⁶ Geschichts-

133) Die Unterstützung Preußens geschehe "nicht aus Anhänglichkeit an die aktuelle preußische Regierung... aber dem preußischen Volke sind wir es schuldig, in Fällen, wo es sich eins weiß mit seiner Regierung" für Preußen zu sprechen. (Verhandlungen 2. Handelstag, S. 44, Handelstagsdelegierter Behrend/Danzig).

134) Das muß zumindest im Sinne der Bebelschen Kritik gelten können: "Der Liberalismus ist stets hoffnungsfreudig,... /er/ setzt seine Hoffnungen stets auf die Regierenden..." (Bebel, Aus meinem Leben, S. 60 f.).

135) Die Zuversichtlichkeit des liberalen Arguments erhellt aus einer Eingabe, mit der die Berliner Maschinenbauindustriellen Borsig, Pflug, Egells, Freund und Werner Siemens am 1.V.1865 beim preußischen Staatsministerium die Aufhebung des Verbots der Arbeiterkoalitionen (§§ 181-184 der Gewerbeordnung vom 17.I.1845) erboten. Die Industriellen hofften, die Koalitionsfreiheit werde auch die gewerbliche Freizügigkeit "notwendig zur Folge haben". (Bernstein, Arbeiterbewegung I., S. 138).

136) Die liberale Wirtschaftspolitik neutralisierte große Teile des zuvor auch politisch liberal gesinnten Wirtschaftsbürgertums. Zur Disziplinierung im Beamtentum vgl. oben, Anm. 89. Handelskammern und gewerbliche Gelegenheitsorganisationen lenkten nach der kleindeutschen Reichsgründung wieder in die Bahnen der engeren gewerblichen Interessenvertretung zurück. (Vgl. unten, S. 310-313). Nach der Neuorientierung der Handelspolitik treffen seit 1879 auch Disziplinierungsmaßnahmen einzelne Handelskammern: Bismarck interveniert beim Berichtswesen der Kammern und läßt Kammern auflösen, die seiner Politik öffentlich widersprechen. Vgl. Heinr. v. Poschinger (hrsg.) Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. II., Bln. 1891, S. 102 ff., 131 (Kammern in Hannover, Görlitz, Liegnitz, Geestemünde).

schreibung wird sonst, auch gegen erklärte eigene Absichten, zum Kollaborateur des "Erfolgs"; sie verkürzt historische Wirklichkeit und stellt als einseitige Option ihr konträre Einsichten.^{136a}

Das belegt nicht zuletzt das Beispiel der Berliner Korporation der Kaufmannschaft. Im Hinblick auf die Berliner Korporation läßt sich mit der eingangs gewählten Hegelschen Formel feststellen, daß die aktuell bedingte politische Rolle der ersten 1860er Jahre "aufgehoben" war; daß die Korporation aber an einer solchen, in Berlin bleibend liberal inspirierten Vertretung gewerblicher Belange das notwendige Instrument besaß, um der organisatorischen Potenz des aliberalen agrarisch-industriellen Solidarprotektionismus des Kaiserreichs entgegenzutreten.¹³⁷ Insofern war hier gerade in der Gestalt jener materiellen Interessen, die die Korporation zu vertreten hatte, liberales Gedankengut in einem: zurückgenommen, aufbewahrt und weiterentwickelt.¹³⁸

Auf dem Fundament der Interessenpolitik blieb so der Liberalismus im Zentrum des deutschen Bank- und Börsenwesens und inmitten eines der bedeutendsten industriellen Ballungsgebiete, unter den Bedingungen einer veränderten innenpolitischen Szenerie lebendig.

Anmerkungsübertrag, S. 129, Anm. 136

Zur Bismarckschen Taktik, nach 1879 die Interessenten gegen die Parteien mobil zu machen: A. Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, S. 22-26.

136a) Dies auch gegen Michael Gugel, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft - Sozialökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857-1867., Köln 1975. G., der Publikationen von Helmut Böhme und Heinrich August Winkler kritisch fortführen, bzw. widerlegen will, stützt sich zu unkritisch auf Handelskammerberichte: sie sind nicht repräsentativ genug ausgewählt, nicht hinreichend quantifiziert und geben keinen Einblick in verbands- und industrie-interne Meinungsbildung. G. gibt Berlin und Stettin in den 1860er Jahren "Handelskammern" (!), läßt die meisten Handelskammern der 1860er Jahre "freihändlerisch" sein und schreibt unzutreffende Generalisierungen zum Deutschen Handeltag aus älterer Literatur nach. (Gugel, a.a.O., S. 21 ff., 33, 160, 163, 213). Übersehen i.d. Rezension v. H. Altrichter in: "Neue Politische Literatur", XXI., 1976, 4., S. 528-531.

137) Vgl. H. Rosenberg, Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im zweiten Reich, in: Probleme der deutschen Sozialgeschichte, S. 51-80.

138) G.W.F. Hegel, Wissenschaft der Logik, S. 93 ff.

KAPITEL : 2

REGIONALE INTERESSENVERTRETUNG ALS FREIRAUM DES LINKSLIBERALISMUS :

KdK UND DEUTSCHE INNENPOLITIK 1878 - 1890

KdK und agrarisch-industrieller Solidarprotektionismus

Der "Freihandelsplatz" Berlin.

War das Verhältnis der Korporation zur kleindeutschen Politik während der liberalen Endphase der Reichsgründungszeit von der Übereinstimmung geprägt, welche die Arbeit der KdK¹³⁹ im Umkreis der preußisch-deutschen Exekutive zugleich aufwertete und festlegte, so geriet die Korporation über die ursprüngliche Affinität seit 1875/78 notwendig in Widerspruch zur allmählich umorientierten deutschen Innenpolitik.

Dieser Umbruch stand mit der Devise: "Schutz der Nationalen Arbeit" wohl unter einer alt überkommenen nationalökonomischen Losung,¹⁴⁰ war jedoch, ungeachtet der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1873/75,¹⁴¹ ursächlich sowohl, wie nach seinen gesellschaftlichen Begleit-

139) Hier nur bezogen auf den "äußeren Aktionsbereich" (Werner) der Interessenvertretung gegenüber dem Staat. Vgl. Josua Werner, Wirtschaftsverbände, in: HdS., Bd. XII., Gött. 1965, S. 280-288, speziell S. 281 ff.

140) Bereits 1817 hatte sich in Berlin "im Kampf gegen die Auslandswaren" (Feldhaus) der "Patriotische Verein zu Berlin zur Erhaltung der deutschen Fabriken" etabliert. In Frankreich bestand seit 1842 das "Comité pour la défense du travail national". Zur gleichen Zeit wie der "Centralverband Deutscher Industrieller" (CDI) vereinigte sich der österreichische "Industrielle Club" 1875 unter der Parole: "Schutz der heimischen Arbeit!" Vgl. Sée, Französische Wirtschaftsgeschichte, II., S. 227; Franz Maria Feldhaus, Zeittafel des Berliner Handels und der Industrie seit 1800, in: Max Osborn (hrsg.), Berlins Aufstieg zur Weltstadt, Bln. 1929, S. 311-361, zit. S. 318; Ivo N. Lambi, Die Organisation der industriellen Schutzzollinteressen, in: Moderne Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 296-308; Hans Seidel, Freie Verbände in der gewerblichen Wirtschaft, in: Theodor Pütz (hrsg.), Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, Bln. 1966, S. 589 f. (= Schriften VfS., N.F., Bd. 39, Reihe Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik, (hrsg.) A. Predöhl und G. Weippert).

141) Arthur Spiethoff, "Krisen", in: HdST., Bd. VI, 4. Aufl., Jena 1925, S. 8-91, speziell S. 52 ff.

umständen und Zielvorstellungen stark von außerökonomischen Determinanten mitbestimmt.¹⁴²

Widerstand und Anpassung, die diesem Wechsel begegneten, sind daher nicht allein auf den Gegensatz von Protektion und Handelsfreiheit zurückzuführen.¹⁴³ Gleichwohl ist die historische Darstellung für den Bereich der gewerblichen Interessenvertretung auf solch vereinfachende Formeln angewiesen. Sie zählt die bei der Neuausrichtung führenden, bzw. die ihr opponierenden Organisationen und benennt - folgerichtig, wiewohl häufig in unbewußter Übernahme des Selbstverständnisses und Vertretungsanspruchs bestimmter Verbände - protektionsfreundliche- oder feindliche "Plätze", Industrien und Industrieregionen.

Dergestalt verkürzt sich auch das langwierige Aufbegehren der Berliner Ältesten nach 1878 zur Charakterisierung, die Stadt sei "Freihandelsplatz", respektive die KdK bei einer dem Freihandel verpflichteten Tradition verblieben.¹⁴⁴ Das ist, hier wie anderenorts, etwas pauschal gewertet.¹⁴⁵ Das Urteil entspricht aber, vor allem bei umfassenderen Schilderungen, der legitimen Absicht, unter Verzicht auf die Mikro-

142) Vgl. Bismarcks Regieanweisungen an die zunächst "phrasenhaft" unwirksam um eine Industrie-Enquête petitionierenden Industriellen des CDI bei Christoph v. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten - Erinnerungen, Bd. 2, Leipzig 1909, S. 177 f., 184 f.

143) Vgl. Hardach, Wirtschaftliche Faktoren, S. 37 ff., 40, 159: die "behauptete 'Überschwemmung' des deutschen Marktes mit ausländischem Eisen aller Art" ist nicht zu belegen, und bei den Agrariern kennzeichnet die Zollagitation das "Dilettieren mit Phrasen und großen Worten mit dünnem ökonomischen Anstrich". (ebda., S. 40, 159).

144) So schon in: "Der Deutsche Handelstag", I., S. 54. Hier gilt Berlin 1878 neben Hamburg, Bremen, Frankfurt/M. u. anderen Städten als "freihändlerischer Platz". Ähnliches Urteil bei Wolfram Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat - Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts, S. 100.

145) Vgl. unten, S. 141-146. Abgesehen vom grundsätzlichen Bekenntnis zur kleindeutschen Politik gab es in Berlin bei Zollfragen auch nach 1862 noch vermittelnde Stimmen. Köln und Berlin wurden 1862 in den Debatten der 2. preußischen Kammer als solch "vermittelnde" Plätze genannt. (St.Ber.HdA., VII., 1., Bd. 2, 1862, S. 787, Coupennie/Mühlheim-Ruhr, am 24.VII.1862).

analyse einzelner innerverbandlicher Entscheidungsprozesse in erster Linie deren Ergebnisse zu beschreiben.

Der Einzeluntersuchung genügen solche Charakterisierungen freilich nicht, da sie zu wenig der komplexen Realität innerverbandlicher Meinungsbildung gerecht werden und das Spannungsverhältnis zwischen einzelnen Organisations- bzw. Interessentenfraktionen nicht anschaulich genug wiedergeben. Ein hinlängliches Auskunftsmittel bieten dazu auch nicht die häufig nur als repräsentativ stilisierten öffentlichen Verlautbarungen der Handelskammern und Korporationen. Auch Handelskammerberichte können Verbandswirklichkeit verschleiern.^{145a}

Teil dieser Wirklichkeit war in Berlin die dominierende Stellung des Ältestenkollegiums gegenüber der einfachen Mitgliedschaft der Korporation.

Ausgedrückt und befestigt u.a. in einer Satzung, die der durch die Ältesten repräsentierten Kaufmannschaft behördenähnliche Qualitäten verlieh,¹⁴⁶ erhielt sich die Rolle des führenden Notabelnkreises über eine Leitungspraxis, die in dieser Organisation über Jahrzehnte hinweg alle innerverbandlichen Reformansätze erfolgreich abdrängte und ein bisweilen beachtlich starkes Kontroll- und Mitspracheverlangen in Handel, Gewerbe und Industrie mit allenfalls formalen Konzessionen hinhielt.¹⁴⁷

Die Interessenvertretung der KdK ist insoweit identisch mit dem Handeln der Ältesten, deren Bemühungen in der Tat die ausdauernd unangepaßte

145a) Nicht berücksichtigt bei Gugel, Industrieller Aufstieg, passim, als Teil der Quellenkritik aber unverzichtbar.

146) Ausführlicher dazu unten, S. 223 ff. Die §§ 11-13 des Statuts der KdK vom 2.III.1820 und das geänderte Korporationsstatut vom 26. II.1870 räumten dem Ältestenkollegium der Korporation als "Behörde", bzw. "Verwaltungsbehörde" umfassende Vertretungsvollmachten ein. (Die Korporation, S. 619-630, 634). Vgl. auch die Interpretation bei Fischer, Unternehmerschaft, S. 21 f.

147) So u.a. zu Beginn der 60er Jahre, zwischen 1876 und 1882, sowie um die Jahrhundertwende. Siehe im einzelnen dazu unten, S. 223-281.

Spielart eines Honoratiorenliberalismus belegen,¹⁴⁸ der hier vor allem die agrarisch-konservative Entwicklung der preußischen- und der Reichspolitik als permanente Herausforderung aufnahm und der von ihr inspirierten Gesetzgebung, in Sonderheit auf den Gebieten des Außenhandels, des Steuer- und Börsenwesens, sowie im Kampf um die monetäre Organisation des Deutschen Reiches,¹⁴⁹ beharrlich und mit Geschick entgegentrat.

Diese Opposition, die sich vereinzelt bis zur Umgehung gesetzlicher Normen steigern konnte,¹⁵⁰ wußte sich noch in weiteren Punkten - so bei der Ablehnung erster Vorstöße der Bismarckschen Sozialpolitik - einig mit der bürgerlichen Linken der Parlamente;¹⁵¹ freilich, sie veranschaulichte auch, was als "Exklusivität" des Arbeitsstils der Berliner Ältesten häufig genug gerügt wurde: den durchgängig stark cliquen- und koteriehaften Zug, den das Wirken des Honoratiorentums auch in der Sphäre ge-

-
- 148) Diese Kontinuität beruhte u.a. darauf, daß die Ältesten die Zuwahlen zu ihrem Kollegium in einer Weise übten, die "einer Kooperation bedenklich nahe kam". (Fischer) Damit wurde die einmal gegebene Ausrichtung des Gremiums auf Dauer fixiert. (Fischer, Unternehmerschaft..., S. 25.).
- 149) Zwischen 1880 und 1900, als Anhänger der bestehenden Goldwährung des Reiches gegen die spekulative These der agrarisch-konservativen Befürworter des Bimetallismus, die von der Rückkehr zur Silberwährung steigende Getreidepreise im Innern und die Abwehr russischer, ungarischer und indischer Getreideimporte erhofften. Vgl. "Die Korporation", S. 557-563.
- 150) So im Widerstand gegen das Reichsbörsengesetz vom 22.VI.1896 (RGBl. S. 157). Vgl. dazu unten, S. 295 f.
- 151) Vgl. Ludwig Bambergers Angriffe gegen die "neusozialistische Gesellschaftsunterlage", die "sozialistische Schrulle" des Reichsunfallversicherungsgesetzes vom 6.VII.1884 (RGBl. S. 69), sowie gleichgerichtete Äußerungen Ludwig Loewes im Reichstag. Theodor Mommsen nannte die "Koalition zwischen Eisenzoll und ... Kornzoll" eine "Politik des Schwindels" neuer "nationalökonomischer Volksbeglucker". (Verhandlungen des Reichstages, V., 1., Bd. 1, S. 405, Mommsen am 15.XII.1881; ebda., V., 4., Bd. 1., S. 53, 57, Bamberger am 14.III.1884, sowie ebda., a.a.O., S. 66 ff., Loewe am 14.III.1884.). Zur linksliberalen Opposition gegen die Bismarcksche Sozialpolitik vgl. Konstanze Wegener, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung - Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im Wilhelminischen Deutschland (1893-1910). Tübingen 1968, S. 14 ff. (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 24).

werblicher Selbstverwaltung und Interessenwahrung kennzeichnete.¹⁵²

Die Konfrontation mit dem "Centralverband
Deutscher Industrieller" (CDI) : Die KdK in den Industrie-
enquêtes.

Als die deutsche Handelspolitik 1878/79 Forderungen der Schutzzollagitation aufnahm¹⁵³ und den süddeutschen Baumwollspinnereien, den Maschinenbau-, Eisen- und Stahlfirmen des Nordwestens mit Erhebungen zur Lage in Eisen- und Textilindustrie¹⁵⁴ schon einleitend jene ausgedehnten Interessentenbefragungen zugestand,¹⁵⁵ die noch bei der Vorbereitung des deutsch-französischen Vertrags von 1862 bewußt ausgeschlagen wurden, weil "bei sogenannten industriellen Enquêtes in der Regel nur das Verlangen...

152) Vgl. dazu unten, S. 223 ff.

153) Den im internationalen Vergleich mäßigen Grad des Bismarckschen Protektionismus betont Joseph Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, hrsg. Elizabeth B. Schumpeter, Bd. I., Göttingen 1965, S. 497. (= Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 6/I.).

154) Vgl. Lambi, Organisation der Schutzzollinteressen, a.a.O., passim; Josef Winschuh, Der Verein mit dem Langen Namen, Berlin 1932, S. 43-57; Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 3 f.

155) Im Verbandspathos beschreibt Winschuh den "mächtigen Notschrei" der Unternehmer "nach einer Enquête über die Lage der deutschen Industrie". (Winschuh, Der Verein..., S. 47). Zu Recht wendet sich Hardach gegen einen Vergleich der "Reichs-Enquête für die Eisenindustrie" bzw. der "Reichs-Enquête für die Baumwoll- und Leinenindustrie" von 1878/79 mit den englischen "inquiries" und qualifiziert die befragten Industriellen als das, was sie in der Tat waren: Interessenten und nicht etwa unbeteiligte "Experten". Hardach, Wirtschaftliche Faktoren, S. 46 ff., 49. Den "Beteiligten", den Industrie-Interessenten in der Rolle des Experten zu tabuisieren, um ihn so leichter in Gesetzgebung und Verwaltung einzuschalten, war und blieb ein Hauptangelpunkt aller Interessenpolitik, die sich zu diesem Zweck wechselnder, den gesellschaftlichen Konstellationen angepaßter Verdeckungsideologien bediente - im vorliegenden Falle des Schlagwortes vom "Schutz der nationalen Arbeit".

nach höherem Schutzzoll festgestellt werde",¹⁵⁶ meldete sich aus dem Umkreis der KdK Protest.

Vor der Reichs-Enquête-Kommission für die Baumwolle- und Leinenindustrie wandte sich Leonor Reichenheim, wie 1862 Feind protektionistischer "Apothekerrechnungen"¹⁵⁷ und hier in eigener Sache¹⁵⁸ nicht weniger erfahren, als die Zollinteressierten unter den vorgeladenen Fabrikanten, gegen die Abschirmung des deutschen Marktes. Wenn auch er von einem Verfall der Preise auf ein "nie dagewesenes Niveau" sprach, wenn Reichenheim zugab, daß England und Frankreich ihren Absatz in Deutschland zu forcieren suchten,¹⁵⁹ so war doch die Erhöhung der Eingangszölle für ihn kein taugliches Mittel, um die schleifende Konjunktur erneut zu beleben.¹⁶⁰

156) Drucksachen HdA., VII., 1., Bd. 2., Nr. 71, S. 25, Bericht der "Vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Steuern und Finanzen" zum deutsch-französischen Handelsvertrag.

157) St.Ber.HdA., VII., 1., Bd. 2., S. 768, Reichenheim am 23.VII.1862.

158) Zu Entwicklung, Bedeutung und Wert der von Reichenheim 1846 pachtweise, dann 1848 durch Kauf von der preußischen Seehandlung übernommenen Wollwarenfabrikationsanlagen in Wüste-Giersdorf/Schlesien vgl. Rachel/Wallich, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, Bd. III., S. 271 f.; Hamburger, Juden im öffentlichen Leben, S. 220 ff. Anfang 1878 beschäftigen Reichenheims Webereien, eine Kammgarn-Wollspinnerei, sowie eine Appreturanstalt und Färberei in Wüste-Giersdorf nach R's eigenen Angaben 286 Arbeiter und 767 Arbeiterinnen. Produziert wurden wollene, Baumwolle- und halbwollene Erzeugnisse. In Bradford/England bestand ein Filialbetrieb. Die früheren Exporte nach Österreich, Italien, Rumänien, Rußland und die USA seien dank der Zollpolitik dieser Länder praktisch eingestellt. Bestehende Exporte, darunter in die Schweiz, umfaßten ca. 1/12 des Gesamtumsatzes. Zur Stellung Reichenheims im ÄC der KdK vgl. oben, Anm. 78 (Reichs-Enquête für die Baumwolle- und Leinenindustrie, Stenographische Protokolle über die mündlichen Vernehmungen der Sachverständigen, Bln. 1879, S. 427 ff., zit.: Textil-Enquête, Protokolle.)

159) Ebda., S. 429

160) Ebda., S. 430. Zur Lage in der Baumwollen- und Leinenindustrie: Hans Mottek, Einleitende Bemerkungen- Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: Mottek/Blumberg /u.a./ Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, S. 46 ff; Horst Blumberg, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie von 1834 bis 1870,

Unbeeindruckt von der suggestiven Verhandlungs- und Befragungstechnik, die die vom "Centralverband Deutscher Industrieller" gestellten Kommissionsmitglieder vielfach übten,¹⁶¹ bekräftigte Reichenheim, Zollanhebungen bedeuteten eine Gefährdung der deutschen Textilexporte.¹⁶² Die vom Centralverband geforderten Garnzölle seien für die Webereien "ruinös" und liefen auf eine unnötige staatliche Subventionierung der Spinnereien hinaus: denn es gebe "keine einzige Spinnerei im ganzen Zollvereinsgebiet, die mit Unterbilanz gearbeitet hat, es gibt keine einzige, die nicht Zinsen gegeben hat", und, nur wer eigenes Gespinnst verwebt, habe "unter Kalamitäten gelitten".¹⁶³ Diese Mitteilungen galten Theodor Haßler, der, selbst Augsburger Spinnereibesitzer, Leiter des "Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller" und

Anmerkungsübertrag, S. 136, Anm. 160)

ebda., S. 65-143, speziell S. 70 ff, 75-81, 89, 93 ff., 137-140.

- 161) Vgl. Fragen Theodor Haßlers, des stellvertretenden Vorsitzenden des "Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller" und Mitbegründers des CDI an Reichenheim in: Textil-Enquête, Protokolle, S. 430 f. Ähnlich handelte und dominierte, gedeckt von Bismarck, in der Kommission der Reichs-Eisen-Enquête Carl Ferdinand Stumm; deutlich u.a. im gestellten Dialog und Zusammenspiel Stumm - Friedrich v. Wedell (Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrates). Vgl. Reichs-Enquête für die Eisenindustrie, Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen, Bln. 1879, S. 312 f. (zit. = Eisenenquête, Protokolle). Das Einvernehmen zwischen beiden Parlamentariern datierte schon von der gemeinsamen Teilnahme an der Eisenbahntarif-Enquête des Jahres 1875. Zur Verhandlungstaktik Stumms 1875 und 1878 - apologetisch -: Fritz Hellwig, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg 1836-1901, Heidelberg 1936, S. 127 ff., 130, 166 ff., 169. Stumm, bei der Entstehung des CDI der Verbündete von Wilh. von Kardorff, hielt sich in der Agitation des Verbandes zunächst taktisch zurück. Er blieb bis in die 1890er Jahre Anhänger der agrarisch-industriellen Interessensolidarität. (ebda., S. 149, 154, 156, 163, 165; Kaelble, a.a.O., S. 127).

- 162) Textil-Enquête, Protokolle, S. 430.

- 163) Ebda., S. 430.

Mitbegründer des CDI,¹⁶⁴ als Angehöriger des Enquête-Gremiums in diesem Kreise ebensowohl pro domo¹⁶⁵ wie für seine Verbandshausmacht wirkte. Haßler fühlte sich so sehr getroffen, daß er mit dem unstatthaften Hinweis auf die bisherigen Ermittlungsergebnisse Reichenheim zu desavouieren trachtete und darüber einen scharfen Tadel des Kommissionsvorsitzenden hinnehmen mußte.¹⁶⁶

Den Part Reichenheims spielte, gemäßigter im Ton, und darum vielleicht noch überzeugender, vor der Reichs-Enquête-Kommission für die Eisenindustrie der Berliner Eisengroßhändler Ravené,¹⁶⁷ während in der hier beherrschenden Gegenrolle der saarländische Hüttenmagnat Carl Ferdinand Stumm die Stelle Haßlers vertrat.¹⁶⁸

164) "Der Deutsche Handelstag", I., S. 436; Haßler war 1870-83 stellvertretender, 1883-1899 1. Vorsitzender des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller; 1880/81 und 1893-1901 war er Vorsitzender des CDI. Vgl. Kaelble, a.a.o., S. 252.

165) Das tat freilich auch Reichenheim, der für seine Fabrikationen auf den Bezug englischer Garne angewiesen blieb. (Textil-Enquête, Protokolle, S. 428.) Zur allgemeineren und bleibenden Zollfeindlichkeit der Baumwoll- und der Baumwoll-Seiden-Webereien: Lambi, Organisation, S. 302 ff.

166) Haßler stilisierte seine Eingriffe in die Verhandlungsführung als Richtigstellung "tatsächlicher Irrtümer des Sachverständigen". Zu Recht getadelt als Präjudizierung des noch ausstehenden Endurteils der Kommission über a l l e Aussagen. (Textil-Enquête, Protokolle, S. 431). An gleicher Stelle versicherte Reichenheim, jede genauere Untersuchung der Lage der Webereien werde erbringen, daß man dort viel stärker von der Konjunktur geschädigt sei, als in den Spinnereien. Dennoch werde dort die Erhöhung der Zölle abgelehnt.

167) Zur Stellung Ravenés im ÄC der KdK siehe oben, Anm. 78). Das binnen-deutsche Absatzgebiet der Firma Ravené umfaßte zur Berichtszeit hauptsächlich die östlichen Provinzen der preußischen Monarchie, vereinzelt Süddeutschland. Exporte gingen nach Rußland, Holland und England. Eisen-Enquête, Protokolle, S. 45, 48. Nur ausnahmsweise wurde (Façon-) Eisen aus England bezogen, regelmäßig und im erheblichen Umfang schmiedeeiserne Kesselröhren. Ebda., S. 46, 49. Zu Herkunft und Aufstieg der Ravenés: Hugo Rachel, Das Berliner Wirtschaftsleben im Frühkapitalismus, Bln. 1931, S. 40, 85.

168) Hellwig, der sonst sehr ausführlich über das Frage- und Verhandlungsspiel Stumm-Haßler berichtet, läßt den Tadel Haßlers unerwähnt. Die Biographie steht in der Tradition der Ehrenbergschen Firmen- und Unternehmerhistoriographie und lebt in einer zeitgeschichtlich mitbedingten Verteidigungsweise des Stummschen Gedankenguts auf weiten Strecken von der Gleichsetzung von Liberalismus und Sozialdemokratie. Hellwig, C.F. Frh. v. Stumm..., S. 166-169, 181, 183 ff., 186 u. passim.

Bedeutsam an den Antworten Ravenés war weniger die zollpolitische Formel - sehr mäßige Eingangsbelastungen - zu der sich der Berliner Händler schließlich verstand.¹⁶⁹ Sie entsprach, was er betonte, nicht den eigenen, sondern fremden Belangen; wurde nur mit Reserven vertreten, und gab sichtlich dem Drucke nach, den die z. T. in Abwehrverbänden organisierten Fabrikanten bereits auf den Handel auszuüben vermochten.¹⁷⁰

Schwerer wogen bei dieser Befragung Feststellungen tatsächlicher Art, die die Lage in der eisenschaffenden Industrie ganz anders als die Argumentation der Gesinnungsgenossen Stumms darstellen. Ravené konstatierte bestimmte, für die Schutzzollagitation ärgerliche Fakten.¹⁷¹

Vor einem bisweilen recht ungläubigen Auditorium¹⁷² belegte er die stimulierende Wirkung seitheriger Preissenkungen auf den deutschen Export.¹⁷³ Die Konkurrenzfähigkeit mit England und Belgien, so führte er aus, war von den schon realisierten Zollverminderungen kaum beeinträchtigt, und die These von der Überschwemmung des Reiches mit ausländischen Produkten gehöre ins Reich des interessierten Zweckpessimismus. Sein Résumé: "Ich meine also, der fremde Markt [d.h. Import, H.M.B.] ist bereits ausgeschlossen!" mußte den durchsichtigen Interpretations-

169) Eisen-Enquête, Protokolle, S. 49: u.a. nur 0,5-0,6 Mark/100 kg. bei Roheisen. Moniert von Stumm, ebda., S. 49.

170) Ebda., S. 49. Kritik an der Verkaufspraxis der vereinigten Fabrikanten für schmiedeeiserne Röhren ebda., S. 46. Ähnlich zur Preiskoalition der Weißblechhersteller: "... es wurde mir auch verboten, zu dem Preise nach Bayern abzugeben..." (ebda., S. 47).

171) Die Aussagen Ravenés decken sich mit den von Hardach ermittelten Daten.

172) "Auffällig bleibt mir, daß Sie behaupten, es käme kein englisches Eisen herein" (Vorsitzender der Kommission, Oberregierungsrat Huber, den Stumm wegen kritischer Äußerungen bei Bismarck anschwärzte, ebda., S. 49, vgl. auch Hellwig, a.a.O., S. 167 f.).

173) Ebda., S. 48.

eifer der Zwischenfragen Stumms ebenso herausfordern, wie die einzige, mit Sicherheit gewagte Prognose Ravenés, die Zollanhebung werde zur Erhöhung des Binnenpreisniveaus führen, "weil dann die Werke Mut bekommen, heraufzugehen".¹⁷⁴

- 174) Ebda., S. 46, 48 f. (Zitate). Kennzeichnend der Einwurf Stumms nach dieser Prognose Ravenés: "Ich meine..., der Herr Sachverständige hat gesagt, daß bei der Wiedereinführung des Zolls die Preise nicht um den ganzen Betrag des Zolls steigen würden, aber doch einigermaßen". Darauf die Replik Ravenés: "Ich habe mich über das Maß der Steigerung nicht ausgesprochen, weil ich es nicht kann". (Ebda., S. 49).

Schutzzollanhänger und CDI im Gebiet
der KdK.

Ähnlich wie die Anhörungen vor den Enquête-Ausschüssen bezeugen fast zur gleichen Zeit¹⁷⁵ Auseinandersetzungen in der KdK selbst den Willen des Ältestenkollegiums, die Handelspolitik der Reichsgründungszeit nicht kampflos aufzugeben.¹⁷⁶

Im Januar 1879 stimmten die Ältesten über den Vorstoß der Handelskammern Frankfurt/M., Leipzig und Hamburg ab, einen Delegiertentag freihandelsfreundlicher Plätze für Anfang Februar nach Berlin einzuberufen, um die Anhänger der "bisherigen Zollvereinspolitik... und namentlich [der] Erneuerung der Handelsverträge" angesichts des "festen

175) Die Vernehmung der insgesamt 46 als "Sachverständige" geladenen Interessenten dauerte vom 5.-29.XI.1878. Vgl. Hellwig, a.a.O., S. 167 ff; Eisen-Enquête, Protokolle.

176) Neben Reichenheim und Ravené wandten sich mit H. Sternberg und der Firma Jacoby auch Vertreter der Berliner Wäschekonfektion, der Gewebebearbeitung und des Gewebehandels gegen die Forderungen des CDI. Wie bei Reichenheim - "Sie glaubten antworten zu müssen..." - reagierte Th. Haßler gereizt auf die Aussagen des Großkonfektionärs Sternberg (Fa. H. Sternberg jr., gegr. 1857, mit ca. 500 Beschäftigten 1878 unter den vier größten Häusern der Branche, die damals, nach Sternberg, rund 9.000 Arbeiterinnen beschäftigte). Insgesamt war es ärgerlich für den CDI, daß etwa Ravené keine Notlage, sondern allenfalls innovationsfördernden Druck beschrieb: die Eisenproduktion "hat sich selbst bevorzugt und konkurrenzfähiger gemacht durch die herabgesetzten... Preise"; daß Sternberg jeglichen Nutzen von Zollerhöhungen bestritt, und Jacoby den wettbewerbsüberdrüssigen Interessenten pädagogisch erklärte: "Ich glaube, daß wir bei richtiger Anlage der Fabriken konkurrenzfähig mit jedem Handel der Welt sind". (Textil-Enquête, Protokolle, S. 430, 433, 438, 771; Eisen-Enquête, Protokolle, S. 47 - auch hier ist wieder die Übereinstimmung von Aussagen Ravenés mit den Ergebnissen der Untersuchungen Hardachs zu konstatieren. Vgl. Hardach, Wirtschaftliche Faktoren, S. 43-46. Zur Bedeutung des Hauses Sternberg: Siegmund Kaznelson [hrsg.], Juden im Deutschen Kulturbereich, Bln. 1962, S. 792).

Zusammenstehens der Schutzzoll-Partei" in der gemeinsamen Abwehr neu zu gruppieren.¹⁷⁷ Das Kollegium hieß diese Initiative gut; das Beratungsergebnis aber, mit einem Votum von 13 : 8 Stimmen angenommen, zeigte, daß inzwischen auch in der Kaufmannschaft die Meinungen geteilt waren.¹⁷⁸ Tatsächlich ging, wer Berlin, bzw. die Berliner Wirtschaft, in der Hochflut der handelspolitischen Agitation noch als einheitlich orientiert betrachtete, an der Wirklichkeit, an den Folgen der einsetzenden "großen Depression" vorbei.¹⁷⁹

Seit Jahren berichteten der Berliner Maschinen- und Geräte-, der Lokomotiv- und Waggonbau, die Firmen Borsig, Schwartzkopff, Wöhler, Egells und Eckert über Auftragsmangel;¹⁸⁰ insbesondere spürten

-
- 177) Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, Jgg. II, 1879, Nr. 1, S. 2, 5. Zu Delegierten des ÄC wurden bestimmt: G.A. Delbrück, Reichenheim und Liebermann; zu ihrer Position im ÄC siehe oben, Anm. 76) und 78).
- 178) Ebda., in der Folge zit.: "Correspondenz".
- 179) Zu ihren gesellschaftspolitischen Implikationen insbesondere zur Abwendung vom Liberalismus, vgl. Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit - Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Bln. 1967, S. 58-78 u. passim. (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 24).
- 180) Siehe statistische Erhebungen des "Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" in: Eisen-Enquête, Statistische Notizen, S. 64, Anlage XIX, sowie ebda., Protokolle, S. 436, 438, 446, 449 f., Aussagen von Dir. Braetsch/Borsigwerk-Oberschlesien, und ebda., Protokolle, S. 531, 534, 543 f., 555, Aussagen von Louis Robert v. Schwartzkopff/Bln. Die von Braetsch mitgeteilten Zahlen der Borsig'schen Rohstoffwerke in Oberschlesien (Hochofen-, Walz- und Stahlwerk), belegen für die Jahre 1875/77 einen Gesamtverlust von annähernd 1.200.000 Mark. Gegenüber einer Beschäftigungsspitze von ca. 3.500 Mann in der Hochkonjunktur beschäftigten die Werke z. Zt. nur 2.300 Arbeiter. In Berlin sei die Maximalleistung von 200 Lokomotiven jährlich auf eine Fertigung von 44 Stück gefallen. (Ebda., S. 448, 450, 452.) Bei Schwartzkopff war im gleichen Zeitraum die Beschäftigungsziffer von 1771 (1873/74) auf 826 (1876/77), die Lokomotivfertigung u.a. wegen der Erschwerung der Rußlandexporte ebenfalls erheblich von 140 (1873/74) auf 68 (1877/78) zurückgegangen. Borsig und Schwartzkopff bestritten vor 1878 als "Hauptlieferanten" diese Ausfuhren und hatten im Verlauf von 12 Jahren nicht weniger als 800 Lokomotiven nach Rußland versandt. (Ebda., Aussagen Schwartzkopff, S. 531, 534). Nach eigenen Aussagen arbeitete die Lokomotivfertigung bei Schwartzkopff normalerweise zu 50 % für den russischen Markt. Dieser Anteil war 1877/78

sie die fortschreitende Abschnürung des russischen Exportmarkts, klagten über die Folgen der Schutz- und "Erziehungsmaßnahmen", die im Rußland der späten 1870er Jahre Entstehen und Ausbau bodenständiger Schwer- und Eisenbahnbedarfsindustrien begleiteten.¹⁸¹ Ein Konzept, das beim Nachbarn getadelt, von den hauptsächlich betroffenen deutschen und Berliner Unternehmen indessen in abgewandelter Form für die eigenen Verhältnisse als Krisenprogramm empfohlen wurde.¹⁸²

Anmerkungsübertrag, S. 142, Anm. 180)

auf fast 5/7 gestiegen. (Berechnet nach Ebd., S. 531). Die vorangegangenen 2 Geschäftsjahre zeigen eine noch größere Disproportion: = 16 : 84, und 9 : 40. Die historische Entwicklung der Berliner Maschinenbauindustrie steht in engem kausalen Zusammenhang mit der Erweiterung der preußisch-deutschen und russischen Eisenbahnnetze. Die überragende Stellung des Berliner Lokomotivbaus am russischen Markt wird äußerlich schon daran deutlich, daß Schwartzkopff vor dem Enquête-Ausschuß seine Exporte synonym als Rußlandlieferungen bezeichnet. Von den erwähnten Firmen des Maschinenbaus (einschließlich Lokomotiv-, Waggon- und Bau landwirtschaftlicher Geräte entstanden unter variierenden Firmenbezeichnungen F.A. Egells 1821, A. Borsig 1837, L. Schwartzkopff (seit 1870: Berliner Maschinenbau AG, vorm. L. Schwartzkopff) 1851, und die Landmaschinenfirma H.F. Eckert 1846. Zum Aufstieg des Berliner Maschinenbaus und der genannten einzelnen Unternehmen: Alfred Schröter, Die Entstehung der deutschen Maschinenbauindustrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Alfred Schröter/Walter Becker, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Bln./DDR, 1962, S. 32-38, 51 ff., 54 u. passim; Walter Becker, Die Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie von 1850 bis 1870, ebd., S. 135-285, speziell S. 169, 180; Lothar Baar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Bln./DDR, 1966, S. 25 f., 35, 36 f., 88 f., 95 f., 103 f., 117, 120 f.; Max Krause, (hrsg.) A. Borsig Berlin 1837-1902, Festschrift zur Feier der 5.000 Lokomotive, Bln. 1902, S. 23 f., 26, 40; Deutscher Maschinenbau 1837-1937 im Spiegel des Werkes Borsig, o.O., o.J. (Bln. 1937), S. 13-23, 26, 32 f.; Friedrich Kleinhaus (hrsg.), 100 Jahre Wirken und Werden, Jubiläumsschrift Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vorm. L. Schwartzkopff, Bln. 1952, S. 8 ff., 16, 19, 21.

- 181) Rußland hatte den Import von Eisenbahnmateriale in den 1860er Jahren zunächst weitgehend liberalisiert, seit 1866 aber fortschreitend eine Politik der indirekten und schließlich offenen Subventionierung der heimischen Industrien auch auf diesem Gebiet geübt. Seit 1876

Was Reichspolitik und wirtschaftliche Verbände, wo nicht fördern, so doch tolerieren sollten, hatten Louis Schwartzkopff, 1878 Vorsitzender des CDI, und Albert Borsig, Ausschußmitglied des Centralverbands,¹⁸³ zunächst im Bereich des Lokomotivbaus selbst veranschaulicht.

Der von Borsig und Schwartzkopff organisierte Zusammenschluß aller deutscher Lokomotivwerke ("Lokomotiv-Verband"¹⁸⁴) hatte nach ersten Anzeichen der konjunkturellen Erholung¹⁸⁵ angesichts der bevorstehenden

Anmerkungsübertrag, S. 143, Anm. 181)

bestanden bindende Anweisungen, Waggonen und Lokomotiven in Rußland zu bestellen. Vgl. Hardach, a.a.O., S. 57. Wie die Exportziffern bei Schwartzkopff (Anm. 180) zeigen, nutzten die Berliner Firmen bis zuletzt ihre Chancen. Eisen-Enquête, Protokolle, S. 534.

- 182) Ebda., S. 534. "Der Hauptmarkt der deutschen Maschinenindustrie ist, oder vielmehr war Rußland". (Schwartzkopff, ebda., S. 553). Zum Krisenprogramm: Rosenberg, Große Depression, S. 169-174.
- 183) Vorbereitungen zur Gründung des CDI hatte Schwartzkopff im Dezember 1875 zustimmend begrüßt. Im Februar 1876 lehnte er zwar noch den ihm angetragenen Sitz im CDI-Direktorium ab, übernahm aber im Dezember des gleichen Jahres selbst dort den Vorsitz. Das Mandat gab er 1879 zurück, gehörte freilich späterhin als Anhänger des Bimetallismus erneut dem Direktorium an und stand 1886-1892 für ein zweites Mal an dessen Spitze. Albert Borsig (1829 - 10.IV.1878, der Sohn und Nachfolger August Borsigs [+ 1854/]) wurde im Februar 1876 in den Ausschuß des CDI gewählt. Vgl. Henry Axel Bueck, Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876-1901, Bd. I., Bln. 1902, S. 143, 152, 172, 211; Siegfried von Kardorff, Wilhelm von Kardorff - Ein nationaler Politiker im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II., 1828-1927, Bln. 1936, S. 126 ff.
- 184) Vgl. Brigitte Beer, Louis Schwartzkopff, Leipzig 1943, S. 128, 131, 138; Eisen-Enquête, Protokolle, S. 543: "... eine Vereinbarung unter den Lokomotivfabriken, um die Preise festzusetzen und festzuhalten ... Es ist wohl ein offenes Geheimnis, daß [der Verband, H.M.B.] seit dem 18.IV.1877" bestehe. (Schwartzkopff).
- 185) Ansteigen der Eisenerzeugung seit 1877, erhöhter Ausstoß von Lokomotiven bei Borsig und Schwartzkopff 1878. Vgl. A. Spiethoff, Krisen, a.a.O., S. 53; Eisen-Enquête, Protokolle, S. 450, 534.

zollpolitischen Umfriedung des Binnenmarkts bereits 1877/78 kurzfristig erhebliche Preiserhöhungen durchzusetzen vermocht.¹⁸⁶ Besteller erfuhren, man sehe sich "augenblicklich" zu einem Entgegenkommen "nicht veranlaßt".¹⁸⁷ Für die übergreifende Branche des allgemeinen Maschinenbaus wurden zugleich ähnliche Abreden getroffen.¹⁸⁸

Damit übernahm ein Teil der örtlichen Metallindustrie, vor allem größere Firmen, ein Marktverhalten, das bei der Schwerindustrie insoweit früh üblich war, als schon die ersten Schienenkartelle Dumpingexporte über den verteuerten Inlandsabsatz mitfinanzierten, und zu diesem Behuf den Binnenwettbewerb nach Möglichkeit ausschalteten.¹⁸⁹

Die KdK hatte demnach mit dem Einfluß eines Anhängerstammes des CDI in der Stadt selbst zu rechnen. Sie durfte unterstellen, daß der Centralverband hier wie an anderen Plätzen darauf hinarbeitete, das alte liberale Profil des bestehenden regionalen Wirtschaftsverbands zu

186) Tenderzugmaschinen der Firma Borsig kosten 1878 ca. 36.000 Mark, gegenüber ca. 30.000 M. im Vorjahr. Mit Ausnahme von Spezialanfertigungen lieferte das Ausland billiger. (Eisen-Enquête, a.a.O., S. 176 f., Aussagen Dir. Büchtemann, Potsdam-Magdeburger Eisenbahn).

187) Ebda., ders. nach einem Brief der Firma A. Borsig vom Herbst 1878.

188) Ebda., Borsigsches Schreiben.

189) Ebda., Büchtemann zur Praxis der Schienenkartelle (Submissionskartelle), S. 173, 187, 189. Die deutschen Bahnen bevorzugten, ungeachtet billigerer englischer Offerten, die deutsche Produktion. Sie seien in der Regel bereit, dabei eine Preisdifferenz zwischen 20 und 30 M./t. zu akzeptieren. Die Produzenten forderten indessen z. Zt. bei einem Selbstgestehungspreis von ca. 120 M./t. einheitlich etwa 160 M./t. In Aussagen der Zollinteressenten fehlt es nicht an unfreiwilligem Humor. Braetsch, Vertreter der Borsigschen Lokomotivproduktion und der angegliederten Rohstoffwerke in Oberschlesien, versicherte: "Das Interesse der Konsumenten ist genügend gewahrt durch innere Konkurrenz..." Gruson/Magdeburg meinte, "nichts ist schlimmer als eine öffentliche Submission", und bat darum, daß "das öffentliche Submissionswesen womöglich durch Gesetz abgeschafft wird". (Ebda., S. 454, 485). Zu Kartell- und Verbandswesen in Montan-, Hütten- und Maschinenindustrie: Eberhard Gothein, Bergbau und Hüttenwesen, in: Grundriß der Sozialökonomik, Abt. VI., Industrie, Bauwesen, Bergwesen, 2. Aufl., Tübingen 1923, S. 294-382; Fr. Fröhlich, Maschinenindustrie, in: HdSt., 4. Aufl., Bd. VI., S. 510 f; Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des deutschen Reiches, hrsg. Hansabund, Bln., 1913, S. 158, 196.

verändern.¹⁹⁰ Dies dann umso mehr, wenn den Berliner Ältesten neben dem über wirtschaftspolitischen Richtungskämpfen geschwächten Deutschen Handelstag¹⁹¹ stellvertretend eine Führungsfunktion auch jenseits der lokalen Interessenvertretung zufiel.¹⁹²

Die Konzessionen der KdK.

Daß solche Bemühungen der Gegenseite nicht ohne Wirkung blieben, erwies sich wenige Wochen nach der erwähnten Konferenz freihändlerischer Delegierter in Berlin vom Februar 1879.¹⁹³ Das Ältestenkollegium überprüfte zu dieser Zeit seine Stellung zur Zolltarifreform und veranstaltete Umfragen bei der Berliner Industrie.¹⁹⁴ Das ließ sich als taktisch kluges Zugeständnis an die "Schutzzoll-Partei" werten, die unermüdlich nach Mitsprache der Interessenten rief, und konnte, besaß die Handelspolitik

190) Zum Anwachsen des CDI-freundlichen Stimmenpotentials in Zollsachen beim Handelstag seit 1873 vgl. "Der Deutsche Handelstag", I., S. 51-64. Zur Orientierung der Handelskammern an Ruhr und Saar, sowie in Südwestfalen vgl. Fischer, Herz des Reviers, S. 231-240 u. passim; Hellwig, Stumm, S. 323 ff.; Paul Keuth, Wirtschaft zwischen den Grenzen, - 100 Jahre Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, Saarbrücken 1963/64, S. 46; Ludwig Beutin, Organisation und Arbeit der Handelskammern bis zum ersten Weltkrieg, a.a.O., S. 276-284.

191) Siehe dazu unten, S. 149.

192) Schon 1871 erwog man im bleibenden Ausschuß des Handelstages, dieses Führungsgremium über eine Institutionalisierung von Personalunionen mit dem Berliner ÄC zu verbinden. ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 43).

In modifizierter Form wurde dieser Vorschlag 1885 von der Danziger Korporation der Kaufmannschaft wiederholt. Danzig regte angesichts der krisenhaften Schwächung des Handelstages an, man solle den Handelstag durch "freie, jeweils zu berufende Delegiertenversammlungen deutscher Handelskörperschaften unter der Vorortschaft etwa der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin" ersetzen. ("Der Handelstag", I., S. 82).

193) Vgl. oben, S. 141 f.

194) Correspondenz, Jgg. II., 1879, Nr. 4., S. 23 ff.

der Reichsgründungszeit noch genügend Resonanz, den traditionellen Kurs der KdK stützen.

Statt dessen aber wurden nun dem Kollegium in entscheidender Weise die Hände gebunden; denn auch in Berlin hieß es, offene Geheimnisse zu untersuchen, wenn jetzt erneut in den Betrieben von Borsig, wenn bei Wöhlert, Schwartzkopff und Egells Wünsche und Vorstellungen bekannter Fürsprecher des CDI zum Gegenstand einer industriellen Erhebung wurden.¹⁹⁵

Im Punkte Eisenzölle war daher das Resultat der innerberliner Industrie-Enquête der KdK nicht weiter Überraschend. Die Ältesten sahen sich daraufhin gehalten, in einer Eingabe vom 30. April 1879 auch ihrerseits dem Reichstag Eisenzölle zu empfehlen.¹⁹⁶ Die Führung der Korporation unterschrieb, unguten Gewissens, eine Kardinalforderung des Centralverbands; verständlich, daß sie es sich nicht versagen mochte, an gleicher Stelle, wenigstens verbal, wieder abzuschwächen, was sie in der Sache zugestand. So gerieten polemisch-mißmutige Anmerkungen zum "geschickt erfundenen Schlagwort" vom "Schutz der nationalen Arbeit" mit in das Schriftstück.¹⁹⁷

Die Eingabe, sichtlich das Ergebnis eines prekären Kompromisses, gab zu erkennen, um welchen Preis inzwischen auch in Berlin handelspolitische Geschlossenheit eher vorgetäuscht als dokumentiert wurde.

195) Ebda.: Beilage, Kommissionsgutachten über Zolltariffragen, S. 1-10. Die Firmen wurden zur Frage der Eisenzölle gehört. Das endliche Vorgehen der KdK: Befürwortung der 1873/77 aufgehobenen Eisenzölle entsprach - mit dreijähriger Verzögerung - dem Verhalten des Handelstages, dessen Bleibender Ausschuß bereits am 1.XI.1876 mit 15 : 10 Stimmen die Wiedereinführung der Zölle gutgeheißen hatte, die Zollfragen von Plenarversammlungen fernhielt und statt dessen das kontroverse Material von Rundfragen dem Reichskanzleramt überwies. ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 51 ff., Verhandlungen des achten Deutschen Handelstages am 30. und 31.X.1878, Sten.Ber., S. 3, Bericht Generalsekretär Annecke).

196) Correspondenz, Jgg. II., 1879, Nr. 4., S. 23 ff., sowie Beilage, (Kommissionsgutachten).

197) Ebda. Vgl. auch "Die Korporation", S. 435. Empfohlen wurden daneben u.a. erhöhte Zollsätze für Kautschuk, bearbeitetes Holz und bestimmte Ledersorten. Abgelehnt war jegliche Belastung der landwirtschaftlichen Importe.

Industrielle Zollwünsche, nur das konnte die Lehre sein, die dem ÄC blieb, gefährdeten derzeit erheblich jenes unerläßliche Maß an Übereinstimmung, das eine erfolversprechende Arbeit der Ältesten voraussetzte. Der Weg zu einem gewissen Paktieren mit Interessenten der Handelsprotektion lag daher nahe.

In der Kaufmannschaft selbst wurde er als Abkehr von einem "prinzipiellen" und Beginn eines offeneren, fallweise und pragmatisch orientierten Verhandlungsstils der KdK beschrieben.¹⁹⁸

Nüchterne Routiniers der gewerblichen Interessenpolitik registrierten auch hier vermeidbaren Aufwand. Vermeidbar schien, namentlich in der Auseinandersetzung mit dem CDI, die schon zur Leerformel erstarrte Übung mit der, in der Korporation sowohl, wie im parlamentarischen Raum, beim Handelstag und in der Presse einzelne industrielle Gruppierungen eigene Anliegen nun seit Jahren zur Sache der Allgemeinheit proklamiert, und damit notwendig zugleich ein Echo gefunden hatten, das bei ihnen eine gewöhnliche Verdeckungsideologie und offene und verkappte "Sonderinteressen" feststellte.¹⁹⁹ Ein Vorwurf, der vom jeweils getadelten Lager in gleicher Münze erwidert wurde.²⁰⁰

198) So Gustav A. Mueller, Mitglied des ÄC 1871-1881, am 30.X.1878 vor dem 8. Deutschen Handelstag in Berlin. (Verhandlungen des achten Dtn. Handelstages, S. 16).

199) "Der Ausdruck 'Sonderinteresse' hat immer etwas Eigentümliches; jede Richtung glaubt natürlicherweise, daß das, was sie vertritt, nicht ein Sonderinteresse berührt, sondern das gemeinsame Interesse des Vaterlandes umfaßt..." (Der freihandelsfreundliche Delegierte für Rostock, Dr. Friedrich Witte vor dem 8. Handelstag in Erwiderung auf die von Henry Axel Bueck für den Langnamverein und den CDI verteidigten Pläne, einen "volkswirtschaftlichen Senat" zu errichten, der nicht "Sonderinteressen", sondern "dem Vaterlande" dienen solle.) (Ebda., S. 13 und S. 8-12 [Referat Buecks]).

200) So Henry Axel Bueck - Verhandlungen des neunten Deutschen Handelstages vom 19./20.X.1880 in Berlin, S. 38 -: "... erwarten Sie etwas anderes als Spezialinteressenvertretung von Handelskammern, wo... nur eine einzige Industrie vertreten ist?" Buecks Verbandskarriere: nach einem Vorspiel in der Landwirtschaft 1873 Geschäftsführer des Langnamvereins, im Folgejahr desgleichen beim "Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" (VDEST Nord-westliche Gruppe), 1887 General-

Die Opposition im "Deutschen Handelstag".

So sehr indessen die Korporation, wie 1878/79 in der Frage der Industriezölle, gelegentlich taktische Rücksichten walten ließ, an ihrem Verhältnis zum Centralverband Deutscher Industrieller, seinen Schutzverwandten und Mutterorganisationen hatte sich darum noch keine grundlegende Änderung²⁰¹ ergeben.

Es war weiterhin von Spannungen und Gegensätzen gekennzeichnet, die, teils verdeckt, teils in offener Konfrontation - so im Handelstag - ausgetragen wurden, wo sich die Ältesten allen Projekten versagten, die geeignet waren, den Einfluß des CDI zu festigen oder auszudehnen.

Anmerkungsübertrag, S. 148, Anm. 200)

sekretär der Nord-westlichen Gruppe und 1887-1910 Geschäftsführer beim CDI sowohl, wie 1893-1910 beim VDEST - prädestinierte Bueck dank der Organisationsfiliation, die vom Langnamverein zum VDEST (Nord-West) verlief und im CDI gipfelte, bereits zum Sprecher des CDI, ehe er dort in amtlicher Funktion wirkte. So konnte Bueck schon 1877 auf der entscheidenden Frankfurter Hauptversammlung des CDI - hier feierte Tiedemann im Auftrag Bismarcks Friedrich List - als Referent das handelspolitische Grundsatzprogramm des Centralverbands vertreten. Vgl. im einzelnen: Fritz Berg (hrsg.), Der Weg zum industriellen Spitzenverband, Darmstadt 1956, S. 37 ff., 40; Winschuh, a.a.O., S. 12-22, 43 f., 49 f., 57 ff., 60 f.; Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 251; Lambi, Die Organisation, passim.- Die frühe Agitation des CDI übernahm Techniken der Freihandelsagitation, wandte sich aber bewußt von deren z. T. weltbürgerlich und humanitär orientierten Inhalten ab. (Lambi, a.a.O., S. 305; Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, I., S. 496-500: zum Verhältnis von Freihandel und auswärtigen Beziehungen am Beispiel Englands).

- 201) Der Langnamverein (gegr. 1871) brachte mittelbar, als "Mutter des VDEST" (Winschuh) ein "Geflecht von sympathisierenden, zusammenarbeitenden Wirtschaftsverbänden" (ders.) in den CDI ein, darunter zahlreiche westliche Handelskammern: den VDEST, die Verbindung zum "Verein Deutscher Eisenhüttenleute", zum Zechenverband und zum "Bergbaulichen Verein" in Essen. Winschuh, a.a.O., S. 106. Vom Versuch, die Initiative zur Errichtung eines Volkswirtschaftlichen Senats mit Mitgliedern des Berliner ÄC abzustimmen, berichtete Friedrich Hammacher (Langnamverein und Verein f. d. bergbaulichen Interessen im Oberamtsbezirk Dortmund) 1878 dem Handelstag. (Verhandlungen 8. Handelstag, S. 24).

Diese Opposition war konsequent. Schon wenige Tage, nachdem sich die "Freie volkswirtschaftliche Vereinigung" des Reichstags der Öffentlichkeit als echtes Ziehhkind des Centralverbands vorgestellt hatte,²⁰² griff ein Sprecher der Korporation die parlamentarische Gruppierung vor dem Plenum des achten Handelstages an. Die Vereinigung, das stand für den Berliner Delegierten fest, war ein in jeder Hinsicht bedenkliches Zwittergebilde, dessen Handeln notwendig politische- und Wirtschaftsfragen in ungutem Wechselverhältnis verband.²⁰³

Ähnlich ablehnend verhielt man sich in Berlin gegenüber dem Vorhaben, in Deutschland einen "Volkswirtschaftlichen Senat" zu errichten, und darüber Handelskammern und freie wirtschaftliche Verbände als Wahlkörper ein und derselben zentralen, staatlich anerkannten Gesamtpräsentanz einander gleichzuordnen.²⁰⁴ Auch die, weniger ehrgeizige, Alternative eines "Han-

- 202) Zur Gründung der Vereinigung: Hardach, a.a.O., S. 154 ff.; Alex Bein, Friedrich Hammacher, in: Rheinisch-westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. II, Münster 1937, S. 48-67, speziell S. 56 ff., Rosenberg, Depression, S. 166 f. Die insgesamt recht zurückhaltende Erklärung, mit der die Vereinigung erstmals am 17.X.1878 wirtschaftspolitisch hervortrat, entspricht taktischem Geschick.
- 203) Verhandlungen 8. Handelstag, S. 15, Gustav A. Mueller (ÄC), am 30.X.1878. Die Argumentation Muellers ist insgesamt widersprüchlich, der Tadel an einer Vermengung von Wirtschaft und Politik nur insoweit im liberalen Lager verständlich, als hier nicht mehr liberale Politik in die Ökonomie drängte, - und vice versa.
- 204) Vgl. Referat H.A. Buecks vor dem 8. Handelstag - Verhandlungen 8. Handelstag, S. 8-12 zur Motivierung eines Antrags "Düsseldorf und Genossen". B. sprach für den verhinderten Referenten der Kammer Elberfeld, Meckel. Der Widerstand des ÄC entsprang neben der Ablehnung des ständisch-korporativen Elements der Vorschläge der berechtigten Befürchtung, in der zentralen Vertretung handelspolitisch von Anhängern des CDI majorisiert zu werden. Daher wurde vor allem die empfohlene Berufung der Mitglieder durch die Regierung abgelehnt. (Mueller, ebda., S. 15). Der Langnamverein und die Handelskammer Bielefeld hatten schon 1874 den Vorstoß von 1878 vorbereitet ("Der Handelstag", I., S. 47, 65). Von den Befürwortern wurde teils auf das Beispiel des französischen "Conseil supérieur du Commerce, de l'agriculture et de l'industrie" verwiesen, teils das Exempel des Deutschen Landwirtschaftsrats bemüht. "Wegen Überlastung mit Privatgeschäften" lehnte Werner von Siemens 1880 die ihm angetragene Mitarbeit im Volkswirtschaftsrat ab. Siemens war für diese Funktion zusammen mit Angehörigen des ÄC der KdK "präsentiert" worden. (Schreiben Werners v. Siemens an Staatsminister Achenbach vom 4.XII.1880 in: SAA 2/Lg 316)

dels- und Industrierates" fand keine Billigung.²⁰⁵ Als der Handelstag sich 1880 mit der Besetzung der Bezirks- und Landeseisenbahnräte befaßte, die das Gesetz über die Verstaatlichung der preußischen Bahnen vorsah, boten die Beratungen das gleiche Bild.²⁰⁶ Der Versammlung lag neben einer Denkschrift ein Entschließungsantrag der KdK vor, der den Nutzen der neuen Institutionen überhaupt anzweifelte, sich wohl in den gesetzgeberischen fait accompli schickte, zugleich aber betonte, daß die Befugnis, Beiratsmit-

Anmerkungsübertrag, S. 150, Anm. 204)

Zum verfassungsgeschichtlichen Kontext des im Bismarckschen "Volkswirtschaftsrat" wieder auflebenden Gedankens, sowie der Diskussion des Problems der Repräsentation durch Interessenvertreter: Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1879, Bd. IV., Stgt. 1969, S. 1026-1037; Weber, Wirtschaft u. Gesellschaft, I., S. 221 f. Zur speziellen Problematik des "förderativen und korporativen Elements" (Rothfels) der Bismarckschen Innenpolitik, vgl. Hans Rothfels, Bismarck und der Staat, 3. Aufl. Darmstadt 1958, S. XLV; ders., Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik 1871-1905, Kgsbg./Pr., 1927, S. 63. Fischer, Unternehmerschaft, S. 81 ff; Vgl. auch Bismarcks "Schreiben an das Staatsministerium, betreffend die Errichtung eines Volkswirtschaftsrats" vom 15.X.1880, abgedr. in: Heinrich v. Poschinger, Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. II., S. 10-18.

205) Für ein Organisationsschema, das die Handelskammern zu Bezirkshandeltagen zusammenfaßte und diesen im "Industrie- und Handelsrat" eine staatlich anerkannte Spitze geben sollte, hatten sich während der 1870er Jahre Langnamverein und Handelskammer Bielefeld verschiedentlich - ohne Erfolg -, eingesetzt. Das "Steckenpferd" (Wunschuh) von Konrad Bertelsmann (Handelskammer Bielefeld, Mitbegründer u. bis 1878/79 stellvert. Vorsitzender des Langnamvereins) wurde bei der KdK abgelehnt: der Rat hätte als Werkzeug schutzzollfreundlicher Majoritäten in Plenum und Ausschuß des Handelstages die eigenständigen Konzeptionen Berlins bedrohen können. Vgl. Wunschuh, a.a.O., S. 15; "Der Handelstag", I., S. 47, 65 ff.

206) Verstaatlichungsgesetz vom 20.XII.1879 (GS 635), sowie die Gesetze vom 14.II. und 7.V.1880 (GS 20, 157). Überblick über die vorausgegangen und gescheiterten Initiativen Bismarcks in der Reichseisenbahnfrage zwischen 1875 und 1879 und zu den Verstaatlichungen in Preußen im Wege des Ankaufs privater Linien bei Huber, Verfassungsgeschichte IV., S. 1057-1068. Das "Gesetz betreffend die Einführung von Bezirkseisenbahn-Räten und eines Landeseisenbahn-Rates" vom 1.6.1882 räumte Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, industriellen Interessenverbänden, sowie den landwirtschaftlichen Provinzialvereinen in Preußen das Recht ein, Vertreter zu den Beiräten zu wählen. Über die

glieder zu bestimmen, ausschließlich bei den Handelskammern liegen müsse.²⁰⁷ Wilhelm Herz erklärte bündig für die Kaufmannschaft, "wir meinen..., daß zu diesen [Beirats-] Wahlen außer den Handelskammern und Korporationen freie Vereine nicht zugelassen werden dürfen".²⁰⁸ Treffend, wiewohl polemisch, deuteten schwerindustrielle Fracht- und Zollinteressenten den Widerstand gegen die freien Wirtschaftsverbände, und damit: gegen CDI, Langnamverein und die Fachorganisationen in Montan-, Eisen- und Stahlindustrie, als Äußerungen liberalen Grolls, die dem Ärgernis der wirtschaftspolitischen Neuorientierung insgesamt galten.²⁰⁹

Anmerkungsübertrag, S. 151, Anm. 206)

anteilige Berücksichtigung der einzelnen Organisationen hatten die preußischen Minister der Ressorts Handel und Gewerbe, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft zu befinden. Die Mitglieder des Preußischen Landeseisenbahnrates wurden von den Ministern ernannt. (§§ 1, 3 und 10 des Eisenbahnrategesetzes). Vgl. W. Marain und W. Metterhausen (hrsg.), Deutsches Reichsgesetzbuch für Industrie, Handel und Gewerbe, Bd. III, Preußisches Gesetzbuch, 12. Auflage, Bln. 1900, S. 279.

- 207) Nach dem Berliner Entwurf war die "Einsetzung von Beiräten" keine "wirksame Garantie" für die effektive Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Kritisch dagegen: Bueck und Dr. Natorp (Handelskammer Essen und Vorstandsmitglied des Langnamvereins). Der Passus wurde in der Abstimmung vom ÄC fallen gelassen. (Verhandlungen 9. Handelstag 1880, S. 40, 46).
- 208) Ebda., S. 38. Herz, (im ÄC 1866-1902, seit 1889 1. Vizepräsident, seit 1895 Präsident des ÄC). Seniorchef der Fa. S. Herz (Öl, Gummiwaren), betätigte sich später in der Brauereiindustrie und gehörte seit 1876 dem AR der Deutschen Bank an. (K. Zielenziger, Juden im deutschen Wirtschaftsleben, Bln. 1930, S. 96; Kaznelson, a.a.O., S. 795; Helfferich, Georg von Siemens, I., S. 290).
- 209) Das ÄC hatte hier in der Tat erneut den parlamentarisch erfolglosen linksliberalen Widerstand gegen die Bismarcksche Wirtschaftspolitik, d.h. im vorliegenden Fall gegen die Reichs- und preußische Bahnpolitik, mit übernommen. Zusammenfassend zum parlamentarischen Geschick der Verstaatlichungsvorlagen: Huber, a.a.O., IV., S. 1026-1037.

Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich in der Tat dem Facit zustimmen, das einer der geschäftigsten Vertreter der westlichen Rohstoffwerke, Friedrich Hammacher,²¹⁰ für die noch andauernde Konfrontation fand:

- 210) Verkehrsfragen, d.h. die Rentabilität von Schwertransporten, waren für Montan-, Eisen- und Stahlindustrie seit je Fragen der eigenen Existenz gegenüber transportbegünstigteren, bzw. industriell entwickelteren Ländern im europäischen Westen. Unter Hinweis auf das ungenügend ausgebaute Verkehrssystem motivierten Abgeordnete und westliche Handelskammern 1861/63 ihren Widerstand gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag, und selbst bei der als freihändlerisch geltenden KdK machte man im nachhinein (Jahresbericht 1862) das Plazet zum Vertrag von dem Ausbau der Verkehrswege abhängig. Kennzeichnenderweise entstand der Langnamverein 1871 als Zusammenschluß von Verkehrsinteressenten. Die wirkungsvolle Beeinflussung des Eisenbahnwesens, der Linienführungen, der Frachtsätze und der Wagengestellung - und damit auch die Besetzung der Eisenbahnrüte - war und blieb eines der vordringlichsten Verbandsziele der Organisationen der Schwerindustrie. Dabei machte sich noch zusätzlich in den Fachverbänden die Rivalität einzelner Industriereviere geltend; so zwischen der Nord-westlichen und der von Stumm patronisierten Süd-westlichen Gruppe des VDEST. Vgl. F. Zunkel, Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer, S. 198; Fischer, Herz des Reviers, S. 148, 153 f., 232 ff; St.Ber. HdA., VII., 1., Bd. 2, S. 680 f; "Die Korporation", S. 233; Wünsch, a.a.O., S. 16-24, 33 f., 39 f., 42 u. passim; Hellwig, Stumm, S. 313-322. In der Frage des Eisenbahnsystems - privat, "gemischt" oder ausschließliches Staatsbahnsystem - war die Haltung der westlichen Schwerindustrie - konjunkturbedingt - schwankend. Das zeigt nicht zuletzt das Beispiel Hammacher. Friedrich Hammacher, - seit 1856 selbst unternehmerisch im Bergbau tätig, Gründer und Vorsitzender des "Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" (1858-1890), schon 1871 für den Langnamverein in Eisenbahnsachen in Berlin, 1872-1904 Mitglied des Handelstagsausschusses, 1879-1886 dort stellvertretender, 1885/86 geschäftsführender erster Vorsitzender, 1863-1898 MdA. (Fortschrittspartei, bzw. ab 1866 nationalliberal) und 1868-1871 MdR des Norddeutschen Bundes, sowie 1870-1873 und 1875-1898 MdR des 2. Reiches -, Hammacher vertrat noch 1865 die Ansicht, staatliche Interventionen im Bahnwesen seien "Kommunismus". In den 1870er Jahren erfuhr er dann auf diesem Gebiet mit den meisten seiner Berufskollegen sein Damaskus und wurde einer der energischsten Anhänger des Staatsbahnsystems. Fischer, a.a.O., S. 26; Wünsch, a.a.O., S. 24; Bein, Hammacher, a.a.O., S. 52 ff; "Der Handelstag", I., S. 420; ebda., II., S. 116 (H. auf der 3. Vollvers. des Handelstages in Ffm./1865). Zusammenfassend: Hans Dieter Krampe, Der Staatseinfluß auf den Ruhrbergbau in der Zeit von 1800 bis 1865, Köln 1961, S. 169-178. Kurt Bloemers, Der Eisenbahntarif-Kampf, in: Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 151-170; Friedrich Schunder, Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrbergbaus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, ebda., S. 226-247, speziell S. 230 ff.

"Wenn man die Berliner Denkschrift liest, ... gewinnt man ... die Überzeugung, daß das Berliner Ältestenkollegium mit den freien Vereinen und der ganzen Richtung unserer Wirtschafts-gesetzgebung auf einem gespannten Fuße lebt, als es für eine vorurteilslose Erörterung des Instituts der Eisenbahnräte zuträglich ist". 211

Die Beharrlichkeit, mit der die Korporation sich der "ganzen Richtung" verschloß, - sie machte Hammacher wohl lediglich rhetorisch erstaunen -, gehörte zu den Konstanten zeitgenössischer Interessenpolitik und entfaltete sich im Widerspiel zur Epochenwende von 1878/79 noch in zahlreichen anderen Aspekten, auf die an dieser Stelle nur kurz einzugehen ist.

Von ihr zeugt, wie zu zeigen sein wird,²¹² der Widerspruch zur staatlichen Arbeiterpolitik, das Nein zum System der "zwangsgenossenschaftlichen Sozialversicherung als [eines verkappt bonapartistischen, antiliberalen, H.M.B.] politischen Kampfmittels" (Rosenberg).²¹³

Im Berlin des Sozialistengesetzes tritt sie in dem gewiß schwachen, etwas verschämten, aber immerhin registrierbaren Ansatz zu Tage, der Gesinnungs- riecherei zu wehren. Der ausgewiesene Paul Singer behält sein Mandat in

211) Verhandlungen 9. Handelstag 1880, S. 43 (Sperrung H.M.B.).

212) Siehe unten, S. 197.

213) Rosenberg, Depression, S. 210 (Zitat). Vgl. auch Darstellung, ebda., S. 210-227. Correspondenz, Jgg. III., 1880, S. 41 ff. ("Zum Gesetz-entwurf betreffend die Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Be-trieben vorkommenden Unfällen"), ebda., Jgg. IV., 1881, S. 19-22 ("Die Unfallversicherung der Arbeiter"), ebda., Jgg. VI., 1883, S. 33 ff. ("Der Gesetzentwurf über Versicherung von Unfällen"). Denkschriften des AC vom 8.IV.1880 (Petition an den Bundesrat) und vom 17.III.1881. Die Gedankenführung der Stellungnahmen variiert geläufige linksliberale Vorstellungen. Kritisiert werden die umfassende Meldepflicht bei Unfällen, die kurzen Meldefristen, ortspolizeiliche Kontrollbefugnisse und die Beschränkung der Maßnahmen auf die Fabrikarbeiterschaft. Empfohlen wird die Fortentwicklung bestehender gesetzlicher Haftpflichtregelungen, ihre Erstreckung auf Handwerk und Landwirtschaft, der Ausbau des betrieblichen Hilfskassenwesens. Den Plänen der Regierung zuzustimmen hieße "unberechenbare Projekte" zu verfolgen, bedeute einen "erheblichen Schritt auf dem Weg zur Errichtung eines sozialistischen Staates". (Correspondenz, Jgg. IV., 1881, S. 21).

einem Fachausschuß der KdK.²¹⁴ Endlich richtete sich Opposition aus dem ÄC gegen den in der "Berliner Bewegung" virulent hervortretenden Antisemitismus.²¹⁵

Die Berliner Kaufmannschaft
bei der Abwehr gegen emanzipatorischer Strömungen : KdK
und Berliner Antisemitismus-
Streit.

Fast die Hälfte des Kollegiums, darunter Präsident und erster Vizepräsident der Ältesten, befand sich unter den 75 Berliner Honoratioren, die im November 1880 gegen die Bestrebungen Stöckers, die jüngste politische Publizistik Treitschkes, und - generell - den seit Beginn der langen wirtschaftlichen Depressionsperiode der Jahre 1873-1896 spürbar anziehenden Druck der teils ökonomisch, teils bereits rassistisch, oder - insbe-

214) Paul Singer, der als Fabrikant 1878 "unter dem Eindruck des Sozialengesetzes vom Fortschritt zu den Sozialdemokraten übertrat" (Tourey), Parteimäzenat der SPD, seit 1883 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und 1884-1911 MdR, war Mitglied der 1878 vom ÄC eingerichteten "Sachverständigen-Kommission für gewerbliche Angelegenheiten" sowie der "Ständigen Deputation der Textilinteressenten" der KdK. Das ÄC verfügte nach dem Bekanntwerden der Ausweisung Singers im Juli 1886, daß "die Stelle dieses ... geschätzten Mitgliedes ... einstweilen unbesetzt" bleiben solle. Jacob Tourey, Die politische Orientierung der Juden in Deutschland - Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966, S. 195, 229 (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 15); Bernstein, Geschichte, II., S. 116 f., 180 ff., zit. S. 182. Heinrich Gemkow, Paul Singer. Ein bedeutender Führer der Deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1957, S. 5-68.

215) Sammlung der wichtigsten Zeugnisse der die "Bewegung" begleitenden akademischen Polemik: Treitschke-Graetz-BreBlau-Mommsen bei Walter Boehlich (hrsg.), Der Berliner Antisemitismusstreit, 2. Aufl., Ffm. 1965; Kritisch zur rein psychologischen Deutung der Position Treitschkes bei Boehlich. (Ebd., S. 239-266 /Nachwort/): Hans Liebeschütz, Das Judentum im deutschen Geschichtsbild von Hegel bis Max Weber, Tüb. 1967, S. 182 (= Schriftenreihe Baeck Institut 17). Zum Werdegang Adolf Stöckers und zur antisemitistischen Wende in seinem Wirken: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die Christlichsoziale Bewegung, 2. Aufl., Hamburg 1935, S. 32-102. Nützlich trotz der apologetischen Linie des führenden NS-Historiographen; Wanda Kampmann, Deutsche und Juden. Studien zur Geschichte des deutschen Judentums, Heidelberg 1963, S. 240-249.

sondere in akademischen Zirkeln - "kulturell" argumentierenden Judenfeindschaft nachhaltig Verwahrung einlegten.²¹⁶

Gewiß, der Anruf von Lessings Erbe stand dabei für die Führung der Korporation mit im Dienste der Verteidigung sehr konkreter eigener Belange.²¹⁷

Die Kaufmannschaft, die ihren Aufstieg, die steigende Einkünfte und wachsenden Einfluß nicht zuletzt dem Aufstieg der Berliner Börse, des Berliner Effekten- und Produktengeschäfts verdankte,²¹⁸ hatte Ursache genug, schon aus Gründen der materiellen Selbsterhaltung eine Agitation zu bekämpfen,

216) Erklärung vom 12.XI.1880, abgedr. bei Boehlich, a.a.O., S. 204 ff. Unterschriftenliste bei Liebeschütz, Judentum im Geschichtsbild, S. 341 f. Neben dem Präsidenten Paul E. Conrad, dem Vicepräsidenten G.C.A. Dietrich und den Ältesten G.J.F. Arndt, G.A. Delbrück, F.J. Kauffmann, C.J.E. Keibel, E.H. Kochhann und A.E. Frentzel - d.h. 8 von insgesamt 21 Ältesten - hatte auch der Syndikus der KdK, Beisert, den Aufruf unterschrieben. Zur Ausbildung der Spielarten des modernen rassistischen aus dem ökonomischen und "kulturellen" Antisemitismus während der großen Depression: Rosenberg, Depression, 93, 96, 105 ff.

217) Boehlich, a.a.O., S. 205: "An dem Vermächtnis Lessings rütteln Männer ..."

218) Einnahmen aus Besitz und Verwaltung der Berliner Börse - "wichtigste und kostbarste Einrichtung" der KdK, "der feste Kern, um den sie sich gebildet hatte" (Die Korporation, S. 91) - stellten in einzelnen Jahren über 3/4 aller Haushaltseinnahmen der Korporation. So 1870 213.000 M. von insgesamt 274.000, und 1893 497.000 M. von insgesamt 716.000. (Berechnet nach: Ebda., S. 336 f.; aus diesen Haushaltsansätzen ergibt sich für 1870 bzw. 1893 ein Überschuß von 26.000 bzw. 119.000 Mark. Die Ziffern wurden auf volle Tausender vereinfacht). Die wachsende Bedeutung der Effektenbörse belegt u.a. die steil ansteigende Zahl der in Berlin notierten Werte. Von 1870 bis 1910 stieg sie bei aus- und inländischen Fonds und Staatspapieren von 35 bzw. 64 auf 373 bzw. 587, bei Bank- und Industrieaktien und Obligationen von 43 bzw. 9 auf 147 bzw. 1.101 an. (Nach Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, 5. Aufl., Bln. 1921, S. 489). Für Getreide, Mehl und Spiritus war Berlin bis in die 1890er Jahre die bedeutendste deutsche Produktenbörse. Im Effektenhandel hatte Berlin nach 1866 Frankfurt/M. als wichtigsten deutschen Börsenplatz abgelöst und wurde noch vor 1914 neben London und Paris zur größten Börse des Kontinents. Berlin dankte diese Entwicklung außer den politischen Entscheidungen der Jahre 1862-1871 vor allem dem gegenüber dem hier zögernden Frankfurt früh ausgebauten Geschäft in Industripapieren, sowie der Zentralisierung und Konzentrierung des deutschen Bankwesens in der Stadt, was freilich gegen Ende des Jahrhunderts die Entwicklung des Börsengeschäfts

die u.a. vom antikapitalistischen Affekt der Krisenstimmungen lebte;²¹⁹ diese ausbeutete zur Dämonisierung der Börse als Inbegriff des modernen Geldkapitalismus und in der jüdischen Minderheit ein publizistisch - und später auch wirtschaftshistorisch - hinlänglich ausgerufenes Element

Anmerkungsübertrag zu Anm. 218), S. 156.

negativ beeinflusste. Vgl. zu Bank- und Börsenwesen in Berlin im einzelnen: Georg Buss, Berliner Börse von 1685-1913, Bln. 1913, Die Korporation, S. 30-41 u. passim; Oskar Meyer, Die Berliner Börse seit Begründung der Handelskammer zu Berlin, in: Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902 - 1927, Bln. 1927, S. 20-30; Max Weber, Die Börse, in: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, S. 256-322, speziell S. 263, 281 f.; Hermann Blumenthal, Die Berliner Produktenbörse unter besonderer Berücksichtigung des Getreidehandels, Leipzig 1928, S. 7-13 (= Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar an der Universität Erlangen, Heft 6); Goetz Briefs, Spiritusindustrie, in: HdSt., 4. Aufl., Bd. VII., S. 713-724, speziell 714-718; Riesser, Die deutschen Großbanken, S. 629 f.; Hilferding, Finanzkapital, S. 151 f., 175, 193; Hans Weber, Bankplatz Berlin, S. 35-62, 155-161.

- 219) Zum antikapitalistischen Affekt im ökonomisch verunsicherten Bürgertum während der großen Depression: Rosenberg, a.a.O., S. 93, 96, 116; Hans-Ulrich Wehler, Das Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973, S. 110-118, (Deutsche Geschichte, hrsg. v. Joachim Leuschner, Bd. 9); Peter G.J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914, Gütersloh 1966, S. 44 f., 47; Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, I.: Antisemitismus, Frankfurt/M./Bln. 1975, S. 71-82 (zit.: Taschenbuchausg. Ullstein). Iring Fetscher, Zur Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland, in: H. Huss u. A. Schröder (hrsg.), Antisemitismus - Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M., 1965, S. 11-33; Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Bewegung. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. VI.), Frankfurt/M. 1967, S. 25-52. Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893-1914), Hannover 1967, S. 116, 121 f., 135 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B.: Historisch-politische Schriften).

kapitalistischen Neuerertums fand,²²⁰ das sich den ständisch-vorindustriellen Ressentiments ökonomisch absinkender Schichten

- 220) Börsenfeindlichkeit, angesichts des jüdischen Anteils an der Ausbildung des modernen Bank- und Börsenwesens schon charakteristisch für den frühen, vornehmlich ökonomisch und konfessionell gerichteten Antisemitismus vor der Stoeckerschen Agitation, bestimmte um 1880 das antilibérale und antijüdische Ressentiment bis weit in die Reihen des Centrums hinein, wo die "Abrechnung mit dem Fortschritt" und den "jüdischen Börsenmachthabern" Berlins begrüßt wurde. (St.Ber. HdA., XIV., 2., Bd. 1, 1880/81, S. 232, 234, 256 ff: Abgeordnete Reichensperger und Bachem am 20. und 22.XI.1880). Dem "Börsenliberalismus", d.h. der am Weltmarkt orientierten Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte, galt seit den 1890er Jahren der unentwegte und antisemitistisch akzentuierte Kampf des "Bundes der Landwirte" (BdL). Vgl. Correspondenz des BdL., 1897, Nr. 1, S. 1: "Der Auszug aus der Börse"; ebda., 1897, Nr. 2, S. 1.: "Agrarier und Börse". Zusammenfassend Puhle, Agrarische Interessenpolitik, S. 117; Rosenberg, a.a.O., S. 109 ff. Die antikapitalistisch stilisierte Agitation des BdL griff mit einer gewissen Folgerichtigkeit im börsenmäßigen Handel die Institution an, in der sich "Rationalisierung und Kommerzialisierung" als beherrschende Prinzipien der modernen kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung (Sombart) früh vervollkommen hatten. Vgl. Werner Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben, 2. Aufl., München 1928, S. 60, 95, 98 ff. Kritisch gegenüber agrarischer Börsenfeindschaft und liberalem Plädoyer für die Börse, Hilferding, a.a.O., S. 198-204. Gegenüber den Sombart'schen Forschungen und Thesen zum jüdischen Anteil an der Ausbildung des "modernen Kapitalismus" sind Reserven angebracht. Sie sind - in den Worten Hannah Arendts - weit eher der "wissenschaftlich verhüllte" Ausdruck "der Irrtümer des antiliberalen Kleinbürgertums der achtziger Jahre" (H. Arendt, a.a.O., S. 73) als die produktive Rezeption der Max Weber'schen Aufsätze zum Verhältnis von Kapitalismus und protestantischer Ethik, für die Sombart seine Publikationen gerne gehalten wissen wollte. (W. Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben, Vorwort, S. V: die Studien M. Webers sollen "einige Stellen tiefer" getrieben werden). Sombarts Arbeiten waren wegen ihrer leicht infabulierenden Gewandtheit ebenso publizistisch erfolgreich wie Treitschkes Aufsätze und Reden. Daß ein so umfangreiches Werk wie der "Moderne Kapitalismus" 8 Auflagen erleben und schließlich in 6 Halbbänden erscheinen konnte, lag an dieser Darbietungsweise, in der sich Wissenschaft populär gab. Der Wandel Sombarts vom Verfechter des linken Kurses im Verein für Socialpolitik zur Kollaboration mit dem Nationalsozialismus mochte widersprüchlich sein. Die Umdeutung und Neubesezung der leitenden Gedanken von "Die Juden und das Wirtschaftsleben" waren es nicht. Die Theorie von der Existenz fester, anthropologisch konstanter "Rasseeigenschaften" im Judentum und deren besonderer Affinität zum modernen Kapitalismus lud zu einer antisemiti-

als Haßobjekt anbot.²²¹

Daß die KdK hier im Jahre 1880 - und darüber hinaus auch späterhin, wann

Anmerkungsübertrag zu Anm. 220), oben S. 158

schen Interpretation ein. Sombart hatte sich in dem Werk als Anhänger der "überragenden Bedeutung des Rassefaktors in der Geschichte" vorgestellt und wußte sich als "Blutsgläubiger" im Gegensatz zu den "Milieutheoretikern". (Sombart, Die Juden..., S. 384, 389 und ders., Der Bourgeois, München 1913, S. 281). Zum Hintergrund der "aristokratischen" Wendung Sombarts zur Geistesgeschichte und einem mit anthropologischen Stereotypa arbeitenden Psychologismus: Dieter Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik, Teil II., Wiesbaden 1967, S. 314-334. Der Anpassung an den "deutschen Sozialismus" der NSDAP gilt die Publikation von Werner Krause, Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialisten zum Faschismus, Berlin (DDR) 1962, S. 152-166. Ablehnend zu Krause: Lindenlaub in der zitierten Veröffentlichung und Bernhard vom Brocke, "Werner Sombart", in: H.-U. Wehler (hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. V., Göttingen 1972, S. 130-148. An Unternehmen u. Unternehmern wie AEG und Emil Rathenau veranschaulichte Sombart - ohne Kenntnis von Firmenakten - seine Unternehmertheoreme. Ähnliches Verfahren bei der Vorstellung jüdischer Pioniergestalten in Textilindustrie, im Presse- und Reklamewesen. (Sombart, Juden und Wirtschaftsleben, S. 131 ff., 164 f.). Überblick über die Aufnahme der Thesen Sombarts in der Literatur bei Helmut Gensel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, S. 15 f. (=Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 38). Kritische Anmerkungen zum Ertrag und zum methodischen Vorgehen in Sombarts Schriften zum jüdischen Anteil an der Genese des Kapitalismus bereits früh bei Max Weber: "Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus", in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, I., Tübingen 1920, S. 17-205, speziell S. 86; Wirtschaft und Gesellschaft, I., S. 472 ff., "Die Entfaltung der kapitalistischen Gesinnung", in: Max Weber, Die protestantische Ethik, I. Eine Aufsatzsammlung, hrsg. v. Johannes Winckelmann, München/Hamburg 1969, S. 344-360, speziell S. 349 ff.

- 221) "Das Wiederaufflammen und Anwachsen des ökonomischen Antisemitismus war eine ausgesprochene Depressionerscheinung, eine Konsequenz sowohl wie ein Symptom 'schlechter Zeiten'". (Rosenberg, a.a.O., S. 96). Zusammenfassend zur Gesamtproblematik: Reinhard Rürup, "Judenemanzipation und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland", und ders., "Die 'Judenfrage' der bürgerlichen Gesellschaft und die Entstehung des modernen Antisemitismus" in: Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur 'Judenfrage' der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 11-36 und 74-94. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 15).

immer der Spielraum der Berliner Börse offen oder mittelbar in die Diskussion geriet, - durchaus handfeste Eigeninteressen mitverteidigte, ist demnach ebenso festzuhalten, wie der fraglos hervorragende politische und geistesgeschichtliche Rang dieses bürgerlichen Protests. Handelte es sich doch um ein Selbstzeugnis des dritten Standes, das in seiner eindrucksvollen Geschlossenheit in jüngerer Zeit keine Entsprechung hat.²²²

Die Ältesten und alle jene anderen Berliner Notabeln, die den Appell gegen "Racenhaß und Fanatismus" unterschrieben hatten: Vertreter des Liberalismus aus Handel und Industrie, Stadtverwaltung, Landes- und Reichspolitik, sowie das starke Kontingent der Akademiker und Hochschullehrer, verfochten damit, auch kritisch betrachtet, zweifellos mehr als die lediglich ökonomischen Chancen einer bestimmten, örtlich und numerisch begrenzten Honoratiorengruppe.²²³ Ihr Engagement war umfassender, mußte es sein.

222) Vgl. Liebeschütz, Geschichtsbild, S. 341.

223) Die "Erklärung gegen den Antisemitismus und seine Förderer", in der Berliner "Nationalzeitung" am 14.XI.1880 veröffentlicht, war u.a. von 7 Berliner Stadträten, je einem Stadtverordneten u. Stadtältesten, vom Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtsyndikus, v. Forckenbeck, bzw. Duncker und Zelle unterzeichnet. Unterschrieben hatten auch 20 Professoren, darunter der Rektor der Universität Berlin, Hofmann, die Historiker Mommsen, Droysen, Wattenbach und Friedrich Kapp, der Jurist Gneist sowie Virchow und Max Weber, der Vater. Werner von Siemens zeichnete als Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Die Banken waren mit Georg Siemens (Deutsche Bank) und Friedrich Gelpcke (Breest & Gelpcke, bzw. Berliner Handels-Gesellschaft) sowie Adalbert Delbrück (Delbrück, Leo & Co, bzw. Deutsche Bank) und Eduard Conrad (Berliner Handels-Gesellschaft, zugleich Präsident des ÄC. der KdK.) vertreten. (Berechnet nach Liste und Angaben bei Liebeschütz, a.a.O., S. 341 f; Fürstenberg, Lebensgeschichte, S. 121 f; von der "Erklärung der 75 Professoren der Berliner Universität" spricht irrtümlich Alfred Heuss, Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert, S. 201; "Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert Deutscher Wirtschaft. 1856-1956", S. 15 f, 26, 277 ff.

Zu Recht sahen die Zeichner der Erklärung in der Judenfeindschaft, welche die Zeit der "Großen Depression" begleitete, die Chiffre der teils uneingestandenen, teils durchsichtig proklamierten allgemeineren Auflehnung wider die liberalen Grundpositionen des freien und ungehinderten Verkehrs und Wettbewerbs der Güter und Gedanken;²²⁴ Antisemitismus galt ihnen

- 224) Angriffe auf das jüdische und liberale Element in Kommunalverwaltung und Börse reflektieren einerseits die Verknüpfung allgemeinbürgerlicher und jüdischer Emanzipation, andererseits die Gebiete, auf denen dem jüdischen Bevölkerungsteil entweder vor - so in der Berliner Börsenkorporation von 1805 als Organisationskern der 1820 gegründeten KdK - oder nach der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung - so mit charakteristischen Einschränkungen bis 1848 in der Kommunalpolitik - die rechtliche Gleichstellung eingeräumt wurde. Vgl. St.Ber.HdA., a.a.O., S. 256 ff (Bachem). Zum Anteil an der Berliner Kommunalpolitik des Vormärz: Stefi Wenzel, Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808-1848, Berlin 1967, S. 43-69 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Bln., Bd. 21). Quantifizierungen zum jüdischen Anteil an Kommunal-, Landes- und Reichspolitik vom Vormärz bis 1914 bei Toury, Politische Orientierung, S. 319-325. In der "Vereinigten Börsenkorporation", von 1805 bis 1820 die provisorische Gesamtvertretung des Berliner Handels, waren neben den christlichen Gilden der Tuch- und Seiden (Klein)Händler, der Materialisten (= u.a. Lebensmittel-, Spezerei- und Kurzwarenkleinhändler) sowie außer anderen königlich privilegierten Fabrikanten und Händlern, bei insgesamt ca. 1.200 Mitgliedern anfänglich bereits 131 "Herren jüdischer Nation" vertreten. Diesen standen 2 von 4 Plätzen im Vorstand, und 5 bzw. (1812) 8 von 18 Sitzen in der "Repräsentanz" der Börse zu. Unter 23 Mitgliedern des aus Delegierten der Vorstände von Börse, Gilden und jüdischer Kaufmannschaft konstituierten "Börsenkomitès" befanden sich 1812 insgesamt 10 jüdische Mandatäre. Vgl. "Die Korporation", S. 22-40, 60 f, 79; Sombart, Juden und Wirtschaftsleben, S. 109 f. Es wirft ein kennzeichnendes Licht auf das Anziehungsspektrum des jungen CDI, daß sich unter seinen ersten Mitgliedern in Berlin wohl die Weber- sowie die Tuchmacherinnung befanden, nicht jedoch die Berliner Konfektion, bzw. Textil-Großindustrielle vom Schlage Reichenheims: unter spezifisch nationalem Akzent kehrte im CDI-Programm die alte Zunft- und Innungsforderung wieder, die "Nahrung" gegen Störer von außen zu schützen und wurde beifällig bei denen aufgenommen, die seit eh und je sich gegen die - in der Textilindustrie häufig jüdische - Initiative zur Industrialisierung und Liberalisierung gewandt hatten.

als eines der Gesichter, war ihnen Ausdruck und - nicht überzeugende - Motivierung eines jüngeren, nicht mehr bürgerlich-emanzipatorischen, sondern ins Konservativ-Reaktionäre verkehrten Nationalismus.²²⁵ Denn, wie anders war denkbar, gegen das bescheidene Maß an bürgerlicher Mitwirkung zu polemisieren, welches der Dritte Stand und mit ihm seine jüdische Komponente im Scheinkonstitutionalismus des Kaiserreichs er-

Anmerkungsübertrag, Anm. 224), S. 161.

Vgl. Lambi, a.a.O., S. 29. Sombart, Juden..., S. 132 f., 176 f., 179 f. Man kann es als ebenso kennzeichnend werten, daß - anders als die ebenso befragten und gebetenen Gilden - nur der jüdische Baumwollfabrikant Liebermann Schlesinger in den Jahren 1808-1820 den preußischen Behörden eine detaillierte Ausarbeitung für die zeitgemäße Umgestaltung der Berliner Börsenkorporation vorlegte. Vgl. "Die Korporation", S. 47 ff.

- 225) Judenfeindschaft als "Mißgeburt des nationalen Gefühls" bei Mommsen, der den Antisemitismus vor allem als ideologische Basis für eine den nationalen Zusammenhalt gefährdende agrarisch-klerikale Koalition bekämpfte (zit. aus "Auch ein Wort über unser Judentum", Erstveröffentlichung XII. 1879, abgedr. bei Boehlich, a.a.O., S. 212-227, zit. S. 213). Vgl. neben Heuss, Th. Mommsen..., S. 200 ff., 203, die Interpretationen bei Liebeschütz, a.a.O., S. 153-219. Über der - zeitweise nationalliberalen - Begeisterung von 1870/71 verlor man im politischen Freundeskreis Mommsens (Stauffenberg, Rickert, Th. Barth, Gg. Siemens, Gildemeister, der Vater) den aufklärerisch - und völkerverbindenden Grundzug des Liberalismus nicht aus den Augen. Mommsen konnte mitten im Burenkrieg bekennen: "... die heilige Allianz der Völker ist das Ziel meiner Jugend gewesen, und ist noch der Stern des alten Mannes..." (Heuss, Th. Mommsen, S. 210; ergänzend: Albert Wucher, Theodor Mommsen - Geschichtsschreibung und Politik, Göttingen 1956, S. 195-199 /Göttinger Bausteine..., Bd. 26/; Lothar Wickert, Theodor Mommsen - Eine Biographie, Bd. I, Lehrjahre 1817-1844, Ffm., 1959, S. 104 ff., 234 f.). Georg Siemens erstrebte nach 1879 u.a. auch deshalb ein Reichtagsmandat, weil er dem nationalistisch argumentierenden Protektionismus entgegentreten wollte. Vgl. Helfferich, Gg. Siemens, Bd. III, S. 168 f.

rungen hatte? Wie, wenn nicht in konservativ-reaktionärem Sinne, sollte man im Berlin der 1880er Jahre Angriffe deuten, die sich - außerhalb der politisch und sozial bleibend unterprivilegierten Arbeiterschaft²²⁶ - gegen die "nichtswürdig jüdisch-fortschrittliche Presse" der Stadt,²²⁷ die "terroristische" Herrschaft der Kommunalverwaltungen Berlins, Frankfurts/M. und Breslaus, gemeinhin also: Handels-, Börsen- und Finanzzentren des Reiches richteten?²²⁸ Betroffen waren damit die linksbürger-

- 226) Zu den unbestreitbaren - vor allem sozialpolitischen - Schwächen des Berliner Kommunalfreisinns dieser Jahre vgl. indessen die herbe jüdische Binnenkritik bei Toury, Orientierung, S. 337: "Borniertheit", "Clan", "Stumpfsinn", "Haß gegenüber dem Arbeiter-tum".
- 227) Abg. Bachem, Centr. in der Antisemitismusdebatte der 2. preußischen Kammer am 22.XI.1880 (St.Ber.HdA., XIV, 2., Bd. 1, 1880/81, S. 259). Diese und andere hier zitierte Centrumsäußerungen sind zwar Äußerungen ab irato: das Centrum rechnete mit dem Kulturkampfeifer des Liberalismus verspätet ab und hielt sich dann später zurück; es ist aber nicht zu übersehen, daß hier bereits die griffigen Formeln einer denunziatorischen Rhetorik verwandt wurden, die die modernen Spielarten des Antisemitismus beibehielten. Vgl. auch Pulzer, Entstehung..., S. 78. Zur historisch- und gesellschaftlichen Bedingtheit der starken Vertretung des Judentums im Pressewegen: Toury, a.a.O., S. 173-177. Berlin wies die bedeutendste jüdische Agglomeration Deutschlands auf (1850: 9.595, und 1900: 106.000 jüdische Einwohner, nach Rosenberg, Depression, S. 96).
- 228) "Jüdisch-fortschrittlicher Ring in... [der] Hauptstadt" und in Breslau und Frankfurt/M.; die jüdisch gelenkte Berliner Börse habe norddeutsche Bundesanleihen ungenügend gezeichnet (Bachem, Centr. am 22.XI.1880, St.Ber.HdA., XIV., 2., Bd. 1, 1880/81, S. 256, ähnlich Reichensperger, Centr. Ebda., S. 232 ff.) Zur Problematik der mangels effektiver Einflußmöglichkeiten in Reichs- und Landespolitik früh auf die Sphäre kommunaler Verhältnisse verwiesenen Arbeit der liberalen Parteien in Deutschland: Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Stgt. 1964, S. 4-17. (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bln., Bd. 7). Zur Rolle des Linksliberalismus als "Jüdenschutztruppe" (Toury) - eine Folge der teilweisen Parallelität von all-gemein-bürgerlicher und jüdischer Emanzipation: Toury, a.a.O., S. 202-212.

lichen Fraktionen und Mehrheiten auf einzelnen Stadthäusern und die bürgerliche Linke in Land- und Reichstag;²²⁹ aber auch die gewerblichen Honoratioren der jeweiligen Börsenvorstände: Exponenten der Hochfinanz ebenso wie die am Börsengeschäft interessierten kleineren Privatbanken, die Makler und Kommissionäre;²³⁰ mit ihnen zugleich schließlich Handelskammern, bzw. Korporationen insgesamt als Besitzer oder Ausrichter der Börsen. Sie alle waren herausgefordert. Und die Formel Eugen Richters: "... die Juden schlägt man, und die Liberalen meint man ..."²³¹ beschrieb ihnen noch am treffendsten die eigene, bedrohte Position.

In diesem Kontext ist die Haltung der bekenntnisfreudigen Gruppe der Berliner Ältesten zu sehen, die sich der "Erklärung gegen den Antisemitismus und seine Förderer" angeschlossen hatte.

Ihr ging es, so wird man summarisch werten dürfen, neben der allgemeinen inneren Befriedung der deutschen Politik, in erster Linie um die Abwehr der mit der ökonomischen einhergehenden politischen Entmachtung des Liberalismus in Deutschland.

229) 1880 waren von den unterzeichneten Abgeordneten im Reichstag vertreten für die Nationalliberalen (zit. = N. L.): R. v. Gneist; für die Liberale Vereinigung (zit. = L. V.): Heinrich Rickert, Gerhard Struve. Für die L. V. wirkte im Landtag Th. Mommsen. Eine Kombination von Mandaten in Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik war gegeben bei: Max v. Forckenbeck (MdR., Blnr Oberbgm., L. V.), Rudolf Virchow, MdR., MdA., StVo/Bln., Fortschrittspartei, Max Weber (Stadtrat, MdR., N. L.).

230) Bei den älteren Privatbanken läßt sich vielfach die geschichtliche Filiation des Kommissionshandels und Bankwesens aus dem Warenhandel, der Spedition, dem Geldwechsel- und Leihgeschäft beobachten.

231) St.Ber.HdA., XIV., 2., Bd. 1, 1880/81, S. 262 (22.XI.1880).

Vertreter des linken Liberalismus in der KdK

Adalbert Delbrück.

Zu den bemerkenswertesten Mitgliedern zählte in jener Gruppe außer den Vorstehern des Ältestenkollegiums, zweifellos Adalbert Delbrück. Delbrück hatte als Privatbankier (Delbrück, Leo & Co.) vor nunmehr 10 Jahren, zunächst mit Ludwig Bamberger,²³² dann in Gemeinschaft mit dem bald zu einer rivalisierenden Stellung aufsteigenden Georg Siemens,²³³ Gründung und ersten Ausbau der "Deutschen Bank" eingeleitet, einer Berliner Großbank,²³⁴ die noch im alten Jahrhundert häufig und entscheidend in die Entwicklung der entstehenden Berliner Elektro-Großindustrie eingriff.²³⁵

232) Helfferich, Gg. Siemens, I., S. 212-218.

233) Siemens, 1870 an sich nur als Syndikus in die Bank berufen, schuf sich als Direktor, bzw. Vorstandsmitglied (1870-1900) seine dominierende Stellung. Das gelang ihm, indem er das ursprüngliche Zuordnungsschema der Leitungsorgane des Instituts in sich verkehrte. Der Verwaltungsrat (Vorsitz: A. Delbrück), zunächst, d.h. in der Gründungszeit, oberstes Führungsgremium, war vorwiegend mit Privatbankiers besetzt, die für den Geschäftsbereich ihrer eigenen kleineren Institute fürchteten, als Siemens neben der alten Aufgabe der Deutschen Bank, der Förderung des Außenhandels, auch im Inland die Expansion forcierte. Siemens gewann freie Hand, weil er den zuerst dem Verwaltungsrat unterstellten Vorstand von diesem Subordinationsverhältnis lösen konnte. Damit war auch Delbrücks Position beeinträchtigt. Am geschäftlichen Engagement der Deutschen Bank in der Berliner Elektroindustrie blieben Delbrück, Leo & Co. aber auch später dauernd beteiligt (Helfferich, a.a.O., II., S. 80 f., 103 f., und 81-137 passim; Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank, S. 27-42 und passim).

234) Helfferich, II., S. 154 ff; Otto Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie., Leipzig 1905, S. 52-55; Jacob Rießer, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang der Gesamtwirtschaft in Deutschland., 4. Aufl., Jena 1912, S. 519, 582 ff.

235) Helfferich, II., S. 80-88, 103 ff. u. passim.

Immerhin aber knüpfte auch Delbrück selbst bereits in den 1860er Jahren erste geschäftliche Kontakte zu dem damals noch weitgehend von Siemens & Halske repräsentierten neuen Industriezweig an.²³⁶

Werner Siemens und Adalbert Delbrück standen sich auch persönlich recht nahe. Delbrück, in den Siemens'schen Korrespondenzen nie anders als mit "Freund Delbrück" apostrophiert,²³⁷ verband mit dem Unternehmer und Erfinder eine enge, politische Freundschaft.

Der Bankier hatte, zusammen mit dem ihm verschwägerten Theodor Mommsen, mit Franz Duncker, Hans Viktor von Unruh, Werner Siemens, Rudolf Virchow, Max von Forckenbeck und Carl Twesten zum aktiven Kern des Nationalvereins gehört; in der "Exekutive des Nationalvereins in Preußen" (Schulze-Delitzsch), der Fortschrittspartei,²³⁸ kam dem Kreis eine analoge Rolle zu. Privater Konnex und politische Kontakte unter gesinnungsverwandten Honoratioren überdauerten hier die Bewegtheit des preußischen Verfassungskonflikts, die nationalliberale Wende und bestanden auch noch

236) "Delbrück, Leo & Co." gehörten zu den Gründern der im Auftrage und für S. & H. 1868 errichteten Bau- und Betriebsgesellschaft englischen Rechts ("Indo-European-Company"), die eine von S. & H. 1870 anzulegende zusätzliche, kombinierte Land-See-Telegraphenlinie zwischen England und Indien zu übernehmen hatte; Vorbereitungen liefen schon zu Beginn der 1860er Jahre. Vgl. Ludwig v. Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit der Firma Siemens & Halske in den Jahren 1847 - 1897, S. 39-43; Helfferich, II., S. 221 u. 81-137. Führende und vermittelnde Rolle Adalbert Delbrücks auch bei den Auseinandersetzungen zwischen S. & H. und der "Deutschen Edison-Gesellschaft" vor der Gründung der AEG ("50 Jahre AEG", S. 73 f., 77).

237) Matschoß, Briefe, S. 394, Werner Siemens an Wilhelm Siemens am 19.XII.1872.

238) Brief Schulze-Delitzsch an Streit, April 1862 in: Hermann Oncken, Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker, Bd. I, S. 565.

zur Zeit der beginnenden postliberalen Strebungen in der Innenpolitik der 1870er und 1880er Jahre.²³⁹

Als Delbrück 1864, drei Jahre nach Werner Siemens, ebenfalls in das Berliner ÄC berufen wurde, brachte er, das wurde schon an anderer Stelle betont, über die Verbindung zu seinem Vetter, Rudolf Delbrück, dem langjährigen spiritus rector der liberalen preußischen Handelspolitik²⁴⁰ und nachmaligen Präsidenten des Bundes-, bzw. Reichskanzleramtes, zusätzlich informelle Kontakte zur preußisch-kleindeutschen Politik in die Arbeit der Korporation der Kaufmannschaft ein. Gleichwohl erreichte er aber im Führungskreis der Ältesten nie mehr als die einfache Mitgliedschaft.²⁴¹

Umso bedeutender war dafür Delbrücks Position im Deutschen Handelstag. Delbrück dirigierte dort über zwei Jahrzehnte hinweg, von kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen seit 1870 bis in die 1890er Jahre, als Vorsitzender die Tätigkeit des Bleibenden Ausschusses.²⁴² Ein politisch liberal orientierter Privatbankier, der freilich mittelbar auch den Vertretern der aufstrebenden jüngeren Aktien-Kreditbanken zugerechnet werden konnte,²⁴³ zudem ein Mann des Berliner Bankenviertels, der mit der Mehr-

239) Zur Vita und zum Freundeskreis um Adalbert Delbrück: R. Delbrück, Lebenserinnerungen, II., S. 144, 406 f.; Heuß, Mommsen, S. 166 f.; G.A. Delbrück, in: NDB., Bd. III, Berlin 1957, S. 576 (z. T. unrichtige Datierungen!), Oncken, Rudolf von Bennigsen, I., S. 359, 452, 460, 524 f. u. passim; Nipperdey, Organisation..., S. 12-17.

240) siehe oben, S. 112, Anm. 76).

241) Mitglied des ÄC 1864-1882 u. 1884-1888 ("Die Korporation", S. 660).

242) II. 1870 - XII. 1875, IV. 1876 - III. 1885 u. III. 1886 - V. 1890 ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 418 f.).

243) Als Vorsitzender, später Mitglied im Verwaltungs- dann Aufsichtsrat der Deutschen Bank und in zahlreichen "Töchtern" der Deutschen Bank. Delbrück, Leo & Co. hatten sich zusätzlich u.a. an der Gründung des "Berliner Bankvereins" (1871) beteiligt; hier war Delbrück stellv. Vors. des AR. Vgl. Helfferich I., S. 286 f., 291.

zahl seiner Berufskollegen nach 1870 durchaus die Chancen des "Gründergeschäfts" suchte,²⁴⁴ bestimmte von einer solchen Stellung aus für fast ein Menschenalter den Kurs, dem der Handelstag zwischen Reichsgründung und Wilhelminischer Epoche in seinen Stellungnahmen zu innerer und äußerer Politik folgte.²⁴⁵

Es war begreiflich, daß eine Spitzenorganisation wie der Handelstag, der seit dem bedeutsamen Münchener Treffen von 1862 erheblich an Finanzkraft, an Einfluß und, allgemein, an aktueller politischer Ausstrahlung eingebüßt hatte,²⁴⁶ auf die Berufung Adalbert Delbrücks 1870 große Hoffnungen

-
- 244) "An Gründungsgeschäften und spekulativer Beteiligung stand der Bankverein hinter der [wie der Verein selbst 1875/76 deshalb von der Deutschen Bank liquidierten und übernommenen Berliner-, H.M.B./ "Unionbank" nicht zurück". (Helfferich, I., S. 291). "Man fürchtet einen gründlichen Reinigungssturm... Auch Freund Delbrück... wird wahrscheinlich mit seiner neuen Eisengründung ziemlich tief drinsitzen!" meinte zu Recht Werner Siemens im Dezember 1872. (Matschoß, Briefe, I., S. 394, Werner an Wilhelm S., 19.XII.). Vgl. auch Maximilian Müller-Jabusch, So waren die Gründerjahre, Düsseld. 1957, S. 26, 28 f., 58, 64 f.
- 245) Bei exzessiver Auslegung der ohnehin sehr umfassenden Befugnisse von Ausschuß und Ausschußpräsidium des Handelstages wurde die innerverbandliche Willensbildung von Delbrück weitgehend bei diesen beiden Gremien monopolisiert, wobei das Schwergewicht beim Präsidium verblieb. Zwischen 1870 und 1880 wurden Plenarversammlungen immer seltener und Delbrück zeigte sich im Umgang mit der Geschäftsordnung der Versammlung wenig zimperlich. Nach Art. 5 des Statuts von 1868 lag die Einberufung beim Ausschuß, und dieser war an einen bestimmten Tagungsrhythmus nicht gebunden. Erst 1880 wurden Jahrestagungen obligatorisch. Art. 9 und 12 legten Geschäftsführung und die Wahrung "allgemeiner Interessen" unter besonders dringenden Umständen - eine Einschränkung, die wenig respektiert wurde - sowie die Vertretung des Handelstages nach außen in die Hände des Ausschusses, bzw. des Präsidiums, die sich für eine Geschäftsführung ohne das ausdrückliche Mandat der Plenarversammlungen nachträglich Indemnität erteilen lassen konnten ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 36 ff., 69). Klagen zur Geschäftsführung unter Delbrück: 1876, 1880 und 1885, ebda., S. 52 f., 74-81).
- 246) Vor allem zwischen 1868 und 1872 kümmerten sich "namentlich die größeren Handelskammern, die gewohnt waren, ihre Interessen selbständig zu verfolgen, ... wenig um den Deutschen Handelstag". Zugleich häuften sich aus "pekuniären Gründen" die Austritte ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 39).

setzte.²⁴⁷ Doch mußten solche Erwartungen spätestens dann fragwürdig werden, als mit dem Herannahen der handelspolitischen Wende von 1878/79 für Adalberts Vetter, Rudolf Delbrück, Verfechter des Handelsliberalismus, der er war, der Rückzug aus der Reichspolitik schließlich unvermeidbar wurde.

Als Präsident des Handelstages zeigte Adalbert Delbrück in der Sache nicht weniger Konsequenz. Dies trotz mancher taktischer Zugeständnisse und über einer häufig lavierenden Anpassung im Détail, welche die für seine Organisation schlechthin existenznotwendige Aufgabe der Vermittlung zwischen Protektionisten und Freihändlern ihm abforderte. So mag man zwar darauf verweisen, daß der von ihm geleitete Ausschuß 1876 für die Beibehaltung von Zöllen auf Eisen- und Maschinenimporte stimmte;²⁴⁸ allein, Delbrück fügte sich bei diesem Anlaß, unwillig, in eine Mehrheitsentscheidung.²⁴⁹

Wichtiger war, daß er darüber den Widerstand gegen Grundtendenzen der wirtschaftspolitischen Neuorientierung nicht aufgab. Sein Verhalten gleicht unter diesem Gesichtspunkt in etwa dem der Berliner Ältesten insgesamt.

247) Vgl. Ebda., S. 40 f.: Motivierung des Wahlvorschlages durch den Berliner Ältesten Benjamin Liebermann, den Vorgänger A. Delbrücks in diesem Amt (1868-1870).

248) Ebda., S. 52, Ergebnis der Ausschußsitzung vom 30.X./1.XI.1876. Dies Faktum wird nicht als eine bleibende Festlegung interpretiert werden dürfen. Ob man von einer "völligen Zurückhaltung" des Handelstages gegenüber den Zolltarifreformen von 1878/79 sprechen kann - so Kaelble im Anschluß an Wolfram Fischer - ist m. E. fraglich. Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 178 u. W. Fischer, Unternehmerschaft, S. 97 ff.

249) "Der Deutsche Handelstag", I., S. 52: D. "sah sich genötigt, die Eisenzollfrage doch auf die Tagesordnung einer Ausschußsitzung ... zu setzen..." Unterstreichung: H.M.B..

Wie das Ältestenkollegium wichen der Handelstag und sein Präsident vor der massiven Front schutzzöllnerischer Forderungen aus den Reihen der Mitglieder, d.h. im vorliegenden Falle der protektionistisch auftretenden Handelskammern und freien Vereine,²⁵⁰ auf das Auskunftsmittel einer allgemeinen Befragung aus, deren Ergebnis dann ohne spezielles Votum des Handelstages dem Reichskanzler als Materialsammlung überwiesen wurde.²⁵¹

Auf der gleichen Linie liegt die von Delbrück geübte Taktik der "Nichtbesserung", der Vertagung von Plenarversammlungen ebenso wie der durchsichtig gehandhabten Nutzung von Geschäftsordnungen oder Rednerlisten,²⁵² eine Praxis, für die es in der Geschichte der KdK, nicht nur in der Abwehr protektionistischer Vorstöße, mehr als eine Parallele gegeben hat,²⁵³ und die hier wie dort vom Wunsch bestimmt war, wo nicht eine Hochburg liberaler Interessenpolitik, so doch eine organisatorisch intakte Gesamtvertretung für Handel und Industrie neben dem CDI. und seinen Verbündeten durch die wirtschaftspolitische Unrast der 1870er und 1880er Jahre hindurchzuretten.

250) Da freie Vereine wie der VDEST. und der CDI mit dem Handelstag rivalisierten, lehnte dieser 1878/79 die vom "Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands" beantragte Mitgliedschaft ab. Die Initiative lag dabei - kennzeichnend - wieder bei einem Mitglied des ÄC, Liebermann. Der "Chemische Verein" entwickelte sich später allerdings zu einem wenig CDI-freundlichen Zusammenschluß. Vgl. "Der Deutsche Handelstag", I., S. 71; "Die Chemische Industrie", Jgg. XXV, Nr. 17/18, Sept. 1902, S. 405-416.

251) Verhandlungen 8. Handelstag, 1878, S. 3 f.

252) Besonders kraß während der Plenarversammlung von 1885, vgl. "Der Deutsche Handelstag", I., S. 74-81.

253) Vgl. dazu die ergänzenden Ausführungen unten, S. 251 ff.

Daß dies Verhalten Mißdeutungen und zahlreichen Angriffen ausgesetzt war, kann nicht erstaunen.²⁵⁴ Und es ist auch nicht verwunderlich, daß in der Kritik, die sich auf Seiten des CDI., bzw. der dem Centralverband nahestehenden Vereine und Handelskammern gegen die Geschäftsführung Delbrücks erhob, die gleiche Argumentationsstruktur wiederbegegnet, welche bereits den modischen Antisemitismus der "Berliner Bewegung" als Spielart und Verkörperung zutiefst aliberaler Positionen auswies. Eine Attacke, wie sie etwa die Handelskammer Dortmund vortrug, ist daher in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich.

Im Jahresbericht der westlichen Kammer liest man zu 1885 u.a. folgendes:

"Die Handelskammer hat sich ... veranlaßt gesehen, aus dem Deutschen Handelstag auszutreten. Die Gründe für diesen Schritt waren in erster Linie, daß sie sich absolut keine Vorteile mehr versprechen konnte von ihrem ferneren Verbleib in einem Verbands, der sich als die eigentliche Stütze und das tätige Haupt der freihändlerischen Wirtschaftspolitik zu behaupten verstanden hat, obgleich die Mehrzahl der deutschen Handelskammern derselben nicht mehr angehört. Die Handelskammer glaubte dieser mit großer und bewußter Zähigkeit festgehaltenen Tendenz der ausschlaggebenden Funktionäre des Handelstages gegenüber ihre Stellung als Anhängerin der neuen Wirtschaftspolitik endlich nicht mehr anders als durch den Austritt dokumentieren zu können...

Wie ist es gekommen ..., daß, nachdem im Jahre 1879 sich eine 2/3-Majorität gegen den Freihandel auf dem Deutschen Handelstag ergeben hatte, nichtsdestoweniger die Zusammensetzung des bleibenden Ausschusses eine überwiegend freihändlerische blieb ... /dies führe dazu, daß bei Festsetzung von Tagesordnungen, Referentenwahl und in Geschäftsordnungsfragen parteiisch verfahren werde/ ... aus seiner /des Ausschusses, H.M.B./ derzeitigen eigenartigen Zusammensetzung erklären wir es, daß es vorwiegend die Interessen des mobilen Kapitals sind, die daselbst eine übermächtige Vertretung finden, der es sogar gelingt, zwischen Industrie und Landwirtschaft, deren an der

-
- 254) 1878 verließen unter Protest 10 freihandelsfreundliche Kammern und Korporationen den Handelstag. Zu erneuten Austritten kam es dann 1885. Die Auflehnung galt hier der von Delbrück motivierten Nichtbefassung des Handelstages mit der Frage der Anhebung der Getreidezölle und ging sowohl von freihandelsfreundlichen wie protektionistischen Kammern aus ("Der Deutsche Handelstag", I., S. 52 ff., 75 ff.).

immobilen Scholle und der Heimat haftende Interessengemeinschaft eine so außerordentlich weitgehende ist, vielfach sachlich nicht begründete Differenzen und Reibungen zu schaffen".²⁵⁵

Die Polemik solcher Zeilen gibt gewiß kein zuverlässiges Bild vom Wirken Delbrücks und der Tätigkeit des ständigen Ausschusses. Sie enthüllt indessen, klarer als der Augenschein der Abstimmungsergebnisse und Resolutionen des Handelstages, daß die Arbeit Delbrücks ihr liberales Fundament nicht verleugnete - und darum per se zum Ärgernis der protektionistischen Agitation werden mußte. Auch die Unterschrift unter die Erklärung gegen "Racenhaß und Fanatismus" war Bekenntnis zu eben diesem Fundament.²⁵⁶

-
- 255) Ebda., S. 78 f. Es protestierten zur gleichen Zeit und traten aus: u.a. Nürnberg, Bromberg, Thorn, Osnabrück. Die Kammer Bielefeld bei Fischer, Unternehmerschaft, S. 105, in diesem Zusammenhang irrtümlich als protektionsfreundlich geschildert.
- 256) Adalbert Delbrück verkörperte den Typus des Berliner Notabeln, der seinen Aufstieg der Sphäre der Zirkulation verdankte: Die Privatbank von "Delbrück, Leo & Co." wurde 1855 gegründet, als sich Delbrück nach theologischen und juristischen Studien bereits in der Advokatur und dann in der Versicherungsbranche versucht hatte. Die Artikelserie F.F. Perrots, "Die Ära Bismarck - Delbrück - Camphausen" zielte 1875 auf Rudolf und auf Adalbert Delbrück; ihr "Antikapitalismus", nach Pulzer auf der Grenze zwischen vor- und nachliberaler Judenfeindschaft, ist nicht plan auf die "Kapitalismuskritik" der Angriffe zu übertragen, die von CDI-freundlichen Organisationen wie der Dortmunder Handelskammer gegen Delbrück und den Handelstag gerichtet wurden. Die Unterschiede beruhen u.a. auf den folgenden Fakten:
- Der Antisemitismus verfügte im agrarischen und städtisch-mittelständischen Milieu potentiell über eine Massenbasis, die dem CDI abging, der zwar zur Transformierung der List'schen Erziehungs- in Kartellschutzzölle eine im Rahmen der Honoratiorenpolitik beachtliche Kampagne führte, aber auch späterhin nie unvermittelt "die Straße" erreichte; daraus erklären sich z. T. Spannungen zu bürgerlichen Parteien und Reserven gegenüber dem Reichstagswahlrecht.
 - Der CDI bediente sich in der Regel nicht der Sprache der in der "Berliner Bewegung" hoffähig werdenden plebeisch-mittelständischen Agitation.
 - Plakative Börsenfeindschaft fand beim CDI, wenn auch nicht durchgängig, Widerspruch.

Werner Siemens.

Gleich seinem Freund Adalbert Delbrück hatte auch Werner Siemens den Berliner Protest von 1880 unterzeichnet. Und b e i d e r Namen wird man hier im Sinne einer politischen Kontinuität werten können, die sich bei Delbrück stärker an der materiell-organisatorischen Grundlage liberaler Interessenpolitik, der von ihm unter erschwerten Bedingungen verfochtenen Linie in KdK und Handelstag festmachte, bei

Anmerkungsübertrag Anm. 256), S. 172.

- Der um seine weltbürgerlich-freiheitlichen Komponenten verkürzte Nationalismus des CDI und die von ihm ethnozentrisch propagierte Wirtschaftskonzeption gediehen zwar mit dem Antisemitismus im gleich aliberalen Krisenklima; sie stellen aber doch unterschiedliche Verästelungen dar. Daß sich ihre Agitation in Randzonen Überlagerte ist immerhin zu beobachten.
(Pulzer, Entstehung, S. 78; Seidenzahl, Deutsche Bank, S. 9; Theodor W. Adorno, "Elemente des Antisemitismus", in: ders., Dialektik der Aufklärung, Frankft./M., 1969, S. 177-217, speziell S. 182 ff.; Puhle, Agrarische Interessenpolitik, S. 125-136; Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie, Werke, Bd. VI., hrsg. v. Arthur Sommer, Berlin 1930, S. 157 f., 172, 320 ff., 389; Bueck, Centralverband, I., S. 191 u. ebda., S. 154, 192, 321-324 und 355-362; Hilferding, Finanzkapital, S. 380 ff.; Lambi, Schutzzollinteressen, S. 305-308; Winschuh, Verein mit dem langen Namen, S. 50; persönliche Erklärung H.A. Buecks gegen Börsenfeindschaft und "demagogische Verhetzung" beim Bund der Landwirte: Verhandlungen CDI, Nr. 68, Juni 1896, S. 21 u. ebda., Nr. 73, Febr. 1897, S. 26; gegen den "jüdisch-christlich-römischen Gleichheitsbegriff", die "geistige Zeitkrankheit des Gleichheitswahns der Menschen", die "Einseifung" der Wirtschaftswissenschaften von den "Gleichheitsideologien und Moralismen des 18. Jahrhunderts": Alexander Tille, "Lujo Brentano und der akademische Klassenmoralismus", in: Handel und Industrie, Jgg. 12., Nr. 1081 u. 1084, S. 989 f., 992, 1021, 1054. Tille war 1901-1903 stellvertr. Geschäftsführer des CDI. Die Artikelfolge erschien 1912 zu einer Zeit, in der Tille noch im Verbandswesen der Saar-Wirtschaft sehr aktiv war. Zur Position der Saarindustriellen im ideologischen Profil des CDI: Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 127 ff.).

Siemens dagegen die Konstanz einer im einzelnen durchaus weiterhin linksliberalen Gesinnung beglaubigt, die sich auch unabhängig von der Zugehörigkeit zum Kreis des ÄC der Berliner Kaufmannschaft praktisch betätigte.²⁵⁷

Für die Abwehr der antisemitischen Welle hatte dieses Votum sein eigenes Gewicht. Siemens brachte in den Protest der 75 den Ruf einer in Technik, angewandter Naturwissenschaft und Industrie übernational anerkannten Autorität ein.²⁵⁸ Das war schon deshalb von Bedeutung, weil der Radau-Antisemitismus in den Straßen Berlins und jüdenfeindliche Losungen in Presse und Hörsälen nicht zuletzt ein kritisch-besorgtes, indigniertes Echo auch im Ausland gefunden hatten. Siemens und seine Gesinnungsfreunde: Mommsen, Virchow, Droysen, Wattenbach, Kapp und Gneist waren in dieser Situation unverdächtige Zeugen dafür, daß das "Erbe Lessings" im preußisch-kleindeutschen Reich noch seine Stätte

257) Mitglied des ÄC der KdK 1861-1873.

258) Dazu trugen neben den Leistungen von Werner Siemens auch die seiner Brüder und deren unternehmerische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Stellung im Ausland bei. Allein bis 1860 hatte sich z. B. Wilhelm Siemens mit 12 Beiträgen der technisch-naturwissenschaftlich interessierten englischen Öffentlichkeit vorgestellt. ("Proceedings" der Versammlungen des "Institute of mechanical Engineers": 6, "Proceedings" des "Institute of Civil Engineers": 1, "Proceedings" des "Royal Institute": 1; Zeitschriftenbeiträge in "The Engineer": 3, im "Journal" der "Society of Arts" 1; zwei der Beiträge Gemeinschaftsarbeiten von Wilhelm und Werner, bzw. Friedrich Siemens).

J. C. Poggendorff, Biographisch-literarisches Handwörterbuch zur Geschichte der exakten Wissenschaften, Bd. II., Leipzig 1863, sp. 926. Für Werner Siemens werden für die gleiche Zeit, ebda., 22 Publikationen nachgewiesen, darunter 2 zusammen mit J. G. Halske, bzw. Wilhelm Siemens; eine der Publikationen in englischer, eine zweite in französischer Sprache. Eine bis 1883 relativ vollständige Liste auch kleinerer Beiträge enthält die gegenüber den "Gesammelten Abhandlungen und Werken" von Werner Siemens vollständigere Aufstellung bei J. C. Poggendorff, Biographisch-literarisches Handwörterbuch ..., Dritter Band (1858-1883), hrsg. v. B. W. Feddersen und A. J. v. Oettingen, Leipzig 1898, S. 1244 ff.

und seine Verteidiger hatte.²⁵⁹

Wichtiger noch als die Wirkung nach außen bleibt indessen der Stellenwert, der einer solchen Manifestation im Inneren zukam. Eine Betrachtungsweise, die im Sinne E. Kehrs Politik weniger als Abhängige äußerer Kräftekonstellationen denn als Funktion innerer Entwicklungen begreift, wird dem Geschehen von 1880 darum durchaus einen ähnlichen Rang zusprechen können wie etwa der Rolle, welche Siemens als Förderer der wirtschaftspolitischen Entscheidungen in der Reichsgründungsphase der 1860er Jahre zukam.

Die Teilnahme an dem Protest der 75 ist damit freilich noch nicht ausreichend und anschaulich genug in den Zusammenhang der politischen Biographie des Unternehmers gerückt. Siemens leistete 1880 seine Unterschrift als "Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin", in deren physikalisch-mathematische Klasse er 1874 zugleich mit Rudolf Virchow aufgenommen worden war.²⁶⁰ Er zeichnete auch als der Unternehmer, der, an der Schwelle des siebten Lebensjahrzehnts, geschäftliche Überbürdungen zu spüren begann²⁶¹ und in der wissenschaft-

259) Die "Times" vom 18.XI.1880 nannte das jüdenfeindliche Treiben "einen der schimpflichsten Züge des modernen deutschen Lebens" und sprach von einem "Pasquill auf die wirkliche Gutartigkeit der deutschen Nation" sowie von "einer Satire auf die Kultur, welche Deutschland so hoch schätzt". Zitiert von Rickert, St.Ber. Hda., XIV., 2., Bd. 1, 1880/81, S. 280, am 22.XI.1880.

260) Königliche Bestätigung der Mitgliedschaften beider Wissenschaftler am 22.XII.1873. Vgl. Sitzungsberichte der kgl. Preuß. Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jgg. 1882, 1. Halbbd., S. I und II; Begrüßungsrede des ständigen Sekretärs der physikalisch-mathematischen Klasse, des Physiologen Emil Henri Du Bois-Reymond für Werner Siemens abgedr. in: Werner Siemens, Gesammelte Abhandlungen und Vorträge, Bln. 1881, S. 328-332.

261) Vgl. Matschoß, Briefe, II., S. 593, Brief an Karl S. vom 14.XII.1878 und öfter.

lichen Arbeit mehr und mehr seinen eigentlichen Beruf fühlte.²⁶² Es war daher folgerichtig, daß er später noch stets die Zugehörigkeit zur Akademie und den Umgang mit Gelehrten der "bedeutendsten und reichsten wissenschaftlichen Körperschaft Deutschlands im 19. Jahrhundert" (Franz Schnabel) höher schätzte als die schließliche Nobilitierung in den 99 Tagen der Regierung Friedrichs III.²⁶³

Für das "Dokument der 75" gab Siemens seinen Namen zusammen mit sieben weiteren Akademiemitgliedern in Berlin. Es waren: der Astronom und Sekretär der physikalisch-mathematischen Klasse, Georg Friedrich Auwers, der Entdecker der Spektralanalyse, der Mathematiker und Physiker Gustav Robert Kirchhoff,^{263a} die Professoren der Anatomie, bzw. pathologischen Anatomie Karl B. Reichert und Rudolf Virchow, sowie, aus der historisch-philosophischen Klasse, der ständige Sekretär der Akademie, Theodor Mommsen, und der Sanskritforscher Albrecht Weber.

Nach Neigung und Arbeitsgebiet dürfte sich Werner Siemens selbst unter die Gruppe der unterzeichneten Naturwissenschaftler und Ärzte gerechnet haben. Diese Zuordnung bedeutete keineswegs die Verdunklung eines politischen Votums. Denn ebenso wie der Kreis der unterzeichneten Historiker und Sozialwissenschaftler, wie die Kapp, Droysen, Wattenbach, Gneist

262) Beispielhaft dafür die Antrittsrede von Werner Siemens in der Akademie vom 2.VII.1874. (Siemens, Gesammelte Abhandlungen..., S. 325-328). Vgl. dazu auch Adolf Harnack, Geschichte der königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. I., 2., Bln. 1900, S. 985.

263) Zitat: Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Die Erfahrungswissenschaften. Freiburg 1965 /Herder-Bücherei, Bd. 207/, Seite 167. Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, Brief von Werner an Carl Siemens vom 16.V.1888: "... die leidige Nobilitierungsfrage ... Einem Reporter, ... habe ich gesagt, ich sei nicht vorher gefragt, ... hätte vielleicht abgelehnt, wenn ich gefragt worden wäre". Dagegen nahm Werner Siemens den Titel "Geheimer Regierungsrat" an, weil die Mitglieder der Akademie ähnliche Titel akzeptierten.

263a) Zu gleichen Teilen an der Entdeckung beteiligt: Robert Wilhelm Bunsen.

und Mommsen, stimmte auch die Mehrzahl der unterzeichneten Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner in Grundüberzeugungen wie der der gesellschaftlichen Verpflichtetheit ihrer Disziplinen, Kenntnisse und Fähigkeiten überein.²⁶⁴

Gemeinsam war ihnen u.a. das "Ja" zur Popularisierung von Allgemeinwissen und spezifischen Forschungsergebnissen,²⁶⁵ der Einsatz für die Verbreitung und Anwendung "nützlicher Kenntnisse" und folglich auch

264) Universitäre Ausbildung und der politische Kampf in der schleswig-holsteinischen Bewegung der 1840er Jahre hatten Mommsen und Droysen in Kiel miteinander verbunden. Friedrich K. Kapp, politisch radikaler und nach 1849 zur Emigration gezwungen, arbeitete 1848 wie Mommsen zeitweilig als Journalist in Frankfurt/M. Der "gemäßigt liberale" Mediävist Wilhelm Wattenbach gehörte der unter Th. Mommsens Assistenz 1875 von der Berliner Akademie der Wissenschaften geschaffenen "Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica" an; die Solidarisierung dürfte von kollegialem Korpsgeist mit geprägt gewesen sein. Den Juristen und Rechtshistoriker Rudolf Gneist, langjähriger Vorsitzender der "Deutschen Juristentage" und Theoretiker des im Sinne liberaler Englandverehrung hypostasierten englischen "Selfgovernments", führten Rechtlichkeit und das Plädoyer für den Ausbau des Rechtsstaates zu den Unterzeichnern; mit Heinrich Rickert war er zugleich Begründer des "Vereins zur Abwehr des Antisemitismus". Vgl. Otto Hintze, "Johann Gustav Droysen", in: ders., Gesammelte Abhandlungen, hrsg. G. Oestreich, Bd. 2., 2. Aufl., Göttingen 1964, S. 453-499; Jörn Rüsen, "Johann Gustav Droysen", in: Hans-Ulrich Wehler (hrsg.), Deutsche Historiker II., Göttingen 1971, S. 7-23; Ludo Moritz Hartmann, "Theodor Mommsen" in: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog, IX., S. 441-515, speziell S. 445, 456-461; Heuß, Mommsen und das 19. Jahrhundert, S. 137-163; von Inama, "Friedrich K. Kapp" in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 51, Leipzig 1906, S. 33-36; Erich Angermann, "Gneist, Heinrich Rudolf", in: Neue Deutsche Biographie, Bd. VI., Berlin 1964, S. 487 ff. Zu Umkreis und Ausbildung der von Virchow repräsentierten Richtungen in Medizin und Naturwissenschaften: Schnabel, Deutsche Geschichte ... Erfahrungswissenschaften, a.a.O., S. 248-283; weniger abwertend als Schnabel - Virchow ist bei ihm Vertreter eines "unphilosophischen Geschlechts" "materialistischer" Wissenschaft - die zeitgenössische Darstellung bei Gustav Scheuthauer, "Rudolf Virchow", in: August Hirsch (hrsg.), Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte aller Zeiten und Völker, Wien/Leipzig 1884-1888, Bd. VI., 1888, S. 123-126.

265) Programmmatische Äußerungen dazu u.a. in R. Virchows Referat vor der Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte am 22.IX.1871 in Rostock: "Wir müssen mit allen Kräften danach streben, daß Wissenschaft Gemeingut wird... nicht bloß auf dem... Wege der Popularisierung, sondern vielmehr auf dem Wege der rationalen Erziehung". In gleichem Sinne auch publizistisch wirksam: Liebig, Du Bois-Reymond und Helmholtz, der 1874 eine eigene Abhandlung über das "Streben

eine z. T. sehr beachtliche Arbeit im zeitgenössischen Vortrags- und Versammlungswesen jenseits der Schranken der Fachgelehrsamkeit.²⁶⁶ Wissenschaft "gemeinverständlich" zu vertreten²⁶⁷ entsprach dabei einem politisch-pädagogischen Mandat,²⁶⁸ welches weit über das vorhandene

Anmerkungsübertrag zu Anm. 265), S. 177

nach Popularisierung der Wissenschaft" veröffentlichte. H. bemühte sich ständig um "das nützliche Werk" "populärer Darstellungen der wichtigeren und durchgebildeteren Teile der Naturwissenschaft" und wollte "die Art Schranke" niederreißen, "die zwischen den Männern der Wissenschaften und den Laien" bestand. (Rudolf Virchow, "Die Aufgabe der Naturwissenschaften", abgedr. in: Loerke, O., u.a. (hrsg.), Deutscher Geist, Bd. 2., Berlin o. J. (1940), S. 577-587, speziell S. 583; Walter Gerlach, "Hermann von Helmholtz", in: "Die großen Deutschen - Deutsche Biographie in vier Bänden", Bd. III., Berlin 1956, S. 456-465, speziell S. 463.

- 266) Neben den Veranstaltungen und "Tagen" der deutschen Naturforscher und Ärzte, der Juristen und Germanisten, die nicht nur Fachpublikum ansprachen, und neben der Wissensvermittlung durch örtliche "physikalische" und "chemische" Gesellschaften und Vereine ist an die allgemeinbildenden Reihen und Vorträge im Umkreise der Akademien und Universitäten zu erinnern. Dazu zählten bereits die Vorlesungen Alexander von Humboldts in der Berliner Singakademie; man wird ihnen aber auch die Teilnahme von R. Virchow an populäreren Bildungsprogrammen zurechnen können. Kennzeichnend aus der Genese der Mommsenschen "Römischen Geschichte" der Anlaß zur ersten Konzeption, wie ihn M. Gustav Freytag ironisierend mitteilte: der Vortrag Mommsens über die Agrarrevolution der Gracchen vor dem "gebildeten Leipzig zu gegenseitiger Belästigung" (Mommsen 7. Vgl. Schnabel, Deutsche Geschichte, a.a.O., S. 175 ff.; Hanno Beck, "Hinweise auf Gespräche Alexander von Humboldts" in: Heinrich Pfeiffer, (hrsg.), Alexander von Humboldt, Werk und Weltgeltung, München 1969, S. 249-276, spez. S. 256; Rudolf Virchow und Franz von Holtzendorff, (hrsg.), Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge, I. Serie, Berlin 1866, Heft 1.; L. M. Hartmann, Th. Mommsen, a.a.O., S. 467.
- 267) "... es gilt..., die Alten herabsteigen zu machen von dem phantastischen Kothurn, auf dem sie der Masse des Publikums erscheinen, sie in die r e a l e Welt, wo gehaßt und geliebt, gesägt und gezimmert, phantasiert und geschwindelt wird, den Lesern zu versetzen - und darum mußte der Konsul ein Bürgermeister werden..." (Th. Mommsen, zitiert nach Hartmann, Mommsen, a.a.O., S. 469).
- 268) "Wer Geschichte ... schreibt, hat die Pflicht politischer Pädagogik ..." (Th. Mommsen, zitiert nach Albert Wucher, "Theodor Mommsen", in: Wehler (hrsg.), Deutsche Historiker, IV., Göttingen 1972, S. 7-24, speziell S. 23; häufig auch zitiert als Beleg für eine aufklärerisch-pragmatische Grundtendenz: "Freilich soll die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte die Lehrmeisterin des laufenden sein, ..." (Theodor Mommsen, Römische Geschichte, 3. Band, 9. Aufl., Berlin 1904, S. 477).

Entfaltungsspektrum des kleindeutschen Liberalismus im preußisch-deutschen Bildungsbürgertum der 1880er Jahre hinauswies.²⁶⁹ Es war ein Auftrag auf letztlich recht frühem, aufklärerischem Fundament. Er speiste in Naturwissenschaft, Technik und Sozialwissenschaften Bildungsoptimismus und gemeinliberale Fortschrittsgläubigkeit und läßt sich mittelbar auch in der Filiation des Siemens'schen Engagements erkennen.^{269a}

In der hannöverschen Grundbesitzer- und Pächterfamilie der Siemens dominierte zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Schicht bürgerlicher Gutsbesitzer und Pächter, in der, wie die Verhältnisse im nachbarlichen Preußen belegten, das Gedankengut des Frühliberalismus Wurzel gefaßt hatte. Durch Kauf und Pacht, Kommerzium und Konnubium war diese Schicht bereits faktisch eng mit dem bevorrechteten preußischen Rittergutsbesitz verwachsen, wenn es ihr auch im Rahmen der "Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse" nicht möglich war oder tunlich schien, sich dem ländlichen Junkertum sozial und politisch zu substituieren.²⁷⁰ Gleich

269) Zur breitenwirksamen Umsetzung der aufklärerisch konzipierten Theologie in bildungsbehaftete rationalistische Pädagogik: Hans Rosenberg, "Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgärliberalismus", in HZ., Bd. 141, 1930, S. 497-541, speziell S. 502 ff.

269a) Abweichend von der sonst geübten Zitierweise wird in einigen der folgenden Fußnoten auf die 10., aus dem Jahre 1916 stammende Auflage der Lebenserinnerungen von Werner v. Siemens zurückgegriffen. Die Fälle werden durch eine eingeklammerte Ziffer (10.) gekennzeichnet.

270) Der Vater von Werner Siemens, Christian Ferdinand, heiratet eine Gutsbesitzerstochter; er pachtet 1813/23 in Hannover ein "Obergut", bzw. eine mecklenburgische Domäne; die Brüder Hans und Ferdinand übernehmen nach 1843 Pachtungen in Ostpreußen, Ferdinand kauft dort ein Rittergut. 1858 erwirbt auch Werners Onkel, der "Justizrat" Johann Georg Siemens, ein Rittergut. Über Gutsbesitz in Sachsen verfügt Werners Vetter, Louis Siemens. Ein Großvater mütterlicherseits ist "Amtsrat"; in aufsteigender Verwandtschaft findet sich auch ein "Kriegsrat" im Dienst der Stadt Goslar. Siemens, Lebenserinnerungen (10.), S. 5-9, 21, 23 u. passim; Helfferich, Georg v. Siemens, I., S. 25 ff.; Hans Rosenberg, "Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse", in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Ffm., 1969, S. 7-49, spez. S. 11-17; Reinhart Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791-1848, 2. Auflage, Stuttgart 1975, S. 80-87. (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. Werner Conze, Bd. 7).

dem ähnlich bevorrechteten Offiziers-, dem Beamten- und Gelehrtenstand hob sie sich jedoch merklich durch persönliche Freiheiten und "Eximiertheit" von der großen Mehrzahl der in traditionell ständischen Bindungen verharrenden anderen bürgerlichen Existenzen ab.²⁷¹ In eben dieser Sphäre gedieh der staatsnahe, der staatsloyale Liberalismus eines "mittleren" Standes, der sich nach der eigenen Klassenlage, nach eigenen Bildungs- und Aufstiegsaspirationen als Entwicklungskern einer erhofften, egalitär-mittelständisch strukturierten bürgerlichen Gesellschaft begriff und sich darum schon als d e r "allgemeine Stand" betrachten konnte.²⁷²

Was für die politische Sozialisation dieses Standes und seine soziale und politische Kultur konstitutiv wurde, gibt sich unschwer auch in den Selbstschilderungen zu erkennen, mit denen Werner Siemens die eigene unternehmerische Sozialbiographie skizzierte. So fehlte es in seiner Familie schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht an der kennzeichnenden "osmotischen" Durchlässigkeit zum Junkertum:²⁷³ Erwerb von Rittergutsbesitz und einzelne "adlige" Heiraten stehen neben den Verbindungen mit Beamten-, Gelehrten- und Kaufmannsfamilien;²⁷⁴ Kritik gibt sich nach dieser Richtung hin moderat. Nur verhüllt und im Rahmen üblicher "liberaler" Gravamina tadelt Werners Vater das zeitgenössische hannoversche Adelsregiment.²⁷⁵ Die in rationalistischer Tradition erzo-

271) Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, S. 94-114.

272) Vgl. Lothar Gall, "Liberalismus und 'bürgerliche Gesellschaft' - Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland", in: ders. (hrsg.), Liberalismus, Köln 1976, S. 162-186, spez. S. 165-173 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 85).

273) Koselleck, a.a.O., S. 83.

274) Vgl. oben, S. 178a, Anm. 270. Der Erwerb eines Ritterguts durch den alternden Werner v. Siemens (1887) gehört dem historisch jüngeren gründlichen Feudalisierungsprozeß im Unternehmertum der Kaiserzeit an. (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 329). Zu den adligen Verbindungen: Siemens, Lebenserinnerungen, (10.), S. 10: "Großmutter Deichmann - geborene von Scheiter -, wie sie nie vergaß, ihrer Unterschrift beizufügen..." vgl. auch ebda., S. 6, 15. Werner Siemens heiratete in erster Ehe die Tochter des Königsberger Althistorikers Wilhelm Drumann, seine Schwester Mathilde den Göttinger Physiker Prof. Himly. Kaufleute waren u.a. vertreten in der Familie von Werners Mutter. (Siemens, a.a.O. (10.), S. 10, 21).

275) Ebda., (10.), S. 7 f.: Wildschäden durch "Hirsche und Wildschweine die für prinzipliche Jagden geschont wurden". Polemisch zum hannoverschen Adelsregiment: Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. III., S. 525-542.

genen Söhne werden "fritzisch" in der Zeit des Deutschen Bundes auf Preußen verwiesen.²⁷⁶ Im Sinne des "osmotischen" Verhältnisses zum ländlichen Adel, werden im Hause des Gutspächters Siemens z. T. auch adlige Formen kultiviert wie die Satisfaktion mit der Waffe.²⁷⁷ Bei Werner Siemens gesellt sich dazu noch ein spezifisch enges Verhältnis zum preußischen Militär: Er weicht während der materiellen Notlage der Familie in den nachnapoleonischen Agrarkrisen auf eine Arméekarriere aus, der er technische und wissenschaftliche Förderung verdankt;²⁷⁸ er schätzt militärischen Umgang und nutzt das "Avancement" zum preußischen Offizier auch jenseits des aktiven Dienstes zur Begründung einer zivilen Existenz im "Gewerbefleiß" des Telegraphenbaus.²⁷⁹

- 276) "Der einzige feste Punkt in Deutschland... der Staat Friedrichs des Großen ..." (Siemens, a.a.O., (10.), S. 14). "Eine entschiedene Wendung" seines "Jugendlebens" bewirkte bei Werner der "rationalistisch" eingestellte und daher "bei seinen Vorgesetzten... schlecht angeschriebene Kandidat der Theologie", der Siemens als Hauslehrer erzog und dabei im Sinne des zeitgenössischen lehrhaften Unterrichtsgesprächs und der Unterrichtserzählung vorging. Werners Vetter, Georg S., erfuhr eine ähnliche (Hauslehrer-) Erziehung. Der angehende, im Selbstmord endende rationalistische Prediger hat Siemens nachhaltig pädagogisch beeinflusst. Vgl. Siemens, a.a.O., (10.), S. 11 ff.; Helfferich, Georg von Siemens, I., S. 12 f. Zur pädagogischen Breitenwirkung der populär-rationalistischen Didaktik der Zeit: Rosenberg, "Theologischer Rationalismus...", a.a.O., S. 503 ff. und Karl-Heinz Günther, Geschichte der Erziehung, 10. Aufl., Bln./DDR., 1971, S. 250.
- 277) Schätzung des Duells bei Vater und Sohn. (Siemens, a.a.O., (10.), S. 9 f.) Zur Ausbreitung der Satisfaktionsfähigkeit beim preußischen Bürgertum seit dem 18. Jahrhundert: Koselleck, Preußen..., S. 101. "... dehnten die Kriminalgerichte /die lässige Handhabung des landrechtlichen Duellverbotes/ auch auf den höheren Bürgerstand aus".
- 278) Von krisenhaften Phasen waren in der Entwicklung der Landwirtschaft die Jahre 1801-1830 gekennzeichnet. Die akuteste Zuspitzung fiel in die Zeit von 1818-1825. Vgl. Wilhelm Abel, "Agrarkonjunktur" in: HdS., Bd. I., Göttingen 195, S. 49-59, spez. S. 55. Die vielfachen Berührungen mit Militär und Offiziersstand sind hier nicht im einzelnen nachzuweisen. Entferntere und nähere Verwandte der Familie gehörten dem preußischen, bzw. dem hannoverschen Offizierscorps an. Werner nutzte das bei dem zunächst scheiternden Versuch, eine Ausbildung an der Berliner Bauakademie durch den Eintritt in das Preußische Ingenieurcorps zu kompensieren. Zu den Stationen des Dienstes bei der Artillerie, der "Vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule", sowie in den staatlichen Rüstungsunternehmen in Spandau: Siemens, a.a.O., (10.), S. 19-25, 29-33, 41 f. u. passim.
- 279) Vgl. oben, S. 68 ff.

In die Zeit der Militärlaufbahn fällt aber auch noch die kennzeichnende, sympathisierende Begegnung des bürgerlichen Artillerieoffiziers mit der streitbaren, politisierend spätrationalistischen Theologie und Kanzelberedsamkeit der 1840er Jahre. Siemens zeichnete 1845, als sich die Auseinandersetzungen zwischen der preußischen Regierung und den politisch-theologischen Gruppierungen der "Protestantischen Freunde" und der "Deutschkatholiken"²⁸⁰ bereits erheblich zugespitzt und zu "gehässigen Lehrprozessen" (Treitschke), Amtsenthebungen und Verboten geführt hatten,²⁸¹ mit mehreren militärischen Gesinnungsgenossen für die bedrängten "Protestantischen Freunde" eine Berliner Protestadresse für "Geistes- und Lehrfreiheit" als die "Grundlage aller echt menschlichen Bildung ... und Fortentwicklung".²⁸² Er wurde dafür im Kreise ähnlich gesonnener Vorgesetzter nur milde getadelt:²⁸³ Der Liberalismus, dem es unter den preußisch-deutschen Bedingungen von 1845 an reifen Organisations- und Artikulierungschancen gebrach, "predigte" und hatte Eingang in die Kasernen gefunden.²⁸⁴

-
- 280) In beiden Strömungen nutzt die nach 1818 aus der Öffentlichkeit verdrängte politische Diskussion Seitenschauplätze. Vgl. Rosenberg, Theologischer Rationalismus..., S. 515. Zur innerkirchlichen Genese und Diskussion H. Graß, "Theologischer und kirchlicher Liberalismus" in: Kurt Galling u.a. (hrsg.), Die Religion in Geschichte und Gegenwart - Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, Bd. 4., 3. Aufl., Tübingen 1960, Sp. 351-355 (in der Folge zitiert: RGG); E. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 265 ff., 268, 277 ff.
- 281) Zit.: Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 5., S. 347; vgl. auch M. Schmidt, "Lichtfreunde" in: RGG., Bd. 4., sp. 359 ff., G. Maron, "Deutschkatholizismus", ebda., Bd. 2, Göttingen 1958, Sp. 112 f.
- 282) Entsprechend der allgemeinen Tendenz der Schilderungen zur Märzrevolution wird der Vorgang in den Siemens'schen Erinnerungen selbst merklich heruntergespielt. Abdruck der Adresse, die in einer improvisierten Versammlung der "Protestantischen Freunde" am 1. August 1845 in Berlin "unter den Zelten" angenommen wurde unter der Überschrift: "Protest gegen Reaktion und Muckertum" durch die "Berlinischen Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen" vom 7.8.1845. Faksimiliert in: Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Auflage, S. 44.
- 283) Vgl. Siemens, ebda., S. 49 f.: Tadel durch einen freisinnig orientierten Offizier. Siemens gelingt es mit einer erfinderischen Leistung die drohende Versetzung in die Provinz zu unterlaufen.
- 284) Rosenberg, a.a.O., S. 515 ff. Zur sozialen Basis der liberal inspirierten Protestadressen in Sachsen, Schlesien und Berlin vgl.

Die Erklärung von 1845, die in der Adressenfülle dieses Konflikts nichts Ungewöhnliches darstellte, griff formal nach der theologischen und kirchenpolitischen Orthodoxie, zielte aber mit der Abmahnung von Gewissens- und Lehrfreiheit, "teuer erkaufte Rechte unserer Zeit" und der Forderung: "Die Religion ist ... freie Sache des Einzelnen!"²⁸⁵ auf mehr. Siemens stützte hier Positionen, die er mit der liberalen Linken lebenslang verfocht.²⁸⁶ Sie gehörten zu den Bezugspunkten, die die Parteinahme im Berliner Antisemitismusstreit mit begründeten; sie stehen neben dem Esprit de Corps von Mitgliedern der Berliner Akademie, die sich dank der Teilhabe an praktizierter Überstaatlichkeit von Wissenschaftsbetrieb, Forschungskommunikation und Technik einem allgemein verbindenden, aufklärerisch lehrhaften Herkommen verpflichtet wußten.

Anmerkungsübertrag zu Anm. 284), S. 178 d

James J. Sheehan, "Liberalismus und Gesellschaft in Deutschland 1815-1848" in: Gall (hrsg.), Liberalismus, S. 208-231, spez. S. 209-215. Im "Adressensturm" (Treitschke) für die Sache der protestantischen "Lichtfreunde" war Unterstützung aus dem Offizierscorps nicht auf Berlin beschränkt. Allein 119 Offiziere hatten 1845 in Breslau eine analoge Erklärung unterzeichnet. (Sheehan, Liberalismus, S. 213).

- 285) Siemens, a.a.O., zitierte Zeitungsnotiz. Der Gegenseite war die generelle Zielsetzung zu keiner Zeit unklar: "Für die Orthodoxie ... war der theologische Rationalismus eine gottlose, die Geister und Völker revolutionierende Bewegung, die im Bunde mit der ... naturrechtlichen Rechtsphilosophie darauf aus war, die Stellung der privilegierten Stände und die göttlich sanktionierte ... Staatsordnung zu erschüttern". (Rosenberg, a.a.O., S. 506).
- 286) Das betrifft vor allem den auch schon vor 1870 "kulturkämpfenden" Antiklerikalismus. In dem Maße, in dem sich in der Realität der industriellen Revolution liberale Gesellschaftsvorstellungen als illusionär und ideologisch herausstellten, wird dieser Antiklerikalismus zu einem stark aufgewerteten Versatzstück verbindender gemeinliberaler Programmatik. Auch bei Werner Siemens macht während der "Großen Depression" wie bei vielen Liberalen dem Fürwahrhalten bestimmter Gesellschaftsprojektionen ein eher beschwörender Appell an liberale "Überzeugungen" Platz. Der Antiklerikalismus aber blieb. Vgl. Werner Siemens, "Das naturwissenschaftliche Zeitalter", in: ders., Wissenschaftliche und technische Arbeiten, Bd. 2., 2. Aufl., Berlin 1891, S. 491-499. Referat vor der 59. Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte am 18.IX.1886. Vgl. vor allem S. 492, 496 f. Bei S. ist der Glaube an den "Sieg des Lichtes der Wissenschaft" über "erniedrigenden Aberglauben und Fanatismus" Grundbedingung für die Heraufkunft "moralischer und materieller Zustände", die "besser sind als sie je waren..." (Ebda., S. 495 f.)

KAPITEL : 3

ELEKTROINDUSTRIE UND LIBERALE POLITIK ZWISCHEN REICHSGRÜNDUNG UND JAHRHUNDERTWENDE

Das Beispiel Werner Siemens - Politische Profilierung 1860 - 1890

Das verspätete kleindeutsche Votum.

Die Stellung, zu der sich die Berliner Korporation der Kaufmannschaft in Zoll- und Handelspolitik, aber auch in den Auseinandersetzungen im Berliner Antisemitismusstreit mit der Mehrheit ihrer Ältesten bekannte, gestattete es, politische Profilierungen in der Berliner Unternehmerschaft zu veranschaulichen.

Ausgehend von der Beteiligung der KdK an der kampagnenhaften Mobilisierung bürgerlicher Zustimmung zur preußisch-kleindeutschen Politik der beginnenden 1860er Jahre, ließ sich dabei zugleich die historisch variable Ausprägung des Mandats materieller Interessen verfolgen, die in der Korporation vertreten und in den Konstellationen der kleindeutschen Politik zur Geltung gebracht wurden.

In diesem Kontext hatte sich der Anteil der Elektroindustrie und der Elektroindustriellen auf das Exempel des Engagements von Werner Siemens beschränkt, dessen Rolle bei der Umstimmung der Korporation zugunsten der mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag von 1862 ökonomisch präjudizierten "Reichsgründungspolitik" beschrieben wurde, und dessen Unterschrift unter dem Protest der 75 Berliner Honoratioren gegen die Ausschreitungen der antisemitistischen Agitation in den Anfangsjahren der "Großen Depression" zuletzt als Kennzeichen einer Kontinuität des

liberalen Grundbekenntnisses in der Korporation wie bei Siemens selbst gewertet worden ist.

Bei dieser Darstellungsweise durfte der Anspruch des Kehr'schen Diktums, man könne und solle auch aus Handelskammerberichten Geistesgeschichte schreiben, ernst genommen werden.¹ Es sollte gerade aus der Verflechtung dieser Geschichte mit anschaulich darstellbaren ökonomischen Belangen die Lebendigkeit und Realität dieser Historie hervorgehen, zu der, wie bei jeder Rezeption, auch die Widersprüche zählen, die kennzeichnend die Aufnahme liberaler Gedanken beim Bürgertum begleiten.

Ohne ein historiographisch denunzierendes "post hoc, ergo propter hoc" ließ sich von da aus auch preußisch-deutscher Patriotismus im Unternehmertum nach der Immanenz materieller Belange befragen und die ökonomische Fundierung des couragiert linksliberalen Protests gegen den Antisemitismus erhellen.

Es lag in der Konsequenz dieses Weges, die Existenz materiell interessierter Erwartungshaltungen in der Politik nicht per se bereits mit der planen Instrumentalisierung politischer Gesinnung gleich zu setzen.² Darin bestand, zumindest in dem skizzierten Fall von Werner Siemens, der Widerspruch gegenüber der Griffbarkeit der Hypothese von der raschen Abdankung des unternehmenden Bürgertums vor einer in der Ökonomie gescheiterten Interessenbeflissenen, auf genuin politischem Felde aber retrograden preußischen Politik.^{2a}

1) Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901, Berlin 1930, S. 206 f.

2) Vgl. oben, S. 120-126.

2a) So aber Michael Gugel, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft S. 16 f. u. passim. G. übernimmt und präzisiert einige der Thesen von H. Böhme. Die Quellenbasis G.'s ist für die 1850er Jahre freilich außerordentlich dürftig. Die von ihm hauptsächlich angeführten Handelskammerberichte gehörten den 1860er Jahren an.

Für den Unternehmer, Techniker und Erfinder Werner Siemens war nun schon darauf hingewiesen worden, daß gerade bei einer interessenssensiblen Wertung seines bereits kurz umrissenen politischen Engagements einige Fakten erheblich dem Satz vom raschen Kniefall vor der Bismarck'schen Politik widerstreiten.

Zunächst läßt sich für Siemens konstatieren, daß hier ein Votum für Preußen nicht mit Notwendigkeit vorgegeben war.

Seitdem der Leiter der preußischen Staatstelegraphen ("Königlich Preussische Telegraphendirektion"),³ Friedrich Wilhelm Nottebohm, Werner von Siemens nach einer Polemik über die Ursachen des Versagens der von S.&H. verlegten Telegraphenkabel 1851 von Lieferungen für die Telegraphendirektion ausgeschlossen hatte,⁴ war der vordem durch Behördenkontakte gesicherte und für die technische und kommerzielle Auswertung der Siemens'schen Erfindungen außerordentlich wertvolle Konnex zur preußischen Administration unterbrochen.⁵

Aus dieser Zeit datierten die an anderer Stelle breiter geschilderten Parforce-Bemühungen um die - schließlich erfolgreiche - Monopolisierung des russischen Telegraphenmarktes für Siemens & Halske und kom-

3) Zur Geschichte der Preussischen Telegraphenverwaltung, ihrer späten Emanzipation aus dem Einflußbereich des preussischen Kriegsministeriums: Gottfried Korella, Die Leiter der preussischen und deutschen Telegraphie bis zum Jahre 1876, in: AfdPG., 1969, Heft 2, S. 18-27.

4) Werner Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Aufl., München 1966, S. 185; die völlige Unterbrechung der Beziehungen betraf die Jahre 1851-1857.

5) Korrektur an dem aus begreiflichen Gründen schwarz in schwarz gehaltenen Bild Nottebohms bei Siemens durch Korella, Die Leiter..., a.a.O., S. 21 ff.

pensatorische Anstrengungen in England und Frankreich.⁶ Bis zum Ausgang der 1850er Jahre schwankte Werner Siemens, ob er die zentrale Leitung der russischen, englischen und mitteleuropäischen Belange des Unternehmens in Berlin belassen sollte.⁷

Im Januar 1858, zu einem Zeitpunkt, an dem die Ablösung F.W. Nottebohms an der Spitze des preußischen Telegraphenwesens wohl schon erfolgt war, der Siemens gewogene Nachfolger Nottebohms, François A.D. Chauvin,⁸ sich aber im Amt noch nicht gegen Widerstände "von Nottebohm-Anhängern" hatte durchsetzen können,⁹ berichtete Werner seinem Bruder Wilhelm über den "sehr zuvorkommenden" Empfang bei dem Wiener Telegraphendirektor. Er schrieb über "brillante" Aussichten für S.&H.:

"Wir werden vorläufig in Wien eine Filiale errichten und dann sehen, wohin e n d g ü l t i g u n s e r S c h w e r p u n k t fällt. In Österreich hat Intelligenz und Kapital noch sehr hohen Wert! Österreich will seine Linien nach der Türkei, Griechenland usw. ausdehnen, teils aus politischen Gründen, teils um seine eigenen Linien erträglicher zu machen. Man will aber den Bau, sowie den Betrieb später ... einer Privatgesellschaft, die aber in Wien ihren Sitz haben müßte, übertragen. Vorteilhaft würde eine solche Gesellschaft gewiß sein, da ihr mit der Zeit der ganze orientalische Verkehr in die Hände fallen würde. Man hat uns angetragen, die Bildung einer solchen Gesellschaft in Österreich zu übernehmen".¹⁰

6) Siehe oben, S. 70 ff.

7) Zur Koordination der russischen, deutschen und englischen Unternehmen der Gebrüder Siemens: Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit..., S. 21-26, 29-34; Aufschlüsselung nach Umsatzanteilen bei Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 58 ff.

8) Chauvin ging aus einer militärischen Karriere hervor. Als Ingenieur-Offizier und Absolvent der Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin trat er im Dezember 1856 im Rang eines Majors an die Spitze des preußischen Telegraphenwesens. Mit seiner Ernennung hatte sich das preußische Kriegsministerium gegen den Wunsch des Handelsministeriums durchgesetzt, den Telegraphen - wie zur Zeit Nottebohms - einem "wissenschaftlich gebildeten Techniker" statt einem Militär zu unterstellen. (Korella, Die Leiter..., S. 23).

9) Ebda., S. 24.

10) Matschoß, Briefe, S. 127 /Sperrung: H.M.B._7.

Dem "Leutnant Siemens",¹¹ der sich zu Beginn seiner eigenen Unternehmerkarriere über der Wahlmöglichkeit zwischen der Übernahme der technischen Leitung des preußischen Staatstelegraphen und einer freieren Tätigkeit nur zögernd hatte für diese entscheiden können,¹² war damit eine Alternative zur preußischen Option eröffnet, die, auf Dauer gestellt, mehr versprechen mochte als selbst das spätere, nur im kombinierten Einsatz der Siemens'schen Beziehungen zur russischen, englischen und preußisch-deutschen Politik zu verwirklichende Großprojekt der "Indo-Europäischen Telegraphenlinie" der 1860er Jahre.¹³

Bei dieser Ausgangslage fiel die Entscheidung für Preußen relativ spät. Und in ihr hatten, wenn man bei ihrer ökonomischen Dimension bleiben will, weit weniger innerpreußische als "internationale" Erwägungen eines Unternehmers den Ausschlag gegeben, der an der Spitze eines überstaatlich konzipierten Familienunternehmens stand, das seinen Fortbestand und seine

11) Während des Verfassungskonflikts fand Siemens gegenüber königlichem Unwillen wenig Schutz an seinem Rang als preußischem Ingenieuroffizier. Am 29.XII.1864 schrieb er an seinen Bruder Walter in Tiflis: "Leider bist Du durch Deinen Namen augenblicklich hier schlecht empfohlen, denn ich gehöre zu der schwarzen Bande der Fortschritts-abgeordneten, und Majestät hat neulich bei Besichtigung unseres Typenschnellschreibers im Telegraphenbüro /Zentralverwaltung der preußischen Staatstelegraphen, H.M.B./ ärgerlich gesagt: 'Ich kenne keinen Leutnant Siemens!' ... Bei der feudalen Richtung des hiesigen politischen Winters wird es gut sein, Dich besonders als Bergwerksbesitzer in Szene zu setzen, da das immerhin ein althergebrachtes, anständiges Metier ist". (Matschoß, Briefe, S. 235). Siemens lehnte später den "Kommerzienrat" ab, akzeptierte aber den "Geheimen Regierungsrat" als Mitglied des Kaiserlichen Patentamtes und nahm auch - die schlecht ablehnbare - Nobilitierung durch Friedrich III. dankend an. (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 349; Siemens, Lebenserinnerungen, 16. Aufl., S. 259 ff., 262).

12) Vgl. Lebenserinnerungen, S. 17, 51 ff., 78 f.

13) Zu den Voraussetzungen für den Bau und Betrieb der Indo-Europäischen Telegraphenlinie siehe oben, S. 73. Vgl. auch Matschoß, Briefe, S. 211, am 27.VI.1863 an Karl Siemens: "Aussichten auf eine großartige Entwicklung..."; Helfferich, Georg von Siemens, I., S. 80-164; Seidenzahl, Fritz, "100 Jahre Deutsche Bank", Frankfurt/M. 1970, S. 30 f., 120; Siemens Lebenserinnerungen, S. 185 ff.; Gottfried Korella, "Elektrische Telegraphie" in: AfDPG., 1974, 2., S. 102-105.

Prosperität seit 1851 im wesentlichen außerdeutschen Märkten verdankte. Chancen, die demgegenüber die anstehende Verbesserung der Beziehungen zur preußischen Telegraphenverwaltung bot, wogen unterdessen vergleichsweise gering: das konventionelle Landtelegraphengeschäft hatte am Eingang der 1860er Jahre bereits weitgehend seine frühere Attraktivität eingebüßt.¹⁴

Die "preußische" wird vor diesem Hintergrund eher eine "englische" Option zu nennen sein. Der sich liberalisierende Handelsraum Groß-Britanniens, der englischen Kolonien und Westeuropas sollte mit seinen Absatzmöglichkeiten für die in Berlin inzwischen entwickelten kompensatorischen Fertigungen geprüft werden.¹⁵ Im März 1860 meinte Werner Siemens optimi-

- 14) Angesichts des "traurigen" Telegraphengeschäfts erwog Werner Siemens zwischen 1860 und 1863 u.a. folgende kompensatorische Unternehmungen: "Einen Erzhandel, der viel Geld bringen kann..."; bei völliger Schließung der "Telegraphenbauanstalt" Errichtung eines "Metall- (Messing), Guß- und Walzwerkes", den Aufbau einer "Glashütte mit Spiegelschleiferei" bzw. Fensterglasfertigung und Übernahme der Berliner Maschinenbaufirma Mehliß, um dort "kolorische Gasmachines" herzustellen. (Matschoß, Briefe, S. 173, 219; am 3. und 15.I.1861 an Wilhelm Siemens; drei Jahre später heißt es an gleicher Stelle, das Berliner Telegraphengeschäft biete keine "Garantie der Fortdauer und nützlichen Entwicklung" mehr. Ebda., S. 223, am 29.II.1864 an Wilhelm.).
- 15) Matschoß, Briefe, S. 125, an Karl Siemens, 2.X.1857: "Für unser hiesiges Geschäft wird England immer mehr Hauptkunde". Ähnlich, ebda., S. 129, 30.II.1858; Helfferich, Georg von Siemens, Bd. I., S. 80-89. Im November 1860 lautete die Prognose: "Ohne den englischen Markt kann unser hiesiges (Berliner) Geschäft nicht bestehen, da der übrige Absatz zu gering ist. Das englische Geschäft hat in telegraphischer Hinsicht allein eine Zukunft, und zwar möglicherweise eine recht bedeutende". (Ebda., S. 83, an Carl Siemens am 12.XI.1860). Zur Höhe der Gewinne im englischen Geschäft vgl. u.a. bereits Darstellung bei Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit..., S. 29-37. In den 1850er Jahren spielte der Absatz von Wassermessern auf dem englischen Markt eine besondere Rolle, weil die englischen Kommunen mehrheitlich schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zur kommunalen Errichtung von Wasserwerken schritten und von daher einen aufgestauten Bedarf an Meßgeräten besaßen. Nachweise zum späteren Anteil solcher kompensatorischer Fertigungen am deutschen Geschäft bei Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 566. Zur Geschichte früher kommunaler Versorgungsbetriebe in England und Deutschland im 19. Jahrhundert: Die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter in deutschen Städten, II., (Beiträge zur Arbeiterstatistik 10), Berlin 1909, S. 7 ff.; C.J. Fuchs, Art. Gemeindebetriebe in: HdK, Bd. II., S. 241-252.

stisch: "Da der englische Eingangszoll aufgehoben ist, so können wir uns damit einen großen Markt machen".¹⁶ Diese Prognose wurde im wesentlichen von der Wirklichkeit bestätigt.¹⁷

Liberaler Pragmatiker in Handels- und
Sozialpolitik

Das "Ja" zum liberalisierten Handel im Westen bedeutete aber keineswegs etwa den Schritt zur Cobdenschen Orthodoxie. Die Korrespondenzen Werners belegen vielmehr Anstrengungen zu einer umsichtig angelegten Nutzung möglichst aller kommerziellen Aussichten auf unterschiedlich strukturierten und handelspolitisch organisierten nationalen Teilmärkten; fast datums- gleich mit den Bemerkungen zum englischen Markt findet sich die Eintragung: "Kommt ein hoher Zoll in Rußland, so wäre dort allerdings was zu machen..."¹⁸

Die Beweglichkeit einzelner Wertungen und Optionen, die hier teils auf die Internationalität der Siemens'schen Unternehmen, teils auch auf die nicht starr im Sektor der Elektrotechnik verharrenden, sondern vielfältig oszillierenden Produktions- und Absatzinteressen der Brüder Siemens verweisen, macht es unmöglich, vom Freihändler aus Überzeugung zu sprechen.¹⁹

Und ähnlich fiktiv wäre, läßt man andere Momente beiseite, der Kleindeutsche, der Preuße per ökonomischer Notwendigkeit. Ökonomie als Primum movens alles Politischen führt sich dabei anschaulich ad absurdum.

Der Erfinder Siemens, der in einem beispiellos langen, über zwei Jahrzehnte hinweg geführten Kampf für eine reformierte deutsche Patentgesetzgebung stritt,²⁰ und der für diesen Kampf mit Erfolg alle Medien zeitgenössischer

16) Matschoß, Briefe, S. 163, 30.III.1860 an Karl Siemens.

17) Winterfeld, Entwicklung, S. 36 f. Dagegen bot die Gestaltung des Geschäfts in Frankreich - selbst nach der Ratifizierung des deutsch-französischen Handelsvertrags von 1862 kaum Anlaß zur Korrektur von pessimistischen Prognosen, die Werner Siemens noch 1861 nach einer wenig erfolgreichen Geschäftsreise gestellt hatte. Er meinte im März 1861, Paris sei "kein Pflaster" für S.&H.; die "vereinigte französische Eitelkeit" habe geschäftliche Erwartungen gehörig reduziert. (Matschoß, Briefe, S. 175, an Carl Siemens, 22.III.1861).

18) Matschoß, Briefe, S. 163, 12.IV.1860 an Karl Siemens.

19) Vgl. dazu unten, S. 489-502.

20) Vgl. unten, S. 213-222.

politischer Kampagnen zur Organisierung von Stimmungen und Meinung aufzubieten wußte, war bereit, sich auf diesem Feld auch "gegen die ganze Freihandelsmeute" zu schlagen, "die die Patentgesetzgebung in der Welt beseitigen will".²¹ Er plante andererseits, obschon selbst kein "Manchestermann", als Opponent die Gründungsversammlung des "Vereins für Sozialpolitik" 1872 in Eisenach zu besuchen, um "zu verhindern, daß die Leute Theorien über Arbeiterbeteiligung am Gewinn etc. publizieren, die als Feuerbrand wirken können!"²²

Äußerungen, deren Offenheit der gewohnten liberalen Interessenschamhaftigkeit widerstreiten, fehlen auch auf anderen Gebieten nicht. So erklärte er 1862 seinem Bruder Wilhelm, er werde seine augenblickliche "Stellung als Mitglied der Landtagskommission für Handel und Gewerbe benutzen", um den preußischen Handelsminister von seinen "unrichtigen" Ansichten in der Patentgesetzgebung abzubringen.²³ Die Pensionskasse, die bei S.&H. im Jahre 1872 eingerichtet wurde, wird nicht als "humanitäre", sondern als Institution beschrieben, die in einer "gesunden, egoistischen" Abzweckung im Sinne des Unternehmers dem Betriebsfrieden dienen solle.²⁴ Auch in an-

21) Matschoß, Briefe, S. 215 f. (An Karl Siemens, 19.X.1863). Ähnlich ebda., S. 434, an Wilhelm Siemens, 10.II.1874: englische "Freihandelsfanatiker".

22) Heintzenberg, a.a.O., S. 245 f. an Wilhelm Siemens, 2.X.1872. Nach Ausweis des Protokolls blieb Siemens indessen der Tagung fern. (Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. und 7. October 1872, hrsg. vom Ständigen Ausschuß des VFS., Leipzig 1873, S. 263-267.

23) Matschoß, Briefe, S. 195, 20.V.1862 an Wilhelm Siemens.

24) "Es ist nicht allein Humanität, sondern wesentlich gesunder Egoismus, welcher uns zur Bildung der Kasse bewogen hat ... Die Leute fühlen sich durch die Kasse dann mit der Fabrik verbunden, der schädliche Wechsel der Arbeiter hat abgenommen und Entlassung ... ist wieder /selbst in der Hochkonjunktur, H.M.B./ eine empfindliche Strafe geworden". (Matschoß, Briefe, S. 482, 19.XI.1875 an Major von Stülpnagel). Heintzenberg, a.a.O., S. 248: die Pensionskasse solle zu ihrem Teil die soziale Frage für die Firma "unschädlich machen". (An Fa. Siemens Brothers, London, 1.XII.1872). Da fluktuierende Arbeiter "leichter von sozialistischen Schwindlern eingefangen ... werden", solle sie die Siemens'sche Pensionskasse an ihren Arbeitsplatz binden. (Ebda., S. 262, an Kommerzienrat Borsig); vgl. auch Siemens, Lebenserinnerungen, 16. Aufl., S. 247 ff. u. 257 (Abdruck der Stiftungsurkunde der Pensions-

derer Hinsicht versagt hier das Stereotyp vom situativ begrenzten, interessenbornierten Auftreten der Unternehmer in der liberal gefärbten kleindeutschen Reichsgründungsphase.

Andauer des liberalen Engagements nach 1862/66.

Siemens, der seine Nominierung und Wahl zum Abgeordneten der Fortschrittspartei in die 2. preußische Kammer nächst seinem Wirken im Vorstand der Partei²⁵ der Eigenständigkeit seiner Erklärungen vor den Wählern verdankte, zog sich nach dem Auslaufen dieses Mandats²⁶ und den entscheidenden Weichenstellungen der Reichsgründungszeit bis 1866 als Unternehmer keineswegs völlig aus der Politik zurück. Abgesehen von der fast zur Lebensaufgabe gewordenen Propagierung des Patentschutzgedankens zeugen davon einzelne Stellungnahmen, die zur Zoll-, Handels- und Sozialgesetzgebung der 1870er und 1880er Jahre vorliegen.²⁷

Anmerkungsübertrag, S. 186, Anm. 24)

kasse von 1872). Kritisch: A. Günther und R. Prévôt, Wohlfahrtseinsparungen der Arbeitgeber, S. 138; Herkner, Arbeiterfrage, Bd. I., S. 423 ff.

- 25) Werner Siemens, Lebenserinnerungen, 16. Aufl., S. 170; Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 187; Nipperdey, Organisation der Parteien vor 1918, S. 17 f. Siemens vertrat den Wahlkreis Solingen-Remscheid von 1862-1866 im preußischen Abgeordnetenhaus. Bereits 1861 war ihm ein Landtagsmandat für Schlesien angeboten worden; seit 1862 gehörte Siemens dem Zentralwahlkomitee, der "einzigen zentralen Organisation" der Fortschrittspartei (Nipperdey) an. Vgl. Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 186 f., Briefe an Karl Siemens vom 14.II. u. 16.V.1862; Nipperdey, a.a.O., S. 17.
- 26) Das Votum für den deutsch-französischen Handelsvertrag entfremdete Siemens seinen Solinger Wählern und er selbst nahm an, daß er im Falle einer nochmaligen Kandidatur im schutzzöllnerisch gesonnenen Solingen nicht mehr aufgestellt worden wäre. (Lebenserinnerungen, 16. Aufl., S. 183).
- 27) Siehe unten, S. 191-205.

Anders als die hier absichtsvoll zu kurz greifenden Siemens'schen Lebenserinnerungen glauben machen,²⁸ ruhte auch die Teilnahme an der Parteipolitik nach 1866 nicht völlig.

Zwar schrieb er im März 1876 an Miquel, es bedrücke ihn, daß er den Einladungen zu Vorstandssitzungen "des nationalliberalen Vereins"²⁹ kaum noch nachkommen könne und meinte, es sei besser, ihn "lieber dem Vorstand nicht [mehr, H.M.B.] zuzuzählen, wie ich schon früher bat", fügte aber hinzu, er sei "zu besonderer Tätigkeit und Leistung im gegebenen Momente immer bereit".³⁰ Vier Jahre später zögerte Siemens dann nicht, dies Versprechen auch unter Beweis zu stellen. Freilich kaum im Sinne Miquels. Im Sommer 1880 unterstützte er die schließlich in die "Sezession" einmündenden Versuche Heinrich Rickerts, die nationalliberale Partei für eine Wendung nach links zu gewinnen.³¹ Rickert und Eduard Lasker erhielten von Werner Siemens die Zusage, er werde künftig für ihre

28) Siehe dazu oben, S. 77-83.

29) Gemeint vermutlich: das Zentralkomitee als organisatorisch, personell und nach der Periodizität seiner Tagungen noch nicht formell gefestigtes zentrales Leitungsorgan der Nationalliberalen während der 1870er Jahre. Vgl. dazu Nipperdey, Organisation der Parteien..., S. 119 ff., 122.

30) Matschoß, Briefe, S. 489 f. (10.III.1876). Die Wendung: "sich zu einer Partei zählen oder rechnen" entsprach dem Sprachgebrauch in der Fortschrittspartei, in der es noch keine formelle Parteimitgliedschaft gegeben hatte. Eine Ausnahme machte dabei lediglich das Zentralkomitee, dem Siemens nachweislich 1862 angehörte. Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 11, 18.

31) Julius Heyderhoff und Paul Wentzcke, (hrsg.) Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine Briefsammlung, Bd. I., Bonn 1925, S. 334 f., Brief Heinrich Rickerts an Eduard Lasker vom 29.VII.1880. Rickert wollte die Wendung u.a. durch eine vorbereitete Proklamation auf einem eigens zu berufenden Parteitag durchsetzen. Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 125. Zur Bedeutung der Sezession: ebda., S. 123, 182 f., 204 ff.; Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 89 ff.

Pläne mit einem Jahresbeitrag von 1.000 Mark zeichnen.³²

Von industriellem Absentismus in der Politik seit den Weichenstellungen der Reichsgründungsphase der 1860er Jahre ließe sich im Blick auf Werner Siemens daher nur sprechen, wenn der Begriff des Politischen auf die parlamentarische Präsenz und äußerlich vorzeigbare Aktivität in den liberalen Parteien beschränkt werden sollte.

Hier sind ärgerliche Anmerkungen zum Zeitaufwand im politischen Tagesgeschäft aber schon und gerade während des preußischen Verfassungskonflikts nicht selten. Siemens beklagte die Zerrissenheit seiner Tage zwischen Kontor, Kammer und Partei. Bereits 1861 heißt es abwehrend: "Sie wollen mich mit Gewalt zum Abgeordneten machen ... Ich habe über keine Zeit zum Schwatzen!"³³ Vor und nach den Landtagswahlen im Mai 1862, die ihm für die Fortschrittspartei das Mandat des Wahlkreises Solingen-Remscheid einbringen, fällt in der Korrespondenz mit den Brüdern häufig das Stichwort von der "fatalen Politik" und ihren Anforderungen an Zeit und Energie.³⁴ Seine Arbeit in der 2. preußischen Kammer läßt er nur als notwendige, ihm temporär auferlegte Leistung "für meine zukünftige Befreiung von politischer Zeitverschwendung" gelten; insgesamt aber erscheinen die Abgeordnetenpflichten als "leidiges Joch" und beschwerlicher "Kammerdienst".³⁵

33) Matschoß, Briefe, S. 183, 16. XI.1861 an Karl Siemens.

34) Ebda., S. 186, 2.XII.1861: "die fatale Wahlmannspflicht hält mich fast immer in Atem". (an Wilhelm Siemens); ebda., S. 191, 14.III.1862: "fatale Politik" halte ihn von der Korrespondenz ab. (an Karl Siemens); ähnlich: ebda., S. 192, 25.IV.1862, an Karl Siemens.

35) Ebda., S. 191, 14.III.1862 an Carl; ebda., S. 194, 16.V.1862 an Carl Siemens; ebda., S. 196, 26.VII.1862 an Wilhelm Siemens und ebda., S. 202, 22.XI.1862 an Carl.

Die Äußerungen können bei dem ökonomisch kaum abkömmlichen Unternehmer wenig erstaunen. Siemens war damals zugleich rastlos um die Rekonstruktion des vom Niedergang der Telegraphenkonjunktur seit Ausgang der 1850er Jahre ernstlich betroffenen Berliner Geschäfts von S.&H. bemüht.³⁶ Die Vernachlässigung der Vorstandsarbeit innerhalb der nationalliberalen Partei war ähnlich begründet.³⁷ In dem bereits angeführten Schreiben an Johannes Miquel von 1876 erklärte Siemens entschuldigend: "Ich würde auch gerne kommen, doch bin ich durch das so schwierig gewordene Geschäft ... so in Anspruch genommen, daß ich selten mehr als zweimal in der Woche zu Tisch nach Hause komme".³⁸

Die bisherigen Darlegungen lassen sich nun bereits zu einigen Hauptausagen verdichten.

Zunächst scheint die kleindeutsche Option bei Siemens weniger ökonomisch - innerpreußisch als genuin politisch und westeuropäisch determiniert, und sie war vor 1866 augenscheinlich nicht mit dem Verzicht auf Opposition gegenüber der Bismarck'schen Preußen- und Deutschlandpolitik verbunden.

36) "Unser Telegraphengeschäft sieht jetzt traurig aus. Eine solche Arbeitslosigkeit habe man noch nicht erlebt. Dauert es noch lange so an, so ist es am besten, die Bude ganz zu schließen". (Matschoß, Briefe, S. 173, 3.I.1861 an Wilhelm Siemens). Am 29.II. schreibt Werner an Wilhelm: "... die Telegraphie ist jetzt älter und mündiger und wir sind nun ziemlich überflüssig". Er habe sich in den zurückliegenden Jahren mehr "mit anderen Dingen als der Telegraphie beschäftigt", weil das "Telegraphengeschäft keine Garantie der Fortdauer und nützlichen Entwicklungsfähigkeit darböt". (Ebda., S. 223).

37) Da es für die Zugehörigkeit zum liberalen Zentralkomitee in der Mitte der 1870er Jahre noch keine fest eingehaltenen Kriterien gab und daher auch der Besuch der ad-hoc-Geladenen bei Sitzungen außerordentlich schwach ausfiel, war das Siemens'sche Verhalten eher Regel denn Ausnahme. Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 120.

38) Matschoß, Briefe, S. 489 f., 10.III.1876.

Zweitens trifft die These von der interessierten politischen Enthaltensamkeit im unternehmenden Bürgertum nach 1862 für den vorliegenden Fall offenbar nicht zu: politische Aktivitäten, wenn auch vielfach verdeckt und vom Zwang der ökonomischen Unabkömmlichkeit eingeengt, sind bis weit in die 1870er Jahre nachzuweisen. Endlich wurde für diese Aktivitäten die Konsistenz einer linksliberalen Grundhaltung auch nach der nationalliberalen Wendung von 1866 angenommen, die Existenz dieser Haltung freilich vorläufig erst an der Teilnahme am Notabelnprotest gegen den Antisemitismus von 1880 festgemacht.

Liberaler Grundstruktur in Denkschriften und Gutachten:

Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines Patentgesetzes für das Deutsche Reich 1876

Daß diese Kontinuität tatsächlich auch auf anderen Gebieten gegeben war, läßt sich, wie schon früher angedeutet, an Hand einiger Voten und Denkschriften erhärten, die Siemens, nun schon außerhalb der Berliner Korporation der Kaufmannschaft, für die Politik der 1870er und 1880er Jahre formulierte. Sie betrafen ebensowohl das alte Siemens'sche Anliegen einer reformierten neuen deutschen Patentgesetzgebung wie einzelne legislative Schritte der Bismarck'schen Handels- und Sozialpolitik und entfernen sich im einzelnen nur wenig von vergleichbaren Äußerungen aus dem Ältestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft, in dem zwar immer noch "Freund Delbrück", nicht aber mehr Werner Siemens selbst als Gutachter zur Verfügung stand.³⁹

Am deutlichsten und, angesichts der von Siemens in der Patentschutzagitation inzwischen bereits erreichten Breitenwirkung,⁴⁰ wohl auch für die

39) Zu den Mehrheitsverhältnissen im ÄC vgl. oben S. 141 f. Abstimmungsergebnisse in der Frage der Berufung einer Konferenz der freihandelsfreundlichen Handelskammern im Januar 1878.

40) Vgl. dazu unten, S. 213-222.

politisch und fachlich interessierte Öffentlichkeit am nachhaltigsten trat das in der von Werner Siemens 1876 verfaßten "Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines Patentgesetzes für das Deutsche Reich" zu Tage.⁴¹

Hier wurde für die Zwecke des Erfindungsschutzes ein Krisentableau zur Lage der deutschen Industrie am Anfang der "Großen Depression" entworfen, das in seiner Härte und Offenheit das Reuleaux'sche Urteil: "Billig und Schlecht!" bereits vor Reuleaux selbst artikuliert⁴² und in ein liberal fundiertes Krisenprogramm umgesetzt, das der politisch motivierten Wendung zum Solidarschutzzoll radikal widersprach bzw. die Position des Ältestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft zum "geschickt erfundenen Schlagwort vom Schutze der nationalen Arbeit" variiert.⁴³

In diesem Sinne waren bereits die ersten Worte der Denkschrift von 1876 leitmotivische Kritik:

"Der mächtige Aufschwung, den die deutsche Industrie in den letzten Dezennien erfahren hat, beruht im wesentlichen auf zwei Faktoren: der Nachahmung fremder Erfindungen und dem billigen Arbeitslohne. Sie war, mit Ausnahme einiger Zweige, denen die in Deutschland hoch entwickelten Naturwissenschaften zur Grundlage dienten, zu wenig intelligent, zu jung und zu arm, um in originellen und hervorragenden Schöpfungen mit den Industrien der älteren Industriestaaten wetteifern zu können".⁴⁴

41) Werner Siemens, Wissenschaftliche und technische Arbeiten, Bd. II., Technische Arbeiten, 2. Auflage, Berlin 1891, Anhang, S. 561-567. (in der Folge zitiert: Siemens, Technische Arbeiten).

42) Franz Reuleaux, ursprünglich Maschinenbauer und Techniker, seit 1868 Leiter des Charlottenburger Gewerbeinstituts, des Vorläufers der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, arbeitete wie der ihm befreundete Werner Siemens an der Reorganisation des deutschen Patentwesens. Er war wie Siemens Mitglied des Kaiserlichen Patentamtes und redigierte 1867-1876 die "Verhandlungen des Vereins für Gewerbefleiß", in dem auch Siemens mitarbeitete. Vgl. Matschoß, Briefe, S. 664 f. Brief Werner Siemens an Prof. Grashof (V.d.I.) vom 20.V. 1880. 1876 vertrat er das Deutsche Reich auf der Weltausstellung in Philadelphia. Das oft zitierte Diktum: "Billig und Schlecht!" stammt aus den Ausstellungsberichten R.'s, die 1877 in Braunschweig unter dem Titel "Briefe aus Philadelphia" veröffentlicht wurden.

43) Vgl. oben, S. 147.

44) Siemens, Technische Arbeiten, S. 561.

Die "Erfolge" der deutschen Industrie am Weltmarkt seien u.a. der gründlich ausgeübten "Auskundschaftung" ausländischer "Fabrikations-einrichtungen", sowie der Ausbeutung der dort veröffentlichten "Patent-spezifikationen" zu verdanken; die Industriespionage sei, wo erforderlich, selbst "mit Unterstützung der Regierungen systematisch betrieben" worden.

"Die notwendige Folge dieses Entwicklungsganges der deutschen Industrie war die, daß die deutschen Fabrikate sowohl im Inlande wie im Auslande den Ruf **b i l l i g e r** aber **s c h l e c h - t e r** Ware erhielten, und daß Gewerbetreibende, welche ausnahmsweise gute Waren fabrizierten, sich vielfach genötigt sahen, ihre Fabrikate, um einen entsprechenden Preis zu erzielen, unter ausländischer Firma auf den Markt zu bringen".⁴⁵

Bei dieser, für jedes seriöse Unternehmen verderblichen Praxis habe erst "das englische Verbot der Einfuhr von Fabrikaten mit Stempel englischer Firmen und die Handelsverträge" eine Besserung gebracht; das hindere jedoch kaum, daß in Deutschland weiterhin "jede eintretende Krisis viel tiefer" wirke, da hier "bei verminderter Nachfrage nur noch, HMB. die renomierten Firmen" Absatz fänden.

Die Lage am deutschen Markt aber habe sich inzwischen weiter verschärft, weil die von den USA ausgehende "Massenfabrication durch Maschinen" bereits in der Lage sei, einen der beiden wesentlichen Standortvorteile der deutschen Industrie: ihr niedriges Lohnniveau mehr als zu kompensieren. Die standardisierte und daher in der Regel auch qualitativ bessere Produktion der USA könne jetzt schon unterhalb der Gestehungskosten "billiger" deutscher Handarbeit anbieten.

In der Beurteilung des "zweiten, geradezu tödlichen" Schlages, der die auf Exporte gestellten deutschen Industrien während und im Gefolge der Gründerkonjunktur getroffen habe, zeigt sich am prägnantesten die liberale Abwehr gegenüber dem künftigen Krisenkonzept der Bismarck'schen Politik.

45) Siemens, ebda., S. 561. Die Praxis industrieller Ursprungverfälschungen lehnte Siemens in den 1860er Jahren auch gegenüber seiner Wählerschaft im Wahlkreis Solingen-Remscheid ab, was ihm einen Teil dieser Wähler entfremdete. Werner Siemens, Lebenserinnerungen, 16. Aufl., S. 182 f.

Ökonomische Weiterungen, die die "schwindelhafte kurze Blüte der Gewerbtätigkeit und Spekulation, ... der Klang der Milliarden, das unge-
sund entwickelte Kreditsystem und der zu unberechtigter Höhe gesteigerte innere Konsum" hervorgerufen hätten, heißt es bei Siemens, seien

"... weder durch Schutzzoll, der niemals exportfähig machen kann, noch /durch das, HMB./ Zurückschrauben des Arbeitslohnes auf seine frühere Höhe, die erst nach eingetretener Verarmung des Landes durchführbar sein würde..."

zu beseitigen.⁴⁶

Gutachten zum Unfallmeldewesen und Arbeitsschutz 1880.

Linksliberale Beharrlichkeit kennzeichnet auch das Gutachten, das Werner Siemens im Spätherbst 1880 für das preußische Handelsministerium zu Gesetzentwürfen im Arbeiterschutz- und Unfallmeldewesen anfertigte. Die Stellungnahme, formal vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg erbeten, war für Bismarck bestimmt, der seit August 1880 die Leitung des Handelsministeriums interimistisch übernommen hatte.⁴⁷

46) Siemens, ebda., S. 562.

47) Schreiben des Oberpräsidenten Achenbach: O.P. 8794 vom 26.X.1880 und Antwortentwurf, eigenhändig und Typoskript von Werner Siemens vom 15.XI.1880 in SAA 2/Lg 316, (1874-1882), Schriftwechsel mit Behörden. Achenbach erbat für den Handelsminister (Bismarck) gutachtliche Äußerungen zu dem übersandten Gesetzentwurf "betreffend die Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Betrieben vorkommenden Unfälle" und zu dem gleichfalls übersandten "Entwurf von Vorschriften, betreffend den Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit". Achenbach fungierte hier nur als Zwischeninstanz. Der Sachverhalt wird ignoriert bei Karl Burhenne, Werner Siemens als Sozialpolitiker, München 1932, S. 76 f. u. S. 99; zur Verbindung zu Bismarck: Matschoß, Briefe, S. 286, Werner Siemens am 2.I.1868 an Wilhelm Siemens: Anfrage in Petersburg, ob zum Schutz der Kabelverlegungen für die Indo-Europäische Telegraphenlinie Entsendung eines preußischen Kriegsschiffes ins Schwarze Meer gewünscht wird; Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 238-303, 307: Essen und Gespräch bei Bismarck mit Bucher und Tiedemann. Lothar Bucher gehörte zum Freundeskreis von Werner Siemens. (Heintzenberg, ebda., S. 307; Moritz Busch, Tagebuchblätter, Bd. II., Leipzig 1899, S. 197). Zum Wechsel im preußischen Handelsministerium im August 1880 - Ablösung v. Hofmanns u. interimistische Leitung durch Bismarck - Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 835.

Die Unterlagen, die der damalige Oberpräsident in Potsdam, Heinrich Achenbach,⁴⁸ Ende Oktober 1880 Siemens vertraulich zur Begutachtung zugehen ließ: der "Gesetzentwurf, betreffend die Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Betrieben vorkommenden Unfälle" und der "Entwurf von Vorschriften, betreffend den Schutz der gewerblichen Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit", waren ihm in der Sache nicht neu.⁴⁹

Zu einem der entscheidenden legislatorischen Eingangsprojekte der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung, zu dem Regierungsentwurf in der Unfallversicherungsfrage,⁵⁰ hatte Siemens wie andere Industrielle schon zuvor, im Frühjahr 1880, ablehnend Stellung bezogen.⁵¹ Vor dem Berliner "Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes" und in der Korrespondenz mit führenden Mitgliedern des "Vereins Deutscher Ingenieure" hatte er damals bereits ein entschiedenes "Nein" gegenüber dem vorliegenden Entwurf und möglichen künftigen Plänen verfochten, von denen er die Heraufkunft "einer Art Polizeiherrschaft in der Fabrik" befürchtete.⁵² Es ist dieses die Position, die sich auch in der achtseitigen Ausarbeitung niederschlägt, die er am 15. November Achenbach zur Weiterleitung an Bismarck übersandte.

48) Nach seiner Ablösung als preußischer Handelsminister im Mai 1878 zunächst Oberpräsident der Provinz Westpreußen, ab Februar 1879 Oberpräsident von Brandenburg. Zum Rücktritt Achenbachs beim Scheitern der Bismarck'schen Reichseisenbahnpläne vgl. Rudolf Morsey, Die Oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890 (Neue Münsterische Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 3), Münster 1957, S. 139-155.

49) Ausführlicher: unten, S. 197 ff.

50) Zur Genese der einzelnen Entwürfe vgl. Walter Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung - Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit, Braunschweig 1951, S. 23-45.

51) Es handelte sich um die Vorlagen, die der im Frühjahr 1880 noch amtierende preußische Handelsminister Karl v. Hofmann zur Haftpflichtrevision und zur Regelung des Unfallanzeigewesens vorgelegt hatte. (W. Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung, S. 31 f. u. ebda., S. 32 u. 39: Gutachten des CDI und von Louis Baare.). Zur Beurteilung und Karriere Hofmanns: Morsey, Oberste Reichsverwaltung, S. 186 ff.

52) Matschoß, Briefe, S. 664 ff., am 20.V.1880 an Prof. F. Grashof, Karlsruhe; Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 282 am 5.V.1880 an Prof. F. Grashof, Hannover.

Das Gutachten vom 15. November weist den in der Rolle des Experten befragten Fabrikeigner politisch nicht als originären Denker aus; denn hier artikuliert sich Kritik, die weithin liberales und insbesondere linksliberales Gemeingut war. Siemens konzentriert Einwände gegen den "Arbeitsschutz" wie ihn die Vorlage zu "Vorschriften betreffend den Schutz gewerblicher Arbeiter" formuliert, im wesentlichen auf 5 Punkte:

- 1 - Mangelnde Universalität der Regelungen wegen der Ausklammerung von Landwirtschaft, Bergbau, Handwerk und Hausindustrie;
- 2 - Unklarheiten über die Erstreckungsweite der Regelungen bei der per se mangelhaften Definition des Begriffes "Fabrik";
- 3 - Mittelbare Förderung sozialdemokratischer Tendenzen durch die legislatorische Anerkennung einer Sondersituation für die industrielle Handarbeiterschaft;
- 4 - Entmutigung sozialpolitischer Eigeninitiativen der Arbeitgeber;
- 5 - Mögliche "polizeiliche Bevormundung", "Denunziantenwesen in der Fabrik" und Störung der nötigen "Ordnung und Disziplin" in den Werken.⁵³

Die Bedenken gegen den Entwurf zum Unfallmeldewesen fallen kürzer aus und betreffen insbesondere die knappen Anmeldefristen und den Grundsatz der "Anzeigespflicht jeder Beschädigung".⁵⁴

Den Mängelkatalog ergänzen positive Gegenvorschläge, die beim Arbeiterschutz statt kasuistischer Detailvorschriften eine Generalklausel

-
- 53) SAA 2/Lg 316, Gutachten vom 15. November 1880 [zit.: "November-Gutachten"], S. 2, 5, 6.
- 54) November-Gutachten, S. 7. Diese Einwände sind identisch mit Vorbehalten, die seitens des CDI erhoben wurden. Das Gutachten des CDI vom 26.III.1880 war am 8.III.'80 durch Tiedemann von Louis Schwartzkopff, dem Vorsitzenden des CDI, angefordert worden. Das Exposé des Verbandes zeigt auch sonst Parallelen zum November-Gutachten, so die Wendung gegen "gleichsam zur Mode gewordene, zu weit gehende Humanitätsbestrebungen". Schwartzkopff und Werner Siemens waren eng befreundet. Die bestellte Arbeit des CDI-Memorandums lag auf der Linie der Bismarck'schen Aversion gegen die Registrierung "jeden blauen Flecks". Vogel, Arbeiterversicherung, S. 32 f.; zu den Beziehungen von Werner von Siemens' zu Schwartzkopff: "100 Jahre Wirken und Werden - Jubiläumsschrift der Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft vormals L. Schwartzkopff, Berlin 1952, S. 8, 12. Zur Karriere und dienstlichen Funktion von Christoph v. Tiedemann, des ersten Chefs der 1878 als Zentralbüro des Reichskanzlers entstehen-

empfehlen, die auszufüllen Sache der Einzelstaaten sein soll;⁵⁵ das Reich sei von der Aufgabe einer praktischen "Gewerbepolizei" zu entlasten. Die Haftpflichtgesetzgebung müsse auf die Gesamtheit der gewerblichen Arbeiterschaft erstreckt und die Entscheidung in Unfallentschädigungsfragen weiterhin richterlicher Kompetenz vorbehalten werden.⁵⁶

Wie erwähnt, waren Vorschläge und Erwägungen dieser Art in der anhebenden Debatte zur kleindeutschen Sozialgesetzgebung der 1880er Jahre nicht neu.⁵⁷ Sie trafen sich mit den Vorstellungen, die andere Industrielle, Verbände und Handelskammern vor und nach dem Siemens'schen Votum vertraten⁵⁸ und waren im vorliegenden Falle so gut wie identisch mit entsprechenden Vorstößen des Ältestenkollegiums der Berliner Korporation der Kaufmannschaft.⁵⁹

Anmerkungsübertrag, Anm. 54), S. 196

den Reichskanzlei: Morsey, Die Oberste Reichsverwaltung, S. 221 f. Für die Beziehungen Tiedemanns zum "Centralverband Deutscher Industrieller" vgl. Chr. v. Tiedemann, Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, Leipzig 1909, S. 349 f. und passim.

55) November-Gutachten, S. 8.

56) Ebda.

57) Zum österreichischen Pendant: Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, S. 227-252.

58) Verweis auf die Zusammenstellung von Handelskammervoten gegen die Ausdehnung des "Staatssozialismus" im Wege der Unfallversicherungsgesetzgebung bei Vogel, a.a.O., S. 41: Eingaben des Jahres 1881 der Handels- und Gewerbekammern in Bielefeld, Hannover, Heilbronn, Breslau, Oberbayern.

59) Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, (zit.: "Correspondenz"), Jgg. III., 1880, S. 41 ff.: "Zum Gesetzentwurf betreffend die Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Betrieben vorkommenden Unfälle". Die Petition des AC der KdK ging am 4.IV.1880 an den Bundesrat. Correspondenz, Jgg. IV., 1881, S. 19-22: "Die Unfallversicherung der Arbeiter". Eingabe der KdK. vom 17.III.1881. Das AC verwandte sich für die "organische Weiterentwicklung der Haftpflichtgesetzgebung"; es war gegen "unbrauchbare" Projekte einer Reichsversicherungsanstalt und verstand sie als einen "erheblichen Schritt auf dem Wege der Errichtung eines sozialistischen Staates". Auch wollten die Ältesten in den Plänen der Regierung eine Beförderung des "Klassenhasses" sehen; sie wandten sich daneben vor allem gegen die Ausschaltung der Privatversicherungsgesellschaften aus der Unfallversicherung und strebten bei der Regulierung von Schadensfällen die Beteiligung von "Sachverständigen" statt "polizeilicher Ermittlung" an. Gegen den

Politisch hält es nicht schwer, die Siemens'schen Argumente als Reprise linksliberaler Parlaments-, Vereins- und Zeitungsrhetorik einzuordnen.

Die Ablehnung einer sozial drapierten Wiederkehr "Väterlicher Bevormundung",⁶⁰ der legislatorischen Scheidung von Handwerk, Landwirtschaft und Industrie und das Aufbegehren gegen den gesetzgeberischen "Keil", den man zwischen Arbeitgeber und Arbeiter treibe,⁶¹ die Opposition gegen die "staatssozialistische" Anerkennung einer spezifischen Arbeiterfrage überhaupt⁶² und die Verminderung von Eigenverantwortlichkeit waren argumentative Topoi die in Reden Bambergers, Ludwig Loewes, Mommsen und Th. Barths immer wieder begegneten.⁶³ Zum Teil tragen sie aber auch die sozialdemokratische Abwehr einer Gesetzgebung, deren politische Hauptintention zu Recht in der Schaffung "einer neuen Klasse, einer Klasse bevorrechteter Arbeiter" gesehen wurde.⁶⁴

Anmerkungsübertrag, Anm. 59, S. 197

Aufbau eines staatlichen Unfallversicherungswesens machten sie schließlich geltend, daß "staatliche Kassen" im Kriegsfall dem "Beuterecht" unterlägen.

- 60) "Die Industrie ist jetzt mündig und bedarf keiner väterlichen Bevormundung mehr!" (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 282, Brief Werner Siemens' an Prof. Grashof vom 5.V.1880).
- 61) "... es [der Entwurf zur Unfallversicherung des Jahres 1880, HMB.] würde einen Keil zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreiben..." (Matschoß, Briefe, S. 664, Werner Siemens am 20.V.1880 an Prof. Grashof).
- 62) "Das sehr humanen Gesinnungen ... entstammende Verfahren, den Fabriken ... spezielle Vorschriften zum Schutze der Arbeiter zu machen [habe, HMB.] viel dazu beigetragen, ... den Gegensatz zwischen Fabrikanten und Arbeiter zu verschärfen, und dadurch erst der Sozialdemokratie die Grundlage zu geben!" (ebda., zitierter Brief an Grashof vom 20. V.1880).
- 63) Vgl. Verhandlungen des Reichstages, V., 4., 1884, Bd. 1., S. 54-58, Bamberger und, ebda., S. 66 ff. Ludwig Loewe; zur allmählichen Wandlung des prinzipiellen linksliberalen Widerstands: Konstanze Wegener, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung, S. 14 f. und Ludwig Elm, Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893-1918, (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 32), Berlin (DDR) 1968, S. 103-107.
- 64) Georg von Vollmar am 13.III.1884 vor dem Reichstag (Verhandlungen des Reichstages, V., 4., 1884, Bd. 1, S. 37).

Neben einer spezifisch interessierten Sozialblindheit des frühen Links-liberalismus und der offen zu Tage tretenden Motivation vieler der petitionierenden Industriellen: "sie waren zwar bereit..., eigene Fabrikklassen ins Leben zu rufen, fürchteten aber bei einer staatlichen Versicherung eine Konkurrenz zu ihren eigenen Kassen",⁶⁵ läßt sich freilich ebensowenig übersehen, daß die liberale wie die sozialdemokratische Aversion gegenüber der beginnenden Bismarck'schen Sozialgesetzgebung vor allem a u c h deren sozial-bonapartistischer Grundkomponente galt.⁶⁶ Die liberale Furcht vor dem Entstehen einer der aliberalen Bismarck'schen Politik verfügbaren Klassenfraktion innerhalb der Arbeiterschaft war durchaus begründet.⁶⁷

Es lag auf der Linie dieser Opposition, daß sich Siemens der Mitwirkung an dem Aufgebot materieller Interessen versagte, mit welchem Bismarck in der Konstruktion des preußischen Volkswirtschaftsrates die Schwächung, respektive Umgehung von Parteien und Parlament zu betreiben ver-

65) Zitat: Vogel, Arbeiterversicherung, S. 45. Kennzeichnend die Äußerungen des Industriellen Ludwig Loewe vor dem Reichstag: "... es gibt ... nur das eine Mittel, um zu größerer Vorsicht im Betrieb zu mahnen, jedem einzelnen Arbeitgeber die volle Verantwortlichkeit und deren Konsequenzen zu überlassen, für alles, was in seiner Fabrik vorgeht..." (Am 14.III.1884 zur 3. Unfallversicherungsvorlage der Regierung, Verhandlungen des Reichstages, V., 4., 1884, Bd. 1., S. 66). In der Tendenz ähnliche, wiewohl weniger "staatsempfindliche" Äußerungen zum Pensionskassenwesen bei Werner Siemens. (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 262, Brief vom 20.X.1873 an Kommerzienrat Borsig).

66) Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, S. 66, 68: staatliche Sozialversicherung als "flankierende Maßnahme" des Bismarck'schen Bonapartismus. Zur Charakterisierung der Versicherungsgesetzgebung als Maßnahme praktischen U n t e r n e h m e r s c h u t z e s : Rosenberg, Große Depression, S. 214. Zur Gesamtwertung: Karl Erich Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz - Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Reiches 1890-1914. (Historische Forschungen i. Auftrage der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. von Otto Brunner, Peter Rassow, Josef Vogt, Bd. I). Wiesbaden 1957, S. 24 ff., 27.

67) Zur tendenziellen Fraktionierung der Arbeiterschaft durch die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung: Rosenberg, a.a.O., S. 215 ff.; K.E. Born, Staat und Sozialpolitik..., S. 24 f.

suchte.⁶⁸ Im Dezember 1880 bat er daher den brandenburgischen Oberpräsidenten Achenbach, ihn entgegen einem Präsentationsvorschlag des ÄC der KdK für den preußischen Volkswirtschaftsrat nicht ernennen zu wollen.⁶⁹ Er begründete die Bitte zwar mit dem Hinweis auf die Überlastung durch "Privatgeschäfte", sowie die zahlreichen behördlichen und wissenschaftlichen Aufträge und Funktionen, die ihm bereits zugefallen seien. Man geht indessen wohl kaum in der Annahme fehl, daß die Ablehnung stark politisch akzentuiert war.

Zur innenpolitischen Abzweckung der Gutachterrolle.

Kontakte, die 1880 zwischen Bismarck und Siemens bestanden, Terminierung und Inhalt der gutachtlichen Äußerungen zur Sozialgesetzgebung, sowie die für die gleiche Zeit nachweisbare Affinität zur liberalen "Secession" legen die Hypothese nahe, daß hier der Versuch vorlag, eine über aller

68) Ich glaube "daß die politischen Parteien und die Gruppierung nach hoher Politik und politischen Programmen sich überlebt haben. Sie werden allmählich, wenn sie es nicht freiwillig tun, gedrängt werden, daß sie Stellung nehmen zu den wirtschaftlichen Fragen, und mehr als bisher Interessenpolitik treiben. Es liegt das im Geiste der Zeit, der stärker ist als sie sein werden". (Verhandlungen des Reichstages, V., 4., 1884, Bd. 1, S. 75, Bismarck in der Sitzung vom 15.III.1884). Zur politischen Intention bei der Schaffung des Volkswirtschaftsrates: Born, Staat und Sozialpolitik..., S. 25; zur Aufgabenstellung und verfassungsrechtlichen Verankerung: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV., S. 1028 ff., 1031. Die Darstellung Hubers ist noch völlig in der Bismarck-Orthodoxie befangen. Zur Problematik dieser Orthodoxie im Rahmen der Gesamtentwicklung der deutschen Historiographie Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, München 1971, S. 328-364 und Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik. (Schriften des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 40), Berlin (DDR) 1975, S. 197-207.

69) Schreiben an Oberpräsident Achenbach vom 4.XII.1880 (SAA 2/Lg 316 (1874-1882), Schriftwechsel mit Behörden.).

augenscheinlichen parteipolitischen Inaktivierung durch forttdauernd als liberale Symbolfigur wirkende Unternehmerpersönlichkeit ihrer affektiven und politischen Bindung an den linken Liberalismus zu entfremden.⁷⁰

70) Für diese Hypothese wurden folgende Daten und Sachverhalte erwogen:

- 1 - 3. VI. 1880 : Werner Siemens wird zum "Geheimen Regierungsrat" ernannt.
- 2 - vor dem 26. VI. 1880 : Siemens folgt einer Einladung im engsten Bismarck'schen Familienkreis. Anwesend der "Staatsmönch" Lothar Bucher, der im Haus von Werner Siemens freundschaftlich verkehrte, und Christoph Tiedemann, Chef der Reichskanzlei, besorgt um die Anknüpfungen Bismarcks zum CDI. Das Gespräch, für das Werner Siemens "keine besondere Ursache" erkennen konnte, war thematisch nicht festgelegt und diente offenbar bei Bismarck der Erkundung von Mann und Meinungen.
- 3 - 29. VII. 1880 : Heinrich Rickert an Eduard Lasker: Werner Siemens sei bereit, den Aufruf zur Linksprofilierung der Liberalen zu unterzeichnen und stelle jährliche Zahlungen von 1.000 M. in Aussicht;
- 4 - 21. IIX. 1880 : Gustav Lipke an Franz von Stauffenberg: Die Erklärung zu dem für den 29.IIX. geplanten Austritt bei den Nationalliberalen solle auch von Nichtparlamentariern unterschrieben werden. "... wir würden sonst auch Namen wie Friedrich Kapp, Lesse und Werner Siemens missen müssen...".
- 5 - 16. IX. 1880 : Bismarck übernimmt definitiv die Leitung des preußischen Handelsministeriums.
- 6 - 15. X. 1880 : Das preußische Staatsministerium befaßt sich mit dem "Entwurf einer Verordnung über die Errichtung eines preußischen Volkswirtschaftsrates".
- 7 - 24. X. 1880 : Siemens wird zur Begutachtung der Gesetzentwürfe zum Unfallmeldewesen und zum Arbeiterschutz aufgefordert.
- 8 - 15. XI. 1880 : Das Siemens'sche Gutachten - angesichts der Bekanntheit der Siemens'schen Positionen und vorhergehender ähnlicher industrieller Stellungnahmen mehr eine Fleißarbeit als Quelle neuer Informationen für das Handelsministerium - stellt eine weitere Anknüpfung zu Bismarck dar.
- 9 - Ende Nov., Anfang Dez. '80 : Siemens seitens des ÄC der KdK als Mitglied des preußischen "Volkswirtschaftsrates" präsentiert.
- 10 - 4. XII. 1880 : Siemens lehnt die Berufung in den Volkswirtschaftsrat ab.

Unter diesem Gesichtspunkt scheitert im vorliegenden Fall die Bismarck'sche Strategie, den Liberalismus an der Nahtstelle ökonomischer Belange zugleich werbend und attackierend anzugehen, um ihm seine Basis zu entziehen.⁷¹

Firmeninteressen und Außenhandelspolitik : Gutachten zur
Kupfereinfuhr 1886

Die Verbindung zu dem seit 1880 unter Bismarcks Leitung stehenden preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe brach darüber aber nicht ab. Noch 1886 wird Siemens von Boetticher, seit 1880 Staatssekretär im Reichamt des Inneren und seit 1881 zugleich "allgemeiner Stellvertreter" des

Anmerkungsübertrag zu Anmerkung 70), S. 201.

Quellen: Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 303, Brief an Wilhelm Siemens vom 28.VI.1880; Wentzcke, Heyderhoff, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bd. II., S. 334 f., 349; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte..., Bd. IV., S. 1027-1030; SAA 2/Lg 316 (1874-1882) Schriftwechsel mit Behörden; Morsey, Oberste Reichsverwaltung, S. 111, 116 f., 219, 282 (zur Position Buchers; Bucher als "Sommergast" im Siemens'schen Haus: Heintzenberg, a.a.O., S. 307); zur Bedeutung der Funktionen Tiedemanns siehe oben, S. 196, Anm. 54.

- 71) Bei der Unzugänglichkeit der Akten der Berliner KdK kann nicht entschieden werden, ob bei der Präsentation von Werner Siemens zum preußischen Volkswirtschaftsrat die Initiative tatsächlich beim ÄC der KdK gelegen hat oder ob hier eine offiziöse Einwirkung mit im Spiel war. Von den 75 Mitgliedern des Rates wurden 45 durch Handelskammern und die ihnen gleichgestellten Organisationen in Landwirtschaft und wirtschaftlichem Vereinswesen präsentiert. Siemens spricht in seinem Schreiben an Achenbach davon, daß er "nebst Mitgliedern" des ÄC. präsentiert worden sei und eine entsprechende Mitteilung des ÄC. erhalten habe. Die Bedeutung einer Berufung von Siemens hätte für Bismarck u.a. darin gelegen, daß hier mittelbar das gesamte der Siemens'schen Patentschutzagitation verpflichtete naturwissenschaftlich-technische Vereinswesen mit erreicht worden wäre. Zum Berufungsverfahren zum Volkswirtschaftsrat: Huber, Verfassungsgeschichte, IV., S. 1028 ff.; Zur Siemens'schen Patentschutzagitation siehe unten, S. 215-222.

Reichskanzlers⁷² vertraulich um ein weiteres Gutachten gebeten.

Für das Handelsministerium ersuchte Boettlicher Siemens im März 1886 um eine Stellungnahme zu Erwägungen, die "Erhaltung und Besserung der Inlandsproduktion" von Rohkupfer, insbesondere bei der "Mansfeldischen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft" mit Hilfe der "Wiedereinführung eines Rohkupferzolles" zu garantieren;⁷³ denn die deutsche Produktion war, wie Boettlicher schrieb, "infolge des anhaltenden Sinkens der Kupferpreise... durch die rasch gesteigerte und noch fortdauernde Überproduktion Nordamerikas... in Frage gestellt".⁷⁴

Angesichts einer vergleichsweise geringen deutschen Eigenproduktion⁷⁵ und des gerade in der Elektroindustrie ständig ansteigenden Kupfer-

72) Nach dem "Gesetz betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers" vom 17.III.1878, § 2 konnte die Stellvertretung des Kanzlers für den Gesamtumfang seiner Aufgaben nach der Reichsverfassung einem "allgemeinen Stellvertreter", bzw. den Staatssekretären der obersten Reichsbehörden für einzelne Amtszweige übertragen werden. Boettlicher wirkte als "allgemeiner Stellvertreter" des Kanzlers von 1881-1897. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, III., S. 823 und, ebda., S. 835 zu den Funktionen Boettlichers.

73) SAA 2/Lg 347 (1874-1892/Schriftwechsel mit den Ministerien). Schreiben von Boettlichers für das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe an Werner Siemens vom 23.III.1886; Ausarbeitung von Werner Siemens vom 10.V.1886 für von Boettlicher, Ministerium für Handel und Gewerbe: Ein Typoskript von 7 Seiten. In der Folge zitiert: Kupfer-Gutachten.

74) Zitat: Schreiben von Boettlichers 23.III.1886, S. 1.

75) Kupfer-Gutachten, S. 1: "... daß der eigene Kupferverbrauch und der Export verarbeiteten Kupfers in Deutschland die inländische Kupferproduktion um ein Vielfaches übertrifft...". Die Rohkupfererzeugung Deutschlands entfiel in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Anteil von zwischen 80 und 90 % auf die "Mansfeldische Kupferschiefer bauende Gewerkschaft". Von "Mansfeld" wurden erzeugt (nach E. Reinhardt) in Tonnen:

1865	=	2.600 ts.
1880	=	11.400 "
1891	=	15.365 "
1899	=	24.315 "

In den Jahren 1900-1912 lag die Höhe der Produktion von "hüttenmännisch" raffiniertem Kupfer bei der Mansfeldischen Gewerkschaft bei durchschnittlich 18.000-20.000 Tonnen. (Ewald Reinhardt, Die Kupferversorgung Deutschlands und die Entwicklung der deutschen Kupferbörsen. /Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben, Heft 4/, Bonn 1913, S. 16).

bedarfs⁷⁶ erstaunt es nicht, daß das angeforderte Exposé dann jegliche Zollbelastung ausländischer Kupferimporte ablehnte.⁷⁷

Diese Antwort wurde, was Siemens in der Ausarbeitung offen erklärt, von den Interessen der Firma S.&H. als Kabelexporteur und Glühlampenhersteller diktiert.⁷⁸ Man wird sie aber gleichwohl auch als Dokument

76) "Die Elektrotechnik steht seit ungefähr 1900 in weitem Abstand an erster Stelle im Kupferverbrauch" (Hess). Vor dem ersten Weltkrieg (1901-1912) schwankte der Anteil der Elektroindustrie am Gesamtverbrauch von Rohkupfer zwischen 30 % (1901) und 52 % (1907). Allein der Kupferbedarf des AEG-Kabelwerkes "Oberspree" stieg in den Jahren 1899/1900 bis 1906/1907 von 9.000 auf knapp 20.000 Tonnen an. (Margit H. Hess, Kupfer in der Weltwirtschaft. Mit besonderer Berücksichtigung der USA. /Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 17/, Berlin 1955, S. 28; Reinhardt, Die Kupferversorgung..., S. 3; 17.-25. Geschäftsbericht der AEG, /1898/1899 - 1906/1907/).

77) Im Kupferbedarf stand das Deutsche Reich seit 1903 hinter den USA an der zweiten Stelle auf der Welt. Allein zwischen 1907 und 1912 nahm der Bedarf in Deutschland von rund 160.000 Tonnen auf 253.000 Tonnen zu. Von der Binnenproduktion wurden davon gedeckt 43.500 Tonnen. Der Rest wurde, vornehmlich aus den USA, (88,5 % der Fehlmenge), importiert. Im Generatoren- und Fernleitungsbau benötigte die Elektroindustrie Kupfer mit einem Reinheitsgrad von 99,95 %. Diese Qualität wurde aber vom nur "hüttenmännisch" raffinierten Mansfeldkupfer nie erreicht, der darum wohl für Zwecke des allgemeinen Maschinen- und Lokomotivbaus, nicht aber für die Elektroindustrie in Frage kam. Sie bevorzugte US-Elektrolytkupfer. "Mansfeld" hatte die elektrolytische Kupferdarstellung aus Kostengründen vor 1937 nicht praktiziert. Das führte dazu, daß Siemens und AEG "nur vorübergehend und der Not gehorchend" (Radandt) 1919 auch Mansfeldkupfer verwandten. Die starke Abhängigkeit von der, spekulativen Marktbewegungen unterliegenden US-Kupferproduktion begünstigte in der deutschen Elektroindustrie schon um die Jahrhundertwende Versuche mit Ersatzmetallen und die Begründung eigener, bzw. die Verbindung mit bestehenden Kupferaffinerien seitens der Elektrokonzerne. (Reinhardt, Kupferversorgung, S. 3 f., 17, 31, 45, 50; Hans Radandt, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld. /Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. III., S. 3./ Berlin (DDR), 1958, S. 5 f.; S. 210; Hans Knoblich, Der Kupferweltmarkt. /Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 18/, Berlin 1962, S. 78, 213 ff.; 17. Geschäftsbericht der AEG, /1898/1899/, S. 6; 25. Geschäftsbericht der AEG, /1906/1907/, S. 6).

78) Kupfer-Gutachten, S. 2.

liberaler handelspolitischer Opposition werten können; denn Siemens schloß seine Ausführungen, deren Tatsachengehalt an sich keiner sonderlichen Bekräftigung bedurft hätte, mit einem allgemeinen, bekannten Appell gegen Zollbarrieren und nationale Abschließung. Wörtlich betonte er:

"Mit dem Zollverein wurde erst eine deutsche Industrie möglich und seit England zum Freihandel übergang und durch die Handelsverträge die Zollbarrieren im übrigen Europa wesentlich erniedrigt wurden, da-tiert der Aufschwung der Welt-industrie. Dieser kam jedoch wesentlich den Ländern zu Gute, die schon eine entwickelte Industrie hatten und erschwerte den industriell und wirtschaftlich schwächeren Ländern die Entwicklung einer eigenen selbständigen Industrie. Unter Vorgang Amerikas begannen daher diese ihre Industrie mehr und mehr durch Zölle zu schützen. So lange ihr Beispiel nicht allgemeinere Nachahmung fand, hatten sie von dieser Absperrung ... Vorteile. Das hat aber in neuerer Zeit so ziemlich aufgehört - wenn auch England glücklicherweise noch am Freihandel festhält - und es fällt mehr und mehr das Absatzgebiet mit dem Zollgebiet zusammen. Dies hat zur Folge, daß der Konsum nicht mehr in derselben Progression zunimmt wie bisher; es entstehen also weniger Fabriken und Verkehrseinrichtungen... und es fehlt der Arbeits- und Materialbedarf für diese Neuanlagen, wodurch der Konsum progressiv noch weiter beschränkt wird".⁷⁹

79) Kupfer-Gutachten, S. 6 f., Sperrung = HMB.

Adressaten- und Interessengelenktheit der Stellungnahmen

Für die Annahme, daß Werner Siemens - analog dem Verhalten der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft - noch lange nach der Wendung der Reichspolitik zum Solidarprotektionismus wesentliche Positionen des linken Liberalismus vertreten habe, fehlt es, wie die angeführten Dokumente zeigen, nicht an einschlägigen Quellen. Zu ihnen ließen sich außerdem noch die Nachrichten zählen, die Siemens regelmäßig für die Verhältnisse in der elektrotechnischen "Fabrikation" zur Jahresberichterstattung der Berliner Korporation beisteuerte.⁸⁰ In der Tendenz weichen sie von den berücksichtigten Aussagen nicht ab.⁸¹ Dennoch sind hier einige Relativierungen angebracht.

Die betrachteten Denkschriften, die Gutachten und die Handelskammerberichte wenden sich an eine in gewisser Weise vorunterrichtet wissende Teilöffentlichkeit; ihre Adressaten: Ministerialbürokratie und Minister, administrative Zwischeninstanzen und lesende und selbst berichtende und petitionierende kaufmännische und industrielle Honoratioren waren weltläufig und informiert genug. um von diesen, mitunter in der Honoratiorenvariante des Kurialstils abgefaßten Dokumenten nicht mehr zu erwarten, als sie billigerweise von den Darlegungen interessier-

80) "Jahresberichte über die elektrotechnische Fabrikation für die Ältesten der Kaufmannschaft" (SAA 46/Ld 296) - Berichte 1872-1890.

81) Kabel- und Maschinenexporte sind in der Lage, "sogar die von den meisten Ländern l e i d e r errichteten hohen Zollschränken n o c h zu überwinden". ("Jahresbericht über die elektrotechnische Fabrikation... 1886, S. 2: SAA 46/Ld 296).

ter Fachkollegen, von Mitbewerbern am Markt, bzw. Petenten bei den Ministerien und Verwaltungen erhoffen durften. Und das waren in aller Regel eher Andeutungen und generalisierende Stimmungsbilder als etwa exakte Aufschlüsse über Absatzverhältnisse, Ziffern von Exportquoten und Einzelabschlüssen der hier berichtenden Unternehmen. Wäre dem nicht so, es ließe sich kaum der außerordentlich zähe und lang andauernde Widerstand begreifen, der - nicht nur in der Industrie, bzw. bei den großen Elektrokonzernen - über Jahrzehnte hinweg jeglichem Versuch begegnete, eine bis zu den Einzelunternehmen vordringende aussagekräftige Produktions- und Absatzstatistik zu erstellen.⁸²

Die Angaben der Handelskammerberichte, aber auch generellere Aussagen der Eingaben und Denkschriften sind daher nur dann annähernd zutreffend zu deuten, wenn sie in ihrer spezifischen Funktionalität gesehen werden. Es sind stark adressatenbestimmte Quellen; Dokumente, die der Aufgabe dienten, Urteile und Fakten merkantil unschädlich weiterzugeben. Wie das einem - schweigenden - Konsens bei einem kaufmännisch und industriell interessierten Publikum eines Handelskammersprengels oder eines Industriegebietes, bzw. einer Industriesparte im Sinne der Selbstdarstellung kommerzieller Belange entsprechen konnte.

Das hieß nicht notwendig, daß hier Fakten gebogen und eigene, politische wie handelspolitische Grundüberzeugungen hätten stets verleugnet werden müssen; aber es beeinflusste doch die Färbung, die Auswahl und Vollständigkeit sowie die, auch in ihrer stilistischen Gestaltung bedeutsame Präsentation der Fakten.⁸³

82) Vgl. Peter Czada, Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit, S. 3; entsprechende Widerstände belegt auch in der Großlandwirtschaft: Lujo Brentano, Die deutschen Getreidezölle. Eine Denkschrift, Stuttgart 1910, S. 15; Wilhelm Abel, Agrarpolitik (Grundriß der Sozialwissenschaft hrsg. v. R. Schaeder, Bd. 11) Göttingen 1951, S. 156 f.

83) Die Siemens'schen Erklärungen konnten auch einem kaltgestellten Liberalen wie Achenbach mittelbar nützlich sein. Dieser Aspekt wird hier nicht näher verfolgt.

Bei einem Unternehmen wie S.&H. wird man sich deshalb stets daran zu erinnern haben, daß Berichte und Eingaben, die sich an preußische, bzw. deutsche Instanzen richteten, für Siemens nur einen, wiewohl sehr bedeutenden nationalen Teilmarkt betrafen, und daß die am Prinzip einer arbeitsteiligen Internationalität orientierten Unternehmungen der Brüder Siemens zugleich an einer Vielzahl weiterer nationaler Teilmärkte präsent und interessiert sein mußten.⁸⁴

Es entsprach dieser Ausgangslage, daß in Vorstellungen, die in Berlin für den Bereich der preußisch-deutschen Politik formuliert wurden, nicht alle simultan gegebenen Belange eines internationalen ökonomischen Familienimperiums mit eingingen. Daraus erklären sich z. T. schon manche der Diskrepanzen zwischen "offiziellen" Erklärungen und Denkschriften, - und wohl auch dem Bekenntnistext mancher Darlegungen - und dem Inhalt der vertrauten Korrespondenz der Siemens'schen Brüder. Besonders anschaulich läßt sich das am Beispiel der besprochenen "Kupfer-Denkschrift" von 1886 verdeutlichen.⁸⁵

Im Bereich von Metallurgie und Bergbau sprach Siemens aktuell nicht nur als Elektroindustrieller für die Bedürfnisse einer auf möglichst unge-

84) Zur rechtlichen Konstruktion und den ökonomischen Ergebnissen der Zusammenfassung, bzw. losen Koordination der in England, Rußland und Deutschland domizilierten Unternehmungen der Brüder Siemens: Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit der Firma Siemens & Halske..., S. 12 f., 18 ff., 25 f., 29-35, 61 ff., 76-100 und Kocka, Unternehmensverwaltung, passim.

85) Für diese Diskrepanzen ließen sich auch viele andere Beispiele anführen. In dem "Jahresbericht über die elektrotechnische Fabrikation" zu 1880 erklärte Siemens, daß "Vereinigungen zur Erzielung höherer Preise" in der elektrotechnischen Produktion "glücklicherweise" ... "noch keine Stätte gefunden" hätten. (SAA 46/Ld 296, Bericht für 1888, S. 3 f.). Die Feststellung bedeutet gleichwohl kein Lob für Konkurrenz und Preiswettbewerb. Zu der konkurrenzlosen Stellung, die sich Siemens im russischen Telegraphengeschäft schuf, schrieb Werner Siemens 1852: "In telegraphischer Hinsicht denke ich aller Konkurrenz im voraus die Wege verstopft zu haben". Auf Anregung des "Generalpostmeisters" Stephan wurden die umfangreichen Kabelaufträge der Reichspost in den späten 1870er Jahren zu abgesprochenem Preisniveau auf die Firmen S.&H. und Felten und Guilleaume aufgeteilt.

hinderte Kupfereinfuhren angewiesenen Industrie, sondern zugleich auch als bergbaulich interessierter Wissenschaftler, Techniker und Unternehmer, den Probleme und Prozesse der allgemeinen und speziellen Metallurgie, der metallurgischen Hüttenkunde, der Elektrometallurgie und der Galvanometallurgie lebenslang beschäftigt haben.⁸⁶

Anmerkungsübertrag zu Anm. 85, S. 208

Matschoß, Briefe, S. 89, Werner an Wilhelm am 1.IV.1852; ebda., S. 522, Werner an Karl am 9.V.1877.

- 86) Über die Bedeutung der Aktivität der Brüder Siemens im Bereich der Montanindustrie und über ihre erfinderischen Leistungen auf dem Gebiet der allgemeinen und speziellen Metallurgie, der Hüttentechnik und der Elektrometallurgie ist hier nicht im einzelnen zu handeln. Angemerkt sei, daß die wärmetechnischen Arbeiten von Friedrich und Wilhelm (William) Siemens (Regenerativfeuerung) in der Metallgewinnung und bei der Glasschmelze bahnbrechend wurden, daß Wilhelm schon 1867 das Siemens-Martin-Verfahren zur Stahlgewinnung vorstellen konnte und daß die Brüder Werner, Wilhelm und Friedrich gemeinschaftlich im englischen Landore jahrelang ein Versuchsstahlwerk betrieben. Über Fragen der Metallgewinnung, -bearbeitung und -legierung knüpften Werner und Friedrich Verbindungen zu den Industriellen Hermann Gruson, Louis Schwartzkopff und - vereinzelt und sehr spät - zu Alfred Krupp an. Schließlich waren Werner und Friedrich Siemens, von Franz Reuleaux früh auf die mögliche Bedeutsamkeit der Mannesmann'schen Röhrenwalzverfahren verwiesen, an der technischen und fabrikatorischen Ausreifung des Mannesmann-Röhrenverfahrens beteiligt. Pläne zum Kauf und Betrieb von Gruben und Hütten hat es bei Werner, bei Wilhelm und bei Friedrich Siemens mit wechselnden Realisierungschancen gegeben. Werner Siemens, dessen erste Erfindungen u.a. im Bereich der Galvanoplastik lagen, und der zu Beginn der 1870er Jahre davon sprach, mit Krupp in der Metallgewinnung gleichziehen zu wollen, hat sich bis zu seinem Lebensende mit Fragen der Darstellung von Metallen, der Stahlgewinnung und mit Stahlverarbeitungsprozessen beschäftigt (Werner Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Aufl., S. 36 f.; Matschoß, Briefe, S. 352 f. /9.III.1872 an Wilhelm: Plan zum Erwerb und Ausbau eines Eisenwerks bei Wetzlar/; ebda., S. 919 /9.III.1888 an Karl: Empfehlung zum Kauf von Goldfeldern in Rußland/; ebda., S. 918 ff.; 903; 959; /Korrespondenz betreffend die Darstellung von Silber und Gold aus geschwefelten Erzen im letzten Lebensjahr sowie zum Mannesmann-Verfahren/; August Rotth, "Wilhelm Siemens" in: Siemens-Zeitschrift, III., Jgg. 1923, S. 149-160; Hermann Joachim von den Berg, "100 Jahre Friedrich-Siemens-Regenerativöfen", Berlin 1956, S. 11, 22, 24 f., 28-31, 61).

Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den durch einschlägige Leistungen international hervortretenden Brüdern Wilhelm und Friedrich, aber auch mit Karl Siemens war auf diesen Gebieten seit den 1850er Jahren eigentlich nie unterbrochen, und in ähnlicher Kontinuität lagen zugleich innovatorische Leistungen der "most inventive family in history" (D.S. Landes)⁸⁷ vor.

Früh, d.h. schon zu Eingang der 1860er Jahre wird von Werner der Erwerb eines Kupferbergwerks erwogen. Nach einem glücklosen Beginn mit dem stillgelegten Kupferbergwerk im thüringischen Ohrdruff⁸⁸ folgt 1864 der Kauf des Bergwerkkomplexes Kedabeg im Kaukasus, eines Unternehmens, für dessen Entwicklung Siemens über Jahrzehnte hinweg weder finanzielle noch technische Aufwendungen scheute.⁸⁹

Dieser Einsatz bedingte freilich auch ein den divergierenden Marktchancen Rußlands und des Deutschen Reiches entsprechendes und von daher bisweilen bis zur Rollenverkehrung in sich widersprüchliches und in sich gebrochenes Auftreten gegenüber den nationalen Regierungen.

Siemens, der schon zwei Jahre nach dem gutachtlichen Plädoyer für zollfreie Kupferimporte den Ältesten der Berliner KdK die Existenz eines "Kupferringes" meldete und klagte, daß dieser "Ring" den Kupferpreis "zu einer sachlich ganz unberechtigten Höhe hinaufgetrieben" habe,⁹⁰

87) Zitat: vgl. oben, S. 21. Von den bei Matschoß ausgewählten Briefen befassen sich über 60 direkt oder mittelbar mit Fragen der Montanindustrie, der Metallurgie und der Metallbearbeitung.

88) Matschoß, Briefe, S. 183 f., 188, 215: Briefe von Werner an Karl Siemens vom 18.IX.1861, 10.I. u. 21.II.1862: Kauf des thüringischen Bergwerks, das bereits 1863 wieder abgestoßen wird, da der Kupfergehalt des geförderten Erzes nur bei 1 % lag.

89) So zu Recht betont von Winterfeld, Entwicklung..., S. 27 f.; vgl. auch Joachim Mai, "Das deutsche Kapital in Industrie und Handel Rußlands von 1815-1876", in: Jb. f.WG., 1968, Teil II, S. 205-236, speziell S. 219 ff.; Matschoß, Briefe, S. 542; Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Auflage, S. 189, 201, 203, 209.

90) Bericht über die elektrotechnische Fabrikation 1888, S. 4 (SAA 46/Ld 296).

meinte abschließend, es sei "zu hoffen, daß die Industrie von ähnlichen ungesunden Finanz-Operationen, die ihrer regelrechten Entwicklung stets Schaden tun, künftig möglichst verschont bleibe".⁹¹

Als Unternehmer hatte indessen Werner Siemens selbst, soweit die eigenen kaukasischen Kupferinteressen des Familienbesitzes in Kedabeg im Spiele waren, auf die Wirkungen solcher "Finanz-Operationen" gesetzt.⁹² Besorgt um die Rentabilität des jungen russischen Unternehmens und in der Konjunktur der Gründerjahre mehr als je überzeugt, daß die Zukunft der Siemens'schen Aktivitäten im Bergbau, in der Metallverhüttung und

91) Ebd. Für das frühe Siemens'sche Interesse am Kupferbergbau sei auf einige Daten verwiesen. Im Jahr 1860 stand der Preis für die Tonne Kupfererz in Deutschland bei 34 Mark. Diese Höhe wurde erst wieder zur Mitte der 1880er Jahre erreicht. Das führte dazu, daß, gemessen an den Basisindexzahlen der Kupfererzeugung von 1913, die Produktion in Deutschland zwischen 1859 und 1862 nach Schätzwerten, die auf preußischen und sächsischen Ziffern beruhen, von 3,6 auf 9,9 anstieg bzw. sich um 175 % erhöhte. Diese Produktionsmarge wird erst während der Gründerzeit erneut erreicht: von 1871 auf 1872 läßt sich eine Steigerung von 9,4 auf 12,9 oder um 38,2 % nachweisen. Der Anstieg des Jahrzehnts von 1880 bis 1890 bringt eine Erhöhung von 28,9 auf 49,4 Punkte, bzw. um 71 %. Die Preise je Tonne Kupfererz bewegten sich in dieser Zeit zwischen knapp 25 und 34 Mark (Daten und Berechnungen nach Walter G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft, hrsg. v. W. Kunkel u.a., Berlin 1965, S. 352 f. Es handelt sich um sehr grobe Schätzwerte, da qualitativ exakte Scheidungen nach einzelnen Erz- und Raffinadearten nicht möglich sind. Preisangaben nach: Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, hrsg. v. Kaiserl. Stat. Amt, Berlin 1907, S. 255.

92) Matschoß, Briefe, S. 331: Werner Siemens am 24.X.1870 an Otto Siemens in Tiflis: Werner bittet im Zenit der Kriegskonjunktur um zusätzliche Kupferlieferungen aus Tiflis zum Verkauf in Berlin. Die angeforderte Menge belief sich auf ca. 330 Tonnen. Grund- und Bergwerksbesitz in Kedabeg gehörten gemeinschaftlich den Brüdern Werner und Karl Siemens. Winterfeld, a.a.O., S. 28.

beim Erzhandel liegen könne,⁹³ schrieb er im Juli 1872 seinem Bruder Karl nach Petersburg, er teile "nicht die B e f ü r c h t u n g, daß Kupfer so bald im Preise fallen wird..."⁹⁴ Er machte auf die nach dem deutsch-französischen Krieg anlaufenden Umrüstungen aufmerksam und schließt den Brief optimistisch: "Ich glaube an eine weitere Kupfer-Hausse!"⁹⁵ In späteren Jahren partizipierten dann die Anlagen von Kedabeg am Erfolg des russischen Industrialisierungsmodells, das mit Hilfe prohibitiver Zölle die Ansiedlung produzierender Unternehmen in Rußland begünstigte und den abgeschirmten russischen Binnenmarkt dieser Produktion weitgehend vorbehielt.⁹⁶

- 93) Matschoß, Briefe, S. 340 f., 353, 438: Werner Siemens am 14.XI. und 21.XI.1871 sowie am 9.III.1872 u. 13.II.1874 an Wilhelm, bzw. Karl Siemens über Beratungen und Verhandlungen zu möglichen gemeinsamen Projekten mit den Eisen- und Stahlindustriellen bzw. Maschinenbauern Hermann Gruson und Louis Schwartzkopff; ebda., S. 345, 348, 352, 357: Briefe vom 10.II., vom 4.III. und vom 9.III.1872 an Wilhelm und am 5.IV.1872 an Karl Siemens. Werner suchte "wie alle großen Eisenwerke in Westfalen, am Rhein und selbst im Elsaß", sich im Wetzlarer Eisenrevier einzukaufen; ein Eisen- und Stahlwerk in der Nähe Wetzlars solle "ein dauernd im Besitz der Familie bleibendes, wesentliches Werk sein"; es "müßte doch merkwürdig sein, wenn das Werk... nicht bald dem Kruppschen die Waage hielte"; es solle "ein bleibendes Denkmal der Familie" entstehen.
- 94) Matschoß, Briefe, S. 372, 23.IV.1872, Werner Siemens an Karl Siemens. Hinweis auf die Einführung von Kupfer- und Messingpatronenhülsen. Der Mehrbedarf sei vorläufig durch eine Steigerung der Produktion nicht zu decken. Sperrung im Text = HMB.
- 95) Ebda.
- 96) In der Kupfererzeugung Europas erreichte Rußland "unter dem Schutz des hohen Zolles auf Kupfereinfuhr" (Reinhardt) vor dem Ersten Weltkrieg hinter Spanien und Portugal den 2. Platz. Die Erzeugung wurde fast ausschließlich im Inland verbraucht. Die Siemens'schen Anlagen waren zeitweilig die größten und modernsten in Rußland. Der Ausstoß an "hammergare" (raffiniertem) Kupfer erreichte in Kedabeg in den Jahren 1870-1877 eine maximale Jahresleistung von rund 900 Tonnen. Die Lager waren bis 1910 erschöpft. Vgl. Ewald Reinhardt, Die Kupferversorgung Deutschlands, S. 11; May, Das deutsche Kapital in Industrie und Handel Rußlands..., S. 219; Winterfeld, Entwicklung..., S. 28; Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Aufl., S. 209: beigedruckt Zeitungsnotiz von 1880.

Grenzen der KdK bei der Vertretung allgemein- und fach-spezifisch-industrieller Interessen:

Unternehmerische Interessenweite und Aspektcharakter von Arbeit und Berichtswesen der

KdK

Die Vielfalt und die Weite von Interessenlagen, wie sie das Exempel der Siemens'schen Kupferproduktion in Rußland veranschaulichen, entzogen sich dem Versuch, unternehmerisches Handeln, auch über Grenzen hinweg, zu eng und zu lange als in sich gleichbleibend oder doch gleichgerichtet zu beschreiben. Und dieses Moment wird man hier ebensowohl dem an die KdK berichtenden Werner Siemens, wie schließlich den fertiggestellten Jahresübersichten der KdK zu gute halten.

Ähnliches gilt auch für die Gutachten für Verwaltung und Ministerien: befragt zu Belangen, die wesentlich deutsche Verhältnisse und Ziele deutscher - freilich auch auswärtiger deutscher - Politik betrafen, brauchte sich der Unternehmer nicht gehalten fühlen, ein Insgesamt an Interessen und deren Abstimmung im In- und Ausland jeweils umfassend darzutun. Berichte und Denkschriften sind und waren insoweit nur aspekthaft bedeut-
97
sam.

Die dergestalt nur begrenzte Funktion des Berichtswesens der Kammern und Korporationen leitet zu der Frage über, welchen Wert Industrielle wie Werner Siemens unter dem Gesichtspunkt einer je bestimmten industriellen

-
- 97) Russische, englische oder österreichisch-ungarische Firmenbelange gingen weniger in die ausschnittshaften Jahresberichte der Berliner Korporation als in die geschützte Privatheit der brieflichen Mitteilungen ein. Unberücksichtigt dabei: das hohe Maß an mündlicher Kommunikation. Noch während der Weimarer Zeit tragen viele der Dokumente, die im Siemensarchiv zur Frage der Parteienfinanzierung eingesehen wurden, den beredten Vermerk: "Von C.F. v. Siemens mündlich erledigt".

Interessenpolitik der ständigen Präsenz und Mitarbeit in einer Interessenvertretung wie der Berliner kaufmännischen Korporation einräumen.

Bisher wurde bereits die Mitwirkung an einzelnen Aktionen des ÄC der KdK während der Reichsgründungszeit als Indiz für das Vorliegen bestimmter politischer und - wie sich allerdings zeigte: weniger aussagekräftig - handelspolitischer Orientierungen gewertet. Dazu trat bei dieser mehr akzidenziellen Mitarbeit noch die Komponente einer vor allem beim Fehlen ausgebildeter Parteien und politischer Institutionen wichtigen bürgerlich-industriellen Selbstdarstellung in entscheidenden Jahren der Reichsgründung.

Davon ist in der Folge nicht zu handeln. Es geht vielmehr darum, im Einzelfall zu ermitteln, ob und in welcher Weise eine Mitarbeit in der Korporation auch auf Dauer als sinnvoll oder gar optimal zur Beförderung einer je eigenen industriellen Interessenpolitik erfahren und angestrebt werden konnte.⁹⁸

98) Daß dabei leider wieder nur auf das Beispiel von Werner Siemens zu verweisen ist, liegt zum einen an der Exklusivität der vom ÄC der KdK geübten Quasi-Kooperationspraxis - vgl. W. Fischer, Unternehmerschaft..., S. 24 f., - zum anderen aber auch am Ergebnis der Entwicklung der elektrotechnischen Produktion in Berlin, wo nach dem frühen Untergang vieler handwerklich organisierter Konkurrenzunternehmen die Historiographie in der Gefahr steht, mangels historiographisch wertbarer Unterlagen zu einer Geschichtsschreibung der ökonomisch siegreich bleibenden Großfirmen zu werden. Noch 1870 hatte die KdK gemeldet, daß es in Berlin neben den 400 Arbeitern der "Telegraphen-Bauanstalt" von S.&H. "noch 11 kleinere Anstalten gleicher Richtung mit circa 180 Mechanikern" gebe. Werner Siemens spricht 1872 von einer "ganzen Reihe von kleineren Telegraphenfabriken, welche zusammen mehrere hundert Mechanikergehülfen beschäftigten". (Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels und Gewerbefleißes aus der ältesten Zeit bis auf unsere Tage. Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Korporation der Berliner Kaufmannschaft am 2. März 1870, hrsg. v. d. Ältesten der Kaufmannschaft, Berlin 1870, S. 83; Bericht über die elektrotechnische Fabrikation 1872, S. 1; SAA 46/Ld 296.).

Eigenständige Agitation : Die Patentschutzkampagne

Daß es der Arbeit der Berliner Kaufmannschaft in dieser Hinsicht an der notwendigen Effizienz fehlte, war bei Werner Siemens mit einer der Erfahrungen, die ihm aus einem mit hohem Einsatz, Ideenreichtum und Anpassungsfähigkeit jahrelang hartnäckig verfochtenen Feldzug zur Reformierung der deutschen Patentgesetzgebung zuwuchsen.⁹⁹

Siemens war darin konsequent. In Technik, Ökonomie und Wissenschaft verdankte er seinen und seiner Brüder Aufstieg zu einem großen Teil erfinderischen Leistungen.¹⁰⁰ Erklärlich, daß er daher mit seiner ganzen Existenz hinter Bestrebungen stehen mußte, die dem Ziel einer Verbesserung und Vereinheitlichung des Erfindungsschutzes in Deutschland dienen sollten.

99) Im folgenden wird keine Darstellung der umfassenden Siemens'schen Aktivitäten auf dem Gebiet des Erfindungsschutzes gegeben. Auch auf dem Stand der entsprechenden einzelstaatlichen Gesetzgebungen und auf die unterschiedliche Handhabung dieser gesetzlichen Grundlagen in den deutschen Ländern, in Preußen und im deutschen Reich vor dem Erlaß des Reichspatentgesetzes von 1877 wird hier nicht näher eingegangen.

100) Bei seiner Aufnahme in die preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin zählte Siemens 14 eigenständige Erfindungen als innovatorische Leistungen auf. Daß er hier viele der kleineren Verbesserungen ausgelassen hatte, ergibt schon ein Blick auf die Auflistungen bei Poggendorff. Vgl. Werner Siemens, Gesammelte wissenschaftliche und technische Arbeiten, Bd. I., S. 219 f.; J.C. Poggendorff, Biographisch-literarisches Handwörterbuch zur Geschichte der exakten Wissenschaften, Bd. II., Leipzig 1863, Sp. 925 f. und ebda., Bd. III., hrsg. v. Feddersen u. v. Oettingen, Leipzig 1898, S. 1245 f.

Er hatte indessen gerade auf diesem Gebiete zu erkennen, daß die Berliner Korporation hier vor allem in ihrem äußeren Aktionsbereich am Gewicht ihrer Tradition trug: an behördentypischer Bedachtsamkeit¹⁰¹ und der Starrheit ihrer Positionen. Im Verhältnis zu jüngeren, insbesondere aber zoll- und handelspolitisch konträr festgelegten wirtschaftlichen Vereinen und Interessenorganisationen legte das ihrem Handeln Wahrnehmungs- und Aktionsschranken auf.¹⁰²

Es gebrach ihr darum auch an der Weite und der Vielzahl koordinierbarer Kontakte zu Parteien, Interessenverbänden und Einzelpersonen, um im Preußen Bismarcks und später im kleindeutschen Reich das Partialziel einer Reformierung des Patentschutzes mit dem Nachhall und der durchschlagenden Agitation zu betreiben, deren es bedurft hätte, um Stimmungen und Meinungen auch in Permanenz so zu schaffen, daß sie die Chance einer Umsetzung in praktische Politik für sich gewinnen konnten.¹⁰³

Formal erinnert das Vorgehen, mit dem Siemens 1863 die Kampagne in der Frage des Patentschutzes eröffnete, stark an die Taktik, die er im Vorjahre bei der Umstimmung der KdK für den deutsch-französischen Handelsvertrag eingeschlagen hatte.

Als ein Jahr nach jener Entscheidung die Abschaffung des Patentschutzes in Preußen nur noch eine Frage von Wochen zu sein schien und die preußische Regierung, gewiß hier im Sinne liberaler Überzeugungen zu handeln,

101) Das ÄC der KdK war nach der Definition der §§ 11 f. der KdK-Satzung vom 2.III.1820 eine in ihren Beschlüssen "nur der Obrigkeit und ihrem Gewissen" verpflichtete "Behörde" (= § 16, ebda.). (" Die Korporation der Kaufmannschaft..., S. 620 ff.).

102) Vgl. dazu oben, S. 152 den Widerstand gegen die Berufung von Vertretern der freien wirtschaftlichen Vereine in die Gremien der Eisenbahnräte.

103) Berücksichtigt für die Darstellung sind allerdings hier nur die Korrespondenzen mit den Brüdern Siemens, sowie die Werner Siemens'schen Lebenserinnerungen und die Denkschriften.

ihr endgültiges Votum schließlich nur noch von der Auskunft einiger zur Sache befragter Handelskammern und Korporationen abhängig machte, gelang es Siemens, das Berliner ÄC zu einer abrupten Änderung seines Kurses im Erfindungsschutz zu bewegen: das Kollegium nahm, "obschon dies aus lauter entschiedenen Freihändlern bestand" (W. Siemens)¹⁰⁴ einstimmig ein Siemens'sches Memorandum zur Patentfrage an,¹⁰⁵ das sich für die Aufrechterhaltung und Vereinheitlichung des gesetzlichen Erfindungsschutzes aussprach. Auch wurde die KdK darüber hinaus noch bei all denjenigen Kammern im Sinne des Memorandums vorstellig, die damals in der Sache noch nicht als starr festgelegt gelten konnten.¹⁰⁶

Doch anders als im Vorjahr blieb das nur ein interimistischer Teilerfolg. Auf sich allein gestellt und ohne den Rückhalt, den ihr die überregional wirkende kleindeutsche Agitation 1862 gegeben hatte, versagte die Korporation nun vor der in öffentlicher Meinung und in der entstehenden Reichsverwaltung vorherrschend gewordenen patentschutzfeindlichen "Freihandelsmeute" (Siemens),¹⁰⁷ deren Position noch durch

104) W. Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Auflage, S. 234.

105) "Positive Vorschläge zu einem Patentgesetz - Denkschrift des Ältestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft an den kgl. Preuß. Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten", in: Werner Siemens, Wissenschaftliche und technische Arbeiten, Bd. II., Anhang, S. 549-561. (Ursprünglich publiziert in: "Annalen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins" 1869, S. 41).

106) Werner Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Aufl., S. 234 f; Matschoß, Briefe, S. 215 f., am 19.X.1863 an Karl Siemens. Die Handelskammern in Köln und Magdeburg hatten sich schon für die Aufhebung des Patentschutzes eingesetzt. Die Darstellung der Lebenserinnerungen, daß infolge der Berliner Initiative bereits die Tendenzen zur Aufhebung des Erfindungsschutzes zum Erliegen gekommen seien, bezieht sich auf ein vorläufiges Ergebnis.

107) So Werner Siemens am 19.X.1863 an Karl (Matschoß, Briefe, S. 215).

Patentschutz wurde vor allem von Anhängern des Freihandels noch nach 1870 als unvereinbar mit der Gewerbefreiheit angegriffen. Hierzu und zur Entwicklung der Gesetzgebung im 19. Jahrhundert: Robolski und Lutter, Artikel "Patentrecht", in: HdSt., 4. Aufl., Bd. VI., S. 820-833, speziell S. 821 f.

entsprechende Entschlüsse des "Volkswirtschaftlichen Kongresses" und auch durch die Stellung, die hier das von Delbrück geleitete Reichskanzleramt einnahm, weiter aufgewertet wurde.¹⁰⁸

In dieser nicht eben günstigen Lage verstand es Siemens, einen in seiner zähen Folgerichtigkeit erstaunlichen und zunächst nur auf Zeitgewinn setzenden Widerstand ins Leben zu rufen, in den er Lernerfahrungen des kleindeutschen Engagements und die ihm vertrauten politisch-organisatorischen Lektionen der Freihandelsbewegung einbrachte;¹⁰⁹ denn dieser Widerstand konnte nur dann aus der Defensive heraus durchdringen und zur Verwirklichung eines positiven Programms der optimalen gesetzlichen Regelung des Erfindungsschutzes fortschreiten, wenn seine Opposition es taktisch mit der liberalen Orthodoxie aufnehmen konnte.

Gelang diese Überzeugungsarbeit nicht, dann lag alles am schieren Überleben des Patentschutzgedankens; die Siemens'sche Agitation mußte in diesem Falle langlebig genug sein, um von einem - freilich nicht prognostizierbaren - Ende der liberalen Phase der Reichsgründungszeit sich Wandel erhoffen zu können.

108) Am 18. Januar 1869 mußte Werner seinem Bruder Wilhelm mitteilen, Preußen habe "jetzt beim norddeutschen Bundesrat den Antrag gestellt, Erfindungspatente ganz zu beseitigen". Im Mai 1872 heißt es an gleicher Stelle: beim Versagen der Patentschutzagitation "geht wahrscheinlich der Antrag auf Aufhebung der Patente durch, auf den sich Volkswirte und Reichskanzleramt verbissen haben". (Matschoß, Briefe, S. 306, 357; Werner am 5.V.1872 an Karl). Zur Entwicklung des Reichskanzleramtes unter Delbrück vgl. Morsey, Oberste Reichsverwaltung, S. 63-84.

109) Vgl. dazu die systematischeren Ausführungen unten, S. 303-310.

Für den Industriellen hieß das freilich auch eine Auseinandersetzung zu beginnen, die ein Vielfaches von dem an materiellem und ideellem Aufwand erforderte, was Siemens für die Arbeit des kleindeutschen Nationalvereins, was er für die Tätigkeit im Parlament und bei der preußischen Fortschrittspartei oder für die Bemühungen um den deutsch-französischen Handelsvertrag hatte erübrigen müssen.¹¹⁰

Es waren Leistungen, die von einem ökonomisch kaum abkömmlichen Unternehmer nicht anders als in einem gut koordinierten arbeitsteiligen Vorgehen zu erbringen waren. Und das gelang Siemens hier, indem er den gesamten ihm zugänglichen Kreis deutscher und - mittelbar auch - englischer technisch-wissenschaftlicher Vereine und wirtschaftlicher Verbände, wo nicht für seine Initiative zu gewinnen, so doch durch Veranstaltungen, Diskussionen und Publikationen ihr zu öffnen verstand.¹¹¹ Daneben trat auch schon, und zwar umfassender als es die vergleichsweise engen Interessen-

110) Der Siemens'sche Anteil soll damit nicht überzeichnet werden. Die Rolle, die anderen Erfindern, Unternehmern und Wissenschaftlern zukam, kann hier aber nicht näher geschildert werden. Zu denken wäre an Initiativen des Kölner Maschinenbauers, Konstrukteurs, Zuckerindustriellen und - zeitweilig - Elektrounternehmers Eugen Langen und an die Aktivitäten von Franz Reuleaux, Professor an der Charlottenburger Gewerbeakademie. Beides Freunde und in der Patentkampagne Verbündete von Siemens. Der Wiener Patentkongreß von 1873 schuf dem Patentschutz in den Reihen der Ministerialbürokratie Proselyten. Vgl. Matschoß, Briefe, S. 439, am 16.II.1874 an Eugen Langen.

111) Das betraf in Berlin u.a. den Polytechnischen Verein, die Physikalische Gesellschaft und den Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes. Vgl. dazu auch Siemens, Lebenserinnerungen, 17. Aufl., S. 40 ff. Den Patentschutz unterstützten u.a. der "Verein Deutscher Ingenieure" (VDI) und die Chemische Gesellschaft. Vgl. Matschoß, ebda., S. 306, Werner am 18.I.1869 an Wilhelm. Sachverständige des VDI berieten mit Siemens einen Patentgesetzentwurf, der als Petition an den Reichstag ging. Ebd., S. 357, am 5.V.1872 an Karl Siemens. Wilhelm Siemens wurde wiederholt um Zusendung von Material zum Stand der einschlägigen englischen Gesetzgebung gebeten (Matschoß, ebda., S. 306, am 18.I.1869). Wilhelm (William) hatte sich in England stark am Aufbau eines technischen Fachvereinswesens beteiligt. Vgl. dazu die Liste der in den entsprechenden Organen erschienenen Publikationen bei

lagen einzelner Handelskammern zugelassen hätten, das Konzept eines planvoll gelenkten industriellen Petitionsschubs,¹¹² bis endlich in der Gestalt des im Mai 1874 begründeten und von Siemens präsi- dierten "Deutschen Patentschutzvereins" die Zentralstelle der gesamten Agitation entstand, der sich sympathisierende Vereine, Verbände und Einzelmitglieder in ihrer Arbeit zuordnen konnten.¹¹³

Über dieser notwendigen Stärkung und Zentralisierung des organisatorischen Gerüsts der Agitation war die Praxis persönlicher Fühlungen, einer Kontaktpflege im Sinne der zeitgenössischen Honoratiorenpolitik nicht vernachlässigt worden.¹¹⁴ Siemens beurteilte das indessen skeptisch. Drei Monate vor der Konstituierung des Patentschutzvereins (PSV) schrieb er dazu an den Kölner Erfinder und Industriellen Eugen Langen, er, Siemens, habe bei seinen Versuchen, "einen unserer einflußreichsten Politiker zu einer Interpellation zu bewegen" bis jetzt "keinen guten Erfolg gehabt".¹¹⁵ Auch seien die Parteien in der Patentfrage zu sehr in sich gespalten und augenblicklich zu stark "politisch" beschäftigt, als daß man sich von dieser Seite her noch mehr versprechen könne. Er sei daher zur Ansicht gekommen,

"daß die Frage für parlamentarische Behandlung noch nicht reif ist. Es muß erst mehr öffentliche Meinung gemacht und Stützpunkte in den Regierungen und im Bundesrate gewonnen werden. ... Ich glaube, ... daß wir im Augenblick weder petitionieren noch

Anmerkungsübertrag, Anm. 111), S. 219.

Poggendorff, Biographisch-literarisches Handwörterbuch..., Bd. III., S. 1245 f. und August Rotth, "Wilhelm Siemens", in: Siemens-Zeitschrift, III., Jgg. 1923, S. 149-160.

112) "Ich will eine Petition der norddeutschen großen Industriellen... an das Parlament ins Leben rufen!" (Matschoß, Briefe, S. 306, an Wilhelm, am 18.I.1869).

113) Ebda., S. 440, Werner Siemens am 16.III.1874 an den Kölner Industriellen und Erfinder Eugen Langen.

114) Vgl. dazu ausführlicher unten, S. 469-481.

115) Zitierter Brief an Eugen Langen, Matschoß, a.a.O., S. 440.

interpellieren, sondern organisieren sollten. Wir müssen den Beweis führen, daß ... wirklich achtungsgebietende Klassen und Interessen ihn den Patentschutz, HMB,] fordern".¹¹⁶

Mit diesem Fazit verband sich der Vorschlag, den Patentschutzverein nun möglichst bald zu konstituieren.¹¹⁷ Diese Organisation sollte, wie erwähnt, als Dachverband fungieren und bereits bestehende technische Vereine korporativ in sich aufnehmen. Das betraf auch örtliche technisch-naturwissenschaftliche Vereinigungen, die die Agitation des PSV bis in lokale Zirkel der technisch-industriellen Intelligenz und in den Kreis interessierter Laien vorzutragen vermochten.

Damit war ein Modell zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung entworfen, das bei geringem organisatorischem Aufwand ein Maximum an multiplikatorischem Effekt versprach. Denn es wurden hier gewachsene Verbandsstrukturen und Mitgliedschaften samt einer spezifischen Fach- und Verbandspublizistik¹¹⁸ und einem einschlägigen Vortrags- und Fortbildungs-

116) Ebda., S. 439, Brief an Langen.

117) Matschoß, a.a.O., S. 440, Brief an Langen.

118) Siemens selbst hatte bis zu dieser Zeit seine Beiträge in folgenden technisch-naturwissenschaftlichen Zeitschriften erscheinen lassen: "Dinglers polytechnisches Journal", "Poggendorffs Annalen der Physik und Chemie", "Mecanic's Magazine", "Zeitschrift des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereins", "Organ für den Fortschritt des Eisenbahnwesens"; Referate, die er ab 1874 als Mitglied der preußischen Akademie der Wissenschaften in der Akademie vortrug, erschienen in den Monatsberichten der Akademie. Mit einem Aufsatz über "Elektrische Telegraphie" war Siemens außerdem in der von Virchow und Franz von Holtzendorff seit 1866 editierten "Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge" vertreten. Zwischen 1845 und 1880 waren die meisten Beiträge (15) in den Poggendorff'schen Annalen erschienen, die "Zeitschrift des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereins" ist mit 4, "Dingler's polytechnisches Journal" mit 3 Veröffentlichungen vertreten. (Nach Werner Siemens, Gesammelte Abhandlungen und Vorträge, Bln. 1881 und, ders., Wissenschaftliche und technische Arbeiten, Bd. II., 2. Aufl., Berlin 1891).

wesen erreicht, die insgesamt dafür standen, daß Diskussionen zum Erfindungsschutz nicht im Techniker- und Erfinderghetto interessierter Experten verblieben.

Die Praxis bestätigte solche Erwartungen. So konnte Siemens schon wenige Wochen nach der Gründung des PSV seinem Bruder Wilhelm nach England berichten, es sei bereits "die ganze Großindustrie und wissenschaftliche Technik Deutschlands im Verein vertreten" und er glaube nun an den definitiven Durchbruch der vor 11 Jahren begonnenen Kampagne. Dies vor allem deshalb, weil inzwischen "nicht [mehr nur, HMB.] die Erfinder, sondern die Gewerbetreibenden Deutschlands für das Patent sind".¹¹⁹

Immerhin bedurfte es dann aber noch weiterer zweier Jahre und zusätzlicher Initiativen beim Reichskanzleramt¹²⁰ sowie des an Bismarck adressierten Siemens'schen Memorandums von 1876¹²¹, ehe der Bundesrat zum Spätsommer 1876 eine Sachverständigentagung nach Berlin einberief, die die Grundlagen für eine Reichsgesetzgebung legen sollte, die berufen war, an die Stelle der bisher im Reich immer noch nebeneinander geltenden unterschiedlichen 29 einzelstaatlichen Patentgesetze zu treten, bzw. den in einzelnen Staaten noch bestehenden patentgesetzfreen Zustand durch das Reichspatentgesetz vom 25.V.1877 abzulösen.¹²²

119) Matschoß, a.a.O., S. 445, Brief vom 4.VI.1874 an Wilhelm Siemens.

120) Ebda., S. 476 f. Werner an Wilhelm Siemens, 30.V.1875. Bericht vom Empfang des PSV durch den Nachfolger Delbrücks im Reichskanzleramt, Karl von Hofmann: "Derselbe versicherte, die Sache wäre in besten Händen". Der Brief ist falsch datiert. Hofmann trat im Mai 1876 die Nachfolge Delbrücks an. Die zuvorkommende Behandlung des Vereins zeigt hier an einem Detail, wie stark inzwischen der Wind im Reichskanzleramt umgeschlagen war. Zum innenpolitischen Kontext: Morsey, Reichsverwaltung, S. 73-84.

121) Ebda.: "Meine Denkschrift an Bismarck hat sehr gut gewirkt". Es handelt sich dabei um die bereits oben, S. 191 ff., näher vorgestellte "Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines Patentgesetzes für das Deutsche Reich" von 1876.

122) Vgl. Robolski und Lutter, "Patentrecht", a.a.O., S. 821.

KAPITEL : 4

LIBERALE INTERESSENPOLITIK UND BINNENENTWICKLUNG DER KdK 1870-1900

Innerverbandliche Opposition auf dem Wege zur organisatorischen Institutionalisierung

Opposition gegen den Kurs des Ältesten - kollegiums (ÄC) der KdK zu Beginn der "Großen Depression" 1876/79: Die "Vereini- gten Kaufleute und Industriellen" (VBKI)

Nachdem Werner Siemens 1873 nach 12jähriger Zugehörigkeit zum ÄC der KdK aus dem Führungskreis der Berliner Ältesten ausgeschieden war, blieb, wie das schon an anderer Stelle beschrieben wurde, die Berliner Elektroindustrie über eine relativ lange Zeitspanne hinweg im Lenkungsorgan der Korporation unvertreten.¹ Die geschilderten politischen und handelspolitischen Aktionen, mit denen Siemens auch nach dem Auslaufen seines Mandats im ÄC an die Öffentlichkeit trat, zeigen indessen, daß zwischen dem Kurs der Berliner Ältesten und den Positionen des Elektroindustriellen weithin kaum Differenzen bestanden. In anderem Zusammenhange aber rückte Siemens während dieser Zeit sogar in den Mittelpunkt des Interesses bei der Mitgliedschaft der KdK; denn Diskussionen, die sich in den späten 1870er Jahren innerhalb der Korporation um Forderungen nach einer Revision der Korporationsstatuten entwickelten, knüpften mittelbar an das Siemens'sche Patentgutachten des Jahres 1863 an.

In der Sache ging es hier einer opponierenden Gruppe, die in der Korporation in den Jahren 1876/79 auftrat, vornehmlich darum, Verbandsstatut

1) Siehe oben, S. 88 f.

und Verbandswirklichkeit in der KdK allmählich Verhältnissen anzugleichen, die für die Interessenvertretung innerhalb der preußischen Handelskammern maßgeblich waren.²

Kritik zielte daher in erster Linie auf die durch die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft bedingte geringe Repräsentativität der KdK, auf die mangelhafte Kommunikation zwischen dem präsidierenden ÄC und der Mitgliedschaft sowie eine statutarisch verankerte Aufnahmepraxis, die faktisch die Mitgliedschaft größerer Unternehmen prämierte, auf die Beitrittswilligkeit anderer Interessenten aber eher hindernd einwirkte.³

Gegenüber dieser Realität forderten die zunächst nur lose formierten Opponenten des ÄC, die sich im Verlauf der Auseinandersetzung zum "Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" zusammenschlossen,⁴ u.a. die Verdoppelung der Mandate im Ältestenkollegium und damit die Chance, eigene

2) Gemäß dem Preußischen Handelskammergesetz vom 24.II.1870 (GS 134).

3) Die Kritik zielte u.a. auf folgende Bestimmungen des Statuts der KdK vom 26.II.1870: Artikel 15 f.: Definition des ÄC als einer "Verwaltungsbehörde" mit faktisch nicht kontrollierter Generalkompetenz zur Vertretung der KdK nach innen und außen; Artikel 38 f.: Höhe der Aufnahme- und Inskriptionsgebühren, sowie den Jahresbeitrag und die Modalitäten zur Erhebung von Beitragszuschlägen, die die Firmen des Börsenhandels begünstigten; Artikel 23: Öffentlichkeit der Sitzungen des ÄC in Form einer vom ÄC nicht praktizierten Kann-Bestimmung. ("Die Korporation...", S. 631-640). Zwischen 1821 und 1850 war die Mitgliederzahl der KdK von 1070 auf 1270 gestiegen; sie erreichte 1860 knapp 2150, fiel bis 1870 auf gut 1600 zurück und näherte sich erst 10 Jahre später wieder der Grenze von 2000. Um die Jahrhundertwende liegt der Bestand bei etwas über 3000. Bezogen auf die Zahl der in Berlin ansässigen registrierten Kaufleute bedeutete das beispielsweise, daß die Korporation im Jahre 1883 etwa 16 % der im Handelsregister eingetragenen Firmen umfaßte; von diesem Prozentsatz, er machte in absoluten Zahlen 1883 zusammen 1326 Mitgliedsfirmen aus, gehörten 50 % zum Berliner Börsenhandel. (Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, 17. Jgg., Nr. 3, 30.III.1894, S. 23 f.; "Die Korporation...", S. 317).

4) Vgl. "Berlins Aufstieg zur Weltstadt" - Ein Gedenkbuch, hrsg. v. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens, Berlin 1929, S. 5 ff.

Kandidaten in den Wahlen durchzubringen.⁵

Bei diesem Stand der Dinge war der erfolgreiche Organisator der Patentschutz-Kampagne der Jahre 1863-1877 bereits Autorität und zitierfähig genug, um von beiden Seiten zur Sanktionierung konträrer Standpunkte reklamiert zu werden.

So verteidigte Adalbert Delbrück mit dem Hinweis auf die Leistung des einzelnen Industriellen, wie sie das Siemens'sche Patentmemorandum von 1863 belege, die Fachkompetenz eines auch weiterhin numerisch eng zu begrenzenden Führungskreises der Korporation. Für die Verdoppelung der Sitze im Ältestenkollegium von 21 auf 42 aber stellte der Sprecher der oppositionellen "Vereinigten Berliner Kaufleute und Industriellen" die Vorgeschichte dieser Expertise heraus und erklärte, wenn 1863 nur ein einziges Mitglied des Kollegiums zur sachgemäßen Beurteilung der Patentfrage fähig gewesen sei, dann sei das ein Argument mehr gegen die anti-quierte Abschließung an der Spitze der Kaufmannschaft.⁶

Gegen den Widerstand des amtierenden ÄC richteten solche Argumente indessen ebensowenig aus wie die Klage über die starre Bemessung der Beitragssätze der KdK, die die Reformer progressiv in Anlehnung an die Gewerbesteuersätze gestaltet wissen wollten. Der Einführung gleitender Beitragssätze hielten die Ältesten entgegen, es werde so das "Ausscheiden der Inhaber der großen Firmen" vorprogrammiert; man dürfe in dieser Frage nicht die "Gleichberechtigung sämtlicher Korporationsmitglieder" verletzen.⁷

Der Verlauf dieses innerverbandlichen Konflikts kann hier nicht im Détail

5) Ebda., S. 6. Dem "Reformkomité", das sich am 6.X.1879 als "Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" im Berliner City-Hotel konstituierte, wird hier bescheinigt, es habe "eine auf breiterer Grundlage nach demokratischen Grundsätzen aufgebaute Standesvertretung" errichten wollen. Auf der Gründungsversammlung waren 329 Firmen vertreten.

6) Correspondenz, 1. Jgg., 1878, Nr. 2, S. 8, 12.

7) "Die Korporation...", S. 274.

nachgezeichnet werden. Sein Resultat war wie viele der in der Geschichte der Korporation vorausgegangenen ähnlichen Konfrontationen⁸ für die Anhänger von Wandel und Reform in der KdK materiell recht enttäuschend: die Opponenten des "Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller" konnten die Entstehung eines relativ einflußlosen - nicht einmal statutarisch abgesicherten - "Fachausschusses für gewerbliche Angelegenheiten" als minimalen Teilerfolg buchen⁹ und sahen ihre Forderung nach einem Mehr an Öffentlichkeit in den Verhandlungen des ÄC lediglich durch die Herausgabe der "Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin" beantwortet.¹⁰ Sprecher der "Kaufleute und Industriellen" brachten ihre Enttäuschung über diesen Ausgang auf die zutreffende Formel: "Es findet sich niemand bereit, bloß zu tagen, wo er nichts zu sagen hat!"¹¹

8) 1821: Der Berliner Magistrat tadelt die fehlende Veröffentlichung der Wähllisten zum ÄC; Wahlversammlungen, denen als einziger Instanz der Korporation (KdK-Statut von 1820, §§ 55 f.) ein auf Anhörung in Haushaltsfragen - Pflicht zur Rechnungslegung - limitiertes Mitwirkungsrecht gegenüber den Ältesten eingeräumt war, wurden nicht einberufen.

1862/63: Opposition des "Vereins zur Wahrung kaufmännischer Interessen" gegen die Ansätze zu einer Statutenreform, die an der unkontrollierten Dominanz des ÄC festhielt. Gefordert wurden u.a. öffentliche Versammlungen, Eintrittserleichterungen, Beseitigung der Kooptationspraxis im ÄC. Die Forderungen scheiterten in wesentlichen Punkten im hinhaltenden Widerstand des ÄC.

1869/70: Beschneidung, bzw. Versuch der Beschneidung der Funktionen der als Konzession an die Reformanhänger von 1862/63 zugestandenen "Finanzkommission" im Zusammenspiel von ÄC, Magistrat und Regierung, wobei "auf nicht legale Weise" ein "förmlicher Beschluß der Korporation umgestoßen" wurde. (Die Korporation, S. 87, 89 f., 131, 135, 136-140, Zitat: S. 143).

9) Der 1878 eingesetzte 15köpfige Ausschuß hatte nur Aufgaben "rein consultativen Charakters" und kompensierte kaum die geforderte Erweiterung des ÄC. Die Führung des Ausschusses verblieb zudem in den Händen der Ältesten. Die Elektroindustrie vertrat hier recht summarisch ein Repräsentant der Sparte "unedle Metalle einschließlich Beleuchtungsapparate". (Correspondenz, I. Jgg. Nr. 1, S. 2, 13). Die Errichtung des Fachausschusses wurde nur durch einen Eintrag in die Geschäftsordnung schriftlich fixiert.

10) Die erste Nummer erschien im November 1878.

11) Correspondenz, I. Jgg., Nr. 2, S. 12.

Thematisch von Belang sind dieser und ähnliche Konflikte in der Korporation insoweit, als ihre Losungen und Fraktionen und deren Verbündete in der politischen Öffentlichkeit direkt oder mittelbar Aussagen zur Profilierung der Arbeitgeber in der Elektroindustrie liefern.

"Oligarchisches Regiment" in Handelskammern
und kaufmännischen Korporationen und das Man-
dat "allgemeiner" Interessen

Im vorliegenden Falle wird man zunächst daran zu erinnern haben, daß ein oligarchisches Regiment einflußreicher gewerblicher und industrieller Notabeln kein Spezificum der Berliner Entwicklung darstellte, sondern in variierendem Ausmaß durchaus zur Verbandswirklichkeit der Handelskammern des 19. Jahrhunderts generell gehörte. Es wäre darum auch vermessen, in Berlin und anderenorts davon sprechen zu wollen, daß eine jeweils oppositionelle Seite etwa habe Reformen im Sinne "demokratischer" Standesvertretungen treiben wollen.¹²

Hier ging es vielmehr um den umstrittenen Anteil an z. T. sehr exklusiv verwalteten Chancen zur mittelbaren Beeinflussung von Regierung und Administration,¹³ bzw. Einflußnahmen auf Börsen und das von den Kammern getragene Ausbildungswesen. So warnen selbst für die "große Zeit der wirk-

12) So die zitierte Festschrift des "Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller" ("Berlins Aufstieg zur Weltstadt", S. 6).

13) Im Sinne der Prämierung von Loyalität auch staatlicherseits früh genutzt. Die Politik moralischer Eroberung mit Hilfe gerade des dominierenden Elements gewerblicher Notabeln der Handelskammern praktizierte schon der Fürstprimas und Vorsitzende der Bundesversammlung des Rheinbundes, Frh. von Dalberg, in der seinem Territorium zugeschlagenen Stadt Frankfurt/Main. Er gewann über die vom Frankfurter Börsenvorstand nachgesuchte Gründung einer Handelskammer nach französischem Vorbild 1808 die Unterstützung der "Chefs des premières maisons de commerce", die Dalberg im Oktober des gleichen Jahres wissen ließen, nun sei "der gesamte Handels-

lichen Interessenvertretung und des Handels ... im 19. Jahrhundert" (Facius) Indizien wie die oft sehr bescheidene Wahlbeteiligung bei Kammern und Korporationen davor, diese im Sinne von strikt repräsentativen oder gar demokratisch inspirierten Institutionen zu überschätzen.¹⁴

Es läßt sich zudem nicht übersehen, daß in solchen Interessenvertretungen häufig Großunternehmen, bzw. Banken und Börsenhandel den Ton angaben und daß deren Vertrauensleute von einem Bruchteil der Wahlberechtigten in ihre Führungsfunktionen berufen wurden.

So lagen noch 1875 die Ziffern der Wahlbeteiligung bei den Handelskammerwahlen in Stuttgart, in Heilbronn, in Reutlingen und Ulm bei 20, bzw. 30 - 40 %.¹⁵ In Berlin aber vertrat damals die KdK mit ihrer Mitgliedschaft effektiv nur etwa den zehnten Teil der in Berlin

Anmerkungsübertrag, Anm. 13), S. 227.

stand ... mit frohen Hoffnungen und heiteren Aussichten belebt ...". "Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt am Main (1707-1908) - Beiträge zur Frankfurter Handelsgeschichte, Frankfurt/M. 1908, S. 126 f., 129, 133, 136 f., 139.

14) Friedrich Facius, Wirtschaft und Staat - Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard/Rh. 1959, S. 31 (= Schriften des Bundesarchivs 6). Ihrer variierenden Entwicklung nach lassen sich die Kammern und Korporationen im alten Jahrhundert wohl als zeitweilig "einzige öffentliche Tribüne" (F.G. Huber) des Wirtschaftsbürgertums, oder auch mit als freiheitliche Errungenschaft von 1848 - so für Österreich - (F. Geißler) werten. F.G. Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der württembergischen Handelskammern, Stuttgart. 1905, S. 21; Franz Geißler, Die Entstehung und der Entwicklungsgang der Handelskammern in Österreich, in: Hans Mayer (hrsg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung..., S. 21.

15) Konrad Theiss, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer Heidenheim, Aalen 1967, S. 10 ff.

im Handelsregister eingetragenen Firmen.¹⁶ Und daß bei den Ältestenwahlen der Jahre 1876 bis 1882 zuerst 48 % und dann steigend schließlich 91 % dieses Zehntels ihrer Wahlpflicht genügten, lag nur daran, daß der in der Öffentlichkeit immer stärker kritisierte Führungsstil der Berliner Ältesten die Gegenbewegung der "Vereinigten Kaufleute und Industriellen", bzw. des "Vereins Berliner Kaufleute und Industriellen" ausgelöst, und daß man von dieser Seite durch eine bewußte Steigerung der Wahlbeteiligung versucht hatte, auf die Steuerung der KdK mittelbar Einfluß zu gewinnen.¹⁷

Die gegenüber äußerer und verbandsinterner Kritik oft hervorgekehrte statutarische Verpflichtung der Kammern und Korporationen, in ihrem Organisationssprengel die " a l l g e m e i n e n " Belange von Handel und Industrie zu vertreten,¹⁸ wurde über diesen Fakten leicht zur Leerformel, die das in den Kammern bzw. ihren Führungsgremien vorhandene reale Interessenprofil verschleierte.

16) Bericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller in Berlin für das Jahr 1882/83, Bln. o.J., S. 7.

17) Ebda., S. 7 u. S. 36, Schreiben des ÄC an den Verein: Man begrüße es "mit Freude, wenn Sie Ihre Bemühungen fortsetzen, die Handel- und Gewerbetreibenden von der Wichtigkeit des Wahlrechts für den Korporationsvorstand zu veranlassen". Das ÄC hatte Grund zur Genugtuung, denn die vom Verein betriebene Kampagne, die mit einer Erhöhung der Wahlbeteiligung und einem Massenbeitritt bisher unorganisierter Gewerbetreibender die Position des ÄC erschüttern sollte, war bis 1882/83 bereits gescheitert. Vgl. dazu unten, S. 238.

18) Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte IV., S. 998 f. Das Statut der KdK vom 2.III.1820 bestimmte in seinem § 8: "Die gemeinsamen Angelegenheiten der Korporation... betreffen das Interesse des hiesigen Handels in a l l e n seinen Zweigen". Diese Formulierung ging inhaltsgleich in den Artikel 13, Abs. 1 des revidierten Statuts der KdK vom 26.II.1870 ein. (Die Korporation, S. 621, 633 /Sperrung: HMB.7/).

Auf diesen Kern der Auseinandersetzungen: eine Interessenpolarisierung, bei der der beharrende Teil ein vorgegebenes Kräfte- und Vertretungsverhältnis als repräsentativ für "allgemeine", andrängende Opposition aber als Bewegung von "Sonderbelangen" und eine spezialistische Gefährdung des "eigentlichen" Auftrages der Interessenvertretung betrachtet, trifft man auch bei einer genaueren Wertung der Vorgänge, die in der Berliner KdK an der Wende zu den 1880er Jahren das ÄC mit der Gruppierung des "Vereins der Kaufleute und Industriellen Berlins" konfrontiert.

Während sich der "Verein" an bestimmten Fakten der Organisationswirklichkeit in der KdK stieß und u.a. bemängelte, daß "ganze Branchen", vornehmlich die seit einer Generation entstandenen jüngeren Industrien Berlins, in der Kaufmannschaft "keinen einzigen Interessenten" besäßen¹⁹ und daß die bescheidene Zuwachsquote von jährlich etwa 60 Neumitgliedern, sowie die an Börseninteressen normierte Beitragsgestaltung der Kaufmannschaft nicht unverdient zum Ruf verholfen hätten, Interessen wählerisch, vor allem aber: börsenfreundlich und darum n i c h t allgemein zu vertreten,²⁰ provozierte das bei Repräsentanten des ÄC wie Adalbert Delbrück die Replik: "Sie können Einem, der in einer Spezialität steckt ... nicht die weitere Intelligenz, den weiteren Blick über die Verhältnisse einblasen".²¹

Man wolle, so ein anderer Sprecher, für das ÄC "als Vertreter der Korporation... Männer..., welche nicht allein in irgend einem Fachinteresse" die Kaufmannschaft repräsentierten.²²

19) So noch im "Bericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller ... für das Jahr 1882/83", S. 22, 29: Petition an das ÄC. (Die Berichte des Vereins in der Folge zitiert: "BVBK").

20) "Der jährliche Zuwachs der Korporation bezifferte sich auf 50 bis 60 Mitglieder, welche ungefähr den jährlichen Abgang decken ..." (BVBK 1882/83, S. 29).

21) Betont u.a. für den "Verein" von Kommerzienrat Lissauer, ab Oktober 1879 stellvertretender Vorsitzender des "Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller" (VBKI) auf der Generalversammlung der KdK am 2.XII.1878. (Die Korporation..., S. 278; "Berlins Aufstieg ...", S. 5).

22) Correspondenz, I. Jgg., 1878, Nr. 1, S. 14.

In der nüchterneren Formulierung einer Kommissionsverlautbarung zu den Reformwünschen des "Vereins" wurde ähnliches mit der Wendung umschrieben: "Die Wahrnehmung der Interessen einer Spezialbranche der Industrie wird mit Erfolg immer nur in der Art geschehen können, daß die Industriellen derselben Gruppe sich in einem Verbande organisieren".²³ Das hieß, deutlich genug, daß man ein industrielles Mitspracheverlangen derzeit in der Spitze der Korporation rundweg ablehnte.

Die politische Dimension der Opposition des VBKI 1876/79

Das Berliner Ältestenkollegium handelte darin nicht mutwillig. Es hatte 1878, zu der Zeit, in der diese Äußerungen auf einer Plenarsitzung der Korporation fielen, Gründe, um sich einer Verstärkung gewerblich-industrieller Präsenz im Führungskreis der Korporation zu erwehren.

Im Lenkungsorgan der Kaufmannschaft war man über Enquêtes und Umfragen bei der Berliner Industrie hinlänglich darüber unterrichtet, wie sehr die Meinungsbildung in Zoll- und Handelspolitik bei einzelnen der Berliner Industriezweige inzwischen von den Positionen abwich, die die Ältesten immer noch, wenn auch unter Taktieren, aufrecht erhalten wollten.²⁴

23) Kommissionsbericht zu den Vorschlägen der "Vereinigten Kaufleute und Industriellen", erstattet in der Plenarsitzung am 19.XI.1878. (Correspondenz, I. Jgg., Nr. 1, S. 2).

24) Vgl. dazu oben, S. 142 f. Stellungnahmen des ÄC zur Handels- und Innenpolitik der postliberalen Phase der Bismarck'schen Ära, sowie oben, S. 143, Anm. 180 f., Stellungnahmen der Berliner Firmen Borsig, Wöhlert und Eckert zur Zollpolitik. Die Anhörungen zur Eisen-Enquête hatten am 5. November 1878 begonnen, d.h. 2 Wochen vor der Diskussion der KdK über die Vorschläge der "Vereinigten Kaufleute und Industriellen" zu einer die Industrie stärker berücksichtigenden Verdoppelung der Mandatszahlen des ÄC. Im Januar 1878 hatte sich im ÄC selbst nur noch eine 13 : 8 -Majorität für die Beschickung und Ausrichtung einer Sonderkonferenz freihandelsfreundlicher Handelskammern und Korporationen erreichen lassen. (Correspondenz, II. Jgg., 1879, Nr. 1, S. 2, 5). Daß man in dieser Situation bei der Mehrheit, zu der der zu dem Kongreß der Handelskammern dele-

Unter diesem Gesichtspunkt aber war Kritik, die der "Verein" und seine Verbündeten an der Führungspraxis in der Kaufmannschaft übten, Kritik am bisherigen, liberal geprägten Kurs der Korporation.²⁵ Die Reform einer sehr kritisierbaren Verbandsrealität schlug tendenziell um in die Beseitigung des materiellen Inhalts der von dieser Realität mit gedeckten Politik. Das wurde bei den Ältesten sehr klar gesehen und erklärt z. T. auch die Kleinlichkeit und die Winkelzüge, mit denen dem Begehren der Reformer häufig begegnet wurde.²⁶

Die politische Dimension der Reformforderungen gab sich z. T. in der Rhetorik der Opponenten offen zu erkennen. So äußerte in der turbulenten Generalversammlung der Korporation vom 2. Dezember 1878 einer der Sprecher der "Vereinigten Kaufleute und Industriellen" an die Ältesten gewandt:

"Die Herren von der Börse, schnell bereit und großherzig alles zu tun, was schön und brav ist, die stets voran waren, wenn es sich darum handelte, politische Freiheiten zu erkämpfen, - wir machen einen Appell an Sie und verlangen, schicken Sie 21 Vertreter der Industrie in das Kollegium... Das ist alles, was wir wollen, dann lassen wir die Herren, die heute jene Stellen einnehmen, vollständig an ihrem Platze; wir machen keine Personenfrage daraus. Wir, die Industrie, appellieren heute an die Börse".²⁷

Anmerkungsübertrag, Anm. 24), S. 231.

gierte Adalbert Delbrück zählte, keine Änderung wünschte, war begreiflich. Zu der Rolle von Manipulationen bei der Abwehr der Reformvorhaben der "Vereinigten Kaufleute": Die Korporation, S. 278 f.

- 25) Zum Sympathiegewinn des Protektionismus in einzelnen örtlichen kaufmännischen Organisationen seit Mitte der 1870er Jahre vgl. Ivo N. Lambi, "Die Organisation der industriellen Schutzzollinteressen", in: K.E. Born (hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 296-308, speziell S. 305: Die Innungen der Berliner Weber und Tuchmacher schließen sich dem Centralverband Deutscher Industrieller (CDI) an.
- 26) Abstimmungsmanipulationen bei der Entscheidung über den Antrag zur Verdoppelung der Mandate im ÄC auf der Generalversammlung der KdK am 2.XII.1878. Teilnehmer verlassen bereits zuvor unter Protest die Versammlung. (Die Korporation, S. 279).
- 27) Ehda., S. 278, Hugo Lissauer, später Vorstandsmitglied des "Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller". Lissauer führte ein Manufaktur- und Seidenwarengeschäft.

Das hieß zwar nicht, die dominierenden liberalen Notabeln zu exmittieren, bedeutete aber doch den Liberalismus des Kollegiums auf ein politisches Altenteil zu verweisen; denn die starke schutzzollfreundliche Minorität des ÄC wäre durch einen umfangreichen industriellen Mitglieberschub in die Lage gekommen, eine neue, protektionistische Mehrheit der Korporation zu stellen.

Bei dieser Konstellation verwundert es kaum, daß der hier argumentativ Bemühte, daß Werner Siemens, - kein sonderlicher Freund der Börse,^{27a} aber doch politisch und geschäftlich Adalbert Delbrück und anderen Mitgliedern und Sympathisanten des ÄC verbunden^{27b} und zu dieser Zeit gerade im Begriff, den eigenen technischen und kommerziellen Interessen im "Elektrotechnischen Verein" eine unabhängige organisatorische Plattform zu schaffen,^{27c} - offenbar keine Neigung zeigte, in diese Polemik etwa berichtigend einzugreifen.

So blieb die Bezugnahme rhetorische Figur und Waffe in einer Auseinandersetzung, die auf der Ebene der Korporation auszutragen, Siemens augenscheinlich nicht mehr bereit war.

27a) Die Abneigung gegen Börsen- und Aktienwesen, für die sich in der Korrespondenz der Brüder Siemens von Seiten Werner Siemens' zahlreiche Belege finden, kann nicht als prästabilisierte Größe angesehen werden. Ähnlich wie bei der besprochenen Spekulation mit Kupfer gibt es vereinzelt auch für andere Güter Beispiele spekulativer Aktionen. (Warnungen vor Börsen, Spekulation und Aktienwesen: Matschoß, Briefe, S. 338, 19.IX.1871 an Friedrich; ebda., S. 786, 4.V.1883, an Karl u. passim; eigenes Interesse an Aktien und Nutzung außergewöhnlicher Konjunkturen: Ebda., S. 287 an Karl 7.I.1867, : Bitte um Zusendung von Krapp aus Rußland zur Nutzung der Hochkonjunktur am deutschen Markt; ebda., S. 163, an Karl, 12.IV.1860: Interesse an Aktien der Stettiner Maschinen-, Lokomotivbau- und Werft-AG. "Vulcan"). Vgl. auch Georg Siemens, Carl Friedrich..., S. 35: "Tief eingewurzelte Abneigung gegen das Aktienwesen".

27b) Vgl. oben, S. 112 und Matschoß, ebda., S. 270 f., 326 ff., 415, 786 u. passim, : Briefe an Wilhelm vom 12.V.1867 u. 17.V.1873; an Karl vom 18.III.1870 u. 4.V.1883.

27c) Matschoß, ebda., S. 651, an Karl, 2.II.1880 und ebda., S. 658: "Ich habe mir im Elektrotechnischen Verein und seinem Journale jetzt ein Sprachrohr geschaffen, welches in der ganzen Welt vernehmbar ist und denke, das ausgiebig zu benutzen".

Elektroindustrielle und innerverbandliche Opposition

Die Präsenz der Elektroindustrie im ÄC der KdK

1873 - 1902

Trotz solcher Enthaltensamkeit und der bei der Entstehung des "Elektrotechnischen Vereins" signalisierten Verselbständigung und Ausgrenzung von branchen- und unternehmensspezifischen Interessen, waren S.&M. und die Berliner Elektrogroßindustrie insgesamt auch in der Folge noch nicht völlig aus den Konflikten in der Entwicklung der KdK entlassen, die letztlich, interessenpolitisch verfremdet, nur Ausdruck umfassender Wechsellagen in der gesamten Innenpolitik des Kaiserreiches darstellten.

Freilich fiel die Präsenz der Berliner Großfirmen in den gesamten 1880er und 1890er Jahren nicht besonders stark aus: der Siemenskonzern, mit Wilhelm von Siemens²⁸ nur 1894 bis 1896 im ÄC präsent, stellte damit nur kurzfristig einen Vertreter im Führungsgremium der KdK; für die "Union Elektrizitäts-Gesellschaft"²⁹ hatte Isidor Loewe von 1898-1902 ein Mandat. Und mit ihm folgte Emil Rathenau in der Zeit von 1897-1902, zumeist "schweigend", wie ein Chronist der KdK berichtete, den Sitzungen der Ältesten.³⁰

28) Apt, "25 Jahre...", S. 5 ff.

29) Der von Isidor Loewe hier repräsentierte Loewe-Konzern umfaßte freilich neben der "Union" zugleich weitgestreute andere Produktions- und Finanzinteressen, die u.a. Maschinenbau, Waffen- und Munitionsherstellung betrafen. Vgl. Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie..., S. 243-250; Georg Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. II., München 1949, S. 83 ff. Bei der Gründung der "Union Elektrizitäts-Gesellschaft" 1891, an der neben der Loewe-Gruppe die Houston Electrical Co./Boston (USA) und die Thyssen Co./Mühlheim beteiligt waren, war vereinbart worden, daß die "Union" 25 Jahre lang alle Maschinen und elektrische Apparate bei Loewe bauen lassen sollte. (Jeidels, a.a.O., S. 245 f.).

30) Apt, a.a.O., S. 5 ff.

Im Jahr 1902 verließen dann nicht nur Rathenau und Loewe den Kreis der Ältesten. Zur gleichen Zeit endete auch das Mandat zahlreicher Bankenvertreter im ÄC, die auf Grund enger geschäftlicher Beziehungen zu den Berliner Elektrokonzernen mittelbar auch zur Zahl der direkten Repräsentanten der Elektrogroßfirmen im ÄC gerechnet werden konnten.³¹

Elektroindustrielle sowohl wie Großbankiers wechselten damals zur neu entstehenden Handelskammer zu Berlin über; die Industriellen vornehmlich aber zu der bereits seit 1898 begründeten Handelskammer zu Potsdam³². Auf Termin und Umstände dieses Auslaufens direkter Beziehungen zur Berliner Korporation der Kaufmannschaft wird in der Folge näher einzugehen sein.

Die Wahl Wilhelms von Siemens in das ÄC
der KdK als Kandidat des VBKI

Unter den Mandaten, die während der beiden letzten Jahrzehnte vor der Jahrhundertwende auf die Berliner Elektrogroßindustrie im ÄC der KdK entfielen, war die Berufung von Wilhelm von Siemens unter bemerkenswerten Umständen erfolgt.

Wilhelm von Siemens trat das Amt im Lenkungsorgan der Kaufmannschaft zu einem Zeitpunkt an, an dem er innerhalb der Firma Siemens & Halske schon eine Stellung erreicht hatte, deren faktisches Gewicht sich mit der

31) Der faktische Einfluß, den Bankenvertreter im AR. der Unternehmen auszuüben vermochten, ist nur monographisch exakt zu ermitteln. Das Beispiel relativ starker Unabhängigkeit gegenüber Bankeinflüssen bietet der Siemenskonzern (KG ab 1889, AG ab 1897). Belege bei Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 429-440.

32) Siehe dazu unten, S. 284.

Funktion seines Vaters, Werner v. Siemens, als eines "pater familias"³³ der gesamten Siemens'schen Unternehmen bis 1890 in etwa vergleichen ließ.³⁴ In dieser Position nahm Wilhelm von Siemens im Spätherbst 1893 ein Angebot des "Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller" (VBKI) an, der ihn für die bevorstehenden Wahlen zum ÄC der KdK zum Kandidat

33) Georg Siemens, Carl Friedrich..., S. 68.

34) Zur genaueren Schilderung der innerbetrieblichen Hierarchie, der faktischen und der gesellschaftsrechtlich abgeleiteten Befugnisse und Positionen von Werner Siemens (1819-1892), seiner Brüder Wilhelm (Sir William Siemens) (1823-1883) und Karl (1829-1906), sowie der Söhne von Werner Siemens innerhalb von Siemens & Halske, bzw. SSW sei hier auf die monographischen Darlegungen bei Kocka, Unternehmensverwaltung, passim verwiesen. Unter Werner Siemens markieren die Jahre 1867, 1880/81 sowie 1889/90 Eckdaten in der Entwicklung von S.&H. Unter seinen geschäftlichen Nachfolgern gilt ähnliches für die Jahre 1897 und 1903. So regelte der Gesellschaftsvertrag von 1867 (24.8.) u.a. die organisatorische Zuordnung der "Geschäfte" in London, Berlin und St. Petersburg, sowie des kaukasischen Besitzes der Brüder. Im Zeichen der Nachfolgeregelungen von 1880/81 lockerten sich die Beziehungen zwischen den von Werner in Berlin, William in England und Karl in Rußland vertretenen Unternehmen und Unternehmensgruppen. Aus der o.HG. S.&H. war 1889 die S.&H. KG. hervorgegangen, aus der sich gemäß einer dritten, weiteren Regelung von 1889/90 Werner Siemens als Seniorchef weitgehend zurückzog. Inzwischen waren 1882 der älteste Sohn Werners, Arnold (1853-1918) und 1884 der zweitälteste, Wilhelm (1855-1919), als Gesellschafter eingetreten. Beide übernahmen, zusammen mit Werners Bruder Carl ab 1890 die Leitung der S.&H.-KG., die 1897 zu einer Aktiengesellschaft umgegründet wird. In der Folge übernahm Wilhelm Siemens an der Seite des relativ inaktiven Arnold faktisch immer stärker die Rolle des "Chefes des Hauses", seit 1908 unterstützt von dem jüngsten Sohn Werners, Carl Friedrich von Siemens (1872-1941). Carl Friedrich hatte eine geschäftliche Ausbildung in den Unternehmen der englischen "Siemens Brothers & Co. Ltd." absolviert. 1907 trat er dem Vorstand der SSW bei und übernahm 1912 die Leitung des SSW-Vorstands. Die Siemens-Schuckert-Werke-GmbH. waren 1903 durch die Vereinigung der produzierenden- und Vertriebsabteilungen der Elektrizitäts-AG. vorm. Schuckert und Co. mit Teilen der S.&H.-AG. entstanden. (Ludwig von Winterfeld, Entwicklung und Tätigkeit der Firma Siemens und Halske in den Jahren 1847-1897, Kiel 1913, S. 19 f., 61 ff., 64, 76 f.; Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 50 ff., 53, 77-82, 139; Helfferich, Georg Siemens, Bd. II., S. 38-141; Roth, August, Wilhelm von Siemens, Berlin/Lpz. 1922, S. 471 f.; "Der Siemens-Konzern 1930", [= Das Spezialarchiv der deutschen Wirtschaft, Sonderausgabe, Berlin 1930], S. 15, 35, 45).

des Vereins erklärte.³⁵ Siemens trat dem VBKI bei und akzeptierte im Dezember die auf ihn fallende Wahl zum Ältesten der Berliner Kaufmannschaft.³⁶ Angesichts der Spannungen, die 1893 das Verhältnis zwischen einem Teil der Berliner Ältesten und dem VBKI erneut stark belasteten, haben Datum und Initiative zu dieser Kandidatur ihr eigenes Erkenntnisinteresse.

Der "Verein Berliner Kaufleute und Industrieller"

Wachstum, Politik, Verbandsstruktur

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, der 1879 von der Opposition gegen die oligarchisch eingefahrene Führungspraxis der Ältesten geschaffen wurde, trug bei seiner Entstehung die Züge einer teils sehr bewußten - und wohl dominant politisch bestimmten - teils auch die Kennzeichen einer nur in diffusem Protest geeinten Gruppierung. Dem entsprach die Entwicklung, die der VBKI in der Folge nahm. Sie verlief nicht einheitlich und zeigte in Organisation und Programm Sprünge, die das Maß von Anpassung und Widerstand bestimmten, mit dem die Ältesten aus diesem Lager zu rechnen hatten.

Nach den Bekundungen der Jahre 1878/79 hatte sich der Verein zunächst vor allem gegen die Exklusivität an der Spitze der KdK gewandt, die unzureichende Präsenz von Handel, Industrie und Gewerbe in der Kaufmannschaft beklagt und die Vorherrschaft von Börseninteressen gerügt.³⁷ Daß die Korporation beispielsweise recht verantwortungslos darauf verzichte, die im Handel, in der Industrie und im Gewerbe Berlins noch gegebenen

35) Schreiben des Vorstandes des VBKI vom 29.XI.1893. (SAA 4/Lc 742, Älteste der Kaufmannschaft von Berlin).

36) Antwort des Vorstands des VBKI vom 21.XII.1893 auf den Aufnahmeantrag von Wilhelm von Siemens. (SAA 4/Lc 742); Mitteilung des AC der KdK über die erfolgte Wahl zum Ältesten vom 11.XII.1893. (SAA 4/Lc 742).

37) Siehe oben, S. 223 f.

Organisationsreserven auszuschöpfen, suchte der Verein dadurch zu beweisen, daß er eine Beitrittsbewegung zur KdK auslöste, die der Kaufmannschaft in kurzer Zeit fast 400 neue Mitglieder zuführte, was einer Steigerung des Mitgliederbestandes um annähernd 25 % entsprach.³⁸

Das Ziel, die KdK auf diesem Wege taktisch zu unterwandern, um so die Mehrheitsverhältnisse im ÄC zu ändern, war indessen nicht zu erreichen: die Ältesten ließen, wie erwähnt, auf entscheidenden Versammlungen im November/Dezember 1878 die Anträge der Opposition trickreich niederstimmen.³⁹ Die "Kaufleute und Industriellen" griffen daher zu einer alternativen Strategie und suchten das Gewicht ihrer Organisation so zu stärken, daß es der KdK auf die Dauer unmöglich werden mußte, ihre Politik im gewerblichen und industriellen Berlin am VBKI vorbei zu betreiben.

Gemessen an dieser Absicht hatten aber die "Kaufleute und Industriellen" auch noch 5 Jahre nach dieser ersten Niederlage in der KdK nicht allzu viel an Terrain gewonnen. Der VBKI zählte 1883 rund 420 Mitglieder.⁴⁰

Bei einer Organisation, die in ihren Angriffen auf die Kaufmannschaft immer wieder auf die geringe Repräsentativität der KdK verwiesen hatte, war dies besonders mißlich. Und anders als es Proteste und rhetorische Ausfälle der Jahre 1878/79 erwarten ließen, rekrutierten sich auch die Zugänge beim "Verein" durchaus aus Strata kaufmännischer Berufe, die ein vitales Interesse am Fortbestand und der Aufwärtsentwicklung der Berliner Börse haben mußten: unter 140 Neuanmeldungen des Jahres 1883 entfielen über die Hälfte auf Banken und Bankiers, Kommissionsgeschäfte, Agenturen, Makler und ähnliche Berufszweige.⁴¹

Das war ein Zuwachs, der stark von der Berliner Finanz geprägt war, aber

38) Correspondenz, I. Jgg., 1878, Nr. 2, S. 13. Hier wird die Zahl der Gesamtheit der Korporationsmitglieder mit 1500 angegeben. Offizielle Zahlen nennen für 1870 1.627 und für das Jahr 1880 einen Bestand von 1.885 Mitgliedern. ("Die Korporation...", S. 317).

39) Correspondenz, I. Jgg., 1878, Nr. 2, S. 13; vgl. auch oben, S. 226 f., Anm. 9.

40) BVBK. 1883/1884, S. 10-23.

41) Ebda. Berechnet nach dem Verzeichnis der Neuaufnahmen. Zur Spezifizierung der Neuaufnahmen siehe unten, S. 239, Anm. 42.

keine Majorität von Großbankiers aufwies.⁴² Dennoch fällt auf, daß hier zu Beginn der 1880er Jahre sich wohlrenomierte Privatbankhäuser wie die Firmen L.M. Bamberger, wie Jacob Landau, J.T. Goldberger und Wilhelm Kopetzky⁴³ in Gemeinschaft mit den bedeutendsten der jüngeren Berliner

42) Die frühen Jahresberichte des VBKI spezifizieren noch genau die Berufe der Neumitglieder. Für 1883/84 ist es daher möglich, zur beruflichen Gruppierung der Neuzugänge folgende Daten zu ermitteln:

Banken und Bankgeschäfte	= 14
Bank- und Wechselgeschäfte	= 3
Bank- und Kommissionsgeschäfte	= 3
Bankiers, bzw. Bankdirektoren	= 5
Gruppe Banken und Bankiers somit 1883/84	= 25

Agentur- und Kommissionsgeschäfte	= 9
Speditionen- und Kommissionsgeschäfte	= 2
Fondskommissionsgeschäfte	= 1
Hypotheken- u. Grundbesitzkommissionsgeschäfte	= 1
Textilkommissionsgeschäfte- bzw. Agenturen	= 5
Leder "	= 2
Holz-, Getreide-, Sprit-, Fell-, "	= 5
Manufakturwaren	= 1
Makler und ähnliche	= 17
Gruppe der "Bankverwandten" somit 1883/84	= 43

Roh- und Landesproduktenhandel	= 8
Speditionsgeschäfte	= 3
Gruppe der "Bank-Praeverwandten" 1883/84	= 11

Anteil der Gruppe Banken/Bankiers und "Bankverwandte" an der Gesamtzahl der Neuaufnahmen 1883/1884:

141 : 68 = 48,23 %

Anteil der Gruppe Banken/Bankiers und "Bankverwandte", incl. "Bank-Praeverwandte" an der Gesamtzahl der Neuaufnahmen 1883/1884:

141 : 79 = 56,03 %

(Zusammengestellt und errechnet nach Liste der Neuanmeldungen in: BVBK 1883/1884, S. 10-23; zur Genese von Privatbanken aus Handel bzw. Spedition und Warenkommission: Seidenzahl, "100 Jahre Deutsche Bank", S. 18 und "Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft", S. 59 f.).

43) Mit Ludwig Bamberger gehörte das Bankhaus L.M. Bamberger zu den Gründern der "Deutschen Bank". Die Fa. Jacob Landau zählte zu den finanziellen Geburtshelfern der AEG; J.T. Goldberger waren an der Gründung der "Dresdner Bank" (1872) beteiligt und finanzierten schweizer und italienische Bahnbauten, ehe die Fa. 1890/91 durch die "Berliner Handels-Gesellschaft" mittelbar fusioniert wurde. Wilhelm Kopetzky trat 1876 bei der Fusionierung der "Deutschen Union-Bank" durch die "Deutsche Bank" in deren AR. über. Vgl. Kaznelson, Juden im deutschen Kulturbereich, S. 729 f., 731 f., 739, 794 f.; Helfferich, Georg von Siemens, Bd. I., S. 213 f., 224; "Die Berliner Handelsgesellschaft...", S. 100-104.

Aktienkreditbanken, der "Deutschen Bank", der "Bank für Handel und Industrie" (Darmstädter Bank), der "Nationalbank für Deutschland" und der "Mitteldeutschen Creditbank" um die Zugehörigkeit zu einer Organisation bewarben, die ihre ersten Schritte unter Angriffen auf Börse und Banken getan hatte.⁴⁴

Zu dem starken Zustrom der Geldinstitute am Beginn der 1880er Jahre paßt es, daß damals unter den 10 "immerwährenden" Mitgliedern des VBKI alleine 3 der angesehensten Privatbanken Berlins fungierten.⁴⁵ Der Verein wird zu dieser Zeit demnach auch von Banken materiell gestützt.⁴⁶

Nach dem Indiz der Mitgliederbewegung zu urteilen, hatte sich hier die Gründungskonstellation des VBKI in sich verkehrt. Aus einem Anlauf gegen die Berliner Hochfinanz und ihr Zentrum, die Börse,⁴⁷ war offenbar in der Tendenz eine Bewegung aus Kommissionshandel, Börse und Banken in die Oppositionsgruppierung des Vereins hinein geworden. Doch läßt sich bei

44) 1883/1884 traten dem VBKI bei: für die "Deutsche Bank" Georg Siemens, für die "Bank für Handel und Industrie" Johannes Kaempff, für die "Nationalbank für Deutschland" Chr. R. Michelet und für die "Mitteldeutsche Creditbank" A.G. Wittekind. Zur Entwicklung dieser Institute in Berlin seit 1870 vgl. H. Weber, Bankplatz Berlin, S. 33, 66-70, 90 f., 93 ff.

45) Ludwig M. Goldberger für die Fa. J.T. Goldberger, Bank- und Kommissionsgeschäft; Fa. L.M. Bamberger; Eugen Landau für Fa. Jacob Landau. Die Fa. Jacob Landau gehörte zu den Gründerfirmen der erst 1881 entstehenden "Nationalbank für Deutschland". Eugen Landau war Vorsitzender des AR. der "Nationalbank", die "hauptsächlich am Berliner Effekten-geschäft" Interesse nahm. (BVBK 1882/83, Mitgliederverzeichnis; Weber, Bankplatz Berlin, Zitat: S. 90). Die übrigen "immerwährenden Mitglieder" des VBKI rekrutierten sich aus der Textilbranche (4: Carl Schlottmann, Wollen- und Strumpfwaren, Gebrüder Singer, Damen-Konfektion, B.W. Vogt, Agentur und Kommission in Seidenwaren, Dr. Max Weigert für Fa. Weigert & Co., Wollwaren- und Plüschfabrik), aus der Papierherstellung (M. Schlesinger "Luxuspapierfabrik"), dem Farbenhandel (S. Schönlanck Söhne, Indigo- und Farbwaren) und dem Maschinenbau (G. Arnheim).

46) Nach § 2 des vorläufigen Statuts des VBKI wurde die "immerwährende Mitgliedschaft" im VBKI durch die einmalige Zahlung von 200 M. begründet. Das revidierte Statut des Vereins vom Jahre 1898, § 5 erhöhte diesen Satz auf 300 M. (BVBK 1882/83; BVBK 1898/99, S. 340 ff.).

47) Zur zentralen Bedeutung der Berliner Börse - auch für Großbanken bis in die 1890er Jahre - vgl. unten, S. 286-293.

einem Blick auf die Vorstandslisten des VBKI nicht behaupten, daß dieser Vorstoß dauerhaft von Erfolg gewesen sein konnte.

Im Präsidium des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller dominierten 1883 bis 1890 unbestritten Textilinteressenten. 1883 stellen sie vier der sechs Präsidialmitglieder;⁴⁸ 1890 liegt das Verhältnis sogar bei 4 : 5,⁴⁹ und erst 1891 geht dieser massive Einfluß im Präsidium zurück, bleibt aber im Vorstand des VBKI, dessen Stärke in den Jahren von 1883 bis 1893 zwischen 8 und 16 Mitgliedern schwankt, ungeschmälert erhalten.⁵⁰

Wie im Präsidium, so fehlt zu dieser Zeit und in der Folge auch im Vorstand die unmittelbare Präsenz der Banken,⁵¹ so daß der VBKI im Jahresbericht zu 1898/99 erklären konnte, man habe darauf verzichtet, über "Börsen- und Bankverhältnisse" zu schreiben, "weil die Mitglieder unseres

48) Vorsitzender des Präsidiums des VBKI 1883: Hugo Lissauer, (Manufaktur- und Seidenwarengeschäft), 1. Stellvertreter: B.W. Vogts (Kommissionsgeschäft und Agentur in Seidenwaren), 2. Stellvertreter: Edmund Schlicke (Nutzholzhändler), Schriftführer: Jos. Fürst (Fa. Edmund Völker, Schals- und Tücherfabrik) und Alex. Haber (Papierhandlung und Kontobücherherstellung). Schatzmeister: Julius M. Friedländer (Wollwaren- und Tücherfabrik). (BVBK, 1883/1884, S. 9).

49) Die Zusammensetzung des Präsidiums bleibt die gleiche wie 1883, doch scheidet Alex. Haber bis 1890 ersatzlos aus. (BVBK, 1883/1884, S. 9, ebda., 1890/1891, S. 13.)

50) Unter den 5 Präsidialmitgliedern von 1891/92 waren als Textilinteressenten in gleicher Position wie 1883 tätig: J. Fürst und J.M. Friedländer. Erster Vorsitzender wurde 1891/92 Julius M. Goldberger, der seit der faktischen Übernahme des Bankgeschäfts von J.T. Goldberger durch die "Berliner Handels-Gesellschaft" 1890/91 seine Bankierskarriere aufgegeben hatte. Als Stellvertreter fungierten ab 1891/92 der Spediteur Emil Jacob und der Versicherungsdirektor L. Rummel. Goldberger war bereits 1883 "immerwährendes" Mitglied des VBKI und gehörte seit 1890 dem Vorstand an. Im Vorstand des VBKI waren 1883 angesichts der Dominanz im Präsidium kompensatorisch nur 2 von 8 Mitgliedern Textilinteressenten. Vorstandsmandate fielen daneben auf: die Spritherstellung (1), Uhrenherstellung (1), Nähmaschinenfabrikation (1), Getreide- und Landesprodukte (1), sowie Farben und Appreturen (1). In dem doppelt so zahlreichen Vorstand des Jahres 1890 entfielen von 16 Mitgliedern 6 auf die Textilinteressenten; im Jahre 1891 waren es 7 von 15 und 1892/93 noch 6 von 13. (BVBK 1883/84; 1890/91; 1892/93: Mitglieder- und Vorstandsverzeichnisse).

51) Die Ausnahme bildet der erwähnte "Fall" von Ludwig M. Goldberger.

Vereines ... zu weit überwiegendem Teile diesem Berufszweig fern stehen".⁵²

Auf Dauer gesehen war hier also keine Umsteuerung des VBKI gelungen, aber es lag, wofür der ungleichgewichtige Zuzug zum Verein spricht, ein entsprechender Ansatz vor, der noch exakter zu deuten ist.

Industrielle Präsenz und Elektroindustrie im VBKI

Ungleich vollzog sich auch das Anwachsen der industriellen Mitgliedschaften im Verein. Für die Sparten der Metallindustrie einschließlich Maschinenbau und Metallwarenfabrikation gab es bis 1883 im VBKI nur zwölf, wenn auch z. T. recht prominente Mitglieder.⁵³ Die Elektrotechnik fehlte damals noch ganz. 1886 erscheinen ihre ersten Vertreter mit dem "Elektrotechnischen Institut" der Gebrüder Naglo und der Firma "Elektrotechnische Anlagen G.A. Plewe".⁵⁴ In der Folge steigt ihre Zahl allmählich, ähnlich wie die der Maschinenbauer, der Metall- und Metallwarenindustriellen an;⁵⁵ doch

52) BVBK, 1898/99, S. 101 f.

53) Es handelte sich um die Maschinenfabrik von Mehlig & Behrens (ab 1890/91 = "Maschinenfabrik Cyclop-AG, M. & B."), C.L.P. Fleck, Söhne, sowie C. Becker & Frowein, Rössemann & Kühnemann und die Fa. Richard Papperitz. Unter den Berliner Metallwarenfirmen waren Schmale & Cie., sowie Leopold Liebrecht und G.W. Voeltzkow beigetreten; außerdem die Firmen Frister & Rossmann (Nähmaschinen), A. Teichelmann (Zinn- und Bleiröhren), L. Krafft, (Zinn- und Bleiröhren) und Schäfer & Budenberg (Dampfkesselarmaturen). (Nach BVBK, 1882/83).

54) (BVBK 1886/87). Das Unternehmen der Gebrüder Naglo bestand seit 1872. Es war die Gründung eines ehemaligen Mitarbeiters von S.&H. Zum Entstehen solcher jüngerer Konkurrenzgründungen: Czada, Elektroindustrie, S. 106-111.

55) 1886/87 steigt die Zahl der Maschinenbau-, Metallwaren- und Eisen-gießereifirmen um 10. Bis 1892 folgen weitere zehn Firmen. (BVBK 1886/87, 1890/91, 1892/93). In der Elektrotechnik traten bei: 1887 "W. Fischenbach, Fabrik für telegraphische und Gasapparate"; 1889 "Elektrotechnisches Institut Gebrüder Seiffert" und "Georg Wehr, Telegraphenbau- und elektrotechnische Anstalt"; 1890 kam neben der "Mix & Genest-AG" die Fa. "Ritzmann & Maass, mechanische und elektrotechnische Fabrik" zum VBKI. (Ebda., 1887/88, 1889/90, 1890/91).

handelt es sich bei der Elektrotechnik zumeist noch um Unternehmen bescheidener Dimension.⁵⁶ Bedeutendere Firmen folgen an der Schwelle der 1890er Jahre. So treten 1890/91 Mix & Genest, und ein Jahr darauf die AEG dem Verein bei.⁵⁷

Die AEG delegierte dazu mit Emil Rathenau und den Direktoren Felix Deutsch⁵⁸ und Paul Mamroth⁵⁹ ihre Führungsspitze in den VBKI und verstärkte diese Gruppe 1892/93 nochmals durch die Entsendung zweier weiterer AEG-Mitarbeiter.⁶⁰ Als 1893 Siemens & Halske mit der Nominierung Wilhelms v. Siemens zum Kandidaten des Vereins bei der Ältestenwahl in der KdK zum VBKI in engere Beziehungen traten, gehörte der AEG-Direktor Mamroth schon dem Vorstand des VBKI an,⁶¹ in dem zur gleichen Zeit an bedeutenderen Betrieben u.a. der Loewe-Konzern mit seiner Berliner Waffenfertigung⁶² und die "Deutsche Gasglühlicht-AG" vertreten waren.

56) Kennzeichnend die Bezeichnungen "Institut" oder "Anstalt".

57) Mix & Genest, gegründet 1879 von einem Kaufmann und einem Techniker, firmierten zunächst als "Telephon-, Telegraphen- und Blitzableiter-Fabrik". Umgründung zur AG. 1889. ("75 Jahre Mix & Genest", Berlin 1964, S. 7).

58) Felix Deutsch (1858-1928) hatte eine Bankausbildung durchlaufen, ehe er 1883 nach der Gründung der "Deutschen Edison-Gesellschaft" (EDG) als Vorläuferin der AEG dort eintrat. Die firmenoffizielle Jubiläumsschrift der AEG nennt Felix Deutsch und Paul Mamroth zutreffend die "beiden ersten Mitarbeiter Emil Rathenaus". Deutsch nahm nach dem Tode Emil Rathenaus 1915 dessen Position als Vorsitzender des AEG-Direktoriums ein. Vgl. Hermann Bücher, "Felix Deutsch" in: Deutsches Biographisches Jahrbuch und Nekrolog, Bd. X., 1928, Stuttgart/Berlin 1931, S. 39-42; "50 Jahre AEG", S. 45 f., 70 f., 195; Kaznelson, Juden im deutschen Kulturbereich, S. 773 f. Zur gesellschaftlichen und politischen Stellung des "Hauses Deutsch" in der Weimarer Republik: Helmut Weidmüller, Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik, phil. Diss. FU Berlin, Berlin 1956, S. 70.

59) Paul Mamroth (geb. 1859), wie Felix Deutsch gelernter Bankkaufmann, trat etwa gleichzeitig mit diesem in die DEG ein. 1915 wurde er stellvertretender Vorsitzender des AEG-Direktoriums. Zu den Etappen seiner Karriere in der AEG vgl. Kaznelson, a.a.O., S. 714 f.; "50 Jahre AEG", S. 78, 195; Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. II., S. 1184.

60) Der AEG-Direktor P. Jordan und der Oberingenieur E. Heller. 1892 traten außerdem die Firmen "Hammacher & Paetzold Telegraphenbauanstalt" und "Schölke, Brandholt & Co., Elektrische und Gaslampenfabrik" in den VBKI ein (BVBK 1891/92, 1892/93).

61) BVBK 1892/93.

62) Vertreten durch Direktor Alex. Riese, seit 1883 und bis 1893 Vorstandsmitglied des VBKI. (BVBK 1892/93).

Wie zu Beginn der 1880er Jahre bei der Anteilnahme der Berliner Hochfinanz und der Kommissionäre des örtlichen Produkten- und Effektenhandels, so war auch jetzt die Massierung des Interesses der Berliner Elektrogroßfirmen am VBKI nichts Zufälliges. In beiden Fällen zeigt sich ein Engagement, das stark vom wechselnden Kurs der deutschen Handels-, Bank- und Börsenpolitik geprägt wurde und das im einzelnen Rückschlüsse auf die politische und insbesondere handelspolitische Orientierung bei Finanz und Industrie zuläßt.

Mitgliedsstand und Mitgliederstruktur als
Parameter der Handels-, Bank- und Börsen-
politik am Bankplatz Berlin.

Der Zulauf zum VBKI und die Koalitionsbildungen, die hier - über alle zeitweiligen Anfeindungen hinweg - immer wieder zwischen KdK und Banken einerseits, und Vertretern einer sich bisweilen sehr börsenfeindlich gebenden Gruppierung andererseits zustande kamen, spiegeln insbesondere Entwicklungen am "Bankplatz Berlin" (H. Weber) und um die Berliner Börse wieder, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts neben der Londoner zur bedeutendsten europäischen Börse aufstieg und damit dem militärisch-politischen Sieg kleindeutscher Politik eine finanziell-ökonomische Entsprechung verleiht: die der Hegemonie über die älteren Finanz- und Börsenzentren in Frankfurt am Main und Wien.⁶³

In diesem Kontext sprach es für das politische Urteilsvermögen des nüchternen Anwalts der Berliner Aktienbanken, daß Georg Siemens, anders als Adalbert Delbrück, sein Berufs- und Institutskollege in der "Deutschen

63) Melchior Polyi und Paul Quittner, Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. I., Frankfurt/M. 1957, S. 293, 298; Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Bln. 1921, S. 489 (=Entwicklung des Berliner Effektenmarktes 1870-1910 nach Daten der KdK); Hans Weber, Bankplatz Berlin, S. 156-160; im Sinne der zeitgenössischen Agitation gegen die staatliche Börsengesetzgebung der Jahre 1896 folgende: Fritz A. Wiemer, Die Börse. Eine Studie über die Entwicklung des Rechts und der Verfassung der deutschen, insbesondere der Berliner Börse und der hauptsächlichsten Börsen des Auslandes, Berlin 1905, S. 278 ff.; Georg Bus, Berliner Börse von 1863-1913 - Zum 50. Gedenktag der ersten Versammlung im neuen Haus, Berlin 1913, passim., vgl. auch Literaturangaben oben, S. 156 f., Anm. 218.

Bank",⁶⁴ offenbar schon 1878/79 in der Opposition der "Kaufleute und Industriellen" mehr sah als ein rasch abqualifizierbares Aufbegehren marginaler Gruppen im gewerblichen Mittelstand und aus der organisatorisch verfestigten Existenz des VBKI bald weitergehende Schlüsse zog als Delbrück und die Mehrheit des ÄC der KdK, die die lästige Konkurrenz konträrer Interessen 1878/79 noch mit ätzender Rhetorik und Geschäftsordnungsprozeduren abgewehrt hatten.

Für Georg Siemens war charakteristisch, daß er als umsichtig taktierenden Pragmatiker des Berliner Linksliberalismus⁶⁵ angesichts paralysieren-

- 64) Zu dem nicht spannungsfreien Verhältnis der beiden Bankiers: Helfferich, Georg v. Siemens, I., S. 317-330. Adalbert Delbrück, Mitinhaber des Bankgeschäfts von "Delbrück, Leo & Co.", und Hauptinitiator bei der Gründung der "Deutschen Bank", leitete 1871-1889 den 24köpfigen Verwaltungsrat der "Deutschen Bank", der gegenüber der Direktion der "Deutschen Bank", in der Georg Siemens von 1871-1900 vertreten war, umfassende Befugnisse besaß. Der Verwaltungsrat, vornehmlich Organ der die Bank begründenden privaten Geldinstitute, widersetzte sich mehrfach dem von Georg Siemens befürworteten expansiven Kurs der "Deutschen Bank". Das betraf auch das von Georg Siemens sehr früh favorisierte Depositengeschäft, das der "Deutschen Bank" mittelbar das Publikum für die Aktivität im Effekten- und Gründungsgeschäft zuführte; damit griff die "Deutsche Bank" aber in die Geschäftsbereiche ein, auf denen ihr die Konkurrenz der eigenen Gründerbanken be gegnen mußte. Helfferich, a.a.O., I., 311 ff.; fehlerhaft: Seidenzahl, "100 Jahre Deutsche Bank", S. 423: Delbrück als "Vorsitzender des AR." der "Deutschen Bank".
- 65) Georg Siemens (geadelt 1900), (1839-1901), ein Vetter von Werner Siemens und zeitweilig - so für die indoeuropäische Telegraphenlinie - für S.&H. unmittelbar geschäftlich tätig, kam wie Werner Siemens von der preußischen Fortschrittspartei; machte freilich viel früher als Werner seinen Frieden mit Bismarck; gehörte für die Nationalliberalen ab 1873 dem Reichstag an; tritt später zur "Sezession" über und wird Mitinitiator der "Liberalen Vereinigung". Um die Jahrhundertwende übernimmt Siemens den Vorsitz im Handelsvertragsverein. Kennzeichnend für die sehr nüchterne, Politik und geschäftliche Interessen aus der Überzeugung der partiellen Identität beider Belange vereinende Position schon die frühe Korrespondenz: Helfferich, a.a.O., I., S. 34 u. 46: Briefe vom 8.IX.1859 an Rudolf Siemens und vom 28.IV.1866 an seinen Vater: "Warum soll man, wenn man auch das Junkerland glühend haßt, sich seine guten Seiten verhehlen?" Dem Vater schreibt er: "Seit wir ... durch den... französischen Handelsvertrag unsere ganze Handelspolitik verändert haben, ... sind wir in das westeuropäische System übergegangen und bilden ein Land mit Frankreich, England und

der Kontroversen im "Deutschen Handelstag" dort zur Mitte der 1880er Jahre den Rat gab, unzufriedene Protektionisten durch personalpolitische Konzessionen in der Führung des Handelstages zur Ruhe zu weisen.⁶⁶

Im Verhältnis zum VBKI scheint er mit Erfolg für eine ähnliche Lösung plädiert zu haben. Darauf verweist sein eigener und der Eintritt zahlreicher anderer, der "Deutschen Bank" befreundeter Geldinstitute in den VBKI im Jahre 1883⁶⁷ sowie der Umstand, daß sich Siemens 1882/83 in eigener Person in die Meinungsbildung beim "Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" einschaltete.

Als sich in der Reichspolitik immer fühlbarer Ansätze zu einer restriktiven Börsengesetzgebung abzeichneten und das Stempelsteuergesetz von 1881 neben fiskalischen auch die Absicht andeutete, mobiles Kapital, Kapitalverkehr und Börsenwesen aus anderen als steuerlichen Gründen zu belasten,⁶⁸ war sich Siemens als Großbankier nicht zuschade, in Versammlungen der "Kaufleute und Industriellen" vor Détailhändlern, Handwerkern und Kleinindustriellen für die Börse zu werben, bzw. Nutzen und Notwendigkeit des Terminhandels in Wertpapieren und Waren diesem Publikum so

Anmerkungsübertrag, Anm. 65, S. 245.

Belgien. Wollen wir diesen Konkurrenten gegenüber... nicht in den Rang von Kolonien [uns] zurückdrängen lassen... reiner Ackerbaustaat werden... geradezu ausplündern lassen, dann müssen wir Schleswig-Holstein haben... ohne Schleswig-Holstein und namentlich Hamburg ist unsere Industrie ruiniert. Ackerbau und Sklaverei gehen immer Hand in Hand, wie man in den amerikanischen Südstaaten und Rußland sehen kann. Freiheit ist nur in Industrie- (nicht Handels-) staaten möglich!" Zur politischen Karriere: Helfferich, a.a.O., II., S. 159-180; Theodor Barth, "Georg von Siemens", in: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog, Bd. V., 1901, Bln. 1904, S. 63 ff.

66) Auf der Zusammenkunft des Ausschusses des "Deutschen Handelstages" am 7.X.1885. ("Der Deutsche Handelstag 1861-1911", Bd. I., Bln. 1911, S. 84).

67) Siehe oben, S. 238 ff.

68) Reichsstempelsteuergesetz vom 1.VII.1881 (RGBl. 193), bereits 1885 erstmalig novelliert; R. Kloss, Art. "Börsenumsatzsteuer", in: HdSt., 4. Auflage, Bd. II., S. 1031-1035.

zu erläutern, wie Siemens sie verstand.⁶⁹ Er nahm auf diese Weise den Verein ernst, und das wurde beim VBKI begrüßt.⁷⁰

Der VBKI zwischen Opposition und Anpassung
an den Kurs des ÄC (1880 - 1893)

In der Kaufmannschaft verhielt man sich inzwischen ähnlich. Bemerkbar machte sich das u.a. in der Aufwertung jener formalen Konzessionen, die der VBKI 1878/79 gegen den Widerstand des ÄC hatte durchsetzen können. Aus dem so farblosen "Ausschuß für gewerbliche Angelegenheiten" wurde dergestalt zwar kein real einflußreiches, beratendes Organ des ÄC, wohl aber eine Vorwahlkörperschaft mit dem Recht zur Präsentation eigener Kandidaten für die alljährlichen Ergänzungswahlen zum ÄC der KdK.⁷¹ In diese Befugnis teilte sich der Ausschuß mit Gremien der Berliner Effekten- und Warenbörse.⁷² Die Gefahr einer Majorisierung der Vorschläge des Ausschusses blieb daher auch stets bestehen;⁷³ doch war es dem VBKI immerhin möglich, über den Ausschuß eigene Kandidaten bei den Wahlen zum ÄC durchzubringen.⁷⁴

Als weiteren "erfreulichen Fortschritt" ließ der VBKI gelten, daß die Ältesten bereit waren, mit der Kreierung mehrerer "ständiger Deputationen" Belange des Détailhandels in der Korporation besser als bisher zu berücksichtigen. Man sah damit eigene Anregungen realisiert.⁷⁵

69) Helfferich, Georg von Siemens, Bd. III., S. 170 f. Der Vortrag von Georg Siemens über "Die Natur und den Wert des Differenzgeschäfts" wurde auch im Druck verbreitet (1883).

70) BVBK., 1883/84, S. 6.

71) Belegt für die 1880er Jahre. Vgl. u.a. BVBK 1883/84, S. 6.

72) Der "Verein für die Interessen der Fondsbörse" und der "Verein der Berliner Getreide- und Produktenhändler" ernannten wie auch der "Ausschuß" jährlich je 3 Mitglieder, die gemeinschaftlich über die Kandidatenliste zu befinden hatten (Ebda.).

73) Beispiele: BVBK. 1887/88, S. 4; BVBK. 1888/89, S. 4.

74) So BVBK. 1882/83, S. 6 f. und mehrfach bis 1886: einstimmige Annahme der von dem Ausschuß präsentierten Kandidaten durch die übrigen 6 Vertreter der Wahlvorbereitungskommission.

75) BVBK. 1882/83, S. 3: Errichtung ständiger Deputationen für die Wolle-, Holz- und Textilbranche.

Die Einstellungsänderung war auf Seiten der KdK nicht uneigennützig. Sie fing mit der Konzilianz von Teilkonzessionen eine Opposition auf, die anders schlecht zu umgehen, abzuweisen oder zu integrieren war und eröffnete dem Berliner Ältestenkollegium die Möglichkeit, den VBKI allmählich auch als organisatorischen Mittelpunkt oppositioneller Strebungen in der Korporation ganz zu beseitigen; denn die Teilhabe an Kompetenzen und Politik des ÄC versprach Ein- und Unterordnung in diese, von den ehemaligen Opponenten nun - wenn auch begrenzt - "mitbestimmte" Politik, verschmolz die alte Opposition mit ihr und ließ so bald die Existenz des "Vereins" selbst als faktisch überflüssig erscheinen. Die Anpassung zwischen KdK und "Verein" hatte diesen Punkt um 1886 erreicht, als man im Jahresbericht des VBKI erklärte:

"Wohl hat der Verein bei seiner Gründung ... in gewissem Sinne einen Kampf aufzunehmen gehabt gegen das Übergewicht, welches einem bestimmten Kreise von Kaufleuten bis dahin in ... dem Ältesten-Collegium... eingeräumt war. Allein, das, was damals der Verein fordern mußte, hat er erreicht. Sowohl in der Zusammensetzung des ÄC. wie durch Einrichtung der gewerblichen Sachverständigen-Commission ist bereits seit Jahr und Tag den berechtigten Forderungen der Industrie und des Warenhandels... mehr Genüge geschehen. Von dem früheren Übergewicht der Börseninteressen, insbesondere des Bankgeschäfts, ist nicht mehr die Rede.

Darf der Verein mit Genugtuung auf dieses Resultat zurückblicken, so hat er andererseits auch stets die Interessen des Bankgeschäfts, wo immer es nötig war, mit demselben Nachdruck vertreten, wie diejenigen des Warenhandels und der Industrie."⁷⁶

Die harmonische Abstimmung, der Interessenausgleich zwischen Börse, Warenhandel und Industrie, die dieses Dokument suggeriert, waren indessen in der KdK, wenn je, dann nicht auf Dauer gegeben.

Zu dieser Feststellung fand man auch bald beim VBKI zurück. Ernüchtert hatte er bis zum Beginn der 1890er Jahre zu konstatieren, daß die nur in der Verwaltungspraxis der "Behörde" des ÄC geübten, nicht aber statutarisch verankerten "Reformmaßnahmen" in der Organisationswirklichkeit

76) BVBK 1886/87, S. 1.

der Korporation keine beständige Realität gewannen.⁷⁷

Als Kandidatenwünsche des VBKI bei den Ergänzungswahlen zum ÄC 1887 unberücksichtigt blieben, entsannen sich die Wahldeputierten des Vereins wieder einer der Grundforderungen der "Kaufleute und Industriellen" von 1879, des Petitums, Verhandlungen öffentlich zu führen und beantragten, wenngleich ohne Erfolg, die "Berufung einer Vorwahlversammlung" der KdK.⁷⁸ Da auch im Folgejahr ein entsprechender Antrag scheiterte, ging der Verein weiter und richtete 1888 zur Vorbereitung der Wahlen zum ÄC erstmals selbständig eine öffentliche Versammlung aus.⁷⁹

Die Sprache der Versamlungsreden und der Tenor der verabschiedeten Resolutionen wurden nun wieder härter und kritischer.⁸⁰ 1889 fiel dann bereits seitens des ÄC jeglicher Versuch aus, mit dem VBKI über die Ersatz-

77) Hinweis auf diese Grundgegebenheit der "Reformkonzessionen" des ÄC in der Eingabe des VBKI an das ÄC vom 25.IX.1893. (SAA 4/Lc 742, Älteste der Kaufmannschaft von Berlin).

78) BVBK 1887/88, S. 4.

79) BVBK 1888/89, S. 4, am 28.XI.1888.

80) Ebd., S. 4; BVBK 1888/89, S. 6: Versamlungen am 4.XII.1889. Vom VBKI wurden dabei vorgeschlagen und später gewählt: Die Bankiers Wilhelm Herz, Hugo Landau und Edmund Helfft, sowie der Getreidehändler Siegfried Sobernheim; die Industriellen Kühnemann und Behrens, sowie der Vertreter des oberschlesischen Kohलगroßhandels, Mitbegründer der Oberschlesischen Kohlenkonvention, Gruben-, Gaswerks- und Reedereibesitzer Eduard Arnold, Mitglied des AR. der Dresdner Bank. Unter den Bankiers standen Herz und Landau der "Deutschen Bank", bzw. der "Nationalbank für Deutschland" nahe; Edmund Helfft (Fa. N. Helfft & Co.) gehörte der Leitung der Fondsbörse an. Ernst Behrens und Kühnemann sprachen für Firmen der Berliner Metallindustrie (Fa. Mehliß & Behrens, bzw. Rössemann & Kühnemann). Vgl. Wilhelm Treue, "100 Jahre Caesar Wollheim", S. 23-28, 43, 44, 77; Kaznelson, Juden im deutschen Kulturbereich, S. 728 f. Zu der Vorwahlversammlung des VBKI von 1888 heißt es im Jahresbericht: ihr zahlreicher Besuch sei Beweis genug dafür gewesen, "wie sehr eine Vorbesprechung der Korporationsmitglieder ihren Wünschen entspricht". Auf der Vorwahlversammlung von 1890 spricht "die Versammlung in der angenommenen Resolution, HMB,⁷ ihren Wunsch aus, die Herren Ältesten ... möchten ihre Aufgaben u.a. darin erkennen, und die Gelegenheit, welche ihnen dazu im VBKI geboten ist, benutzen, Fühlung zu nehmen mit ihren Wählern und Mandanten, einen Meinungs austausch anzustreben, ... sowie auch in den dort gepflogenen Diskussionen Wünsche entgegenzunehmen". (BVBK 1888/89, S. 6; BVBK 1890/91, S. 6).

wählen zum Kollegium auch nur zu sprechen.⁸¹ Zulassung und Verweigerung solcher Wahlvorbereitungen wurden damit zu einem sicheren Indiz und Parameter, an dem sich während der ganzen 1890er Jahre der Stand der Beziehungen zwischen Verein und Korporation ablesen ließ.⁸²

Angesichts der Verschlechterung dieser Beziehungen zogen die "Kaufleute und Industriellen" 1893 eine erste gründlichere Zwischenbilanz. Ihr Ergebnis, die Eingabe des VBKI an die Ältesten der Kaufmannschaft vom 25. September 1893, wurde ein für die Führung der Korporation bedrückendes und potentiell auch sehr gefährliches Dokument;⁸³ denn hier waren aus intimer Kenntnis der Verwaltungspraxis des ÄC Fakten aufgereiht, die dem Selbstverständnis und der öffentlichen Darstellung der Arbeit der Ältesten stark widersprachen.

In der Eingabe, die außer vom VBKI noch von fünf weiteren überregionalen und 9 Berliner Wirtschaftsvereinen unterzeichnet war,⁸⁴ wird daran erinnert, daß "zahlreiche und gewichtige Stimmen" des gewerblichen Berlin in den vergangenen 40 Jahren mehrfach, jedoch stets folgenlos, die außerordentlich geringe Repräsentativität der KdK bemängeln konnten; daß dieser Mißstand u.a. in der unzureichenden fachlichen Besetzung und Kompetenz des ÄC zum Ausdruck komme und daß infolgedessen ganze Industriezweige, "das Exportgeschäft, der Groß- und Kleinhandel" ... der Korporation teilnahmslos gegenüber ständen.⁸⁵ An der hergebrachten und vielfach bemängelten Dominanz der Börse habe sich ebenso kaum etwas geändert:

"Von den ca. 13.000 registrierten Kaufleuten Berlins waren am 1. Januar d.l.J. nur 2.333 korporiert und von diesen gehörten 5/10 der Börse an".⁸⁶

82) Zugestanden 1898, von Seiten des VBKI nicht mehr wahrgenommen 1899 und 1900. (BVBK 1898/99, S. 88; BVBK 1900, S. 607.).

83) SAA 4/Lc 742, Älteste der Kaufmannschaft von Berlin.

84) Überregionale Verbände der Papierindustrie, der Schirm-, Hut- und Schuhwarenfabrikation sowie der Verein "'Zonentarif' für Eisenbahnreform", Berliner Vereine des Eisen- und Kolonialwarenhandels (3), des Lederhandels (1), der Spediteure (1), der Wäsche- und Damenmantelkonfektion (2), sowie der Verein Berliner Kistenfabrikanten.

85) SAA 4/Lc 742, Eingabe vom 25.IX.1893.

86) Ebda.

In ironischer Anspielung auf die Vertröstungen, mit denen das ÄC vor über 10 Jahren Verhandlungen mit dem "Verein" beendet hatte,⁸⁷ präsentierten nun die Petenten des Jahres 1893 die bisher uneingelöst gebliebenen Forderungen und verlangten dringlich im Sinne des früheren Verhandlungskatalogs:

- die Aufhebung des Eintrittsgeldes bei der Korporation;
- die grundsätzliche Öffentlichkeit der Verhandlungen des ÄC;
- die Verdoppelung der Mandate im ÄC von 21 auf 42, sowie
- die Änderung der Wahlprozedur zum ÄC der Kaufmannschaft.⁸⁸

Daß dieses Programm mit dem Hinweis eingeleitet wurde, der VBKI und die mitunterzeichneten Organisationen verzichteten u.a. "aus einem Gefühl der Pietät für das altherwürdige Institut" der KdK darauf, direkt auf die Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer anzutragen, sprach deutlich dafür, daß diese Verbündeten weitergehen würden, sobald sich das ÄC auch im vorliegenden Falle erneut in den hinhaltenden Widerstand nur widerruflich gewährter Teilkonzessionen zu flüchten suche. Die Versicherung, man handle nicht aus "Neigung zur Opposition" und "Vorliebe für agitatorisches Wesen" liege den Vereinen ferne,⁸⁹ änderte daran nichts.

Für den VBKI war eine Phase geduldiger Ansätze zur Kooperation zu Ende gegangen. Sie wurde, nicht aus "Neigung zur Opposition", sondern aus Erfahrung im Umgang mit den Ältesten abgelöst von eigenständiger und schließlich nicht mehr integrierbarer Opposition, der es bis zur Jahrhundertwende gelingen sollte, ihre Ziele durch die Errichtung der Handelskammer zu Berlin zu erreichen.

Auf dem Wege zur "Freien Handels- und Gewer- bekammer Berlin" (1893 - 1900)

Revirement in der Leitung des VBKI

Ein augenfälliges Charakteristikum der neuen Strategie des VBKI bildete in den 1890er Jahren das gemeinsame Vorgehen verbündeter Organisationen,

87) Es wurde daran erinnert, daß sich die Ältesten bei den Verhandlungen von 1883 grundsätzlich bereit erklärt hatten, öffentlich zu tagen, daß man dafür aber Umbauten vornehmen müsse. Der VBKI konstatierte, daß diese Arbeiten abgeschlossen seien. Ebda.,

88) Statt eines Wahlaktes, der im Börsengebäude eine ganze Woche beanspruchte, wurden Wahllokale in den Stadtvierteln und ein auf 1 Tag verkürzter Wahltermin gefordert. Ebda.

89) Ebda.

wie es bereits in der Eingabe vom September 1893 geübt wurde.

Diese Bündnispolitik entsprach den Folgerungen, die der Verein aus der stagnierenden Entwicklung des Mitgliedsstandes in den 1880er Jahren zog und die eine erneuerte Führungsspitze des VBKI durchsetzte. In der Tat hatte die Politik zuwartender Kompromißbereitschaft dem "Verein" viel von seiner ursprünglichen Anziehungskraft genommen. Die Beitrittsziffern und der Mitgliederbestand sanken zeitweilig fühlbar ab.⁹⁰ Noch 1889 nennt es der Rückblick auf das 10jährige Bestehen der Organisation "beschämend", daß man die Marge von 700 Mitgliedern offenbar nicht zu überschreiten vermöge.⁹¹ Das war begreiflich; denn mit dieser Stärke ließ sich der VBKI kaum überzeugend als das notwendige, kompensatorische Sammelbecken zahlreicher von der KdK vernachlässigter Wirtschaftszweige darstellen.

Der "Verein" stand damit vor dem, auch für die zeitgenössische bürgerliche Politik insgesamt schwer lösbaren Problem, wie ein starkes, z. T. antiliberal-mittelständisches Protestpotential auf Dauer in Programm und Organisation zu einen sei, wenn sich die integrative Angleichung an den Kurs der KdK verbat und andererseits die Bahnen einer spezifischen "Mittelstandspolitik" vermieden werden sollten, die die agrarische Bewegung, bzw. ihr nahe stehende Gruppierungen in den Städten der 1890er Jahre einschlugen.⁹²

Daß der VBKI im Bereich seiner engeren Organisationsziele für diese Fragen Lösungen anbot, machte ihn und das ihm zugeordnete Kartell wirtschaftlicher Organisationen zu einer vergleichsweise schlagkräftigen und der alten Korporation vielfach überlegenen Interessenvertretung; daß sich diese Lösungen aber bei den "Kaufleuten und Industriellen" entfalten und daß sie in der Praxis greifen konnten, lag ebensowohl an einem Wechsel in der Führung des VBKI wie an Entwicklungen in der preußisch-deutschen Innen-

90) Mitgliederstand 1886 = 764; 1888 bei 125 Austritten und 29 Neuzugängen gesunken auf 669. (BVBK 1886/87, S. 2; Ebda. 1888/89, S. 8).

91) BVBK 1889/90, S. 4.

92) Vgl. H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, S. 75 f. Puhle läßt städtische Gruppierungen weitgehend außer acht.

politik, die dem Vorgehen des Vereins erst die Resonanz verliehen, deren er bedurfte, um das "alterwürdige Institut" der KdK aus einer führenden Position in Berlin zu verdrängen und damit zugleich die Berliner Börse in ein neues Verhältnis zur Reichs- und Preußischen Politik zu bringen.

An der Spitze des Präsidiums des VBKI amtierte, unterstützt von den damals gleichfalls neu berufenen Präsidialmitgliedern Emil Jacob und L. Rummel, seit den Vereinswahlen des Winters von 1891/92 Ludwig Max Goldberger.⁹³ Nach diesem Revirement waren Präsidium und "Verein" bald in eine neue Reformkampagne eingetreten, die an Energie, Umsicht und Einfallsreichtum die Oppositionsregungen der Jahre 1878/79 weit hinter sich ließ. Die Initiative dazu kam häufig vom ersten Vorsitzenden des Präsidiums der "Kaufleute und Industriellen", von L.M. Goldberger.

In der Berliner Geschäfts- und Bankwelt war Goldberger nicht unbekannt. Als Leiter der Privatbank von J.T. Goldberger hatte er sich, wie die meisten seiner Berliner Berufskollegen, nach 1870 mit wechselndem Geschick und Erfolg auch in der Bankbranche als "Gründer" versucht,⁹⁴ hatte sich u.a. an der Etablierung der "Dresdner Bank-AG." beteiligt⁹⁵ und war end-

93) BVBK 1891/92; Emil Jacob vertrat die Berliner Speditionsfirma Jacob & Valentin; L. Rummel wird als Versicherungsdirektor ausgewiesen (BVBK 1890/91, S. 13.).

94) Beteiligt an der Gründung der "Berliner Wechslerbank" 1871, die 1874 von der "Deutschen Union-Bank" liquidiert wurde. Die "Berliner Wechslerbank" war in den Worten Hermann Münchs "das allerdings besonders krasse Beispiel für eine betrügerische Bankpolitik in den Gründerjahren. J.T. Goldberger beteiligten sich auch an der Etablierung der "Berliner Produkten- und Handelsbank" 1871; das Institut mußte 1873 sein Kapital herabsetzen, existierte allerdings noch 1877. (Vgl. Hermann Münch, Adolph von Hansemann, München 1932, S. 124 f.; Seidenzahl, "100 Jahre Deutsche Bank", S. 31 f.); in dem stark apologetischen Sammelwerk Kaznelsons, Juden im Deutschen Kulturbereich, S. 794 f. werden diese Fakten nicht erwähnt.

95) Kaznelson, a.a.O., S. 794; Dresdner Bank (hrsg.), "Chiffren einer Epoche - 100 Jahre / 100 Kontraste - Dresdner Bank 1872-1972, Frankfurt/M. 1972, S. 296.

lich, im Unglück vereint mit der Berliner Bankfirma von Born & Busse, an Finanzspekulationen im schweizer, bzw. italienischen Eisenbahnbau gescheitert.⁹⁶ Goldberger war nach diesem geschäftlichen Mißerfolg konsequent genug, seine Bankierskarriere aufzugeben, und er begann die Amtsführung bei den "Kaufleuten und Industriellen" in dieser Hinsicht als ungebundener Mann.⁹⁷

Bei seinem beruflichen Hintergrund konnte er, fachlich kompetent und gestützt auf Behörden- und Industriekontakte, über die er als ehemaliger Financier verfügte, Auseinandersetzungen beginnen, die ihn, wie jeden Initiator unbequemer Reformen in der KdK, zugleich notwendig mit dem Gewicht und dem Einfluß einzelner Bank- und Börsenfraktionen konfrontierten. Zu den Voraussetzungen, die Goldberger in dem Disput mit den Ältesten und Teilen der Berliner Finanz zusätzlich einbrachte, zählten aber auch zusätzlich politische und gesellschaftliche Verbindungen, die im Berlin der 1890er Jahre die Arbeit der "Kaufleute und Industriellen" wesentlich erleichterten.

Mit Carl Fürstenberg von der "Berliner-Handelsgesellschaft", mit Max Steinthal von der "Deutschen Bank" und mit Georg Salomonsohn (Solmssen) von der Disconto-Gesellschaft zählte Goldberger zu einer Gruppe jüdischer Bankiers, die 1879 als Vertreter der "Schutzzollfraktion der Liberalen" (Toury) galten und späterhin die Linksprofilierungen im Berliner Liberalismus nicht nachvollzogen.⁹⁸ Goldberger fühlte sich als Nationallibe-

96) Bei Kaznelson, a.a.O., S. 794 "geschönt"; zu den Fakten: "Die Berliner Handelsgesellschaft in einem Jahrhundert Deutscher Wirtschaft", S. 102, 104. U.a. Ankauf von schweizer Bankaktien in der Erwartung einer - dann ausbleibenden - Verstaatlichung. Die zusammen mit Born & Busse gegründete "Internationale Bank" wird in der Folge mittelbar von der "Berliner Handelsgesellschaft" aufgenommen.

97) Kaznelson, a.a.O.

98) Jacob Toury, Die politische Orientierung der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966, S. 178 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 15).

raler.⁹⁹ Er gehörte zeitweilig sogar dem Zentralvorstand der national-liberalen Partei an¹⁰⁰ und hatte, wie es die zeitgenössische antisemitistische Rhetorik für die Berliner Verhältnisse formulierte, als Angehöriger des "Neuen Adels Wilhelms II." ähnlich wie Carl Fürstenberg, Eduard Arnhold, James Simon und Emil und Walther Rathenau direkten Zugang zum Hof.¹⁰¹

Mit der Berufung Goldbergers verstärkte sich so die Position des VBKI nicht unwesentlich; sie ließ sich weiter verbessern, wenn der "Verein" es verstand, diese Vorgabe auch offensiv zu nutzen. Darin zeigten sich nun die "Kaufleute und Industriellen" besonders souverän. Das bezeugt zunächst ihr Vorgehen bei der Umorganisation und Erweiterung des Vereins.

Ausweitung der organisatorischen Basis

Das Vereinspräsidium war unter Goldbergers Leitung entschlossen, möglichst schnell und wirkungsvoll aus dem Wachstumsghetto der 1880er Jahre auszuweichen. Angeregt durch einen Hinweis aus der Berliner Textilindustrie, trat daher der Vorstand bereits 1891 mit einem Dutzend lokaler und überörtlicher, in Berlin ansässiger wirtschaftlicher Organisationen zur Beratung darüber zusammen, wie man unter Schonung der Eigenständigkeit der Vereine eine Allianz errichten könne, die dem gemeinsamen Bemühen zur Reformierung der Korporation der Kaufmannschaft eine geeignete Plattform verschaffen, dem VBKI aber zugleich eine locker koordinierbare Verbandshausmacht zuordnen sollte.¹⁰²

99) Toury, Die Orientierung, S. 240; vgl. dazu die Eintragung bei Hermann A.L. Degener, Wer ist's? 5. Ausgabe, Leipzig 1911, S. 473.

100) Toury, a.a.O., S. 240, belegt für 1908.

101) Ebda., S. 239 f.

102) Antrag des "Verbands deutscher Schirmfabrikanten und verwandter Branchen" auf "Begründung eines Kartellverbands hiesiger kaufmännischer und industrieller Verbände" vom VBKI angenommen in der Vorstandssitzung vom 24.X.1891. Erster Bericht über den Verhandlungsstand mit 12 Vereinen am 20.IV.1892. (BVBK 1891/92, S. 8). "Es ... kann sich nicht darum handeln, den einzelnen Vereinen ihre Selbständigkeit ... zu nehmen ... Vielmehr gilt es, ihre praktische Nützlichkeit dadurch

Als sich bei den Beratungen im Folgejahr erste Ergebnisse abzeichneten, glaubte man beim "Verein" bereits, "daß auf diese Weise, ohne sein [des VBKI, HMB.] Zutun", eine Körperschaft entstanden sei, "die die Tätigkeit des Ältestenkollegiums ergänzen, mithin als eine freie Handels- und Gewerbekammer funktionieren" werde.¹⁰³ Indessen brauchte es ein weiteres Jahr, ehe mit der Konstituierung des "Centrallausschusses hiesiger kaufmännischer und industrieller Vereine" die vorbereitenden Verhandlungen im Januar 1893 erfolgreich abgeschlossen wurden.¹⁰⁴

Im Centrallausschuß (CA) hatten sich, wie das die gemeinsame Eingabe der Vereine an das Ältestenkollegium vom 25. September 1893 dokumentiert,¹⁰⁵ fürs erste 14, in Struktur, Branche und daher auch: Interessenlage unterschiedliche Gruppierungen zu einem Zweckbündnis geeint, das durch das gemeinsame Ziel der Reformierung der Korporation zusammengehalten wurde und im Verlauf der 1890er Jahre allmählich auf über 40 Verbandsvereine anwuchs.

Der CA führte damit bis zur Jahrhundertwende dem VBKI mittelbar ein zu-

Anmerkungsübertrag, Anm. 102, S. 255.

zu steigern, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Bestrebungen zur Erreichung eines bestimmten Zieles ... zu vereinen". (BVBK 1892/93, S. 4).

103) Bericht des Präsidialmitglieds des VBKI, L. Rummel, vom 20.IV.1892. (BVBK 1891/92, S. 8). [Sperrung = HMB.]

104) Vertagung der Gründung im Mai 1892 auf "Herbst 1892". Definitive Begründung am 30.I.1893. (BVBK 1891/92, S. 8; BVBK 1892/93, S. 3 f., 11).

105) SAA 4/Lc 742, vgl. oben, S. 250 f. Angeschlossen hatten sich: der "Verein der deutschen Hutindustrie", der "Verband deutscher Schirmfabrikanten", der "Deutsche Papierverein", der "Verein für Eisenbahnreform - 'Zonentarif'"; aus Berlin waren vertreten: der VBKI, die "Gesellschaft Berliner Wäschefabrikanten", die "Vereinigung Berliner Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten", der "Verein der Kolonialwarenhändler im Norden von Berlin", der "Verein Berliner Eisenwarenhändler", der "Verein Berliner Kistenfabrikanten", der "Verein Berliner Agenten" und der "Lokalverein Berliner Spediture".

sätzliches Organisationspotential von ca. 6.000 Mitgliedern zu.¹⁰⁶ Einige Jahre später, 1903, meldete der Ausschuß dem Reichsamt des Inneren die Gesamtstärke von 10.000 Mitgliedern in dem von ihm vertretenen Vereinsspektrum.¹⁰⁷

Gemessen an Verhältnissen der zeitgenössischen Verbandspolitik der gewerblichen Wirtschaft war das eine bemerkenswert hohe Ziffer; denn gegen Zentralisationsbestrebungen gab es bei Industrie, Handwerk und Handel, namentlich dann, wenn diese drei Bereiche insgesamt angesprochen wurden, um 1900 noch erhebliche Widerstände; selbst dort, wo es sich nur um inner-

- 106) BVBK 1901, S. 608; demgegenüber belief sich der Mitgliederstand bei der Berliner KdK zur gleichen Zeit nur auf ca. 2.300. (Sten.Ber. Hs.d.Abg. 19. LP, Bd. 1, Sp. 978, Bd. 2, Sp. 201). Der VBKI konnte zwischen 1892 und 1901 seinen Mitgliedsstand verfünffachen. Exakt stellt sich die Mitgliederbewegung in den folgenden Ziffern dar:

Mitgliedsstand (in abs. Ziffern).		Steigerungsrate zum Vorjahr (abs. Ziffern) (%)	
1892	639		
1893	939	+ 300	+ 46,95 %
1894	1396	+ 457	+ 48,83 %
1895	1529	+ 133	+ 9,53 %
1896	1575	+ 46	+ 3,01 %
1897	1634	+ 59	+ 3,75 %
1898	1702	+ 68	+ 4,16 %
1899	1861	+ 159	+ 9,34 %
1900	2095	+ 234	+ 12,57 %
1901	3244	+ 1149	+ 54,84 %

Berechnet nach BVBK 1898/99, S. 90; BVBK 1901, S. 608. Nach 1902 stagnierte der Mitgliederbestand. 1906 lag er immer noch bei 3.200 (BVBK 1906, S. 61).

- 107) Wilhelm Kulemann, Die Berufsvereine, 1. Abteilung, Bd. 3, III, Organisation der Arbeitgeber, gemeinsame Organisation, Jena 1908, S. 13 f. Kulemanns Quelle ist das vom Reichsamt des Inneren 1903 veröffentlichte "Verzeichnis der im Deutschen Reich bestehenden Vereine gewerblicher Unternehmer zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen".

örtliche oder regionale Einigungen handeln sollte.¹⁰⁸ Daß der CA bzw. der ihn dominierende VBKI diese Widerstände in Berlin auszuräumen vermochte und daß er trotz seiner offenen und uneinheitlichen Grundstruktur doch als einheitlich handelnde Gesamtorganisation auftreten konnte, lag u.a. an einer Verbandswirklichkeit, in der neben dem Statut und der Geschäftsordnung^{108a} auch die tatsächliche Praktizierung der Geschäfte für die Umsicht und verbandspolitische Beschlagenheit einer Leitung sprechen, die sich in ihrer Tätigkeit mit Erfolg auf die Durchsetzung eines populären Minimalprogrammes beschränkt.

Das gilt ebensowohl für die Gründungskonstellation des Zusammenschlusses im Jahr 1893 wie für dessen Fortentwicklung bis zur Jahrhundertwende.

Am Ende einer ersten Wachstumsphase (1898) waren, wie schon kurz erwähnt, im CA insgesamt 40 Vereine vertreten. In ihrer Zusammensetzung spiegelte

108) Symptomatisch die Schilderungen Stresemanns zum Anfang seiner Verbandskarriere beim "Bund der Industriellen" bzw. dem "Verband sächsischer Industrieller" ("Landesverband Königreich Sachsen des Bundes der Industriellen"). Die Absicht, durch den Zusammenschluß von örtlichen und Bezirks-Industriellenverbänden den "Verband sächsischer Industrieller" zu schaffen, kommentierte der Vorsitzende des Leipziger Bezirksvereins noch 1902 mit der Bemerkung: "Wenn die Dresdner [gemeint: Stresemann, HMB.] so dumm sind, diese Geschichte auf sich zu nehmen, dann wollen wir sie in Gottes Namen nicht daran hindern!" ("Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 45). Zu Recht galt damals als außerordentliche Leistung, daß es Stresemann zwischen 1902 und 1912 gelang, die Mitgliederzahl des "Verbands sächsischer Industrieller" von 180 auf ca. 5.000 zu steigern. (Ebd., S. 49). Der auf Breitenwirkung besonders bedachte "Bund der Industriellen" bemaß seine im Vergleich zum CDI niedrigen und degressiv flexiblen Beitragssätze nach der Zahl der beschäftigten Betriebsarbeiter. Mit einem Minimaljahresbeitrag von 5 Mark konnte der Bund der Industriellen daher auch noch die Handwerksbetriebe für seine Organisation gewinnen. Eine entsprechende Degression der Beitragssätze praktizierte - allerdings bei erheblich höherem Mindestsatz - auch der "Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands", der bei der Begründung des "Bundes der Industriellen" im Jahre 1895 mitgewirkt hatte. Vgl. "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 43 ff., 46; Hartmut Kaelble, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895-1914., Berlin 1967, S. 165 ff. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 27); "Die Chemische Industrie", XXV. Jgg., 1902, Nr. 17/18, S. 407, 411 ff.

108a) Vgl. dazu unten, S. 269 ff.

sich zu dieser Zeit zwar immer noch die ursprüngliche Gruppierung der 14 Gründungsorganisationen wider, doch hatte sich das Kartell unterdessen erheblich weiterverzweigt.

Unterteilt man den Zusammenschluß nach den Sektoren Industrie, Handel, Kleingewerbe, Dienstleistungen und Sondervereinigungen,¹⁰⁹ so ergibt sich für 1898 eine Gewichtung, in der industrielle Organisationen deutlich vorherrschen: von 40 entfallen mehr als zwanzig Vereine auf industrielle Gruppierungen, die vornehmlich den Sparten Textil- und Bekleidungs-, sowie der Brau-, der chemischen und der Nahrung- und Genußmittelindustrie zugehören. Einen zweiten, etwa halb so großen Block stellen Verbände des Groß- und Einzelhandels, gefolgt von der mit vier Vereinen weitaus schwächer vertretenen Kategorie der Selbständigen in Kleingewerbe, Handwerk und verwandten Unternehmen. Der Rest rekrutiert sich aus Sondervereinigungen, die sich diesem Einteilungsschema nicht unterordnen.¹¹⁰

Das politische Profil: "Dritter Weg" zwischen
CDI und "Börsenliberalismus" der KdK

Während so das Verbandsrelief der im CA vereinten Sektoren außerordentlich disparate Elemente aneinander band und nach außen eine Koalition vorstellte, die den Gastwirt neben die chemische Großindustrie und den Getreie-

109) Die Einteilung ist bewußt vereinfacht. Zu den auch bei amtlichen Erhebungen bereits vor 1914 üblichen Differenzierungen: Georg Neuhaus, "Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung im Zeitalter des Kapitalismus", in: Grundriß der Sozialpolitik, IX. Abt. 1, Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus, Tübingen 1926, S. 360-460.

110) Vgl. für sämtliche Untergruppen der Mitgliedsvereine des Centralausschusses die nebenstehende Aufstellung, S. 260, 261.

MITGLIEDER IM

"CENTRALAUSSCHUSS HIESIGER KAUFMÄNNISCHER UND INDUSTRIELLER VEREINE"

STAND 1898/99.⁺⁾

A : I n d u s t r i e l l e O r g a n i s a t i o n e n

1) Chemie, Holz, Papier, Nahrungs- und Genußmittel:

Berliner Lokalverein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie;

Deutscher Papierverein (Papierverein Berlin u. Prov. BRDBG.);

Freie Vereinigung der Holzindustriellen Berlins;

Verein ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller

(Zweigstelle Provinz Brandenburg und Berlin);

Verband der deutschen Celluloid-Industriellen;

Verein der Brauereien Berlins und Umgegend;

Bund der mittleren und kleinen Brauereien der norddeutschen

Brausteuergemeinschaft;

Freie Vereinigung der Berliner Weißbierbrauereibesitzer-
und Direktoren;

Verein der Tabakinteressenten für Berlin und Umgegend.

2) Textilien, Bekleidung, Haushalt:

Gesellschaft Berliner Wäschefabrikanten;

Verein Berliner Herren- und Knabenkonfektionsfirmen en gros;

Verein Deutscher Korsett-Industrieller;

Verein der deutschen Hutindustrie;

Verband Deutscher Schirmfabrikanten;

Verband der Berliner Schuhfabrikanten.

3) Druck, graph. Gewerbe, Verlagswesen:

Freie Vereinigung Berliner Buchdruckereibesitzer;

Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten;

Verein der Fachpresse.

4) Sonstige:

Vereinigung Berliner Blumenfabrikanten- und Grossisten;

Konvention Deutscher Fabrikanten der Büsten- und Schaufenster-
dekorationsbranche;

Freie Vereinigung der Berliner Pianofortefabrikanten und ver-
wandter Berufsgruppen;

⁺⁾ Ermittelt nach BVBK 1898/99, S. 91 f.

B : ORGANISATIONEN DES HANDELS

1) Großhandel:

Verband Deutscher Tuchgroßhändler;
Verein Berliner Petroleum-Großhändler;
Verband Berliner Kohlengroßhändler;
Verein Berliner Getreide- und Produkthändler;
Verein Berliner Lederhändler;
Verein selbständiger Darmhändler;
Vereinigung der Berliner Schmalzhändler.

2) Détailhandel:

Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche;
Vereine Berliner Kolonialwarenhändler.

3) Dienstleistungssparten im Handel:

Vereinigung Berliner Agenten für Tuch- und Webwaren;
Vereinigung Berliner Agenten.

C : ORGANISATIONEN DES HANDWERKS, DIENSTLEISTUNGEN UND ANDERE NICHT-
INDUSTRIELLE ORGANISATIONEN

Freie Vereinigung des Gold- und Silberwarengewerbes zu
Berlin;
Verein der Kunst- und Handelsgärtner Berlins und Um-
gebung;
Verein der Berliner Gasthofbesitzer;
Lokalverein der Berliner Spediteure.

D : SONDERVEREINIGUNGEN

1893er Vereinigung für internationale Messen in Berlin;
"Zonentarif"-Verein für Eisenbahnreform;
Photographischer Verein zu Berlin.

dehändler neben den Fotointeressenten postierte, waren die Sektoren für sich gesehen weitaus weniger heterogen strukturiert. Bei der Industrie etwa ist unschwer als gemeinsamer Nenner die Dominanz der "leichten", der Konsumgüter herstellenden Fabrikation auszumachen.

Diesem Profil industrieller Präsenz entsprach es, daß sich dem CA. auch der "Berliner Lokalverein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie" angeschlossen hatte.¹¹¹ Als regionale Gliederung vertrat er für Berlin verbandspolitische Positionen des großindustriellen, überregionalen "Chemischen Vereins", der sich nach einem für ihn enttäuschenden Zwischenspiel in den Reihen des "Centralverbands Deutscher Industrieller" (CDI) in den 1890er Jahren an der Aufgabe versuchte, jenseits des CDI einen unabhängigen und umfassenden Industrieverband zu schaffen, mit dem sich auf die Herausforderung der anwachsenden agrarischen Bewegung in Deutschland hätte antworten lassen können.¹¹²

111) Nach der vereinseigenen Darstellung begründet bereits vor 1880. An der Konstituierung des seit 1877 bestehenden "Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" waren die Berliner Firmen AGFA, Schering und Motard, vertreten respektive durch Dr. Martius, Dr. J. Holtz und A. Rengert, beteiligt. Dr. Martius (AGFA) gehörte von 1877 bis 1902 ununterbrochen dem Vereinsvorstand an. ("Die Chemische Industrie", XXV. Jgg., Nr. 17/18, Sept. 1902, S. 405 ff., 411, 413; C. Ungewitter, Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik, Berlin 1927, S. 1, 3, 7 f., 10).

112) Neben unterschiedlichen Positionen in der Frage der Beitragsbemessung und - infolgedessen auch - in der Stimmrechtszuteilung zur Delegiertenversammlung des CDI, scheiterte die Kooperation zwischen dem Chemischen Verein und dem CDI, dem der Verein seit 1882 angehörte, u. a. auch an Differenzen in der Beurteilung der Bismarck'schen Sozialversicherungsvorhaben und im Zusammenhang damit generell an der vom chemischen Verein mehrfach gerügten mangelhaften Informationspolitik des CDI-Direktoriums, von dessen Eigenmächtigkeit man sich Überfahren fühlte. Der Austritt wurde 1885 zuerst erwogen und erfolgte dann 1889.

(Ungewitter, Ausgewählte Kapitel..., S. 376 ff., 379 f., 448, 452 f.). Zur Planung und partiellen Realisierung einer vom CDI unabhängigen industriellen Interessenvertretung: ebda., S. 379, 382 ff.; "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 45; Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 174 f.

Für die These, daß der Chemieverein - nicht ganz uneigennützig - sowohl beim VBKI wie beim "Centrallausschuß" direkt und mittelbar wichtige Hilfsfunktionen in Berlin übernommen hatte, gibt es nun zahlreiche Indizien.

Zwar ist nach dem herangezogenen Material¹¹³ nicht mit Sicherheit zu bestimmen, ob das auch schon für die Gründungsphase des "Centrallausschusses" der Fall war,¹¹⁴ doch sind die Hinweise auf solche Dienste für die Mitte und das Ende der 1890er Jahre beweiskräftig und dicht.

In ihren programmatischen Aussagen standen sich die Gruppierungen sehr nahe. Wie der Chemieverein und die von ihm begründeten, bzw. patronisierten Organisationen des "Bundes der Industriellen"¹¹⁵ und der "Centralstelle für Vorbereitung der Handelsverträge"¹¹⁶ verfolgten auch VBKI und CA bis zur Jahrhundertwende einen stark anti-agrarischen Kurs, der sie, was für die zeitweilig sehr enge Affinität der Organisationen gleichfalls konstitutiv wurde, wiederum gemeinschaftlich in Gegensatz zu dem damals recht agrarfreundlich taktierenden "Centralverband Deutscher

-
- 113) Neben den "Verhandlungen" des CDI und der Ungewitter'schen Jubiläumsschrift konnte das Organ des Chemievereins "Die Chemische Industrie" nur für die Zeit um die Jahrhundertwende ausgewertet werden.
- 114) Nach dem Austritt des Chemievereins aus dem CDI (1889) wurde man sich bei dem Verein erst 1894/95 über alternative Modelle zu einer "Gesamtvertretung der deutschen Industrie" schlüssig. Eine mit entscheidende Denkschrift zu dieser Frage verfaßte das Berliner Vorstandsmitglied Dr. Martius (AGFA). Die Berliner Chemieindustrie stellte mit Dr. J.F. Holtz (Schering) von 1882 bis 1906 ununterbrochen den amtierenden Vorsitzenden des Chemievereins. Zur gleichen Zeit nahm der Berliner Chemieindustrielle Julius Rütgers das Amt des Schatzmeisters wahr. ("Die Chemische Industrie", XXV. Jgg., Nr. 17/18, S. 405 f., 412; Ungewitter, Chemische industrielle Politik, S. 1, 8 ff.).
- 115) Der Verein war bei der Gründung des "Bundes der Industriellen" (1895) aktiv, trat ihm später aber selbst nicht bei. ("Die Chemische Industrie", a.a.O., S. 414; Ungewitter, a.a.O., S. 379-393; "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 44 f.).
- 116) Ebd., S. 61 f. (Verwechslung der durch die Initiative des Chemievereins 1897 gegründeten "Centralstelle" mit dem im November 1900 entstehenden "Handelsvertragsverein". Vgl. Helfferich, Georg v. Siemens, Bd. III., S. 212 f.). Zu Einfluß und Position der "Centralstelle" unter den Spitzenverbänden: Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 174 ff.

Industrieller" (CDI) brachte.¹¹⁷ Darüber hinaus näherten noch einzelne personelle Querverbindungen und eine partielle Gemeinsamkeit in der Beurteilung der zeitgenössischen Sozialpolitik den Chemieverein, Teile des "Bundes der Industriellen" und VBKI, bzw. "Centralausschuß" einander an.¹¹⁸

117) Erklärungen und Resolutionen des VBKI gegen Wollzölle; Ablehnung der den Handel ausschaltenden "Ringbildung" der Spirituszentrale in der Spiritusindustrie; Resolutionen gegen die von CDI und Bund der Landwirte (BdL) zu stark bestimmten zollpolitischen Vorarbeiten des "Wirtschaftlichen Ausschusses" beim Reichsamt des Inneren zu den Bülow'schen Zolltarifen von 1902; Lob des Widerstands gegen die agrarisch inspirierte Börsenpolitik der Jahre 1896-1900. (BVBK 1898/99, S. 76; BVBK 1900, S. 9, 577, 605). Zur Frontstellung des "Bundes der Industriellen" und der "Centralstelle" gegen den CDI: Kaelble, a.a.O., S. 164-176. Der Chemieverein hatte 1897 signifikanterweise die Aufnahme in den "Deutschen Handelstag" beantragt, konnte diesen Wunsch aber nicht durchsetzen, weil er einen Präzedenzfall geschaffen hätte, den CDI-freundliche Organisationen hätten nutzen können zur Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse im Handelstag. Zum Zeichen der Entente zwischen Chemie und Handelstag wurde 1897 jedoch der Vorsitzende des Chemievereins, Holtz, in den Ausschuß des Handelstages kooptiert. Kennzeichnend für die Spannungen zwischen CDI und Chemieverein um die Jahrhundertwende war die Klage der Soda-Interessenten im Chemieverein, man habe unter Führung der exportorientierten großen Farbwerke den Kurs der Bismarck'schen Zollpolitik von 1880 aufgegeben. ("Die Chemische Industrie", XXV. Jgg., 1902, Nr. 7, S. 150; Robert Hasenclever, "Die Lage der deutschen Sodaindustrie im Jahre 1901", ebda., a.a.O., Nr. 3, S. 73 ff.). Zu den Spannungen zwischen Handelstag und CDI in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre: Kaelble, a.a.O., S. 179.

118) Der Chemieverein lehnte 1904 den Anschluß an eine "Zentralstelle" von Arbeitgeberverbänden ab. Ein solcher Schritt werde die bisher guten Arbeiterverhältnisse in der Chemie beeinträchtigen und dazu verleiten, auch "berechtigten" Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. In Berlin verweigerte der VBKI 1898 die Teilnahme an einer gemeinsamen industriellen Streikversicherung; er hielt sie in der Sache für nutzlos und urteilte, sie werde nur zu einer weiteren Stärkung der Koalitionen der Arbeiter führen. In der Berliner Chemieindustrie entstand 1906 ein lokaler Arbeitgeberverband, der aber den Anschluß an andere lokale und regionale Arbeitgeberverbände für unzulässig erklärte und sich gegen einen überregionalen Arbeitgeberverband in der Chemie aussprach. (Ungewitter, Chemisch-industrielle Politik, S. 466 ff., 469; BVBK 1898/99, S. 81 f.). Das "immerwährende" Mitglied des VBKI Dr. Max Weigert, "leitende Kraft der volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin und Vertreter des extremen Freihandels" (so Henry Axel Bueck), verkörperte im "Bund der Industriellen" einen sozialreformerisch engagierten

Die Sprache der "Kaufleute und Industriellen" war auf einigen dieser Gebiete recht deutlich. So erklärten sie in der Abwehr der Schutzzollinteressen von Schwerindustrie und Landwirtschaft:

"Die 'nationale Arbeit', die in 4,5 Milliarden Mark deutscher Ausfuhr verkörpert ist, hat für die gesamte deutsche Volkswirtschaft keine geringere Bedeutung und demgemäß geringeres Anrecht auf Schutz ... als diejenigen Zweige der deutschen Produktion, die mit Vorliebe das Schlagwort vom 'Schutz der nationalen Arbeit' für ihre Sonderinteressen in die Waagschale werfen".¹¹⁹

Nach alledem mußten der "Chemische Verein" ebenso wie der "Bund der Industriellen" und die "Centralstelle" diese Art von Gegenagitation des Centralausschusses der Berliner kaufmännischen und industriellen Vereine als wirkungsvolle Verstärkung eigener Verlautbarungen begrüßen. Es läßt sich auch nicht ausschließen, daß man hoffte, im CA eine lokale Basis für die eigene Organisation zu gewinnen. Interpretierbar ist in dieser Hinsicht zumindest das Verhalten des "Bundes der Industriellen".

Anmerkungsübertrag, Anm. 118, S. 264.

Minderheitsflügel. Weigert war Textilindustrieller (Plüschsamte, Tuche, Schals, Wollwaren) und ein prominenter Berliner Kommunalpolitiker: seit 1888 unbesoldeter Stadtrat, Leiter der statistischen Deputation, später Städtältester. Ab 1882 war er Mitglied des ÄC der KdK (Henry Axel Bueck, Der Centralverband Deutscher Industrieller, Bd. I., S. 346 f.; "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 49; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1901-1905, Teil 1, Berlin 1907, S. 3; Max Apt, 25 Jahre..., S. 47). "Immerwährendes" Mitglied beim VBKI war 1883 auch der damals bereits unter ständiger polizeilicher Observation stehende Paul Singer (Gebrüder Singer, Damenkonfektion), der 1883 sozialdemokratischer Spitzenkandidat bei den Kommunalwahlen wurde. Singer, der sich schon vor 1870 der Sozialdemokratie genähert hatte, übernahm nach 1883 die Führung der Berliner sozialdemokratischen Rathausfraktion und schied 1887 aus dem Textilhaus Singer aus. (BVBK 1883/84, S. 9. Zum politischen Werdegang Singers: Heinrich Gemkow, Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1957, S. 9 f., 16, 19, 22, 29 f. u. passim.).

119) BVBK 1900, S. 9

Während der entscheidenden Endphase der Auseinandersetzungen zwischen der Berliner Korporation der Kaufmannschaft und den "Kaufleuten und Industriellen" um die Begründung einer alternativen regionalen Interessenvertretung ergriff der "Bund" um die Jahrhundertwende massiv für den VBKI Partei. Er stellte, als der VBKI mit dem Mittel der direkten Befragung der Berliner Betriebe ein Votum für seine Politik zu erzwingen suchte,¹²⁰ diesem seine gesamte Berliner Lokalorganisation zur Verfügung¹²¹ und trug so wesentlich zum Erfolg der "Kaufleute und Industriellen" über die KdK bei: "die durch sein Büro gegangene Abstimmung sämtlicher eingetragenen Firmen Berlins führte zu der Errichtung einer Handelskammer Berlin".¹²²

Als Ergebnis läßt sich nun vorläufig zusammenfassen: der VBKI und die mit ihm verbundene Gesamtorganisation des "Centrallausschusses" betrieben unter Goldbergers Führung in den Jahren 1891 bis 1900/02¹²³ eine

- 120) Gemäß § 44 der Novelle vom 19.VIII.1897 zum preußischen Handelsgesetz vom 24.II.1870. Den Korporationen der Kaufmannschaft war hier das Recht zur Selbstumwandlung in Handelskammern eingeräumt worden. Vgl. Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin für 1902, S. 4.
- 121) Zur schwachen Präsenz des "Bundes der Industriellen" in Preußen - und folglich dem Interesse, auch in Berlin Fuß zu fassen, - vgl. Kaelble, a.a.O., S. 164.
- 122) Soziale Praxis, XV. Jgg., Nr. 10, 7.XII.1905, Sp. 254: Auszug aus einem Jubiläumsartikel des "Bundes" zu seinem 10jährigen Bestehen. Die Abstimmung fand vom 22.-24.I.1901 statt. Von 19.377 abstimmungsberechtigten Firmen beteiligten sich 10.856 (= 56,03 %); davon stimmten für die Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer 9.913 Firmen (= 91,31 %). Berechnet nach Apt, 25 Jahre..., S. 26. Neben dem VBKI und dem CA, sowie dem "Bund der Industriellen" beteiligten sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung in Berlin: der "Bund der Handel- und Gewerbetreibenden", der "Centralverband der Vereine selbständiger Gewerbetreibender" und der "Verband der Berliner Spezialgeschäfte". (Sten.Ber.Hs.d. Abg., 19. LP., Bd. 2, Sp. 2029).
- 123) Goldberger amtierte bis 1901. Die Ergebnisse einer Studienfahrt durch die USA 1901/02 veröffentlichte er unter dem Titel "Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Beobachtungen über das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten von Amerika".

offensichtlich stark anti-agrarisch bestimmte Politik, deren Breitenwirkung u.a. auf der plausiblen Vertretung von Reformvorstellungen - zunächst innerhalb und mit der KdK, später von außen und gegen sie - zur Organisationswirklichkeit in der Berliner Korporation der Kaufmannschaft beruhte; VBKI und CA gingen dabei Zweckbündnisse mit den zur gleichen Zeit in Berlin um eine eigene Verbandsklientel werbenden Organisationen des "Bundes der Industriellen", bzw. der Chemischen Großindustrie ein.

Die Resonanz, die das Vorgehen gegen die KdK in der Öffentlichkeit fand, ist darum auch nicht nur Anteilnahme an einem der vielen Konflikte um die oligarchische Honoratiorenpolitik in den Handelskammern und gewerblichen Interessenvertretungen am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Der Konflikt hat mehr als regionale Bedeutung, weil er mittelbar die Gestaltung der Mehrheiten im "Deutschen Handelstag" und die Abwehr der Strategien von CDI und "Bund der Landwirte" betraf und in diesem Zusammenhang die Gestaltung der zeitgenössischen Börsen-, Bank- und Außenhandelspolitik berührte. Damit aber zielten die Auseinandersetzungen auf wesentliche Sektoren der gesamten postliberalen Innenpolitik nach der Reichsgründungsphase der Bismarckzeit.

In diesen Kontext rückt auch das Verhalten der Berliner Elektro-Großindustrie, des Maschinenbaus, der Werke der Chemie-Industrie sowie des Groß- und Einzelhandels und der Berliner Konfektion, deren Rolle bisher nur unter dem Aspekt der Mitgliederbewegung, des Wachstums des VBKI bzw. des Centralausschusses gewürdigt wurde. In der Folge wird kurz aufzuzeigen sein, in welcher Weise sich diese Industrien, bzw. vornehmlich die Berliner Elektroindustrie in den Verlauf dieser Vorgänge einschalteten.

Neben dem politischen Stellenwert des Engagements gilt das Erkenntnisinteresse dabei auch der Frage nach der Bedeutung, die die Handelskammer, bzw. die Korporation unter den wechselnden gesellschaftlichen Konstellationen für die Vertretung politisch relevanter fachlich-industrieller Belange einnehmen konnten. Dazu wird abschließend noch über Verbandswirklichkeit in VBKI und CA, sowie über Art, Verlaufsformen und Resonanz der

von beiden in der Auseinandersetzung mit der Berliner Korporation gewählten Aktionen zu sprechen sein.

Im Vergleich zu der Verbandsmacht, die beim "Centralverband Deutscher Industrieller" oder - im regionalen Rahmen - bei der Berliner Korporation hinter den Bemühungen stand, einen Platz wie Berlin für die Ziele der protektionistischen Agitation zu erobern, bzw. für Positionen einer stärker liberal inspirierten Handelspolitik zu halten, waren die Organisationen, die der VBKI in seinem Sammelbündnis zu gruppieren vermochte, eher das Konglomerat von übrig gebliebenen, bei den großen Kampagnen um Schutzzoll und Freihandel zu wenig oder gar nicht beachteten Vereinigungen als ein fester organisatorischer Nucleus.

Zu mitgliederarm, um die Begehrlichkeit der Großen schon früher zu wecken und von zu diffuser Interessenstruktur, um aus eigenem Antrieb den Rahmen zu schaffen, der genügt hätte, um ihnen vor dem Entstehen des "Centralausschusses" die Möglichkeit zu bieten, Wünsche, Aversionen und Belange selbständig gegenüber den etablierten Interessenvertretungen und Großvereinen zu verfechten,¹²⁴ folgten sie der Initiative des VBKI und schufen diesem, was nach dem VBKI der "Bund der Industriellen" überregional in ähnlicher Weise erreichte: eine Basis, die zu einem großen Teil eine Art verbandspolitischer Nachlese darstellte.¹²⁵

Die Erfolge derartiger Koalitionen von verbandspolitischen "Habenichtsen"¹²⁶ nahmen auch hier einem Zusammenschluß, in dem der Kleinhändler neben dem Arbeitgeber der Großchemie saß,¹²⁷ das Element der Komik, das eine solche Allianz in den Augen ihrer Gegner immerhin haben konnte. Es war eine

124) Bei W. Kulemann, Die Berufsvereine, 1. Abt., 3. Bd., III., sind als numerisch beträchtlich neben dem CA und dem Chemieverein nur der "Papierverein" und der "Verein der deutschen Hutindustrie" von den Mitgliedsorganisationen des CA verzeichnet. (a.a.O., S. 14, 16, 27 ff.).

125) Zum Organisationsprinzip erhoben bei den Gründungsbemühungen zum "Bund der Industriellen". Vgl. "Die Chemische Industrie", XXV. Jgg., Sept. 1902, Nr. 17/18, S. 414.

126) Kaelble, a.a.O., S. 164.

127) Kennzeichnend für die im CA durch den Berliner Lokalverein vertretene Großchemie die Selbstdarstellung in der Jubiläumsnummer des Chemievereinsorgans: "Die Chemische Industrie", XXV. Jgg., Sept. 1902, Nr. 17/18, S. 409: "... der Verein Wahrte sich durch die Höhe seiner

Gruppierung, die unter den zeitgenössischen Verbandsbildungen dem Zug zur Politisierung der "kleinen Existenzen" und dem definitiven Eintritt auch der Masse des Kleinbürgertums in die Politik entsprach.¹²⁸

Die besondere Leistung des VBKI, bzw. des "Centrallausschusses" bestand darin, daß er dieses sehr diffuse organisatorische und politische Potential für einen Kurs zu mobilisieren verstand, der neben der häufig und zu Recht gerügten diskreditierenden Exklusivität des Berliner "Börsenliberalismus" der KdK¹²⁹ und jenseits der Politik von CDI, agrarischer Bewegung und mittelständischem "Radikalismus"¹³⁰ eine erfolgversprechende Alternative bot.

Führungspraxis im erweiterten Verbandsspektrum des VBKI

Es hieße allerdings die Wirklichkeit der Verbandspolitik am Ende des 19. Jahrhunderts zu verkennen, wollte man dem CA, bzw. dem VBKI unterstellen, sie hätten diese Leistung, wie es die Jubiläumshistoriographie des VBKI wollte, im Sinne eines demokratischen Impetus verwirklichen und auf die notwendige Disziplinierung so disparater Elemente verzichten können.¹³¹

Das geschlossene Auftreten und Handeln war auch beim CA die Folge einer sehr rigiden und straffen Führung. Wie bereits dargelegt, ging ein Teil dieser Ausrichtung auf das Konto massiver Hilfeleistungen, die der "Bund der Industriellen", bzw. der Chemieverein in die Verbandswirklichkeit von VBKI und CA einbrachten.

Anmerkungsübertrag, Anm. 127), S. 268:

Beiträge stets einen gewissen exklusiven Charakter..., der die Masse der kleinen Betriebe fernhielt ..."

128) Vgl. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, S. 121 ff.

129) So das begreifliche Echo in der agrarischen Agitation. Vgl. Correspondenz des BdL, 1897, Nr. 1, S. 1; Nr. 2, S. 4. (In der Folge zitiert: Corr. BdL.).

130) VBKI und die Mehrheit des CA erklärten sich gegen die populäre Mittelstandsforderung einer harten Besteuerung der Warenhäuser. Der "Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche" verließ daher

Nach stärker zählt hier aber die vom VBKI für Aufbau und Arbeit des CA gewählte Organisationsform, wie sie Statut und Geschäftsordnung umschreiben.

Ihre Bestimmungen klingen sehr liberal. Für die Mitgliedsvereine war ein recht vage formuliertes allgemeines Organisationsziel vorgegeben: die "Beratung von Fragen des Handels und der Industrie", die fachspezifisch gegeben seien, für die indessen "gemeinsames Vorgehen zweckmäßig erscheint".¹³² Darüber hinaus sollten die Mitglieder des CA aber weitgehend ungebunden bleiben. So stand ihnen frei, sich ad hoc oder längerfristig dem CA anzuschließen, und in kontroversen Fragen bestand kein Befassungszwang, d.h. die Majorisierung von Mitgliedern war statutarisch ausgeschlossen. Einem einheitlich und niedrig gehaltenen Beitragsfixum von 50 Mark jährlich entsprach ein einheitlich bemessenes Delegierungsrecht der Mitgliedsvereine, das jedem Verein, ungeachtet seiner Größe, einen Delegierten zum CA zugestand.¹³³

Diese Liberalität wurde aber durch die Art der beim VBKI monopolisierten Leitung, Geschäftsführung und Repräsentation des CA nach außen und innen so gut wie aufgehoben. Neben der in Personalunion mit dem Vorsitz des Präsidiums des VBKI verbundene Position des Vorsitzenden des CA reservierten Statut und Geschäftsordnung des CA die folgenden Bereiche für Delegierte bzw. Organe des VBKI: Geschäftsführung einschließlich der Vorbereitung der Sitzungen des CA und der Erstellung der Tagesordnungen, Außenkontakte, Presseerklärungen, Anstellung der Beamten und Finanzierung der durch das Büro des VBKI besorgten Arbeit und Korrespondenz des CA ausschließlich des von den Mitgliedsvereinen aufgebrauchten geringen pauschalen Kostenanteils. Anträge, die von den Mitgliedern an den CA gerichtet wurden, unterlagen vorheriger Genehmigung seitens des VBKI, der auch das Recht besaß, sich auf den Sitzungen des CA durch 2 Delegierte vertreten zu lassen.¹³⁴

Anmerkungsüberträge Anm. 130) und 131), S. 269.

1900 den CA. (BVBK 1900, S. 608).

131) Siehe oben, S. 227.

132) Satzung des CA vom 12.II.1893, abgedruckt in BVBK 1898/99, Anlage 2, S. 349 f.

133) Geschäftsordnung des CA vom 6.III.1893, abgedruckt in BVBK 1898/99, Anlage 2, S. 349: "Jeder Verein hat bei der Abstimmung nur eine Stimme".

Soweit sich Einheitlichkeit durch grundsätzliche Zentralisierung und organisatorische Verklammerungen stiften ließ, boten diese Sicherungen dem VBKI die Chance, seine Forderungen mit einiger Glaubwürdigkeit als das motivierende Anliegen einer, nicht nur zahlenmäßig beachtlichen, breiten und in sich geschlossenen Front darzustellen, deren Koalitionsskala von "mittelständischen" Ladenbesitzern¹³⁵ bis zum industriellen Großbürgertum reichte.

VBKI und Handelskammergesetzgebung 1893 - 1900 :

- Endphase der Auseinandersetzung mit der KdK -

In dieser Position konnte der VBKI aus einer Phase letztlich erfolgloser Reformbemühungen innerhalb der KdK zu einer immer stärker auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit abzielenden politischen Strategie überwechseln.

War jene noch gekennzeichnet durch Eingaben wie der an das Ältestenkollegium vom September 1893, in der noch von der "Pietät" vor der "altehrwürdigen" KdK die Rede war, so folgten in einer zweiten Etappe Maßnahmen und Verlautbarungen einer Opposition, die auf solche Umschweife immer häufiger verzichtete und auf die direkte Einwirkung auf die Faktoren der Gesetzgebung berechnet war: der VBKI trat aus dem engeren Umkreis der KdK heraus, er wandte sich unvermittelt an Parlament, Presse und Parteien, vor allem aber direkt an den preußischen Handelsminister.

Eingaben, Presseerklärungen und Parlamentsdebatten des preußischen Abgeordnetenhauses dieser zweiten Oppositionsphase von 1893 bis 1901/02 entfalten ein in sich folgerichtiges Aktions- und Erfolgsschema. In ihm bringen die Jahre 1893/1896 erste, in kombiniertem Vorgehen von CA, VBKI und

Anmerkungsübertrag Anm. 134), S. 270.

134) Ebda., u. Satzung, a.a.O., S. 349 f. Das Verbot von Majorisierungen der Mitgliedsvereine wurde am 14.III.1893 in die Satzung mit aufgenommen. (Ebda.).

135) Zum Proletarisierungsprozeß innerhalb der nach 1870 stark übersetzten Sparte der Kleinhändler, Ladenbesitzer und -pächter vgl. Leo Müffelman, Die moderne Mittelstandsbewegung, Leipzig 1913, S. 46 ff. Als das preußische Abgeordnetenhaus sich im Februar 1900 mit einem konservativen Antrag auf Umwandlung der Berliner KdK in eine Handelskammer beschäftigte, wurde der VBKI von dem konservativen Abgeordneten Felsch als Vertretung des "breiten Mittelstands der Kaufleute und Gewerbetreibenden" apostrophiert. (Sten.Ber.Hs.d.Abg. 19 LP., 2., Bd. 1, Sp. 977).

Chemieverein vorgetragene Initiativen, mit denen sich die Organisationen in die Vorbereitung, Einleitung und Beratung von gesetzgeberischen Plänen zur Neuordnung des preußischen Handelskammerwesens einschalten.

So richtete der VBKI am 4. Juni 1894 eine Eingabe an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe, die die Forderungen des Vereins an die KdK variierte.¹³⁶ Mit als Niederschlag eigener Anregungen ließ es sich in der Folge beim VBKI buchen, daß das Ministerium im Januar 1895 für alle preußischen Handelskammern und kaufmännischen Korporationen Erhebungen anordnete, bei denen auch über innerverbandliche Verhältnisse zu berichten war,¹³⁷ und deren Ergebnisse in das - freilich scheiternde - Projekt eingingen, für Preußen nach dem Vorbild der Landwirtschaftskammern¹³⁸ ein dichtes und territorial deckendes System von Handelskammern zu schaffen.¹³⁹

136) "Die Chemische Industrie", XX. Jgg., Nr. 3, 1.II.1897, S. 67.

137) Ministerialverfügung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe, von Berlepsch, vom 1.I.1895. Die Kammern und Korporationen wurden u.a. um Stellungnahmen zur Frage der obligatorischen Errichtung von Handelskammern, zur Größe der Kammersprengel, sowie um Angaben über das bei der jeweiligen Kammer praktizierte Wahlrecht und über Beitragsbemessungen ersucht. Erbeten war ferner eine Meinungsäußerung zum Problem der Aufrechterhaltung der Korporationen der Kaufmannschaft. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 18. LP., 3., 1896, Bd. 3, Sp. 1877, Abg. Dr. Eckels, am 24.IV.1896).

138) Das preußische Landwirtschaftskammergesetz vom 30.VI.1894 (GS. 126) sah die Errichtung von Landwirtschaftskammern in allen preußischen Provinzen vor. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. IV., S. 1009.

139) Vgl. Anlagen Sten.Ber.Hs.d.Abg., 18. LP., 3., Bd. 3, 1896, Nr. 249, S. 2465-2474: Bericht der XIX. Kommission zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Handelskammern. Der Entwurf, Nr. 124 der Drucksachen, wurde von Handelsminister Berlepsch am 13.V. 1896 zurückgezogen. Der Entwurf von 1896 steht im Zusammenhang mit anderen Ansätzen zur Schaffung korporativer berufsständischer Vertretungen. Er scheiterte u.a. daran, daß die zum Besitzstand der schutzzollfreundlichen Fraktion des Handelstages zählenden kleineren westdeutschen Handelskammern ihre Mediatisierung innerhalb größerer einheitlicher Handelskammersprengel befürchten mußten, und daß umgekehrt die Kammern mit stabilen anti-agrarisch-freihandelsfreundlichen Mehrheiten von der Ausweitung ihrer Vertretungsbezirke ebenfalls eine Umkehrung der vorhandenen Mehrheiten zu erwarten hatten. Dieser gemeinsame Widerstand brachte die Berlepsch'sche Vorlage zu Fall. Bericht-erstatte der mit der Vorberatung der Vorlage befaßten XIX. Kommission des Abgeordnetenhauses war Henry Axel Bueck, der Geschäftsführer des CDI. zu Buecks Vita: "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 35-42. Im Sinne des chemischen Vereins hatte sich als Vertrauens-

Bei den Beratungen dieses Vorhabens erfuhren dann die Abgeordneten der 2. preußischen Kammer, daß der amtierende Handelsminister über die "brennenden" Fragen der Reformbedürftigkeit der preußischen Korporationen der Kaufmannschaft und insbesondere der Organisationswirklichkeit bei der Berliner KdK gut unterrichtet und entschlossen war, Änderungen im Sinne des VBKI durchzusetzen.¹⁴⁰

Es war eine direkte Anknüpfung an die Gravamina des "Vereins", wenn der Handelsminister erklärte, die alten kaufmännischen Korporationen gewährten dem Détailhandel de facto keine Vertretungsmöglichkeit.¹⁴¹ In Berlin, so erklärte der Minister, sorgten schon die Beitrittsmodalitäten dafür, "daß es für den kleinen Mann ausgeschlossen erscheint", sich am Leben und der praktischen Repräsentation gewerblicher Interessen in der KdK zu beteiligen.¹⁴²

Den Einwand, bestehende Kammern und Korporationen "fühlten" sich auch ohne Normenzwang bereits jetzt "als Vertretung der ganzen Provinz", konnte der preußische Handelsminister in Kenntnis der tatsächlich vorgegebenen Interessenprofile der einzelnen Kammern als vorbedachte Verschleierung abtun.¹⁴³

Die Replik auf entsprechende Vorhaltungen, die Georg Gothein in der Debatte des Abgeordnetenhauses im April 1896 für die Breslauer Handelskammer geltend machte, war unschwer auf die Berliner Wirklichkeit zu übertragen.

Gothein mußte sich sagen lassen, daß seine Argumentation doch den Gedanken suggeriere,

"... die Stadt Breslau fühle sich ganz wohl in ihrer Abgrenzung; ... sie fühle sich gestört durch den Gedanken, daß nun durch Einbeziehung von Nachbarkreisen die Gleichartigkeit der Verhältnisse geändert und ein starker Zusatz von Industriellen mit in die Kammer hereingebracht wird".¹⁴⁴

Anmerkungsübertrag, Anm. 139, S. 272.

mann der Chemie der Abgeordnete Dr. Böttinger an der Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus beteiligt. (Sten.Ber.Hs.d.Abq., 18. LP., 3., 1896, Bd. 3, Sp 1884.)

140) Ebda., Sp. 1891.

141) Ebda., Sp. 1891.

142) Ebda., Sp. 1891.

143) Ebda., Sp. 1881 f. und 1891. Gothein behauptete u.a.: "Der kleine Détailhändler hat sich bis jetzt noch gar nicht geregt, um eine Handelskammer zu bekommen, er hat gar nicht den Wunsch an der teilweise anstrengenden Arbeit der Handelskammern teilzunehmen..." (Ebda., Sp. 1882).

144) Ebda., Sp. 1891.

Nach dem Scheitern der Handelskammervorlage von 1896 spitzte sich der Konflikt zwischen VBKI und KdK weiter zu. Knapp nach dem Amtsantritt des Nachfolgers von Handelsminister v. Berlepsch hatten die "Kaufleute und Industriellen" bereits die Chance genutzt, sich auch dem neuen Minister durch eine Eingabe bekannt zu machen, und fanden damit offensichtlich williges Gehör.¹⁴⁵ Als nächstes profitierten sowohl VBKI wie der Chemische Verein im Sommer 1897 von der Beratung der preußischen 2. Kammer zur noch anstehenden Novellierung des Handelskammergesetzes.¹⁴⁶

Parlamentarische Sprecher beider Organisationen stellten dabei fest, daß Forderungen und Parolen ihrer Kampagne inzwischen bis in die Reihen der freisinnigen Partei hinein Resonanz gefunden hatten, und daß Brefeld, entschiedener noch als von Berlepsch, mit ihnen in der Wertung der Berliner Verhältnisse einig schien.¹⁴⁷

Ihr Drängen auf legislatorische Konsequenzen hatte 1897 auch insoweit Erfolg, als die Novelle zum Handelskammergesetz vom 19.IX.1897 die Mög-

145) Eingabe an den preußischen Handelsminister vom 15.IX.1896. ("Die Chemische Industrie", XX. Jgg., Nr. 3, 1.II.1897, S. 63).

146) Vorstandsbeschluß des Chemischen Vereins vom 23.I.1897, Dr. Böttlinger (Vors. des Chem. Vereins 1910-1912) zu beauftragen, die Vorbehalte des Vereins gegen bestehende Verfassung der Korporationen der Kaufmannschaft im Abgeordnetenhaus zu vertreten. Böttlinger trägt die Bedenken des Vereins bei der 3. Lesung der Novelle von 1897 vor und besteht auf Zusicherungen des Handelsministers. ("Die Chemische Industrie", XX. Jgg., Nr. 12, 15.IV.1897, S. 239 f.).

147) Für den VBKI sprach der freisinnige Berliner Abgeordnete Schulz, der sich als Großdestillateur dem VBKI angeschlossen hatte. Schulz machte 1897, 1900 und 1901 die Abgeordneten mit der Chronik der auf der Grundlage der Kooperation versuchten und gescheiterten Initiativen zur Reformierung der KdK vertraut. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 2., Bd. 1., Sp. 1006; Zitat der Darstellung von Schulz aus dem Jahr 1897 durch den konservativen Abgeordneten von Brockhausen am 7.II. 1900; ebda., Sp. 1008; Schulz am 7.II.1900; der Abgeordnete wehrte sich später entschieden gegen die ihm unliebsame "Allianz" mit den Konservativen: Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 3., Bd. 2., Sp. 2065, Schulz am 21.II.1901).

lichkeit vorsah, kaufmännische Korporationen auf freiwilliger Basis in Handelskammern umzuorganisieren.¹⁴⁸

Wichtiger aber als dieses Ergebnis erwies sich für die Anhänger einer Umgestaltung der Korporation die bleibende Unterstützung des preußischen Handelsministeriums und anderer preußischer und Reichsbehörden.¹⁴⁹ So gab der preußische Handelsminister der Korporation zu verstehen, sie habe mit weitaus radikaleren gesetzgeberischen Schritten zu rechnen, wenn sie sich nicht bereit finde, den Reformern entgegen zu kommen.¹⁵⁰

Unter diesem Vorzeichen bahnte sich nun - letztmalig - in der Korporation ein *modus vivendi* zwischen einem verharrenden Flügel im ÄC und dem Kräftepotential des VBKI in- und außerhalb der Kaufmannschaft an. Eine vom ÄC erwogene Statutenreform bewog den "Verein" 1898 zusammen mit Delegierten der Fondsbörse und der KdK-Kommission für gewerbliche Angelegenheiten die Aufstellung der Kandidatenliste für die Ältestenwahlen gemeinsam vorzunehmen.¹⁵¹

Um so nachhaltiger sahen sich die "Kaufleute und Industriellen" dann bei der Betrachtung der Ergebnisse der Reform des Jahres 1898 getäuscht. Die Änderungen, in die das ÄC eingewilligt hatte, beschränkten sich im wesentlichen auf die Anhebung der Zahl der Mandate im Ältestenkollegium von 21 auf 27, auf eine bescheidene territoriale Ausweitung des Vertretungsge-

148) Vgl. Apt, a.a.O., S. 24. Von dieser Möglichkeit machte u.a. die Korporation der Kaufmannschaft in Magdeburg Gebrauch.

149) Vgl. BVBK 1898/99, S. 1.

150) "Hätte die Korporation den Rat befolgt, den ich ihr nach Verabschiedung des Handelskammergesetzes gegeben hatte, sie möge die Tore etwas weiter öffnen... vielleicht wäre es möglich gewesen, etwas mehr zu erreichen. Sie hat es damals nicht getan und kommt j e t z t mit solchen Anträgen, wo die Sturmflut so hoch gewachsen ist, daß es jetzt zweifelhaft geworden ist, ob der Zweck noch zu erreichen ist". (Minister Brefeld am 20.II.1901 im Abgeordnetenhaus). (Sten. Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 3., 2. Bd., Sp. 2017).

151) BVBK 1898/99, S. 88.

biets der KdK in Berlin und den Wegfall des Eintrittsgeldes.¹⁵²

Verglich man dieses Ergebnis mit den nun schon fast über 20 Jahre hinweg vertretenen Forderungen des VBKI: Verdoppelung der Mandate im ÄC, stärkere industrielle, gewerbliche und Kleinhandelspräsenz in der KdK, Reduzierung der Beitragssätze, öffentliche Beratung, Reformierung des Wahlmodus zum ÄC und - ein Postulat jüngerer Datums - Ausweitung des Sprengels der Korporation auf die inzwischen industriell durchdrungenen Rand- und Vorortgebiete der Großkommune Berlin,¹⁵³ so erwiesen sich die Zugeständnisse von 1898 als ein Rückfall noch hinter die Hoffnungen und Erwartungen der späten 1870er Jahre.

Diese "Reform" war in der Tat eine Lektion in politischer Lernunfähigkeit¹⁵⁴ und veranlaßte die Opposition, den VBKI, den Chemieverein, den "Bund der Industriellen" und zusätzliche, ad hoc für die Sache der Opponenten gewonnene kaufmännische und gewerbliche Zusammenschlüsse in Berlin,¹⁵⁵ ihr Vorgehen um plebiszitäre Komponenten zu erweitern.

Freilich setzte man auch hier zunächst noch einmal auf Kräfte innerhalb der Korporation, ehe die vereinigten Organisationen im Januar 1901

152) Apt, 25 Jahre..., S. 26. Vgl. auch die skeptische Bewertung im Abgeordnetenhaus: Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 2., Bd. 1., Sp. 979, 1016 (Minister Brefeld), 1008 f. (Schulz, Freisinnige Volkspartei), 1015 (Cahensly, Centrum), Sitzung vom 6.II.1900.

153) So vor allem Forderungen an den preußischen Handelsminister durch den parlamentarischen Sprecher des Chemievereins, Dr. Böttinger, 1897: "Die Chemische Industrie", XX. Jgg., Nr. 12, 15.IV.1897, S. 240.

154) Die Reform von 1898 war taktisch darauf angelegt, einem Antrag auf fakultative Errichtung einer Handelskammer in Berlin zuvorzukommen. Vgl. Apt, 25 Jahre..., S. 26.

155) Vgl. dazu oben, S. 260 f. die Aufstellung der einzelnen Organisationen.

die Bitte an das Ältestenkollegium richteten, die Umbildung der Korporation im Wege einer Befragung sämtlicher in Berlin handelsrechtlich registrierter Firmen zu entscheiden.¹⁵⁶

Vor dieser Initiative aber hatte sich das preußische Abgeordnetenhaus nochmals mit der Berliner Korporation beschäftigt und debattierte im Februar 1900 einen konservativen Antrag auf behördliche Errichtung einer Handelskammer zu Berlin.¹⁵⁷

Die Motive des Antrags reproduzierten alte, auch vom VBKI geteilte Vorhaltungen und Beschwerden;¹⁵⁸ er wurde indessen zurückgenommen, weil sich die konservative Partei von einer "außerordentlich wohlwollenden Erklärung" des Handelsministers vorläufig zufrieden gestellt sah: Brefeld gab 1900, ähnlich wie auf freikonservative Seite der Abgeordnete v. Zedlitz, die Zusicherung, mit einer freiwilligen Umgründung der Berliner Korporation sei in Kürze zu rechnen.¹⁵⁹

Doch war damit zunächst nur ein parlamentarisches Stillhalten auf Zeit erkaufte, das fast zu eben dem Zeitpunkt endete, an dem die Opposition der vereinigten Verbände, enttäuscht vom Ausbleiben der erwarteten Umgründung, im Januar 1901 die Befragung der Berliner Firmen im Sinne eines "Handelskammerreferendums" gegen den Widerstand des Ältestenkollegiums durchsetzte.¹⁶⁰

156) Vgl. Plutus [*i.e.* Georg Bernhard], "Der Kampf um die Handelskammer", in: "Die Zukunft", 14.XII.1901, S. 478-482. Bernhard stand in dem Konflikt auf der Seite der Anhänger der Handelskammer.

157) Am 6. u. 7.II.1900, Antrag des konservativen Abgeordneten Felisch. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 2., Bd. 1, Sp. 977-1026).

158) Niedriger Mitgliederstand, Dominanz der Börseninteressenten; die Ältesten "als Vertreter der Berliner Plutokratie im Handelsstande"; die Frage der KdK als ungelöste und für die Konservativen dringliche "Mittelstandsfrage". (Sten.Ber.Hs.d.Abg., a.a.O., Sp. 977 ff.).

159) Ebda., Sp. 981; Brefeld ging, rhetorisch kulant, auf die Vorstellungen der Konservativen ein und versicherte, er werde zu den zu erwartenden Anträgen auf Errichtung einer Berliner Handelskammer sein Placet geben. (Ebda., Sp. 979 u. 988). "... ich gebe mich nach dem, was ich über die Stimmung in dem Kreise der Ältesten... kenne, der Hoffnung hin, daß der Versuch ... jetzt von Erfolg begleitet sein wird..." (Abgeordneter v. Zedlitz und Neukirch, freikonservativ, ebda., Sp. 994).

160) Die Abstimmung lief vom 22.-24. Januar 1901. Die Beratungen des Abgeordnetenhauses begannen am 20. Februar 1901.

Das Ergebnis dieser Befragung, ein massives Votum gegen die KdK, wurde bereits erwähnt. In der politischen und der gewerblich interessierten Öffentlichkeit Berlins war das eine entscheidende Schwächung aller Positionen der KdK. Ihre, wie man wußte: uneinige, Mitgliedschaft von ca. 2.000 "Inkorporierten" ließ sich künftig kaum mehr mit dem Anspruch, die KdK vertrete "allgemeine" Interessen gegen die fast 10.000 Ja-Stimmen für die Errichtung der Berliner Handelskammer ins Feld führen.

Unter dem Eindruck dieses Ergebnisses lebten die im Vorjahre nur vertagten parlamentarischen Debatten zur Zukunft der Berliner KdK im Abgeordnetenhaus wieder auf. An ihrem Verlauf mußte selbst entschiedenen Anhängern der KdK klar werden, wie sehr sie bereits isoliert und daher gezwungen waren, einer nun definitiv drohenden ministeriellen Intervention mit der beschleunigten Selbstumgründung der KdK zuvorzukommen.¹⁶¹

Allerdings blieben sich die Berliner Ältesten auch dabei treu: ihr Statutenentwurf für die neue Berliner Handelskammer enthielt, wenn auch abgeschwächt, wieder eine deutliche Bevorrechtung von Banken und Börsenhandel, denen auch künftig ein Drittel der Sitze im Vorstand der Interessenvertretung eingeräumt werden sollte.¹⁶² Das aber war eine Privilegierung des "mobilen Kapitals", der von den Konservativen angeprangerten "Plutokratie im Handelsstande",¹⁶³ der zuzustimmen kein preußischer Minister um die

161) Am 20. u. 21.II.1901 sprachen im preußischen Abgeordnetenhaus u.a. die Abgeordneten: Paasche - für einen Teil der Nationalliberalen - gegen die KdK; v. Zedlitz-Neukirch - für die Freikonservativen - gegen die KdK; Felisch - für die Konservativen - gegen die KdK; Cahensly - für das Centrum - gegen die KdK; Schulz - für "nur ganz vereinzelte Stimmen" unter den Freisinnigen (so der Abgeordnete Eugen Richter in der gleichen Sitzung) - gegen die KdK und als parlamentarischer Sprecher des VBKI; die Abgeordneten Eugen Richter u. Theodor Barth - für die Freisinnigen - für die KdK. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 3., Bd. 2., Sp. 2008-2011; 2052 f.; 2063 f.; 1998-2006 u. 2022). Am deutlichsten die Mahnung von v. Zedlitz: "... sie die KdK, HMB wird nach den heutigen Verhandlungen darüber keinen Zweifel haben können, daß sie nur die Wahl hat zwischen der Errichtung einer Handelskammer, bei der sie die Führung und Leitung haben würde und der Errichtung einer Handelskammer neben ihr und zum Teil gegen sie..." (Sten.Ber.Hs.d.Abg., a.a.O., Sp. 2053).

162) Apt, a.a.O., S. 31 ff.; Georg Bernhard, "Der Kampf um die Handelskammer", S. 479.

163) Vgl. oben, S. 277, Anm. 158

Jahrhundertwende mehr in der Lage war.¹⁶⁴ Die Handelskammer zu Berlin entstand daher nicht im Wege einer freiwilligen Umgründung, sondern doch über ministerielle Anordnung.¹⁶⁵

Dieser Vorgang konfrontierte im Berliner Ältestenkollegium einen intransigenten Minderheitsflügel mit einer bis zum Herbst 1902 bestehenden Mehrheitsgruppe, die die Existenz der Handelskammer akzeptierte und der möglichen Konkurrenz zwischen dieser und der fortbestehenden Korporation u.a. dadurch vorzubeugen suchte, daß ihre Mitglieder wohl im ÄC der KdK verblieben, zugleich aber auch Funktionen in der Handelskammer annahmen.¹⁶⁶

Gegen diese "Doppelmandatare" richtete sich im Sommer und Herbst ein außer-

-
- 164) Daß das Ärgernis, das die Korporation den Konservativen bot, vor allem darauf beruhte, daß man die Ältesten als Mittelpunkt der Opposition im Handelstag gegen den Bülow'schen Zolltarif, bzw. die Vorarbeiten zu diesem Tarif im "Wirtschaftlichen Ausschuß" beim Reichsamt des Inneren ansah, gab der konservative Abgeordnete Graf Kanitz in der Debatte im Abgeordnetenhaus offen zu. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 3., Bd. 2., Sp. 2045).
- 165) Eingeleitet u.a. durch Vorschläge im Ministerialerlaß des Handelsministers vom 27.IIX.1900 an die Berliner Ältesten. (Correspondenz, XXIII. Jgg., 1900, Nr. 10, S. 300. Zurückweisung der ministeriellen Feststellungen zum Charakter der Interessenrepräsentation innerhalb der KdK durch die Ältesten, ebda., S. 302). Verschärft unter dem Eindruck der am 21.II.1901 im Abgeordnetenhaus verabschiedeten Erklärung zugunsten der Errichtung einer Handelskammer in Berlin durch einen weiteren Erlaß mit Fristsetzung zur Umwandlung der Korporation innerhalb von 4 Wochen; am 28.III.1901 Mitteilung des Handelsministers an die Ältesten, sein Ministerium werde beim Ausbleiben einer Umwandlung eine Handelskammer neben der Korporation errichten. Vgl. "Deutsche Industrie-Zeitung", XX. Jgg., 11.IV.1901, S. 145; Apt, 25 Jahre ..., S. 26-31; das AC gab in der Folge seinen Widerstand gegen die Umgründung auf.
- 166) Die Auseinandersetzungen in der Korporation entzündeten sich an dem vom Handelsministerium abgelehnten Statutenentwurf, der am 4.VII. 1901 dem Minister zugegangen war. Die von Wilhelm Herz und Jacob Rießer geführte Majorität des ÄC verstand sich danach zu weiteren Konzessionen an den Handelsminister, unterlag aber auf der Hauptversammlung der Korporation am 10.XII.1901 der von Johannes Kaempff vertretenen Minorität. Daraufhin wurde vom Handelsminister binnen Wochenfrist die Errichtung einer Handelskammer zu Berlin für die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf mit Wirkung vom 1.IV.1902 verfügt. Apt, 25 Jahre ..., S. 31 f., 34; "Die Korporation ...", S. 301 ff.; 306 ff.; "Deutsche Industrie-Zeitung", XX. Jgg., Nr. 52, 27.XII.1901.

ordentlich harter, intensiv und polemisch geführter Feldzug der Minderheit,¹⁶⁷ der es zunächst gelang, eine Mehrheit von KdK-Mitgliedern hinter sich zu bringen und dann die Doppelmandatare aus dem ÄC der KdK abwählen zu lassen.¹⁶⁸

Die Verfügung über die Berliner Börse: Mit -
telpunkt des Konflikts 1900 / 1902

In der Sache ging es dabei darum, einen in Handels- und Börsenpolitik gegenüber der preußischen und Reichsregierung nachgiebigeren Flügel der Ältesten aus der Korporation als Ausrichter der Berliner Börse zu verdrängen und damit zugleich einen Teil jener materieller Ressourcen, über die der Berliner "Börsenliberalismus" gebot, einer beargwöhnten stärkeren staatlichen Kontrolle prophylaktisch zu entziehen.¹⁶⁹

- 167) Vgl. Bernhard, "Der Kampf um die Handelskammer", S. 480 f. In den Auseinandersetzungen nahmen das "Berliner Tageblatt" und die "Norddeutsche Allgemeine" für die Umgründung, die "Nationalzeitung", die "Vossische" und die "Freisinnige Zeitung" gegen die Anhänger der Handelskammerlösung Stellung. ("Die Korporation...", S. 297).
- 168) Die "Doppelmandatare" gaben anlässlich der Ergänzungswahlen zum ÄC im Herbst 1902 geschlossen ihre Mandate im ÄC auf und hofften, mit einem direkten Appell an die Wähler sich gegenüber der Minorität behaupten zu können. Mit Ausnahme von Franz von Mendelssohn wurde indessen keines der Mitglieder der Gruppe bei den Wahlen zum ÄC am 10.XII.1902 wiedergewählt. Mendelssohn gab darauf ebenfalls sein Mandat zum ÄC zurück. Apt, 25 Jahre ..., S. 41.
- 169) In der Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses vom 20.II.1901 bezifferte Eugen Richter das Vermögen der Korporation auf ca. 6 Millionen M. in Grundstücken und Gebäuden, sowie weitere 2 Millionen M. in Stiftungsvermögen. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 3., Bd. 2, Sp. 2032). Im wesentlichen dürfte es sich dabei um die umsichtig thesaurierten Einnahmen aus der Börsenverwaltung gehandelt haben. Für einen der eifrigsten Vorkämpfer der KdK im Handelskammerkonflikt der Jahre 1901/02, Johannes Kaempf, Stadtrat a.D., Städtältester und führender Exponent des Berliner Kommunalfreisinns, sind für die Zeit nach 1906 massive Zuwendungen an die "Freisinnige Zeitung" nachweisbar (ca. 30.000 M. jährlich). Kaempf war 1871-1899 Direktor der Berliner Filiale der "Bank für Handel und Industrie" (Darmstädter Bank), ab 1899 in deren AR, seit 1906 Vorsitzender des AR; seit 1888 Vorsitzender der Berliner Fondsbörse; vertrat das ÄC seit 1899 im Ausschuß des "Deutschen Handelstages", dessen 1. Vorsitzender er 1905 wurde. (Angaben nach Ludwig Elm, Zwischen Fortschritt und Reaktion, S. 19 f.)

Die Traditionalisten in der KdK setzten darauf, daß es ihnen gelingen werde, Börsenaufsicht und Börsenausrichtung trotz und neben der Existenz der Berliner Handelskammer zu behalten.¹⁷⁰ Darin irrten sie.¹⁷¹ Und so erwies sich im nachhinein die Kampagne, die die "Doppelmitglieder" aus der Korporation getrieben hatte, als Fehlentscheid, der einen kaum ausgleichbaren Aderlaß für die Kaufmannschaft nach sich zog. Denn als "Doppelmitglieder" hatte sie im Spätherbst 1902 nicht nur fast alle Repräsentanten der Berliner Hochfinanz verloren; zu den abgehenden bzw. in der Ältestenwahl vom Herbst 1902 nicht wieder gewählten Ältesten zählte auch die Mehrzahl der im Kollegium ohnehin nicht sehr zahlreich vertretenen Berliner Großindustriellen, unter ihnen als Repräsentanten der Elektrogroßindustrie auch Emil Rathenau und Isidor Loewe.¹⁷²

-
- 170) Noch im Februar 1901 auch die Erwartung der Abgeordneten Gamp, Eugen Richter und Theodor Barth. Die Handelskammer, wie alle preußischen Handelskammern "eine Schablone französischen Ursprunges" (so Eugen Richter), werde unter der "Konkurrenz" der fortbestehenden KdK, "die sie weder geistig noch finanziell wird durchhalten können..." (Barth) aufgeben müssen. (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 3., Bd. 2, Sp. 2039, 2004, 2022).
- 171) Nach den ministeriellen Entscheidungen der Jahre 1901/02 behielt die Korporation im wesentlichen nur noch rechtliche Titel zur Verwaltung des bis dahin existierenden Börsenvermögens. Zur Polemik vgl. "Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin für 1902", Bln. 1903, S. 3-7; Correspondenz, XXVI. Jgg., 1903, Nr. 3, S. 49 ff., 56.
- 172) Es waren am 18.X.1902 aus dem ÄC ausgeschieden und hatten über Neuwahlen zum ÄC auf eine Bestätigung ihres Kurses gesetzt die "Doppelmandatare": Eduard Arnhold, Ernst Behrens, Paul Heckmann, Wilhelm Herz, Wilhelm Kopetzky, Isidor Loewe, Alfred Loewenherz, Roland-Lücke, E. Salomonsohn, James Simon, Franz v. Mendelssohn, Emil Rathenau, Louis Ravené und Dr. Jacob Rießer. (Apt, 25 Jahre ..., S. 41,48). Der Loewe-Konzern vertrat freilich um die Jahrhundertwende keineswegs nur den Bereich der elektrotechnischen Fertigungen, sondern hatte sich u.a. bereits weit in andere Gebiete verzweigt. Die Aufnahme der elektrotechnischen Produktion datierte von der zusammen mit Thyssen und der US-amerikanischen Thomson-Houston-Co. 1892 gegründeten "Union-Elektrizitätsgesellschaft". Vgl. "50 Jahre AEG", Bln. 1956, S. 44, 47; "Ludwig Loewe Actiengesellschaft Berlin 1869-1929", Berlin 1929, S. 37; Otto Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie. Leipzig 1905, S. 243-250, (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. v. Gustav v. Schmoller und Max Sering, Bd. 24, 2. Heft).

K A P I T E L : 5

DIE TRENNUNG VOM LINKSLIBERALISMUS : KdK, ELEKTROKONZERNE UND GROSS- BANKEN UM 1900

S t e l l e n w e r t d e s A u s z u g e s v o n B a n k e n u n d E l e k t r o k o n z e r n e n a u s d e r K d K

Der ersatzlose Auszug einer im wesentlichen von Großindustrie und Großbanken bestimmten Mehrheit aus dem Ältestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft betraf 1902 die Berliner Elektrogroßindustrie zunächst in zweifacher Weise.

Nachdem bereits 1896 Wilhelm von Siemens aus dem ÄC ausgeschieden war,¹⁷³ verließen nun mit Emil Rathenau (AEG) und Isidor Loewe (Union Elektrizitäts-Gesellschaft AG) die beiden letzten direkten Vertreter der Berliner Elektrokonzerne den Führungskreis der KdK.

Aber auch mittelbar schwand die Präsenz der Konzerne in der KdK und zwar durch das Ausscheiden der Aktienkreditbanken, die zu dieser Zeit als Haus- und Geschäftsbanken der Unternehmer zu gelten hatten.¹⁷⁴ Im ÄC

hatten 1902 Mandate verloren oder schieden aus: Vertreter der Deutschen Bank,¹⁷⁵ der Berliner Handels-Gesellschaft,¹⁷⁶ der Disconto-Gesellschaft¹⁷⁷

173) Vgl. oben, S. 88 f.

174) Zur Formierung der Bankenkonsortien, die sich seit den 1890er Jahren um die Beteiligungs-, Betriebs- und Finanzierungsgesellschaften der Elektro-Großfirmen gruppierten vgl. Jacob Rießer, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft, 4. Aufl., Jena 1912, S. 519; Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 109 f., 133 ff., 233-252, 265 ff.

175) Ein Direktions- und zwei AR-Mitglieder: Roland-Lücke, W. Herz und W. Kopetzky.

176) Emil Rathenau, hier in seiner Funktion als Mitglied des Verwaltungsrates und zugleich Geschäftsinhaber. E. Behrens als Mitglied des Verwaltungsrates.

177) Ein Geschäftsinhaber, Salomonsohn.

und der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).¹⁷⁸ Es waren Geldinstitute, die - teils mit einzelnen, teils zugleich mit mehreren der Berliner Elektro-Konzerne geschäftlich zusammenarbeiteten.¹⁷⁹

Im Ältestenkollegium dominierten in der Folge kleinere, zumeist private Banken. So entfielen 1903 auf sie allein 8 der insgesamt den Banken im ÄC eingeräumten Plätze.¹⁸⁰ Im Finanzausschuß des Kollegiums stellte sich das Verhältnis zwischen bescheideneren Privatbanken und kräftigeren Geldinstituten auf 4 : 2.¹⁸¹

Damit ist zwischen Großbanken und Elektrogroßindustrie auf der einen und Privatbanken und Korporation auf der anderen Seite ein Bruch signalisiert, der über die Dimension eines Konflikts um die optimale Gestaltung einer lokalen gewerblichen Interessenrepräsentation hinausweist. Das zeigt sich u.a. ja auch daran, daß das Ergebnis der Jahre 1901 bis 1903 unter diesem Gesichtspunkt dem gewerblichen und industriellen Berlin durchaus noch kein Optimum brachte.

Im Großberliner Wirtschaftsraum konnten 1901 alleine 3 Institutionen darauf

178) Ein Mitglied der Direktion, Dr. Jacob Rießer.

179) Zur Position der Doppelmandatare: Karl Helfferich, Georg von Siemens, ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Bd. II., 2. Aufl., Bln. 1923, S. 190; Fritz Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank, S. 166; R.E. Lücke, Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft, 1856-1956, Bln. 1956, S. 177 ff.; K. Zielenziger, Juden im deutschen Wirtschaftsleben, Bln. 1930, S. 120; Apt, 25 Jahre ..., S. 11; Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bln. 1930, Bd. II., S. 1532 f.

180) 1903 sind im ÄC die Privatbanken von N. Helfft & Co., S.L. Landsberger, Cohn, Levy & Co., G. Loewenberg & Co., Marcus & Volksmar, S. Pincus, H. Richter, sowie E. Ebiling und die "Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius & Co." vertreten. (Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, Jgg. 1903, Teil I., S. 158 f.). Auch die Genossenschaftsbank war ihrem Geschäftsvolumen nach keine Großbank.

181) Als bedeutendere Banken vertreten: die "Berliner Bank" und die "Mitteldeutsche Creditbank". (Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, Jgg. 1903, Teil I., S. 158 f) "Mitteldeutsche" und "Berliner" erreichten nach den Kriterien von J. Rießer nicht den Status der Großbank; die "Mitteldeutsche" als Großbank gezählt bei Weber. Vgl. J. Rießer, Die deutschen Großbanken..., S. 519; H. Weber, Bankplatz Berlin, Köln/Opladen 1957, S. 37 f.

verweisen, daß sie berechtigt waren, in der Art von Handelskammern gewerbliche und industrielle Belange zu vertreten. Neben der KdK hatte sich, wie ausführlich beschrieben, seit den 1890er Jahren das Gewicht des "Vereins der Kaufleute und Industriellen" geltend gemacht. Dort fühlte man sich, gestützt auf ministerielles Wohlwollen und behördliche Anerkennung, bald als "Freie Handels- und Gewerbekammer"¹⁸² und verwies mit Stolz darauf, daß die vom Verein im "Centralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine" zusammengefaßte Mitgliedschaft aus mittelständisch-handwerklichen und industriellen Gruppen ein Vielfaches der Mitgliedsziffer der Korporation ausmache.¹⁸³

Die dritte der konkurrierenden Instanzen bestand seit 1898 in der Handelskammer zu Potsdam. Ihr Vertretungsbereich: die Landkreise Jüterbog-Luckenwalde und ein Teil des Kreises Zauch-Belzig im Süden und Südwesten, sowie die Kreise Ost-Havelland, Ruppín, Templín, Prenzlau und Angermünde im Westen und Norden und der Kreis Oberbarnim im Nordosten, umgab ringförmig das enge binnenberliner Organisationsgebiet der Korporation.¹⁸⁴ Die Kammer in Potsdam verfügte so über den Hauptteil industrieller Siedlungsreserven im Berliner Umland.

Hier und nicht in dem ebenfalls territorial engen Sprengel der 1902 ent-

182) BVBK 1898/99, S. 1.

183) BVBK 1901, S. 608.

184) H. Dove, Entstehung und Entwicklung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und ihr organisatorischer Ausbau, in: Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902-1927, Berlin 1927, S. 15 f. Die Korporation hatte zwar ihr ursprüngliches Gebiet, die Stadtkreise Berlin und Charlottenburg, 1898 um die Landkreise Teltow und Niederbarnim erweitert, sie verzichtete aber bewußt noch auf den inzwischen sich industrialisierenden Rayon um Spandau-Osthavelland, bzw. den Stadtkreis Spandau, weil, "die dortigen Interessen von denen Berlins zu sehr abwichen". Das Gelände fiel dann in den Bereich der territorialen Kompetenz der Handelskammer Potsdam, gegr. 1898. (Die Korporation", S. 289). Im Organ der KdK wird dieser Vertretungsverzicht damit motiviert daß "die ferner liegenden Teile des Bezirks" sich stets "an dem Korporationsleben... nur ausnahmsweise beteiligt" hätten. Das ist eine Schutzbehauptung, die verdecken sollte, daß der KdK nichts daran gelegen sein konnte, das Gefüge der in ihr tatsächlich vertretenen Interessen durch Hinzunahme von sich erst industrialisierenden, z. T. auch noch agrarisch bestimmten Randbezirken zu ändern. (Jahrbuch für Handel und Industrie, 1903, Bd. I., S. 29 f.).

stehenden Berliner Handelskammer¹⁸⁵ lagen die Ansiedlungs- und Expansionsinteressen der Berliner Industrie, auch diejenigen der "verkehrsgebundenen halbschweren Industrie" (Pfannschmidt) der Elektrotechnik.¹⁸⁶ Die industrielle Präsenz fiel daher auch in der Potsdamer Handelskammer entsprechend stark aus.¹⁸⁷

Die bloße Existenz der Handelskammer zu Berlin hob den fortbestehenden Dualismus konkurrierender Interessenvertretungen nicht auf.

Gewiß mochten nach 1902 KdK und auch der VBKI als zuvor de facto mächtige und einflußreiche Instanzen um wichtige Funktionen beschnitten sein, im Wege einer sinnvollen Zentralisierung beseitigt, waren sie nicht. Auch konnte sich für die Berliner Handelskammer zu Recht die Frage stellen, mit welchem Mandat eine Kammer für die Belange der Industrie in der preußischen Metropole sprach, wenn sie auf den engen Bereich des sich von industrieller Präsenz allmählich entblößenden Berlin-Charlottenburger Stadtkerns beschränkt blieb.¹⁸⁸

Angesichts der überaus starken kompensatorischen Funktion der Handelskammer Potsdam bestand darum für die Arbeit der Kammer zu Berlin von An-

-
- 185) Die seit April existente Handelskammer zu Berlin tritt nur in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, sowie für Schöneberg und Rixdorf in die Funktionen der hier entmachteten KdK ein. Die Vertretungskompetenz für die Kreise Teltow und Niederbarnim mit Beeskow-Storkow fiel der Potsdamer Kammer zu.
- 186) Zur zeitlichen Fixierung der Besetzung der einzelnen industriellen Ansiedlungsradien in und um Berlin: Martin Pfannschmidt, Die Industrialisierung in Berlin und in der Mark Brandenburg, Stuttgart/Berlin 1937, S. 19; zum Problem der einzelnen industriellen Randwanderungen: Alfred Zimm, Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin, Berlin (DDR) 1959, S. 59, 65, 94, 120 f.
- 187) In der Potsdamer Kammer waren u.a. vertreten: Conrad Borsig (1902-1919), Dr. E. Kunheim (1902-1919), Dr. P. Mamroth (AEG) (1915-1919) und D.F.A. Spiecker (Siemens) (1913-1919). (Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902-1927, S. 74-78).
- 188) Es läßt sich indessen nicht einheitlich von "den" Ansiedlungs- bzw. Expansionsinteressen der Elektrogroßindustrie insgesamt reden. So differierten u.a. hier die Interessen der AEG und des Siemenskonzerns u.a. deshalb, weil die AEG im innerberliner Bereich (Berlin-NW. und Berlin-O.) bleibend über beträchtliche Werkskomplexe verfügte. Vgl. dazu und zu den Interessen anderer Firmen die umfassenden Darlegungen bei Peter Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 100-128.

fang an kein tatsächliches industrielles Bedürfnis.¹⁸⁹ Von daher ist nun noch nach dem politischen Gewicht des gesamten Konflikts zu fragen und die Distanzierung von der KdK auch für das politische Verhalten der Berliner Elektrokonzerne zu werten.

B a n k e n , E l e k t r o - G r o ß i n d u s t r i e u n d
B ö r s e i n d e r E l e k t r o - K o n j u n k t u r
1 8 9 0 - 1 9 0 0 : Z u m B e d e u t u n g s s c h w u n d
d e r B ö r s e

Erörterungen zur Verfassung der Berliner Kaufmannschaft ließen sich nicht von den Diskussionen zum Geschick der Berliner Börse trennen.

Die in der Öffentlichkeit propagierten Reformwünsche gingen zumeist von der als zu eng empfundenen Interessenidentität beider Institutionen aus.¹⁹⁰ Ihre Gleichsetzung in der öffentlichen Meinung arbeitete einer im Grund industrie- und börsenfeindlichen Agitation in die Hände. In den Debatten der zweiten preußischen Kammer blieb dieser Fragenkreis nicht ausgespart; mit ihm lenkten die Auseinandersetzungen zu den frühen Ursachen des Handelskammerkonflikts zurück.

Erweckte, für sich betrachtet, das Vorgehen der widerstrebenden Gruppen in dem Konflikt leicht den Anschein, als ob die Parteien in der innenpolitischen Unrast zur Jahrhundertwende einen nur geringfügigen Disput in der gewerblichen Selbstverwaltung etwas willkürlich und gewaltsam zum Nebenschauplatz großer Politik ausgeweitet hätten, so erklärt sich doch ihr Verhalten, wenn man in Rechnung stellt, daß die Debatten und Kampagnen in

189) Die Potsdamer Vertretung verlegte konsequenterweise schon 1902 ihren Sitz nach Berlin und firmierte von nun an als "Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin" (Vgl. "Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902-1927", Berlin 1927, S. 16).

190) "... der Korporation der Kaufmannschaft ... klebt der Ruf an, daß sie vorzugsweise eine Vertretung der Börseninteressen ist ..." (v. Zedlitz und Neukirch/Reichspartei vor dem Abgeordnetenhaus am 20.II.1901; Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., Bd. 2, Sp. 2052).

Berlin letztlich über die Organisation, den Besitz und die Überwachung der, nach der Londoner, bedeutendsten europäischen Börse entschieden.

Verwaltung, Beaufsichtigung und Leitung¹⁹¹ der Berliner Börse hatten bisher bei der Berliner Kaufmannschaft gelegen. Das gab den Fragen, die beim Handelskammerkonflikt zur Debatte standen, ihren eigentlichen Inhalt und politisierte sie in dem Maße, in dem hier mit der künftigen Gestaltung der KdK auch über die Gestaltung von Fragen der Geld-, Währungs- und Wirtschaftsverfassung im kleindeutschen Reich zu entscheiden war. Das unterstrich in den Debatten des Abgeordnetenhauses u.a. der ehemalige Präsident der Preußischen Seehandlung, v. Zedlitz:

"... die Aufgaben einer ... Berliner Handelskammer gehen... über den Kreis der Aufgaben anderer Handelskammern hinaus. Ich will erinnern ... welche Bedeutung die Berliner Fondsbörse für den ganzen Geldverkehr Deutschlands und darüber hinaus besitzt, welche Bedeutung das Berliner Bankwesen ... gewinnen kann in Bezug auf Bestrebungen, uns zu emanzipieren von dem internationalen Geldvermittlungsmonopol Englands ..."192

Der Aufstieg der Berliner Fondsbörse aber war untrennbar verbunden mit der Institution, die sie ausrichtete und förderte, der Berliner KdK. Die rasche Entwicklung des Börsenplatzes Berlin hatte nach 1870 mit zur beschleunigten Zentralisierung des deutschen Bankwesens in Berlin beigetragen, und von hier aus war die Verbindung zur Entfaltung der Berliner Elektrogroßindustrie gegeben. Denn in reger Wechselbeziehung zu der fortschreitenden Konzentration in der deutschen Großindustrie - vor allem in der Elektrotechnik - hatte sich in der kleindeutschen Metropole der neuzeitliche Typus der deutschen Großbank ausgebildet, für die, kennzeichnend genug, bald der Begriff "Berliner Banken" aufkommen konnte.¹⁹³

191) Mit den Einschränkungen des Börsengesetzes vom 22.VI.1896 (RGBL., S. 157), die eine mittelbare staatliche Beteiligung bei der Börsenaufsicht, sowie Berücksichtigung von Vertretern der Landwirtschaft einführten. Vgl. Heinrich Göppert, Art. "Börsenrecht", in: HdSt., 4. Aufl., Bd. II., S. 999-1030, speziell S. 999 ff.

192) Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 2., Bd. 1, Sp. 994 f.

193) So bei Jacob Rießer, Die deutschen Großbanken, S. 552.

Daß sich nun diese Berliner Banken in dem Endstadium des Handelskammerkonflikts gleichsam selbst aus der Korporation entließen, geht zwar keineswegs nur auf eine, oder eine dominante Ursache zurück,¹⁹⁴ ihrem Verhalten lag aber neben der Rücksichtnahme auf Meinungen im Lager einer um den Bülow'schen Zolltarif geeinten politischen Koalition, in der auch der permanent börsenfeindliche BdL mit eingebunden war,¹⁹⁵ auch das Faktum

194) Der Kurs der Großbanken im Handelskammerkonflikt ließe sich nur in Kenntnis der staatlichen bzw. staatlich verwahrten privaten, z. T. in der DDR vorhandenen Aktenbestände rekonstruieren. Aus sekundärem Material ergibt sich immerhin bereits, daß sich die Banken recht zweideutig verhielten und Organisationen wie den VBKI wohl höchstens als Gelegenheitsalliierten auf Zeit begrüßen konnten. Während es noch im Frühjahr 1901 eine energische Opposition der großen Geldinstitute gegen die Umwandlung gab, (Vgl. Bernhard, Der Kampf um die Handelskammer, S. 479 f.) schwenkten sie - so die Interpretation des Verhaltens der "Doppelmandatare", - im Sommer 1902 um. Noch am 14.II. 1901 hatte Georg v. Siemens Bülow darauf hingewiesen, daß sich die Regierung "durch die Unterstützung des Handelskammerprojektes weitere Gegner in führenden Kreisen der Börse, des Handels und der Industrie schaffen werde", und er meinte, daß eine solche Unterstützung "unverständlich" sei, "da sie eine Demokratisierung der handelspolitischen Vertretungen bedeute". (Zitat: Paraphrasierung der Siemens'schen Eingabe an Bülow durch Elm, a.a.O., S. 24, nach DZA II., Rep. 89 HI Deutsches Reich 14, Bl. 11 ff.). Bülow nannte in der Folge Wilhelm II. Walther Rathenau und Georg Siemens "entschiedene Gegner der Handelskammer" (Elm, a.a.O., S. 24 f., nach ebda., Bl. 8). Das während des Handelskammerkonflikts auch von der zeitgenössischen Journalistik häufig bemühte Faktum, daß die Statuten der KdK u.a. den Banken erlaubten, durch die "Inkorporierung" aller ihrer Prokuristen unbegrenzt Stimmrechte in der KdK zu akkumulieren, wurde zur Verifizierung einer Angabe bei Georg Bernhard an den Zugangslisten der Jahrgänge 1898-1902 der "Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft" überprüft. Hier ergab sich in der Tat, daß die "Deutsche Bank" in dieser Zeit nicht weniger als 36 Prokuristen in die KdK aufnehmen ließ, vielfach mehrere zum gleichen Datum, so im Frühjahr 1900 z. B. 8 an einem Tage. (Correspondenz, XXI.-XXV. Jgge., 1898-1902, bzw. XXIII. Jgg., 1900, Nr. 4, S. 11 f.). Andere Großbanken verhielten sich ähnlich, ("Dresdner Bank", "Nationalbank für Deutschland", "Bank für Handel und Industrie", "Berliner Handelsgesellschaft", "Disconto-Gesellschaft", "Schaaffhausen'scher Bankverein", S. Bleichröder, "Mitteldeutsche Creditbank") erreichten aber nicht die numerische Stärke der Vertretung der "Deutschen Bank" in der Korporation, die hier mit einem gegenüber "normalen Mitgliedern" 40fach höheren Stimmgewicht wirkte.

195) Zur "Politik der industriell-landwirtschaftlichen Zusammenarbeit" im Zeichen der Vorbereitung des Bülow-Tarifs, Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 179 f.

zugrunde, daß das erreichte und erstrebte Wachstum der Berliner Banken die größten dieser Geldinstitute allmählich in ein recht unabhängiges Verhältnis zur Börse gebracht hatte.¹⁹⁶

Während dieses Wachstumsprozesses hatten die Berliner Aktienkreditbanken bereits seit Mitte der 1890er Jahre mit Filialgründungen, Fusionen, Interessengemeinschaften und "Freundschaftsverhältnissen" immer stärker auch in die früher von den kleineren Provinzbanken beherrschten Gebiete außerhalb Berlins eingegriffen: "Die Provinz suchte das Kapital der Großbanken, diese die Kundschaft der Provinzinstitute, und für beide war die Lösung der Zusammenschluß".¹⁹⁷

Mit zum stärksten Motor dieser von Berlin ausgehenden Bewegung wurden die von einzelnen Privat- und Großbanken herkömmlicher Struktur und Kapitalausstattung kaum noch abdeckbaren Kreditansprüche, die während des letzten Dezenniums des 19. Jahrhunderts in der Elektroindustrie entstanden.

Seit der erfolgreichen Erprobung "elektrischer Bahnen", der Einführung des mit dem Gaslicht konkurrierenden neuen Beleuchtungswesens und der technisch wie schließlich auch kommerziell vielversprechenden Entwicklung der Berliner Elektrizitätswerke hatte die Starkstromtechnik ein nur mit hohem Kapitaleinsatz entwickelbares umfangreiches Wirtschaftsgebiet erschlossen.¹⁹⁸

196) Weber, Bankplatz Berlin, S. 105, 159 f., 160-165; Rießer, Die deutschen Großbanken, S. 505, 629 f.; Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 54 f. Das Wachstum der Großbanken wurde mittelbar auch durch die staatliche Börsengesetzgebung des Jahres 1896 gefördert. Vgl. W. Prion, Art. "Börsenwesen", in: HdSt., 4. Aufl., S. 1035-1094, speziell S. 1056 f.

197) Weber, Bankplatz, S. 40, 70, 81, 99.

198) Siemens & Halske hatten 1880 auf einer Versuchsstrecke im damaligen "Groß-Lichterfelde bei Berlin" die erste deutsche Straßenbahn in Betrieb genommen. Werner v. Siemens sprach über das Ereignis im Bericht an die Ältesten für 1881 und gebrauchte hier den Ausdruck "elektrische Eisenbahnen". Im Zusammenhang mit dem zu dieser Zeit noch nicht gelösten Problem der Elektrifizierung von Fernverkehrsmitteln sprach man von "Vollbahnen" (in: SAA 46/Ld 296). Die "Berliner Elektrizitätswerke (BEW)" wurden am 8.V.1884 unter dem Namen "Städtische Elektrizitätswerke-AG." von der "Deutschen Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität", dem Vorgänger der AEG, gegründet.

Diese Ausweitung elektrotechnischer Fertigungen wird von den Jahresberichten, die Werner Siemens dem ÄC der KdK einsandte, stolz kommentiert: "Berlin ist ... an die Spitze des elektrischen Beleuchtungswesens in Europa getreten", heißt es bereits zu 1886.¹⁹⁹ Noch in dem letzten Bericht, den Werner Siemens selbst verfaßte, klingt der gleiche Ton bei der Schilderung des zeitgenössischen Berliner Fernsprechsysteams an: Die Stadt verfüge nunmehr "wohl über das größte Telefonnetz der Welt".²⁰⁰

Andererseits schilderte Siemens charakteristische Widerstände, die den Plänen der Starkstromunternehmen erwuchsen: Das Ausbleiben öffentlicher Aufträge nötigte sie, beim Bau und Unterhalt von Kraftzentralen, Versorgungsnetzen und Verkehrsbetrieben am Markt vorderhand die Rolle des Erzeugers mit der des Warenabnehmers zu verbinden.²⁰¹ So entstanden Straßenbahnen und Elektrizitätswerke noch in eigener Regie und wurden auf Rechnung der Elektroindustrie betrieben. Aus dieser Situation ergaben sich nun wichtige Anstöße für die Entwicklung der großen "Berliner Banken".²⁰²

199) SAA 46/Ld 296, Bericht für 1886.

200) SAA 46/Ld 296, Bericht für 1890.

201) Ebda.

202) Die Bemerkungen zur Finanzierungstechnik in der Elektroindustrie, zur Expansion der Großbanken und zur Interdependenz des Wachstums bei beiden bieten nur eine generalisierende und skelettierte Zusammenfassung. Sie beruht im wesentlichen auf den sekundären Darstellungen bei Rieber, Jeidels, Helfferich und H. Weber, sowie den - im einzelnen nicht vermerkten - Daten zeitgenössischer Publizistik und einzelnen Geschäftsberichten. Für gebotene Detaillierungen sind die entsprechenden Ausführungen bei Kocka, Unternehmensverwaltung, für Literaturnachweise auch P. Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 51, 321 ff. heranzuziehen. Beide Autoren stützten sich u.a. auf die Studien einer im Auftrage des Siemenskonzerns von Ernst Waller u.a. geführten Untersuchung ("Studien zur Finanzgeschichte des Hauses Siemens", 5 Teile, München 1960), die nur als unveröffentlichtes Manuskript existiert. Diese Studien wurden für die vorliegende Arbeit nicht herangezogen. In der Schilderung unerwähnt blieben auch die für die Deutung des Handelskammerkonflikts und den Aufstieg der "Berliner Banken" an sich wesentlichen Prozesse der progressiven Verringerung der Zahl der kleineren Privatbanken, sowie die damit zusammenhängende Umstrukturierung im Kreis der Börseninteressenten: die "Proletarisierung" im Makler-, Agenten- und Kommissionärsstand, der von den Folgen der Börsengesetzgebung von 1896 materiell hart getroffen wurde und daher

Der Versuch eines Industriezweiges, am Markt selbständig Bedarf zu organisieren, band erhebliche Mittel.²⁰³ Das "Unternehmergeschäft" der Produktionsgesellschaften verlangte daher nach neuen Finanzierungsmodellen. Eine gangbare Lösung versprach dazu die Kreditschöpfungspolitik, die hinter dem Aufstieg der AEG stand und die die Banken an diesem Aufstieg interessierte.²⁰⁴

Solange örtliche Elektrizitätsversorgungsbetriebe je für sich von den Produktionsgesellschaften der Elektroindustrie finanziert, errichtet und betrieben wurden, war von den Geldinstituten kein aktiveres Engagement bei diesen seit Mitte der 1880er Jahre entstehenden "Kraftstationen" zu erwarten; denn die erforderlichen langfristigen Kapitalfestlegungen verhießen eine späte, dazu möglicherweise noch von der Kommunalpolitik abhängige Rendite. Das widersprach einem banküblichen Interesse an der raschen, gewinnbringenden Emission von Effekten. Die Finanzierung von Elektrizitätswerken und die auf sie bezogenen Unternehmungen wie Elektrifizierung von Straßenbahnen und Verbreitung der elektrischen Beleuchtung blieben darüber ein finanztechnisch schwierig zu lösendes Problem.

Anmerkungsübertrag, Anm. 202, S. 290.

mit am entschiedensten diese Gesetzgebung verurteilte und einen großen Teil des aktiven Protestpotentials gegen die Umgründung der Berliner Korporation stellte. Vgl. Nachweise und Kommentare dazu bei: Jeidels, a.a.O., S. 54 f.; Ludwig Eschwege, "Hochfinanz und Mittelstand", in: "Die Bank", 1908, S. 443-450; Plutus /i.e. Georg Bernhard/, "Der Bund der Bankiers", in: "Die Zukunft", 1901, S. 564 ff.; "Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie", 1908, Bd. I., S. 266; Weber, Bankplatz, S. 105: Rückgang der Privatbankiers zwischen 1892 und 1903 von 538 auf 242.

203) Vgl. die grundsätzlichen Ausführungen dazu bei Walther Rathenau, Briefe, Bd. I., Dresden 1926, S. 52, Brief vom 26.XI.1907 an Dr. Meissner.

204) Helfferich, Georg von Siemens, Bd. II., S. 100-117; "50 Jahre AEG", S. 28-31, 44 f., 75 f. u. passim; Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 232-236.

Das änderte sich, zumindest in der Tendenz, seit Emil Rathenau 1890 die "Deutsche Lokal- und Straßenbahngesellschaft" zu einer (Effekten-) Übernahme- und Betriebsgesellschaft umwandelte und mit ihrer Hilfe die Elektrifizierung von Straßenbahnstrecken zu finanzieren begann, die die AEG in den Kommunen erwarb.²⁰⁵

Die von der AEG bald in "Allgemeine Lokal- und Straßenbahngesellschaft" umfirmierte Beteiligungsgesellschaft schob sich als ein auch für die Banken attraktives Zwischenglied in die Beziehungen von Elektroindustrie und Großbanken ein. Unter deren Assistenz gliederten sich dann in den 1890er Jahren die beim Straßenbahnbau, bzw. der Elektrifizierung der Linien aktiven großen Stammhäuser der deutschen Elektroindustrie eine Vielzahl von Betriebs- und Übernahmegesellschaften an, denen bald auch die Aufgabe zufiel, Neugründungen im In- und Ausland zusammenzuhalten und zu kontrollieren.²⁰⁶ Die so entstehenden "Trustfirmen" wandten sich "mit eigenem Kapital- und vorübergehendem Kreditbedarf... nur im großen an die Banken und den Geldmarkt", mobilisierten aber doch in vollem Umfange die Finanzkraft der Kreditinstitute.²⁰⁷

Die Großbanken partizipierten auf diese Weise, wenn auch vermittelt, am Aufstieg der führenden Häuser der deutschen Elektrogroßindustrie;²⁰⁸ denn sie standen, bald in festeren Bankenkonsortien verbunden, hinter den

205) "50 Jahre AEG", S. 86; Helfferich, a.a.O., Bd. II., S. 111 f. Die Gesellschaft stellte, als sie von der AEG 1890 erworben wurde, ein Sammelbetriebsunternehmen für Pferde- und Dampfbahnen dar. Die von ihr in die AEG eingebrachten Linien wollte die AEG elektrifizieren.

206) Rießer, Die Deutschen Großbanken, S. 582 f.; Jeidels, Das Verhältnis ..., S. 236.

207) Jeidels, a.a.O., S. 239.

208) Entscheidend für die Banken und die Elektrogroßindustrie war die Konjunktur der 2. Hälfte der 1890er Jahre. Zu ihrer Gestaltung: Spiethoff, Art. "Krisen", in: HdSt., 4. Aufl., Bd. VI., S. 8-91, speziell S. 55 ff. Zur Expansion der Elektrogroßindustrie während der 1890er Jahre: Helfferich, Georg v. Siemens, Bd. II., S. 100-117, 126-136; Friedrich Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften - Ihre Entwicklung und Unternehmertätigkeit, Dresden 1904, S. 207: Anstieg der in der elektrotechnischen Industrie beschäftigten Arbeiter zwischen 1890 und 1898 von ca. 15.000 auf knapp 55.000. Der Autor schätzt für 1900 den Wert der elektrotechnischen Produktion auf 270 Millionen Mark gegenüber einem Schätzwert von 45 Millionen im Jahr 1891.

Unternehmen von Siemens & Halske, von AEG und der "Union-Elektrizitäts-Gesellschaft".²⁰⁹

Diese Interdependenz der Interessen, in der Zusammenschlüsse und Konzentrationsbewegungen in Industrie und Banken einander förderten und bedingten,²¹⁰ schuf mit an der Basis, auf der die Berliner Großbanken seit der Mitte der 1890er Jahre sich von der Börse mehr und mehr zu emanzipieren vermochten,²¹¹ und es kennzeichnet deutlich die Divergenzen, die zwischen Industrie und Banken einerseits und der Berliner Korporation auf der anderen Seite aus dieser Situation heraus entstanden, wenn die "Industriepolitik" der großen Berliner Aktienkreditbanken in Verlautbarungen der KdK kritisiert, wenn hier um die Jahrhundertwende Kartell- und Syndikatsbildungen angegriffen werden konnten, während sie bei der Berliner Handelskammer zur gleichen Zeit als zumindest ohne Aufbegehren hingennommene Realität galten.²¹²

Banken und Industrie trennten sich im Handelskammerkonflikt, so wird man zusammenfassend werten können, von einer Interessenvertretung, bei der, wenn auch abgedrängt in die Bahnen eines bisweilen nur noch "historisch" argumentierenden Besitzstandsdenkens²¹³ Interessenpolitik einen linksliberalen Akzent behalten hatte.

209) Rießer, Großbanken, S. 583-586.

210) Jeidels, a.a.O., S. 44 f., 222, 230-267; Weber, Bankplatz, S. 35; Rießer, Großbanken, S. 613 f.; Charakterisierung der Bankenkonzentration als "Vorarbeit" für die künftige "Riesenaufgabe des Übergangs zum elektrischen Betrieb auf den Vollbahnen" in: "Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie", 1904, Bd. I., S. 186.

211) Rießer, a.a.O., S. 505, 629 f.; Weber, a.a.O., S. 105, 159, 160-165; Jeidels, a.a.O., S. 54 f.; Hilferding, Das Finanzkapital, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1973, S. 199 f.

212) Vgl. Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, 1903, Teil I., S. 57 u., ebda., 1905, Teil I., S. 100; dagegen Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin f. 1903, S. 95: "Es ist zwecklos, über eine Entwicklung, die mit unwiderstehlicher Gewalt sich durchsetzt, ... Klage zu führen".

213) Gegenüber einer Abwehr auf seiten der KdK, bzw. des Freisinns, die u.a. die Institution der Handelskammern durchsichtig als "französische Schablone" denunzierte u. unterstrich, es könne "ja die Minderheit mehrwertiger sein gegenüber der Mehrheit ... und größere Interessen vertreten..." (Eugen Richter am 20.II.1901 im Abgeordnetenhaus), wird man der Feststellung des freisinnigen Opponenten Schulz in der preußischen 2. Kammer zustimmen. Er erklärte: "... historische Rechte sind das Einzige, worauf hingewiesen wird bei den Ältesten ... wenn

Die Wendung zum Nationalliberalismus: Wilhelm v. Siemens

Wollte man diese Trennung im Sinne eines Generationsschemas auf die beteiligten Unternehmer beziehen, dann entspräche ihr im Falle des Siemenskonzerns der Wechsel von Werner zu Wilhelm von Siemens,²¹⁴ vom fortschrittsgläubigen Anhänger der linksliberalen Secession von 1880 zum nationalliberalen Engagement einer zweiten Unternehmergeneration,²¹⁵ das auch manifest antiliberale Komponenten einschloß²¹⁶ und Positionen und Ideologeme der zeitgenössischen deutschen "Weltpolitik" subjektiv weniger aus unternehmerischem Impetus als diffus sozialdarwinistischen Überzeugungen teilte.²¹⁷

Anmerkungsübertrag, Anm. 213, S. 293.

man diese Institution verteidigen wollte". (Sten.Ber.Hs.d.Abg., 19. LP., 2., Bd. 1, Sp. 1008 und ebda., 19. LP., 3., Bd. 2, Sp. 2004, 2001).

214) Zur unternehmerischen Position von Wilhelm von Siemens innerhalb des Konzerns vgl. oben, S. 236, Anm. 34.

215) Mitglied des nationalliberalen Ortsvereins Charlottenburg. (SAA 4/Lk 196-199).

216) Die Biographie Wilhelms von August Rotth ist stark apologetisch und auf weiten Strecken nur eine Materialsammlung. R. war Privatsekretär Wilhelms, ehe er später die Leitung des Siemens-Archivs (nach 1919) übernahm. (August Rotth, Wilhelm von Siemens. Ein Lebensbild. Gedenkblätter zum 75jährigen Bestehen des Hauses Siemens & Halske, Berlin/Leipzig 1922; Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 384). Kurze und materialreich ausgewiesene Charakterisierungen zu Persönlichkeit, unternehmerischem Programm und weltanschaulichen Positionen bei Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 383-390. Aufschlußreich zum Anti-Liberalismus vor allem die ausgewerteten Tagebucheinträge: "Das miserable Terrain Besitz und Erwerb wird einmal wieder durch ein anderes ersetzt werden". (Tagebucheintragung nach 1906, zitiert bei Kocka, a.a.O., S. 386).

217) Wilhelm von Siemens war Mitglied des "Deutschen Flottenvereins". (SAA 4/Lk 196-199, Mitglied Nr. 13.247, Provinzialgruppe Berlin-Mark Brandenburg); er gehörte auch dem "Deutschen Ostmarkenverein" an (SAA 4/Lk 196-199, Mitgliedskarte Nr. S. 29 des "Herrn Rittergutsbesitzers Wilhelm von Siemens").

Konnte Werner Siemens noch Empfehlungen geben, wie man in Kaukasien durch Bahnkonzessionen und Bergbau "zum Herren des Landes" werde und dabei vor allem an die Stärkung und Ehre eines quasi-universalen ökonomischen Siemens'schen Familien-Domaniums denken,²¹⁸ so galten entsprechende imperiale Vorstellungen bei Wilhelm von Siemens eher dem Schutz und der sozialdarwinistisch begründeten Expansion des deutschen und der "arischen" Völker.²¹⁹

In diesem Gedankenkreis war Platz für "antihändlerische" (Kocka) und antilibérale Affekte,²²⁰ die sich dann folgerichtig auch während des Ersten

218) Vgl. Matschoß, Briefe, S. 217 am 4.XI.1863 an Karl.

219) "Das lebensfähige Starke darf nicht geopfert werden dem Unlebensfähigen und Unnützen... Die arische Kultur verdrängt die schwarze und hat sich der gelben gegenüber zu Geltung zu bringen. Germanische Entwicklung drängt die romanische zurück. Deutschland hat mehr Anrecht an Land und Absatzgebieten als Frankreich und Spanien, weil die Bevölkerung zunimmt und die Energie größer ist. Formelle Anrechte auf ein Land dürfen gegenüber den Lebensinteressen eines anderen nicht ausschlaggebend sein..." (So bei Kocka zitierte Tagebucheinträge, Kocka, a.a.O., S. 386 f.).

220) Ebda., S. 388. Es entsprach dieser Haltung, daß der unter Wilhelm von Siemens vor allem mit repräsentativen Aufgaben betraute älteste Sohn Werners, Arnold von Siemens, 1894 gegen ein Manöver der Interessenten der Berliner Produktenbörse Stellung nahm, die die Teilnahme einzelner Börsenangehöriger an der durch aufsehenerregende Getreidespekulationen mit ausgelösten staatlichen Börsen-Enquête der Jahre 1892/93 u.a. dadurch "bestrafen", daß sie die Ältesten Adolf Frentzel und Ernst Mendelssohn-Bartholdy in den Ergänzungswahlen zum Ältestenkollegium der KdK im Spätherbst 1894 abwählen ließen. (Ste-nographische Berichte der Sitzungen der Börsenenquête-Kommission, Bd. I., Berlin 1893, S. 3, 273, 894; SAA 4/Lc 742). Dem Protest angeschlossen hatten sich u.a. auch die Industriellen Emil Rathenau, Isidor Loewe, Richard Pintsch und Richard Roesicke. Auf Abneigung dürfte hier auch das Verfahren gestoßen sein, mit dem sich die Berliner Getreidehändler durch die Organisierung einer "Winkelbörse" den Vorschriften des Börsengesetzes von 1896 zu entziehen und die Fortsetzung des verbotenen Terminhandels in Getreide so zu erzwingen suchten. ("Die Korporation", S. 360 ff.; R. Kloss, Art. "Börsenrecht", in: HdSt., 4. Aufl., Bd. 2, S. 999-1035, speziell S. 1000 ff.; Hilferding, Das Finanzkapital, S. 216-229). Überspitzt, in der Sache aber nicht zu Unrecht, nannte das der BdL "Börsenkonspiration" und

Weltkriegs in ein Plädoyer für "reale", vor allem gegen England gerichtete "Sicherheiten" umsetzen²²¹ und zur aktiven Anteilnahme an den Bestrebungen der "Deutschen Vaterlandspartei" führten.²²²

Anmerkungsübertrag, Anm. 220, S. 295.

"Auflehnung ... gegen ein von der Mehrheit der Volksvertretung angenommenes Gesetz..." (Correspondenz BdL, 1897, Nr. 1, 6.I.1897, S. 1; ebda., 1897, Nr. 21, 17.III.1897, S. 3 f.). Die gelegentliche "Kapitalismuskritik" Wilhelms von Siemens hat kennzeichnenderweise auch eine antisemitische Komponente, die sich offenbar im Ersten Weltkrieg verstärkt. In einem Brief an den Kieler Professor Bernhard Harms vom 23.IX.1917 heißt es, die "Psyche" des deutschen Volkes sei verwirrt und belastet, "da sowohl im Reichstag als in der am meisten verbreiteten Presse die international gerichteten Kräfte noch das Feld beherrschen: Papsttum, Sozialdemokratie, demokratische Weltverbrüderung, jüdische und Kapital-Internationale". (SAA 4/Lk 75: Schriftwechsel, betreffend "Die Freiheit der Meere" I - 1917).

221) Vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung im "Ausblick", unten, S. 571-576. Wilhelm von Siemens setzte sich zumindest für die bleibende militärische Vorherrschaft Deutschlands in Belgien ein und verfocht den unbegrenzten U-Boot- und Luftkrieg gegen England. Charakteristisch seine Denkschrift vom 20. September 1917 an Reichskanzler Michaelis "Sicherungsmittel der deutschen Zukunft gegen die englische Suprematie". Sein Fazit: "Vom technischen Standpunkt aus möchte ich zusammenfassend sagen, daß sowohl die Freiheit der Waffen als auch die militärische Verfügung über die belgische Basis für die Sicherstellung unserer Zukunft außerordentlich wichtige Dinge sind ..." (SAA. 4/Lk 76, Schriftwechsel betreffend "Freiheit der Meere 1917", Meinungsäußerungen "Belgien und die Abrüstungsfrage").

222) Annahme der Wahl zum 2. Vorsitzenden des Landesverbandes Groß-Berlin der "Deutschen Vaterlandspartei" mit Schreiben vom 27.XII.1917 an die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Berlin, sowie an Tirpitz: "Es ist mir eine besondere Freude, die Ziele der "Deutschen Vaterlandspartei" unterstützen zu können, wie es vom ersten Tage an der Fall gewesen ist". (SAA. 4/Lk 134-135). Wilhelm v. Siemens war auch Mitglied des Reichsausschusses der Partei. Zitat: Brief an Tirpitz. Ausführlicher zum innenpolitischen Kontext unten, S. 575 ff.

Elektro - Großindustrie und Nachfolgeorganisationen der KdK 1902 - 1920 :

Desinteresse nach dem Konflikt

Bezieht man den Bruch in den Beziehungen zur Berliner Korporation bei den Industriellen auf das engere Gebiet der Vertretung fachlicher Interessen, dann verkörpert er das Aufholen einer Entwicklung, die im rheinisch-westfälischen Gebiet schon in den 1870er Jahren zum Auszug der Unternehmen aus den Handelskammern beigetragen hatte. Es ist die Scheidung der Interessen des Handels von denen der Industrie und die Verlagerung der eigentlichen Interessenpolitik der industriellen Unternehmer in den Raum eigenständiger Fachverbände, die eine Interessenvertretung nicht nur aus dichter Branchenkompetenz sondern auch in strikterer Abgeschirmtheit versprochen.²²³

Von dem für Banken und Industrie wichtigen, von der KdK mit getragenen Aufstieg der Berliner Börse überdeckt und hinausgeschoben, hatte sich die nämliche Scheidung von Handel und Industrie im Konflikt um die Berliner Korporation an der Jahrhundertwende auch in Berlin definitiv vollzogen.²²⁴

223) Vgl. Zunkel, Rheinisch-westfälischer Unternehmer, S. 234; Wünsch, Verein mit dem langen Namen, S. 15, 24, 46.

224) Bei den Banken hat diese Entwicklung ihre Entsprechung in der u.a. von der Gruppierung der Berliner Großbanken - seit 1881 zusammengefaßt in der sog. "Stempelvereinigung", zunächst Abwehrverband gegen Börsensteuern, dann Konditionen-Verband, 1900 umbenannt in "Vereinigung Berliner Banken und Bankiers" - getragenen Organisation der großen deutschen Geldinstitute im "Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes", der 1901 gegründet wurde. Die Berliner Großbanken steuerten seit 1900 im Verhältnis zur staatlichen Börsenpolitik einen Kurs, der zur Konfrontation mit den kleineren Privat- und Provinzbanken führte. Die "Berliner Banken" legten im September 1900 für ihre Mitglieder in der "Stempelvereinigung" bindend fest, daß die Eintragung in das Börsenregister vorzunehmen sei, das das Börsengesetz von 1896 als Bedingung für die Teilnahme am Terminhandel in Effekten eingeführt hatte. Die Eintragung war bisher von den Banken geschlossen boykottiert worden. Der Kurswechsel der Großbanken signalisierte eine Kooperationsbereitschaft, hinter der die Erwartung stand, das Gesetz

Unter diesem Gesichtspunkt war auch die Mitarbeit der Industriellen in der neu entstandenen Berliner und der bereits existenten Potsdamer Handelskammer nur ein Zwischenspiel.

Elektro-Großindustrie und "Berliner Banken" waren in Dimensionen hineingewachsen, die den engen Rahmen der Kammerarbeit längst gesprengt hatten.²²⁵ Das war zumindest das Urteil bei der Berliner Elektrogroßindustrie. Als Carl Friedrich von Siemens²²⁶ im Ersten Weltkrieg etwas lustlos dem Versuch präsiidierte, die Beziehungen zwischen Berliner Industrie und Handelskammer enger zu gestalten, findet sich zur Arbeit der Kammer und dem dazu errichteten Ausschuß die charakteristische Wertung:

"Die hiesige Kammer gilt allgemein als reine Vertretung des Handels und bemüht sich, darin eine Änderung eintreten zu lassen. ... Ich ... muß Ihnen aber ganz ehrlich sagen, daß ich mir nicht viel positive Resultate verspreche. Die Handelskammern werden auch nie die industriellen Verbände ersetzen können..."²²⁷

Dieses Urteil traf auch dann noch die Wirklichkeit industrieller Meinungsbildung, als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Dualismus der Kammern und kammerähnlichen Organisationen in Berlin beseitigt wurde und die bestehenden Interessenvertretungen mit Handelskammercharakter in einer einheitlichen Kammer für Großberlin aufgingen, die den "bei weitem bedeutendsten Bezirk aller deutschen Handelskammern" vertrat.²²⁸

Anmerkungsübertrag, Anm. 224, S. 297.

werde als ganzes vom Gesetzgeber revidiert werden. Vgl. Vossische Zeitung, 6., 9., 19. und 23.IX.1900; Bank-Archiv I., 4., 1902, S. 69; Plutus [= Georg Bernhard/ "Bund der Bankiers", in: "Die Zukunft", 1901, S. 564 ff.; Melchior Palyi und Paul Quittner, Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933, S. 542-546.

- 225) Bei Siemens & Halske waren 1900 insgesamt 12.002 Arbeitnehmer beschäftigt, bei der AEG erreichte die Gesamtbelegschaft zu dieser Zeit 17.300 Arbeitnehmer (Burhenne, a.a.O., S. 110; 50 Jahre AEG, S. 148). Zur Gesamtentwicklung (tabellarische Zusammenstellung): Kocka, a.a.O., S. 563; Czada, Elektroindustrie, S. 53.
- 226) Zur Stellung von C.F. v. Siemens innerhalb des Konzerns vgl. oben, S. 236, Anm. 34.
- 227) Brief an Generaldirektor Reuter, Deutsche Maschinenfabrik AG., Duisburg, vom 3.XI.1917, in: SAA 4/Lf 603.
- 228) "Berliner Tageblatt", 1.XI.1918, Abendausgabe. Potsdamer und Berliner Kammer wurden mit Wirkung vom 1.IV.1919 zur "Handelskammer zu Berlin" zusammengelegt. Der Gebietsstand der neuen Kammer entsprach dem beider

Wo diese neue großberliner Repräsentanz für Fragen Interesse zeigte, die nach Meinung der Unternehmer besser den Fachverbänden vorbehalten blieben, fanden sich Industrielle wie Carl Friedrich von Siemens allenfalls noch zu einer gutwillig-desinteressierten Teilnahme bereit.²²⁹

Gewiß war nicht zu hindern, daß man sich bei der Kammer nach 1918 Gedanken über die Sozialisierungspläne der preußischen und Reichsregierung machte; aber entsprechende Initiativen kollidierten mit Abwehrstrategien, die für die Elektrogroßindustrie beispielsweise wirkungsvoll und ohne viel Aufsehen über den "Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie" angelaufen waren;²³⁰ oder sie kollidierten im Jahre 1919 mit den Bemühungen, die vom neu entstandenen "Reichsverband der Deutschen Industrie" ausgingen.²³¹

Anmerkungsübertrag, Anm. 228, S. 298.

Vorgänger. Die Korporation ging am 1.VII.1920 in der einheitlichen Kammer auf. Der Centralesschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine stellte 1918 seine "regelmäßigen Zusammenkünfte" ein. (Berlins Aufstieg zur Weltstadt, S. 10).

229) Vgl. Brief von Carl Friedrich v. Siemens vom 28.IX.1919 an Kommerzienrat Paul Herz. (SAA 4/Lf 604): "Die Berliner Industrie hat doch in dieser Frage (Umsatzsteuergesetz) keine besonderen Wünsche, und für die Industrie als ganzes kommt doch in erster Linie der Reichsverband ... in Frage ... ich würde eigentlich vorziehen, den Industrieausschuß mit dieser Frage nicht zu befassen. Falls Sie es aber trotzdem für notwendig halten ... sollten, so bin ich selbstverständlich dazu bereit...".

230) Existenz seit März 1918 als umfassender Branchenverband der Elektrotechnik. Siehe dazu im einzelnen unten, S. 508 ff.

231) Als im August 1919 der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf vorlag, der auf die Schaffung eines "Reichsmonopols für Höchstspannungsleitungen", d.h. Reichseigentum am Verteilungsnetz der Überlandleitungen und an Großkraftwerken abzielte, protestierte die Berliner Kammer auf Anregung ihres Mitglieds Paul Mamroth (AEG) bereits bei der Nationalversammlung, noch ehe sich die Berliner Elektrogroßindustriellen über ihr Vorgehen hatten schlüssig werden können. Mamroth mußte daher selbst zu einem halben Dementi greifen und bat die Kammer unter dem 22.IX. 1919, von der Absendung eines entsprechenden Memorandums, das dem telegraphischen Protest folgen sollte, Abstand zu nehmen; denn nach der ersten Lesung des Entwurfs am 8./9.IX.1919 hatte der parlamentarisch versierte Geschäftsführer des "Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie", Hans von Raumer, rasch erfahren, daß die Vorlage weitgehend umgestaltet werden könne. In dieser Situation

Solche regionalen Initiativen erschienen darum überflüssig, brachten Doppelarbeit mit sich und entsprachen jedenfalls nicht mehr der Wertschätzung, der sich die Berliner Kammer, bzw. deren binnenberliner Vorläuferin vorübergehend nochmals im Winter 1918/19 zu erfreuen schien, als sie, wie an anderer Stelle noch ausführlicher zu zeigen bleibt, mit ihrem organisatorischen Apparat, ihrem Personal und ihren Verbindungen zur Provinz den Berliner Elektro-Großindustriellen um Carl Friedrich von Siemens half, in Gestalt des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" die nachrevolutionäre "Parteienarbeit" der Berliner Elektroindustrie abzustützen.²³²

Für die erwähnte Abwehrstrategie des Sommers 1919 spielte diese temporäre Aufwertung der Kammer aber offensichtlich keine sonderliche Rolle mehr: industrielle Fach- und Spitzenverbände, deren politisch relevante Nebenfunktion die Kammer im Winter 1918/19 augenscheinlich mitzuvertreten hatte, standen zu diesem Zeitpunkt wieder intakt, oder doch neu strukturiert für Aufgaben wie die Abwehr einzelner Sozialisierungsvorhaben in der republikanischen Politik zur Verfügung.^{232a}

Begreiflich, daß man sich deshalb auf Seiten der Industrie im Verhältnis zur Kammer dann zur Taktik eines allenfalls milden Gewährenlassens verstand. Aufschlußreich ist dafür im Sommer 1919 die Reaktion, mit welcher der Industriemagnat, Binnenreeder und Kohलगroßhändler Eduard Arnhold Aktionspläne der Berliner Handelskammer in der Sozialisierungsfrage kommentierte. In einem Brief an Carl Fried-

Anmerkungsübertrag, Anm. 231, S. 299.

- setzten die Elektrokonzerne auf Zeit, bzw. eher auf Einfluß und Verbindungen ihres Fachverbandes als auf publizitäre Aktionen der Handelskammer. (SAA. 4/Lf 603; Angaben Reichsminister a.D. Hans von Raumer; Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung, Bd. 239, S. 2279, : Einwendungen gegen die Vorlage durch den Abgeordneten Philipp Wieland (DDP), identisch mit dem Protest von P. Mamroth
- 232) Zur Bedeutung der Handelskammer für den organisatorischen Start des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens" siehe unten, S. 621 ff., 624. Langfristig wichtiger noch wurden die Dienste des "VBMI" (Verband Berliner Metallindustrieller) für die Arbeit des "Kuratoriums", vgl. unten, S. 618, 634.
- 232a) Vgl. dazu unten, "Ausblick", S. 588 f., 598-607, Ausführungen zur Entstehungsgeschichte des "Reichsverbands der Deutschen Industrie" und zur Schlagkraft des "Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie" (ZddeI).

rich von Siemens meinte er, der Gegenstand falle gewiß nicht in die Kompetenz der Kammer, "aber", so merkte er nachsichtig an, "es bestand einmal der Wunsch, - Sie kennen ja den Eifer des Präsidiums -, die Frage in den Bereich der Erörterungen zu ziehen, und so wurde denn eine Kommission gewählt ..."²³³

Politische Funktionalität wechselnden Interesses

Vergleicht man diese Haltung mit dem zeitweise intensiven Einsatz von Banken und Industrie im Handelskammerkonflikt von 1900/1902 oder auch nur mit dem Stellenwert, den die intakte Institution "Handelskammer" im Winter 1918/1919 für die Politik der Elektrogroßindustrie gewinnen konnte, so ist die Diskrepanz augenfällig, aber nicht ohne Sinn. Sie weist an den Zäsuren 1900, 1918/19 und 1919/20 ein durchaus situationsgerechtes und situationsbezogenes politisches Handeln aus.

Zur Zeit der Hochflut der "agrarisch-industriellen" Politik um 1900/1902²³⁴ entlastete das Plädoyer für die Umbildung der Berliner Korporation Banken und Elektroindustrie von der abträglichen Identifizierung mit der als "links"- bzw. "börsenliberal" denunzierten Berliner Kaufmannschaft. Das "Ja" zur Umgründung der Korporation zielte darauf ab, bör-

233) Carl Friedrich von Siemens, Korrespondenz mit Eduard Arnhold, Brief vom 28.IX.1919. Zitat aus der Antwort Arnholds vom 7.IX.1919. (SAA 4/Lf 603 und SAA 4/Lf 604). Der AEG-Direktor Paul Mamroth und Carl Friedrich von Siemens gehörten einem Ausschuß der Kammer an, der den Gesetzentwurf für die Errichtung eines Reichsmonopols an Höchstspannungsleitungen zu beraten hatte.

234) Vgl. Kaelble, a.a.O., S. 170, 175, 179.

sen- und handelsfeindliche Strömungen zu befrieden, die sich auch im Lager der Exportindustrie, des Handelsvertragsvereins und bei der hier sehr aktiven "Deutschen Bank" nicht übersehen ließen.²³⁵

Nach der Abwehr der revolutionären Drohungen im Winter 1918/19 aber entsprach das Desinteresse dem Bewußtsein, unter republikanischem Vorzeichen wieder zur Normalität industrieller, d.h. vornehmlich fachverbandsbezogener Interessenpolitik zurückkehren zu können.

235) Vgl. Ludwig Elm, Zwischen Fortschritt und Reaktion, S. 24 f., 86-94.

III. Abschnitt : WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN UND PARTEIPOLITIK

KAPITEL 1

ZUR GENESIS DER SPANNUNGEN ZWISCHEN PARTEIEN UND INTERESSENVERBÄNDEN

Stellvertreterfunktion wirtschaftlicher Interessen vor 1866:

Handelstag, Freihandelsagitation und Nationalverein als Katalysatoren und Muster politischer Meinungsbildung.

Als sich im Mai 1861 Abgeordnete von 91 Handelskammern, gewerblichen Vereinen und Korporationen zur Gründungsversammlung des Handelstages in Heidelberg einfanden, um, wie es ein Antrag einer badischen Handelsvertretung vom Vorjahr formulierte, angesichts "fast unüberwindlicher Schwierigkeiten, die politische Einheit Deutschlands herzustellen" über die Einheitlichkeit konkreter ökonomischer Interessen zumindest gemeinsames Maß, Gewicht, Münzfuß, Handelsgesetz und auswärtige Vertretung deutscher Belange "endlich zur Wahrheit werden zu lassen", zeigte man sich in der Neckarstadt bewußt unter den schwarz-rot-goldenen Farben.¹

Unter dem Emblem von 1848 durften sich die Delegierten des Handelstages damals als Vollstrecker nationaler Wünsche des bürgerlichen Deutschlands und mithin: an der Spitze evolutionären Fortschritts fühlen.

1) Der Deutsche Handelstag 1861-1911, Bd. I., S. 2. (Im folgenden zitiert: Der Handelstag...). Der Antrag wurde von der Handelsinnung der badischen Kleinstadt Eberbach/Neckar im Mai 1860 auf dem nach 1848 wiedererstandenen badischen Handelstag vertreten.

Die Politisierung, die die frühen Handelstage, vor allem der erste in Heidelberg und der folgende zweite Tag 1862 in München im Bürgertum erreichten, beruhte auf der Mobilisierung eines Stimmungspotentials. Wie an anderer Stelle ausführlicher belegt,² konnten sich diese Versammlungen ähnlich wie die Jahrestreffen der "Volkswirtschaftlichen Kongresse" seit 1858 oder der Deutsche Juristentag nicht auf ein klar definiertes politisches, wohl aber auf das politisierend wirkende Mandat materieller und ideeller Interessen berufen.

Es lag an solchen Rahmenbedingungen, daß beim Handelstag politische Auseinandersetzungen die Gestalt von Rivalitäten nationalökonomischer Schulen annahmen. Als zugleich einendes und dynamisierendes Band erschien dabei bei Regierungen und Regierten das Moment des materiellen Interesses, erschienen ökonomische als Hebel der politischen Belange:³ beabsichtigte Veränderungen wirtschaftlicher Verhältnisse standen im Zusammenhang mit der erhofften Reformierung der politischen Verfaßtheit Deutschlands. Die Bewegung, die die einzelnen Handelstreffen trug, sie vorbereitete und ihren Themen und Lösungen in der Provinz Gehör verschaffte, bildete ein notwendiges Korrelat⁴ zu den in der Agitation noch weithin passiven "Fraktionsparteien" der Zeit.⁵

2) Vgl. oben, S. 99 ff.

3) Der badische Handelsminister Weizel betonte in seiner Ansprache auf dem 1. Deutschen Handelstag in Heidelberg 1861, "daß aus der materiellen Einigung auch die politische Einheit... hervorgehen werde". (Bremer Handelsblatt, Nr. 501, 18.5.1861, S. 169. In der Folge zitiert: BHB).

4) In Heidelberg werde die deutsche Einheit "auf einen festen p r a k t i s c h e n Boden gestellt, wo ihre Verwirklichung ein Gebot der N o t w e n d i g k e i t ist". So der Kommentar des BHB, Nr. 516, 31.8.1861, S. 300. (Sperrungen: H.M.B.).

5) Zur historischen Ausprägung der korrelativen Begriffe "Partei und Fraktion" seit der Paulskirche: Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, S. 9, 11. Der Typus der Fraktionspartei trifft für die bürgerlichen Parteien bis in die 1890er Jahre die Realität eines politischen Betriebes, in der Parteien "praktisch nur im Parlament existieren und mit ihren Wählern im Lande nur über die Honoratiorenkreise einen nicht immer festen und regelmäßigen Kontakt pflegen". (Th. Schieder, "Die Partei im älteren deutschen Liberalismus", in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel der Zeit, München 1958, S. 117).

An der Spitze dieser Entwicklung stand, von Anfang an treibend und schließlich im Doppelbündnis mit preußischem Staat und Nationalverein siegreich, die Freihandelsströmung.⁶ Sie schuf erste erfolgreiche Organisationsmuster und Agitationsschemata für eine übergreifende politische Beeinflussung im Land.

Dazu gehörte u.a. auch ein Netz gewerblicher Organisationen, das die noch politisch getrennten Einzelstaaten überzog⁷ und eine Presse, für die hier das Beispiel des "Bremer Handelsblattes" genannt werden kann.⁸ Der deutschen Öffentlichkeit bot sich erstmals das Schauspiel von überregionalen Versammlungskampagnen, von Kundgebungen, "Freundschaftssessen" und Empfängen, die z. T. getreu im Stile englischer Verhältnisse, englischer "meetings" abliefen, und die Öffentlichkeit lernte in "wirtschaftlichen Reisepredigern" wie etwa Julius Faucher den Typus des für die Agitation lebenden

-
- 6) Zu den personellen Verflechtungen zwischen dem kleindeutsch orientierten Nationalverein und dem freihändlerischen "Volkswirtschaftlichen Congreß", in dessen ständiger Deputation u.a. Bennigsen und Schulze-Delitzsch saßen: Oncken, Bennigsen, Bd. I., S. 343.
- 7) Als überregionale Zweigvereine des "Volkswirtschaftlichen Congresses" u.a. die "Wirtschaftliche Gesellschaft für Nordwestdeutschland", die im März 1859 gegründet wurde. Die Entsprechung für den Südwesten stellte der "Volkswirtschaftliche Verein für Südwestdeutschland" dar, der seit 1861 bestand. Lokale Vereine der gleichen Tendenz sind u.a. belegt für Frankfurt und Wiesbaden. (BHB, Nr. 432, 21.I.1860, S. 19; ebda., Nr. 492, 16.III.1861, S. 95; ebda., Nr. 493, 23.III.1861, S. 98; ebda., Nr. 497, 20.IV.1861, S. 135 f.).
- 8) Das vom Syndikus der Bremer Handelskammer, Viktor Böhmert redigierte "Bremer Handelsblatt" war an der Schwelle der 1860er Jahre das führende Freihandelsorgan im deutschen Nordwesten. Das Blatt focht für eine von Preußen zu inaugurierende Freihandelsära in Deutschland: "Preußen muß an die Spitze der wirtschaftlichen Reformbewegung treten..." (BHB, Nr. 489, 23.II.1861, S. 63). Während staatliche Hilfe, wie sie der Finanzbeitrag Badens zur Abhaltung des 1. deutschen Handelstages in Heidelberg darstellte, damals noch durchsichtig als "Danaergeschenk" an den Kaufmannsstand, der sich von der "staatlichen Unterstützung emancipieren soll", verzeichnet wurde, rief Böhmert ein halbes Jahr später beschwörend nach der Intervention Preußens gegen die süddeutsche Schutzzollpartei; denn inzwischen hatte auf dem 4. "Volkswirtschaftlichen Congreß" in Stuttgart eben diese Partei 1861 offenbar die Oberhand gewinnen können. Als Lehre von Stuttgart verlangte das Blatt eine "imponierende", "von Kraftbewußtsein durchdrungene Politik" Preußens gegen süddeutsche Länder, deren Schutzzoll "ein Zwinguri gegen Preußen" sei. (BHB, Nr. 481, 29.XII.1860, S. 484; ebda., Nr. 519, 21.IX.1861).

Propagandisten kennen. Wenn damit der äußere Rahmen dieser frühen und spezifischen Politisierungswelle angedeutet ist, bleibt noch ein Blick auf deren "ideologische" Fundierung zu werfen.¹⁰

Die Exponenten des freien Handels beriefen sich, das wurde bereits an anderer Stelle erwähnt, mit Vorliebe auf einen Auftrag von und für das g a n z e Volk.¹¹ Für die Betrachtung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik und die Ausbildung des Selbstverständnisses industrieller, bzw. Organisationen von Handelsinteressen ist das insofern relevant, als diese sich später zu eben diesem Anspruch bekennen und aus ihm ein Mandat zur Vertretung solcher a l l g e m e i n e r Belange abzuleiten trachten.

Wo der frühe Liberalismus, der sich selbst gerne als d i e nationale

-
- 9) Julius Faucher, 1848er Emigrant und Mitarbeiter des Londoner "Morning Star", hielt als "wirtschaftlicher Reiseprediger" und "Missionär" des "Volkswirtschaftlichen Vereins für Südwestdeutschland" allein im Frühsommer 1861 etwa 70 Werbereden für den Freihandel in Hessen, Baden und Württemberg. Erfolgreich bediente er sich dabei der in Deutschland noch ganz ungewohnten "englischen Meetings-Rhetorik". (BHB, Nr. 493, 23.III. 1861, S. 98; ebda., Nr. 514, 17.IIX.1861, S. 282 f.; ebda., Nr. 503, 1.VI.1861, S. 192). Die Nachfolge in den Spuren Cobdens ist unverkennbar. Cobden selbst war u.a. Gast in Hamburg. In der für den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1862 entscheidenden Abstimmung auf dem 2. deutschen Handelstag in München 1862 stimmten bei einer Enthaltung (Mannheim) 10 der vom BHB namentlich als Vortragsorte Fauchers genannten 21 Städte und Handelskammerbezirke für die unbedingte Annahme des Vertrages. Unter den 11 badischen Kammern stimmten diejenigen gegen das Abkommen, die Faucher nach der gleichen Quelle bis August 1861 noch nicht erreicht hatte. (BHB, Nr. 514, 17.IIX.1861, S. 282 ff.; Verhandlungen des 2. deutschen Handelstages vom 14.-18. Oktober 1862, S. 70 f.; Der Handelstag..., Bd. II., Berlin 1913, S. 370 ff., 373).
- 10) "Ideologie" im verbreiteten Sinne der Soziologie und im Marx'schen Verstande als notwendig falsches Bewußtsein definiert, dessen historisch zu korrelierende Bedeutsamkeit hier nicht denunziert wird. Vgl. H.J. Lieber u. H.G. Bütow, "Ideologie", in: SDG., Bd. III, Sp. 1-25.
- 11) Vgl. oben, S. 121-129. Ähnlich noch die linksliberale Kritik am modernen Kolonialimperialismus des englischen Empire. (John A. Hobson, Der Imperialismus, Köln 1968, S. 68 ff.; kritisch dazu Hans-Christoph Schröder, ebda., Einleitung, S. 9-27).

Partei und seine Anhängerschaft als den "allgemeinen Stand" begriff,¹² für seine Zwecke die Ökonomie bemühte und sich den "praktischen Männern" zuwandte, die schon Bennigsens Werben für den Liberalismus gewinnen wollte,¹³ war es daher kaum erstaunlich, daß Kaufleute, Industrielle und Bankiers in ihrem Glauben bestärkt wurden, ihre Belange seien mit den umgreifenden der gesamten Gesellschaft eins und der nationalökonomische Widerpart könne nur "Sonderinteressen" gegen ein gebotenes Primat der Interessen der Gesamtgesellschaft vertreten.

Problematisch für das Verhältnis von Parteien und Interessengruppen wurde dieser Anspruch, sobald die kleindeutsch-orientierte, auf "Bildung von Stimmung und Meinung" (Nipperdey) begrenzte Politisierung, die der Nationalverein schuf, mit der Konstituierung des Norddeutschen Bundes ein vorläufig abschließendes Ziel erreicht und damit auch ein gut Teil der eigenen raison d'être eingebüßt hatte.¹⁴

Selbst unter den gegebenen Verhältnissen des langwierigen kleindeutschen Reichsgründungsprozesses hätte hier nämlich jene spezifische Statthalter-schaft des Wirtschaftlichen enden können, die sich bisher noch auf das Fehlen moderner Parteien, auf den Mangel an einer breiten, unterrichteten öffentlichen Diskussion und vor allem aber auf die Abwesenheit der notwendigen gesamtgesellschaftlichen Einrichtungen berufen und dergestalt auch

12) Th. Schieder, "Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens", in: Staat und Gesellschaft..., S. 142.

13) Bennigsen suchte dies Ziel durch eine bewußt nüchtern-pragmatische Agitation zu erreichen. So schrieb er am 18.IX.1858 an Viktor Böhmert, in den "Kreisen praktischer Männer" sei nur durch die Behandlung einzelner, realisierbarer, wichtiger Detailprobleme politisches Interesse "hervorzurufen und festzuhalten". (Oncken, Bennigsen, I., S. 315). Die Manipulierbarkeit des Begriffs "Allgemeininteresse" war natürlich Freihandelsanhängern und Fürsprechern des Schutzzolls geläufig. Entsprechende Auseinandersetzungen belegt u.a. in dem kurzlebigen süddeutschen "Verein für Deutsche Industrie". (BHB, Nr. 519, 21.XI.1861, S. 321; ebda., Nr. 521, 5.X.1861, S. 341; ebda., Nr. 522, 12.X.1861, S. 347).

14) Nipperdey, a.a.O., S. 14.

zu legitimieren vermochte.¹⁵

Wenn indessen dieser Gedanke einer spezifischen Stellvertreterschaft der Ökonomie, der ja doch vornehmlich eine Lage der Dürftigkeit politischer Verhältnisse und Institutionen ausdrückte, zum Modell möglicher politischer Partizipation überhaupt verklärt und in ein entstehendes modernes Parteiwesen eingebracht wurde, dann war damit bereits mittelbar einer möglichen Mediatisierung des Politischen durch die Ökonomie mit allen diesem Verdrängungsvorgänge innewohnenden Spannungen und Konfliktagen die Parole geliefert.

Es war von daher auch recht fragwürdig, wenn sich der deutsche Liberalismus immer wieder auf das früher erfolgreiche Politisierungsmodell des Nationalvereins berief:¹⁶ denn das bedeutete, sich zugleich zu jener von Alexander von Sybel auf dem Münchener Handelstag proklamierten - kleindeutschen - Einheit von Staat und Handel zu bekennen, die der Bedingung des Zusammenfalls von staatlichem Wollen und einer dem gewerblichen Interesse genehmen wirtschaftlichen Richtung unterlag.¹⁷

15) Der Reichsgründungsprozeß im Böhmeschen Sinne als auf die Zeit von 1848-1879 erstreckt gedacht. Vgl. Helmut Böhme, "Probleme der Reichsgründungszeit", in: ders. (hrsg.). Probleme der Reichsgründungszeit, Köln 1968, S. 11-17. Abnehmendes politisches Interesse der Unternehmer, das Böhme nach dem Sieg der liberalen Handelspolitik in Deutschland schon auf 1862/63 datiert und selbst die Niederlegung parlamentarischer Mandate beenden zwar ein faktisches Engagement, nicht aber die Vorstellung vom Primat der Wirtschaft im Bürgertum. Vgl. H. Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, S. 116 f.; Siemens, Lebenserinnerungen, S. 182: Verzicht auf das Abgeordnetenmandat im preußischen Landtag nach 1866.

16) Vgl. Theodor Heuß, Friedrich Naumann - Der Mann - Das Werk - Die Zeit, Stuttgart 1949, S. 182. Noch die 1924 rechts aus der DDP ausscherende "Libérale Vereinigung", die von Carl Friedrich v. Siemens unterstützt wurde, nahm sich "Wesen und Wirken des Nationalvereins" zum Vorbild. (Streng vertraulicher Entwurf zur Gründungserklärung der "LV" vom 21.XI. 1924 verfaßt von Eugen Schiffer, in: SAA 4/Lf 697).

17) "Handel und Staat sind nicht mehr zu trennen, und wer über den einen zu wachen hat, muß ganz natürlich auch über den anderen wachen". (A. v. Sybel, Verhandlungen des 2. Deutschen Handelstages, S. 19).

Der "Jubiläumsliberalismus" (F. Naumann)¹⁸ feierte so ein Primat des Wirtschaftlichen, das ihm in der historischen Retrospektive jenen p o l i t i s c h e n Primat zulegte, den ihm einzuräumen schon die Gegenwart der refeudalisierten Wilhelminischen Gesellschaft keinen Grund mehr sah.¹⁹

In der Tat konnte diese Vorrangstellung der Ökonomie jenseits des gesellschaftlichen und politischen Kontextes der deutschen Verhältnisse der anhebenden 1860er Jahre ebensowohl ihre damals bedingt emanzipatorische Funktion wie die ihr eigene, besondere politische Gerichtetheit einbüßen.^{19a}

Es war darum unhistorisch, diese Konstellation in Geschichte, Theorie und Traditionspflege des deutschen Liberalismus so betont als Muster und Vorbild fortschreiben zu wollen, was freilich auch an der kennzeichnenden Interessenschamhaftigkeit des Liberalismus lag, der gerne Pathos, Stimmung und Gesinnungen des eigenen "Überbaus" über das bewegende Gewicht materieller Belange dominieren ließ.²⁰

Die Rezeption von Erfahrungen und Überzeugungen der beginnenden 1860er Jahre warf indessen nicht erst im Wilhelminismus für bürgerliche und insbesondere die liberalen Parteien solche Fragen auf.

18) Vgl. Th. Heuß, Friedrich Naumann, ..., S. 172.

19) Vgl. E. Kehr, "Zur Genesis des Königlich Preussischen Reserveoffiziers" in: ders., Primat der Innenpolitik, S. 61 f.

19a) Zur illiberalen Umkehr des von Freihandel und Nationalverein entwickelten Agitationsrasters durch den "Centralverband Deutscher Industrieller" (CDI) vgl. unten, S. 317 f.

20) "Die etablierte bürgerliche Gesellschaft schirmt ihr Selbstverständnis, das gute Gewissen der beati possidentes, erfolgreich gegen die Einsicht in eine Gesellschaftsstruktur ab, deren breite Schichten von den entscheidenden politischen Rechten bis dahin ausgeschlossen waren. Das ist auch der Grund, weshalb die liberale Parteitheorie ausgesprochen p r ü d e gegen Erwähnungen des Interessenmoments in der Parteibildung sein muß". Kurt Lenk, Franz Neumann, Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied/Berlin 1968, S. XXXVII.

Die Trennung von gemeinpolitischem und Interessenmandat nach 1866

Daß ökonomisches Geschehen die Stelle der Politik vertrete, war das Axiom, das der Überzeugung, auf diesem Felde auch politisch für ein Ganzes zu sprechen, erst die verbreitete Selbstverständlichkeit gegeben und Einzelunternehmer wie wirtschaftliche Verbände an diese Etappe der kleindeutschen Reichsgründungspolitik herangeführt hatte.²¹ Diese Selbstverständlichkeit wurde von dem Augenblick an fraglich, an dem sich Handels- und politischer Fortschritt schieden und moderne, über den gesamtstaatlichen parlamentarischen Betrieb am politischen Machtkampf teilnehmende Parteien auf ihre ausschließliche Repräsentativität verwiesen.²²

Auch dem Handelstag, dessen Arbeit seit dem positiven Votum zum deutsch-französischen Vertrag der kleindeutschen Linie gefolgt war, war dadurch die Existenzfrage gestellt,²³ und sie wich im Kaiserreich nicht mehr von der Tagesordnung.²⁴

Äußerlich ließ es sich als eine Verabschiedung eigener Tradition werten, wenn Adalbert Delbrück 1874 das alte, gesamtgesellschaftlich konzipierte

21) Man konnte daher Gewerbefreiheit als "einen der wesentlichsten, unentbehrlichsten Teile der allgemeinen politischen Freiheit" fordern (BHB, Nr. 520, 28.XI.1861, S. 329).

22) Vgl. oben, S. 308, Anm. 15.

23) Im Ausschuß des Handelstages bestand 1861 eine großdeutsche, seit 1862 aber eine kleindeutsche Majorität. Vgl. Der Handelstag..., Bd. 1, S. 18; Verhandlungen des 2. Deutschen Handelstages, S. 96 (vgl. oben, S. 104 ff.).

24) So auf Vollversammlungen bzw. einzelnen Ausschußsitzungen des Handelstages in den Jahren 1868, 1871, 1874, 1878, 1880. (Der Handelstag..., Bd. 1, S. 31, 41, 45; Verhandlungen des 8. Deutschen Handelstages zu Berlin am 30. und 31. Oktober 1878, S. 3; Verhandlungen des 9. Deutschen Handelstages zu Berlin am 19. und 20. Oktober 1880, S. 30: Bertelsmann/Bielefeld: "Der Ausschuß ist in der üblen Lage, daß er sich immer fragen muß: ist es opportun, für diese... Frage den Handelstag zu berufen, oder... nicht daran zu rühren".).

Mandat der Organisation als von der Realität überholt erklärte und sich für den Handelstag zum Auftrag der alleinigen Wahrung ökonomischer Belange bekannte. Dem Handelsforum sei, so formulierte er, seine "frühere politische Bedeutung durch die Reichsgründung genommen"; er könne daher "in Zukunft nur die Bedeutung einer Interessenvertretung haben...".²⁵

Damit war aber der Anspruch, staatliche Politik mitzubestimmen, nicht vor veränderten Verhältnissen abgedankt.²⁶ Er war nur modifiziert, trat aus der vagen Allgemeinheit beschworener Gesinnungen heraus und leitete auf der Seite der wirtschaftlichen Verbände bereits in einem gewissen Vorgriff zur Wirklichkeit der sich erst später entwickelnden Interessen- und Integrationsparteien über.²⁷

Die Ursachen dieses Wandels sind nur z. T. in der beschleunigten Gesetzgebung der Zentralinstanzen nach 1866 bzw. 1871 zu sehen, die den "prak-

25) Der Handelstag, Bd. 1, S. 45 (Sperrung H.M.B.)

Der Bankier Gottlieb Adalbert Delbrück (Delbrück, Leo & Co. und Deutsche Bank) war von 1870-1885 Vorsitzender des Deutschen Handelstages.

26) Äußerungen aus dem Umkreis des Handelstages dienen hier nur dazu, die Artikulierung des gewerblichen Interessenmandats zu belegen. Die Schwierigkeit, durch den Handelstag die Unternehmerschaft insgesamt zu vertreten, ergab sich, abgesehen von den divergierenden Interessen der körperschaftlichen Mitglieder, auch daraus, daß wohl die einzelne Handelskammer oder Korporation in Anlehnung an die Form "staatlicher Hilfsinstitute zur Beratung der Regierung" (Fischer) oder als freiwilliger Verband ein juristisch fixiertes Mandat besaß, der Handelstag als solcher jedoch, wie es der Delegierte Wiens, Mayrhofer, schon 1862 formulierte, "kein Parlament" war und seine Beschlüsse an sich "niemand" banden. (W. Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, S. 8; Verhandlungen des zweiten Deutschen Handelstages, S. 33).

27) Zur Datierung dieser "Verwandlung der deutschen Parteien": Th. Schieder, Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteienwesens, S. 141. Zur Entstehung der Integrationspartei, vgl. S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965, S. 104 ff. Vorbehalt gegen die summarische Verwendung des Terminus Interessenpartei bei Lenk/Neumann, Theorie und Soziologie..., S. XIX.

tischen Männern" weitgehend die frühere Initiative entriß und ihre Rolle auf die des begleitenden Begutachtens und Kommentierens beschränkte.²⁸

Im Handelstag selbst folgte man einem Gebot der Selbsterhaltung, wenn dort auf die Abklärung von Fragen verzichtet wurde, in denen sich Interesse und Weltanschauung verknüpften. Hier bestand, seitdem der Austritt der entschieden freihändlerischen ostdeutschen Küstenstädte die Organisation 1868 in eine ernste Krise gebracht hatte, die Empfehlung des ständigen Ausschusses, "künftig zollpolitische Angelegenheiten möglichst von (der) Tagesordnung fern zu halten".²⁹ Grundsatzdebatten wurden so im Handelstag selten:³⁰ Versuche, handelspolitische Gegensätze im Innern pragmatisch zu vermitteln, führten notwendig zu Abstrichen am überkommenen liberalen Überbau.

Es blieb für den Handelstag grundsätzlich die zentrale Aufgabe zu lösen, wie unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts die Wahrnehmung des Mandats gewerblicher Interessen überhaupt zu artikulieren und politisch durchzusetzen sei.

Die Vorstellung vom Sieg einer aufgeklärten Öffentlichkeit über reaktionär-feudale Zustände war vor der kleindeutschen Reichsgründung auch bei der dem Liberalismus gewonnenen Unternehmerschaft Gemeingut gewesen.³¹

Die Verbündeten: Freihandel und Nationalverein feierten die unterrichtete

28) Das betonte G.A. Delbrück auf einer Ausschußsitzung des Handelstages am 21.9.1874. (Der Handelstag..., Bd. I, S. 45).

29) A.a.O., S. 39. Es handelte sich um die Städte Memel, Tilsit, Insterburg, Königsberg, Elbing, Danzig und Thorn.

30) So vermied man ängstlich, das Plenum des Handelstages mit der Frage der Erhöhung der Eisenzölle am Ausgang der 1870er Jahre zu befassen und beschloß nur eine Umfrage bei den Mitgliedern, deren Resultat dem Reichskanzleramt vorgelegt wurde. (Verhandlungen des 8. Deutschen Handelstags zu Berlin am 30. und 31. Oktober 1878, S. 3).

31) Im Berlin der 1860er Jahre zeugte davon u.a. die Petition, die die Fabrikanten Borsig, Egells, Freund, sowie W. Siemens und J.G. Halske am 1.5.1865 an das preußische Staatsministerium richteten. Die Industriellen baten um Aufhebung des Koalitionsverbots als eines "Schritts zur freien Selbstbestimmung des Arbeiters". (Abgedruckt bei: E. Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung, Bd. 1, Berlin 1907, S. 138) Das BHB. schrieb 1860, die öffentliche Meinung dulde weder "ritterschaftlichen" noch "Fabrikantenfeudalismus". (BHB, Nr. 437, 25.II.1860, S. 72).

öffentliche Meinung als revolutionierende Macht.³² Der publizistische Mitstreiter Bennigsens, Victor Böhmert, nannte sie geradezu "ein neues Princip" und hieß, ihrer Überlegenheit gewiß, die deutschen "freetraders", Kampf und Auseinandersetzung suchen, "auf welcher Arena es sei".³³ Freilich, wo dies "neue Princip" der Freihandelsschule widerstritt, hieß es auch bei ihm schon vielsagend, "muß eben dieser Öffentlichen Meinung ... eine andere Stimmung beigebracht werden".³⁴ Der Wille zur Manipulation löste demnach ursprünglicheres Vertrauen in das selbsttätige Durchdringen der besseren Idee ab.³⁵ Formelhaft verkürzt, brachte diese Sentenz bereits das Anliegen jeglicher künftigen gewerblichen Interessenvertretung auf den Nenner, der Administration, der in Parlament und Parteien politisch konstituierten Öffentlichkeit jene "Stimmungen beizubringen", die der Beurteilung wirtschaftlicher und sozialer Tatbestände in der Unternehmerschaft entsprachen.

I n t e r e s s e n v e r t r e t u n g i n d e r Z e i t d e s a l l g e m e i n e n W a h l r e c h t s

Von der Agitation zur Institutionalisierung gewerblichen Einflusses

Nach der Hochflut handelspolitischer Agitation, die gern die öffentliche Meinung als Alibi industriellen Wollens bemühte, war es zu einer Grunderfahrung geworden, daß allgemeine Wahlen das Engagement der "praktischen

32) BHB, ebda.

33) BHB, Nr. 493, 23.III.1861, S. 101.

34) BHB, Nr. 519, 21.IX.1861, S. 341.

35) Solch manipulativer Steuerung ziehen sich klein- und großdeutsche Tendenzen von 1866 in beredter Gegenseitigkeit. 1862 sprach der österreichische Handelstagsdelegierte Szabel/Olmütz von der "künstlich gestalteten öffentlichen Meinung", die die deutschen Staaten zu mediatisieren drohe. (Verhandlungen des 2. Deutschen Handelstages, S. 49). A. Bergengruen, David Hansemann, Berlin 1901, S. 721 f. E. Franz, Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands 1856-1867, München 1933, S. 129.

Männer" nicht mit einer ausreichend starken parlamentarischen Präsenz dieser Kreise honorierten. Das klang beim Handelstag 1868 in der Bemerkung an, die Zusammensetzung des Norddeutschen Reichstages sei "mehr als je dem Einfluß des Handels- und Industriestandes entzogen".³⁶

Dieser Tatbestand bestimmte ebensowohl den Handelstag, wie den zur Mitte der 1870er Jahre entstehenden "Centralverband Deutscher Industrieller" (CDI) zu dem wiederholten Versuch, die für die Organisation erstrebte Mitwirkung in Zoll-, Handels- und Sozialpolitik sich administrativ - durch Einschaltung in die Gesetzgebung - sanktionieren zu lassen.³⁷ Erste - erfolglose - Vorstöße in diese Richtung hatte es beim Deutschen Handelstag freilich schon seit Ende der 1860er Jahre gegeben.

Der im Zeichen der anhebenden Schutzzollbewegung gegründete CDI suchte seinerseits ebenfalls die Wahrnehmung des Mandats gewerblicher Interessen in der rückversichernden Anlehnung an die Administration.³⁸ Davon zeugt bei ihm unter anderem die Bejahung berufständischer Konzeptionen der Bis-

36) Der Handelstag..., Bd. 1, S. 30

37) Ein entsprechender Antrag C.R. Hoettes/Elberfeld lag schon 1865 dem Handelstag vor, dessen Ausschuß nach 1866 beim Zollbundesrat vorstellig wurde. (Der Handelstag..., Bd. 1, S. 380 f.)

38) Beim CDI fiel ins Gewicht, daß die bei der Gründung des Verbands besonders rührige westliche Schwerindustrie seit Mitte der 1870er Jahre ihre Haltung in der Staatsbahnfrage revidierte und nur noch von der staatlichen Leitung der Bahnen massive Reduzierungen der erhöhten Tarife erwartete. Die Stellung des Generalsekretärs des CDI verband Bueck in Personalunion mit der Geschäftsführung des Langnamvereins. Vgl. I. N. Lambi, Die Organisation der industriellen Schutzzollinteressen, in: Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 296 ff.; F. Schunder, Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrbergbaus, ebda., S. 230 f.; Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 37 f.; H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 4 ff. Faktische wie vorgebliche Unterrepräsentation "der" Industrie blieb beim CDI ein gern bemühtes Debattenthema. Besonders gravierend empfunden wurde mangelhafte industrielle Parlamentspräsenz aber, als sich die Sozialpolitik des Reiches vom Kurs des CDI zu trennen schien und Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften, frei vom Druck des Sozialistengesetzes, seit den 1890er Jahren einen vom CDI nicht vorausgesehenen Aufschwung nahmen. Vgl. dazu ausführlicher unten, S. 324 ff.

marckschen Innenpolitik, die Anregungen beider Organisationen, wenn auch mit Abweichungen, im preußischen Volkswirtschaftsrat konkretisierte;³⁹ im engeren kommerziellen Bereich stehen dafür der "Zollbeirat" der Caprivischen Ära (1893-1897) und zur Jahrhundertwende der "Wirtschaftspolitische Ausschuß" beim Reichsamt des Inneren.⁴⁰

Damit war kein geschlossenes System der "Repräsentation durch Interessenvertreter" entstanden. Wohl aber hatte sich die ihr innewohnende Tendenz zur Ökonomisierung der Politik, die schon in der Teilnahme der Unternehmer am lokalen und regionalen Ausschuß- und Beiratswesen der Sozial- und Handelspolitik, des Verkehrswesens, der berufsständischen und kommunalen Selbstverwaltung, sowie der Justiz angelegt war, verstärkt und dialektisch die politische Durchdringung des Wirtschaftslebens befördert.⁴¹

- 39) Vgl. Verhandlungen des 8. Deutschen Handelstages am 30. u. 31. Oktober 1878, S. 4, 8-12; Poschinger, Aktenstücke, Bd. 2, S. 11; kritische Einwände: G.A. Delbrück auf dem 9. Handelstag, vgl. Verhandlungen des 9. Deutschen Handelstages am 19. u. 20. Oktober 1880, S. 31; H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 119, 178.
- 40) Vgl. H. Kaelble, a.a.O., S. 119, 17 ff. Die hier gewählten Beispiele stehen exemplarisch für eine Vielzahl weiterer institutionalisierter Kontakte.
- 41) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1, 1, Köln-Berlin 1964, S. 221 f. (Hier und im folgenden zitiert nach der Studienausgabe, hrsg. v. J. Winckelmann). Zur Bedeutung von Webers "idealtypischer Bewältigung des geschichtlichen Stoffes" (Bendix) für die Geschichtswissenschaft vgl. R. Bendix, Max Weber - Das Werk, München 1964, S. 15 f.; H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 116; R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, S. 119. Die Bedeutung der Beiräte ergibt sich schon aus dem äußeren Faktum, daß um ihre Besetzung, z. B. bei der Bahn, zwischen CDI und einer von der Berliner Kaufmannschaft vertretenen Minorität im Handelstag gerungen wurde (Verhandlungen des 9. Deutschen Handelstages 19./20. Oktober 1880, S. 38, 40, 43). In den Kommunen griff die Spruchinstanz der Gewerbegerichte in die innerbetriebliche Arbeiterpolitik der Firmen ein. In Spandau kümmerte sich der Siemenskonzern 1913 intensiv um die Gewerbegerichtsbeisitzer-Wahlen, nachdem ihm am früheren Verwaltungssitz Berlin das Gewerbegericht die Praxis von Lohnabzügen für die werksgeförderten gelben Unterstützungsvereine untersagt hatte. (Vorwärts, 30. Jg. Nr. 213, 19.IX.1913; SAA, 11 Lg 297-299: Änderungen in der Beitragsabführung für den Unterstützungsverein 1913). Zum analogen, den Reformismus in der SPD begünstigenden kommunalen Interesse bei der Lohnarbeiterschaft, s. G.A. Ritter, Die Arbeiterbewegung..., S. 41.

Der "Centralverband Deutscher Industrieller" als Agitations-
verband (Kaelble): aliberale politische Neubesetzung ökonomischer
Interessen

Eine solche Entwicklung, die von der punktuellen und kampagnenhaften Agitation zur allmählichen Institutionalisierung der Einflußnahmen abzielte, demonstrierte insbesondere der "Centralverband Deutscher Industrieller" (CDI).

Um Parlament und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung zu überzeugen, hatte der im Januar 1876 konstituierte CDI die erste Phase seiner Tätigkeit bewußt dem Primat der Agitation untergeordnet.⁴² Die Namensgebung der Organisation: "Centralverband Deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit" variiert dabei zwar kein neues, wohl aber mit dem angestrebten Brückenschlag zur Landwirtschaft ein wirksameres Programm der "nationalen" Begründung des Protektionismus als einzelne seiner Vorläufer.⁴³

Zur Erreichung einer Zollpolitik, die nach 1879 auf einem abgeschirmten Binnenmarkt die ökonomische Verflechtung der kleindeutschen Gebietsteile

42) Vgl. Wolfgang Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850-1879), in: Moderne Deutsche Sozialgeschichte, S. 265; Lambi, Die Organisation..., S. 300; H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 3.

43) Der von der schutzzollfreundlichen süddeutschen Industrie unterstützte "Verein für Deutsche Industrie" (gegr. im Oktober 1861 in Frankfurt/M.) berief sich auf die "Vertretung der deutsch-nationalen Arbeitsinteressen" und sprach vom "Schutz der nationalen Arbeit". (BHB, Nr. 521, 5.X.1861, S. 341). Auch Bueck betonte, die Parole sei "nichts Neues", man habe sie vom "Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" übernommen; dort wiederum hatte sie im Zusammenhang mit der Bahnpolitik der Schwerindustrie an Boden gewonnen (Bueck, Der Centralverband..., Bd. 1, S. 154). Die Klagen der Schwerindustrie über die Krisenverschärfende Rolle der erhöhten Bahntarife trug in der Frühzeit der Schutzzollagitation der fortschrittliche Abgeordnete W. Löwe dem Reichstag vor: Verhandlungen des Reichstages, II., 2., 1875/76, S. 449, am 7. XII.1875). Als verbindende Lösung feierte der Vorsitzende des CDI, Schwartzkopff, das Motto: "Arbeit und ihr Schutz für die Nation" auf dem 10. Kongreß deutscher Landwirte am 24.II.1879. (Bueck, Der Centralverband..., Bd. 1, S. 396). Zusammenfassend: Helmut Böhme, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1968, S. 72-79.

vorantrieb, und daher als ein "Stück 'innerer Reichsgründung'" bezeichnet werden konnte, griff die Propaganda des CDI. mit der Berufung auf die Nation freilich wieder jene Prokuraposition der gewerblichen Welt auf, die G.A. Delbrück 1874 für den Handelstag in vorsichtigen Worten abgelehnt hatte.⁴⁴

Im Verhältnis zu den Parteien aber bedeutete dies jetzt einen Ansatz zur Usurpierung des nationalen Gedankens, dessen verengt wirtschaftliche Neubesetzung auf weltbürgerliche Komponenten, wie sie englischen und z. T. auch deutschen "Freetraders" noch eigen waren, verzichtete,⁴⁵ was folgerichtig vor allem von der liberalen Linken als Verdeckungsideologie bloßgestellt und bekämpft wurde.⁴⁶

Den Versuch, "den Terrorismus..., den die radikalen freihändlerischen Prinzipien heute [d.h. 1875, H.M.B.] über die öffentliche Meinung ausüben" (v. Kardorff), mit dem Appell an ein im Verstande von Textil- und Schwerindustrie "allgemeines Interesse" zu brechen, mochte Bamberger beim ersten Anlauf dieser Agitation noch mit der gelassenen Bemerkung abtun, es sei bekannt, "daß man sehr leicht das Klappern seiner eigenen Mühle mit der

44) W. Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge..., S. 267. Zu Delbrück vgl. oben, S. 310 f. Diese Zurückhaltung ist nicht nur Reaktion auf eine CDI-freundliche Mehrheit industrieller Kammern im Handelstag, wo man "1874 begann... die Interesseneinheit der Freihändler... aufzubrechen" (Böhme). Wie sein Vetter Rudolf gegenüber den protektionistischen Petitionen 1875 im Reichstag wahrte sich auch G.A. Delbrück an der Spitze des weiterhin überwiegend freihändlerischen Ausschusses des Handelstages eine recht nüchterne Selbstverständlichkeit, was industrielle Kammern um 1884/5 ärgerlich kommentierten. (Böhme, Prolegomena..., S. 75; Verhandlungen des Reichstages, II, 2., S. 463, am 7.XII.1875: "Wir haben uns (nun) einmal mit Interessenfragen zu beschäftigen (und)... müssen die Folgen davon auf uns nehmen, die die Differenzen in Interessenfragen hervorrufen". Jahresberichte der Handelskammern Dortmund und Bielefeld zu 1884 bzw. 1885 in: Der Handelstag..., Bd. 1, S. 78 f.).

45) Exemplifiziert u.a. noch in der welthandelsfreundlichen und pazifistischen Imperialismuskritik von Hobson (vgl. John A. Hobson, Der Imperialismus, S. 80-103 u. passim, vgl. auch Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1973, S. 406 f.).

46) Kennzeichnend dafür u.a. der Versuch Buecks auf der Jahresversammlung des VfS. von 1877, populäre antifranzösische Ressentiments wirtschaftspolitisch umzumünzen (Bueck, Der Centralverband..., Bd. 1, S. 355).

Harmonie der Sphären verwechselt".⁴⁷

Die Gefahr, die von jener Seite drohte, war freilich nicht zu unterschätzen. Man sprach bei den Parteigängern des CDI klar aus, daß das Beharren auf Handelsfreiheit unweigerlich "zu einer großen Verschiebung der politischen Parteien", zu "reinen Interessenvertretungen" führen werde, die "Allianzen nehmen, wo sie sich finden".

Damit waren aber Struktur und Repräsentationsanspruch der Parteien insgesamt bedroht, und der Erfolg schutzzöllnerischer Presse- und Versammlungsarbeit, die bis ins methodische Detail hinein dem Vorbild festländischer Freihandelsagitation folgten, verliet dieser Gefahr reales Gewicht.⁴⁸

In den Reichstagswahlen von 1877 und 1878 konnte der Centralverband in der Wahlbeeinflussung vom Aufruf an "alle auf den Ertrag ihrer Arbeit Angewiesenen" zur Einwirkung auf die Kandidatenauslese fortschreiten.⁴⁹ Er festigte über traditionelle Fraktionsgrenzen hinweg das Ergebnis des Urnengangs von 1878 in der "Freien wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages" und zielte mit dem Plan zur Errichtung eines "Volkswirtschaftlichen Senats"

47) Von Kardorff am 7.XII.1875 vor dem Reichstag (Verhandlungen des Reichstages, II., 2., 1875/76, S. 457). Bamberger in der gleichen Sitzung, a.a.O., S. 451. Gelegentliche Modifizierung des Anspruchs, allgemeine Interessen zu vertreten, gegenüber verbandsinterner Kritik nach Abschluß der "ersten Periode des CDI." (Bueck) seit 1879 (Bueck, Der Centralverband..., Bd. 1, S. 192, 198, 229: Stellungnahmen des Präsidiums: man spreche nicht für die g a n z e Industrie (1882); wahre "allgemeine, der Industrie förderliche Interessen". (1889)).

48) Reichstagsabgeordneter Dr. W. Löwe am 7.XII.1875 vor dem Plenum (Verhandlungen des Reichstages, a.a.O., S. 450). Mit der Arbeit der "Friedrich-List-Vereine" und der bewußten Kraftprobe mit dem Volkswirtschaftlichen Kongreß im noch überwiegend freihändlerischen Bremen 1876 wurde das analoge Vorgehen der "freetrader" imitiert (Bueck, Der Centralverband, Bd. 1, S. 164 f., 191; BHB, Nr. 493, 23.III.1861, S. 98: "München erobern... heißt den Südwesten erobern"; Lambi, Organisation..., S. 305 f.). Zum Wirken Cobdens als Muster für den Ansatz moderner Massenbewegungen: H. Oncken, Lassalle, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin, 1966, S. 319.

49) Von Kardorff hatte schon auf der konstituierenden Generalversammlung des CDI am 15.II.1876 die Direktive gegeben, "mit der Industrie und den Verhältnissen der nationalen Arbeit vertraute Männer" in den Reichstag zu wählen (Bueck, Der Centralverband..., Bd. 1, S. 145, 153; zum Wahlauf Ruf 1877 und der "Befragung" von Kandidaten in den Wahlkreisen 1878: a.a.O., S. 321-324, 373).

mit auf die berufsständische Aushöhlung der politischen Funktionen des deutschen Zentralparlaments.⁵⁰ Damit waren in einer auf die Nahziele: Umstimmung der öffentlichen Meinung, Ausschaltung von als wirtschaftsfremd denunzierten Gegenpositionen und Gewinnung der Administration abgestellten ersten Phase der Verbandsarbeit bis 1879 bereits Bahnen und Instrumente des politischen Wirkens der Interessenvertretung bis zum Ende des alten Jahrhunderts vorentworfen.⁵¹

"Allgemeines" zur Verschleierung partikulären Interesses bei CDI, Handelstag und Handelskammern

Zu den politisch weitreichendsten Konsequenzen der Arbeit des CDI zählte, daß - besonders deutlich beim Eintreten für den Volkswirtschaftsrat - der Centralverband einen engeren politischen Bereich von dem Gebiet ökonomischer Tatsachen und Zwänge zu isolieren trachtete. Er wollte deren Interpretation der Fachkompetenz von Praktikern vorbehalten.

In der "unpolitischen" Stellung der Sachkapazität blieben dabei industrielle Experten der Verantwortlichkeit für die innen- und außenpolitischen Implikationen ihrer Entscheidungen überhoben, legten aber bei einer engen

50) Siehe oben, S. 150 f. Die Bismarcksche Konzeption des Volkswirtschaftsrates tastete das einer noch überwiegend ländlich bestimmten Gesellschaft absichtsvoll zugestandene allgemeine Wahlrecht an, als die fortschreitende Industrialisierung dem Stimmzettel des "suffrage universel" die mögliche Funktion einer plebiszitären Komponente konservativer Politik nahm. Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. I, 1., S. 220.

51) Zu dieser Charakterisierung der Zeit bis 1879 vgl. Bueck, Der Centralverband..., Bd. 1, S. 92.

Verbindung zur Administration Regierung und Verwaltung in gewisser Weise fest.⁵²

Soweit ähnliche Ansprüche gegenüber Parteien und rivalisierenden Verbänden zu vertreten waren, bedurften sie unter den Bedingungen wechselnder Interessenkoalitionen von Industrie, Handel und Landwirtschaft einer Legitimierung, die eine Generallinie gesamtgesellschaftlich beglaubigte.⁵³ Teil- und Gruppeninteressen wurden von daher repräsentativ stilisiert:⁵⁴ Ziel war die Ableitung eines Führungsauftrages, der es gestattete, die staatlich-politische Verfassung und das Wirken der Parteien am Maßstab je unterschiedlich bestimmter, ökonomischer Belange zu messen.⁵⁵ Darauf bezog sich der CDI, wenn er von "nationaler Arbeit" und allgemeinen Interessen sprach und diese Termini über taktische Schwenkungen hinweg beibehielt.

Daß solche Versuche oft in sich brüchig und bemüht ausfielen, lag bei einer auch in den Verbänden und wirtschaftlichen Organisationen interessendifferenzierten Verfassungswirklichkeit auf der Hand. Klafften doch schon in Kammern und Korporationen, die nach dem Gesetz "Gesamtinteressen" wahrzunehmen hatten, Programm und Realität, wie mehrfach belegt, häufig

-
- 52) In seinem Referat vor dem 8. Deutschen Handelstag forderte Bueck 1878 den volkswirtschaftlichen Senat als Garantie "für das Zustandekommen von Gesetzen... die ... den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt sind". Er bestritt die Sachverständigkeit der unter politischen Aspekten gewählten Abgeordneten, die nur "in politischen Dingen" ein Urteil abgeben könnten (Verhandlungen des 8. Deutschen Handelstages, S. 9). Zu den Folgen der "unpolitischen Form" der Beeinflussung von Innen- und Außenpolitik: A. Rosenberg, Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918, Berlin 1928, S. 60; E. Kehr, Deutsch-englisches Bündnisproblem der Jahrhundertwende, in: ders. "Primat der Innenpolitik", S. 179.
- 53) Zur wechselnden Bündnispolitik des CDI: H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 170, 163 f.
- 54) Die Berufung auf das "große Ganze" wird man entgegen Kaelble, der sie als Charakteristikum der Jahrhundertwende registriert, schon in die frühe Agitationszeit des CDI rücken dürfen. (A.a.O., S. 118 f., 123; siehe auch oben, S. 127 ff.)
- 55) Nüchtern auch so gedeutet von Handelsminister von Berlepsch 1896 (Sten. Ber.Hs.d.Abg., IIXX., 3., 1896, Anlagen, Bd. 3., Nr. 249, S. 2469).

cuseinander. So konnte der überwiegende Einfluß gewerblicher Notabeln dort Kleinindustrielle und Detailhandel faktisch ausschließen.⁵⁶ Schwerpunkte des großstädtischen Handels isolierten sich absichtsvoll vom industriellen Umland, und aus Gründen der Verbandsrassen blieben andererseits die früh dem CDI gewonnenen Kammern in Rheinland-Westfalen auf ihre engen industriellen Sprengel beschränkt.⁵⁷

Dies alles, weil die offenkundige Reformbedürftigkeit verfestigter Strukturen genauso wie die mangelhafte territoriale Verbreitung der Handelskammern für kontroverse wirtschaftspolitische Konzeptionen einen historisch gewachsenen Besitzstand darstellte, den zu verteidigen Anhänger und

- 56) Gleichbleibende gesetzgeberische Definition der Aufgaben der Kammern in Preußen zwischen 1870 und 1924. Vgl. Studt und Braunbehrens, Die neuen Preußischen Verwaltungsgesetze, Bd. 5, 5. Aufl., Berlin 1894, S. 323; M. v. Brauchitsch, Die Preußischen Verwaltungsgesetze, Bd. 4, 17. Aufl., Berlin 1926 (17. Aufl. hrsg. v. B. Drews u. G. Lassar), S. 702, 704, 709. Kritik an der Exklusivität der Handelsvertretungen in Altona, Berlin, Bremen, Breslau und Hamburg bei der Beratung des "Entwurfs eines Gesetzes über die Handelskammern" vom 24.4.1896 vor allem von Seiten der dem CDI verbundenen kleineren rheinisch-westfälischen Kammern; für Breslau und Berlin aber auch durch Handelsminister v. Berlepsch in den Sten.Ber.Hs.d.Abg., IXX., 3., 1896, Bd. 3, S. 1880, 1884, 1891 f. Zur gesetzlichen Grundlage dieser Entwicklungen in Berlin, Hamburg und Bremen, s. W. Fischer, Unternehmertum, Selbstverwaltung und Staat, S. 22, 25, 45, 48, 51.
- 57) Abschließungstendenzen u.a. bei der Berliner Korporation - vgl. oben, S. 273, 276, die den agrarisch-industriellen Zollkompromiß des CDI von 1902 bekämpfte. Daneben in Breslau, dessen Kammer, wie erklärt wurde - kennzeichnend für Handelsvertretungen kammerarmer Gebiete - die "ganze Provinz" mitberücksichtige. Im CDI wurde das "eine akademische Redensart" genannt. Minister Berlepsch deutete an, in Breslau fühle man sich mit einer handelsfreundlichen Majorität "sehr wohl in ihrer (der Kammer) Abgrenzung". (Sten.Ber.Hs.d.Abg., IXX., 3., 1896, Bd. 3, S. 1882, 1891: Syndikus Gothein/Breslau und Handelsminister von Berlepsch am 24.4.1896; Verhandlungen CDI, Nr. 68, Juni 1896, S. 36: Geschäftsführer der Handelskammer Osnabrück polemisiert gegen Gothein; zum Kurs der Berliner Korporation: Correspondenz, XXIII. Jg., Nr. 10, S. 295 und XXIV. Jg., S. 249; (Instruierung der Berliner Handelstagsdelegierten gegen jede Erhöhung der Getreidezölle, Verurteilung des 1901 veröffentlichten Zolltarifs und eine dem entsprechende Denkschrift des Berliner Ältestenkollegiums) Reaktion beim CDI: Angriffe des stellvertretenden Geschäftsführers A. Tille auf die "gewissermaßen zum Testament gewordenen Programmklärung" aus Berlin in: Verhandlungen CDI, Nr. 90, Juli 1901, S. 31-65).

Gegner der Handelspolitik des CDI bereit waren. Das galt auch als der preußische Minister von Berlepsch sich 1895 anschickte, ein ganz Preußen umfassendes Netz arrondierter Kammern aufzubauen.⁵⁸

Im Centralverband kontrastierte der Anspruch, für eine Gesamtheit zu wirken, mit den offenen und latenten Spannungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern von Rohstoffen.

So unterstützte der CDI bei der Vorbereitung des Zolltarifs von 1902 nur den an Schutzzöllen interessierten Teil der chemischen Industrie und verlor darüber die Einzelmitgliedschaft der großen Farbwerke "Bayer", "Höchst" und "BASF", die Bueck im nachhinein etwas abschätzig als "bedingungslose Freihändler" charakterisierte.⁵⁹ In der Frage eines Einfuhrzolls auf Rohkupferimporte berücksichtigte der Centralverband dagegen die Kupferkonsumenten der Industrie, lehnte den Zoll ab und sah daher auch 1902 die "Mansfeldische Kupferschiefer bauende Gewerkschaft" aus den Reihen des CDI ausscheiden.⁶⁰

Das Recht, für alle gewerblichen Interessen von Handel und Industrie zu sprechen, forderte zudem um die Jahrhundertwende auch der Deutsche Handelstag für sich. Daneben konnten einzelne industrielle Fachverbände, wie der der chemischen Industrie, in dieser Frage ein Mitspracherecht geltend

58) Zur Ablehnung der Handelskammervorlage vom 24.4.1896 trug in beiden Lagern die Furcht bei, eine geschlossen korporative Organisation der Kammern führe indirekt zu einer parallelen Organisierung der Arbeitnehmer. In der IXX. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses, an die das Plenum die Vorlage verwiesen hatte, wurde das Prinzip der staatlichen Errichtung der Handelsvertretungen daher abgelehnt. Berichterstatter der Kommission war Bueck. Vom Handelsminister wurde daraufhin die Vorlage am 13.5.96 zurückgezogen (Sten.Ber.Hs.d.Abq. IIXX., 3., 1896, Bd. 1, S. 1881: ablehnendes Votum Gotheins am 24.4.96; Kommissionsbericht: ebda., Anlagen, Bd. 3, Nr. 249, S. 2465-2474, Nr. 218; Präzisierung der Ablehnung beim CDI durch Th. v. Möller, "die staatliche Organisation des Arbeiterstandes" werde hinterherkommen (Verhandlungen CDI, Nr. 68, Juni 1896, S. 38).

59) Nach siebenjähriger Zugehörigkeit zum CDI war bereits 1889 der "Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands", der sich in wesentlichen Fragen der Sozialpolitik vom Centralverband übergangen fühlte, ausgetreten. Vgl. C. Ungewitter, Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik, 1877-1927, Berlin 1927, S. 378 ff., 381; Verhandlungen CDI, Nr. 94, Sept. 1902, S. 19 f.

60) Verhandlungen CDI, a.a.O., S. 19.

machen.⁶¹ Der Streit um den Primat der Vertretung ökonomischer Interessen belastete damit um die Jahrhundertwende schon innerhalb des Lagers der Verbände die Begegnung mit dem konkurrierenden politischen Vertretungsanspruch der Parteien.

In seiner frühen Agitationszeit hatte der Centralverband diese Konfrontation mit der Gewinnung der öffentlichen Meinung und einem ersten massiven Vorstoß in das deutsche Zentralparlament - der parlamentarischen Plattform, die den sozio-ökonomischen Wandel der sich industrialisierenden deutschen Gesellschaft außerhalb der ständisch aufgebauten Landtage am ehesten politisch wiederzugeben versprach - für sich zu entscheiden vermocht.⁶² Als Instrumente seines Vorgehens hatte er seit dieser Zeit, dem Ende der 1870er Jahre, die Anbahnung persönlicher Beziehungen zu den Abgeordneten und die teils institutionalisierte, teils im informellen Kontakt vermittelte Bindung zur Bürokratie genutzt.⁶³

Unausgesprochen stand aber gerade dort die Verankerung industriellen Ein-

61) Mit einer Eingabe vom 17.II.1901 an den Bundesrat, die die Repräsentativität des Handelstages für die Industrie mitunterstrich und für ihn eine Gleichstellung mit dem von der Regierung ständig konsultierten "Deutschen Landwirtschaftsrat", der Zentralstelle der Landwirtschaftskammern, erbat, löste der Handelstag eine mit Memoranden und Pressepolemiken geführte Auseinandersetzung mit dem CDI aus, die eine in der Frühzeit des Centralverbands getroffene Entscheidung einer Arbeitsteilung zwischen beiden Organisationen revidierte, vgl. Verhandlungen des 8. Deutschen Handelstages 1878, S. 4: Generalsekretär Annecke für die Respektierung des CDI als industrieller Vertretung; Der Handelstag..., Bd. 1, S. 117 f., 122, 124; Zurückweisung der Bestrebungen des Handelstages beim CDI: Verhandlungen CDI, Nr. 92, Juli 1902, S. 11 (Bueck). Zur Rolle des erwähnten Fachverbands der chemischen Industrie, der vor 1900 an Plänen zur Errichtung einer "Gesamtvertretung der Deutschen Industrie" arbeitete, vgl. C. Ungewitter, Ausgewählte Kapitel..., S. 379 f., 383 f., 391 ff., und Verhandlungen CDI, Nr. 74, Juni 1897, S. 7 f.: R. Vopelius lehnt die von Dr. O. Böttinger (Farbwerke Bayer) empfohlene Frontstellung gegen die Agrarier ab.

62) Vgl. dazu E. Maschke, Die Industrialisierung Deutschlands im Spiegel der Parlamentszusammensetzungen von 1848 bis heute, in: Tradition, 10. Jg. (1965), Heft 5/6, S. 230-245, speziell S. 237 f.

63) A.a.O., S. 237; in Buecks eigener Wertung beruhte der Erfolg des CDI bis 1879 auf dem "nicht unerheblichen Einfluß gerade bei den maßgebendsten Stellen" und der Wirkung der "umstimmenden Agitation auf die öffentliche Meinung" (Centralverband, Bd. 1, S. 192).

flusses unter der Bedingung bleibender Identität von staatlichem und industriellem Wollen, wie auch immer dies auf beiden Seiten definiert werden mochte;⁶⁴ im Reichstag unterwarf sie den einzelnen Volksvertreter noch nicht einer engen Kontrolle durch den Verband.⁶⁵

KAPITEL 2

INDUSTRIELLE EINFLUSSNAHMEN AUF DIE PARTEIEN NACH 1900

Parteien und Industrie vor den Reichstagswahlen von 1903

In dem Maße, in dem sich staatliche Politik von einer beim CDI als gemeinsam gewerteten Basis - wie in der Sozialpolitik unter Staatssekretär Posadowsky seit 1900 - entfernte⁶⁶ und der Centralverband im Behördenkontakt

- 64) Daher die ständigen Bemühungen des Verbands, seine Belange mit dem Bestand der existierenden politischen und sozialen Ordnung in eins zu setzen, was in der Sozialpolitik die Ableitung eines politisch motivierten Erziehungsmandates der Arbeitgeber ermöglichte.
- 65) Zur Unabhängigkeit selbst von parlamentarisch wirkenden Verbandsfunktionen gegenüber Disziplinierungsversuchen: vgl. H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 122.
- 66) Zur innenpolitischen Konstellation am Ende des alten Jahrhunderts, dem Aufstieg der Emanzipationsbewegungen von Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften, dem Verlust "der Klinke der Gesetzgebung" für die Repression der Lohnarbeiterschaft und zur Ausbreitung linksliberaler sozialpolitischer Konzeptionen in dem dem Weltmachtgedanken und Nationalismus gewonnenen Bürgertum: G.A. Ritter, Arbeiterbewegung..., S. 8, 39 f.; G. Kessler, Arbeitgeberverbände, in HdSt., 4. Aufl., Bd. 1 (1923), S. 712-727; Centralverband, Bd. 3, S. 509 (Bueck im Februar 1900: in der Hochkonjunktur können die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mehr befriedigen); H. Rosenberg, Wirtschaftskonjunktur..., S. 244; E. Kehr, Schlachtflottenpolitik..., S. 206 f.; ders., Englandhaß und Weltpolitik, in: Primat der Innenpolitik, S. 149-175; Th. Heuss, Naumann, S. 93 f., 119, 156, 166, 266; L. Brentano, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, S. 200 f.; A. Damaschke, Aus meinem Leben,

die abnehmende Bedeutung der Institution des von ihm patronisierten "Wirtschaftlichen Ausschusses" festzustellen hatte,⁶⁷ sah sich der Centralverband zu einer kritischen Bestandsaufnahme seiner seitherigen Öffentlichkeitsarbeit gedrängt.

Er hatte dabei zu konstatieren, daß links- und nationalliberales Bürgertum vom CDI bekämpfte sozialreformerisches Gedankengut zu rezipieren begann,⁶⁸ und er mußte sich eingestehen, daß beim Bund der Landwirte zu dieser Zeit schon ein weit wirksameres System der direkten Verbandsverantwortlichkeit von geförderten Parteikandidaturen bestand. Das waren Fakten, die dem CDI die Ineffizienz der eigenen Arbeit vor Augen führten.⁶⁹

Nahm der Centralverband die Herausforderung dieser Lage an, so mußte er davon ausgehen, daß sich die Erfolge der Schutzzollbewegung der Bismarckschen Ära unter den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Jahrhundertwende nicht wiederholen ließen. Sie waren, wie die Politisierung der Unternehmerschaft in der anbrechenden Freihandelsagitation, an ein spezifisches, vom Zusammenfall politisch-ökonomischer Motive geprägtes Interesse gebunden und, wenn auch von der Verbandstradition berufen wie der Nationalverein vom "Jubiläumsliberalismus", von daher nicht repro-

Anmerkungsübertrag zu Anm. 66), S. 324

Berlin 1927, S. 231-244; ders., Zeitenwende, Berlin 1927, S. 20-27; F. Boese, Geschichte des Vereins f. Sozialpolitik 1872-1932, Berlin 1939, S. 108-121.

- 67) Zur Entstehung des Ausschusses: Die Korporation..., S. 449 f.; Bueck im Dezember 1903: die Regierung werte die produktionsstatistischen Erhebungen des Ausschusses unrichtig aus und höre keine Sachverständigen (Verhandlungen CDI, Nr. 97, Dez. 1903, S. 23 ff.).
- 68) Vgl. dazu Verhandlungen CDI, Nr. 65, März 1895; Nr. 73, Febr. 1897; Nr. 84, Nov. 1899; Nr. 104, Dez. 1906.
- 69) Nipperdey, Organisation..., S. 249 f.; W. Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stgt. 1967, S. 100 f.; H.J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich 1893-1914 - Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-konservativen Partei. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung/B: Historisch-politische Schriften Bd. 51) Hannover 1967, S. 214.

duzierbar.⁷⁰ Wirtschaftlich hatten beispielsweise die heftigen Erschütterungen der "ersten eigentlichen Weltwirtschaftskrise der Geschichte" (Rosenberg) die Unternehmer ins politische Engagement der beginnenden 1860er Jahre geführt.⁷¹

Die Einmaligkeit solcher Konstellationen war nun für die um 1900 dringlicher werdende Frage industrieller Präsenz in den Parlamenten zu berücksichtigen.

In Zeiten der Übereinstimmung von Regierung und den im Verband vereinten Industrien kam ihr nur die Bedeutung einer zusätzlichen Absicherung eingespielter Behördenkontakte zu und wurde deshalb vom wenig abkömmlichen Unternehmertum nicht mehr mit dem Eifer der 1870er Jahre gesucht.⁷²

Was ihr zusätzlich, etwa in der veränderten Wahlgeographie von 1903 entgegenstand, faßte A.H. Bueck damals in einem Vorblick auf die Preußen- und Reichstagswahlen jenes Jahres pessimistisch zusammen.⁷³

-
- 70) Das Bremer Handelsblatt charakterisierte diese Wendung im Januar 1860 mit den Worten, "die Handelskrise des Jahres 1857 hat zuerst (seit 1848) die Gewohnheit des Sichgehenlassens der Geschäftswelt durchbrochen". Während es in "den Jahren der Spekulationswut ein vergebliches Bemühen" gewesen sei, "den Handelsstand für ... allgemeine Ziele (zu) ... interessieren, hätten jetzt "die Vertreter der materiellen Interessen" erkannt, daß sie sich über "Handel und Wandel" für "Staat, Politik und öffentliche Angelegenheiten" regen müßten. BHB, Nr. 431, 14.I.1860, S. 11.
- 71) H. Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise von 1857-1859, Stgt. 1934, S. 8; die Berufung auf die Schrittmacherdienste des CDI spielten vor allem im Streit um die Besetzung des wirtschaftlichen Ausschusses 1897/8 und bei den Auseinandersetzungen um den Bülow'schen Handelsstarif in der Argumentation des Verbands eine wesentliche Rolle (Verhandlungen CDI, Nr. 90, Juli 1901, S. 36 (A. Tille); Nr. 92, Juli 1902, S. 11 (Bueck); Sten.Ber.Hs.d.Abg. IXX., 3., 1896, Anlagen, Bd. 3, Nr. 249, S. 2467).
- 72) Vgl. E. Maschke, Industrialisierung im Spiegel..., S. 28 f.; Maschke verweist darauf, daß Kreise der Schwerindustrie 1893 in "Stahl und Eisen" angesichts der mangelhaften industriellen Präsenz im Reichstag vorschlugen, Vorstandsmitglieder industrieller Unternehmen eigens für die Tätigkeit im Parlament freizustellen.
- 73) Verhandlungen CDI, Nr. 95, April 1903 (Bueck im März vor Verbandsdelegierten.)

Bueck sah zu dieser Zeit die für die Industrie wertvollen städtischen Wahlkreise bereits "fast ausschließlich in den Händen der Sozialdemokratie", bzw. von mit ihr sympathisierenden Gruppierungen besetzt,⁷⁴ womit er auf das bei den Preußenwahlen von 1903 zustande gekommene - sehr lose - Bündnis zwischen der Freisinnigen Vereinigung und den Sozialdemokraten anspielte, die sich zum ersten Male an den Landtagswahlen in Preußen beteiligten. Andere städtische Zentren galten ihm als uneinnehmbare Hochburgen des der Industrie "sehr wenig" wohlgesonnenen Centrums.

Ländliche Gebiete dagegen schieden für die Industrie als Domäne "agrarischer Interessenvertreter" aus, zeigten aber auch schon Einbrüche der SPD, die, wie der Generalsekretär des CDI befürchtete, bei Regierung und Bürgertum in der Rolle einer Reformpartei wahl- und hoffähig werde.⁷⁵

Eine Empfehlung des preußischen Handelsministers Möller, industrielle Belange mit dem Eifer der Agrarier zu verfechten, gab der Verbandssprecher unter diesen Umständen in mildem Spott zurück und meinte, man wäre dem Minister noch mehr verpflichtet, wenn er "uns auch den Weg und die Mittel zu bezeichnen, die Gewogenheit gehabt hätte, wie wir seinen Rat befolgen könnten".⁷⁶

74) Zu dem vom direkten Übergang eines Teils der Nationalsozialen zur Sozialdemokratie vorbereiteten und dem Anschluß der Majorität der Nationalsozialen unter Naumann an die Freisinnige Vereinigung dort geförderten Gedanken des Bündnisses: Heuss, Naumann, S. 166-170; L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 9.Aufl., München 1955, S. 205 f.; Verhandlungen CDI, Nr. 95, S. 132 ff., 135.

75) Verhandlungen CDI, ebda. Die von Bueck erwähnten Einzelerfolge der SPD auf dem Land entbehrten noch weithin einer organisatorischen Grundlage. Erst 1913 begann die preußische Sozialdemokratie die systematische Organisation der Landarbeiter. (Vorwärts, 30. Jgg. Nr. 5, 7.I. 1913; Berliner Tageblatt, 42. Jgg. Nr. 9, 6.I.1913, Abendausg., S. 3). Vom CDI wurde gerügt, daß Posadowsky die SPD im Reichstag (23.I.1902) als "Arbeiterpartei" bezeichnet und an den Kongreß der Freien Gewerkschaften 1902 ein Begrüßungsschreiben gerichtet hatte. (Centralverband, Bd. III, S. 562 ff.).

76) Verhandlungen CDI, ebda., S. 132. Möller hatte daran erinnert, daß man in Preußen die "realen Machtverhältnisse" der agrarisch-konservativen Vorherrschaft zu respektieren habe. (ebda., S. 131).

Auf die Wege und Mittel, die dem Bund der Landwirte zu Gebote standen - die dauerhafte Organisierung von Massen, die die Verwirtschaftlichung der konservativen Partei vollendete, sie zur Rahmen- und Kaderpartei umformte und Verbands- in Parteiinteresse umschmolz - vermochte der CDI jedenfalls nicht zurückzugreifen;⁷⁷ denn zur Erschließung eines dem bauerlichen vergleichbaren Wählerreservoirs bestand, das unterstrich der Bericht von 1903, für die Industrie keine Möglichkeit. Sie fand vielmehr die Massen bereits neben und gegen sich in die Politik aufgeboten und von daher ihr eigenes Verhältnis zur wachsenden Teilnahme der Stimmbürger am politischen Leben präjudiziert.

A u f d e m W e g e z u r " Ö k o n o m i s i e r u n g "
d e r P o l i t i k d e r P a r t e i e n

Für eine erstrebte "Ökonomisierung" der Parteien hatte der Centralverband andere Lösungen zu finden. Es war nur folgerichtig, daß seine Versuche, eine mangelhafte Wählerbasis auszugleichen, in den kommenden Jahren im Negativen die - nicht neue - Polemik gegen das Reichstagswahlrecht verschärf-
ten.⁷⁸

Solche Angriffe konnten sich als kulturpessimistische Kritik geben. So erklärte Bueck, das politische System Deutschlands sei "krank".⁷⁹ Im Blick auf das Anwachsen der Arbeiterbewegung meinte er 1906: "Die Daseinsbedingungen der unteren Volksklassen, wie sie sich seit Jahrhunderten gebildet haben, schließen... politische Reife absolut aus. Der Arbeiter müßte aufhören, eben Arbeiter zu sein, wenn er sich die Reife des Urteils aneig-

77) Vgl. S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stgt. 1965, S. 25; Nipperdey, Die Organisation..., S. 249 ff., 395 f.; Puhle, Agrarische Interessenpolitik..., S. 214.

78) Angriffe auf das gleiche Wahlrecht schon 1890 ("Centralverband", Bd. III., S. 23, 225 f., 291). In der Tendenz ähnlich Buecks Urteil über die Reife der Bergarbeiter zur Organisation, 1890 vor dem V.f.S. (Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages, : Schriften des V.f.S., Bd. 47, 1890, S. 251).

79) Verhandlungen CDI, Nr. 103, Juli 1906, S. 33.

nen... sollte, die erforderlich ist, um über diejenigen Dinge zu entscheiden, die ihm infolge seines Wahlrechts zur Beurteilung unterbreitet werden". Damit sei die "eigentliche Voraussetzung des allgemeinen Wahlrechts in den Massen nicht vorhanden".⁸⁰ Diesem Tenor folgt 1913 die Rüge an der Reichsregierung, die bei den Wehrvorlagen "gegenüber dem parlamentarischen Mehrheitswillen ohne Kampf die Waffen gestreckt und die Souveränität des Reiches einem Parlament preisgegeben" habe, "das schon... fast völlig unter der Herrschaft der Massen steht."⁸¹

In einem Interessenverband, in dem - 8 Jahre zuvor - die Feststellung fiel: "Hinter den Industriellen stehen so gut wie keine Mehrheiten der Wähler mehr", schloß dieses Urteil auch die Bewertung jener bürgerlichen Parteien ein, die ihre Haltung, vor allem in der Sozialpolitik, in steigendem Maße an der legitimen taktischen Rücksichtnahme auf die vom allgemeinen Wahlrecht mobilisierten "unteren Volksklassen" ausrichteten.⁸²

Negative Aspekte im Verhältnis zu bürgerlichen Parteien: die Parteienschelte beim CDI.

Tadel und Schelte der Parteien hatten indessen notwendig und unabhängig von der aktuellen politischen Konstellation im CDI ihre eigene Tradition. Sie resultierten schon aus dem Gründungsmandat der "halbpolitischen Orga-

80) Verhandlungen CDI, Nr. 103, Juli 1906, S. 33. Der Geschäftsführer des dem CDI eng verbundenen "Bergbaulichen Vereins" in Essen, v. Loewenstein, klagte 1911, man stehe den Reichstagsbeschlüssen "schutzlos gegenüber". (Zitiert bei: F. Schunder, Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrbergbaus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 245.).

81) Verhandlungen CDI, Nr. 128, Okt. 1913, Geschäftsführer Dr. Schweighoffer.

82) Centralverband, Bd. III, S. 630. Ähnlich 1909: "Die Masse haben wir... nicht hinter uns, können sie auch nicht hinter uns haben". (Dir. Gottstein/Breslau, Verhandlungen CDI, Nr. 116, Okt. 1909, S. 61). Tadel an der sozialpolitischen Aktivität der vom CDI erstmals massiv finanziell im Wahlkampf unterstützten Reichstagsparteien: Verhandlungen CDI, Nr. 107, Nov. 1907, S. 37, Bueck.

nisationen der Verbände", ⁸³ aus der "Absicht der Beibehaltung oder Veränderung der bestehenden Machtverteilung", ⁸⁴ die in ihrem, im ganzen unabhängigen Auftreten gegenüber den Parteien das Ausmaß von Affinität und Wettbewerb bestimmt. ⁸⁵

Soweit in diesem vorgegebenen Spannungsverhältnis der deutsche Linksliberalismus Zielscheibe der Angriffe des CDI wurde, bewegte sich die Polemik in alten Bahnen. Seit Bomberger 1875 das "ungeheure Lamento und Jammern" von Textil- und Schwerindustriellen zurückgewiesen hatte, war sie bisweilen in der Rivalität von Centralverband und Handelstag ausgetragen worden. ⁸⁶ Nach 1900 belebte sie sich auf dieser Ebene durch das Wirken des Handelsvertragsvereins ⁸⁷ und der ihm eng verbundenen Tätigkeit der "Ältesten" der Berliner Kaufmannschaft.

Dem im November 1900 gegründeten Handelsvertragsverein war das Berliner Ältestenkollegium fast geschlossen beigetreten. ^{87a} Als Georg von Siemens, Direktor der Deutschen Bank und erster Vorsitzender des Handelsvertragsvereins, 1901 verstarb, hatte der Präsident der Berliner Ältesten, Wilhelm Herz, dessen Funktion an der Spitze des Vereins übernommen.

Initiativen der Ältesten stellten - wie früher bereits erörtert - mehrfach die vom CDI seit 1879 bewirkte handelspolitische Neutralisierung des Handelstages in Frage: mit Erfolg u.a. 1889 in der Diskussion um die Finanzierung der Arbeiter-Invaliden- und Altersrentenversicherung und 1897 beim Anlaufen der Flottenagitation. Weniger glücklich waren die Ältesten

83) Nipperdey, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 375.

84) R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, S. 126.

85) Zur Selbständigkeit der Verbände vgl. Th. Schieder, "Die Krise des bürgerlichen Liberalismus", in: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, S. 83.

86) Verhandlungen des Reichstages, II., 2., 1875/76, S. 461.

87) Wegen der Angriffe Buecks auf den Handelsvertragsverein verließ der nationalliberale, im ober-schlesischen Kohlenhandel aufgestiegene Berliner Industrielle E. Arnhold 1903 den Ausschuß des CDI (Verhandlungen CDI, Nr. 97, Dez. 1903, S. 11; Johanna Arnhold /hrsg./, Eduard Arnhold, Berlin 1928, S. 49; W. Treue, "100 Jahre Caesar Wollheim", München, 1961, S. 14-39).

87a) Darunter auch E. Arnhold.

um 1900 dagegen bei der Vorbereitung des Bülow'schen Zolltarifs mit eigenen Befragungen von Industriellen und einer Denkschrift gegen die Erhöhung der Agrarzölle vom 20.9.1900.

An all diesen Initiativen hatte man beim CDI die Betonung des Prinzips der internationalen Arbeitsteilung, die Zweifel an der vom CDI behaupteten Belastung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Sozialpolitik, die "Konsumentenfreundlichkeit" und schließlich das Eintreten für "wirtschaftliche, politische und soziale Fiktionen", die England anderen Völkern "aufdränge", getadelt.

Besonders scharf formuliert wurde diese Kritik um die Jahrhundertwende vom damaligen stellvertretenden Geschäftsführer des CDI, Alexander Tille. Tille sprach dabei als Exponent von Teilen des saarländischen Arbeitgebertums, deren "Herr-im-Hause"-Position notorisch war. Vor dem "Verein für Sozialpolitik" qualifizierte Max Weber diese Position als "unseriös". Den Arbeitgebern an der Saar gehe es insgesamt um die Verteidigung eines "depravierenden" Autoritarismus. Der CDI hat später freilich selbst die Positionen Tilles abgelehnt. Um 1900 aber belegten die Äußerungen des damaligen stellvertretenden Geschäftsführers des CDI - er gab ihnen die Form eines "Nachrufes" auf die Berliner "Ältesten" - den scharfen aliberalen Akzent, den die Auseinandersetzungen trugen: Tilles Argumentation verdeutlicht ein mit Englandhaß besetztes innen- und außenpolitisches Ressentiment, das zum rhetorischen Handwerkszeug der Agrarisch-Konservativen gehörte.⁸⁸

88) Vgl. "Die Korporation der Kaufmannschaft...", S. 450; zu den Differenzen in der Versicherungsfrage: Verhandlungen CDI, Nr. 94, Dez. 1902, S. 98 f. (Bueck); Ältestenkollegium und 1. Flottenvorlage: Ebda., Nr. 102, Dez. 1905, S. 12. (Bueck); Zur Denkschrift der Ältesten von 1900: Ebda., 90, Juli 1901, S. 33, 35 f., 40, 42, 59 (Tille); "Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben", in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 203-212, (Tille), 212-217 und speziell S. 214 f. (Max Weber); Zur Position Tilles im CDI: Verhandlungen CDI, Nr. 94, Okt. 1902, S. 15; Ebda., Nr. 95, Apr. 1903, S. 12; "Heiterkeit" als Antwort auf Vorschläge: Ebda., Nr. 116, Okt. 1909, S. 19, 57 (Delegiertenversammlung des CDI). Tille stand ab 1903 wieder ganz im Dienst der saarländischen Industrie. Zur Englandfeindschaft beim "Bund der Landwirte": Bericht über die 9. Generalversammlung des B.d.L. am 10.II. 1902 in Berlin, in: "Bund der Landwirte", 10. Jgg. Nr. 7, 13.II.1902, S. 1: "... die Gegner, welche den südafrikanischen und deutschen Buren ... gegenüberstehen" seien "die rein großkapitalistische und großhändlerische Weltmacht England und ... bei uns ... die Weltmacht des international fühlenden Großkapitals, Großhandels und Großgewerbes..."; Vgl. auch E. Kehr, "Englandhaß und Weltpolitik", in: Primat der Innenpolitik, S. 152-155, 158.

In dem Ältestenkollegium bekämpfte der Verband stellvertretend eine Politik des Linksbürgertums, das, unterstützt von der liberalen Presse Berlins und Frankfurts,⁸⁹ den agrarisch-industriellen Zollkompromiß von 1902 verwarf, sich der frühen Flottenagitation noch versagte⁹⁰ und im Reichstag gegen den "unparlamentarischen" Stil, sowie die Pressionsversuche des CDI überhaupt Verwahrung eingelegt hatte.⁹¹

Diese Frontstellung traf die Liberale Linke noch ehe das Gedankengut Friedrich Naumanns ihre Gruppierungen stärker sozial verpflichtet hatte. Schon damals begegnete ihr auch der Vorwurf der Komplizenschaft mit der Sozialdemokratie.⁹²

89) Vossische Zeitung Nr. 463, 3.X.1901, Morgenausg. S. 1, "Getreidezölle und Handelsverträge". Klagen des CDI: Centralverband, Bd. I, S. 255; Verhandlungen CDI, Nr. 77, Okt. 1897, S. 43, Bueck, ebda., Nr. 84, Nov. 1899, S. 31, Bueck.

90) Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, Jgg. 21., 1898, S. 13 f.; E. Kehr, Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda, in: Primat der Innenpol., S. 137 ff. Für Seerüstung zur Erfüllung der "Weltgeschichtlichen Mission" Deutschlands dagegen schon 1897 Lujo Brentano, den der CDI häufig wegen seiner Gewerkschaftsfreundlichkeit angriff. ("Nauticus", Jgg. 1, 1899, S. 413). Zu der im Sinne des "Sozialimperialismus" auf Stärkung der Berufsvereine gerichteten sozialliberalen Gewerkschaftstheorie Brentanos: - tatsächliches Gleichgewicht von Kapital und Arbeit ermöglicht innere Befriedung der deutschen Gesellschaft -, vgl. Goetz Briefs, "Gewerkschaftstheorie" in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. I., S. 694-701.

91) Kritik des Freisinns am "selbstbewußten" und "zu wenig devoten Ton" (Bueck) der Eingaben zur Sozialpolitik: Verhandlungen CDI, Nr. 38, Dez. 1887, S. 38; "Der Herr Abgeordnete Schlumberger /Mitglied des Direktoriums des CDI, nationalliberal, H.M.B./ hat ... erklärt, daß er hier als Vertreter der deutschen Baumwollindustrie spreche. Bisher war es üblich, daß die Abgeordneten hier als Vertreter des deutschen Volkes sprachen..." (Verhandlungen des Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 296, Abg. Gothein, Freisinnige Vereinigung, 1901-04 stellv. Vorsitzender des Handelsvertragsvereins am 14.XII.1905).

92) L. Brentano und A.H. Bueck, "Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages", in: Schriften VfS., Bd. 47, Leipzig 1890, S. 151 f. Unabhängig vom sozialpolitischen Engagement setzte die Rezipierung des Gedankens der Massenpartei unter Naumann die Linksliberalen per se verstärkten Angriffen des "massenkritischen" CDI aus. Zur Einwirkung Naumanns: Th. Schieder, Die Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: Staat und Gesellschaft..., S. 127.

Stereotyp wurde das vor allem bei der von Bueck im CDI mitvertretenen Schwerindustrie.⁹³ Diese appellierte damit an die alte, auch vom Handelstag der 1880er Jahre beschworene Sozialistenfurcht.⁹⁴

In der Sache galten diese Angriffe kaum der sozialistischen Arbeiterbewegung, die in der schweren Industrie des Westens noch wenig Boden gewonnen hatte.⁹⁵ Die Polemik zielte vielmehr auf den unter bürgerlichen Verhältnissen realisierbaren, von bürgerlichen Parteien und der Staatsleitung selbst aufgegriffene Forderungen des vierten Standes, die in den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften später ein unabhängiges organisatorisches Fundament besaßen.⁹⁶

Die Formel "Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie"⁹⁷ diente damit im wesentlichen der Denunziation unbequemer, da von der offiziellen Re-

93) Zu der sich mit Buecks Aussagen vor dem VfS. 1890 deckenden Position der im Direktorium des CDI ständig vertretenen Firma F. Krupp: W. Boelcke (hrsg.) Krupp und die Hohenzollern, Bln. (DDR), 1956, S. 72-77, Schreiben H. Jenckes, Vorsitzender des Kruppdirektoriums, an F.A. Krupp vom 17.I.1893 zum Bergarbeiterstreik von 1893. Vgl. Kaelble, a.a.O., S. 212. Verbindung zur Schwerindustrie bei Bueck durch Gründungsinitiative oder Geschäftsführung u.a. im "Langnamverein", "Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", in der "Nordwestlichen Gruppe" des letzteren und im "Verein Deutscher Eisenhüttenleute". (Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 36 ff.; Kaelble, a.a.O., S. 211.)

94) Der Handelstag..., Bd. I., S. 85.

95) Vgl. Ritter, Arbeiterbewegung, S. 111.

96) Der Vorsitzende des Kruppdirektoriums, H. Jencke, sprach sich im Preussischen Staatsrat gegen die Februarerlasse Wilhelms II. aus. (Boelcke, Krupp und die Hohenzollern, S. 68). Zur Abwehr der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaftsbestrebungen an der Saar: A. Czieslik, Deutsche Gewerkvereine (H.-D.) in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. I., S. 341; Soziale Praxis, XV. Jgg., Nr. 36, 7.6.1906, Sp. 932 f.

97) So u.a. Bueck auf der Generalversammlung des CDI am 17.XI.1899 in Berlin: Presse und "die Vertretungen großer bürgerlicher Parteien" hätten sich "Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie" gegen die Zucht-hausvorlage gewandt. (Verhandlungen CDI, Nr. 84, Nov. 1899, S. 26).

pression relativ freier, sozialreformerischer Ansätze.⁹⁸ Sie enthielt während des Aufbruchs der staatlichen Sozialpolitik unter Staatssekretär Posadowsky ihren scharfen, aktuellen Bezug und verdeutlicht, wie sehr sich die Frontstellung des Verbands zu den Reichstagsparteien um die Jahrhundertwende verbreitert hatte. Davon zeugen insbesondere Auseinandersetzungen um das Geschick der "Zuchthausvorlage" von 1899.

Das Scheitern der Vorlage war von dieser Seite zu Recht als Wendepunkt registriert worden. In den Worten A.H. Buecks wurde bei diesem Vorgang das "von höchster Stelle aufgerichtete" und vom CDI - wenn auch nicht einhellig-begrüßte Ziel aufgegeben.⁹⁹

Das "Unglaubliche und Unerhörte" (Bueck) gemeinsamen bürgerlichen und proletarischen Widerstands rückte dabei, neben Centrum und Freisinn, besonders die Nationalliberalen in den Mittelpunkt der Kritik der Schwerindustrie.¹⁰⁰

Gegen die Einwände süddeutscher Fürsprecher der Partei, die sich freilich vom Vorgehen Bassermanns distanzierten und auf die Opposition national-liberaler Landesverbände verwiesen, drohte damals als Sprecher der westlichen Montan- und Schwerindustrie W. Beumer seinem eigenen Parteifreund und Fraktionsführer vor den Delegierten des CDI, die "Großindustrie" werde jetzt "mit der nationalliberalen Partei... darüber abrechnen, ob fernerhin die Fraktion des Reichstages unter Führung dieses Herrn Bassermann, H.M.B."

98) Der Toleranzspielraum, den die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften genossen, war allerdings in staatlichen Unternehmen eng begrenzt. Der preußische Handelsminister C. Delbrück verfügte 1906 die Entlassung mehrerer christlich organisierter Arbeiter auf den fiskalischen Saargruben, weil "die Agitationsweise der christlichen Gewerkschaften... nicht immer... einwandfrei" sei. Anlaß war in diesem Fall eine Serie von Schulungsveranstaltungen mit auswärtigen Gewerkschaftssekretären an der Saar. (Soziale Praxis, Jgg. XV., Nr. 36, 7.6.1906, Sp. 930 f.)

99) Verhandlungen CDI, Nr. 84, Nov. 1899, S. 46 (Bueck). Centralverband, Bd. III., S. 489 f. Widerstand vor allem bei dem von K. Krafft im CDI vertretenen "Verein süddeutscher Baumwollindustrieller".

100) Verhandlungen CDI, ebda., S. 26, 34 ff., 39. (Bueck)

... stehen bleiben soll, oder nicht.¹⁰¹

Positive Möglichkeiten zur Durchdringung bürgerlicher Parteien: Allgemeine Überlegungen.

Wenn sich der Centralverband aus dem um die Jahrhundertwende negativ fixierten Verhältnis zur Mehrzahl der bürgerlichen Parteien lösen wollte, dann stand er hier vor der Aufgabe, einige seiner eigenen Positionen in diesem Verhältnis zurückzunehmen, oder doch wesentlich zu modifizieren.

Die ressentimentgeladene Parteienschelte, die darauf drang, - wie im vorliegenden Falle beim Bassermannflügel der industrienahen Nationalliberalen - jeweils kurzfristig "abzurechnen", bot keine Lösung. Beim Auseinanderfall staatlicher und industrieller Zielsetzungen reflektierte diese Polemik nur den ungenügenden Stand der parlamentarischen und der Massenbasis, deren gewerbliche Interessen bedurft hätten, um ihrem Einfluß kompensatorisch mehr Gewicht zu verleihen.

Eine nüchterne Wertung des bürgerlichen Parteienspektrums glich freilich noch nicht jene Mängel aus, die der seither beim CDI geübten Praxis entstammten, auf eine kontrollierte und kontrollierende Beeinflussung dieser Parteien insoweit zu verzichten, als die Kandidaturen, die einzelne CDI-Mitglieder hier wahrnahmen, letztlich ohne Rückmeldung zum Verband ausgeübt wurden.

Daraus ergab sich die Aufgabe, ein System wirksamerer Kontakte und "Förderungs"-, Beratungs- und Durchdringungsstrategien für dieses Parteienspek-

101) a.a.O., S. 68, Beumer wie vor ihm Kirdorf als Repräsentant des "Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" (Langnamverein) und der "Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller". (Centralverband, Bd. III., S. 463, 473). Stärkster Widerspruch bei K. Krafft. Gegen die These vom Bruch der Nationalliberalen mit der Schwerindustrie auch H. Macco ("Berg- u. Hüttenmännischer Verein zu Siegen"). Vermittelnd Dr. Kaufmann für die schlesische Textilindustrie. (Verhandlungen, a.a.O., S. 49, 69 und 62 f.; Centralverband, Bd. III., S. 469 f.)

trum zu entwickeln.¹⁰²

Formal erforderte diese Aufgabe nicht den Abbau konkurrierender Vertretungsansprüche, die Parteien und Verbände in bleibender Rivalität ins Feld führen konnten.¹⁰³

Die Wirksamkeit industrieller Präsenz in den Parteien ließ sich bereits erheblich steigern, wenn man sich dazu entschloß, den materiellen Aufwand der Industrie im Parteienkontakt am Vorbild rationalen Wirtschaftens, das, nach der Verwaltung, auch das Parteileben selbst immer stärker orientierte, kritisch zu überprüfen.¹⁰⁴

Eine Bestandsaufnahme, die buchhalterische Nüchternheit an die Stelle polemischer Rhetorik setzte, hatte die Formen dieses Aufwandes zu sichten: den erst in zweiter Linie materiellen des Einsatzes industrieller Abgeordneter in Reichs- und Landtagen, dann aber auch direkte und mittelbare Wahlkampfsubsidien, sowie Unterstützungen, die den Parteien ad hoc oder traditionell vom einzelnen Arbeitgeber oder gewerblich-industriellen Gruppen nicht in Geldform zugewandt wurden.

Als Hypothek des parlamentarischen Engagements der Unternehmer mußte in erster Linie die berufsspezifisch geringe Abkömmlichkeit und das, bei der

102) Zur Position Bassermanns: Nipperdey, Organisationen, S. 147, 169 f.

103) Vgl. Dahrendorf, a.a.O., S. 126. Zur Fortführung von Polemiken und Pressionsversuchen der Schwerindustrie gegenüber den Nationalliberalen: Kaelble, a.a.O., S. 198; Nipperdey, a.a.O., S. 155. Analog das Vorgehen des Hansabundes bei den Linksliberalen, ebda., S. 157, 238.

104) Zu Definition und Vorbildcharakter rationalen Wirtschaftens M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, I/1., S. 43. Als Muster des Parteienbetriebs: ders. "Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland", in: ders. Gesammelte politische Schriften, (ed. J. Winckelmann), 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 372 ff., 37 f.

mangelnden Attraktivität des Bismarckschen Scheinkonstitutionalismus erklärlich geringe Interesse an der Abgeordnetenlaufbahn gelten.¹⁰⁵

Hinzu kam, daß die numerische Schwäche des Unternehmertums unter den Bedingungen einer politisierten Massengesellschaft die Bildung rein industrieller Parteien ausschloß.¹⁰⁶

Damit blieb die Arbeitgeberschaft auf die Existenz bürgerlicher Parteien angewiesen, die die Wahrung der Klasseninteressen dieses Berufsstandes freilich an die angemessene Honorierung solcher Dienste zu binden wußten und bei der fortschreitenden Ausprägung des Integrationscharakters auch der bürgerlichen Parteien sich einem Ausschließlichkeitsanspruch aus jener Richtung widersetzen mußten.¹⁰⁷

105) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, I/1., S. 216; I/2., S. 1076. Vgl. auch S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 25 und zur negativen Auslese der Parlamentarier: W. Tormin, "Der Reichstag im Kaiserreich", in: M. Schwarz (hrsg.) MdR.-Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 128 f. In eigener Sache schrieb 1860 das BHB: "Als man sich vor einem Jahr in Preußen ... darüber beklagte, daß unter mehreren hundert Abgeordneten nicht 10 Kaufleute sich befanden, mußte man eingestehen, daß der Mangel geeigneter Persönlichkeiten die Hauptursache der mangelhaften Vertretung der Handelsinteressen sei". (BHB, Nr. 431, 14.I.1860, S. 11).

106) Nach 1900 fanden daher auch die Pläne des Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, auf berufsständischer Grundlage eine Arbeitgeberpartei zu errichten, weder beim Bund der Industriellen noch beim Centralverband die nötige Unterstützung. Vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 116, Okt. 1909, S. 18 ff., 27.

107) Vgl. Th. Schieder, "Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteienwesens", in: Staat und Gesellschaft..., S. 152.

Potentielle wechselseitige Abhängigkeit

Industrielle Interessenpolitik in der
Dependenz vom parlamentarischen "Chargé
d'affaires".

Aus der geschilderten Abhängigkeit des CDI von der Kooperationsbereitschaft bürgerlicher Parteien resultierte für Parlamentarier, die bereit waren, die Interessen des Verbands wahrzunehmen, eine gewisse Prokura-Position. Ihr Verhältnis zu dem Verband ließ sich mit der Funktion von Chargés d'affaires mit einer allerdings nicht absolut sicheren Verpflichtetheit umschreiben.

Schwierigkeiten ergaben sich aber auch dort, wo Verbandsmitglieder ein Abgeordnetenmandat errangen. Hier handelte es sich um interessendifferenzierte Mandate. Und das ließ kaum zu, daß über die Fraktionsgrenzen hinweg eine dauernde, planvolle Kooperation der CDI-Mitglieder als solcher entstand. Eine Verpflichtung auf die von Verbänden und Kammern viel zitierten gesamtgewerblichen Aufgaben erwies sich so über den stärkeren Einzel- und Brancheninteressen als unreal,¹⁰⁸ und interfraktionelle Zusammenarbeit blieb darum bestenfalls punktuell möglich oder begrenzte sich auf Zoll- und Steuervorlagen.¹⁰⁹

Massive Pressionsversuche der Verbände außerhalb der Parlamente boten dafür keinen Ersatz. Das war die Lehre des Scheiterns der Zuchthausvorlage von 1899. Das Risiko einer kritischen bis offen ungünstigen Reaktion der öffentlichen Meinung ließ sich nicht durch den auf diesem Feld prak-

108) Vgl. die kritischen Anmerkungen von A. Landsburgh zu Plänen des Handelstages von 1908, die parlamentarische Basis der gewerblichen Interessenpolitik zu verbreitern: die bereits vorhandene starke Präsenz des Handels in den liberalen Parteien besage wenig: "Die Zahl derjenigen, die wirklich gemeinsame Ziele haben... wird immer zu klein sein..." (A. Landsburgh, "Industrie und Handel im Parlament", in: Die Bank 1908, S. 627).

109) Charakteristisch dafür: die "Freie wirtschaftliche Vereinigung" im Reichstag der 1870er Jahre.

tizierten erheblichen Einsatz materieller Mittel bannen.¹¹⁰

Belasteten all' diese Faktoren das industrielle Engagement, so zeigte andererseits auch die kritische Bilanz der Parteienbeziehungen, wo materielle Mittel einzusetzen waren, um in der existierenden Parteienstruktur industrielle Einflußchancen zu maximieren. Das erforderte bei dem Verband aber ein Mehr an Selbstkritik und analytischer Leistung in der Politik, deren Stelle weder eine letztlich hilflose Polemik, noch etwa der Hinweis Buecks von 1903 vertreten konnte, dem Centralverband selbst sei die Funktion eines industriellen Ersatzparlaments zuzurechnen.¹¹¹

Wenn die Industrie die Herausforderung der Politisierung der Massen annehmen wollte, dann verlangte das unter dem Gesichtspunkt des langfristigen Zieles einer Ökonomisierung der Politik als erstes die Anerkennung der Realität des Reichstagswahlrechts und der von ihm, vor allem im Zentralparlament, bestimmten Haltung der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien.¹¹²

Ferner waren industrielle Mittel so zu verwenden, daß sie bestehende Kon-

110) Ein Beispiel bietet die frühe Flottenagitiation. Vgl. E. Kehr, "Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda" in: ders., Primat..., S. 140 ff., 148. In der Pressepolitik der Schwerindustrie konnte sich die Dimension des Politischen auf das "Machen", bzw. Konterkarrieren von "Stimmungen" reduzieren. Kennzeichnend die Analysen, die bei Krupp der Herausgabe, bzw. der Subventionierung der "Süddeutschen Reichskorrespondenz" vorausgingen. (Boelcke, Krupp und die Hohenzollern, Nr. 48, 48a, = S. 80-83).

111) Verhandlungen CDI, Nr. 95, April 1903, S. 134, Bueck. "Weil die Industrie" sich im Parlament keine genügende Vertretung verschaffen könne, "hat sie sich selbst eine Vertretungskörperschaft im CDI gegründet".

Noch 1909 stellte Anton von Rieppel vor dem Verein deutscher Maschinenbauanstalten fest: "In den Parlamenten finde die Industrie nur selten Schutz..."; man höre selten auf sie. Rieppel, der stellvertretende Vorsitzende des Vereins, verband das mit dem Appell an die Arbeitgeber, sich "lebhafter" politisch zu betätigen. ("Stahl und Eisen", Jgg. 29, Nr. 12, 24.III.1909, S. 437).

112) Das Dreiklassenwahlrecht begünstigte u.a. bei Centrum und National-liberalen in den Preußenfraktionen eine stärkere Rechtsorientierung und öffnete speziell die Nationalliberalen mehr dem industriellen Einfluß. Vgl. Nipperdey, Organisation, S. 172, 285.

takte vertieften und vervielfachten und dergestalt die Verbandsfärbung und die Überformung der Parteien selbst vorantrieben.¹¹³

In einer solchen Konzeption waren materielle Aufwendungen gezielte Investitionen, schlossen eine engere Überwachung und Kontrolle geförderter Kandidaturen ein, und die Hingabe von Unterstützung konnte sich am Prinzip rationalen Wirtschaftens orientieren.

Bestand - in der Formulierung Duvergers - die "Originalität" der Parteien des 20. Jahrhunderts vernehmlich in ihrer rationalen Organisiertheit, so hatte sich ein Industrieverband erst mit einer solchen Revision seiner Arbeit den Voraussetzungen moderner Interessenvertretung angepaßt. Der Behördenkontakt war um die Varianten einer in diesem Sinne modernisierten Parteienarbeit zu erweitern.¹¹⁴

Erleichterung der industriellen Durch-
dringung bürgerlicher Parteien: Stei-
gender Finanzbedarf als Ansatzpunkt

Einem Vorgehen der Industrie, das diesen Grundsätzen entsprach, kam die Situation in den bürgerlichen Parteien nach der Jahrhundertwende entgegen.

- 113) Vgl. O. Stammer, Politische Soziologie, in: A. Gehlen u. H. Schelsky, Soziologie, S. 287-291. Die Parteien konnten darauf mit dem Ausbau ihrer "liaisons horizontales" antworten, ihrer Verbindung zu Berufs- u. Interessenkreisen, die dem Ziel folgen: "dominer des organismes annexes du parti, ... noyauter des partis adverses ou des organismes parallèles" (M. Duverger, Les Partis Politiques, Paris 1951, S. 71). Ihre Organisationsstruktur in dieser Richtung zu vervollkommen, zeigten sich von Anbeginn an die bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik bestrebt: in der DDP wurde dazu der "Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe" gegründet; seine rührige Berliner Sektion stand zunächst unter der Leitung von Carl Friedrich von Siemens; (SAA 4/Lf 555). Bei der DVP entsprach dem die "Vereinigung für Handel und Industrie", während Deutschnationale und Zentrum über den "Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller", bzw. die "Handels- und Industriebeiräte" der Zentrumspartei verfügten. (SAA 4/Lf 646, Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens I, : Korrespondenzen). Industrielles Interesse in dieser Weise kontinuierlich und kontrolliert an die Parteien zu binden, gelang indessen nicht überzeugend. Beiräte, Ausschüsse und Vereinigungen, die in der Weimarer Republik auf die Kandidatenauswahl Einfluß nahmen, blieben unter der Kontrolle der sie finanzierenden Industriellen und Bankiers. Vgl. im Übrigen auch unten, S. 350 f.

- 114) M. Duverger, Les Partis Politiques, S. X.

Bei steigender Wahlbeteiligung und Intensivierung der Wahlkämpfe, die den Aufbau und Unterhalt eines umfänglichen bürokratischen Apparats voraussetzten, hatte sich deren Finanzbedarf ständig erhöht.¹¹⁵ Seit den 1890er Jahren wurde auch um "sichere", d.h. den traditionellen Besitzstand einzelner Parteien verkörpernde Stimmbezirke, länger und stärker geworben. Das machte sich bis hinein in die ländlich-agrarischen Gebiete Ostelbiens, die Domäne der Konservativen, bemerkbar.¹¹⁶

- 115) Zum Stil der "weder intensiven noch extensiven" Reichstagswahlkämpfe der 1870er Jahre: Nipperdey, Organisation, S. 36-41. 1887 erfaßte die Reichstagswahl erstmals fast 4/5 der Stimmberechtigten (77,5 %) und erreichte nach zeitweiligem Abgleiten über 76,6 % im Jahre 1912 84,9 %. (Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich 1907, Bd. I., S. 530 f.; M. Schwarz, MdR., S. 804-808). Beim Ausbau ihrer bürokratischen Apparate folgten die bürgerlichen Parteien dem sozialdemokratischen Vorbild - Errichtung von Bezirksverbänden, Anstellung zentral besoldeter Bezirks- und z. T. auch Wahlkreissekretäre sowie Zentralisierung von Schriftverkehr und Berichtswesen seit 1900 - was, wie in der SPD, die Aufwendungen der Hauptkassen "lawinenhaft" (SPD-Parteikassierer Gerisch auf dem Bremer Parteitag 1904) ansteigen ließ. Beiträge der SPD-Zentralkasse zur Wahlagitation erreichten 1912 annähernd 200 % der Reichstagswahlkosten der Zentrale von 1907. Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 394 u. passim. W. Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, (Bd. I.) München 1910, S. 155; ders. Handbuch... von 1910-1913, (Bd. II.) München 1915, S. 125. Überblick und Aufschlüsselung zu Parteifinanz und Vermögensstand der SPD von 1890-1910 bzw. 1913 bei Ritter, Arbeiterbewegung, S. 228 ff.
- 116) Vgl. Kuno Graf Westarp, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. I., Bln. 1935, S. 21 f., 30. (Nachwahl 1910 in Meseritz-Bomst.). Zur Intensivierung der Wahlkämpfe der 1880er und 1890er Jahre im Zeichen der "Abnahme der politischen Indifferenz des kleinen Mannes", vgl. Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit - Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, S. 118-132; Zitat: S. 121. (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 24, Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung Bd. 2). Nachweis der Wahlbeteiligungsziffern für die Reichstagswahlen bei Ernst Rudolf Huber (hrsg.) Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1964, S. 536 ff. Zum Stil und der Effektivität der vom Bund der Landwirte vor und nach 1900 geführten Wahlkampagnen: Hans Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus in Wilhelmischen Reich (1893-1914), 2. Auflage, Bonn/Bad Godesberg 1975, S. 165-184. Für Parteien wie Interessenverbände lieferte die erfolgreiche Agitation des Bundes der Landwirte das häufig berufene Vorbild effektiver

Mit 20.000,-- Mark, einem Betrag, den Max Weber noch 1918 als Durchschnittssumme der Agitationskosten in umkämpften Wahldistrikten ansetzen wollten, war der faktische Aufwand lokaler Wahlkreis- und zentraler Parteinstanzen bei den Reichstagswahlen vor 1914 eher unter- als überschätzt.¹¹⁷ In Einzelfällen lagen die Ausgaben um bis zu 50 % höher.¹¹⁸

Auf Grund dieser Bedürfnislage, die die Parteifinanzen der bürgerlichen Gruppierungen, soweit diese auf regelmäßigem Beitragsaufkommen beruhten, überanstrengte, gewannen dort das Spendenaufkommen, einmalige Beiträge, Stiftungen und das Parteimäzenatentum an Bedeutung.¹¹⁹ Diese Quellen hatten eine, bei niedrigeren Beitragssätzen im Vergleich zur Sozialdemokratie laxere Finanzdisziplin und Zahlungsmoral auszugleichen, vermochten sie

Anmerkungsübertrag S. 341, Anm. 116

Interessenpolitik: "Der Bund der Landwirte gibt in der Energie, mit welcher er seine Sonderinteressen vertritt, allen Berufsständen geradezu ein Vorbild..." (Bank-Archiv, I., 1902, Nr. 4, S. 69).

117) Max Weber, "Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland", in: Gesammelte politische Schriften, S. 373.

118) Nachwahlkosten der Nationalliberalen 1910 in Oletzko-Lyk: ca. 30.000. M. Ebensoviele bei der Fortschrittlichen Volkspartei 1914 für die Nachwahl im Wahlkreis Labiau. (Nipperdey, Organisation, S. 154, 236).

119) Von dieser Entwicklung waren die Sozialdemokraten nicht ausgenommen, nur blieb bei ihnen das Aufkommen aus regelmäßigen Beitragsabführungen größer. Immerhin wurden schon 1896/97 ca. 50 % der Auslagen der Parteizentralkasse aus zusätzlichen Einnahmen, vor allem aus dem Pressevertrieb bestritten. (Handbuch..., Parteitage, I., S. 141) Bis 1900 hatten bei den Nationalliberalen Umlagen die Arbeit der Parteizentrale getragen. Bei den Reichstagswahlen von 1907 und 1912 leisteten CDI, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und Hansabund Beiträge. Daneben wurde regelmäßig ein Spender- und Fördererkreis von ca. 10.000 Mitgliedern mobilisiert. Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei und Fortschrittliche Volkspartei bemühten sich grundsätzlich auf ähnlichem Wege das Beitragsaufkommen aufzubessern. Auch die konservative Partei verfügte neben geringen Leistungen der Wahlkreise an die Zentrale über die Möglichkeit einzelne Spenderkreise ad hoc zu mobilisieren. (Angaben nach Nipperdey, a.a.O., S. 155 f., 220, 226 f., 236, 263); Verhandlungen CDI, Nr. 116, Okt. 1909, S. 57 ff.; Westarp, Konservative Politik, I., S. 399 f.: "Nur in Wahlzeiten flossen die Einnahmen... von Einzelpersönlichkeiten").

günstigenfalls auch mehr als zu kompensieren.¹²⁰ Planmäßig genutzt, versprachen daher Spenden und Zuwendungen auch der Industrie die fortschreitende Ausweitung ihres Einwirkungsbereichs in den Parteien.

Als Vehikel und Werkzeug gewerblicher Interessen konnten diese materiellen Leistungen an der Nahtstelle bürgerlicher Parteiorganisationen, im Umkreis der nicht nur nominell- und statutarischen Selbständigkeit der unteren Gliederungen, insbesondere aber der Wahlkreisverbände einsetzen.¹²¹ Diese wahrten in ihrer - für die Interessengruppen wichtigsten - Befugnis zur Kandidatenaufstellung eine Eigenständigkeit, die sich dem ohnehin notorisch geringen Einwirkungsvermögen zentraler Instanzen, den "Wünschen" und "Empfehlungen" Berliner Stellen, in der Regel verschloß.¹²² Gewiß verfügten

120) Bis 1912 vermochte der SPD-Parteivorstand in fast allen Wahlkreisverbänden die Abführung des erst auf 10, 1905 auf 20 % festgelegten Pflichtanteils der Zentralkasse an Beitragsleistungen durchzusetzen. (Handbuch...Parteitage, I., S. 140 ff.: Klage über säumige Kreise um 1900: ebda., II., S. 124 f.) Trotz "seltener" Pflichtbeiträge verfügte die nationalliberale Parteileitung nach den Studien Nipperdeys zwischen 1905 und 1912 über ein für bürgerliche Parteien "enormes" Einnahmevermögen. Die finanzielle Position der Zentrale wurde jedoch noch vor dem 1. Weltkrieg von Landesverbänden eingeengt, die die Spendenleistungen ihrer Gebiete für sich zu monopolisieren versuchten. Pflichtüberweisungen an die Parteizentrale, in der Freisinnigen Volkspartei unbekannt, wurden nach 1903 - mit niedrigerem Beitragsatz als bei der SPD - in der Freisinnigen Vereinigung eingeführt und von dort aus in die Fortschrittliche Volkspartei übertragen, deren ordentliche Haushalte in der Zentrale indessen stets defizitär blieben. (Nach Nipperdey, a.a.O., S. 152, 154 f., 220, 227, 235 f.) Zur chronischen Finanznot der Konservativen: Westarp, Konservative Politik, I., S. 399 f. u. Nipperdey, a.a.O., S. 263. Geringe Zahlungsdisziplin zeigte sich in den bürgerlichen Parteien auch nach 1918.

121) Bei der Sozialdemokratie schwächte der Mittelbau der von der Parteizentrale finanziell abhängigen und ihr rechenschaftspflichtigen Bezirksorganisationen die Autonomie der Wahlkreisverbände faktisch ab.

122) Zur Eigenständigkeit der Wahlkreise: Nipperdey, a.a.O., S. 156 f. (bei den Nationalliberalen), S. 189 (Fortschrittliche Volkspartei), S. 191 (Zentrum). Zur Lage bei den Konservativen Westarp, Konservative Politik, I., S. 398: "Auf die Aufstellung der Kandidaten... hatte die Zentrale wenig oder gar keinen Einfluß". Noch 1919/20 mußte bei der DDP die rechtzeitige Benachrichtigung der Reichsgeschäftsstelle über die Wahlkreisnominierungen angemahnt werden. (Protokoll Ausschusssitzung der DDP vom 12.XII.1919 in Leipzig, Rede Dr. Fischer, S. 9, Stadtarchiv München, Nachlaß Pius Dirr, Partei- und Fraktionskorrespondenz 1918-1923).

die Parteileitungen über ein äußerstes Mittel, um auf diesem Gebiet die Immunität der Unterorganisationen aufzubrechen: die Drohung, zentrale Wahlhilfe, in erster Linie finanzielle Beihilfen, abzuziehen. Da aber ein solcher Schritt stets die Gefahr des Abwanderns von Teilen der Grundorganisationen einschloß, griffen die Parteizentralen kaum zu dieser Waffe, die zudem in gutgestellten Wahlkreisen wenig Effekt versprach.¹²³ Von Fall zu Fall wirkten dagegen finanzielle Hilfsorganisationen im Einvernehmen mit den Parteizentralen disziplinierend auf Orts- und Kreisverbände ein. So der Hansabund bei den Reichstagswahlen von 1912.¹²⁴

Wo solch taktische Rücksichtnahme den Parteileitungen die Hände band, fanden industrielle Interessen offenbar ein freies Feld; denn bei der allgemeinen Anspannung der Parteifinanzen stand es Interessenten u.a. frei, das Unabhängigkeitsstreben der Wahlkreise gegenüber den Zentralen überlegt auszuspielen, bedürftige Kreisorganisationen an der Parteispitze vorbei finanziell aufzurüsten und in ihnen industrielle Kandidaturen, sowie die Unterstützung industrieller Politik insgesamt durchzusetzen. Wenn es ihnen gelang, verfügbare Mittel in diesem Sinne planmäßig und konzentriert einzusetzen, dann ließ sich in Parteien und Parlamenten eine Klientel auf-

123) Nipperdey, a.a.O., S. 237, 264.

Wurden Parteizentralen selbst finanziell notleidend, verkehrte sich diese Disziplinierungschance leicht in ihr Gegenteil. Bei den Preußen- und Reichstagswahlen machte die Wahlkreisorganisation der DDP Magdeburg im Herbst 1924 gegenüber einzelnen Bewerbern und der Berliner Parteizentrale ihr Votum davon abhängig, daß Kandidaten dem Wahlkreis 40.-50.000 Mark zur Verfügung stellten. Angesichts der inzwischen chronisch desolaten Finanzverhältnisse des Vorstands galt auch für die Plazierung an aussichtsreicher Stelle auf der preußischen Landesliste als Voraussetzungen die Fähigkeit, "Gelder für die Partei zu sammeln". Zu recht spottete damals ein in Magdeburg abgewiesener Bewerber, der preußische Landwirtschaftsminister Wendorff, man habe dort für die Reichstagswahl den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Hummel wohl nur akzeptiert, da man sich von "dessen Stellung in der 'Badischen Anilin- und Sodafabrik'... vielleicht entsprechende Unterstützung" erhofft habe. (Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Gothein, Nr. 33, S. 271-276, Briefwechsel Wendorff-Gothein, Oktober-November 1924).

124) Nipperdey, a.a.O., S. 157, 238.

bauen, die in kontroversen Fragen den übergreifenden Führungsanspruch der Leitungen zu mediatisieren versprach und damit das Ziel einer Durchdringung und Unterwanderung der politischen Willensbildung in den Volksvertretungen wie im außerparlamentarischen Raum näher rückte.¹²⁵

Projekte und Praxis der Politisierung der Arbeitgeber und zur industriellen Parteienarbeit

Einsatz finanzieller Mittel: Zur Entstehung des
"Industriellen Wahlfonds" des CDI

Der Weg, den die erforderliche Kritik des seitherigen Verhältnisses zu den Parteien nahe legte, wurde beim Centralverband Deutscher Industrieller nach den Reichstagswahlen von 1903 eingeschlagen.

Die Revision der industriellen Parteienarbeit und ihre Anpassung an eine innenpolitische Szenerie, die um die Jahrhundertwende bis weit in das Bürgertum hinein vom "definitiven Durchbruch der 'Vermassung' der Politik"

125) Beispiel u.a. der Versuch des "Industriellen Wahlfonds" im Sommer 1917 im Wahlkreis Wollmirstedt/Neuhaldensleben für den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Eugen Schiffer die industrie genehme Kandidatur des "gemäßigten" Abgeordneten Friedberg durchzusetzen, um - in der Zeit der Kriegszielsdiskussionen - "jetzt ... in der (nationalliberalen, H.M.B.) Reichstagsfraktion 'gewissen Persönlichkeiten' Friedberg als gemäßigten Mann" entgegenzusetzen. Nachlaß Schiffer, GStB., Rep. 92, 3, Blatt 523, Kommentar Eugen Schiffers zu einem Brief von J. Flathmann, dem Geschäftsführer der "Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds" des CDI; Aufzeichnung Schiffers vom 6. September 1917; Schiffer selbst war in dem fraglichen Wahlkreis 1912 u.a. dank massiver Unterstützung des "Industriellen Wahlfonds" in den Reichstag gewählt worden. Er zählte damals noch zum rechten Flügel der nationalliberalen Partei.

(Rosenberg) geprägt wurde,¹²⁶ war allerdings keineswegs nur etwa das Ergebnis einer einzigen, in sich geschlossenen Bestandsaufnahme.

In der Praxis des CDI bildete sie sich vielmehr in mehreren Anläufen aus und dieser Prozeß verlief nicht ohne Verzögerungen und Schwierigkeiten: Bei großen politischen und sozialen Auseinandersetzungen war der Verband zu sehr "Partei" als daß es ihm hätte gelingen können, nüchtern und in gebotener Distanz zugleich tragende Modelle für eine neu konzipierte Parteienarbeit zu entwerfen; er konnte sich aber auch andererseits nicht in die Klientel einer, oder auch nur vorwiegend einer bürgerlichen Partei begeben, ohne sich Teile der eigenen Mitgliedschaft zu entfremden; denn diese waren, wenn auch mit charakteristischen Abschattungen, im gesamten Spektrum der bürgerlichen Parteien vertreten.¹²⁷ Im Kontakt mit den Parteien blieb so das Verbandshandeln eher reaktiv.

Es bedurfte der sozialdemokratischen Reichstagswählerfolge von 1903 und der noch schwerer wiegenden Erfahrung eines nicht vorausgesehenen Dauerwachstums bei den Freien Gewerkschaften im konjunkturellen Aufwind der Jahre seit 1902, ehe Pläne und Überlegungen in der politischen Praxis griffen. An ihnen erhellt hinreichend deutlich, daß die dazu erforderliche Einigkeit eine abgeleitete war. Sie wurde von gemeinsamen Abwehrinteressen gegenüber der Arbeiterbewegung gestiftet.¹²⁸

126) Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967, S. 121 f.

127) Nicht vertreten in der Verbandsführung bzw. unter den Parlamentariern, die dem CDI angehörten, war nach den Berechnungen Kaelbles allerdings das linksliberale Element. (Kaelble, a.a.O., S. 136-146, 189-200, 223 ff.).

128) Spiethoff, Krisen, S. 57 f. Die mitgliederstärkste deutsche Einzelgewerkschaft, der freigewerkschaftliche "Deutsche Metallarbeiterverband" konnte inzwischen 1901 und 1906 seinen Mitgliederbestand von 103.000 auf über 335.000 mehr als verdreifachen. Deutscher Metallarbeiterverband (hrsg.), Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1913, Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1914, S. 41.

In diese Richtung zielten die Vorstellungen, die der Centralverband Deutscher Industrieller seit den Reichstagswahlen von 1903 für seine Parteienarbeit entwickelte. Er schuf sich in der "Kommission zur Sammlung, Verwendung und Verwaltung des industriellen Wahlfonds" im Oktober 1909 ein dauerhaftes Instrument zur finanziellen Beeinflussung der Parteien.¹²⁹ Doch dauerte es immerhin 6 Jahre, um diese Konzeption voll zu entfalten.

Hier mag es genügen, für diese Vorbereitungsphase auf einige der wichtigsten methodischen Ansätze zu verweisen, über die Bueck selbst bei der Konstituierung der Kommission referierte. Danach dachte man im CDI schon 1904 daran, die Mittel, die der Arbeitgeberbewegung zufließen, als "Julisturm" gegen die Sozialdemokratie zu verwenden.¹³⁰ Dieser Plan scheiterte aber an verbandsinternen Widerständen.¹³¹ Zu einem zweiten, äußerlich erfolgreicherem Anlauf kam es dann, als 1907 der Reichskanzler Bülow, der preußische Handelsminister Clemens Delbrück und der preußische Innenminister Bethmann Hollweg beim CDI um die Unterstützung des Kampfes gegen Centrum und Sozialdemokratie baten.¹³² Das gab den Anstoß zur "Bülow-Spende" der Industrie.

129) Die Entscheidung für die Gründung der Kommission faßte das Direktorium des CDI nach Buecks Aussagen Anfang September 1908. Im Rechenschaftsbericht der Kommission zu 1912 wird als definitives Datum der Dezember 1908 genannt. Im CDI nahm man damals an, der Reichstag werde über den Auseinandersetzungen zur Reichsfinanzreform aufgelöst. (Verhandlungen CDI, Nr. 116, Okt. 1909, S. 27 f.; Kaelble, a.a.O., S. 215-222: Bericht der Wahlfondskommission).

130) Die vom Centralverband unter dem Eindruck des Krimmitschauer Streiks um den 10-Studentag geschaffene Abwehrorganisation, die "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" hätte hierfür den organisatorischen Ansatzpunkt geboten.

131) Verhandlungen CDI, Nr. 98, Mai 1904, S. 37; ebda., Nr. 116, Okt. 1909, S. 28: der CDI solle, eingedenk der Erfahrungen von 1904 nun mit der Wahlfondskommission "absolut nichts zu tun haben". (Bueck). Zur faktischen Unabhängigkeit der Wahlfondskommission gegenüber dem CDI: Kaelble, a.a.O., S. 28 ff.

132) Die Verhandlungen führte für den CDI der Vorsitzende Vopelius. Er wandte sich gegen die direkte Benachteiligung des Centrums und sprach - ein Indiz für das Spannungsverhältnis von Verband und Parteien - vom CDI als einer "Partei" zur wirtschaftlichen Interessenvertretung und Bekämpfung der Sozialdemokratie. (Verhandlungen CDI, Nr. 116), S. 57 f.).

Die Bülowspende richtete sich indirekt auch gegen Teile des Linksliberalismus, die damals nicht finanziell bedacht wurden.¹³³ Bei der Verteilung der Mittel verfuhr man zu dieser Zeit noch recht schematisch. Sie wurden nach Fraktionsstärken auf die Parteien aufgeschlüsselt und eine engere Kontrolle und Bindung der Begünstigten unterblieb.¹³⁴ Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß Bueck, der Bülows Kampfansage gegen die Sozialdemokratie zunächst als "herrliche" Losung gefeiert hatten, sich bald enttäuscht zeigte.¹³⁵ Die "patriotisch-nationale Bewegung" von 1906/07 galt ihm im Rückblick als Ergebnis einer singulären, nicht beliebig wiederholbaren politischen Konstellation.¹³⁶

Pläne zur Gründung von "industriellen" Parteien

Dem Centralverband ging es indessen, jenseits der Chancen zu singulärer Pression auf die bürgerlichen Parteien, auch hier um die kontinuierliche Ausübung von Einfluß. Die Diskussion zu diesem Thema blieb daher zunächst weiterhin offen. Zur Debatte standen dabei u.a. Vorschläge von Alexander Tille und Johannes Menck, der Syndici der Handelskammern in Saarbrücken bzw. Altona, die im Ausschuß des CDI die Saarländische Schwerindustrie, bzw. den "Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller" vertraten. Beide wollten die Unternehmerschaft über die Arbeitgeberbewegung politisch aktivieren. Tille dachte daran, dem "klassenpolitischen" Parteiensystem der Gegenwart einen Zusammenschluß der Arbeitgeber entgegenzustellen. Er ging

133) So die Freisinnige Vereinigung. Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 227.

134) Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 16 f., 33. (Bueck). B. behauptet, man habe a l l e bürgerlichen Parteien unterstützt. Aus dem Wahlfondsbericht zu 1912 ergibt sich, daß das Centrum entgegen den Versicherungen Vopelius' ebenfalls leer ausging. (Kaelble, a.a.O., S. 215.).

135) Bueck lobte die "herrlichen Worte" Bülows zur Interessensolidarität im Bürgertum und beklagte sich über die "sozialpolitische Lawine" im neuen Reichstag und den "frenetischen Jubel" mit dem das Parlament Naumanns sozialpolitische Konzeptionen begrüßt habe. (Verhandlungen CDI, Nr. 106, August 1907, S. 41; ebda., Nr. 107, Okt. 1907, S. 55.).

136) Verhandlungen CDI, Nr. 116, Okt. 1909, S. 21.

davon aus, daß eine solche berufsständische Formierung mit gleichem Erfolg wie der "unpolitische" Bund der Landwirte (BdL) wirken und sozialpolitisch einheitlich handeln werde.¹³⁷ Tille, der als Geschäftsführer der "Südwestlichen Gruppe" des "Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" auf Vortragsreisen und auch schriftlich für diese Vorschläge warb,¹³⁸ zog sein umfangreiches Projekt jedoch später zurück; Menck verhielt sich in der Sache ähnlich.¹³⁹

Die Vorstellungen des Saarbrücker Handelskammersyndikus und Geschäftsführers waren zweifellos recht konsequent; ihre Ausführbarkeit war dagegen mehr als fraglich. Tilles "Allgemeiner Arbeitgeberbund" stand für den Versuch, die traditionellen Parteien durch wirtschaftlich orientierte Gruppierungen abzulösen.¹⁴⁰ Planungen, die diesem Projekt zugeordnet waren, sahen die Errichtung eines geschlossenen Netzes industriell determinierter Wahlkreisverbände vor, denen einige Tausend (8000) "Agitatoren" zuarbeiten sollten; als industrielle "Kaderschmiede" war an die

137) Vgl. Kaelble, a.a.O., S. 254, 256: Zum Politikum des vorgeblich "unpolitischen" Charakters des BdL vgl. Puhle, a.a.O., S. 175.

138) Tille warb zunächst nur mündlich vor industriellem Publikum (Januar 1908 und Januar 1909). Die Auflage der verteilten Werbebroschüren erreichte 60.000 (Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 19 f.).

139) Die Vorschläge Tilles wurden nur formal zurückgezogen; Tille verfolgte sie an anderer Stelle weiter. (Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 41-49).

140) Ein Gedanke, der in der Diskussion zum Spannungsverhältnis zwischen Parteien und Verbänden keineswegs neu war, aber hier auch organisatorisch zu Ende gedacht wurde. Schon 1902 stellte das Organ des "Zentralverbands des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes" fest: "Die politischen Parteien verwandeln sich in reine Berufsvertretungen, und umgekehrt gewinnen die wirtschaftlichen Berufsvereine mehr und mehr Einfluß auf die Gesetzgebung ... Mag man diese Entwicklung bedauerlich nennen, aber das eigene Interesse erfordert gebieterisch, sie mitzumachen". (Bank-Archiv, I., 1902, Nr. 4, S. 69). Teile der von Tille entwickelten Programmatik werden später in den Leitsätzen des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens" rezipiert. Vgl. unten, S. 676-679 u. 683 ff.

Errichtung einer Arbeitgeberakademie im universitätsfernen Düsseldorf gedacht.¹⁴¹ Tille und Menck setzten sich jedoch, wie angedeutet, mit dieser Konzeption nicht durch.¹⁴²

Ablehnend verhielt sich der Centralverband auch zu dem Versuch, dem organisatorischen Gefüge der Parteien industriell kontrollierte Verbindungskörperschaften einzupflanzen; zu Recht, wie sich zeigen sollte: das Experiment eines "Industrieverbands der Nationalliberalen Partei" war bald gescheitert. Ähnliche Ansätze im regionalen Bereich schlugen

141) Unter anderem ein Reflex auf die damals unter Aufsehen erregenden Umständen scheiternde Berufung des Rostocker Nationalökonom Richard Ehrenberg an die Universität Leipzig. Die Berufung Ehrenbergs, dessen Pläne zur Errichtung eines "Instituts für exakte Wirtschaftsforschung" der CDI nahestand, hatte der Centralverband mit einem Schenkungsversprechen an die Universität zu fördern gesucht. Zur Vorgeschichte und zu den Hintergründen dieser "Tendenzprofessur", vgl. Alfred Weber, Diskussionsbeitrag auf dem III. Deutschen Hochschullehrertag zur Frage der Habilitierung von Sozialdemokraten; Max Weber, "Zum Hochschullehrertag"; Richard Ehrenberg, "Die Tendenzprofessur"; Max Weber, "Professor Ehrenberg"; ders., "Das Institut für exakte Wirtschaftsforschung"; alle Beiträge in: Frankfurter Zeitung (Nr. 285, 14.X.1909, 1. Morgenblatt, S. 1; ebda., gleiche Tagesausgabe, Abendblatt, S. 5; ebda., Nr. 291, 20.X.1909, 1. Abendblatt, S. 1 f.; ebda., Nr. 292, 21.X.1909, 3. Morgenblatt, S. 1.). Den Hinweis auf die Frankfurter Zeitung verdanke ich der freundlichen Auskunft von Herrn Dr. Kaelble, Berlin. Zum wissenschaftsgeschichtlichen Hintergrund vgl. J. Hirsch, "Deutsche Wirtschaftswissenschaft- und Praxis im letzten Menschenalter" in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege - Festgabe für Lujo Brentano, Bd. II., München 1925, S. 166; Lujo Brentano, Mein Leben, S. 246 f., 288 f., 294 f., 301.

142) Der Vorsitzende des CDI, Vopelius, spielte Tille gegenüber spöttisch auf den Fall Ehrenberg an und erklärte, T. wolle "gern das Programm etwas erweitern, er möchte 'Tendenzprofessuren' errichten ...". Ähnlich Buecks Reaktion auf die recht bemühte Terminologie, die T. zur Verteidigung des "Herr-im-Hause-Standpunktes" der saarländischen Schwerindustriellen benutzte. T. sprach von der gebotenen "Dynamekratie", die es gegen die verwerfliche "Isokratie", die Politik der Anerkennung der Gewerkschaften, zu verteidigen gälte. (Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 57, 19, 24; vgl. auch A. Tille, "Lujo Brentano und der akademische Klassenmoralismus" (Sonderdr. aus "Handel u. Industrie", Nr. 1082-1084, Saarbrücken o.J. (1912))).

in Hannover fehl.¹⁴³ Ihr Erfolg hätte eine Umkehrung der für die Parteien wichtigen "Liaisons horizontales" bedeutet.¹⁴⁴ Der starke Widerstand der Parteibürokratie war daher begreiflich.¹⁴⁵ Bescheidener, aber dafür wirklichkeitsnäher und methodisch durchdachter schien dagegen eine Anregung, die im November 1908 aus dem Umkreis der Bayerischen Metallindustrie laut wurde. Danach sollten örtliche Arbeitgeberverbände die politische Schulung der Unternehmer betreuen und sie planmäßig für die Übernahme von Funktionen in Orts- und Wahlkreisvereinen vorbereiten.¹⁴⁶

Die Arbeitgeberbewegung als Angelpunkt der politischen Mobilisierung der Industriellen

Überblickt man all' diese Vorschläge, dann fällt auf, daß sie in der Mehrzahl entweder die Arbeitgeberverbände organisatorisch nutzen, oder doch zumindest das von der Arbeitgeberbewegung geweckte Selbstbewußtsein politisch zu artikulieren trachteten. Das spricht für die Faszination, die die Streikabwehr, das von CDI und dem "Bund der Industriellen" ausgebaute

-
- 143) Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 21 f. Der Syndikus der Handelskammer Hannover betonte, daß die dortige Industrie "den größten Teil der Kosten der Wahlen" in Stadt und Prov. Hannover aufbringe. Er hoffte, daß ein geeintes Vorgehen der Industrie schon als reines Faktum "die maßgebenden Parteigrößen etwas gefügiger machen" werde. Seine eigenen Versuche, den liberalen Verein von Hannover massiv zu beeinflussen, endeten schon 1909 mit seinem Austritt aus dem Vorstand. (Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 59 f. Nipperdey, a.a.O., S. 150, 154).
- 144) Vgl. M. Duverger, Les Partis Politiques, S. 70 ff.
- 145) Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 21 f.
- 146) Ebd., S. 22. Vorschläge des Geschäftsführers des Vereins Bayerischer Metallindustrieller, König. Stresemanns Vorgehen folgte ähnlichen Prinzipien. Vgl. "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 54 ff., 57; Verhandlungen CDI, Nr. 116, S. 20 (Bueck). Zur industriellen Durchdringung der sächsischen Nationalliberalen: Nipperdey, a.a.O., S. 103 (Stand 1913/14).

Abwehrinstrument, auszuüben vermochte.¹⁴⁷

In der Tat glaubten Verbände und Einzelunternehmer hier die Grundlage gefunden, um sich nach enttäuschem Warten auf die Wiederkehr einer repressiveren staatlichen Arbeiterpolitik aus der hart empfundenen Abhängigkeit von der Legislative zu befreien. Das organisatorische Instrument der modernen Streikabwehr gab ihnen, so schien es, Mittel an die Hand, um selbständig "gegenüber den Anmaßungen der Sozialdemokratie"¹⁴⁸ die "große sozialpolitische Aufgabe zu lösen, zu deren Erfüllung nach Lage der Verhältnisse die Gesetzgebung sich unfähig erwiesen hat".¹⁴⁹

147) Die vom CDI, bzw. BdI im Frühjahr 1904 gegründeten Organisationen "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände", resp. "Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" standen anfänglich in engster Verbindung zu den Mutterorganisationen. Beide Gründungen schlossen sich 1913 zur "Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" zusammen. Der Krimmitschauer Streik um den 10-Stunden-Tag hatte für die Begründung der Zentralen der Arbeitgeberverbände nur veranlassende Bedeutung. Vgl. Kaelble, a.a.O., S. 26 ff.; Verhandlungen CDI, Nr. 98, Mai 1904, S. 26 ff. (Bueck), 121 ff. (Satzung der Hauptstelle); zum "Verein": C. Ungewitter, Chemisch-industrielle Wirtschaftspolitik, S. 466 ff. Zu Ursachen und Verlauf des Krimmitschauer Ausstandes: E. Schaarschmidt, Geschichte der Krimmitschauer Arbeiterbewegung, (phil Diss., Leipzig 1933) Krimmitschau 1934 (Selbstverlag), S. 119 f., 122 f., 125 f.

148) Ausführungen H. Vogels, des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Textilindustrie im April 1904 vor den Delegierten des CDI (Verhandlungen CDI, Nr. 98, Mai 1904, S. 46).

149) Bueck, ebda., S. 104. Zu Entstehung, Formen und Auftrag der Arbeitgeberverbände um 1904: G. Kessler, Die deutschen Arbeitgeberverbände (Schriften VfS., Bd. 124), Leipzig 1907, S. 48 ff., 51 f., 143-157; W. Herrmann, "Arbeitgeberverbände" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Göttingen 1956, Bd. I., S. 285 ff.; A. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, S. 98 ff., 101 ff. "... die lange offen oder im stillen gehegte Hoffnung, früher oder später werde sich der Staat einmischen... (war) immer mehr" geschwunden. (ebda., S. 106).

Zur Abgrenzung der Arbeitgeberverbände von anderen Organisationen der Unternehmer vgl. W. Kulemann, Die Berufsvereine, 1. Abtlg., Bd. III, 3., Organisation der Arbeitgeber - Gemeinsame Organisation, Jena 1908, S. 3-13. Abdruck der Satzungen überregional organisierter Arbeitgeberverbände einzelner Industrie- und Handwerkszweige (Fachverbände), sowie von branchenübergreifenden kommunalen und regionalen Zusammenschlüssen der Arbeitgeber (Gemischte Verbände), ebda., passim.

Zum Verlauf der Integration der
Arbeitgeber in die Spitzenverbän-
de: Arbeitgeberbewegung als Brük-
ke zur Politik

Der Wunsch, das Verhältnis zu den Parteien von der organisatorischen Basis der Arbeitgeberverbände aus zu gestalten, galt einem im Sinne und zugunsten der zeitgenössischen industriellen Interessenpolitik "emanzipierenden" Zweck. Hier schien die löstige Abhängigkeit von Parlament und Parteien in der Tendenz aufgehoben oder doch auf einer neuen Ebene freier als Aufgabe formuliert. Das verlieh den Arbeitgeberverbänden eine wichtige, neue Funktion: die des Verbindungsglieds zur Politik, wenn man sie nicht gar in den Bahnen der Vorschläge von Alexander Tille zum Sturm auf die bestehenden politischen Gruppierungen des Bürgertums nutzen wollte. Immerhin liefen ja auch maßvollere Vorstellungen als es die Tille'schen waren, noch darauf hinaus, mit Hilfe eines neu gewonnenen Instrumentariums Breischen in den Bestand der überkommenen bürgerlichen Parteien zu schlagen.¹⁵⁰ Die Geschäftsführung des CDI versagte sich allerdings 1908/09 allen Plänen, die damals noch die langfristige Aufgabe einer Ökonomisierung der Politik der Parteien der Arbeitgeberbewegung zuwiesen.¹⁵¹

Ausschlaggebend waren dafür Erfahrungen der Jahre 1904/05. Damals war der Versuch des Centralverbands, die Bekämpfung der Sozialdemokratie im Rahmen der von ihm zentralisierten Abwehrbewegung der Arbeitgeber zusammenzu-

150) Symptomatisch ist für diesen Zusammenhang der Versuch, einer primär wirtschaftlich geprägten, verengten Ausrichtung des Politischen Platz zu schaffen. Das stand hinter der Forderung Buecks, "rein wirtschaftliche Fragen von wirtschaftspolitischen (Unternehmer-) Gesichtspunkten aus zu behandeln". (Kritik Buecks an den Nationalliberalen, die nach seiner Ansicht, diese Forderung vernachlässigten: "Centralverband", Bd. I., S. 193). Ähnliche Formulierungen noch 30 Jahre später beim Hansabund, vgl. Hermann Fischer, "Des Hansabundes Kampf von 1909 bis 1929 und seine nächsten Aufgaben", in: "20 Jahre deutsche Wirtschaftspolitik - die Arbeit des Hansabundes von 1909-1929", Bln. 1929, S. 20 (Druckschriften des Hansa-Bundes, N.F., Heft 1).

151) Vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 116, Okt. 1909, S. 24 ff., 27.

fassen, gescheitert, weil die Mitgliedschaft der Verbandsleitung die Disposition über den Kampffonds, den "Juliussturm gegen die Sozialdemokratie" nicht hatte zugestehen wollen.¹⁵²

Ohne dieses materielle Fundament beschränkte sich der zum Programm erhobene Feldzug "gegen die sozialdemokratisch verhetzten Arbeiter" auf die Vervollkommenung des Apparates industrieller Streikabwehr.¹⁵³ Das Schlagwort von der Sammlung des gesamten Bürgertums ließ sich beim CDI nicht unmittelbar in parteipolitische Praxis umsetzen, weil es in der Organisation auf dem Gebiet der Sozialpolitik an der dazu notwendigen Einheitlichkeit und Geschlossenheit gebrach. Eine geschlossene Linie war hier, so wollte es noch 1909 dem Generalsekretär des Verbands scheinen, "ein Phantom".¹⁵⁴

Der antisozialistische Kampfruf, unter dem die Arbeitgeberbewegung 1904 antrat, bezeugte demnach nicht bereits die Geschlossenheit einer Generallinie unternehmerischer Politik, wohl aber das Bemühen, über den Nenner gemeinsamer industrieller Abwehrinteressen ein bestimmtes Maß an Zusammenhalt zu stiften. In dieser Beschränkung lag kein Verzicht auf die politische Dimension der Arbeitgeberbewegung. Vielmehr ließ sich absehen, daß Erfolge der Streikabwehr auch politische Nebenwirkungen zu entfalten vermochten und insoweit einer zu raschen Politisierung selbst nicht bedurften.

Jeder bedeutendere Arbeiterausstand, den es der Streikabwehr der Arbeitgeber in gemeinsamem Handeln zu konterkarrieren gelang, schuf ein journalistisches und parlamentarisches Echo, das zu verbindender Antwort nötigte. Die nämliche Rolle spielten im Verlauf der Arbeitskämpfe Interventionen Dritter. Mediationsversuche sowie erbetenes oder unfreiwillig erlittenes Einschreiten der Exekutive zwangen zur Einheit; Einheit im Abwehrhandeln, die politisch vereinheitlichend weiterwirken konnte.

152) ebda., S. 28 (Bueck)

153) Verhandlungen CDI, Nr. 98, Mai 1904,: Die Garantie für den Erfolg der Abwehrorganisation liege in der Beschränkung auf die Gebiete, auf denen die Arbeitgeber in der Tat einig seien, im "Kampf gegen die sozialdemokratisch verhetzten Arbeiter". (stellv. Geschäftsführer Leidig, a.a.O., S. 38).

154) Verhandlungen CDI, Nr. 116, Oktober 1909, S. 24.

Was der Centralverband 1908/09 ablehnte: das unvermittelte Politischwerden der Arbeitgeberbewegung entsprach freilich beim einzelnen Unternehmer einem recht wirklichkeitsnahen Verlaufs- und Denkmodell. Das Junktim von Arbeitgeberschutz und gezielter Parteienarbeit bezeichnete hier, wenn auch vereinfacht und ohne die zeitliche Stufung der Etappen, der Weg, den Industrielle über lokale, regionale und Branchenkoalitionen eingeschlagen hatten, ehe sie sich den zentralisierten Verbänden und deren auch politisch relevantem Verbandsprofil näherten.¹⁵⁵

Die "défense patronale"¹⁵⁶ wurde so, gleichgültig, ob sie sich letztlich an der CDI-nahen Organisation der "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" oder an dem konkurrierenden und u.a. vom "Bund der Industriellen" gestützten "Verein deutscher Arbeitgeberverbände" orientierte,¹⁵⁷ zu einer Brücke in die Politik, der sich die industrielle Abwehr auf den

155) Die, vor allem in der zeitgenössischen Literatur als Charakteristikum der Arbeitgeberbewegung betonte "unpolitische" Orientierung der Arbeitgeberverbände auf den engen Bereich gemeinsamer Verteidigungsbelange am Arbeitsmarkt und die Fortexistenz divergierender wirtschafts- und sozialpolitischer Haltungen in den Reihen der vereinten Arbeitgeber - vgl. Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 50 f. - steht einer solchen politischen Wertung nicht entgegen. Wo, wie im Deutschen Reich vor 1914 jeder konjunkturelle Aufschwung von Arbeitskonflikten begleitet war, die der Anteilhabe an der Konjunktur galten, mußte das Gewicht der Arbeitgeberverbände ständig wachsen und in ihnen die Einsicht, daß es zur Aufrechterhaltung eines gegebenen politischen und ökonomischen Status' quo der Rückkoppelung zur Politik der Parteien neben der früh üblichen Anlehnung bei der politischen Exekutive bedürfe.

156) Die Abwehrfunktion der Arbeitgeberverbände wird in der englischen (Industrial defence) und der französischen Terminologie besser umschrieben. (Vgl. W. Herrmann, "Arbeitgeberverbände", a.a.O., S. 285 ff.). Definition der Abwehrorganisationen nach A. Weber: "Verbände zur Wahrnehmung der unmittelbaren Interessen der Arbeitgeber gegenüber denen der meist ebenfalls organisierten Arbeitnehmer". (A. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, S. 99.).

157) Zu den, u.a. von Hausmacherwägungen gespeisten Meinungsverschiedenheiten zwischen den als Mutterorganisationen auftretenden Verbänden: CDI einerseits und Bund der Industriellen, Verein der chemischen Industrie und Gesamtverband deutscher Metallindustrieller andererseits - und zur Identität von Programmen, Satzungen und Politik beider von den rivalisierenden Verbandsgruppierungen begründeten Arbeitgeberverbände vgl. Kessler, a.a.O., S. 50-54.

Ebenen: Betrieb, Kommune, Region und Staat sukzessiv und mit einer gewissen Notwendigkeit zuordnete.

Bereits am Standort der Unternehmen griff die von den Abwehrkoalitionen angestrebte Steuerung des Arbeitsmarktes prägend in das sozio-ökonomische Wechselverhältnis von Gemeinden und Industrie ein.¹⁵⁸ Von Grund auf aber wurde diese Beziehung umgestaltet, wo überregionale Gliederungen der organisierten Arbeitsmarktparteien die Entscheidung über örtliche Arbeitsdifferenzen an sich zogen. In systematischer Weise geschah dies auf Seiten der Arbeitgeber seit dem Krimmitschauer Streik von 1903/04. Auch lokale Konflikte wurden von nun an in stärkerem Maße paradigmatisch durchgespielt. Sie erhielten exemplarische Bedeutung, wirkten noch intensiver auf kommunale und staatliche Politik zurück und machten, wenn sich die Instanzen der zentralisierten Arbeitgeberbewegung in sie einschalteten, die Gemeinden nach 1904 zum Erprobungsfeld der neu entwickelten Formen der Auseinandersetzung von Kapital und Arbeit.

Für die taktische Verzahnung von Einzelstreiks, Streikabwehr und politischen Ambitionen der industriellen Spitzenverbände steht im großen, wie erwähnt, der Krimmitschauer Ausstand. Er begann 1903, in dem Jahr der sozialdemokratischen "3-Millionen-Reichstagswahlen",¹⁵⁹ einer auf Preußen beschränkten Annäherung zwischen SPD und Freisinniger Vereinigung¹⁶⁰ und zu einer Zeit, in der die Mitgliederbewegung der Freien Gewerkschaften nach der Stagnation während der Jahre 1900/01 und 1902 wieder ansteigende

158) Örtlich wirksam wurden bei den Ausständen u.a.: der unparitätische Arbeitsnachweis der Arbeitgeberverbände, der nicht eigentlich als Organ der Vermittlung, sondern als Kontrollorgan in Erscheinung tritt; ferner Arbeitswilligenschutz, zuweilen unter Hilfestellung der lokalen Polizei, sowie der Nachrichtendienst der Unternehmen. Entsprechende Hinweise finden sich in den Satzungen der Verbände. (Vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 98, Mai 1904, S. 122 f.).

159) Stimmenanteil: 3,011 Millionen, bzw. 31,7 %. (Schwarz, MdR., S. 804-808).

160) Vgl. Heuß, Naumann, S. 177.

Tendenz zeigte.¹⁶¹ Angesichts dieser Entwicklung sah man in der Unternehmerschaft im Zusammenschluß der Arbeitgeber zunächst vor allem eine politische Waffe.¹⁶² Bereits während des Krimmitschauer Ausstandes diente die Zentralisierung der Arbeitgeberbewegung dem erklärten Ziel, "diesmal der Sozialdemokratie mit Hilfe des CDI. eine Niederlage [zu] bereiten, wie sie noch nicht dagewesen ist ..." ¹⁶³

Die Arbeitgeber, denen die Wahlgeographie eine starke numerische Präsenz im deutschen Zentralparlament versagte, wollten in Sozial- und Wirtschaftspolitik den eventuellen Verlust der "Klinke der Gesetzgebung" durch das Niederringen der Gewerkschaften in Betrieben und ganzen Industrie-
regionen ausgleichen.¹⁶⁴ Mit dieser Absicht trat damals auch die großbetriebliche westliche Schwerindustrie nach einigem Zögern der vereinheitlichten Arbeitgeberbewegung bei.¹⁶⁵

161) Beim "Deutschen Metallarbeiterverband" werden für die Jahre 1900 ff. folgende Zahlen nachgewiesen:

1900	-	100.762	Organisierte
1901	-	102.905	"
1902	-	128.842	"
1903	-	160.135	"
1904	-	198.964	"
1905	-	259.692	"

("Der Deutsche Metallarbeiterverband 1913", Bln. 1913, S. 41).

162) Die These von der Identität der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, - 1902 erklärte der Vorsitzende des Zentralverbands der Maurer Deutschlands, Th. Bömelburg: "Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie sind eins!" - lieferte das Grundargument für jene Arbeitgeber, die sich gegen jegliche gewerkschaftliche Aktivität wandten und Forderungen der Arbeiterschaft mit der äußeren Einwirkung sozialdemokratischer "Hetzer und Agitatoren" erklärten. (Vgl. "Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens", I., S. 265 f.; Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 40).

163) Schaarschmidt, Krimmitschauer Arbeiterbewegung, S. 128.

164) Vgl. die pessimistische Beurteilung Buecks zu Chancen industrieller Kandidaturen in den Reichstagswahlen von 1903, s. oben, S. 326 ff.

165) Terminus "Großindustrie" bzw. "Großbetrieb" in Anlehnung an den heutigen Sprachgebrauch für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten. Die zeitgenössische Statistik sprach in solchen Fällen von "Riesen- bzw. Kolossalbetrieben". (Vgl. L. Brentano, "Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben", Leipzig 1906, S. 135 [Schriften

IV. Abschnitt : DER SIEMENSKONZERN NACH 1900: DIE ANNÄHERUNG AN DEN

CDI

KAPITEL 1

ANSCHLUSS AN DEN REGIONALEN ARBEITGEBERVERBAND (VERBAND BERLINER METALL-
INDUSTRIELLER VBMI)

Beitrittsmotivationen: Unruhe am Arbeitsmarkt, Streik und Aussperrungen
in der Elektro-Großindustrie 1905

Eine ähnliche Entscheidung fiel zu dieser Zeit, ebenfalls 1904, beim Berliner Siemens-Konzern. Der Großfirma, die bisher noch keinem Arbeitgeberverband angehört hatte,¹⁶⁶ schien nun der Beitritt zu der regionalen Arbeitgeberorganisation der Metallindustrie Berlins, zum "Verband Berliner Metallindustrieller" (VBMI), unumgänglich, nachdem sie immer deutlichere

Anmerkungsübertrag zu Anm. 165), S. 357

VfS., Bd. 116⁷; "Statistik des Deutschen Reiches", NF., Bd. 119, Berlin 1899, S. 42). Bis 1903 hatte sich die deutsche Großindustrie gegenüber der Arbeitgeberbewegung im allgemeinen zurückhaltend gezeigt. In der westlichen Montanindustrie gab es selbst im Frühjahr 1904 noch Reserven. Der "Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" existierte seit Juli 1904; 39 der 49 Gründungsfirmen von "Arbeit Nord-West" beschäftigten mehr als 2.600 Arbeitnehmer. (Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 40; Verhandlungen CDI., Nr. 98, Mai 1904, S. 31; "Erster Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", o.O. (Düsseldorf) 1906, S. 1-3).

166) Werner Siemens schuf allerdings schon 1872 ad hoc eine Streikabwehrorganisation der Berliner Metallfabrikanten. (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben, S. 243; vgl. auch Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 254 ff.).

Anzeichen für Erfolge gewerkschaftlicher Tätigkeit in ihren Betrieben wahrzunehmen glaubte.¹⁶⁷ Es handelte sich dabei vor allem um das Vordringen des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" (DMV), der 1902 schon "die größere Hälfte" der organisierbaren Metallarbeiter in Berlin vertrat und damals über Fortschritte "besonders in den Großbetrieben" berichtete.¹⁶⁸

Aus einzelnen Forderungen und Teilstreiks der Arbeiter im Sommer 1904 schloß die Leitung des Elektro-Konzerns, daß Differenzen "nicht auf wirkliche Wünsche" der Beschäftigten, sondern "einen Angriffsplan von Seiten des Metallarbeiter-Verbandes" zurückgingen.¹⁶⁹ In einer Aufzeichnung vom November jenes Jahres rechnete Wilhelm von Siemens mit "ernsteren Entwicklungen" für 1905.¹⁷⁰

Dieser Arbeitskampf begann, als am 19. September 1905 180 Schraubendreher des Berliner "Wernerwerks" der S. & H.-AG¹⁷¹ und, unabhängig davon, auch

167) Die "Siemens & Halske-AG" (S & H) und die "Siemens-Schuckert-Werke-GmbH" (SSW) traten am 5.XII.1904 dem VBMI bei. (Vertrauliche Mitteilung Wilhelms v. Siemens an E. Rathenau vom 5.XII.1904. SAA./ 4 Lk 12-13).

168) Deutscher Metallarbeiter-Verband/Verwaltungsstelle Berlin (hrsg.), "Bericht der Ortsverwaltung Berlin pro 1902", Bln. 1903, S. 40 f. In der Folge zitiert: "DMV-Bln. 19...". Der DMV zählte 1902 in Berlin 30.664 Mitglieder ("DMV-Bln., 1905", S. 4).

169) Diktat von Wilhelm von Siemens vom 24.XI.1904 zur Lage in den Konzernbetrieben und Besprechungen mit Emil Rathenau und Dir. Jordan (AEG) zur Frage eines Anschlusses an den VBMI (SAA. 4/Lk 12-13). Zu den von Siemens erwähnten Arbeitsdifferenzen 1903/04: "DMV. Bln. 1903", S. 44 f., 47; "DMV-Bln. 1904", S. 9, 19 ff.

170) Diktat von Wilhelm von Siemens vom 24.XI.1904 (SAA 4/Lk 12-13).

171) Im Wernerwerk war die Schwachstromproduktion zentralisiert und seit 1905 an den außerberliner Standort Spandau/Nonnendamm verlegt worden. Da die Schraubendreher dieses Werks auch den Bedarf anderer Konzernfertigungen an Spezialschrauben deckten, drohte ihr Ausstand die Gesamtproduktion des Konzerns zu beeinträchtigen. (Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 114 f., Tabelle 34; Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 355). Wilhelm von Siemens hatte mit einem größeren Arbeitskonflikt in den Berliner Konzernbetrieben bereits für das Frühjahr 1905 gerechnet. (SAA 4/Lk 12-13).

Lagerarbeiter im AEG-Kabelwerk "Oberspree" in Berlin-Oberschöneweide nach dem Abbruch fruchtloser Lohnverhandlungen in den Ausstand traten.¹⁷²

Im Rhythmus von Streik, Aussperrungen und solidarischen Arbeitsverweigerungen seitens der vorerst in den Werken stehen gebliebenen Restbelegschaften, führte der Konflikt zu allgemeineren Ausständen und einem generellen "Lock-out" in den Berliner Werken der Siemens & Halske-AG, der Siemens-Schuckertwerke und der AEG.

Es war ein Arbeitskampf, der nach knapp vierwöchiger Dauer, am 14. Oktober von den Gewerkschaften abgebrochen werden mußte,¹⁷³ nach Schätzungen der Beteiligten zeitweilig bis zu 40.000 Arbeiter betraf und¹⁷⁴ - gemessen an Ausgangsforderungen - mit einem Minimalkompromiß endete.

Das Ergebnis, in das der bisher umfangreichste Ausstand in den Betrieben der Konzerne AEG, S. & H., bzw. SSW, in Berlin auslief, gestand den Schraubendrehern im Siemens'schen Wernerwerk Akkordverbesserungen von ca. 6 % gegenüber ursprünglich geforderten 15 % zu, lehnte weitergehende Wünsche der Arbeiter für die Feststellung der Akkorde verklausuliert ab und beschied auch die Lagerarbeiter des AEG-Kabelwerks mit Zugeständnissen,

172) Angaben in der Folge orientiert an der Darstellung in dem vom DMV-Vorstand in Stuttgart redigierten "Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder" von 1905 (zitiert: DMV-Jahrbuch 19..). Seine Schilderungen sind kritischer und umsichtiger als die meisten Berichte anderer, zeitgleicher periodischer Publikationen. Die Darstellung des Berliner Arbeitskampfes findet sich im DMV-Jahrbuch 1905, Stuttgart 1906, S. 85-100.

173) Ebda., S. 96-100.

174) Die Zahlenangaben schwanken. Die Reichsstatistik nennt folgende Höchstzahlen: 4.000 Streikende und 27.000 Ausgesperrte. ("Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905", in: Statistik des Deutschen Reiches, NF., Bd. 178, Bln. 1906, S. 52). Zu Fragen der statistischen Erhebungen und der Streikstatistik insgesamt vgl. unten, S. 381. Schwankende Angaben auch zur Anzahl der ursprünglich streikenden Schraubendreher in: "Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie", Bd. I., 1905, S. 148.

die - wie im Falle der Streikenden bei Siemens & Halske - den Konzessionen entsprachen, die bereits vor Beginn des Ausstandes den Belegschaften von den Betriebsleitungen gemacht worden waren.¹⁷⁵

Bei einer Öffentlichkeit, die während des Arbeitskampfes in Berlin von der insgesamt sehr umsichtigen Pressearbeit der bestreikten beiden Großfirmen und den laufenden Verlautbarungen der beteiligten Arbeitgeberverbände nachhaltig beeinflusst wurde, hatte sich daher bald der Eindruck verfestigt, daß der vorliegende Ausstand und die ungewohnt umfangreichen Aussperrungen einem im Grunde nutzlosen und überflüssigen Konflikt zu verdanken seien, der letztlich auf gewerkschaftlichen Fehleinschätzungen beruhe und hier zu Lasten der Allgemeinheit gehe.¹⁷⁶

Zu diesem für die Gewerkschaften außerordentlich ungünstigen Echo hatte wesentlich beigetragen, daß sich Arbeiter der "Berliner Elektrizitätswerke-AG" (BEW), eines Tochterunternehmens der "Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft", zeitweilig an dem Ausstand beteiligten, daß darum Licht- und Kraftversorgung der Großkommune Berlin für kurze Zeit bedroht und aus diesem Grunde auch ein unmittelbares militärisches und polizeiliches Eingreifen in den Arbeitskampf bevorzustehen schien.¹⁷⁷

175) Exaktere Schilderungen zu den vorausgehenden Verhandlungen und zum Ablauf des Streiks und der Aussperrungen unten, S. 385, 401 ff. Zu den Forderungen der Arbeiter des Wernerwerks hatte auch die Errichtung einer "Kommission der Arbeiter zur Vermeidung von Streitigkeiten über die Regulierung der Akkordarbeit" gezählt. Von der Werksektion war dagegen nur ad hoc eine Beteiligung von Arbeitern an der Beratung "der Prinzipien dieser /i.e. der von der Werksleitung zugewilligten Anhebung der Akkorde um 5 - 6 %, HMB./ Erhöhung ..." zugestanden worden. (DMV-Jahrbuch 1905, S. 85).

176) Zur Öffentlichkeitsarbeit der Großfirmen ausführlicher unten, S. 393 f.

177) Zur Bestreikung der BEW.: "Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905", (Statistik des Deutschen Reiches, NF., Bd. 178, S. 52); "Berliner Jahrbuch" 1905, I., S. 150; Soziale Praxis, Jg. XV., Sp. 11., 26.X. 1905. Zu den Vorbereitungen zum Einsatz von Militär vgl. unten, S. 390 ff.

P o l i t i s c h e W e r t u n g e n z u m A r b e i t s -
k a m p f

Verlauf und Ergebnisse des Ausstandes in der Berliner Elektrogroßindustrie führten unter diesen Rahmenbedingungen nicht nur in Berlin selbst zu Stellungnahmen und Kommentaren von Gewerkschaften, Parteien, Arbeitgeberorganisationen und Publizisten, die sich je nach Standortgebundenheit in der Verdammung, der Apologie oder der Rolle der Mediation versuchten.¹⁷⁸ Die Breite der Reaktionen überrascht nicht. Während der Anfangsphase der Russischen Revolution von 1905 und in der Zeit intensivster Auseinandersetzungen um die Rolle des Massenstreiks bei den Gewerkschaften und in der deutschen Sozialdemokratischen Partei begleitete 1905, als die Streikstatistik ein bisher noch nicht erreichtes Hoch von Ausständen signalisierte,¹⁷⁹ ein ähnlich weites Meinungsspektrum jeden der größeren Arbeitskämpfe in Deutschland.¹⁸⁰

In Berlin verdeutlichten solche Äußerungen z. T. auch die Rolle, die die gemeinsame Erfahrung von Ausstand und erfolgreicher kollektiver Streikabwehr bei der politischen Aktivierung der Unternehmer spielte. So erklärte die Firmenleitung von Siemens & Halske in einer abschließenden Wertung, die

178) Zur Rolle der Presse im Elektro-Streik siehe unten, S. 393 f.

179) In der Hochkonjunktur 1904/05 kennzeichnete die Reichsstatistik 1905 als ein Jahr, das die "bisher noch nie beobachtete Ausdehnung von Arbeits-, HMB./ Streitigkeiten" des Vorjahres übertraf. ("Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905", a.a.O., S. 36).

180) Im Falle des Ausstandes und der Aussperrungen in der Berliner Elektrogroßindustrie wollte es sogar die Koinzidenz der Daten, daß die Nachrichten vom Ausbruch des Arbeitskampfes die Delegierten des SPD-Parteitag 1905 in Jena gerade erreichten, als die Haltung der Partei zum politischen Massenstreik diskutiert wurde: die Nachricht über den Beginn der Aussperrungen in Berlin wurde am 22.IX.1905 zu Beginn der Debatte über Bebels Referat zum politischen Massenstreik vor den Delegierten verlesen. (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis zum 23. September 1905, Berlin 1906, S. 314; in der Folge zitiert: Prot. Pt. ...).

das Unternehmen in den Jahresbericht der Berliner "Ältesten der Kaufmannschaft" einrücken ließ, im Rückblick auf den Arbeitskampf der Monate September und Oktober:

"Die sozialdemokratische Wühlarbeit scheint ihre Taktik ändern zu wollen und auf größere, von langer Hand vorbereitete Kämpfe zuzusteuern; demgegenüber ist es dringend geboten, daß auch die Arbeitgeber sich immer mehr und fester zusammenschließen. Und es scheint auch in hohem Grade wünschenswert, daß die Industrie, mehr als bisher geschehen, für ihre Vertretung in den politischen Körperschaften sorgt".¹⁸¹

Nach der Inanspruchnahme der praktischen Assistenz der Arbeitgeberverbände während des Ausstandes unterschrieb der Siemenskonzern mit diesem Votum im Umfeld des Elektro-Streiks auch zentrale Positionen der politischen Programmatik, die hinter der Entstehung und Ausbreitung der modernen, zentralisierten Arbeitgeberbewegung standen. Darüber hinaus erleichterte das Bekenntnis zu einem stärkeren politischen Engagement der Unternehmerschaft die Verbindung zu Mutterorganisationen der zentralisierten Arbeitgeberverbände, in denen, wie beim CDI seit der Jahrhundertwende, das Thema eines effektiveren politischen Mandats der Industrie mit Nachdruck erörtert worden war.

Erfahrungen des Streiks artikulierten sich aber nicht nur in der Verbandspolitik, sondern strahlten auch auf den gesamten Bereich der "Arbeiterpolitik" des Unternehmens aus. Nachwirkungen des Arbeitskampfes von 1905 lassen sich hier noch später bis hin zu der von dem Elektrokonzern schrittweise und pragmatisch betriebenen Ausbildung der Siemens'schen Komponente der "gelben" Gewerkschaften verfolgen.¹⁸²

Entscheidungen, die auf diesem Gebiet unter dem Eindruck des Streiks und der Streikfolgen fielen, reflektieren ihrerseits Änderungen im Verhalten der Belegschaften, die sich nicht notwendig und regelmäßig zu Arbeitskonflikten verdichten müssen, in solchen Konflikten aber, häufig für alle Beteiligten, zu Tage treten und u.a. Arbeitswilligkeit, produktive

181) "Berliner Jahrbuch", 1905, Bd. II, S. 240. Die weniger analytische als taktisch-funktionale Absicht dieser Wertung: Die Arbeitgeber gegenüber einer äußeren Bedrohung zu einen, ist offensichtlich. Zur Berechtigung dieser Bewertung des Streiks siehe unten, S. 419.

182) Vgl. unten, S. 527.

liche und politische Bindungen, das Verhältnis einzelner Arbeiterkategorien untereinander und das disziplinäre Profil der Beschäftigten betreffen können.

Diese Fakten gehören ebenso zum Bedingungsgefüge des Elektro-Streiks wie die in der Dynamik des Ausstandes selbst zu notierenden Stimmungslagen, Aktionsabläufe und Kommunikationsverhältnisse, wie sie sich u.a. in der Reaktion der Belegschaften und einzelner Arbeiterkategorien - der Hilfsarbeiter und Frauen, der Angelernten und Facharbeiter - auf Vorgehen und Strategie von Firmenleitungen und Gewerkschaften darstellen, im Spannungsverhältnis zwischen Streikleitungen, Betriebsvertrauensleuten und organisierten und nicht organisierten Ausständigen niederschlagen und in der Abwehrhaltung gegenüber einer in Neutralität oder Feindseligkeit verharrenden bürgerlichen Öffentlichkeit manifestieren; daneben zählt das reaktive Verhalten angesichts der drohenden militärischen und polizeilichen Intervention und der Mediationsversuche von dritter Seite. Endlich fällt, ähnlich wie bei der abschließenden Wertung der Firmenleitungen, hier das Urteil ins Gewicht, das sich in Belegschaften und Arbeiterorganisationen zu dem schlecht verhohlenen Mißerfolg der Ausstandsbewegung in Berlin bildete. Das Urteil ist wichtig, weil es auch da, wo seine Spontaneität in die Irre geht,¹⁸³ "situative" Wahrheit und Wirklichkeit enthält: Aussagen zu Agitation, Werbung und Streikverhalten der freien Gewerkschaften, zu inner- und außerbetrieblichen Existenzlagen örtlicher Arbeiterpopulationen und, vom Erleben des Ausstandes geprägt, die Einstellung der Streikenden zu theoretischen Positionen und praktischem Verhalten der sozialdemokratischen Partei in der Massenstreikdiskussion.¹⁸⁴

183) Ähnliches gilt für die sehr anfechtbaren Feststellungen des Urteils bei der Firmenleitung von S. & H. über das vorgeblich aggressiv-aktivistische Vorgehen des DMV.

184) Nach der ursprünglichen Konzeption der Arbeit sollten diese Zusammenhänge im "Spandauteil" der Untersuchungen exemplifiziert werden.

Unter diesen Gesichtspunkten gewann der Berliner Elektrostreik für die politische und gewerkschaftliche Ausrichtung der Betriebsarbeiter eine ähnliche Bedeutung wie die Erfahrung der insgesamt geglückten kollektiven Streikabwehr auf Seiten der Arbeitgeber. In den anschließenden analytischen Bemühungen zum Streik in der Berliner Elektro-Großindustrie wird dem Rechnung zu tragen sein.

Bei einem Arbeitskampf, der u.a. durch den Eindruck eines bevorstehenden militärischen Eingreifens entschieden wurde, konnte es nicht fehlen, daß auf seiten der Unterlegenen auf jene Verbindungen aufmerksam gemacht wurde, die zwischen Elektrogroßfirmen und preußischen Ministerien, zwischen den Unternehmen und Tochtergründungen von S. & H. und AEG und Instanzen der Reichsadministration bestanden.

In Anspielung auf solche Kontakte hob diese Kritik darauf ab, daß sich derartige Fühlungsvorteile in die Tätigkeit der Arbeitgeberverbände einbringen ließen und in einem Arbeitskonflikt auch politisch kurzgeschlossen werden konnten.¹⁸⁵ Verbände, die nach Organisationsziel und faktischer Verbandsmacht durchaus im Stande schienen, für die Arbeitgeberschaft den um die Jahrhundertwende beklagten "Verlust der Klinke der Gesetzgebung" in der Sozialpolitik funktional wett zu machen, wurden dabei hier, so der Grundtenor der Kritik, zusätzlich aufgerüstet.

Inwieweit solche Hinweise in der Realität des Arbeitskampfes von 1905 ihre Entsprechung besaßen, blieb hier indessen unermittelt.¹⁸⁶ Immerhin aber konnten Behördenkontakte, über die Firmen wie Siemens & Halske, AEG und Siemens-Schuckert traditionell verfügten,¹⁸⁷ als wertvoller Einstand für die Arbeit der Streikabwehr gelten.

185) Siehe unten, S. 478-481.

186) Die Quellenbasis: Tagespublizistik, Periodika, geschäftliche Mitteilungen etc. ist dafür unzureichend. Es hätte zusätzlicher Daten und Informationen aus den - hierzu nicht ausgewerteten bzw. unzugänglichen - Ministerialakten bedurft.

187) Vgl. oben, S. 68 ff.; Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften, S. 3-7; Winterfeld, Entwicklung, S. 14 f., 44; Helfferich, Georg von Siemens, Bd. II., S. 59, "50 Jahre AEG", S. 422 ff., 425, 440 ff.; Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 104 ff., 158 ff., 206 ff.; Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 321 f. und passim.

Vom regionalen zum Spitzenverband

Funktion und aktuelle Bedeutung des VBMI 1905

Solidarisierung der industriellen Spitzenverbände im Arbeitskonflikt

In einführenden Bemerkungen zu dem Arbeitskonflikt, der 1905 in den Berliner Betrieben der Elektrokonzerne AEG und Siemens zu einer größeren Ausstandsbewegung und massiven Aussperrungen führte, wurde bereits angedeutet, daß der Arbeitskampf die Beteiligten nicht eigentlich überraschte und, deutlich vor allem bei den Arbeitgebern, gewisse Vorbereitungen getroffen waren.¹ Verwiesen wurde dabei auf vorsorgliche Überlegungen von Wilhelm von Siemens, der unter diesem Gesichtspunkt im Herbst 1904 den Anschluß des Siemenskonzerns an die regionale Arbeitgeberorganisation der Metallindustrie, den "Verband Berliner Metallindustrieller" (VBMI) betrieb und im Gedankenaustausch mit der "Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft" für den Konfliktfall über gemeinsames Vorgehen beider Firmen beriet.² Mit diesen Maßnahmen, die in anderem Kontext u.a. als Indiz für eine mittelbare Annäherung des Siemenskonzerns an auch politische Positionen des Centralverbands deutscher Industrieller gewertet wurden,³ betrat die älteste der Berliner Elektrogroßfirmen in gewisser Weise neues Terrain. Gegenüber den Fortschritten gewerkschaftlicher Agitation hatte man hier noch nach der Jahrhundertwende u.a. auf tradierte Mittel innerbetrieblicher Sozialpolitik vertraut, so etwa auf die disziplinierende Wirkung des Pensionskassenwesens.⁴ Der Anschluß an den VBMI war unterblieben,

1) Siehe oben, S. 358 ff.

2) U.a. auch vertrauliche Informierung Emil Rathenaus über den Beitritt zum VBMI (5.XII.1904) (SAA 4/Lk 12-13).

3) Siehe oben, S. 358.

4) Die "Pensions-, Witwen- u. Waisenkasse" von S.&H. wurde 1872 gegründet und beruhte "auf der glücklichen Verbindung von menschlichem Empfinden und gesundem Egoismus, der Werner Siemens' gesamtes soziales Handeln bestimmt hat" (Burhenne). Nach den Statuten der Kasse verloren Streikende die Anwartschaft auf Pensionszahlungen. (Burhenne, Siemens als Sozialpolitiker; Günther und Prévôt, Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich, S. 137 f.)

"weil" - wie es in einer internen Aufzeichnung von 1904 heißt - "wir bisher mit den Arbeitern immer direkt ausgekommen waren ... [und] glaubten ..., daß unsere Pensionskasse uns die Einnahme einer besonderen Stellung gestatten würde".⁵

Diese Annahme hatte sich jedoch, wie schon angedeutet, als irrig erwiesen. In der Hochkonjunktur, die der Flaute der Jahre 1900-1902 gefolgt war, vermochte sich der "Deutsche Metallarbeiter-Verband" (DMV) auch in den Konzernbetrieben der Berliner Elektro-Großindustrie festzusetzen,⁶ was sich für die Konzernleitungen u.a. schon 1903/04 in einer Vielzahl von Ausstandsdrohungen, Teilstreiks und vermehrten Einzelforderungen aus den Belegschaften recht fühlbar niederschlug.⁷ Dies war die Situation, in der man sich bei Siemens für den Anschluß an den VBMI entschloß.⁸ Ein Schritt, der für die zu erwartenden weiteren Auseinandersetzungen am Berliner Arbeitsmarkt die solidarische Hilfe der Arbeitgeber des bedeutendsten Industriezweiges in der Stadt in Aussicht stellte.⁹

Nach der Verbandsmitgliedschaft und dem Verbandsgebiet war der VBMI eine Arbeitgeberorganisation, die sich als "Bezirksverband eines Gewerbes"¹⁰ darstellte. Beim Beitritt des Siemenskonzerns bestand der VBMI seit 14 Jahren: er war 1890 aus einem früheren Zusammenschluß örtlicher Gießereibetriebe und Maschinenfabriken hervorgegangen und gehörte seit dieser Zeit dem ebenfalls 1890 gegründeten "Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller" an, dem nach der Beschäftigtenzahl größten deutschen Arbeitgeberverband, dessen Aufbau und straff gehandhabte Kontrolle der Arbeitsvermittlung im

5) Diktat Wilhelms von Siemens, vom 24.XI.1904 (SAA/4 Lk 12-13).

6) Vgl. DMV.-Bln. 1902, Bln. 1903, S. 40 f.

7) Vgl. dazu die Berichterstattung von Gewerkschaftsseite: DMV-Bln. 1903, S. 44 f.; DMV-Bln. 1904, S. 18 ff. Echo bei Betriebsleitungen: Kocka, Organisation, S. 495.

8) Beitritt am 5.XII.1904 (SAA 4/Lk 12-13).

9) In der Metallindustrie waren 1904 im Groß-Berliner Wirtschaftsraum 42,4 % aller Beschäftigten der Industrie tätig. (Sparten: Metallverarbeitung, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffsbau, Elektroindustrie, Feinmechanik-Optik). Vgl. "Groß-Berlin", Statistische Monatsberichte, Jgg. I., 1910, Heft 1, S. 617.

10) Definition nach Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 55.

zeitgenössischen Unternehmertum weithin als vorbildlich galten.¹¹ Als sich CDI und Gesamtverband nach dem Krimmitschauer Streik in Konkurrenz darum bemühten, die Arbeitgeberbewegung zu vereinheitlichen, hatte sich der VBMI dem "Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" angeschlossen, der Spitzenorganisation, die vom Gesamtverband mitgetragen wurde.¹² Zu der Parallelgründung des CDI., der "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" unterhielt der "Verein" jedoch enge und freundschaftliche Beziehungen, die bis zur schließlichen Verschmelzung beider Organisationen 1913 mehrfach durch Kartellabkommen bekräftigt wurden.¹³ Auf beiden Seiten ergaben sich darum "in prinzipiellen Fragen ... keinerlei Differenzen".¹⁴ Für den Siemenskonzern eröffnete also bereits die formelle Zugehörigkeit zum Verband Berliner Metallindustrieller im Falle eines Arbeitskonflikts eine Filiation von Solidarisierungen, die von dem Berliner Verband über den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller bis zum "Verein", bzw. der "Hauptstelle" Deutscher Arbeitgeberverbände führte und so eine äußerst wirkungsvolle kummulative Streikabwehrhilfe in Bewegung bringen konnte.

- 11) So nach Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 73. Der seit 1886 bestehende "Verein Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken" erweiterte sich 1890 zum VBMI und trat damals dem Gesamtverband bei. Der unparteiische, d.h. nur von den Arbeitgebern verwaltete Arbeitsnachweis des Gesamtverbands diente in erster Linie der Überwachung der Belegschaften. Er unterhielt Nachrichtendienste und Karteien, die streikende Arbeiter bzw. Sozialdemokraten erfaßten. Die registrierten Arbeitnehmer wurden einem kasuistischen System von Einstellungssperren unterworfen. (Kessler, a.a.O., S. 73; J. Kuczynski, Monopole und Unternehmerverbände, S. 198, 200 ff. /Studien zur Geschichte des Deutschen Imperialismus, Bd. I./; A. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Tübingen 1954, S. 101.
- 12) Verhandlungen CDI., Nr. 98, Mai 1904, S. 54 (stellv. Vors. Gesamtverband, Menck/Altona). Daneben führend beteiligt im "Verein": der "Bund der Industriellen" (gegr. 1895) und der "Verein z. Wahrg. d. Interessen d. chem. Industrie Deutschlands". (A. Weber, a.a.O., S. 104 ff.; Kessler, a.a.O., S. 50; Ungewitter, Chemisch-industrielle Wirtschaftspolitik, S. 466 ff.).
- 13) Zum Abhängigkeitsverhältnis von Hauptstelle und CDI - die Hauptstelle gewinnt größere Selbständigkeit erst ab 1911 - Kaelble, a.a.O., S. 28; Weber, a.a.O., S. 105 ff.

Daß darüber hinaus der geregelte Instanzenzug unternehmerischer Streikhilfe die Arbeitgeber bestreikter und aussperrender Industrien der Position und Politik der unterstützenden Spitzenverbände anzunähern vermochte,¹⁵ wurde schon an anderer Stelle betont und dazu u.a. auf abschließende Verlautbarungen des Siemenskonzerns zum Elektrostreik der Monate September und Oktober 1905 verwiesen.¹⁶

Die Bedeutung der organisatorischen Einbindung des Konzerns in die Arbeitgeberbewegung dokumentierte sich aber am überzeugendsten im Streik selbst. Wie aus der Verlaufsskizze auf Seite 385 f. hervorgeht, griff der VBMI mehrfach in den Arbeitskonflikt ein.

Entscheidend waren dabei vor allem die Beschlüsse des VBMI vom 28. Sept. und 5. Oktober 1905, die nach dem Vollzug der Aussperrungen in den Siemens'schen und den Berliner AEG-Betrieben den sukzessiven "Lock-out" von zusätzlichen 20.000 und späterhin aller Arbeiter der im VBMI organisierten Unternehmen bei Fortdauer des Arbeitskampfes androhten.¹⁷

Diese Maßnahmen wären der Stilllegung des wichtigsten Produktionszweiges in Berlin gleichgekommen und trugen wesentlich dazu bei, daß von diesen Daten an die Gewerkschaften auf den Abbruch der Bewegung drängten und daß, wie es der "Vorwärts" offen auszusprechen wagte, die Arbeiter nach dem Abbruch des Ausstandes "als die Geschlagenen" in die Fabriken zurückkehrten.¹⁸

Nachhaltig wirkten indessen auch die Äußerungen, mit denen sich die dem

14) Kessler, a.a.O., S. 51 f. Beide Organisationen hatten gleichlautende Satzungen.

15) Das gilt insbesondere für die Zeit der engen Verbindung von CDI und Hauptstelle, also für 1904 bis 1911.

16) Vgl. oben, S. 363.

17) Beschlüsse des VBMI vom 28.9. und 4.10.1905 (SAA, 4/Lk 12-13). Der Öffentlichkeit bekannt gegeben am 5.X.1905. (DMV-Jahrbuch 1905, S. 95; DMV-Bln. 1905, S. 40).

18) "Vorwärts", 23. Jgg. Nr. 242, 15.X.1905.

VBMI übergeordneten Organisationen in den Konflikt einschalteten. Schien sich doch damit eine Potenzierung der Aussperrungen anzukündigen, sobald sich die Verbände dazu entschieden, auch in anderen Industrieregionen die Werke zu schließen. Zumindest rhetorisch war damit auch im Berliner Arbeitskampf der "Krimmitschau-Effekt" von den Unternehmern ins Spiel gebracht.

Es entsprach dieser Strategie, daß sich neben VBMI und dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller der "Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" zu Wort meldete und seinerseits Mahnungen und Unterstützungsversuche weitergab. So hatte bereits am 5. Oktober der Geschäftsführer der "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" und des Centralverbands Deutscher Industrieller, H.A. Bueck,¹⁹ einem Beistandersuchen des "Vereins" entsprochen und die Mitglieder der Hauptstelle "dringend" aufgefordert, die Abwehrmaßnahmen der Elektrokonzerne und des VBMI zu unterstützen.²⁰ Er teilte zugleich mit, daß über Metallarbeiter, die aus Berlin kamen, ein Einstellungsverbot verhängt sei und bat um umgehende Kündigung von bereits untergekommenen Arbeitern aus dem Streikgebiet.²¹

Den Ausständigen war damit bedeutet, daß die Arbeitgeberverbände notfalls die Ausweitung des Kampfes auf das Reichsgebiet in Kauf nehmen wollten, um der lokalen Bewegung ein Ende zu bereiten.²² Bueck rechtfertigte das

-
- 19) Geschäftsführung von CDI und Hauptstelle in Personalunion miteinander verbunden.
 - 20) Das entsprach dem Kartellabkommen beider Verbände. Rundschreiben der Hauptstelle Nr. 16/05-TB-Nr. I-1216. in: SAA. 4/Lk 12-13; z. T. abgedruckt in: DMV-Jahrbuch 1905, S. 95 f.
 - 21) Zitiertes Rundschreiben der Hauptstelle in SAA. 4/Lk 12-13.
 - 22) Einstellungssperren gingen in der Regel der Aussperrung selbst voraus. Der Arbeitsnachweis des VBMI wurde am 29.9. geschlossen; am 4.10. die Aussperrung von zunächst 20.000 Arbeitern in den Verbandsbetrieben für den 14.X. festgelegt. Einstellungssperren ordneten daraufhin auch der kleingewerblich-handwerkliche "Bund der Arbeitgeberverbände Berlins" (gegr. 1899) und die "Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten" an. (SAA. 4/Lk 12-13; Soziale Praxis, Jg. XV., Nr. 2, Sp. 48 f.).

mit der These, der Arbeitskonflikt in der Elektro-Großindustrie stelle Grundlagen privatwirtschaftlicher Unternehmensführung überhaupt in Frage: die Metallarbeiter seien nicht der Lohnfrage wegen angetreten; ihre Streikleitung versuche vielmehr mit Kundgebungen und Solidaritätsausständen "der Unternehmerschaft die Macht der Organisation" zu beweisen, die sich nun anschicke, ihren Einfluß auch auf die "Leitung der Betriebe selbst ... auszudehnen"; was in Berlin geschehe, gewinne somit Bedeutung "für die gesamte deutsche Industrie".²³

Bueck machte in seiner Argumentation auf, wie er zu wissen glaubte, bevorstehende Sympathiestreiks in Breslau, Hannover und in der Nähe Berlins, in Lichterfelde, aufmerksam und auf Kundgebungen und Solidarisierungen, die sich in der Tat außerhalb Berlins in Frankfurt und Breslau nachweisen lassen.²⁴

Bei dem Geschäftsführer des CDI hatte diese Lagebeurteilung mit einer gewissen Folgerichtigkeit zu der Empfehlung geführt, auf Mobilisierungen in der Arbeiterschaft mit der massiven Prophylaxe gestaffelter Gegendrohungen zu antworten. Für die Arbeitgeber konnte das im Jahr 1905 bereits als ein erprobtes und erfolgversprechendes Vorgehen gelten: die Festlegung von Terminen für weitere, über das eigentliche Streikzentrum hinausgreifende Aussperrungen versprach Streikverlauf und Streikziele aus der Willensbildung der Ausständigen zu lösen und unter Daten und Fakten zu stellen, die die Arbeitgeberverbände setzten.

In der kumulativen Aussperrung²⁵ gewann so die "Défense patronale" das Gesetz des Handelns zurück und zerbrach, wo dieses Instrument überlegt benutzt wurde, schon in frühen Entfaltungsphasen der einzelnen Ausstände

23) Bueck, Rundschreiben vom 5.X.1905, a.a.O.

24) Ebda. und Soziale Praxis, Jgg. XV. Nr. 2, Sp. 48 f. In Frankfurt verweigerten im DMV organisierte Metallarbeiter Streikarbeit.

25) Die kumulative Aussperrung stellt die konsequente Übernahme der Strategiefigur des gewerkschaftlichen Sympathiestreiks dar.

die gewerkschaftliche Streikstrategie.²⁶

Taktisch bediente sich die Abwehr der Arbeitgeber dazu auch beim Berliner Elektrostreik eines im Grunde sehr einfachen Abschreckungskalküls. Die berechenbare Zeitabfolge zwischen Ankündigung und möglichem, tatsächlichem Einsatz der äußersten Waffe der Streikabwehr, der überregionalen Generalaussperrung, setzte per se Alarmstimmungen frei, die sich bei Belegschaften und Außenstehenden, bei Kommunen, Parteien und staatlichen Instanzen funktional ausbeuten ließen und insbesondere bei "unpopulären" Arbeitsniederlegungen zu Ungunsten der Arbeitnehmer ins Gewicht fielen: ein Effekt, den die Elektrokonzerne und die ihnen verbündeten Arbeitgeber des VBMI im September und Oktober 1905 optimal auszunutzen wußten.²⁷

Vom VBMI. zum CDI. : Der Siemenskonzern im
Vorfeld einzelner Industriefraktionen im CDI.

Das gemeinsame Auftreten von Elektrogroßindustrie und Arbeitgeberverbänden berührte also nicht nur Ablauf und Ergebnis des Arbeitskampfes, sondern betraf mittelbar auch Beziehungen zu den wirtschaftspolitischen Mutterorganisationen der Arbeitgeberverbände. Im Verhältnis zum CDI galt das zugleich für einzelne im Centralverband vertretene Industriefraktionen,²⁸ zu denen Kontakte aufgenommen oder bereits bestehende verdichtet wurden.

26) Scheiternde Arbeitsniederlegungen boten zudem die Chance, bei Neueinstellungen nach Streikende mißliebige Elemente auszuscheiden, bzw. ganze Belegschaften neu zu konstituieren.

27) Vgl. unten, S. 404.

28) Vgl. die Gemeinsamkeit in der politischen Wertung des Streiks, siehe oben, S. 363 und unten, S. 395 f.

So dehnte der Konzern nach der erfolgreichen Abwehr des Ausstandes die Zusammenarbeit der Großfirmen im VBMI auf deren Vorgehen im "Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller" aus.²⁹

Diese Entscheidung fiel in gemeinsamen Beratungen mit der AEG im November 1905.³⁰ Wie die Anwesenheit H. Luegs, eines Vertreters des Arbeitgeberverbandes der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ("Arbeit Nord-West"), belegt, wurde in die Absprache eine Kerngruppe der im Centralverband stark repräsentierten westlichen Schwerindustrie einbezogen.³¹ Mit Anton von Rieppel nahm außerdem ein amtierendes Mitglied des Direktoriums des CDI an den Unterhandlungen teil.³² Rieppel, der Generaldirektor der "Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg" (MAN.), war ein vielgeschäftiger Verbandsfunktionär, der u.a. dem

29) Zur großindustriellen Gruppenbildung im VBMI siehe unten, S. 375 ff.

30) Besprechung der Firmen am 13.XI.1905 in Berlin. Vgl. J. Kocka, Organisation und Industriebetrieb..., S. 508.

31) "Arbeit Nord-West" wurde von H. Lueg, Ausschußmitglied des CDI und Vorsitzender des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, geleitet. Auch sein Stellvertreter, W. Beumer, gehörte dem Ausschuß an. Er hatte in Personalunion die Geschäftsführung des Langsamvereins und des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller inne und war als enger Freund Buecks "wichtiger Sprecher des CDI im Reichstag" /MdR. 1901-1907, nationalliberal/ (Kaelble, a.a.O., S. 20). Zum damaligen Gewicht der westlichen Schwerindustrie im CDI: ebda., S. 69; Erster Geschäftsbericht Arbeit Nord-West, S. 3. Als Gründungsmitglieder gehörten "Arbeit Nord-West" aus der Elektroindustrie die Firmen Schorch & Co./Rheydt und die Felten & Guillaume-Lahmeyerwerke AG, Abt. Carlswerk/Mühlheim-Ruhr an. Mit Hilfe von "Arbeit Nord-West" gelang es Felten und Guillaume 1905 in Mühlheim einen vom DMV geleiteten Ausstand niederzuschlagen. Felten und Guillaume arbeiteten mit S.&H. eng in dem seit 1876 bestehenden Kabelkartell im In- und Ausland zusammen. Die Kooperation zwischen dem Gesamtverband der Metallindustriellen und "Arbeit Nord-West" bewährte sich für die Arbeitgeber bei der gemeinsamen Bekämpfung der Ausstandsbewegung der Former im Frühjahr 1906. (Erster Geschäftsbericht "Arbeit Nord-West", S. 14; Zweiter Geschäftsbericht..., S. 6 f., 11; DMV-Jahrbuch 1906, S. 55-132; G. Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I., S. 103 ff., Bd. II, S. 218, 241. /Geschäftsberichte Arbeit Nord-West in: SAA/4 Lk 16/).

32) Mitglied des Direktoriums von 1901-1919 und seit 1908 dessen stellvertretender Vorsitzender.

Bayerischen Industriellenverband und dem Verband Bayerischer Metall-industrieller vorstand und dem Aufsichtsrat der Siemens-Schuckert-Werke angehörte.³³ Gestützt auf ein "ganzes Imperium von Verbänden" (Kaelble) verfolgte Rieppel im CDI die Politik einer mittelbetrieblichen Gruppierung von Industriellen³⁴, die dort dem Einfluß der Rheinisch-Westfälischen Rohstoffindustrien ein gewisses Gegengewicht schuf. Freilich suchte Rieppel alternativ für die Belange der MAN zeitweilig Anschluß beim Stahlwerksverband.³⁵ Für einen Unternehmer wie Rieppel konnte eine Annäherung des Siemenskonzerns an den CDI auch die Stärkung seiner eigenen innerverbandlichen Position bedeuten.³⁶

- 33) Lueg kam aus der Schwerindustrie (Gutehoffnungshütte) und verdankte sein AR.-Mandat bei S.&H. (1902-1905) dem Betreiben des Direktors der Deutschen Bank, Carl Klönne. (Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 420 f.). Zur Gruppe der süddeutschen Mitglieder des AR der SSW, der auch Rieppel zuzurechnen war, vgl. Georg Siemens, Carl Friedrich..., S. 100, 103.
- 34) Kaelble, a.a.O., S. 90, 209 f.; zum mittelbetrieblichen CDI-Flügel: Ebda., S. 80-94, 102-111.
- 35) Zur Entwicklung der MAN: F. Büchner, Hundert Jahre Geschichte der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Nürnberg 1940, speziell: S. 139.
- 36) Bei der Dominanz Siemens'scher Familienangehöriger in den AR.-Gremien von S.&H. und SSW. ist der Tatsache, daß andere Mitglieder des AR. dem CDI angehörten für die Verbindung des Konzerns zum Centralverband keine allzu große Bedeutung zuzumessen. Das gilt auch für die Bedeutung jener Verbindungen zum CDI., die A.v.Rieppel als AR. 1903 in die SSW einbrachte. Hier dürfte zudem das Fortbestehen einer gewissen Rivalität zwischen SSW. und S.&H. relativierend gewirkt haben. (Vgl. Georg Siemens, Carl Friedrich..., S. 100). Absprachen von Verband zu Verband stellten in jedem Falle eine neue Qualität von Kontakten und Fühlungen dar. Zum Verhältnis von familienfremden Mitgliedern der Vorstände und AR.-Gremien bei S.&H. und SSW. zur Position der Siemens'schen Familienangehörigen: Kocka, Organisation..., S. 609-631. Gemeinsamkeiten zwischen MAN und SSW. stiftete u.a. die Zusammenarbeit beider Firmen auf dem Gebiet des Turbinenbaus. Beide Unternehmen spürten hart die Preispolitik der syndizierten Rohstoffwerke. Während jedoch SSW noch 1904 vom Rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat Preiskonkessionen erzwingen konnte, erwog man im Folgejahr bei der MAN als optimale Lösung den Anschluß an den Stahlwerksverband. (SAA/4 Lk 10-11: Jahresbericht SSW Nürnberg 1904; SAA/4 Lk 12-13: Eingabe Rieppels an das Bayerische Staatsministerium vom 14.4.1905).

Die Verbandsposition im VBMI : Einfluß und Bedeutung der "Gruppe Großindustrie"

Für den Brückenschlag zum CDI, wie er sich hier abzeichnet, zählte aber auch die Verbandsposition, die sich der Siemenskonzern noch im Vorfeld des großen Ausstandes von 1905 im VBMI selbst geschaffen hatte und später beibehalten konnte.

Gestützt auf eine großindustrielle Arbeitgeberfraktion innerhalb des Verbands war es dem Konzern im Winter 1904/05 gelungen, eine Umstrukturierung des VBMI durchzusetzen, die ihm in Gemeinschaft mit den dazu koalitierten Großunternehmen die Möglichkeit bot, den VBMI als einen der schlagkräftigsten zeitgenössischen Arbeitgeberverbände weitgehend zu kontrollieren und über ihn den regionalen Arbeitsmarkt relativ dicht zu überwachen.

Die am 20.II.1905 konstituierte "Gruppe Großindustrie" im VBMI umfaßte die Elektrofirmen AEG, "Bergmann Elektrizitätswerke-AG."³⁷, den Siemenskonzern und mit der Ludwig Loewe & Co. AG. die Muttergesellschaft des Loewekonzerns, die hier zugleich mit den von ihr gegründeten "Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken"³⁸ vertreten war, sowie die Berliner Fir-

37) Sigmund Bergmann begann 1891 die Produktion von Installationsmaterial und von Leitungs- und Isolierrohr. 1893 entstand die "S. Bergmann-AG", zugleich auch die "Bergmann-Elektrizitäts- und Dynamowerke" für die Produktion auf dem Starkstromsektor. Seit 1900 firmierten beide Gesellschaften als "Bergmann Elektrizitätswerke-AG". Die Außenseiterkonkurrenz Bergmanns - billigere Angebote als Siemens und AEG - wurde beseitigt, als es mit Bankenhilfe 1912 gelang, Bergmann zu einer modifizierten Anlehnung an die SSW zu veranlassen. (Gg. Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 87-98; "50 Jahre AEG", S. 93 f.; Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 327-335).

38) Die "Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken" gehörten zum Loewekonzern. Sie entstanden 1896 aus der Zusammenfassung deutscher, ungarischer und belgischer Waffenfabriken. Am Aktienkapital der Gründung, 12 Millionen M., beteiligte sich die Ludwig Loewe & Co. zu einem Drittel. Vgl. Jeidels, Großbanken, S. 243-250, speziell S. 244 u. 247.

ma Borsig.³⁹

Unter geschickter Nutzung des VBMI-Statuts, das solche Gruppenbildungen begünstigte,⁴⁰ konnte dieser engere Zusammenschluß der Großfirmen ebenso die Binnenarbeit⁴¹ wie die Außenkontakte des VBMI maßgeblich beeinflussen.⁴²

Durch Absprachen von Unternehmen zu Unternehmen und die Schaffung der

39) Besprechungen Wilhelm von Siemens - Emil Rathenau und Direktor Jordan (AEG) vom 23.XI.1904; Briefwechsel Wilhelm v. Siemens - Rathenau vom 5. und 8.XII.1904; Besprechung der künftigen Gruppenmitglieder und Beratung der Gruppensatzung am 12. und 21.I.1905; konstituierende Sitzung der "Großgruppe" am 20.II.1905. (SAA 4/Lk 12-13).

40) Satzung des VBMI vom 5.II.1903, § 8 (SAA 4/Lk 16).

41) Die Stimmenzuteilung zur Beschickung der Hauptversammlung des VBMI basierte auf der Zahl der von den Mitgliedsfirmen beschäftigten Arbeitnehmer. Dadurch wurden Großfirmen favorisiert. Da die Hauptversammlung als Wahlkörper der dominierenden Exekutive des Verbands, der Vertrauenskommission (VK) des VBMI, funktionierte, schlug sich diese Privilegierung auch in der Zusammensetzung der VK nieder. Die Dominanz der Großfirmen blieb in der Führung des VBMI auch während der Weimarer Zeit noch bestehen. (Satzung des VBMI vom 5.II.1903, §§ 3 ff., 6; SAA 4/Lk 16; Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 364-370; Hans Hermann Hartwich, Der Einfluß des Staates auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Metallindustrie von 1919-1932, Berlin 1958 [wiso. Diss.], S. 28 ff.). Ähnlich begünstigte auch die Satzung des "Gesamtverbands deutscher Metallindustrieller" großindustrielle Einzelmitglieder des Gesamtverbands bzw. Mitgliederverbände, von Bezirken mit großbetrieblicher Struktur. (§ 8 der Satzung des Gesamtverbands in der Fassung von 1907; SAA 4/Lk 10; Kulemann, Organisation der Arbeitgeber - Gemeinsame Organisation, S. 83 ff.).

42) In der Gruppe fanden nur Firmen mit mehr als 1000 Beschäftigten Aufnahme (§ 2 Satzungsentwurf vom 21.I.1905). Zweck der Gruppe war nach § 1 der Satzung die "Erzielung eines geschlossenen Vorgehens der Mitglieder im [Gesamt- HMB-] Verbands deutscher Metallindustrieller" und die "Behandlung solcher Aufgaben, welche über den Rahmen des allgemeinen Verbands hinausgehen". Damit machte die Großgruppe einen Führungsanspruch vor allem im gesamten Bereich der Außenbeziehungen des VBMI geltend. (Statutenentwurf, angenommen am 20.II.1905, in: SAA 4/Lk 12-13).

"Großgruppe" im VBMI waren die Häuser der Berliner Elektrogroßindustrie gut gerüstet,⁴³ als sich bei ihnen nach Jahren anhaltender geringerer Arbeitskonflikte, denen die Firmen z. T. kompromißbereit begegnet waren,⁴⁴ die Unruhe am Arbeitsmarkt im Spätsommer 1905 im Arbeitskampf der Elektrogroßindustrie entlud.

Die Art, in der die Elektrogroßfirmen später von ihrem durch die "Großgruppe" garantierten Einfluß im VBMI Gebrauch machten, zeigt, daß sie sich dieses Instrumentes vor allem bedienten, um bei Industrie und Handwerk direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und dem freigewerkschaftlichen "Deutschen Metallarbeiterverband" (DMV), sowie den Abschluß von Tarifverträgen oder Abmachungen über Mindestlöhne nach Möglichkeit zu verhindern.⁴⁵ Darüber hinaus aber kam es ihnen vor allem darauf an, mit Hilfe des beim VBMI strikt und virtuos gehandhabten

-
- 43) Die ersten Kontaktaufnahmen zwischen Siemens und der AEG, sowie dem VBMI sicherten im Herbst 1904 zunächst das einheitliche Vorgehen im Streikfall ab.
- 44) So bei Teilausständen in der Siemens'schen Glühlampenfertigung und im Charlottenburger Dynamowerk der S.&H.-AG. 1903. (Diktat Wilhelms v. Siemens vom 24.XI.1904 in SAA 4/Lk 12-13).
- 45) Exemplarisch das Verhalten von AEG und SSW während des Streiks der Berliner Elektro-Monteur im August und September 1911. Gestützt auf entsprechende Entschlüsse der Vertrauenskommission des VBMI, gelang es den beiden Großfirmen die betroffenen über 70, zumeist kleinbetrieblichen Unternehmen der Installationsbranche auf eine Verhandlungsgrundlinie festzulegen, die direkte Verhandlungen mit dem DMV und Abmachungen über Mindestlöhne ausschloß. Eine während des Ausstands konstituierte Kommission, in der die Großfirmen numerisch überrepräsentiert waren, sollte sich auch künftig mit den "Arbeiterverhältnissen" in den Firmen beschäftigen. AEG und SSW brachten zusammen 50.000 Mark auf, - die sie den Kleinbetrieben gegenüber als kollektive Leistung des VBMI ausgaben -, um streikgeschädigten Installationsfirmen die Einhaltung der gemeinsamen Beschlüsse zu erleichtern. (SAA 4/Lk 17: Protokoll der Versammlung der Installationsfirmen Berlins und Umgegend, abgehalten am 14.IX. 1911; Brief Richard Fellingens vom 16.IX.1911 an Wilhelm v. Siemens; Anlage Schreiben Dr. Fellingens an Wilhelm v. Siemens vom 4.IX.1911). Über die Ergebnisse der Beratungen am 14.IX. sollten "keine Mitteilungen an die Presse" gehen und "strengstes Stillschweigen" bewahrt werden.

unparitätischen Arbeitsnachweises⁴⁶ eine lückenlose Registrierung von Streikwilligen und Ausständigen, sowie deren einheitliche - diskriminierende - Behandlung zu erreichen.⁴⁷

Ergänzend zu einer dazu verfolgten innerbetrieblichen Strategie wurde so der VBMI zu einem entscheidenden Werkzeug für die Zerschlagung all' jener Positionen, die sich der DMV bis zum Jahre 1905 in den Konzernbetrieben der Berliner Elektroindustrie hatte aufbauen können.⁴⁸ Insbesondere betraf das das für die gesamte gewerkschaftliche Arbeit unverzichtbare Netz von Vertrauensleuten, die der VBMI "erfaßte" und die im Wege einer selektiven Entlassungs- und Aussperrungstaktik in den Verbandsbetrieben des VBMI ihre Arbeitsplätze verloren.⁴⁹

Der organisatorische Apparat, über den der VBMI verfügte,⁵⁰ gewann schließlich noch einmal, - nach dem Ersten Weltkrieg - eine singuläre und, jenseits von Arbeitsmarktkontrolle und Arbeitsmarktpolitik, eminent politische Bedeutung: im Winter 1918/19 liefen, gestützt auf die

46) Vgl. Kessler, Die Deutschen Arbeitgeberverbände, S. 154 f., 157, 162, 168 f.: Schilderungen zur "erzieherischen Wirkung auf die Arbeiterschaft", die "gewerbsmäßigen Hetzer", die "aus dem Arbeiterstande rücksichtslos herausgedrückt werden" durch den langjährigen Leiter des Arbeitsnachweises des VBMI., Hauptmann a.D. Kleffel. Hauptzweck des vom VBMI praktizierten "Berliner Systems" des Arbeitsnachweises war nicht Arbeitsvermittlung, sondern Kontrolle über Arbeitende und Arbeitsuchende. (Kessler, a.a.O., S. 167 f.). Für Verbandsfirmen war die Benutzung des seit 1890 bestehenden Arbeitsnachweises des VBMI obligatorisch. (VBMI-Mitteilungen, Sonderheft 1931, S. 10, SAA 4/Lf 16).

47) Ebda. Kennzeichnend der Beschluß der Versammlung der Installationsfirmen am 14.IX.1911: "Die Anwesenden verpflichten sich, ... jeden Arbeiter, der streikt, der Geschäftsstelle ... zu melden ..." Die "Geschäftsstelle" aber bildete die zur Beratung über "Arbeiterfragen" während des Streikverlaufs gebildete "Kommission", in der die Großfirmen vertreten waren. (SAA 4/Lk 17, Protokolle der Versammlung vom 14.IX.1911).

48) Vgl. unten, S. 432, Anm. 138).

49) Vgl. unten, S. 431, 434, 436.

50) Vgl. VBMI-Mitteilungen, Sonderheft 1931, S. 7 ff.

persönlichen Initiativen der Geschäftsführung und des Vorsitzenden des VBMI⁵¹ über sein Verteilernetz und das System seiner Beitragserhebungen jene Zahlungen als "Sonderumlagen" des VBMI ein, die den Hauptstock der Fonds ausmachten, mit denen sich damals die Berliner Großfirmen der Elektrotechnik, der Chemie und des Maschinenbaus, sowie Vertreter der Großbanken unabhängig von der organisatorischen Basis des noch bestehenden "Industriellen Wahlfonds" des CDI mit Erfolg in die Aufstellung und Finanzierung gegenrevolutionärer Gruppierungen einschalteten und die Position der bürgerlichen Parteien während der ersten Wahlkämpfe in republikanischer Zeit erheblich zu festigen vermochten.⁵²

51) Rechtsanwalt Oppenheimer als Verbandsdirektor, bzw. Ernst von Borsig als 1. Vorsitzender (seit 1906). (Ebda., S. 11 ff.)

52) Vgl. dazu ausführlicher unten, S. 618, 634.

KAPITEL : 2

PROBLEME, URSACHEN UND FOLGEN VON STREIK UND AUSSPERRUNGEN IN DER BERLINER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE IM SEPTEMBER/OKTOBER 1905

V e r l a u f u n d R e s o n a n z

Umfang des Arbeitskampfes und Erkenntnis- interesse

Der Arbeitskampf in der Berliner Elektro-Großindustrie rief eine Fülle öffentlicher Stellungnahmen hervor: er mobilisierte die politischen Gruppierungen, beschäftigte kommunale und staatliche Instanzen und schlug sich nicht zuletzt in der engagierten Berichterstattung der hauptstädtischen Presse nieder. Diese Vielfalt der Reaktionen erklärt sich z.T. schon aus dem Umfang, den Arbeitsverweigerungen und Aussperrungen im Verlauf des Streiks erreichten.

Für den knapp vierwöchigen Konflikt nennt die Reichsstatistik ca. 3.500 aktiv beteiligte Ausständige; von den Großfirmen wurden nach der gleichen Quelle maximal 27.000 Arbeiter ausgesperrt.¹ In einer lokalen Lohnbewegung überstieg damit die Ausgesperrtenzahl um 4.000 die Summe aller im Vorjahr im Deutschen Reich insgesamt ausgeschlossenen Beschäftigten.² In dem "Streikfieber von 1905" (Posadowsky) bedeutete das immerhin auch noch einen Anteil von 23 % an der Quote aller 1905 unfreiwillig "feiernden" Arbeitnehmer.³ Diese Daten, die den sehr vorsich-

- 1) Dauer des Ausstands: 19.9.-14.X.1905; Maximum der Streikenden: 3.467, der Ausgesperrten: 26.980. (Statistik des Deutschen Reiches, N.F., Bd. 178, Heft II, "Streiks und Aussperrungen 1905", S. 16, 328 f.).
- 2) 1904 wurden im Deutschen Reich 23.760 Arbeiter ausgesperrt. "Streiks und Aussperrungen 1905"..., S. 30.
- 3) Posadowsky vor dem Reichstag am 12.XII.1905. (Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 239). Die Zahl der Ausgesperrten belief sich 1905 auf 118.665. Vgl. "Streiks und Aussperrungen 1905"..., S. 30.

tigen Erhebungsgrundsätzen der Reichsstatistik unterliegen, wurden in Agitation und Tagespublizistik zu der Ziffer "35.- bis 40.000" vereinfacht.⁴

Das Aufmerken der Öffentlichkeit, der städtischen Verwaltungen und der Regierungsstellen galt freilich nicht nur, oder nicht nur in erster Linie der zahlenmäßigen Erheblichkeit des Arbeitskampfes. Gewiß wogen schon dessen sekundäre Folgen wegen seiner Größenordnung schwer; denn der Ausstand schmälerte die Kaufkraft einer Arbeiterbevölkerung von schätzungsweise 100.000 Köpfen;⁵ in den proletarischen Vierteln wurde

- 4) Während die Reichsstatistik grundsätzlich nur jeweils das Maximum "der während der Dauer des Streiks gleichzeitig streikenden (bzw. ausgesperrten) Personen" festhält, verfahren andere Zählungen kumulativ, sie registrieren die Quote aller im Verlauf der Bewegung Beteiligten. Selbst das "Berliner Jahrbuch" und die "Soziale Praxis" sprachen von 38.- bzw. 40.000 Arbeitern und machten sich so die bei den gewerkschaftlichen Registrierstellen übliche Zählweise zu eigen. Bebel nannte im Reichstag 35.000 Ausgesperrte. ("Streiks und Aussperrungen 1905", S. 7 f.; Berliner Jahrbuch 1905, Bd. I, S. 151; Soziale Praxis, Jgg. XV, Nr. 1, sp. 12 f.; Nr. 2, sp. 39 f.; Nr. 3, sp. 58 /5., 12. u. 19.X.1905/; Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 305 /14.XII.1905/). Ungenaue und variierende Daten auch in der sekundären Literatur und in dokumentarischen Publikationen: Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung III, S. 322 f. ("Aussperrung von 40.000 Arbeitern"); Annemarie Lange, Das Wilhelminische Berlin, Berlin (DDR) 1967, S. 203; Walter Ulbricht, Horst Bartel, Lothar Berthold (u.a.), Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917, Berlin (DDR) 1966, S. 101 ("Im Herbst 1905 streikten in der Berliner Elektrizitätsindustrie über 40.000 Arbeiter"); Institut für Marxismus - Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (hrsg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, März 1898 - Juli 1914, Berlin (DDR) 1967, S. 171 (summarischer Hinweis, der VBMI. habe mit der Aussperrung von 120.000 "weiteren" Arbeitern gedroht).
- 5) Da sich unter den ca. 40.000 Betroffenen neben Familienvätern auch mitverdienende Jungarbeiter befunden haben dürften, scheint die Ziffer 100.000 gerechtfertigt, wenn eine hypothetische Durchschnittsstärke der zeitgenössischen Berliner Arbeiterfamilie von 4 Personen eingesetzt wird.

Bargeld knapp.⁶ Auch hätte die Notlage der nur z.T. gewerkschaftlich organisierten Feiernden in Analogie zum Vorgehen anderer Kommunen in einem solchen Falle die sozial motivierte materielle Unterstützung der Betroffenen seitens der Stadtväter rechtfertigen können; doch wollte sich der Berliner Kommunalfreisinn hier dazu nicht verstehen.⁷

Im Streikjahr 1905 trat aber die numerische Bedeutung des Konflikts in der Elektro-Großindustrie hinter dem Gewicht der Unruhe an der Ruhr zurück; dort hatten über 200.000 Bergleute die Arbeit ruhen lassen.⁸ Auch die für Berlin charakteristischen Massenaussperrungen waren keine Seltenheit mehr. In Bayern, Thüringen und Sachsen erwehrten sich zur gleichen Zeit die Arbeitgeber lokaler und regionaler Ausstände mit dem selben massiven Kampfmittel.⁹

-
- 6) Klagen von Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden am Standort des Kabelwerks Oberspree und aus dem Berliner Nordwesten (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, NAZ, Nr. 236, 7.X.1905).
 - 7) Entsprechende Anträge stellte die SPD u.a. in Berlin, Tegel, Reinickendorf, Ober- u. Niederschöneweide. In Berlin verwies sie auf die Haltung der Ruhrkommunen. Sie zog hier ihre Vorlage zurück, als der Zusammenbruch der Bewegung bevorstand. Das Sprachrohr der freisinnigen Majorität, die "Vossische Zeitung", hatte eindeutig gegen jegliche Unterstützung der Ausständigen Stellung genommen. In Oberschöneweide, wo ein entsprechendes Petition der SPD ebenfalls abgelehnt wurde, gehörten beide Direktoren des bestreikten Kabelwerks der AEG der Gemeindevertretung an. (Vorwärts, Nr. 239, 12.X.05; Voss. Zeitung, Nr. 476 u. 477, 10./11.X.05; Berliner Morgenpost, Nr. 239, 11.X.05; Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- u. Residenzstadt Berlin, 32. Jgg., 1905, S. 346, Sitzung vom 12.X.1905).
 - 8) Zur Haltung der preußischen Staatsregierung im Ruhrstreik von 1905: H. G. Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871-1914, Köln 1958, S. 137-159. (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 4).
 - 9) In der Dresdener Tabak-, der sächsisch-thüringischen Textil- und in der Bayerischen Metallindustrie. Vgl. Soziale Praxis, Jgg. XV, Nr. 9, sp. 195 f., 23.XI.1905; DMV-Jahrbuch 1905, passim; Paul Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsarbeit, Berlin 1915, S. 61.

Den besonderen Stellenwert der Berliner Lohnbewegung macht dagegen aus, daß sie, während sich in Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften unter dem Eindruck der revolutionären Erhebungen in Rußland die Auseinandersetzungen um die Rolle des politischen Massenstreiks erneut verschärften,¹⁰ am Sitz zentraler preußischer- und Reichsverwaltungen mit der schließlichen Bestreikung wichtiger kommunaler Versorgungsbetriebe die Bevölkerung einer Millionenstadt unmittelbar traf;¹¹ daß der Ausstand in einem z. T. als Epochenschnitt gewerteten Stadium der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung¹² Aufbruchstimmungen in der Lohnarbeiterschaft belegt, denen ein unter - z.T. selbst gesetzten - Zwängen verfestigter sozialdemokratischer- und Gewerkschaftsapparat kaum, oder nur ungenügend zu Ausdruck und Recht zu verhelfen vermochte;¹³ daß der Arbeitskampf endlich neben dem Einsatz administrativer und polizeilicher

-
- 10) Zur Position des gewerkschaftlichen und reformistischen Flügels (u.a. R. Schmidt, C. Legien, Th. Bömelburg, E. Bernstein, H. Peus und E. David), Bebels Vermittlerstellung und dem radikaleren Plädoyer R. Luxemburgs in der Frage des Massenstreiks vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17.-23.9.1905, S. 319, 322 f., 334; 316; 328 f.; 306; 321. (künftig zit.: Prt.PT.SPD.). Entschließung der Parteitage von Jena und Mannheim (1906) zur Frage des Massenstreiks und der russischen Revolution abgedr. in Prt.PT.SPD. Mannheim, S. 471-474.
- 11) Die Bestreikung der Berliner Elektrizitätswerke war ein Zentralpunkt bürgerlicher Verurteilungen des Ausstandes. Vgl. St.Ber.STVV Bln., 32. Jgg. 1905, S. 360 f. (Oberbürgermeister Kirschner).
- 12) Der Leninschen Imperialismustheorie folgend vor allem in der östlichen Historiographie, deren Periodisierungsschemata mit dem Anfang des neuen Jahrhunderts den Beginn der "Leninschen Etappe der internationalen" bzw. der "dritten Hauptperiode der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung" festsetzen. ("Grundriß der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung", 5. Aufl., Berlin (DDR) 1965, S. 16 und: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 12. Vorbehalte dazu bei E. Schraepler, H. Skrzypczak [... u.a.] "Grundriß der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung" - Kritik einer Legende -, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. XIII/XIV, 1965, S. 287-293.

Mittel, neben dem Wirken von Arbeitgeberorganisationen und betriebsspezifischen Disziplinierungsmaßregeln mit der Reaktion der bürgerlichen Öffentlichkeit¹⁴ Berlins örtlich geprägte Varianten von Klassenspannungen der Wilhelminischen Gesellschaft veranschaulicht, die der an der Spree vorherrschende Linksliberalismus teils gutgläubig zu überformen, teils zu verdrängen oder zu leugnen suchte. Konflikthaft zugespitzt erhellen damit Wechselbeziehungen zwischen Kommune und Industrie, deren politischer, gesamtgesellschaftlicher Modellcharakter ihrer Untersuchung besonderes Interesse verleiht.¹⁵

- 13) Zu Aufbau und Vervollkommnung des sozialdemokratischen Parteiapparates seit 1890: Ritter, a.a.O., S. 54-66. Zu einzelnen Ausständen, die typische Führungsprobleme bei wachsender Entfremdung zwischen "bremsenden" Gewerkschaftsleitungen und spontan vordrängenden Belegschaften aufwerfen: Otto Hommer, Die Entwicklung und Tätigkeit des deutschen Metallarbeiterverbandes, Berlin 1912, S. 84 ff., 94; F. Opel u. D. Schneider, Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891-1966 - Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Fft./M., 1966, S. 139 ff.: - Hamburg 1896/97 -; 142-145: - Mannheim 1908/09 -; 148 ff.: - Werftarbeiterstreik 1913 -; Details in: DMV-Jahrbücher 1905-1913. Kritisch: W. Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Fft./M. 1968, S. 71 ff. Zur Frage der "Arbeiterbürokratie" in östlicher und westlicher Literatur H. Skrzypczak in: E. Schraepfer, H. Skrzypczak [... u.a.] "Grundriß der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung" - Kritik einer Legende -, a.a.O., S. 302 ff.
- 14) Grundlegende Untersuchungen zu Begriff und Funktion der "bürgerlichen Öffentlichkeit" bei J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 3. Auflage, Neuwied-Bln., 1968, passim. (Politica - Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hrsg. W. Hennis u. R. Schnur, Bd. 4).
- 15) Den Modellcharakter der Wechselbeziehungen zwischen großbetrieblich organisierter Industrie und politischem Leben am Industriestandort unterstreichen u.a. TH. Geiger, "Zur Soziologie der industriellen Arbeit und des Betriebs" in: F. Fürstenberg (hrsg.), Industriesoziologie I, 2. Auflage, Neuwied-Bln. 1966, S. 231. (Soziologische Texte, hrsg. v. H. Maus u. F. Fürstenberg, Band 1); R. Mayntz, Soziologie der Organisation, Hamburg 1963, S. 45 f., 54; H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt - Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Hamburg 1961, S. 92 ff.; R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, S. 69, 119 ff.: "alle für ganze Gesellschaften gültigen Wechselbeziehungen mit der Industrie haben ihren realen Grund ... im einzelnen Betrieb, in der einzelnen Gemeinde" (Ebda., S. 121).

VERLAUFSSKIZZE ZUM STREIK IN DER
BERLINER ELEKTROGROSSINDUSTRIE

19. IX. - 14. X. 1905⁺

ARBEITERAUSSCHÜSSE UND DMV

ARBEITGEBER + ARBEITGEBERVERBÄNDE

IM SEPTEMBER 1905

- | | |
|--|---|
| <p>9.: Arbeiterausschuß (A-Aus.)
Wernerwerk S.&H. fordert
15 % Lohnerhöhung f. die
Schraubendreher. Bitte,
eilig zu verhandeln, Be-
legschaft sei "verbittert".</p> | <p>11.: Werkstattleitung bzw.</p> |
| <p>18.: DMV-Delegierter Hartmann
für Annahme des Firmenan-
gebots von 5-6 % Erhöhung.
Belegschaftsversammlung
überstimmt DMV-Votum und
spricht sich für Streik
aus.</p> | <p>16.: Direktionsmitglieder S.&H. ge-
stehen nur 5-6 % zu.</p> <p>18.: VC des VBMI: Maschinenindu-
strie wird bei Vorgehen
der Elektro-TRIAS Unter-
stützung gebeten.</p> <p>19.: VC des VBMI: Gemeinsames
Agieren von Siemens + AEG
beschlossen, Aussperrungs-
beginn = 21.9.</p> |
| <p>19.: Schraubendreher des Wer-
nerwerkes treten in den
Streik. Bis zum 21.IX.
befristetes Firmenangebot
ausgeschlagen. (5-6 %). (ca.
450 Streikende).</p> | <p>20.: Erklärung der TRIAS: befriste-
tes Angebot von 5 % Lohner-
höhung bis zum 21.9.1905.</p> <p>21.: Kabelwerk Oberspre/ AEG und
Wernerwerk/S.&H. geschlossen.
(10.000 ausgesperrt).</p> |
| <p>21.: Kabelwerk "Oberspre" u.
Wernerwerk geschlossen.
(Zahl d. Ausgesperrten:
10.000).</p> | <p>23.: Konferenz der Arbeiteraus-
schüsse der TRIAS-Betriebe
mit TRIAS-Direktoren: be-
grenzte Aufrechterhaltung
des 5 %-Angebotes bis zum
25.9.</p> |
| <p>22.: Gesamt-A-Auss. S.&H. u. Ob-
leute der AEG erbitten bei
Direktion der TRIAS Kon-
zessionen zur Beruhigung
der Arbeiter. TRIAS bietet
Aufrechterhaltung des Ange-
bots vom 19.9., terminiert
bis 25.9.</p> | <p>26.: Nach Ablehnung des TRIAS-
Angebotes durch die Strei-
kenden am 25.9. Aussperrung
von je 3 AEG- u. Siemens-
Betrieben mit insgesamt
20.000 Arbeitern. Am 27.9.
per Aushang bekannt ge-
macht.</p> |
| <p>26.: Mediationsversuch der Ar-
beiterausschüsse gescheitert.</p> | |

+) Zusammengestellt nach: SAA 4/Lk 12-13: Arbeiterangelegenheiten/Arbeiterausschüsse 1903-1905; "Soziale Praxis", XV. Jgg., Nr. 1-3, sp. 12 f., 39 f., 58 ff.; Berliner Jahrbuch f. Handel und Industrie 1905, I, S. 147 ff. Abkürzungen im Text: "VC" = Vertrauenskommission /Vorstand/ des VBMI; "TRIAS" = Die im Streik gemeinsam vorgehenden Firmen: AEG, S.&H., SSW.; "A-Auss." = Arbeiterausschuß; VBMI-"Großgruppe" = Gruppe "Großindustrie" im VBMI.

ARBEITERAUSSCHÜSSE UND DMV

ARBEITGEBER + ARBEITGEBERVERBÄNDE

IM SEPTEMBER 1905

29.: DMV ruft Gewerbegericht Berlin als Einigungsamt an.

30.: Beginn umfassender Aussperrungen in 6 zusätzlichen Betrieben der TRIAS. (Betroffen: 20.000 Arbeiter).

28.: VC des VBMI: Auf 80 %-Aussperrung der TRIAS werden alle VBMI-Betriebe nach 10 Tagen mit 80 % Aussperrung folgen; VBMI-Arbeitsnachweis zum 29.9. geschlossen.

30.: Alle TRIAS-Werke geschlossen, außer Glühlampenwerke u. Fa. "Gebrüder Siemens".

IM OKTOBER 1905

1./2.: Erfolgreiche Mediationsansätze zwischen TRIAS-Sprechern, A-Auss.-Mitgliedern u. DMV-Vertretern beim Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, v. Schulz.

2.: Sympathiestreiks: Glühlampenproduktion der TRIAS lahmgelegt, Lager-, Hof- u. Packarbeiter des S.&H.-Verband u. Elektromonteurs streiken.

3.: Bestreikung der "BEW" schlägt fehl.

10.: DMV bittet VC des VBMI um Gespräche zur Abwendung der VBMI-Gesamtaussperrung ab 14.10.1905.

11.: "Anhörung" von DMV-Vertreter vor VC-Unterkommission des VBMI. Erreicht für Wiederaufnahme der Arbeit nur die "liberale" Auslegung der TRIAS-Zusagen vom 19.9. Keine Garantie für Wiedereinstellung aller Streikenden und Aussperrten.

12/14.: Arbeiterversammlungen u. Versammlung der Gesamt-A-Auss. zur Frage der Arbeitsaufnahme.

14.: Arbeitsaufnahme, Aufhebung der Sperre.

1.: TRIAS lehnt Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt ab - statt dessen "Besprechung" von TRIAS-Direktoren, Arbeiterausschüssen u. DMV-Vertretern beim Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, v. Schulz.

1./2.

4.: Vorschlag zur Bildung einer Schlichtungskommission (= v. Schulz) von TRIAS (5.10.) abgelehnt.

4.: VBMI-Großgruppe und VC des VBMI: Aussperrungsbeschluß für alle Verbandsbetriebe zum 14.10.1905. (Betrifft zusätzlich 20.000 Arbeiter).

5.: Solidaritätsaktionen der "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" beginnt.

9/10.: Erklärung der TRIAS "Zur Gegenwärtigen Lage in unseren Fabriken" (Presseerklärung).

9.: Unterkommission des VC des VBMI hört DMV-Vertreter.

11.: Unterkommission des VC, Arbeiterausschüsse der TRIAS-Betriebe u. DMV-Vertreter: liberale Auslegung der Firmenzusagen vom 20.9. als Basis für Wiederaufnahme der Arbeit

14.: Anschlag über Aufhebung der Aussperrung.

16.: Ausführungsbestimmungen f. Arbeitsaufnahme: Punkt 4: Wiedereinstellungen "nach Betriebsverhältnissen"

Intervention von außen: Einschreiten
der "öffentlichen Gewalt"

Die "ungewöhnliche Radikalität", die ein Teil der Berliner Zeitungen den ausständigen Elektro-Arbeitern bescheinigte, verlangt zu einer Deutung an sich die Schilderung jener Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die sie in ihrer Gesamtheit erst hervorbringen konnte; mithin wäre gefordert die Darstellung eines Ingesamt von Arbeits- und Reproduktionsverhältnissen ganzer städtischer, bzw. einpendelnder halbländlicher Arbeiterpopulationen, die das "radikale" Arbeiterpotential der Berliner Werke der Elektrogroßindustrie ausmachten.

Diese Aufgabe ist hier - leider - nicht zu leisten.^{15a} An sie als Desiderat zu erinnern ist gleichwohl nicht müßig, selbst wenn und gerade weil dieser bedingende komplexe Hintergrund des Streikgeschehens von 1905 in den öffentlichen und veröffentlichten Debatten keine oder nur eine recht geringe Rolle spielte.

Für diese Debatten besonders bedeutsam war dagegen ein anderes, den A b l a u f des Ausstandes in der Tat sehr prägendes Moment: die Tatsache des massiven Eingreifens der öffentlichen Gewalt, der Polizei und

- 15a) Nach der ursprünglichen Konzeption der vorliegenden Arbeit sollte diese Aufgabe in einem besonderen Teil der Untersuchungen unternommen werden. Dieser "Spandau-Teil" der Arbeit galt samt den dazu erarbeiteten Anlagen zur Arbeitsmarktsituation und den Konjunkturen in der Spandauer Rüstungsindustrie, zu Wohn-, Schul-, Versorgungs- und Hygieneverhältnissen und der demographischen Entwicklung am Industriestandort Spandau dem bedingenden Totum von Lebenslagen und politischen Artikulierungschancen einer lokalen Arbeiterpopulation, in der der Anteil der Siemens'schen Arbeiter ein dynamisierendes Element einbrachte, das ähnlich wie die Ansiedlung und Zentralisierung der Siemens'schen Produktion am Standort Spandau die Strukturen einer vorgegebenen Honorationspolitik aufbrach. Der "Spandau-Teil" der Arbeit wurde hier indessen samt den dazugehörigen Anlagen ausgelassen, weil für diesen Bereich die Darstellungen nicht abgeschlossen werden konnten und nur in der Form eines umfänglichen Exkurses in der begutachteten Fassung der Arbeit vorlagen. Die gesonderte Publikation dieses Teils der Untersuchungen bleibt vorbehalten.

Zum "ungewöhnlichen Radikalismus" der Arbeiter: F. Weinhausen, "Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie", in: "Die Hilfe", Jgg. XI., Nr. 41, 15.X.1905, S. 6.

- wenn auch zunächst mehr verdeckt und angedroht - das mittelbare Einschreiten von Militär.

Zweifellos haben diese Interventionen dazu beigetragen, daß die Verbitterung unter den bereits Streikenden stieg; kausal sind sie aber der hier frei werdenden "Radikalität" wohl nicht zuzuschreiben.

Ähnlich verhält es sich mit der Rolle der "Agitation" unter den Ausständigen. Politische und gewerkschaftliche Agitation konnten mit Erfolg nur an v o r h a n d e n e Stimmungen und deren objektive Verursachungen anknüpfen.

Da der Einsatz von Polizei und Militär aber in den zeitgenössischen Auseinandersetzungen zum Elektro-Streik in der gewerkschaftlichen und der bürgerlichen Öffentlichkeit eine erhebliche Bedeutung erhielt, sei auf dieses Moment etwas ausführlicher eingegangen.

In diesem Zusammenhang wäre zunächst zu konzedieren, daß der massive Einsatz öffentlicher Gewalt und das ihm korrespondierende Empfinden eigener Ohnmächtigkeit bei einigen Verbandfunktionären zu rhetorischen Entgleisungen führte, die die Gegenseite zu nutzen verstand.^{15b}

Mit öffentlichem Interesse an Sicherheit und Ordnung von Arbeitgebern

- 15b) Bürgerliche Kritik nahm Anstoß am polemischen Ton der Arbeitnehmer ("Funken-Protze" ect. = Elektro-Unternehmer), verwies auf kolportierte Willenserklärungen in Streikversammlungen: man wolle "Verkehrsstockungen und öffentliche Kalamitäten" schaffen, und griff vor allem eine Stellungnahme des Mitgliedes der Streikleitung, P. Pawlowitsch (DMV) in der "Neuen Gesellschaft" auf: die Aussperrungen hätten bei der Arbeiterschaft "Révanchegeleüste" hervorgerufen. P. deutete die Möglichkeit von Sabotageakten an. Äußerungen, welche selbst die "Soziale Praxis" als "anarchistische Kindereien" und "müßiges Geschwätz" wertete, das den Scharfmachern in die Hände arbeite. Vgl. Voss. Ztg., Nr. 470, 6.X.1905, -Abendausgabe; Hilfe, Jgg. XI., Nr. 41, 15.X.1905, S. 6; Sten.Ber.STVV. Bln., 32. Jgg., S. 361 f.: Kreitling unter Berufung auf Voss. Ztg., Nr. 469, 6.X.1905, - Morgenausgabe; Soziale Praxis, Jgg. XV., Nr. 3, 19.X.1905, sp. 70. Die Ausführungen gelten stets den im Streik führenden freien Gewerkschaften.

und Stadtverwaltung hinreichend legitimiert,^{15c} griff dieser Einsatz in der Tat demoralisierend in die Bewegung ein. Er kam den Unternehmern zu Hilfe, als der Ausstand auf die Berliner Kraftwerke (BEW) übersprang^{15d} und mit der möglichen Lähmung der elektrifizierten Sektoren des städtischen Wirtschaftslebens, des Massenverkehrs und Nachrichtenwesens im Wortsinne über das Vermögen der Gewerkschaften entschied, "Räder stillstehen" zu lassen.^{15e}

Wieweit behördliches Dazwischentreten den Verlauf des Arbeitskampfes zu bestimmen vermochte, kann zunächst aus Umfang und Art dieses Einschreitens erhellen. Staatliche Gegenmaßnahmen setzten, wie erwähnt, ein, als sich Heizer und Maschinisten in den "BEW" der Streikfront einreihen. Mannschaften der Feuerwehr traten daraufhin am 1. Oktober auf den Kraftstationen zur Arbeit an.^{15f} Ihren Einsatz veranlaßte das in Berlin "aus

15c) So u.a. die Begründung von Oberbürgermeister Kirschner in Übereinstimmung mit der Stadtverordnetenmajorität am 19.X.1905. (Sten. Ber.STW.Bln., 32. Jgg., S. 360 f.).

15d) Streikbeginn bei BEW am 1.X.1905; von ca. 1.000 Arbeitnehmern etwa 750 aktiv im Streik. Die "Berliner Elektrizitäts-Werke-AG.", eine Gründung der Vorläufergesellschaft der AEG, "Deutsche Edison-Gesellschaft", als "Städtische Elektrizitäts-Werke AG." 1884 konstituiert, seit 1887 umbenannt, waren mit der AEG finanziell verflochten und wurden von ihr verwaltet. ("50 Jahre AEG", S. 55-63, 68, 74 f., 77, 140 f.). Berliner Jahrbuch 1905, Bd. I., S. 150).

15e) Am ersten Streiktag (1.X.) mußten die Berliner Straßenbahnen ihr Verkehrsangebot um 75 % reduzieren. Die BEW besaßen seit 1899 das Versorgungsmonopol für die Straßenbahnen. Im September 1905 nahmen diese fast 50 % der von den BEW erzeugten Strommenge ab. (Berliner Jahrbuch 1905, ebda.; C. Matschoß [u.a.] (hrsg.), "50 Jahre Berliner Elektrizitätswerke 1884-1934", Bln. 1934, S. 30. (Veröffentlichungen der Bewag, Reihe II., Bd. 14.)); im Betriebsjahr 1905/06 erzeugten die BEW 108.429.012 KW. Von dem Gesamtabsatz entfielen 50.007.014 auf die Straßenbahnen. Im September 1905 stellte sich das Verhältnis ähnlich auf: 8.108.190 : 4.005.065 KW. (Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, hrsg. v. H. Silbergleit, 31. Jgg., 1909, S. 179).

15f) Ein Detachement von 50-60 Mann, die in Trupps von je 10 auf die Stationen verteilt wurden.

sicherheitspolitischen Gründen" auch für die Feuerwehren verantwortliche Polizeipräsidium.^{15g} In den Räumen der wichtigsten Zentrale des Berliner Versorgungsnetzes, beim Kraftwerk "Oberspree"/Oberschöneweide,^{15h} verstärkte, zivil eingekleidet, ein Kontingent der Verkehrstruppen die Zahl der rasch angeworbenen Arbeitswilligen.¹⁵ⁱ Militär- und Staatsbahnverwaltung hielten vorsorglich Kräfte zurück, um unabhängig von den BEW den Betrieb elektrifizierter Strecken im Berliner Vorortbereich aufrecht

- 15g) Mit diesem Argument verwehrte das preußische Innenministerium der Stadt Berlin die Verwaltung der kommunal finanzierten Ortspolizei und Feuerwehr; beide gehörten zum Amtsbereich des Polizeipräsidioms als königlicher Behörde innerhalb der preußischen Innenverwaltung. Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat auf das Jahr 1905, Bln. 1904, S. 125 ff., 128. Der Rang des Präsidioms ergab sich nicht zuletzt daraus, daß auch nach 1890 die zentrale Überwachung der Arbeiterbewegung in Preußen u. z. T. im Reich bei einem seiner Sonderdezernate lag. Vgl. W. Pöls, "Staat und Sozialdemokratie im Bismarck-Reich - Die Tätigkeit der politischen Polizei beim Polizeipräsidenten in Berlin in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890", in: Jahrbuch f.d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. XIII/XIV., 1965, S. 209.
- 15h) Das Werk, 1895/97 von der AEG errichtet, seit 1899 im Verband der BEW, war sowohl Versorgungszentrum des künftigen AEG-Industriekomplexes Oberspree (u.a. Kabel-, Gummi-, Metall- und Autowerk) wie von 16 innerstädtischen und Vorortgemeinden des Südens und Südostens. Der erzeugte hochgespannte Drehstrom (6.000 V.) wurde in 5 innerstädtischen Stationen umgespannt. "Oberspree": 20-, später 50.000 installierte PS, und das 1900 fertiggestellte Werk "Moabit I": 18.000 PS, ebenfalls Drehstrom 6.000 V., (Versorgung von Moabit, Spandau, Reinickendorf, Pankow), bestritten zwischen 1900 und 1907 den Hauptteil der Lieferungen der BEW, die damals über 62.000 installierte PS verfügten. Vgl. I.W. van Heys, Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Dresden 1931, S. 250 ff.; Matschoß, "50 Jahre BEW...", S. 30 ff.; F. Pinner, Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter, Leipzig 1918, S. 188, 191, 290.
- 15i) Eine Gruppe von 20-50 Mann aus einem der drei in Berlin stationierten Eisenbahnregimentern. Entsprechende Pressenotizen blieben undementiert. (Berliner Morgenpost, Nr. 234, 5.X.1905; Vorwärts, Nr. 232, 4.X.1905). Neben technischen und kaufmännischen Angestellten leisteten in den Provinzen angeworbene Reservisten des Pionierkorps, Bahnarbeiter und Studenten Aushilfsdienste. (Berliner Morgenpost, a.a.O., P. Pawlowitsch, "Die Aussperrung in der Elektro-Industrie und der Erfolg der Arbeiter", in: "Die Neue Gesellschaft", Jgg. I., 1905, Nr. 28, 11.X., S. 331; John, Der Kampf..., a.a.O., S. 146 f.; Vorwärts, Nr. 231, 3.X.1905).

erhalten zu können.^{15j} Während Streikende und Ausgesperrte unter der Leitung ihrer eigenen "Arbeiter-Polizei" strikte Disziplin wahrten,^{15k} liefen auf Seiten der Regierung neben den Maßnahmen zur Entlastung der Kraftwerke, auch erste, rein militärische Vorkehrungen an.^{15l}

Teile der Gardetruppen wurden vorfristig aus Manövern nach Berlin zurückbeordert,^{15m} andere Einheiten munitioniert und in erhöhte Alarmbereitschaft gesetzt.¹⁵ⁿ Einzelne Vorkehrungen lassen den Schluß zu, daß die Lahmlegung von Kraftzentralen militärisch beantwortet werden sollte.^{15o}

Diese Zurüstungen zwangen den Arbeiterverbänden die Alternative von Rückzug oder offenem Konflikt auf.^{15p} Sie wurden als deutlichste Form staatlicher Absichtserklärungen gewertet. Paul Umbreit nannte sie "den

15j) Es waren die Strecken: Potsdam-Groß-Lichterfelde/Ost, die Versuchsstrecke der AEG von Nieder-Schöneweide nach Spindlersfeld und die Verbindung Berlin - Groß-Lichterfelde. Bei Ausfall der BEW sollte das E-Werk Südwest einspringen, wo Mannschaften der Staatsbahn bereit standen. (Voss.Ztg., Nr. 465, 4.X.1905 - Morgenausgabe; "50 Jahre AEG", S. 400, 402).

15k) Ordnerdienst der Streikleitung, über den auch bürgerliche Blätter positiv berichteten, u.a. Voss.Ztg., Nr. 461, 1.X.1905 - Morgenausgabe.

15l) Auf Streikversammlungen kommentiert als Ausdruck bürgerlicher Befürchtungen am "Vorabend einer Revolution zu stehen". (Voss.Ztg., Nr. 467, 5.X.1905, Morgenausgabe). Indirekte Unterstützungsmaßnahmen der Polizei, Dienstleistungen, Behinderung u. in Einzelfällen Verhaftungen von Streikposten bleiben hier außer Betracht. (NAZ, Nr. 232, 2.X.1905; Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jgg. XV., Nr. 42, 21.X.1905, S. 691 - künftig zitiert: Corrbl.) u. ebda., Nr. 41, 14.X.1905, S. 682).

15m) 2. Garde-Ulanen-Regt. u. 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment. (Berliner Lokalanzeiger, Nr. 488, 2.X.1905).

15n) Vorwärts, Nr. 232, 4.X.1905.

15o) Auf der Oberspree lag zeitweise ein Schiff zum Transport von Militär bereit. Die Nachricht wurde vom Vorwärts bewußt zurückgehalten. (Vorwärts, Nr. 242, 15.X.1905). Die Kenntnis solcher Vorbereitungen erklärt z. T., warum die Funktionäre inständig von der weiteren Ausdehnung des Kampfes abrieten.

15p) Vor Streikbeginn unterrichteten die BEW ihre Kunden, man habe "mit Unterstützung der Staatsbehörden Vorkehrungen getroffen, um Unterbrechungen der Stromversorgung hintanzuhalten" - eine Formel, die

wirksamsten Trumpf" in der Hand der Industriellen, dem "zumeist... die nachteilige Wendung" des Kampfes zuzuschreiben sei.^{15q} In Umkehrung dessen, was der VfS. unter der Ägide Schmollers derzeit erwäge, um kollektive Arbeitsverträge in der Großindustrie zu ermöglichen: - die Teilnahme des Staates an der kartellierten Industrie -,^{15r} habe in Berlin eine Allianz von öffentlicher Gewalt und Unternehmertum Teile der Arbeiterschaft daran gehindert, dem Tarifgedanken in den Konzernbetrieben Eingang zu verschaffen.^{15s} Denn dieses: "das Recht zur Mitwirkung der Arbeiter bei der Lohnfestsetzung", nicht ein "geringes Mehr an Lohn", sei Mitte und Ursache des Konflikts.^{15t}

Anmerkungsübertrag, Anm. 15p), S. 391.

mehr als die Gestellung von Aushilfspersonal andeuten konnte.
(Vorwärts, Nr. 231, 3.X.1905).

- 15q) P. Umbreit, "Nach dem Kampf in der Elektro-Industrie", in: Neue Gesellschaft, Jgg. I., Nr. 30, 25.X.1905, S. 357. Umbreit kam selbst aus der Elektro-Industrie. Er leitete seit 1900 das Correspondenzblatt der Generalkommission und widmete dem Arbeitskampf in dessen Spalten eine Folge von Leitartikeln (Intern. Hdwb.d. Gewerkschaftswesens, Bd. II., Corrbl., Nr. 41, 42, 43-21. u. 28. X.1905).
- 15r) Umbreit, Nach dem Kampf..., S. 357. Anspielung auf die Verhandlungen der Jahrestagung des VfS. von 1905. Vgl. G. Schmoller, Das Verhältnis der Kartelle zum Staat, in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 237-271, spez. S. 269 ff. Ähnlich Brentanos Forderungen: L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, ebda., S. 137-149, spez. S. 148 f. In der Diskussion im gleichen Sinne: F. Naumann, R. Liefmann, Gg. Gothein, ebda., S. 189 f., 305, 323.
- 15s) Bei Gewerkschaften, SPD und Bürgertum kreiste die Auseinandersetzung um Rechtfertigung oder Ablehnung des Streiks in den BEW, bzw. der staatlichen Intervention zur Aufrechterhaltung des Betriebs um die kontroverse Auslegung des Begriffes "Öffentliches Interesse". Vgl. dazu ausführlicher unten, S. 453-459.
- 15t) Umbreit, a.a.O.

Negatives Echo beim Bürgertum : Verurteilung des Arbeitskonflikts in Presse, Verbänden und Parteien.

Verlauf und Ergebnisse des Berliner Elektro-Streiks fanden nicht zuletzt wegen einer wirkungsvollen und umsichtigen Pressearbeit der Elektrogroßfirmen ein, vor allem auf bürgerlicher Seite, überwiegend einheitlich unternehmerfreundliches Echo.^{15u} An ihm, aber auch an anderen

15u) Die genauere Auswertung einiger der größeren Blätter Berlins ergibt folgendes Bild:

- a) Die "Vossische Zeitung" bringt zwischen dem 21.IX. und dem 14.X.1905 sieben überwiegend firmenfreundliche Darstellungen, zumeist auf Seite 1 (Nr. 443: "Uns wird geschrieben..."; Nr. 462: "Werner Siemens als Arbeitgeber"; Nr. 464: "Zum Ausstand in der Elektrizitätsindustrie"; Nr. 470: "Der Arbeitskampf in der Elektrizitätsindustrie"; Nr. 475: "Zum Arbeitskampf in der Elektrizitätsindustrie"; Nr. 477: "Der Arbeitskampf und die Stadtgemeinde"; Nr. 484: "Der Arbeitskampf im Elektrizitätsgewerbe". (Vossische Zeitung, 21.IX., 1., 3., 6., 10., 11. und 14.X.1905). Die Zeitung hält bis zum 3.X. durch Berücksichtigung von Nachrichten aus dem gewerkschaftlichen Lager noch eine vermittelnde Position, schwenkt dann aber völlig auf den Kurs der Elektro-Konzerne um, deren Thesen über Entstehung, Ausbreitung und notwendige Bekämpfung des Ausstandes übernommen werden.
- b) Das "Berliner Tageblatt" bringt während des Ausstandes die dreiteilige Artikelfolge eines Anonymus: "Wider Lujo Brentano". Sie enthält u.a. ein Lob auf die "humanitären Wohlfahrtseinstellungen" bei S.&H. und Thesen zur Entstehung des Streiks im Sinne der Firmen. Die firmenoffizielle Darstellung: "Der Charakter des gegenwärtigen Arbeitskampfes" wird vom "BT" am 5.X. auf der ersten Seite publiziert; der Artikel "Streiksünden" vom 9.X.1905 enthält eine gewerkschaftskritische Abrechnung. (Berliner Tageblatt, 5., 9.X.1905).
- c) Die "National-Zeitung" schließt sich zwischen 21.IX. und 14.X. 1905 noch enger an den Firmenverlautbarungen an als "Vossische" und "BT".
- d) Im gleichen Sinne schreiben: "Der Tag", der "Berliner Börsen-Courier" und der "Berliner Lokalanzeiger". Der Lokalanzeiger verbreitet als Falschmeldung über Streikfolgen u.a.: einen Selbstmord und eine Schlägerei (Nr. 495, 6.X. u. Nr. 499, 8.X.1905).

Stellungnahmen im Spektrum veröffentlichter Meinungen¹⁶ ist leicht zu erkennen, daß häufig weniger ein Erkenntnisinteresse an den Vorgängen am Berliner Arbeitsmarkt als ein vorgeprägtes politisches Engagement den Berichterstatteern die Feder führte. Ähnliches gilt für die Vielzahl der mündlichen Kommentare.

So wertete der preußische Finanzminister von Rheinbaben den Streik als eine "frivole" Demonstration, veranlaßt durch übervolle Gewerkschaftskassen, und kam darüber zum Fazit, vorgeschlagene Wehrsteuern seien in Deutschland durchaus für die Arbeiterschaft tragbar, wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie ihre Beitragssätze senkten und damit zugleich jener Agitation den Boden entzögen, die die Arbeiterschaft wie im vorliegenden Falle gegen ihr "wahres Wohl" "künstlich in den Streik"

Anmerkungsübertrag, Anm. 15u), S. 393

e) Gewerkschaftsfreundlich ist die Berichterstattung in dem auf Massenabsatz angewiesenen Ullstein-Blatt "Berliner Morgenpost".

Bei der unternehmerfreundlichen Presse lassen sich als inspiriert erkennen u.a. erste Meldungen über die Lohnhöhe des "Durchschnittsarbeiters" bei S.&H., die über "WTB" von Siemens verbreitete "Lohnliste"; als drittes Thema die "humanitäre" Sozialpolitik der Elektrounternehmer, vor allem die Tradition bei S.&H.; schließlich wird die offiziöse Firmenverlautbarung von AEG, S.&H. und SSW "Über die gegenwärtige Bewegung in unseren Fabriken" von der Mehrzahl der Blätter auf der ersten Seite im Nachrichtenteil gebracht; im Anzeigenteil erscheint sie dagegen bei den konservativen Organen "Kreuz-Zeitung" und "Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Zur Frage der Kapitalverbindungen in der Presse Berlins siehe Günter Heidorn, Monopole, Presse, Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des Ersten Weltkrieges. Studien zur Außenpolitik in der Periode von 1902 bis 1912. Berlin (DDR) 1960, S. 41-78.

- 16) Zur Problematik des Terminus und der Realbedeutung des Begriffs "öffentliche Meinung": Wilh. Mommsen, "Die Zeitung als historische Quelle" in: Beiträge zur Zeitungswissenschaft. Festgabe für Karl d'Estér, Münster 1952, S. 165. Zum Bedeutungsspektrum von "öffentlicher Meinung" vgl. E. Dovifat, Zeitungslehre, Bd. I, 5. Auflage, Berlin 1967, S. 116-124, speziell S. 116 ff.; W. Hagemann und H. Pranke (hrsg.), Grundzüge der Publizistik, Münster 1966, S. 27 ff. (Schriftenreihe für Publizistik und Kommunikationswissenschaften, Bd. I).

führe.¹⁷ Das war von der Ministerbank aus ganz die Sprache des CDI und der Arbeitgeberverbände.¹⁸

Der CDI selbst sah in Berlin eine neue "Taktik der Sozialdemokratie" am Werk. Diese ziele, so konstatierte der Verband, darauf ab, innerhalb großer Industriekomplexe wesentliche Teilproduktionen lahmzulegen, um während notwendig folgender Aussperrungen die Belegschaften "leichter in die Organisation zu treiben".¹⁹ Als Beweis dafür galten dem Verband außer dem Streikverlauf "in den Berliner Schuckertwerken"²⁰ u.a. Passagen aus Bebels Parteitageferat von 1905 und dessen Stellungnahmen im Reichstag, die auf den Zusammenhang zwischen harten Arbeitskämpfen und

17) Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 165, Sitzung vom 7.XII.1905.

18) Kennzeichnenderweise warnte im gleichen Zusammenhang der aufgeschlosseneren Posadowsky davor, hinter jeder Arbeiterforderung sozialistische Regie zu vermuten. (Verhandlungen des Deutschen Reichstages, a.a.O., S. 239 f. - am 12.XII.1905).

19) Verhandlungen CDI., Nr. 102, Jan. 1906, S. 70 (Abdruck aus dem CDI-Organ "Deutsche Industrie-Zeitung" (DIZ), Nr. 52, 1905).

20) Recte: Siemens & Halske! Den ausständigen Schraubendrehern sei bewußt gewesen, daß es "in kurzer Zeit" zum "Stillstand des ganzen Werkes" habe kommen müssen. Die Aussperrung erspare den Gewerkschaften die Kosten, welche bei gewöhnlichen Streiks durch Unterstützungsgelder entstünden, die potentielle Streikbrecher zurückhielten. Die DIZ unterstellt der Gegenseite, was sie an gleicher Stelle dringlich selbst empfiehlt: "Angriffe der Arbeiter können nur durch das Mittel der Aussperrung schnell und erfolgreich abgeschlagen werden". (A.a.O., S. 70 f.). Vgl. auch DMV-Bln. 1905, S. 32 f.: "Der Betrieb war nicht ohne Schrauben und wäre ... in absehbarer Zeit nicht in Schwierigkeiten geraten". Diese These, man könne ohne werksinterne Fertigung der Siemens'schen Spezialschrauben die Produktion des Konzerns nicht fortführen, diene in der Öffentlichkeit mit zur Begründung der massiven Aussperrungen. Der Sachverhalt war von Außenstehenden nur schwer überprüfbar. Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 355, übernimmt die These. Gegen sie stehen die Aussagen zur Vorratshaltung beim Konzern und relativierende Feststellungen Siemens'scher Betriebsbeamte: "Auch S.&H. beziehen vielfach Schrauben von außerhalb, wenn es sich um eine gangbare Sorte oder um einen recht großen Posten handelt". (C. HeiB, "Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik", in: Schriften Vfs., Bd. 134, II., S. 131. (= Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie, Leipzig 1910).

dem Anwachsen von Partei und Freien Gewerkschaften verwiesen.²¹
Beim CDI blieb freilich die Dialektik solcher Äußerungen außer Betracht.
August Bebel hatte in einer von starken Arbeitgeberorganisationen gekennzeichneten Phase sozialer Konflikte die Arbeiterschaft ermutigt.²²
Er suchte den Nimbus der Aussperrungswaffe zu treffen, zugleich aber auch die Haltung der Unternehmer anzuprangern und die Schützenhilfe von Justiz und Administration bloßzustellen.²³ Das ließ ihn mit dem Blick auf die zwangsfeiernden Elektro-Arbeiter den Reichskanzler ironisch nach Arbeitswilligenschutz fragen und feststellen: für Fabrikanten, die Zwang ausübten, gebe es, anders als für Streikende, "keinen Staatsanwalt und ... keinen Richter".²⁴
Die Klage über die "Brutalität" der Entlassung von 30.000 Arbeitern stand dabei neben der wiederholten Versicherung, die Aussperrungen agitierten für die Partei "besser als 100 und 1000 Redner".²⁵ Mit solchen Bewertungen war indessen, was Bebel selbst wohl wußte, nur ein Aspekt des Konflikts getroffen.

An Ort und Stelle konnten sich die Ausgesperrten, auch als Gewerkschaftler und Sozialdemokraten, mit dieser für sie unmittelbar eher beiläufigen

-
- 21) Vgl. Prt. PT. SPD. Jena 1905, S. 291: "Auch dem dümmsten Arbeiter wird durch solche Aussperrungen der Klassengegensatz begreiflich gemacht". Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 161 f. (am 7.XII.1905).
- 22) In Jena betonte Bebel, die Stellung der Unternehmer habe sich gefestigt, seitdem diese über "Industrieverbände" [i. e. Arbeitgeberverbände, H.M.B.] verfügten, "in denen nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb steht, während wir leider noch Hunderttausende von Arbeitern haben, die weder den Freien Gewerkschaften, noch den Christlichen Verbänden angehören". (Prt. PT. SPD. Jena 1905, S. 291). Im Reichstag unterstrich Bassermann die "Tatsache großer Arbeitgeberorganisationen, die ... stärker sind als die Arbeiterorganisationen". (Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 188, am 9.XII.1905).
- 23) Verhandlungen des Deutschen Reichstages, a.a.O., S. 161 (Bebel am 7.XII.1905); Prt. PT. SPD. Jena 1905, S. 293 (Bebel).
- 24) Verhandlungen Reichstag, a.a.O., S. 160, 304 (Bebel am 7. u. 14. XII.1905).
- 25) Ebda., S. 160 f., 310 (Bebel am 7. u. 14.XII.1905).

Dimension des Geschehens kaum trösten.

Die Not der Betroffenen, gewerkschaftliche Schwäche und Einschreiten der öffentlichen Gewalt wurden hart empfunden.²⁶ Gegenüber diesem Gesicht von Streik- und Aussperrungswirklichkeit hat es nun im Berlin des Jahres 1905 nur sehr wenig bürgerliches Mitempfinden oder gar praktisch betätigte Solidarität gegeben. Besonders zurückhaltend zeigten sich dabei die Vertreter des Berliner Linksliberalismus. Eine nicht sehr wohlwollende "Neutralität" verfocht vor allem der "regierende" Kommunalfreisinn Berlins.

Auf dem Stadthaus wurde diese Haltung mit einer bei allen Arbeitskämpfen gebotenen Zurückhaltung begründet.²⁷ In dieser Argumentation erschien dann die Bedrängnis der ausgeschlossenen Arbeiter als unumgängliche Begleiterscheinung des auch dem Arbeitgeber zu Gute kommenden Koalitionsrechtes; die staatlichen Interventionen aber wurden mit dem Vorliegen von Gefahr für Ordnung und Sicherheit legitimiert, vereinzelt auch von gewerkschaftlichem "Terrorismus" und "russischen Zuständen" gesprochen.²⁸

Linksbürgerliche Organe wie die "Vossische Zeitung" und das "Berliner Tageblatt", im Frühjahr noch Fürsprecher streikender Ruhrarbeiter, ergriffen beim Andauern des Konflikts die Partei der Arbeitgeber.²⁹

26) Vgl. P. John, "Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie - Ein Musterbeispiel angewandter Scharfmachertheorie" in: Neue Zeit, 24. Jgg., 1905/06, Nr. 5., S. 143, 146 ff.; St.Ber.STVV.Bln., 32. Jgg. 1905, S. 359 f., 362 (P. Singer).

27) Ebda., S. 360 f., 362 f. (Oberbürgermeister Kirschner und die Stadtverordneten: Dove, Kreitling, Dr. Nathan).

28) So vor allem Robert Kreitling, Rentier, ehemaliger Schraubenfabrikant, nach eigenem Zeugnis mit "Einfluß bei den drei bestreikten Elektro-, H.M.B./Gesellschaften". K. gehörte zur Freisinnigen Volkspartei, war Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und hatte sein Reichstagsmandat im 2. Berliner Wahlkreis an den Sozialdemokraten R. Fischer verloren (1899). Ebda., S. 362; Schwarz, MdR., S. 377; Degener, Wer ist's? 1906, S. 614.

29) Das frühere Engagement wurde betont, um dem Einschwenken beim Elektro-Streik eine besondere Aura des Rechts und der Billigkeit zu geben. (Vgl. Vorwärts, Nr. 238 u. Nr. 239 v. 11./12.X.1905).

Das "Tageblatt" bediente sich dazu z. T. einer Diktion, die an die Schreibweise der Organe der Schwerindustrie erinnerte. Unter der Hand geriet ihm die Bewegung zu einem reinen Parteimanöver, - inszeniert "im Interesse der Sozialdemokratie", ... "die Streiks und Kriegserklärungen an die Unternehmer überhaupt aus parteipolitischen Gründen braucht".³⁰ Dagegen war bürgerlicher Widerstand gerechtfertigt und ein Entgegenkommen der Unternehmer erforderte, daß die Arbeiterschaft zuvor "die sozialdemokratischen Parteikinderschuhe" ablegte.³¹

In der Vossischen Zeitung erschienen streikbrechende Maschinisten in der Gestalt des sorgenden pater familias; die Schuldfrage klärte sich in dem Arbeitskampf durch das "Anfangen" der Schraubendreher bzw. AEG-Hilfsarbeiter und Aussperrungen führten ihren Namen zu Unrecht, da sie notwendige Reaktion auf eine von den Beschäftigten zu verantwortende Lage waren.³²

In dieser Tendenz begegneten die Berliner Blätter in der Tat der Position der eindeutig industriell festgelegten "Post", die die Gelegenheit nutzte, um etwas anzüglich die Verdienstlichkeit solcher Darlegungen zu feiern. Sie sprach vom "wahren Segen", daß nunmehr auch freisinnige Bürger "endlich eine Anschauung von der wahren Sachlage" erhielten.³³

30) Ehe das Tageblatt selbst so prononciert urteilte, hatte es einen Artikel aus dem Umkreis des VBMI veröffentlicht, in dem es hieß, die Arbeiterschaft kämpfe, da sie prinzipiell "an Stelle ruhiger Verhandlungen jederzeit die Gewaltmaßregeln von unten herauf" einführen wolle. (Vorwärts, Nr. 234, 6.X.1905 u. Nr. 238, 11.X.1905; Berliner Tageblatt, 9.X.1905 - Morgenausgabe).

31) Berliner Tageblatt, ebda.

32) Vossische Zeitung, Nr. 464, 3.X. - Abendausg.; Nr. 466, 4.X. - Abendausg.; Nr. 470, 6.X. - Abendausg.; Nr. 477, 11.X. - Morgenausg.

33) Abdruck des Post-Artikels "Wird endlich Licht?" in: Vorwärts, Nr. 235, 7.X.1905. Zu den zitierten Auslassungen des "BT" meinte das schwerindustrielle Blatt: hätte die "Post" ... "bei einem anderen ... wirtschaftlichen Kampfe" so geschrieben, das BT hätte an erster Stelle gestanden, um das "Geschrei über Scharfmacherei zu" erheben..."

Distanzierung statt Solidarität kennzeichnete indessen nicht nur das Echo bei der Berliner Rathausmajorität und der ihr nahestehenden Presse. Auch in Friedrich Naumanns "Hilfe" meldete sich, umsichtig zwar, Kritik zu Wort.³⁴ Der Tadel am "scharfmacherischen" VBMI und Auslassungen zum "Herr-im-Hause-Verhalten" der Elektro-Industriellen, das eine "Machtprobe größten Stils" herbeiführe, wich in der Folge mahnenden Erinnerungen an die Adresse der Ausständigen.³⁵ Diese sollten bedenken, daß sie in Berlin "keineswegs" die ungeteilte "Sympathie des Publikums" besäßen; denn hier stehe, "verhältnismäßig gut gelohnt", die Arbeiterschaft einem Unternehmertum gegenüber, "das bekanntermaßen nicht zu den Scharfmachern gehört".³⁶

Reaktion von Gewerkschaften und Sozialde- mokratie

Allgemeine Tendenz

Das ganze Maß der Isolierung der Streikenden erhellt aber erst beim Studium der Arbeiterpresse. Hinter zuweilen wortreicher Radikalität läßt sie Besorgtheit ratloser Gewerkschaftsvertreter und abratender Parteiinstanzen erkennen, denen Forderungen und Aktionen einer in Bewe-

34) Von der Voss. Ztg. ebenso eifrig - und ohne die begleitenden Einschränkungen - zitiert, wie die Haltung der linksliberalen Blätter im konservativen Lager. Vgl. Voss. Zeitung, Nr. 470, 6.X.1905 - Abendausg.; Neue Preußische - (Kreuz) Zeitung, Nr. 473, 8.X.1905 - Morgenausg. Kritik am Journalismus der Voss. Ztg. in der Hilfe: Jgg. XI, Nr. 32, 13.IX.1905, S. 2 f.

35) Vgl. Hilfe, Jgg. XI, Nr. 8, 19.II.1905, S. 7: "... die Kühnemänner /i.e. der VBMI, H.M.B./ die scharfmacherische Richtung unter den /Berliner, H.M.B./, Fabrikanten ..." und ebda., Nr. 39, 30.IX.1905, S. 8: Wichtiger als die Beantwortung einer hypothetischen Schuldfrage und das "Anfangen" der Arbeiter seien "die kategorischen Erklärungen der koalitierten Berliner Elektrizitätsindustrie, daß man jetzt endlich einmal ein Exempel statuieren ... wolle".

36) Ebda., Nr. 40, 8.X.1905, S. 8.

gung geratenen Mitgliedschaft zu entgleiten drohen.

Die Position, die der "Vorwärts" und die Generalkommission im "Correspondenzblatt" einnahmen, erklärt sich z. T. nur aus der geschilderten Koinzidenz von verschärften Generalstreikdiskussionen, der Beunruhigung durch die Friedeberg'sche "anarchosozialistische" Sezession in Berlin³⁷ und einer tiefgehenden Enttäuschung - vor allem auf Seiten der Generalkommission - darüber, daß in dem vorliegenden Großkonflikt zugleich zwei der grundlegenden Strategiehypothesen gewerkschaftlich-reformistischen Vorgehens erschüttert wurden: die Überzeugung, es werde ohne Auslösung von übergreifenden Arbeitskämpfen möglich sein, im Rahmen einer permanenten Kleinkriegsführung die Großbetriebe zu erobern und ebenso die Annahme, daß bereits diese Taktiklinie eines permanenten Bedrängens in alltäglichen Auseinandersetzungen genügen könne, um die Arbeitgeberverbände zu Verhandlungen von Verband zu Verband und tarifvertragsähnlichen Abmachungen zu zwingen.³⁸

Die Tatsache, daß in dieser Konstellation Massenstreikparolen unter Streikenden und Ausständigen tatsächlich "griffen", konfrontierte Streikleitungen wie Generalkommission mit einer Wirklichkeit, die sie nur verdrängend registrieren, nicht jedoch analytisch verarbeiten konnten.³⁹ So zumindest lesen sich viele der Kommentare und deutet sich einiges von der Hilflosigkeit, die sich hier niederschlug.

37) Vgl. den überaus aufgeregtten Kommentar, der im Correspondenzblatt auf die anarcho-sozialistische Proklamation Dr. Friedebergs antwortete ("Zersetzung", "Zerstörung", "Wirrköpfe", "Verneiner jeder Ordnung", "Gegen erprobte parlamentarische Praxis der Sozialdemokratie") (Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jgg. XV, Nr. 35, 2.IX.1905, S. 583 f.). In der Folge zitiert: CBG.

38) Charakteristisch dafür die beiden Leitartikel des Correspondenzblattes vom 9. u. 16. Sept. 1905. ("Eine neue Kampfeskunst der Arbeitgeber" I. u. II., CBG, XV, Nr. 36 u. 37, S. 585 ff. u. S. 601-604).

39) Ähnlich zu werten: Der Rückblick des Correspondenzblattes auf den Bergarbeiterstreik an der Ruhr (CBG, XV, Nr. 12 und Nr. 13: "Die Lehren des Kampfes im Ruhrkohlenrevier" I und II, S. 177-180 und S. 193-196).

Bestandsaufnahme zu den Bestimmungsgründen
gewerkschaftlicher Urteile

Streikverlauf als Beispiel innergewerk-
schaftlicher Konflikte

Die Berichterstattung des "Correspondenzblattes" hatte vor und nach den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses vom Mai 1905 die dort durchgesetzte Ablehnung politisch motivierter Massenausstände entschieden und polemisch vertreten.⁴⁰ Im September 1905 sollte dieses Votum auf dem sozialdemokratischen Parteitag von Jena in gleicher Weise verfochten und gegenüber der Parteilinken und den anarcho-sozialistischen Generalstreikparolen im Zeichen des "Endkampfes" gegen die "Fanatiker des Massenstreiks" (Umbreit) verteidigt werden,⁴¹ als der Berliner Arbeitskonflikt ausbrach.

Unter solchen Prämissen boten Streik, Streikverlauf und die Meinungsbildung bei den Ausständigen und Ausgesperrten der Berliner Elektroindustrie dem "Correspondenzblatt" recht deprimierende Impressionen: Während kompromißbereite Funktionäre ständig überstimmt wurden, ging in den Streikversammlungen die Lösung um: "Kommen muß der Kampf doch einmal, dann je eher, je lieber!"⁴² Das Mißtrauen gegenüber Vermittlungsver-

-
- 40) Symptomatisch die Berichterstattung über die 7. Generalversammlung des DMV. im Juni 1905 in Leipzig, auf der die Haltung der DMV-Delegierten kritisiert wurde, die in Köln ebenfalls gegen die Massenstreikagitation gestimmt hatten (CBG. XV., Nr. 25, 1. VII.1905, S. 431-434).
- 41) Vgl. Umbreit, "25 Jahre ...", S. 73-79; Umbreit leitete als verantwortlicher Chefredakteur das CBG; die Taktik der Generalkommission, Befürworter des Massenstreiks, u.a. den Kreis um die "Leipziger Volkszeitung" in die Nähe der anarchosozialistischen Losungen Dr. Friedeberts zu rücken, erweist sich - etwa gegenüber der tatsächlichen Position Rosa Luxemburgs - als recht dolos. Vgl. CBG., XV., Nr. 35, 2.IX.1905, S. 583 f.; Rosa Luxemburg, "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Bln. (DDR) 1972, S. 93-140, speziell S. 97).
- 42) Zitat: Vorwärts, Nr. 226, 27.IX.1905. Zur Majorisierung der DMV-Beamten: ebda; DMV-Bln. 1905, S. 41; Berliner Jahrbuch 1905, Bd. I., S. 148 ff., 151 f.; Soziale Praxis, Jgg. XV. Sp. 58 ff., 19.X.1905.

suchen war allgemein. In den Betrieben stand die Mehrzahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute gegen die eigenen Verbandsleitungen. Als nach der Aussperrung von ca. 9.000 Arbeitern und Teilkonzessionen der Firmen, die Entscheidung über die Fortdauer der Bewegung am 26.IX. erneut in die Hände der zuerst ausständigen AEG-Lagerarbeiter und dann der Schraubendreher bei S.&H. gelegt wurde, plädierten die Gewerkschaftsfunktionäre erfolglos für den Abbruch des Kampfes. Bei den Schraubendrehern herrschte "eisige Ruhe der Entschlossenheit".⁴³

Im Kabelwerk "Oberspree" aber gab es beim gleichen Anlaß "eine Lärm-szene".⁴⁴ Die Vertrauensleute der ausgesperrten AEG-Lagerarbeiter bestanden hier darauf, daß die Abstimmung nur in ihrer Gegenwart vorgenommen werde. Sie wollten verhindern, "daß die Streikenden dem Einfluß der Gewerkschaftsleiter allein ausgesetzt" seien und "der Streik so ... hinter verschlossenen Türen 'abgewürgt' werde".⁴⁵

Als der "Vorwärts" noch den Entschluß der Streikenden, den Arbeitskampf nach Wochenfrist fortzusetzen, bemängelte, - ihn allenfalls psychologisch zu deuten vermochte -⁴⁶ und, gleich der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, immer wieder nach Möglichkeiten der Mediation suchte, rief die Arbeiterschaft schon lange nach dem Massen- und schließlich dem Generalausstand.⁴⁷ Eine Parole, die bis zum Ende des Konflikts nicht mehr verstummte: abgewiesen beim Zentralstreik-Komitee, nahmen sie Ar-

43) Vorwärts, Nr. 226, 27.IX.1905.

44) DMV-Bln. 1905, S. 34.

45) Vorwärts, Nr. 226, 27.IX.1905; DMV-Jahrbuch 1905, S. 89 f.; CBG., XV., Nr. 40, 7.X.1905, S. 669 f.

46) "Wie war es möglich, daß"(trotz des Einsatzes der Funktionäre und der Firmenkonzessionen) sich "so überwältigende Majoritäten für die Fortsetzung des Streiks finden konnten...?" (Vorwärts, a.a.O., 27.IX.)

47) "... der Kampf (zieht) täglich weitere Kreise ... Wer will hier vermittelnd eingreifen...?" CBG., XV., S. 670. Vgl. dazu: NAZ., Nr. 238, 10.X.1905; Soziale Praxis, Jgg. XV., Nr. 2, Sp. 39 f., 12.X.1905. Aus Oberschöneweide meldete die Voss.Ztg. schon unter dem 23.IX., daß die Arbeiterschaft auf den "Massenstreik" warte. Mit dem Fortschreiten weiterer Aussperrungsmaßnahmen verdichteten sich entsprechende Forderungen: "Man müsse der Generalaussperrung durch den Generalstreik zuvorkommen".

beiterdeputationen wieder auf, die im Vertrauen auf militante Führung durch Partei und Gewerkschaften darauf drängten, die Arbeitseinstellungen offensiv auszuweiten, um den Erfolg der Bewegung zu retten.⁴⁸

Nochmals, während der Endphase des Arbeitskampfes, schien so über den "bremsenden" Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes eine Welle spontaner Ausstandsbereitschaft zusammenzuschlagen.⁴⁹ Aus taktischen Gründen⁵⁰ - in Wahrheit nur die äußere Formel des tiefgreifenden Gegensatzes zwischen Aufbruchstimmung in den Werkstätten und rechenhafter Zurückhaltung in Partei- und Streikbüros, beim "Vorwärts" und der

Anmerkungübertrag zu Anm. 47, S. 402

(Vossische Zeitung, Nr. 448, 23.IX. - Abendausg.; NAZ., 236, 7.X. 1905 und, ebda., Nr. 235, 6.X.1905: "Beim Generalstreik ... springt die Parteikasse und die gesamte Arbeiterschaft für uns ein".) Diese Mitteilungen bürgerlicher Blätter zum Streikverlauf entstammen der weniger dem Tendenzverdacht unterliegenden Lokalberichterstattung und lassen sich an anderen Quellengruppen verifizieren.

48) "... immer häufiger gehen beim DMV Entschlüsse zur Bereitschaft zu streiken ein. Dem Z e n t r a l - S t r e i k k o m i t e e ist das durchaus nicht angenehm ..."
(Berliner Lokalanzeiger, Jgg. 23, Nr. 492, 4.X.1905 [Sperrung = HMB./]).

49) NAZ., Nr. 238, 10.X.1905: Resolution der Belegschaften A. Borsig/Tegel; Vossische Zeitung, Nr. 476, 10.X. - Abendausg.: Entschlüssen in zahlreichen VBMI-Betrieben, Streikbereitschaft der Werkzeugmacher; Berliner Börsen-Courier, Jgg. 38, Nr. 478, 11.X.: Entschlüsse bei Schwartzkopff/Wildau, in Tegel, Borsigwalde; NAZ., Nr. 239, 11.X.: "Fast täglich kommen Deputationen ..., um anzukündigen, daß das ganze Fabrikpersonal bereit sei, sofort die Arbeit niederzulegen".

50) Über die Taktik des DMV bestanden schon lange vor dem Elektro-Streik Differenzen zwischen dem "Vorwärts" und dem 1. Bevollmächtigten des DMV Berlin, A. Cohen. U.a. änderte das Blatt eigenmächtig eine Darstellung Cohens zum Streikverlauf und betonte, die Partei "mißbillige" den vom DMV. in den Werken verfolgten "Kleinkrieg, der zu dieser Aussperrung geführt hat". (Vorwärts, Nr. 253, 28.X.). Cohen konnte sich freilich in Übereinstimmung mit führenden Gewerkschaftstheoretikern fühlen - auch der bürgerlichen "Hilfe" -, "daß es nichts anderes gibt bezüglich unserer Anteilnahme an der [z. Z. in der Elektro-Industrie, HMB.] guten Konjunktur". (Vorwärts, ebda.; E. John, "Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie" in: Neue Zeit, Jgg. 24, Nr. 5, S. 142 f.; Hilfe, Jgg. XI., Nr. 43, 29.X.1905, S. 7 f.).

Generalkommission der Gewerkschaften - wurden alle diese Vorstöße energisch gedämpft.

Am 12. X. forderten Vertreter der Streikleitungen die Betriebsvertrauensleute auf, bei den Belegschaften die Arbeitsaufnahme durchzusetzen. Allenfalls noch erreichbare Zugeständnisse der Firmen stünden in keinem Verhältnis zu der unmittelbar drohenden Aussperrung weiterer 10.000 Arbeiter: "Bei objektiver ... Abwägung der Kräfteverhältnisse müsse sich jeder Klardenkende sagen, aus rein t a k t i s c h e n Gründen sei es richtiger, den Abbruch dieses Kampfes jetzt zu empfehlen".⁵¹ Arbeiter, die mit der Bestreikung weiterer Betriebe selbständig vorgingen, wurden scharf zurecht gewiesen. Zu der spontanen Arbeitsniederlegung in der "Elektrizitäts-Gesellschaft 'Sachsenwerk'" hieß es von Seiten der Streikleitung: "Man möge die Dummheit so schnell wie möglich wieder gut machen, denn ... [der DMV und die anderen Verbände, HMB.] wolle mit der Lohnbewegung nur die drei großen Werke [i.e. AEG., S.&H., SSW., HMB.] treffen".⁵²

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die sich auf dem Kölner Gewerkschaftskongress mit der Forderung durchgesetzt hatte, "die in Jahrzehnten gesammelte Kraft der Organisation ... [nicht] für Massendemonstrationen unüberschaubarer Tragweite aufzuopfern",⁵³ hatte solchen Tendenzen in Berlin auch finanziell vorgebeugt: Geldsammlungen für den Elektro-Kampf wurden nur für den Bereich des Berliner Gewerkschaftskartells genehmigt.⁵⁴

51) Vorwärts, Nr. 240, 13.X.1905, Sperrung: HMB.

52) NAZ., Nr. 234, 5.X.1905.

53) CBG., XV., Nr. 20, 20.V.1905, S. 306 f.; vgl. auch Stellungnahmen von C. Legien, R. Schmidt und Th. Bömelburg auf dem Jenaer Parteitag: Prt. Pt. SPD Jena 1905, S. 319, 322, 334.

54) Vorwärts, Nr. 232, 3.X.1905; CBG., XV., Nr. 42, 21.X.1905. (Die Lehren des Kampfes der Berliner Elektrizitätsindustrie), S. 689-692; speziell S. 691: "Anerkennend sei der Verbandsleitungen gedacht, die bemüht waren, den ... Kampf lediglich aus Organisationsmitteln zu führen...".

Mit aus diesem Grunde erfuhren daher die Sprecher der Belegschaften der Borsigschen Werke/Tegel und der Fabriken von Schwartzkopff in Wildau am Sitz des Berliner DMV, daß ihr Einsatz verfrüht und ungelegen komme, ja, zum gegenwärtigen Zeitpunkt "absolut verwerflich" sei.⁵⁵ Auf Volksversammlungen, die am 5. X. letztmalig an die Solidarität der Bevölkerung appellierten,⁵⁶ warnten die Funktionäre der Berufsvereine "aufs dringlichste", der allgemeinen Forderung des Generalstreiks nachzugeben.⁵⁷ Sie baten "inständig" - nur Tage vor Abbruch der Bewegung durch diesen Ausschuß -, dem zentralen Streikausschuß zu vertrauen und dessen Mandat zu achten.⁵⁸

Bebel hatte, das ergibt diese Auswertung der Presseberichterstattung, recht, wenn er im Reichstag von "ungeheurer Unzufriedenheit" in der Arbeiterschaft und in Anspielung auf den Elektrostreik und andere Bewegungen bildhaft vom "Grollen des Acheron" sprach.⁵⁹ Der Hinweis Bebels hätte sich allerdings auch auf die Lage in seiner eigenen Partei beziehen können.

55) NAZ., Nr. 239, 11.X.1905.

56) Nach einer ersten Serie von 14 Versammlungen am 24. September fanden am 5. Oktober nochmals in Berlin und den Vororten 25 Massenveranstaltungen statt, die, in der Sprache der Vossischen Zeitung, "einem entschiedenen Appell an den Geldbeutel der Berliner Arbeiterschaft" dienten. (Voss.Ztg., Nr. 469, 6.X.1905, Morgenausgabe).

57) NAZ., Nr. 236, 7.X.1905: Bei den Versammlungen sei von "fast allen Diskussionsrednern" die Streikleitung aufgefordert worden, den Generalstreik zum 8.X. auszurufen, um den zum 14.X. terminierten weiteren Massenaussperrungen seitens des VBMI zuvorzukommen.

58) NAZ., ebda.

59) Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 162 (Zitat), Sitzung am 7.XII.1905; vgl. auch ebda., S. 160, 304, 310. (Sitzungen am 7. und 14.XII.1905).

Elektro-Streik und Jenaer Parteitag
der SPD

Gewerkschaftliche Absagen an den Massenstreik standen auf dem Jenaer Parteitag mit unter dem Eindruck der großen Aussperrungen in der Elektro-Industrie.

Erste Nachrichten über die Vorgänge in Berlin hatten sich auf dem Parteitag verbreitet, als die Delegierten eben in die Debatte über Bebels Referat zum Massenstreik eintraten, und Zeitungsberichte kolportiert wurden, die von "200.000 Arbeitern" sprachen, die in Berlin von den Aussperrungen bedroht seien".⁶⁰

Man mag mit gutem Grund bezweifeln, ob unter diesem Eindruck Delegierte wie Carl Legien und Theodor Bömelburg etwa ihre ablehnenden Aussagen zum Massenstreik noch akzentuierten.⁶¹ Wesentlich aber war, daß Verlauf und Umfang des Berliner Arbeitskampfes die Kriterien zeigten, die der gewerkschaftliche Delegiertenflügel als notwendige, negative Begleiterscheinungen umfassender, demonstrativer Ausstände beschrieb, um sein ablehnendes Votum in dieser Frage zu begründen.

Ähnlich wie es die Argumentation der Gewerkschaftler behauptete, hatte der Berliner Großkonflikt gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen auf ein neues, ungewohntes Gebiet vorgetragen.⁶² Er einte, wie man es im Gewerkschaftslager sah, in der Tat eine "Bourgeoisie", die nicht zögerte, größere Arbeitseinstellungen im Sinne von "Machtfragen" zu interpretieren und

60) Prt. PT. SPD Jena 1905, S. 314.

61) Neben C. Legien als erstem Vorsitzenden der Generalkommission hatte sich der aus dem freigewerkschaftlichen Verband der Maurer kommende Bömelburg 1905 in Köln entschieden gegen den Generalstreik gewandt. In gleichem Sinne trat in Jena vor allem auch Robert Schmidt, der Leiter des Zentralarbeitersekretariats in Berlin auf. (Ebda., S. 322, 334, 319). Vgl. auch Umbreit, "25 Jahre ...", S. 74 f.

62) Vgl. K. Oldenberg, "Arbeitseinstellungen" in: HdST. 3. Aufl., Bd. I., 1909, S. 944.

diese in unbedingter Geschlossenheit zu entscheiden.⁶³ Durch "Abtrünnige" in den eigenen Reihen wurde die Position der Streikenden geschwächt.⁶⁴

Die Gewerkschaften insgesamt aber glaubten sich genötigt, die Bewegung auf Berlin begrenzt zu halten, da die für die nahe Zukunft erwarteten "ungeheuren Kämpfe" nicht jetzt schon zu einem Zeitpunkt ausgelöst werden sollten, der die Arbeiterverbände nach eigener Aussage ungerüstet, das Arbeitgebertum aber angriffsbereit sah.⁶⁵

Alle diese Momente machten den fehlschlagenden Elektro-Streik zu einem nach Umfang und Art kaum gewollten Treffen mehr Überrascht-reaktiv als offensiv handelnder Arbeiterorganisationen.⁶⁶ Ungeteilt mochten sich darum weder Partei noch Gewerkschaften zu ihm bekennen.

Die Verurteilung von Streik und Streikverlauf

Wenn das Jahrbuch des Metallarbeiterverbands 1906 eine "Überschätzung der eigenen Kraft" als "unmittelbare Folge der Diskussion des politischen Massenstreiks" tadelte, wiederholte es nur in allgemeinerer Form das vorjährige Urteil zum Berliner Arbeitskampf.⁶⁷ Die Aussperrungen, so hieß es damals, seien vermeidbar gewesen, hätten "die Beteiligten die tatsächlichen

-
- 63) Prt. Pt. SPD Jena 1905, S. 319, Diskussionsbeitrag von Robert Schmidt. Kennzeichnend die Betrachtung, die die Kreuzzeitung an die - auch linksliberale - einheitliche Verurteilung des Ausstands knüpfte: "Die politische Sympathie aller bürgerlichen Parteien steht ... auf den Seiten der Arbeitgeber. Möchte der Jenaer Parteitag auch bei den Wahlen eine ähnliche Gemeinsamkeit ... herbeiführen". (Kreuz-Zeitung, Nr. 473, 8.X.1905 - Morgenausgabe).
- 64) Prt. Pt. SPD Jena 1905, S. 319, R. Schmidt. Zum Problem der "Abtrünnigen" im Elektro-Streik: CBG., XV. Jgg., Nr. 40, S. 669 f.: BEW-Bestreikung scheitert nach Anfangserfolgen, weil "ein Teil der Heizer und Maschinisten stehen" blieb.
- 65) So Bömelburg - Prt. Pt. SPD Jena 1905, S. 334. Bebel zur "Angriffslust" der Arbeitgeber ebda., S. 291.
- 66) Vgl. John, Kampf in der Elektrizitätsindustrie, in: Neue Zeit, a.a.O., S. 148 f.
- 67) DMV-Jahrbuch 1906, S. 1.

Machtverhältnisse" und insbesondere die Siemens'schen Schraubendreher "vor Inszenierung des ursächlichen Streiks die Verhältnisse ... im übrigen Reich mehr gewürdigt".⁶⁸ Ein stimmungsbedingtes Stärkegefühl habe aber in Berlin "Schwierigkeiten überhaupt nicht mehr sehen" lassen.⁶⁹

Im "Vorwärts" wurde nachträglich Kritik am Berliner DMV-Bevollmächtigten, A. Cohen laut: Man habe Cohen, zeitig genug, auf die voraussehbare Strategie der Unternehmer aufmerksam gemacht.⁷⁰

Wohlwollender verwies die "Neue Zeit" auf organisatorische Mängel, die die örtliche DMV-Leitung selbst mit der Bemerkung konstatierte, eine "Zusammensetzung des Streikkomitees wie bei dieser Aussperrung darf es nicht wieder geben".⁷¹

B e d i n g t h e i t v o n U r t e i l e n u n d m a n - g e l h a f t e n S t r e i k a n a l y s e n

Bürgerliche Publizistik und Sozialwissen- schaft.

Solche Zensuren entfernten sich nur wenig von dem, was bürgerliche Blätter - konservativer oder liberaler Observanz - über Verlauf und Ergebnisse

68) DMV-Jahrbuch 1905, S. 100.

69) Ebda., S. 100.

70) Ein Mitglied der Redaktion wollte Cohen gewarnt haben. Vorwärts, Nr. 253, 28.X.1905.

71) DMV-Berlin-1905, S. 43. John, Kampf..., S. 149. Der Berliner DMV wehrte sich dagegen, den Ausstand nach "bisherigen Schablonen" zu beurteilen; denn er falle "aus dem Rahmen der bisherigen /gewerkschaftlichen, HMB./ Erfahrung ..." und nehme Kämpfe vorweg, "wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen waren". (DMV-Berlin-1905, S. 45).

des Arbeitskonflikts in der Berliner Elektro-Großindustrie schrieben.⁷²

So mühte sich Friedrich Weinhausen in der Naumann'schen "Hilfe", den "ungewöhnlichen... Radikalismus" der Elektro-Arbeiter kausal mit der Massenstreikagitation zu verknüpfen.⁷³ In der Kreuz-Zeitung wollte man in der Ohnmacht der Verbandsfunktionäre die Folgen "jahrelangen Wühlens" erkennen und meinte, der Berliner Arbeitskampf zeige jetzt schon, wie die Praxis aussehe, die nach der Annahme der Massenstreikentschließung auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokraten in der deutschen Innenpolitik bevorstehe. Die Zeitung sah in dem Arbeitskonflikt "Industrielle ... Staat und Bürgerschaft" gewarnt und über die Abwehr des Ausstandes hinaus zu antisozialistischer Einheit aufgerufen.⁷⁴

Offenkundig waren hier den Ereignissen ganz bestimmte, fixe politische Wünsche und Zielvorstellungen unterlegt. In der Berichterstattung traten solche Tendenzen jedoch nicht immer mit der gleichen Augenscheinlichkeit wie in der "Kreuz-Zeitung" zutage. Daß aber auch anderenorts letztlich selbstgesetzte Wahrnehmungsschranken der Erfassung der Realität im Umfeld des Elektro-Streiks entgegenstanden, belegt der bereits angeführte Kommentar Friedrich Weinhausens in der "Hilfe".

Ratlos vermerkt Weinhausen, in dem Konflikt hätten "vernünftige Arbeitgeber" an sich "friedlichen Gewerkschaftsbeamten" gegenübergestanden; man habe "eingehende Verhandlungen" und eine "rege Vermittlertätigkeit" erlebt - im Sinne des sozialreformerischen Blattes erfüllte Postulate

72) Vgl. Nationalzeitung, Nr. 549, 1.X.1905, Morgenausgabe.

73) F. Weinhausen, "Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie" in: Hilfe, Jgg. XI., Nr. 41, 15.X.1905, S. 6.

74) Kreuz-Zeitung, Nr. 464, 3.X.1905, - Abendausgabe und ebda., Nr. 473, 8.X.1905, Morgenausgabe.

für die friedliche Regelung von Arbeitskonflikten. Dennoch habe sich der Konflikt in einer harten Begegnung entladen.⁷⁵ Für die "erbitterte Kraftprobe", so glaubte der Berichterstatter, fehlten eigentlich Anlaß und Raum. Das militante Drängen der Lohnarbeiter blieb ihm daher dunkel und rationaler Klärbarkeit letztlich entzogen. Mit der beziehungslos formulierten Schlußfloskel: "Der Kampf ist eben doch der Vater aller Dinge", kapitulierte er vor seinem Gegenstand.⁷⁶

Diese Unsicherheit war nicht zufällig. Sie bezeugt im vorliegenden Fall zwar nur die Unzulänglichkeit einer b e s t i m m t e n Sozialterminologie, die den Blick auf Fakten verstellte, welche auch in Berlin ursächlich gegeben sein mußten, um Generalstreiklösungen Resonanz zu schaffen; stellvertretend veranschaulicht sich aber zugleich eine a l l g e m e i n e r e Crux zeitgenössischer bürgerlicher Sozialwissenschaft und Sozialkritik.

Ungeachtet der Fülle sozialp o l i t i s c h inspirierter monographischer Sekundärliteratur, die aus der "Jüngeren Historischen Schule" der deutschen Nationalökonomie hervorgegangen war,⁷⁷ verfügte man zu

75) Weinhausen, Der Kampf..., a.a.O., S. 6 f.

76) Ebda., S. 7.

77) Gegenüber der kaustischen Kritik an Folgen der "Substitution analytischer Fähigkeiten durch ein Glaubensbekenntnis" in der Jüngeren Historischen Schule und beim VfS vor 1905 bei Joseph A. Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse I., Göttingen 1965, S. 981 ff. ("Sie schlugen sich unermüdlich mit ihren Fakten herum und die meisten von ihnen gingen mit ihren Eindrücken ... unmittelbar zu Empfehlungen über ... Theoretische und statistische Technik haben sie weder verbessert, noch überhaupt angewandt ..." Ebda., S. 982) Betonung der in Ökonomie und Geschichtswissenschaft gebotenen kritischen Rezeption der Leistungen der Jüngeren Historischen Schule bei Hans Ulrich Wehler, Geschichte als historische Sozialwissenschaft, Frankfurt/M. 1973, S. 60 ff.

dieser Zeit weder im engeren Naumann'schen Kreis,⁷⁸ noch beim Verein für Sozialpolitik (VfS)⁷⁹ über verlässliche Daten zur Beurteilung der innerbetrieblichen und der kommunalen Lebenssphäre der Arbeiterschaft.⁸⁰

Das lag nicht, oder doch nicht ausschließlich an fehlendem Problebewußtsein, an Theoriefeindlichkeit oder wissenschaftlicher Bewertung überhebener, ethisch motivierter Rhetorik, mit der sich Mitglieder des VfS oft in der Wilhelminischen Innenpolitik zu Wort meldeten.⁸¹

Hindernisse lagen hier vielmehr bereits im Objekt von Studien zur

78) Kritik an Naumann als Nationalökonom u.a. bei Brentano, Mein Leben, S. 276, 325; Reserven Max Webers in: G. Schmoller und E. Kirdorf, "Das Verhältnis der Kartelle zum Staate", (Schriften VfS., Bd. 116), Leipzig 1906, S. 433. Der Autor des zitierten Artikels der "Hilfe", Weinhausen, kam von der Theologie zur Sozialpolitik. Vgl. Heuß, Naumann, S. 114. Zur Stellung Naumanns innerhalb des linken Flügels im VfS vgl. Dieter Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik, Teil II., Wiesbaden 1967, S. 422-432 (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 53).

79) Verzeichnis der Publikationen innerhalb der Schriftenreihe des VfS in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Leipzig 1939, Anlage, S. 1-18.

80) Gegenüber den kontroversen Thesen L. Brentanos und E. Leidigs unterstrichen auf der Jahrestagung des VfS von 1905 durch Prof. Bernhard (Posen). (L. Brentano und E. Leidig, "Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben", /Schriften VfS., Bd. 116/, S. 195 ff.). Schon 1879 lag allerdings als Beispiel einer lokal bezogenen Studie zu den Lebensverhältnissen in industriellen Ballungsräumen die Studie des frühen Schmoller-Schülers Alfons Thun vor. (Alfons Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Leipzig 1879. /= Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. v. G. Schmoller, Bd. II., Heft 27/).

81) Vgl. Schumpeter, Ökonomische Analyse, S. 980. Wie es R. Dahrendorf und L.H.A. Geck formulierten, führten erst die seit 1908 von den Gebrüder Weber angeregten exemplarischen Erhebungen in der deutschen Großindustrie die Betriebssoziologie als wissenschaftliche Disziplin aus ihrer sozialpolitisch bezogenen "Vorgeschichte" heraus. Vgl. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, S. 25 f. Mit der Vorlage der "Methodologischen Einleitung für die Erhebungen des VfS über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie" leitete Max Weber 1908 eine Publikationsreihe des VfS ein, in der mehrere Studien unterschiedlicher Arbeitstitel den Verhältnissen der Berliner Elektro-Industrie gewidmet waren. Vgl. M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S. 1 ff.; Ebda., S. 424-430: korrigierende Ausführungen zu den 1911 vorliegenden Ergeb-

Lage der Lohnarbeiterschaft begründet; denn solange wissenschaftlichem Interesse an den Werkstoren Einhalt geboten wurde, mußte auch in diesem Forschungsbereich - faktischer Gründe wegen - die alte sozialpolitische vor der von Max Weber geforderten sozialwissenschaftlichen Darstellung industrieller Lebensverhältnisse überwiegen.⁸²

Als daher 1905 - zur Zeit des Elektro-Streiks - der VfS zu seiner Mannheimer Tagung zusammentrat, fiel in den Debattenreden die Bemerkung, es sei u.a. diese Art von Quellensperre, die die Forschung nötige, "durch die Schlüssellöcher zu gucken"; sie mache "das Leben der 20.000 Arbeiter, welche die AEG beschäftigt", zur "internen Angelegenheit der Direktion jener Werke".⁸³

Einem Plädoyer, das in Mannheim gegenüber diesem Manko auf die kompensatorische Bedeutung von Presse und öffentlicher Meinung abhob,⁸⁴ antwortete man aus der Versammlung heraus: es fehle wie der Nationalökonomie, so auch der Presse, sofern diese nicht ohnehin gewollt parteiisch auftrete, jeglicher exaktere Einblick in Herkunft, Zusammensetzung und Bewegung der Industriearbeiterschaft.⁸⁵ - Ein Urteil, in das sich Berichterstattung und Kommentare der "Hilfe" einschließen lassen.⁸⁶

Anmerkungsübertrag von S. 411, Anm. 81

nissen. Relevant für die Berliner Verhältnisse u.a.: von Biékowski, H. Hinke [u.a.] Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie. (Schriften VfS, Bd. 134 [II.]), Leipzig 1910.

82) Vgl. Diskussionsbeitrag von Prof. Bernhard/Posen in: Brentano, Leidig, Das Arbeitsverhältnis..., a.a.O., S. 196 f.; M. Weber, "Methodologische Einleitung...", a.a.O., S. 2. Die Problematik des Weberschen Wissenschaftsbegriffs bleibt hier außer Betracht.

83) Zitat: Bernhard in: Brentano, Leidig, Arbeitsverhältnis, a.a.O., S. 196 f. Die Tagung dauerte vom 25.-28.IX.1905; Bernhard sprach am 26.IX.

84) Betont u.a. in Mannheim von Brentanos Korreferenten E. Leidig, dem Geschäftsführer des CDI, als wichtigste Sicherung gegen "Fabrikantendespotie" neben dem allgemeinen Wahlrecht. (Brentano, Leidig, Arbeitsverhältnis, S. 156 f.).

85) Bernhard, ebda., S. 195 f.

86) Unter anderem hatte Weinhausen behauptet, der Konflikt sei eine "von beiden Seiten wohl überlegte und schließlich gewollte Kraftprobe". Für den DMV traf das nicht zu. (Weinhausen, Der Kampf..., S. 6).

Verdikt bei voller Informiertheit: Deutscher
Metallarbeiter-Verband und Generalkommission

Anders als im Naumann-Kreis mangelte es bei den betroffenen gewerkschaftlichen Verbänden keineswegs an Sachkenntnis und Einblick in diese Verhältnisse.⁸⁷

Seit Jahren schon hatte der DMV im Rahmen einer sich immer stärker kaustisch verfeinernden Reglementierung der lokalen und überregionalen gewerkschaftlichen Streikunterstützung⁸⁸ ein Informationssystem aufgebaut, das die örtlichen und zentralen DMV-Leitungen mit allen belangvollen Daten zur Struktur der Belegschaften versah. Gestützt auf ein, auch in den Großbetrieben sich immer enger schließendes Netz von Vertrauensleuten⁸⁹ konnte der Metallarbeiterverband schon im Vorfeld möglicher Unterstützungsfälle: vor dem Einsetzen von Angriffs- und Abwehrstreiks, vor Aussperrungen und bei drohender starker Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern Informationen abrufen,⁹⁰ die in der Regel nicht einmal

87) Daß die Naumann'sche "Hilfe" in Kenntnis der Fronten in der Massenstreikdebatte, sich mit der Behauptung, daß diese die Arbeiterschaft z. T. erst "radikal" gestimmt habe, in die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um dieses Thema mit einzuschalten versuchte, bleibt hier außer Betracht.

88) Entsprechende Bestimmungen im DMV-Statut von 1901, u.a. im § 25. Vgl. "75 Jahre Industriegewerkschaft", S. 460; in der Tendenz ähnliche Kautelen im Ortsstatut des DMV-Berlin: Statut der Verwaltungsstelle Berlin vom 15. November 1902. (DMV-Bln., 1902, S. 45). Das DMV-Statut von 1901 beließ Ortsverwaltungen mit über 3.000 Mitgliedern die Befugnis, über Arbeitseinstellungen selbst zu entscheiden. Schon auf der 7. Generalversammlung des DMV wurde der Versuch gemacht, diese Befugnis den größeren Ortsverwaltungen zu nehmen. Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. (CBG. XV., Nr. 26, 1.VII.1905, S. 433) Zusammenfassend: Hommer, Entwicklung, S. 84 ff.; Opel, Der DMV während des Ersten Weltkriegs, S. 30 f.

89) Daten zur Entfaltung des Vertrauensmännersystems im DMV in: Jahrbuch DMV 1903, S. 71. Zum Vordringen im Bereich der Großbetriebe: CBG., XV., Nr. 21, 23.VIII.1905, S. 244.

90) Auf dem Gebiet der Datenerhebung eine Entsprechung zur Entstehung der Gewerkschaftsbürokratie innerhalb des DMV. Vgl. Opel, a.a.O., S. 31 f.

der Reichsstatistik zur Verfügung standen.⁹¹ Während der Arbeitskämpfe sah das Reglement die Schriftlichkeit der Lageberichte vor und die strenge Einhaltung des Wochenrhythmus' dieser Nachrichtenübermittlungen entschied mit darüber, ob ausgesprochene Unterstützungszusagen von den Verbandsleitungen eingehalten wurden.⁹²

Die Lektüre der Jahresberichte der Verwaltungsstelle Berlin des DMV belegt, daß der Verband seit der Jahrhundertwende dank dieser Kommunikationsbahnen allmählich in der Lage war, die Bewegungen am örtlichen Arbeitsmarkt prognostisch zu werten und die Konfliktbereitschaft einzelner industrieller Belegschaften hinreichend exakt zu ermitteln. Der DMV hatte sich das unerläßliche Nachrichteninstrumentarium geschaffen, um die in der "Generalkommission" wie beim Metallarbeiterverband selbst vertretene Konzeption der permanenten "Guerilla-Taktik" auch in den Großbetrieben einschlagen zu können.⁹³ Im einzelnen lehrt der Verlauf von Arbeitskonflikten, die im Siemenskonzern und bei der AEG zwischen 1902 und 1904 auftraten und von der Berichterstattung des DMV verzeichnet wurden, daß die Verbandsleitung genaue Kenntnis über die Zusammensetzung der Beleg-

91) Daß die Reichsstatistik auf Angaben der Freien Gewerkschaften mit zurückgriff, galt u.a. Paul Umbreit als Beleg dafür, daß die "Deutsche Gewerkschaftsbewegung" bereits "seitens der Reichsregierung" anerkannt werde. (CBG., XV., Nr. 36, 9.IX.1905, S. 585).

92) Statut des DMV von 1901, S. 25, Ziffer 18. ("75 Jahre Industrie-gewerkschaft", S. 460).

93) Paul Umbreit, der Chefredakteur des "Correspondenzblattes" der Generalkommission der Gewerkschaften interpretierte am Vorabend des Elektro-Streiks einen Versuchsballon der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" schon als "Anerkennung der Gewerkschaften" durch die deutschen Arbeitgeberverbände und ließ sich, von seinen eigenen vor-schnellen Hoffnungen übermannt, dabei zu außerordentlich unklugen, ruhmrednerischen Ausführungen über die "Guerilla-Taktik" der Gewerkschaften hinreißen. Er erklärte u.a.: Nur der "fortgesetzte Guerillakrieg" habe diese Anerkennung erzwungen. Es genügten "mit- unter 10 - 20 % der Arbeiter zur Stillegung eines Betriebes oder Industriezweiges, wenn es nur die brauchbarsten, unentbehrlichsten Leute sind. Darauf beruht eben der moderne Guerillakampf der Gewerkschaften ..." (CBG., XV., Nr. 36 u. 37, 9. und 16. September 1905, S. 587 und 603; Vorwürfe an die Adresse des DMV-Bevollmächtigten für Berlin, A. Cohen, wegen der vorgeblichen Anwendung eben dieser Taktik gegenüber den Großfirmen erhob der "Vorwärts" Nr. 253, 28. Oktober 1905).

schaften hatte; daß sie sorgsam und besorgt das Ansteigen des Prozentsatzes der Ungelernten und der Frauen an den Belegschaftsstärken registrierte und daß ihr überaus klar und deutlich war, welche besonderen Beschwerden diesem Teil der Arbeiterschaft am Arbeitsplatz, im Verhältnis zu den Meistern und im Umgang mit Vorarbeitern zu schaffen machten.⁹⁴ Wenn es, wie Beispiele aus dem Siemens'schen Glühlampenwerk und der Kabelfertigung, sowie dem Automobilbau der AEG in Oberschöne-weide belegten,⁹⁵ dem DMV hier gelang, wiederholt die in der Mehrzahl gewerkschaftlich noch kaum organisierten Frauen und Hilfsarbeiter zur Formulierung von Wünschen und zur Durchsetzung und Verteidigung von Akkordverbesserungen und Arbeitserleichterungen anzuregen, dann zeigt das, daß der Verband sehr wohl wußte, wie diese neustrukturierten Belegschaften anzusprechen waren und welche Stimmungslagen und Betriebsklimata in den Abteilungen und einzelnen Werken der Berliner Elektro-Konzerne vorherrschten.

Dieser Kenntnisgrad dürfte die Orientiertheit von Werks- und Abteilungsleitungen häufig erheblich überstiegen haben: dem gewerkschaftlichen Guerilla-Kampf fehlte es in der Regel nicht an Argumenten, die auch Außenstehende für die Sache der Arbeiter einnahmen.⁹⁶

94) DMV-Bln., 1903, S. 44; DMV-Bln., 1904, S. 18 ff.: Streiks der Arbeiterinnen des Glühlampenwerks von S.&H. Zwischen 1895 und 1907 hatte sich der Anteil der ungelernten Arbeiterinnen in der Glühlampenproduktion mehr als verdreifacht. Vgl. Otto Hommer, a.a.O., S. 42.

95) DMV-Bln., 1903, S. 29 f., 45: Hilfsarbeiter Kabelwerk Oberspree der AEG und Hilfsarbeiter SSW-Kabelwerk Nonnendamm/Spandau. DMV-Bln. 1903, S. 42 ff., 47 f., DMV-Bln., 1904, S. 4: Automobilwerk der AEG.

96) Vgl. DMV-Bln., 1903, S. 44 f., 47; DMV-Bln., 1904, S. 20: Aus dem Kompromiß, der am 19.VI.1903 den kurzfristigen Ausstand von 70 Arbeiterinnen (17.-19.VI.1903) des Glühlampenwerks von S.&H. beendete, ergibt sich u.a., daß die Frauen zuvor Verdienstaufälle wegen technisch bedingter Verzögerungen im Arbeitsablauf hatten hinnehmen müssen, und daß Beschwerden wohl z. T. auch durch Entlassung der Beschwerde Führenden betrafft wurden. In der Zusicherung, die am 27.8.1903 einen dreitägigen Ausstand von weiteren 70 Arbeiterinnen beendete, versprach "die Direktion dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft die Arbeiterinnen anständiger behandelt werden". (DMV-Bln., 1903, S. 47). Im Glühlampenwerk traten Ende August 1904 fast 400 Frauen in den Streik, weil ihnen Akkordabzüge drohten, es an Schutzkleidung und ausreichenden hygienischen Einrichtungen fehlte: "Für genügend Ankleideräume, Waschvorrichtungen und Klosetts, sowie deren pünktliche Reinigung wird die Direktion Sorge tragen". (Ebda., S. 20).

Gemessen an einem solchen Wissensstand bot aber, was Gewerkschaftsorgane und sozialdemokratische Publizistik über den Elektro-Streik zu berichten wußten, ein eher uninformatives, in sich fahriges und verworrenes Bild. Da es Anzeichen einer Autoritäts- und Wachstumskrise verrät, die bei der zunehmenden Entfremdung zwischen Mitgliedern und Verbandsleitungen⁹⁷ schon vor dem forcierten Auftreten von "gelben" Konkurrenzverbänden seit Herbst 1905⁹⁸ den Fortbestand der aufsteigenden Entwicklung freigewerkschaftlicher Organisationen bedrohen konnte, lohnt es sich, diese Journalistik nochmals näher zu charakterisieren.

Sieht man von tröstendem Beiwerk ab, das einzelne gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Kommentatoren nutzten, um die Fakten abzuschwächen,⁹⁹ dann hieß der Auftrag, vor den das Ende des Arbeitskonflikts die sozial-

-
- 97) Zum Bürokratieproblem innerhalb der modernen Parteiapparate: Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, II., S. 1063-1080; für die Verhältnisse innerhalb der Gewerkschafts- und der sozialdemokratischen Parteibürokratie: Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck d. 2. Aufl., ed. Werner Conze, Stuttgart 1970, S. 74-79, 97 f.; Schilderungen zu den Verhältnissen in der Gewerkschaftsbewegung um 1905 ebda., S. 141-145. Die Vervollkommenung des bürokratischen Apparates des DMV fällt vor allem in die Zeit von 1900-1910. Vgl. Opel, Der DMV während des Ersten Weltkrieges, S. 31 f. Beredt die Darstellung aus der Sicht des als Chefredakteur des "Correspondenzblattes" zur Generalkommission gehörenden Umbreit. (P. Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 56, 94 u. passim).
- 98) Zu Vorläufern der "gelben" Bewegung vgl. Herkner, Arbeiterfrage, Bd. I., S. 246-240; K. Mattheier, Die Gelben, S. 28-41. Der Aufschwung der modernen gelben Werkvereinsbewegung in Deutschland datiert von der erfolgreichen Gründung des "Arbeitervereins von Werk Augsburg" der MAN. im Anschluß an Streiks und Aussperrungen in der Bayerischen Metallindustrie im Sommer 1905. (Kulemann, Die Berufsvereine, II., 2., S. 445 ff.; Herkner, a.a.O., S. 251; Mattheier, a.a.O., S. 65-70).
- 99) Symptomatisch die Stellungnahme in der gewerkschaftsnahen "Neuen Gesellschaft": "Es ist eine ganz oberflächliche Betrachtung,... wenn der 'Vorwärts' in sonderbarem Einklang mit bürgerlichen Zeitungen die Arbeiter als die Unterlegenen bezeichnet". ("Die Neue Gesellschaft", Jgg. I., Nr. 29, 18.X.1905).

demokratischen- und Gewerkschaftsblätter im Oktober 1905 stellte, der Arbeiterschaft und der Öffentlichkeit die Gründe mitzuteilen, die zur Niederlage der Gewerkschaften geführt hatten. Sie hatten zu erläutern, warum Belegschaften und Verbände in einen Kampf hineingetrieben waren, in dem, anders als diese erwartet, nicht ihr Handeln, sondern eine lange und umsichtig vorbereitete Abwehrstrategie der Berliner Metallindustriellen jederzeit die Situation am Berliner Arbeitsmarkt beherrschte.¹⁰⁰

Es war begreiflich, daß sich Gewerkschaftszeitungen dieser Aufgabe nicht schon während des Arbeitskonflikts unterziehen konnten, und es leuchtet ein, daß auch unmittelbar nach der Aufhebung von Sperren und Streiks die Niederlage Rücksichten gebot, die einer genaueren Aufhellung entgegenstanden. Die Schonung des Selbstwertgefühls geschlagener Verbände, die Neuaufrichtung einer im Kampf bedrohten Einheit waren Argumente genug, um analytische Bemühungen zunächst hinten zu halten und mochten bisweilen auch dazu verleiten, die Niederlage der Gewerkschaften im nachhinein noch zu einem halben Sieg umzuschreiben.¹⁰¹

100) Daß diese Sachlage schon während des Kampfes von verschiedenen Blättern der Linken zugegeben wurde, ändert nichts daran, daß eine analytische Betrachtung des "Warum" des eigenen Verhaltens gegenüber einem als dominant geschilderten Gegner unterblieb. Vgl. "Vorwärts", Nr. 241, 15.X.1905: "Die Arbeiterschaft war... unvorbereitet und zog sich deshalb aus dem Kampf zurück". Noch deutlicher formuliert von Paul Umbreit in CBG., XV., Nr. 42, 21.X.1905: "Es läßt sich nicht leugnen, daß die Unternehmungen ... eine Macht entfalten können, denen die einzelnen Gewerkschaften noch nicht gewachsen sind". ("Die Lehren des Kampfes in der Berliner Elektrizitätsindustrie", ebda., S. 690).

101) Für Paul Umbreit genügte dazu schon die - etwas problematische - Gewißheit, daß hier ein gewerkschaftlicher Rückzug in geordneten Bahnen verlaufen sei: "... der Abbruch ... beweist, daß die seit her gemachten Erfahrungen der Gewerkschaften zur Anwendung gekommen sind... Rascher als in früheren Fällen gelang es, die Truppen aus der Schlachtlinie zurückzuziehen". (Paul Umbreit, "Nach dem Kampf in der Elektro-Industrie", in: Die Neue Gesellschaft", Jgg. I., Nr. 30, 25.X.1905, S. 355 ff., zit. S. 355); ähnliche Tendenz in seinem Artikel "Die Lehren...", CBG., XV., Nr. 42, S. 691: "Darin verkörpert sich der bedeutendste Erfolg dieser ... Massenaussperrungen, daß sie die Cadres der Organisation füllen helfen..." [Sperrung: HMB.].

Doch dankten Kritik und Selbstkritik vor dieser Aktualität nicht völlig ab. "Lehren" aus dem "Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie" wollte das "Correspondenzblatt" der freigewerkschaftlichen Generalkommission schon nach Wochenfrist gezogen wissen.¹⁰² Die auf Seiten der Gewerkschaften z. T. als unangenehm offen empfundenen Stellungnahmen des "Vorwärts" schlossen dicht an die Ereignisse an.¹⁰³ Zeitgleich aber ohne Verzicht auf kritische Nachlesen kommentierten und berichteten auch die damals noch recht jungen Periodica "Neue Zeit" und "Neue Gesellschaft".¹⁰⁴ Aus ungleich weiterem Abstand zogen schließlich die gewerkschaftlichen Jahresberichte Bilanz.¹⁰⁵ Auf das Urteil dieser Jahresrückblicke ist schon an anderer Stelle verwiesen worden.¹⁰⁶ Man kann seine apodiktische Härte, die mehr Verurteilung als Bewertung des Verhaltens der Berliner Ausständigen beinhaltete, als den Schlußpunkt ansehen, zu dem die innergewerkschaftliche Meinungsbildung beim DMV in den Monaten Oktober bis Dezember 1905 gefunden hatte.

Das Fazit des Berliner DMV war angeführt worden, weil es eine überraschende Parallelität zu den Ansichten aufwies, die beim Bürgertum in Presse und Parteien zu Ausbruch, Verlauf und Ergebnissen des Elektro-Streiks bestanden. Denn hier schien es jetzt auch bei Beamten des Metallarbeiterverbands kein bedingendes Vorfeld des Arbeitskonfliktes mehr zu geben; auch in ihrem Rechenschaftsbericht verkürzten sich gebotene analytische Bemühungen auf griffig formulierte Tatsachenbehauptungen: Es waren gewerkschaftlich zu wenig erfahrene und mit den "tatsächlichen Machtverhältnissen" nicht vertraute Arbeitergruppen, die im Siemenskonzern und bei der AEG "ursächliche" Streiks "inszeniert" hatten; unbekannt waren ihnen die "Verhältnisse... im übrigen Reich" und ihr "stimmungsbedingtes Stärkegefühl" hatte sie Realitäten nicht mehr sehen lassen.¹⁰⁷

102) CBG., XV., Nr. 42: "Die Lehren...", und, ebda., Nr. 43, 28.X.1905, S. 705-708: "Das öffentliche Interesse an Streiks und Aussperrungen".

103) Vgl. oben, S. 416, Anm. 99).

104) Vgl. die temperamentvollen Charakterisierungen beider Blätter durch Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokraten. (R. Luxemburg, Gesammelte Werke, I., 2., S. 596, 599).

105) DMV-Jahrbuch 1905, S. 100; DMV-Berlin 1905, S. 43.

106) Vgl. oben, S. 399 f., 407 f.

107) DMV-Jahrbuch 1905, S. 100.

Tagespragmatismus als Strategieersatz : "Guerilla -
Taktik" versus Massenstreik. Unfähigkeit zur Selbst-
kritik.

Solche Zurechtweisungen der Mitgliedschaften durch zentrale Verbandsleitungen waren in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht neu. Sie kennzeichneten vielmehr häufig die Disziplinierungsbemühungen örtlicher und überregionaler Leitungen, wenn und insoweit aktive gewerkschaftliche Minderheiten ein vorbedachtes Agitations- bzw. Streikschemata der Verbandsleitungen zu gefährden schienen.¹⁰⁸

Dabei waren Inkonsequenz und Sprunghaftigkeit nicht nur bei den Berliner Metallarbeitern in Oberschöneweide oder im Siemens'schen Wernerwerk verbreitet. Sie kennzeichneten vielmehr gerade auch in hohem Maße die Tageschriftstellerei der tadelnden Funktionäre.

Im "Correspondenzblatt" konnte so während und unmittelbar vor dem Elektro-Streik in Wochenfrist einmal die Politik der Arbeitgeberverbände als völlig "zusammengebrochen" und daher von Gewerkschaftsrücksichten bestimmt,¹⁰⁹ und dann wieder als "normal" im reaktionären Sinne beschrieben werden;¹¹⁰ "Guerilla-Taktik" der Gewerkschaften wurde an der gleichen Stelle als neue Waffe der Gewerkschaften gerühmt,¹¹¹ aber scharf verurteilt, als ihre Praktizierung im Falle des Berliner Elektro-Streiks offensichtlich ungewollte und partiell nicht mehr kontrollierbare Wirkungen unter der Mitgliedschaft des DMV und anderer Verbände zeitigte;¹¹² der preußisch-deutsche Staat, in einem während des Berliner Ausstandes publizierten Artikel Komplize der Übermächtigen AEG, konnte anderen Tages als unpar-

108) Vgl. Michels, Soziologie des Parteiwesens, S. 155 ff.

109) CBG., XV., Nr. 36, "Eine neue Kampftaktik der Arbeitgeber I.", S. 585.

110) Ebda., XV., Nr. 37, "Eine neue ... II.", S. 601-604.

111) Ebda., XV., Nr. 36: "Wir sind uns darüber klar, daß nur ... ihr [der Gewerkschaften, HMB.] fortgesetzter Guerillakrieg den Arbeitgebern diese Anerkennung abgerungen hat".

112) Zum gleichen Mißverständnis beim Ausbruch des Ruhrstreiks von 1905: Michels, a.a.O., S. 158 f.

teilscher Mediator angerufen oder doch gewünscht werden;¹¹³ die öffentliche Meinung, in Betrachtungen zum Ruhrstreik von 1905 gefeiert als unerläßliche Verbündete im Kampf um sozialreformerischen Fortschritt und während des Berliner Streiks auch noch bemüht als erstrebenswerte Alliierte, wird im Rückblick auf den erfolglos beendeten Arbeitskampf wieder zur schwankenden, unzuverlässigen Größe, mit der unter kapitalistischen Verhältnissen im Grunde nie sicher zu rechnen ist.¹¹⁴

Von einem seiner selbst nicht gewissen und darum Kritikern gegenüber umso unduldsameren Tagespragmatismus eingegeben,¹¹⁵ wiesen solche Wertungen nur allzu deutlich darauf hin, daß es den Gewerkschaften an Klarheit und Konsequenz gerade dann gebrach, wenn bei der Entscheidung der Tageskämpfe mehr als reine Organisationsbezogenheit erforderlich wurde.

Wie die angeführten Beispiele belegen, näherten sich sozialdemokratische- und Gewerkschaftsjournalistik insoweit den Stellungnahmen aus dem bürgerlichen Lager an, als auch sie - nach einer Schonfrist - den Ausständigen Fehlverhalten vorwarfen, wobei nur z. T. Verbandsleitungen und Funktionäre mitangesprochen waren.

Kritik richtete sich vor allem an die Adresse derjenigen Arbeiterstrata, die in den Konzernbetrieben schon nach kurzer Berührung mit der dort praktizierten gewerkschaftlichen Kleinkampftechnik sich im Arbeitskampf besonders radikal gezeigt hatten. Nachweislich zielten solche Rügen aber nicht nur auf die Spontanität von Streikversammlungen und deren von den Gewerkschaftsleitungen sich emanzipierende Beschlüsse; sie galten darüber hinaus auch den Positionen politischer und gewerkschaftlicher Konkurrenten

113) "AEG" in: "Die neue Gesellschaft", Bd. I, Nr. 26, 27.IX.1905, S. 305 ff.; Bruno Buchwald, "Die Aussperrung in der Elektroindustrie", ebda., Nr. 27, 4.X.1905, S. 318 ff.

114) CBG., XV., Nr. 13, 1.IV.1905, S. 193-196; ebda., XV., Nr. 42, 21.X.1905, S. 689-692; ebda., XV., Nr. 43, 28.X.1905, S. 705-708.

115) Vgl. die polemischen Ausführungen von Otto Hue, "Partei und Gewerkschaften. Ein Wort an den Jenaer Parteitag" in: "Die neue Gesellschaft", I, Nr. 25, S. 290-293.

und waren deshalb besonders apodiktisch, starr und unempfänglich für das, was sich an unorthodoxen Initiativen im Streikverlauf unter den Belegschaften entfaltet hatte.¹¹⁶ Der Arbeitskampf wurde so in die Taktik- und Strategiediskussionen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit einbezogen und von Gegnern und Anhängern des politischen Massenstreiks in gleicher Weise instrumentalisiert.¹¹⁷ Es war in diesem Kontext nur konsequent, daß die Streikenden und Ausgesperrten in den Nachlesen, Polemiken und Betrachtungen selbst kaum ausführlich zu Wort kamen und daß auch ihre Lebensverhältnisse lediglich summarisch erwähnt wurden.

Eine Berichterstattung, die ein Lehrer-Schüler-Verhältnis hervorkehrte, vermochte sich nie von ihrem lehrhaft-unempfänglichen Schulmeisterton zu befreien; sie blieb auch dort noch gönnerhaft borniert, wo sie den gewerkschaftlichen Anfängern Solidarität, Eifer und Einsatzbereitschaft bescheinigte.¹¹⁸ Die Grenzen einer Objekt-Beziehung wurden nicht über-

116) Vgl. die Polemik zwischen Rosa Luxemburg und Heine auf dem Jenaer Parteitag zur Rolle der "Unorganisierten": "Es ist ... eine ganz mechanistische, undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampf immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch, umgekehrt, selbst im Kampf geboren..." (Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I, 2. Halbband, Berlin (DDR) 1972, S. 602 f.).

117) Das Scheitern des Versuchs, die Kraftstationen der "BEW" zu bestreiken, dient - ohne Erörterung der komplexen Gründe des Fehlschlages: Geringer Organisationsgrad der Heizer und Maschinisten, schlechte Kommunikation, zu frühzeitige, öffentliche Diskussion des Vorhabens - dem CBG als abschreckendes Beispiel in der Massensstreikauseinandersetzung (CBG., XV., Nr. 42, S. 691); Mittel zum anders gearteten Zweck ist der Elektro-Streik auch für Paul John, der in der "Neuen Zeit" im nachhinein für eine Strategie der schnellen Streikausweitung auf seiten der Arbeiter plädierte. (Paul John, "Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie" in: "Die neue Zeit", 1905/06, Nr. 5, S. 141-149).

118) So in CBG., XV., Nr. 40, 7.X.1905, S. 670: Die "stürmische Begeisterung" der noch schwach organisierten Straßenbahner habe unmittelbar wenig Bedeutung, aber "zum wenigsten öffnet dieser Klassenkampf ihnen die Augen und bringt ihnen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zum Bewußtsein".

schrritten: die Ungelernten bei Siemens, die Frauen des Glühlampenwerks und die Packer, Ausfahrer und Lagerarbeiter der AEG an der Oberspree waren Adressaten noch notwendiger, weiterer gewerkschaftlicher Schulungsbemühungen; sie hatten eine wohlwollende Handhabung des pädagogischen Mandats der Gewerkschaftsleitungen verdient; keinesfalls aber stand ihnen etwa zu, Abweichungen von den erfolgreich entwickelten pragmatischen Grundmustern gewerkschaftlicher Kämpfe zu fordern, oder gar über der Ablehnung ihrer undisziplinierten Wünsche beim Streikablauf die Funktionäre zu tadeln.¹¹⁹

Die Verbandsleitungen wären freilich im Spätsommer 1905 objektiv auch kaum in der Lage gewesen, von jener Seite her radikalere Impulse aufzunehmen. Zu tief war man bei der Generalkommission der Gewerkschaften und bei dem der Generalkommission personell verbundenen Berliner DMV¹²⁰ bereits einer rigiden, zentralisierten Leitungspraxis verpflichtet, deren Wirksamkeit sich immerhin am Wachstum der Organisationen ausweisen und quantifizieren ließ.¹²¹ So hatte Paul Umbreit in einer relativ frühen Reaktion auf den Elektro-Streik - noch während des Arbeitskampfes - betont, es sei unumgänglich, der im Augenblicke noch übermächtigen Koalition der Arbeitgeber des "Elektro-Trusts" mit der Abwehrpotenz eines neu zu schaffenden "Gewerkschafts-Trusts" zu antworten. Erst diese Konstruktion schaffe die Voraussetzungen, die Macht der

119) Die Absetzung eigenmächtig und gegen den Mehrheitswillen vorgehen-der Verbandsfunktionäre beim Abbruch des Streiks blieb in den Freien Gewerkschaften vor 1914 eine rare Ausnahme. Oft zitiert: Rebellion der Mannheimer DMV-Mitglieder gegen den lokalen DMV-Bevollmächtigten 1908 (DMV 1908, S. 174-205; Michels, Soziologie..., S. 156 f.). Die Absetzung des Funktionärs wurde von der DMV-Zentrale als "Massenverbrechen" denunziert. Zu innergewerkschaftlichen Widerständen gegen die zunehmende Zentralisierung Umbreit, "25 Jahre ...", S. 35.

120) Der Berliner DMV-Bevollmächtigte Adolf Cohen gehörte der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands seit 1902 an (Umbreit, "25 Jahre...", S. 96).

121) Vgl. die nebenstehende Tabelle.

ENTWICKLUNG DER DMV.-VERWALTUNGSSTELLE BERLIN 1901-1910

Jahre	I MITGLIEDSSTAND		II KASSE		III AUSGABEN		Reisege- () = Umzüge	Arbeitslosen- unterstützung	Rechtsschutz
	Mitglieder () = Frauen	Aufnahmen () = Frauen	Lokalkasse (+)	Streiks u. Maßregelung (++)					
1901	22.016 (358)	10.710 (403)	176.911,--	58.244,--			2.559,-- (1.743)	91.871,-- (1.743)	2.559
1902	29.402 (1.232)	18.576 (1.519)	136.495,--	238.573,--			3.930,-- (---)	89.552,-- (3.445)	5.288
1903	34.070 (1.671)	22.725 (3.018)	126.184,--	693.325,--			4.685,-- (---)	96.649,-- (4.958)	34.860
1904	41.504 (3.371)	24.102 (3.741)	129.085,--	886.002,--			8.444,-- (1.870)	116.501,-- (9.409)	46.978
1905	51.987 (5.426)	28.883 (5.915)	227.622,--	1.185.686,--			14.275,-- (8.785)	168.623,-- (14.620)	62.017
1906	56.898 (4.936)	28.865 (5.404)	212.679,--	628.525,--			20.443,-- (10.433)	262.824,-- (10.586)	46.697
1907	59.565 (3.544)	20.824 (3.311)	412.495,--	313.437,--			22.910,-- (10.350)	489.377,-- (10.370)	40.626
1908	59.576 (3.564)	15.208 (3.671)	699.665,--	329.531,--			17.384,-- (6.607)	922.130,-- (52.245)	24.723
1909	59.859 (4.222)	17.701 (4.322)	947.960,--	450.255,--			14.325,-- (6.058)	796.834,-- (32.574)	30.160
1910	72.367 (7.487)	30.439 (11.140)	1.078.386,--	243.876,--			19.594,-- (10.521)	431.996,-- (5.305)	29.523

Quelle: DMV Bln. 1910, Tabellenanhang ohne Seitenzählung. Angaben zu Kassenbestand und Ausgaben in Mark.

+) = Stand am Jahresende,

++) = Nur für Arbeitskämpfe, die vom DMV in Berlin geführt wurden.

+++) = in () Aufwendungen für Unterstützung in außerordentlichen Notfällen.

"Millionen-Gesellschaften" im gewerkschaftlichen Kampf zu brechen.¹²²

Die Idee des "Trusts" war für Generalkommission und DMV-Leitung symptomatisch.¹²³ Man wollte im Wege einer weiteren, noch konsequenteren Zentralisierung der Organisation, mit striktester Disziplinierung und Schulung in den Einzelverbänden das aufholen, was Bewegungen wie der Berliner Elektro-Streik an Verlusten mit sich brachten.¹²⁴ Lagebeurteilungen, die solche Überlegungen begleiteten, gaben sich militärisch und im Falle des Chefredakteurs des Correspondenzblattes der Generalkommission, bei Paul Umbreit, zifferntrunken und brambassierend.¹²⁵

Darüber ging dann die gebotene Kritik an der bisherigen gewerkschaft-

- 122) Paul Umbreit, "Nach dem Kampf in der Elektro-Industrie" in: "Die neue Gesellschaft", I, Nr. 30, 25.X.1905, S. 355 ff.: "Im Kampf mit Trusts ... kann nur eine trustähnliche Arbeiterorganisation, die ... ihre Macht in wenige Hände legt, Sieger bleiben". Die Aussagen Umbreits veranschaulichen wie weit der Oligarchisierungsprozeß auch im Denken verantwortlich schreibender Verbandsfunktionäre fortgeschritten war. Insgesamt ist dieser Prozeß bedeutungsgleich mit dem bei Michels konstatierten Verlust der "Spähre demokratischer Kontrolle" in Sozialdemokratie und Gewerkschaften vor 1914. (Michels, a.a.O., S. 75).
- 123) Zur Zentralisierung innerhalb des Berliner Gewerkschaftskartells: Jacob Sassenbach, 25 Jahre Berliner Gewerkschaftskommission 1890-1915, Berlin 1915, S. 74-90. Kennzeichnend der auf der 7. Generalversammlung des DMV in Leipzig im Juni 1905 abgelehnte Antrag des DMV-Vorstandes, "den § 30 des Statuts betreffend Selbständigkeit der DMV-Orts-, HMB-/ Verwaltungen mit, HMB-/ über 3000 Mitgliedern bei Streiks zu streichen". (CBG., XV., Nr. 26, 1.VII.1905, S. 433). Der Antrag fiel bei Stimmengleichheit. Er hätte Ortsverbände wie den Berliner DMV nicht nur finanziell noch stärker diszipliniert.
- 124) Dazu gehörte, daß die streikenden älteren Arbeiter des Wernerwerks ihrer gesamten Anwartschaften bei der Siemens'schen Pensionskasse verlustig gingen (Berliner Morgenpost, Nr. 327, 8.X.1905); daß Arbeiter, deren Entlassungspapiere von den Firmen speziell gekennzeichnet wurden, vorläufig nicht wieder eingestellt wurden. (Ebda., Nr. 241 u. 242, 13. u. 14.X.1905).
- 125) Der "Erfolg" des Streiks bestehe in einem frühen geordneten Rückzug und der Füllung der "Cadres" der Gewerkschaften (CBG., XV., Nr. 42, 21.X.1905, "Die Lehren des Kampfes in der Berliner Elektrizitätsindustrie", S. 691). Paul Umbreit, "Nach dem Kampf in der Elektro-Industrie" in: "Die Neue Gesellschaft", I, Nr. 30,

lichen Taktik und Praxis verloren. Die weitere Zentralisierung diene alternativlos einer Verbesserung der Effizienz des vorgegebenen gewerkschaftlichen Kurses. Für die Gewerkschaften blieb das nicht ohne nachteilige Folgen.

Gewerkschaftsleitungen, die den Mangel an Überblick und Verantwortungsbewußtsein bei den Siemens'schen Schraubendrehern und den Lagerarbeitern der AEG so hart getadelt hatten, waren der notwendigen Debatte darüber ausgewichen, ob und inwieweit nicht gerade ihre wenig theorie- und vorgeblich stark praxisgeleitete Doktrin vom Primat des Kleinkampfes in den Betrieben etwa auch, oder gar in höherem Maße als die Fehler radikalisierten Arbeitergruppen, an dem Fiasko des Arbeitskonflikts mit verantwortlichen sein könnte.

Die Unterlassung mochte ihnen zunächst vorteilhaft erscheinen; denn sie befreite die von dieser Betriebspraxis selbst hart beanspruchten Verbandsfunktionäre und Vertrauensleute von unliebsamen Auseinandersetzungen. Auf die Dauer aber ließ sich nur schlecht verhehlen, daß nicht oder nur oberflächlich aufgearbeitete Arbeitskonflikte gerade auch die Orientierung der Praxis der betrieblichen Arbeit der Gewerkschaften mit belasten mußten.¹²⁶

Beim Berliner DMV hätte man z. B. gut daran getan, sich zu fragen, wie die in diesem Arbeitskampf sich manifestierende gereizte Reaktion der Arbeitgeber auf die seitherige Praxis der Gewerkschaftsarbeit in den Konzernbetrieben zu deuten sei. Vielleicht wäre der Verbandsleitung darüber ersichtlich geworden, daß das Handlungsschema, dem sie mit einiger Berechtigung bis Herbst 1905 noch ihre ansehnlichen Erfolge

Anmerkungsübertrag, Anm. 125, S. 424

25.X.1905, S. 355 ff.; [daß es] "rascher und früher als in früheren Fällen gelang, ... die Truppen aus der Schlachtlinie zurückzuziehen, ehe das Kampffeld unübersehbar geworden war..." (Ebda., S. 355).

126) Vgl. dazu unten, S. 432 ff., die Bemerkungen zum "Maifeierkonflikt" in den Berliner AEG-Betrieben 1906.

bei der Durchdringung der Firmen der Elektrogroßindustrie zuschrieb, auf Widerstände gestoßen war, die das gesamte Vorgehen des DMV hier in Frage stellten.¹²⁷

Zwischen 1901 und 1905 hatten die Berichte des DMV in Berlin stolz das numerische Anwachsen des Verbands festgehalten. Als besonderen Erfolg registrierten sie in dieser Zeitspanne den Rückhalt, den der DMV nun auch in den Belegschaften der Großbetriebe der Metallindustrie gewann. Nicht wahrgenommen aber wurde, daß eine gewerkschaftliche Agitation, die auf die allmähliche Beeinflussung und Beratung der betrieblichen Arbeiterausschüsse setzte, um die permanente Abwehr von Akkorddruck und nachteiligen Regelungen der Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich zu organisieren,¹²⁸ bei den Betriebsleitungen offenbar weitaus argwöhnischer zur Kenntnis genommen wurde, als verbale Auseinandersetzungen um den politischen Massenstreik, denen man bei der Generalkommission und beim DMV ein so großes Gewicht für das Aufkommen radikalerer, die Arbeitgeberseite herausfordernde Stimmungen in Sozialdemokratie und

127) In erster Linie die Strategie der Besetzung der Arbeiterausschüsse durch Gewerkschaftler oder Gewerkschaftssympathisanten. Zur Geschichte der Arbeiterausschüsse: Hans Jürgen Teuteberg, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland, (Soziale Forschung und Praxis, hrsg. v.d. Forschungsstelle an der Universität Münster-Dortmund, Bd. 15), Tübingen 1961, S. 209-316; aus den Protokollierungen der Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen der Jahre 1904/1905 ergibt sich, daß die Ausschüsse im Konflikt zwischen zwei Loyalitäten - gegenüber Belegschaften und Gewerkschaften und der Firmenleitung - aufgerieben wurden (SAA 4/Lk 12-13: Arbeiterangelegenheiten - Arbeiterausschüsse 1903-1905). Strittige Verhandlungsthemen waren der Wunsch der Arbeiter nach Einführung eines 10tägigen Jahresurlaubs, Einschränkung der Überstunden und deren gesonderte Bezahlung sowie diszipliniäre Fragen. ("Meisterwillkür"). (Protokolle vom 13., 30.XII.1904, 27.I.1905, SAA 4/Lk 12-13). Als wie lästig die permanenten Verhandlungen mit oder ohne Einschaltung der Ausschüsse empfunden wurden, geht mittelbar aus den Artikeln hervor, mit denen die Firmen während des Streiks die Berliner Presse versorgten. In ihnen taucht stereotyp die Wendung von dem unliebsamen dauernden Verhandeln mit Belegschaftssprechern auf.

128) Vgl. die oben gegebenen Belegstellen auf S. 415, Anm. 94 ff.

und Gewerkschaften zumessen wollte.

Es wäre indessen eine Fehleinschätzung des Leitungswissens im zeitgenössischen industriellen Management gewesen, hätte man unterstellen wollen, daß im Kreise der Betriebsleitungen der Großberliner Werke der AEG und des Siemenskonzerns bei den Arbeitskämpfen von 1905 etwa die Positionen der unterschiedlichen Lager in der Massenstreikfrage in Sozialdemokratie und Gewerkschaften besonders beachtet worden wären; denn dem industriellen Urteil lag weit eher die schlichte Identifikation von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in der ganzen Spannweite der von ihnen verkörperten Arbeiterbewegung nahe. Und dabei wurde gerade die pragmatische Kleinkriegsführung der Gewerkschaften schon deshalb als außerordentlich gefährlich empfunden, weil sie tendenziell auf eine Einengung von Entscheidungs- und Dispositionsfreiheit der Arbeitgeber hinauszulaufen schien.¹²⁹

Anders als es die gewerkschaftliche Agitation und Tagespublizistik darstellten, wurde nämlich diese Taktik der erfolgreich durchgehaltenen Kleinkonflikte, die das Ansehen der Vertrauensleute des DMV bei den Konzernbelegschaften steigerte, und das hieß: mittelbar den Organisationsgrad in den Werken an hob und für die Gewerkschaftler das Ziel der Anerkennung der Arbeiterorganisation als vollgültigem Partner in Lohnverhandlungen in erreichbare Nähe zu rücken versprach, von den Betriebsleitungen nicht fatalistisch hingenommen, sondern löste dort schließlich einen sehr entschlossenen, und, - wie der Arbeitskampf von 1905 zeigte - auch erfolgreichen Widerstand der Arbeitgeber aus.

Eine offene Diskussion dieses Aspektes der Betriebsarbeit der Gewerkschaften, die die relativ engen Grenzen hätte umreißen müssen, die auch einer moderierten Alltagspraxis der Verbände gezogen waren, unterblieb. Ihre Ergebnisse hätten allerdings die Organisationsgläubigkeit, den hoffnungsvollen "Attentismus" (Groh) im Verband erschüttern können,

129) Dem entsprach die fast an ein Verhör erinnernde inquisitorische Art, mit der Mitglieder Siemens'scher Arbeiterausschüsse 1904/05 nach der Herkunft ihres Wunschkatalogs (Urlaub, Überstundenvergütung ect.) für die Verhandlungen befragt wurden. (SAA 4/Lk 12-13, Protokoll, 13.XII.1904)

der von der Organisation in ihrer Geschlossenheit und Finanzkraft alles, und von radikaleren, eigenständigeren Aktionen nichts hielt.¹³⁰ Gewiß war nicht auszuschließen, daß darüber zeitweilig die Schlagkraft des Verbands leiden mochte.

Möglicherweise aber hätte eine gründlichere Aufarbeitung des Arbeitskampfes auch dazu geführt, einige der Kardinalfehler aufzudecken, die sich der DMV im Umgang mit aufbegehrenden Teilen der Konzernbelegschaften leistete, die er hier weniger umwarb als beschimpfte.

Auswirkungen des gewerkschaftlichen Analysede-
fizits und der gewerkschaftlichen Schelte bei
Arbeitern und Arbeitgebern

Die Arbeiterkategorien, die in der innergewerkschaftlichen Bericht-
erstattung zum Elektrostreik von 1905 als gewerkschaftlich noch "uner-
fahren" geschildert wurden, waren, soweit es sich vornehmlich um min-
derqualifizierte Beschäftigte handelte, seit der Jahrhundertwende
in steigender Zahl in die Betriebe eingerückt¹³¹ und hatten dort,
nicht nur durch ihr numerisches Gewicht, sondern vor allem durch
ihre Einschaltung in umstrukturierte, immer stärker zergliederte
Arbeitsabläufe, die früher qualifizierten Arbeitern vorbehalten blei-
ben mußten,¹³² die Stellung der älteren und gewerkschaftlich beson-
ders stark organisierten Facharbeiterschaft beeinträchtigt.¹³³

130) Vgl. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, S. 104 ff.

131) Ziffernbelege für das Siemens'sche Wernerwerk zum Jahr 1906 bei C. Heiß, Auslese und Anpassung..., S. 228 ff., 174 ff.; Loewe, Elektrotechnische Industrie, S. 136 f.

132) Vgl. Arbeiteraussagen und Erhebungen vor Ort bei D. Landé, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie, S. 382 ff. (=Schriften VfS., Bd. 134, II).

133) Entsprechende Arbeiteraussagen, ebda. Zum außerordentlich raschen Anstieg der Belegschaftsstärke des "Wernerwerks" vgl. Werner Ahrens, "Das Wernerwerk zu seinem 25jährigen Bestehen", in: Siemens-Jahrbuch 1930, Bln. 1930, S. 12-23, speziell S. 14 ff.

Die Ungelernten und Hilfsarbeiter, die man im Oktober 1905 für ihr wenig lenkbares Streikverhalten ebenso hart tadelte wie die "anfangenden" Siemens'schen Schraubendreher, bildeten in den Jahren nach 1905 einen der ersten und ergiebigsten Rekrutierungsschwerpunkte für die firmen-gestützten Werbungen der "gelben" Werks- und Unterstützungsvereine in der Berliner Metallindustrie.¹³⁴ Es war darum in der Tat fatal, daß die mächtigste Einzelgewerkschaft Deutschlands, der nach dem modernen Industrieverbandsprinzip aufgebaute Deutsche Metallarbeiterverband, hier in seiner Beziehung zu der angewachsenen Gruppierung der wenig qualifizierten,¹³⁵ bzw. durch Umstrukturierungen in der Produktion unfreiwillig

134) Die Schraubendreher konnten 1905 noch zur Gruppe der "gelernten", bzw. Facharbeiter gerechnet werden. In der Schraubenproduktion begann aber bereits die Automatisierung und in deren Gefolge die Entwertung der Ausbildung und Berufserfahrung der "alten" Schraubendreher. 1910 waren in der Berliner Firma "Mix & Genest" (Schwachstromproduktion) bereits 40 % der Arbeitsplätze bei der Schraubenherstellung mit Frauen besetzt. Symptomatisch Äußerungen "alter" Schraubendreher bei "Mix & Genest" und Siemens & Halske in den Jahren 1908-1910: "Die Schraubendreher an Handmaschinen sind im Aussterben begriffen... Die Frauenarbeit untergräbt uns... Die Mechaniker hätten die Frauen erst gar nicht anlernen dürfen... Wenn man sich bei manchen Arbeiten einen Akkord nicht gefallen läßt, wird die Arbeit geteilt und zur Frauenarbeit gemacht". (C. HeiB, "Auslese und Anpassung...", S. 135, Prozentsatz der Frauen berechnet nach ebda., S. 177). Die HeiB'schen Erhebungen, im wesentlichen die Auswertung von etwa 160 Fragebogen, betrafen speziell auch die Verhältnisse in der Schwachstromproduktion bei S.&H; sie verdeutlichen, daß die Automatisierung nicht nur betriebswirtschaftlich begründet und genutzt wurde. Hinter ihr stand auch die "Tatsache, daß diese Arbeiterkategorien /d.h. Frauen und Angelernte/ weit schwerer als gelernte Arbeiter /gewerkschaftlich, HMB./ zu organisieren sind". (Ebda., S. 124). Wichtig auch der Zahlenbeleg zu durchschnittlichen Lohnhöhen bei Akkordarbeit. Aus ihm geht stringent hervor, daß die Belegschaften angesichts der Berliner Lebenshaltungskosten auch ökonomisch zur Ableistung von Überstunden in Permanenz genötigt waren. (D. Landé, Arbeits- und Lohnverhältnisse ..., S. 326, 384 f.; HeiB, Auslese und Anpassung..., S. 120, 172, 230, 232 ff.).

135) Eine innerhalb der Gewerkschaften selbst angeprangerte folgenschwere Vernachlässigung betraf die Arbeit unter dem immer stärker anwachsenden Anteil von ungelernten Arbeiterinnen. Über ihren Anteil an der Gesamtarbeiterschaft lagen bis 1905 bei den Gewerkschaften noch nicht einmal genaue Daten vor. Vgl. CBG., XV., Nr. 21, 27.V., 1905, S. 337 f. Bei Mix & Genest hatte sich der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft um 1910 schon auf 42 % gesteigert. Im Siemens'schen Wernerwerk erreichte er über knapp 13 % nach 1905/06 vor 1910 auch schon Werte um 30 %. (Berechnet nach HeiB, Auslese..., S. 228, 232 f.).

dequalifizierten Arbeiter nur ein Disziplinierungsproblem erkennen wollten und sich unwillig zeigte, aus dem Verhalten der dumpf und unartikulierte gegen die Verbandsfunktionäre murrenden und aufbegehrenden Gewerkschaftsnovizen weitergehende Schlüsse zu ziehen.

Indem er auf eindringendere Selbstkritik verzichtete, wurde der DMV so zugleich blind gegenüber Begleiteffekten, die seine Arbeit und Agitation notwendig auch unter den Betriebsbelegschaften freisetzte. Er erörterte und problematisierte nicht, ob die zur Abwehr von permanentem Lohn- und Akkorddruck notwendige Gewerkschaftspolitik der agitatorisch wirkungsvollen Dauermobilisierung mit ihren kleineren und größeren Kampagnen in den Betrieben nicht "falsch", d.h. aber: radikaler aufgefaßt werden mußte, als sie von den Verbandsleitungen zur Aktivierung der Mitglieder und Erhöhung des Organisationsgrades unter den Belegschaften beabsichtigt war.

Gewerkschaftliche Taktik, die sich darin gefiel, aktiv vom Streik zu sprechen und gelegentlich mit Imponiergehabe die Möglichkeit andeutete, mit Schwerpunktstreiks in besonders empfindlichen Sektoren der Produktion ganze Werkskomplexe lähmen zu können, die indessen Ausstände, wo sie entstanden, möglichst beschränkte, beschwor die Gefahr herauf, daß sich Solidarität, Einsatzbereitschaft und Organisationstreue nicht nur bei gewerkschaftlichen Anfängern im Rhythmus wenig ergiebiger Mobilisierungen und Demobilmachungen zerschlossen.

Arbeitskonflikte, die letztlich als der eigenen Willensbildung entzogen und in Erfolg oder Niederlage als von außen her konditioniert erfahren wurden, lieferten den Nährboden für Ressentiments und diffusen Protest, der sich bis hin zu syndikalistischen Organisationsabsplittierungen und genereller Gewerkschaftsverdrossenheit steigern konnte.¹³⁶

136) Diese Ressentiments wurden später auch von der "gelben" Agitation ständig geschürt und ausgebeutet. Als negatives und in den Gewerkschaftsorganisationen diskutant nicht bewältigtes Fazit blieben diese Tendenzen nicht auf den Berliner Arbeitskampf beschränkt. Zu nennen in diesem Zusammenhang: Verlauf und Folgen des Ruhrstreiks von 1912, des Ausstandes bei der Firma Bosch in Stuttgart 1913 und mehrere andere Ausstände vor 1914. Vgl. Otto Hue, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. 2, Stuttgart 1913, S. 689-721; Max Jürgen Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1884-1914), Düsseldorf 1954, S. 127 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Heft 5); DMV 1913, S. 250-253 u. S. 254-279.

Gewerkschaftsbeamte, die - um bei der Journalistik Umbreits, der "Neuen Gesellschaft" und der Generalkommission zu bleiben - mit dem doppelgesichtigen Anwinken der Radikalität Politik zu treiben suchten, die den eben noch als Komplizen der Elektrokonzerne vorgeführten Klassenstaat anderntags schon zum klassenneutralen Mediator machen konnten und in dieser Funktion anzurufen hofften, verwirrten nicht nur Anhänger und Mitglieder der Arbeiterverbände. Sie boten auch der Gegenseite das Bild einer verunsicherten und offensichtlich stark außen gelenkt operierenden Führung, deren Kampfesweise sich unschwer als opportunistisch, unverantwortlich und im Verhältnis zu Fakten, die die eigene Agitation mit geschaffen hatte, als rat- und hilflos denunzieren ließ.

Wer sich, wie es die zitierten Beispiele veranschaulichten, wohl radikaler Redensarten bediente, sich zur tatsächlichen Radikalität von Wünschen und Forderungen in den Betrieben aber verneinend oder doch nur taktisch verhielt, entfernte sich von der Willensbildung in den Belegschaften so weit, daß sich Dritte geradezu eingeladen fühlen konnten, diesen Zwiespalt auszubeuten.

Die Arbeitgeberschaft, der VBMI und die Konzernleitungen handelten entsprechend: Es waren nicht nur die massiven Firmenunterstützungen, die nach 1905 in den Betrieben der Berliner Elektro-Großindustrie den Erfolg des Experimentes der "gelben" gewerkschaftsfeindlichen Organisationen begünstigten; auch der DMV hatte dieser Entwicklung den Boden zu bereiten geholfen.

Der Elektro-Streik von 1905 war in dieser Entwicklung ein erster Kulminationspunkt. Sein Zusammenbruch bedeutete nicht nur die absehbare Maßregelung von Vertrauensleuten und Verbandsmitgliedern,¹³⁷ und das hieß: Zerschlagung von Grundlagen innerbetrieblicher Gewerkschaftsarbeit in den wichtigsten Großbetrieben der Metallindustrie Ber-

137) Vgl. die über den VBMI laufenden Aussiebungen im Anschluß an den Streik: die Siemenswerke hatten die Entlassungspapiere der Streikenden durch einen besonderen Vermerk gekennzeichnet. (Berliner Morgenpost, Nr. 241, 242, 13. und 14.X.1905).

lins;¹³⁸ langfristig bewirkte sein Scheitern u.a. auch hier, daß bei Mitgliedern bzw. vor und während des Ausstandes geworbenen gewerkschaftlichen "Sympathisanten", vor allem bei Ungelernten, aufkeimendes gewerkschaftliches und Klassenbewußtsein traumatisch gebrochen wurde, das in der optimistischen Einschätzung eigener Kraft ruhte.¹³⁹

Der Streik als Krisenindiz vor der Gründung von
"gelben" Vereinen. "Maifeierkonflikt" bei der
AEG 1906.

Daß der Berliner Elektro-Streik unter diesem Gesichtspunkt nur das Anfangsglied einer Kette innerverbandlicher Krisen darstellte, die Auto-

138) Trotz entsprechender Zusicherungen der Arbeitgeber und beruhigender Hinweise der Verbandsbeamten waren 10 Tage nach Abbruch der Bewegung über 2.000 Arbeiter, darunter 140 Maschinisten und Heizer noch nicht wieder eingestellt. (Vorwärts, Nr. 248, 22.X.1905). Als infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai der DMV 1906 durch Maßregelungen seinen Einfluß auf die Arbeiterausschüsse in der AEG verlor, sprach man bei dem Verband offen davon, daß "die Agitationsarbeit eines Jahres vernichtet" sei. In internem Kreis ging der Berliner DMV-Bevollmächtigte, A. Cohen, 1907 noch entschieden weiter und meinte, "jahrzehntelange Organisationsarbeit" sei zerrümmert und die gelbe Bewegung in vielen Berliner Betrieben die direkte Folge der Maiereignisse von 1906. (DMV-Jahrbuch 1906, S. 214; Diskussionsbeitrag Adolf Cohens zur Frage der Maifeier während der vorbereitenden Sitzung der deutschen Delegation zum 7. Kongreß der Internationale 1907 in Stuttgart. Maschinenschriftliches Protokoll: Bebel-Archiv des Parteivorstandes der SPD Berlin, NB. 222, Bl. 5 f.) Vgl. ausführlicher dazu im folgenden S. 433 ff. Cohen nutzte das Maifeier-Fiasko zu Angriffen auf die SPD-Linke. Er hätte sich aber auch sagen müssen, daß diese massiven Desertionen Folgen der eigenen, die Mitglieder immer stärker reglementierenden Gewerkschaftsstrategie waren: Die Adressaten dieser Strategie verweigerten sich.

139) Bei einem Teilstreik in den Berliner Siemens-Werken im Oktober 1906 folgten von ca. 4.000 zum Ausstand aufgeforderten DMV-Mitgliedern nur noch 2.517 der Anweisung der Verbandsleitung. Die Bewegung mußte nicht zuletzt deshalb am 4.I.1907 vom DMV - wiederum wie 1905 "unter lebhaftem Widerspruch einer starken Minorität" - abgebrochen werden. (DMV-Berlin 1906, S. 51-55); der Ausgang dieses Streiks ermutigte 1906 zur Gründung des Siemens'schen "gelben" Unterstützungsvereins.

rität, Führungsstil und schließlich auch die Bewegungsfreiheit des DMV beeinträchtigten, zeigte sich erneut als im Folgejahr beim DMV Konflikte um die Form der gewerkschaftlichen Maifeiern aufbrachen.¹⁴⁰

Den Kern dieses Konfliktes bildete die Tatsache, daß DMV-Mitglieder, die sich, wie es Entschlüsse des Verbands seit 1905 vorsahen, in Betriebsversammlungen Ende April 1906 mehrheitlich für die "würdigste Form" der Maifeier, für Arbeitsniederlegungen am 1. Mai, entschieden hatten,¹⁴¹ ihr Votum am 1. Mai selbst desavouierten und in den Betrieben blieben,

- 140) Konfliktvarianten in den Auseinandersetzungen um die Maifeiern zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie darzustellen, ist hier nicht beabsichtigt. Das kontroverse Thema spiegelt die Gesamtproblematik der Beziehungen zwischen SPD und freien Gewerkschaften wider. Die nicht allzu ergiebige Art der Behandlung dieses Gegenstandes bei zu starker Aktualisierung veranschaulicht die Arbeit von G. Griep (Günther Griep, Die deutsche Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften 1905/1906 - Die Auseinandersetzung in der deutschen Arbeiterbewegung über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Massenstreik- und Maifeierdebatte. (phil.Diss., /maschinschriftlich/Jena 1964). Einzelschilderungen zum Elektro-Streik, ebda., S. 220-233.
- 141) Terminus aus der Entschliebung zur Maifeier auf dem Jenaer Parteitag, der auch noch bei späteren Entschliebungen, die immer deutlicher von Demonstrationsstreiks zum 1. Mai abrückten, beibehalten wurde. (Prt. PT. SPD, Jena 1905, S. 141). Der DMV war in der Frage der Maifeier gespalten. Während die DMV-Spitze schon um die Jahrhundertwende vor "leeren Demonstrationen" warnte (Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung, III., S. 429) und sich auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905 der Ablehnung der Maistreiks durch die Generalkommission anschloß, wurde diese Haltung auf der 7. Generalversammlung des DMV 1905 mehrheitlich mißbilligt. Die Versammlung beschloß gegen den DMV-Vorstand, der sich hier ein letztes Wort vorbehalten wollte, die Kompetenz von Betriebsversammlungen, die per Abstimmung die Form der Feiern bestimmen konnten. Bedingung war, daß mindestens 60 % der Belegschaft gewerkschaftlich organisiert waren. Mehrheitsvoten verpflichteten die lokalen DMV-Kassen zur Unterstützung der wegen der Maifeier Gemaßregelten. Die DMV-Leitung gab freilich ihren Widerstand auch in der Folge nicht auf und konnte sich mit ihrer Linie bis 1909 schließlich durchsetzen. Vgl. Hommer, DMV., S. 433; CBG., XV., Nr. 28, I.VII. 1905, S. 431 ff.; DMV-Jahrbuch 1906, S. 209 ff.; Hugo Poetzsch, Art. "Maifeier" in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. II, S. 1099-1102; zur Entwicklung der Maifeier in Berlin - Teilnehmerziffern und Form der Feier - vgl. Bernstein, a.a.O., III., S. 425-430.

während Tausende von Belegschaftsmitgliedern, die sich loyal an die Beschlüsse gehalten hatten, den Strafaussperrungen des VBMI verfielen und z. T. auf Dauer von den Metallindustriellen gemäßregelt wurden.¹⁴²

- 142) Unter Beachtung des neuen Maifeier-Reglements von 1905 hatten sich DMV-Belegschaftsversammlungen von einzelnen Werken folgender Unternehmen mehrheitlich für Arbeitsniederlegungen zum 1. Mai ausgesprochen: AEG, Bergmann-Elektricitäts-Werke AG., Borsig, Flohr, Keyling & Thomas. Am Standort der AEG-Kabelwerke und der AEG-Automobilproduktion in Oberschöneeweide legten die Belegschaften aller Betriebe am 1.V.1906 die Arbeit nieder. Nach Schätzungen des Vorwärts - in bürgerlichen Blättern findet man den doppelten Satz - waren insgesamt 25.000 Arbeiter in dieser Form an den Berliner Maifeiern beteiligt. Ausgesperrt zwischen 8 und 10 Tage wurden vom Verband Berliner Metallindustrieller über 16.000 Arbeiter. Das war eine Ziffer, die nach den, - freilich nicht ganz zuverlässigen - Angaben der Reichsstatistik zuvor örtlich im Rahmen der "Mai-Strafaussperrungen" der Arbeitgeberverbände noch nie erreicht worden war. Durch Eintragung in die "Schwarzen Listen" des VBMI wurden von diesen 16.000 auf Dauer 1.694 Arbeiter gemäßregelt. Sie fanden dank des überregionalen Austausches der Listen der Arbeitgeberverbände zumindest im Bereich der in den Verbänden organisierten wichtigsten Betriebe der Metallindustrie keine Arbeit mehr. Bei der AEG verzögerte man aber auch die Wiedereinstellung der übrigen Ausgesperrten. Noch am 10. Mai standen in Oberschöneeweide einige hundert Arbeiter "draußen". Während der Aussperrung hatte der VBMI die planmäßige Ersetzung der Gesperrten durch neu vermittelte, gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter proklamiert. Mitgliedsfirmen des VBMI stellten daher nach Beendigung der Sperre nur noch nach Maßgabe des verbliebenen Arbeitskräftebedarfs aus der Reserve der Ausgesperrten ein. Wie bereits nach der Beendigung der Aussperrungen beim Elektro-Streik von 1905 verloren die Wiedereingestellten bei der AEG Anwartschaften auf finanzielle Zuwendungen des Unternehmens, die sie durch jahrelange Zugehörigkeit zum Betrieb bisher erreicht hatten: den Jubiläumsgaben der AEG kam die gleiche Disziplinierungsfunktion wie der frühen Siemens'schen Pensionskasse zu. Schilderungen und Daten nach: "Vorwärts", Nr. 99-107 (29.IV.-10.V. 1906); DMV-Jahrbuch 1906, S. 213 f.; Kessler, Arbeitgeberverbände, S. 244 ff.; Poetzsch, Maifeier, a.a.O., S. 1101. Die entscheidende Instanz für die Maßregelungen war wieder der als "Kontrollbüro" (Kessler) fungierende Arbeitsnachweis des VBMI. Renomistische öffentliche Äußerungen seines Leiters und Verfahren, die, wie ein Fall unberechtigter Daueraussperrung,

Diesen Vorgängen galt in Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine
lange und intensive Pressefehde.

143

Anmerkungsübertrag, Anm. 142), S. 434

letztinstanzlich selbst das Reichsgericht beschäftigten, machten die primäre Funktion des Büros, die Ausübung eines politischen Erziehungs- und Disziplinierungsmandats im Sinne einer umfassenden "Befriedung" der Betriebe weithin publik. Zur Praxis des Nachweisbüros gehörte es, während Arbeitskonflikten Arbeitssuchende prinzipiell nur auf die Stellen von Streikenden oder Ausgesperrten zu verweisen. Wurden solche Angebote verweigert, wurde der Arbeitssuchende selbst als Streikender registriert und künftig ebenfalls bei der Vermittlung diskriminiert. So entstand ein außerordentlich ergiebiges Reservoir an Daten zur Gesinnungskontrolle unter der Berliner Metallarbeiterschaft. Da Diskussionen zu diesem Thema vor 1914 von Arbeitgeberverbänden noch dankenswert offen geführt wurden, wurde diese Aufgabenstellung der unpartitischen Arbeitsnachweise selten verleugnet, bisweilen aber darauf abgehoben, daß es sich doch vornehmlich um die Abwehr von unzuverlässigen Elementen, Trunkenbolden und Asiozalen handele. Vgl. K. Oldenberg, Art. "Arbeitseinstellungen" II., 1, in: HdSt., 3. Aufl., Bd. I, S. 927-964, spez. S. 936 f., 944; Kessler, a.a.O., S. 131 f., 157, 162, 164, 167 ff., 219; Alexander Knoll, "Stellenvermittlung und Arbeitsnachweis" in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, II, S. 1595-1600; P. Wölbing, "Die Entwicklung des Arbeitsnachweises in Groß-Berlin", I u. II in: Soziale Praxis, Jgg. XXVI., Nr. 27 f., Sp. 537 ff., 562 ff.; "Stahl und Eisen", Jgg. IXX., 1899, Nr. 12, S. 583-588: Eingabe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller gegen die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise durch die Kommunen und Kommunalverbände.

- 143) Gemäßregelte und die DMV-Leitung verlangten in Berlin von der SPD nicht nur die solidarische Mitbestreitung derjenigen Kosten, die den Kassen des DMV durch die Versorgung der seit dem 1. Mai für eine Woche ausgesperrten und z. T. nicht mehr in ihren Betrieben untergekommenen Arbeiter erwachsen waren. Es wurde auch ein disziplinäres Vorgehen gegenüber den wortbrüchigen DMV-Mitgliedern seitens der sozialdemokratischen Partei erwartet und gefordert. Das Verhalten der "Stehengebliebenen" sollte als ehrenrührig und parteischädigend mit Ausschluß geahndet werden. Die Statuierung eines solchen Exempels hätte zugleich den DMV künftig vor allen mißlichen und störenden Streiks am 1. Mai verschont. Die Parteiführung verstand es, sich einerseits durch Zahlungswilligkeit, zum anderen aber durch die Hervorkehrung ihrer Inkompetenz zur Beurteilung des politisch-moralischen Verhaltens einzelner Gewerkschaftsmitglieder diesen Anmutungen zu entziehen. Sie verwies darauf, daß sie hier nur auf Antrag unter Benennung von einzelnen Namen tätig werden könne. Damit ging der schwarze Peter an den DMV zurück, der sich zu denunziatorischem Finger-

Für die Leitung des Berliner DMV wag es besonders schwer, daß der Verband Berliner Metallindustrieller sich im Mai 1906 nicht die Chance entgehen ließ, die von ihm hier mit massiven Strafaussperrungen geahndeten Arbeitsniederlegungen¹⁴⁴ optimal zu einem Kahlschlag unter dem gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Netz in der Berliner Großindustrie zu nutzen. Der DMV verlor auf diese Weise u.a. das Potential an Arbeiterausschußmitgliedern, das er sich mühsam in einzelnen der Konzernbetriebe der AEG in Berlin aufgebaut hatte,¹⁴⁵ und das zu retten er im Vorjahre bereit gewesen war, den Elektro-Streik auch gegen den Widerstand seiner Mitglieder zu beenden.

Anmerkungsübertrag, Anm. 143), S. 435

zeigen auch nicht hergeben wollte. Abdruck der abschließenden Erklärung des Parteivorstandes bei Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung, III., S. 426 ("Erklärung des Parteivorstandes zur Differenz der Metallarbeiter bei der AEG., die Maifeier betreffend"). Ein abgeschwächter Nachhall der Polemiken findet sich im DMV-Jahrbuch 1906, S. 215: "... unerquickliche Auseinandersetzungen zwischen unserer Ortsverwaltung ... Parteifunktionären von Groß-Berlin /und/ der Redaktion des 'Vorwärts'... Lassen wir die Toten ruhen!"

- 144) Zur Praxis der Mai-Strafaussperrungen, z. T. auch als primärem Organisationsziel von Arbeitgeberverbänden: Kessler, a.a.O., S. 245. Beim VBMI zählte die Einhaltung dieser Aussperrungen zu den wichtigsten Aufnahmebedingungen. Verstöße wurden mit beträchtlichen Geldbußen geahndet.
- 145) Die Werbungs- und Schulungspraxis des DMV beruhte 1905/06 auf der wirkungsvollen Kombination von Betriebsarbeit und Hausagitation. Der Verlust von Vertrauensleuten bedeutete, daß in den Betrieben das "Ansprechen" der Arbeiter, die Kassierung der Mitgliedsbeiträge, die verdeckte Werbung für die Verbandspresse und vor allem die Werkstatt-, Saal- und Abteilungsversammlungen entfielen. Informationen und Kontakte am Arbeitsplatz ließen sich nicht über verstärkte Hausbesuche wett machen: enge Wohnungen, unpolitische Arbeiterfrauen und die rigide soziale und politische Kontrolle durch einen Hausbesitzerstand, der bis hin zur Registrierung der Lesegewohnheiten seiner Mieter "staatserhaltend" war, setzten hier Grenzen. Zur Arbeit der Vertrauensleute: Hommer, a.a.O.

KAPITEL 3 :

ARBEITSKAMPF UND INTERESSENPOLITIK DER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE IN DER KOMMUNE

Der kommunalpolitische Bezug im kausalen und Wertungsgefüge des Arbeitskampfes

Bei Bürgertum und Arbeiterschaft hing das Urteil zum Streik in den BEW und damit zur Intervention der Behörden in hohem Maße davon ab, wie die Interessen gewertet wurden, die der Ausstand traf. Aus ihrer Deutung ergeben sich Motivationen des Handelns beider Seiten. Sie ist darum auch für die historische Betrachtung von Belang.

Ausgehend von der tatsächlichen Beeinträchtigung des Verkehrs, der Licht- und Kraftversorgung, argumentierten Sprecher bürgerlicher Parteien auf dem Berliner Rathaus - juristisch durchaus fundiert - mit der drohenden Gefährdung des "Allgemeinwohls",

Anmerkungsübertrag zu Anm. 145), S. 436

S. 129 ff. Exemplifizierung solcher Verhältnisse enthielt der in dieser Fassung der Arbeit gestrichene "Spandau-teil" der Untersuchungen.

um das behördliche Einschreiten zu rechtfertigen.¹ Dafür ließ sich anführen, daß es erklärtes Ziel einiger Gewerkschaftler war, mittels "öffentlicher Kalamitäten" eine solche Intervention, allerdings zugunsten der Ausständigen, herbeizuführen.² Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen gaben darin nicht ohne Not etwa spontanen, radikalen Impulsen des Augenblicks nach, sondern versuchten, den im Kampf unterlegenen Berufsverbänden einen Entsatz von dritter Seite zu erzwingen.

- 1) Maßgebend die auch im modernen Polizeirecht rezipierten Bestimmungen des Preußischen Allgemeinen Landrechts: "Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publico ... bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist Amt der Polizei". (Vgl. A. Hueck u. H.C. Nipperdey, Handbuch des Arbeitsrechts, Bd. II: H.C. Nipperdey, Kollektives Arbeitsrecht, Bln.-Ffm. 1957, S. 625 f.). Nachdem sowohl der umfassende Aufbau städtischer, privater, gemischtwirtschaftlicher und staatlicher Versorgungsnetze, wie die Elektrifizierung weiterer Sektoren der Produktion primäre Lebensbedürfnisse mit dem Bestand von Krafterzeugung- und Verteilung untrennbar verbunden hatte, engte die Weimarer Zeit die Streikfreiheit in Versorgungsunternehmen kraft Notverordnung durch ein obligatorisches Schiedsverfahren ein und behielt dem Reichsinnenminister das Recht des Einschreitens zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Versorgungsanlagen vor. W. Pahl u. K. Mendelsohn, Handbuch der öffentlichen Wirtschaft, Bln. 1930, passim; O. Büsch, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche, Bln. 1960, S. 16-21. (Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission, Bd. I.). RGBl., S. 1865 f., Verordnung vom 10.X.1920; F.J. Furtwängler, ÖTV - Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stgt. 1955, S. 325 ff., 453; hartes Vorgehen der Berliner Polizei im BVG-Streik von 1932: ebda., S. 564 ff. Analoge gesetzgeberische Initiativen unterblieben in der Bundesrepublik zunächst, weil die Rechtsprechung ohnehin Streiks in lebenswichtigen Betrieben an der Zweck-Mittel-Relation mißt. Ausstände, bei denen Vorkehrungen für Notstandsarbeiten unterbleiben, gelten als rechtswidrig. Die Gewerkschaften selbst legen "größten Wert darauf, Beeinträchtigungen 'gemeinnütziger Betriebe' ... möglichst zu vermeiden". (Hueck-Nipperdey, Arbeitsrecht, a.a.O., S. 626 sowie 621-625).
- 2) Äußerungen in Streikversammlungen. Ähnlich Umbreit im CorrbL. Hier war zu erkennen, daß die Gewerkschaften - in Analogie zu den Ereignissen beim Ruhrstreik - auf eine wohlwollende Beeinflussung der Unternehmer durch staatliches Dazwischentreten gehofft hatten. (Umbreit, Nach dem Kampf..., a.a.O., S. 357; CorrbL., Jgg., XV., Nr. 40, 7.X.1905, S. 670, u. ebda., Nr. 43, 28.X.1905, S. 708).

Denn bei den Funktionären, die vom Ausbruch des Elektro-Streiks als "erstem großen Ringen der Arbeiter-Organisation mit den kapitalistischen Riesenbetrieben" (P. Umbreit) überrascht wurden, war das Empfinden der eigenen Schwäche und der akuten Bedrohung der Verbände das Primäre; Radikalität entfaltete sich bei ihnen erst im Verlauf der Bewegung.³ Da sie den Eindruck gewannen, die Unternehmer bemühten sich darum, die Arbeiterkoalitionen in einem bewußt forcierten Konflikt weißzubluten, wiesen sie legalistische, bürgerliche Kritik an dem Ausstand schroff ab. Sie maßten eigenes und fremdes Vorgehen an einer Zweck-Mittel-Relation, die sich an diesem Bedrohsein ausrichtete. Danach war es nicht angängig, die Aussperrungen als legales Kampfmittel für rechtens zu erklären oder den Einsatz staatlicher Macht gegen die Ausständigen zu verteidigen. Der Kampf durfte nicht an juristischen Normen, er sollte in seinem sozialpolitischen Bezug gewertet werden.⁴

Infolgedessen sprachen Gewerkschaftler und Sozialdemokraten dort, wo bürgerliche Stadtverordnete schutzwürdige öffentliche Belange gesichert sahen, von der unzulässigen Begünstigung eines privaten Monopolunternehmens, der "Berliner Elektrizitätswerke [„BEW“]⁵ - Eine Argumentation, die an den traditionellen Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die privatwirtschaftliche Organisation von Versorgungsbetrieben anknüpft, ihn in einer an sich nicht gewollten Kraftprobe aktualisiert und der Motivationskette der Auseinandersetzungen von 1905 einreicht.

Die Gründe, die diesen Konflikt vorantrieben, wird man demnach, soweit sie dem unmittelbaren Lebensbereich der Arbeiterschaft entstammen, verschiedenen Sphären zuweisen, darunter auch der der kommunalen Politik.

3) Umbreit, a.a.O., S. 355.

4) Zusammenfassend: Corrbl. Jgg. XV., Nr. 43, 28.X.1905, S.705-708, speziell S. 707: Es sei "ein Rückenangriff auf die Arbeiter" den die Befürworter der praktizierten staatlichen Intervention gut- hießen. Der Konflikt sei nicht "rein von juristischem Standpunkte", sondern von "dem des Sozialpolitikers aus" zu beurteilen.

5) Daten zur Gründung der "BEW" vgl. "50 Jahre AEG", S. 49-77, und unten, S. 442, Anm. 16).

Im Arbeitskampf in der Berliner Elektrogroßindustrie wurden diese Verhältnisse z. T. selbst Gegenstand der Auseinandersetzungen. Verlauf und Ergebnisse des Berliner Ausstandes von 1905 wurden daneben in besonderem Maße durch das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei bestimmt.⁶ Dazu kamen in den Gewerkschaften selbst die keineswegs spannungsfreien Beziehungen zwischen "Apparat" und Mitgliedschaft, nicht selten auch Reibungen im Verhältnis zu rivalisierenden anderen Richtungsgewerkschaften.

Für die kausale Deutung des Ausstandes in der Elektrogroßindustrie lassen sich nun die Sektoren: Betrieb, Kommune, Berufsverein kaum von einander trennen. Änderungen auf einem Gebiet wirken auf die Verhältnisse der anderen weiter. Die Untersuchung stößt auf ein Stimmungs- und Motivationsgefüge, aus dem ungestraft eigentlich kein Teil, Sektor und Motiv herauszubrechen ist, ohne andere bedingende und bedingte Korrelate zu beeinträchtigen.⁷

So sahen sich die Arbeiterkoalitionen von der seit der Jahrhundertwende eingeleiteten Umschichtung in den Belegschaften der Großbetriebe mit neuen Problemen der Führung und Disziplinierung konfrontiert.⁸ Die fortschreitende Ersetzung von Gelernten und Facharbeitern durch minder bezahlte, angelernte Kräfte, Frauen und Hilfsarbeiter, ließ ein gewerkschaftlich wenig geschultes Potential in die Werke der Berliner

6) Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden für diesen Zusammenhang vor allem als Organisationen gewertet, die f u n k t i o n a l auf eine Kontingentierung des Arbeitsmarktangebotes innerhalb der vorgegebenen Wirtschaftsordnung hinwirken und dem Arbeitsverhältnis bleibend konstitutionelle Grundlagen zu verleihen suchten. Die Grundlagen dieser langfristig konzipierten Politik brachten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei - nicht erst 1905 - notwendig in einen Zielkonflikt zwischen umsichtig taktierenden Leitungen und einer drängenden Mitgliedschaft. Zur funktionalen Wirkung politischer Organisationen R. Mayntz, Soziologie der Organisation, S. 58. Vgl. auch G. Briefs, Gewerkschaftstheorie, in: Internat. Hdw. d. Gewerkschaftswesens, Bd. I., S. 696.

7) Das Miteinander aller Beziehungen betont von Dahrendorf, a.a.O., S. 119 ff.

8) Tendenziell erkannt als Folge der Konjunkturkrise um 1900 bei J. Loewe, Elektrotechnik, S. 136. (Schriften VfS., Bd. 107/III), Leipzig 1903.

Elektro-Großindustrie einrücken.⁹ Die "Lärmszenen aufführenden" Kabelwerker der AEG in Oberschöneweide arbeiteten zu minimalen Lohnsätzen,¹⁰ waren überwiegend ländlicher Herkunft¹¹ und dürften sich, gemessen am sozialen Status und Bewußtsein der Berliner Facharbeiter, lange diesseits der koalitionsentscheidenden "Elends- und Stumpfheitslinie" (Briefs) bewegt haben.¹² Ihr erstes geschlossenes gewerkschaftliches Auftreten¹³ beschwor denn auch, ähnlich wie die Vielzahl und Schwäche der in Oberschöneweide rivalisierenden Berufsverbände¹⁴ organisationsinterne Konflikte herauf, die selbst die Kraft des stärksten Einzelverbandes, des DMV, zu erschöpfen drohten.¹⁵

-
- 9) Mit repräsentativen Erhebungen im Rahmen der Studien des VfS. früh auch für die Berliner Elektro-Großindustrie erforscht von: v. Bieńkowski, Untersuchungen über Arbeitseignung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Kabelfabrik; D. Landé, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts; Cl. Heiß, Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik, sämtlich in: Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Großindustrie, (Schriften VfS., Bd. 134/II), Leipzig 1910, S. 1-40; 306-485; 111-235; speziell: S. 6.15, 40; 118-124, 135 f., 160; 382 f. Für den Bereich der Siemens'schen Betriebe numerisch belegt bei Kocka, Organisation, S. 479 f. (1890-1914).
- 10) Zitat: DMV-Bln. 1905, S. 34. Die Anfangslohnsätze für die Lager-, Transport- u. Hilfsarbeiter lagen etwa bei 30 Pf/h. Gefordert war deren generelle Anhebung auf 33 Pf/h. Zum zeitgenössischen Berliner Lohnniveau: "Lohnermittlungen und Haushaltsrechnungen der minder bemittelten Bevölkerung im Jahre 1903", in: "Berliner Statistik", Heft 3, Bln. 1904, S. 2 f., 46.
- 11) v. Bieńkowski, Untersuchungen über Arbeitseignung..., S. 40. F.J. Furtwängler, "ÖTV", S. 114: Berliner Transportarbeiter stammen um 1900 mehrheitlich aus dem ostelbischen Landproletariat und sind noch kaum organisationswillig.
- 12) G. Briefs, Gewerkschaftstheorie, a.a.O., S. 696.
- 13) P. John, Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie, in Neue Zeit, Jgg. XXIV., Nr. 5, 1905/06, S. 142. Über den "glänzenden Erfolg", d.h. ein einhelliges Votum bei der kaum organisierten, überwiegend weiblichen Belegschaft der Siemens'schen Glühlampenwerke für den Sympathiestreik berichtet P. Pawlowitsch. (Ders. "Die Aussperrung in der Elektro-Industrie und der Erfolg der Arbeiter", in: Neue Gesellschaft, Jgg. I., Nr. 28, 11.X.1905, S. 331).
- 14) Im Kabelwerk Oberspree betätigten sich alleine 32 (!) gewerkschaftliche Gruppierungen, darunter ca. 10 "mit durchaus nennenswerten Mitgliederzahlen". (A. Cohen in: Vorwärts, Nr. 253, 28.X.1905). - Ein Ergebnis der bei den christlichen, den Hirsch-Dunckerschen, den freien und den lokalistischen Gewerkschaften noch üblichen Organisation nach Berufszweigen.

Widerstand gegen Kommunalprojekte der Elektro-Industrie

Liberalen und Sozialdemokraten gegen die Strategie der "Berliner Elektrizitätswerke" und der "Großen Berliner Straßenbahn".

Der Realverknüpfung der einzelnen Sektoren entspricht, daß gewerkschaftliche und SPD-Sprecher 1905 aus der Verteidigung des Arbeitskampfes zum Angriff auf die kommunale Wirtschaftspolitik übergingen und, wie dargelegt, besonders die privatwirtschaftliche Organisation der Elektro-Ver-sorgung kritisierten.

In Berlin hatte diese Kritik schon die Gründung der "Städtischen Elek-tricitäts-Werke-AG" (seit 1887: "BEW") begleitet. An der Spitze der erstmals im Stadtparlament vertretenen Sozialdemokraten hatte P. Singer bereits im Januar 1884 dem frühen Konzessionsvertrag der Kommune mit der "Deutschen Edison-Gesellschaft" widersprochen, welche als Vorgängerin der AEG die Werke gründete, die die AEG später bleibend beherrschte.¹⁶

Anmerkungsübertrag zu Anm. 15), S. 441

15) Vgl. DMV-Bln. 1905, S. 43.

- 16) St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XI., S. 52 ff.; E. Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. II., S. 132. Die BEW waren "eine mystische Person in des Wortes verwegenster Bedeutung; sie sind ohne die AEG weder willens- noch handlungsfähig". (Hugo Preuß, St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XXV., S. 312, 1.XI.1898). Die Werke wurden im Mai 1884 unter der Bezeichnung "Städtische Elektrizitäts-Werke-AG zu Berlin" gegründet; Umgründung durch die AEG 1888 in "Berliner Elektrizitäts-Werke-AG". Es waren - nicht nach den Eigentums-, wohl aber nach den Benutzungsrechten - die ersten "öffentlichen" Elektrizitätswerke in Deutschland. Zu Gründung und erstem Ausbau der Werke: "50 Jahre AEG", S. 46-76; 243 ff.; zur verdeckten Konkurrenz zwischen S.&H. und der Edison-Gesellschaft, bzw. der AEG: Helfferich, Georg von Siemens, Bd. I., S. 148. S.&H. erklärten sich in einer Eingabe bereit, "den Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke im Auftrage der Stadt zu führen, wenn dieselbe ... das Unternehmen in ihren Besitz bringen wolle". Rathenau vereitelte diese Pläne.

Die Haltung der Partei versteifte sich, als nach dem Auslaufen des Konzessionsverhältnisses - 1895 - wohl die Möglichkeit bestand, die BEW in städtische Regie zu übernehmen, Kommunalbeamte und liberale Stadtverordnete jedoch, - zunächst wie die SPD für die Übernahme -, ihre ursprünglichen Voten schrittweise abschwächten, schließlich vollends umstießen und nach vierjähriger Beratungsdauer einer Verlängerung des alten Abkommens mit den BEW bis 1919 zustimmten.¹⁷

Sozialdemokraten sowohl wie eine liberale Minderheitsgruppe um die Stadtverordneten Hugo Preuß und Leopold Rosenow sprachen in diesem Zusammenhang von Pressionen, die städtische Organe in den Dienst der geschäftlichen Strategie der AEG und der mit dieser liierten Banken zwingen:¹⁸ Faktisches Verhalten gepaart mit Einflußnahmen, die nach verbreiteter Ansicht "Schatten bis in die Verwaltung" würfen, engten die Entscheidungsfreiheit der kommunalen Instanzen erheblich ein.¹⁹

Mit einigem Recht galt den Opponenten als präjudizell, daß die AEG während des Schwebens der Verhandlungen das Kraftwerk Oberspree auf

17) Ironische Glossierung bei den Opponenten: St.Ber.STW.Bln., ebda., S. 287, Stvo. Hugo Sachs am 26.X.1898.

18) Der Kampf gegen das aliberale "Privatmonopol" bei Versorgung und Verkehr bestärkte Preuß in der Überzeugung von der Notwendigkeit "municipal-sozialistischer" Lösungen in der kommunalen Verkehrs- und Versorgungspolitik. Vgl. dazu auch H. Preuß, Die Entwicklung des deutschen Städtewesens, Bd. I: Entwicklungsgeschichte der deutschen Städteverfassung, Leipzig 1906, S. 374 f., 377 ff.; ders.: "Stadt und Stadtverfassung" in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, ed. J. Brix, H. Lindemann, Bd. IV., Jena 1924, S. 16 f. - Rosenow, ein freisinniger Fabrikbesitzer, war von 1894-1920 Stadtverordneter, 1903-1918 MdA. (Freisinn. Volksp./Fortschrittli. Volksp.). Er war Verkehrsspezialist seiner Fraktion im Abgeordneten- wie im Berliner Stadthaus, wo er der sozialfortschrittlichen Gruppierung der "Neuen Linken" vorstand. Vgl. E. Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968, S. 369 f. (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts, Bd. 19).

19) "Wir leiden in der Stadt Berlin sehr darunter, daß eine kleine Anzahl sehr reicher Leute, von Konsortien, von Bankiers sich zusammentun und versuchen, ... die großen Unternehmungen Berlins in ihre Hände zu bekommen". (Leopold Rosenow am 26.X.1898: St.Ber.STW.Bln., ebda., Seite 279). Zitat: Rosenow, a.a.O., S. 279.

eigene Rechnung errichtete und in Betrieb nahm (1895/97).²⁰ Drohte doch, wie die Mehrheit der Stadtverordneten annahm, von der für damalige Verhältnisse modernen Hochleistungsanlage jedem Versuch zu eigenständiger kommunaler Elektrizitätsversorgung eine "erwürgende" Konkurrenz.²¹

Städtische Körperschaften standen hier vor vollendeten Tatsachen.²² Ihre Entscheidung beeinflusste andererseits das positive Firmenangebot, Berlin in Zukunft erhöht am Brutto-Umsatz und den Gewinnausschüttungen der BEW zu beteiligen.²³ Solche finanziellen Zugeständnisse waren der AEG ein Vertrag wert, der ihrem Tochterunternehmen das Monopol der Energieversorgung für das eben erst entstehende System elektrischer Straßenbahnen in der Hauptstadt übertrug.²⁴

20) A. Riedler, Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft, Bln. 1916, S. 134 f.

21) Die liberale Opposition war nicht bereit, dies als zwingendes fait accompli hinzunehmen und verwies - erfolglos - darauf, daß die Stadt solche Lieferungen nicht zu dulden brauche. (St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XXV., S. 278, Stvo. Rosenow am 26.X.1898).

22) Eine Parallele bietet das Verhalten der AEG 1913. Die Gesellschaft schlug dem Magistrat vor - er konnte nach dem Vertrag von 1899 die Werke zu 1915 übernehmen - die Stadt künftig mit Fernstrom aus dem mitteldeutschen Braunkohlengebiet zu versorgen. Da die kommunalen Behörden sich diesmal ablehnend verhielten, vertagte die AEG das Projekt, das in anderer Form im Kriege mit den "Reichselektrowerken Golpa-Zschornewitz" realisiert wurde. Im Vorgehen der AEG verband sich technischer Fortschritt mit Gewinn- und Beherrschungsstreben. Zum Fall "Oberspree": C. Fürstenberg, Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870-1914, S. 288; zur Vorgeschichte der "Reichselektrowerke": van Heys, Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, S. 145 f.

23) Eine Quote von 10 % beim Brutto-Umsatz. Die Abführungen vom Reingewinn /gemeint die Dividende, d. Verf./ waren auf 50 % des Satzes über 6 % für die ersten 20 Millionen des Aktienkapitals, auf 50 % über 4 % für die restlichen Aktien festgelegt. (Heys, a.a.O., S. 251).

24) Nach § 11 des vorgeschlagenen Vertrags: "Die Stadt verpflichtet sich, die Konzession zum Betrieb elektrischer Bahnen in der Regel nur dann zu erteilen, wenn die für den Bahnbetrieb ... benötigte Elektrizität von den BEW entnommen wird". (Heys, a.a.O., S. 251). Noch 1905 entfielen ca. 50 % des Absatzes der BEW auf den Verbrauch der Straßenbahnen.

Wie aus dem schließlich von der Kommune ausgehandelten Vertragstext erhellt, bedeutete das Versorgungsmonopol mehr als eine Sicherung des Absatzes der BEW. Mit der Einräumung eines ausschließlichen Belieferungsrechts ließ die Stadt Berlin den Expansionsbestrebungen der AEG massive Unterstützung, die auf diesem Wege ihren Einfluß auf die in der Elektrifizierung der Berliner Straßenbahnen tätigen Firmen verstärken konnte.

In erster Linie galt das für die "Union-Elektricitäts-Gesellschaft", die als Inhaberin amerikanischer Lizenzen im Rahmen eines "100-Millionen-Auftrages" (C. Fürstenberg) das größte innerstädtische Bahnnetz Deutschlands, die inzwischen stark arrondierten Strecken der ehemaligen "Großen Berliner Pferdebahn" auf elektrischen Betrieb umstellte.²⁵

Dieses Unternehmen hatte, gleich anderen im Berliner Trambahnbau engagierten Gesellschaften, ursprünglich der Monopolisierung der Stromlieferungen erheblichen Widerstand entgegengesetzt, den die AEG aber bis zur zweiten Lesung des Konzessionsvertrages im Oktober/November 1898 auszuräumen vermochte.²⁶ Zu dieser Zeit berichtete Oberbürgermeister Kirschner von dem Übereinkommen zwischen den BEW und der "Pferdebahn" - d.h. AEG und "Union" - an welchem die vertragsschließenden Gesellschaften die Stadt durch finanzielle Leistungen zu interessieren verstanden hatten.²⁷

25) Die "Union" verfügte als Gemeinschaftsgründung der Ludw. Loewe-AG, der Firma Thyssen und der Thomson-Houston-International Electric Co. über die Bahnbaupatente ihres amerikanischen Partners. G. Siemens, Geschichte..., Bd. I., S. 231; Zitat: Fürstenberg, Lebensgeschichte..., S. 127; "75 Jahre Straßenbahn zu Berlin", ed. Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Bln. 1940, S. 12-18, 26-32; E. Buchmann, Die Entwicklung der Großen Berliner Straßenbahn und ihre Bedeutung für die Verkehrsentwicklung Berlins, Bln. 1910, S. 37-42.

26) St.Ber.STW.Bln., Jgg. XXV., S. 294, Stvo. Hugo Preuß am 1.XI.1898. Zur Konkurrenz der Union zählte die von S.&H. gegründete "Berliner elektrische Straßenbahnen-AG", die in Berlin 3 Teilstrecken betrieb. Vgl. F. Deichen, Erhebungen über die Verhältnisse der Bediensteten und Arbeiter im Straßenverkehrsgewerbe Berlins in: Schriften VfS., Bd. 99, Leipzig 1902, S. 367-521, speziell S. 373 ff.

27) St.Ber.STW.Bln., Jgg. XXV., S. 295, am 1.XI.1898. Die Zahlungen, die die BEW von Einnahmen aus Stromlieferungen an die "Pferdebahn" der Stadt zu leisten hatte, wurden von Kirschner auf jährlich 200-250.000 M. veranschlagt. Mit 299.75 erreichten die Aktien der BEW am 31.XII.1898 die höchste Jahresschlußnotierung ihrer Geschichte (vgl. Matschoß, "50 Jahre...", Anlage, Zahlentafel I).

Vermittelt vom fiskalischen Denken der städtischen Verwaltung verschränkten sich hier kommunale mit den privatwirtschaftlichen Belangen der Elektro-Großindustrie, deren Unternehmungen in der materiellen Interessiertheit der Gemeinde potentiell den Rückhalt "öffentlicher Interessen" gewannen.²⁸

Auf weitreichende Folgen solcher Verklammerungen machte 1898 Hugo Preuß aufmerksam. Die Begründung des Liefermonopols der BEW galt ihm als eines der Startzeichen für die anstehende "Fusionierung der großen [Elektro- d. Verf.] Gesellschaften".²⁹ Berlin begünstigte insoweit unmittelbar die industrielle Konzentration und lasse sich von den entstehenden Trustfirmen "geradezu erwürgen".³⁰ Die Kulanz des BEW-Angebotes sei

28) "Technische" Argumente, die in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten für und gegen das BEW-Arrangement vorgetragen wurden, lassen auf beiden Seiten ein gut Teil technischer Inkompetenz erkennen. Schwerer wog, daß Befürworter des Vertrages, die sachkundig genug waren, um der Stadt die Fähigkeit zur Leitung der Werke zu bescheinigen, ihr Votum mit der kommerziellen Überlegenheit des privatwirtschaftlichen Betriebes begründeten. Damit stellte sich in der Tat die Frage, "was man unter Selbstverwaltung zu verstehen hat", d.h. ob kommunale Wirtschaftstätigkeit ausschließlich dem Primat ökonomischer Effizienz unterzuordnen, oder auf zusätzliche soziale und politische Ordnungsvorstellungen auszurichten sei. (Zitat: St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XXV., S. 287, Stvo. Hugo Sachs am 26.X.1898 und Äußerungen der Stvo. Michelet, Kyllmann, Jacobi und Mommsen, a.a.O., S. 274 ff., 277, 279 f., 285, in der gleichen Sitzung).

29) Ebda., S. 294, am 1.XI.1898.

30) Ebda. Die Äußerungen sind ein politischer Kommentar zu Fusionierungsplänen der 1890er Jahre: Schon 1896 war für S.&H., AEG, "Union-Elektrizitäts-Gesellschaft" und Schuckert ein Kartellvertrag betrieben worden. ("50 Jahre AEG", S. 118). Georg Siemens schrieb zur gleichen Zeit: "Ich verfolge jetzt ... [den] Gedanken, ... [der] Verschmelzung der gesamten Berliner elektrischen Beleuchtung, der Berliner Straßenbahnen ... der elektrischen Hochbahn und Untergrundbahn in eine e i n z i g e große Gesellschaft. Dazu Errichtung eines elektrischen Kraftwerkes von 150.000 Pferdekräften ... Es ist ein Unternehmen von 250 Millionen ... Man muß dazu die Berliner Philister und Juden unter einen Hut bringen... Aber schön wäre es, nützlich wäre es, und viel Geld könnte man außer der Ehre dabei verdienen". (Helfferich, Georg von Siemens, Bd. II, S. 117, Brief vom 31.5.1896). "Erwürgend" hätte dieses - gescheiterte -

nicht so sehr Ausdruck kommunalfreundlicher Opferwilligkeit, als des möglicherweise geglückten Versuchs, künftigen Einreden der Stadt durch eine enge finanzielle Bindung den Boden zu entziehen.³¹ Beides, die Förderung der Konzentrationsbewegung sowohl, wie die Abhängigkeit der Kommune, war indessen nach Ansicht des Berliner Oberbürgermeisters im Abkommen mit den BEW nicht gegeben.³²

Daß die Warnungen der Liberalen um Hugo Preuß aber wohl begründet waren, lehrte, zwei Jahre später, das eigenmächtige Vorgehen der "Großen Berliner Straßenbahn". Das Unternehmen, eine Tochter der damals noch selbständigen "Union",³³ nutzte Verbindungen zur Ministerialbürokratie, um ohne Vorwissen der Gemeindeinstanzen seine Bahnbetriebskonzession

Anmerkungsübertrag zu Anm. 30), S. 446

Vorhaben schon deshalb gegenüber der Kommune Berlin wirken müssen, weil sich dabei die bedeutendsten deutschen Großbanken, die als feste Gruppierungen hinter den Elektrofirmen standen, in einem Großprojekt vereint haben würden. Es handelte sich dabei u.a. um die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, die Darmstädter und die Dresdner Bank, den Schaaffhausenschen Bankverein, die Nationalbank für Deutschland, die Mitteldeutsche Kreditbank, die Berliner Handelsgesellschaft und S. Bleichröder. Vgl. Jeidels, Die deutschen Großbanken..., S. 133-150 u. passim.

- 31) "Wenn diese Gewinnbeteiligung zur Folge haben soll, daß fortan das öffentliche Interesse mit dem der Elektrogenossenschaft identisch ist, dann ist das eine societas leonina, die hier abgeschlossen werden soll". (Preuß, a.a.O., S. 295, am 1.XI.1898).
- 32) Kirschner betonte, er verstehe nicht, daß "ein Ring entstehe zwischen den BEW und den Straßenbahnen". (A.a.O., S. 295, am 1.XI.1898).
- 33) Zur "Großen Berliner Pferdeeeisenbahn-AG" hatten sich in der Gründerzeit mehrere Einzellinien vereinigt. Diese Gesellschaft wurde Mitte der 90er Jahre von der "Union" übernommen, 1898 in "Große Berliner Straßenbahn-AG" umbenannt und 1896-1902 elektrifiziert: insgesamt 480 km Gleisstrecke und knapp 2.600 Trieb- und Beiwagen. Literatur siehe oben, S. 445, Anm. 25 und 26, sowie "50 Jahre AEG", S. 395.

für Berlin durch den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten auf dem Verfügungswege verlängern zu lassen.³⁴ - Ein Verstoß wider Form und Geist der zwischen Bahn und Stadt bestehenden Verträge, welcher den Magistrat erkennen ließ, daß inzwischen selbst einzelne, noch unverflochtene Großfirmen, - wie die "Union" um 1900 - kommunale Politik wirksam zu durchkreuzen vermochten.

Die "Große Berliner Straßenbahn" hatte diesem Manöver in ihrer Personalpolitik klug vorgearbeitet und mit Hilfe dieser Politik wurde kommunales Widerstreben gerade dort gebrochen, wo es augenscheinlich am fundiertesten die Bemühungen der Straßenbahngesellschaft hätte durchkreuzen können: bei der von städtischer Erlaubnis abhängenden Nutzungen öffentlicher Straßen und Plätze.

Das Recht, öffentliche Straßen zu benutzen, stand der Bahn nach Verträgen zu, die für Berlin bis 1919, für einzelne der Berliner Vorortgemeinden jedoch erheblich länger liefen. So in Charlottenburg bis 1937 und in Reinickendorf sogar bis 1960.

Im Mai 1900 erwirkte nun der Vorsitzende des AR. der "Großen Berliner", Eduard Arnhold, vom preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, von Thielen, eine Anweisung an den Berliner Polizeipräsidenten, der Gesellschaft nach den Bestimmungen des preußischen Kleinbahngesetzes vom 28.VII.1892 die Bau- und Betriebskonzessionen für Berlin bis zum

34) In ministeriellem Auftrag handelte der Berliner Polizeipräsident. Diese faktische Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung lag in der Tradition der Berliner Polizeiverwaltung, die schon 1826 entgegen den Bestimmungen der Städteordnung ohne Beteiligung des Magistrats die Gasversorgung der "Imperial Continental Gas-Association" übertragen und 1852 in ähnlicher Weise die Wasserversorgung einer englischen Gesellschaft in Auftrag gegeben hatte. Vgl. H. Lohmeyer, "Die Entwicklung Berlins zum Stadtstaat - Ein Beitrag zur Geschichte der Selbstverwaltung seit 1850." in: "Der Bär von Berlin" - Jahrbuch des Vereins f. d. Geschichte Berlins, V/1955, S. 18.

31.XII.1949 zu verlängern.³⁵ Diese ministeriale Gefälligkeit war kein Produkt des Zufalls.

Die Beziehungen zwischen Arnhold und von Thielen hatten sich über lange Jahre hinweg eingespielt. Arnhold hatte seine Handels- und Industriekarriere im Kohlenhandel begonnen. Er war Inhaber der im ober-schlesischen Kohlengeschäft führenden Firma Caesar Wollheim/Berlin und galt als einer der Architekten der ober-schlesischen Kohlenkonvention von 1890. Bereits 1903 vertrieb seine Gesellschaft über ein Drittel der syndizierten ober-schlesischen Produktion und beherrschte, seit 1898 auch in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, den hauptstädtischen Markt. Seine industrielle Hausmacht reichte von

35) Das Vorgehen der "Großen Berliner" nutzte Chancen, die die großzügige und auf strikte Regelungen für Bau und Betrieb noch weitgehend verzichtende, zeitgenössische preußische Gesetzgebung für das Kleinbahnwesen bot. Das "Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen" vom 28.VII.1892 sollte den Klein- und Straßenbahnbau fördern. Für beide wurde die Konzessionierung durch den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten vereinfacht. U.a. entfiel auch die sonst erforderliche vorhergehende Prüfung der Bedürfnisfrage. Die Benutzung öffentlicher Wege war allerdings von der Genehmigung durch die Wegeunterhaltungspflichtigen - bei Straßenbahnen in der Regel die Kommunen - abhängig. Diese Erlaubnis konnte von den Verwaltungsbehörden ausgesprochen werden, wenn "öffentliches Interesse" an der Errichtung bestimmter Linien bestand. Zuständig waren dafür Orts- und Landespolizeibehörden, die im Einvernehmen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten zu handeln hatten. (Vgl. O. Kayser, "Kleinbahnen", in: HdSt., 4. Aufl., Bd. V., S. 705-722). Strengere Bau- und Betriebsvorschriften für Straßenbahnen wurden in Preußen erst 1906 erlassen; sie waren in den 1890er Jahren zunächst unterblieben, weil u.a. "über die Art und den Umfang der an die Unternehmer ... zu stellenden Anforderungen /damals, HMB./ genügende Erfahrungen noch nicht vorlagen". (Kayser, "Kleinbahnen", ebda., S. 714). Der preußische Minister von Thielen konnte demnach über eine Anweisung an den Berliner Polizeipräsidenten, der in Berlin als Regierungspräsident fungierte, die Genehmigung für die Straßenbenutzung durch die "Große Berliner" betreiben lassen. Die ministerielle Intervention zeigt eine außerordentlich weite Interpretation des Begriffs "öffentliches Interesse". Die Straßenbahngesellschaft nutzte bei ihren Behördenkontakten die für die preußische Ministerialbürokratie des Wilhelminismus kennzeichnende Aversion gegenüber der Großkommune Berlin.

Grubenbesitz in Schlesien und Kohlenverwertung bei über hundert Gaswerken des ostdeutsch-polnischen Raums über Binnenreederei und Maschinenbau bis hin zum Kleinbahnwesen.

Diesem weitverzweigten Interessenspektrum entsprach die Zahl und Vielfalt der von Arnhold besetzten Aufsichtsratsmandate.³⁶ Fragen der Kohlenversorgung des schlesisch-mitteldeutschen Raums und des industriellen Transportwesens standen am Anfang der Fühlungen zur Ministerialbürokratie des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Informelle Kontakte zur Bürokratie der Staatsbahnen verstärkten sich seit den 1880er Jahren. Als Verkehrsinteressent rückte Arnhold in den Berliner Bezirks- und den preußischen Landeseisenbahnrat ein (1892/95).

Aus dieser Position heraus gelang es Eduard Arnhold als Vorsitzendem des AR. der "Großen Berliner Straßenbahn" den Sachbearbeiter, der im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten das Referat für Straßenbahnwesen betreute und dort den Vorstoß der "Großen Berliner" bearbeitete, Ministerialdirektor Dr. P. Micke, für die Direktion der Straßenbahngesellschaft "abzuwerben". Nach Abschluß dieses Revirements waren dann 1902 von 5 Direktionsposten der Gesellschaft vier mit ehemaligen Staatsbeamten besetzt. Neben Micke fungierten zwei Regierungsräte a.D., C. von Kühlewein und G. Koehler, sowie M. Marhold, ein Eisenbahnbau- und Betriebsingenieur a.D.³⁷

- 36) Zur Zeit seines Vorstoßes bei Minister von Thielen gehörte E. Arnhold u.a. den AR-Gremien der folgenden Unternehmen an: "Berlin-Anhaltische Maschinenbau-AG" ("BAMAG"), Vorsitzender des AR.; Mitglied der AR.'s der Dresdner Bank, der "Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken", der "Ludwig Loewe & Co.-AG", der "AGFA". Mitglied des Verwaltungsrates der "Schantung-Bergbau-Gesellschaft".
- 37) Für die Bahn zählte auch, daß der Industrielle Eduard Arnhold bei Wilhelm II. als persona grata galt und, abgesehen von kurzen Spannungen 1901/02 besonders enge Verbindungen zum Handelsministerium unterhielt, was ihn in der Hibernia-Affäre zum - allerdings erfolglosen - Vertrauten und Anwalt der preußischen Regierung machte. Darstellung der Verhältnisse bei der "Großen Berliner" und zur Person Eduard Arnholds nach: E. Buchmann, Die Entwicklung der Großen Berliner Straßenbahn..., S. 37-45; A. Südekum, "Die 'Große Berliner'", in: Neue Gesellschaft, Jgg. I., 1905, Nr. 27, 4.X., S. 320 f.; "Die Große Berliner Straßenbahn 1871-1902 - Denkschrift aus Anlaß der vollständigen Durchführung des elektromoto-

Angesichts solcher Absicherungen nahmen sich erste Reaktionen, mit denen die Kommune auf das handstreichartige Vorgehen der Straßenbahngesellschaft zu antworten versuchte, eher hilflos aus.³⁸

Immerhin blieb man aber jetzt auch auf Seiten der Stadt nicht bei Erklärungen stehen, sondern ging zu einer aktiven Abwehr über. Die städtischen Behörden griffen zu Gegenmaßnahmen: Sie blockierten den weiteren Ausbau der Strecken der "Großen Berliner" und errichteten einen eigenständigen kommunalen Straßenbahnbetrieb.

Diese Strategie zwang die Privatgesellschaft nach langwierigen prozessualen Auseinandersetzungen schließlich auf den Verhandlungsweg.³⁹

Anmerkungsübertrag zu Anm. 37), S. 450

rischen Betriebes", Bln. 1902, S. 259; "Die Große Berliner Straßenbahn und ihre Nebenbahnen 1902-1911 - Denkschrift aus Anlaß der XIII. Vereinsversammlung des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen", Bln. 1911, S. V, VI, 11 f., "75 Jahre Straßenbahn in Berlin", S. 37; "Ludwig Loewe & Co. Actiengesellschaft 1869-1929", S. 34, 62; Johanna Arnhold (hrsg.), Eduard Arnhold - Ein Gedenkbuch, Bln. 1928 (Privatdruck), S. 85, 148, 166 ff., 176, 178 ff., 181 f., 183, 185; W. Treue, "100 Jahre Caesar Wollheim", S. 23 ff., 26-29, 32 f., 38, 43 ff.

38) Als der im Jahre 1900 neu in Berlin eingeführte Bürgermeister Brinkmann, der aus der Königsberger Kommunalpolitik hervorgegangen war, erklärte, er werde sich bemühen, der Stadt Berlin ihre Rechte auf ihre Straßen von der Bahngesellschaft zurückzugewinnen, höhnte Georg Bernhard, ein Anhänger umfassender Fusionierungen in der Elektroindustrie, : "Herr Brinkmann, wird ... darauf verzichten müssen, den Erfolg seines Strebens zu erleben". Er solle sich nicht zum Tyrannen über "gewaltiges privates Eigentum" aufspielen. "Die Konzessionen der Großen Berliner Straßenbahn reichen noch bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus. Seit ... Dr. Micke die leitende Stellung in dem Privatunternehmen erlangt hat, bleibt es von jeglicher obrigkeitlicher Chikane frei; solche Wunder wirkt eine richtige Stellenbesetzung". (Plutus, i.e. Georg Bernhard/, "Der neue Bürgermeister", in: "Die Zukunft", 1900, S. 92 ff., zit. S. 92; vgl. auch ders., "Rathenau - Loewe", ebda., 1902, S. 44-48). Die Personalpolitik der "Großen Berliner" beschäftigte noch nach Jahren Redner des Deutschen Reichstages. (Verhandlungen des deutschen Reichstages, XI., 2., Bd. 2, S. 961, Abgeordneter Fischer, SPD).

39) Vgl. Buchmann, a.a.O., S. 48-52; "Die Große Berliner Straßenbahn 1902-1911..", S. 12; "75 Jahre Straßenbahn...", S. 37; 1901 erwarb der Magistrat die von S.&H. gegründete "Berliner Elektrische Straßenbahn-AG", die um 1900 drei Linien betrieb; 1908 entstanden die "Städtischen Straßenbahnen" als kommunales Eigenunternehmen.

Im Berliner Rathaus machte man damit indessen nicht ungeschehen, daß der BEW-Vertrag von 1899 die fortschreitende Anlehnung der "Union" an die AEG zumindest erleichtert und dem befehdeten Bahnunternehmen so mittelbar zu einer fast unangreifbaren Position verholfen hatte.⁴⁰ Diesem gelang es in der Folge sogar, den Posten des städtischen Verkehrsdezernenten mit einem Vertrauensmann des Aufsichtsratsvorsitzenden der "Großen Berliner", mit A. Mosse, zu besetzen, dessen Kompromißvorschläge 1911 der Bahn entgegenkamen und von beiden Seiten angenommen wurden.⁴¹

-
- 40) Bei der AEG gab es schon vor 1896 Fusionsabsichten. Die Verschmelzung hätte - wie oben, Anm. 30, erwähnt - die in Union und AEG vereinte Kapitalmacht fast aller damaligen Großbanken vereint und damit zugleich S.&H. entfremdet. Deshalb war der Siemenskonzern bereit, eine Torpedierung des Projekts durch die Deutsche Bank mit der von dem Institut gewünschten Umwandlung von S.&H. in eine Aktiengesellschaft zu honorieren. Firmendarstellungen der AEG lassen Widerstände in der Union gegen die Interessengemeinschaft (1903), bzw. Fusionierung (1904) unerwähnt. Die Union, in den 90er Jahren führend im Straßenbahnbau, der mit Installationen, Reparaturen, Erweiterungen etc. vor allem einen umfänglichen Bestand von späteren Aufträgen sicherte, besaß hier, wie im zukunfts-trächtigen Gebiet des Turbinenbaus (Flottenrüstung) und beim elektrischen Vollbahnwesen Lizenzen ihres in der amerikanischen "General Electric" aufgegangenen US-amerikanischen Partners. Die Verständigung mit der Union führte im großen zum Weltmarktabkommen mit der "General Electric"; sie ließ in Berlin hinter der Straßenbahngesellschaft eine Bankenkoalition entstehen, in der u.a. die Deutsche Bank, die Berliner Handelsgesellschaft und der Schaaffhausensche Bankverein vertreten waren. Vgl. Gg. Siemens, Geschichte ..., Bd. I., S. 237; "50 Jahre AEG", S. 151-159, 86, 90, 93, 257, 398 f.; Voss. Zeitung, Nr. 599, 23.XII.1902, Morgenausg.; O. Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 133, 233 f., 240, 242, 245; Rießer, Die deutschen Großbanken..., S. 340 f., 583 f.
- 41) Albert Mosse, Oberlandesgerichtsrat u. Honorarprofessor in Königsberg/Pr., 1886-1890 Berater der japanischen Regierung in Verfassungs- und Selbstverwaltungsfragen, war ein Jugendfreund Eduard Arnholds. Er wurde 1907 unbesoldeter Stadtrat in Berlin. Nach dem von ihm ausgehandelten Kompromiß stimmte die Stadt gegen eine einmalige Zahlung von 23 Millionen Mark der Konzessionsverlängerung bis 1939 zu. Vgl. Johanna Arnhold (hrsg.), Eduard Arnhold, S. 168; "Die Große Berliner ... 1902-1911", S. 15, 17; Hamburger, Juden im öffentlichen Leben..., S. 45 ff.

"Öffentliche Interessen" und Interessenpolitik der Elektrizitätswerke.

Die Aufwertung partikulär-industrieller zu "allgemeinen" Belangen im Bereich der kom- munalen Versorgungswirtschaft

An die Vorgänge um die "Große Berliner Straßenbahn" ist an dieser Stelle nicht nur zu erinnern, weil sie in den Diskussionen um den Berliner Elektro-Streik von 1905 auftauchten.⁴² Wesentlicher ist der Umstand, daß die Spannungen zwischen Stadt und Straßenbahngesellschaft noch andauerten, als der Konflikt in der Berliner Elektrogroßindustrie begann. Und vor diesem Hintergrund von lang andauernden Auseinandersetzungen zwischen Kommune und Bahngesellschaft gewinnen auch die Argumente, die während und nach dem Ausstand zwischen Gewerkschaften, Streikenden und Kommunalpolitikern gewechselt wurden, ein neues, eigentümliches Relief.

Geht man die Reden durch, die Vertreter der Kommunen des großberliner Raums damals hielten, dann fällt auf, daß auf bürgerlicher Seite kaum jemals der Hinweis auf die vorliegende Gefährdung "öffentlicher Interessen" fehlt; daß aber der Charakter dieser Interessen nicht näher umrissen wurde. So blieb unerläutert, ob und inwieweit der Ausstand jenes fiskalische Interesse berührte, das die Stadt Berlin nach dem BEW-Vertrag an dem privaten Trambahn- und Energieversorgungssystem nahm.

Tatsächlich standen hier erhebliche Einnahmen auf dem Spiel. Die Abführungen aus Umsatz- und Gewinnbeteiligung erreichten für die BEW 1905 über 3,7 Millionen Mark, für die "Große Berliner" aber an Konzessionsgebühren und aus der Gewinnausschüttung zusammen gut 2,3 Millio-

42) Vgl. oben, S. 451, Anm. 38).

nen Mark.⁴³ Das Schweigen der Stadtverwaltung ist jedoch erklärlich: zu deutlich hatte das Verhalten der Bahn die offizielle Prognose zum BEW-Monopol von 1898: "Dieses Privatmonopol wird eben für uns ausgedeutet..." - Lügen gestraft;⁴⁴ zu ersichtlich war der indirekte Beitrag der Stadt zu einer Konzentration in der Elektro-Großindustrie, die der Kommune gefährlich wurde. So mochte die erwerbswirtschaftliche Verflechtung der Gemeinde sich wohl in eindrucksvollen rechnerischen Erträgen niederschlagen; sie ins Feld zu führen, bestand aber kein Anlaß.⁴⁵

Die Stadt Berlin stand damit einem grundlegenden Problem kommunaler wirtschaftsführung überhaupt gegenüber: der Frage des Verhältnisses von finanzieller Teilhabe zu effektiver Unternehmenskontrolle bei Verkehrs- und Versorgungsbetrieben.⁴⁶ Beide Gesichtspunkte gleichrangig zu verfolgen, war der bleibend gerechtfertigte Wunsch städtischer Verwaltungen;⁴⁷ ihn zu verwirklichen, bedurfte es jedoch der Vermitt-

43) Bericht der Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1901-1905, II., Bln. 1907, S. 103; Matschoß, "50 Jahre...", Anlage: Zahlentafel I. Bei Gesamteinnahmen von 161,68 Millionen betrugen 1907/08 in Berlin die Einnahmen der Gemeinde aus den Eigenbetrieben 10,11 Millionen M. (M. Weiß, "Die finanzpolitische Bedeutung der Gemeindeunternehmen" in: Schriften VfS., Bd. 132, S. 191).

44) St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XXV., S. 295, Oberbürgermeister Kirschner in Erwiderung auf H. Preuß am 1.XI.1898.

45) Das hätte vielmehr die bürgerliche Position in der Auseinandersetzung dekonstruiert.

46) In der Regel Gas-, Wasser- und E-Werke, sowie Straßen- und Vorortbahnen. Vgl. C.J. Fuchs, "Die Entwicklung und allgemeine Bedeutung der Gemeindebetriebe und ihr Verhältnis zu den Privatbetrieben", in: Schriften VfS., Bd. 132, Leipzig 1910, S. 111-134, speziell S. 111 ff.; Th. v. Eheberg, "Gemeindefinanzen" in: HdSt., 4. Auflage, Bd. IV., S. 809.

47) Diese Konstanz kommunalpolitischer Zielsetzungen - freilich unter Verstärkung des Patronageprinzips - betonte Max Weber bereits 1907 vor dem VfS. auch für den Fall der Ablösung der vom Dreiklassenwahlrecht gesicherten bürgerlichen Vorherrschaft in den Rathäusern. (Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S. 408 f., 411).

lung widerstreitender Organisationsprinzipien, bedeutete den Versuch, privatwirtschaftliches Streben nach Gewinnmaximierung mit starken Elementen äußerer, bürokratischer Kontrolle vereinen zu wollen.⁴⁸

Unabhängig von politisch oder ökonomisch bedingten Änderungen in Unternehmensform und Betriebsgestaltung, erklären sich von daher z. T. Spannungen zwischen Kommunalbehörden und Leitungen städtischer Gesellschaften, die die Ablösung von Privateigentum an den Werken überdauern.⁴⁹

Dieser Besitzwechsel, - häufig der Endpunkt einer Entwicklung, die, vom Vordringen "gemischtwirtschaftlicher" Konzeptionen vor 1914

48) Das Selbstwertgefühl unentbehrlicher, hochbezahlter und zwischen öffentlicher- und Privatwirtschaft austauschbarer technisch-bürokratischer Eliten konnte sich bei städtischen Gesellschaften in einer der faktischen Kontrolle widerstrebenden Wirtschaftsführung niederschlagen. (Vgl. F.C. Lange zu den "der kommunalen Atmosphäre entrückten" Betriebsgesellschaften städtischer Unternehmen Berlins der Weimarer Zeit: F.C. Lange, Groß-Berliner Tagebuch 1920-1933, Bln. 1951, S. 115, 133 f., 154). - Schon deshalb leitete weder der frühe bürgerliche "Munizipalsozialismus", noch der Aufschwung öffentlicher Wirtschaftstätigkeit in der Weimarer Epoche zu einer "Wirtschaftsdemokratie" mit tendenziell sozialistischen Zügen über - (Gegen: W. Pahl und K. Mendelsohn, Handbuch der öffentlichen Wirtschaft, Bln. 1930, S. 12) - Vgl. auch die pointierten Beiträge der Gebrüder Weber zum Bürokratieproblem im "Kommunalsozialismus" auf der Wiener Tagung des VfS. von 1909: "Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden" in: Schriften VfS., Bd. 132, Leipzig 1910, S. 238-248, 309-312, bzw. 282-287; Beitrag Max Webers auch in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, S. 412-416. Pahl und Mendelsohn bleiben in ihrem theoretischen Ansatz insofern hinter der Vorkriegsdiskussion im VfS. zurück, als sie das Bürokratieproblem kaum beachten. Eine schwerwiegende Auslassung für ein Land, in welchem "die Municipalisierung ... durchaus ein Werk der Kommunalbürokratie" war. (Fuchs). Ferner wirkt wenig überzeugend, daß hier die in die kapitalistische Verkehrswirtschaft integrierte "Erscheinungsform" von dem, von den Autoren kaum entfalteten, "Wesen" öffentlicher Wirtschaft getrennt wird und schließlich der "Geist" der jeweiligen Unternehmensführung mit als Hauptkriterium für die Verwirklichung sozialistischer Komponenten erscheint. (Pahl u. Mendelsohn, a.a.O., S. 1-12, speziell S. 5 ff., 10 ff.; Fuchs, Die Entwicklung... der Gemeindebetriebe, S. 123).

49) Vgl. Lange, Groß-Berliner Tagebuch, a.a.O.

angebahnt,⁵⁰ vom Weltkrieg beschleunigt und in den ersten Jahren der Republik im Sinne wachsender "Durchstaatlichung" der Wirtschaft forciert wurde,⁵¹ - schuf per se noch keine befriedigenden kommunalwirt-

50) Die Praxis des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes ("RWE", gegr. 1898 von der "Elektrizitäts-AG., vorm. W. Lahmeyer & Co.", bald unter dem dominierenden Einfluß von H. Stinnes und A. Thyssen): Übernahme der Kraftstromabgabe an gewerbliche Großabnehmer und Belassung von Lichtversorgung und Kleingewerbe bei den ins Netz der RWE eingegliederten kommunalen E-Werken; auf Wunsch auch weitergehende Belieferung dieser städtischen Werke; Beteiligung der Gemeinden mit zunächst etwa 1/3 am Aktienkapital der RWE, mit qualifizierter Mehrheit an den angegliederten Straßenbahngesellschaften - dieses Modell einer "Amalgamierung des privaten und öffentlichen Interesses" (Alfred Weber) bot seit 1903/04 in interkommunalem Rahmen eine Kompromißlösung für die Elektrizitätsversorgung an, die auch dem Finanzinteresse der Kommunen entgegenkam. Mit der technischen Werkleitung sicherte sich indessen das RWE die für Auftragsvergebungen (Installationen, Reparaturen, Erweiterungen) ausschlaggebende Position. Die Aufsichtsratsstellungen der fachlich oft inkompetenten und häufig unakömmlichen gemeindlichen Honoratioren wogen dagegen nicht allzu schwer. Ähnliche Verhältnisse kennzeichneten die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen der AEG. (Alfred Weber in: Schriften Vfs., Bd. 132, S. 622; Fuchs, "Die Entwicklung der Gemeindebetriebe in Deutschland und im Ausland", ebda., S. 36; Pahl u. Mendelsohn, Handbuch, S. 376 ff., 398; E. Schmelcher, "Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen", in: HdSt., 4. Auflage, Bd. IV., S. 846-852; P. Ufermann u. C. Hüglin, Stinnes und seine Konzerne, Bln. 1924, S. 31; O. Vent, "Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) in Essen", in: van Heys, Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, S. 510-515; "Die AEG. und die Provinz Brandenburg", in: Frankfurter Zeitung, Jgg. LX., Nr. 134, 15.V.1916, Abendblatt: die AEG strebe auf dem Umweg gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen dem "Ziel eines privaten Elektrizitäts-Versorgungsmonopols" zu; im "Märkischen Elektrizitätswerk" bleibt der AEG das Vorschlagsrecht für das technische Vorstandsmitglied; sie sichert sich indirekt ein Bau- und Lieferungsmonopol; vgl. auch E. Koebel-Tusk (hrsg. P. Heß), AEG-Profit-Verbrechen, Bln. (DDR) 1958, S. 52-55).

51) Begriffsbildung des österreichischen Sozialisten Karl Renner. Vgl. auch G. Stolper, German Economy 1870-1940 - Issue and Trends, London 1940, S. 133. Noch bei Fuchs wird die Expansion der Kommunalwirtschaft vor allem finanzpolitisch gedeutet: sie ist "ein Kind der Not", aus den "finanziellen Bedürfnissen... der Städte geboren", als diese sich im 19. Jahrhundert den wachsenden Gemeinschaftsaufgaben in Verkehrs-, Gesundheits- und Schulwesen konfrontiert sahen. (Fuchs, "Die Entwicklung und allgemeine Bedeutung der Gemeindebetriebe...", S. 125. Neue Bewertung und Literatur bei H. Timm, "Gemeindefinanzen", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, ed. E.v. Beckerath u. H. Bente, Stgt. 1956, Bd. IV., S.

schaftlichen Organisationsformen. Diese bestimmten sich vielmehr an der jeweiligen Praxis gemeindlicher Betriebe; erprobten öffentlich- wie privatrechtliche Konstruktionen⁵² und berücksichtigten, teils aus langfristig fiskalischem Interesse, teils, - so 1931 bei der Berliner "BEWAG" - unter dem Druck akuter Haushaltskrisen, Vorstellungen aus der freien Wirtschaft.⁵³

Die Art, in der sich Berlin seit 1899 über Abführungen vom Umsatz und Reingewinn an den "BEW" beteiligt hatte, nimmt materiell ein gemischt-wirtschaftliches Konzept vorweg.⁵⁴ Ansatzweise tritt daher auch schon der "Dualismus von Gemeinwohl und Gewinnstreben" hervor, der den Betrieb von Erwerbsunternehmen der öffentlichen Hand kennzeichnet.⁵⁵ Davon zeugt das Schweigen städtischer Parlamentarier zum kommunalen Finanzinteresse an den Werken, zur fiskalischen Komponente der in den Streikdebatten

Anmerkungsübertrag zu Anm. 51), S. 456

299-308, [zit.: HdS.] und G. Schmölders, "Kommunale Finanzpolitik" in: Handwörterbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, [zitiert: HkKw.], Bd. III, Bln. 1959, S. 31-95.

- 52) Vgl. Pahl u. Mendelsohn, a.a.O., S. 380-387; E. Kaeber, "Das neue Berlin" in: 'Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Okt. 1920 bis 31. März 1924', Bln. 1924, Heft I, S. 26 f., 32-36.
- 53) Vgl. Büsch, a.a.O., S. 35-53, 185-198; Matschoß, "50 Jahre...", S. 66 f., 69; Martin Schmidt, Die BEWAG-Transaktion im Jahre 1931 - Eine Studie zur Geschichte des deutschen Finanzkapitals. Berlin (DDR) 1957, S. 20-26, 104-145.
- 54) Das formale Charakteristikum: die Fundierung auf Aktienbesitz und die Vertretung im AR. der Gesellschaft fehlt. Letzterem kommt bei der häufig dekorativen Rolle solcher Besetzungen keine allzu große Bedeutung zu. Der Beteiligungsgrad muß bei mindestens 26 % des Aktienkapitals - durch einfaches oder Mehrfachstimmrechte ausgeübt - liegen. Vgl. P. van Aubel, "Die gemischtwirtschaftliche Unternehmung", in: HdK., Bd. III., S. 877. Der Kommunalbürokratie galten die unterschiedlichen Beteiligungsformen schon als Vorstufe zur Kommunalisierung. (So Obbgm. Kutzer/Fürth 1909 vor dem VfS.: Schriften VfS., Bd. 132, S. 217, Debattenrede). Bei einer Beschränkung der städt. Teilhabe auf Abführungen von Umsatz und Reingewinn entfiel die bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen starke Beanspruchung des kommunalen Kredits.
- 55) G. Schmölders, "Kommunale Finanzpolitik", in: HkKw., Bd. III., S. 68. Die Zugehörigkeit gemischtwirtschaftlicher Unternehmen zur öffentlichen Wirtschaft wird häufig verneint, zumindest ist sie umstritten. Das ändert indessen nichts an dem beschriebenen Charakteristikum kommunaler bzw. kommunalem Einfluß sich öffnender Betriebe. (P. van Aubel, "Die gemischtwirtschaftliche Unternehmung" in: HkKw., Bd. III., S. 8; Pahl u. Mendelsohn, a.a.O., S. 16, 387).

von 1905 so häufig berufenen "öffentlichen Interessen".

Die Verdrängung dieses Tatbestandes läßt zusätzlich erkennen, daß die in Elektrizitätsversorgung und Bahnbetrieb engagierte Privatwirtschaft über gemeindliche Beteiligungen einem Hauptziel jeglicher Interessenpolitik näher kam: sie erreichte die Aufwertung partikulärer Eigen- zu "allgemeinen" Belangen.⁵⁶ Der Einzelgesellschaft substituierten sich Gemarkungskörperschaften, die als Anteilseigner oder freie Vertragspartner der Werken über die Position des Abnehmers und Konzessionserteilers hinaus erwerbswirtschaftlich verbunden waren, die Unternehmen jedoch weder technisch noch kaufmännisch effektiv zu kontrollieren vermochten.⁵⁷ Gegen das Zugeständnis von Ertragsbeteiligungen und - bei gemischtwirtschaftlichen Firmen - der Präsenz im AR, tauschten die Gesellschaften eine Stärkung ihrer Stellung ein, die mit aus den Anfängen der modernen Kommunalwirtschaft selbst abzuleiten ist.

In der Regel hatten die Gemeinden Versorgungsunternehmen unter dem Gesichtspunkt polizeilicher Fürsorge und kommunaler Verantwortlichkeit für Ordnung, Sicherheit und Hygiene geschaffen.⁵⁸ Aus dieser Wurzel entstand bereits im 19. Jahrhundert "ein System von wirtschaftlichen Funktio-

56) Soweit der Ausbau der Kommunalwirtschaft in einer solchen Verschränkung kommunalen und industriellen Interesses vor sich ging - auf Seiten der Städte war dies oft das Werk des "aufgeklärten Oberbürgermeisters" (Fuchs) - kann man in Analogie zu Organisationszielen im modernen Verbandswesen von einem Prozeß der "Vergruppung singulärer maximalisierender Selbstinteressen" sprechen. (Fuchs, Entwicklung und allgemeine Bedeutung..., in: Schriften VSt., Bd. 132, S. 123; J. Wössner, "Industriegesellschaft und Verbandswesen", in: Jahrb. f. Sozialwissenschaft, Bd. 8v., 1964, S. 225).

57) Siehe dazu oben, S. 456, Anm. 50).

58) Vgl. Fuchs, "Die Entwicklung der Gemeindebetriebe in Deutschland und im Ausland", in: Schriften VSt., Bd. 132, S. 122 ff., 125. "In Deutschland ... knüpften die Anfänge an Reste der alten Stadtwirtschaft und des Polizeistaates an..." (Ebda., S. 122; dort auch ausführliche Periodisierung); vgl. "Gemeindebetriebe", in: HdK., Bd. II., Jena 1922, S. 241-252; H. Brügmann u. W. Ludwig, "Kommunale Versorgungswirtschaft", in: HdK., Bd. III., Bln. 1959, S. 655-699, speziell S. 655 f., Pahl u. Mendelsohn, a.a.O., S. 379 f.

nen aus der öffentlichen Hoheitsverwaltung heraus".⁵⁹ Als Gegenbewegung führte der gleiche Vorgang Privatbetriebe, die sich formal dem Einfluß der Gemeinden, Städte und Kreise öffneten, an den Bereich der Hoheitsverwaltung heran. An ihr zu partizipieren, war nicht erst das Ziel der "amphibiosen" (A. Weber) Konstruktion gemischtwirtschaftlicher Gesellschaften.⁶⁰ Die nämliche Intention lag schon dem BEW-Vertrag zu Grunde, vor dem Hugo Preuß deshalb weitsichtig warnte:

"Wenn diese Gewinnbeteiligung [im Vertrag von 1899, d. Verf.] zur Folge haben soll, daß fortan das öffentliche Interesse mit dem der Elektro-Gesellschaft identisch ist, dann ist das eine *societas leonina*, die hier abgeschlossen werden soll".⁶¹

Der industrielle "Chargé d'Affaires" im kommunalen Parlament: Das Beispiel des "Falles Mommsen"

Im Sinne einer solchen ungleichen Koalition wirkten 1898/99 im Berliner Stadthaus bürgerliche Gruppen, die stark unter der Einwirkung industrienahe Kräfte standen. Wie bei der Durchdringung staatlicher Bürokratien diente der Verzahnung von Industrie und Selbstverwaltung der institutionalisierte Kontakt; in der Kommune sowohl die Fühlungnahme zum Magi-

59) Pahl und Mendelsohn, a.a.O., S. 379.

60) Alfred Weber in einem Nachtrag zu seinen Debattenreden vor dem VfS. 1909. Hugo Stinnes hatte Weber nach dessen kritischen Ausführungen zur "Stinnesisierung" "ganzer Gemeindeeinrichtungen in Rheinland-Westfalen" [d.h. die gemischtwirtschaftliche Strategie des "RWE", H.M.B.] zu einem Informationsgespräch eingeladen, dessen Ertrag W. dem VfS. schriftlich vorlegte. (Schriften VfS., Bd. 132, S. 241, 621 ff., speziell S. 622).

61) St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XXV., S. 295, am 1.XI.1898.

strat - die Berufung A. Mosses zum Verkehrsdezernenten wurde schon erwähnt - wie, im Vorfeld politischer Entscheidungen, die Verbindung zu den Parteiapparaten der politischen Gruppierungen.

Der Aufbau solcher Gelenkstellen wirtschaftlicher Einflußnahme wurde allerdings kritisch beachtet. In Berlin alarmierten 1898 Linksliberale und Sozialdemokraten die Öffentlichkeit. Sie verwiesen auf die Inkompatibilität von politischem Mandat und beruflichen Bindungen bei Ratsmitgliedern und Stadtverordneten, die, selbst im "Schatten" von Bankwelt und Privatwirtschaft, der Linken nicht mehr als unbefangen gelten konnten.⁶² Die Sozialdemokratie präziserte diese Kritik und griff namentlich den Fall des Stadtverordneten Karl Mommsen als beispielhaft auf.⁶³

Der Sohn des mit Werner von Siemens befreundeten Historikers Theodor Mommsen,⁶⁴ durch Ausbildung und familiären Konnex dem Bankhaus "Delbrück, Leo & Co." - Geschäftspartner bei AEG, BEW, Deutscher Bank und S.&H. -⁶⁵ verbunden, stand vor 1894 als Syndikus im Dienst der "Imperial Continental Gas-Association", welche für Teile Berlins das

62) St.Ber.STVV.Bln., Jgg. XXV., S. 278, Leopold Rosenow am 26.X.1898.

63) Paul Singer am 26.X.1898, ebda., S. 288 f. Vgl. auch Vorwärts, Jg. XV., Nr. 252 u. 253 am 27./28.X.1898.

64) Werner Siemens stand Mommsen politisch wie menschlich nahe, u.a. auch im Antisemitismustreit gegen Treitschke - vgl. dazu oben, S. 155-164. Im Sommer 1880 nahm Th. Mommsen nach einem Wohnungsbrand vorübergehend bei Siemens in Charlottenburg Quartier, der mit Freunden zum Wiederaufbau der Bibliothek des Historikers beitrug: W. v. Siemens, "Aus einem reichen Leben" - Werner v. Siemens in Briefen an seine Familie und Freunde, ed. F. Heintzenberg, Stgt. 1953, S. 307, Brief an seine Frau vom 22.7.1880.

65) Deutsches Biographisches Jahrbuch, Bd. IV., "Das Jahr 1922", S. 29 ff., 190 ff., 193; Neue Deutsche Biographie, Bd. III., Bln. 1957, S. 576; K. Helfferich, Georg von Siemens - Ein Leben aus Deutschlands großer Zeit, Bd. I., Bln. 1923, S. 213, 221, Bd. II., Bln. 1923, S. 80 f.

Monopol der Straßenbeleuchtung besaß.⁶⁶ 1894 nahm er die Stelle eines Syndikus bei Siemens & Halske an.

Für das Elektro-Haus war das insofern ein besonders wertvoller Gewinn als Mommsen Fachwissen und Verbindung aus der mit der Elektroindustrie rivalisierenden Gas-Branche in das Elektrounternehmen mit einbrachte. Drei Jahre später wurde Mommsen in die Direktion der "Mitteldeutschen Creditbank" berufen, gehörte jedoch auch fernerhin dem Siemens'schen AR. an, zumal die Elektro-Industrie zum traditionellen Arbeitsfeld des Geldinstituts zählte: die "Mitteldeutsche" war unter den Gründungshelfern und frühen Geschäftsbanken der "Deutschen Edison-Gesellschaft"/AEG, gewann freilich um 1900 ihren festen Platz im Bankenconsortium von Siemens & Halske.⁶⁷

Schon als Industriesyndikus hatte sich Mommsen 1894 aktiv der Gemeindepolitik zugewandt. In der ersten Klasse des Zensuswahlrechts zum Stadtverordneten gewählt, schloß er sich im Rathaus der "Freien Fraktion" liberaler Abgeordneter an, errang noch vor der Jahrhundertwende deren Führung und genoß hier, wie in der Reichstagsfraktion der Freisinnigen Vereinigung, in Handelskammer- und Börsengremien den Ruf eines Finanz- und Wirtschaftsexperten.⁶⁸

66) Vgl. dazu H. Lohmeyer, "Die Entwicklung Berlins zum Stadtstaat", in: "Der Bär von Berlin" / V. 1955, S. 18. Die englische Gesellschaft versorgte bis zu ihrer Liquidierung im 1. Weltkrieg ca. 1/5 des altberliner Gebiets, sowie u.a. die Gemeinden Wilmersdorf und Schöneberg. Angaben nach H. Lohmeyer, "Überblick über die Regelung der Finanzverhältnisse der Groß-Berliner Gemeinden bei Schaffung der Gesamtgemeinde", Ausarbeitung vom 9.I.1919 für den Bürger-Ausschuß Groß-Berlin in: SAA. 4/Lf 533 - Bürger-Ausschuß Groß-Berlin.

67) Deutsches Biographisches Jahrbuch, a.a.O., S. 190 f. E. Achterberg u. M. Müller-Jabusch, Lebensbilder Deutscher Bankiers aus fünf Jahrhunderten, Ffm. 1963, S. 218 ff., 221 f.; Riesser, Die deutschen Großbanken..., S. 583.

68) M. gehörte dem Parteivorstand der Freisinnigen Vereinigung an. Als Abgeordneter für Danzig vertrat er die Vereinigung 1903-1912 im Reichstag. Er wurde 1906 in die Berliner Handelskammer gewählt und von dieser in Vorstandsgremien der Börse delegiert. (Deutsches Biograph. Jahrb., a.a.O., S. 192 f.; Degener, Wer ist's?, 4. Auflage, Leipzig 1909, S. 945; Schwarz, MdR., S. 405).

Bei den Verhandlungen zum BEW-Vertrag exponierte sich der Kommunalvertreter von "30 Mitgliedern der Hochfinanz in der Gegend der Behrenstraße"⁶⁹ als Anwalt einer radikalen Beschneidung wirtschaftlicher Tätigkeit der Gemeinde: Er sah diese nur im engen Sektor von Wasserversorgung und Kanalisation als gerechtfertigt an.⁷⁰

Schon der Betrieb der städtischen Gaswerke verstieß ihm wider Gebote ökonomischer Vernunft.⁷¹ Anders als sein Kollege Wallach, der in einer noblen Geste vor dem Stadtverordnetenplenum sich als Anteilseigner der AEG bekannte und daraufhin von den Beratungen ausgeschlossen wurde, lehnte Mommsen solche Offenlegungen ab.⁷² Sie erschienen ihm überflüssig.⁷³ Überflüssig selbst die dritte Lesung der BEW-Vorlage: die Opponenten des Vertrages mußten sie erstreiten.⁷⁴

Für die Kommunalpolitik forderte der Bankier den Typ des vom Wählerwillen ungehinderten Experten.⁷⁵ Insbesondere aber war einer breiteren Öffentlichkeit die Teilnahme bei der anstehenden Frage zu versagen.

69) So eine gerügte Äußerung des Stvo. Ullstein am 10.XI.1898. (St.Ber.STVV.Bln., a.a.O., S. 329).

70) Der von Preuß wegen dieser Haltung als "kommunalreaktionär" bezeichnete Deputierte wurde noch von dem Stvo. Kyllmann übertroffen, der indirekt selbst für eine Entkommunalisierung der Wasserversorgung plädierte. (St.Ber.STVV.Bln., a.a.O., S. 277, 285 - 26.X.1898).

71) Bei einer Verpachtung der städtischen Gaswerke lasse sich mehr "herauswirtschaften" (St.Ber.STVV.Bln., a.a.O., S. 285 - 26.X.1898).

72) Wallach sprach für die Ablehnung des Vertrages. Die AEG-Aktien waren unterdessen dank des Verlaufs der Beratungen erheblich im Kurs gestiegen. (St.Ber.STVV.Bln., a.a.O., S. 296, 300, 307: Wallach, Mommsen und P. Singer am 1. u. 8.XI.1898).

73) Ebda., S. 306, Mommsen am 8.XI. Ähnlich erklärte damals die "Freisinnige Zeitung" Aktienbesitz, AR.-Mandate und die Bindung einzelner Stvo. durch Lieferungen an die AEG. für unerheblich. (Ebda., S. 311 f., Stvo. L. Rosenow am 8.XI.).

74) Mit Unterstützung des amtierenden Stadtverordnetenvorstehers. Ebda., S. 328, Mommsen am 10.XI.

75) Ebda., S. 286, Mommsen am 26.X.

Gegen äußere Kritik sollten sich die "guten Elemente" der Stadtverordneten zusammenschließen.⁷⁶

"... die Bürgerschaft, die einen solchen Vertrag zu beurteilen hat ..., sitzt ja nicht draußen in den Bezirksversammlungen, oder in den Volksversammlungen, sondern die sitzt hier ..."⁷⁷

Mommsen wollte, was solche Äußerungen deutlich belegen, das Arbeitsfeld städtischer Beschlußkörperschaften von dem Politisierungsprozeß abgeschirmt wissen, den die Arbeiterbewegung, mitunter in taktischem Bündnis mit sozialliberalen Strömungen,⁷⁸ in die Kommunen trug. Daher der Hinweis auf die Fachkompetenz im städtischen Parlament des Drei-Klassen-Wahlrechts; ein Anspruch, der sich z. T. mit der Realität bürgerlicher Politik deckte, die im Zeichen der Einheit von Bildung und Besitz Fachkundige wie Mommsen mit geringem Aufwand als Stadtverordnete zu präsentieren vermochte.

Daß der Ruf nach "unabhängigen Leuten", von der nämlichen Seite in die Debatte geworfen, dem oppositionellen Lager als Formel einer Verdeckungs-ideologie, als Chiffre galt, welche kommerzielle Belange verbarg, um die Stellung des Interessenten in der Rolle des Fachmanns zu befestigen,⁷⁹ kann bei der Härte der Auseinandersetzungen, der Persönlichkeit und den Konnexionen des "kommunalreaktionären" (Preuß) Vertreters der

76) Ebda.

77) St.Ber.STW.Bln., a.a.O., S. 328, Mommsen am 10.XI.1898.

78) In Berlin und Charlottenburg verkörpert durch die Politiker H. Preuß, L. Rosenow und Ignaz Jastrow, der die Begriffsbildung "sozialliberal" prägte. Vgl. I. Jastrow, Sozialliberal, Bln. 1893; F. Wunderlich, "Ignaz Jastrow", in: Internat. Hdwb. d. Gewerkschaftswesens, Bd. I., S. 870 ff.

79) Die Opposition erfüllte "die Aufgabe aller sozialverantwortlichen Gruppen" der modernen Gesellschaft, "die Latenz von Sonderinteressen-Positionen in die Kritik zu nehmen und öffentlich aufzuklären". (J. Wössner, "Industriegesellschaft und Verbandswesen", S. 239). Im Zeichen der "Fachmannsideologie" führten in der Wei-

Berliner Hochfinanz nicht Wunder nehmen.⁸⁰ Sein Appell war sicher mehr als eine Anregung im Sinne des Topos' der "Abkömmlichkeit" des Politikers bei Max Weber,⁸¹ seine eigene Laufbahn zumindest der anschauliche Beweis dafür, daß die Position solcher Experten Interessenkollisionen notwendig einschloß: Auf Vorhaltungen Paul Singers räumte Mommsen ein, in der Vergangenheit für Siemens & Halske mit dem Magistrat verhandelt zu haben, als er, beruflich noch aktiv bei der Gesellschaft engagiert, bereits der Stadtverordnetenversammlung angehörte.⁸²

Der "Fall Mommsen" in der Agitation. Zum Stand
industrieller Behördenkontakte und industrieller
Parteienarbeit in der Kommune vor 1914

Ob der "Fall Mommsen", außer im Werturteil des parlamentarischen Treffens, kennzeichnend für die Gesamtheit kommunaler Politik stand, Regel oder Akzidens im System der besitzprivilegierenden zeitgenössischen

Anmerkungsübertrag zu Anm. 79), S. 463

marer Epoche repräsentative Kreise der Berliner Großindustrie (u.a. die Elektro-Konzerne, Großbanken, Maschinen- u. Chemische Industrie) den Kampf gegen den Ausbau der Kommunalwirtschaft. Vgl. dazu die Ausführungen zum "Kuratorium für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens", unten S. 635. Zur - anders gelagerten - Problematik einer Fachmannsideologie im kommunalen Management und Beamtentum: Büsch, Berliner Kommunalwirtschaft, S. 52: kritisch dazu: Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 188. Zur Fachmannsideologie im hier behandelten Sinne: ders., a.a.O., S. 215.

80) St.Ber.STVV.Bln., a.a.O., S. 295.

81) Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, I., S. 216; II., S. 1053 f.

82) St.Ber.STVV.Bln., a.a.O., S. 288 f.

Selbstverwaltung anzeigte, ist hier nicht zu entscheiden.⁸³ Verbindungen zwischen Kommune und Industrie, wie sie der "Fall Mommsen" belegte, dienten während des Elektro-Streiks von 1905 primär der Agitation.⁸⁴

Die Arbeiterschaft sollte hier im Lichte bisheriger Erfahrungen: - ad-

83) Als Beispiel einer möglichen Bearbeitung dieses Gebiets sei verwiesen auf W. Hofmann, Die Bielefelder Stadtverordneten - Ein Beitrag zu bürgerlicher Selbstverwaltung und sozialem Wandel 1850 bis 1914, Lübeck 1964, S. 77-133 u. passim. (Historische Studien, Heft 390). - Evident in Berlin Pressionsmanöver von Banken und Terraingesellschaften auf dem Sektor der Bau-, Boden- und Steuerpolitik. Als repräsentativ dafür häufig zitiert: Georg Haberland. Er verfügte in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung über eine eigene "Fraktion Haberland", die sich auf - ebenfalls von H. kontrollierte - Bezirksvereine zu stützen vermochte: "Wir bildeten /mit dem lokalen Haus- und Grundbesitzerverein, HMB./ ein aus angesehenen Bürgern bestehendes Wahlkomité - eine Excellenz, ein General, höhere Beamten und dergleichen...-, das den Wählern die Kandidaten vorschlug ..." Erst im Zusammenhang mit den Spekulationen um das "Tempelhofer Feld" verlor H. seinen Sitz in der Wilmersdorfer Gemeindevertretung. In Schöneberg bezeichnete sich die Haberlandsche Gruppe als "liberal". Einflußnahmen suchte man auch hier durch die Sachkompetenz der Interessenten zu legitimieren: "Die Aufstellung der Kandidaten ... erfolgte nicht nach politischen Gesichtspunkten. Man stand ... auf dem ... richtigen Standpunkt, daß die Parteipolitik mit der Kommunalverwaltung nicht das mindeste zu tun habe". Terraininteressen vertrat in der Kommunalpolitik auch der prominente freisinnige Politiker Johannes Kaempf, 1906 AR.-Vorsitzender in drei Berliner Bodengesellschaften. Vgl. Gg. Haberland, Aus meinem Leben, Bln. 1931, S. 83 f. (Zitate), 91, 97, 120; A. Damaschke, "Untersuchungen und Vorschläge: Was lehrt ein Menschenalter deutscher Bodenreformarbeit?" in: Jahrbuch der Bodenreform, Bd. 30, H. 4, 1934, S. 147 ff.; ders., Aufgaben der Gemeindepolitik, 8. Aufl., Jena 1919, S. 250; ders., Zeitenwende - Aus meinem Leben, Bd. 2, S. 353 ff.; A. Lange, Das wilhelminische Berlin - Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution, (Bln./DDR) 1967, S. 482 ff.; H. Nowack, Das Werden von Groß-Berlin 1890-1920, phil.Diss. Bln. (FU) 1953, S. 100.

84) Vgl. A. Südekum, "Die 'Große Berliner'", in: Die Neue Gesellschaft, Jgg. I, 1905, Nr. 27, S. 320 f.: Vereint trieben Großbanken, BEW und deren Rathausvertreter "Schindluder mit der städtischen Bürokratie". Nach den Erfolgen von 1898 werde die Stadt hier - zu Recht - als "quantité négligeable" behandelt. Gleiche Tendenz in einem nicht gezeichneten Artikel, ebda., Nr. 30, S. 354.

ministratives und polizeiliches Vorgehen gegen ausständige Berliner Straßenbahner 1900,⁸⁵ Zusammenspiel von Ministerialbürokratie und "Großer Berliner Straßenbahn" in der Frage der Konzessionsverlängerung - das staatliche Eingreifen als die Verlängerung industrieller Interessenpolitik begreifen.

An weiteren anschaulichen "Fällen" zur Erhärtung dieser These fehlte es sozialdemokratischen- und Gewerkschaftssprechern 1905 nicht.

So ließ sich inzwischen auch mit dem Beispiel von Paul Micke argumentieren: Dr. Paul Micke, bis 1899 Ministerialdirektor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten und, wie bereits früher geschildert, in der Folge Direktor der "Großen Berliner" - ein Kleinbahnexperte -, hatte nach allgemeiner Ansicht das umstrittene Manöver der Konzessionsverlängerung von 1900 zu verantworten.⁸⁶

85) Ausstand bei der "Großen Berliner Straßenbahn" vom 19.-21.V.1900. Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter forderte u.a. den 9-Stunden-Tag, Lohnaufbesserungen und Beschwerdekommissionen. Eine Straßenversammlung wurde mit der blanken Waffe aufgelöst. Wilhelm II. schickte ein martialisches Telegramm an die Gardetruppen, er "erwarte", daß bei militärischem Einschreiten "mindestens 500 Leute zur Strecke gebracht werden". Die "Große Berliner" fand die Unterstützung der preußischen Minister des Inneren und für öffentliche Arbeiten. Bemerkenswert das rasche Entgegenkommen, das auf den Siemens'schen Linien den Streik abwendete. Vgl. Robert Graf Zedlitz-Trützschler, Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof, Bln. 1924, S. 75, zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 24; Furtwängler, ÖTV., S. 100; F. Deichen, "Erhebungen über die Verhältnisse der Bediensteten u. Arbeiter im Straßenverkehrsgewerbe Berlins", in: Schriften VfS., Leipzig 1902, S. 478-488.

86) Vgl. P. Hirsch, 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde - Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Bln. 1908, S. 453 ff., 456 ff. Micke stand seit 1899 an der Spitze der Gesellschaft, in gleicher Position auch noch 1911. Falsche Datierungen bei A. Lange, Wilhelminisches Berlin, S. 476. Zum Beispiel Micke vgl. auch unten, S. 469-481, die Ausführungen zur "Schnellbahngesellschaft".

Angeichts solcher Exempel konnte es nicht schwerhalten, Verfilzungen von Privatwirtschaft, Staat und Kommune vor allem an Hand des Faktums der Austauschbarkeit der respektiven Bürokratien darzulegen.⁸⁷

Unter dem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung industrieller Interessenpolitik und insbesondere unter dem Aspekt des Ausbaues und der Fortentwicklung der industriellen "Parteienarbeit" waren solche Exempel jedoch nur der Beleg dafür, daß es die Berliner Elektro-Großindustrie - wie andere Industriebranchen vor 1914 - verstand, das System der der Honoratiorenpolitik eigenen Kontaktpflege in ihren Dienst zu stellen.

Eine Neuentwicklung etwa im Sinne eigener Konzeptionen zur Durchdringung und Beeinflussung politischer Parteien lag dabei aber noch nicht vor.

Die Elektroindustrie blieb auch hier noch lange hinter Diskussionsstand und Praxis zurück, die zur gleichen Zeit bereits in Industrieverbänden wie dem CDI erreicht waren.⁸⁸

87) Schon vor der Entwicklung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen kam diese Tendenz bei privaten Versorgungsbetrieben mit der Berufung von Stadträten, Stadtverordneten- und Ältesten in AR.-Gremien zum Ausdruck. So gehörten dem AR. der Großen Berliner 1902 der Stadtälteste Friedrich Ball, und 1911 der Stadtrat Albert Buchard an. ("Die Große Berliner ... 1871-1902", S. 259; "Die Große Berliner ... 1902-1911", S. V.).

88) Als Kuriosum sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß das von den Elektro-Großfirmen, der Berliner Großchemie und dem VBMI im Winter 1918/19 mit gleicher Aufgabenstellung wie der "Industrielle Wahlfonds" des CDI errichtete "Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" während der ersten Kommunalwahlen in republikanischer Zeit in Berlin die 1919 immer noch als "liberale" Gruppierungen in Schöneberg und Wilmersdorf existenten "Fraktionen Haberland" pekuniär unterstützte. (Vgl. oben, Anm. 83), S. 465). (SAA 4/Lf 646, Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens). Wie skeptisch Wilhelm v. Siemens selbst vor 1914 die Chancen zu einer breiteren, auch politisch relevanten Öffentlichkeitsarbeit des Siemenskonzerns betrachtete, geht mittelbar aus einer Briefstelle von 1912 hervor: "Wir gelten als Domäne des Bankkapitals. Man hält uns für ein Warenhaus von ausschließlich kapitalistischen Tendenzen. Daß wir eine a n - s t ä n d i g e Fabrikantentradition haben, daß eine zweite

Das gilt auch, wenn man anderen, während der Auseinandersetzungen des Elektro-Streiks zitierten "Beispielen" industrieller Interessenpolitik der Elektro-Großindustrie folgt.

Zur Veranschaulichung der im Streik aufgegriffenen dichten Wechselbeziehungen zwischen Staat und Industrie sei daher abschließend noch auf eine der zahlreichen "Studiengesellschaften" eingegangen, die Banken, Industrie und - wie noch zu zeigen sein wird - auch staatliches Interesse in der Elektro-Großindustrie begünstigten, bzw. gründen halfen.⁸⁹

K A P I T E L 4 :

ARBEITSKAMPF UND INDUSTRIELLER BEHÖRDENKONTAKT : DAS BEISPIEL DER "STUDIENGESELLSCHAFT FÜR ELEKTRISCHE SCHNELLBAHNEN"

B e h ö r d e n k o n t a k t e a l s K e n n -
z e i c h e n f r ü h e r i n d u s t r i e l -
l e r I n t e r e s s e n p o l i t i k

Ihre Belange in einer vorwiegend von Kräften außerhalb des industriellen Unternehmertums politisierten Gesellschaft zu

Anmerkungsübertrag zu Anm. 88), S. 467

Generation ein Leben ... zugebracht hat in s c h w e r e m
K a m p f g e g e n d i e Ü b e r m a c h t d e s K a p i -
t a l s , d a s w e i ß e i g e n t l i c h n i e m a n d . W i r N a m e n s t r ä g e r e x i s t i e -
r e n i n d e r ö f f e n t l i c h e n M e i n u n g e i g e n t l i c h k a u m m e h r ..."
(SAA 4/Lf 666, Brief an Carl Friedrich v. Siemens vom 24.IV.
1912, eine Reaktion auf das Presseecho zur Einflußnahme des
Siemenskonzerns bei den "Bergmann Elektrizitätswerken AG." /Sper-
rungen = HMB.7. Zur Bergmanntransaktion: Gg. Siemens, Carl Fried-
rich von Siemens, S. 91-99).

89) Die Studiengesellschaften dienen der Erprobung und der Beförderung des technischen und kommerziellen Ausreifens einzelner zukunfts-trächtiger industrieller Innovationen, vgl. Jeidels, Großbanken, S. 210 f.

vertreten,¹ waren am Umbruch des Jahrhunderts Organisationen der Arbeitgeberschaft und einzelne Unternehmer nur schlecht gerüstet. Ihr Wirken in den alten Parteien des bürgerlichen Honoratiorentums oder gar die Präsenz in Handelskammern und kaufmännischen Korporationen ließen sich kaum als Vorbereitung politischen Arbeitens unter den Bedingungen von 1900 werten.

Formal verband die Tätigkeit der Vertretungen der Kammern, Korporationen und auch des frühen CDI mit dem Auftreten der Parteien alten Typs die Respektierung des der Honoratiorengesellschaft eigentümlichen Persönlichkeitsprinzips: die Beeinflussung staatlicher Gewalt vor allem über den persönlichen Kontakt, besonders bei der Regierungsbürokratie, anzubahnen.²

Außerhalb einzelner, punktueller Kampagnen sparte das von diesem Grundsatz geprägte industrielle Verhalten aber noch die gebotene dauernde, wirksame Durchdringung der Öffentlichkeit mit industriellen

1) Dazu zählen neben der Sozialdemokratie, Freien Gewerkschaften und der agrarischen Bewegung auch Teile des unruhigen Mittelstandes. Vgl. für die zeitenössische Einschätzung: W. Stieda, Die Mittelstandsbewegung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 29, 1905, S. 5-11. Zum Typ der bürgerlichen Honoratiorenpartei: Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 393 ff. Bereits 1877/78 griff der CDI aktiv in Reichstagswahlkämpfe ein. Vgl. I.N. Lambi, Die Organisation der industriellen Schutzzollinteressen, in: Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, ed. K. E. Born, Köln-Bln. 1966, S. 307.

2) Beispiele in der Arbeit der Berliner Korporation der Kaufmannschaft und im CDI. Vgl. oben, S. 112, 167. Dem Grundsatz "persönlicher Fühlungnahme" entspricht bei einem Unternehmer wie Werner v. Siemens im Betrieb selbst die gewollt persönlich stilisierte Beziehung zur Arbeiterschaft. Vgl. R. Ehrenberg, "Selbstinteresse und Geschäftsinteresse" in: Thünen-Archiv, Bd. I, 1906, S. 295 f.

Zielvorstellungen aus.³ Dagegen genügten die Verbindungen zur Bürokratie, um eine, anfänglich dort z. T. erbetene, späterhin von den Interessenten gewohnheitsmäßig geforderte, Beratung der Administration auszuüben.

Solange der Behördenkontakt eine ausreichende Beeinflussung von Wirtschafts- und Sozialpolitik versprach, bemühten sich Interessenverbände und gewerbliche Vertretungen vornehmlich darum, hier ihren Einfluß institutionell zu festigen. Davon zeugt u.a. die Besetzung von Beiräten in Reichs- und Landesverwaltungen.⁴ Dem Anteil an dieser Verankerung der industriellen Mitsprache galt am Ausgang des alten Jahrhunderts immerhin noch die Rivalität von Handelstag und CDI; im Berliner Wirtschaftsgebiet zu einem guten Teil auch der Disput zwischen der Korporation der Kaufmannschaft und der örtlichen Handelskammer um 1900.⁵

Von vergleichbaren Absichten ließ sich sprechen, wo in den Industrieunternehmen Angehörige des Adels, inaktive Militärs und ehemalige Ministerialbeamte in die Direktionsetagen einrückten bzw. Mandate in

- 3) Punktuell und nicht andauernd war selbst die von Handel und Industrie während der großen Debatten um Freihandel und Schutzzoll mitgeschaffene Politisierung (1860-65/1875-80). Kontinuierliche Anstrengungen auf allen Ebenen der öffentlichen Meinungsbildung kannte die Arbeit der Interessenvertretungen vor 1900 noch nicht. (Vgl. Th. Nipperdey, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 378).
- 4) Während der 1893 auf Ersuchen der Reichsregierung gebildete 'Zollbeirat' als "fast überhastet /für die Begutachtung des Entwurfs zum deutsch-russischen Handelsvertrag/ geschaffene Institution" (Bueck) seinen Ad-hoc-Charakter nie ganz verlor, erstrebte der CDI für den dann 1897 errichteten "Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen" von Anbeginn an den gesicherten Status von Kommissionen an, "welche im Reiche und Preußen als begutachtende und vorbereitende Institutionen bereits ... bestehen" (z. B. Landes- und Bezirkseisenbahnräte, Kolonialrat u.ä.). (Verhandlungen CDI., Nr. 76, Sept. 1897, S. 23, Bueck).
- 5) Vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 77, Okt. 1897, S. 41, 43 (Bueck) und S. 46 (Jencke, Mitglied des Direktoriums des CDI). Zusammenfassend: Kaelble, a.a.O., S. 178 ff. Da sich der Deutsche Industrie- und Handelstag, anders als die industriellen Fachverbände, im ersten Weltkrieg zunächst der - institutionalisierbaren - Mitarbeit an der Organisation der Kriegswirtschaft versagte, verlor er weitgehend Einfluß auf Reichs- und preußische Regierung. Vgl. Stenographischer

Aufsichtsräten erhielten. Diese Berufungspolitik wurde auch in der Elektro-Großindustrie geübt.⁶ Zur Illustrierung dieses Sachverhalts sei hier auf ein besonders anschauliches Beispiel etwas näher eingegangen.

Auf die enge Verbindung von Staat und privater Industrie hatte im Falle der Elektrotechnik, wie öfters erwähnt, schon die Frühzeit der Telegraphie verwiesen. Der Bau der Telegraphenlinie Berlin-Frankfurt/M. 1848, die Errichtung der Linien von Petersburg nach Warschau, Abo (Finnland), Moskau, Kiew, Odessa und Sewastopol im befreundeten Rußland nach 1850 gaben zu deutlich militärisch-politische Belange zu erkennen, als daß es nicht beiden Seiten, Staat und Industrie (hier Siemens & Halske) trotz gelegentlicher Unterbrechungen der Beziehungen immer wieder ratsam erschienen wäre, die Fühlungnahme zu suchen: der von staatlichen Aufträgen weiterhin abhängige Industriezweig sucht die Nähe staatlicher Verwaltungen, die ihrerseits, wie Reichspost, preußische Bahn, Militär und Marine ein weitgehendes Abnahmemonopol für einzelne Erzeugnisgruppen besaßen und darum über ein gewisses Mindestmaß an Kontrollmöglichkeiten auch ohne die Praxis dirigistischer Eingriffe verfügen konnten.⁷ Das Be-

Anmerkungsübertrag zu Anm. 5), S. 470

Bericht der 40. Vollvers. d. dtn. Handelstages am 2./3.V.1918, S. 8, 10, 60-65.

- 6) "Sie werden sehen, daß der AR. nicht umfangreich und nicht so entwickelt ist, wie es vielleicht sonst üblich ist ... Doch müssen wir großen Wert darauf legen, durch unseren AR. mit maßgebenden Kreisen des volkswirtschaftlichen und politischen Lebens in Fühlung zu bleiben". (Begründung der Bitte von Arnold v. Siemens an Graf Henckel v. Donnersmarck, sich für den Siemens'schen AR. zur Verfügung stellen zu wollen; Brief aus dem Jahre 1917, abgedruckt bei Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 427). Zu den Gruppen im Siemens'schen AR., ebda., S. 419-428 u. 429-433. Neben den Direktoren des "Norddeutschen Lloyd" und der "Hapag" (Dr. H. Wiegand, Mitglied des AR. der AEG von 1903/04-1908/09, A. Ballin, Mitglied des AR. der AEG von 1900/01-1917/18) gehörte zeitweilig auch der Ministerialdirektor a.D. Paul Mücke (1908/09-1910/11) und Friedrich Graf v. Brockdorff (1912-1914) dem AR der AEG an.
- 7) Zu den Folgen dieser engen Anlehnung zählte, daß die Reichspost während der Depressionsjahre von 1901/02 mit massiven Bestellungen bei Siemens & Halske und Mix & Genest in Berlin antizyklische Konjunk-

streben der Unternehmer ging dabei dahin, staatliche Instanzen in Entwicklungen der Elektroindustrie selbst schon absichernd einzubeziehen und so ihre Kontrollfunktion möglichst in ein gemeinsames Interesse einzuschmelzen.

Entstehung und Interessenprofil der "Studiengesellschaft"

Der Plan, neben dem Ausbau von elektrischen Straßenbahnen auch "Vollbahnen" zu elektrifizieren, hatte in der Elektroindustrie bereits eine lange Vorgeschichte als 1899 zur technischen, unternehmerischen und - wie darzulegen sein wird - auch politischen Beförderung dieser Vorhaben die "Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen" begründet wurde.⁸

Anmerkungsübertrag zu Anm. 7), S. 471

turpolitik betrieb, und daß Siemens u.a. in der Zusammenarbeit mit dem Reichsmarineamt ein "faktisches (Angebots-) Monopol" (G. Siemens) für Teilausrüstungen der Kriegsmarine gewann. (Werner v. Siemens, Lebens-erinnerungen, 17. Auflage, München 1966, S. 93-96, 118, 138; R. Ehrenberg, Das Wesen der neuzeitlichen Unternehmung, in: Thünen-Archiv, Bd. I, 1906, S. 46, 51 f., Loewe, Elektroindustrie, S. 104, 107; G. Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I., S. 252).

- 8) Schon Werner v. Siemens hatte in den 1880er Jahren die Aufgaben der Vollbahnelektrifizierung in den Berichten an die "Ältesten der Kaufmannschaft" als mögliches u. notwendiges Projekt beschrieben. Nach dem starken konjunkturellen Aufschwung der Elektroindustrie in den 1890er Jahren, der vor allem vom Kraftwerksbau, der Anlage ausgedehnter elektrifizierter Straßenbahnnetze u. der Einführung u. Verbreitung von elektrischer Beleuchtung geprägt war, erwarteten an der Jahrhundertwende Banken, Elektro- u. Schwerindustrie neue konjunkturelle Impulse von den als technisch u. kommerziell für realisierbar gehaltenen Elektrifizierungsplänen im Vollbahnwesen. Diese Erwartungen waren allerdings verfrüht. Vgl. J. Winkler, "Zur Geschichte der elektrischen Eisenbahnen", in: Siemens-Zeitschrift, 2. Jgg., 1922, H. X., S. 559-78. "Stahl und Eisen", 22. Jgg., 1902, S. 55: "Verschiedene Vorkommnisse in Deutschland haben bewiesen, daß die hohen Erwartungen... im Bahnverkehr ... nicht in Erfüllung gegangen sind".

An der Spitze des AR. dieses Unternehmens stand der Präsident des Reichseisenbahnamtes. Im AR. selbst aber und im Technischen Ausschuß der Gesellschaft hatten neben Bankiers und Industriellen der Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, Oberst H. Budde, General von der Goltz, sowie 4 Vertreter preußischer Ministerien und leitende Beamte städtischer Bauverwaltungen Platz gefunden: die für Entwicklung, Bestellung und Konzessionierung zuständigen und kontrollierenden Stellen.⁹

Gewiß war diese Studiengesellschaft, in der die Mitglieder des AR. und Technischen Ausschusses "weder Gehalt noch Tantiemen" bezogen und der man "nicht den Charakter einer Erwerbsgesellschaft" zuerkannte, ein Unternehmen sui generis, das seinen industriellen Gründern, noch ehe sie ihre verbesserte Stellung bei Heeres-, Staats- und Kommunalverwaltungen auszuschöpfen vermochten, vor allem technischen Gewinn versprechen konnte.¹⁰ Indessen variierte die Gesellschaft, die dank ihres Sonderstatus' auch aktive Offiziere und Ministerialbeamte in ihre Gremien zu berufen vermochte, nur unwesentlich ein geläufiges Muster von Interessenverfälschungen, das Banken, Verbände und produzierende Aktiengesellschaften häufig übten, indem sie dauernd oder auf Zeit Beamte oder Militärs dem Staatsdienst entzogen.

In diesem Zusammenhang betrachtete ja schon die zeitgenössische Publizistik und Kritik etwa den Wechsel des Regierungsrates Völcker aus der Arbeit an der Kartell-Enquête des Reichsamtes des Inneren zur Spitze

9) Zwei vortragende Räte und ein Hilfsarbeiter aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, ein vortragender Rat aus dem Finanzministerium; Stadtbauräte aus Berlin, Hamburg, Frankfurt/M. ("Stahl und Eisen", 19. Jgg., 1899, S. 990). Vgl. das umstehende Verteilungsschema der Mandate im AR. und techn. Ausschuß der Gesellschaft. Zur Initiative der Großbanken bei der Begründung von "Studiengesellschaften" vgl. Jeidels, Großbanken, S. 210. Die "Riesenaufgabe des Überganges zum elektrischen Betriebe auf den Vollbahnen" stimulierte zugleich den Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe (Berliner Jahrbuch 1904, Bd. I., S. 186).

10) "Stahl und Eisen", a.a.O., S. 990.

Zusammensetzung von AR. und Technischem Ausschuß der
"STUDIENGESELLSCHAFT FÜR ELEKTRISCHE SCHNELLBAHNEN":⁺⁾

A u f s i c h t s r a t		T e c h n . A u s s c h u ß	
Es hatten inne:	Mandate	Es hatten inne:	Mandate
STAATSBEHÖRDEN MILITÄR KOMMUNALE VERWALTUNGEN:			
Präs. Reichseisenbahnamt (Zugleich Vor. des AR.)	1	Eisenbahnabt. Großer General- stab	1
v. d. Goltz, General z.D. à la suite Ingenieur- u. Pionierkorps.	1		
Min. d. öff. Arbeiten	2	dito	1
Pr. Finanzministerium	1		
Kommune Hamburg	1	Kommune Frankfurt/M.	1
		Kommune Berlin	1
BANKEN			
Deutsche Bank (Zugl. stellv. Vors. AR).	2	dito	1
Delbrück, Leo & Co.	1	dito	1
Nationalbank f. Dtld.	1	dito	1
J.S. Stern/Frft./M.	1	dito	1
SCHWERINDUSTRIE LOKOMOTIVBAUFIRMEN			
Borsig / Berlin	1	dito	1
Krupp / Essen	1	dito	1
Van der Zypen & Charlier / Köln	1	dito	1
ELEKTROINDUSTRIE			
A E G / Berlin	1	dito (Vors. + stell.Vors.)	2
S. & H. /Berlin	1	dito	2
BAUFIRMEN			
Philipp Holzmann / Frft./M.	1	dito	1

⁺⁾ Ermittelt nach "Stahl und Eisen", 19. Jgg. (1899), S. 990; "50 Jahre AEG", S. 148. Im Technischen Ausschuß hatte Emil Rathenau den stellvertretenden, Prof. Slaby den Posten des 1. Vorsitzenden inne. Slaby arbeitete damals bereits mit der AEG auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie zusammen. Siemens & Halske waren im AR. der Studiengesellschaft durch den Chef des Hauses, Wilhelm von Siemens, vertreten.

des Stahlwerksverbandes im Jahre 1904/05 als exemplarisch. Ähnlich ließ sich 1906/08 Karl Helfferichs Übertritt aus der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts zur "Anatolischen Eisenbahngesellschaft", bzw. zur "Deutschen Bank" werten. Auch der Werdegang von H. Jencke, zunächst Leiter der Verkehrsabteilung der sächsischen Staatsbahnen und dann Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, reiht sich diesen Beispielen an.¹¹

Zahlreiche der Positionen in den Führungsgremien der Schnellbahngesellschaft waren ähnlich zu deuten. Sie dienten, - oder sollten doch dienen -¹² einer langfristig angelegten industriellen Strategie.¹³

Das unterstrichen besonders die Mandate des Generals von der Goltz und des Obersten Budde im AR. bzw. Technischen Ausschuß der Gründung. Von der Goltz hatte sich schon früh der Industrie empfohlen. Als Militärberater der türkischen Regierung war es ihm gelungen, umfangrei-

-
- 11) Jencke gehörte dem Krupp'schen Direktorium von 1879-1904 an. Seit 1885 war er Mitglied und von 1901-1904 stellvertretender Vorsitzender des Direktoriums des CDI. Zu Jencke, Völcker und Helfferich vgl. J. Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. I., Monopole und Unternehmerverbände, Bln. 1948, S. 143; C. Fürstenberg, Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870-1914, ed. H. Fürstenberg, Bln. 1931, S. 542 ff.; Bueck, Centralverband Deutscher Industrieller, Bd. I., S. 208 f.
- 12) Daß die Studiengesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg dennoch nicht die ihr zunächst zugedachte Bedeutung erreichte, lag u.a. daran, daß die Projekte zur Elektrifizierung von "Vollbahnen" technisch und kaufmännisch noch keine Realisierungen großen Stils zuließen. (Vgl. oben, S. 472, Anm. 8).
- 13) Zur Nutzung des Instituts des AR.: O. Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, S. 149, 153. Gegen Überbewertung: Ernst Loeb, "Das Institut des AR., seine Stellung und Bedeutung im deutschen Aktienrecht und der deutschen Volkswirtschaft, die Notwendigkeit und Möglichkeit seiner Reform", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 23, 1902, S. 1-28. Loeb unterscheidet nach Motiven der Berufungen die Gruppe der Bankenvertreter, die aus Nepotismus und Protektion berufenen Personen und endlich die Gruppe der "klangvollen Namen" mit dekorativer Funktion (a.a.O., S. 13).

che Rüstungsaufträge an deutsche Werke zu vermitteln.¹⁴ Seine eingespielten Behördenkontakte sicherten gemeinsame Interessen von Elektrokonzernen und Deutscher Bank - Partner der Studiengesellschaft - im mittleren und nahen Osten zusätzlich ab. Das mußte im Herbst 1899 schon deshalb ins Gewicht fallen, weil sich die langwierigen Verhandlungen der Bank über den Bau der Bagdadbahn damals einem ersten Abschluß zu nähern schienen.¹⁵

Dieser Erfolg und weitere Projekte, die das Zusammenspiel des Finanzinstituts mit dem Auswärtigen Amt im Orient ebenfalls förderte, stellten der Elektroindustrie Ausrüstungsaufträge in Nachrichtentechnik, Bahn- und Hafenbau in Aussicht; sobald es die Entwicklung elektrischer Vollbahnen zuließ, war dem noch die künftige Chance von Elektrifizie-

14) Von der Goltz wurde 1883 "Inspecteur Général des Ecoles Militaires", 1885 "Sous-Chef de l'Etat-Major" (bis 1895). Er reorganisierte Ausbildungswesen, Wehrordnung und Bewaffnung; verschaffte dem Berliner Loewe-Konzern Bestellungen auf 750.000 Gewehre, der Firma Krupp u.a. einen Auftrag über 1.000 Feldgeschütze und vermittelte Bauaufträge an die Schichauwerft in Elbing. Über die Finanzierung der Ankäufe bestimmte er gleichberechtigt an der Seite der türkischen Finanzminister. Vgl. Colmar, Frh. von der Goltz, Denkwürdigkeiten, ed. Friedr. von der Goltz u. Wolfg. Förster, Bln. 1929, S. 108, 115, 124 f., 140; "Ludwig Loewe und Co Actiengesellschaft 1869-1929", S. 30. E. Kehr, "Die Rüstungsindustrie", in: ders.: Der Primat der Innenpolitik - Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. (Hrsg. H. U. Wehler u. H. Herzfeld), Berlin 1965, S. 185, 189 [= Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, Bd. 19]. Zur Konkurrenz auf dem türkischen Rüstungsmarkt vor 1914: Fritz Klein, Die Rivalität zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Türkei am Vorabend des Ersten Weltkrieges in: ders. (hrsg.) Politik im Krieg 1914-1918, Berlin (DDR) 1964, S. 1-21. Auf das Beispiel der "Umklammerung" von Heeres- bzw. Marineverwaltungen verwies Karl Liebknecht im Zusammenhang mit der "Kornwalzer-Affäre" bei Krupp. (Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI., Berlin (DDR) 1964, S. 377 f., 380).

15) Der Wunsch, die von der Anatolischen Eisenbahngesellschaft, einer Gründung der Deutschen Bank und englischen Kapitals, fertiggestellte Bahnstrecke Ismid-Ankara bis nach Bagdad zu verlängern, war von türkischer Seite bereits 1890 geäußert worden. Ein Vorvertrag mit der Deutschen Bank kam am 24.XII.1899 zustande. Das Schnellbahnkonsortium hatte sich 2 Monate vorher, am 10.X.1899, konstituiert. (G.P., Bd. 14, Nr. 3958, der deutsche Botschafter in Konstantinopel, v. Radowitz an Reichskanzler Caprivi am 4.6.1890; vgl. auch A.S. Jerusalmiski, Die Außenpolitik und Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Bln. (DDR) 1954, S. 693.)

16
rungen türkischer Strecken hinzuzurechnen.

An dem Chef der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes, Budde, hatten die Elektrohäuser einen Anwalt ihrer Pläne zur Modernisierung des innerdeutschen Schienenverkehrs gewonnen. Aus eigener Tätigkeit mit industriellen Belangen vertraut, konnte Budde, seit 1902 Minister der öffentlichen Arbeiten und Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, einige dieser Vorhaben rasch vorantreiben.¹⁷

16) Vgl. Jerusalemski, Außenpolitik, S. 685 ff., 688. In Verbindung mit dem Bagdadbahnprojekt galten zur Jahrhundertwende Bemühungen bei der Deutschen Bank und dem Auswärtigen Amt einer Hafenbaukonzession und der Genehmigung einer deutschen Kabellinie zwischen Konstanz und Istanbul. Aufträge für Lichtversorgung und Hebeanlagen im Hafen von Haidar-Pascha gingen an S.&H. (Jeidels, a.a.O., S. 217). Die Schnellbahngesellschaft gehört zu Unternehmungen, die die von moderner Kolonialexpansion, Welthandel und Großmachtrepräsentation geprägte Interessenallianz von Staat und Privatwirtschaft in den Kreis administrativ betreuter, in ihrer Ausführung aber privater Initiative überlassener industrieller Aufgaben einfügte. Die Betreuung reichte von Bestellungszusagen und technischer Überwachung bis zur unmittelbaren Subventionierung und stützte vor allem Nachrichtentechnik, sowie See-, Schienen- und Kraftfahrzeugverkehrswesen bis in die Ausrüstungsindustrie hinein. Beispiele bieten das direkte Eingreifen Wilhelms II. bei der Entwicklung der drahtlosen Telegraphie, der in England von der Admiralität geförderte Turbinenbau und Subventionszahlungen, die in Großbritannien und Deutschland privaten Telegraphengesellschaften zufließen. Vgl. "Nauticus" - Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, 2. Jgg., 1900, S. 443 ff., 447 f.; 4. Jgg., 1902, S. 256 ff.; G. Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I., S. 290 f. Zur technisch und kommerziell bedingten Verbindung von Rüstung und Telegraphie, Fernmeldetechnik insgesamt, Schiffsausrüstung und Bahnbau: E. Kehr, Die Rüstungsindustrie, a.a.O., S. 186. Zur Subventionierung der Entwicklungsansätze beim Kraftfahrzeugwesen: Königlich Preußisches Kriegsministerium (hrsg.), "Das Königlich Preußische Kriegsministerium 1809-1909". Berlin 1909, S. 179-207.

17) H. von Budde, 1902-1906 Minister, geädelt 1904, wurde 1878 als Kenner des französischen Bahnwesens in die Eisenbahnabteilung des Generalstabs berufen. Er leitete die Abteilung seit 1895, schied 1900 aus und trat 1901 als Generaldirektor in die zum Konzern der Ludw. Loewe & Co. gehörenden "Deutschen Waffen- u. Munitionsfabriken" (Bln./Karlsruhe) ein. Das verstärkte mittelbar die Kontakte zur Berliner Elektro-Großindustrie, zu der die 1902/04 von der AEG übernommene Elektro-Abteilung des Konzerns, die "Union-Elektrizitäts-Gesellschaft" zählte. Die Lenkung der Waffen- und Munitionsproduktion einem Generalstäbler a.D. anzuvertrauen, entsprach dem Gesetz, unter dem die Loeweschen Unternehmen angetreten waren: 1872 - Abkommen mit der Inspektion der staatlichen Gewehrfabriken; Aufträge

Mit kostspieligen Umbauten an der Militärstrecke Berlin - Zossen ermöglichte er 1903 Versuchsfahrten der Schnellbahngesellschaft; führte elektrische Zugbeleuchtung ein und förderte den Ausbau des elektrischen Bahnsicherungssystems.¹⁸

S o z i a l p o l i t i s c h e D i m e n s i o n d e s B e -
h ö r d e n k o n t a k t s :

" V e r s i p p u n g v o n I n d u s t r i e u n d R e -
g i e r u n g s l e u t e n "

Behördenkontakte, wie sie die "Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen" belegen, konnten vor 1900 überhaupt als typisches Grundinstrument industrieller Interessenpolitik gelten.¹⁹

Jenseits einer bewußten kommerziellen Strategie, die sich u. a. der Aufsichtsratsmandate zur Auftragssicherung bediente, kam den Spielarten dieser Personalpolitik aber auch ein genuin politischer Stellenwert zu. Sie entsprachen beim unternehmenden Bürgertum in diesem Kontext der Lehre der Reichsgründungszeit, der Bismarckschen Ära und des Wilhelminismus, in der Verbindung zur Staatsspitze ein Gebot sowohl

Anmerkungsübertrag zu Anm. 17), S. 477

zur Umrüstung der preußischen Armee. 1886 - Lieferungen für die türkischen Streitkräfte (siehe oben, S. 476), die die Firma international konkurrenzfähig machen. 1889 - die Waffenproduktion wird Oberstleutnant Kühn unterstellt. 1897 - Weltmarktabspraken mit Du Pont de Nemours/USA und dem Nobel Dynamite Trust, London. (Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog, Bd. XI., 1906, S. 237 ff., 240; "Ludwig Loewe & Co. 1869-1929", S. 18 f., 30, 34, 79 f.; William S. Stevens, Industrial Combinations and Trusts, N.Y., 1913, S. 176 ff., 179; "50 Jahre AEG", S. 152 ff., 155 f.).

18) Vgl. Ausführungen Buddes vor dem pr. Abgeordnetenhaus am 5. und 7. März 1904 (Sten.Ber.Hs.d.Abq. XX., 1. 1904/05, Bd. 2, Sp. 2297, 2373, 2374, 2378, 2382).

19) Siehe auch oben, S. 68-72. Für die zeitgenössische industrielle Verbandsarbeit: Th. Nipperdey, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 375.

offiziell geforderten Wohlverhaltens, wie wohlverstandener eigener Interessen zu sehen.²⁰

Die hier begünstigten Tendenzen zu politischer und sozialer Anpassung trafen dann allerdings auch nachhaltig die Position der emanzipationswilligen Arbeiterschaft. Denn Interessensolidarität von industriell verpflichtetem oder beeinflusstem Beamtentum und konservativ entpolitisiertem und feudalisiertem Besitzbürgertum stilisierte Arbeitskonflikte jeder Art rasch zur Aggression gegen den Staat hoch;²¹ in der Tendenz wurde so der Arbeitskampf zum Kampf gegen den preußisch-deutschen Staat, dessen Autorität sich bei der von Betrieben und Verbänden geübten Arbeitsvermittlung und Wohlfahrtspflege weitgehend die Autorität von Arbeitgebern substituierte, die unter Berufung auf ein eigenständiges, politisch motiviertes Erziehungsmandat die bürgerlichen Freiheiten der Arbeitnehmer einer bedrückenden Verfassungswirklichkeit konfrontierten: der Tatsache, daß in ihrem Lebensbereich "nicht der Wille des Gesetzgebers, sondern der der Betriebsinhaber Gesetz" werden konnte.²²

-
- 20) Kennzeichnend hierfür das Vorgehen Bismarcks gegen einzelne Handelskammern. Vgl. H. v. Poschinger, Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. II, Bln. 1891, S. 102 f., 131. Vgl. auch L. Beutin, "Organisation und Arbeit der Handelskammern bis zum ersten Weltkrieg", in: Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 280.
- 21) E. Kehr, Zur Genesis des königlich preußischen Reserveoffiziers, in: E. Kehr, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialpolitik im 19. u. 20. Jahrhundert, (hrsg.) H.-U. Wehler u. H. Herzfeld, Bln. 1965, S. 56 f., 60 ff. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 19).
- 22) Zitat: L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, in: Verhandlungen der Generalversammlung des VfS. in Mannheim am 25., 26., 27. und 28.9.1905, Leipzig 1906, S. 141. (Schriften VfS., Bd. 116). Der industrielle Patriarchalismus der 1890er Jahre legitimierte seine "vorbeugende" innerbetriebliche Sozialpolitik mit Begründungen, die die Arbeitgeber zu "Amtsnachfolgern der Exekutivorgane des ablaufenden Sozialistengesetzes" (Oldenburg) machten. Vgl. K. Oldenburg, Arbeitseinstellungen in Deutschland, in: HdSt., 3. Aufl., 1909, S. 936; A. Günther u. R. Prévôt, Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich, S. 36, 48, 137 f., 169 ff., 182. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller rechnete sich die Entlassung

Zu recht ließ gerade dieser Zusammenhang die Sozialdemokratie befürchten, die Großindustrie, die teils patriarchalisch-besorgt, teils nach Grundsätzen soldatischer Subordination ihr Verhältnis zur Lohnarbeiterschaft bestimmte, werde unter dem Schutzmantel solcher personalpolitisch vermittelter Verzahnungen von Staat und Industrie versteinerte Strukturen in Betrieb, Kommune und Staat konservieren.²³

Gegen diese stabilisierende Kraft der Verquickung von Administration und gewerblichen Belangen zielten 1906 Angriffe, die die Partei gegen die Berliner Elektro-Großindustrie richtete. Das Datum war nicht zufällig. Als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fischer am 1. Februar 1906 die "Versippung von Industrie- und Regierungsleuten" anprangerte, war es erst einige Monate her, daß die Arbeiter der Berliner Elektro-Großindustrie den umfassenden Ausstand von 1905 verloren hatten.²⁴ Fischer erklärte damals vor dem Reichstagsplenum u.a.: "Wir haben gesehen, wie aus dem Generalstab Herr Budde in die AEG oder zu

Anmerkungsübertrag, Anm. 22), S. 479

von gewerkschaftlich aktiven Arbeitern ("notorischen Hetzern") als verdienstliche "äußerst wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie" an. (Eingabe vom 22.4.1899 an Staatssekretär von Posadowsky gegen die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen, abgedruckt in: "Stahl und Eisen", 19. Jgg. 1899, S. 583-588, speziell S. 586).

- 23) Der stellvertretende Geschäftsführer des CDI., Leidig, äußerte für den Verband am 29.9.1905 vor dem VfS.: "Wir vertreten die Auffassung, daß wie beim Militär ... in den industriellen Betrieben Ordnung und Unterordnung sein muß". Diese in der westlichen Schwerindustrie populäre Auffassung verteidigte an gleicher Stelle für die Saar-Industrie A. Tille mit den Worten: "Unsere heutigen Verhältnisse haben die deutsche Industrie groß gemacht". Es gebe keinen Grund zu Änderungen. Formale Konzessionen, z. B. die Errichtung von, allerdings wenig selbständigen, Arbeiterausschüssen, verbanden sich dagegen mit der von Augsburger Textilindustriellen befolgten Arbeiterpolitik "aus Fürsorge" und "Verantwortung" (Kommerzienrat Frommel). Vgl. Brentano, Das Arbeitsverhältnis..., S. 210, 226 und Verhandlungen der am 26. u. 27.9.1890 in Frankfurt/M. abgehaltenen Generalversammlung des VfS., Leipzig 1890, S. 198 (Schriften VfS., Bd. 47).
- 24) Verhandlungen des Reichstages, XI., 2., 1905/06, S. 961. Zur Feudalisierung der Berliner Bankiers und Industriellen: H. Weidmüller, Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik, (phil. Diss., MS.) Berlin 1956, S. 13 f., 17, 155, 165.

Loewe kam und dann von Loewe sofort ins Eisenbahnministerium hinein".²⁵

In der Form einer Anspielung auf Erscheinungsweisen des industriellen Behördenkontaktes war auch dies eine Interpretation der Niederlage der Berliner Arbeiter im Elektrostreik von 1905. Fischer betonte das Ungleichgewicht von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkoalitionen vor dem Hintergrund eines gescheiterten Ausstandes als notwendige Folge kurzgeschlossener Verbindungen: "Bei so engen Beziehungen zwischen Industrie und Regierung" sei ein Fehlschlag natürlich, da man in "allen großen Differenzen" die öffentliche Gewalt "auf Seiten der Unternehmungsklasse" sehe.²⁶

25) Verhandlungen des Reichstages, a.a.O., S. 961. Als weitere typische Fälle nannte Fischer den des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsmarineamt, Hollmann, als Vorsitzenden des AR. der AEG (1900-1909) und des Direktors der "Großen Berliner Straßenbahn", Mücke, der zuvor bei der Staatsbahn tätig war und später ebenfalls dem AR. der AEG angehörte (1908-1911). (Quelle: AEG-Geschäftsberichte). Die "Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft" wurde, wie mehrfach erwähnt, von der der AEG befreundeten "Union-Elektrizitäts-Gesellschaft" elektrifiziert. ("50 Jahre AEG", S. 86 f., 132, 151 ff., 154 f., 395).

26) Daß diese Interpretation in apologetischer Absicht taktische Fehler der Arbeitnehmer vernachlässigt, kann hier außer Betracht bleiben. Zitat: Verhandlungen des Reichstages, a.a.O., Gewerkschaftsinterne Kritik: "Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1905", ed. Vorstand des DMV., Stuttgart 1906, S. 100.

KAPITEL 5 :

DER SIEMENSKONZERN IM CENTRALVERBAND DEUTSCHER INDUSTRIELLER

Vom informellen Kontakt zur Mitgliedschaft

Im Herbst 1907 versah ein Mitglied des Vorstandes der SSW.-AG., Direktor Dihlmann, Schriftstücke, die vom "Centralverband Deutscher Industrieller" (CDI) an Wilhelm v. Siemens, als den "Chef des Hauses" des größten deutschen Elektrokonzerns, der Doppelfirma S.&H./SSW, gelangten, mit erläuternden Notizen.¹ Dihlmann schrieb in Bezug auf die Delegiertenversammlung des CDI vom 28.X.1907: "Ich glaube, der Centralverband, dem wir als Mitglied angehören, wäre auch die geeignete Stelle, um auf dem Gebiet der Patentgesetzgebung im Sinne Ihrer Abhandlung zu wirken. Herr Baurat Rieppel [ein Mitglied des AR. von SSW., HMB.] ist im Vorstand".²

- 1) Der Terminus "Chef des Hauses" kennzeichnet die Position des seit dem Tode Werners v. Siemens (1892) in der Großfirma führenden Wilhelm v. Siemens (1855-1919), der als Vorsitzender des AR der SSW zugleich die Funktion eines "Delegierten des AR" bei S.&H. ausübte und hier wie dort umfassende "Kontroll-, Weisungs- und Zustimmungsbefugnisse" (Gg. Siemens) innehatte. Das Institut des "Delegierten" wurde geschaffen, um nach der Umwandlung von S.&H. in eine AG (1897) den Einfluß der Banken zu reduzieren. 1907 waren beim Siemenskonzern 33.532, bei der AEG 30.667 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Vgl. Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens..., S. 137; K. Burhenne, Siemens als Sozialpolitiker..., S. 111; AEG 1883-1923, Berlin 1924, S. 6.
- 2) SAA/4 Lk 16. Wilhelm v. Siemens hatte 1907 die Schrift Das Recht der Angestellten an den Erfindungen publiziert. Vgl. August Rotth, Wilhelm von Siemens - ein Lebensbild. Berlin-Leipzig 1922, S. 187 ff., 190 f. Der CDI befaßte sich 1876 und 1891, sowie 1905/07 mit dem Fragenkomplex. 1907 veröffentlichte er die Ergebnisse einer Enquête zu diesem Thema (Verhandlungen CDI, Nr. 105, April 1907, S. 8 ff.; Nr. 107, Nov. 1907, S. 95 f.) Anton Rieppel gehörte als Generaldirektor der süddeutschen MAN schon um 1900 dem CDI an, war seit 1901 Mitglied des CDI-Direktoriums und wurde 1908 dessen erster stellvertretender Vorsitzender. Das Mitglied des S.&H.-Vorstandes Prof. E.A. Budde wurde 1907 in den Ausschuß des Centralverbandes kooptiert; er nahm an der Mitgliederversammlung des Verbandes vom 28.X.1907 teil. Die SSW erwarben im Januar 1911 die CDI-Mitgliedschaft (Verhandlungen CDI, Nr. 87, Mai 1900, S. 31-64; Nr. 91, Okt. 1901, S. 259; Nr. 107, Nov. 1907, S. 106; Nr. 108, April 1908, S. 200; Mitteilung von Herrn Dr. J. Kocka,

Die Wendungen Dihlmanns verdeutlichen, daß sich der Siemenskonzern erst vor kurzer Zeit dem CDI angeschlossen hatte. Siemens war damit einer Organisation beigetreten, welche auch damals noch weithin als ausschließliche Interessenvertretung der Schwerindustrie galt und in der Tat seit der Neuorientierung der deutschen Handelspolitik am Ausgang der 1870er Jahre die Belange schutzzollinteressierter Industriezweige wie der Eisen- und Stahlerzeugung, aber auch der Textilindustrie und einzelner Branchen der Chemie wirkungsvoll verfochten hatte.³ Angesichts einzelner Stellungnahmen, die in der Frühzeit der Elektrotechnik aus den Siemens'schen Unternehmen zur deutschen Wirtschaftspolitik vorliegen, mag eine Harmonisierung der Standpunkte von Schwer- und Elektroindustrie erstaunlich erscheinen. Sie stellte indessen keine völlig abrupte Wende dar.

Als sich die Leiter des Siemenskonzerns um 1907 für den Beitritt zum Centralverband Deutscher Industrieller bewarben, betraten sie kein absolutes Neuland; denn zwischen Firmenspitze und Centralverband hatte es schon unter Werner von Siemens zahlreiche, allerdings informelle Kontakte gegeben.

Anmerkungsübertrag zu Anm. 2), S. 482

Münster). Als Vorsitzender des AR der SSW wurde Wilhelm v. Siemens 1911 in das CDI-Direktorium gewählt. Siemens blieb bis 1918 im CDI-Direktorium. (Verhandlungen CDI, Nr. 122, Mai 1911, Nr. 126, Jan. 1913, S. 138).

- 3) Weil der "Verein zur Wahrung der Interessen der Industriellen von Rheinland und Westfalen" (Langnamverein), der in enger Verbindung sowohl zum CDI wie zum "Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" stand, wehrte sich der Centralverband häufig gegen den Vorwurf einseitiger Interessenpolitik. Vgl. Josef Winschuh, Der Verein mit dem langen Namen, Berlin 1932, S. 4, 43, 105; Henry Axel Bueck, Der Centralverband Deutscher Industrieller, I., S. 217 (1888), S. 266 f. u. 269 (1896), S. 440 ff. (1899). Zur Entstehungsgeschichte des CDI: Ivo N. Lambi, Die Organisation der industriellen Schutzzollinteressen, in: Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, hrsg. v. Karl Erich Born, S. 296-308. Für die Haltung der chemischen Industrie zu den Schutzzollforderungen des CDI: C. Ungewitter, Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik 1877-1927, Bln. 1927, S. 203 ff., 206, 217 f. Die faktische Dominanz der Schwerindustrie im Centralverband konstatierte Wilhelm v. Siemens noch 1915. Er sprach vom "überwiegend führenden Einfluß", den die Schwerindustrie dank einer vorzüglichen Organisation und auf Grund der

Werner von Siemens war mit dem Berliner Maschinenbauer und Lokomotivfabrikanten Louis Schwartzkopff, der den CDI gründen half und lange Zeit hindurch dessen Direktorium leitete (1876-79/1886-92), eng befreundet. Auch A. Borsig, der wie Siemens vor 1866 zur Fortschrittspartei gehörte und seit der konstituierenden Versammlung des Verbandes (1876) ein Mandat im Ausschuß des CDI besaß, gehörte zum Freundes- und Bekanntenkreis des Berliner Elektroindustriellen.⁴ Weitere Möglichkeiten, Wege und Ziele des Centralverbands zu beobachten, boten Informationen der Berliner Korporation der Kaufmannschaft. Äußerlich scheint daher der formelle Beitritt nur bereits bestehende ältere Verbindungen zu institutionalisieren.

Für diesen Schritt sprach eine Anzahl außerbetrieblicher Gründe. Unter anderem ließ sich dazu auch die fortschreitende Durchdringung von Elektro-, Maschinen- und Schwerindustrie rechnen.^{4a}

Anmerkungsübertrag zu Anm. 3), S. 483

Tatsache ausübe, daß sie im CDI "über die meisten einflußreichen und mitarbeitenden Mitglieder" verfüge. (SAA 4/Lk 196-199, Brief Wilhelms von Siemens an Walther Rathenau vom 25.VII.1915).

- 4) Vgl. H. A. Bueck, Der Centralverband, I., S. 143, 152, 172, 207, 211; H. Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, S. 389, 392 f.; Burhenne, Siemens als Sozialpolitiker, S. 20, 74, 76, 99.
- 4a) Der Ausweitung des Gebiets der Elektrotechnik entspricht bei der älteren Maschinenbauindustrie das Bestreben, sich ihrerseits eigene elektrotechnische Fertigungen anzugliedern. Ein "unaufhörlicher Spaltungs- und Erweiterungsprozeß" (Landé) verwischte so die Grenzen zwischen Elektroindustrie und Maschinenbau. Vgl. dazu für Berlin D. Landé, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. (In: Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Großindustrie, S. 306-485, speziell S. 309). (Schriften VfS., Bd. 134, 2-1910). Im folgenden zitiert: Landé, Arbeitsverhältnisse.

Bis zur Jahrhundertwende wurde dieser Prozeß mittelbar durch ansteigende Lieferungen an Unternehmen des Bergbaus und Hüttenwesens befördert;^{4b} unmittelbare Impulse zur Zusammenarbeit der Industrien aber brachte auf technischem Gebiet das Vordringen der Elektro-Gesellschaften im Bahnbau, bei Schiffsausrüstungen und der Konstruktion von Schwermaschinen. Als Beispiel sei auf das 1904 errichtete Turbinensyndikat verwiesen.⁵ Eine frühere Gemeinschaftsgründung, die "Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen" von 1899, vereinte, wie geschildert, neben der Baufirma Ph. Holzmann, den Borsigschen Werken und den Waggon- und Lokomotivfabriken Van Zypen & Charlier/Köln, die Firmen F. Krupp, die AEG und Siemens & Halske.⁶

Die Interessenverflechtung zeigt sich am Ausgang des alten Jahrhunderts auch darin, daß zahlreiche Vertreter der Elektro-Großindustrie die Mitgliedschaft im "Verein Deutscher Eisenhüttenleute" erwarben, um sich dort an Diskussionen über die Elektrifizierung der "schweren" Industrie beteiligen zu können.⁷

4b) Vgl. "Stahl und Eisen", Jgg. 20, 1900, S. 176. Die Bestellungen der Fa. Krupp sichern 1903 den Auftragsbestand der Siemens-Schuckert-Werke. Vgl. J. Loewe, Die elektrotechnische Industrie, (in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben der Jahre 1900 ff., S. 75-155, speziell S. 147, 150). (Schriften VFS., Bd. 117, 3-1903). Im folgenden zitiert: Loewe, Elektrotechnik.

5) "50 Jahre AEG", S. 422.

6) Vgl. "Stahl und Eisen", 19. Jgg., 1899, S. 990. Gemeinsames Interesse an Bahnbau und Bergwerksanlagen vereinte schon 1892 Elektro- und Schwerindustrie unmittelbar bei der Gründung der "Union-Elektrizitäts-Gesellschaft", an der neben der amerikanischen Elektrofirma Thomson-Houston und der Ludwig Loewe und Co. auch Thyssen beteiligt war. ("50 Jahre AEG", S. 86). Thyssen beteiligte sich wegen der zu erwartenden Schienenlieferungen an der "Union". (Ludwig Loewe & Co. Actiengesellschaft, Berlin 1869-1929, S. 37 ff.).

7) Allein 1899 entschlossen sich 4 der größten Elektrounternehmen zur Entsendung von Vertretern in den Verein der Eisenhüttenleute: Siemens & Halske (Dir. Budde), AEG, Helios, Schuckert; außerdem die "Deutsche Kraftgas-Gesellschaft", eine Tochtergesellschaft von Siemens & Halske und der "Union-Elektrizitäts-Gesellschaft". Einschlägige Themen - auch die Kraftgewinnung aus Hochofenabgasen - werden auf den Hauptversammlungen von 1898/99 behandelt. Beitrag des AEG-Mitarbeiters und Vereinsmitgliedes Lasche zur Frage der Elektrifizierung im Vereinsorgan "Stahl und Eisen". ("Stahl und Eisen", Jgg. 19, 1899, S. 348, 404, 460, 556, 708, 996; ebda., Jgg. 18, 1898, S. 247-267, 1028 ff.; ebda., Jgg. 19, 1899, S.

Die Elektro-Großindustrie hatte damit dem Anschein nach auch äußerlich dokumentiert, daß sie inzwischen Interessenpositionen einnahm, die die Kohlen-, Eisen- und Stahlproduzenten außerhalb der Fachvereinigungen traditionell im CDI wahrten.⁸

Die Annäherung des Siemenskonzerns an den Centralverband ist aber nicht ausschließlich aus gesamtwirtschaftlichen Vorgängen abzuleiten, die auf die Stellung des Konzerns zur deutschen Schwerindustrie zurückwirkten.

Der Siemenskonzern nach 1905: Einordnung ins Kräftefeld des CDI

Da sich schon vor 1907 im CDI verbandsinterne Gruppierungen ausbildeten, die mit unterschiedlichen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen dem Führungsanspruch der Schwerindustrie begegneten, sind positive Beziehungen zu diesem Teile der Industrie kein ausreichendes Kriterium mehr für das Verhältnis einzelner Firmen zum Centralverband.^{8a} Die Studien H. Kaelbles weisen für diese Zeit neben dem Block der Ver-

Anmerkungsübertrag zu Anm. 7), S. 485

480 f., 905-913; G. Siemens, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I., S. 269 f.).

- 8) Der "Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" trat schon 1877 dem CDI bei. Der Centralverband wehrte sich später immer wieder gegen den Vorwurf, der Verband betreibe eine einseitige schwerindustrielle Interessenpolitik. Vgl. Bueck, Centralverband, Bd. I., S. 177; ebda., S. 217 (1888), S. 266 f. u. 269 (1896) u. S. 440 ff. (1899), bzw. die oben, S. 483, Anm. 3) angegebene Literatur.

- 8a) Vgl. H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 202 f. und passim. K. unterscheidet zwischen den Gruppen der "agrarischen" Industriellen, der Syndikatsdirektoren und der "mittelbetrieblichen" Industriellen, die sich seit der Jahrhundertwende im CDI formierten. Kritisch ablehnend zu Kaelbles Gruppenkonzeption: Dirk-Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Köln/Bln. 1970, S. 159-166.

treter der syndizierten Rohstoffindustrien die Existenz informeller Gruppen agrarisch-konservativ, bzw. liberal gesonnener Industrieller im Centralverband nach.^{8b} Allerdings ist der Gegensatz zur Schwerindustrie nicht durchgängig. Er zeigt bisweilen einen ambivalenten Charakter.

In den Reihen der liberalen "mittelbetrieblichen" (Kaelble) Unternehmer war wohl die Kritik an Übermacht und Preispolitik der Rohstoffwerke ebenso verbreitet wie in den Berliner Elektro-Häusern;^{8c} das stand freilich der technischen Kooperation mit der "schweren" Industrie nicht entgegen.

So vertrat A. Rieppel, nach Kaelble mit der führende Repräsentant des mittelbetrieblichen Flügels, als Direktor der MAN ein Unternehmen, das solche Zusammenarbeit schon vor der Jahrhundertwende kannte; 1904 wiederum Partner der Firma Krupp im Turbinensyndikat wird und im Folgejahr, als Rieppel befürchtete, "der Stahlwerksverband wolle die süddeutsche Maschinenindustrie erdrücken", über Anknüpfungen mit Thyssen und Stinnes selbst einen Platz im Stahlwerksverband suchte.^{8d} Die Abhängigkeit von

8b) Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 202 f.

8c) Klage der Berliner Elektrowerke über die Preispolitik der Syndikate u.a. in: Jahresbericht der Handelskammer zu Potsdam f. d. Jahr 1900, S. 184; Jahresbericht der Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin, f. d. Jahr 1907, S. 6 f. Klagen in dem hier angeführten allgemeinen Teil des Berichts geben die Stimmung der im Potsdamer Kammerbereich angesiedelten Elektroindustrie wieder.

8d) Auf Rieppel treffen verschiedene Merkmale, die Kaelble als konstitutiv für die mittelbetriebliche Gruppe wertet, nicht zu. Die MAN war, wie die gesamte Metallindustrie außerhalb der Kleinbetriebe in Bayern und auch Berlin vor 1914 nicht tariffreundlich, förderte die gelbe Werksvereinsbewegung und drohte, die Einführung von Tarifverträgen mit der Verlagerung von Betrieben zu beantworten. Zusammenarbeit mit Krupp ist für das Teilwerk Augsburg ab 1893 bei der Entwicklung des Dieselmotors belegt. (Kaelble, a.a.O., S. 89 f., 81 f., 90 f., 94; Soziale Praxis, Jgg. XV., 1906, Sp. 1122; Landé, Arbeitsverhältnisse, S. 399: Tarifverträge sind 1910 in der Berliner Metallindustrie unbekannt; F. Büchner, Hundert Jahre Geschichte der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, S. 135 f., S. 53 f.; Zitat: S. 139; Eingabe Rieppels als Vorsitzender des Verbands Bayerischer Metallindustrieller vom 14.4.1905 an den Bayerischen Staatsminister von Podewils-Dürnitz: SAA 4/Lk 12-13).

der Schwerindustrie gab diesem Wechselverhältnis eine eigene Dialektik: Furcht und Kooperationsbereitschaft, Interessengegensätze und Gemeinschaftsprojekte bedingten einander; die Antagonismen der Beziehung vermochte definitiv erst die Vereinigung von zuliefernden und verarbeitenden Industrierwerken aufzuheben.

Der Logik dieser Tendenz, die im Falle der süddeutschen MAN schließlich zur dauernden Einbeziehung in einen umfassenderen Firmenmantel führte, folgte man später auch zeitweise bei der Berliner Elektro-Großindustrie.^{8e}

Anders als in Augsburg und Nürnberg lagen hier aber 1907 noch keine konkreten Überlegungen oder Pläne vor. Vom Beitritt des Siemenskonzerns zum CDI war daher zunächst eine Stärkung des von Rieppel verkörperten liberalen und "mittelbetrieblichen" Elements im Centralverband zu erwarten, einer der "informellen Gruppen", dem das Elektro-Unternehmen von seiner eigenen sozialpolitischen Tradition her nahestand.^{8f} Diese mittelbare Einordnung in das Kräftefeld im CDI gibt indes noch keine exakte Auskunft über den Kurs, den der Konzern in der Verbandsarbeit einschlug.

8e) Für die MAN wird dieser Annäherungsprozeß nach 1918 mit der Verbindung zur "Gutehoffnungshütte" abgeschlossen. Die Maschinenbaufabrik wurde zur gleichen Zeit auch von dem im Aufbau begriffenen Zusammenschluß des Siemenskonzerns und der Stinnes'schen Unternehmen, der "Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union", umworben. (Vgl. Büchner, Hundert Jahre Geschichte der MAN, S. 155 f. und Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 151-161; SAA/4 Lf 635: Interessengemeinschaft, Korrespondenz I, Briefwechsel Carl Friedrich von Siemens/Kommerzienrat Berthold, (Elektrizitäts-AG., vorm. Schuckert & Co.), betreffend mögliche Teilnahme der Firmen: Maffei, MAN, Henschel und HANOMAG an der "Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union", Briefe vom 22.X.1920-30.I.1922.

8f) Rieppel gehörte dem Aufsichtsrat der Siemens-Schuckert-Werke an. Ob er dort seinen Einfluß für den seine eigene Position im CDI konsolidierenden Beitritt geltend machte, wurde nicht ermittelt.

Die Ausgangsposition des Elektrokonzerns

Wandel in den Aussagen zur Handelspolitik bis zur Jahrhundertwende: Kurswechsel als Reflex der Wettbewerbslage

Wie früher erwähnt, standen die Ansichten Werners von Siemens zu Handel und Zoll noch nach 1879 im Gegensatz zu der Lösung des "Schutzes der nationalen Arbeit", unter der sich Rohstoffwerke und Maschinenbau, z. T. bereits geschlossen organisiert im CDI, auf der einen, und landwirtschaftliche Interessen auf der anderen Seite im Zeichen protektionistischer Forderungen vereint hatten.⁹ In dem bereits angeführten Gutachten zur Kupferversorgung Deutschlands vom Mai 1886 war Siemens nochmals ausdrücklich für ein System des liberalisierten Welthandels eingetreten: "Mit dem Zollverein wurde erst eine Deutsche Industrie möglich und seit England zum Freihandel übergang und durch die Handelsverträge die Zollbarrieren im übrigen Europa wesentlich erniedrigt wurden, datiert der mächtige Aufschwung der Weltindustrie".¹⁰ Dagegen gereichten Schutzzölle, wie er hervorhob, selbst dort, wo diese der Entwicklung industrieeschwacher Länder vorübergehend dienten, den Nationen nur solange zum Vor-

9) Siehe oben, S. 202-205. Charakteristisch für die Anbahnung des Zollbündnisses zwischen Schwerindustrie und Landwirtschaft ist das Frage- und Antwortspiel zwischen Carl Friedrich Stumm/Saarbrücken und dem als Agrarexperten geladenen Rittergutsbesitzer v. Wedell-Malchow in der Reichsenquête-Kommission. Auf die Suggestivfrage Stumms, ob die eisenkonsumierende Landwirtschaft "andere gesetzgeberische Maßnahmen" /d. h. höhere Agrarzölle, HMB./ als Kompensation neuer Eisenzölle annehmen werde, entgegnete v. Wedell: "... ehe mir ... nicht die Sicherheit der Kompensation Zug um Zug dargeboten wird, bin ich nicht bereit..., auf diese Brücke zu treten..." (Reichsenquête für die Eisenindustrie 1878. Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen durch die Eisenenquête-Kommission, Berlin 1878/9, S. 313; a.a.O., S. 35, 63, 78 f., 453 f.; 485, 544 f., 801: Zollforderungen der Vertreter von Bergbau, Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie (Poensgen, De Wendel, Meyer für Krupp, Braetsch für Borsig, Gruson, Schwartzkopff und Baare)).

10) SAA/2 Lg 347, Denkschrift vom 10.V.1886, Bl. 6. Siehe auch oben, S. 202-205.

teil, als "ihr Beispiel nicht allgemeinere Nachahmung" finde.¹¹

Vier Jahre später, in seinen Lebenserinnerungen, empfahl der Industrielle, angesichts der aufkommenden nordamerikanischen Konkurrenz, den alten Kontinent unter Abbau aller Zollschränken zu einen. Enge, partikulär binneneuropäische Märkte böten keine ausreichende Basis für die mit Sicherheit zu erwartende wirtschaftliche Konfrontation mit den USA.¹²

Die taktische Komponente im Plädoyer für Freihandel liegt hier offen zu Tage. Seine Bejahung ist kein Glaubenssatz, an dem dogmatisch festgehalten wird. Sie ist eher nüchterner Ausdruck pragmatischer Interessenwahrung.¹³

Gegenüber der von außen kaum beeinflussbaren Praxis der USA, den Markt der Vereinigten Staaten der eigenen Industrie als Entwicklungsraum vorzubehalten, soll ein regionales Handels- und Abwehribündnis, wenn auch in kontinentalem Ausmaß, geschaffen werden.¹⁴ Freilich war diese einschränkende Stellungnahme bedingt. Sie richtete sich gegen Restriktionsmaßnahmen des Auslandes und verdunkelte darüber noch nicht eine

11) Ebda.

12) Siemens, Lebenserinnerungen..., S. 207 f. - geschrieben im Jahr 1890.

13) Werner von Siemens war zu keiner Zeit ein Freihändler sans phrase. Als er 1872 zur konstituierenden Zusammenkunft des "Vereins für Socialpolitik" geladen wurde, bedauerte er, daß "reine Manchesterleute ausgeschlossen" seien - zählte sich folglich nicht zu diesen (Heintzenberg, Aus einem reichen Leben..., S. 245, Brief vom 2.X. an seinen Bruder Wilhelm).

14) Die USA entwickelten sich 1870-1900 vom Agrar- zum Industriestaat. Um 1880 hatten sie bereits Groß-Britannien in der Stahlerzeugung überflügelt, standen allerdings bis 1900 als Exporteur von Industriewaren hinter den europäischen Industrieländern zurück. Vgl. Charles Wilson, Economic Conditions, in: The New Cambridge Modern History, Bd. 11: Material Progress and World-wide Problems, Cambridge 1967, S. 49-75. Zur industriell beeinflussten Schutzzollpolitik der USA in den Jahren 1870-1900: Ida M. Tarbell, The Nationalizing of Business 1878-1898, New York 1946, S. 187-203 (= A History of American life, hrsg. v. Arthur M. Schlesinger und Dixon R. Fox, Bd. 9).

generelle Befürwortung freier Verhältnisse.¹⁵

Nach Ansicht des wohlunterrichteten Josef Loewe¹⁶ herrschte die gleiche Tendenz in den großen Berliner Elektrohäusern auch noch um die Jahrhundertwende vor. In einer Untersuchung für den "Verein für Socialpolitik" konstatierte er 1903: "Wenn irgendeine deutsche Industrie freihändlerisch gesinnt ist, so gilt es von der elektrotechnischen".¹⁷ Erstaunlich bliebe dann, daß ein solcher Industriezweig seine Interessenvertretung im CDI neben der Schwerindustrie suchte.¹⁸

Der handelspolitische Liberalismus war bei der Berliner Elektro-Großindustrie in hohem Maße eine Funktion der Wettbewerbslage. Im Wettbewerb aber vollzogen sich im letzten Dezennium des alten und beim Wechsel zum neuen Jahrhundert tiefgreifende Änderungen. Diese Umstrukturierungen

-
- 15) England halte "glücklicherweise noch am Freihandel fest" schrieb Werner v. Siemens in dem zitierten Kupfergutachten von 1886 (SAA/2 Lg 347). In den USA zeigte man sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges zuversichtlich, die industrielle Konkurrenz Deutschlands zu schlagen. Vgl. Auswertung der US-Presse in Berliner Jahrbuch 1913, Teil 1, S. 286.
- 16) Josef Loewe, verwandt mit den Gebrüdern Loewe, den Mitbegründern der Berliner "Union-Elektricitäts-Gesellschaft-AG", wurde u. a. auch vom Siemenskonzern unmittelbar mit Material versorgt.
- 17) Vgl. Josef Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 154.
- 18) Immerhin gab es um die Jahrhundertwende im CDI eine freihandelsfreundliche Fraktion, zu der die pharmazeutischen und Farbenwerke der chemischen Industrie zählten, die z. T. aber nach 1900 aus dem Verband ausschieden: Bayer, Badische Anilin- und Sodafabrik, Farbenwerke Hoechst. Vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 79, Mai 1898, S. 42. Damals beklagte sich der Vorsitzende des "Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln" als Sprecher der schutzzollinteressierten Sodaindustrie über eine Bevorzugung der großen Farb- und Pharmawerke bei der Behandlung von Zollfragen im Centralverband. Im CDI wurde der Hinweis auf die inhomogene Mitgliederstruktur des Verbandes häufig zur Entkräftung des Vorwurfs bemüht, der Verband kümmere sich nur um Anliegen der Schwerindustrie. Daß der nicht schwerindustriellen Mitgliedschaft im Verband nicht nur eine Alibifunktion zukomme, betonte Wilhelm von Siemens als Walther Rathenau 1915/16 einen umfassenden Zusammenschluß der deutschen Fertigwarenindustrien plante. (SAA/4 Lk 196-199, Brief an Walther Rathenau vom 26.VII.1915: "Der Verband kann... sagen, daß er nicht nur die Schwerindustrie ... vertritt. Aber die Führung liegt bei einem Teil der Schwerindustrie".).

werden auch dann transparent, wenn man bei dem zunächst eingeschlagenen Verfahren bleibt und Firmenäußerungen für sich sprechen läßt.¹⁹

Es war ein Fazit solcher Entwicklungen und - schenkt man den Ausführungen Josef Loewes Glauben - eine etwas überraschende Mitteilung, daß der Siemenskonzern im Spätjahr 1909 erklären konnte, "die Zollerhöhungen beim Abschluß der neuen Handelsverträge" hätten zwar die Exportbeziehungen berührt, indessen seien direkte Schädigungen der Firma schon deswegen kaum erweislich, weil das Haus an den wichtigsten Plätzen des Auslandes über "eigene Fabrikationsstätten" verfüge.²⁰

Zollerhöhungen, die seit 1879 ein verbindendes Requisit im außenwirtschaftlichen Programm von Schwerindustrie und Großlandwirtschaft waren, wurden demnach kaum noch als besonders gravierendes Hemmnis empfunden. Anzeichen lagen dafür bereits früher vor. Sie waren im Handelskammerkonflikt um 1900 zu erkennen und lassen sich bei kritischer Wertung auch aus den für die breitere Öffentlichkeit bestimmten Firmenmitteilungen der Vorjahre ermitteln.²¹

Die Revision handelspolitischer Auffassungen folgte in den Berliner Konzernen der Entwicklung am deutschen und internationalen Elektromarkt. Solange die Elektrotechnik im wesentlichen der industriellen Nutzung des Schwachstroms zugewandt blieb - bis in die 1880er Jahre -,

19) Sie sind, da sie zumeist der Intention folgen, einen bestimmten Adressatenkreis im Firmensinne zu beeinflussen, mit Umsicht zu interpretieren. Die Informationsarmut zeitgenössischer Geschäftsberichte kritisiert zu Recht J. Loewe. Die Elektro-Häuser publizierten um 1900 u. a. aus Furcht vor der US-Konkurrenz vielfach nur dürftige Auszüge. Ähnliches gilt für die Berichterstattung an die Handelskammern. Vgl. Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 108.

20) Entwurf aus dem Wernerwerk der S.&H.AG. für die Berichterstattung an das Ältestenkollegium der Berliner Korporation der Kaufmannschaft vom 8.X.1909 (SAA/Lo 935).

21) Siehe oben, S. 301.

besaß die Firma Siemens & Halske in Deutschland ein faktisches Angebotsmonopol.²² Sie wahrte diese Stellung u. a. dank bahnbrechender erfinderischer Leistungen. Ein liberales handelspolitisches Credo fußte auf ihrer Marktüberlegenheit; auf der Position eines Unternehmens, in dem sich das elektrotechnische Wissen der Zeit konzentrierte.²³

Dieses "technische Monopol der frühen Elektrotechniker" (Nußbaum) wurde jedoch in einer zweiten Entwicklungsphase ernstlich in Frage gestellt.²⁴ Mit dem Aufkommen der Starkstromtechnik, dem Beginn von Kraftwerks- und Bahnbau meldete sich die Konkurrenz Dritter. Zunächst trat die AEG als Wettbewerber auf, wenn auch gerade in diesem Falle vertragliche Übereinkünfte die Konfrontation dämpften.²⁵

Während der beiden letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts rief dann "jede neue technische Entwicklungsstufe, jedes neue Patent von einiger Bedeutung (...) neue Unternehmungen, neue Konkurrenz hervor",²⁶ ehe ein verstärkter Konzentrationsprozeß im Gefolge der Rezession um 1901/02

22) Wo nicht anders vermerkt, lehnt sich die Darlegung von Wettbewerbsverhältnissen im folgenden an die Arbeit von Helga Nußbaum, Unternehmer gegen Monopole..., S. 72-99 an. Nußbaum wertet u. a. Verbandspublikationen der Elektrotechnik, Handelskammerberichte und zeitgenössische Sekundärliteratur aus. In der Periodisierung folgt sie mit einigen Abweichungen den Vorschlägen Jürgen Kuczynskis. Die Einteilung der Entwicklungsphasen der Starkstromtechnik wurde vom Verf. vereinfachend übernommen. Zur Stellung von S.&H. am deutschen Markt vgl. Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 119. Zum frühen Monopol von S.&H. im russischen Telegraphenbau: Joachim Mai, Das deutsche Kapital in Industrie und Handel Rußlands von 1815 bis 1876, in: Jb.f.Wg., 1968, Teil 2, S. 205-236, speziell S. 215-218, 225.

23) Nußbaum, Unternehmer..., S. 76.

24) Ebda.

25) Verträge zwischen der AEG, bzw. der "Deutschen Edison-Gesellschaft" und S.&H. vom 13.III.1883, bzw. vom 23.III.1887. Vgl. F. Pinner, Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter..., S. 100-119, 147-154; 50 Jahre AEG, S. 40-44, 75 ff. Zur schließlichen Ablösung des Vertragsverhältnisses der beiden Gesellschaften 1894: a.a.O., S. 114 f.

26) Nußbaum, Unternehmer..., S. 76.

mit der Zahl der unter Wettbewerbsdruck anbietenden Großfirmen den Wettbewerb selbst unter den verbleibenden Großunternehmen minderte.²⁷

Kennzeichnend für eine anschließende dritte Periode stabilisierte sich endlich seit etwa 1905 das sowohl von Rivalität wie partieller Zusammenarbeit bestimmte Verhältnis unter den aus umfangreichen Fusionierungen gekräftigt aus der Krise hervorgehenden Gesellschaften, insbesondere bei der Gruppe S.&H./SSW und AEG.²⁸ Zwischen beiden Berliner Konzernen entstand eine Art fließendes Gleichgewicht.²⁹

Anders als vielfach angenommen, war dies kein kurzer, transitorischer Zustand, der rasch und notwendig auf die Ausbildung eines einzigen, be-

27) In zeitgenössischen und späteren Studien ist dieser Prozeß, z. T. monographisch, häufig beschrieben worden. Es sei an die angeführten volkswirtschaftlichen bzw. speziell firmengeschichtlichen Arbeiten von Jeidels, Liefmann, Rießer, Weber, Helfferich, Georg Siemens und Pinner erinnert. Vgl. auch Gottfried Eißfeldt, Kartellierungsfähigkeit und Kartellierung der deutschen elektrotechnischen Industrie, Halle 1928 (Wiso.Diss.), S. 16-22; Erich Noether, Vertrüstung und Monopolfrage in der deutschen Elektrizitätsindustrie, Leipzig 1913, S. 46-65. Ein knapp unterrichtender Überblick findet sich im Berliner Jahrbuch 1910, Teil 1, S. 298-302.

28) "Die Entwicklung der beiden Elektrizitätsgesellschaften geht in drei Stufen vor sich ... Ursprünglich eng mit der Firma S.&H. verbunden, machte sich die AEG seit den 1890er Jahren immer mehr selbständig... Die dritte Periode sieht langsam wieder eine Einigung ... entstehen, als Resultat eines... widerspruchsvollen Prozesses /i.e. gesteigerte Konkurrenz als Vorbedingung künftiger Kooperation, HMB./ ..." (Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie..., S. 266 f.). Zu gemeinschaftlichen Gründungen beider Firmen 1903 (u. a. die "Elektrische Straßenbahn Valparaiso-AG" und die "Telefunken"-Gesellschaft): Jeidels, a.a.O., S. 267, und Georg Siemens, Geschichte..., Bd. 1, S. 290 ff.

29) Das bedeutete für beide Firmen zugleich eine wechselseitige Stimulierung der Expansion. So wollte der Siemenskonzern 1912 mit der - modifizierten - Fusionierung der Bergmann-Elektrizitätswerke-AG/Berlin der AEG zuvorkommen. In der Öffentlichkeit galten S.&H. um die Jahrhundertwende nicht als fusionsfreudig, während man in Emil Rathenau - zu recht - einen Anhänger von "Fusionen nach amerikanischem System" sah (G. Siemens, Carl Friedrich von Siemens..., S. 100; Vossische Zeitung, 7.XII.1902, Nr. 573). Noch 1920-1922 orientierte sich die Absicht des Siemenskonzerns, der "Rhein-Elbe-Schuckert-Union" möglichst alle bedeutenden deutschen Lokomotivwerke anzugliedern, u.a. an einer analogen Strategie der AEG. (SAA/4 Lf 635, Briefwechsel C.F. v. Siemens/Berthold; Brief Berthold an C.F. v. Siemens vom 30.I.1922).

herrschenden Konzerns hindrängte.³⁰ Solche Prognosen erfüllten sich z. T. schon deshalb nicht, weil die Gefahr der Heraufkunft d e s "Elektro-Trusts" - in Publizistik, Parlamentsdebatten und Literatur der Vorkriegszeit häufig als unmittelbar bevorstehend angekündigt -, ein auch politisch beachtliches Potential an Gegenkräften mobilisierte.³¹

30) So Jeidels, a.a.O., S. 265 f., 277. "Die Konzentration ist heute soweit fortgeschritten, daß bis zum großen Elektrizitätstrust nur noch ein Schritt fehlt", schreibt Noether 1913. (Noether, Vertrüstung..., S. 73). Im Anschluß an bürgerliche Autoren, zu denen neben Jeidels auch Rießer und Ludwig Eschwege, Mitarbeiter der von Alfred Lansburgh redigierten Zeitschrift "Die Bank", zählten, basierte Lenin die Periodisierung des Kapitalismus u. a. auf die ihm paradigmatisch erscheinende Entwicklung in der deutschen Elektro-Großindustrie. Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", in: ders., Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Bln. (DDR), 5. Auflage, 1959, S. 709-817, speziell S. 762-765.

31) Schon mit der Vorbereitung der Fusion der "Union-Elektricitäts-Gesellschaft-AG" (1902) kam Rathenau nach Ansicht der Vossischen Zeitung seinem Plan der "Schaffung e i n e s Trusts in der elektrischen Industrie Deutschland ... einen mächtigen Schritt näher (Vossische Zeitung, 23.XII.1902, Nr. 599, Sperrung HMB.). Eine instruktive Zusammenstellung kritischer Pressestimmen zur Ausschaltung des Wettbewerbs zwischen den großen Elektro-Häusern Deutschlands bringt Ernst Heinrich Geist, Der Konkurrenzkampf in der Elektrotechnik und das Geheimkartell, Leipzig 1911, S. 48, 63 und passim. Der Widerstand gegen diese Entwicklung ging hauptsächlich von kleineren und Spezialfirmen des Industriezweiges aus. Diese wandten sich insbesondere gegen die Monopolisierung von Installationen und Materiallieferungen durch die Großfirmen beim Bau von Elektrizitätswerken. Ihr Widerstand war zumindest teilweise erfolgreich. Zu den von den einzelstaatlichen Regierungen vor 1914 erlassenen Schutzbestimmungen im Sinne der kleineren Firmen vgl. G. Eißfeldt, Kartellierungsfähigkeit..., S. 29 f.; Noether, Vertrüstung..., S. 75-80, 90 ff., 102 ff., Nußbaum, Unternehmer..., S. 73, 89-99. Umfassend dazu auch dies., Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 bis 1914, in: Jb.f.WG., 1968, Teil 2, S. 117-203: populäre antimonopolistische Strömungen, vor allem bei den preußischen Konservativen, werden von der preußischen Ministerialbürokratie benutzt, um in Verbindung mit der westlichen Schwerindustrie die Pläne zur Errichtung eines industrieunabhängigen Reichsmonopols für die Starkstromversorgung zu torpedieren.

Konkurrenz, wiewohl vielfach bewußt abgeschwächt, bzw. durch Aufteilung des Marktes tendenziell aufgehoben, blieb zwischen den großen Universalfirmen der Elektrotechnik im einzelnen weit über die Wilhelminische Epoche hinaus lebendig.³²

Überblickt man diese Entwicklung, dann fiel die behauptete Revision einer früheren, liberalen handelspolitischen Linie in die als zweite - freie - Wettbewerbsphase unterschiedene Periode; genauer: in die Jahre kurz vor und nach der Jahrhundertwende.

Für die Elektroindustrie war dies eine Zeitspanne harten Ringens um die Teilhabe an der ausgehenden Hochkonjunktur, während der die Produktionskapazitäten anstiegen, Neugründungen aufkamen und sich die Akquisitionspolitik der Firmen soweit forcierte, daß auch unrentable Aufträge die Orderbücher füllten.³³ Hatte man darin die Konstellation zu erblicken, von der der Wechsel zu protektionistischeren Tendenzen datierte? Vieles scheint dem zu widersprechen.

In einer Stellungnahme zur Flottenumfrage der Münchner "Allgemeinen Zeitung" betonte Emil Rathenau noch, nicht die Flotte sei für den Handel, sondern dieser für die maritime Geltung unerläßlich; seine Stärke garantiere Deutschlands Position in der Welt. Der Stärke aber könne "nur in

32) Zur Fortdauer des Wettbewerbs im Kraftwerksbau bis 1914: Nußbaum, Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung ..., S. 134. Im Bereich der Kabelindustrie, im Meßgerätebau und bei Isoliermaterialien wurden in der Weimarer Zeit einzelne bestehende Syndikate und Kartelle aufgelöst oder faktisch aufgegeben. Vgl. Gerhard Saffran, Die Entwicklung der deutschen Kabelindustrie, Köln 1928 (Wiso.Diss.), S. 101 f.; Eißfeldt, Kartellierungsfähigkeit..., S. 57, 88, 90. Zur Konkurrenz bei Rüstungsaufträgen nach 1933: H. Radandt, Die Vorgeschichte der E.A.W. 'J.W. Stalin'..., S. 216.

33) Nußbaum, Unternehmer ..., S. 80-84; Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 90 ff., 17. Geschäftsbericht der AEG, 1893/99, S. 5/zit.: GB.AEG/; 18. GB.AEG 1899/1900, S. 5, 7; 19.GBAEG 1900/1901, S. 4. "Von öffentlichen Submissionen haben wir uns" (wegen ungünstiger Konditionen, HMB.) - so schrieb die AEG schon zu 1895/96 - "gänzlich ferngehalten". (14.GB.AEG. 1895/96, S. 7).

Freiheit seine Kräfte entwickeln". Daher seien agrarische Forderungen "wie die protektionistischen Grundsätze bei Schließung von Handelsverträgen" abzulehnen. Es sei "zwecklos, Industrie und Handel mit Waffen nach außen schützen zu wollen, während man ihnen mit Gesetzen im Innern Wunden schlägt".³⁴ Und 1897 erklärte man bei der AEG emphatisch, die deutsche Industrie verdanke, nächst der Zuversicht in die Erhaltung des Friedens, den bestehenden Handelsverträgen und eigenen Leistungen den augenblicklichen Aufschwung.³⁵

Die Handelskammer zu Potsdam, schon 1900 "in ausgeprägtem Maße Vertreterin von Industrieinteressen",³⁶ zu denen neben Maschinenbau- und Lokomotivfabriken, Gießereibetrieben und Chemischen Werken bald auch die Häuser Siemens und AEG zählten,³⁷ petitionierte in diesem Jahre

34) Flottenumfrage Nr. 137, zitiert bei Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik..., S. 435.

35) 15. GB.AEG 1896/97, S. 5.

36) Heinrich Dove, Die Entstehung und Entwicklung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und ihr organisatorischer Ausbau, in: Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902-1927, Berlin 1927, S. 11-19, zit. S. 16.

37) Allein 1899 hatte sich die Zahl der im Kammerbereich registrierten Firmen "nahezu verdoppelt" (Jahresbericht der Handelskammer zu Potsdam für 1899, S. 29 /zit.: Jb.Potsdam/). Bei der Angliederung der Landkreise Teltow, Niederbarnim und Beeskow-Starkow an den Potsdamer Kammerbezirk (Ministerialerlaß vom 8.II.1902) hatten die "Vertreter der in den Kreisen ansässigen Großindustriellen" eine Versammlung abgehalten und die Initiative der Kreis- und Kommunalbehörden für den Anschluß durch ein einstimmiges Votum unterstützt (Jb.Potsdam 1902, S. 3 f.). Im Vorstand bzw. dem Ausschuß für Industrie und Großhandel waren seit 1902 u. a. vertreten die Firmen: Borsig/Tegel, AEG, Agfa/Treptow, Chemische Fabrik Kunheim & Co/Niederschöneweide, Berliner Maschinenbau-AG vorm. Schwartzkopff/Wildau, Optische Anstalt C.P. Goerz-AG/Friedenau, Metallwerke Kretzer & Busse/Niederschöneweide. Für die AEG gehörte E. Rathenau bleibend dem Industrieausschuß an. Schatzmeister der Kammer war seit 1904 Ludwig Delbrück (Bankhaus Delbrück, Leo & Co, der AEG und S.&H. verbunden; schon 1903 Mitglied des Industrieausschusses). In den 1907 eingerichteten Fachausschüssen waren S.&H. und das Elektrizitätswerk Süd-West - der AEG nahestehend - für die Elektrotechnik, die "Deutsche Niles Werkzeugmaschinenfabrik", an der die AEG beteiligt war, für den Maschinenbau vertreten (Vorsitz: Conrad Borsig). Im Industrieausschuß wirkten neben Rathenau seit 1911 Dr. A. Berliner (S.&H.) und seit 1913 auch H. Natalis (SSW) sowie Dr. Friedrich A. Spiecker (S.&H.) mit (nach Jb. Potsdam 1902-1913 zusammengestellt).

beim Reichskanzler für die "Fortführung der bisherigen Handelspolitik".³⁸
In einem Überblick zur Lage in der Elektroindustrie bemängelt die
Kammer 1903: "Die Unsicherheit der handelspolitischen Lage wird dauernd
beklagt".³⁹

Sofern Firmenverlautbarungen hier als Quelle herangezogen werden können,⁴⁰
sind indessen, gerade bei der AEG, Untertöne nicht zu überhören, die
eine Abkehr von der Position der späten 1890er Jahre andeuten. So hieß
es im Geschäftsbericht zu 1899/1900 einschränkend, die Gesellschaft habe
"mit der gesamten Elektrotechnik, s o w e i t s i e i m I n l a n d
ihre Fabrikationstätigkeit konzentriert, ein erhebliches Interesse daran,
daß die Zollpolitik des Reiches den Zugang zu den fremden Absatzgebieten
nicht erschwere".⁴¹

Elektro-Großkonzerne wie die AEG verfügten freilich zu dieser Zeit be-
reits über umfangreiche Produktionsanlagen in dritten

38) Jb. Potsdam 1900, S. 87.

39) Jahresbericht der Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin f. d. Jahr
1903, S. 186. (zit.: Jb.Potsdam/Bln.).

40) An das Geschäftspublikum, Aktionäre, Behörden und Kammern gerichtet,
sind Geschäftsberichte nur sehr umsichtig auszuwerten. In der Kabel-
produktion hatte es schon längst ein Kartell zwischen S.&H. und der
Firma Felten & Guillaume gegeben (1876/77-1882, vgl. Saffran,
Kabelindustrie..., S. 84 f.: zur Ausschließung der preisdrückenden
englischen Konkurrenz), und die Absprachen zwischen S.&H. und der
AEG existierten, als Werner von Siemens 1889 der Berliner kaufmänni-
schen Korporation berichtet, "Vereinigungen der Fabrikanten zur Er-
zielung höherer Preise haben glücklicherweise in der elektrotech-
nischen Fabrikation noch keine Stätte gefunden" (Bericht zu 1888
in: SAA/46 Ld 296). Zum Jahresbericht von 1909 an die Korporation
schrieb das Wernerwerk (S.&H.) an Dir. D. Spiecker: "Wir haben,
wie gewöhnlich, so wenig wie möglich über das Werk selbst gesagt.
Im übrigen haben wir nichts dagegen einzuwenden, wenn von den an-
deren Sachen noch etwas fortbleiben soll". (Brief vom 11.XI.1909,
SAA/Lo 935) Unterstreichung: HMB.

41) 18.GB.AEG 1899/1900, S. 5 (Sperrung: HMB.)

Staaten,⁴² hatten auch dort ihr Vertriebsnetz erheblich verdichtet⁴³ und zählten somit nicht mehr zur Gruppe der ausschließlich im Inland produzierenden Firmen.⁴⁴

Die AEG konnte darum beim Hereinbruch der Rezession erklären, sie sei "von der Fabrikationskonjunktur im Inland nicht mehr in so hohem Maße abhängig".⁴⁵ Damit verschärfte sich aber der Gegensatz zwischen den finanzstärksten älteren Gesellschaften, die sich in dieser Weise auf

-
- 42) Verweis auf die Produktionsstätten der S.&H./SSW in London, Wien, Petersburg, Paris - existent z. T. schon im alten Jahrhundert - im Entwurf zu Jahresbericht für die Berliner Kaufmännische Korporation zu 1909: SAA/Lo 935.
- 43) Die AEG verfügte bereits seit 1892/93 in Madrid über eine Zweigniederlassung unter eigener Verwaltung, in Budapest, Lodz, Liège, Paris, Petersburg, Warschau und Bukarest über Vertretungen. Bis 1904/05 hatte die AEG-Organisation für die Bearbeitung des Auslandsgeschäfts 32 Aktiengesellschaften und GmbH's mit zusammen 62 Büros im Ausland errichtet (11.GB.AEG 1892/93, S. 6; 23.GB.AEG 1904/05, S. 8). AEG, Union und S.&H. vereinbarten 1899 ein Syndikat "zur gemeinsamen Finanzierung und Durchführung elektrischer Geschäfte in Rußland". (50 Jahre AEG, S. 132). Daten zur Filialgründungen von S.&H. und AEG bei Robert Liefmann, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften..., S. 131. Die AEG gründete u.a. 1892/93 die "London Electrical Co. Ltd.", wandelte 1898 ihre Petersburger Vertretung in eine AG um, schuf 1899 die "Société française d'électricité AEG" in Paris und 1901 die AEG Wien (ebda.). Vgl. auch W. Koch, Die Konzentrationsbewegung in der deutschen Elektroindustrie..., S. 18 f.
- 44) Die Aufnahme der Produktion im Ausland war u. a. bedingt von der Industrialisierungspolitik des jeweiligen Landes. Als 1868 in Rußland nach einer Periode liberalisierten Außenhandels der Import von Metallwaren, Maschinen und Lokomotiven stärker belastet wurde, entstand das Zweigwerk der Westdeutschen Lokomotivfabrik Van Zypen & Charlier/Köln als "Russisch-baltische Waggonfabrik" in Reval. Von einer weiteren Erschwerung in den 70er Jahren wurden die Hauptlieferanten Rußlands, die Werke von L. Schwartzkopff und A. Borsig/Berlin hart betroffen, die seit 1866 noch ca. 800 Lokomotiven in Rußland abgeliefert hatten. (Bisweilen 50 % der Gesamtproduktion). Borsig und Schwartzkopff bekannten sich zur Schutzzollpolitik des CDI der 70er Jahre. Vgl. J. Mai, Das deutsche Kapital in Rußland..., S. 226 f.; Reichsenquête für die Eisenindustrie..., S. 531-534, Aussagen von Louis Schwartzkopff.
- 45) 20.GB.AEG 1901/02, S. 6. Freilich eine Aussage, die in einem Krisenjahr auch der Beruhigung der Aktionäre dienen soll.

ausländische Filialen stützten, und denjenigen Unternehmen, die weiterhin vorwiegend in Deutschland produzierten. Er gewann an Intensität, als die Großfirmen in der Krise die Stagnation im Innern mit der Forcierung des Auslandsgeschäfts zu beantworten suchten,⁴⁶ dort aber ebenfalls mit einem Rückgang konfrontiert,⁴⁷ auf den Binnenmarkt zurückverwiesen wurden, an dem noch teils geschwächte, teils niederbrechende Mitbewerber ihre Produktion unter Preisdruck absetzten.⁴⁸

Der Antagonismus beider Gruppen, bei den Großfirmen mitentscheidend über Marktanteile, entschied bei kleineren und mittleren Unternehmen, soweit ihr Fertigungsprogramm in seiner Breite mit dem der Konzerne kollidierte, zu dieser Zeit über die geschäftliche Fortexistenz.⁴⁹

Die Konzerne, die es in der Hochkonjunktur schließlich abgelehnt hatten, unter Bedingungen eines ungebrochenen Wettbewerbs noch an Submissionen teilzunehmen,⁵⁰ kamen nun bei Staat, Provinzen und Kommunen erneut um Aufträge, insbesondere im Kraftwerksbau, ein.⁵¹ Die ungünstigen Kondi-

46) So Empfehlungen E. Rathenaus in 20. GB.AEG. 1901/1902, S. 6.

47) Vgl. Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 132. Zur Krisenlage in den USA: Berliner Jahrbuch 1903, Teil 1, S. 1.

48) Preisherabsetzungen bei elektrischen Maschinen und Kabeln für das Geschäftsjahr 1901/02. Vgl. Pinner, Emil Rathenau..., S. 235 (Schilderung der Depression als "Krisis des freien Wettbewerbs" bei den großen Universalfirmen: ebda., S. 252 f.). Von 1901 auf 1902 traten im einzelnen Preisreduktionen von 20-25 % ein (Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 104).

49) Zum Scheitern der Universalfirmen "2. und 3. Ranges" in der Krise von 1900/02: AG.Elektrizitätswerke, vorm. O. L. Kummer & Co, Dresden, Elektrizitätsgesellschaft vorm. Schuckert & Co., Nürnberg, Helios-AG. f. Elektrizität/Köln - vgl. Pinner, Emil Rathenau..., S. 237-245.

50) Zu Errichtung und Betrieb elektrischer Anlagen und Bahnen verzeichnete die Firma Schuckert & Co. zu 1897, "die Bedingungen der städtischen und Provinzialbehörden" seien z. T. "so ungünstig, daß wir von deren Übernahme Abstand nehmen mußten". (Jahresbericht zu 1897, zit. bei Nußbaum, Unternehmer..., S. 80). Bei der AEG galt das gleiche, siehe oben, S. 496, Anm. 33). Zurückhaltung auch bei S.&H., vgl. G. Siemens, Geschichte..., Bd. 1, S. 280.

51) Vgl. Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 132 f. Bei Mix & Genest und bei S.&H. halfen Bestellungen der Reichspostverwaltung die Krisenzeit zu überbrücken (ebda., S. 103 f.).

tionen solcher öffentlichen Aufträge glichen sie aus, indem sie sich nach Möglichkeit ein Monopol an Installationen und notwendigen Materiallieferungen im Umkreis neu entstehender örtlicher und Überlandzentralen sicherten.⁵² Sie bedrohten damit aber zugleich ein Hauptarbeitsfeld, das sich Spezialunternehmen in den 1890er Jahren für ihren Aufstieg erschlossen hatten.⁵³

Da in dieser Situation die weiterhin angespannte Konkurrenz keine Preisabsprachen zuließ, wurde bei den Konzernen der Ruf nach Abschirmung des deutschen Marktes laut. Wünschenswert erschienen ihnen nun die Verhältnisse in den USA. Beim Siemenskonzern betonte man 1901, wirksame Vereinbarungen der Produzenten scheiterten am fehlenden Tarifschutz: "Bekanntlich ist die elektrische Industrie der Vereinigten Staaten von einer geringen Anzahl größerer Gesellschaften monopolisiert, und diese Gesellschaften stützen sich einerseits auf Preiskonventionen (...) andernteils auf die hohen amerikanischen Einfuhrzölle. Unter dem Schutz dieser Zölle können sie die Preiskonventionen innehalten, können sie Lieferungen zu hohen Preisen abschließen (...). Die inländische Verständigung wird immer eine gewisse Sicherstellung gegen ausländische Schleuderkonkurrenz voraussetzen..."⁵⁴ - Protektionistische Neigungen sind

52) Noether, Vertrusting..., S. 75-86; Nußbaum, Versuche..., S. 119.

53) Die Zahl der Spezialfabriken wurde um 1904 auf rund 225 geschätzt, die Zahl ihrer Beschäftigten mit etwa 43.000 angegeben (Daten nach Angaben des "Vereins zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der Deutschen Elektrotechnik", zit. bei Nußbaum, Unternehmer..., S. 83 f.). Als "die Bestellungen der (in der Krisenzeit von den Großfirmen S.&H./AEG, HMB.) fusionierten Unternehmungen ohne eigene Kabelfabrikation ... den Spezialfirmen verloren" gingen - Eißfeldt, Kartellierungsfähigkeit..., S. 79 -, brach das zwei Jahre zuvor erneuerte Kabelkartell, die "Vereinigung Deutscher Starkstromfabrikanten" (kombiniertes Preis- und Quotenkartell der 11 deutschen Bleikabelhersteller) zusammen. (vgl. G. Saffran, Die Entwicklung der deutschen Kabelindustrie..., S. 88-92; Koch, Die Konzentrationsbewegung..., S. 104 f.).

54) Bericht von S.&H. zum Geschäftsjahr 1901 in: Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1901, Berlin 1902, Teil 2, S. 98 f. (zit.: Bericht A.K.B.) Identische Forderungen bereits in den Berichten von AEG und S.&H. zu 1899 in: Bericht A.K.B. 1899, Teil II, S. 118 und 119. Material zur Monopolisierungspraxis der amerikanischen Elektrokonzerne bei: William S. Stevens, Industrial Combinations and Trusts, New York 1913, S. 183 ff., 316 ff., 436 ff., 439. (Gerichtsentscheide im Rahmen der Anti-Trustgesetze), vgl. auch Eliot Jones, The Trustproblem in the United States, New York 1928, S. 490 ff.

hier evident. Die eingangs gestellte Frage nach dem Verhältnis der Elektro-Großindustrie zur Handelspolitik, insbesondere aber zu Außenhandelsforderungen der Schwerindustrie, ließe sich damit vorläufig beantworten.

Der faktische Übergang zum Schutzzoll

In der Tat fand an der Jahrhundertwende ein Kurswechsel statt. Er resultierte nicht aus abstrakter Konzessionsbereitschaft gegenüber dritten Industriezweigen, fügt sich vielmehr in seiner Intention in ein erstrebtes Konzept marktregulierender Maßnahmen: Als die Großfirmen die eigene Position vom Angebot inländischer und - potentiell - auch ausländischer Konkurrenten bedroht sahen, fanden sie zum Lager des Schutzzolls.⁵⁵

Beim Siemenskonzern wandelte sich die Befürwortung eines liberalisierten Welthandels über eine Zwischenstufe, in der ein europäischer Abwehrblock gegenüber den USA empfohlen wurde,⁵⁶ zum Plädoyer für die Absicherung des engeren nationalen Wirtschaftsraumes. Gleichwohl führte diese Umorientierung nicht unmittelbar zum Anschluß an den CDI, der in der Han-

55) "Innerhalb Deutschlands begegnet uns eine weit verbreitete Tendenz, Schleuderpreise abzugeben. Außerhalb Deutschlands macht sich der Wettbewerb Amerikas bereits sehr unangenehm fühlbar". Das hohe amerikanische Preisniveau am US-Binnenmarkt gestatte Vollbeschäftigung der Werke, "die den Überschuß ihrer Fabrikate im Ausland zu Schleuderpreisen absetzen" (Bericht S.&H. zu 1901 in: Bericht Ä.K.B. 1901, Teil II, S. 98).

56) Im zitierten Siemens-Bericht nochmals aufgenommen in der Anregung "einer europäischen Gleichstellung gegenüber Nordamerika" (a.a.O., S. 99).

delspolitik unter der Losung vom "Schutz der nationalen Arbeit" ange-
treten und der deutschen Öffentlichkeit weithin mit einer Interessen-
vertretung der Schwerindustrie identisch war. - S.&H. entschlossen sich
erst 1907, die SSW erst 1911 zum Beitritt.

Dies Zögern erklärt sich z. T. bereits aus dem Konzept, mit dem die Kon-
zernfirmen der Krise um die Jahrhundertwende zu begegnen suchten.

In der Konstellation von 1901/03 hätten Schutzzölle wohl ein Instrument
gegen die zu "Schleuderpreisen" anbietenden jüngeren Firmen dargestellt.
Denn soweit diese nicht wie ihre bedeutenderen Konkurrenten über Filialen
in dritten Staaten verfügten, wurden ihnen mit allfälligen künftigen
Retorsionsmaßregeln des Auslands die entlastenden Wege zu fremden Märk-
ten verlegt. Im Binnenland aber trafen sie auf die Übermacht der Groß-
unternehmen, die zwar lebhaft über ein ruinöses Preisniveau klagten,
indessen selbst ähnlich "schleuderten" wie kritisierte Branchenkolle-
gen⁵⁷ und endlich den Niederbruch der Wettbewerber zu einer konkurrenz-
mindernden "Reinigung" des Angebots am Elektromarkt nutzten.⁵⁸

Der Zollschutz, eine Forderung, die die Konzerne gewiß potentiell in die
Nähe des CDI bringen konnte, war aber in dem Minimalprogramm, das u. a.
Emil Rathenau zur langfristigen Überwindung der Krise empfahl, nur einer
unter mehreren Punkten.

Was Rathenau unter Rückgriff auf ältere Vorschläge am Ausgang der Jahre
1901/03 vortrug, veranschaulicht nochmals die zentrale Bedeutung der

57) "Beinahe scherzhaft wirkt es, wie jede Fabrik sich über die Preis-
schleuderei der anderen beklagt, ohne es selber besser zu machen".
(Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 107).

58) Das in der Krise "fusionsreif" werdende Schuckert'sche Unterneh-
men hoffte die AEG dank einer extrem niedrigen Bewertung zu
günstigen Bedingungen zu fusionieren. Ähnlich verhielt sich
der Berliner Konzern 1912 im Falle der Bergmannwerke. Dank kon-
zilianterer Verhandlungsführung blieb beide Male der Siemens-
konzern erfolgreich. Vgl. AEG-Bericht zu 1902, in: Bericht
Ä.K.B. 1902, Teil 2, S. 54; Pinner, Emil Rathenau..., S.
259 ff.).

Wettbewerbsfrage. Diese im Sinne der Konzernfirmen zu lösen, bedurfte es allerdings kaum der Anlehnung an einen Spitzenverband.

Die Ausschaltung von Wettbewerbsmechanismen lag schon in der Konsequenz der fortschreitenden Ausdehnung der beherrschenden Zweiergruppe S.&H./SSW-AEG.⁵⁹ Ergänzend wirkten Arrangements innerhalb dieser Gruppierung, die freilich Arcana der Geschäftspolitik ausmachten, und daher, wenn überhaupt in Verbänden verhandelt, nicht in Gremien des CDI, sondern im engeren Kreis von wirtschaftspolitischen Fachorganisationen beraten wurden. Dem entsprach, daß die AEG 1903 lediglich zur folgerichtigen Weiterbildung jenes marktregulierenden Instrumentariums aufforderte, das sich bereits in Hochkonjunktur und Krisenabwehr ausgebildet hatte.

Den Leitpunkten der AEG:⁶⁰ - Fortführung der Konzentration in der Elektrotechnik im Wege der Fusion,⁶¹ Absprachen, um Projektionsarbeit, Akquisition und Verkauf partiell zusammenzulegen, Kooperation im Auslandsgeschäft,⁶² sowie Kartellierung bzw. Syndizierung typisierbarer

59) Zur monopolistischen Umgestaltung des Markts durch umfassende Fusionierungen vgl. Robert Liefmann, Trusts, in: H.d.St., 4. Aufl., Bd. 8, S. 297-321, speziell S. 300 f.; Fritz Voigt, Unternehmenszusammenschlüsse III, in: H.d.S., Bd. 10, S. 565-583, speziell S. 575.

60) Nach 21.GB.AEG 1902/03, S. 5 ff.

61) "Der erste Schritt in der Richtung, die wir stets als die wünschenswerte bezeichneten, ist geschehen: die 4 bedeutsamsten Unternehmungen unserer Industrie (AEG-Union-Elektrizitäts-AG, S.&H./SSW, HMB.) sind heute zu 2 Gruppen vereinigt, die mehr als 3/4 der Gesamtproduktion repräsentieren". (A.a.O., S. 5). Fusionen vertraten die Stelle der in der Elektrotechnik nur begrenzt möglichen Kartellierung der Produktion. Vgl. Noether, Vertrustung..., S. 70-74; Eißfeldt, Kartellierungsfähigkeit..., S. 22-42.

62) Diese Aufgabe suchten später elektrotechnische Fachverbände zu übernehmen. Der Leiter der "Preisstelle" des "Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie" (gegr. 1918), Dir. Henrich, SSW, erklärte 1919: "Den Luxus gegenseitiger Konkurrenz können wir uns, vor allem im Ausland nicht mehr leisten..." (Bericht über die 1. Mitgliederversammlung des ZddeI. am 26.6.1919, zitiert bei Eißfeldt, a.a.O., S. 105).

Fertigungen⁶³ und ein System von Gentlemen's Agreements für den in der Elektroindustrie dominierenden Bereich stark individualisierter Produkte - mochte man bei Siemens teils widersprechen, teils nur unwillig, zur Eindämmung des sonst übermächtig werdenden Rivalen folgen;⁶⁴ im Prinzip, der Unterbindung des "ungesunden" Wettbewerbs, aber stimmten

- 63) Darunter fielen u. a. die Kabel-, Draht- und Leitungsproduktion mit ersten Kartellierungen in den 1870er Jahren und erneuten Preis- und Quotenkartellen seit der Jahrhundertwende; ferner die Glühlampenherstellung (Syndikat seit 1903 = Verkaufsstelle Vereinigter Glühlampenfabriken GmbH, unter österreichischer, holländischer, schweizerischer, deutscher und z. T. französischer Beteiligung, aufgelöst 1913); außerdem Isoliermaterialien (syndiziert seit 1913 in der "Verkaufsstelle vereinigter Isolierrohrfabrikanten"). Bei Akkumulatoren war nach Auflösung eines Preiskartells (1900-1902) die Produktion von der Gemeinschaftsgründung der AEG und S.&H. "Akkumulatorenfabrik-AG/Berlin-Hagen" bis zum Jahr 1910 faktisch monopolisiert worden (Eißfeldt, Kartellierungsfähigkeit..., S. 78-86, 62-69, 90, 93; Noether, Vertristung..., S. 70 ff., 50 Jahre AEG..., S. 80 ff.; G. Siemens, Carl Friedrich von Siemens ..., S. 102; Berliner Jahrbuch 1903, 1, S. 55, 57; Berliner Jahrbuch 1910, 1, S. 133; Berliner Jahrbuch 1913, 2, S. 274; Koch, Konzentrationsbewegung..., S. 101-111).
- 64) Zu diesem Ergebnis kommt im wesentlichen J. Kocka, Organisation..., S. 466-477, insbesondere bei der Untersuchung der "Sanierung" der Bergmann-Elektrizitätswerke durch die SSW 1912, a.a.O., S. 474 ff. Zur Veranschaulichung des Vorgehens der Konzernfirmen sei auf einige der Aktionen verwiesen. SSW und AEG verhinderten 1904 durch gemeinsamen Kauf das Wiedererstarken der krisengeschwächten "Helios-Elektrizitätsgesellschaft-AG/Köln", deren Trustgesellschaft, die "Cölner Elektrizitätsanlagen-Gesellschaft", Siemens 1903 aufnahm, um den Wettbewerb der "Petersburger Gesellschaft f. elektr. Anlagen", eine Gründung des Kölner Unternehmens, gegenüber der Siemens'schen "Gesellschaft f. elektr. Beleuchtung vom Jahre 1866" in Petersburg zu beseitigen (Berliner Jahrbuch 1903, S. 56; 50 Jahre AEG, S. 166). Auch im Falle der 1908 zahlungsunfähig werdenden Karlsruher "Gesellschaft für Elektroindustrie" bildete sich "nach dem Vorbild der seinerzeitigen Aktion bei der Stilllegung von Helios... ein Konsortium zur Verhinderung des Wiederaufbaus..." (50 Jahre AEG, S. 76 f.) Gegenüber der Firma Körting (Gebr. Körting Körtingsdorf bei Hannover) setzte die AEG 1902 eine Abtrennung der elektrischen Abteilung des Werks durch, die die AEG dann selbst übernahm (a.a.O., S. 150 f.). Zur "Verringerung des Wettbewerbs" (Pinner) bemühte sich die AEG 1910 erfolgreich um die Kontrolle über den Felten & Guillaume-Lahmeyer-Konzern, dessen Turbinenfertigung die Berliner Großfirmen störte, und der im Generatorbau die AEG zu einem kostspieligen Unterbietungskampf nötigte (Pinner, Emil Rathenau, S. 296-305, zit. S. 305; Geist, Der Konkurrenzkampf in der elektrotechnischen Industrie..., S. 37).

die Interessen beider Seiten überein.⁶⁵ Das ließ bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges ein Gerüst von Absprachen, losen, kartellartigen Preisverständigungen und Quotisierungen entstehen, die hier nicht im einzelnen darzustellen sind,⁶⁶ deren Vorhandensein aber nachträglich der eingangs zitierten Forderung Rathenaus, dem Starken Entwicklungsfreiheit zu geben, ihren spezifisch aliberalen Sinngehalt verleiht.⁶⁷

An zusätzlichen Belegen für diese Interpretation fehlt es nicht. Geschäfts- und Handelskammerberichte sprechen bei kritischer Auswertung für sich. Bei der Kammer in Potsdam, wo Rathenau zeitweise selbst im Ausschuß für das Berichtswesen saß,⁶⁸ forderte man immer wieder Kartellierungen, Syndizierungen und Preisverständigung.⁶⁹ Zugleich wird beklagt, daß "es wohl noch immer eine Konkurrenz gibt, die nicht richtig zu kalkulieren versteht", d. h. die Preispolitik der Großfirmen durchbricht.⁷⁰ Ehe noch die Öffentlichkeit von der Existenz eines

65) "Es muß dafür gesorgt werden, daß der Konkurrenzkampf... in g e s u n d e Bahnen gelenkt wird..." (Erklärung des SSW-Vorstandes vom 14.4.1912 zur Übernahme von 8,5 Mill. Mark bei der Kapitalerhöhung der "Bergmann-Elektrizitätswerke-AG" von 29 auf 55 Mill. Mark; abgedr. bei Noether, Vertrüstung..., S. 61 ff.). Bergmann, "größter Preisschleuderer auf dem deutschen Elektromarkt" - so Wilhelm v. Siemens und Dir. Dr. Alfr. Berliner (SSW) 1911 - wurde in der Folge in seiner Preisgestaltung diszipliniert; zuvor waren dort SSW in der Regel um 10-20 % unterboten worden. Vgl. G. Siemens, Carl Friedrich..., S. 91.

66) Vgl. zu den Details Kocka, Organisation..., S. 466-477.

67) Ob man in einem Wirtschaftssystem, in dem die Wettbewerbsmechanismen progressiv ausgeschaltet werden, noch von "wirtschaftlichem Liberalismus" sprechen kann - so H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 190-196, - kann dahinstehen. Auch E. Kehr meinte, "Für E. Rathenau stand ... (die Frage der) allgemeinen Freiheit der Wirtschaft überhaupt" im Vordergrund (Kehr, Schlachtflottenbau..., S. 434). Der Grundtendenz einer Verherrlichung der "Freiheit des Starken" folgen die in enger Fühlungnahme mit Mitarbeitern Rathenaus, bzw. O. Jeidels, dem Direktor der Berliner Handelsgesellschaft (Hausbank der AEG), entstandenen Studien von Pinner, Emil Rathenau..., S. IX, und Noether, Vertrüstung..., S. 113.

68) Jb.Potsdam 1902, S. 18. Für das Jahr 1902/03. Die Bedeutung der Berichterstattung im Krisenjahr war also klar erkannt.

69) Vgl. Jb.Potsdam/Bln., 1903, S. 186 f.: im Telegraphenbau, für die Kabelindustrie und für elektrische Zünder. Ähnlich: Jb.Potsdam/Bln., 1904, S. 184, und ebda., 1909, S. 184.

70) JbPotsdam/Bln. 1904, S. 181.

Submissionskartells der Konzerne positiv Kenntnis hatte, regt der Bericht zu 1905 an, "Schutzverbände gegen die Schädigungen dieses Systems" [i.e. die Vergebung öffentlicher Aufträge zu Wettbewerbspreisen im Wege der Ausschreibung, HMB.] zur Gründung zu bringen...".⁷¹

Schwäche des Fachverbandswesens der Elektro -
technik vor 1918 : "Chaos von Groß- und Klein-,
Universal- und Spezialfirmen"

Wo Großfirmen im Sinne der Verlautbarungen aus der Potsdamer Kammer zur Vereinigung der Produzenten riefen, darf unterstellt werden, daß ihr Appell nicht auf eine Zusammenarbeit zielte, welche die "Freiheit des Starken" gefährdete. Der vorgegebene unterschiedliche Erwartungshorizont, der Absprachen, Kartelle und kartellartige Vereinbarungen zustande kommen ließ, bedingte, daß die Firmen über dem Nutzen der Kooperation ihre jeweils verbleibenden partikulären Belange nicht aus den Augen verloren.⁷² Das gilt auch für überregionale Wirtschaftsver-

71) A.a.O., 1905, S. 10. Zum Begriff "Submissionskartell" vgl. Theodor Wessels, Unternehmungszusammenschlüsse II., in: H.d.S., Bd. 10, S. 552-565, speziell S. 553 ff. Zum Wirken des für Submissionsaufträge von den Firmen: SSW/AEG/Brown, Boveri & Cie./Felten & Guillaume-Lahmeyer-Werke-AG gebildeten "Geheimkartells" vgl. Geist, Konkurrenzkampf..., S. 6 ff. und passim, sowie Kocka, Organisation..., S. 469 ff., 476 und Nußbaum, Unternehmer..., S. 91, 98.

72) Vgl. Wessels, Unternehmungszusammenschlüsse-II..., S. 553-559. Das Beispiel eines recht losen Zusammenschlusses bietet die 1899 unter Führung von S.&H. und AEG gegründete "Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen", kennzeichnenderweise häufig als "Frühstücksverein" apostrophiert. Zur Ausschaltung des Wettbewerbs bei Submissionsaufträgen schloß sich ein Teil der Mitglieder verbandsintern nochmals zu einem "Geheimkartell" zusammen, zur sog. "V.C." (d. h. "Vertrauliche Correspondenz, bzw. Convention", HMB.).

bände (Fachverbände), die sich auf einen Teil- oder Gesamtbereich der Elektrotechnik erstreckten, um Marktregulierungen durchzusetzen oder bestimmte Einzelforderungen beim Gesetzgeber zu vertreten.⁷³

Zur Vereinigung drängte es die Industriellen jedoch nicht nur aus diesen, sondern auch aus anderen Motiven, was sich in Zahl und Art der Verbände selbst widerspiegelt. Preisgestaltung, Konditionen und Produktionsnormierung, sowie allgemeine Wirtschaftspolitik und spezielle Außenhandelsregelungen verweisen als jeweils primäre oder sekundäre Verbandsziele auf eine Vielzahl möglicher Gruppierungen mit fließender oder einander überlappender Funktionsstruktur, das Kriterium des "Parallelismus der Verbände".⁷⁴

Zu alledem tritt noch der Gegensatz zwischen Klein und Groß. Zusammenschlüsse der Klein- und Spezialunternehmen orientierten sich an anderen Organisationszielen als die Verbände der größeren Konzerne mit universaler Fertigung. In der Elektrotechnik entstand daher vor 1914, wie man später im "Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie" (ZddeI)⁷⁵ selbstkritisch einräumte, "ein kaum vorstellbares Durcheinander und Nebeneinander" divergierender Zweckgründungen,⁷⁶ die "jede einheitliche

73) Zur möglichen Untergliederung von wirtschaftlichen Fachverbänden: R. Breitling, Die Verbände in der Bundesrepublik..., S. 12 ff. Kritisch zu der von Breitling zu stark hervorgehobenen Konzentrierung des Verbandseinflusses auf die Beeinflussung des Parlaments: Wilhelm Hennis, Verfassungsordnung und Verbandseinfluß in: ders., Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre, München 1968, S. 188-200, speziell S. 189 f. und 277.

74) Vgl. Gerhard Kessler, Die Deutschen Arbeitgeberverbände..., S. XII., 8 ff. (= Schriften Vfs., Bd. 124).

75) Als umfassender Fachverband für das Gebiet der gesamten Elektrotechnik gegründet im März 1918.

76) Zitiert nach Mitteilungen des verstorbenen vormaligen Syndikus des ZddeI, Dr. Maximilian Frese (i. d. Folge zit.: "Frese"). "Es fehlt... das Vertrauen in die gute Absicht, die gegenseitigen Interessen zu fördern. Durch die Begründung von Sondervereinigungen der Installationsfirmen, der Spezialfirmen, der Elektrizitätswerke ist mehr das Gegensätzliche innerhalb der Elektrotechnik gepflegt worden, als das Gemeinsame". (Denkschrift des Siemenskonzerns, maschinenschriftlich, vermutlich von Carl Friedrich v. Siemens, Zur Frage der Begründung eines Verbandes elektrischer Industrieller, Jan./Febr. 1916, S. 7, SAA./4 Lk 196-199. (zit.: Denkschrift)).

Planung und Führung vermissen ließen".⁷⁷

Zersplittert und zu selbständiger, effektiver Interessenvertretung vor 1914 kaum fähig,⁷⁸ fand der Wirtschaftszweig als ganzes erst in der Zeit der Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung zu einem einheitlicheren Zusammenschluß, der sich u. a. um die "Preisstelle" des "Kriegsausschusses der elektrotechnischen Industrie" als Organisations- und Kartellierungskern in den Jahren 1916/18 anbahnte⁷⁹ und mit der Konstituierung des "Zentralverbandes der Deutschen elektrotechnischen Industrie" ("ZddeI") noch vor Kriegsende seinen Abschluß erreichte.

Für die Klärung der Beziehungen von Siemenskonzern und CDI ist die von Antagonismen gekennzeichnete Verbandsarbeit einzelner Organisationen insoweit von Belang,⁸⁰ als sich in ihr der Gegensatz von Industriegruppen

77) Frese. "Nur da, wo auf speziellen Gebieten die Gemeinsamkeit gewichtiger hervortrat ... ist es zu Spezialzusammenschließungen gekommen". (Denkschrift, S. 7).

78) Frese. Der Vorschlag Walther Rathenaus, die Fertigindustrie unter Einschluß und Führung der Elektrotechnik zusammenzuschließen, um dem s. E. von der Schwerindustrie beherrschten CDI ein Gegengewicht zu schaffen, wurde bei Siemens skeptisch aufgenommen. Hier setzte man auf die Umorganisation des CDI durch die Bildung starker Fachgruppen, was die Einigung der Elektrotechnik zunächst voraussetzte, die Carl Friedrich von Siemens pragmatisch über eine schrittweise Annäherung und Kooperation bestehender Verbände u. a. in der Frage der Rohstoffversorgung anstrebte (Denkschrift, S. 8 ff. SAA./4 Lk 196-199, Brief Carl Friedrichs an Walther Rathenau vom 26.7.1915; Brief Walther Rathenaus an Carl Friedrich von Siemens vom 2.8.1915).

79) Der Ausschuß entstand am 21.II.1916; dem als Vorstand wirkenden Unterausschuß für Wirtschaftspolitik stand Carl Friedrich von Siemens vor; in den drei wichtigsten anderen Unterausschüssen stellten AEG/SSW die ersten Vorsitzenden: Preisbildungsstelle - Dir. Henrich/SSW, Rohstoffstelle - Dir. Holler/SSW, Lieferbedingungen - Dir. Birnholz/AEG (SAA./4 Lf 637, Mitgliederlisten; Aktennotiz betr. Vertretung des "K.A." bei der Kriegsrohstoffabteilung, gez. v. Uslar (geschäftsführendes Mitglied des wirtschaftspolitischen Unterausschusses, ein Siemensbeamter)) Frese.

80) Der Terminus "Organisation" wird im umfassenden Sinn der Organisationsanalyse verwandt. Vgl. dazu Renate Mayntz, Soziologie der Organisation..., S. 7, 17.

der Elektrotechnik widerspiegelt, der für die handelspolitische Orientierung konstatiert und als Parameter des Verhältnisses der Großfirma zum Centralverband Deutscher Industrieller gewertet wurde.

Das "Durcheinander"⁸¹ von Aufbau, Mitgliedschaft und Leitung kartellähnlicher Gruppierungen steht einer solchen Sichtung nicht entgegen;⁸² denn Gründungszeit, Statuten und Verbandspublizistik lassen formal, bisweilen auch schon faktisch, Arbeitsbereich und Organisationsziele erkennen.⁸³ Da die Verbände, teils dank einer rührigen Öffentlichkeitsarbeit,⁸⁴ häufig ein weiteres Publikum für sich zu interessieren ver-

81) Bedingt auch durch Doppelorganisation. So gehörten SSW und AEG entsprechend der Durchdringung von Elektrotechnik und Maschinenbau außer der "Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen" dem "Verein Deutscher Maschinenbauanstalten"(VDMA) an, der sich aus einem regionalen Branchenverband für Rheinland-Westfalen - gegr. 1890, Ausweitung 1890/92, Geschäftsführung bis 1910 in Personalunion beim "Verein Deutscher Eisenhüttenleute"/Düsseldorf - zur Spitzenorganisation des Maschinenbaus entwickelte. Der VDMA suchte im Weltkrieg elektrotechnische Verbände zu sich hinüberzuziehen, um seine Position im CDI zu stärken und störte damit erheblich die Pläne Carl Friedrichs v. Siemens (i.d.Folge: "C.F.") zur Errichtung eines einheitlichen Gesamtverbands der Elektrotechnik. Vgl. Fr. Fröhlich, Maschinenindustrie, in: H.d.St., Bd. VI, S. 510 f.; Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des deutschen Reiches, hrsg. v. Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, 1913, S. 196; Brief C. F. an Dr. Paul Meyer vom 13.3.1917 in: Friedrich Heintzenberg, Carl Friedrich von Siemens, Bd. 1, S. 96-99, maschinenschriftliches Manuskript in SAA., zit.: Briefsammlung C.F.).

82) Zum Begriff "kartellartiger Zusammenschluß": Wessels, Unternehmenszusammenschlüsse II,..., S. 559.

83) Vgl. Mayntz, Soziologie der Organisation..., S. 58.

84) Öffentlichkeitsarbeit ("Public Relations") wurde hier allerdings noch nicht in modern konzipierter Weise betrieben. Dies geschah, kennzeichnend genug, damals bereits in der amerikanischen Elektrotechnik bei der Trustgesellschaft "American Telephone and Telegraph Co". Vgl. Albert Oeckl, Handbuch der Public Relations, München 1964, S. 89. Die Definitionen Oeckls sind unkritisch, da aus der Branche selbst übernommen (a.a.O., S. 31 ff.); referierend dazu auch Helmut Schelsky, Industrie- und Betriebssoziologie..., S. 157-195, speziell S. 192 ff.; zur Bedeutung der "American Telephone and Telegraph Co.", in den 1920er Jahren nach der "United States Steel Corporation" das größte private Trustunternehmen der Welt, vgl. R. Liefmann, Trusts, in: H.d.St., Bd. 8, S. 305, und Gg. Siemens, Geschichte..., Bd. 1, S. 200 f., Bd. 2, S. 82.

standen, bieten Zeitungen und Parlamentsberichterstattung dazu weiteres und in der Literatur gerne genutztes Material.⁸⁵

Unter dem Gesichtspunkt handels- und wirtschaftspolitischer Differenzen traten seit der Jahrhundertwende einige Zusammenschlüsse besonders hervor. Auf Seiten der Großunternehmungen machte in erster Linie die "Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen" (Vgg. D.E.) von sich reden.

Sie verdankte ihr Entstehen der Initiative einer Anzahl von Starkstrom-industriellen, die in der Hochkonjunktur 1899 zusammentraten, um ansteigende Löhne⁸⁶ und Rohstoffpreise durch gezielte Verteuerungszuschläge zu kompensieren.⁸⁷ Die Vereinigung, die ihre Preiskonvention zunächst nur mit mäßigem Erfolg durchsetzen konnte, sich indessen später, während einer erneuten Rohstoffhausse um 1905 als recht wirksames "Abwehrkartell" behauptete,⁸⁸ wuchs nie über einen exklusiven Mitgliedsstamm von etwa

85) Vor allem in der frühen Literatur. Geschickt ausgewertet auch bei Geist, Der Konkurrenzkampf...

86) Nach Schätzungen bei Loewe - ohne Spezifizierung nach Betriebsklassen und Arbeiterkategorien - stiegen die Löhne in der Berliner Elektro-industrie 1897 durchschnittlich um 25 %, 1898 um 10-15 % und 1899 um weitere 5 % an (Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 92).

87) Die E.AG. vorm. Schuckert & Co. berichtet 1899 u. a. über Erhöhungen von 50 % bei Walzeisen und Zinn, 30 % bei Messing, Kupfer und Dynamoblech, sowie 5-6 % bei Steinkohlen (Bericht Ä.K.B. 1899, Teil 2, S. 121). Überblick über die wichtigsten Rohstoffnotierungen 1895-1901 bei Loewe, a.a.O., S. 101 f.). Die Elektro-Großindustrie erhob Zuschläge von 10 % bei Generatoren und Transformatoren, mußte diese Regelung aber in der Wirtschaftskrise 1901 wieder rückgängig machen. Vgl. Geist, Der Konkurrenzkampf..., S. 18; Nußbaum, Unternehmer..., S. 82.

88) Erneute Steigerungen bei Zinn, Kupfer, Roheisen und Koks wurden 1905 mit einem Aufschlag von 10 % u. a. bei Motoren, Dynamos und Transformatoren, 1906 mit einer weiteren Verteuerung dieser Warengruppen um 15 % beantwortet. Nach dem Vorgang der Krisenzeit um 1900 setzten dann die Elektrowerke in der Depression 1907/08 die Anhebungen wieder außer Kraft. Die Preiskonventionen wurden in der Öffentlichkeit als Erfolg der Elektroindustrie gegenüber den Rohstoffwerken gewertet. Die Elektroindustrie sei "das einzige Beispiel..., wo eine Fabrikation eine kartellartige Organisation zustande gebracht hat, die ihr als ausreichendes Gegengewicht gegen andere derartige Bestrebungen dient" (Bericht des Wernerwerks der S.&H.-AG für 1905, in: Berliner Jahrbuch 1905, Teil 2, S. 242;

12 Firmen hinaus.⁸⁹ Dieser umfaßte außer der AEG und SSW die "Bergmann-Elektrizitätswerke-AG."/Bln.,⁹⁰ die "Brown, Boveri & Cie-AG."/Mannheim⁹¹ und die "Felten & Guillaume-Lahmeyerwerke-AG."/Frankfurt/M.;⁹² sodann Maschinenfabriken mit z. T. eigener elektrotechnischer Fertigung⁹³ und schließlich einige mittlere west- und süddeutsche Elektrofirmaen.⁹⁴ Die

Anmerkungsübertrag zu Anm. 88), S. 511

Geist, Der Konkurrenzkampf..., S. 66; SSW-Bericht zu 1908, in: Berliner Jahrbuch 1908, Teil 2, S. 249; Zitat: a.a.O., 1908, Teil 1, S. 10).

- 89) 1906 und 1913 insgesamt 12, 1917 dann 14 Mitglieder (Geist, Der Konkurrenzkampf..., S. 66; Handbuch wirtschaftlicher Vereine..., S. 210; Frese).
- 90) Hervorgegangen aus der 1891 gegründeten "S. Bergmann & Co. Fabrik für Isolier- und Leitungsrohr- und Spezialinstallationsartikel"; 1893 unter Erweiterung des Produktionsprogramms umgewandelt in eine AG, Zusammenfassung und Neubenennung 1900. Vgl. 50 Jahre AEG, S. 26, 93 f.; Gg. Siemens, Geschichte..., 1, S. 88.
- 91) Von der Schweizerischen BBC-Gesellschaft (Baden/Schweiz) als Tochter 1900 in Mannheim gegründet. Vgl. H. L. Hammerbacher, Die Entwicklung der Brown, Boveri & Cie AG Mannheim, in: BBC-Nachrichten, Jg. 32, Heft 1 (1950), S. 10 ff.
- 92) Anfänge gehen auf die Drahtseilfertigung bei "Felten & Guillaume o.H.G." (gegr. 1826) zurück. Schwerpunkt der Produktion lag bei der späteren "F & G-Carlswerk-AG"/Mülheim-Ruhr auf dem Gebiet der Kabelherstellung. Durch Fusionierung der "Elektrizitäts-AG. vorm. W. Lahmeyer & Co." (gegr. 1890 in Frankfurt/M.) 1905 erweitert zu "F & G Lahmeyerwerke-AG". Vgl. Friedrich Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften..., S. 130-134; 50 Jahre AEG, S. 177 ff.; Pinner, Emil Rathenau..., S. 195-305.
- 93) So die "Berliner Maschinenbau-AG vorm. L. Schwartzkopff/Berlin", die sich zwischen 1876 und 1882 eine elektrotechnische Abteilung angegliedert hatte, und u. a. Dynamos, elektrische Motoren und Pumpen herstellte. Vgl. 100 Jahre Wirken und Werden, hrsg. v. d. Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft, vorm. L. Schwartzkopff, Berlin 1952, S. 25.
- 94) 1906 noch die später niederbrechenden Firmen Ernst Heinrich Geist, Elektrizitäts-AG/Köln-Zollstock und die Gesellschaft für elektrotechnische Industrie/Karlsruhe, sowie die Elektrotechnische Fabrik Rheydt, Max Schorch & Co. AG/Rheydt-Düsseldorf und die Deutschen Elektrizitätswerke zu Aachen, Garbe, Lahmeyer & Co.-AG/Aachen (Geist, Der Konkurrenzkampf..., S. 66). Zur Entwicklung von Lahmeyer/Aachen vgl. Fasolt, Die sieben größten Elektrizitätsgesellschaften..., S. 130; zu Schorch/Rheydt vgl. 75 Jahre Schorch-Werke 1882-1957, 1957, S. 6-13.

Führung der "Vgg.D.E." aber lag unbestritten bei der Konzerngruppe Siemens/AEG.⁹⁵

In einer weiteren Organisation, dem "Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik" ("VWE") hatten sich seit 1902 hauptsächlich Spezialunternehmen der Branche zusammengefunden.⁹⁶ Mit der Konstituierung des "Vereines" zogen einzelne Industrielle das Fazit aus der vergeblichen Bemühung, in der Zeit von 1898-1902 kleinere und Spezialfirmen unter Einschluß der dominierenden Berliner Elektrohäuser zu einem schlagkräftigen Wirtschaftsverband zu vereinigen.⁹⁷

Wiewohl auch beim "VWE" Preisvereinbarungen als Schutzmaßregel gegen die Geschäftspolitik der kartellierten Rohstoffindustrien im Verbands-handeln eine Rolle spielten,⁹⁸ lag doch die eigentliche raison d'être des Vereines darin, für die Erneuerung der auslaufenden Caprivi'schen Handelsverträge eine einheitliche Position der Elektrotechnik zu erarbeiten und bei der Regierung zu vertreten.⁹⁹ Dieser Ansatz aber bot Zündstoff genug, um den Zusammenschluß der Spezialfirmen und die Zwölfergruppe der "Vgg.D.E." auf Dauer einander zu entfremden.¹⁰⁰

95) Vorsitzender war Prof. Dr. Emil Arnold Budde, Vorstandsmitglied der S.&H.; sein Stellvertreter, Dir. Felix Deutsch, kam von der AEG; die Geschäftsführung lag bei Dr. Robert Fellingner, einem Beamten der SSW. (Handbuch wirtschaftlicher Vereine..., S. 210).

96) Frese; Handbuch wirtschaftlicher Vereine..., S. 208 ff. 1. Vorsitzender (1902-07): Dir. Adolf Haeffner/Voigt & Haeffner-AG./Frankfurt/M.; Geschäftsführer: Dr. R. Nolte-Bürner.

97) A.a.O., S. 208, Scheitern einer ersten Initiative, "weil die elektrotechnischen Großfirmen sich zurückhielten" (1898).

98) Vgl. W. Koch, Die Konzentrationsbewegung..., S. 115 f.

99) "Die Notwendigkeit, die Vorbereitung der ... Handelsverträge ... rechtzeitig ... zu treffen, ließ den Mangel einer wirtschaftlichen Interessenvertretung der elektrotechnischen Industrie besonders fühlbar erscheinen". (Handbuch wirtschaftlicher Vereine..., S. 208).

100) Frese; Noch im Kriegsausschuß der elektrotechnischen Industrie rührte sich das Mißtrauen der Spezialfirmen, als dieser unter Führung von C. F. v. Siemens seine Kompetenzen, u.a. in der Rohstoffbewirtschaftung erweiterte (Brief C. F. v. Siemens vom 31.1.1918 an Dir. Kubierschky ("AG Mix & Genest Telefon- und Telegraphenwerke", Berlin), SAA./4 Lf 637).

Die großen Berliner Elektro-Häuser, die zu dieser Zeit nach der stolzen Feststellung Emil Rathenaus immerhin 75 % der deutschen Produktion bestritten, forderten als Vorbedingung einer möglichen Gemeinsamkeit einen wirtschaftspolitischen Führungsprimat und bestanden auch auf einer personell starken Vertretung ihrer Unternehmen in einer künftigen Spitzenorganisation.¹⁰¹ Die Konzerne, so scheint es im nachhinein, liebten darum Einigungsinitiativen bewußt scheitern.¹⁰²

Aussichtslos waren Unterhandlungen vor allem deshalb, weil das Verlangen nach hohen Schutzzöllen, bzw. der Wunsch, ein möglichst weitgehend liberalisiertes Außenhandelssystem aufrecht erhalten zu sehen, sich als schwer vermittelbare Positionen von Groß und Klein in der Branche gegenüberstanden.¹⁰³ Hinzu kam, daß der "Verein", einmal der Vergeßlichkeit von Initiativen zu einer schnellen Einigung bewußt, anders als die stagnierende Gruppe der Zwölf, seine Mitgliederzahl rasch steigerte.¹⁰⁴ Im ersten Jahr seines Bestehens hatte er 70, bis zum Weltkrieg rund 125 Unternehmen gewonnen, und diese Ziffer verdoppelte sich nochmals bis zur Gründung des ZddeI 1918.¹⁰⁵ Im Verhältnis zu den Berliner Konzernen erwuchs auch daraus ein imperatives Mandat, das die Annäherung, wiewohl vom VWE weiterhin betrieben,¹⁰⁶ faktisch ausschloß;

101) Frese.

102) Nach der einleuchtenden Hypothese von H. Nußbaum wurde der VWE von den "schwächsten Großkonzernen" um die Frankfurter "Elektrizitäts-AG vorm. Lahmeyer" gestützt, um diese gegen Siemens/AEG zusätzlich abzusichern (Nußbaum, Unternehmer..., S. 91 ff.; dort auch eine Analyse der Mitglieder des VWE). In Berlin hatte man damit Grund, sich einer gleichberechtigten Kooperation zu versagen. Vgl. auch Denkschrift..., S. 7: "... der Gegensatz zwischen Groß und Klein, Allgemein und Spezial (hat) ... die Lage bedeutend mehr beherrscht als irgend eine andere Frage. Ferner sind die Konkurrenzverhältnisse ... immer besonders scharf hervorgetreten". (SAA./4 Lk 196-199).

103) Frese.

104) Vgl. Nußbaum, Unternehmer..., S. 91 f. Zur "Vgg.D.E." stießen später noch zwei kleinere Elektrofirmen: C. u. E. Fein/Stuttgart und Julius Ascher/Berlin (Frese).

105) Handbuch wirtschaftlicher Vereine..., S. 208 f.; Frese.

106) 1910 gründete der VWE seinerseits die "Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken"; eine Entlastung, die ihn für den Beitritt großer Universalfirmen attraktiver machen sollte. Die Geschäftsführung beider Organisationen lag in Personalunion bei Dr. Fasolt (VWE), ab 1916 bei Dr. Nolte-Bürner. Bis 1917 waren Garbe, Lahmeyer/Aachen, sowie BBC und Maffei-Schwartzkopff/Berlin zum VWE übergewechselt. (Frese).

denn die mittleren und kleineren Firmen, die in den Verein eingeströmt waren, nahmen in Wirtschafts-, Sozial- und Handelspolitik eine Stellung ein, die zwar notwendig nicht völlig homogen sein konnte, in wesentlichen Punkten jedoch von Positionen der großen Berliner Elektro-Häuser abwich.¹⁰⁷

Noch deutlicher als bei der "Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen" und dem "Verein" setzte sich der Gegensatz zwischen dominierenden Konzernen mit universaler Fertigung und eng spezialisierten Unternehmen bei dem 1902 entstehenden "Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland" (VEID) auch in die formalen Organisationsziele um.

Der Verband bekannte sich von Anfang an zu dieser Frontstellung.¹⁰⁸ Rücksichtnahmen, die der VEW zu Zeiten immer wieder übte, um die Verbindung zu den Großfirmen neu herzustellen, bzw. nicht mehr als nötig zu belasten, fielen hier fort.¹⁰⁹ Zum Kampf gegen die Konzerne organisierte sich der

107) Für den VWE betont noch 1918 von der Spezialfirma Mix & Genest (Telefon- und Telegraphenbau/Bln.) (Brief Dir. Kubierschky an C.F. v. Siemens, vom 23.I.1918, SAA./4 Lf 637). Zu den Mitgliedsfirmen gehörten u. a. neben der Paul Meyer-AG/Berlin, der Max Levy-GmbH/Berlin, der Elektrizitätsgesellschaft Aron/Berlin auch Hartmann & Braun, sowie Voigt & Haeffner/beide Frankfurt/M. und Robert Bosch. Der Stuttgarter Unternehmer Bosch hatte trotz reger geschäftlicher Beziehungen zur AEG zu den Berliner Elektro-Industriellen keinerlei nähere Verbindung (vgl. Theodor Heuß, Robert Bosch..., S. 226 f.). Bosch, der sich früh zu sozialistischen Überzeugungen bekannt hatte und bis 1913 mit dem freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) bei Lohn- und Urlaubsregelung zusammenarbeitete, förderte aktiv den Hansabund, überwies ihm 1909 10.000 Mark und knüpfte weitere Subsidien an die Bedingung, der H.B. müsse gegen die "Brotverteuerer" kämpfen, um so die Arbeiterschaft zu gewinnen. Bei Siemens wandte man sich später vom Hansabund ab und förderte damals bereits die "gelben" Gewerkschaften. Bosch-Archiv, FEG/A Ia/RB, "Lebenserinnerungen von Robert Bosch", S. 26; a.a.O., A III e 8, Schreiben R. Bosch vom 21.XII.1909 an das Württembergische Landeskomitee des Hansa-Bundes; a.a.O., A III b a, Brief Robert Bosch vom 4.II.1913 an den DMV-Stuttgart.

108) "Veranlassung für die Gründung war in erster Linie die Tätigkeit der an allen Hauptplätzen errichteten Installationsbüros der Elektrizitätsgrößfirmen, deren scharfe Konkurrenz nach dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang seit dem Jahre 1900 doppelt verspürt wurde". (Handbuch wirtschaftlicher Vereine..., S. 211).

109) Siehe oben, S. 513 f. Zur Analyse der Mitgliedschaft Nußbaum, Unternehmer..., S. 95 ff. (Keine Handwerks-, sondern in der Mehrzahl kleinere Industrieunternehmen). Vorsitzender des VEID war Georg Montanus (Schäfer & Montanus/Frankfurt/M.), die Geschäftsführung lag bei dem

VEID noch breiter als der "Verein". Nach eigenen Angaben umfaßte er um 1912 rund 800 Mitglieder,¹¹⁰ die bis zum Ersten Weltkrieg öffentliche Meinung und Gesetzgebung der deutschen Länder erheblich zu beeinflussen verstanden.¹¹¹

Gelegenheitsallianzen mit den Spitzenver-
bänden als Ausdruck divergierender Wettbe-
werbslagen

Alle betrachteten Gruppierungen, die "Vereinigung" sowohl wie der VWE und der VEID reflektierten, wie abschließend festzuhalten ist, die je spezifische Wettbewerbssituation ihrer Mitgliedschaften und formulieren aus ihr heraus divergierende handels- und wirtschaftspolitische Leitvorstellungen.

Während die bedeutendsten Konzernunternehmen mit der Schutzzollforderung die Handelspolitik zugleich in eine Waffe gegen den Druck der freien Konkurrenz weniger potenter Mitbewerber verkehrten, schickten sich diese - vergeblich - an, die Elektrotechnik mit einer einheitlichen Interessenvertretung in die Vorbereitung der nachcaprivischen Handelsverträge einzuschalten. Bei den Installationsfirmen endlich artikulierte sich der Protest örtlicher Betriebe gegen die geschäftliche Omnipräsenz der Großgesellschaften.¹¹

Anmerkungsübertrag zu Anm. 109, S. 515

Frankfurter Ingenieur C. Hohnhof (ebda.; Handbuch wirtschaftlicher Vereine, S. 211).

110) Ebda.

111) Vor allem im Zusammenhang mit den Abwehrbestrebungen gegen das Entstehen d e s "Elektrotrusts". Vgl. Geist, Der Konkurrenzkampf..., passim; Noether, Vertrüstung..., S. 78 f., 90 f., 102 ff. Zu den Klagen über Materiallieferungs- und Installationsmonopole der Konzerne beim Kraftwerksbau vgl. Berliner Jahrbuch 1910, Teil 2, S. S. 259, und a.a.O., 1912, 2, S. 278 f.

112) Zum Einfluß der Agitation gegen Monopolisierungsbestrebungen der Konzerne auf Reichsinstanzen vgl. Nußbaum, Versuche ..., S. 169-179: Reichsschatzamt und Reichsamt des Innern, sowie Walther Rathenau als Berater Bethmann Hollwegs greifen zwischen 1911 und 1914 bei der Vorbereitung eines Starkstromwegegesetzes (Verlegung von Starkstromleitungen auf öffentlichen Wegen und Straßen) den Gedanken des Reichselektrizitätsmonopols auf und tragen damit u. a. der gegen die Konzerne gerichteten Stimmung Rechnung.

Zu den Konsequenzen der verbandspolitischen Selbstgenügsamkeit bzw. der Weigerung der Konzerne, mit dem "Verein" auf gleichem Fuß zu kooperieren, zählte es, daß die Abgewiesenen Bündnisse nahmen, wo sie sich boten.

So besaß der VWE Kontakte zum CDI. Adolf Haeffner, der nachmalige Vorsitzende des VWE, gehörte schon 1900 dem Ausschuß des Centralverbandes an.¹¹³ In der gleichen Position befand sich auch sein Branchenkollege Berthold Körting.¹¹⁴ Einfache Mitglieder des CDI waren zu eben dieser Zeit die Firma Hartmann & Braun/Frankfurt/M. (Meßinstrumentebau), die Felten & Guilleaume-Carlswerke-AG/Mülheim-Ruhr (Kabel), sowie die AG Elektrizitätswerke vorm. O. L. Kummer & Co./Dresden, das schwächste Glied in der Kette der sieben bedeutendsten Elektrokonzerne vor 1900.¹¹⁵

Was beim VWE als Hypothese galt, die Annahme nämlich, der Verein habe im Verhältnis zu den Berliner Häusern die Aufgabe eines Hilfsorgans erfüllt, das einzelnen, potentiell in das Absorptionsfeld von Siemens/AEG geratenden Firmen der Konzerngruppe gegenüber eine zusätzliche Absicherung bot, scheint sich damit an einem frühen Vorspiel zu verifizieren.¹¹⁶

113) Verhandlungen CDI, Nr. 87, Mai 1900, Mitgliedsverzeichnis S. 31-64. Haeffner war der kaufmännische Leiter der in den 1890er Jahren unter Assistenz der schweizerischen BBC/Baden-Schweiz gegründeten Firma Voigt & Haeffner, die Isolierungsmaterialien und Schalter herstellte. 1900 wurden V & H in eine AG mit einer Minderheitsbeteiligung von S.&H. (= 12 %) umgewandelt. Vgl. 50 Jahre Voigt & Haeffner, Frankfurt/M. 1941, S. 10-15; Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften..., S. 22.

114) Verhandlungen CDI, Nr. 87, Mai 1900, S. 31-64. Körting leitete die Firma Gebr. Körting/Körtingsdorf-Hannover, die außer Heizanlagen elektrische Maschinen, Gasmotoren, elektrische Bahnen und Kraftwerke baute. Vgl. Koch, Die Konzentrationsbewegung..., S. 77 f.

115) Zu Hartmann & Braun: G. Siemens, Geschichte..., 1, S. 203. Für F & G-Carlswerk-AG siehe oben, S. 512, Anm. 92. Die "O. L. Kummer & Co." wurde in den 1880er Jahren gegründet, 1894 in eine AG umgewandelt. Vgl. Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften..., S. 139-146; Rießer, Die Deutschen Großbanken..., S. 584.

116) Siehe oben, S. 514, Anm. 102.

Anlehnung am Centralverband suchte die finanziell ungünstig fundierte Kummerngesellschaft¹¹⁷ und die dank einer Minderheitsbeteiligung schon in den Einflußbereich von S.&H. treibende AG Voigt & Haeffner.¹¹⁸ Darüber hinaus Hartmann & Braun, der spätere Stimmführer der in Berlin Zurückgewiesenen, sowie die Kabelfirma Felten & Guilleaume, die eng mit der "Elektrizitäts-AG vorm. Schuckert & Co." / Nürnberg verbunden war, - seit den späten 1880er Jahren einer der wichtigsten Gegenspieler der beiden Berliner Großkonzerne;¹¹⁹ zuletzt das Familienunternehmen der Gebrüder Körting, das - ähnlich der Kummerngesellschaft -, in der Krise 1900/1903 von den Gbfirmen als Konkurrent aus der Elektrotechnik ausgeschaltet wurde.¹²⁰

-
- 117) Die Geschäftsbanken der Gesellschaft waren die Kreditanstalt für Industrie und Handel, Dresden, und die Deutsche Genossenschaftsbank Soergel, Parisius & Co. Die Unternehmensgruppe der Kummerngesellschaft ging 1901 in Konkurs. Vgl. Rießer, a.a.O., S. 583 f., Pinner, Emil Rathenau..., S. 240 f. Die aus dem Konkurs entstehende "Sachsenwerk-AG" gehörte später der "Vgg.D.E." an (Frese).
- 118) S.&H. besaßen über ihre Beteiligungs (Trust-) Gesellschaft "Elektrische Licht- und Kraftanlagen-AG" (gegr. 1897) 1900 12 % des Aktienkapitals, weitere 25 % lagen bei der Frankfurter Lahmeyer-Gruppe (Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 238; Fasolt, a.a.O., S. 134). Die Lahmeyer-Gruppe unterstützte nach der Hypothese von Nußbaum die Bildung des VWE und war hier also direkter Gegenspieler von S.&H.
- 119) Vor allem beim Kraftwerks- und Bahnbau. F & G hatten sich 1893 bei der Umwandlung der Schuckert & Co-KG in eine AG beteiligt. Schuckert nahm den Hauptteil der Kabelproduktion von F & G ab. Als nach Bildung der SSW diese Aufträge ausfielen, waren F & G gezwungen, dafür in der Verbindung zur Lahmeyergruppe in Frankfurt/M. Ausgleich zu suchen. Schuckert und F & G wurden bis 1898 gemeinsam vom Schaaffhausenschen Bankverein gestützt, der sich allerdings von der Nürnberger Gesellschaft abwandte, als man dort (1898) die vom Bankverein betriebene Annäherung an die "Union-Elektrizitäts-Ges." / Berlin ablehnte. Nach dieser Trennung führte in der Krise von 1900/03 erst die bewußte Abstinenz der Großbanken - (Jeidels: "Man ließ die Gesellschaft dem Ruin nahe kommen") - zu einem Niederbruch, aus dem schließlich nur die von der Deutschen Bank vermittelte Verbindung zu S.&H. heraushalf (Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften..., S. 76 ff.; Pinner, Emil Rathenau..., S. 238 f.; Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken..., S. 231 ff., 246 f., Zitat: S. 232).

- 120) Siehe oben, S. 500, und W. Koch, Die Konzentrationsbewegung, S. 77 f.

Die Verankerung des Siemenskonzerns im Kräfte -
feld des CDI

Für die übergeordnete Fragestellung der Beziehung von Siemenskonzern und CDI ergeben sich aus diesem Sachverhalt alternative Folgerungen. Zum einen die, daß die Differenzen zwischen Rohstoffwerken im Centralverband und den Fertigindustrien sich um 1900 soweit verringert haben könnten, daß sie selbst von den stark exportorientierten Spezialfirmen als *Quantité négligeable* behandelt wurden - eine These, die sich angesichts eindeutiger Aussagen selbst dementiert,¹²¹ allerdings für die den Beistand der Spezialunternehmen suchenden kleineren Konzerne z. T. zutreffen mochte.¹²² Andererseits ließe sich unterstellen, daß sich beim Fortbestand der Spannungen zwischen rohstoff-erzeugenden- und verbrauchenden Industrien das Verbandsprofil des CDI selbst geändert und damit den Beitritt der Elektrofirmer erleichtert hätte.

Tatsächlich hat die zweite Annahme in der Verbandswirklichkeit der Jahrhundertwende ihre Entsprechung.¹²³ Hier sei nur kurz noch darauf verwiesen, daß der Maschinenbau, der früh beim CDI vertreten und eisen-schaffenden Werken u. a. in seiner Spitzenorganisation verbunden war,¹²⁴ damals im Centralverband ein solch auflockerndes und umgruppi-
rendes Element verkörperte.¹²⁵

121) Klagen von SSW/Nürnberg über rücksichtslose Preispolitik der Syndikate bei Stahl, Kohle, Eisen, Eisenguß zu 1904: SAA./4 Lk 10-11.

122) Die Kummer-Gesellschaft war u. a. an der "Shantung-Bergbau-Gesellschaft" beteiligt (Fasolt, Die sieben größten deutschen Elektrizitätsgesellschaften..., S. 143).

123) Siehe oben, S. 486 f.

124) Zu den Personalunionen zwischen dem "Verein Deutscher Maschinenbauanstalten" und dem "Verein Deutscher Eisenhüttenleute", siehe oben, S. 510, Anm. 81

125) Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 80-94.

Kritisch dazu: Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 159-166.

Technisch und zugleich innerhalb der einzelnen Unternehmenseinheiten hatte sich dieser Industriezweig, wie mehrfach erwähnt, der Starkstromproduktion bereits nah verflochten.¹²⁶ Dazu empfand er, wie die Elektrotechnik insgesamt, hart die Abhängigkeit von der Preispolitik des Kohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlproduzenten und der Taktik in- und ausländischer "Ringe" auf dem Gebiet der Nicht-Eisen-Metalle.¹²⁷

Der Vertretung dieser Belange hatte sich im CDI um 1900 mit Anton Rieppel ein Fürsprecher der süddeutschen Maschinenindustrie zugewandt, der mittelbar als Exponent der genannten Fraktion der Elektro-Werke gelten konnte.¹²⁸ Über Turbinenbau und die Fertigung von Großgasmaschinen bewegte sich die von Rieppel geleitete MAN auf einem Gebiet, in das die zeitgenössische Elektrotechnik ihrerseits immer weiter vordrang und dabei auch z. T. faktisch Partner der MAN wurde.¹²⁹

Der Industrielle selbst verkörperte diese Verbindung noch insoweit, als er, entsprechend den traditionell engen Beziehungen des Nürnberger Teilwerks der MAN zur dortigen Schuckertgesellschaft, dem AR der "Elektrizitäts-AG

126) Dem entsprach umgekehrt die Feststellung: "Die Elektrotechnik vertiefte sich zu einer Maschinenindustrie". (12.G.B.AEG. 1893/95, S. 5). Vgl. auch Alois Riedler, Emil Rathenau..., S. 125 f.

127) Verluste der MAN infolge der Rohstoffhausse- und -baisse um 1900: Fritz Büchner, Hundert Jahre Geschichte der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, S. 131. Insbesondere die spekulative Preisgestaltung bei Kupfer war seit den 1880er Jahren bei der Elektroindustrie ständig Gegenstand der Kritik.

128) Zu Rieppels Verbandskarriere im CDI, zu seiner Stellung im Verhältnis zum Siemenskonzern vgl. oben, S. 373 ff., 486 ff.; R. stammte aus der oberpfälzischen Eisenindustrie, wurde 1899 Direktor der "Maschinenbau-AG Nürnberg" und 1899 neben Heinrich Buz Leiter der "Vereinigten Maschinenbaufabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg AG" (seit 1903/04: MAN). Zu seiner äußerst aktiven Rolle im bayerischen industriellen Verbandsleben und im deutschen Maschinenbau im allgemeinen siehe oben, S. 486 ff. (Verhandlungen CDI, Nr. 87, Mai 1900, S. 31-64; Nr. 91, Okt. 1901, S. 259; Nr. 113, Jan 1909, Nr. 131 Okt. 1918, Büchner, Hundert Jahre Geschichte..., S. 94 f., 107-111).

129) A.a.O., S. 132; G. Siemens, Geschichte..., 1, S. 269 f.; Riedler, Emil Rathenau..., S. 135 f. SSW ist Partner der MAN im "Syndikat für Dampfturbinen" (gegr. 1904). Vgl. G. Siemens, Geschichte..., 2, S. 55.

vorm. Schuckert & Co." angehörte.¹³⁰ Rieppel, seit 1898 Mitglied des "Wirtschaftlichen Ausschusses des Reichsamtes des Inneren", bot indirekt den mit Schuckert liierten Spezial- und Universalfirmen der Elektrotechnik Teilhabe an der Vorbereitung der kommenden Handelsverträge.¹³¹ Daneben gewannen die Unternehmen einen gewissen Rückhalt gegen den Druck der zwei Berliner Konzerne. Erklärlich daher, daß die Initiatoren des VWE ihre Einigungsbemühungen mit den Großfirmen in dem Augenblick - 1902 - aufgaben und zur Gründung des Vereins schritten, als mit der drohenden Fusionierung der Schuckertgesellschaft durch die AEG¹³² bzw. S.&H.¹³³ der seither so nützliche Kontakt zu Rieppel seinen spezifischen Wert zu verlieren schien. Konkurrenten der Gruppe Siemens/AEG konnten von dem Nürnberger Industriellen als künftigem Aufsichtsratsmitglied in einem der Großkonzerne kaum noch Förderung erwarten.¹³⁴ Wenn sich demnach im Spiegel der engeren Verbandspolitik nochmals der beherrschende "Gegensatz von Groß und Klein, Allgemein und Spezial" (C. F. v. Siemens) in diesem Industriezweig bestätigt,¹³⁵ wenn ferner der Fortbestand des Antagonismus zwischen Rohstoffwerken und Fertigindustrien wie der Elektrotechnik wohl belegt, als ausschlaggebender Bestimmungsgrund für die Affinität zum Centralverband Deutscher Industrieller

-
- 130) Die Maschinenbau AG Nürnberg war schon seit 1888 an der alten Schuckert KG beteiligt und nahm erneut an der Umgründung des Unternehmens in eine AG (1893) teil (Fasolt, Die sieben größten Elektrizitätsgesellschaften..., S. 80).
- 131) Verhandlungen CDI, Nr. 79, Mai 1898, S. 40. Die Nürnberger Maschinenbaugesellschaft hatte schon auf der zweiten großen elektrotechnischen Ausstellung in Deutschland 1891 in Frankfurt Exponate gezeigt. Die erste entsprechende Fachausstellung hatte 1882 in München stattgefunden. ("50 Jahre AEG", S. 105 ff.).
- 132) Vgl. Pinner, Emil Rathenau..., S. 257-261; G. Siemens, Geschichte..., 1, S. 279.
- 133) A.a.O., S. 281 f.
- 134) Gründung der "Siemens-Schuckertwerke GmbH" am 1.4.1903. A. Rieppel verblieb im AR der SSW, war hier jedoch ein bisweilen "intransigent" Gegner von Plänen der Berliner Zentrale (ebda., und ders., Carl Friedrich von Siemens..., S. 100). Kennzeichnenderweise gehörten die bei Siemens als "Preisschleuderer" gefürchteten Berliner Bergmann-Werke dem VWE an. Vgl. Mitteilungen CDI, Nr. 122, Dez. 1908, S. 6: Dir. Hoffmann (Elektrizitätswerke Bergmann-AG) vertritt den VWE bei Verhandlungen über die geplante Besteuerung von Gas und Elektrizität im Rahmen der Reichsfinanzreform
- 135) Denkschrift, S. 7, SAA./4 Lk 196-199.

aber nicht mehr zu werten ist, - da hier Schutzzoll und gemäßigter Handelsliberalismus inzwischen öffentlich nebeneinander existierten -, dann dürften den Siemenskonzern in der Tat kaum handelspolitische Erwägungen zum Anschluß an den CDI veranlaßt haben. Die Firma selbst bestätigt dies in Art und Intensität ihrer Teilnahme an der Tätigkeit des CDI vor 1914.

Die Mitarbeit im CDI : Übereinstimmung und begrenzte Opposition

Kooperation: Reform des Krankenkassenwesens

Aus Verbandsprotokollen und internen Beratungen im Siemenskonzern geht hervor, daß sich das Interesse des Unternehmens in der Spitzenorganisation zunächst neben aktuellen Fragen des Steuer- und Patentrechts vor allem auf langfristige sozialpolitische Entwicklungen bezog. Dazu zählten das Krankenversicherungswesen, die Errichtung von Arbeitskammern und die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts für Angestellte.

So waren S.&H. im Herbst 1907 erstmalig auf einer Delegiertenversammlung des CDI vertreten, als man dort die Reorganisation der Verwaltung der Ortskrankenkassen unter dem Gesichtspunkt der Verdrängung sozialdemokratischen Einflusses erörterte.

136

-
- 136) Der Delegiertenversammlung vom 28.X.1907 lag ein entsprechender Entschließungsantrag vor. Die Umgestaltung des Kassenwesens war eine der Bedingungen, die der Verband für eine - von Bülow gewünschte - Mitarbeit des CDI in der Sozialpolitik stellte. Die Pläne des Verbands sahen über den Umweg einer Steigerung der Arbeitgeberkostenanteile (von 1/3 auf 50 %) bei der Krankenversicherung eine Erhöhung der Quote der Arbeitgeberbeisitzer auf 50 %, sowie die Einsetzung eines "unparteiischen" Vorsitzenden vor. Zugleich sollte das innerbetriebliche Kassenwesen unter Führung der Unternehmerschaft erhalten und die freie Arztwahl der Versicherten weiterhin ausgeschlossen bleiben (SAA./4 Lk 16; Verhandlungen CDI, Nr. 107, Nov. 1907, S. 106, 119, 201). Zur Entstehungsgeschichte des modernen Krankenversicherungswesens vgl. Walter Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung, S. 20-32, 94; Walter Bogs, Krankenversicherung II, in: HdS., Bd. 6, S. 283-295, speziell S. 284, 289.

Die Intentionen des Verbands stimmten auf diesem Gebiet völlig mit Plänen der Berliner Firmenleitung überein.¹³⁷ Beiden ging es um den Abbau von Positionen, welche sich die Vertreter der sozialistischen Arbeiterbewegung in lokalen Kassenstellen errungen hatten.¹³⁸

- 137) S.&H./SSW zogen sich im Juli 1907 aus der Berliner "Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse" zurück, einer Hilfskasse auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage, in der die Arbeitnehmerschaft der Berliner Siemenswerke 1907 45 % der Mitglieder ausmachte. Der Kassenvorstand war seit 1900 mehrheitlich in der Hand des freigewerkschaftlichen "Deutschen Metallarbeiter-Verbands". Der Versuch, diese Majorität bei den Vorstandswahlen von 1907 mit einer eigens aufgestellten Liste des "gelben" Unterstützungsvereins der Siemenswerke zu brechen, scheiterte. Seitdem bereitete die Firma die Gründung einer unabhängigen, d. h. weitgehend von ihr kontrollierten Betriebskrankenkasse vor, bei der, anders als bei den "Maschinenbauern", der Vorstand nach Verhältniswahlrecht bestimmt wurde. Diese Regelung war notwendig, da 1907 erst 42 % der Konzernbelegschaft "gelb"-organisiert, und mithin bei Mehrheitswahlrecht noch überstimmbare gewesen wären (SAA./4 Lk 14, Sitzungen des "Betriebsausschusses" von S.&H./SSW /i.e. des 1905 entstandenen sozialpolitischen Koordinierungsausschusses der einzelnen Berliner Werksleitungen des Konzerns, zit.: "B.A.", HMB./ am 7.I., 22.II. und 23.V.1907; SAA./4 Lk 16, 1. Sitzung der "Kommission für soziale Angelegenheiten" /i.e. Kommission des Vorstandes von S.&H./SSW, zit.: "K.s.A.", HMB./ am 17.VI.1907; Verhandlungen CDI, Nr. 83, Juni 1899, S. 42 f.: Paul Heckmann, der Vorsitzende des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller zur Situation in der Berliner Maschinenbauerkasse; Eduard Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1907, S. 126; Auskunft J. Kocka). Bei der Berliner Korporation der Kaufmannschaft trat man in den 80er Jahren der Bismarckschen Sozialversicherungskonzeption mit dem Hinweis auf die schon bestehende Maschinenbauerkasse entgegen (Correspondenz, Jg. 7 (1884), S. 51-54, und a.a.O., Jg. 8 (1885), S. 16-22.).
- 138) Der Siemenskonzern trat 1907 dem unter Führung der F. Krupp-AG begründeten "Verein zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen" bei, der von dem Mitglied des Kruppdirektoriums Klüpfel geleitet wurde. Der Verein wandte sich gegen die freie Arztwahl der Versicherungsnehmer und suchte die Tätigkeit der Betriebskassenärzte zu lenken (SAA./4 Lk 14, Sitzung des B.A. am 6.XI.1907; Bogs, Krankenversicherung-II..., S. 289). Zu Kontakten und Beratungen in diesen Fragen zwischen Krupp und dem Siemenskonzern einerseits und Großbanken und dem CDI andererseits: Otto Heinemann, Kronenorden vierter Klasse. Das Leben des Prokuristen Otto Heinemann, 1864-1944 (hrsg. W. Henkels) Düsseldorf 1964, S. 139-148. Als Kruppscher Prokurist hatte Heinemann die Gründung des "Vereins zur Wahrung" angeregt. Nach Abschluß vorbereitender Verhandlungen mit dem preußischen Handelsminister und dem Berliner Magistrat unterrichtete bei Siemens ein Mitglied der "K.s.A." einen Vertreter des gelben Siemens'schen Unterstützungsvereins, "daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, um an die Firma mit dem Wunsche der Begründung einer eigenen Betriebskrankenkasse heranzutreten". Die Kasse wurde am 2.II.1908 offiziell konstituiert.

Divergenzen in der Frage der Arbeits- bzw.

Arbeiterkammern

Nuancierter zeigten sich die Stellungnahmen zum zweiten Themenbereich.

Für das Problem einer korporativen Organisation der Lohnarbeiterschaft boten sich im Wilhelminischen Deutschland grundsätzlich zwei formal und inhaltlich differierende Lösungen an.¹³⁹ Man konnte entweder dem Muster der bestehenden Vertretungen von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft folgen und analog zu Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern auch für den vierten Stand ausschließliche Repräsentativkörperschaften im Sinne von "Arbeiterkammern" schaffen,¹⁴⁰ oder diese Körperschaften paritätisch besetzen und so von Arbeitgebern und Arbeitnehmern "Arbeitskammern" bilden lassen, denen u. a. schieds- und einigungsamtliche Funktionen zudedacht werden konnten.¹⁴¹

Beide Konzeptionen standen besonders seit den Februarerlassen Wilhelms II. im Reichstag immer wieder zur Debatte, wurden vom CDI und anderen wirtschaftlichen Verbänden immer wieder diskutiert und bekämpft,¹⁴² bis sie

Anmerkungsübertrag zu Anm. 138, S. 523

tuiert. Zu Arbeitnehmerbeisitzern wurden 3 "gelbe", 2 freigewerkschaftliche und 1 Hirsch-Dunckerscher Kandidat gewählt (SAA./4 Lk 16, Sitzung der "K.s.A." vom 20.VII.1907; SAA./4 Lk 14, Sitzung B.A. vom 6.XI. 1907 und vom 20.V.1908).

- 139) Zur Vorgeschichte der gesetzgeberischen Initiativen der wilhelminischen Zeit vgl. Werner Bohnstedt, Arbeiterausschüsse, Arbeiterkammern, Arbeitskammern, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 1, Berlin 1931, S. 64-68, sowie Verhandlungen Reichstag, XII., 1, Bd. 250, Anlagen, No. 1048, S. 5867 ff.
- 140) Zusammenfassend: Wolfram Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, S. 7 ff., 10; dort auch eine kritische Wertung der Literatur.
- 141) Vgl. Johannes Feid, Arbeitskammern, Arbeiter- und Wirtschaftsräte, in: H.d.St., Bd. 1, S. 747-754; Verhandlungen Reichstag, XII., 1, Bd. 250, Anlagen, Nr. 1048, S. 5863-5867 und 5867-5897.
- 142) Die gesetzgeberischen Initiativen der Jahre 1908, 1910 und 1918 zur Errichtung von Arbeitskammern beantwortete der CDI mit ablehnenden Voten, in denen freilich mit der Zeit der grundsätzliche Widerstand der inhaltstenden Opposition weicht. Vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 108, April 1908, S. 18-45, 62, (Generalsekretär Axel Henry Bueck); a.a.O., Nr. 114, Jan. 1909, S. 46-59, 85 (ders.); a.a.O., Nr. 115, April 1909, S. 30 f. (ders.); a.a.O., Nr. 118, Mai 1910, S. 83, 144 (Generalsekretär Stumpf, Handelskammer Osnabrück); a.a.O., Nr. 131, Juli 1918, S. 11 (Resolution). Der "Verein Deutscher Maschinenbauanstalten" (VDMA) teilte 1909 die "Bedenken des CDI" (Stahl und Eisen /Organ des

schließlich in die Diskussion um gemeinwirtschaftliche, bzw. berufsständische Ordnungsvorstellungen für Wirtschafts- und Staatsaufbau der Weimarer Zeit eingingen.¹⁴³

Als im Februar 1908 die Reichsregierung einen Gesetzentwurf in dieser Frage einbrachte, einigte man sich beim Siemenskonzern in firmeninternen Beratungen auf eine Linie, die der vom CDI vertretenen Politik in wesentlichen Punkten widersprach;¹⁴⁴ denn während eine Delegiertenversammlung des Verbands noch am 13.II.1908 jegliche Weiterverfolgung legislatorischer Pläne hier ablehnte, hielt die Vorstandskommission für soziale Angelegenheiten bei S.&H./SSW wenig von verbalem Protest.¹⁴⁵ Die Kommission entschied, "ein Antrag auf Ablehnung der Arbeitskammern überhaupt oder in der vorgeschlagenen Form" habe zu unterbleiben, "da der Gedanke einmal im Zuge der Zeit liegt und die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes über kurz oder lang die Einbringung eines für die Industrie wahrscheinlich noch ungünstigeren zur Folge haben könnte".¹⁴⁶

Anmerkungsübertrag zu Anm. 142, S. 524

Vereins deutscher Eisenhüttenleute, HMB, 7 Jg. 29 (1909), S. 438 f.). Ablehnend verhielt sich auch der Deutsche Handelstag. Wie 1908/09 mochte er sich auch noch 1918 zu keinen Konzessionen verstehen. Es spielte eine nicht unbedeutende Rolle, daß der Handelstag von paritätischen Arbeitskammern sein weiterhin beanspruchtes Mandat, als Vertretung gemeinsamer sozialpolitischer Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sprechen, gefährdet sah. 1908 setzte sich im Handelstag nur Bremen für paritätische Arbeitskammern ein, während sich die Majorität äußerstenfalls mit reinen Arbeiterkammern abfinden wollte. Noch 1918 unterlag dann die von Frankfurt/M., München und Stuttgart geführte Minderheit den sozialpolitisch intransigenten Kammern aus Rheinland-Westfalen und dem Saargebiet. Allerdings wandten sich auch die Repräsentanten der süddeutschen Minderheit im Handelstag noch gegen die Wählbarkeit von Gewerkschaftsangestellten und die territoriale Gliederung der Kammern. Vgl. Ausführungen des Zentrumsabgeordneten J. Giesberts vom 16.I.1909 vor dem Reichstag, in: Verhandlungen Reichstag, XII., 1, Bd. 234, S. 6324 f., zum Widerstand des CDI, des Handelstages und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände: 40. Vollversammlung des Deutschen Handelstages in Berlin am 2. und 3. Mai 1918, Stenographischer Bericht, S. 20-29, 33.

143) W. Fischer, Unternehmerschaft..., S. 9 f.; Friedrich Facius, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard/Rhein 1959, S. 94-102.

144) Sitzung der K.s.A. vom 4.II.1908 (SAA./4 Lk 16).

145) Verhandlungen CDI, Nr. 108, Apr. 1908, S. 48 f., 61.

146) Sitzung K.s.A., 4.III.1908 (SAA./4 Lk 16).

Ausdrücklich begrüßt wurde die vorgesehene organisatorische Anlehnung der Arbeitskammern an den Aufbau der Unfallberufsgenossenschaften, weil damit der "Großindustrie hervorragender Einfluß" gewährt werde.¹⁴⁷ Ähnlich positiv beurteilte die Kommission die paritätische Besetzung der Kammern, wenn auch der vorgeschlagene Wahlmodus Kritik fand.¹⁴⁸

Wie aus einer gutachtlichen Ausarbeitung des Jahres 1910 hervorgeht, wandte man sich im Siemenskonzern gegen die zeitweilig auch im CDI diskutierten Pläne zu einer Boykottierung der Kammern durch eine massive Wahlenthaltung der Arbeitgeber:¹⁴⁹ "Kommen Arbeitskammern zustande, so liegt es im Interesse der Industrie, vor allem auch der bisher eigentlich nur durch einseitig scharfmacherische Veröffentlichungen des Centralverbandes, der "Arbeitgeber-Zeitung" usw. in der Öffentlichkeit hervorgegangenen [sic] Großindustrie, sich an der Tätigkeit der Arbeitskammern nachdrücklichst zu beteiligen. Die Großindustrie hat dann die Möglichkeit, ... auf ... Behauptungen der Arbeitervertreter (umgehend zu antworten), und es kann nur vorteilhaft sein, wenn die als unparteiische Vorsitzende fungierenden Regierungsvertreter Gelegenheit haben, sowohl Unternehmer als Arbeiter über ihre gegenseitigen Interessen beraten und streiten zu hören". Das bewirke eine "Erziehung" der staatlichen Bürokratie zum Verständnis der industriellen Belange.¹⁵⁰

Der Hintergrund: die faktische Kontrolle
des Berliner Arbeitsmarktes durch "gelbe"
Vereine und den VBMI

Die Distanz zum CDI ist hier deutlich formuliert. Sie ist teils das Ergebnis einer sehr nüchternen Einschätzung der zeitgenössischen Innenpolitik,

147) Ebda.

148) Wie im Krankenkassenwesen hoffte man hier die Arbeitnehmerplätze allmählich mit Anhängern der "gelben" Werksvereine besetzen zu können, und wünschte daher ein Proportionalwahlrecht, das die gelben Arbeitnehmerminderheiten berücksichtigte. (Ebda.)

149) Gutachten von Dr. Richard Fellingner, dem "Referenten für die sozialen Angelegenheiten des Siemenskonzerns" vom 4.8.1910 in: SAA./4 Lk 17.

150) Ebda.

fußt aber auch auf Erfahrungen, die der Unternehmerschaft der Berliner Metall-Großindustrie damals die definitive Zurückdrängung des freigewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben in Aussicht stellten:¹⁵¹ unter den in Berlin gegebenen Umständen war hier in einer Arbeitskammer mit einer starken Präsenz des "wirtschaftsfriedlichen" Elements auf Seiten der Arbeitnehmer zu rechnen; denn bei dem Versuch, den Freien Gewerkschaften firmengestützte "Werksvereine" entgegenzusetzen, war den Arbeitgebern schon zwei Jahre zuvor ein entscheidender Durchbruch gelungen. In dem in der gelben Arbeiterbewegung Berlins führenden Siemenskonzern war von 1907 bis 1908 der Anteil der "wirtschaftsfriedlich" organisierten Beschäftigten von ca. 42 auf 57 % angestiegen.¹⁵² Unterstützungs- und Sparvereine nach dem Muster der Siemens'schen Organisation faßten in der AEG und anderen Großunternehmen der Metallindustrie Berlins Fuß.¹⁵³

151) Siehe oben, S. 523, Anm. 137.

152) Von Oktober 1906 bis Mai 1907 stieg die Zahl der Mitglieder des gelben "Unterstützungsvereins von Arbeitern und Arbeiterinnen der SSW-GmbH und der S.&H.-AG" von ca. 2.000 auf 6.224 = 42,25 % der Belegschaft der Berliner Siemenswerke an. Im Mai 1908 waren 57 %, im Dezember 1911 77 % erreicht (SAA./4 Lk 14; SAA./4 Lk 15; SAA./4 Lk 16).

153) Die Satzung des "Unterstützungsvereins von Arbeitern und Arbeiterinnen der SSW-GmbH und der S.&H.-AG" (Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, im folgenden zit.: "UV") wurde im Sommer 1906 von der Firmenleitung ausgearbeitet, der UV noch im gleichen Jahr gegründet. Vorübergehend oder auf Dauer Übernahme der Konzern für den UV u. a. folgende Hilfsmaßnahmen:

1906 - 10.000 M. werden als Startkapital in Aussicht gestellt; Errichtung einer Geschäftsstelle und Besoldung des Büropersonals; Einziehung der Mitgliedsbeiträge.

1907 - Subventionierung des UV-Organes "Der Bund" und Übernahme von UV-Sozialleistungen, sowie Abdeckung des Defizits des UV.

Bei der AEG lehnte man noch 1907 das Siemens'sche UV-Experiment ab und traf stattdessen eine Übereinkunft mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen. Als die AEG 1908 dann doch dem Beispiel der Konkurrenz folgte, bestanden in Berlin bereits etwa 20 gelbe Vereine mit einer auf 20.000 geschätzten Mitgliederzahl (SAA./4 Lk 14; SAA./4 Lk 15; SAA./4 Lk 16; SAA./11 Lg 297-299; Sitzungen des BA. 26.IX., 16.X. und 8.XII.1906; vom 8.I., 22.II. und 23.V.1907; vom 20.V.1908; vom 12.XI.1911, 8.X.1913 und vom 17.VI.1915. Sitzungen der K.s.A. vom 17. und 26.VI. und vom 20.IX.1907).

Gemeinsames Ziel: stärkere industrielle
Präsenz in der Politik

So sehr sich damit im einzelnen auch die Positionen in der Sozialpolitik gegenüber der Linie des CDI verändern konnten, gemeinsam blieben Verband und Konzern in der Frage der Arbeitskammern das Bemühen um ein wirksames politisches Engagement der Arbeitgeber.

Ebenso wie der CDI empfanden die Siemens'schen Vorstandsmitglieder die Notwendigkeit, "daß die Industrie sich den nötigen Einfluß auf die Gestaltung des Gesetzentwurfes sichert und dafür sorgt, daß sie mit den Kommissionen, welche ... mit der Beratung des Gesetzentwurfes beauftragt worden sind, Fühlung gewinnt."¹⁵⁴ Die Firmenleitung nahm hier, ein Jahr vor der Begründung des "Hansabundes" den in Verbänden und gewerblichen Kammerorganisationen verbreiteten Ruf zur politischen Aktivierung der Unternehmer auf. Sprecher der Industrie betonten bei dieser Gelegenheit angesichts aktueller sozialreformerischer Ansätze in der Innenpolitik und der Steuerforderungen der Reichsfinanzreform¹⁵⁵ die Schwäche und Zersplittertheit des Unternehmertums und verwiesen auf das - vorläufige - parlamentarische Geschick der Arbeitskammervorlagen von 1908.¹⁵⁶

154) Sitzung der K.s.A. vom 4.III.1908 (SAA./4 Lk 16).

155) Vgl. dazu unten, S. 538 ff.

156) In dem noch 1908 (25.XI.) vorgelegten zweiten Arbeitskammerentwurf strich die Reichsregierung die ursprünglich vorgesehene Anlehnung an den Aufbau der Unfallberufsgenossenschaften. In den Kommissionsberatungen des Reichstages wurde diese Vorlage noch weitergehend zugunsten der Arbeitnehmer umgestaltet: Zurückstufung des Wahlalters beim aktiven Wahlrecht von 25 auf 21 und beim passiven Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre. Gewerkschaftsbeamte sollten als Kandidaten zugelassen sein. Die den Ländern erteilte Kompetenz zur Errichtung der Kammern gab man dem Bundesrat zurück, da von Ländern wie Preußen ein dilatorisches Verhalten erwartet wurde. Ein dritter Ansatz der Reichsregierung, die Vorlage vom 11.II.1910, scheiterte an der immer noch strittigen Frage der Wählbarkeit von Angestellten der Berufsvereine. Vgl. Verhandlungen Reichstag, XII., 1, Bd. 250,

Der bisweilen zweckpessimistische Tenor solcher Appelle darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das Unternehmertum bei diesem Anlauf in der Tat über seine relative Isoliertheit, seine bisherige Unfähigkeit zu einer anhaltenden Beeinflussung der bürgerlichen öffentlichen Meinung und die Bedeutung antikapitalistischer Strömungen in Presse und Reichstagsfraktionen Rechnung gab.¹⁵⁷

Man darf annehmen, daß gerade solche Überlegungen, die auch am regionalen Arbeitsmarkt beim Siemenskonzern 1904/05 mit hinter dem Beitritt zu einem der schlagkräftigsten Arbeitgeberverbände, zum "Verband Ber-

Anmerkungsübertrag zu Anm. 156, S. 528

Anlagen, Nr. 1048, S. 5863-5867; a.a.O., Bd. 255, Anlagen, Nr. 1418, S. 8562-8621; Bericht der 34. Kommission über den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, Nr. 1048 der Drucksachen.

- 157) Die Reichstagsparteien zeigten sich von den Vorstellungen der Verbände kaum beeindruckt. Der Zentrumsabgeordnete Johannes Giesberts nannte die Stellungnahme des CDI vom 13.III.1908 "das geistige Eigentum einiger akademischer Syndici", die für die Gesamtheit der Arbeitgeber kein Mandat besäßen. Der Kieler Nationalökonom Bernhard Harms sprach im gleichen Zusammenhang von "blindem Eifer, der sich zur Lächerlichkeit versteigt", und selbst konservative Reichstagsabgeordnete bezeugten dem Entwurf "ein gewisses Wohlwollen" (Bueck) - Der Generalsekretär des CDI mußte 1909 resigniert feststellen, "daß die Vorlage unter allen Umständen Gesetz werden wird" und bezeichnete dabei die Parteien der Reichstagsmehrheit als "bürgerlich-sozialistisch", vgl. Verhandlungen CDI, Nr. 114, Jan. 1909, S. 46, 59; a.a.O., Nr. 115, Mai 1909, S. 44; Verhandlungen Reichstag, XII., 1, Bd. 234, S. 6293 f.: von Winterfeldt-Menkin (kons.) am 15.I.1909; S. 6324 f.: Johannes Giesberts (Zentr.) am 16.I.1909. - Vor dem "Verein Deutscher Maschinenbauanstalten" betonte Anton von Rieppel im Mai 1909, angesichts der "industriefeindlichen Richtung unserer innenpolitischen Gesetzgebung" und der geringen Resonanz industrieller Anregungen in den Parlamenten habe das Unternehmertum mit "weiteren Lasten und Belästigungen" zu rechnen. Eine "lebhaftere politische Betätigung der Arbeitgeber" sei daher dringend geboten ("Stahl und Eisen", Jgg. 29 1909, S. 436 f.).

liner Metallindustrieller" (VBMI) gestanden hatten,¹⁵⁸ den Anschluß an den CDI - im Sinne der Hypothese von der "Brückenfunktion" der Arbeitgeberverbände, - erleichtert und beschleunigt haben.¹⁵⁹

158) Siehe oben, S. 358 f., die Untersuchungen zum Massenstreik in der Berliner Elektro-Großindustrie von 1905.

159) Kennzeichnend dazu die Aussagen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs: "In inneren und sozialen Fragen ist ... ein solcher prinzipieller Gegensatz zwischen der im CDI nach Ansicht von C. F. v. Siemens führenden Schwerindustrie und der Elektroindustrie, HMB, nicht vorhanden". (Carl Friedrich v. Siemens in: Denkschrift, SAA 4/Lk 196-199).

Offene Opposition : Die Reform des Rechts
der Privatangestellten

Das gemeinsame langfristige Interesse an der Abwehr von Forderungen der organisierten Arbeiter bedingte freilich nicht, daß der Siemenskonzern nach dem Beitritt zum CDI auf eine eigenständige Position im Verband verzichtet hätte.¹⁶⁰

Reserven bestanden vor allem gegenüber der Verbandsleitung.¹⁶¹ In Briefschaften und Memoranden versteckt, ist diese Opposition wohl bisweilen "aktenkundig", wagte sich aber in der Regel nicht bis in die Öffentlichkeit der CDI-Delegiertentage hervor.¹⁶² Immerhin fehlt es auch dafür nicht ganz an Präzedenzfällen.

Ende 1912 sah sich Wilhelm von Siemens genötigt, den Spitzen des CDI offen entgegenzutreten. Er meldete sich zu Wort, als der Generalsekretär (Geschäftsführer) des Centralverbands, Schweighoffer, den Elektrokonzern auf einer Delegiertenversammlung angriff.

Schweighoffer sprach im Dezember 1912 noch unter dem Eindruck der letzten Vorkriegswahlen zum Reichstag, die die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion in das Parlament einziehen ließen.¹⁶³ Er drang darauf, die Arbeiterbewegung nunmehr nicht mehr länger verbal, sondern faktisch, d.h. in erster Linie erneut gesetzgeberisch zu bekämpfen.¹⁶⁴ Seit der Bismarckschen Ära seien alle sozialpolitischen Neutralisierungsversuche gegen-

160) Zur Motivation des Beitritts zur Arbeitgeberbewegung siehe oben, S. 358 ff., 366-372.

161) Besonders deutlich trat dies während der "Kriegszieldebatten" im CDI hervor. Vgl. G. Siemens, Carl Friedrich von Siemens..., S. 115 f., und SAA/Briefsammlung Heintzenberg, Bd. 1, S. 73 ff.

162) Zur weitgehend nur akklamatorischen Bedeutung der Delegiertenversammlung vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 40 ff.

163) Verhandlungen CDI, Nr. 126, Jan. 1913, Delegiertenversammlung 12.XII.1912 in Berlin.

164) A.a.O., S. 22: die alten Forderungen des CDI nach Ahndung von "Ausschreitungen in der Agitation", einem Verbot des Streikpostenstehens, sowie dem gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen.

über dem vierten Stand gescheitert. Der gefährliche Glaube an eine revisionistische Wende in der Sozialdemokratie bleibe eine Fiktion.¹⁶⁵ Taktisch ergänzt wurden gesetzgeberische Wünsche "der" Industrie in dieser Situation durch eine sehr pessimistische Bilanz der eigenen politischen Arbeit.

Schweighoffer entwarf ein düsteres Bild von Uneinigkeit und Ineffektivität: während der Reichstag bei der Annahme des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte 1911 alle Gegenvorstellungen ignoriert habe, gewönnten unterdessen bereits in Parteien und Öffentlichkeit weitergehende Projekte zur Verbesserung und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts der Privatangestellten an Boden.¹⁶⁶

-
- 165) Ebda., verbunden mit Angriffen auf Hans Delbrück, als Kommentator der innerparteilichen Entwicklung in der Sozialdemokratie.
- 166) A.a.O., S. 15 ff. Das "Versicherungsgesetz für Angestellte" (AVG) vom 20.XII.1911 trat am 1.I.1913 in Kraft. Es regelte die Berufsunfähigkeits- (Invaliden-), Alters- und Hinterbliebenenversorgung von leitenden Angestellten, Betriebsbeamten der Industrie, Handlungsgehilfen und Lehrlingen, sowie von Angestellten im Musik- und Schifffahrtsgewerbe mit Jahreseinkommen von unter 5.000 M. Versicherte und Arbeitgeber hatten sich die Aufbringung der Beiträge zu teilen. Die Gesetzesvorlage, seit der Jahrhundertwende ein Desiderat fast aller größeren Angestelltenverbände, wurde von den bürgerlichen Parteien begrüßt. Industrielle Kritik meldete sich vereinzelt und spät (CDI, Handelstag und Bayerischer Industriellenverband) mit dem Alternativvorschlag des Ausbaus der Invalidenversicherung. Zur Vorgeschichte des Gesetzentwurfs, insbesondere der Zusammenarbeit des Reichsamts des Inneren mit den Angestelltenverbänden vgl. die Begründung des Entwurfs in: Verhandlungen des Reichstages, XII, 2, 1909/11, Bd. 281, Anlagen, Nr. 1035, S. 67, 80 ff., 83, 92. Zum zeitgenössischen Organisationsstand in der Angestelltenschaft siehe Heinz Potthoff, Privatbeamte, in: H.d.St., 3. Aufl., Bd. 6, Jena 1910, S. 1208-1218, speziell S. 1210 ff. Definitionsversuche zum Begriff "Angestellter" - bei Potthoff noch "Privatbeamter" - waren und bleiben dem Ideologieverdacht ausgesetzt. Juristische und gesellschaftstheoretische Bestimmungen tragen ebenso wenig wie der Ansatz, der "manuelle" von "intellektueller" Arbeit scheiden will. Vgl. dazu Fritz Croner, Angestellte, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. Wilhelm Bernsdorf und Horst Knospe, 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 23-26, und die dort angegebene Literatur. Angesichts eines "buntscheckigen Rechtszustandes" (Oertmann) im Arbeitsrecht für Angestellte hatte der Deutsche Juristentag bereits 1910 über eine Vereinheitlichung beraten. Gutachten lagen u. a. von Paul Oertmann und Heinz Potthoff, dem Syndikus des Deutschen Werkmeister-Verbandes, vor (Verhandlungen des 30. Deutschen Juristentages, Danzig 1910, Bd. 1, Gutachten, S. 112-153, und 266-301. Zitat S. 120).

Kritik richtete sich in diesem Zusammenhang gegen den sozialpolitischen Referenten des Siemenskonzerns, Richard Fellingner.¹⁶⁷ Fellingner habe im Berichtsjahr mit einer Stellungnahme vor dem 31. Deutschen Juristentag in Wien die Position der Industrie mittelbar präjudiziert, Forderungen der Angestelltenverbände¹⁶⁸ aufgewertet und der "liberal-demokratischen Presse" Anlaß geboten, sich auf eine vorgebliche industrielle Billigung progressiver arbeitsrechtlicher Voten des Juristentages zu berufen.¹⁶⁹

-
- 167) Fellingner war "Referent für die sozialen Angelegenheiten des Siemenskonzern". Vgl. Richard Fellingner, Gelbe Gewerkschaften, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 141, Sept. 1910, S. 478-507, speziell S. 478.
- 168) Zu einem Zweckbündnis hatten sich seit 1903 fast alle größeren Organisationen der Privatangestellten in dem "Hauptausschuß zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten" zusammengeschlossen. Von etwa 2 Millionen Angestellten (Schätzung Potthoffs nach der Reichsstatistik 1907) waren über 700.000 im Ausschuß vertreten, vgl. Potthoff, Privatbeamte..., S. 1211; Verhandlungen des Reichstages, XII., 2, 1909/11, Bd. 281, Anlagen, Nr. 1035, S. 164 ff.
- 169) Verhandlungen CDI, Nr. 126, Jan. 1913, S. 20, 43 f. Die Abwehr des CDI zielte vor allem auf Vorschläge des Reichstagsabgeordneten Dr. Heinz Potthoff (1903-1911 Hospitant bei der Freisinnigen Vereinigung), der, wie in der Publizistik, auf den Juristentagen von 1910 und 1912 ein reichseinheitliches Dienstrecht der Angestellten forderte. Vertraut mit industriellen Verhältnissen, war er 1901-1905 Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins und 1906-1909 Syndikus des Deutschen Werkmeister-Verbands (Verhandlungen des 30. Deutschen Juristentages..., Bd. 1, Gutachten, S. 266-301 (zit. im folgenden "Juristentag"); 31. Juristentag, Wien 1912, Bd. 1, Gutachten, S. 68-111). Als Privatmann hatte Fellingner in Wien den gemäßigten Vorschlägen des vormaligen österreichischen Justizministers, Franz Klein, wohlwollende Kritik bei der Industrie vorausgesagt. Schweighoffer sah dadurch seine eigene Rolle in Wien und die Wirkung des vom CDI beeinflussten Gegenreferats des Erlanger Juristen Paul Oertmann gefährdet. Seine vorwiegend taktisch intendierten Äußerungen verteidigte Fellingner mit einem Beitrag in den Preußischen Jahrbüchern, der der CDI-Leitung vorgelegen hatte, von ihr jedoch in der Delegiertenversammlung vom 12.XII.1912 nicht honoriert wurde. Vgl. 31. Juristentag, Bd. 3, Stenograph. Berichte, S. 377-391, 409-411, 417 ff.) (Klein, Oertmann, Schweighoffer, Fellingner); Richard Fellingner, Der Deutsche Juristentag und das Privatangestelltenrecht, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 150 (Dez. 1912), Beilage.

Die Hintergründe dieser Polemik - ein Zielkonflikt zwischen aktuellen sozialpolitischen Programmpunkten des Verbands und langfristigen Erwägungen in der Öffentlichkeitsarbeit des Elektrokonzerns - sind an dieser Stelle nicht im einzelnen zu umreißen.¹⁷⁰ Festzuhalten bleibt, daß Wilhelm von Siemens, damals selbst Mitglied des Direktoriums des CDI,¹⁷¹ mit einer in dem Akklamationsgremium der Delegiertenversammlung ungewohnten Schärfe erwiderte.¹⁷²

In der Sache sprach er, wo Schweighoffer beim Juristentag "radikalste Sozialisten" am Werk sah, von "verhältnismäßig gemäßigten Thesen"¹⁷³ und machte deutlich, daß er die Darstellung der Wiener Ereignisse als unlauter und verfälschend betrachtete,¹⁷⁴ trat dann aber doch noch dem Entschließungsentwurf bei, der der Versammlung in der Angestelltenfrage vorlag.¹⁷⁵

-
- 170) Furcht vor der Politisierung der sozialpolitisch als "Sonderklasse" konstituierten Angestelltenschaft stand hinter generellen Bedenken des Verbands gegen die Versicherungsgesetzgebung und die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Fellingner wollte dagegen die Unterstützung der Juristen gewinnen, um aus den Reformbestrebungen die vorgesehene Ausweitung der Befugnisse der von Laien mitbesetzten Gewerbe- und Kaufmannsgerichte herauszubrechen.
- 171) Wilhelm v. Siemens wurde 1911 ins Direktorium gewählt und gehörte ihm bis zum Ende des Weltkrieges an (nach Verhandlungen CDI, Nr. 122 und Nr. 131, Mai 1911-Okt. 1918).
- 172) Er erklärte, die Auslassungen Schweighoffers seien wohl "nicht etwa Wort für Wort vom Direktorium gebilligt worden". Ein solch striktes Kontrollverlangen gegenüber der Geschäftsführung bezeichnete Schweighoffer als einmaligen Vorgang "in der 36jährigen Geschichte des CDI" (Verhandlungen CDI, Nr. 126, Jan. 1913, S. 41 f.).
- 173) A.a.O., S. 41, 43. Gemeint die Vorschläge Kleins, die unter Abänderung der Empfehlungen, Kaufmanns- und Gewerbeberichte zu Angestelltengerichten zu erweitern, als Mehrheitsvotum des Juristentages angenommen wurden. Vgl. 31. Juristentag, Bd. 3, stenograph. Berichte, S. 430 ff.
- 174) Zu Recht bemängelt wird die unvollständige Zitierung der Äußerungen Fellingners. Zur Rechtfertigung seines sozialpolitischen Referenten ergriff Siemens in der Sitzung mehrfach das Wort. Fellingner selbst wurde angehört. Der Vorsitzende des Direktoriums, Roetger, billigte Schweighoffers Vorgehen (a.a.O., S. 40 f., 47 f., 49 f.).
- 175) A.a.O., S. 50.

Projekte und Überlegungen zur Emanzipation
von der Interessenvertretung durch den CDI

Soweit diese Kontroverse offen verhandelt wurde, kann man sie als gleichnishaft für die Lage betrachten, in der sich der Berliner Konzern vor 1914 gegenüber der von Schwerindustrie und Centralverband betriebenen Politik befand. Gedeckt von der eigenen Firmenleitung hatte Richard Fellingner in Wien vor einem der bedeutsamsten Meinungsträger in der bürgerlichen politischen Öffentlichkeit der Wilhelminischen Gesellschaft¹⁷⁶ eine offenbar in Grenzen konzessions- und reformwillige Variante zeitgenössischer unternehmerischer Sozialpolitik vertreten.

Zu dieser Interpretation, die sich dem Beobachter der Wiener Szenerie aufdrängte, mochte sich Siemens vor dem Forum der Industriellen aber nicht mehr vollständig bekennen. Ungeachtet der persönlich hart empfundenen Herausforderung betonte er hier die Identität der beiderseits verfochtenen Interessen. Sein Unternehmen sollte nicht außerhalb der vom CDI geführten Front erscheinen.

In Berlin jedoch wünschte man die industriellen Belange insgesamt umsichtiger gewahrt, wollte sie mit mehr Rücksicht auf die öffentliche Meinung verfolgt wissen und fand dafür bei der schwerindustriell bestimmten Verbandsspitze kein Gehör.¹⁷⁷ Das reflektiert nicht nur eine geringfügige,

176) Der CDI trug dem Rechnung, indem er frühzeitig einen eigenen Referenten (Oertmann) für die Wiener Verhandlungen bestimmte, der sich dort allerdings nicht in dieser Eigenschaft zu erkennen gab. Er bezeichnete sich als bescheidenen Fürsprecher "nüchterner Rechtspolitik" und nannte - kennzeichnend - den Juristentag "gewissermaßen ein Vorparlament". Schweighoffer war Mitglied des Juristentages (a.a.O., S. 42 f.; 31. Juristentag, Bd. 3, stenogr. Berichte, S. 391 f., 409).

177) Während Wilhelm von Siemens dem CDI-Direktorium angehörte, verfügten dort die Firmen F. Krupp und die Königs- und Laurahütte über ein "kontinuierliches Mandat"; der 1. Vorsitzende des Verbands, Max Roetger, hatte vor seinem Amtsantritt (1909) das Kruppdirektorium geleitet. In einem engeren, informellen Führungskreis des CDI-Direktoriums, dem "Direktorium im Direktorium" (Kaelble) fehlte neben zwei Vertretern der Schwerindustrie die Elektroindustrie (Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 47 ff., 209 f., 212). Differenzen in der Frage der politischen Ausrichtung der "gelben" Gewerkschaften bestanden zwischen Krupp und dem Siemenskonzern seit 1910. Sie manifestierten sich offen 1911/1912. Hans Delbrück, der sich positiv über die

methodische Differenz.

Gegenüber der Routine, der Einsatzbereitschaft und einer seit Jahrzehnten eingespielten eigenen Verbandshausmacht der Industriellen an Rhein und Ruhr behaupteten Wirtschaftszweige wie die Großchemie der Farbenwerke, die selbstbewußt die Verbindung zum CDI zeitweilig löste,¹⁷⁸ und die Elektroindustrie, die sich hier zögernd erst unter dem Eindruck der sozialen Unrast seit der Jahrhundertwende dem Centralverband näherte, eine relativ bescheidene Position.

Skeptisch urteilte Wilhelm von Siemens noch 1915, die Elektroindustrie habe im Verband, in der Arbeit mit Regierungsstellen und im parlamentarischen Raum dem Potential der Schwerindustrie an "bekannten, einflußreichen, selbständigen und erfahrenen Persönlichkeiten" nichts Gleichwertiges entgegenzustellen.¹⁷⁹ Gewiß, in dem Berliner Konzern sah man, "wie viele andere Industrien auch... die Gefahr, die darin liegt, daß die Vertreter der Schwerindustrie der Regierung gegenüber als Repräsentanten der Gesamtindustrie gelten..."¹⁸⁰, Änderungen aber, so meinte man, ließen sich im Verband nur auf lange Sicht herbeiführen. Nicht vorschnelles, improvisiertes Handeln, nicht etwa eine Zweckallianz heterogener Wirtschaftszweige werde dieses Ziel erreichen, beschieden Wilhelm und Carl Friedrich von Siemens im ersten Kriegsjahr das Drängen Walther Rathenau.¹⁸¹ "Hier wird nur ein allmähliches Herauswachsen zu einem Resultat

Anmerkungsübertrag zu Anm. 177, S. 535

Siemens'schen "Gelben" geäußert hatte, wurde, wie erwähnt (siehe oben, S. 532, Anm. 165), im Dezember 1912 von der Verbandsleitung angegriffen. Vgl. Der Bund, Jg. 5, Nr. 39 und 43, 25.IX. und 23.X.1910; a.a.O., Jg. 6, Nr. 31, 30.VII.1911; Jg. 7, Nr. 47, 24.XI.1912.

178) Siehe dazu oben, S. 322.

179) Brief an Walther Rathenau vom 26.VII.1915, SAA./4 Lk 196-199.

180) Brief Carl Friedrich von Siemens vom 23.XII.1915 an den Generaldirektor der MAN, Anton von Rieppel (SAA./Briefsammlung Heintzenberg, Bd. 1, S. 93).

181) Walther Rathenau regte im Sommer 1915 den umfassenden Zusammenschluß verarbeitender Industrien als Gegengewicht gegen die Führung der Schwerindustrie im CDI an. Schreiben Wilhelms v. Siemens an W. Rathenau, den Präsidenten der AEG, vom 26.VII.1915, in: SAA./4 Lk 196-199.

führen. Es will alles gelernt werden. Auch die fruchtbare Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten".¹⁸²

Es erschien damals beiden Unternehmern müßig, Kraftproben zu suchen, so lange die Elektroindustrie nicht ebenfalls über eine geschlossene, eigenständige Verbandsmacht gebot, über einen auf fachlicher Grundlage geeinten Stimmblock, der den Fachverbänden der Schwerindustrie gewachsen und imstande gewesen wäre, einer unabhängigeren Linie im CDI die notwendige Resonanz zu sichern.¹⁸³

Nach dieser Selbsteinschätzung bot die Verbandswirklichkeit der Elektroindustrie im CDI offenbar vorerst eher Raum zur Artikulierung als Chancen zur Durchsetzung ihrer Belange; sie schuf latente, nicht real austragbare Spannungen und ließ sich erst modifizieren oder aufheben, wenn die Elektroindustrie es in dieser Schule gelernt haben würde, ein eigenes verbandspolitisches Instrumentarium nach innen und außen mit der gleichen Geschicklichkeit wie die Gegenseite zu handhaben. Die Wichtigkeit dieser Prämissen läßt sich später in der Tat an Erfolgen abmessen, die die Berliner Elektroindustriellen insgesamt bei der Gestaltung der deutschen Politik seit 1918 verzeichnen konnten.¹⁸⁴

Von einem nur einseitigen Lehr- und Lernverhältnis zu sprechen, wäre aber auch vor 1914/18 verfehlt gewesen. Wohl eigneten sich die Berliner Unternehmer bestimmte Formen der politischen Arbeit an, die der Centralverband in der Wilhelminischen Zeit entwickelte. Bei den Elektrokonzernen bestand indessen ein Fundus an eingeschliffenen Verbindungen zur staatlichen Administration, der es umgekehrt auch den Verantwortlichen des CDI nahelegte, sich der Mitarbeit der Elektroindustriellen zu versichern. Im ambivalenten Verhältnis der Beziehungen von Schwer- und Elektroindustrie, CDI und Berliner Elektro-Häusern, tritt damit zugleich bereits ein Richtpunkt zeitgenössischer, wie aktueller gewerblicher Interessenpolitik hervor;

182) Zit. aus dem angeführten Schreiben Wilhelms von Siemens vom 26. VII.1915, ebda.

183) Ebda., Wilhelm von Siemens in Abwehr der weitergehenden Pläne Rathenau; Brief C.F. v. Siemens vom 29.XII.1915 an ein Vorstandsmitglied der SSW (SAA./Briefsammlung Heintzenberg, Bd. 1, S. 95); "Denkschrift" in SAA./4 Lk 196-199.

184) Siehe dazu unten, S. 593 ff.

denn diese blieb, neben Parlament und Parteien, dem Behördenkontakt zugewandt.¹⁸⁵

Werbungen von Schwerindustrie und CDI um die
"Berliner Kapazitäten" der Elektro-Großindu-
strie : Die Kooperation im Zeichen der Reichs-
finanzreform

Welche Bedeutung man im CDI Verbindungen zur Bürokratie zumaß, die Unternehmen wie Siemens oder die AEG in die Verbandsarbeit einbringen konnten, zeigte sich in den Jahren 1908/09 bei der Abwehr einzelner Steuerprojekte der großen Reichsfinanzreform.¹⁸⁶ Die seither betrachteten Gebiete möglicher Zusammenarbeit von Elektro- und Rohstoffindustrien in Handels-, Sozial- und allgemeiner Wirtschaftspolitik, seien daher abschließend noch um ein letztes Beispiel erweitert.

Zur langfristigen Entschuldung des Reiches, zur Entlastung und Neuregelung seiner finanziellen Gebundenheit an einzelstaatliche Matrikularbeiträge, lag dem Reichstag im Herbst 1908 ein Gesetzentwurf vor, der unabhängig von den Ländern das zentral verfügbare Steueraufkommen um 475 Millionen Mark steigern sollte.¹⁸⁷ Nach bescheideneren gesetzgeberischen Ansätzen der Vorjahre basierte nun der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Rein-

185) Ausführlicher oben, S. 469 ff. Die bleibende und in der aktuellen Interessenpolitik der Verbände vorrangige Bedeutung des Behördenkontakts unterstreicht, kritisch gegen R. Breitling, Wilhelm Hennis, Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: ders., Politik als praktische Wissenschaft, S. 189 ff., 277.

186) Vgl. "Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen" vom 3.XI.1908, in: Verhandlungen des Reichstages, XII, 1, 1907/09, Bd. 248, Anlagen, Nr. 993-1001, hinter S. 5686. Zur Zielrichtung industrieller Verbandsarbeit bei der Reichsfinanzreform: Theodor Eschenburg, Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1955, S. 13: "... die Verbände wandten sich damals an Parlamentarier oder Minister, nicht an die Beamten".

187) Zur steigenden Verschuldung des Reichs und den Tilgungsplänen, sowie dem geschätzten Neuaufkommen aus den zu bewilligenden Steuern vgl. die Motive des Entwurfs in: Verhandlungen des Reichstages, XII., 1, 1907/09, Bd. 248, 1908, Anlagen, Nr. 992, Begründung S. 5-10 ff., S. 24.

hold Sydow, eine umfassende Bereinigung der Reichsfinanzen vornehmlich auf die erhöhte Belastung von Massenverbrauchs- und Genußmitteln - Wein, Weinbrand, Bier, Tabak. Zusätzlich waren neue oder angehobene Erträge aus Erbschaften und Nachlässen in das Reformwerk eingesetzt und, neben dem Anzeigenwesen, auch Elektrizität und Gas als Steuerträger benannt.

Am Aufschwung von Gas- und Elektrowirtschaft suchte der Fiskus gleich in zweifacher Weise zu partizipieren. Der Regierungsentwurf forderte außer einer Leuchtmittelsteuer Abgaben auf die gewerbliche Nutzung von Gas und elektrischer Kraft, was nach offizieller Schätzung Einnahmequellen für insgesamt 50 Millionen Mark zu erschließen vermochte.¹⁸⁸

Diese Absicht fand heftigen Widerspruch. Wie die Betroffenen nicht müde wurden zu erklären, verstieß die Heranziehung beider Energie- und Leistungsträger industrieller und handwerklicher Arbeit, verstieß die Belastung von Licht- und Kraftversorgung gegen die herkömmliche staatliche Steuerpraxis; denn anstelle des fertigen Produkts versteuere man im vorliegenden Falle Produktionsmittel.¹⁸⁹ Elektrizitäts- und Gassteuer rückten damit rasch in den Mittelpunkt einer starken Agitation der Interessengruppen.

So appellierten Handelstag und Centralverband an Reichstag und Regierung; Kommunen sahen bereits ihre Einkünfte als Besitzer oder Konzessionäre städtischer Werke und Verkehrsmittel geschmälert und bewogen den Städtetag zum Protest; Vertreter von Landwirtschaft und Handwerk meldeten

188) A.a.O., Nr. 1000, "Entwurf eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes". Spezifizierung der geschätzten Einnahmen in der Begründung dieser Vorlage, S. 22.

189) So in Stellungnahmen beim CDI, dem "Verein Deutscher Ingenieure", dem "Elektrotechnischen Verein" und dem Handelstag (Mitteilungen CDI, Nr. 111, Nov. 1908, S. 40, 48; Elektrotechnische Zeitschrift, Jg. 29, 1908, Heft 50, S. 1187 /i. d. Folge zit.: ETZ/; Stahl und Eisen, Jg. 29, 1909, Nr. 3, S. 113 /Resolution des Deutschen Handelstages/).

sich; im Reichstag endlich brachte der sozialdemokratische Sprecher Albert Südekum den kommunalen Widerstand auf die ebenso bündige wie drastische Formel: "... bei uns in Süddeutschland würde man uns mit Pantoffeln und Kochschleifen bearbeiten, wenn wir diese Steuer annehmen wollten".¹⁹⁰ Mit einiger Berechtigung konnte Emil Rathenau bald von der "einmütigen Opposition aus fast allen Schichten der Bevölkerung" sprechen.¹⁹¹

Sieht man von taktisch vergrößernden Argumenten in diesem gut geführten Feldzug ab, dann bestimmte den Einsatz von Verbänden und Organisationen ursächlich ein fürs erste geringfügig anmutender Tatbestand. Nach den Erhebungen des Schatzamtes war im einzelnen bei elektrischer Kraft eine vergleichsweise unbedeutende Verteuerung zu erwarten, die, so hieß es, insbesondere bei industriellen Großabnehmern neben anderen Unkostenfaktoren kaum ins Gewicht falle.¹⁹² Dennoch standen für Schwer- und Elektroindustrie erhebliche Interessen auf dem Spiel.

Im Bergbau, in Hütten- und Walzwerken war seit der Jahrhundertwende die Umstellung auf elektrische Antriebsaggregate voll im Gange.¹⁹³ Verunsichernd griff die Elektrizitätssteuer in die Um- und Neuausrüstungen

190) Verhandlungen des Reichstages, XII., 1, 1907/09, Bd. 233, Sp. 5775, am 26.XI.1908. Zu CDI und Handelstag siehe oben, S. 539, Anm. 189. Eingabe des Städtetages an den Reichstag abgedr. in ETZ, Jg. 30 (1909), Heft 2, S. 45. Stellungnahmen des Bayerischen Landwirtschaftsrates sowie der Landwirtschaftskammer der Provinz Schleswig-Holstein und einzelnen Handwerksorganisationen a.a.O., Jg. 29, 1908, Heft 50, S. 1188, 1210. Proteste kamen auch vom Ältestenkollegium der Berliner Korporation der Kaufmannschaft (Verhandlungen CDI, Nr. 111, Nov. 1908, S. 40).

191) Zitiert in: ETZ, a.a.O., S. 1210. Siemens und die AEG beteiligten sich an der Arbeit des bei der Berliner Handelskammer zur Koordinierung von Gegenmaßnahmen gegründeten "Steuerausschusses der deutschen Elektrizitäts- und Gasinteressenten" (ETZ, a.a.O., S. 1210). Zum überwiegend negativen Echo bei den politischen Parteien vgl. H. Nußbaum, Versuche einer reichsgesetzlichen Regelung..., S. 147.

192) In der Begründung der Vorlage wurde mit einer durchschnittlichen Verteuerung von 0,2-0,4 Pf/kWh gerechnet. Zum Vergleich verwies man auf einen "Durchschnittsverkaufspreis" von 15,9 Pf/kWh bei

bei Wirtschaftszweigen ein, deren Nachfrage nach elektrischem Fördergerät, Wasserhaltungsmaschinen, Ventilatoren, Hebezeugen und Bohrmaschinen für den Auftragsbestand der Starkstromunternehmen mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hatten.¹⁹⁴

Gewohnt bei der Kraftversorgung noch mit Pfennig-Bruchteilen zu rechnen, hatten Bergwerks- und Hüttengesellschaften die Verstromung von Hochofenabgasen forciert, waren damit im Gasmotorenbau erneut Kunde der Elektrotechnik geworden und fühlten nun in der Belastung sowohl des eigenerzeugten wie fremdbezogenen Kraftstroms Vorbedingungen der Elektrifizierung ihrer Anlagen berührt.¹⁹⁵ Selbst eine Stornierung laufender Aufträge schien von daher nicht mehr ausge-

Anmerkungsübertrag zu Anm. 192, S. 540

den Berliner Elektrizitätswerken. Nach der gleichen Quelle war bei der Stahlerzeugung eine Verteuerung von etwa 10 Pf/t zu erwarten (Verhandlungen des Reichstages, XII., 1, 1907/09, Bd. 248, 1908, Anlagen, Nr. 1000, Begründung: S. 19, 21).

193) Vgl. Max Meier, Die Fortschritte in den Walzwerkeinrichtungen, in: Stahl und Eisen, Jg. 18 (1898), S. 1028 ff.

194) Nach der Rezession 1901/02 sicherten 1903 u. a. Bestellungen der Firma Krupp den Auftragsbestand bei SSW. Vgl. Josef Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 147, 150. Zur Rolle der Aufträge aus Hüttenindustrie und Bergwerken in den Folgejahren: Jahresberichte der Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin. Jb. Potsdam/Berlin 1904, S. 181; a.a.O., 1905, S. 113. Im Krisenjahr 1907 trat wiederum die "Bergwerksindustrie... in hervorragendem Maße als Bestellerin" auf (a.a.O., 1907, S. 74); ähnlich auch 1913 (a.a.O., 1913, S. 109).

195) Vgl. Fritz W. Lürmann, Verwendung der Hochofengase zur unmittelbaren Krafterzeugung, in: Stahl und Eisen, Jg. 18 (1898), S. 246-267 und 496-506; Georg Siemens, Geschichte..., Bd. 1, S. 268 f., Bd. 2, S. 60 f. Ende 1898 waren bereits bei 12 Unternehmen der Hütten- und Bergwerksindustrie 25 Kraftgasanlagen mit einer Gesamtleistung von 12.740 PS installiert oder bestellt. Quelle: Stahl und Eisen, Jg. 19 (1899), S. 480 f.

schlossen.¹⁹⁶ Nachhaltig wurden darüber hinaus mittelbar Pläne zur Elektro-Überlandversorgung getroffen.

Wie die Chemie ließ sich die Schwerindustrie als gesuchter Großabnehmer der Elektrizitätswerke nur dann zum Verzicht auf Bau und Betrieb eigener, interner Kraftzentralen bewegen, wenn sich die Versorgungsunternehmen zu extrem niedrigen Tarifen verstanden, die in der Regel den Elektrizitätswerken knapp die Gestehungskosten deckten,¹⁹⁷ doch bewußt in Kauf genommen wurden, um einen Abnehmerkreis zu binden, wel-

196) Zumindest wurde dieser Eindruck in der Agitation erweckt, wo die "Rückkehr zum Dampf" proklamiert wurde. Vgl. dazu die Ausführungen des Vorstandsmitgliedes von S.&H., E. A. Budde, vor dem Elektrotechnischen Verein am 24.XI.1908 in: ETZ, Jg. 29 (1908), Heft 50, S. 1206.

197) Zur Bedeutung der Chemie als Großabnehmer vgl. Riedler, Emil Rathenau..., S. 138-142. Schon vor 1914 galt die Feststellung des Jahres 1928: "... da die öffentlichen Elektrizitätswerke von der Industrie kaum höhere Preise erhalten können als die Selbsterstellungskosten, haben sich die Verkaufspreise für elektrische Energie für Großkraft entsprechend absenken müssen". (Sachverständigenaussage Dr. Wolfes über: Die Wirtschaftlichkeit der deutschen Elektrizitätsversorgung in: Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft [hrsg.], Die deutsche Elektrizitätswirtschaft, [Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Gewerbe 3. Unterausschuß], Anlagen, S. 205-217, zit. S. 205. In der Folge zit.: "Elektrizitätswirtschaft"). Aus Gründen der Rentabilität deckte der Großkonzern der "Vereinigten Stahlwerke" noch 1928 seinen Bedarf zu 9/10 mit eigenerzeugtem Starkstrom. Vgl. Stahlhändlervereinigung (hrsg.), Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/München 1954, S. 13.

cher für die unerläßliche Dauerauslastung der Zentralen sorgte.¹⁹⁸ Wer, wie die Berliner Konzerne und die Schwerindustrie selbst, zu dieser Zeit bereits die endliche Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft plante, wer ihre territoriale und sektorielle Ausweitung betrieb und zu diesem Zweck die Zusammenlegung bestehender und Errichtung neuer Orts- und Überlandversorgungsnetze ins Auge faßte, stand damit vor einem Dilemma.¹⁹⁹

Hatte seither bereits der Lichtstrom, der Kleinverbrauch in Haushalt, Gewerbe und Handwerk mit hohen Tarifen mit zur finanziellen Entlastung der Werke beigetragen, so blieb, - wollte man kostenempfindliche Großabnehmer weiterhin schonen, bzw. eine Minderung der Rendite vermeiden, die auch eine Revision unzähliger Konzessionsverträge zwischen Kommunen und privaten Versorgungsunternehmen erfordert hätte -, nur der Ausweg,

198) Kennzeichnend ist dafür die frühe Tarifpolitik der städtischen Elektrizitätswerke in Köln, die um 1908 Großabnehmern der Industrie einen Sondertarif von 6 Pf/kWh einräumten, ohne damit bereits tageszeitlich bedingte Spitzenbelastungen (Lichtverbrauch) optimal ausgleichen zu können (ETZ, Jg. 29, 1908, Heft 50, S. 1207). Ähnlich verhielten sich alle bedeutenderen Werke, so u.a. auch die Berliner Elektrizitätswerke und das "Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk" in Essen, beides nichtkommunale Zentralen (AEG bzw. rheinische Schwerindustrie) mit sowohl städtischen wie industriellen Versorgungsaufgaben. Vgl. Sachverständigenausgabe Dr. Passavant über: Die Tarifgestaltung der deutschen Elektrizitätswirtschaft in: Elektrizitätswirtschaft, Anlagen S. 311-318, speziell S. 311 f., Otto Vent, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) in Essen, in: J. W. van Heys (hrsg.), Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Berlin 1931, S. 510-540, speziell S. 529-535.

199) Das RWE, auf das Hugo Stinnes und August Thyssen maßgeblichen Einfluß genommen hatten, plante schon um 1905 die "zentralisierte und systematische Energieversorgung des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes" (O. Vent, Rheinisch-Westfälisches ..., S. 510). Zu den Fortschritten in der Eigenversorgung der Schwerindustrie und den Projekten der AEG zusammenfassend H. Nußbaum, Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung..., S. 128-140, 166-170.

die ohnehin schon benachteiligten Konsumentengruppen noch stärker zu belasten.²⁰⁰

Das hieß indessen eine der wesentlichen Zielsetzungen aller Versorgungspolitik in ihr Gegenteil zu verkehren. Denn, wie unterschiedlich die wirtschaftliche Struktur der Verteilungsgebiete einzelner Zentralen beschaffen sein mochte, städtische und private Gesellschaften stimmten ungeachtet dadurch bedingter zeitweilig scharfer Interessengegensätze in dem Wunsch überein, ihre bestehenden Kundenkreise um möglichst

-
- 200) So die Mehrzahl der angeführten protestierenden Stellungnahmen. Es kann dahin stehen, ob diese Beweisführungen im einzelnen stichhaltig waren. Nicht zu Unrecht wies das Reichsschatzamt auf die von der modernen Kraftwerkstechnik ermöglichten Kostendegressionen hin. Tarifvergleiche und Wirtschaftlichkeitsberechnungen blieben in dieser Frühzeit - auch beim Schatzamt - mangelbehaftet. Auf grundsätzliche Erhebungsschwierigkeiten machten Sachverständige noch in der Weimarer Zeit aufmerksam. In der Substanz richteten sich die Proteste wohl mehr "prophylaktisch" gegen den Präzedenzfall der Energiebesteuerung. Vgl. Elektrizitätswirtschaft..., S. 48 f., 53 ff., 56. Immerhin belegt H. Nußbaum, Versuche..., S. 134 ff., 152, bei wachsender "Anlagenkonkurrenz" zwischen 1907 und 1913 ein z. T. erhebliches Absinken der Rendite. Während der Ausbau der Elektro-Überlandversorgung schon vor 1900 begann - vgl. Vent, Rheinisch-Westfälisches..., S. 510 - überblickte die Elektro-Großindustrie noch nicht das Ausmaß kommender Umstrukturierungen, vor allem die Anforderungen, die die mögliche Elektrifizierung der Staats- und Privat-Fernbahnen (Vollbahnen) stellen würden. Die für die Starkstromversorgung notwendige reichsgesetzliche Regelung des Benutzungsrechts an öffentlichen Wegen (Starkstromwegegesetz) stand noch aus. Zum raschen Fortschreiten der Kraftwerkstechnik und den bis 1910/11 erreichten Kostendegressionen sowie Vorschlägen der AEG vgl. Walther Rathenau, Über ein Reichselektrizitätsmonopol, in: ders., Nachgelassene Schriften, Bd. 1, Berlin 1928, S. 165-172. Bei den Kommunen verteidigte man massive fiskalische Interessen. So beliefen sich beispielsweise 1907/08 die Konzessionsabgaben der - privaten - "Berliner Städtischen Elektrizitätswerke" an den Magistrat auf knapp 5 Millionen Mark. Vgl. Rüdiger v. Zastrow, Elektrizitätswirtschaft der Stadt Berlin, in: J. W. van Heys (hrsg.), Deutschlands Elektrizitätswirtschaft..., S. 243-275, speziell S. 253.

vielfältige differierende Bedarfsanforderungen zu ergänzen.²⁰¹ Erst die Kombination, das "Konglomerat aller dieser Konsumenten" schuf die Voraussetzung, schrittweise die erstrebte, umfassende, gleichmäßige und rentable gesamtwirtschaftliche Elektrifizierung zu verwirklichen.²⁰²

Die Aufgabe, das gesamte "Konglomerat" gegenwärtiger und künftiger Verbraucherschichten zur Abwehr der Gesetzgebung aufzubieten, galt daher nicht nur für die Berliner Konzernfirmen,²⁰³ sondern bestimmte auch das Vorgehen des Centralverbands Deutscher Industrieller.

In der Delegiertenversammlung vom 8.XII.1908 nahm der CDI in Anwesenheit der preußischen Minister des Handels und der Finanzen, sowie des Staatssekretärs im Reichsschatzamt, Sydow, erstmals zu den vorgelegten Entwürfen der Reichsfinanzreform Stellung.²⁰⁴ Dabei traten - wie sich zeigte auch bei den Vertretern der produzierenden Elektroindustrie - Meinungsunterschiede deutlich hervor.

Über die Losung einer allseits akzeptierten generellen Verurteilung

201) Dieser Aspekt wurde von H. Nußbaum in der zitierten Arbeit zu wenig beachtet. Wenn auch die rheinischen Schwerindustriellen in erster Linie ihre regionalen (Selbstversorgungs-) Interessen verfochten, beweist doch die Expansionspolitik beim RWE, daß auch die Schwerindustrie über Provinzialgrenzen hinaus dachte.

202) Sachverständigenaussage Dr. Wolfes über: Die Wirtschaftlichkeit der deutschen Elektrizitätsversorgung, in: Elektrizitätswirtschaft, Anlagen, S. 206.

203) In dem Berliner "Steuerausschuß der deutschen Elektrizitäts- und Gasinteressenten" waren neben Siemens und AEG u. a. vertreten die Kommunen, der "Verein Deutscher Ingenieure", der "Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie" (ETZ, Jg. 29 /1908/, Heft 50, S. 1210).

204) Daneben 4 Unterstaatssekretäre. Als Referent des Schatzamtes sprach Regierungsrat Bartels (Verhandlungen CDI, Nr. 111, Nov. 1908, S. 3-20).

von Gas-, Elektrizitäts- und Leuchtmittelsteuer hinausgehend, bestand der Sprecher des "Vereins zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen der deutschen Elektrotechnik" (VWE), Dr. Fasolt, auf der sofortigen und unabdingbaren Zurückweisung beider Steuerprojekte.²⁰⁵

Dagegen ließ der Generalsekretär des CDI, Bueck, Kompromißbereitschaft durchblicken. Er setzte schließlich gegen hartnäckigen Widerstand aus der Versammlung eine Resolution durch, die zwar die Elektrizitäts- und Gassteuer ablehnte, die Frage der Leuchtmittelbelastung jedoch offen hielt und in beiden Fällen die endgültige Stellungnahme des Verbands vom Votum einer ad hoc zu berufenden Sachverständigenkommission abhängig machte.²⁰⁶

Opponenten, immerhin fast die Hälfte der anwesenden Delegierten, wurden überspielt.²⁰⁷ Bueck griff u. a. zu rhetorischen Finten und bog konträre Äußerungen Fasolts um.²⁰⁸

Kritische Interessenten mußten sich sagen lassen: "Es wird ... mit großen Übertreibungen gearbeitet...";²⁰⁹ der Weg, den das Verbandsdirektorium vorschläge, sei notwendig, um vom CDI das Odium des glatten "Nein" zu Bedürfnissen des Reiches zu nehmen.²¹⁰ Als Gewinn für den Ver-

205) Fasolt berief sich auf die am gleichen Tage vom CDI-Ausschuß gegen den Willen des CDI-Direktoriums angenommene, kategorisch ablehnende Resolution (Verhandlungen CDI, a.a.O., S. 56-62, 75).

206) A.a.O., S. 48 f.

207) Der vermittelnde Resolutionsentwurf des Direktoriums wurde gegen den ebenfalls eingebrachten scharf ablehnenden Antrag des Ausschusses des CDI mit nur 37 : 29 Stimmen angenommen. Selbst der Vorsitzende des CDI, Roetger, war zunächst - vor der Versammlung - noch für ein schroffes "Nein" eingetreten. (a.a.O., S. 70, 78).

208) A.a.O., S. 77.

209) Gemeint ist vor allem die Drohung, bei Annahme der Steuervorlagen elektrotechnische Fertigungen wie die Glühlampenproduktion ins Ausland zu verlegen. Die Äußerungen des Vertreters der AEG in den Kommissionsberatungen legen nahe, daß sich Bueck hier auf Auslassungen Emil Rathenaus bezog (a.a.O., S. 78; Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 50 f., 88).

210) Verhandlungen CDI, Nr. 111, Nov. 1908, S. 41 f.

band feierte Bueck endlich die bereits abgesprochene Mitarbeit der Elektrokonzerne in der vorgesehenen Expertenkommission:

"Nehmen Sie als Sachkenner, HMB.] hier die Autoritäten in Berlin... Deutschland steht heute in... Erzeugung und Verwendung von Elektrizität an erster Stelle, und Berlin ist gewissermaßen das Haupt, aus dem die Erkenntnis... dieser Naturkraft ausstrahlt über die ganze Welt... Höchstens die Vereinigten Staaten nehmen einen Anlauf, in dieser Beziehung Berlin etwas den Rang abzulaufen; aber bisher ohne Erfolg.

Meine Herren, wenn wir solche Autoritäten... zur Verfügung haben, dann liegt es doch nahe, eine Kommission zu bilden, und d a die Vorlage aufs genaueste prüfen zu lassen".²¹¹

An die Adresse der Elektrohäuser gerichtet, war dies ein sehr schmeichelhaftes Entrée. Vor dem Forum der Delegiertenversammlung deutete es das Gewicht an, das der Teilnahme der Elektro-Großindustrie an den Kommissionsberatungen dann in der Tat zukam. Diese wurden für Ende November anberaumt.

In dem fünfundzwanzigköpfigen Ausschuß, der in Gegenwart eines Ministerialbeamten des Reichsschatzamtes tagte, verfügte die Elektrotechnik über 7, die Schwerindustrie über 13 Plätze, war also deutlich überrepräsentiert. In der Siebenergruppe befanden sich die Firmen S.&H./SSW, AEG und die Berliner Bergmann-Elektrizitätswerke, sowie die Häuser Voigt & Haeffner/Ffm., Lahmeyerwerke/Ffm. und die Firma Brown, Boveri & Co/Mannheim (BBC).²¹²

211) A.a.O., S. 77, Sperrung im Text.

212) Vertreter der Schwerindustrie hatten entsandt: der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein (3), der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie (5), der Eschweiler Bergwerksverein (1), die Ilse der Hütte (1), die Vereinigte Königs- und Laurahütte (1), die AG Phoenix (1) und die Gutehoffnungshütte (1). Von S.&H. war Prof. Budde, von SSW Dir. Nerz/Nürnberg, von der AEG Dr. Passavant und von Bergmann Herr Hoffmann vertreten. Für das Schatzamt sprach Regierungsrat Dr. Weber. (Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 6 f.).

Wie sich aus den Beratungen ergibt, erfüllte die Arbeit dieses engeren Gremiums für den Centralverband mehrere Funktionen.

Unbeeinflußt von der Präsenz der Öffentlichkeit - ein Handicap der Delegiertenversammlung -, diente sie vorab der Klärung und Ausgleichung disparater Interessen.²¹³ Dem galt die Anhörung der Industriellen und deren freiere Diskussion mit dem Vertreter des Schatzamtes.

Ein zweiter wesentlicher Punkt bestand darin, dem Direktorium gegenüber der auftretenden starken Opposition in CDI-Ausschuß- und Delegiertenversammlung Material in die Hand zu geben, das, beglaubigt von der Autorität der Fachkompetenz, die Stellung der Verbandsleitung verbesserte.

Zu diesem Zweck konstituierten sich zwei Unterkommissionen: Die erste, befaßt mit der Elektrizitäts- und Gassteuer, geleitet von Wilhelm Meyer (Ilseder Hütte), eine andere für die Leuchtmittelsteuer unter Vorsitz von Prof. Budde (S.&H.).²¹⁴ Beide überwiesen ihre Ausarbeitungen an das Direktorium, bestimmten ihre jeweiligen Vorsitzenden zu Referenten der Delegiertenversammlung, die im Januar 1909 erneut über die Haltung des CDI befinden, bzw. den Kurs des Direktoriums bestätigen sollte, und führten darüber hinaus z. T. selbständig Verhandlungen mit dem Schatzamt.²¹⁵

Gerade dieser letzte Aspekt aber verweist auf die dritte und ausschlaggebende Funktion der Expertengruppe: die Leitung des Centralverbands suchte über sie bessere, kontinuierlichere Kontakte zu entscheidenden

213) Gegensätze zwischen Schwer- und Elektroindustrie, Interessenten der öffentlichen wie der werkseigenen Elektroversorgung, Spannungen selbst zwischen S.&H. und AEG in den Ausschlußberatungen.

214) Budde wurde dafür von Dr. Passavant vorgeschlagen (Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 96). Ab 1909 hatte W. Meyer den Vorsitz des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller inne (bis 1930). Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 23, 255.

215) Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 58, 96 ff., Nr. 113, Febr. 1909, (Delegiertenversammlung vom 30.I.1909), S. 103-113, (W. Meyer), 113-123 (Dr. Richard Fellingner, S.&H.). In Vertretung Buddes hatte Dr. R. Fellingner dessen Referat übernommen.

Instanzen der Reichspolitik herzustellen. Die Chance, über die Steuerprojekte der Industrie kurzgeschlossene Verbindungen zu schaffen, war, wie Bueck dann freimütig vor den Sachverständigen bekannte, für ihn selbst "in erster Linie maßgebend für die Zähigkeit gewesen, mit der ich in der Delegiertenversammlung die Einsetzung dieser Kommission verteidigt habe; denn, als der Gedanke in mir auftauchte, diese Kommission in Vorschlag zu bringen, habe ich mir immer vorgestellt, daß [sie, HMB.] den Weg öffnen könnte für ein Zusammentreffen der Vertreter der Industrie mit dem Reichsschatzamt..."²¹⁶

Diesem einen Ziel blieb folgerichtig auch seine Regieführung bei der Diskussion industrieller Interessenten in der Expertengruppe untergeordnet.²¹⁷ Versöhnlich bat er, wo sich die Verhandlungen in Polemik zu verlieren oder an Gegensätzen festzufahren drohten, Gebote der Taktik zu beachten, und insistierte: "Wenn Sie es... vor Ihrem Gewissen verantworten und mit Ihren Interessen vereinbaren können [eine modifizierte Besteuerung von Beleuchtungskörpern anzunehmen, HMB.] so würde man ... anerkennen müssen, daß die Industrie so weit gegangen ist, wie sie irgend hat gehen können..."²¹⁸

In der Tat erreichte das Direktorium auf diese Weise, daß seine einmal gefällte Entscheidung im nachhinein von der Kommission sanktioniert wurde. Im Januar 1909 verfochten daher mit Expertenautorität Wilhelm Meyer (Ilse der Hütte) und Richard Fellingner (S.&H. für Prof. Budde) vor den Verbandsdelegierten eine Entschliebung zur Finanzreform, die wohl bei Gas und Elektrizität Belastungen gänzlich verwarf, bei Leucht-körpern (Glühlampen, Kohlestifte, ect.) aber, wenn auch protestierend,

216) Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, Kommissionssitzung vom 24.XI.1908, S. 46.

217) Ähnlich Bueck gegen Fasolt am 30.I.1909 vor den CDI-Delegierten "überall, wo die Steuer hingreifen will, heißt es: Jawohl... aber nicht von mir..." (Verhandlungen CDI, Nr. 112, Jan. 1909, S. 124).

218) "Es würde... sicher keinen guten Eindruck machen, wenn hier alles abgelehnt würde". (d.h. auch die Leuchtmittelsteuer) a.a.O., S. 90.

hinnehm.²¹⁹

Man kann dieses Ergebnis, das dann in die Gesetzgebung einging²²⁰ als Erfolg klug berechneter Taktik des CDI ansehen; einer Taktik, die sich vorrangig an schwerindustriellen Belangen orientierte und bestimmt war, jeglichen Eingriff von der Energieversorgung und insbesondere der Elektrizitätseigenversorgung der Werke der Grundstoffindustrien fernzuhalten.²²¹ Danach fand sich der Centralverband nur allzu gern bereit, die Interessen der Glühlampenhersteller daranzugeben, um das an den Bezug billiger Energie gebundene Programm weitreichender technischer Innovationen bei Kohle, Eisen und Stahl abzusichern. Doch sind damit die Positionen noch nicht ganz gedeutet.

Zunächst verlief die Willensbildung im Verband keineswegs einheitlich.²²² Die Widerstände waren zu bedeutsam, als daß von einer beflissenen Dienstfertigkeit des CDI als solchem hätte gesprochen werden können. Aber es ließ sich auch selbst in den Kommissionsverhandlungen keine klare Scheidelinie zwischen Elektro- und Schwerindustrie ziehen.

Das entsprach bei der ersteren einer komplexen Interessenstruktur, in der es auch an Gemeinsamkeiten mit der "schweren" Industrie nicht fehlte.

Das Resultat endlich mußte daher, zumindest was die Ausrüstungsliefe-

219) Der Text wurde vorläufig festgestellt und angenommen in der Kommissionssitzung vom 24.XI.1908, endgültig fixiert und gutgeheißen von den Delegierten am 30.I.1909 (Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 57 f., 100; Nr. 113, Febr. 1909, §. 103-113, 113-120, 130. Ein verschärfendes "Amendement Fasolt" wurde abgelehnt [a.a.O., S. 128 ff.]).

220) Vgl. Karl Bräuer, Leuchtmittel- und Zündwarensteuern, in: HdSt., 4. Aufl., Bd. 6, S. 348-354. Die von Budde, Fellingner bzw. Fasolt 1908/09 auf zwischen 8 und 11 Millionen geschätzten Steuereinnahmen beliefen sich 1913-1920 auf 14 bis 20 Millionen Mark jährlich.

221) So H. Nußbaum, Versuche zu einer reichsgesetzlichen Regelung..., S. 129 f., 144.

222) Zur ursprünglichen Opposition Roetgers siehe oben, S. 546 Anm. 207. Neben Dr. Gottstein (Verein Deutscher Zellstoff-Fabrikanten) wandte sich als Vertreter der rheinischen Braunkohlenindustrie auch Dr. Paul Silverberg/Köln entschieden gegen die vermittelnden Propositionen Bueck (Verhandlungen CDI, Nr. 111, Nov. 1908, S. 49-53, 54 f., 74 f.).

rungen der Berliner Konzerne an eischaffende- und Montanindustrien betraf, auch der Elektroseite zugute kommen.²²³ Zu einem beträchtlichen Teil erklärt sich so die Bereitschaft, mit der in Berlin Bälle aufgenommen wurden, die die Verantwortlichen des CDI bei der Reichsfinanzreform den Elektro-Häusern zuspielten.²²⁴

Der Beitrag, den die Konzerne selbst in der Willensbildung des Centralverbands bei der Finanzreform übernahmen, lag, so wird man abschließend festhalten können, äußerlich zunächst darin, daß sich ihre "Experten" dem Verband zur Verfügung stellten.

Sie bestritten zum einen in den öffentlichen Diskussionen der Delegiertenversammlungen - im November 1908 mittelbar als angerufene "Autoritäten", im Januar 1909 direkt über das offene Gespräch mit den Delegierten - den Part des in seiner Fachkenntnis legitimierten Kritikers: Der konnte in der Sache hart, in der Form konzilient, die Gesetzgebung angehen und vermochte sich dabei auf die Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung zu berufen, die bei den Parteien bis hin zur Sozialdemokratie in den süddeutschen Rathäusern reichte. Noch wichtiger war andererseits die Teilnahme der "Berliner Autoritäten" an der Kommissionsarbeit.²²⁵

Für sie hatte der CDI neben Verbandsmitgliedern wie S.&H. und Voigt & Haeffner auch die außenstehende AEG berücksichtigt. Diese Expertengruppe war in sich nicht homogen; denn sie umfaßte, was wesentlicher war als das Kriterium der CDI-Mitgliedschaft, rivalisierende Fraktionen der elektrotechnischen Industrie: die beiden Konzerne sowohl wie Angehörige des

223) Nach Abwehr der Elektrizitäts- und Gassteuer steigen 1909/10 die Bestellungen aus Bergwerks- und Hüttenindustrie erneut an, vgl. Jb Potsdam/Bln., 1909, S. 151; Jb Potsdam/Bln. 1910, S. 87.

224) Das vordringliche Interesse an dem entwicklungsfähigen Absatzgebiet Bergbau unterstreicht Wilhelm von Siemens, Elektrizitätssteuer und Arbeitgebersteuer, in: Deutsche Revue, Jg. 33, (Dez. 1908), S. 307-324, speziell S. 316 f.

225) Für die zurückhaltende Kritik kennzeichnend der zitierte Siemens'sche Aufsatz.

"Vereins zur Wahrung" (VWE).²²⁶ Daher blieb nicht aus, daß sich noch in den Kommissionsberatungen der für die Branche vor 1918 kennzeichnende Gegensatz zwischen Groß-, Klein-, Spezial- und Universalfirmen bemerkbar machte.

So beharrte der "Verein" auf der einmal gefundenen Ablehnung aller steuerlichen Belastungen, während sich Siemens und die AEG der taktierenden Haltung der CDI-Verbandsleitung anschlossen.²²⁷ Sie überließen in diesem Zusammenspiel der Schwerindustrie Vorsitz und Verhandlungsführung bei der Beratung zu Gas- und Elektrizitätssteuer und stimmten, freilich verklausuliert, der Leuchtmittelsteuer zu.²²⁸

Allerdings bestätigt selbst das Vorgehen beider Konzerne noch den beherrschenden Eindruck der Zersplittertheit und Uneinigkeit in den Reihen der Elektrotechnik.

Entgegen der Mahnung Buecks, "Übertreibungen" zu vermeiden, blieb der Vertreter der AEG vorderhand auch im Ausschuß dabei, für die Zukunft als Folge fiskalischer und behördlicher Belästigungen - von der Schwerindustrie war in anderem Zusammenhang das Wort vom "Hineinschnüffeln in die Betriebe" gefallen²²⁹ - den Exodus der deutschen Glühlampenwerke ins Ausland anzukündigen. Er bemängelte, ehe er sich zu einem schließlichen Placet bereitfand, in einem kritischen Seitenhieb die Kompromißgeneigt-

226) Vgl. dazu oben, S. 513 ff. Lahmeyer und die BBC/Mannheim gehörten wie AEG und SSW zur "Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen" (Vgg.D.E.).

227) Bei den Kommissionsverhandlungen wurde der "Verein" durch einen Mitarbeiter der Bergmann-Elektrizitätswerke vertreten, einer Berliner Universalfirma, deren Preispolitik (Unterbietung) bei Siemens mit steigender Besorgnis registriert wurde. Vgl. G. Siemens, Carl Friedrich von Siemens..., S. 89 ff. Bergmann gehörte nicht zu "Geheimkartell" (V.C.) der Großfirmen.

228) Auf der Delegiertenversammlung vom 30.I.1909 verstärkte zwar Fellinger (S.&H.) seine Einwände, bestand jedoch nur auf einer Protokollierung seiner Argumentation (Verhandlungen CDI, Nr. 113, Febr. 1909, S. 130).

229) Wilhelm Beumer, Mitglied des CDI-Ausschusses und Geschäftsführer des "Langnamvereins" sowie der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 24.IX.1908 vor dem Elektrotechnischen Verein in Berlin (ETZ, Jg. 29 (1908), Heft 50, S. 1206).

heit bei der Berliner Konkurrenzfirma.²³⁰

Der Einsatz : Die Behördenkontakte der "Ber -
liner Autoritäten"

Der Gewinn, den sich der Centralverband von der Mitarbeit der Elektrokonzerne versprach, betraf aber, wie angedeutet, weniger eine gegebene Situation der inneren Verbandsarbeit, als vielmehr das Verhältnis des Spitzenverbands zu Reichsbehörden.

Die Berliner Unternehmer sahen sich fraglos insbesondere deshalb umworben, weil ihre altüberkommene Eingeführtheit bei der deutschen Postverwaltung - dem frühen und bleibenden Hauptkunden einzelner Zweige der Elektrotechnik²³¹ - im vorliegenden Falle die Stellung des CDI gegenüber dem Schatzamt zu verbessern versprach.

Mit Reinhold Sydow unterstanden die Reichsfinanzen 1908/09 einem Staatssekretär, der aus einer langjährigen Karriere im Reichspostamt aufgestiegen war.²³² Sydow hatte dort vor der Jahrhundertwende die Leitung der Abteilung II. (Telegraphenwesen) übernommen und war damit per se lange Zeit hindurch in technischer Beratung und Auftragserteilung Part-

230) Passavant in der Kommissionssitzung am 24.XI.1908 unter Berufung auf eine "prominente Stelle", vermutlich Emil Rothenau (Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 51, 87 f., 90). Für die relativ entgegenkommende Haltung beim Siemenskonzern: Wilhelm v. Siemens, Elektrizitätssteuer und Arbeitgebersteuer, a.a.O., S. 319 ff.

231) Vgl. dazu oben, S. 76. Die Bestellungen der Reichspost waren 1901/03 Teil einer antizyklischen Konjunkturpflege, die den Großfirmen nutzte. Siehe dazu Loewe, Die elektrotechnische Industrie..., S. 103 f., 106 f.

232) Sydow begann 1883 seine Laufbahn als ständiger Hilfsarbeiter im Reichspostamt, war ab 1897 Direktor der II. Abteilung des Amtes und wurde 1901 zum Unterstaatssekretär befördert. Vgl. Hans-Heinrich Borchard, 50 Jahre preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe 1879-1929, Berlin 1929, S. 64.

ner der vom Postgeschäft abhängigen deutschen und Berliner Schwachstromwerke.²³³

Nach der Tradition des Amtes unterhielt er ferner enge Kontakte zum elektrotechnischen Vereinswesen, die auch nicht abbrachen, als er 1908 an die Spitze der Reichsfinanzen berufen wurde.²³⁴ Zusätzlich mochte noch eine gewisse Rolle spielen, daß bei den einzelnen der

-
- 233) Zu Aufbau und Leitung des Reichspostamtes: Rudolf Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890, S. 123-127.
- 234) In dem 1893 begründeten "Verband deutscher Elektrotechniker" - der Vorstand setzte sich zunächst aus Prof. Slaby/TH. Charlottenburg, Wilhelm v. Siemens und E. Rathenau zusammen - bekleidete Staatssekretär Heinrich v. Stephan von Anfang an das Amt des Ehrenpräsidenten. Sydow stand dem von Stephan und Werner v. Siemens gegründeten "Elektrotechnischen Verein" vor. In der Auseinandersetzung um die Reichsfinanzreform spielten Sprecher des Schatzamtes, der Parteien und des CDI wiederholt auf diese Position Sydows an (ETZ, Jg. 14 (1893), Heft 5, S. 81; a.a.O., Heft 10, S. 140; Verhandlungen des Reichstages, XII., 1, 1907/09, Bd. 233, S. 5796, Karl Mommsen (Freis. Vgg.) am 27.XI.1908. Mommsen gehörte seit 1901 für die "Mitteldeutsche Kreditbank" dem AR der S.&H.-AG an. Verhandlungen CDI, Nr. 112, Dez. 1908, S. 7: Regierungsrat Dr. Weber /Schatzamt/ am 24.XI.1908 vor dem Expertenausschuß des CDI). - Sowohl der Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE) wie der Elektrotechnische Verein erfüllten vornehmlich Aufgaben technischer Fachvereine (u. a. bei der Typisierung der Produktion, Patentfragen). Sie faßten gelegentlich den Widerstand der ganzen Branche gegen bestimmte Tendenzen in der Gesetzgebung zusammen (so beim Telegraphengesetz bzw. dem geplanten allgemeinen "Elektrizitätsgesetz" der Jahre 1892/93), waren jedoch nicht in der Lage, eine dauerhaft koordinierte wirtschaftspolitische Interessenvertretung zu schaffen. Vgl. die Rede des VDE-Vorsitzenden Prof. Slaby auf der 1. Jahresversammlung des Verbands in: ETZ, Jg. 14 (1893), Heft 40, S. 579; Riedler, Emil Rathenau..., S. 78 ff. - 1903 besaßen Siemens und die AEG je eine Stimme im VDE-Vorstand (7 Mitglieder). Siemens hatte bei 3 der 7 VDE-Arbeitskommissionen den Vorsitz inne (Sicherheits-, Materialprüfungs- und Patentwesen). (ETZ, Jg. 24, 1903, Heft 34, S. 681 f.). Staatssekretär Heinrich v. Stephan, Leiter des Reichspostamtes und Ehrenpräsident des VDE, war "nächst Bismarck... die stärkste Persönlichkeit der Reichsverwaltung..." (Morsey, Die oberste Reichsverwaltung..., S. 125).

Berliner Großfirmen notorisch gute Beziehungen zu Hof und Ministerialbürokratie bestanden oder ausgebaut wurden.²³⁵ Indessen war dies auch bei anderen Industrien nichts Unüb-

- 235) Bei der deutschen Kriegsmarine besaß die AEG zwischen 1899 und 1903 ein de-facto-Liefermonopol für funkentelegraphische Ausrüstungen (Ausstattung der Marinestationen Kiel und Wilhelmshaven, der China-Expeditionstruppen und zahlreicher schwimmender Einheiten, Demonstrationslieferung an den Flottenverein). Dagegen errangen S.&H. auf diesem Gebiet die gleiche Stellung bei der Heeresverwaltung. Der Inhaber der ersten funkentelegraphischen Patente der AEG, Prof. Slaby, hatte unmittelbar Zugang zu Wilhelm II., der 1903 die Firmen bewog, ihren Wettbewerb auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie einzustellen und gemeinsam Leistungen und Interessen in die "Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, System Telefunken" einzubringen. Später verfügte Siemens auf dem Gebiet des Scheinwerferbaus und der Produktion von Feuerleitgeräten bei der Kriegsmarine über eine ähnliche Monopolstellung. ("50 Jahre AEG", S. 148, 166, 378, 440 f.; Georg Siemens, Carl Friedrich v. Siemens, S. 82, 111). - Walther Rathenau, 1907 Mitglied und ab 1913 Vorsitzender des AR der AEG, verkehrte gesellschaftlich mit Bülow und Bethmann Hollweg; er traf öfters mit Wilhelm II. zusammen und galt um 1907 als "ministrel". Seine Teilnahme an Afrikareisen des Kolonialstaatssekretärs Dernburg 1907/08, seine spätere Beratung des Schatzamtes in der Frage eines Reichselektrizitätsmonopols (1911/13), sowie seine Kontakte zu Bethmann Hollweg als Kanzler sind mehrfach beschrieben worden. Vgl. Harry Graf Kessler, Walther Rathenau, Sein Leben und sein Werk, Wiesbaden o.J. (1962), S. 55 ff., 138 f., 179 (Neudruck mit einem Kommentar von Hans Fürstenfeld). Friedrich Facius, Wirtschaft und Staat..., S. 82, dort auch ältere Literatur; Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 170 ff., 305; Nußbaum, Versuche..., passim; ergänzend Hartmut Pogge - v. Strandmann (hrsg.), Walther Rathenau, Tagebuch 1907-1922, Düsseldorf 1967, S. 56 f., 88, 141, 146 ff., 149, 153, 160, 168 ff., 171, 176. Staatssekretär a.D. Admiral Hollmann und Albert Ballin, seit 1900 Mitglieder des AR der AEG, waren, wie der Chef der AEG-Hausbank "Berliner Handelsgesellschaft", Carl Fürstenberg, bei Wilhelm II. persona grata. Treffend dazu die Beobachtung aus der Berliner Hofgesellschaft: "An Hollmann hat S.M. bekanntlich einen Affen gefressen, und deshalb tun ihm Leute wie Ballin, Rathenau, Fürstenberg ... und ähnliche 'neue Männer' nach allen Richtungen schön". (Rudolf Vierhaus /hrsg./, Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Freiin v. Varnbüler, Göttingen 1960, S. 488). Zu den Beziehungen Ballins und Fürstenbergs zu Wilhelm II. ähnlich kritische Anmerkungen, ebda., S. 541 f., Eintragungen vom 12.IX.1908, 4. und 20.III.1912.

liches.²³⁶ In erster Linie dürfte sich das Interesse des Centralverbandes auf die eingespielte Zusammenarbeit speziell zwischen Siemens und der Reichspost konzentriert haben.²³⁷

Anmerkungsübertrag zu Anm. 235, S. 555

(= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 43). Albert Ballin, der Direktor der "HAPAG", gehörte von 1900-1918, Dr. Heinrich Wiegand, der Generaldirektor des "Norddeutschen Lloyd", 1903-1908 dem AR der AEG an. Hollmann, 1900-1911 Vorsitzender des AR der AEG, war der Vorgänger von Tirpitz als Staatssekretär im Reichsmarineamt (1890-1897). 1897 konnte er Mehrforderungen für den Kreuzerbau der Marine im Reichstag nicht durchbringen und trat zurück. Hollmann war bei der AEG nicht die erste "prominente" Berufung; 1897-1899 stand hier der ehemalige preußische Innenminister und Vater der preußischen Landgemeindeordnung von 1891, Ludwig Herrfurth, an gleicher Stelle. Bei S.&H. fungierte 1897-1902 Bismarcks vormaliger Mitstreiter in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, Tonio Bödiker, als Leiter des Vorstandes. Bödiker hatte 1897 sein Amt als Präsident des Reichsversicherungsamtes aufgegeben und war auf Initiative der Deutschen Bank bei Siemens berufen worden. Er traf dort aber auf Widerstände und wechselte schon 1903 in den AR über. Herrfurth und Bödiker waren mehr als Verwaltungsfachleute denn als Persönlichkeiten bemüht worden, deren Einfluß bei Regierungsinstanzen hätte honoriert werden können. (Zusammenstellungen nach G.B. AEG, "AEG 1883-1923", Berlin 1924; zur Rolle Bödikers: Kocka, a.a.O., S. 429-433).

- 236) Stellvertretend sei an Krupp, Stumm und Ballin erinnert. Aus der Schwerindustrie - und CDI - war der preußische Handelsminister der Jahre 1901-05, Theodor Möller, hervorgegangen. Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik..., S. 11, 223 f.; Max Weber schildert seinen Vetter Möller als "matter-of-fact-man" und nüchternen "businessman" der neuen Wilhelminischen Ära. (Max Weber, Diskussionsbeitrag zu: Gustav Schmoller und Emil Kirdorf, Das Verhältnis der Kartelle zum Staate, in: Schriften VfS., Bd. 116, 1906, S. 386).
- 237) Bis zur Jahrhundertwende hatte sich die AEG von dem Gebiet der Fernmeldetechnik zurückgehalten, vgl. 50 Jahre AEG..., S. 429.

Die Verbindung zum CDI - Eine verbandspoliti-
tische Vernunftete

Wenn die "Berliner Autoritäten", teils in Wahrung bedrohter eigener Belange, ihre erbetenen guten Dienste dem CDI nicht versagten, um das "Zusammentreffen der Industrie mit dem Reichsschatzamt" (Bueck) zu erleichtern, so läßt sich andererseits eine gewisse Halbherzigkeit in ihrem Einsatz nicht übersehen.

Stärker noch als bei S.&H. bestanden bei der AEG begründete Reserven dagegen, Wohlwollen beim Schatzamt und der Schwerindustrie mit fühlbaren Zugeständnissen zu erkaufen.²³⁸

Wilhelm von Siemens, in öffentlichen Stellungnahmen ohnehin stets besonders um Bedachtsamkeit bemüht, zeigte sich entgegenkommender.²³⁹

Doch auch er wollte letztlich die nötigen Einnahmen für das Reich nicht aus einer Belastung der Elektrotechnik erschlossen wissen, sondern plädierte für eine generelle Besteuerung der Arbeitgeber, die sich im Sinne einer Forcierung technischer Innovationen auswirken konnte.²⁴⁰

Abgeschwächt trat damit selbst hier, wo die Elektro-Großindustrie als Gebende ihren Platz im CDI einnahm, der schwankende Grundzug ihrer Ver-

238) Die Glühlampenproduktion gehörte zum ältesten und erfolgreichsten Tätigkeitsbereich der AEG. Die AEG, die sich im Sektor der drahtgebundenen Fernmeldetechnik, um alte Telegraphie und Telephon zunächst nicht kümmerte, trieb die Entwicklung der drahtlosen Telegraphie voran, stützte sich dabei auf die Marinebehörden und brauchte daher gegenwärtige oder frühere Verbindungen zur Reichspost weniger zu schonen (50 Jahre AEG..., S. 440 ff.).

239) Siehe oben, S. 534 f.

240) Wilhelm von Siemens, Elektrizitätssteuer und Arbeitgebersteuer..., S. 321: eine 1 %ige Belastung "auf die Summe der gezahlten Gehälter und Löhne" sollte ca. 150 Millionen Mark erbringen. Ablehnend beim VDE dazu: Emil Schiff, Elektrizitätssteuer und Arbeitgebersteuer, in: ETZ, Jg. 30, (1909), Heft 4, S. 95 f.

bandsposition zutage. Er kennzeichnete die Haltung des Siemenskonzerns in einer verbandspolitischen Vernunftfehle, die erst mit der Selbstauf-
lösung des Centralverbands nach dem ersten Weltkrieg endete. Erst dann
eröffnete der Zusammenbruch verfestigter Strukturen seitheriger In-
teressenpolitik die Chance, der Berliner Elektro-Großindustrie beim
Aufbau eines neuen wirtschaftlichen Spitzenverbandes eine eher ak-
zeptierte und vorübergehend einflußreichere Stellung zu sichern.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

I. Zusammenfassung:

BERLINER ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE, VERBÄNDE UND PARTEIEN VOR 1914

Die vorliegende Arbeit schilderte Prozesse industrieller Meinungs- und Willensbildung und sollte deren Stellenwert für kommunale und staatliche Politik ermitteln. Sie setzte damit bei der Reichsgründungszeit an, schritt bis zur Zäsur des Ersten Weltkriegs fort und verzeichnete unternehmerisches Engagement teils im Bereich des Behördenkontakts, teils vermittelt in Verbands- und Parteipolitik. Dabei wurden methodischer Zugriff und Ergebnisse von bestimmten Ausgangsoptionen geprägt.

Entscheidend war u.a. die Beschränkung auf ein engeres regional-industrielles Beobachtungsfeld: das Wechselverhältnis zwischen Ökonomie und Politik wurde am Beispiel von Firmen der Berliner Elektro-Großindustrie veranschaulicht; weiterhin verzichtete die Darstellung auf ein streng diachronisches Vorgehen und berücksichtigte nur Teilfelder industrieller Partizipation im politischen Geschehen.

Die Aussagen der Studie sind daher auch nicht vorschnell zu verallgemeinern. Ihre möglicherweise dennoch exemplarische Wertigkeit bedarf des Vergleichs mit den Aussagen ähnlich strukturierter Fallstudien.

Für Quellenauswahl und methodische Orientierung war es wichtig, daß sich Meinungs- und Willensbildung in der Unternehmerschaft rückblickend nicht ausschließlich aus biographischen Zeugnissen, aus Firmenkorrespondenzen, zeitgenössischer Publizistik oder den vereinzelt Dokumenten der engeren Parteipolitik erschließen. Die Darstellung hatte deshalb in dem Maße, in dem sich schon während der Reichsgründungszeit die Vergruppung industrieller Interessen steigert und später in die planvoll organisierte und kontinuierlich geübte Vertretung dieser Belange einmündet, solchen Vermittlungsbahnen zu folgen: sie hatte

neben den Vorgaben einer individuell oder firmenspezifisch tradierten industriellen Interessenpolitik auch einige der Schauplätze und Organisationen zu beachten, die zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg ständig oder situativ der kollektiven Artikulierung, der Verbreitung, der Werbung und Durchsetzung industriellen Wollens dienten. Das hieß freilich auch, die während der Entfaltung der kleindeutschen Innen- und Außenpolitik wechselnde politische Funktion und Bedeutung solcher Plattformen unternehmerischen Wirkens zu registrieren.

In dieser Absicht und Einschränkung referierte die Arbeit zunächst über weite Strecken hin Entwicklungen innerhalb der Berliner "Korporation der Kaufmannschaft" (KdK), ehe sie sich als weiteren Schwerpunkten dem Verhältnis der Elektro-Großfirmen zum jüngeren Fachverbandswesen, zur Arbeitgeberbewegung und zu dem politischen Wirken und dem Führungsanspruch des "Centralverbandes deutscher Industrieller" (CDI), dem bedeutendsten industriellen Spitzenverband vor 1914, zuwandte.

Die KdK hatte, vor allem in den 1860er Jahren, der kleindeutschen Strategie Preußens zeitweilig ein wertvolles Vorfeld geboten, auf dem politisch-ökonomische Weichenstellungen, wie sie zu jener Zeit vor allem der deutsch-französische Handelsvertrag von 1862 darstellte, präjudiziert wurden. Für die Untersuchung hieß das, daß sich hier innerhalb bestimmter "Fraktionen" der KdK die Voten einzelner Industrieller zu Handels- und Sozialpolitik deutlich unterscheiden, und damit ihre politische Profilierung nachzeichnen ließ. Freilich galt das auch noch für die Zeit nach den entscheidenden Phasen der Reichsgründungspolitik. Anteilhabe am Handeln der Korporation konnte darum ebenso wie die Distanz zu ihrem Kurs zu einem politischen Parameter werden: Wenn auch beschränkt auf die Anschaulichkeit von Einzelbeispielen, zeigten sich so Bedingungen und Formen der Politisierung im unternehmenden Bürgertum des 19. Jahrhunderts, und Beharrung und Wandel im Verhältnis zu einer in diesem Prozeß bezogenen Grundhaltung wurden sichtbar.

In diesem Sinne waren auch Reaktionen der Berliner Elektro-Großindustrie auf Vorgänge in der Korporation um die Jahrhundertwende symptomatisch. Sie belegten, daß die Großfirmen damals, wiewohl nicht immer offen, vom "Börsenliberalismus" der Berliner KdK abrückten, was im Falle des Siemens-Konzerns zugleich die Distanz zu bestimmten links-liberalen Positionen der 1870er und 1880er Jahren verdeutlicht. Die Wendung gab allgemein eine Interessenlage zu erkennen, die sich mit nur geringen Abstrichen auch in den Reihen des "Centralverbands deutscher Industrieller" vertreten ließ: die Berliner Elektro-Großfirmen hatten sich handelspolitisch umorientiert und erklärten sich um 1900 für protektionistische Marktmodelle. Entscheidender aber noch waren Erfahrungen am Berliner Arbeitsmarkt. So scheitern beim Siemens-Konzern während der Konjunkturphase von 1902/05 innerbetriebliche Befriedungsstrategien und der Anschluß an den regionalen Branchenarbeitgeberverband, den "Verband Berliner Metallindustrieller" (VBMI), wurde darüber zur Notwendigkeit. Ein Schritt, der die Beziehungen zum CDI merklich intensivierte. Kennzeichnenderweise übernahm der Konzern dann bereits im großen Elektro-Streik von 1905 neben den praktischen Hilfeleistungen des Centralverbands auch die politischen Interpretationen, mit denen der CDI das Streikgeschehen begleitete und für die eigene Strategie in der deutschen Innenpolitik zu nutzen suchte.

Das Verhältnis, in dem sich in der Folge die Beziehungen zum CDI entwickelten, war ambivalent und insgesamt einem interessenpolitischen Lerngefälle subsumiert. In ihm drückte sich u.a. eine seit jeher schwache Verbandshausmacht, - das difus zerstrittene Fachverbandswesen der Elektrotechnik vor 1918 - aus, während der CDI über Überlegenes Organisationswissen, die stützende Verflechtung mit dem Verbandsspektrum der Schwerindustrie und nicht zuletzt auch über Erfahrungen mit modernen Konzeptionen industrieller Interessendurchsetzung verfügte, die sich in seinem Umfeld für die Parteien-, die Parlaments- und die industrielle Öffentlichkeitsarbeit seit der Jahrhundertwende schon bis zu einer gewissen Reife entwickelt hatten.

Angesichts solcher Vorgaben beschränkte sich der Part der Elektroseite im Centralverband in einer ersten Phase vornehmlich auf den der Rezeption. Die Konzerne hatten, so formulierte es Wilhelm von Siemens

noch im zweiten Weltkriegsjahr, "auch die fruchtbringende Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten" erst noch einzuüben; Kraftproben mit der Schwerindustrie seien zu vermeiden, solange man noch nicht ausreichend mit den im CDI entfalteten Rastern, Feldern und Techniken moderner Interessenpolitik vertraut sei.¹

Daß sich die Ausgangslage dieses - allerdings nie zur Gänze einseitigen - Lernverhältnisses ändern konnte und sich schließlich bis zu Beginn der Weimarer Zeit auch faktisch zugunsten der Elektro-Häuser verschob, wurde angedeutet,² jedoch nicht näher präzisiert. Abschließend sei daher noch auf einige der Faktoren verwiesen, die für die partielle Umkehrung des Kräfteverhältnisses Bedeutung gewannen und auch außerhalb des CDI das verbands- und interessenpolitische Potential der Elektro-Großindustrie soweit steigerten, daß es ihr nach 1918 selbst auf dem konzeptionell dicht besetzten Feld der Parteienarbeit möglich schien, mit eigenen Beiträgen die Konkurrenz der schweren Industrie herauszufordern.

II. Ausblick:

TEMPORÄRER AUFSTIEG ZU GESAMTINDUSTRIELLER STIMMFÜHRERSCHAFT: ELEKTRO-GROSSINDUSTRIE, VERBANDS- UND PARTEIPOLITIK 1914 - 1919/20

Kriegswirtschaftliche Konsolidierung der Verbandshausmacht.

In der Tat hatte sich die Stellung der Berliner Großfirmen in den Weltkriegsjahren erheblich befestigt. Im Verlauf und unter Nutzung kriegswirtschaftlicher Organisationsbemühungen fand die Elektrotechnik zu dieser Zeit zu der lange angestrebten verbandspolitischen Vereinheitlichung.

Nachdem zunächst ein "Kriegsausschuß" den überwiegenden Teil der fabrizierenden Firmen im Februar 1916 bereits zusammengefaßt

1) Vgl. oben, S. 536 f.

2) Vgl. oben, S. 537.

hatte,³ konnte sich, zwei Jahre später, - im März 1918 - der "Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie" (ZddeI.) als - zumindest tendenziell - geschlossener Branchenverband konstituieren.⁴ In beiden Formationen waren entscheidende Verbandspositionen und faktische Lenkungsbefugnisse an Vertreter der Firmen Siemens und AEG gefallen.⁵ Wie die vergleichsweise späten Gründungsdaten der Organisationen belegen, war hier selbst noch die kriegswirtschaftlich erwünschte Syndizierung das Ergebnis eines mühsamen verbandspolitischen Zentralisierungsprozesses. Diese im Vergleich zu anderen Wirtschaftssparten zeitverschobene Entwicklung⁶ begünstigte aber die füh-

- 3) Interview Frese; Datierung bei Georg v. Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 123 falsch.
- 4) Der ZddeI. umfaßte bei seiner Gründung 175, Ende Dezember 1918 bereits 286 und im Juni 1919 mit 304 Firmen fast die Gesamtheit der elektrotechnischen Firmen. (Angaben durch Frese).
- 5) Nur in den ersten Monaten seines Bestehens lag die Geschäftsführung des Kriegsausschusses (KA) nicht in der Hand eines Siemens-Angestellten. Der von Carl Friedrich v. Siemens präsiidierte "wirtschaftspolitische Ausschuß" des KA. fungierte - unter gelegentlichem Protest übergangener Firmen - satzungswidrig als Vorstand des KA. und nahm in dieser Eigenschaft die Kontakte zur Kriegsrohstoffabteilung (KRA) des Kriegsministeriums auf; auch errichtete er, wiederum gegen die Satzung des KA., in eigener Regie eine "Rohstoffstelle" und eine "juristische Kommission" zur Normierung von Lieferbedingungen ein. Beim ZddeI. waren die Vorsitzenden der Preisstelle, der Rohstoffstelle und des Ausschusses zur Feststellung von Lieferbedingungen alternativ Vertreter von Siemens, bzw. der AEG. Mit Carl Friedrich von Siemens und Felix Deutsch stellten beide auch den ersten und den ersten stellvertretenden Vorsitzenden des ZddeI. C.F. v. Siemens stand auch an der Spitze des ohne satzungsgemäße Legitimierung fungierenden "Verwaltungsausschusses des ZddeI.", der die Geschäftsführung des Verbands kontrollierte. (Frese; SAA. 4 Lf/637, Brief von v. Uskar vom 9.5.1917 an C.F. v. Siemens; Protest Direktor M. Kubierschky Mix & Genest-AG. vom 23. I. 1918 gegen das Vorgehen des wirtschaftspolitischen Ausschusses des KA.)
- 6) Zu früheren Daten vgl. Kaiserliches Statistisches Amt, Abt. f. Arbeiterstatistik, Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1914 mit besonderer Berücksichtigung der Kriegseinwirkungen, Bln. 1916, S. 7 (= 13. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt). Vgl. auch Fritz Klein (Hrsg.), Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. I., Bln./DDR., 1968, S. 393-413; Imperialismus heute, 5. Aufl., Bln./DDR., 1968, S. 26-35. Zum Zurückbleiben der Elektroindustrie im kriegswirtschaftlich geförderten Kartellierungs- und Syndizierungsprozeß: Kurt Gossweiler, Großbanken - Industriemonopole - Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Ka -

renden Elektro-Häuser vor allem deshalb, weil sie in die späten Verbandsbildungen nicht nur - wie der Siemens-Konzern - ihre CDI-Erfahrungen einbringen konnten,⁷ sondern auch weil sie die Positionen im Branchenverband der Elektrotechnik zu einer Zeit besetzten, in der sie bereits selbst über zahlreiche und breite kriegswirtschaftliche Führungsvorteile verfügten. Zu ihnen rechnete u.a., daß Wilhelm von Siemens dem vom CDI mit Unterstützung von preußischen und Reichshörden im August 1914 errichteten "Kriegsausschuß der deutschen Industrie" angehörte,⁸ dem "wirtschaftlichen Kriegsrat" deutscher Unternehmer,⁹ zu dem sich CDI und der mit ihm konkurrierende "Bund

Anmerkungsübertrag, Anm. 6), S. 563

pitalismus in Deutschland 1914-1932, Bln./DDR., 1971, S. 29. Kritisch: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914-1918. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973, S. 22-29 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 8); Gerald D. Feldman, "Der organisierte Kapitalismus 1914-1923", in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus - Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S. 150-171, speziell S. 158 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 9).

- 7) Im CDI betraf das u.a. industrielle Parteienarbeit, parlamentarischen Lobbyismus und Ansätze zur interessenpolitischen Theorie- und Ideologiebildung. Zum letzteren vgl. oben, S. 12-20, Ausführungen zur "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung". Zur Pressearbeit von CDI und Schwerindustrie: Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Köln/Bln. 1970, S. 166-175; Wolfgang Menz, "Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes", in: VjhZ., Jgg. 24, 1976, S. 199-212. Resignatives Fazit zur Pressearbeit des Siemens-Konzerns um 1912 bei Wilhelm von Siemens angesichts des negativen Zeitungssechos zur modifizierten Angliederung der "Bergmann-Elektrizitätswerke-AG." (SAA. 4 Lf/666, Briefe von Wilhelm vom 9. u. 24.4.1912 an Carl Friedrich von Siemens.). Unterrichtung des in einer einschlägigen CDI-Kommission tätigen Carl Friedrich über erfolgreiche Kruppsche Bemühungen, 1910/11 konservative und liberale Reichstagsabgeordnete bei der Krankenkassengesetzgebung zu beeinflussen, bei Heinemann, Kronenorden vierter Klasse, S. 111 f., 142 f.
- 8) Vgl. Willibald Gutsche, "Die Entstehung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie und seine Rolle zu Beginn des Ersten Weltkrieges", in: ZfGW., XVIII., 1970, S. 877-898; Dirk Stegmann, "Hugenberg contra Stresemann - Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreiches", in: VjhZ., Jgg. 24, 1976, S. 329-378, speziell S. 365 f.
- 9) Äußerung von Vertretern des Reichsamtes des Inneren auf der ersten ordentlichen Sitzung des Kriegsausschusses am 8.8.1914, zitiert bei Gutsche, a.a.O., S. 882.

der Industriellen" vereint hatten, um neben der Betreuung von Leitungs-, Beratungs- und Delegierungsfunktionen in der Kriegsproduktion¹⁰ auch früh mit einer gewissen Geschlossenheit industrielle Vorstellungen zur deutschen und europäischen Nachkriegspolitik, in Sonderheit aber Planungsunterlagen für die deutsche Kriegszielpolitik vorzubereiten.¹¹ Für den gleichen Zusammenhang wäre ferner an Verbindungen, Beratungen und Korrespondenzen zwischen den Berliner Elektro-Konzernen und Instanzen des Kriegsministeriums,¹² der Feldzeugmeisterei¹³, des Kriegsamtes und des Reichswirtschaftsamtes zu erinnern.¹⁴

Daneben war ebenso notorisch wie bedeutsam die Rolle von Walther Rathenau und Wichards von Moellendorff als Repräsentanten der AEG bei der Entfaltung der Grundkonzeptionen der deutschen Kriegsrohstoffwirtschaft, in deren Instanzen und Gesellschaften seit dem Spätsommer 1914 die Berliner Elektro-Häuser AEG und Siemens wiederum unübersehbar stark

-
- 10) Gutsche, a.a.O., S. 883 ff.; Stegmann, a.a.O., S. 365 f. Vgl. auch die industrie-offiziöse Darstellung in: "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 79-82.
- 11) Das war die Aufgabe des dazu ad hoc am 16. Oktober 1914 konstituierten "Unterausschusses zur Vorbereitung der national- und wirtschaftspolitischen Ziele im gegenwärtigen Krieg". Auch in diesem Unterausschuß hatte Wilhelm von Siemens Sitz und Stimme. (Gutsche, a.a.O., S. 883; Klein, Deutschland im Ersten Weltkrieg, I., S. 406 ff.).
- 12) SAA./4 Lk 17 - Schriftwechsel Kriegsministerium, Allgemeines Kriegsdepartment; Briefsammlung Heintzenberg I., S. 80, Beratung auf Einladung des Kriegsministeriums im September 1916.
- 13) Ebda., S. 76, Klage über Instanzenwirrwarr in der deutschen Kriegsproduktion, Brief vom 25.8.1916 von Carl Friedrich an Wilhelm von Siemens.
- 14) SAA./4 Lk 135. Kriegsamt, Abt. f. Aus- und Einfuhr am 5.10.1917 an Wilhelm von Siemens. Einladung zu Beratungen über die Handelspolitik nach Kriegsende; Georg v. Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 124 f. Brief von C.F. v. Siemens vom 16.12.1917 an den Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt v. Stein betr. Interessen der Elektroindustrie in Rußland. Der Brief wurde bereits für den Kriegsausschuß der elektrotechnischen Industrie abgefaßt.

vertreten waren.¹⁵

Die Kriegswirtschaft hatte dergestalt die Behördenkontakte der Großfirmen verbreitert, sie hatte sie intensiver und kontinuierlicher werden lassen, sie freilich auch bisweilen um eine den Unternehmen fühlbare und nicht selten bekämpfte, sozialinterventionistische Komponente angereichert.¹⁶

- 15) Auf Probleme der Entstehung und der politischen und der industriegruppenspezifischen Nutzung der Kriegswirtschaft kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Zur Bewertung der Rolle der Elektro-Konzerne im "organisierten", bzw. "staatsmonopolistischen" Kapitalismus vgl. unten, S. 567 ff. Programmatisch: W. Rathenau, "Deutschlands Rohstoffversorgung", in ders., Gesammelte Schriften, Bd. 5, Bln. 1925, S. 23-58. Walter Rathenau behielt auch nach seinem Ausscheiden aus der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums die Funktionen eines Regierungskommissars in der "Kriegsmetall-AG" bei, die als erste der Kriegsrohstoffgesellschaften am 2.9.1914 gegründet wurde; Hauptaktionäre der Gesellschaft waren neben 3 Firmen der deutschen Metallwirtschaft auch die AEG und die Siemens-Schuckert-Werke. Als Vorsitzender des AR fungierte Heinrich Peierls (AEG); der Siemens-Direktor Hugo Natalis war einfaches Mitglied des AR. In der ebenfalls im September 1914 entstehenden "Kriegsschemikalien-AG" versah Wichard von Moellendorff die Aufgaben eines Vertreters des Kriegsministeriums. (Klein, Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. I., S. 402 ff., Bd. II., S. 115; zur weiteren Entwicklung: Hans Mottek, Walter Becker, Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - Ein Grundriß, Bd. III., Bln./DDR., 1974, S. 216 f.; Alfred Schröter, "Die Bedeutung der institutionellen Verschmelzung von Staat und Monopolen für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: Drechsler, Karl, Hänel, Erich, Jackstel, Karlheinz (u.a., Hrsg.), Monopole und Staat 1917 - 1945. Protokoll der 2. Tagung der Fachgruppe Neueste Geschichte 1917-1945 am 20. und 21. März 1965 in Berlin im Rahmen des III. Kongresses der Deutschen Historikergesellschaft. Bln./DDR. 1966, S. 61-68). Zur Anregung der Mitteleuropavorstellungen Bethmann Hollwegs in seinem Kriegszielprogramm vom 9. September 1914, - dessen "Richtlinien im Prinzip Grundlage der deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges" blieben (Fischer) - durch eine Denkschrift Walther Rathenaus vom August 1914: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, 4. Aufl., Düsseldorf 1971, S. 113 ff.
- 16) Beispielsweise intervenierten Kriegsministerium und Reichsamt des Inneren seit Herbst 1914 wiederholt beim Siemenskonzern, um die dort geübte Bevorzugung "gelber" Arbeiter zu unterbinden. Die Hinweise auf "allerhöchste" Willenskundgebungen und die Höhe von Kriegsaufträgen bewogen den Konzern schließlich zum Einlenken. (SAA./4 Lk 17, Korrespondenzen aus dem hier entscheidenden 2. Halbjahr 1917),

Wie sich die Elektro-Konzerne aber gerade zu dieser letzteren Entwicklung verhielten, war auch Ausdruck ihrer allgemeineren, innen- und außenpolitischen Optionen im Weltkrieg, mithin auch Ausdruck ihrer Stellung in der binnenindustriellen Meinungsbildung.

I n t e r e s s e n - u n d M e i n u n g s p r o f i l i m K r i e g

Elektro-Großindustrie Teil einer distinkten "Monopolgruppe"?

In Darstellungen zur industriellen Interessenpolitik und Meinungsbildung der Weltkriegsjahre ist nun der deutschen Elektro-Großindustrie häufig recht pauschal die Rolle eines Gegenspielers vor allem der westdeutschen Schwerindustrie zugesprochen worden. Anders als industrielle Gruppierungen um Kohle, Stahl und Eisen habe sie eine vergleichsweise gemäßigte und - vor allem während der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs - eine gouvernementale Position eingenommen. Stellungnahmen der Elektro-Großindustrie konnten von daher als die eines "etatistischen" Flügels im Unternehmerlager beschrieben werden;¹⁷ sie wurden auch als Äußerungen einer "liberalisierend-imperialistischen", bzw. einer "taktisch-wendigen" und "parlamentarisch" auftretenden Industriefraktion bezeichnet.¹⁸

Es sind dies Etikettierungen, die in mehr oder minder modifizierter Weise industriegruppenspezifische Verhaltenskonstanten verankern und

17) Hier und in der Folge bezogen hauptsächlich auf Positionen in der DDR-Historiographie. Vgl. Rolf Sonnemann u. Rudolf Saverzapf, "Monopole und Staat in Deutschland 1917-1933", in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, S. 7-32, speziell S. 12. Zur Einstufung der Elektro-Großindustrie in der frühen Diskussion um die "Monopolgruppentheorie" in der DDR: Willibald Gutsche, "Bethmann Hollweg und die Politik der 'Neuorientierung'. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des Ersten Weltkriegs", in: ZfG., XIII., 1965, S. 209-234, speziell S. 215, 221-233.

18) Gutsche, Bethmann Hollweg, a.a.O., S. 215, 221; Kurt Gossweiler, Großbanken - Industriemonopole - Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Bln./DDR., 1971, S. 18 f., 27, 46, 52 f., 84 ff.

diese der Elektroindustrie insgesamt zuschreiben.¹⁹

Auf die Diskussionen, die um die Berechtigung solcher Einstufungen in den deutschen Historiographien in Ost und West geführt wurden, kann hier nur summarisch hingewiesen werden.²⁰ Im allgemeinen besteht wohl der Einwand zu Recht, daß dabei heuristisch an sich fruchtbare Kategorisierungen der empirischen Überprüfung am Einzelfall gleichwohl nicht standhalten.²¹ Dem widerspricht nicht, daß solche Einordnungen die Evidenz des Augenscheines für sich gewinnen, wenn die Grenzen industrieller Gruppierungen sehr eng gezogen, bzw. zu strikt an Einzelmerkmalen definiert erscheinen.²²

- 19) Zur DDR-Binnenkritik in der Monopolgruppendiskussion vgl. die Beiträge von Dietrich Eichholtz, Joachim Streisand und Kurt Gossweiler in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, a.a.O., S. 193-199, 163 f., 151-161. Zur westdeutschen Kritik: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, S. 118 ff., 200 ff.; ders., "Organisierter Kapitalismus oder staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen", in: H.A. Winkler, (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, S. 19-35, speziell S. 26 ff., 29, 32 ff.; Eike Hennig, "Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie", in: Neue politische Literatur, 18. Jgg., 1973, S. 170-193; Dirk Stegmann, "Hugenberg contra Stresemann", S. 329-378, speziell S. 371.
- 20) Ausführlich bei Kocka, "Organisierter Kapitalismus...", und Eike Hennig, "Monopolgruppentheorie in der DDR, diskutiert an 'Großbanken, Industriemonopole, Staat' von Kurt Gossweiler", in: Leviathan, 1. Jgg., 1973, S. 135-151.
- 21) Kocka, Klassengesellschaft, S. 120; Stegmann, Hugenberg..., S. 265; Joachim Streisand in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, S. 163 f. Unzulässig vor allem die Generalisierung von Positionen Walther Rathenaus als maßgeblich für die Gesamtheit der Elektro-Konzerne. Zu Rathenaus z. T. sehr planvoller Isolierung durch gesteuerte Kampagnen durch industrielle Verbände wie CDI und Hansabund vgl. Stegmann, Hugenberg, S. 371 f.; Walther Rathenau, Politische Briefe, Bd. II., Dresden 1929, S. 72. Zur Isolierung nach 1918 in der DDP bzw. zum Gegensatz zwischen Rathenau und Carl Friedrich von Siemens in der Nachkriegspolitik: Harry Graf Kessler, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Wiesbaden o.J. (1962), S. 271 ff.; Moritz Julius Bonn, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, S. 260; Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens, S. 173 ff: Dissenz in der Frage der "Sozialisierung" des Kohlenbergbaus. Nachlaß Pius Dirr, Partei- und Fraktionskorespondenz 1918-1923: Beschluß der Vorstandschaft der Bayerischen DDP vom 1.IX.1921: Rathenau soll auf dem Kölner Parteitag der DDP nicht sprechen.
- 22) Dazu zu rechnen etwa als alleiniges Merkmal die Zugehörigkeit zu politisch-gesellschaftlichen Zirkeln und Clubs, vgl. unten, S. 574 f.

Wie sich derart starre politische Verortungen in der Konkretheit der Einzelbeobachtung häufig auflösen oder doch erheblich modifizieren, belegen nicht zuletzt Beispiele aus dem Umkreis des Berliner Siemens-Konzerns.

Verifizierung: Siemens-Konzern und Kriegszieldiskussionen

Wilhelm von Siemens, der als Mitglied des CDI-Direktoriums^{22a} auch dem "Kriegsausschuß der deutschen Industrie" (KAdI) angehörte, hatte sich während erster Kriegszielberatungen eines Unterausschusses des KAdI im November 1914 im Gegensatz zu der schwerindustriell bestimmten Ausschlußmehrheit der Forderung widersetzt, Belgien nach einem erfolgreichen Kriegsende dem Deutschen Reich anzugliedern.²³ Er wandte ein, daß man "davon abgehen müsse, fremde Völkerschaften in das eigene Grenzgebiet hineinzunehmen".²⁴ Und er entzog sich im Frühjahr 1915 dann Werbungen, die einzelne der akademischen Initiatoren der annexionsfreundlichen "Intellektuelleneingabe" deutscher Hochschullehrer vom 8. Juli 1915 an ihn herangetragen hatten.²⁵

- 22a) Die Wahl Wilhelms in das Direktorium (1911) ist nicht mit dem um 1907 erfolgten Beitritt zum CDI gleichzusetzen. So Helga Nußbaum, "Zentralverband deutscher Industrieller" in: Redaktionskollektiv unter Leitung v. Dieter Fricke (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Hdb. d. Geschichte d. bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II., Bln. 1968, S. 850-871, speziell S. 858.
- 23) Werner Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918, Bln./DDR., 1962, S. 57 f. (Veröffentlichungen d. Instituts f. Geschichte d. Völker d. UdSSR a. d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Reihe B., Abhandlungen, Bd. 3.); Klein, Deutschland im Ersten Weltkrieg, I., S. 391; Gutsche, Kriegsausschuß, a.a.O., S. 890.
- 24) Zitat: Aufzeichnung Gustav Stresemann über die Sitzung des mit Kriegszielplanungen befaßten KAdI-Unterausschusses vom 7.XI.1914, angeführt bei Gutsche, Kriegsausschuß, a.a.O., S. 890.
- 25) Einladungsschreiben des "Vorbereitenden Ausschusses" u.a. gezeichnet von den Hochschullehrern Otto v. Gierke, Otto Hintze, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Dietrich Schäfer, Hermann Schuhmacher und Reinhold Seeberg vom 9.VI.1915 an Wilhelm von Siemens zu der entscheidenden Besprechung des Kreises am 20.VI.1915 in Berlin. Handschriftlicher Vermerk Wilhelms: "Fuhrmann, Landtagsabgeordneter". (SAA./4 Lk 134-135). Zur Vorgeschichte und Rolle einzel-

Grundsätzlich war indessen dieses Nein keineswegs; denn Wilhelm von Siemens hatte dem bei dieser Initiative mit führenden nationalliberalen Landtagsabgeordneten Paul Fuhrmann²⁶ bedeutet, er, Siemens, begrüße es, daß man der Regierung Wünsche "in energischer Weise" vortrage, "wie es in ähnlicher Weise von Seiten der wichtigsten wirtschaftlichen Verbände ebenfalls geschehen ist".²⁷ Wenn er dennoch die Eingabe nicht unterzeichne, liege das daran, daß für ihn die "Schwierigkeit mit den Bevölkerungen der annektierten Länder" nicht gelöst sei, und fügte hinzu:

"Bezüglich der belgischen Frage habe ich mich im Übrigen ausgesprochen: ich könnte nicht die Verantwortung für eine militärische Räumung übernehmen, solange militärischerseits [nicht, HMB.] der überzeugende - was mir jedoch nicht möglich erscheint²⁸ - Nachweis erbracht ist, daß der dauernde militärische Besitz lediglich eine sekundäre Bedeutung ... hat. ... Meine gegenwärtige Befürchtung ist, daß man sich von Amerika in Verhandlungen verstricken lassen wird".²⁹

Anmerkungsübertrag, Anm. 25, S. 569

ner akademischer Initiatoren: Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 205; Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1969, S. 70 f.; Klein, Deutschland im Ersten Weltkrieg, II., S. 170 ff.

- 26) Fuhrmann, neben dem Historiker D. Schäfer der führende Kopf des vorbereitenden Ausschusses, gehörte dem rechten Flügel der rheinisch-westfälischen Nationalliberalen an. Schwabe, Wissenschaft ..., S. 71; Wilhelm v. Siemens schickte mit einem begründenden Begleitschreiben am 21.VI.1915 das ihm zugesandte Eingabendruckexemplar Nr. F. 155 an Fuhrmann zurück. (SAA./4 Lk 134-135).
- 27) Zur Eingabe der "6 wirtschaftlichen Verbände" vom 20.V.1915 und der inhaltlichen Übereinstimmung ihres Forderungskatalogs mit den materiellen Forderungen der "Intellektuelleneingabe" vom 8.VII.1915 vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 199 ff., 205.
- 28) Dieser Zusatz ist ein Bleistifteinschub in das Brieftyposkript Wilhelms v. Siemens.
- 29) Bereits angeführtes Begleitschreiben vom 21.VI.1915 an Paul Fuhrmann. (SAA./4 Lk 134-135).

Auf den Positionen dieser, ungeachtet rhetorischer Rücksichtnahmen,³⁰ in der Sache doch maximalistischen Kriegsziele im Westen³¹ und später auch eines ausgleichenden Konzepts weit ausgreifender deutscher Siedlungen im baltischen Osten,³² verharnte Wilhelm von Siemens bis zum Umbruch im November 1918.³³

Diese Haltung aber war durchaus nicht nur ausschließlich von grob merkantilen oder gar rein industriezweigspezifischen Belangen determiniert.³⁴ Nach Motiven und Ausdruck gehört der briefstellernde Eifer

-
- 30) So die Kritik an Form, Radikalität und Wunschdenken in Verlautbarungen des CDI-Direktoriums zu Kriegszielen im Westen vom August 1917: Brief Wilhelms vom 31.8.1917 an das Direktoriumsmitglied des CDI Julius Vorster, Köln. Vorster hatte, wie aus dem Siemens'schen Schreiben zu erschließen ist, sich für die völlige Neutralität des Direktoriums in Fragen der Kriegszielpolitik ausgesprochen. Siemens dagegen betonte die Notwendigkeit, auch öffentlich für eine energische Kriegszielpolitik einzutreten und wollte darin eine legitime Aufgabe wirtschaftlicher Verbände sehen. (SAA./4 Lk 134-135).
- 31) In der allgemeinen und in der spezifisch annexionistischen Kriegszieldiskussion der Jahre 1914-1918 kam den "belgischen" Kriegszielen eine richtungsweisende Funktion zu. Vgl. Fischer, a.a.O., S. 126 f. In einem Briefwechsel zwischen der Hauptgeschäftsführung der Deutschen Vaterlandspartei und dem Mitglied des AR. der SSW., Prof. Dr. A.E. Budde, betonte der Geschäftsführer Scherer noch am 16.VI.1918 gegenüber Budde den Primat der belgischen Ziele, nach deren Erreichung "die anderen Fragen entschieden werden". (SAA./4 Lk 196-199). Wilhelm von Siemens, der in führender Stellung der Vaterlandspartei angehörte, war mit diesem Gedankengang vertraut. Vgl. unten, S. 575 f.
- 32) Wilhelm zeichnete im Sommer 1917 einen auch vom "Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden" initiierten Aufruf für einen Frieden "mit Entschädigungen", "Machtzuwachs" und "Landerwerb", den zugleich CDI., Bdl., Langnamverein, mittelständische Verbände, konfessionelle und 'gelbe' Arbeiterorganisationen unterstützten. (Archiv f. innere Kolonisation, Bd. IX., H. 10/11, 1917, S. 322 f.). Carl Friedrich v. Siemens, Friedr. Meinecke und E. Schiffer veranlaßten im März 1917 eine Masseneingabe an den Reichskanzler für Annexionen im Baltikum (Fischer, a.a.O., S. 607 ff.).
- 33) Wie Wilhelm von Siemens glaubten auch C.F. v. Siemens und W. Rathenau noch im Sommer 1918 an einen möglichen deutschen Sieg. Letzte Kriegszielstellungnahme Wilhelms am 1.IX.1918 in der "Kattowitzer Zeitung". (Interview von Raumer, gegen Annahme bei Stegmann, Hu-
genberg..., S. 375; August Rotth, Wilhelm v. Siemens, S. 209).
- 34) Wichtig das innovatorische Interesse Wilhelms auf den Gebieten: Flugzeug-, U-Boot- und maritimer Lenkoffenbau. Gleichgültigkeit bis Ablehnung gegenüber diesen Nebenproduktionen bei C.F. von Siemens. Maritime Waffensysteme wurden an der flandrischen Küste, z.T. in Gegenwart von Wilhelm v. Siemens erprobt. (Rotth, Wilhelm v. Siemens, S. 159-177; Briefsammlung Heintzenberg, Bd. I., S. 77 f.,

des Industriellen vielmehr eher zum übergreifenden gemein-bürgerlichen Meinungsspektrum deutscher Kriegszieldiskussionen überhaupt.³⁵ Er teilt ihre charakteristischen Mängel: das Defizit an politischem Urteil, an Überblick und Weltläufigkeit; Mängel, die der emphatischen Überkompensation Raum ließen.³⁶

Im vorliegenden Falle waren im Namen einer keineswegs von der Arbeitgeberschaft geforderten oder politisch von ihr vertretbaren "Verantwortlichkeit" "Kriegsziele" entworfen, deren Rationalität erborgt und militärisch stilisiert war; sie mochten zusätzlich technisch-wissenschaftlich, waffenkundlich oder auch sozialdarwinistisch abgeleitet sein,³⁷ bargen aber, wie bei vielen anderen industriell oder parteipolitisch inspirierten Kriegszieleingaben, kaum die Dürftigkeit der hier vertretenen imperialen Aspirationen.

Im besitzenden und unternehmenden Bürgertum der Wilhelminischen Gesellschaft waren solche Deduktionen nicht außergewöhnlich;³⁸ bei Wilhelm von Siemens wurden sie freilich verstärkt noch durch die Affinität zu Organisationen und Verbänden, die diesem Gedankengut schon vor 1914 stark verhaftet waren.

Siemens gehörte dem deutschen Flotten- und dem Ostmarkenverein an und war im wohlhabenden nationalliberalen Ortsverein von Charlottenburg eingeschrieben.³⁹ Vor diesem Hintergrund lesen sich Kriegskorrespon-

Anmerkungsübertrag, Anm. 34, S. 571

Brief C.F. v. Siemens an Dir. Natalis vom 31.IX.1916; Gg. Siemens, C.F. v. Siemens, S. 115).

35) Das nicht nur negative Echo auf die bürgerliche Kriegszieldiskussion innerhalb der Sozialdemokratie bleibt hier unbeachtet.

36) Vgl. Schwabe, Wissenschaft ..., S. 43 ff.; Fischer, a.a.O., S. 184 ff.

37) Kennzeichnend die Argumentationen in der Eingabe Wilhelms vom 26.IX.1917 an Reichskanzler Michaelis, siehe unten, S. 573 f., Anm. 42). Zur Rezeption sozialdarwinistischer Konzeptionen bei Wilhelm von Siemens, Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 383 f.

38) Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914, 2. Aufl. Düsseldorf 1970, passim; Kocka, a.a.O., S. 386 f.; Ludwig Dehio, "Gedanken über die deutsche Sendung 1900-1918", in: ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M., 1961, S. 63-96.

39) Nachweis der Mitgliedschaften für die Jahre 1912-1914 in: SAA./4 Lk 196-199.

denzen,⁴⁰ selbständige und Zeitungspublikationen,⁴¹ sowie eine Denkschrift an den Reichskanzler Michaelis⁴² als Beiträge zur imaginierten Zukunft des in diesen Organisationen verflochtenen "Größeren Deutschland", dem die maximalistischen "belgischen" Positionen eben-

- 40) Brief vom 31.8.1917 an Julius Vorster: "Keine der bisherigen Kriegszielerklärungen des CDI, HMB.7... ist nach meinem Geschmack ... nicht in dem Sinne, daß ich nicht etwa für eine kraftvolle Kriegszielpolitik bin. In dieser Beziehung gehe ich mit dem Centralverband konform. ... Wogegen ich am meisten ... Einspruch erhoben habe, ist das Zuweitgehende und der Radikalismus der vorgeschlagenen Forderungen. ... Ich habe wiederholt erklärt, ... daß auch gewisse Sätze nicht ausgesprochen werden dürfen, z.B. der Satz: 'Frankreich muß so niedergeworfen werden, daß es politisch und wirtschaftlich zur Ohnmacht verurteilt ist, und man müsse ihm die Erze und die Kohlen fortnehmen...'" (SAA./4 Lk 134-135). Am 9.7.1917 an Otto von Gierke: Dank für den Nachweis, daß sich "Schutzstaaten" ohne zu große Schwierigkeiten errichten ließen und Plädoyer für "Sicherungen" und "Macht" als wirkungsvolle Friedensgarantie. Am 23.8.1917 an Prof. Harms, Kiel. Wilhelm erhofft von einer Reichstagsauflösung "auf Grund eines bereits gut vorbereiteten Friedensprogramms" einen günstigen Wahlausfall. (SAA./4 Lk 76).
- 41) Unvollständige Aufstellung bei Roth, Wilhelm von Siemens, S. 201-206. Auf die Zusendung der Einzelpublikation "Die Freiheit der Meere" von 1917 antworteten u.a. Tirpitz am 30.6.1917: er hofft, die Schrift könne der Erkenntnis des Primats der Macht dienlich sein; Kolonialstaatssekretär Solf am 30.6.1917: "Sie wissen, daß ich von meinem Kolonialen Standpunkt aus die Freiheit der Meere schon immer als deutsches Kriegsziel gefordert habe"; Major Olberg, Zensurstelle des Kriegspresseamtes am 14.IX.1917. (SAA./4Lk 75; SAA./4 Lk 76). Relevant auch die Beiträge: "Belgien und die Abrüstungsfrage", I. + II., in: "Der Tag", 25. + 27.XI.1917, sowie "Seerecht und Sicherung der Volkswirtschaft" in: "Recht und Wirtschaft", V. Jgg., Aug./Sept. 1916, S. 173-185.
- 42) "Sicherungsmittel der deutschen Zukunft gegen die englische Suprematie", Denkschrift an Reichskanzler Michaelis vom 20.IX.1917. (SAA./4 Lk 76). Im wesentlichen waffentechnische, strategische und geopolitische Argumente für den Einbehalt der belgischen Flandernküste. U-Boot-, Lenk Waffen- und Luftkrieg, die auf belgische Basen angewiesen seien, garantierten gegenüber der bleibenden Großmacht Konkurrenz Englands "Freiheit der Waffen". Abschriftlich an: Ludendorff, Admiral R. Scheer, Chef der Hochseeflotte, von Capelle, Staatssekretär im Reichsmarineamt, General E.W.A. v. Hoepfner, Oberbefehlshaber der Heeresluftwaffe und an v. Kühlmann, Staatssekretär im AA., sowie an die Vorsitzenden der nationalliberalen, bzw. konservativen Reichstagsfraktionen, G. Stresemann und Graf Westarp. Rasche und zustimmende Antwort Ludendorffs mit der rhetorischen Frage: "Was würde, wenn Belgien Basis für feindliche Flieger ist, aus unserer rheinisch-westfälischen Industrie?" (Ebda., Erster Quartiermeister, Nr. 22893, P., Gr. Hauptquartier, 26. September 1917). Zum politischen Kontext der Denkschrift zählt u.a. das uneingeschränkte

so dienen, wie das spätere Plädoyer des Industriellen für den unbeschränkten U-Bootkrieg.⁴³ Und beides schlug sich bei dieser Tendenz in Friedenvorstellungen nieder, in denen der Primat von Macht und Landerwerb für diskutant zu erstrebende und auszuhandelnde Abkommen und Verträge kaum Platz ließ.⁴⁴

Damit ist der Abstand umrissen, der Wilhelm von Siemens von Gruppen trennte, die im politischen Berlin des Weltkriegs den in Kriegsziel- und Friedensfragen vermittelnden Kurs Bethmann Hollwegs stützten. Wichtiger als die Zugehörigkeit zu einzelnen dieser Gruppierungen war dabei das faktische Verhalten innerhalb solcher Zirkel und Clubs, die in kriegsbedingter Halböffentlichkeit mit Eingaben, Pressearbeit und Vorträgen wirkten.

Anmerkungsübertrag Anm. 42, S. 573

Engagements Wilhelms in der "Deutschen Vaterlandspartei", die, im August/September 1917 gegründet und von Siemens - wie er es Tirpitz gegenüber formulierte - "vom ersten Tage an" unterstützt, die Regierung Michaelis von möglichen Zugeständnissen in der belgischen Frage angesichts der päpstlichen Friedensbemühungen vom Sommer 1917 abzubringen versuchte. (Brief an Tirpitz in SAA./4 Lk 134-135. 27.XII.1917). Scharfe Kritik Wilhelms an den päpstlichen Friedensbemühungen im Schreiben vom 23.IX.1917 an Prof. Bernhard Harms, Kiel (SAA./4 Lk 76). Zur Resonanz der päpstlichen Friedensoffensive vom August 1917 Überblick bei Huber, Verfassungsgeschichte, V., Stuttgart 1978, S. 335-357.

- 43) Vgl. Brief Wilhelms vom 27.III.1916 an Prof. Wien, Würzburg. Knapp 14 Tage nach der Entlassung von Tirpitz empfahl Siemens, man solle augenblicklich "aus privaten Kreisen in der U-Bootfrage nicht eher an die Öffentlichkeit treten, bis die eingeleitete Aktion der Reichstagsfraktionen zu einem gewissen Abschluß gekommen ist". Siemens spielte an auf die am 6.IV.1916 als Reaktion auf die Entlassung von Tirpitz angenommene Reichstagsentschließung für den uneingeschränkten U-Bootkrieg und forderte, die "Reichsleitung [solle hier, HMB./ ... mit der öffentlichen Meinung wieder in bessere Übereinstimmung /gebracht werden, HMB./". Eine salvatorische Klausel, um der Agitation das Odium der Regierungsfeindlichkeit zu nehmen. (SAA./4 Lk 134-135). Zum Verlauf der Auseinandersetzungen um den uneingeschränkten U-Bootkrieg: Klein, Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. II., S. 329-335.
- 44) So auch der Duktus von Briefen an die Professoren Otto v. Gierke (7.VII.1917) und B. Harms (23.VIII.1917), sowie an das Mitglied des CDI-Direktoriums Julius Vorster (31.VIII.1917). (SAA./4 Lk 75; SAA./4 Lk 76; SAA./4 Lk 134-135). Im Sinne der Alldeutschen und des Ostmarkenvereins hatte sich v. Gierke als Staatsrechtler für weitgehende deutsche "Kolonisierungen" in Polen ausgesprochen und die These vom Recht setzenden Faktum der Eroberungen vertreten. Vgl. Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral, S. 78,81.

In ihrem Umkreis gehörte Wilhelm von Siemens als Präsidialmitglied zur "Deutschen Gesellschaft von 1914",⁴⁵ hatte daneben früh auch Diskussionen des Delbrück'schen "Mittwoch-Abend" besucht, konnte hier freilich politisch nicht recht heimisch werden,⁴⁶ und es ist kennzeichnend, daß er die Erklärung, mit der Teile des Delbrück-Kreises der annexionistischen "Intellektuelleneingabe" vom Juli 1915 entgegentraten, nicht mittrug.⁴⁷

Daß ihn die innenpolitische Entwicklung dann im Jahr 1917 in die Reihen der "Deutschen Vaterlandspartei" (Dt.VP.) führte, lag in der Konsequenz dieser Haltung. Er bekleidete dort das Amt des zweiten Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes und saß im "Reichsausschuß" der Partei,⁴⁸ an deren Beratungen und Entscheidungen er bis zur formellen Selbstauflösung

45) Geworben durch Staatssekretär Solf (Reichskolonialamt), Teilnahme an der konstituierenden Versammlung am 28.XI.1915. Im Präsidium auch vertreten: W. Rathenau, August Thyssen, Emil Kirdorf und K. Duttenehofer/Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken. (SAA./4 Lk 134-135, Wilhelm an Solf am 9.XI.1915, Solf an Wilhelm am 19.XI.1915; Berliner Tageblatt, 28./29.XI.1915).

46) Einladung Wilhelms (15.VI.1915) zu der "streng vertraulichen Erörterung im privaten Kreise über unsere Kriegsziele im Westen" am 19.VI. 1915 im preußischen Abgeordnetenhaus durch Max Delbrück, G. Anschütz und Fürst Hatzfeld; handschriftlicher Vermerk Delbrücks: "Eine Resolution wird nicht beantragt werden"; Referenten: Delbrück und Prof. Kurt Wiedenfeld, Halle. (SAA./4 Lk 134-135). Zum Delbrück-Kreis: Günter Schmidt, "Bürgerliche Klubs und staatsmonopolistischer Kapitalismus im Ersten Weltkrieg", in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, S. 69-78.

47) Aus der Zusammenkunft vom 19.VI.1915 ging die sog. "Delbrück-Rohrbach-Harnack-Eingabe" hervor. Zu ihrer Deutungsgeschichte: Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 207 f. Vorbehalte zur Belgiendiskussion des Delbrück-Kreises sprach Siemens deutlicher aus als im Falle der "Intellektuelleneingabe". Er protokollierte auf das Einladungsschreiben vom 15.VI.: "Verlauf der Versammlung am 19.: Die Mehrzahl will unter keinen Umständen Belgien ... Man kann Belgien nicht militärisch aufgeben, wenn nicht militärischerseits überzeugend nachgewiesen ist, daß die Besetzung ... für uns in einem künftigen Krieg ohne erhebliche militärische Bedeutung ist. Es müßte ebenso nachgewiesen werden, daß wir auch ohne die belgischen Küsten gegen Englands Flotte und Macht nicht wesentlich schlechter da stehen, und mit ebenso guter Aussicht den Wirtschaftsverkehr Englands lahm legen können". (SAA./4 Lk 134-135; Text der "Delbrück-Rohrbach-Harnack-Eingabe" ebenda mit dem handschriftlichen Vermerk von Wilhelm von Siemens: "Vertraulich, jed. nicht unterzeichnet".).

48) Annahme beider Funktionen mit den Schreiben an die Hauptgeschäftsführung, bzw. den ersten Vorsitzenden der Dt.VP., Tirpitz, vom 27. XII.1917. (SAA./4 Lk 196-199).

im Winter 1918/19 beteiligt blieb.⁴⁹

Für die Dt.VP. erleichterte das den Zugang zur technisch-wissenschaftlichen Intelligenz,⁵⁰ und Siemens scheint auch ihre Werbungen an deutschen Hochschulen materiell mit abgestützt zu haben.⁵¹ In gleicher Weise nahm er Anteil an der Pressepolitik der Dt.VP.: Bestrebungen, die noch im Spätsommer und Herbst 1918 darauf abzielten, die der Partei unliebsame Publizistik der "Münchener Neuesten Nachrichten" aus der Meinungsbildung auszuschalten, hat er gekannt und offensichtlich gefördert.⁵²

Im Herbst 1918 fand die Vaterlandspartei im Umkreis des Siemens-Konzerns allerdings nicht nur bei Wilhelm von Siemens Unterstützung. Auf Förderung konnte sie auch bei Anton von Rieppel, Direktor der MAN und Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens-Schuckert-Werke, rechnen.⁵³ Und in Professor E.A. Budde, einem weiteren Mitglied des AR. der SSW.,

- 49) Einladungen mit Teilnahmevermerken Wilhelms, sowie Rundschreiben und Korrespondenzen der Vorsitzenden der Dt.VP., Kapp und Tirpitz, und der Hauptgeschäftsstelle vom 14., 15., 18., 20., 24., 26. und 28. November 1918. An der Tagung des Reichsausschusses vom 10.XII. 1918 im Berliner Aero-Club, die die Auflösung der Dr.VP definitiv beschloß, nahm Siemens teil. Bemerkenswert der Entwurf und die Endfassung der Empfehlung "Für die Zukunft" an die Mitglieder, vom 28. XI.: Hinweis auf gebotene und z.T. praktizierte Zusammenarbeit zwischen der neuen Stresemann'schen "Deutschen Volkspartei", dem Centrum und der "Deutschnationalen Volkspartei" (DNVP). Im Entwurf steht dafür noch "D.V.P.", gemeint: die Vaterlandspartei. (SAA./4 Lk 196-199)
- 50) Zur Bedeutung der Hochschullehrerschaft für die Arbeit der Alldeutschen als aktivem Kern in der Dt.VP. Schwabe, Wissenschaft, S. 69- 74. In Kriegszielfragen korrespondierte Wilhelm mit dem Staatsrechtler Otto v. Gierke und dem Kieler Nationalökonom Bernhard Harms. (SAA./4 Lk 75, 9.VII.1917 an v. Gierke; SAA./4 Lk 76, 23.IIX.1917 an Harms). Die Adressatenliste der Siemens'schen Kriegszielschrift "Die Freiheit der Meere" führt alleine 4 Senatoren der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" an, 4 Mitglieder der "Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht" und 2 der "Gesellschaft für Erdkunde". (SAA./4 Lk 75).
- 51) Dankbrief von Tirpitz vom 5.II.1918 an Wilhelm von Siemens. (SAA./4 Lk 196-199).
- 52) Briefe des Mitgliedes des AR. der SSW., Prof. E.A. Budde, an Wilhelm vom 1. und 12.X.1918 zu dem von der Schwerindustrie unterstützten Plan des Aufkaufs der "MNN" für 8 Millionen Mark, von denen Hugenberg 2,5 Millionen und der bayerische Maschinenindustrielle und Mitglied des AR. der SSW., Anton v. Rieppel, über einen Bamberger "Strohmann" 1 Million übernehmen wollten. (SAA./4 Lk 134-135).
- 53) Zu den Vorkriegsfunktionen Rieppels im industriellen Verbandswesen: Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 80, 255 f. Zu seiner Rolle in der deutschen Rußlandpolitik nach Brest-Litowsk: Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 729, 762 f.

fand sie einen fast noch entschiedeneren Anhänger.⁵⁴ War Rieppel mit eigenem materiellem Einsatz bei der Vorbereitung der Aktion gegen die "Münchener Neuesten Nachrichten" hervorgetreten,⁵⁵ so hatte sich Budde namens der Ortsgruppe Starnberger See im bayerischen Landesverein der Dt.VP. schon Mitte 1918 mit einer "Denkschrift" an die Landesvereine der Partei in verbanasinterne Debatten um das Konzept eines deutschen "Siegfriedens" eingeschaltet.⁵⁶

Budde gab sich dabei radikal auch gegenüber der taktischen Linie der Dt.VP. Er verlangte, daß die Partei, da man "mit dem allgemeinen Frieden noch in Jahren nicht zu Ende kommen werde", Modelle für Sonderfriedensabkommen gegenüber jeder einzelnen der alliierten Mächte entwerfe, kritisierte die s.E. zu lange und ausschließliche Fixierung der Parteiarbeit auf die belgischen Ziele und forderte eine exaktere Informierung der deutschen Öffentlichkeit über die faktische Weite und Vielfalt der Kriegsziele der Dt.VP.⁵⁷

Diesen Fehler der Partei wollte Budde in der Denkschrift nicht wiederholen. Er beschrieb daher neben einzelnen imperialen Kriegszielen Deutschlands⁵⁸ auch genau "Kriegsentschädigungen", die ihm geboten schienen:

54) Emil Arnold Budde (1842-1921), Physiker, Privatdozent, zeitweilig Auslandskorrespondent der "Kölnischen Zeitung", eng befreundet mit Wilhelm von Siemens. 1897-1911 im Vorstand der S.&H.-AG, 1903-1921 im AR. der SSW u. anderer dem Siemens-Konzern verbundener Gesellschaften. Im Vorstand der "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung" ab 1909 neben Richard Ehrenberg engagiert bei der Bekämpfung der "Kathedersozialisten". Vgl. dazu oben, S. 10-22. (SAA. 13/Lt 122; ETZ, 42. Jgg. H. 41, 13.X.1921, S. 1153 f, Nachruf; E.A. Budde, "Neuere Bewegungen in der englischen Arbeiterschaft", in: AeW., 9. Ergänzungsheft, Jena 1913, S. 28-57; siehe auch Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 185-189; Roth, Wilhelm v. Siemens, S. 110 f.) Budde war 1. Kommissar. Geschäftsführer der V.f.e.W.

55) Vgl. oben, Anm. 52, S. 576.

56) "Denkschrift, der Landesvereinen der D(eutschen) V(aterlands) P(ar-tei) unterbreitet" der Ortsgruppe Starnberger See in SAA./4 Lk 196-199. In der Folge zitiert: "Denkschrift". Sie ist undatiert, entstand aber unmittelbar nach dem 10.VI.1918, dem Datum eines Antwortbriefes des Reichsgeschäftsführers der Dt.VP. auf einen vorausgegangenen Beschwerdebrief Buddes ähnlichen Inhalts. Auf beides nimmt die "Denkschrift" Bezug.

57) "Denkschrift", ebao. Kritik u.a. an der zu vagen Formulierung von v. Tirpitz für die "Angliederung des 'burgundischen Reiches' in irgendeiner Form" und an den zu schwachen "Friedensschlüssen" von Bukarest und Brest-Litowsk. Ebd.

58) U.a. für Grenzerweiterungen, Kolonialexpansion und Seestützpunkte, Ebd.

Lieferungen in Gold, Rohstoffen und Nahrungsmitteln, sowie in Schiffsraum vor allem von England und Frankreich; Italien dagegen war für seine landwirtschaftliche Produktion in Pflicht zu nehmen, wobei die italienischen Marmorwerke gegebenenfalls als Faustpfänder dienen konnten; von den USA seien "nicht bloß Kupfer und Baumwolle, sondern auch Stahl in gewaltigen Mengen" zu fordern; bei Frankreich bedürfe "das Becken von Longwy ... kaum der Erwägung".⁵⁹

Für dieses Programm und für die Entschädigung von Privaten, von "Industrie und Schiffahrtfirmen" empfahl Budde, die Verbündeten des Reiches "vielleicht, soweit es Not tut, moralisch zum Mitgehen" zu zwingen.⁶⁰

Daß seine Verwirklichung von der Kriegslage abhängen würde, räumte er abschließend ein, betonte aber, schon die Existenz solcher fester Zielprojektionen genüge, - "auch Kühlmann'schen Reden gegenüber" - die rechte Stimmung im Volke zu erhalten".⁶¹

59) Ebd. Der Gedanke der "Faustpfänder", mit ein Kennzeichen der Junidenkschrift Buddes, begegnet, nun in charakteristischer Verkehrung nach dem November 1918 wieder in Buddes "Streng vertraulichen Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage Deutschlands" vom 22.III.1919 (Mit Begleitschreiben Buddes und der deutlich ablehnenden Antwort von Wilhelm v. Siemens vom 6.V.1919 in SAA./4 Lk 134-135). Budde hielt damals für die innenpolitische und ökonomische "Stabilisierung" des Reiches die Hilfe der USA für unerlässlich, sah dazu als gebotene Ansprechpartner nur "Wilson und Wallstreet" und wollte den Präsidenten vor allem auf die politischen Chancen eines von den USA zu stellenden deutschen "Lebensmittelkontrollen" hinweisen, der eventuell in der Lage sei, "die ganze deutsche Regierung ... um den Finger /zu/ wickeln..." und die Macht habe, "wieder geordnete Verhältnisse im Inneren her /zu/ stellen ..." Gegenüber einer von alliierter Seite erwarteten Faustpfandnahme an Werken der deutschen Schwer- und Fertigindustrie empfahl er prophylaktisch, den USA die Beteiligung am Aktienbesitz einzuräumen, die dann u.a. auch Schutz vor der "absolut unvernünftigen Sozialisierungswirtschaft" böte. Budde nannte die Überlegungen in dem Begleitbrief an Wilhelm v. Siemens selbst "höchst unsympathisch für vaterländische Gefühle" und ein "Pis aller", das aber angesichts einer drohenden "Armenhüslerexistenz" bedacht werden müsse.

60) "Denkschrift", SAA./4 Lk 196-199.

61) Bezogen auf die Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen, v. Kühlmann, vom 24.VI.1918 vor dem Reichstag zur Friedensfrage. Kühlmann hatte gegenüber England einen versöhnlichen Ton angeschlagen, als "Vorbedingungen" für die Anbahnung von Friedensgesprächen nur "ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Ritterlichkeit" genannt und damit u.a. die Opposition der OHL und der politischen Rechten provoziert, was zu seiner Entlassung am 9.VII.1918 führte. (Verhandlungen des Reichstages, Bd. 313, S. 5607 ff., zitiert nach Huber, Verfassungsgeschichte, V., S. 502, dort auch Überblick zur "Kühlmann-Krise", S. 501-510). Die Budde'sche Denk-

Den angeführten Aussagen und Stellungnahmen ist gemeinsam, daß sie die These von der "gemäßigt-wendigen" Linie der Elektro-Großindustrie⁶² zumindest stark modifizieren.⁶³ Gleichwohl schließen sie nicht aus, daß die "gemäßigt-wendige", bzw. "etatistische" Position in einzelnen Elektro-Konzernen nicht ebenfalls ihre Vertreter besessen hätte. Beim Siemens-Konzern galt das mit einigen Einschränkungen für Carl Friedrich von Siemens, der sich bereits im Vorkriegsjahrzehnt neben Wilhelm von Siemens in der Unternehmensleitung profiliert hatte.⁶⁴ Carl Friedrich war england- und auslandserfahren.⁶⁵ Während des Anlaufens der Kriegszieldiskussionen äußerte er sich skeptisch bis ablehnend zum Kampagnencharakter der Erörterungen. Er lehnte, vor allem im Hinblick auf Westeuropa, schwerindustrielle Wunschvorstellungen beim CDI ab, hielt nichts

Anmerkungsübertrag Anm. 61, S. 578

schrift diente in dieser Krise mit zur Mobilmachung der Rechten. Sie ging auch der Parteizentrale der Dt.VP. zu. Budde suchte mit angeforderten Zustimmungserklärungen der Landesvereine auch innerverbandlich Politik zu machen. ("Denkschrift", a.a.O.).

- 62) Kennzeichnend neben der oben, S. 567 f., gegebenen Literatur auch Willibald Gutsche, "Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern", in: Fritz Klein (Hrsg.), Politik im Krieg 1914-1918, S. 66-89, speziell S. 70 f., 85, 89.
- 63) Da das politische Profil der Vorstandsgremien und der AR.'s des Siemenskonzerns nicht exakt umrissen und Stellungnahmen nicht auf ihre politische Einzelwertigkeit hin betrachtet wurden, kommt den angeführten Beispielen allerdings nur symptomatische Bedeutung zu.
- 64) Seit 1903 im AR. der SSW und ab 1905 auch im AR. der S.&H.-AG.; 1908 unter Aufgabe des SSW.-AR.-Mandats Leiter der für den Export der SSW. und der S.&H.-AG. geschaffenen "Central-Verwaltung Übersee" und in dieser Eigenschaft Vorstandsmitglied der SSW; 1912 Vorsitzender des SSW-Vorstandes. Vgl. Georg Siemens, Carl Friedrich, S. 69, 79, 81, 103; Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 420
- 65) Prägend vor allem eine fast achtjährige Lernphase in den Jahren 1901-1908 beim Aufbau eines Starkstromwerkes in Stafford, die ihm auch im kommerziellen Bereich Folgen des durch Navalismus und Burenagitation beeinträchtigten deutsch-englischen Verhältnisses vor Augen führte. Der Verweis auf England, insbesondere "englischen" "Common Sense" und Kompromißbereitschaft in der Politik auch später noch häufig in der Korrespondenz von Carl Friedrich. Vgl. Georg Siemens, a.a.O., S. 42-75; Briefsammlung Heintzenberg II., S. 18 u. 31: Briefe vom 15.IX.1922 an Emil Kirdorf und vom 25.XI.1932 an Geheimrat Bücher, AEG.

von einer demonstrativen Radikalität in der deutschen Luftkriegsführung gegen England⁶⁶ und richtete 1915 an die Adresse bedingungsloser Annexionisten die Aufforderung, die Befürworter eines Diktatfriedens und seiner Opfer sollten doch "auch selbst einmal recht mittun..., dann würde ihre Begehrlichkeit sehr schnell zusammenschrumpfen".⁶⁷

- 66) Gegen den schwerindustriell bestimmten Kurs des Unterausschusses des "Kriegsausschusses der deutschen Industrie" Brief vom 20.I.1915 an das SSW.-Vorstandsmitglied Natalis: "Sie haben keine Idee, was für ein Blödsinn ... dabei herauskommt ... Nicht bloß ganz Belgien müssen wir einverleiben, sondern auch die nördlichen Départements von Frankreich. Die treibende Kraft ist Eisen und Kohle, wo so etwas zu finden ist, das muß deutsch werden ... ich habe dem SSW.- und S.&H.-Vorstandsmitglied, HMB. Spiecker, der bei den Besprechungen dabei ist, dringend geraten, sich mit den Gegnern dieses Kurses, HMB. zusammzusetzen und dem auch hier führenden CDI-Vorsitzenden, HMB. Roetger klipp und klar zu erklären, daß wir uns nicht ins Schlepptau nehmen ließen und er gewärtig sein müßte, falls diese Anträge angenommen würden, daß die Minorität des Unterausschusses, HMB. ihren Widerspruch der Regierung zum Ausdruck bringt". Die militärisch belanglosen Tagesangriffe deutscher Luftschiffe auf englische Städte nennt C.F. v. Siemens an gleicher Stelle "Zivilistenüberfall" und urteilt: "Diese Art Kriegführung vermindert unsere Sympathien im Ausland ... Einen Zerstörungskrieg dürfen wir führen als letzten Rettungsanker, dann aber im Haag". Vier Monate später heißt es in einer weiteren Zuschrift an Natalis zum Drängen nach öffentlicher Diskussion der deutschen Kriegsziele: "Ich halte ... eine solche Diskussion für verfehlt". Und zur "belgischen Frage" heißt es: "Mir geht eine Annexion sehr gegen den Strich, da ich nicht an die Beständigkeit eines Landes glaube, welches nicht aus einer einheitlichen Bevölkerung besteht". (Briefsammlung Heintzenberg I., S. 73 ff, Briefe an Natalis vom 20.I.1915 und vom April - ohne Tagesangabe - 1915, Sperrung: HMB. Auszugsweise, bzw. paraphrasierend z. T. wiedergegeben bereits bei Georg Siemens, Carl Friedrich, S. 115 f).
- 67) In dem Brief an Natalis vom 20.I.1915, a.a.O., S. 74. Die vorausgehenden Sätze sind ebenso signifikant: "Die Zukunft muß man doch auch im Auge haben. Mit England rechnen wir diesmal nicht ab, das wird vielleicht später noch einmal kommen. Sollten wir nun Frankreich so demütigen, daß es sich später nie neutral verhalten kann? Die Veröffentlichung dieser maßlosen Wünsche wäre ein herrlicher Beweis für Englands Behauptung, daß wir nicht bloß unseren Platz an der Sonne haben wollen, sondern tatsächlich die anderen Länder uns unterjochen möchten. Nun, vorläufig sind wir ja noch nicht so weit, daß wir den Frieden diktieren können, und so weit werden wir wohl auch nicht kommen ..." (Sperrung: HMB.). Kennzeichnend auch der nüchterne Kommentar zur Kriegsintervention der USA: "Der Eintritt Amerikas in den Krieg wird uns zweifellos den Hauptweg verschließen..., durch den wir gehofft hatten, unsere Valuta nach dem Kriege zu verbessern, nämlich durch Aufnahme einer großen Anleihe in Amerika". (Ebda S. 55, 1917, undatiert an die "Central-Verwaltung Übersee" des Konzerns

Grundlagen des Rollen- und Bedeutungswechsels im Verhältnis zu CDI und Schwerindustrie

Optionsfreiheit durch Orientierungspluralismus: politische Profilierung bei Wilhelm und C.F. von Siemens

Fast zeitgleich mit der Ablehnung dieses Annexionismus erscheint dann der Name "Carl Friedrich von Siemens" unter dem Gründungsaufwurf der "Freien Vaterländischen Vereinigung" (FVV.), jener lose gestifteten "Gesinnungsgemeinschaft", mit der führende Mitglieder des Delbrück'schen Kreises erstmalig im Februar 1915 hervortraten, um den Kurs Bethmann Hollwegs innenpolitisch abzustützen.⁶⁸

68) Neben dem nationalliberalen Berliner Kirchen- und Staatsrechtler Wilhelm Kahl als erstem Vorsitzenden und Ernst von Borsig als dessen Stellvertreter, gehörten vom Delbrück'schen Kreis zum FVV-Vorstand: der liberale Theologe Adolf v. Harnack, der nationalliberale Landtags- und Reichstagsabgeordnete und Anreger des Delbrück'schen Mittwohabend, Eugen Schiffer, der Zentrumsjurist Dr. Schlutius und der liberale Bankier Paul von Schwabach. Unter den Zeichnern des Aufrufs waren aus dem Zirkel vertreten: Paul Marx, Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Presse, Oberbürgermeister Wermuth, Berlin und Hans Delbrück selbst. Zur Begründung des Delbrück-Kreises: Nachlaß Schiffer, GStB., Rep. 92, 4, Blatt 532, Eintragung vom 29.IX.1914. Gründungsversammlung der FVV. am 28.II.1915 im Berliner Reichstagsgebäude; Publizierung des Gründungsaufwurfes am 10.III.1915. Sie wollte "keine neue Partei bilden, noch in das Gefüge der Parteien überhaupt eingreifen" (Kahl) und litt daher auch an allen organisatorischen Schwächen bürgerlicher Gesinnungsgruppierungen: mangelhafte Finanzierung und fehlende Organisations- und Arbeitsbereitschaft der Mitglieder. Hauptzweck war statutengemäß: "die inneren Errungenschaften des Krieges [d.h. den politisch-sozialen 'Burgfrieden', HMB.] dem deutschen Volke für die Zeit des Friedens (zu) sichern..." Auf der ersten öffentlichen Tagung der FVV. am 25.VI.1915 in Weimar erklärte Kahl, die FVV. müsse als rein "vaterländischer Gesinnungsverein" arbeiten. Man habe den Gründungsaufwurf bewußt "ohne jeden agitatorischen Betrieb" veröffentlicht, um ihn nur "durch die Macht der Idee wirken zu lassen". (Nachlaß Schiffer, GStB., Rep. 92, 22, Heft 1: "Die Freie Vaterländische Vereinigung - Urkunden ihrer Gründung und Entwicklung. Zusammengestellt von D. Dr. Wilhelm Kahl. Berlin 1915". S. 55 ff. /Aufruf und Liste der Zeichner/, S. 8, 21 /Statuten, § 1/, S. 33 f.). Charakteristisch auch, daß an einzelnen Orten die Gründung von FVV-Gruppen an hartnäckigen Widerstand der stellvertretenden Generalkommandos scheiterte. So in Stettin, ungeachtet der Fürsprache des Kriegsministeriums. (Nachlaß Schiffer, a.a.O., Heft 23, Nr. 77-82, 87). Zur Regelung des "verschärften Kriegszustandes" im Gebiet des II. Armée-Korps (Stettin): Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V., S. 43 f.

Wie bei zahlreichen anderen industriellen Zeichnern des Aufrufs⁶⁹ band die Unterschrift nicht schon zu einer bleibenden Festlegung mit kaum kalkulierbarem Aufwand an Zeit und politischer Selbstdarstellung;⁷⁰ sie zeigte aber bereits an, daß sich hier industrielle Bündnisfähigkeit um den Zugang zur Linken des deutschen Liberalismus erweitern konnte⁷¹ und damit tendenziell selbst ein taktisches Zusammengehen mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie im Kriege nicht mehr völlig ausschloß: Der Brückenschlag zur FVV. vertiefte Verbindungen zu Parlamentariern, Hochschullehrern und Publizisten, die sich im schreibenden und diskutierenden Berlin des Delbrück'schen Zirkels, der "Deutschen Gesellschaft von 1914" und der durch kriegswirtschaftliche Versorgungsfragen mitgeförderten "Großberliner" Kommunalbewegung zusammenfanden, und teils 1916 im "Deutschen Nationalausschuß" bei der Kriegszieldiskussion, teils im Folgejahr im "Volksbund für Freiheit und Vaterland" als Opponenten der Dt.VP.⁷² für die gouvernementale Politik eintraten. Im "Volksbund" wurden dann

- 69) Dir. F. Hahn, Fa. C.P. Goerz, optische Anstalten, Berlin; Dir. E. Hilger, Vereinigte Königs- und Laurahütte, Kattowitz; Dir. P. Mamroth, AEG, Berlin.
- 70) Die Industriellen - und auch E. v. Borsig als Vorstandsmitglied - nahmen 1915 und 1916 an den Jahrestagungen der FVV. nicht mehr teil. Borsig kritisierte 1915 Erklärungen Kahls gegen Preiswucher. (Nachlaß Schiffer, 22, Heft 1, a.a.O.; und ebda., "Liste der nach Weimar Geladenen", sowie Protokolle der Weimarer Tagung). Schiffer notierte sich am 26.VI.1916: "Die FVV. droht zu versanden ... die Frage der Kriegsziele hat ... unser Volk gespalten ... und diesen Riß zu überbrücken wird die Vereinigung nicht im Stande sein". (ebda., 5., Bl. 1442 ff.).
- 71) Kennzeichnend das Abdriften Schiffers vom rechten Flügel der Nationalliberalen und seine Beteiligung am gescheiterten Versuch, im Sommer 1915 die kanzlerfeindliche Führung der Partei unter Bassermann zu stürzen. (Nachlaß Meinecke, GStB., Rep. 92, Nr. 99: Reden auf dem Festbankett zu Ehren des Reichsministers a.D. Eugen Schiffer am 14.II.1930, Rede Meineckes, S. 5-9; Nachlaß Schiffer, 2, Bl. 262 und 10, Bl. 152, Brief Dingeldeys/Worms vom 3.IV.1916; Fischer, Griff..., S. 211).
- 72) Zu Querverbindungen und Organisationsfiliationen aus dem Delbrück'schen Kreis als der "ideologischen Zentrale" (Gutsche) der FVV von 1915, des "Deutschen Nationalausschusses" unter Fürst v. Wedel im Sommer 1916 und des "Volksbundes für Freiheit und Vaterland" als Gegengründung zur Dt.VP. 1917, vgl. Willibald Gutsche, "Mittwochabend" (Delbrück), in: Die Bürgerlichen Parteien, II., S. 30-34; summarisch: G. Schmidt, "Bürgerliche Klubs und staatsmonopolistischer Kapitalismus", a.a.O., S. 69-77. Zur politischen und gesellschaftlichen Ausstrahlung der "Deutschen Gesellschaft von 1914", bzw. Querverbindungen über die "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft": Nachl. Schiffer, 12, Bl. 389: Solf an

Freie Gewerkschaften und Mehrheitssozialdemokratie auch organisatorisch in diese Bestrebungen mit eingebunden.⁷³

Anmerkungsübertrag Anm. 72, S. 582

Schiffer am 28.VI.1915; ebda., 11, Bl. 319, Fürst v. Wedel an Schiffer am 4.VI.1916. Schiffer hielt für den Nationalausschuß am 1.VIII.1916 in Dortmund eine Rede; im Vorstand des "Nationalausschusses" u.a. Harnack, Kahl, v. Schwabach, ebda., 11, 319 ff.;) Agnes von Zahn-Harnack, Adolf von Harnack, Berlin, 2. Aufl. 1951, S. 330-361. Friedrich Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin - Erinnerungen, Stuttgart 1949, S. 157-169, 201, 234 f.

Zur "Groß-Berliner Bewegung" der Kriegsjahre 1914-1918 vgl. Hans Nowack, Das Werden von Groß-Berlin (1890-1920), phil. Diss. FU Berlin, Bln. 1953, S. 209-214; Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 383, 385 ff. Der Berliner Oberbürgermeister Wermuth gehörte zu den ersten Mitgliedern des Delbrück'schen Zirkels; er leitete ab 1917 die 1915 gegründete, dem Mitteleuropagedanken verpflichtete "Reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung", in der Schiffer für die Rechtsangleichung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn tätig warb. (Nachlaß Schiffer, 4, Bl. 532; ebda., 14, Bl. 38, Presse-notiz zur Tagung der Vereinigung am 9.IV.1916; anwesend Parlamentarier aus SPD., Zentrum, Freisinn und konservativer und nationalliberaler Partei). Zum Konnex zwischen Hochschullehrern, Industriellen und Hof in der "Deutschen Gesellschaft", bzw. der "Großberliner Bewegung" im Rahmen des vom Schöneberger Oberbürgermeister initiierten "Bürgerausschusses Groß-Berlin" vgl. Tagebuch des Oberbürgermeisters von Schöneberg, Alexander Dominicus, 3 Hefte, handschriftliche Eintragungen vom 25.IX.1915-17.XII.1920 (Heimatarchiv Berlin-Schöneberg, Ar. 192), Eintragungen vom 1. u. 30.VI., vom 28.XI. u. 14.XII.1915; 22. u. 23.II., 27.III.1916; 2.VII.1917 und 16.X.1918: Dominicus gewinnt Harnack für die Groß-Berliner Bestrebungen u. erhofft sich davon Vortrag bei Wilhelm II. und Bethmann; er gewinnt Walther Rathenau für seine Konzeption und spricht - gegen konservative Widerstände - auf dessen Veranlassung zu dem Thema am 27.III.1916 vor der "Deutschen Gesellschaft"; mit Delbrück, Harnack, Meinecke und Troeltsch mahnt er die Einlösung der Osterbotschaft im Juni 1917 an und hofft noch im Oktober 1918 mit Walther Rathenau auf eine "levée en masse". Zur Beteiligung von C.F. v. Siemens und von G. Klingenberg, für die AEG, an technischen Beratungen des Groß-Berliner Bürgerausschusses: SAA./4 Lf 533, : Schreiben von Dominicus vom 2.X.1917 an C.F.; C.F. plädiert f. die Aufnahme von Vertretern der christlichen und der gelben Gewerkschaften in den engeren Ausschuß des Bürgerausschusses; er beteiligt sich an der Besetzung der Fachausschüsse für Verkehr und Technische Betriebe der künftigen Großkommune; ebda., Gutachten von G. Klingenberg v. 13.IX.1918 zu den elektrotechnischen und elektrowirtschaftlichen Gemeinschaftsinteressen des künftigen Groß-Berlin.

- 73) Nur im Rahmen der persönlichen Einzelmitgliedschaft auch schon für die "Deutsche Gesellschaft von 1914" zutreffend. Zu Recht der kritische Einwand des Schöneberger Oberbürgermeisters: "Gründung der 'Deutschen Gesellschaft 1914': 940 Mitglieder, zu vornehm und zu teuer, um wirklich a l l e Kreise zu vereinen". (Tagebuch Dominicus, Eintragung vom 28.XI.1915). Zum Wirken des Volksbundes: Meinecke, Straßburg ..., S. 235).

Die personellen und organisatorischen Querverbindungen dieser Kontinuitätslinie eröffneten für C.F. v. Siemens die Möglichkeit, im industriellen Meinungsspektrum der Kriegszeit Positionen der Elektro-Großindustrie alternativ neben dem durch Wilhelm von Siemens repräsentierten konservativ-alldeutschen, einem liberal-linksbürgerlichen politischen Organisationskern zuzuordnen. Dieser mochte gewiß in seiner Durchschlagskraft nicht mit der von der Dt.VP. verkörperten "Massenbewegung" zu vergleichen sein;⁷⁴ für den Konzern selbst aber erweiterte dieser Brückenschlag in den beiden letzten Kriegsjahren die innerbetriebliche Konfliktfähigkeit und verbreiterte, während der Herbst- und Wintermonate von 1918/19, entscheidend den Bewegungs- und Handlungsspielraum, der Vertretern der Elektro-Großindustrie insgesamt für eine eigene Strategie bei der Neugestaltung der deutschen Politik zu Gebote stand.

Friktionsfrei war das hier belegte Nebeneinander zweier Orientierungen freilich nicht. Die unterschiedliche Bewertung von Kriegslagen, die sich graduell auch in der unterschiedlichen Bewertung von Sozialkonflikten und Parteipolitik bemerkbar machte, belastete intern das Verhältnis der Siemens'schen Brüder und darüber letztlich auch die Leitung des Konzerns.

So plädierte C.F. von Siemens beispielsweise im April 1917 während des ersten umfassenden Streiks in der Berliner Rüstungs- und Metallindustrie dafür, die Ausständigen durch Flugblätter zu beeinflussen, die auch von Legien und Scheidemann für die Freien Gewerkschaften und die Mehrheitssozialdemokratie, sowie von Erzberger und dem in der Berliner Arbeiterschaft wohlgelittenen Oberbürgermeister Wermuth gezeichnet werden sollten.⁷⁵ Angesichts der traditionell "gelben" Politik des Konzerns, brachte dieser Vorschlag eine beachtliche taktische Wende, und Wilhelm von Siemens widersprach hier schroff. Noch im Frühjahr 1917 gab es für ihn - selbst bei einer Maßnahme zur Befriedung streikender Arbeiter - keine Gemeinschaft

74) Fischer, a.a.O., S. 565 ff.; Meinecke, Straßburg..., S. 235.

75) SAA./4 Lf 666, Briefe C.F. v. Siemens vom 18.IV.1917 an Wilhelm und Wilhelms vom 19.IV.1917 an C.F.; Wermuth, Beamtenleben, S. 374-379, 420, 425, 432.

mit Sozialdemokraten. Er wollte kein Paktieren mit einem Scheidemann, der ihm in der Zeit der deutschen Kriegsziel- und Neuorientierungsdebatten, die Konzeption eines ruinösen, weil "sieglosen" und "internationalistisch" bestimmten Friedens vertrat.⁷⁶ Und für ihn war es klar, daß die Sozialdemokratie den Ausstand nur instrumentalisierte, um die im Sinne der Vaterlandspartei fragwürdigen innenpolitischen Reformen zu erzwingen.⁷⁷

Carl Friedrich unterstrich demgegenüber den "unpolitischen", weil "rein vaterländischen" Charakter der Aktion,⁷⁸ ließ keinerlei innenpolitische Aufrechnungen dagegen zu, und insistierte: "... nur extreme Menschen, wie sie sich hauptsächlich in Rheinland und in Westfalen finden", seien auch jetzt noch, angesichts der Größe des Einsatzes unfähig, sich "über die Parteigegensätze hinweg [zu] setzen ... vielleicht weil sie darin eine Stärkung der Gegenpartei vermuten ..." Die These von der Streiknutznießerschaft der Mehrheitssozialdemokratie wird zurückgewiesen und der Widerstand der Partei gegenüber der beim Ausstand als aktiv erkannten kleinen Spartakusgruppe betont.⁷⁹

76) Wilhelm an C.F. am 19.IV.1917, a.a.O.

77) Ebda. Entschieden auch die Ablehnung eines "politischen Kompagniegeschäfts" mit dem "Jesuiten Erzberger". (Ebda.)

78) SAA./4 Lf 666, C.F. am 23.IV.1917 an Wilhelm v. Siemens. C.F. hatte die Flugblattaktion am 18.IV.1917 mit dem SPD-Reichtagsmitglied Albert Südekum in der "Deutschen Gesellschaft von 1914" vorbesprochen. (C.F. am 18.IV.1917 an Wilhelm, ebda.).

79) C.F. v. Siemens an Wilhelm am 23.IV.1917, a.a.O.: gegen die westliche Schwerindustrie; die Terminologie entspricht der der FVV. Das abweichende Urteil der Brüder zur Sozialdemokratie - C.F. machte Wilhelm u.a. auf den Flügel um die "Sozialistischen Monatshefte" aufmerksam u. erfuhr, daß Wilhelm sie abonniert habe - schlug bis in die konzerngeförderte "gelbe" Journalistik durch. "Der Bund" unterbrach 1915, als auch der Siemens'sche Werkverein der FVV. beitrug, kurzfristig die Polemik gegen die SPD, um deren "Umlernen" zu loben. ("Der Bund", 5.II., 5.III., 12.III.1915, bzw. 27.IIX.1915). Die Flugblattaktion bedeutete noch kein Abrücken von den "Gelben". Nach im April 1917 zählte sie C.F. zu den wirksamen streikhemmenden Faktoren in den Siemens-Werken. (Brief an Wilhelm, 18.IV.1917, a.a.O.). In die Regierungsmaßnahmen zur Streikdämmung schalteten sich C.F. und die Siemens-Direktoren Karl Dihlmann und Robert Pfeil am 5. Streiktag (20.IV.1917) durch einen Besuch bei Groener, dem Leiter des Kriegsamt, ein. Sie sprachen sich für die Militarisierung der weiterstreikenden "Deutschen Waffen- und Munitionswerke" des Loewe-Konzerns aus. C.F. konferierte zugleich mit dem preußischen Kriegsminister von Stein, und wollte das umstrittene Groener-Diktum: "Ein Hundsfott, wer streikt, wenn Hindenburg Waffen

Abschließend sei nochmals festgehalten, daß solche Differenzen innerhalb eines einzelnen Konzerns deutlich dem eingangs erwähnten historiographischen Deutungsmuster widersprechen, das die Elektroindustrie im Rahmen einer idealtypischen Konstruktion konträrer Industriefraktionen einem Flügel von Elektro- und Chemie-Vertretern zuzuweisen sucht, und diese Gruppierung, - mehr oder minder vermittelt -⁸⁰ als Gegenlager einer Stahl-, Kohle- und Eisenfraktion schildert.

Das skizzierte Beispiel Siemens belegt dagegen wohl die Existenz zweier, bisweilen tatsächlich klar unterscheidbarer politisch-taktischer Orientierungslinien - jedoch innerhalb ein und desselben Unternehmens,⁸¹ wobei sich, was zu zeigen bleibt, beim Herannahen der potentiell revolutionären Situation von Kriegsende und Demobilmachung im Herbst und

Anmerkungsübertrag Anm. 79, S. 585

nötig hat!" mit veranlaßt haben. (An Wilhelm, 23. u. 29.IV.1917, a.a.O.) Der Groener-Aufruf im Wortlaut in "Soziale Praxis", XXVI. Jgg., Nr. 31, Sp. 619. Zur Rolle Groeners und der USPD: "Das Werk des Untersuchungsausschusses der verfassungsgebenden Nationalversammlung und des deutschen Reichstages", IV. Reihe, Bd. 6., Bln. 1928, S. 180 ff., 275, Anlagen II., S. 115. Die Publikation vernachlässigt die negative Wirkung des Groener-Aufrufs in den Betrieben. Vgl. dazu u.a. Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 43 ff.; Protestbrief des DMV-Vorsitzenden Alexander Schlicke u. der Verwaltungsstelle Kassel des DMV. an die Generalkommission der Gewerkschaften vom 28.IV., bzw. 2.V.1917 (Bebel-Archiv Berlin, Akte 224); Karl Retzlau, Spartakus - Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. 4. neugefaßte Auflage Frankfurt/M., 1976, S. 44-55; Interview Karl Retzlau, Juli 1975. R. arbeitete 1916/17 im Nordwesten Berlins in 'AEG-Betrieben' in der Volta- und der Brunnenstraße.

- 80) Die Problematik einer "Schablonisierung" der Gruppen wird auch von Vertretern der Monopolgruppentheorie wie Gutsche und Goßweiler in jüngeren Arbeiten nicht unterschätzt: "schon im Ansatz verfehlt /wäre es/, eine Geschichte der Gruppierungen der deutschen Monopolbourgeoisie auf die Formel: Kampf Kohle - Eisen contra Elektro - Chemie zu reduzieren ..." (Goßweiler, Großbanken - Industriemonopole - Staat..., S. 33).
- 81) So schon richtig festgehalten bei D. Stegmann, Hugenberg contra Stresemann, a.a.O., S. 372 f. In ähnlichem Sinne ließe sich Goßweilers Bemerkung deuten, "es wäre wirklichkeitsfremd, anzunehmen, innerhalb eines Industriezweiges oder auch nur eines Konzerns gäbe es nur eine einzige Strömung...", die allerdings durch die darauf folgende Einschränkung in vager Form wieder zurückgenommen erscheint: "Die gegensätzlichen Linien der Schwerindustrie

Winter 1918/19⁸² die von Carl Friedrich von Siemens mitgeprägte Taktikvariante durchsetzte und allein schon deshalb besonderes Gewicht erhielt, weil sie, wenn auch nur vorübergehend, für das politische Auftreten und Verhalten der deutschen Unternehmerschaft überhaupt richtungsweisend werden konnte. Die notorisch schwache Position der Elektroindustrie von vor 1918 verkehrte sich so in ihr Gegenteil und Vertreter der Berliner Großkonzerne rückten damit kurzfristig zu einer quasi-gesamtindustriellen Stimmführerschaft auf.

Aktivierung der Fachverbandspolitik unter Hans von Raumer

Dieser Rollen- und Bedeutungswechsel läßt sich kausal mehreren Faktoren zuschreiben, darunter der erwähnten relativ breiten innenpolitischen Optionsfreiheit - beim Siemens-Konzern u.a. Ergebnis des politischen Orientierungspluralismus in der Unternehmensleitung.

Es war in der Tat wichtig, daß bei der Elektro-Großindustrie vergleichs-

Anmerkungsübertrag Anm. 81, S. 586

und der neuen Industrien sind zwar objektiv vorhandene, von denen es aber auf beiden Seiten eine Vielzahl von Abweichungen und geradezu eine Verkehrung der Fronten und ein Überlaufen ins gegnerische Lager gibt". Und ratlos läßt G. die Leser mit der späteren, verunklarenden Generalaussage: " L e t z t e n E n d e s s i n d e s u n t e r s c h i e d l i c h e o d e r g l e i c h a r t i g e ö k o n o m i s c h e u n d t e c h n i s c h e P r o d u k t i o n s b e d i n g u n g e n , d i e s i m w e i t e s t e n S i n n e v e r s t a n d e n ... a u f d i e s i c h Z u s a m m e n s c h l ü s s e o d e r K o n f r o n t a t i o n e n z u r ü c k f ü h r e n l a s s e n , m i t u n t e r a l l e r - d i n g s n u r i n l e t z t e r I n s t a n z u n d ü b e r m a n - c h e r l e i V e r m i t t l u n g e n ". (Goßweiler, Großbanken, S. 28, 52, Sperrungen im Text: HMB.)

- 82) Zur Frage der "revolutionären Situation" vgl. Forschungsbericht von Reinhard Rürup, Probleme der Revolution 1918/19, Wiesbaden 1968, S. 9, 19, 48 ff., sowie den Einleitungstext von Kolb in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 9-32, spez. S. 14 f.

weise früh zumindest schon über bestimmte Verhaltensraster nachgedacht worden war, die sich während der Anfangsphasen eines von Revolutionsfurcht überlagerten politischen Neubeginns abrufen ließen und gegenüber älteren Mustern industrieller Interessenpolitik den entscheidenden Vorzug nüchterner, analytischer Durchdrungenheit und flexibler Pragmatik verrieten.⁸³

Ausschlaggebend aber blieb die Frage, ob und inwieweit die Elektroindustrie im Winter 1918/19 in der Lage war, solche Vorarbeit auch in politische Praxis umzusetzen, d.h., ob sie eine Aufgabe zu lösen vermochte, welche in jedem Falle schnell verfügbare und ausreichend starke materielle und personelle Ressourcen voraussetzte, um Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse bei den teils nur neu firmierenden, teils de facto neu entstehenden Verbänden, Parteien und Instanzen der politischen Administration hinreichend erfolgreich beeinflussen zu können.

Die Mittel, die der Elektro-Großindustrie für eine derartige Mobilisierung zur Verfügung standen, waren vergleichsweise schwach. So war, wie mehrfach betont, ihre Verbandshausmacht nur gering;⁸⁴ sie wurde aber, was 1918/19 schwer wog, umsichtig geführt und wirkungsvoll eingesetzt.

Organisatorisch stützte sich die Elektroindustrie zu dieser Zeit auf den seit März 1918 als Branchenverband fungierenden Zusammenschluß des "Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie" ("ZddeI"), dessen Geschäfte von Hans von Raumer in relativer Unabhängigkeit, auch

83) Nicht zu vernachlässigen in diesem Kontext der Anteil der von Hugo Stinnes mitvertretenen Schwerindustrie. Vgl. dazu Gerald D. Feldman, German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft, Festschrift Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Bln. 1970, S. 312-341, sowie die kommentierte Quellensammlung von G.D. Feldman, The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement: A Documentation, in: Internationale wissenschaftl. Korrespondenz zur Gesch. der deutschen Arbeiterbewegung, 19/20, 1973, S. 45-103.

84) Aktuellerer Überblick über die fehlschlagenden verbandspolitischen Initiativen in der Elektroindustrie 1914-1918 bei Stegmann, Hugenberg, S. 369 f.

gegenüber den im "ZddeI" dominierenden Berliner Großkonzernen, gelenkt wurden.⁸⁵

Nach beruflichem Herkommen, nach politischer Versiertheit und nach Urteilsvermögen und taktischem Geschick konnte im "ZddeI" wohl nur von Raumer einer Mission gerecht werden, welche unter den Bedingungen von Kriegsende und umfassenden wirtschaftlichen Reorganisationen vor allem darin bestehen mußte, einen bisher noch kaum einheitlich auftretenden, und darum auch häufig anderen Branchen unterlegenen Wirtschaftszweig verbandspolitisch zu aktivieren und neben der deutschen Schwerindustrie auch politisch stärker ins Spiel zu bringen.

Raumer war verwaltungserfahren.⁸⁶ Schon vor 1914 hatte er sich energisch für die Elektrifizierung ländlicher Räume eingesetzt, was ihn bald in engere Beziehungen zur Elektrizitätswirtschaft brachte, in der er bereits vor Kriegsbeginn eine Verbandskarriere begann.⁸⁷ Während der Kriegsjahre nahm Raumer zeitweilig "in gänzlich unabhängiger Position" die Funktionen eines Referenten im Reichsschatzamt wahr und bearbeitete für das Amt die Vorlage des "Reichskohlensteuergesetzes" von 1917,⁸⁸ wobei er die Verbindung zu allen im Reichstag vertretenen Parteien intensivier- te und diese Kontakte noch vor dem Antritt seiner Geschäftsführerstellung im "ZddeI" zu einem Vorstoß nutzte, der sich im Interesse der Elektro- Großindustrie gegen eines der Hauptobjekte schwerindustrieller Kriegsziel- politik richtete.

85) Interview von Raumer.

86) Hans von Raumer (1870-1965), nach Sprach- und Jurastudium in Lausanne, Leipzig und Berlin seit 1899 im Verwaltungsdienst, war zeitweilig beim Oberpräsidium in Hannover tätig und bekam dort Einblick in die politischen Strömungen der preußischen "Welfen-Provinz" (Raumer). Das kam ihm zugute als er, 1905-1911, die Funktion eines preußischen Landrats im Kreise Wittlage ausübte. (Interview v.R., Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. II., S. 1481 f.)

87) Seit 1913 Verbandsdirektor des "Bundes der Elektrizitätsversorgungs- unternehmen Deutschlands". Raumer hatte als Landrat die Elektrifizierung von 6 Landkreisen vorangetrieben, dabei Fixpreise vereinbart und mit der Vergabe eines zeitlich knapp befristeten Installationsmonopols an zwei Firmen die Auflage verknüpft, die örtlichen Handwerker für die fällige Übernahme der Installationsleitungen heranzubilden. (Interview v.R.).

88) Das Interesse der E-Werke an dem Gesetz (RKSTG.) war evident. Raumer schlug, zusammen mit Alfred Weber, die vom Gesetzgeber übernommene 20 %ige Belastung des Grubenpreises der Kohle vor und veröffentlichte zu dem RKSTG vom 8.IV.1917 den Gesetzeskommentar. (Interview v.R.; Karl Bräuer, "Kohlensteuer", in: HdSt., 4. Aufl., Bd. 5, S. 772-780.)

Gesteigerte Konfliktbereitschaft: Die Auseinander-
setzungen um den De Wendel-Konzern in der in-
dustriellen Kriegszielpolitik von 1917 / 18 .

Als sich die deutsche Regierung im Frühjahr 1917 im Rahmen von Retorsionsmaßnahmen gegenüber den Alliierten entschloß, die hart an der deutsch-französischen Grenze in Lothringen gelegenen Werkskomplexe Hayingen (Hayange) und Moyoeuvre der Firma "Les petits fils de François de Wendel KG." mit einem Hütten- und Grubenbesitz zu liquidieren, der zum rentabelsten und modernsten der europäischen Schwerindustrie zählte, war es von Raumer, der befand, "daß man die Werke keinesfalls in die Hände des Stahlwerksverbandes fallen lassen dürfe".⁸⁹

- 89) Gesetzliche Grundlage für die Registrierung, Überwachung, Zwangsverwaltung und Liquidation feindlichen Eigentums waren Verordnungen, die auf Grund des Kriegsermächtigungsgesetzes vom 4.8.1914 erlassen wurden. Die Liquidierung französischer Unternehmen regelte die Verordnung vom 14.III.1917, die sich an entsprechende Bestimmungen gegen britische Firmen anlehnte. Vgl. RGBL. 1916, S. 871-874 u. RGBL. 1917, S. 227. - Die Hüttenwerke von Moyoeuvre und die Anlagen in Hayingen bildeten denjenigen in der deutschen Zeit erweiterten und modernisierten Teil des französischen De Wendel-Konzerns, der nach dem Frankfurter Frieden auf deutschem Territorium lag und 1872 in die neue "Les petits fils de François de Wendel KG." eingebracht wurde. Der Werkskomplex: Hochöfen, Stahl- und Walzwerke mit eigener Kohle-, Koks- und Erzbasis beschäftigte 1913 ca. 8000 Arbeitnehmer. Der De Wendel'sche Gesamtkonzern verfügte über ein Viertel (ca. 440 Millionen t.) der für die Verhüttung besonders geschätzten kalkhaltigen Minette-Eisenerzvorrate Lothringens. Er produzierte dank der geringen Gestehungskosten des Minette-Eisenerzes erheblich billiger als Werke an traditionellen binnendeutschen Standorten. (Interview v.R.; Paul Berkenkopf, Die Entwicklung und die Lage der lothringisch-luxemburgischen Groß-Eisenindustrie seit dem Weltkrieg, Jena 1925, S. 5, 11, 19 f., 26 f.). Von der Liquidation betroffen waren 1917 in Lothringen neben de Wendel u.a. auch der überwiegend belgische "Lothringische Hüttenverein Aumetz-Friede", sowie die "Fentscher Hütte-AG." Bei de Wendel lag Firmenbesitz beiderseits der deutsch-französischen Grenze, und der Firmenleiter, François de Wendel (1874-1949), war seit 1914 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer. Er hielt sich über vertrauliche Mitteilungen aus dem Betriebsmanagement über die Verhältnisse in seinen "deutschen" Werken auf dem Laufenden. Vgl. Ferdinand Friedensburg, Kohle und Eisen im Ersten Weltkrieg und in den Friedensschlüssen, München/Bln., 1934, S. 126, 247; Berkenkopf, Die Entwicklung und die Lage..., S. 24. Die Industriellen-Dynastie der De Wendel war seit Beginn des 18. Jahrhunderts führend in der lothringischen Eisenindustrie tätig und stellte mit dem Abgeordneten und späteren "Senator" (1933-1940) François (1874-1949) auch einen der Präsidenten des "Comité des Forges".

Raumer, der bald bemerkte, daß in Verhandlungen, die sich bis in den Sommer 1918 hinzogen, die preußischen Instanzen ebenso wie das Reichswirtschaftsamt unter Frh. v. Stein einer Übernahme von de Wendel durch den Stahlwerksverband zuneigten,⁹⁰ rechnete in dieser Situation realistisch auf Widerstände in Süddeutschland und suchte daher nach Rücksprache mit Walther Rathenau die württembergische und die bayerische Regierung für einen Gegenzug zu gewinnen, den er parlamentarisch über Fühlungenahmen mit dem Zentrum (Erzberger), süddeutschen Linksliberalen (Th. Liesching) und dem rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokraten (G. Noske) absicherte.⁹¹

90) Zur Zwangsverwaltung (Sequestration) und Liquidation französischer Unternehmen und Unternehmensteile war der Reichskanzler im Rahmen von "Kann-Bestimmungen" der vom Bundesrat - vgl. oben, Anm. 89 - erlassenen Verordnungen ermächtigt, deren erste vom 26.XI.1914 datierte (RGBl. 1914, S. 487 ff.). In den Kriegszieldiskussionen um Montanbesitz in Lothringen - vor allem Longwy und Briey - gab es schon 1915 deutsche Wünsche für eine "Privatisierung" von "Feindfirmen", für die die militärische "Schutzverwaltung für die Erzgruben von Longwy und Briey" seit November 1914 errichtet war. Raumer äußerte sich zur Situation von 1917/18, als die de-facto-Liquidation vor dem Abschluß friedensvertraglicher Regelungen erneut stark diskutiert und vor allem vom preußischen Handelsminister v. Sydow und dem Reichswirtschaftsamt unter Frh. v. Stein betrieben wurde. Umstritten blieb dabei die Rolle des Staates in der Montanindustrie. Die Liquidation scheiterte aber am hinhaltenden Widerstand des Auswärtigen Amtes. Im Falle de Wendel, wo der Firmensitz auf deutsch-lothringischem Gebiet lag (Hayingen), fiel die Entscheidung im Sinne der interessierten deutschen Schwerindustrie. Der Hüttenbesitz der Werkskomplexe Hayingen und Moyoeuvre, den die "Berg- und Hüttenverwaltung" als regionale Instanz des "Kriegsamtes" geleitet hatte, fiel zusammen mit 50% der Erzlager der "Les petits fils de François de Wendel-KG" an eine Übernahmegesellschaft, von deren Kapital von 140 Millionen die Firmen Thyssen, Röchling, Klöckner und Dillinger Hütte 45 Millionen einbrachten. Die restlichen Erzlager gingen an ein westfälisches Konsortium; ihre Mächtigkeit wurde auf ca. 350 Millionen t. geschätzt. Vgl. Fischer, Griff..., S. 322, 325 f., 798 ff.; Friedensburg, Kohle und Eisen, S. 112, 115 f., 247; Berkenkopf, Die Entwicklung, S. 24; Max Schlenker, "Das Eisenhüttenwesen in Elsaß-Lothringen", in: ders. (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens 1871-1918, Frkf./M., 1931, S. 169-231, spez. S. 218.

91) Anfragen Raumers hatte v. Stein lange hinhaltend beantwortet, bis Noske Raumer im Frühjahr 1918 telefonisch in den Reichstag bat und ihm mitteilte, er wisse über Oskar Cohn (MdR., MSPD, später USPD) aus dem Sekretariat eines rheinischen Konzerns, daß sich Stein inzwischen definitiv für die Schwerindustrie festgelegt habe. In der unmittelbar folgenden Konfrontation zwischen Raumer und von Stein, leugnete dieser. Noch 1964 wollte sich Raumer an den schließlichen "Sieg" des Elektro-Gegenkonsortiums bei de Wendel erinnern, was freilich der faktischen Entwicklung - vgl. oben, Anm. 90 - widersprach. (Interview v.R.). Theodor

Soweit die Industrie selbst in Frage kam, agierte er auf zwei Ebenen; er verhandelte zunächst mit Peter Klöckner als Vertreter des Stahlwerksverbandes und strebte, als dessen Angebot für eine Beteiligung der Elektro-Seite ungenügend blieb, die Konstituierung eines eigenen Übernahmekonsortiums an, für das als Partner die AEG, Felten & Guillaume und die Firma Mannesmann vorgesehen waren.⁹² Raumers Vorstoß, der die Elektroindustrie an die Verfügung über Teile der lothringischen Groß-Eisenindustrie und vor allem: deren Erzreserven herangeführt hätte, scheiterte indessen an der Übermacht einer Koalition, in der Reichsregierung und Preußen zusammen mit der Schwerindustrie an Rhein, Ruhr und Saar für die Verwirklichung eines Teiles ihrer permanent identischen Kriegsziele im lothringischen Minettegebiet kämpften.⁹³

Raumers Initiative dokumentiert aber selbst in ihrer Erfolglosigkeit noch die politische Breite und Unbefangenheit einer Bündnisstrategie, die den kommenden Geschäftsführer des "ZddeI" schon in der Position zeigt, die dann seine führende Rolle bei der Anbahnung der Politik der "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" in der Wende von 1918/19 ebenso charakterisierte wie begründen half.

Anmerkungübertrag Anm. 91, S. 591

Liesching, (1865-1922, MdR. 1912-1918, Fortschrittliche Volkspartei), vertrat 1917/18 in Berlin kriegswirtschaftliche Interessen der württembergischen Regierung. (Degener, "Wer ist's?", 8. Ausg., 1922, S. 939 f.)

92) Peter Klöckner (1863-1940) leitete seit 1900 den "Lothringischen Hüttenverein Aumetz-Friede", der 1917 als Unternehmen mit starker belgischer Kapitalbeteiligung durch Beschluß der deutschen Aktionäre liquidiert und zusammen mit der von dem Hüttenverein zuvor kontrollierten "Fent-scher Hütte-AG." in die von Peter und Florian Klöckner 1917 als deutsche Gesellschaft neu gegründete "Lothringische Hütten- und Bergwerks-AG., Nivlingen" eingebracht wurde. Das Unternehmen, Kern des nach 1918 trotz der Einbußen in Lothringen weiter expandierenden "Klöckner-Konzerns", erwarb außerdem im April 1918 die Aktien der vordem belgischen "Gewerkschaft Quint" bei Trier und rundete mit der Beteiligung an dem schwerindustriellen de-Wendel-Übernahmekonsortium im letzten Kriegsjahr seinen lothringischen Besitz nochmals ab. Peter Klöckner hatte in Gesprächen mit von Raumer diesem für die Elektro-Seite nur eine Quote von 2% an dem Übernahmekonsortium einräumen wollen. Vgl. Berkenkopf, Die Entwicklung..., S. 24; Interview v.R.; Wilhelm Kosch, Biographisches Staatshandbuch. Lexikon für Politik, Presse und Publizistik, Bd. II., Bern 1963, S. 669.

93) Zur Kontinuität der deutschen Positionen: Fischer, a.a.O., S. 122-125, 322 (1914); 325 (1915); 798 (1917); 799 f. (1918). Zur ökonomischen Bedingtheit: Friedensburg, a.a.O., S. 28, 31, 41-45; Wilhelm Kohlmann u. Heinrich Jahns, "Der Erzbergbau", in: Schlenker, Die wirtschaftliche

Vorbereitung und Einleitung der Politik der
"Zentralarbeitsgemeinschaft" (ZAG).

Nach Raumers eigenen Aussagen ließen ihn die Umstände der Verhandlungen um de Wendel spätestens zu Sommerbeginn 1918 erkennen, "daß der Krieg von Deutschland nicht mehr gewonnen werden kann".⁹⁴ Gedeckt von der Zustimmung der in dieser Frage allerdings noch optimistischeren Industriellen Carl Friedrich von Siemens, Walther Rathenau und Anton von Rieppel,⁹⁵ begann Raumer daher schon im Juli 1918 seine bisher eher losen Kontakte und gelegentlichen Unterhaltungen mit Repräsentanten der Freien Gewerkschaften⁹⁶ durch eine planvollere Gesprächsstrategie zu ersetzen,⁹⁷ in der es vor allem darum ging, Gewerkschaften und Arbeitgeber in eine im privatwirt-

Anmerkungsübertrag Anm. 93, S. 592

Entwicklung Elsaß-Lothringens..., S. 53-84, spez. S. 73 ff.

94) Interview v.R.

95) In dem Interview betonte v. Raumer, daß Siemens und Rathenau im Juli 1918 noch nicht wie er selbst an die bevorstehende Niederlage glauben mochten. (Interview v.R.)

96) Unterhaltungen, die v. Raumer bereits Ende 1917 mit Gewerkschaftlern, u.a. zum Thema Kriegslage und Kriegsziele geführt hatte, blieben relativ folgenlos. (Hans von Raumer, "Die Zentralarbeitsgemeinschaft", in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 102-117, speziell S. 106).

97) Als Mittelsmann aktualisierte im Juli 1918 August Müller diese älteren Verbindungen. Müller, ein Vertreter des rechten Flügels der Mehrheitssozialdemokratie, gehörte als Gewerkschaftler und Präsident der Konsumgenossenschaften seit 1916 zum Vorstand des Kriegsernährungsamtes, wurde dort im August 1917 Unterstaatssekretär und hatte sich zwischen Mai und Oktober 1917 mehrfach mit Hugo Stinnes getroffen, der damals für die gewerkschaftliche Unterstützung des schwerindustriellen Kriegszieles Longwy/Briey bereit schien, eine "Neuorientierung" des Verhältnisses zu den Gewerkschaften anzubieten. Die Zusammenkünfte angebahnt hatte der Nationalökonom Hermann Schuhmacher, Gesprächspartner Müllers in der "Deutschen Gesellschaft von 1914" bei dem Thema: Gewerkschaften und Demobilmachung. Zu Beginn, Verlauf und Bedingungsrahmen der Gespräche zwischen v. Raumer und Gewerkschaftsvertretern ab Juli 1918: Raumer, Zentralarbeitsgemeinschaft, S. 106 f.; Feldman, German Business between War and Revolution, S. 323 ff. F. bezeichnet, ebda., S. 325, C.F. v. Siemens, W. Rathenau und v. Rieppel als "moderate men", für Rieppel eine recht schmeichelnde Charakterisierung. Kommentierte Quellenbelege, vor allem aus dem Nachlaß Otto Henrich (= SAA 11/Lg 736), - auch zur Berichtigung einzelner Fehldatierungen bei v. Raumer - in: Feldman, The Origins of the Stinnes-Legien Agreement, S. 49 ff., 63-69, 80-85. Henrich war 1908-1918 Mitglied und ab Dezember 1919 Vorsitzender des Vorstandes der Siemens-Schuckertwerke-GmbH.

schaftlichen Sinne optimale Organisation und Abwicklung der kommenden Demobilmachung und der Übergangsphase von der Kriegs- zur Friedensproduktion einzubinden.⁹⁸

Von den Gesprächen und Unterhandlungen, die durch die Raumersche Initiative seit Sommer 1918 mitausgelöst wurden, und die, von den Revolutionstagen im November kaum unterbrochen,⁹⁹ in den Abschluß des Arbeitsgemeinschaftsabkommens zwischen Gewerkschaftlern und Arbeitgebern vom 15. November einmünden sollten,¹⁰⁰ sind hier nur einige Charakteristika zu verzeichnen.

Die Sequenz der Berliner Verhandlungen und Beratungen folgt der sich verschlechternden innen- und außenpolitischen Lage. So fällt auch der Beginn ihrer entscheidenden Phase, - zeitgleich mit dem anlaufenden Notenwechsel zwischen Wilson und der deutschen Regierung unter Max von Baden - auf die Aussprache, die von Raumer mit Carl Legien, Gustav Bauer, Alexander Schlicke und August Müller am 2. Oktober in dessen Berliner Wohnung führte.¹⁰¹ Die Abfolge der Treffen verdichtet sich darauf erheblich in der dritten Oktoberdekade.¹⁰² Am 5. November erreichen die Verhandlungen mit

98) Knapper Überblick über früheres und aktuelleres Schrifttum bei Feldman, German Business, S. 314 ff. u. ders., The Origins, S. 45 ff.

99) Raumer, Zentralarbeitsgemeinschaft, S. 110.

100) Reichsanzeiger, 18.XI.1918, Nr. 273.

101) Brief Raumer an C.F. v. Siemens, 8.X.1918 (SAA 11/Lg 736), abgedruckt bei Feldman, Origins, S. 49 f. Carl Legien (1861-1920), 1890-1918 Vorsitzender der Generalkommission der Freien Gewerkschaften; Gustav Bauer (1870-1944), seit 1908 zweiter Vorsitzender der Generalkommission Alexander Schlicke (1863-1940), 1895-1919 Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

102) 20.X.: Otto Henrich (SSW) plädiert vor dem "Verein Deutscher Ingenieure" in Berlin dafür, Demobilmachung und eventuell notwendige letzte Verteidigungsanstrengungen durch einen umfassend zu bevollmächtigenden und von einem Privatunternehmer gelenkten "Wirtschaftsstab" organisieren zu lassen; 21.X.: Vorbereitung des Gesprächs mit den Gewerkschaften am 22.X. durch E. v. Borsig, Felix Deutsch/AEG, C.F. v. Siemens und Hans v. Raumer; 21.X.: Hugo Stinnes will den Henrich'schen "Wirtschaftsstab" durch eine Initiative der Gewerkschaften berufen lassen; 24.X.: Vertreter der westlichen Schwerindustrie, u.a. Hugo Stinnes und Hugenberg, der Elektroindustrie: Henrich, Deutsch, C.F. v. Siemens, A.v. Rieppel/MAN, bzw. SSW, und des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ("Gesamtmetall"), sowie der Nordwestdeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ("Nordwestliche Gruppe" benennen Sprecher für die Verhandlungen mit den Gewerkschaften; 26.X.: "Gesamtmetall" und "Nordwestliche Gruppe" beraten - z.T. zusammen mit Gewerkschaftsvertretern - über Konzessionen an die Arbeiterorganisa-

der Bestätigung des Plans zur Errichtung eines von Arbeitgebern und Gewerkschaften organisatorisch abzustützenden, selbständigen Reichsdemobilmachungsamtes¹⁰³ "mit fast diktatorischen Befugnissen" (v. Raumer) unter der Leitung des als industriezugewandt geltenden Oberstleutnants J. Koeth¹⁰⁴ einen Durchbruch, der - nach eiligen Vorstellungen Raumers in der Reichskanzlei - noch am 7. November amtlich gutgeheißen,¹⁰⁵ einer von den Industriellen bekämpften "bürokratischen" Lösung der Demobilmachungsfrage in der Kompetenz des Reichswirtschaftsamtes nur um Stunden,¹⁰⁶ dem unmittelbar drohenden politischen Umsturz aber nur um Tagesfrist zuvorkam und mit seiner gewerkschaftlich-industriell sanktionierten Regelung Verlauf und Weite der Revolution und damit eines möglichen poli-

Anmerkungsübertrag Anm. 102, S. 594

tionen; 30.X.: v. Raumer, Henrich und Legien einigen sich über Aufbau und Funktionen eines selbständigen Reichsdemobilmachungsamtes. Quellen: Feldman, Origins, S. 51, 64 ff., 66 f., 68-76 f. (Henrich an Stinnes, 21.X.1918, Anlage; Raumer an C.F. v. Siemens, 17.X.1918; Aktennotiz Henrich, 22.X.1918; Raumer an Henrich, 24.X.1918; Sitzungsprotokolle "Gesamtmetall", bzw. "Nordwestliche Gruppe" vom 26.X.1918; Raumer an C.F. v. Siemens, 30.X.1918).

- 103) Bereits am 30.X. konnten sich Carl Legien, Hans von Raumer und Otto Henrich grundsätzlich über den Aufbau und die Funktionen des Amtes einigen. Der Entwurf vom 30.X. lautet u.a.: "Die Demobilmachungsbehörde wird gebildet aus einem Staatssekretär als Vorsitzendem, sowie aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in paritätischer Zusammensetzung von den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer präsentiert werden". (Feldman, Origins, S. 63, 76 f.).
- 104) Ebda., S. 82, Raumer an Rieppel, 16.XI. Joseph Koeth (1870-1936) hatte im April 1915 Wather Rathenau in der Leitung der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums abgelöst; er behielt seine Funktion bei als das Amt 1916 dem "Kriegsamt" eingegliedert wurde. Rathenau hatte K. bereits am 9.X.1918 dem preußischen Kriegsminister Scheüch als fähigsten Kandidaten für die Besetzung eines "Reichsverteidigungsamtes" vorgeschlagen, das wirtschaftliche und militärische Verteidigung straffen sollte. (Rathenau, Briefe. Neue Folge, Dresden 1928, S. 168).
- 105) Bei Feldman, Business, S. 333 - in Anlehnung an Raumer, Zentralarbeitsgemeinschaft, S. 109 - schon auf den 3.XI. datiert. Der bei Feldman, Origins, S. 82 ff., abgedruckte Brief Raumers an Rieppel vom 16.XI. legt Raumers ersten Vorstoß bei Vizekanzler v. Payer auf den 6.XI.1918.
- 106) "Es war höchste Eile geboten, da am 7. November der Bundesrat die von uns für unzumutbar erachtete Verordnung beschließen sollte". (Raumer an Rieppel, 16.XI.1918, Feldman, ebda.)

tisch-ökonomischen Neubeginns einschneidend zu präjudizieren vermochte.¹⁰⁷

Der Verhandlungsstand des 5./7. November schloß aber auch bereits Über-einkommen zu weiteren Punkten ein.^{107a} Das materielle Gesamtergebnis der 12-Punktevereinbarung, mit der Arbeitgeber und Gewerkschaften unter dem 15. November die "Zentralarbeitsgemeinschaft" (ZAG) proklamieren konnten, war indessen erst erreicht, als sich die Industriellen nach dem 9. November zur modifizierten Anerkennung des 8-Studentages bereitfanden, um der seit dem 9.XI. veränderten politischen Kräftekonstellation Rechnung zu tragen.¹⁰⁸

Bedingt und begünstigt wurde dieser Abschluß, dessen Anbahnung und Durchsetzung zugleich einen bedeutenden Anfangserfolg der Berliner Elektro-Großindustrie in der deutschen Nachkriegspolitik darstellt, u.a. durch eine Verhandlungsführung, welche die Position der Elektroindustrie von Anbeginn an stark aufwertete.

107) Als "Erlaß des Rates der Volksbeauftragten für die wirtschaftliche Demobilisierung" im Reichsgesetzblatt am 12.XI.1918 veröffentlicht. (Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart 1966, S. 7. Zur Gesamtwertung: Feldman, Origins, S. 47: "... aimed at nothing more or less than control of socioeconomic policy ... and the subordination of the "Reichswirtschaftsamt" and the government bureaucracy".)

107a) Raumer konnte schon am 6.XI. darüber informieren, daß die "Verhandlungen ... erfolgreich geführt worden sind und jetzt vor ihrem Abschluß" stünden (Raumer an Rieppel 6.XI., Anlage, abgedr. bei Feldman, Origins, S. 80). Zugunsten der Gewerkschaften gelöst war prinzipiell auch die Frage der "Gelben": Nichtbeteiligung an der ZAG und Ende ihrer Bevorzugung durch die Arbeitgeber. Sollten sie in Halbjahresfrist noch als Organisationen bestehen, konnte über ihre eventuelle nachträgliche Beteiligung beraten werden. Für diese Formel hatte sich v. Raumer eingesetzt. Sie war Ergebnis seines Treffens mit Legien am 2.XI. und wurde am 5.XI. in größerem Kreise (Raumer, Stinnes, Vögler, Henrich, Rathenau und Vertreter der Richtungsgewerkschaften) angenommen. Widerstand in der Gruppe bei dem "moderate man" (Feldman) Rieppel. Vgl. Feldman, a.a.O., S. 77-80: Raumer am 2.XI. an Stinnes und Jacob Reichert, Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, an H. Wilh. Beukenberg/Phönix AG. am 16.XI.

108) Raumer, Zentralarbeitsgemeinschaft, S. 110; Interview v.R.

Berlin war im Oktober/November zwar nicht das einzige Zentrum gewerkschaftlich-industrieller Kontakte, doch blieben die Berliner Gespräche, ungeachtet der zeitweiligen Parallelität von Verhandlungen, die über den Zechenverband, bzw. die nordwestliche Gruppe des "Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" (VdEst.) im Westen liefen, letztlich ausschlaggebend.¹⁰⁹ Dabei war die Zahl der in Berlin faktisch Unterhandelnden gering und beschränkte sich auf eine mehrheitlich von Vertretern der Elektroindustrie bestimmten Industriellengruppierung, in der neben Hans von Raumer noch Carl Friedrich von Siemens und Otto Henrich für den Siemens-Konzern, Walther Rathenau und Felix Deutsch für die AEG., sowie Anton von Rieppel und Ernst v. Borsig die Gespräche direkt oder mittelbar zu beeinflussen vermochten.¹¹⁰ Hugo Stinnes, von Berlin unterrichtet und mehrfach konsultiert,¹¹¹ unterstützte die Gruppierung zusätzlich, indem er Etappen und Ziele der Verhandlungen mit den industriell-gewerkschaftlichen Beratungen im Westen koordinierte und den Berliner Kontakten die primär politische Aufgabe übertrug, dafür zu sorgen, daß die privatwirtschaftlich wünschbare Demobilmachungslösung von den Gewerkschaften akzeptiert und in eigener Regie vorangetrieben werde.¹¹² Mit von Raumer stand Stinnes so an der Spitze jener "sieben Industriellen, welche" - wie es Raumer aperçuhaft sagt - "die ganze Sache über den Kopf nahmen und in einem 'Staatsstreich'" vorbei an zögernden Berufskollegen und "zuständigen"

109) Gegenüber den im Westen beherrschenden "bread- and-butter-issues" der gewerkschaftlich-industriellen Verhandlungen Konzentration in Berlin auf den "truly political" (Feldman) Abschluß in der Demobilmachungsfrage und ihre Lösung im Rahmen einer paritätisch aufgebauten Arbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Unternehmern. (Feldman, Origins, S. 47).

110) Rieppel wurde von Raumer mehrfach konsultiert und unterrichtet. Er nahm an einzelnen Berliner Besprechungen teil; Borsig vertrat "Gesamtmittel" bei den Gesprächen. Vgl. Feldman, Origins, S. 50 und 68 f.

111) Zu den Kontakten zwischen Raumer und Stinnes: Feldman, ebda., S. 47 u. ders., Business, S. 326.

112) Am 20.X. hatte Henrich Stinnes für die Führung ("Wirtschaftsdiktator") des künftigen "Wirtschaftsstabes" vorgeschlagen. Vgl. Feldman, Origins, S. 63-67 u. ders., Business, S. 329. "Stinnes" war ... der Ansicht, daß der Weg über die Gewerkschaften zu gehen habe und daß die Verhandlungen ... hier eingeleitet werden müssen". (Henrich an Vögler am 22.X. zur Besprechung mit Stinnes am 21.X.'18, Feldman, Origins, S. 67).

Verbandsapparaten durch den schnellen Abschluß der ZAG zwingende, vollendete Tatsachen schufen.¹¹³

Instrumentalisierung der ZAG zum Umbau der industriellen Spitzenverbände 1918/19

Die Situation brachte allerdings auch die handelnden Industriellen in Zugzwang.

Schon nach der Grundsatzvereinbarung zu Aufbau und Funktionen des Demobilisierungsamtes stellte sich ihnen nämlich die Frage, ob es angesichts der Unbeweglichkeit der älteren Spitzenverbände nicht geboten war, das für das Amt, bzw. die ZAG entwickelte industrielle Repräsentationsschema, das Industrie- und Gewerkschaftsvertreter nach Fachgruppen zu einzelnen "Arbeitsgemeinschaften" paritätisch zusammensetzte und deren Delegierte zu einem "Zentralausschuß" vereinte, als Kern für eine neue, einheitliche und schlagkräftige industrielle Zentralorganisation zu nutzen.¹¹⁴

113) Raumer, Zentralarbeitsgemeinschaft, S. 111; Interview v.R.: "Die Schwerindustrie hat mir das nie verziehen!" Sie habe 1930 mit Emil Gg.v.Stauß ("Deutsche Bank") einen Platz für Raumer (DVP-MdR. 1920-1930, Wahlkrs. Bln.) auf der DVP-Reichsliste verhindert, über die Stauß dann selbst in den Reichstag einzog (DVP-MdR. 1930/32). Kennzeichnend Raumer's Bitte vom 23.XII.'29 an Wolf Dietrich v. Witzleben (Siemens-Konzern), seinen "völlig ausgehungerten Berliner Wahlkreis" zu subventionieren. "Die Könige der Finanz und Industrie" gäben - anders als bei ihm - Siegfried v. Kardorff (DVP-MdR. 1920-1932) im benachbarten Potsdamer Wahlkreis z. Zt. "jeden Betrag ... obgleich K. soviel von Wirtschaft versteht, wie ich von Augenheilkunde ..." (SAA. 4/Lf 646, Kuratorium f.d. Wiederaufbau d. dtn. Wirtschaftslebens, I.). Schon 1930 förderte Stauß, auch parlamentarisch, die NSDAP. Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, I., München 1972, S. 210. Gossweiler, Großbanken ..., S. 216, 391; Czichon, Wer verhalf ...?, S. 20, 59. Die Finanzlage der DVP war 1929/30 desolat; entsprechende zahlreiche Bittbriefe in SAA. 4/Lf 670, Polit. Parteien. Die Schwerindustrie torpedierte 1930 v. Raumer's Versuch, die ZAG im Rahmen der Brüning'schen Politik neu zu beleben. (Brüning, Memoiren I., S. 186 f.; Preller, Sozialpolitik, S. 415.

114) Vgl. "Grundzüge für die Satzungen der Arbeitsgemeinschaft", Anlage Schreiben Raumer an Rieppel, 16.XI.'18 (Feldman, Origins, S. 83 f.). Zur definitiven Struktur u. Arbeit des Amtes: Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution 1918-1919, Düsseldorf 1965, S. 70-81.

Die Berliner Industriellengruppe zeigte sich dabei rasch entschlossen. Als Raumer am 8.XI. erfuhr, die Vorsitzenden von CDI und "Bund der Industriellen" (BdI.), Max Roetger und Heinrich Friedrichs, seien in der Reichskanzlei gegen das industriell-gewerkschaftliche Grundsatzabkommen in der Demobilmachungfrage vorstellig geworden, forderten Raumer und Stinnes Roetger im Namen der "Siebenergruppe" ultimatativ auf, bis zum folgenden Tage zu revozieren.¹¹⁵ Als Roetger sich dem entzog, berichtete Raumer dann am 16.XI. Anton von Rieppel:

"Wir alle sind nicht gewillt, uns weiter der Führung des Herrn Roetger anzuvertrauen. Wir sind ferner der Ansicht, daß der /1916 von CDI, Bund der Industriellen und Chemieverein gegründete und seither weithin untätige, deutsche (HMB.)/ Industrierat /in dessen Namen Roetger und Friedrichs protestiert hatten (HMB.)/ unter den heutigen Verhältnissen nicht weiter lebensfähig ist. Wir glauben vielmehr, daß die Zukunft der industriellen Organisation liegen wird im Ausbau der Arbeitsgemeinschaft ... Die Arbeitgeberhälfte der Arbeitsgemeinschaft ist m.E. der zukünftige Zentralverband der deutschen Industrie".¹¹⁶

Bei dieser Zielprojektion, die die Elektro-Großindustrie mit in die Lage versetzte, dem CDI die Existenzfrage zu stellen, und die verbandspolitisch das Ergebnis der über Stinnes kurzgeschlossenen Verbindung zwischen Elektro-, Maschinenbau- und westlicher Schwerindustrie verkörperte,¹¹⁷ wurde die Arbeitsgemeinschaft funktional zum wichtigsten Werkzeug der beginnenden Umbildung der industriellen Spitzenverbände im Winter 1918/19.¹¹⁸

Zum aktuell politischen kam damit der organisationsbezogene Wert der frühen Mitsprache in der ZAG: war die kommende zentrale Spitzenorganisation schon de facto in der Struktur der ZAG angelegt, so ließen sich Politik und Profil des künftigen Industrieverbands nur dann maßgeblich beein-

- 115) Außer den oben, S. 597 Genannten protestierte auch der beteiligte Albert Vögler, Generaldir. der "Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG." in Bochum. Feldman, a.a.O., S. 83.
- 116) Feldman, ebda. Unterstreichungen: HMB. Zum "Deutschen Industrierat": Hellmut Bauer, "Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie - Die industriellen Organisationen im Ersten Weltkrieg", in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 74-97, spez. S. 85. Stegmann, Hugenberg contra Stresemann, S. 366-369, 371.
- 117) Die Politik der ZAG wurde nach den Ermittlungen von Feldman mittelbar auch von der Groß-Chemie getragen. Vgl. Feldman, Origins, S. 45, Anm. 3. Für die Chemie unterzeichnet hatte das ZAG-Abkommen der Berliner Arbeitgeberverband der chem. Industrie.

flussen, wenn die Elektroindustrie auch die weitere Konsolidierung der ZAG nach dem 15. November 1918 dicht und prägend begleitete. Als Erfolg zählte dabei nicht nur die ziffernmäßige Vertretung, die der Industriezweig in den Führungsgremien der ZAG gewann,¹¹⁹ sondern vor allem der Beginn und die Dauer, sowie die Funktion seiner Präsenz. Denn Führungsmandate, die in die Zeit der ersten politischen Profilierung, in die Zeit der Einübung des prozeduralen Auftretens, des Arbeitsstils und der Selbstdarstellung der ZAG im Winter und Frühjahr 1918/19 fielen, bedeuteten zugleich die Teilhabe an den Weichenstellungen, die Struktur und Politik der ZAG mit der Gründung des "Reichsverbandes der deutschen Industrie" zwischen Februar und April 1919 verzahnten.¹²⁰

Wie Zusammensetzung und Arbeit der ersten, noch provisorisch konstituierten und tagenden Führungsorgane der ZAG belegen, war das Vorgehen der Elektroindustrie unter diesem Gesichtspunkt recht planvoll und konsequent.¹²¹

In dem am frühesten - am 26.XI.1918 - gebildeten Lenkungsorgan der ZAG, im "vorläufigen Zentralaussschuß" (VZA) stellten die großen Berliner

- 118) Die für die ZAG charakteristische Gliederung nach dem Fachverbands-, bzw. Industriegruppenprinzip hatte der CDI, freilich mit der Absicht der Mediatisierung der Fachgruppen durch die CDI-Geschäftsführung, für einzelne Industriezweige bereits seit 1916 eingeführt. Vgl. Helga Nußbaum, "Zentralverband Deutscher Industrieller" in: Fricke (Hrsg.), Die Bürgerlichen Parteien, Bd. II., S. 850-871, spez. S. 867, und Stegmann, Hugenberg..., S. 370.
- 119) Auf Ziffernbelege wird in der Folge verzichtet. Hinweise auf den Anteil der Elektroindustrie bei Werner Richter, "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" in: Fricke, Bürgerliche Parteien, II., S. 845-849, spez. S. 847.
- 120) Exakt ließe sich von einem "Gründungsprozeß" der Unterhandlungen und Beratungen zwischen 3.II. und 12.IV.1919 (= konstituierende Gründungsversammlung in Berlin) sprechen. Zu den Daten: Fritz Günther u. Manfred Ohlsen, "Reichsverband der Deutschen Industrie", in: Fricke, Bürgerliche Parteien, II., S. 580-619, spez. S. 582.
- 121) In dem Betrachtungszeitraum (Nov. 1918-Dezember 1919) entstanden der "vorläufige Zentralaussschuß" der ZAG (26.XI.1918), der sich bereits am 4.XII.1918 zum "vorläufigen Zentralvorstand" der ZAG erklärt. Die Ausbildung endgültiger, satzungsgemäßer Leitungsorgane verzögert sich bis Ende 1919. Im Dezember 1919 erst tritt der "Zentralaussschuß" in definitiver, satzungsgemäßer Besetzung erstmalig zusammen, und der aus der Versammlung hervorgehende "Zentralvorstand" löst den vorläufigen ZV. ab. (Richter, Zentralarbeitsgemeinschaft, a.a.O., S. 846 f.).

Elektro-Häuser bereits mit Otto Henrich (SSW.) für die Arbeitgeber den zweiten Vorsitzenden.¹²² In dieser Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden wurde Henrich erneut bestätigt - und damit zugleich in der Führungshierarchie angehoben - als sich der VZA eine Woche später, am 4. Dezember 1918, kraft Selbsternennung und "in seiner jetzigen Zusammensetzung" zum "vorläufigen Zentralvorstand" (VZV) der Arbeitsgemeinschaft erklärte.¹²³

Zusammen mit Henrich war Hans von Raumer in den vorläufigen Zentralvorstand (VZV) aufgerückt.¹²⁴ Er hatte dort, wie zuvor im VZA, neben Jacob Reichert ("Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller") und Fritz Tänzler ("Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" √VdAV.√), als Exponent des "Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie" (ZddeI) den Status eines beratenden Mitglieds erhalten, und die Begründung, die den drei Verbandsgeschäftsführern im VZA Sitz und Stimme einräumte, galt für den VZV fort: "... damit diese Herren, d e n e n z.T. die Vorbereitung der Sitzungen

122) 18 Gewerkschafts- und Industrievertreter der Organisationen, die der ZAG beigetreten waren, beschlossen am 19.XI.1918, der Zentralausschuß der ZAG sei "zunächst" aus den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden zu bilden, "welche das √ZAG-√ Abkommen unterzeichnet haben". Ein "Gründungsbonus" auch für die Berliner Elektro-Großindustrie, die am 19.XI. mit Henrich und von Raumer vertreten war. (SAA. 4 Lf/539, Arbeitsgemeinschaft, Protokoll 19.XI.1918, S. 2, zit.: "ZAG-Prot."). Die Besetzung des VZA der ZAG für die Arbeitgeber mit Kommerzienrat Avellis (Verein deutscher Tuch- u. Wollwarenfabrikanten), E. v. Borsig (Fa. A. Borsig, Bln., "Gesamtmittel"), F. Burgers (Gelsenkirchener Bergwerks-AG., Nordwestdeutsche Gruppe VdEst.), O. Henrich (SSW., ZddeI), E. Hilger (Vereinigte Königs- und Laurahütte, Oberschlesischer berg- und hüttenmännischer Verein Kattowitz), K. Sorge (Krupp-Grusonwerke, Magdeburg, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) und mit den Magdeburger Handwerksvertretern Behrens und Plate wurde auf einem Treffen im engsten Kreis (Borsig, Burgers, Henrich, Jacob Reichert/VdEst, Carl Legien) - ein zweiter "Gründungsbonus" in Berlin - am 23.XI.1918 im Berliner Siemenshaus entschieden. (SAA. 4 Lf/539, "Aufzeichnung über eine am 23.XI.1918 im Siemenshaus abgehaltene Besprechung"; festgehalten hier das Legien-Dictum: "Bei Erörterungen über die Unruhen in Berlin erklärte Legien in aller Gemütsruhe: 'Die Berliner waren immer verrückt!'). Konstituierende Sitzung des VZA: SAA. 4 Lf/539, ZAG-Prot. 26.XI.1918.

123) SAA. 4/Lf 359, ZAG-Prot. 4.XII.1918, S. 1. Erster Vorsitzender des VZA wurde für die Arbeitgeber E. v. Borsig. An der Sitzung nahmen Otto Henrich und C.F. v. Siemens teil.

124) Beschluß auf der VZA-Sitzung vom 4.XII.1918. (Ebda.).

o b l i e g t, die zur Ausführung der Beschlüsse des Zentralausschusses notwendigen Mitteilungen an ihre Verbände ergehen lassen können".¹²⁵ Weitreichender noch war aber die Entscheidung des VZA, die Raumer und Carl Legien die Ausarbeitung der Satzung der ZAG übertrug.¹²⁶ Denn dieses Mandat bot Raumer die Chance, einen Teil seiner Vorstellungen zur Neuordnung der Spitzenverbände direkt in die ZAG-Satzung festzuschreiben. Die Umbildung von CDI und BdI konnte damit zur statutarisch fixierten Notwendigkeit werden, nachdem der VZV in seiner ersten, konstituierenden Sitzung am 4. Dezember 1918 den Raumer-Legienschen Satzungsentwurf einhellig angenommen hatte.¹²⁷

125) SAA. 4 Lf/539, ZAG.-Prot. 26.XI.1918, S. 2; Sperrung: HMB. Tänzler war 1913-1926 Geschäftsführer der VdAV; Reichert hatte die Geschäftsführung beim VdEST bereits 1912 übernommen.

126) SAA. 4 Lf/539, ZAG.-Prot. 26.XI.1918, S. 3; exakt betraf Raumers Auftrag die Ausarbeitung einer Satzung des "Zentralausschusses" der ZAG. Für ihn schuf er eine "vorläufige Satzung", die manches noch ungeklärt beließ, wie etwa den Abstimmungsmodus im VZV, in dem man sich noch im Januar 1919 von Sitzung zu Sitzung über das Stimmverfahren zu einigen hatte. (SAA. 4 Lf/359, ZAG.-Prot. 7.I.1919, S. 2). Die Raumer-Legiensche Satzung vom 4.XII.1918 läßt sich insoweit nicht generell als die "ZAG-Satzung" (so Richter, Zentralarbeitsgemeinschaft, a.a.O., S. 846) apostrophieren.

127) SAA. 4 Lf/539, ZAG.-Prot. 4.XII.1918, S. 2. Zur Übereinstimmung des Raumer-Legienschen Entwurfs mit der Struktur des "Reichsverbandes der Deutschen Industrie" (RDI): Richter, Zentralarbeitsgemeinschaft, S. 846; Max Metzner, "Der Reichsverband der Deutschen Industrie - Gründung und organisatorischer Aufbau", in: Weg zum Spitzenverband, S. 118-138; Abdruck der RDI-Satzung ebda., S. 139-143. Eine Revision der vorläufigen Satzung vom 4.XII.1918 lag nicht im Interesse der Elektroindustrie. Aber auch Tänzler widersprach für die VdAV. am 16.I.1919 einem aus dem Umkreis der westlichen Schwerindustrie eingebrachten Antrag "auf Änderung der Satzung vom 4.XII." Man wehrte ihn durch die Einsetzung einer - untätig bleibenden - Kommission (Avellis, Henrich, Sorge, Borsig) ab. Ende Februar noch zögerte Henrich Sitzungen der "Satzungsänderungskommission" mit dem Hinweis weiter hinaus, zunächst müsse die Organisation des RDI abgeschlossen sein. Endlich erhielt das ZAG-Büro am 3.IV.1919, eine Woche vor der Gründung des RDI in Berlin (12.IV.), in einer VZV.-Sitzung, die von Henrich selbst geleitet wurde, "den Auftrag, Herrn Dir. Henrich um baldigen Zusammenruf der Kommission zu ersuchen". Zwei Monate später folgt der Beschluß, die Kommission um Tänzler, Reichert und von Raumer "zu ergänzen", was wohl hieß: zur Arbeit zu bringen! (SAA. 4 Lf/539, ZAG-Protokolle vom 16.I.1919, S. 2; vom 25.II.1919, S. 4; 3.IV.1919, S. 10; 3.VI.1919, S. 7). Henrich nutzte hier für die Elektroindustrie die Raumersche vorläufige ZAG-Satzung als Gegengewicht zu der seit Februar spürbaren Gemeinschaftsstrategie von CDI- und BdI-Leitung, denen es gelang, den Einfluß von Elektrotechnik, Maschinenbau und

Daß die ZAG auf dem Fundament ihrer Satzung vom 4.XII.1918 die Entfaltung und Optionsfreiheit der Verbände nicht nur potentiell, sondern bis in die Wirklichkeit zwischenverbandlicher Verhandlungen hinein einengte, wurde vor allem bei Teilen des BdI freilich erst spät wahrgenommen. Als sich im Februar 1919 Annäherungs- und Vereinigungsbemühungen zwischen BdI und CDI konkretisierten,¹²⁸ stellten daher viele der Verbandsdelegierten erst bei den Verhandlungen fest, daß die Existenz der ZAG ihre Beratungen unaufhebbar präjudizierte,¹²⁹ und daß abgesprochenes Vorgehen der Verbandsleitungen¹³⁰ nicht mehr ein frei auszuhandelndes Bündnis,¹³¹

Anmerkungsübertrag Anm. 127, S. 602

Chemie auf die Besetzung des Präsidiums im künftigen RDI erheblich zu reduzieren. Vgl. dazu Friedrich Zunkel, "Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie", in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 2, Düsseldorf 1977, S. 637-647, spez. S. 640-645.

- 128) Gemeinschaftstreffen CDI/BdI 2./4.II. Jena. Vgl. Jacob Herle, "Erinnerungen an die Zentralverbände", in: Weg zum Spitzenverband, S. 273-287, spez. S. 285.
- 129) Der Zeiss-Direktor Max Fischer, BdI-Vorstandsmitglied, berichtete am 5.II.1919 dem Vorsitzenden des mit dem BdI kooperierenden "Württembergischen Industriellenverbands" Robert Bosch, er, Fischer, habe "erst in der Versammlung" in Jena am 3.II. erfahren, "daß die Arbeitsgemeinschaft ... den Hauptanstoß f. d. Frage der Verschmelzung der beiden Verbände" bilde. (Bosch-Archiv, ungeordneter Bestand zur Biographie v. Robert Bosch). Zum Verhältnis des württembergischen Verbands zum BdI und der Position von R. Bosch: Hans-Peter Ullmann, Der Bund der Industriellen-Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895-1914, Göttingen 1976, S. 57 ff., 77 ff., 304 f. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21). Der Bericht Max Fischers ist enthalten im Anlagenteil, vgl. unten, S. 653-656.
- 130) Vgl. Zunkel, Industriegruppen, a.a.O., S. 639; vgl. auch unten, S. 604, Anm. 132.
- 131) Nach Jena eingeladen hatten CDI, BdI und Deutscher Industrierat. Als Tagesordnungspunkte fungierten: "Schaffung einer einheitlichen Industrievertretung durch Zusammenschluß des CDI und des BdI", sowie Stellungnahme zur ZAG. (Herle, "Erinnerungen ...", S. 285; Günther u. Ohlsen, "Reichsverband ...", S. 582).

sondern nur noch einen Zusammenschluß umfassendster Art zuzulassen schien,¹³² dessen anstehende Realisierung im "Reichsverband der Deutschen Industrie" vielfach wie eine Liquidation empfunden werden konnte.¹³³ Proteste richteten sich daher nicht so sehr gegen die Vernunft einer Politik der Verbandsverschmelzung, als vielmehr gegen die in der Ausgestaltung der ZAG begründete Schrittmacherfunktion und Vorstrukturierung der verbandspolitischen Neuschöpfung des RDI. Noch auf dem Einigungstreffen von CDI und BdI am 2./4. Februar 1919 wurde deshalb beim BdI "die Arbeitsgemeinschaft, wie sie in der Sitzung des vorläufigen Zentralvorstandes [√ZV der ZAG, HMB,] am 4. Dezember 1918 beschlossen worden ist ... einstimmig abgelehnt".¹³⁴

In dieser Formulierung galt die Ablehnung mit der Position, die sich die Elektroindustrie in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der

132) Auf der getrennten Versammlung des BdI am 3.II.1919 in Jena war "von ... Dr. Herle [BdI-Geschäftsführer, HMB,] ... ein Entwurf für einen organischen Aufbau der deutschen Industrieorganisation vorgelegt worden, dessen Tragweite im ersten Moment nicht klar war. Erst aus der Diskussion stellte sich allmählich heraus, daß es sich nicht nur um den Zusammenschluß der beiden Verbände, sondern um eine Neugründung ... den Reichsverband der Deutschen Industrie handeln sollte, dessen Pfeiler zunächst jene beiden Verbände bilden sollten, und zu dem der Zutritt der elektrischen Industrie, der chemischen Industrie, der bisher überhaupt nicht organisierten Industrien ... geplant war". (Max Fischer am 5.II.1919 an Robert Bosch, Bosch-Archiv, a.a.O.).

133) Während des CDI/BdI-Einigungstreffens in Jena protestierten gegen die "überstürzte Zusammenschweißung", wurden aber später in einer BdI-Vorstandssitzung überstimmt und verzichteten dann auf der Abschlußvollversammlung von CDI/BdI auf Bekanntgabe ihres Protestes: der Verband südwestdeutscher Industrieller, der Württembergische Industriellenverband (durch Robert Bosch) und die BdI-Vorstandsmitglieder Max Fischer und Karl Gg. Zöphel. (Fischer an Bosch, a.a.O.). Zum Spektrum des späteren Protestes beim BdI: H.-P. Ullmann, Bund der Industriellen, S. 233; Feldman, Business, S. 329 f.; Stegmann, Hugenberg..., S. 376 ff.

134) Fischer an Bosch, a.a.O. Beim BdI setzten sich in Jena als Befürworter der ZAG-Satzung von 4.XII.1918 Borsig, Sorge und Hugenberg gegen die Kritik bei Avellis und dem Berliner Papierindustriellen Hans Kraemer durch. Fischer, ebda.

ZAG bis zum Jahresende 1918/19 geschaffen hatte.¹³⁵ Es war indessen eine Position, die - was den protestierenden Verbandsdelegierten entging - die Elektroindustrie, und mit ihr Maschinenbau und Chemie, auch schon im Vorfeld der RDI-Gründung seit Januar/Februar 1919 gegenüber den erfolgreich taktierenden Verbandsspitzen von CDI und BdI wieder schrittweise verloren,¹³⁶ sodaß, als das RDI-Präsidium erstmalig am 12.IV.1919 in Berlin zusammentrat, Elektroindustrie, Maschinenbau und Chemie im Vergleich zur Textil- und Schwerindustrie nur schwach vertreten waren.¹³⁷

- 135) Nach Raumers Beiträgen zur industriell-gewerkschaftlichen Grundsatz-einigung in der Demobilmachungsfrage vom 30.X., bzw. 5.XI.1918 und der mit Theodor Leipart geteilten Arbeit an der Formulierung des 12-Punkte-Übereinkommens zum Abschluß der ZAG vom 12./15.XI.1918, so-wie der Raumer-Legienschen Gemeinschaftsleistung bei der ZAG-Satzung vom 4.XII.1918 hatte Raumer insgesamt dreimal grundlegende Konzep-tionen der ZAG zu bestimmen vermocht. (Feldman, Origins, S. 76 f., 80 ff.) Symptomatisches Beiwerk: Heinrichs Auftrag "für die Zwecke der ZAG" Quartier zu besorgen - Tagungsort ist mehrfach das Berli-ner Siemenshaus; Raumers Mission, die Verbindung zum Reichsschatz-amt für die ZAG herzustellen u. zu betreuen, sowie für die ZAG auf Arbeitgeberseite Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenz) zu leisten. (SAA. 4 Lf/539, ZAG.-Protokolle vom 26.XI.1918, S. 3; 19.XII.1918, S. 4; 3.I.1919, S. 2).
- 136) Im wesentlichen Ergebnis zwischenverbandlicher Absprachen führender Vertreter der Verbandsbürokratien. Vgl. Zunkel, Industriegruppen, S. 640 f. Schon in Jena hatte Max Fischer das - richtige! - "unan-genehm empfundene" Gefühl, "daß man nichts getan hatte, die Verhand-lungen für den BdI-HMB Vorstand und die Mitglieder gehörig vor-zubereiten und daß man unter allen Umständen zu einer Entschließung kommen wollte, wofür nachträglich die Unterlagen gesucht werden". (Fischer an Bosch, a.a.O.).
- 137) Dem wichtigsten Lenkungsorgan des CDI, dem 13köpfigen Präsidium des CDI-Vorstandes, gehörte für die Elektroindustrie nur C.F. v. Siemens an; mittelbar ist dazu noch Robert Bosch zü zählen. Kandidaten, die für den Präsidialvorsitz aus dem Umkreis der Elektro-Großindustrie kamen (zunächst Stinnes, dann C.F. von Siemens) unterlagen. K. Sorge wurde 1. Vorsitzender, Abraham Frowein aus Elberfeld 1. stellv. Vor-sitzender des Präsidiums; C.F. v. Siemens erreichte nur die Position des 2. stellv. Vorsitzenden. Erfolglos auch die Vorschläge dieser Seite für die Auswahl des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes (Eugen Schiffer, bzw. August Müller). Gewählt wurde Walther Simons. Die von Zunkel für die Zusammensetzung des Präsidiums vom 12.IV.1919 konstatierte Isolierung der Elektroindustrie läßt sich relativieren. Unter den Mitgliedern des Präsidiums, die aus der Schwerindustrie kamen, hatten zwei: Sorge und Hugenberg die ZAG-Verfassung vom 4.XII. 1918 verteidigt - vgl. oben, Anm. 134. Und bei Hugo Stinnes zeigte sich, daß die Bindung an die ZAG-Politik der Elektroindustrie viel stärker als die Industriezweigangehörigkeit auf das innerverbandli-che Verhalten durchschlug: Stinnes war vorübergehend Kandidat der

Das Ergebnis des Engagements der Elektroindustrie in der ZAG wird man gleichwohl nicht nur von diesem vorläufigen verbandspolitischen Fazit aus werten können.¹³⁸ Denn allgemein übertraf in der ZAG die Tragweite erster Initiativen die Bedeutung der Arbeit der späteren Monate.¹³⁹ Für die Elektroindustrie aber zählte sie vor allem während dieser Initialphase zu den entscheidenden "Ressourcen", die es ermöglichten, politische Konzeptionen des Industriezweiges praktisch werden zu lassen. Die Teilhabe am Abschluß und an der Tätigkeit der ZAG, belegt von ersten Gewerkschaftskontakten bis hin zur Formulierung von Grundsatzeinigungen und Satzungsbestimmungen und greifbar bei der Vorbereitung von Sitzungen und der vorläufigen Quartiergewährung im Berliner Siemenshaus,¹⁴⁰ führte dazu, daß die Berliner Elektro-Konzerne, soweit es anfänglich

Anmerkungübertrag Anm. 137, S. 605

Elektroindustrie für den Posten des CDI-Präsidialvorsitzenden; er unterstützte bei der Wahl des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes einen Vorschlag von Felix Deutsch und votierte dann - allerdings erneut vergeblich - mit C.F. v. Siemens für August Müller. Robert Bosch unterstützte im November/Dezember den von Walther Rathenau und anderen Vertretern der Berliner Elektro-Großindustrie geförderten Plan zur Gründung eines parteiübergreifenden "Demokratischen Volksbundes". Diese Fakten machen es schwer, die Präsidialmitgliedschaften im Sinne Zunkels vornehmlich am Parameter der Verbandsherkunft bzw. der Industriezweigzugehörigkeit zu verorten. Vgl. Zunkel, Industriegruppen, S. 641-645; Max Metzner, "Der Reichsverband", S. 131 (Auflistung der Präsidialmitglieder); Briefwechsel Robert Bosch - Demokratischer Volksbund Berlin, bzw. Walther Rathenau vom 14.XI.1918, 21.XI.1918, 27.XI.1918 und 12.XII. und 16.XII. 1918 (Bosch-Archiv, ungeordneter Bestand zur Biographie von R. Bosch; Walther Rathenau, Briefe. Neue Folge, S. 177 f.). Korrigierend zu den Thesen Zunkels die Wertungen bei D. Stegmann, Hugenberg..., S. 376 ff.

138) Zum späteren Wandel des RDI-Führungsprofils: Stegmann, a.a.O., S. 378.

139) Konkretisiert an der Arbeit des durch die ZAG durchgesetzten Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung bei Gerald D. Feldman, "Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der Deutschen Demobilmachung 1918/19", in: Industrielles System und politische Entwicklung..., S. 618-636 und, ebda., S. 732 ff., Diskussionsbeiträge von Feldman, Zunkel, Rürup, Albertin und Stegmann. Kennzeichnend die häufigeren Absagen von ZAG-Vorstandsterminen und Ausfall einzelner Besprechungen wegen mangelhafter Beteiligung. (SAA. 4 Lf/539, Arbeitsgemeinschaft: Notizen auf Einladungsschreiben August 1919-März 1922).

140) Siehe oben, S. 605, Anm. 135.

den Kompetenzen der ZAG entsprach,¹⁴¹ Beschäftigungs-, Sozial- und Handelspolitik vorzuentcheiden vermochten;¹⁴² daß sie, gestützt auf die Gewerkschaften, in Lohn- und Arbeitszeitpolitik präsent blieben,¹⁴³ Ausstandsbewegungen und den frühen Betriebsräten erfolgreich entgegen-treten,¹⁴⁴ und schließlich auch das industrielle Mitspracheverlangen bei Reparations- und Friedensfragen als gewerkschaftlich-industrielles Gemeinschaftsverlangen begründen konnten.¹⁴⁵

-
- 141) Bedingt durch die staatliche Sanktion der ZAG, das postrevolutionäre Machtvakuum bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung und den gewerkschaftlich-industriellen "Solidarprotektionismus" (Feldman) in der ZAG-Politik. Vgl. E.R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 771 f.; Industrielles System..., S. 733 f.; Diskussionsbeiträge Rürup, Zunkel; Feldman, Origins, S. 46.
- 142) SAA. 4 Lf/539, ZAG.-Prot. 4.XII.1918, S. 3: Arbeitskräfteverteilung auf Bergbau, Landwirtschaft und Industrie; ZAG.-Prot. 9.VII.1919, S. 5: Produktionssteigerungen im Bergbau; ZAG.-Prot. 13.XII.1918, S. 1: Einstellung, Entlassung und Entlohnung von Arbeitern während der wirtschaftlichen Demobilisierung. ZAG-Protokolle vom 19.III.1919, S. 8 f., vom 3.V.1919, S. 8, vom 17.VII.1919, S. 1 ff., vom 7.VIII.1919, S. 2 f., vom 28.VIII.1919, S. 1-5: Beratungen und Beschlüsse zu Fragen der Binnen- und Außenhandelsorganisation.
- 143) SAA. 4 Lf/539, Aufzeichnung über eine am 23.XI.1918 im Siemenshaus abgehaltene Besprechung, S. 1: Akkordarbeit, Arbeitszeitverkürzung; Ebda., ZAG.-Prot. vom 13.XII.1918, S. 1: Einstellung, Entlohnung, Entlassungen; ZAG.-Prot. vom 25.II.1919, Arbeitsverhältnisse in der ehemaligen Rüstungsindustrie in Spandau.
- 144) Ebda., ZAG.-Prot. vom 9.VII.1919, S. 4: Bergarbeiterstreiks; Ebda., Aufzeichnung... 23.XI.1918, S. 1: Legien gegen Errichtung von Angestelltenräten; ZAG.-Prot. vom 26.XI.1918, Legien gegen Betriebsräte; Ebda., vertrauliches Protokoll über die Aussprache von Vertretern des ZV der ZAG mit Staatssekretär Joseph Koeth am 24.II.1919, S. 2 ff.: Legien gegen die Beteiligung von Arbeiter- und Betriebsräten bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen und ihren Einfluß in das von Koeth vorgeschlagene Netz territorialer Arbeitskammern.
- 145) Ebda., ZAG.-Protokolle vom 7. u. 22.VIII.1919, S. 3, bzw. 7: Beteiligung von ZAG.-Vertretern an Regelungen zum Wiederaufbau in Nordfrankreich; ZAG.-Protokolle vom 19.XII.1918, S. 2 f.; und 16.I.1919, S. 2, sowie vom 27.I.1919, S. 1: Benennung von ZAG.-Delegierten für Waffenstillstands-, bzw. Friedensverhandlungen; darunter: Hugo Stinnes, Felix Deutsch (AEG), A. Vögler.

Industrielle "Sammlungspolitik"
im Zeichen der "ZAG" und Neube-
ginn der "Parteienarbeit" seit
Winter 1918/19.

Ein gescheiterter Ansatz: Der "Demokratische Volksbund".

Führend war schließlich die Berliner Elektro-Großindustrie an dem Versuch beteiligt, die politischen Kräfte, die die ZAG stützten, in einer parteiübergreifenden Sammelbewegung zu organisieren. Dazu waren nach einer entsprechenden Initiative Walther Rathenaus u.a. rechte Sozialdemokraten wie Konrad Haenisch und der Vermittler der die ZAG vorbereitenden industriellen Gewerkschaftskontakte, August Müller, bereit; aber auch Sprecher der christlichen Gewerkschaften, sowie Exponenten des National-, Sozial- und Linksliberalismus und Industrielle wie C.F. von Siemens, Felix Deutsch, Robert Bosch, Anton von Rieppel und Hugo Stinnes. Die Industriellen vereinigten sich mit den Gewerkschaftsvertretern, bürgerlichen Politikern, Publizisten und Gelehrten zu dem am 16. November im Berliner Flugverbandshaus konstituierten "Demokratischen Volksbund".¹⁴⁶

Der "Demokratische Volksbund" nahm Rathenaus Sammlungsparolen einer Politik der "levée en masse" für die Zeit der Demobilisierung wieder auf¹⁴⁷ und

146) Ausführlicher: Hans Martin Barth, "Der Demokratische Volksbund - Zu den Anfängen des politischen Engagements der Unternehmer der Berliner Elektro-Großindustrie im November 1918" in: JGMO., 16/17, 1968, S. 254-266. Kritisch dazu: Stegmann, Hugenberg, S. 374. St. bemängelt das Übersehen der Kontinuitätslinie zwischen Rathenaus "Partei der Freiheit" vom Okt. 1918 und dem DVB, sowie früherer Ansätze. Er ließ den Hinweis des Verfassers, a.a.O., S. 260 außer acht. In der Tat ist der Großteil der Zeichner des Gründungsaufrufs des DVB identisch mit dem Anhängerstamm der früheren "Freien Vaterländischen Vereinigung" und des "Volksbundes für Freiheit und Vaterland".

147) Zunächst entwickelt in Rathenaus Zeitungsbeitrag "Ein dunkler Tag" (7.X.1918); aufgegriffen und erläutert in den beiden Anschreiben an den preußischen Kriegsminister Scheuch vom 9., bzw. 15.X.1918. Vgl. Harry Graf Kessler, Walther Rathenau, S. 265 ff.; W. Rathenau, Briefe. Neue Folge, S. 166-174. Daß dieser Gedanke Rathenaus auch unter den Gewerkschaftsführern (Hue) verbreitet war, betont zu Recht Feldman, Origins, S. 47: "R.'s famous article ... had more of a context than standard historical accounts suggest". Entsprechende Äußerungen von Carl Legien auch schon bei Meinecke, Straßburg..., S. 270. Diesem Zusammenhang ordnet sich ein auch die vom Siemens-Direktor Otto Hen-

erhielt programmatisch den Auftrag, gegenüber der "Diktatur" des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin das "Bürgertum zu einen", um

"die Ordnung und die Ruhe, die organische Zukunft, die Freiheit und die wahrhafte Größe unseres Landes"

zu garantieren.¹⁴⁸ Der Bund war kurzlebig. Er zerfiel, als noch während

Anmerkungsübertrag zu Anm. 147, S. 608

rich propagierte Schaffung eines zivilen "Wirtschaftsstabes" mit der Doppelfunktion der Organisierung notwendigen "letzten" Widerstands und der Vorbereitung der wirtschaftlichen Demobilisierung. Vgl. Feldman, ebda., S. 64 ff. Rathenau konnte später darauf hinweisen, daß sein Appell trotz des kritischen Echos sinnvoll gewesen sei, da man - wenn auch ohne levée en masse - durch die Verlängerung der Kämpfe um 4 Wochen entscheidende Zeit gewonnen habe. (Rathenau, Briefe, Bd. II, Dresden 1926, S. 77, R. am 21.XI.1918 an Dr. A. Holitscher, Berlin). Der gewerkschaftlichen Bereitschaft zur "levée en masse" entsprechen auf bürgerlicher Seite die Oktoberaufzeichnungen des liberalen Oberbürgermeisters von Schöneberg und Protagonisten der Groß-Berliner Bestrebungen im Weltkrieg, Alexander Dominicus:

7.X.1918: Abends in der d. Ges. /Deutschen Gesellschaft von 1914/ Rededuell W. Rathenau / Pachnicke. R. malt (mit R. /echt/) Bitte um Waffenstillstand als Zeichen großer Schwäche; verlangt Zuziehung der Konservativen zur Vermeidung des Zwists Regierung/Off/iziers-/korps. P. meint, diese Ausschaltung war nötig, damit das Ausland n./icht/ unseren Willen d./er/ Demokratisierung bezweifle.

9.X.1918: /Die Antwort Wilsons auf das deutsche Waffenstillstandsgesuch/ "... verlangt Räumung, macht uns wehrlos, und doch wird unsere Regierung darauf eingehen! Vielleicht glaubt sie, es zu müssen nach der (unvorsichtigen?) Erklärung der O.H.L.! Rathenau in Mittwochsges/ellschaft/ ist. a./nderer/ A./nsicht/, glaubt an die Möglichkeit, der Aufstellung von 1 1/2 Millionen Menschen (?), meint, Ludendorff sei nervös, ganz zusammengebrochen...

16.X.1918: Ich hoffe auf die levée en masse, obwohl dies als hoffnungslos bezeichnet wird". (= Dominicus-Tagebuch, 3. Heft). Zur - nationalliberal inspirierten - "Mittwochsgesellschaft": Weidmüller, Berliner Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 40 f.; Blandyna Meißner, "Mittwochsgesellschaft (Bassermann-Stein)" in: Fricke, Bürgerliche Parteien II., S. 335 ff.

148) Walther Rathenau, "Rede in der Versammlung zur Schaffung eines Demokratischen Volksbundes - 16. November 1918", in: ders., Gesammelte Reden, Bln. 1924, S. 30-38, zit. S. 38.

der Initialphase der ZAG die bürgerlichen Parteien, situativ angepaßt, neu erstanden;¹⁴⁹ er verkörperte mit seiner leerformelhaften Programmatik und komplexen politischen Struktur das Element der gegenrevolutionären Sammlungspolitik,¹⁵⁰ das auch für den industriell-gewerkschaftlichen "Solidarprotektionismus" (Feldman)^{150a} der ZAG allgemein charakteristisch war.^{150b}

Elektroindustrie und Parteienarbeit zwischen Novemberrevolution und Ende der Republik: Entwürfe und Wirklichkeit.

Während der "Demokratische Volksbund" (DVB) der nach- und gegenrevolutionären bürgerlichen Sammlungspolitik wohl Parolen lieferte, diese aber nicht in Tagespolitik umsetzte, wurde in den Bemühungen, mit denen sich Vertreter der Berliner Elektro-Großindustrie nach dem Scheitern des DVB-Experimentes in den Neugruppierungsprozeß der bür-

- 149) Differenzen zwischen Rathenau, C.F. v. Siemens und E. v. Borsig über die Weiterführung des DVB vor der Auflösung des DVB am 26.XI.1918: Schreiben C.F. v. Siemens an W. Rathenau vom 25.XI.1918. (SAA./Briefsammlung Heintzenberg, I., S. 139-141). Zur Absicht, den DVB radikaler zu fundieren: Kessler, a.a.O., S. 268 ff.; Th. Heuß, Robert Bosch, S. 332 f.
- 150) Während der Streikserie des Novembers 1918 meinte C.F. v. Siemens: "Der einzige Rettungsanker, den wir haben, ist das Generalabkommen... [= die ZAG, HMB.7]. Wir arbeiten in engster Fühlungsnahe mit den Gewerkschaften ..." Zugleich wird jegliche parteipolitische Festlegung noch abgelehnt: "Ich stehe vorläufig rein auf dem S a m m l u n g s b o d e n". (Briefsammlung Heintzenberg I., S. 143 ff., am 27.XI.'18 an Geheimrat Petri und Zuschrift vom 1.XII.1918, [Sperrung= HMB.7]).
- 150a) Feldman, Origins, S. 46.
- 150b) Der vorausgegangenen innerindustriellen "Sammlung" zu Bekämpfung einer von Kriegswirtschaft und Rathenauschen Gedankengut befürchteten "staatssozialistischen Hochflut" (Hansabund) hatte sich der Siemens-Konzern schon im Februar 1918 angeschlossen. Wilhelm von Siemens unterstützte dabei, trotz früherer Bedenken gegen die "Einseitigkeit" dieser Organisation den "Hansabund". (SAA. 4/Lk 196-199, Hansabund am 11.I.'18 an SSW. und Vermerk von Wilhelm v. Siemens vom 13.II.1918).

gerlichen Parteien einschalteten, ein Konzept industrieller Parteienarbeit praktisch, das die Position der Berliner Elektro-Großindustrie erneut nachhaltig aufzuwerten versprach.

Anders als bei der Politik der Zentralarbeitsgemeinschaft entstammten hier Einsatz und erste Ziele nicht dem Kalkül einer vorbedachten "Counterrevolution before the Revolution" (Feldman),¹⁵¹ sondern gingen aus einem raschen Lernprozeß, aus der unmittelbaren Anschauung und nahen Erfahrung der Etappen der Berliner Novemberrevolution hervor. Sie waren pragmatischer als der pathosbesetzte Ansatz Rathenaus im "Demokratischen Volksbund"; denn hier wurden bestehende Parteien nicht dem organisatorischen und programmatischen Konkurrenzdruck einer eigenständigen Neugründung ausgesetzt. Die Beweggründe des industriellen Engagements aber blieben identisch: Das Weitertreiben der Revolution sollte durch vorgezogene Wahlen in Reich, Staat und Kommune abgefangen und schon bei den ersten Wahlbewegungen eine möglichst weitgehende Einigung des politischen Bürgertums erreicht werden.

In Berlin widmete sich dieser Aufgabe bereits seit Ende November eine kleinere Gruppe von 10 Industriellen. Unter ihnen war mit Carl Friedrich von Siemens, Felix Deutsch, Dr. Cassirer, Dr. Max Levy und Direktor Carl Schaller, die Elektro-Industrie besonders stark vertreten.¹⁵² Beteiligt

151) Feldman, Business, S. 338, bezogen auf "Government control of the economy ..." In der Folge werden Grundzüge der nachrevolutionären Parteienarbeit nur summarisch geschildert. Zu Art, Umfang und Ergebnissen dieser Arbeit vor allem bei den liberalen Parteien in den Anfangsjahren der Weimarer Republik vgl. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik - Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 167-195. Zum Gesamtkomplex der Parteienarbeit der Elektro-Großindustrie in der Weimarer Zeit hofft der Verfasser demnächst eine eigenständige Publikation vorlegen zu können.

152) Aufzählung in dem Bericht von C.F.v.Siemens über Gründung und Arbeit des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" vor Vertretern der Berliner Unternehmerschaft am 4.II.1919 in der Berliner Handelskammer (SAA. 4/Lf 646, Kuratorium ..., I.). Gründung des Kuratoriums bei Albertin, Liberalismus ..., S. 170, "zweite Dezemberhälfte"; in SAA. 4/Lf 646, Kuratorium ..., Korrespondenz A-J aber auch Hinweis auf "Ende November 1918". (Brief des Kur. an Dir. Hellwig, Chem Fabrik Max Elb, Dresden, 12.II.1919). Quellen in der Folge zitiert: SAA. Kur., bzw. SAA. ..., Kur., Korr. Die industrielle Präsenz der Elektroindustrie betraf neben dem Siemens-

waren ferner die chemische Industrie,¹⁵³ sowie der Berliner Maschinenbau¹⁵⁴ und der Großhandel.¹⁵⁵

Auf Anregung von Carl Friedrich und Wilhelms von Siemens hatten sich diese Unternehmer zu einem Kontakt- und Förderkreis zusammengeschlossen, der sich als "Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" (KfW) im Dezember 1918 in die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung einschaltete und dazu die Verbindung zu bürgerlichen Parteien, zu Frauenverbänden und konfessionellen Organisationen aufnahm.¹⁵⁶ Dabei gelang es dem Kuratorium (KfW), über eine auftragengebundene Subventionierung dieser Parteien und Verbände,¹⁵⁷ die sich z. T. bereits in der - allerdings noch improvisierenden und nicht erzwingbaren - Aufstellung einzelner "Industriekandidaturen" und der Entsendung von Vertrauensleuten des KfW in Ausschüsse und Vorstände der Parteien nachschlug,¹⁵⁸ Positionen der Arbeitgeber bereits in die frühen nachrevolution-

Anmerkungsübertrag zu Anm. 152, S. 611

Konzern und der AEG die Firmen Dr. Cassirer & Co. AG., Bln., Kabelindustrie, die Dr. Max Levy GmbH., Bln., elektr. Maschinen und Apparate und, vertreten von Carl Schaller, die Julius Pintsch-AG., Bln., Glühlampenproduktion, Gastechnik.

153) Dr. Otto Frentzel, Chemische Fabriken Kunheim & Co., Bln., Dir. Sali Segall, Rütterswerke-AG, Bln., Teerchemie.

154) Ernst von Borsig, Maschinenbau und Produktions- und Interessenspektrum im Montanbereich.

155) Eduard Arnhold (Caesar Wollheim, Bln., Kohlenhandel, Bergbau, Gasindustrie, Binnenschifffahrt), Dr. Ellstaedter (Rawack & Grünfeld-AG., Bln. Charlottenburg, Erzhandel, Großaktionär der Hochofenwerke Lübeck-AG.; beide Firmen nach 1933 durch die "Mitteldeutschen Stahlwerke" 'arisiert'. Vgl. Thieleke, Karl-Heinz, "Die 'Arisierungen' des Flick-Konzerns", in: ders. u. Drobisch, Klaus, Fall 5. Anklageplädoyer, Ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses. Bln./DDR., 1965, S. 353-467, 480-501, spez. S. 377, 380 f., 481).

156) C.F.v.Siemens, Rede vom 4.II.1919 vor der Berliner Handelskammer. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I.).

157) Vor der Wahl zur Nationalversammlung am 19.I.1919 hatte das Kuratorium kontaktiert und finanziell unterstützt: die DDP mit 1.000.000 M., die DVP und DNVP mit je 500.000 M., die DDP-Frauengruppe, bzw. Frauenabteilung der DDP mit insgesamt 60.000 M.; den katholischen Frauenbund und die Vereinigung evangelischer Frauenverbände, sowie den Ausschuß deutscher Frauenverbände mit je 50.000 M.; den deutschen Frauenbund mit 10.000 M. und den "Christlichen Soldatenbund" mit 5.000 M. Nicht berücksichtigt wurde das Zentrum. (SAA. 4/Lf 646, Kur., Korrr., K - Z, Aufstellung).

158) Auflagen und Selbstverpflichtungen der subventionierten Parteien wurde in Schriftform ausgetauscht. So KfW am 4.I.1919 an den DDP-Vorstand in Berlin: Bindungen gemäß KfW-DDP-Gespräch vom 31.XII.1918. Vereinbart war die Kooptierung des KfW-Vorstandsmitgliedes Eduard Arnhold

nären Programmdiskussionen der bürgerlichen Parteien einzubringen und diesen Einfluß mit der Zeit zu verstärken.¹⁵⁹

Materiell beruhte der Erfolg dieses Vorstoßes in die Parteienpolitik auf einem für die Aufrüstung und Mobilisierung der Parteien verfügbaren Spendenaufkommen, dessen Höhe C.F.v.Siemens Anfang Januar 1919 optimistisch allein für die Leistungen der Berliner Wirtschaft auf "mindestens 5 Millionen" veranschlagte.¹⁶⁰ Der Betrag und die Aktionen, die

Anmerkungsübertrag zu Anm. 158), S. 612

in den DDP-Finanzausschuß und die Möglichkeit, die KfW-Mittel auf einzelne vom KfW zu benennende Wahlkreise zu konzentrieren. Am 4.I.1919 bittet das KfW den DVP-Vorstand um Auskünfte "über Kandidaturen und sonstige Verhältnisse in den Wahlkreisen". Ausbedungen war die Kooptierung eines KfW-Vorstandsmitgliedes in den provisorischen Ausschuß der DVP, bzw. den späteren Parteivorstand. Die Auflage bestätigte Prof. Leidig dem KfW für die DVP am 5.I.1919. Für die DNVP. versprach am 10.I.1919 Friedrich von Winterfeld, in Preußen und im Reich die vom KfW. gewünschten Kandidaturen "gern zu berücksichtigen". (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. A-J u., ebda., K - Z). Vgl. auch unten, Anlagen, S.672f. Im unkorrigierten Redetext von C.F.v.Siemens zu der Rede vor der Handelskammer vom 4.II.1919 heißt es: "Sie die Parteien, HMB, haben sich ... bereit erklärt, in die Parteivorstände von uns zu präsentierende Mitglieder aufzunehmen ..." (SAA. 4/Lf 646, Kur. I.).

159) Erfolgreich vor allem bei der in der Funktion des linksbürgerlichen Scharniers zur Sozialdemokratie ausschlaggebenden Deutschen Demokratischen Partei (DDP); vor allem dank zahlreicher personeller Verbindungen zwischen KfW und DDP. U.a. gehörte auch C.F.v.Siemens schon seit Dezember 1918 dem provisorischen DDP-Vorstand an. Zur DDP zählten auch die KfW-Vorstandsmitglieder Dr. Hugo Cassirer und Dir. Sali Segall. Zum Druck des KfW auf die DDP in der Frage der Sozialisierung und des Betriebsrätegesetzes, sowie den Verbindungen: KfW-DDP vgl. auch Albertin, Liberalismus ..., S. 171 f., 179-184. Der angesichts ihrer prekären Finanzlage stark von Spenden abhängigen Partei wurde in diesem Zusammenhang u.a. im Oktober 1919 mit dem Entzug aller Mittel seitens des KfW und dem Austritt von KfW-Mitgliedern und anderen Industriellen aus der Partei gedroht. Die entsprechenden Briefwechsel in: SAA. 4/Lf 646, Kur., Korr. A-J u. Korr. K-Z, C.F.v.Siemens am 16.IX.1919 an Hjalmar Schacht; Schacht am 17.IX. an Siemens; Dr. Hugo Cassirer am 13.X.1919 an Dr. Otto Frentzel; Dir. Henrich, SSW., am 15.X. an Cassirer; Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Gothein, polit. u. privater Briefwechsel S-So., 1908-1939, Nr. 30, Bl. 27: Schacht an Gothein, 11.XI.1919.

160) C.F.v.Siemens am 4.I.1919 an Geheimrat Petri, Nürnberg. (Briefsammlung Heintzenberg I., S. 148 f.). Tatsächlich verfügbar waren aus diesen Quellen aber nur etwas mehr als 3 Millionen, von denen zur Vorbereitung der Wahl 2.225.500 M. verteilt wurden. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Aufstellung Ende Februar 1919; ebda., Kur., Korr., K-Z).

zu seiner Aufbringung erforderlich waren, galten Siemens, wie vielen anderen Industriellen dieser Tage, als "Versicherungsprämie", welche "die Industrie leisten muß, um die Sozialisierung usf. zu verhindern".¹⁶¹

Neben dieser formelhaften Absichtserklärung, auf die sich Handel, Banken und Industrie im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung vergleichsweise rasch und unschwer einigen konnten, bestanden aber bei den Initiatoren des beeindruckenden Spendenfeldzuges des Berliner KfW offensichtlich auch recht spezifische Vorstellungen über mögliche Aufgaben und Chancen einer auf Dauer hin entworfenen Arbeit des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens", auf die in der Folge noch kurz zu verweisen ist.

Schon am 2. Januar 1919 hatte C.F.v.Siemens in einer Zuschrift, die den Direktor der Nürnberger Siemens-Schuckert-Werke, F. Zickermann, zu einer Kandidatur für die Nationalversammlung ermutigen sollte,¹⁶² solche weitergehenden Pläne des Kuratoriums angedeutet und im einzelnen erklärt:

"Die Fertigindustrie hat in der Vergangenheit unzweifelhaft den großen Fehler begangen, daß sie sich um die Politik nicht gekümmert hat. Wir haben in Berlin aus diesem Grunde eine Bewegung eingeleitet, die zwar zur Nationalversammlung nicht sehr viel wird leisten können, aber später für die Reichstagswahlen darauf Bedacht nehmen muß, daß Leute des deutschen Wirtschaftslebens in die gesetzgebenden Versammlungen kommen".¹⁶³

161) Beträge, die Banken, Handel und Industrie zur Bekämpfung des Weiter-treibens der Revolution ausgaben, wurden damals auch von Hugo Stinnes als "Versicherungsprämie" der deutschen Wirtschaft apostrophiert. Vgl. Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 46-49. Für die eigenen Unternehmen wollte C.F.v.Siemens freilich im Januar 1919 keineswegs an die drohende Gefahr einer Sozialisierung glauben: "... diesen Gedanken haben sicherlich die vernünftigen und einsichtsvollen Sozialdemokraten auch nicht, aber wenn durch Experimente auf diesem Gebiete eine Unruhe und eine Kredituntergrabung eintritt, so werden wir in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen werden ..." (C.F.v.Siemens am 4.I.1919 an Geheimrat Petri, Nürnberg, Briefsammlung Heintzenberg I., S. 148 f.).

162) Zur Siemens-Karriere des ehemaligen Mathematiklehrers Friedrich Zickermann (1858-1930) vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 368.

163) Schreiben C.F.v.Siemens an Zickermann vom 2.I.1919, Briefsammlung Heintzenberg I., S. 146, Sperrung: HMB.

Mit diesem politischen Lerneifer stand Siemens nicht allein.¹⁶⁴ Auch Arthur von Gwinner, der sich als Vorstandsmitglied der "Deutschen Bank" im Januar 1919 unter den Abgeordneten der Nationalversammlung nach geeigneten Interessenvertretern für Bank- und Industriebelange umsah, drückte sich ähnlich aus und meinte:¹⁶⁵

"Wir hätten alle selbst mehr in die Parlamente gehen müssen, namentlich aber hätten wir geeignete, verständige Männer suchen, finden und notfalls unterstützen müssen, um die uns anvertrauten großen Interessen in der Gesetzgebung zu vertreten, zu schützen und zu fördern".¹⁶⁸

Im Winter 1918/19 war das freilich zunächst noch wenig mehr als die Beschwörung von oft zitierten Vorkriegsformeln Stresemanns zur Politisierung der deutschen Unternehmerschaft.¹⁶⁷ Das Eingeständnis politischer

164) Zur zeitweiligen, taktisch bedingten politischen Abstinenz der Schwerindustrie nach dem 9.XI.1918 vgl. Feldman, Business, S. 336 f.

165) Arthur von Gwinner, 1894-1919 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Brief vom 1.II.1919 an C.F.v.Siemens. (SAA. 4/Lf 549, Korr. C.F.v.Siemens betr. Aufsichtsräte 1914-1941). Zur Karriere v. Gwinners: Helfferich, Gg.v.Siemens, II., S. 126, 267, 271 u., ebda., III., S. 5, 135, 380; Seidenzahl, "100 Jahre Deutsche Bank", passim. Gwinner verwandte sich bei C.F.v.Siemens dafür, Erich Koch-Weser, DDP-Mitglied der Nationalversammlung und Oberbürgermeister der Stadt Kassel, mit einem AR-Mandat im Siemens-Konzern materiell für seine politische Laufbahn abzusichern. Der Bankier empfahl Koch, weil sich dieser bereits während der Verhandlungen im preußischen Herren- und Abgeordnetenhaus bei der preußischen Wahlrechtsfrage als Politiker des Kompromisses bewährt habe. Beim Siemens-Konzern bestanden gegenüber diesem Vorschlag keine grundsätzlichen Bedenken. (SAA. 4/Lf 540, handschriftliche Notiz v. Wilhelm v. Siemens, 2.II.1919). Koch-Weser war zwischen Oktober 1919 und Mai 1921 Reichsinnenminister in vier Kabinetten; 1924-1930 war er DDP-Parteivorsitzender. Um bürgerliche Positionen während der Novemberrevolution zu halten, hatte von Gwinner bereits am 9.XI.1918 "mit einigen seiner Freunde" den als Nachfolger des demissionierenden Staatssekretärs Graf Rödern vorgeschlagenen Eugen Schiffer "himmelhoch" gebeten, "die Nachfolge" /Röderns im Reichsschatzamt, HMB./ anzunehmen, da ich der Einzige sei, der die finanztechnischen und politischen Zügel in der Hand habe und handhaben könne". (Nachlaß Schiffer, 1., Bl. 187).

166) Zitiertes Gwinner-Schreiben vom 1.II.1919.

167) Stresemann appellierte an die Industriellen, "selbst die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen". (G. Stresemann, "Industrie und Hansabund" in: Veröffentlichungen des Verbandes sächs. Industrieller, H. 13, Dresden 1911, S. 246-252, speziell S. 249, zitiert nach H.P. Ullmann, Der Bund der Industriellen, S. 139, 339.).

Versümnisse und die improvisierte Stützung der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung schufen noch kein präziseres Programm oder die erforderliche organisatorische Grundlage, auf der eine künftige umfassende oder industriezweigspezifische Parteienarbeit der Berliner Wirtschaftler hätte aufbauen können.

Für diese Aufgaben war die Berliner Elektro-Großindustrie auch trotz ihrer Anfangserfolge in der ZAG-Politik kaum ausreichend vorbereitet. Ihr fehlten parteipolitische Routine und Erfahrungswissen und - vor allem - der für jede kontinuierliche Parteienarbeit unverzichtbare "Apparat" zur ständigen Kontaktierung, Beratung und gezielten und kontrollierten finanziellen Alimentierung einzelner Parteien.

Dennoch begannen hier Unternehmer Parteienarbeit nicht mit leeren Händen. Gesellschaftlich, gesellig, nach ihrer Gesinnung und ihren materiellen Interessen waren sie eng in das noch zum großen Teil von Honoratioren beherrschte Leben der bürgerlichen Parteien eingebunden.¹⁶⁸ Und im Herbst und Winter 1918/19 brachten sie dort als wichtigsten Einstand eine angesichts der latent und schließlich offen revolutionären Situation augenscheinlich leicht mobilisierbare unternehmerische Solidarität ein, die sich nicht nur für die Parteien in materiellen Zuwendungen niederschlug: auf die Parteienarbeit zielte nur ein Teil der von den Arbeitgebern gemeinschaftlich aufzubringenden antirevolutionären "Versicherungsprämie"; denn die improvisierte industrielle Parteienfinanzierung der Nationalversammlungswahlen fand Vorbild und Entsprechung auch in der Subventionierung und aktiven Unterstützung jener mehrheitssozialdemokratischen Sicherheits- und Ordnungspolitik, hinter der sich große Teile der deutschen Unternehmerschaft zwischen Novemberrevolution und Nationalversammlung zur Abwehr des Weitertreibens der Revolution unschwer zusammenfinden konnten.

Bei diesem Solidarisierungsprozeß hatte sich die Berliner Elektro-Großindustrie erneut als Schrittmacher gezeigt.

So hatten sich, nach "einer kritischen Januar-, HMB. 7. Woche erster Ordnung" (C.F.v.Siemens),¹⁶⁹ in der Anhänger des Spartakusbundes auch

168) Vgl. oben, S. 567-587.

169) C.F.v.Siemens 13.I.1919 an Geheimrat Petri, Nürnberg. (Briefsammlung I., S. 152).

bis zum Siemens'schen Hauptverwaltungsgebäude in Berlin-Spandau vorge-
drungen waren,¹⁷⁰ Großbanken und Unternehmen des Handels, der west-
deutschen und der schlesischen Schwerindustrie, sowie Firmen der Berliner
Fertigindustrie, darunter führend AEG und Siemens, zu der gezielten
Subventionierung dieser mehrheitssozialdemokratischen Politik vereint.
Sie handelten im Sinne der C.F.v.Siemens'schen Empfehlung, im Kampf gegen
die revolutionäre Linke "große Mittel" aufzubringen,

"um sie der Regierung z.T. zur Verfügung zu stellen,
da sie es scheinbar [sic!] nicht wagt, aus ihren
eigenen Fonds entsprechende Unterstützung zu geben".¹⁷¹

Das Ergebnis, ein Spendensockel, der bis zum Sommer 1919 schließlich bei
gut 16 Millionen Mark lag, diente, auch über die Januarunruhen hinaus,
u.a. dazu, Werbungen, Ausrüstung und Zulagen der Regierungstruppen, der
Freiwilligen und der Ost-Grenzschutzformationen zu tragen, bzw. aufzu-
bessern. Geringer fielen dagegen die Beiträge aus, die für die finan-
zielle Förderung der von Eduard Stadtler aufgebauten anti-bolschewistischen

170) Ebda. Vgl. auch Verwaltungsbericht der Stadt Spandau 1911-1920,
Typoskript, unpaginiert, Spandau 1921, sowie Otto Kuntzenmüller
u. Friedrich Koeltze, Urkundliche Geschichte der Stadt und Festung
Spandau von der Entstehung bis zur Gegenwart, Bd. II., Spandau 1929,
S. 301-306: Darstellung aus der Sicht d. bürgerlichen Stadtverwal-
tung; apologetisch, u.a. auch zur Erschießung v. in Spandau gefangen
genommenen Spartakusanhängern beim Abtransport "auf der Flucht":
Gustav Noske, "Die Retter Berlins" in: Berliner Lokalanzeiger,
31.VII.'20. Die unter Noskes Oberbefehl stehenden Freiwilligenver-
bände hatten mit der Besetzung Spandaus am 10.I.'19 die letzte
Phase der Operationen der Regierungstruppen in Berlin eingeleitet.
Korrigierend zu Noskes Behauptungen: Becker /u.a./, Illustrierte
Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 285 f.

171) Briefsammlung I., S. 152, C.F.v.Siemens am 13.I.'19 an Geheimrat
Petri, Nürnberg. Zur schwankend unsicheren und darum zugleich
auch stark auf militärische Lösungen fixierten mehrheitssozialde-
mokratischen Politik im Dezember 1918 und Januar 1919 vgl. Eberhard
Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919,
Frankft./M. 1978 (erweiterte Taschenbuchausgabe), S. 404-409.

Organisationen und Aktivitäten ausgeworfen wurden.¹⁷²

Ob sich aber gerade die bei der "Stärkung von Ruhe und Ordnung"¹⁷³ geübte binnenindustrielle und gleichsam "gesamtwirtschaftliche" Kooperationsbereitschaft ebenso auf die für die Parteienarbeit ähnlich wünschbare Interessenmediation zwischen Branchen und Verbänden und deren ältere und

172) Die Sammlungen dauerten, u.a. beim Verband Berliner Metallindustrieller (VBMI), bis 1921 an. Zwischen Januar und September 1919 nach KfW-Unterlagen belegtes Spenden- und Verteilungsaufkommen von 16,26 Millionen. Davon aufgebracht hatten: Berliner Banken 4,855 - westliche Schwerindustrie 4,30 - ober Schlesische Industrie 0,766 - Berliner Handel 0,87 - Berliner Industrie 4,03 Millionen, darunter AEG und Siemens-Konzern mit je einer Million vertreten; diverse Spender der Provinz leisteten 1,44 Millionen. Ursprünglich geplant: Berliner Industrie 5,0 - ober Schlesische Industrie 5,0 - Banken 10 - westliche Schwerindustrie 10 Millionen. Empfänger waren "anfangs" die Volkswehr bzw. die Volks- Marinedivision, "seit letztem" Freiwilligenformationen mit zusammen insgesamt 10 Millionen; Truppen in "Oberschlesien und im Osten" mit 4 Millionen; die Stadtlerschen Organisationen mit 0,75, sowie Nachrichten- u. Überwachungsorganisationen 0,625 und die "anti-bolschewistische Frauenbewegung" 0,505 Millionen; für "Wahlzwecke" abgezweigt 0,19 Millionen. Für den Berliner Bereich neben größeren Einzelspenden aus Elektro- und Tabakindustrie mit der Sammlung befaßt vor allem der VBMI, der dazu zwischen Januar '19 und Dezember '20 alleine 3 Sonderumlagen à 20 M. je Beschäftigtem bei den VBMI-Mitgliedsfirmen erhob. Über Zwischenkonten bei der "Nationalbank f. Deutschland" bzw. der "Deutschen Bank" gelangten die Mittel auf das "Konto B" des Industriesyndikus und Kaliindustriellen Dr. Maximilian Kempner bei der "Deutschen Bank" Berlin. Die Berliner Wirtschaft wurde so in die Alimentierung des von Kempner auch für den "Reichsverband der deutschen Industrie" verwalteten "Fonds zur Bekämpfung des Bolschewismus und zur Abwendung der Ostgefahr" eingeschaltet. Spezifische Anfragen und Bitten wies das KfW an Kempner weiter. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Aufstellung 22.IX.1919; Briefsammlung I., S. 152 f., C.F.v.Siemens am 14.II.'19 an A.v.Rieppel; SAA. 4/Lf 646, Kur. Korr. A-J und Kur. Korr. K-Z: VBMI 31.V.'19 vertraulich an Mitglieder (Nr. 104/19 S/; Aktennotiz f. C.F.v.Siemens v. 22.IX.'19 betr. Sonderumlage VBMI; Kempner 1.X.'19 an KfW; KfW 16.I.'20 an VBMI; VBMI 24.XII.'20 an Mitglieder (Nr. 011035/19 S/). Was den Berliner Part angeht, nach den Unterlagen des KfW unbelegt die Höhe der von Eduard Stadtler als gegenrevolutionäre "Versicherungsprämie" (Hugo Stinnes) referierten Summe von "500 Millionen Mark". Stadtler will den Betrag mit Hilfe von Stinnes am 10.I.1919 bei etwa 50 Bankiers und Industriellen in Berlin, darunter auch C.F.v.Siemens, Otto Henrich (SSW), Felix Deutsch (AEG), Ernst von Borsig und Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) durchgesetzt haben. Die Quellen bestätigen dagegen Stadtlers Angaben zur Streubreite des Fonds: " ... bis in die Kassen der aktiven Truppe, ja bis in die Kassen der

eigenständige Förderorganisationen in der Parteipolitik übertragen ließ,¹⁷⁴ war doch von Anbeginn an auch in Berlin recht zweifelhaft.

Dies vor allem deshalb, weil die meisten Fragen, vor denen das KfW längerfristig stand, nicht mehr vorrangig am Beispiel von Aktions- und Verhaltensmustern spontan akzeptierter, erster Sammlungen und Sammlungsparolen zu messen und zu entscheiden waren, und weil mit wachsendem Abstand von den bedrängendsten der nachrevolutionären Weichenstellungen die industrielle Parteienarbeit nicht mehr die kaum befragte und un-mittelbar greifende Evidenz von Notmaßnahmen besaß, für die sich in der Arbeitgeberschaft insgesamt noch im Zeichen der frühen Novembertage, der

Anmerkungsübertrag zu Anm. 172), S. 618

sozialdemokratischen Partei ..." Vgl. Stadler, Als Antibolschewist, S. 46-49; Zitat: S. 49. Stadlers Darstellung übernommen von der DDR-Literatur u.a. bei Herbert Blechschmidt, "Antibolschewistische Liga", in: Fricke, Bürgerliche Parteien, I., S. 30-35, speziell S. 32 und Hemberger, Imperialismus heute, 5. Aufl., Bln./DDR 1968, S. 43. Zur Charakterisierung Stadlers: Theodor Heuß, Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963, S. 254 u., ders., Friedrich Naumann - Der Mann - Das Werk - Die Zeit, 2. Aufl., Tübingen 1949, S. 453 f. Beim Siemens-Konzern war Stadler schon vor dem 9.XI.1918 bekannt. Der Siemens-Archivar Karl Burhenne besuchte am 2.XI. den Stadlerschen Vortrag "Bolschewismus als Weltgefahr" im Berliner Hotel "Rheingold". (SAA./4 Lk 133, Bericht f. Wilhelm v. Siemens vom 6.XI.'18). Das KfW förderte und beobachtete - z.T. kritisch - die Aktivität Stadlers (u.a. so den Vortrag vor Arbeitern der Borsig-Werke am 27.I.'19; Empfehlung der Vorträge bei der DNVP-Ortsgruppe Berlin-Schöneberg; Empfehlung Stadlers als möglichem Mäzen bei konfessionellen Verbänden). SAA. 4/Lf 646, Kur. I. u. Kur. Korr. A-J und Kur. Korr. K-Z; Stadler, Als Antibolschewist, S. 70 f.

- 173) Den verfügbaren Gesamtbetrag apostrophiert Maximilian Kempner als "Mittel des Reichsverbandes [der deutschen Industrie, HMB.] für die Zwecke der Stärkung von Ruhe und Ordnung und zur Bekämpfung des Bolschewismus". (SAA. 4/Lf 646, Kur., Korr. K-Z, Kempner am 1.X.1919 an KfW.).
- 174) Aufstellung der diversen Fonds für die Reichstagswahlen von 1912 bei Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 257. Auch vor 1914 war die Förderung einzelner Kandidaten und Parteien von dieser Seite durch erhebliche, die Freiheit der Geförderten einengende Auflagen belastet. Vgl. Siegfried Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909-1914, Göttingen 1976, S. 315. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 17).

Januarunruhen, der ostdeutschen Grenzkämpfe und der bewaffneten Auseinandersetzungen an der Ruhr und in Mitteldeutschland hatte unschwer und mit Erfolg werben lassen. Wollte darum das Berliner Kuratorium seine Arbeit auf Dauer stellen, so hatte es u.a. mit der Konkurrenz und den bereits früh eingespielten Subventionsstrategien des "Industriellen Wahlfonds" (IWF)¹⁷⁵ und des "Hansa-Bundes"¹⁷⁶ zu rechnen. Kalkulierbar waren dazu weitere Schwierigkeiten.

Als junge Gründung stieß das Kuratorium bei Einzelunternehmen, bei Unternehmensgruppen und Wirtschaftszweigen, in Verbandssprengeln und Verbandsbürokratien auf überkommene und häufig einander widerstrebende Interessensprofile und unterschiedliche politische Loyalitäten. Sie miteinander zu versöhnen blieb schwierig.¹⁷⁷ Darüber hinaus konnte aber auch der Versuch, die Arbeit des KfW zu perpetuieren, gerade während der Zeit der prozeßhaften Umbildung der industriellen Spitzenverbände im Frühjahr 1919 den Verdacht erregen, es gehe den im Kuratorium führenden Branchen - Elektroindustrie, Chemie und Maschinenbau - hier vor allem darum, ihre Stellung in diesem Neuformierungsprozeß durch ein parteipolitisches Rückkoppelungsverfahren aufzuwerten. Dafür lagen, abgesehen von den bereits zitierten brieflichen Äußerungen von C.F.v.Siemens,¹⁷⁸ auch äußerlich sichtbar, Anhaltspunkte vor.

Die Berliner Industriellen, die als Initiatoren der ZAG-Politik "die Sache

175) Der "IWF" blieb auch im Ersten Weltkrieg tätig. Vgl. unten, Anlagen, S. 657 ff Tagebuchaufzeichnungen Eugen Schiffers vom 12.VII. und 6.IX.1917, Nachlaß Schiffer, 3., 470 u. 523. Rundschriften des "IWF" des CDI vom 14.I.1910 und die "Grundsätze" des IWF für die Unterstützung von Kandidaten der Parteien in den Akten des KfW. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I. u. Kur. Korr. A-J.).

176) Zur Subventionierungspraxis beim Hansabund vor 1914 vgl. Siegfried Mielke, Der Hansa-Bund, S. 150-157. Die "eifrige Werbung des Hansa-Bundes" führte nach 1918 dazu, daß dem KfW vor allem beim Handel "das Wasser vieler Orten abgegraben worden ist". (Eduard Arnhold 8.V.1920 an C.F.v.Siemens, SAA. 4/Lf 646, Kur. I.).

177) Damit war auch erneut die alte Aporie gegeben: wie das für ein "allgemeines" politisches Mandat ökonomischer Interessen notwendig abzuleitende "allgemeine" ökonomische Interesse über einer Vielfalt tatsächlich divergierender ökonomischer Belange gefunden und nach außen hin ohne verdeckungsideologische Konstruktionen vertreten werden könne. Vgl. dazu oben, S. 125-128, 227-230, 306-309, 319.324.

178) Vgl. oben, S. 614.

[der ZAG., HMB.] über den Kopf genommen hatten", (von Raumer)¹⁷⁹ und sich vorübergehend stark genug fühlen durften, dem noch bestehenden CDI die Existenzfrage zu stellen,¹⁸⁰ waren wiederum mehrheitlich in dem vorläufigen Vorstand des Kuratoriums vertreten, wo sie fast die Hälfte des zehnköpfigen Führungsgremiums stellten.¹⁸¹

Nach Inhalt und Datum ähnlich interpretierbar war schließlich auch die Programmrede, mit der Carl Friedrich von Siemens am 4. Februar 1919 die bisherige Arbeit und die Grundsätze und Ziele der künftigen Tätigkeit des Kuratoriums erstmals einer weiteren unternehmerischen Öffentlichkeit vorstellte.¹⁸²

Siemens sprach in der Berliner Handelskammer, und zwar an dem Tage, an dem zur gleichen Zeit CDI und "Bund der Industriellen" in Jena über die Vereinigung ihrer Organisationen, bzw. die Neugründung des "Reichsverbandes der deutschen Industrie" verhandelten und entschieden.¹⁸³ Die Rede war in der Erwartung baldiger Reichstagswahlen entworfen worden¹⁸⁴ und Siemens

179) Siehe oben, S. 597

180) Siehe oben, S. 599 ff.

181) Unter den sieben industriellen Initiatoren der ZAG entfielen 5 auf die Berliner Gruppe: C.F.v.Siemens, Otto Henrich, Walther Rathenau, Felix Deutsch und Ernst von Borsig. Direkt in der KfW-Führungsgruppe vertreten: Siemens, Deutsch - der sich freilich in formellen Aufstellungen zur Arbeit des KfW nicht führen ließ - und Borsig. Henrich war zeitweilig mit Angelegenheiten des KfW befaßt, fungierte aber nicht im Vorstand. Anton v. Rieppel (MAN), Mitinitiator der ZAG, wurde von C.F.v.Siemens eingehend über das KfW unterrichtet. (SAA, 4/Lf 646, Kur. I., Rede von C.F.v.Siemens am 4.II.1919 in der Berliner Handelskammer; Briefsammlung I., S. 152 f., C.F.v.Siemens am 14.II.1919 an v. Rieppel).

182) Rede und Vorentwurf in SAA, 4/Lf 646, Kur. I. Geglättete Version auch in SAA, 4/Lf 870, Reden und Aufsätze von Carl Friedrich von Siemens, Bd. I., Typoskript mit Vermerk "Ende Januar". Vgl. unten, Anlagen, S. 662-671.

183) Zur Verschiebung des Kräfteverhältnisses beim Gründungsprozeß des RdI zugunsten der Schwerindustrie und zuungunsten der in der ZAG-Politik aktiven chemischen Industrie, der Elektroindustrie und des Maschinenbaus vgl. Ullmann, Bund der Industriellen, S. 240 f.; Zunkel, Industriegruppen, a.a.O., S. 638-646.

184) "Aller Voraussicht nach wird noch in diesem Herbst die Wahl zum ersten neuen Reichstag stattfinden ..." (C.F.v.Siemens, Rede vom 4.II.1919, a.a.O. In der Folge zitiert: Programmrede).

wandte sich mit ihr an dieser Stelle an Unternehmer der Fertigindustrien, des Groß- und Kleinhandels und des graphischen Gewerbes, die der Syndikus der Berliner Kammer zu dem Vortrag gebeten hatte.¹⁸⁵

Vor diesem Zuhörerkreis wurde der erste Einsatz des Kuratoriums als Hilfe zur Verhinderung von sozialistischen Majoritäten in der Nationalversammlung geschildert, die beabsichtigte Ausdehnung des KfW auf das ganze Reichsgebiet angedeutet und erklärt, daß Berlin bereit sei, dabei mit anderen, schon bestehenden Förderorganisationen zusammenzuarbeiten.¹⁸⁶ Für das Grundanliegen des KfW: die Steigerung der unternehmerischen Präsenz in Parlamenten und Parteien, müsse die deutsche Arbeitgeberschaft materiell die gleiche Opferwilligkeit beweisen wie Gewerkschaften und Arbeiterbewegung bei der Verfolgung ihrer Belange;¹⁸⁷ erforderliche Mittel seien durch Selbstbesteuerung aufzubringen, und zentral zu verwalten und auszugeben, um unnützen und zersplitternden Aufwand zu vermeiden.¹⁸⁸

Das politische Mandat der Arbeitgeberschaft begründete Siemens mit der Realbedeutung der Ökonomie im geschlagenen Deutschland des Jahres 1919.

185) Zusammenstellung der Einladungsliste durch Dr. Fritz Demuth, volkswirtschaftlicher Syndikus der Kammer. Eingeladen waren 28 Firmen, Absagen erteilten 6. Am 4.II.1919 vertreten waren: die Ufa., die "Feldmühle" Papier- und Zellstoffwerke-AG., die Julius Berger Tiefbau-AG., sowie die chemische, die Leder-, die Tabak- und die Bekleidungsindustrie; ferner die graphische Industrie und der Instrumentenbau; für den Handel waren u.a. anwesend: der Holz-, der Papierwaren- und der Kohlenhandel, sowie der Schuhhandel. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., "Verzeichnis", bzw. "Einladung zur Sitzung des Kuratoriums in der Handelskammer Berlin, Dorotheenstr., am Dienstag, den 4. Februar 4 Uhr", datiert vom 28.I.1919).

186) Programmrede, a.a.O., Schlußteil. Explizit zuvor schon in dem Brief von C.F.v.Siemens vom 4.I.1919 an Geheimrat Petri, Nürnberg: "Es schwebt mir vor, daß wir eine große Organisation über ganz Deutschland entwickeln, die große Summen aufzubringen hat, um die nötige Propaganda in die Wege zu leiten". (Briefsammlung I., S. 147, Sperrung: HMB.). Zu diesem Zeitpunkt rechnete Siemens mit der Möglichkeit einer "temporären Spartakusregierung" und präzierte an gleicher Stelle Basis und Ziel der Arbeit des KfW: "Ich bin in der letzten Zeit speziell tätig gewesen mit einem Projekt, die Industrie, speziell die Fertigindustrie politisch aufzurütteln". (Ebda., S. 147.).

187) Programmrede, a.a.O.

188) Ebda.

Die Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft stelle derzeit die einzige, dem Reich verbliebene Kredit- und Machtbasis dar;¹⁸⁹ ihre Unversehrtheit verknüpfe sich so unmittelbar mit dem Fortbestand des Reiches. Das Unternehmertum solle daher, jenseits aller herkömmlichen, auf die "stille Aufklärung bei maßgebenden Persönlichkeiten" zielenden Interessenwahrung sich bemühen, "die Massen zu gewinnen, die heute für die Durchführung [der Politik, HMB.] notwendig sind".¹⁹⁰

Zum Kern dieser Grundsatzrede, die sich formal an Berliner Unternehmer richtete, faktisch aber auf die Gesamtheit der deutschen Arbeitgeber zielte,¹⁹¹ gehörten Aussagen, die der beschworenen Gemeinschaftlichkeit des industriellen Handelns widersprachen; denn hier wurde auch offen die in Deutschland bisher übliche Nutzung des politischen Mandats der Ökonomie durch die Schwerindustrie beklagt und kritisiert. Bei einem Auditorium, das von der Berliner Handelskammer mit ausgewählt worden war, konnte Siemens auf Beifall rechnen, wenn er lapidar feststellte, vor dem November 1918 sei "mit Ausnahme der sogenannten Schwerindustrie und weniger anderer Einzelpersonen ... [Handel und andere Industrie, HMB.] im politischen Leben so gut wie gar nicht" vertreten gewesen, ja daß zudem "die extremsten Elemente" der Schwerindustrie das Erscheinungsbild der

189) Ein gegen jedes Weitertreiben der Revolution oder auch nur ihre institutionelle Festigung häufig bemühtes Raisonement. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, V., S. 807 ff., 825 f., 863 f.: OHL, Hindenburg, an Ebert (8.XII.'18), v. Brockdorff-Rantzau bei der Übernahme der Leitung der deutschen Außenpolitik (9.XII.'18), Votum Eugen Schiffers, Staatssekretär im Reichsschatzamt, (12.XII.'18). Vgl. dagegen die Beurteilung der tatsächlichen wirtschaftlichen Manövrierfähigkeit der Regierung des Rates der Volksbeauftragten bei Eberhard Kolb, "Einleitung" in: ders. (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 9-32, speziell S. 28 ff.

190) Programmrede, a.a.O.

191) "Es wird darauf ankommen, ob die g e s a m t e Industrie und der gesamte Handel begreifen, daß es sich jetzt um Sein oder Nichtsein handelt ... Zeigen wir, daß die Industrie Berlins und der Berliner Handel ... bereit sind, ein vorbildliches Muster abzugeben ... Lassen Sie Berlin den Ausgangspunkt werden für eine einigende, das deutsche Wirtschaftsleben rettende Bewegung". ebda. Der Text der Rede wurde später an industrielle "Multiplikatoren", u.a. in Sachsen, versandt. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I. und Kur. Korr. A-J u. K-Z).

Unternehmer in der deutschen Politik zu prägen - und das hieß in diesem Kontext auch: zu verfälschen vermocht hätten.¹⁹² In die nämliche Richtung fiel auch der Seitenhieb auf die Monopolisierung des politischen Mandats der Ökonomie in den Händen weniger Syndici:

"Es genügt nicht, daß einzelne Personen, die Verbänden oder sonstigen Vereinigungen als Geschäftsführer vorstehen, sich am politischen Leben beteiligen ..."¹⁹³

Dagegen sollte das "Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" programmatisch dem Anspruch gehorchen, die " g e s a m t e Industrie" und den g e s a m t e n H a n d e l zu politischer Aktivität unter den Verhältnissen der Republik anzuleiten.¹⁹⁴ Von selbst verstand sich dabei, daß die Wahrnehmung solcher a l l g e m e i n e r Interessen für die im KfW. bis jetzt noch führenden Industriesparten - für Elektro-, Chemie- und Maschinenbauindustrie - zugleich auch ein erstrebtes, allgemeineres Führungsmandat, ähnlich wie im Rahmen der frühen ZAG-Politik, legitimiert hätte. Berlin konnte damit, so das Fazit und der überhöhte Endappell Carl Friedrichs von Siemens vor der Handelskammer, "Ausgangspunkt für eine einigende, das deutsche Wirtschaftsleben rettende Bewegung" werden.¹⁹⁵

192) Programmrede, a.a.O. Seit Dezember 1917 leitete C.F.v.Siemens als 1. Vorsitzender den Industrieausschuß der Kammer. Sie galt ihm - immer noch - als "reine Vertretung des Handels", vor allem der Berliner Großbanken. Die Berliner Großindustrie war dagegen um 1917 noch vorwiegend in der Potsdamer Handelskammer vertreten. (SAA. 4/Lf 603, Handelskammer zu Berlin, Korrespondenz, C.F.v.Siemens am 7.XII.1917 an Handelskammer; SAA. 4/Lf 604, Handelskammer zu Berlin, Industrieausschuß, C.F.v.Siemens am 3.XI.1917 an Generaldirektor Reuter, DEMAG.). Vgl. auch Dove, Handelskammer zu Berlin 1902-1927, S. 15 f.

193) Programmrede, a.a.O. Diese Funktionärsschelte richtete sich nicht gegen das Urbild des politisch tätigen Industriesyndikus, G. Stresemann. Stresemann blieb beim Gründungsprozeß des "Reichsverbandes der deutschen Industrie" als zu stark politisch belastet erzwungenermaßen inaktiv. Vgl. Ullmann, Bund ..., S. 232 f.; Stegmann, Hugenberg, S. 375 ff.

194) Programmrede, a.a.O.

195) Ebda.

Es war offenkundig, daß diese Rede in ihrer Kritik und ihren Aufforderungen augenblickliche und frühere politische Erfahrungen der Elektro-Großindustrie aufarbeitete und sie zu einem Konzept von Handlungsanweisungen verdichten wollte; denn selbst die positiven Aussagen dieses Februarprogrammes des KfW. verrieten noch deutlich die Besorgnisse und den Unwillen, mit dem man in Berlin seit November 1918 zu beobachten hatte, wie sich leitende "einzelne Personen" und "Geschäftsführer" der alten Spitzenverbände der ZAG-Politik verweigerten, sie offen oder verdeckt bekämpften,¹⁹⁶ und damit einer Erweiterung des Einflusses der Elektro-Konzerne einen Riegel vorschoben.

Darum auch hatte die Rede vom 4. Februar zunächst vornehmlich Unternehmer angesprochen, die sich von der politischen und der Verbandsarbeit vor allem des CDI nicht hinreichend vertreten, umgangen oder überstimmt fühlen konnten.¹⁹⁷ Insoweit war, was Carl Friedrich von Siemens Ihnen in der Berliner Handelskammer vortrug, d u r c h a u s eine Initiative, die per se zum Aufbau eines neuen, alternativen Kräftepotentials jenseits der alten Spitzenverbände CDI und BdI drängte. Wenn sich das Berliner Kuratorium damit durchzusetzen vermochte, dann mußte das Folgen für das Verbandsprofil und die gesamte Politik des neu entstehenden "Reichsverbandes der deutschen Industrie" haben, insbesondere aber dort ernstlich die Stellung der Schwerindustrie berühren, die sich nach den Wahlen zur Nationalversammlung wieder stärker, selbständiger und selbstsicherer in die deutsche Innenpolitik einzuschalten suchte.¹⁹⁸

196) Vgl. oben, S. 599 zur Opposition von CDI (Roetger) und BdI (Friedrichs); Feldman, Origins, S. 82; Zunkel, Industriegruppen, a.a.O., S. 638 ff., 641. Kennzeichnend, daß C.F.v.Siemens in der "Programmrede" vom 4.II. 1919 stark den Wert der ZAG hervorhob. Die Opposition bei CDI und BdI hatte sich gegen das Verbands- und Arbeitskonzept der ZAG. gerichtet.

197) Die Konfrontation schloß, zumindest im Verhältnis zum BdI., nicht Werbungen und Kontakte aus. So suchte das KfW. für seine Pläne in Sachsen - Gründung eines eigenen "Unterkuratoriums" des KfW. für die Region - offenbar die Unterstützung des BdI; denn einer der Ansprechpartner des KfW. war in Sachsen zunächst Jacob Herle, Geschäftsführer des BdI und ab April 1919 zweiter Geschäftsführer, späterhin "Hauptgeschäftsführer" (bis 1934) des "Reichsverbandes der deutschen Industrie". (SAA. 4/Lf 646, Kur. Korr. A-J, Kur. Korr. K-Z; zur Verbandskarriere Herles: Ullmann, Bund der Industriellen, S. 294 f., 334; Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, I., S. 723).

198) Zur "Rückkehr" der Schwerindustrie in die deutsche Innenpolitik nach dem 19.I.1919 vgl. Feldman, Business, S. 336 f.

Angesichts solcher Zielperspektiven erklärt sich unschwer das Verhalten der betroffenen Schwerindustrie und des noch fortbestehenden und von den Berliner Absichten nicht weniger herausgeforderten "Industriellen Wahlfonds" ("IWF.") des CDI.¹⁹⁹

Beide entzogen sich im Frühjahr 1919 zunächst mit Erfolg den dringlichsten Einigungs- und Fusionsinitiativen des KfW. Bei den vom Kuratorium rasch begonnenen Verhandlungen mit dem "Wahlfonds" setzten dessen Vertreter auf Zeit, nutzten geschickt ihre Überlegenheit in der Verhandlungsführung und gewannen: die Verschmelzungspläne des KfW. waren hier bis Mitte Mai bereits ausmanövriert.²⁰⁰

199) Im "IWF", der sich schon vor 1914 im CDI neben der "Kommission für Syndikatswesen" und der vom CDI zunächst getragenen "Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" als "selbständigste" unter diesen "drei großen Kommissionen des CDI" (Kaelble) profilierte, war die Verbindung zur Schwer- und Montanindustrie, sowie zur CDI-Spitze durch Einzelmitgliedschaften abgesichert. In dem fünfköpfigen Gründungsvorstand des "IWF" saßen 1910 drei Vertreter der Stahl- und Montanindustrie: Wilhelm Meyer, 1. Vorsitzender des "IWF.", Syndikus der "Ilse der Hütte" und Vorsitzender des "Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" (VDEST), Th. Müllen von der Fa. Gebrüder Stumm, Neunkirchen, für den "Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie", zugleich Mitglied des CDI-Ausschusses, Ewald Hilger, Generaldirektor der "Königs- und Laura-Hütte" in Kattowitz, für den "Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Verein", zugleich Mitglied des CDI-Direktoriums. Unter den übrigen 10 Mitgliedern der Kommission befand sich als weiteres Mitglied des CDI-Direktoriums Julius Vorster, Vorsitzender des "Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln"; ferner saßen in der Kommission die Ausschußmitglieder des CDI: Wilhelm Beumer, der Geschäftsführer des "Langnamvereins" und der "Nordwestlichen Gruppe" des VDEST und Carl Funke, "Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund", Vorsitzender der Handelskammer Essen und der "Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks". Zu der vom CDI beabsichtigten innerverbandlichen Rolle des IWF vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 27-30, 32; Personaldaten zum "IWF.", Ebda., S. 210 f. Zur Tätigkeit der Kommission vor 1914: Klaus Saul, Staat, Industriearbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur inneren und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903-1914, Düsseldorf 1974, S. 328. (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 16). Der IWF wurde seit 1917 von der Schwerindustrie innenpolitisch erneut mobilisiert. Vgl. Stegmann, Hugenberg, S. 374.

200) Hinhaltende Besprechungen und Briefwechsel seit Februar und bis Mitte Mai 1919: IWF (Geschäftsführer J. Flathmann) an KfW. 14.II., 24.II., 11.III. und 6.V.1919; KfW. an IWF. 18.II., 7.V., 10.V. und 16.V.1919. Austausch programmatischer Dokumente beider Organisationen ("Richtlinien" des KfW. und "Grundsätze für die Unterstützung von Kandidaten aus dem 'Industriellen Wahlfonds'") wenige Tage vor der erst am 15. Mai zustande kommenden Aussprache von Delegationen beider Seiten. Flathmann betonte dabei "prinzipielle" und organisatorische Gegensätze und wies das KfW

Die in weiteren Anläufen von Berlin aus immer wieder kontaktierte und um Zusammenarbeit gebetene westliche Schwerindustrie²⁰¹ reagierte ähnlich und widersetzte sich während des gesamten Zeitraums des Bestehens des Berliner Kuratoriums - zwischen Frühjahr 1919 und Herbst 1930 - allen vom KfW. aus-

Anmerkungsübertrag, Anm. 200), S. 626

(C.F.v.Siemens, Dr. Max Levy und Carl Schaller) ab: man wolle wohl "enge Fühlung, - z.B. bei Wahlen - halten", aber "einen Zusammenschluß späteren Zeiten überlassen .." (SAA. 4/Lf 646, Kur. I, Briefwechsel, Protokolle, Einladungen).

- 201) Noch im Sommer 1919 gab es Verhandlungen mit dem IWF (Mitteilung C.F.v.S. an Hjalmar Schacht, 16.IX.'19, SAA. 4/Lf 646, Kur. Korr. K-Z). Das KfW. verlor so entscheidend an Zeit f. den unabhängigen Aufbau einer eigenen Organisation. Bis zum Frühjahr 1923 suchte Siemens über Albert Vögler die erstrebte "größere Lösung" zu fördern. Vögler, Generaldirektor der "Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft" ("Deu-Lux."), Vorstandsmitglied im VDEST und beim "Langnamverein", Mdr (DVP) und Schatzmeister der DVP, stand Siemens damals auch geschäftlich nahe. Als engster Mitarbeiter von Hugo Stinnes hatte V. die im August 1920 geschlossene "Interessengemeinschaft" der "Rhein-Elbe-Union" ("Deu-Lux.", "Bochumer Verein" und "Gelsenkirchener Bergwerks-AG.") propagiert, der sich im Dezember 1920 die SSW. anschlossen ("Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union"). V. trat damals bei SSW. und S.&H. in den Vorstand ein (dort bis 1924). Für den IWF. erklärte V. im September 1919 die "grundsätzliche" Zustimmung zur Vereinigung. Siemens erinnert V. daran freilich bis Anfang Juli 1920 vergeblich. Endlich konferieren am 24.VII.'20 Vögler, Carl Duisberg ("Bayer" Leverkusen), Siemens und Arthur Salomonsohn ("Disconto-Gesellschaft", Bln.) über das gleiche Thema, wobei Vögler erneut die Einigungsbereitschaft des IWF. betonte, dem KfW. arbeitsteilig Nord- und Ostdeutschland als Organisationsbereich zuwies und für die geplante ausschließliche Tätigkeit des IWF. im Westen und in Mitteldeutschland Informationsaustausch über Vertrauensleute zusagte. Dabei blieb es aber. Im November wußte man schließlich beim KfW. (über den ehemaligen Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Franke, Vertrauensmann, bzw. Geschäftsführer des KfW. 1919/20-1922/23) "daß Vögler, der noch nie in einer Vorstandssitzung des IWF gewesen sein soll, über die dort herrschenden Meinungen nicht im Bilde ist". Allerdings mahnte V. gelegentlich schriftlich beim IWF. Im November 1922 schlägt dann der von V., Siemens, Hugenberg und dem münsteraner Zentrums-Mdr. und Zementfabrikanten, R. ten Hompel, gestützte Versuch fehl, die Fusion durch die Belassung von IWF-Vorstandsmitgliedern an der Spitze einer neuen Organisation doch noch herbeizuführen. Siemens resigniert dann im Februar 1923. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I. und ebda., Kur. Korr. A-J und K-Z, C.F.v.S. an Vögler 30.IIX u. 30.X.1919, 8.VII. und 19.IX.1920; Vögler an C.F.v.S. 19.IX.1920; Vögler an Flotmann, 10.II. 1922; Vögler an Justizrat Meyer, Vorsitzender des IWF., 20.II.1922; Unterstaatssekretär a.D. Franke an C.F.v.S. 20.XI.1920). Zum politischen und ökonomischen Hintergrund der Anlehnung des Elektro-Konzerns an Stahl und Kohle - ähnliche Vorgänge belegt auch bei der AEG - vgl. Bernd Weis-

gehenden Versuchen, für die Parteienarbeit eine umfassende und von der Berliner Elektro-Großindustrie führend mitbestimmte dauerhafte Kooperation zu stiften.²⁰²

Freilich schloß das gelegentliche Absprachen nicht aus, die im Vorfeld einzelner Wahlen ein Stück Arbeitsteilung zwischen den beim KfW. verbliebenen Unternehmern und der westlichen Schwerindustrie zustande kommen ließen.²⁰³

Anmerkungsübertrag, Anm. 201), S. 627

brod, "Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik", in: Industrielles System und politische Entwicklung .., Bd. 2, S. 624 f., und ebda., Charles S. Maier, "Coal and economic power in the Weimar Republic - The effects of the coal Crisis of 1920", S. 539 f. Zu Planung, Ablauf und Ende dieser Anlehnungen: Gert von Klass, Albert Vögler. Einer der Großen des Ruhrreviers. Tübingen 1957, S. 68-105; Gg. Siemens, Carl Friedrich, S. 150-161; ders., Geschichte, Bd. II., S. 284-290, Bd. III., S. 22 f.; "50 Jahre AEG.", S. 180 f., 211 ff., 221, 224 f. Überschätzung der "maßgeblichen Rolle" Vöglers beim IWF. bei Albertin, Liberalismus, S. 99 f.

202) Die Auflösung des KfW. wurde am 28.IX.1930 beschlossen. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., vertrauliche Aktennotiz, "betr. Kuratorium"; anwesend Ludwig v. Winterfeld, Vorstandsmitglied SSW. u. S.&H., Geheimrat Schlupmann ("Osram" GmbH. KG.), Dr. Wolf-Dietrich von Witzleben, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung des Siemens-Konzerns. Schriftlich benachrichtigt wurden von dem Beschluß: Dir. Fabian (Rütgerswerke-AG.), E. von Borsig, Geheimrat Bücher (AEG) und Dr. Max Levy).

203) Bei den Reichstagswahlen vom 4.V.1924 traf das KfW. "mit dem IWF das Abkommen ..., daß es selbst nur in Berlin wirbt" und es dem IWF überließ, mit dem außerberliner Spendenaufkommen Industriekandidaturen in der Provinz zu subventionieren. (SAA. 4/Lf 519, Briefkopien, DDP, Nr. 252, C.F.v.S. an den Ulmer Industriellen und Reichstagsabgeordneten der DDP., Philipp Wieland). Wolf-Dietrich von Witzleben informierte fallweise die Großbanken und die "Vertreter der westlichen Gruppe" (SAA. 4/Lf 646, Kur. I.). Vor den im gleichen Jahr erneut fälligen Reichstagswahlen (Dezember 1924) übernahm Jacob Rießer für das KfW. die "Führung der Verhandlungen sowohl mit den Parteien, als auch mit dem IWF." und kontaktierte des weiteren "den Berliner Handel", die Banken und "außerberliner Industrieverbände". Der früher aktive Bankier J. Rießer (Darmstädter Bank), war Gründer und Vorsitzender des "Zentralverbands des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes" (1901-1930); er war Gründer und - 1924 - Ehrenvorsitzender des "Hansa-Bundes", saß im Reichstag (1916/1918, nationalliberal; 1920-1928, DVP, Vizepräsident des Reichstags) und war Vizepräsident der Berliner Industrie- und Handelskammer. Bei der Vorbereitung der Reichstagswahlen vom Dezember 1924 unterstützten ihn vom "Zentralverband" der Banken der Anwalt Dr. Otto Bernstein und Hans Werner von Zengen, Geschäftsführer in der "Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände". (C.F.v.S. an E.v.Borsig, 8.XI.'24, SAA.11/Lb 363, sozial-pol. Vorgänge aus den Akten M. Haller, Politik 1922-1932). Vor den Reichstagswahlen vom 20.V.1928 gab es Besprechungen zwischen der westlichen Eisen- und Stahlindustrie, den Großbanken und einzelnen Vertretern

Verglichen mit den Berliner Ausgangserwartungen war dieses Ergebnis aber doch eher Stück- und Beiwerk, als ein Schritt nach vorn; denn im Zeichen von pragmatischen Einzeleinigungen auf Zeit verkamen die ehrgeizigen frühen Konzepte eines "großen Entwurfs" für die Parteienförderung zur faktischen Reprise der alten, und beim KfW. zu Recht zunächst stark gescholtenen Vorkriegsmuster, einer lediglich lose abgesprochenen Subventionierung von Wahlchancen bei einigen der in den bürgerlichen Parteien durchgesetzten "Industriekandidaturen".²⁰⁴ Auch der Typus des kritisierten "parlamentarischen

Anmerkungübertrag, Anm. 203), S. 628

des KfW. Verabredet wurde dabei die "getrennte" Subventionierung aber die wechselseitige Informierung über die begünstigten Kandidaturen und die Höhe der einzelnen Aufwendungen. Der Austausch lief für das KfW. über das Berliner Büro der "Guten-Hoffnungs-Hütte" (GHH) unter Dr. Martin Blank. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Aktennotiz v. Witzleben über Gespräch mit E.v.Borsig, 7.III.'28; C.F.v.S., 16.III.'28 an E.v.Borsig; Ernst Brandi, Vorstandsmitglied der "Vereinigten Stahlwerke" 17.III.'28 an C.F.v.S.; Antwort C.F.v.S. 24.III.'28; Fritz Springorum, "Hoesch-AG.", Dortmund, 30.III.'28 an C.F.v.S.; C.F.v.S. 11.IV.'28 an Geheimrat Bücher, AEG.: "Eine einheitliche Bearbeitung ... hat sich auch diesmal nicht erreichen lassen ..." Banken und Chemie, bisher feste Stützen des KfW hätten beschlossen, "die von ihnen kommenden Gelder direkt den betreffenden Stellen zuzuführen ..."). Zur Rolle des "Büro Blank" im Förderungskonzept des "Langnamvereins" und der "Nordwestlichen Gruppe" des VDEST, sowie für Einzelaktionen der Firmen der Eisen- und Stahlindustrie des Westens vgl. Weisbrod, Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung ... a.a.O., S. 691 f. Der von H.A. Turner für 1922/23 konstatierte Untergang des IWF. widerspricht den zitierten Auslassungen von C.F.v.S. für 1924. Vgl. Henry A. Turner, "Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP.", in: Industrielles System ..., S. 919-931, spez. S. 928.

- 204) Im einzelnen ist diese Entwicklung auch für das KfW. nur über einen Datenvergleich aller vom KfW. gestützten Wahlen und Kandidaturen zu belegen (u.a. Nationalversammlung, Preußische Landesversammlung, Preußenwahl 1921, Stadtverordnetenwahlen Berlin 1919, 1920, 1921, 1925, 1929, Reichstagswahlen 1920, 1924, 1928). Eine Auswertung diesen Umfangs ist hier nicht zu leisten. Kennzeichnender Endpunkt sind beim KfW. die Reichstagswahlen von 1928: Konzentrierung der direkten Förderung des KfW. auf wenige, bürgerliche Kandidaturen (6 DDP, 5 DVP, 1 DNVP). Begünstigt werden handels- und steuerpolitisch versierte - und z.T. ministeriable - Parlamentarier, Verbandsvertreter und amtierende Kabinettsmitglieder, sowie die Anhänger einer "gouvernementalen Revisionspolitik" gegenüber dem Versailler Frieden, die ja auch außenwirtschaftlich, bzw. kolonial- und rohstoffpolitisch von Belang war. Bemerkenswert die Begrenzung auf das bürgerliche Spektrum: DDP/DVP/DNVP, charakteristisch für die Subventionspolitik des KfW. seit Beginn der Weimarer Republik, wobei nach 1919 auch Zentrum und - gelegentlich -

Industriesyndikus" fand dabei wieder Unterstützung.

Anmerkungsübertrag, Anm. 204), S. 629

die "Wirtschaftspartei" berücksichtigt wurden. Unterstützt bei den Reichstagswahlen 1928 in der DDP: Hermann Fischer (25.000 M.), stellv. Vors. DDP-Vorstand, Präsident des "Hansa-Bundes", Steuer- und Haushaltsexperte; Oskar Meyer (5.000 M.), stellv. Stadtverordnetenvorsteher Berlin, Syndikus IHAKA Bln., parlamentar. Spezialität: Etat des Handelsministers; Peter Reinhold (10.000 M.), sächs. Finanzminister (1920-'24), 1926/27 Reichsfinanzminister, zur industriellen Parteirechten in Sachsen gehörig; Walter Schreiber (15.000 M.), amtierender preuß. Handelsminister; Otto Merten (20.000 M.), Vors. DDP-Bezirksverbd. Bln., wichtigste Berliner Parteikontaktadresse für C.F.v. Siemens während seines Wahlkampfes (1920 und Mai 1924) um das DDP-Reichstagsmandat für den Reichstagswahlkrs. 2 - Bln.; Philipp Wieland (1.500 M.), Ulmer Metallindustrieller, Wirtschaftsexperte in der württemberg. DDP, neben C. Haußmann 1919 dort einziger DDP-Abgeordneter mit Sitz in der Landesversammlung und d. Bln. Nationalvers. Bei der DVP. subventioniert: Hans v. Raumer (60.000 M.), "Hauskandidat" der Elektroindustrie (Geschäftsf. des "Zddel."); F.W. Brüninghaus, Konteradmiral a.D. (20.000 M.), vor 1914 zeitweilig Chef der Zentralverwaltung von Kiautschou, Mitglied im rechtskonservativen "Nationalen Klub" Berlin u. - auch parlamentarisch - militanter Vertreter der "Dolchstoß-Legende"; Siegfried von Kardorff (10.000 M.), aktiv in der "Pan-Europa-Union", Mitglied der "Deutschen Gesellschaft von 1914"; Heinrich Schnee (8.000 M.), vor 1914 in der Kolonialverwaltung v. Samoa und Neu-Guinea, 1912-1919 Gouverneur in "Deutsch-Ostafrika", Präsident des 1921 zur "wissenschaftlichen Widerlegung der Kriegsschuldlüge" begründeten "Arbeitsausschusses Deutscher Verbände", Präsident des "Bundes der Auslandsdeutschen" (1926-'33) und, ab 1930, der "Deutschen Kolonialgesellschaft"; Max Schmidt (5.000 M.), Dir. "Maschinenbau-AG. vorm. Starke & Hoffmann", Hirschberg/Schlesien, Vors. "Vbd. d. Metallindustriellen Niederschlesiens", Mitglied im Direktorium des "Hansa-Bundes". Subventioniert in der DNVP: G.R. Treviranus (10.000 M.), "polit. Beauftragter des Parteivorsitzenden" der DNVP (1925-1929), Mitglied im "Deutschen Herrenklub". Ein genaueres Urteil über die faktische Bedeutung solcher "Wirtschaftskandidaturen" in Parteien und Parlament ist nur über eingehendere Detailstudien möglich. Bemerkenswert im einzelnen der Sonderstatus des DDP-Industriellen Wieland in der württemberg. Partei. Ihr Hauptausschuß hob in seinem Falle 1919 die von ihm beschlossene Inkompatibilität gleichzeitiger Mandate in der Landesversammlung Württembergs und der deutschen Nationalversammlung auf (Prot. Hauptausschußsitzung der württ. DDP vom 21.II.1919 beim Nachlaß C. Haußmann, Büschel 101, Hauptstaatsarchiv Stuttgart). Die parlamentarische Wirksamkeit des vom KfW. geförderten schlesischen DVP-Industriellen Max Schmidt wurde von dritter Seite kaustisch kommentiert: "Schmidt ist ein ... ganz einseitiger Wirtschaftler, der für andere Sachen kein ausreichendes Verständnis hat. Er ist ... zu sehr an seinen Beruf gebunden. Wir wissen das von anderen Industriellen ... Sie kommen nur in das Haus, wenn ihre Angelegenheiten zur Besprechung gelangen". (Witzmann, DVP Liegnitz, 26.X.1924 an Eugen Schiffer, Nachlaß Schiffer, 23). Exempla-

Hoffnungen und Pläne des KfW. wurden so in ihr Gegenteil verkehrt. Begrenzte und zugleich begrenzende Abreden mit der Schwerindustrie verstärkten darüber hinaus die mit der Zeit ansteigenden Existenznöte des Kuratoriums, das seit der Mitte der 1920er Jahre von Wahl zu Wahl die Anzahl seiner Spender und die Höhe des in Berlin verfügbaren Spendenaufkommens abschmelzen sah. 206

Anmerkungsübertrag, Anm. 204), S. 628 f. u. Anm. 205), S. 630

risch für den gesamten Problembereich in der frühen Geschichte von DDP und DVP: Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie, passim. Angaben zur Fördertätigkeit des KfW. 1928 ermittelt nach Korrespondenzen und Aufstellungen in SAA. 4/Lf 646, Kur. I., u., ebda., Kur. II., Kur. Korr. A-J., Kur. Korr. K-Z. Daten zu den Kandidaturen nach: Kosch, Biograph. Staatshandbuch I., S. 172, 632, II., 1091, 1155; Degener, Wer ist's?, 9. Ausg., S. 1409, 1691; Schwarz, "Mdr.", passim; Reichshandb. d. dt. Gesellschaft, II., S. 1675 f.; Fricke (u.a., Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien, I., S. 52, 54, 401-403, II., S. 799-804 u. passim; Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968, S. 377. Zur Wirksamkeit Hans v. Raumer's für die industriefreundliche Kartellgesetzgebung der Weimarer Republik: P. Czada, Die Berliner Elektroindustrie, S. 275 und Interview v. Raumer.

- 205) Beispiel für die Elektroindustrie: Hans v. Raumer, Mdr, DVP, 1920-1930 für Wahlkreis 2, Bln., Reichsschatz-, bzw. Reichswirtschaftsminister der Kabinette Fehrenbach (VI.'20-V.'21) und Stresemann (IIX.'23-XI.'23), in Bln. zugl. Vorsitzender der parteiintern im Sinne eines "Wirtschaftsbeirates" fungierenden "Vereinigung für Handel und Industrie bei der DVP.". Von Raumer verfügte bis Ende 1930 über einen "reichlich bemessenen" und hauptsächlich von den Großfirmen Siemens, AEG, Osram und Bergmann alimentierten "Repräsentationsfonds". (Interview v. Raumer und Schriftwechsel zwischen v. Witzleben und Bücher (AEG), sowie Riehl (Bergmann) und Schlupmann (Osram), bzw. mit v. Raumer und C.F.v.Siemens September 1929 bis November 1930, SAA. 4/Lf 646, Kur. I.).
- 206) Zur Regelung IWF./KfW. 1924 siehe oben, Anm. 203, S. 628. Spenden, die in den Inflationsjahren als laufende Zuwendungen des KfW. an die Parteien gingen (DDP., DVP., DNVP., Zentrum und Frauenverbände), stammten überwiegend von Berliner Großbanken, die zwischen Januar u. März 1921 in den KfW.-Vorstand kooptiert wurden - mit als Ausgleich f. die scheiternde Kooperation mit IWF. und Schwerindustrie. Am KfW.-Spendenaufkommen 1922 (insgesamt 1.235.000 Papiermark) waren die "Deutsche"-, die "Dresdner Bank" und die "Disconto-Gesellschaft" mit je 300.000 M. - zusammen knapp 75 % des Gesamtspendenaufkommens - beteiligt. Beim KfW.-Spendenaufkommen für 1923 entfielen bis Juni 1923 vom Gesamtergebnis von 22.200.000 M. allein 22.000.000 M. auf die Großbanken ("Deutsche Bank" 7, "Commerzbank" 5 und "Dresdner Bank" 10 Papiermark-Millionen). (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Dir. Paul Mankiewitz, "Deutsche Bank", 14.I.'21 an C.F.v.S.; KfW. 3.II.'21 an Mankiewitz; KfW. 3.II.'21 an Dr. Eduard Mosler, Geschäftsinhaber "Disconto-Gesellschaft"; Mosler 3.II.21 an KfW.; Otto Becker für KfW. 12.VII.'23 an Carl Schaller, Julius Pintsch-AG.,

Es war unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß potente Firmen, wie die dem Kuratorium erst 1921 beigetretenen Berliner Großbanken,²⁰⁷ aber auch die im KfW. von Anfang an besonders aktiven Unternehmen der chemischen und der Erdöl-Industrie²⁰⁸ nun an Absprung dachten und danach, - seit 1928 - zu einer getrennten, direkten Förderung von einzelnen, auf die Firmen-

Anmerkungsübertrag, Anm. 206), S. 631

Bericht über die Sitzung des KfW-Vorstandes vom 16.VI.1923. (SAA. 4/Lf 646, Kur. II., Briefkopien).

- 207) "Ergänzung des Kuratoriums durch Vertreter der Banken und des Handels" wurde auf der Sitzung des KfW-Vorstandes vom 13.I.'21 beschlossen. In der Folge Kooptierung der "Deutschen Bank", der "Dresdner Bank", und der "Disconto-Gesellschaft" - vgl. oben, Anm. 206, S. 631. Im KfW.-Vorstand 1921 ebenfalls vertreten: "DANAT"-Bank und "Commerz- und Privatbank" (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Franke an C.F.v.S., 17.I.'21 und Mitgliederliste). Die Geldinstitute schieden aus der gemeinsamen Arbeit mit dem KfW. 1928 aus. Ihr Beitritt signalisierte 1921 eine vom Geschäftsführer des KfW., Unterstaatssekretär a.D. Franke, sorgsam eingeleitete Neukonzipierung der politischen und propagandistischen Arbeit des KfW., die u.a. die systematische Bereisung der Provinzial- und Regionalorganisationen der bürgerlichen Parteien vorsah und auf den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von KfW-verbundenen Parallelorganisationen innerhalb der Parteien in Gestalt von industriellen "Beiräten" und "Arbeitsausschüssen" abzielte. Zur Bereisung "sämtlicher Provinzialverbände" der DDP war es C.F.v.Siemens sogar gelungen, den amtierenden Hauptgeschäftsführer der Partei, Robert Jansen, zu gewinnen, der für diese delikate Aufgabe mit 20.000 M. abgefunden wurde. Ein idealtypischer Fall der Mediatisierung von Verbandsloyalität innerhalb der Parteibürokratie. Mit der gleichen Mission wurde für ein Probejahr das Vorstandsmitglied der "Julius-Pintsch-AG.", Carl Schaller in der DNVP betraut. Schaller hatte es bereits im Januar 1919 übernommen, für die Belange des KfW. sich in DNVP-Vorstandsgremien delegieren zu lassen. Für die neuerliche Aufgabe wurde ihm vorläufig ein Fixum von 75.000 M. eingeräumt. (SAA. 4/Lf 646, Kur. II., Briefkopien, C.F.v.S. 28.IV.'21 an Franke u. C. Schaller, sowie am 2.V.'21 an Franke und Zahlungsauftrag f. R. Jansen vom 15.VII.'21).

- 208) Ausfall der "AGFA" 1925 durch Einbeziehung in die neu entstehende "I.G. Farbenindustrie-AG.", die ihre Parteienförderung eigenständig betrieb. Ausscheiden der "Deutschen Erdöl-AG." (DEA) und der "Oberschlesischen Kokswerke und Chemischen Fabriken AG." 1928. Danach noch beim KfW: die "Rütgerswerke-AG.". Dagegen konnte das KfW. im Februar 1919 konstatieren: "daß von der chemischen Industrie Berlins sich ... keine einzige Firma (von Spenden und Mitarbeit) ausgeschlossen hat". (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., C.F.v.S. 14.III.'28 an E. Brandt Vorstandsmitglied der "Vereinigten Stahlwerke"; undatierte Überweisungsaufstellungen "Aktennotiz betr. Kuratorium" vom 28.IIX.'30 und Brief KfW., 1.II.'19 an die "Chemische Fabrik Max Elb" in Dresden.).

und Branchenbelange nachhaltiger verpflichtbaren parlamentarischen Interessenvertretern übergangen.²⁰⁹

An der Schwelle zur Weltwirtschaftskrise unterstützten daher das KfW.

- abgesehen von den beiden Berliner Groß-Konzernen der Elektroindustrie - nur noch wenige bedeutendere Einzelfirmen.²¹⁰ Aber selbst die Elektro-Häuser Siemens und AEG erwogen nun den Rückzug.²¹¹ Von der Beförderung der im KfW. in der Gründungszeit so häufig beschworenen "allgemeinen Interessen"

209) 1928 beschlossen die dem KfW. verbundenen Banken und Unternehmen der chemischen Industrie dieses Verfahren, "weil sie meinten, daß dadurch den Betreffenden klarer zu Gemüte geführt wird, aus welchen Kreisen sie unterstützt werden". (C.F.v.S., 11.IV.1928 an Geheimrat Bücher, AEG, 4/Lf 646, Kur. I.). Die Förderung von "Haus-Kandidaturen" war in der Weimarer Republik auch bei anderen Unternehmen und Branchen nichts Ungewöhnliches. So unterstützte die "IG.-Farben-AG." u.a. den DVP-Abgeordneten Wilhelm Kalle und den DNVP-Parlamentarier Jacob Hasslacher; aus der DDP den Reichstagsabgeordneten Hummel und beim Centrum Clemens Lammers. Vgl. Richard Sasuly, IG Farben, Bln. (DDR), 1952, S. 87; Louis P. Lochner, Die Mächtigen und der Tyrann, S. 135; Hans Radandt (Hrsg), "Fall 6" - Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, Bln. (DDR), 1970, S. 21. Regelmäßige Zuwendungen "an 5 Abgeordnete" auch bei der "Junkers Flugzeugwerk-AG." in Dessau, sowie bei der "Deutschen Lufthansa-AG." (David Irving, Die Tragödie der deutschen Luftwaffe - Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Erhard Milch, Frankfurt./M.-Bln. 1975, S. 44 f., 48, 397 f.).

210) Die Mittel, die das KfW. für den Reichstagswahlkampf 1928 einsetzen konnte, wurden von insgesamt 28 Firmen gegeben. Bei einem Gesamtaufkommen von 326.000 M. entfallen die Großspenden von über 5.000 M. auf nur 8 Einzelfirmen, darunter führend die Elektro-Großindustrie (Siemens, AEG, Osram, Bergmann, "Accumulatorenfabrik-AG" /ÄFA/, Julius Pintsch-AG). Sie bringen mit 202.000 M. etwa 62 % des Gesamtspendenaufkommens ein. Dagegen sind die 8 spendenden Firmen des Berliner Maschinenbaus alle mit Spenden unter 5.000 M. vertreten und leisten insgesamt mit knapp 20.000 M. nur ca. 6 % der Gesamtsumme. Die Chemie- und Erdölfirmen "DEA", "Rütgerswerke", "Olex" und "Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken AG.", Bln., bestreiten zusammen 70.000 M., etwa 21 % des Gesamtaufkommens. Für die Teilsumme war jedoch eine feste Bindung der Verwendung von den Spendern vorgeschrieben, ein Teil der von der Chemie seit 1928 gegenüber dem KfW. praktizierten Selbständigkeit. (Berechnet nach Spendenlisten zur Reichstagswahl von 1928 in SAA. 4/Lf 646, Kur.I.).

211) "Eine Unterstützung der Parteien" sei "unzweckmäßig"; man tue besser, "die Mittel einzelner Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen", meinte Hermann Bücher (AEG) im Sommer 1930. Ähnliche Option, da "im Firmeninteresse wirksamer" auch bei C.F.v.Siemens (Bücher 6.IX.'30 an C.F.v.S.; Bericht Ludwigs von Winterfeld, Vorstandsmitglied SSW. in "Aktennotiz betr. Kuratorium" v. 28.IX.'30, SAA. 4/Lf 646, Kur. I.). Der Meinungsaustausch galt den im September anstehenden Reichstagswahlen; Beschluß,

von Handel und Industrie konnten sie sich in dieser Lage kein rechtes Interessenäquivalent mehr versprechen, scheuten darum den personellen und materiellen Aufwand²¹² und verzichteten ab 1929/30 vorläufig ganz auf ein weiteres, abgesprochenes materielles Engagement in der industriellen Parteienarbeit.²¹³

Nach einem letzten, stark improvisierten und vergleichsweise erfolglosen Einsatz bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen vom November 1929²¹⁴ stimmten daher die noch im Führungskreis des Kuratoriums verbliebenen Mitglieder für

Anmerkungsübertrag, Anm. 211), S. 633

die Restgelder des KfW. auf DDP, bzw. "Staatspartei", DVP., DNVP. und die neue "Konservative Volkspartei" unter Treviranus in Höhe von jeweils 24.000 M. zu verteilen. Die "Wirtschaftspartei" erhielt 6.000 M., ein geringerer Betrag ging an den "Reichsbürgerrat". (ebda.).

- 212) Die Beiträge des Siemens-Konzerns und der AEG (beide ohne Tochtergesellschaften) zum Reichstagswahlfonds des KfW. von 1928 (Gesamtergebnis: 326.000 M.) erreichten mit 100.000, bzw. 60.000 M. jeweils rund 31 %, bzw. 18 % des Gesamtfonds, von dem für die Wahlen 260.000 M. verbraucht wurden (Errechnet nach den oben, Anm. 204, S. 631, zitierten Unterlagen. Für Korrespondenzen, Parteienkontakte, für Spendeninkasso- und Verteilung waren für das KfW. zwischen 1918 und 1929/30 neben Beamten und Angestellten des "VBMI" vor allem Siemens'sche Firmenbeamte und Vorstandsmitglieder (Finanzverwaltung, Sozialpolitische Abteilung, Sekretariat C.F.v.Siemens) tätig.
- 213) Unmittelbare Firmenzuwendungen an die Parteien sind - vereinzelt u. i. nicht erheblichem Umfang - beim Siemens-Konzern u.a. auch schon bei den Reichstagswahlen von 1920, 1924 und 1928 nachweisbar. Sie betrafen i. d. Regel das gleiche Parteienspektrum wie beim KfW. Die Förderabstinenz der Jahre 1931/32 schwemte eine Flut von Bittstellerbriefen der Parteien in die Konzernverwaltung: geschwätzig, penetrant und lästig. (SAA. 4/Lf 670, Politische Parteien, Korrespondenzen Staatspartei, DVP., DNVP 1931/32; Beispiele abgelehnter Bitten bei der DNVP: DNVP-Schatzmeister, Mitglied des Parteivorstandes und Geschäftsf. des "Arbeitsausschusses deutscher nationaler Industrieller" K.A. Scheibe 11.IX.'31, 2.VI., 2.VII., 3.X.'32; Finanzkuratorium DNVP.-Landesverband Berlin 11.X., 18.X.'32).
- 214) Spenderkreis fast identisch mit dem von 1928. Ergebnis: 130.000 M. Verteilt an DNVP: 33.000 M., an DVP. 36.000 M., an DDP. 20.000 M.; Wirtschaftspartei: 15.000 M., Reichsbürgerrat: 5.000 M. Die Arbeit für die Wahlen am 18.XI.1929 begann das KfW spät - im Oktober, als die Wahlliste der Parteien im wesentlichen bereits abgeschlossen waren. Die organisatorische Leitung lag weitgehend beim "VBMI.". Die Spenderbetriebe wurden von industriellen Vertrauensleuten kontaktiert. Das politische Resultat der Aktion war bescheiden: Dämpfung des innerbürgerlichen Parteienkampfes auf Bezirksebene Listenverbindungen zwischen DDP., DVP., Zentrum und "Wirtschaftspartei" einerseits und DNVP und rechten Splitterparteien andererseits zur Bindung von "Reststimmen", und ein - vor allem bei der DDP - nicht unumstrittenes gemeinsames Wahlplakat "Gegen kommunale

die Auflösung der Organisation.²¹⁵ Kurzfristige Wiederbelebungsversuche, die es angesichts der drohenden NS-"Machtübernahme" noch einmal an der Wende von 1932/33 sowohl beim "Reichsverband der Deutschen Industrie"²¹⁶ wie bei der von Carl Friedrich von Siemens vertretenen Berliner Elektro-Großindustrie

Anmerkungsübertrag, Anm. 214), S. 634

Mißwirtschaft! Gegen Marxismus und Bolschewismus!", das vom KfW. finanziert und in 10.000 Exemplaren am Vorabend der Wahl in Berlin angeschlagen wurde. Die erstrebte anti-marxistische bürgerliche "Einheitsfront" kam nicht zustande. Der Tenor der Besprechungen des KfW. mit den Parteien vor und nach dem 18.XI.'29 macht deutlich, daß es dem KfW. darauf ankam, parlamentarisch den Boden für eine umfassende Entkommunalisierungs-offensive gegen die städtischen Betriebe vorzubereiten. (Protokolle der Treffen KfW./DDP., DVP., DNVP., Wirtschaftspartei vom 10.X., 18.X., 25.X., 1.XI. und 18.XII.'29 in SAA. 4/Lf 646, Kur. I.; Kritik an der Plakatierungskation: Berliner Tageblatt, Nr. 544, 17.X.1929, "Ein Wahlplakat"; zur Entkommunalisierungsfrage: Otto Büsch, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft ..., S. 185-222; Friedrich C.A. Lange, Groß-Berliner Tagebuch, Bln. 1951, S. 133-136, 158 ff., 169).

215) Vgl. oben, Anm. 202, S. 628.

216) Im Auftrage seines Schwagers, des RDI-Vorsitzenden Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, hatte Tilo von Wilmowsky bereits im März 1932 bei C.F.v.Siemens für die Stützung einer neuen, bürgerlichen Sammlungs-gruppierung, "einer einflußreichen, auf sachliche Arbeit eingestellten Partei zwischen dem nationalsozialistischen Flügel und dem Zentrum" geworben. Er regte an, darüber "zunächst im kleinen Kreise" mit Carl Bosch (IG-Farben), Fritz Springorum (Hoesch-AG., 1. Vors. des "Langnamvereins"), Paul Reusch ("Gute-Hoffnungs-Hütte", "Langnamverein") Albert Vögler und Paul Silverberg ("Rheinische Braunkohlenindustrie AG.") zu beraten. (SAA. 4/Lf 670, Politische Parteien, Wilmowsky an C.F.v.S., 18.III.1932). Das Projekt gehörte zu den Überlegungen, mit denen Vertreter der westlichen Eisen- und Stahlindustrie und Teile der RDI-Führung nach Alternativen zum Hugelberg'schen Kurs der DNVP und zur NSDAP suchten. Vgl. Klaus Peter Hoepke, "Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen groß-industriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei", in: Industrielles System ..., S. 907-919, spez. S. 917; zur Rolle des "Langnamvereins" als eines "schwerindustriellen Reichsverbandes im Reichsverband" [d. dtn. Industrie, HMB.7], sowie der Position von Reusch und Springorum ab 1924/5: Weisbrod, "Form schwerindustrieller Interessenvertretung", ebda., S. 688-691. Siemens teilte die Kritik der westlichen Industriellen an Hugenberg und forderte im September 1932 von der DNVP., sie solle "ihren Apparat" in den Dienst der "wichtigsten Aufgabe" stellen, "eine Auffangorganisation für all' die vielen Stimmen zu schaffen, die bei der nächsten Wahl weder die Nationalsozialisten, noch die Marxisten unterstützen wollen". Die Partei müsse ferner "Menschen aufstellen, die bisher [ihr]... ferngestanden haben". Hugenberg solle sich der Sache selbst opfern, damit "freudiger für die DNVP" geworben werden könne. (SAA. 4/Lf 670, C.F.v.Siemens am 23.IX.'32 an Hermann Ritter, "Brinkmann-AG.", Bremen). Im Sinne einer solchen rechtsbürgerlichen Sammlungspolitik

gegeben hat,²¹⁷ und die, zumindest in Berlin, offenbar einer letztmaligen Stützung der nichtnationalsozialistischen bürgerlichen Parteien gelten

Anmerkungsübertrag, Anm. 216), S. 635

scheint Siemens dann auch Gespräche mit dem RDI-Geschäftsführer Jacob Herle geführt zu haben, wobei Siemens Herle die Programmrede des KfW. vom Februar 1919 zugehen ließ. (Ebda., v. Witzleben 22.X.1932 an J. Herle, vgl. auch unten, Anlagen, S. ...). Was Turner und Weisbrod für die Parteienarbeit von Kohle, Eisen und Stahl - vermittelt über die "Nordwestliche Gruppe" des VDEST, über "Langnamverein", Zechenverband, Bergbauverein und Sonderorganisationen und Verbindungsstellen ermittelten: weitgehende Selbständigkeit gegenüber dem RDI seit Mitte der 1920er Jahre, traf augenscheinlich auch auf die Tätigkeit des KfW. vor dem Treffen Herle - von Siemens im September 1932 zu. Dafür spricht die offizielle RDI-Anfrage von Ende Oktober 1929, mit der sich der Reichsverband vom "Reichskuratorium für wirtschaftlichen Wiederaufbau" (sic!) wegen "Anfragen aus Mitgliederkreisen" nun "nähere Informationen über Ihre Organisation" erbat und auf gelegentliche mündliche Unterrichtung verwiesen wurde. (Dr. Bernhard Döring, RDI-Geschäftsführung, 25.X.'29 an KfW; v. Witzleben 28.X.'29 an Döring, SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. A-J.). Vgl. Turner, Verhältnis ..., a.a.O., S. 928; Weisbrod, Schwerindustrielle Interessenvertretung, a.a.O., S. 689 ff.

- 217) Im Herbst 1932 gab es beredte Analogien zum KfW.-Werbe- und Aktionskonzept von 1918/19. Bei einer von A. Vögler, F. Springorum, C.F.v. Siemens und dem Seidenfabrikanten Abraham Frowein (Bemberg-Konzern, stellv. Vors. des RDI) einberufenen Industriellenberatung zur Frage der "zentralen Zurverfügungstellung von Mitteln" für die Reichstagswahlen vom 6.XI.'32 wurde am 19.X.'32 im "Club von Berlin" das Problem der dauerhaften "Zentralisierung der seitens der Industrie aufgebrachten Wahl- und Parteiunterstützungsgelder" vertagt. Beschlossen wurde dagegen, sofort - unabhängig von den Spitzenverbänden - einen zu 50 % noch vor den Wahlen verfügbaren 2-Millionen-Fonds über persönliche Werbungen aufzubringen; ihn treuhänderisch einem Kuratorium - zunächst C.F.v.Siemens, F. Springorum und W. Tischbein ("Continental-Gummiwerke-AG.", Hannover) - zu unterstellen und die Geschäftsführung dem Berliner Büro der "Guten-Hoffnungs-Hütte" unter Dr. M. Blank anzuvertrauen. In Berlin übernahm Siemens die Verbreitung des Entschlusses durch ein mit dem RDI abgestimmte, zentrale Werbeschreiben. Der VBMI steuerte Adressenmaterial, Auskünfte und Informationen auch E.v.Borsig und W.-D.v. Witzleben bei. Die Ergebnisse waren indessen bescheiden. Und offenbar auch der Informationsfluß vom Westen nach Berlin, wo Siemens nur über P. Reusch erfuhr, daß die Schwerindustrie über besondere Sammelstellen namhaft gespendet habe. Beim Berliner Büro Blank dagegen waren in Wochenfrist erst 130 M. eingegangen und 400 M. "angekündigt". Immerhin gab auch diesmal die Elektroindustrie. Verbürgt ist ein Beitrag der "AFA"-Accumulatorenfabrik von 2.000 M., wahrscheinlich bei Siemens

sollten,²¹⁸ wurden im Januar 1933 von der politischen Entwicklung überrollt,²¹⁹ und blieben insoweit Episode.

Unternehmer der Berliner Elektro-Großindustrie hatten, wie man abschließend wird urteilen können, mit dem KfW. 1930 ein Instrument der Parteienarbeit zur Seite gelegt, das ihnen politisch wohl nur im kritischen Winter von 1918/19 besonders wirkungsvoll zugute kam; ihnen damals zugleich die Ausgangslage für alle Verhandlungen mit der Schwerindustrie zunächst noch wesentlich verbesserte, später jedoch gerade in dieser Hinsicht kaum mehr zu den effektiv einsetzbaren Machtressourcen der Elektroindustrie zu zählen

Anmerkungsübertrag, Anm. 217), S. 636

20.000 M. und bei Osram 3.000 M. Nach dem enttäuschenden Resultat und dem erneut - und für die Weimarer Republik definitiv - dokumentierten Fehlschlagen einer engeren und dauernden Kooperation von Schwerindustrie und Elektro-Konzernen in der Parteienarbeit schwand bei Siemens auch das Interesse, mit Herle den im September 1932 angespannenen Faden wieder aufzunehmen. Umfragen, die der RDI-Geschäftsführer noch nach der Reichstagswahl vom 6.XI.'32 bei Unterverbänden des RDI "streng vertraulich und persönlich" über die seitherige und mögliche künftige Parteienarbeit betrieb, blieben unbeachtet. (v. Witzleben, 22.X.'32 an Herle, Anlage: Handelskammerrede vom 4.II.'19; Rundschreiben C.F.v.Siemens vom 24.X.'32 "Betrifft Wahlen am 6.XI.1932"; VBMI-Geschäftsführung, 21.X. an E. von Borsig, Adressen; "AFA", 29.X.'32 an C.F.v.S.; P. Reusch, 25.X.'32 an C.F.v.S.; Blank, 1.XI.'32 an v. Witzleben; Witzleben am 2.XI.'32 an Blank; Herle, 29.XI.'32 an C.F.v.S.; Witzleben 1.XII.'32 an Herle; Herle 18.I.'33 an C.F.v.S., SAA. 4/Lf 670, Politische Parteien).

218) Ein Einheitstext unterrichtete zwischen 25.X. und 1.XI. die DNVP, DVP. und Staatspartei darüber, daß sich der Siemens-Konzern entschieden habe, Mittel zur Unterstützung der Reichstagswahlen "auf Grund eines aus der Wirtschaft an uns gelangten Appells" aufzubringen und "einem Kuratorium zur Verfügung zu stellen". Die Bittsteller wurden an das "Büro Blank" verwiesen. (25.X. an Stadtrat Steinhoff, DNVP., 1.XI. an Reichsminister o.D. Dietrich, Staatspartei, 1.XI. an Dr. Brunner, DVP, SAA. 4/Lf 670, Politische Parteien).

219) Letzter Spendenbittbrief von Otto Merten, Staatspartei, vom 28.II.'33 von Siemens abgelehnt am 1.III.'33. (Ebda.).

war,²²⁰ und darüber hinaus wohl zu keiner Zeit gänzlich dem Pathos und Anspruch gerecht geworden ist, den ihm der Gründungsseifer der Februarrede in der Berliner Handelskammer im Jahre 1919 mit auf den Weg gegeben hatte.

220) So auch Urteile früh aus dem KfW selbst: " ... alle Versuche des Kuratoriums /zur Vereinheitlichung der Parteienarbeit seien, HMB./ am Widerstand des IWF. gescheitert ..." Teils aus "politischen Tendenzen" beim IWF., wo man, anders als beim KfW., die bürgerlichen Parteien nicht paritätisch fördere. (C.F.v.S. 7.II.'23 an Ph. Wieland, SAA. 4/Lf 519, DDP). Charakteristisch für das KfW. in d. Tat die Streubreite der Subventionen und Ausschluß der NSDAP. Daneben gab es beim VBMI, auf dessen Dienstleistungen das KfW. angewiesen blieb, früh NS-Kontakte. Gegen die Opposition von AEG und Orenstein & Koppel, gestützt vom "Langnamverein" und der "Guten-Hoffnungs-Hütte" versorgte der VBMI-Vorsitzende E.v.Borsig vor dem 9.XI.'23 die NSDAP über den Münchner Polizeipräsidenten Ernst Pöhner mit Dollarschecks, übermittelt u.a. durch den Anwalt F. Detert und den Borsigdirektor und ehemaligen Waffenstudenten ("Vitruvia") Dr. Valentin Litz. Nach dem Hitler-Putsch versiegten diese Zuwendungen und die nun ablehnenden Kontaktpersonen, darunter auch Litz, wurden darum, sehr zu ihrem Bedauern, nach 1933 nicht mehr in die NSDAP aufgenommen. (Interview Uta Litz, Berlin; H. Radandt, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld, Bln./DDR., 1958, S. 8-13; die Detailschilderungen zum KfW. dort sind ungenau). Der KfW.-Subventionspolitik entsprach die krit. Haltung bei Siemens zur frühen NS-Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungspolitik. So zu deuten auch undotierter (1933) Begründungsentwurf von C.F.v.S. für die Demission vom Präsidium der "Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft"; ähnlich Briefe von 1934 an Paul Silverberg und 1935 an Steuernagel. 1934 heißt es zur Wirtschaftslage: " ... wir wissen ..., daß es keine rein natürliche Konjunktur ist, und man lebt daher immer unter dem Druck, daß die alten Finanzgesetze zum Schluß sich wieder melden werden". Strenger das Urteil von 1935: "Zweifelloos belasten wir nur die Zukunft, ob sie es tragen kann, weiß wohl keiner. Im Übrigen ist die Arbeitsbeschaffung auch durch Aufrüstung stark abgelöst worden. Sie hat aber mit wirtschaftlichen und finanziellen Überlegungen nichts zu tun ... Schwarz sehe ich ... auf dem Gebiete der wachsenden Einsicht und Erkenntnis, daß auch die öffentliche Hand ihren Unkostenetat der Produktion des Landes anpassen muß". (SAA. 4/Lf 561, Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (D.R.G.), Korr. III., C.F.v.S. "Entwurf - Sehr verehrter Herr Reichskanzler!"; C.F.v.S. 21.XII.'34 an P. Silverberg; SAA. 4/Lf 562, D.R.G., Gründung, allg. Personalien, C.F.v.S., 28.XII.'35 an Steuernagel, Bestätigung des Urteils von Sohn-Rethel: "Wen es unter den Hitler-Regime nach unverhohlener Kritik an den Nazis und der Regierung verlangte, der konnte in den Kreisen der Siemens-Direktion seine Freude erleben ... schwärzere Prognosen für die Hitlerwirtschaft waren auch im Pariser Tagebuch Dr. Schwarzschilds kaum zu finden". (Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt./ 1973, S. 56.)). Den Hinweis auf Sohn-Rethel verdanke ich Herrn Rainer Rotemund, Nürnberg.

a) A N L A G E N V E R Z E I C H N I S:

Dokument Nr.

- I / 1 : Gegen den Bismarckschen "Sozial-
bonapartismus":
Werner v. Siemens zu Vorlagen der
Arbeiterschutzesetzgebung - Gut-
achten f. Staatsminister Achenbach
vom 11. XI. 1880. 641 - 647
- II / 1 : "Sammlungspolitik" im November
1918:
C.F. v. Siemens an Walther Rathe-
nau zur Entstehung und Funktion des
"Demokratischen Volksbundes" (25.
XI.1918). 648 - 652
- III / 1 : Die "Zentralarbeitsgemeinschaft"
als Hebel zur Umbildung der indu-
striellen Spitzenverbände 1918/19
Bericht von Dr. Max Fischer (Zeiss-
Werke/Jena) über die Einigungsver-
handlungen zwischen CDI und "Bund
der Industriellen" am 2./4.II.1919
in Jena. 653 - 656
- IV / 1 : Vorgaben der Parteienarbeit der
Industrie - der "Industrielle Wahl-
1a: fonds" (IWF.) des CDI:
Tagebucheintragungen des Reichs-
tagsabgeordneten Eugen Schiffer zur
Aktivität des IWF im Sommer 1917
(Eintragungen 12.VII., 6.IX.1917) 657 - 661

541
b) A N L A G E N:

Anlage Nr.: I

Dokument Nr.: 1

Stellungnahme Werner von Siemens' zur
Bismarckschen Arbeiterschutzgesetzgebung

Schriftwechsel Staatsminister Achenbach -
Werner von Siemens Oktober/November 1880

G u t a c h t e n¹
über

- 1.) den Gesetzentwurf betreffend die Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Betrieben vorkommenden Unfälle,
- 2.) den Entwurf von Vorschriften, betreffend den Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit

Die beiden Entwürfe haben ersichtlich den Zweck, den Arbeiter gegen gewissenlose Ausbeutung seiner Arbeitskraft, namentlich gegen Gefährdung von Leben und Gesundheit durch mangelhafte Einrichtung der Arbeitsstellen und Mangel an Fürsorge seitens der Arbeitgeber zu schützen. Die beabsichtigte Gesetzgebung beschränkt sich dabei auf "Fabriken und ähnliche Betriebe", welche Arbeiter in geschlossenen Räumen beschäftigen, oder in welchen "durch

1) SAA. 2/Lg. 316 (1874-1882): Schriftwechsel mit Behörden. Unterstreichungen im handschriftlich abgefaßten Original.

elementare Kraft bewegte Maschinen Verwendung finden".

Es wird mithin keine allgemeine Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter beabsichtigt, sondern eine Spezialgesetzgebung zum Schutze einer bestimmten Kategorie derselben, der sogenannten Fabrikarbeiter. Es tritt dem sofort eine große Schwierigkeit entgegen, nämlich die bestimmte Abgrenzung derjenigen Arbeiterkategorien welche der Wohlthat dieser Gesetzgebung theilhaftig werden sollen. Daß diese Schwierigkeit bei der Aufstellung der Gesetzentwürfe schon als eine nicht prinzipiell zu lösende erkannt ist, ergibt sich schon aus den Überschriften derselben. - Der Gesetzentwurf über die Anzeigepflicht übergeht es ganz, den Begriff "Fabrik" festzustellen, erweitert ihn aber dadurch, daß er außer für "Fabriken" auch für "ähnliche Betriebe" die Anzeigepflicht feststellt. Ferner soll sie für Steinbrüche und solche nicht unter den Begriff "Fabrik" fallende Betriebe gelten, in denen Dampfkessel oder durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen. Ferner bei Hüttenwerken, Bauhöfen, Werften und der Ausführung von Bauten.- Der "Entwurf von Vorschriften" erstreckt sich auf ein wesentlich engeres Gebiet. Er soll gelten,

- A) für Fabriken, welche Arbeiter in geschlossenen Räumen beschäftigen, und
- B) für gewerbliche Anlagen, in welchen durch elementare Kraft bewegte Maschinen Verwendung finden.

Es sind die Schutzvorschriften daher auf die geschlossenen Fabrikräume beschränkt und sie erstrecken sich auch nicht auf die "ähnlichen Betriebe", ferner nicht auf Steinbrüche, Gräbereien, Betriebe mit Dampfkesseln, Hüttenwerken ect. und Bauten.

Erklärlich ist diese verschiedene Ausdehnung des beabsichtigten Arbeiterschutzes nur durch die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, überhaupt eine solche Abgrenzung vorzunehmen. Schon der im Gesetzentwurfe über die Anzeigepflicht als selbstverständlich angenommene Begriff "Fabrik" ist durchaus schwankend. Der Sprachgebrauch giebt keinen Anhalt für denselben, denn jeder größere Handwerker nennt sich jetzt Fabrikant. Es giebt Schuh-, Kleider-, Handschuh-, pp-Fabriken - und manche derselben verdienen den Namen durch die Größe der Einrichtung und den Umfang des Geschäftsbetriebes auch vollkommen. Wo ist aber eine Grenzlinie zu erkennen, die die Behörde, das Publikum und schließlich den Richter über die Anwendbarkeit des Gesetzes belehrt? Auch die Anwendung von Elementarkraft ist kein Merkmal für eine Fabrik und überhaupt für einen größeren Betrieb mehr. Seit glücklicher Weise durch billige kleine Wasserkraft,- Luftdruck,- Gas,- heiße Luft und elektrische Maschinen die Elementarkraft auch dem Kleingewerbe dienstbar gemacht ist und dadurch das frühere Privilegium der größeren Fabrikbetriebe durchbrochen ist, bildet die Anwendung von Elementarkraft keine Grenze mehr für eine gesetzliche Bestimmung. Es ist doch gewiß nicht beabsichtigt, eine Näherin, die ihre Nähmaschine mit einem Wasser- oder elektrischen Motor winziger Größe und Leistung antreibt, unter das Anzeigepflichtgesetz zu bringen oder sie zu verpflichten, alle bewegten Theile auf 1,5 m Höhe zu verkleiden ect. Von dem Elementarkraftbetriebe der Näherin oder der Wäscherin, die ihre Waschmaschine durch Elementarkraft drehen läßt, geht aber eine kontinuierliche Steigerung zum Kleingewerbe, zum Großhandwerk, bis zu den Maschinenungeheuern mancher Großindustriestämme. Eine Grenze, wo die Fabrik oder der "ihr ähnliche Betrieb" anfängt, ist unmöglich allgemeingültig

festzustellen, und wo eine solche noch besteht, ist sie lokaler Natur und wird sich mit der als größte Wohlthat und Schutz gegen die schädliche fortschreitende Konzentration der Gewerbethätigkeit in wenigen großen Fabriken zu begrüßenden und fördernden allgemeinen Anwendung von Elektromotoren im kleinen und mittleren Gewerbebetrieb sicher bald ganz verwischen.

Die willkürliche Feststellung einer solchen Grenzlinie, die dann nur auf Zahlenwerthen für die Größe des Betriebes, der verwendeten Motoren und anderer Betriebseinrichtungen beruhen könnte, würde von der unübersehbaren Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit des Gewerbebetriebes und der lokalen Verschiedenheit derselben scheitern oder doch bald als unhaltbar erkannt werden. Gegen die Feststellung einer solchen willkürlichen Grenze für den Fabrikbetrieb und den Erlaß besonderer gesetzlicher Schutzbestimmungen für die Arbeiter derselben sprechen aber auch noch gewichtige sachliche Gründe. Es hat unzweifelhaft zur Entwicklung der sozialdemokratischen Gesinnung in den Arbeiterkreisen viel beigetragen, daß die Fabrikarbeiter als eine besonders zu schützende, besonders ausgebeutete und unglückliche Menschenklasse hingestellt wurden, und zwar nicht allein in der Literatur, sondern auch durch die Anordnungen und Schutzvorschriften der Behörden. Dem einfachen Arbeiter konnten geschickte Organisatoren leicht den Glauben beibringen, daß dem so wäre, da die Regierung selbst es ja durch den besonderen, ihnen gewährten Schutz anerkannte! Und doch wird jeder, der die Arbeitsverhältnisse gründlicher und auf breiterer Basis studiert hat, zu der Überzeugung gelangen, daß der Arbeiter in den größeren Fabriken durchschnittlich besser gestellt ist und daß für sein Wohl und sein Interesse in denselben mehr gesorgt wird wie im Kleingewerbe und den nicht unter den Begriff "Fabrik" fallenden Unternehmungen. Es ist das ja

auch ganz natürlich, da der auf Arbeitstheilung begründete Fabrikbetrieb ein größeres Interesse an einem bleibenden Arbeiterstande hat, wie das Kleingewerbe, das Baugewerbe, die Hausindustrie, der Bergbau, die Landwirtschaft pp., da der auf Spezialarbeiten, die in jeder Fabrik verschieden sind, eingeübte Arbeiter unvergleichlich viel mehr und Besseres leistet, wie der Neuling. Auch die Gefahr für Leben und Gesundheit ist in den eigentlichen Fabriken, wie statistisch feststeht, durchschnittlich geringer wie in der Mehrzahl der übrigen gewerblichen Betriebe. Warum unter diesen Umständen die Reichsgesetzgebung nicht allen Arbeitern gleiche Fürsorge widmen sollte, wie den Fabrikarbeitern, ist nicht zu erkennen, und muß dies auch die Arbeiter selbst irreführen. Der Erlass besonderer Arbeiterschutzbefehle für die Fabriken hat ferner den Nachtheil, daß die Fabrikanten sich mit strikter Ausführung der Schutzvorschriften begnügen würden, anstatt fortwährend bestrebt zu sein, die Schutzeinrichtungen zu verbessern und den wechselnden Arbeitsverhältnissen anzupassen. Endlich ist die Furcht nicht unbegründet, daß die polizeiliche Bevormundung, das Denunziantenwesen, in den Fabriken groß ziehen und die nöthige Ordnung und Disziplin stören wird. Die Gesetzentwürfe selbst sind schon vielfach durch technische Vereine der Beurtheilung unterzogen. Namentlich ist der Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit unter Mitwirkung des Verfassers vom hiesigen "Vereine zur Beförderung des Gewerbefleißes" eingehend berathen und begutachtet. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die meisten Vorschriften nicht allgemein durchführbar sind, daß sie den Gewerbebetrieb in hohem Grade belasten und erschweren würden, ohne den Arbeitern wesentlichen Nutzen oder größere Sicherheit zu bringen. Sollten diese Vorschriften Gesetz werden, so würde sich die Nothwendigkeit von so vielen Ausnahmebestimmungen sofort gebieterisch herausstellen, daß dadurch das ganze Gesetz illusorisch würde.

Der Entwurf über die Anzeigepflicht hat einer solchen speziellen Beurtheilung zwar noch nicht unterlegen, es sind aber auch bei ihm offenbar manche Bestimmungen undurchführbar. Die Anzeigepflicht jeder Beschädigung, die den Arbeiter veranlaßt, die Arbeit zu verlassen und den nächsten Tag nicht wieder zu kommen, ist schon aus dem Grunde nicht durchführbar, weil kleine Beschädigungen, die sich der Arbeiter häufig durch eigene Unvorsichtigkeit zuzieht, von demselben häufig verheimlicht werden und in der Regel erst durch die Krankmeldung des Arbeiters zur Kenntniss des Fabrikleiters kommen. Da Arbeiter öfter - namentlich nach Empfang des Wochenlohnes - ohne Anzeige Tage lang oder auch ganz von der Arbeit fortbleiben, so können mehrere Tage vergehen, bis der Fabrikleiter Kenntniss von einer solchen kleinen Verletzung erhält. Es kann mithin die Anzeige nicht immer schon vor Ende des zweiten Tages gemacht werden. Es ist übrigens auch kein öffentliches Interesse erkennbar, warum solche kleinen Verletzungen ex officio zur Kenntniss der Polizei gebracht werden sollen. Dem beschädigten Arbeiter bringt es keinen Nutzen, sondern Nachtheil, da die Aufseher in den Fabriken immer geneigt sind, ungeschickte und unvorsichtige Arbeiter zu entlassen und dies allgemein geschehen würde, wenn jede kleine Beschädigung schriftliche Berichte an die Behörde und polizeiliche Recherchen im Gefolge hätten. Übrigens geben die Meldungen der Arbeiter bei den Krankenkassen Gelegenheit genug, eine Kontrolle über die Häufigkeit des Vorkommens solcher kleinen Beschädigungen auszuüben.

Es soll mit Obigem nicht behauptet werden, daß Vorschriften und Aufsicht führende Organisationen zum Schutze der Arbeiter überhaupt unnöthig wären. Für manche gefährliche Fabrikationszweige sind sie nothwendig. Diese sind aber immer lokalisiert und es würden daher solche Spezialvorschriften mehr der Landes- wie der Reichsregierung zustehen. Im Reichsinteresse kann es

auch kaum liegen, die Reichsbehörde mit der Gewerbepolizei zu belasten, namentlich, wenn sie im Sinne der Entwürfe nur einen unsicher begrenzten Theil der gewerblichen Thätigkeit umfaßt. Dagegen ist es als Aufgabe der Reichsgesetzgebung zu erachten, das Arbeitsverhältnis im Allgemeinen zu regeln und durch gesetzliche allgemeine Vorschriften die Arbeitnehmer gegen gewissenlose Ausbeutung und Schädigung durch den Arbeitgeber zu schützen. Durch Vorschriften und überhaupt durch Präventionsmaßregeln wird sich dies schwerlich erreichen lassen. Weitere Ausdehnung des Haftgesetzes auf alle Arbeitgeber, dahin gehend:

"Daß jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, bei den Geräthschaften und Einrichtungen, mit denen er seine Arbeit ausführen läßt, sowie bei der Leitung der Arbeiten alle Vorsichtsmaßregeln zur Erhaltung von Leben und Gesundheit der Arbeiter in Anwendung zu bringen, welche Wissenschaft und Erfahrung vorschreiben, und eventuell Beschädigten Entschädigung zu gewähren,"
kann dies allein mit Erfolg bewirken.

Freilich wird eine gute Organisation der Urtheilfindung darüber, ob eine Vernachlässigung des Arbeitgebers an der Schädigung schuld ist und welche Entschädigung im bejahenden Falle dem Geschädigten zu zahlen ist, die nothwendige Bedingung für die gute Wirkung eines solchen Arbeitsschutzgesetzes sein. Den gewöhnlichen Gerichten wird sie nicht überlassen werden können, da eingehendes technisches Verstandnis zur Beurtheilung der Schuldfrage und genaue Kenntniss der Arbeiterverhältnisse zur Entscheidung der Entschädigungsfrage erforderlich sind.

Berlin, den 11. November 1880

Dr. W. Siemens.

Anlage Nr.: II

Dokument Nr.: 1

Brief Carl Friedrichs von Siemens an Walther
Rathenau vom 25.XI.1918 zur Entstehung des
"Demokratischen Volksbundes".¹

"...

Ich komme zurück auf unsere Unterhaltung vor wenigen Tagen in der Angelegenheit: "Demokratischer Volksbund" und möchte in einigen Worten, um irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen, Ihnen auch schriftlich meine Stellungnahme zu demselben ausdrücken.

Gelegentlich einer Unterhaltung in unserem Hause über die Frage, welche Stellungnahme und welche Schritte das Bürgertum zu den neuen Verhältnissen einnehmen sollte, hörte ich von Herrn Henrich,² daß eine ähnliche Unterhaltung tags zuvor zwischen Ihnen und einigen anderen Herren stattgefunden hätte, in welcher der Gedanke besprochen worden ist, durch einen Aufruf zu versuchen, das Bürgertum zu sammeln. Sie hätten übernommen, einen Aufruf zu entwerfen. Sie waren so freundlich, uns den Wortlaut telefonisch mitzuteilen. Einige Tage darauf trafen wir uns wieder, ich glaube mit den Herren von

1) SAA/Briefsammlung Heintzenberg, Bd. I., S. 139 ff, 142.

2) Otto Henrich, 1918/19 Mitglied des Vorstands der Siemens-Schuckert-Werke GmbH., später Vorsitzender des Vorstandes der SSW.

Borsig,³ Henrich und von Raumer⁴ und sprachen über das Vorgehen in der von Ihnen eingeladenen Versammlung. In der Zwischenzeit hatten Sie den Aufruf fertiggemacht, die Namen der Herren, die ihn unterzeichnen sollten, ausgesucht und sich mit ihnen darüber verständigt, ohne daß, soviel ich weiß, irgend jemand anderes dabei mitgewirkt hat. In dieser Besprechung waren wir uns einig, daß man versuchen sollte, das Bürgertum zusammenzuraffen, politisch stark vorbelastete Personen irgend einer Richtung sollten nicht im Vordergrund stehen, ebenso sollten weder Personen des Wirtschaftslebens noch irgend einer anderen Berufsart dominieren. Das einigende Moment sollte allein darin bestehen, daß das Bürgertum in den jetzigen Verhältnissen der neuen Regierung sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellen sollte, daß wir aber mit aller Macht die Einberufung der Nationalversammlung verlangen wollten und ferner, daß in der Zwischenzeit nur Gesetze erlassen werden sollten, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung, der Weiterführung des Wirtschaftslebens notwendig seien, daß wir dagegen gegen jede Gesetzgebung seien, die in aller Eile grundlegende Änderungen vornehmen wollte; dies sollte allein Aufgabe der Nationalversammlung und ihrer Nachfolgerin sein. Mit diesem Programm haben Sie sich ausdrücklich voll und ganz einverstanden erklärt.

3) Ernst von Borsig (1869-1933). Mit Henrich und von Raumer gehörte er zu den Architekten der ZAG. und verfügte 1918/19 über eine starke Stellung in der Arbeitgeberbewegung. Er war u.a. Vorsitzender des "Verbands Berliner Metallindustrieller" (VBMI), stellvertretender Vorsitzender des "Gesamtverbands deutscher Metallindustrieller" und Mitglied des Vorstands der "Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände"; in gleicher Position gehörte er dem "Verein deutscher Maschinenbauanstalten" an. Mit Wilh. von Siemens 1918 Mitglied des "Reichsausschusses" der deutschen Vaterlandspartei und 1916 beteiligt an der alldeutschen Pressearbeit. Vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 490 ff., 505.

4) Zu Hans von Raumer vgl. oben, S. 589 f.

Sie erzählten uns noch, daß Sie in der Versammlung die einleitenden Worte und nachher Naumann⁵ sprechen sollte. Wir rieten Ihnen, einen Vorsitzenden vorher zu bestimmen; Ihr Vorschlag war Naumann, wir glaubten, es sollte eine politisch neutralere Person sein, da es sich doch um eine Sammlungsaktion des ganzen Bürgertums handelte, konnten Ihnen aber keinen besseren Vorschlag machen.

In der Versammlung am Sonnabend konnte ich nur Ihre Ausführungen und die von Trölsch [sic]⁶ und Naumann hören, da ich dann abgerufen wurde. Diese Reden sprachen in keiner Weise gegen die oben skizzierten Grundsätze, ich weiß nicht, was sonst noch besprochen und beschlossen wurde, ich las nur den Aufruf in einer Zeitung, welcher durchaus denselben entsprach.

Sie können sich denken, daß ich daher außerordentlich überrascht war, von Ihnen zu hören, daß Sie die Fortführung auf den beschlossenen Grundsätzen nicht mehr übernehmen könnten, da Sie und Ihre Freunde - deren Namen Sie mir nicht nannten - stark angegriffen würden, daß Sie sich mit Reaktionären zusammengesgeschlossen hätten und dadurch Ihren früheren Grundsätzen untreu würden. Sie betonten in einer späteren telefonischen Unterhaltung nochmals, daß die Angriffe immer stärker und häufiger würden und eine schnelle Entschließung über die Fortführung notwendig wäre.

5) Friedrich Naumann (1860-1919) Mdr 1907-1912 u. 1913-1918 (Fortschrittliche Volkspartei). Im Weltkrieg Verfechter des "Mitteleuropa"-Gedankens. 1919 Vorsitzender der DDP und Mitglied der Nationalversammlung. Zu seiner Rolle im Gründungs- und Konsolidierungsprozeß der Partei: Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 33 f., 101.

6) Ernst Troeltsch, evangelischer Theologe, Philosoph, Historiker und Publizist (1865-1923). Mit F. Meinecke und L. Brentano 1914/18 in der Kriegsziel- und Reformdiskussion in der deutschen Innenpolitik gemäßigt-liberal (Delbrück-Kreis). Mitbegründer der DDP, Mitglied der preußischen Landesversammlung und 1919/21 Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium.

Sie frugen mich, ob Herr von Borsig und ich bereit sein würden, die Fortführung zu übernehmen, Sie hielten sich verpflichtet uns dies anzubieten, da wir zusammen über die Idee der Gründung gesprochen hätten, Sie und Ihre Freunde aber nicht mehr in diesem Rahmen mitarbeiten wollten und auf eine schnelle und klare Trennung dringen mußten. Falls wir nicht bereit sein sollten, so würden Sie das Instrument behalten und nach Ihren Ideen fortführen. Ich erwiderte Ihnen, daß ich nicht dazu bereit wäre und auch nicht glaubte, daß Herr von Borsig bereit wäre, es zu tun, doch mußte ich ihn natürlich zuerst fragen.

Ich habe Ihnen nach Rücksprache mit Herrn von Borsig dann mitteilen lassen, daß wir beide Ihren Vorschlag nicht annehmen könnten.

Ich möchte aber hiermit nochmals feststellen, daß die Gründung des "Demokratischen Volksbundes" aus Ihrer Initiative entstanden ist, daß Sie sämtliche Vorbereitungen, einschließlich der Auswahl der Personen, soviel ich weiß allein, jedenfalls ohne Herrn von Borsig's oder meine Kenntnis, getroffen haben; ich habe Ihnen nur aufgrund des obigen Programms: Nationalversammlung, vorher keine unnötige entscheidende Gesetzgebung, meinen Namen zur Verfügung gestellt. Auch die weitere Entwicklung lag in Ihrer Hand und den von Ihnen ausgewählten Personen. Wenn Sie also sagen, daß Sie und Ihre Freunde austreten mußten oder in dem von Ihnen geschaffenen Kreis nicht weiter tätig sein könnten, so kann das nicht an der Entwicklung des "Demokratischen Volksbundes" liegen, sondern daran, daß Sie das von Ihnen vor wenigen Tagen selbst entwickelte Programm zu verlassen glauben müssen.

Sie haben mir gesagt, daß Sie jetzt überzeugt sind, eine sozialistische Republik wird kommen, dies wäre ja, wie Ihre Schriften bewiesen, keine neue Ansicht, und Sie mußten daher von denen sich trennen, deren Einigung Ihnen für ein bestimmtes

kurzes Programm kurz vorher so sehr wichtig erschienen ist. Wir waren alle überzeugt, die Nationalversammlung hat zuerst zu sprechen, sie hat zu entscheiden, ob sozialistische Republik oder nicht. Vorher hat niemand das Recht, dem die Gerechtigkeit, das Wohl des Vaterlandes, die Aufrechterhaltung der Ordnung am Herzen liegt, einseitig vorzugehen.

Diesen Boden haben Sie verlassen. Ich kann dem "Demokratischen Volksbund" nicht länger angehören, wenn er sein altes Programm dem Geiste nach, in dem er geschaffen ist, aufgibt."

Anlage Nr.: III

Dokument Nr.: 1 .

Bericht des Direktors der Zeiss-Werke Jena, Dr. Max Fischer, vom 5.II.1919 an Robert Bosch, Stuttgart, über die Vorbereitung der Gründung des "RDI" auf dem "Vereinigungstreffen" des CDI und des "Bundes der Industriellen" am 2./4. Februar 1919 in Jena.¹

"...

Zunächst berieten auf der Jenaer Tagung die beiden Verbände gesondert über die Frage der Arbeitsgemeinschaft in der Form, wie sie in der Sitzung des vorläufigen Centralvorstandes am 4. Dezember beschlossen worden ist.²

Im "Bund der Industriellen" verurteilte man e i n s t i m m i g diese Art der Arbeitsgemeinschaft, während, wie wir nachher bei der gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Centralverband hörten, im Centralverband die Befürworter jener Arbeitsgemeinschaft, nämlich die Herren Borsig,³ Dr. Sorge⁴ und Hugenberg⁵ für jene Satzung

- 1) Bosch-Archiv, ungeordneter Bestand zur Biographie von Robert Bosch. Fischer, BdI-Vorstandsmitglied, vertrat in Jena für Bosch zugleich die Interessen des von diesem seit 1916 geführten und dem BdI angeschlossenen "Verbands württembergischer Industrieller". Nach der Gründung des RDI, wie Bosch selbst, ins RdI-Präsidium gewählt.
- 2) Gemeint: Organisation und Funktion der ZAG. gemäß der von H. von Raumer und Carl Legien ausgearbeiteten und am 4.XII.1918 angenommenen ZAG-Satzung. Vgl. oben, S. 601 ff.
- 3) Ernst v. Borsig, 1919 Vorsitzender des VBMI. u. des "Vereins deutscher Maschinenbauanstalten", stellv. Vors. des "Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller", Vorstandsmitglied der "Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände"; Vorstands- und Präsidialmitglied des RDI nach 1919.
- 4) Kurt Sorge, seit 1899 Mitglied des Krupp-Direktoriums und zugleich Vors. Direktorium der Krupp-Gruson-Werke/Magdeburg, Vors. "Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände". 1919-1924 Präsident des RDI.
- 5) Alfred Hugenberg, bis Ende 1918 Vors. Direktorium "Friedrich Krupp-AG." Essen, Vors. "Zechenverband" und "Bergbauverein"

und Kommerzienrat Avellis⁶ und Direktor Craemer⁷ energisch d a g e g e n auftraten.

Die Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Deutschlands bildete, wie ich erst Montag, den 3. Februar, in der Versammlung erfuhr, den Hauptanstoß für die Frage der Verschmelzung der beiden Verbände.

Von Seiten des Herrn Dr. Herle⁸ war ein Entwurf für einen organischen Aufbau der deutschen Industrieorganisation vorgelegt worden, dessen Tragweite im ersten Moment nicht klar war. Erst aus der Diskussion stellte sich allmählich heraus, daß es sich nicht nur um den Zusammenschluß der beiden Verbände, sondern um eine Neugründung, nämlich den "Reichsverband der deutschen Industrie" handeln sollte, dessen Pfeiler zunächst jene beiden Verbände bilden sollten und zu dem der Hinzutritt der elektrotechnischen Industrie, der chemischen Industrie, der bisher überhaupt nicht organisierten Industrien und der bis jetzt lediglich in den Handelskammern vertretenen Industrien sowie der Schifffahrt geplant war.

Ich legte in meinem, sowie in Ihrem und im Namen des "Verbands südwestdeutscher Industrieller", sowie des Herrn Dr. Zöphel in Leipzig Protest gegen die überstürzte Zusammenschweißung des Centralverbands mit dem "Bund der Industriellen" ein,⁹ indem ich

Anmerkungsübertrag, Anm. 5), S. 653

("Verein f.d. bergbaulichen Interessen i. Oberbergamtsbez. Dortmund", Essen). 1919 Präsidialmitglied des RDI.

- 6) Kurt Avellis, Vorsitzender des "Vereins deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten".
- 7) Recte: Hans Kraemer, Vertreter der graphischen und Papierindustrie ("Rotophot-AG." und "Internationale Tiefdruck-Gesellschaft").
- 8) Dr. Jacob Herle, BdI-Geschäftsführer, gleiche Position ab 1919 im RDI.
- 9) Die Namen belegen, daß hinter der BdI-Opposition u.a. auch die BdI-Unterverbände in Württemberg, Südwestdeutschland, Sachsen und Thüringen standen, außerdem der "Deutsche Industrieschutzverband", Sitz Dresden, der vom "Verband sächsischer Industrieller" als Streikentschädigungsorganisation gegründet worden war und sich bis 1919 zum mitgliederstärksten deutschen Arbeitgeberverband, mit Schwerpunkt in Sachsen, Thüringen und Württemberg entwickelt hatte. Dr. Karl Georg Zoepfel war in Personalunion Vorsitzender des "Deutschen Industrieschutzverbands" und Vorstandsmitglied beim "Verband sächsischer Industrieller". (Vgl. Herbert Gottwald, "Deutscher Industrieschutzverband", in: Fricke, Bürgerliche Parteien, I., S. 476-482.).

vorschlug, diesen Zusammenschluß auf einen späteren Termin zu verschieben und inzwischen alle unsere Mitglieder, aber auch die gesamten Verbände eingehend durch ein ausführliches Memorandum oder durch persönliche Referenten zu informieren und erst dann die gesamte Schöpfung in die Wege zu leiten. Dies Verlangen wurde in der Vorstandssitzung leider abgelehnt und ich behielt mir daher meine künftige Stellungnahme ausdrücklich vor.

In der gestrigen gemeinschaftlichen Vollversammlung der Verbände wurde prinzipiell die Verschmelzung beider Verbände beschlossen und gleichzeitig eine 16gliedrige Kommission aus beiden Verbänden festgesetzt, die die Organisation in sich ausarbeiten und den Anschluß der ... elektrischen, chemischen etc. Industrien herbeiführen solle.¹⁰

Trotzdem ich diesen Weg für überstürzt und unrichtig halte, habe ich in der gestrigen Abstimmung nicht ausdrücklich Protest eingelegt, um nicht die ganze Veranstaltung zu stören.

Falls eine Verschmelzung der sämtlichen Fachverbände der Industrie, sowie der allgemeinen Verbände, vielleicht auch inklusive der Arbeitgeberverbände, zusammenkäme, so würden wir allerdings besser in der Lage sein, mittels der Fachverbände einerseits und der Arbeitervertretungen in den betreffenden Fächern andererseits wirtschaftliche und soziale Fragen gemeinschaftlich zu erörtern.

Ob wir die Unterstützung des Demobilmachungsamtes finden werden, um diese Arbeitsgemeinschaft an Stelle der von allen Seiten als unzweckmäßig empfundenen Arbeitsgemeinschaft vom 4. Dezember 1918 zu setzen, ist freilich noch fraglich. Auch aus diesem Grunde erschien es mir überstürzt, den Centralverband und den Bund zusammenzuschließen, statt die ganze deutsche Industrie mit einem Male zu vereinigen.

Völlig ungeklärt ist ferner, welche finanziellen Verbindlich-

10) Die Kommission erarbeitete u.a. die RDI-Satzung. Die in der ZAG führenden Industriesparten Elektrotechnik, Chemie und Maschinenbau wurden hier von CDI und BdI majorisiert. Vgl. die Charakterisierungen bei F. Zunkel, "Industriegruppen", in: Industrielles System, S. 640 f.

keiten der "Bund der Industriellen" in der neuen Gemeinschaft in Bezug auf Engagements des Centralverbands, z.B. im "Deutschen Überseedienst" und anderen Unternehmungen, übernimmt.¹¹

Mein allgemeiner, von mir unangenehm empfundener Eindruck war, daß man nichts getan hatte, die Verhandlungen für den Vorstand und die Mitglieder gehörig vorzubereiten und daß man unter allen Umständen zu einer EntschlieÙung kommen wollte, wofür nachträglich die Unterlagen gesammelt werden müssen.

Ich hoffe, daß meine Befürchtungen in der Folge sich nicht bewahrheiten mögen, inzwischen aber stehe ich, wenigstens grundsätzlich, der Verschmelzung der ganzen deutschen Industrie sympathisch gegenüber, weil nach dem Geschehenen die Möglichkeit geboten sein würde, die Fachverbände der Unternehmer von einer Stelle aus zu beraten und in diesen Fachverbänden mit den eigenen Arbeitern zu verhandeln. [...]"

- 11) Der "Deutsche Überseedienst GmbH" ging im September 1916 aus der Aufspaltung des 1914 gegründeten "Syndikat Deutscher Überseedienst" hervor, ein Zusammenschluß von 5 kleineren Telegraphengesellschaften und Nachrichtenbüros. Am "Syndikat" hatte sich der CDI durch seinen Vorsitzenden Max Roetger, zugleich Vors. des Krupp-Direktoriums, beteiligt. R. fungierte dabei auch als Strohmann Alfred Hugenbergs. Über einen Reichszuschuß suchte die deutsche Regierung Einfluß auf das Syndikat zu behalten. Die Konstruktion erwies sich indessen als unbefriedigend, und so gingen aus der alten Gesellschaft 1916 zwei neue Unternehmen hervor: die forthin völlig regierungsabhängige "Transocean-GmbH." und die gänzlich industriefinanzierte und industriegelenkte "Deutsche Überseedienst GmbH." Dieser private Wirtschaftsnachrichtendienst wollte "die wirtschaftliche Propaganda Deutschlands - soweit sie im Ausland und in Übersee in Erscheinung tritt - auf eine einheitliche Grundlage" stellen, "um das deutsche Auftreten im Ausland wuchtiger zu gestalten". Geführt wurde der Dienst von einem der extremsten Repräsentanten der Tirpitz'schen Politik vor und nach 1914, von Wilhelm Wildemann, zuvor Leiter des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamtes. Der Überseedienst wurde daher auch im Kriege zur regierungsfeindlichen Agitation gegen Bethmann Hollweg mißbraucht. Vgl. zur Korrektur der verweisend summarischen Angaben in "Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 80, die gründliche Studie von Dankwart Gurratsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums. Düsseldorf 1974, S. 232-243, 407-411, Zitat: S. 240. (= Studien zur modernen Geschichte, ed. Fritz Fischer u.a. Bd. 7).

Anlage Nr.: IV

Dokument Nr.: 1

Aus dem Tagebuch des nationalliberalen Abgeordneten Eugen Schiffer, Eintragung vom 12. Juli 1917:¹

Das Votum eines nationalliberalen Delegiertentages der Provinz Sachsen für die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen wird von der Schwerindustrie teils mit massiven Pressionen, teils mit "Angeboten" des "Industriellen Wahlfonds" (IWF.) des CDI beantwortet.

"...

Der Beschluß, der sich für die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts ausspricht, hat zwar in der Provinz mehr und mehr Zustimmung gefunden, auch bei denjenigen, die ursprünglich auf anderem Boden standen, und sich nur schwer entschließen können, ihn zugeben, [er hat zugleich, HMB.] aber die Westfalen auf den

- 1) GSTB., Rep. 92, Nachlaß Eugen Schiffer, 3., 470. In seiner juristischen und Parteikarriere stieg Schiffer (1860-1954), vom oberschlesischen, bzw. magdeburger Amtsrichter (Zabrze/Hindenburg, 1899 Magdeburg) und Berliner Kammergerichtsrat (1906) bis 1918 zum Staatssekretär und Kandidaten für die Parteiführung der Nationalliberalen auf: MdA. 1903-1918, MdR. 1902-1917 und 1920-1924 (DDP.); 1916 Leiter der Rechtsabteilung des Kriegsammtes unter General Groener, im Juli 1917 Leiter d. 3. Abteilung des Reichsschatzammtes; Unterstaatssekretär dort Oktober 1917-November 1918; Finanzminister (II.'19-VI.'19, Kabinett Scheidemann), Justizminister und zeitweilig Vizekanzler (X.'19-III.'20 und VI.'21-X.'21, Kabinette Bauer II. bzw. Wirth I.). Schiffer vertrat bei den Nationalliberalen z.T. "gemäßigte" Kriegsziele, zu denen freilich umfangreiche Annexionen im Osten gehörten (Polen, Baltische Staaten). Als Initiator oder Mitbegründer war Schiffer 1914/18 u.a. tätig in der "Deutschen Gesellschaft 1914", der "Freien Vaterländischen Vereinigung", im "DeiBrück-Kreis" und in der für die "Rechtsangleichung" unter den Mittelmächten und der Türkei gegründeten "Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung";

Plan gerufen.² Auch Friedberg äußert sich mißbilligend über seine Veröffentlichung und hält sie taktisch für falsch.³ Inzwischen versucht die Schwerindustrie in meiner Provinz Einfluß zu erlangen und den meinigen auszuschalten. Sie geht darauf aus, Zeitungskonzerne aufzukaufen⁴ und Kandidaten ihrer Richtung im Bunde mit den Konservativen zu lancieren.⁵ Die Seele aller dieser Machenschaften ist Hirsch-Essen".⁶

Anmerkungsübertrag, Anm. 1), S.

ein emsiger juristischer Fachschriftsteller und Mitherausgeber der "Deutschen Juristenzeitung". In der Auseinandersetzung um die Reform des preußischen Wahlrechts stimmte er im Frühjahr 1917, befiehlt vom rechten Parteiflügel und der Schwerindustrie, für die Einführung des Reichstagswahlrechts. (Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Bln., 1951, S. 7, 19, 22, 60, 69, 71 f.; Nachlaß Schiffer, 4., 532; und ebda., 22., 1.; Reichshandb. d. dtn. Ges., II., S. 1692; Hamburger, Juden im öffentlichen Leben..., S. 88 f.; Fischer, Griff nach der Weltmacht, 4. Aufl., S. 206 ff.

- 2) "Die Westfalen" - gemeint die von der Schwerindustrie beeinflusste westfälische Parteiorganisation.
- 3) Robert Friedberg, nationalliberaler Parlamentarier und Hochschullehrer ("Staatswissenschaften") (1851-1920), MdA. 1886-1918, MdR. 1893-1898. Führer der nationalliberalen Preußenfraktion seit 1913; 1917 Parteivorsitzender; im November 1917 stellvertretender preuß. Ministerpräsident. Die nationalliberale preußische Landtagsfraktion - "rechter" als die Reichstagsfraktion - bekämpfte die Einführung des Reichstagswahlrechts. Friedberg war ein "Monarchist von reinstem Wasser, der es mit jedem märkischen Junker aufnehmen" konnte. (Nachlaß Schiffer, 5., 1195).
- 4) Zu Einzelheiten vgl. Dankwart Guratsch, Macht durch Organisation, S. 296-305 u. passim.
- 5) Beispiel: unten, Anlage Nr. IV/1a, S. 660 f.
- 6) Wilhelm Hirsch (1861-1918), seit 1897 Syndikus der Handelskammer Essen, ab 1899 Geschäftsführer der "Niederrheinisch-westfälischen Handelskammervereinigung", zuvor volkswirtschaftlicher Sekretär beim CDI, MdA. (nationalliberal) 1901, MdR. 1916/18, 1914 Mitglied des preußischen Zentralvorstands der Nationalliberalen, 1918 Vorstandsmitglied der nationalliberalen Partei im Reich, war mit dem bis 1910 amtierenden CDI-Geschäftsführer Axel Henry Bueck verschwägert. Hirsch gehörte zum extrem annexionistisch rechten Parteiflügel, war aktiver "Alldeutscher" und baute als Vertrauensmann Hugenbergs dessen publizistische Kriegszielpropaganda mit auf. 1915 u.a. mit der Ausformulierung der notorischen "Eingabe der sechs

Anmerkungsübertrag, Anm. 6), S.

wirtschaftlichen Verbände" vom 10., bzw. 20.III.1915 zu den Kriegszielen Deutschlands beauftragt. Vgl. Guratsch, Organisation, S. 97 ff. u. passim; Nipperdey, Organisation der deutschen Parteien ..., S. 139, 157; Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 307 f.; Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 198 ff.

Anlage Nr.: IV

Dokument Nr.: 1a)

Tagebuch Eugen Schiffer, Eintragung vom
6. September 1917

"Flathmann schreibt an mich, aber nicht sowohl als Fraktionsgenosse als vielmehr in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der 'Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des Industriellen Wahlfonds'.² Er hat erfahren, daß als mein Nachfolger im Reichstagsmandat³ in erster Linie T r i t t e l in Frage komme,⁴ möchte mich aber gerne für Herrn Friedberg einspannen.⁵

1) Nachlaß Schiffer, 3., 523.

2) Johannes Flathmann, der Geschäftsführer des IWF. des CDI. fungierte vor Antritt seiner Stellung beim IWF. (1910) als Generalsekretär der nationalliberalen Partei Hannovers. Er gehörte zur Parteirechten, MdA. seit 1913. Vgl. Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Düsseldorf 1962, S. 30; Kaelble, Industrielle Interessen, S. 29 f., 216.

3) Schiffer hatte "durch Übernahme eines besoldeten Staatsamtes" - die Übernahme der Leitung der 3. Abteilung des Reichsschatz-amtes im Juli 1917 als Ministerialdirektor, später Unterstaatssekretär - nach Art. 21, Abs. 2 der Reichsverfassung, wonach ein Beamter wohl Abgeordneter, nicht aber ein Abgeordneter Beamter werden konnte, im Sommer 1917 sein Reichstagsmandat verloren. (Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, III., S. 896 und V., S. 399, Fall Schiffer).

4) Gustav Trittel, Gymnasialdirektor. Er wurde für Eugen Schiffer in der Nachwahl Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Magdeburg. (MdR. XI.'17-XI.'18, 1921 M. d. sächs. Landtages).

5) Zum parlamentarischen und innerparteilichen Wirken Friedbergs im Sinne des "industriefreundlich-großbürgerlich orientierten" Flügels der Nationalliberalen vor 1914: Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 220 ff., 359; Th. Nipperdey, Die Organisation..., S. 135 f. Theodor Eschenburg rechnete Friedberg zu dem konservativen, norddeutsch-besitzbürgerlichen Element in der Partei, "autoritär" und "antidemokratisch". (Th. Eschenburg, Das Kaiserreich am Scheidewege - Bassermann, Bülow und der Block., Bln., 1929, S. 268 ff., zit. bei Stegmann, a.a.O., S. 220).

Ich soll Herrn Trittel zu einem freiwilligen Verzicht zu Gunsten Friedbergs veranlassen und ihm dafür die Kandidatur bei den nächsten allgemeinen Wahlen zusichern.

Für sie können alsdann Mittel flüssig gemacht werden, HMB.⁷, wie sie auch mir in einer Höhe zur Verfügung gestellt worden seien,⁶ die für einen nicht durch Industrielle vertretenen Wahlkreis immerhin nicht unerheblich seien.⁷

Da Friedberg einen Wahlkampf wie ihn die nächsten allgemeinen Wahlen bringen werden, nicht auf sich nehmen könne und werde, sei für sie die Bahn für Herrn Trittel frei, der alsdann in sehr ausgiebiger Weise aus dem 'Wahlfonds' unterstützt werden könne. Jetzt aber müsse in der Reichstagsfraktion 'gewissen Persönlichkeiten' Friedberg als gemäßigter Mann ein Gegengewicht halten".⁸

-
- 6) Der IWF. unterstützte 1912 Schiffers Reichstagskandidatur im Wahlkrs. Wollmirstedt/Neuhaldensleben. Schiffer rechnete sich vor 1914 selbst zum rechten Flügel der nationalliberalen Partei in Preußen. (Nachlaß Schiffer, 5., 1400; zum Vorgehen des IWF. bei den Reichstagswahlen von 1912: Kaelble, a.a.O., S. 121 ff., 215-222, Bericht der Geschäftsführung des IWF. über die Reichstagswahlen 1912).
- 7) Die "Grundsätze für die Unterstützung von Kandidaten aus dem 'Industriellen Wahlfonds'" betonten das Subventionsprimat derjenigen "Kandidaten ... die in der Industrie selbst stehen, oder gestanden haben", und ließen andere Bewerber nur insoweit zu, als "solche (Industrie-) Kandidaten nicht zur Verfügung stehen". Diese "nichtindustriellen" Kandidaten hatten sich zusätzlich den beiden grundlegenden IWF.-Förderungskriterien zu unterwerfen: der "paritätischen Behandlung von Industrie und Landwirtschaft" bei Zoll- und Handelspolitik und der Informationspflicht "Über die tatsächlichen Verhältnisse und die Anforderungen des praktischen Lebens" vor jeglichem Votum zu sozialpolitischen Fragen. (J. Flathmann an C.F.v.Siemens, 14. II.'19, Anlage, SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. A-J.). Das "Kuratorium für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens" hat in der eigenen Förderpraxis diese "Grundsätze" rezipiert. Vgl. unten, Anlage V/1, S. 662-671 u. Anlage V/4c, S. 683 ff.
- 8) Anspielung auf die Opposition vom rechten Parteiflügel und der ihn deckenden westfälischen Schwerindustrie gegenüber Positionen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion 1917., u.a. bei den "Neuorientierungs"-, Parlamentarisierungs- und Wahlrechtsreformdebatten, bei Kriegszieldiskussionen und den Auseinandersetzungen um die "Friedensresolution" des Reichstages vom 19.VII.1917.

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 1

Rede Carl Friedrichs von Siemens über
Aufgaben des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens"
Gehalten vor einem geladenen Kreis in der
Handelskammer zu Berlin am 4. Februar 1919.¹

"Die Neugestaltung der politischen Verhältnisse hat vor einiger Zeit einen Kreis von Männern aus dem Wirtschaftsleben zusammentreten lassen, um zu überlegen, ob und welche Schritte von Seiten der Industrie und des Handels unternommen werden könnten zur Erhaltung und zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Es ist wohl heute die fast einstimmige Ansicht, daß große Kreise sich zu ihrem eigenen Nachteil von jeder politischen Betätigung abseits gestellt und zu einseitig ihren reinen Berufsinteressen gelebt hatten. Gerade für Industrie und Handel trifft dies zu. Mit Ausnahme der sogenannten Schwerindustrie und weniger anderer Einzelpersonen waren diese Berufsgruppen im politischen Leben so gut wie gar nicht vertreten. Dies hat auch zur Folge gehabt, daß die Gesamtindustrie als auf dem Boden derjenigen Männer stehend betrachtet wurde,

1) SAA. 4/Lf 646, Kur.I. Der hier wiedergegebene Text ist der Entwurf dieser Rede. Die um einige aussagekräftige Passagen gekürzte und geglättete Version ist enthalten in: SAA. 4/Lf 870, Reden und Aufsätze von Carl Friedrich von Siemens, Band I. (Typoskripte). Entwurf und Endfassung wurden verglichen, Abweichungen des Entwurfs vom verlesenen Redetext sind durch runde, handschriftliche Korrekturen, bzw. Erweiterungen des Textentwurfes durch eckige Klammern gekennzeichnet. - In SAA. 4/Lf 646, Kur.I. auch Liste der Geladenen mit Zu- und Absagen.

die sich aus ihren Kreisen stammend oder ihre Kreise ver-
tretend, politisch betätigt hatten und auch dort galt die
jetzt so sehr in Erscheinung getretene Tatsache, daß die
extremen Elemente, die gewöhnlich am heftigsten und lau-
testen auftreten, dann als die wahren Repräsentanten der
betreffenden Richtung oder der betreffenden Klasse von all'
denen angesehen werden, die nur oberflächlich sich ein Urteil
bilden können. Hierin einen Wandel zu schaffen, dem deutschen
Volke ein klares Bild über die Wichtigkeit des deutschen
Wirtschaftslebens zu geben, muß eine der vornehmsten und
dringendsten Aufgaben aller führenden Männer dieses Berufs-
zweiges sein. Was nutzt der größte Fleiß, das richtige Er-
kennen der Bedürfnisse, die glänzendste Organisation, die
hervorragendste fachliche Tüchtigkeit, wenn an anderer Stelle
durch Unkenntnis der wahren Zusammenhänge Gesetze entstehen,
oder sonstige Maßnahmen getroffen werden, die mit einem Feder-
strich all' das mühselig Aufgebaute vernichten. Dies ist aber
die dringende Gefahr, die uns droht und dagegen anzuarbeiten
ist das Gebot der Stunde. Es wäre ein schweres Vergehen nicht
nur an dem den Männern der (deutschen) Wirtschaft anvertrauten
Pfande, sondern vor allem am Vaterlande, würden dieselben die
Hände in den Schoß legen und gelassen das Schicksal, das
andere - Unverständige - ihnen bescheiden, erwarten.

Die Zeiten sind vorüber, in denen man mit mehr oder minder
Zuversicht das Vertrauen haben konnte, daß die Regierung zu
große Eingriffe und Fehler doch verhindern würde, wo eine
stille Aufklärungsarbeit bei maßgebenden Persönlichkeiten die
größten Gefahren wenigstens beseitigte. Heute wird sich der
politische Kampf in breitester Öffentlichkeit abspielen, heute
ist die Regierung gebunden an die Beschlüsse der Mehrheit des
deutschen Volkes, sie kann, auch wenn sie selbst nicht den
Ansichten beipflichtet, nicht mehr gegen den wechselnden
politischen Strom schwimmen. Daher muß es Aufgabe der Führer

des deutschen Wirtschaftslebens sein, ihr großes Können, ihre Erfahrung und ihre Arbeitskraft einzusetzen, den Strom in Bahnen zu lenken, die eine ruhige und gedeihliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft ermöglichen. Es genügt nicht, daß einzelne Personen, die dem Wirtschaftsleben nahestehen, dadurch, daß sie Verbänden und sonstigen Vereinigungen als Geschäftsführer vorstehen, sich am politischen Leben beteiligen, die Männer der Praxis selbst müssen in die Bresche springen. Wie ist dies aber zu erreichen?

Das Parlament wird in der Zukunft der wichtigste Faktor sein, also muß dort zuerst und am stärksten der Hebel angesetzt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß in der Zukunft im Parlament auch Männer aus Handel und Industrie sitzen, die aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrung nicht nur in öffentlichen Reden, sondern auch im Kreise ihrer Fraktionskollegen das Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten entwickeln. Die jetzt gewählte Nationalversammlung besteht aus 410 Mitgliedern, von diesen entstammen nur ca. 20 oder ca. 5 % dem Handel oder der Industrie. Ist es dann zu verwundern, wenn Gesetze geschaffen werden, die der deutschen Wirtschaft Fesseln anlegen, die einen Aufschwung unmöglich machen?

Der von der Sozialdemokratie so eifrig geschürte Klassenkampf hat in dem größten Teil des deutschen Volkes den Eindruck geschaffen, als ob eine kräftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft für die breiten Massen des Volkes nicht günstig sei, als ob ein nicht zu überbrückender Gegensatz vorhanden wäre zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber oder den von ihm vertretenen Klassen. Auch der Arbeitgeber hatte es in früheren Zeiten verabsäumt, die Wege zu ebenen, die zu einer verständigen Zusammenarbeit führen konnten.

Jetzt ist der erste Versuch gemacht worden, die Gegensätze, die vorhanden waren, und in gewissem Grade immer vorhanden sein werden, auszugleichen und gemeinsame Interessen auch

gemeinsam zu vertreten.² Möge dieser Versuch gelingen und zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führen. Aber es ist ein weiter und beschwerlicher Weg, eine alte eingewurzelte Ansicht und sei sie noch so falsch, auszurotten. Alles kommt darauf an, daß dies sobald als möglich gelingen möge.

Aus (durch) dem (den) verheerenden Kriege sind die Grundfesten Deutschlands auf's schwerste erschüttert, z.T. vernichtet worden. Der Schatzsekretär des Deutschen Reiches, Dr. Schiffer, hat in einem seiner Vorträge ausgesprochen, daß während des Krieges der Kredit des Deutschen Reiches ein guter, aber der Kredit des deutschen Wirtschaftslebens ein noch viel besserer gewesen sei.³

Durch den unglückseligen Ausgang des Krieges ist der Kredit des Deutschen Reiches sicherlich stark erschüttert worden, fast als einzig unversehrt ist das Ansehen und der Glaube an das deutsche Wirtschaftsleben geblieben, aber die folgende Zeit hat auch diesem deutschen Eckpfeiler schwere Schädigungen zugefügt und wenn nicht bald ein Wandel eintritt, so wird auch er in Trümmern liegen. Dagegen mit aller Macht anzugehen, ist die erste Aufgabe, die der deutschen Industrie und dem

2) Gemeint: Der Abschluß und die Tätigkeit der "Zentralarbeitsgemeinschaft" (ZAG.)

3) Eugen Schiffer (1860-1954), Jurist, 1903-1918 nationalliberaler preußischer Landtagsabgeordneter, MdR. 1912-1917, ab 1916 Leiter der Rechtsabteilung des Kriegsammtes und 1917 Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt. Schiffer ist vom 14. November 1918 bis zum 13. Februar 1919 der letzte Staatssekretär dieses Amtes, dessen Leitung er mitten in der Novemberrevolution u.a. auf Drängen des verängstigten Arthur von Gwinner (Deutsche Bank) übernahm. Schiffer schloß sich 1918 der DDP an (Mitglied der Nationalversammlung und MdR. 1920-1924), war von Februar 1919-April 1919 Reichsfinanzminister und Vizekanzler, dann von Oktober 1919-März 1920 und schließlich von Mai bis Oktober 1921 Reichsjustizminister. Vgl. zur politischen Biographie auch oben, S. 615 und Anlagenteil, oben, S. 657 f.

Handel obliegt. Gelingt es ihr, so bleibt uns die Hoffnung, daß aus den Trümmern ein neues starkes Reich entstehen wird, dessen Angehörige sich dann wieder mit Stolz Deutsche nennen können. Gelingt es nicht, dann wird die neue östliche Pest, die wir vielleicht im Augenblick eindämmen aber nicht auslöschen können, ihren weiteren Einzug halten und ein Trümmersfeld aus unserem Vaterlande machen. Wenn auch augenblicklich eine Riesenwelle des Unverstandes über unser Vaterland zieht, so kann es bei zielbewußtem und kraftvollem Vorgehen nicht unmöglich sein, nachdem der erste Rausch verfliegen, die Mehrzahl der Deutschen zu überzeugen, daß ihr und ihrer Kinder Wohl und Wehe von der Entwicklung abhängig ist, die die deutsche Wirtschaft in der nahen Zukunft nehmen wird. Unsere Feinde haben uns vor kurzem in klaren Worten gesagt, daß wir von ihnen nur Brot bekommen werden im Umtausch gegen unsere Arbeit. Entweder wird uns die Möglichkeit gegeben, Arbeit zu leisten, oder wir sind dem Elend verfallen; entweder gelingt es, Arbeit zu exportieren, oder wir werden nach schweren entbehrungsreichen Tagen Menschen exportieren müssen. Wir, die wir diese Erkenntnis haben, müssen auch sorgen, daß sie Allgemeingut wird.

Die in Industrie und Handel vorhandenen Kräfte sind keine Kräfte der Massen, sondern des Geistes und nur durch seine richtige Anwendung können wir die Massen gewinnen, die heute zur Durchführung⁴ notwendig sind.

Von diesem Gedanken erfüllt, hat sich ein Kreis zusammengefunden, der sich die Aufgabe gestellt hat, sämtliche Glieder des deutschen Wirtschaftslebens zu vereinigen, um gemeinsam das gesteckte Ziel zu erreichen. Nicht durch planloses individuelles Eingreifen, nicht durch Zersplitterung kann dies erreicht werden, nur durch Zusammenfassung aller Kräfte und

4) Sinngemäß zu ergänzen: von - im Sinne des Redners - vernünftiger Politik

aller Mittel, durch planvolles, systematisches Vorgehen können wir auf Erfolg hoffen.

Es wird darauf ankommen, ob die gesamte Industrie und der gesamte Handel begreifen, daß es sich jetzt um ihr Sein oder Nichtsein handelt, ob sie imstande sind, persönliche, sich oft entgegenstehende Ansichten zurückzusetzen gegen das gemeinsame (allgemeine) Ziel, ob sie die Einsicht haben, daß jetzt der letzte Augenblick ist, in dem noch etwas erreicht werden kann, oder ob die Lehren der letzten Zeit noch nicht genügt haben und erst noch schwerere und bitterere Stunden der Not kommen müssen.

Die Kürze der Zeit, die noch zur Verfügung stand, nachdem die Anregung zu diesem Zusammengehen gegeben war, bis zu dem Tage, an dem das deutsche Volk über sein Schicksal zu entscheiden hatte, die schwierigen Verkehrsverhältnisse haben es nicht ermöglicht, diesen beabsichtigten Zusammenschluß über ganz Deutschland auszudehnen, es mußte sofort gehandelt werden. Die Gefahr der sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung war drohend über unseren Häuptern. Die ersten Schritte konnten daher einzig und allein dieser Bekämpfung gewidmet werden. Es war unmöglich von Berlin aus dafür zu sorgen, daß Mitglieder des deutschen Wirtschaftslebens persönlich in den politischen Kampf in letzter Minute eintraten, das neue Wahlrecht hat den Schwerpunkt in der Kandidatenfrage stark in die Lokalorganisationen verschoben. Aber geholfen mußte und konnte werden, die Zahl der bürgerlichen Stimmen zu vermehren, denn es galt in erster Linie eine rein sozialistische Mehrheit zu verhindern.

Das Kuratorium für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens, bestehend aus den Herren:

Geheimrat Arnhold
Geheimrat B o r s i g
Dr. C a s s i r e r
Geheimrat D e u t s c h

Dr. Ellstaetter^{4a}
Dr. Frentzel

Dr. Levy
Dir. Schaller

Konsul Segall⁵

und meiner Person hat daher die ihm zur Verfügung gestellten Mittel dazu verwandt, die bürgerlichen politischen Parteien und vor allem auch die verschiedenen politischen und nicht-politischen Frauenvereine zu unterstützen, nachdem ihm von den Parteivorständen die Versicherung gegeben war, daß sie unsere Bestrebungen auf das Wärmste begrüßen und uns in jeder Weise in unserem Vorhaben unterstützen würden, Männer des Wirtschaftslebens, die auf dem Boden ihrer Partei ständen, in die Parlamente zu entsenden und auch sonst für die Erkenntnis der Bedürfnisse der Deutschen Wirtschaft in ihren Parteien Sorge zu tragen. [Sie haben sich ferner bereit erklärt, in die Parteivorstände von uns zu präsentierende Mitglieder aufzunehmen, was teilweise schon geschehen ist.]⁶

Das Kuratorium war sich durchaus klar darüber, daß der beschrittene Weg ein [durchaus] unzulänglicher ist und nicht im geringsten geeignet, das Ziel zu erreichen, aber bei der Kürze der Zeit und der drohenden Gefahr waren weitergehende Schritte unmöglich.

Das Resultat der Wahlen liegt uns vor; wenn es auch von unserem Standpunkt aus kein glänzendes ist, so können wir mit Befriedigung feststellen, daß die Gefahr der reinen sozialistischen Mehrheit glücklich überwunden ist. Vielleicht hat unsere Mitwirkung ihr Scherflein dazu beigetragen.

4a) Recte: Dr. Ellstaedter

5) Vgl. dazu Personen- und Firmenangaben oben, S. 611 f.

6) Korrektur bzw. Erstfassung.

Es wäre aber der größte Fehler, wollten wir nun unsere Hände in den Schoß legen, jetzt beginnt erst unsere Arbeit. Aller Voraussicht nach wird noch in diesem Herbst die Wahl zum ersten neuen Reichstag stattfinden und diese darf uns nicht müßig finden. Wir müssen uns jetzt dazu rüsten; es wäre einer der größten politischen Fehler, die Zwischenzeit ungenutzt verstreichen zu lassen. Wir müssen unser Rüstzeug bilden, wir müssen die Menschen aussuchen und gewinnen, wir müssen dem Volk durch stetige Arbeit zeigen, daß sein Wohl und Wehe abhängig ist, jetzt mehr denn je, von dem Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft.

Der starke Baum hat schwer gelitten, er ist seiner Früchte beraubt, seine Wurzeln sind angegriffen, und in seinem Stamm ist von unberufener Hand manche Kerbe geschlagen. Wenn nicht sachkundige Hände seine Pflege behalten können, dann wird auch kein frischer Saft mehr in seine Krone steigen können und keine neuen Früchte werden sich bilden, dann werden mit ihm alle die verkümmern, die von diesen Früchten gelebt haben, vom ersten bis zum letzten und kleinsten Arbeiter.

Dieser Erkenntnis die weiteste Verbreitung zu geben, ist unsere wichtigste Aufgabe. Zur Durchführung dieser Aufgabe gehören aber große Mittel - um ein vieles größer, als wir bisher gedacht haben, für solche Zwecke bereitstellen zu müssen. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Aufklärungstätigkeit einen wesentlichen Faktor in unseren Unkosten dauernd darstellen wird. Vergleichen wir unsere Leistungen auf diesem Gebiete mit denen anderer Gruppen.

Jeder organisierte Arbeiter gibt für seine Interessenvertretung jede Woche 1 Mark aus. Wenn jeder Industrielle denselben

Betrag entsprechend der Zahl seiner Angestellten und Arbeiter geben würde und der Handel eine seinen Interessen entsprechende Summe, dann könnten wir getrost den Kampf aufnehmen gegen Unverstand und unbewußten Selbstmord. Aber jetzt heißt es Versäumtes nachzuholen, da muß aus den früher fälschlich gesparten Geldern reichlich zur Verfügung gestellt werden, immer mit dem Bewußtsein, daß jeder z.Zt. gegebene Pfennig viele Mark ersparen kann. Wird unsere Wirtschaft zerschlagen, dann ist alles Geld verloren, dann kann in dem zertrümmerten Deutschland nichts Neues aufgebaut werden.

Berlin hat sich in der letzten Zeit nicht durch weise Maßnahmen, durch vorbildliches Vorgehen ausgezeichnet. Zeigen wir hier, daß die Industrie Berlins und der Berliner Handel die richtige Erkenntnis haben und bereit sind, ein vorbildliches Muster zu geben, daß sie sich über persönliche und kleinliche Bedenken hinwegsetzen können, um das große Ziel allein im Auge zu behalten.

Lassen Sie Berlin den Ausgangspunkt werden für eine einigende, das deutsche Wirtschaftsleben rettende Bewegung.

Wir beanspruchen keine ausschlaggebende oder führende Stellung; ebenso wie das Kuratorium sich nur als ein provisorisches, die Bewegung einleitendes betrachtet, so wollen wir zeigen, daß wir hier in der Reichszentrale nur daran denken, auch in diesem Falle das Wort in die Wahrheit umzusetzen:

"Einigkeit macht stark".⁷⁷

7) Korrekturen bzw. Erstfassung.

Wir beanspruchen keine ausschlaggebende, keine führende Stellung, wir wollen nur, daß von uns aus der Ruf zur Einigung ergehen möge und daß wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir wollen nicht etwa von hier aus eingreifen in das Getriebe im Land, wir bilden uns nicht ein, daß unser Rat ein besserer, ein einsichtsvollerer ist. Aber wir $\square$. $\overline{7}$ ⁸ halten ein enges Zusammenarbeiten Aller für die dringendste Notwendigkeit; dann können wir zeigen, was Deutscher Handel und Deutsche Industrie im Vaterlande bedeuten.

Wenn wir von unseren auswärtigen Freunden gehört haben, daß sie eins mit uns sind, dann wollen wir zusammenkommen und gemeinschaftlich beraten, welche Wege zur Erreichung unseres Zieles beschritten werden müssen,⁹ dann kann das provisorische Kuratorium sein Amt zurücklegen in die Hände des großen Kreises, welcher die Aufgabe zu erfüllen hat, auch in diesem Falle das Wort in die Wahrheit umzusetzen:

"Einigkeit macht stark."

8) Ebenso.

9) Anspielung auf die Kontakte zum "Industriellen Wahlfonds" und zu anderen Organisationen.

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 2 a + b

Schriftwechsel KfW.-DVP. 4./5. Januar 1919:
Auflagen für die Unterstützung des Wahl-
kampfes für die Wahlen zur Nationalversamm-
lung.

"Wir gestatten uns, Ihnen im Verfolg unserer gestrigen Be-
sprechung mitzuteilen, daß das Kuratorium für den Wiederaufbau
des deutschen Wirtschaftslebens Ihnen eine Summe von
für die Zwecke der Propaganda für die Wahlen zur Nationalver-
sammlung zur Verfügung zu stellen bereit ist, HMB.

Wir knüpfen daran die Bedingung, daß Sie eventuell von uns zu
äußernden Wünschen über die Verwendung der Gelder in bestimmten
Wahlkreisen entsprechen werden und bitten, gleichzeitig Ihre
Geschäftsstelle anzuweisen, uns Auskunft über die Kandidaten
und sonstige Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen zu
erteilen.

Sie hatten die Freundlichkeit, zuzusagen, daß Sie eines unserer
Mitglieder, das gleichzeitig Mitglied Ihrer Partei ist, in den
provisorischen Ausschuß der Partei resp. später in den zu bilden-
den Parteivorstand aufnehmen werden.

Wir bitten um Mitteilung, wohin wir Ihnen die Summe überweisen
dürfen.

Hochachtungsvoll."

-
- 1) SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. K-Z: KfW. 4.I.'19 an Vorstand
der DVP., Berlin, Wilhelmstr. 46/47. Identischer Briefwechsel
KfW.-DDP, ebda., Korr. A-J. (KfW.-DDP 4.I.'19; Eduard Arnhold,
KfW-Vorstandsmitglied, nach Eintritt in den DDP-Finanzaus-
schuß am 7.I.'19 an KfW.). Auch ein etwas vage gehaltenes An-
gebot der DNVP.-Friedrich v. Winterfeldt 10.I.'19 an KfW.- sie
versprach 6 namentlich aufgeführte "Industriekandidaturen",
wurde vom KfW. honoriert. Der DDP flossen so 1.000.000 M., der
DNVP. 500.000 M. zu. (ebda., Korr. K-Z).

Deutsche Volkspartei

Berlin, den 5. Jan. 1919
W 66, Wilhelmstr. 46/47

An das

Kuratorium für den Wiederaufbau¹
des deutschen Wirtschaftslebens

Berlin - SW 11

Schönebergerstr. 3.

Wir bestätigen mit Dank die aus Ihrem gefälligen Schreiben vom
4. Januar d.J. zur Verfügung gestellte Summe von
M. 500.000,--

für die Zwecke der Propaganda für die Wahlen zur Nationalver-
sammlung und nehmen die von Ihnen daran geknüpften Bedingungen
hiermit an.

Die von Ihnen geäußerten Wünsche um Auskunft werden von uns
gern erfüllt werden. Auch bestätigen wir, daß wir bereit sind,
eines Ihrer Mitglieder, das gleichzeitig Mitglied unserer Partei
ist, in den provisorischen Ausschuß der Partei und später in den
zu bildenden Parteivorstand aufnehmen.

Wir bitten die uns zugedachten Gelder freundlichst entweder dem
Konto des unterzeichneten Dr. Eugen L e i d i g bei der Di-
rektio n der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Wilmersdorf,
Hohenzollerndamm 198, unter dem Zusatz "für die Deutsche Volks-
partei", oder aber der Postscheck-Rechnung der Deutschen Volks-
partei Berlin Nr. 7995 überweisen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Deutsche Volkspartei, gez. Prof. Dr. Leidig,

Regierungsrat a.D.²

1) SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. K-Z.

2) Eugen Leidig, Jurist, im Staatsdienst bis 1902; Privatdozent.
L. vertrat Bueck in der CDI-Geschäftsführung in den Jahren
1903-1908. Von 1915-1919 war er Geschäftsführer des "Hansa-
Bundes". Als Mitglied des Zentralvorstandes der Nationallibe-
ralen ein Gegner der Verschmelzung zur DDP und neben Strese-
mann einer der Mitbegründer der DVP. (Kaelble, Industrielle
Interessenpolitik, S. 8, 198; Albertin, Liberalismus, S. 38,
75, 172).

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 3 a + b

Schreiben des Elektroindustriellen Dr. Max Levy an C.F.v.Siemens und Carl Schaller, 17.I.1919:

KfW. und bürgerliche Wahlagitation 1919 -
interessengeleitete Toleranz - gegen Antisemitismus.

"Sehr geehrter Herr von Siemens!

In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen Durchschlag eines Schreibens zu senden, welches ich heute an Herrn Direktor Schaller richtete. Das darin erwähnte Flugblatt lege ich zur gefälligen Kenntnisnahme ebenfalls ergebenst bei.

Für den Fall, daß ein Vertrauensmann von unserer Seite bereits in den Vorstand der "Deutschen Volkspartei" eingetreten ist, bitte ich freundlichst in ähnlicher Weise auch durch diesen Herrn oder Ihrerseits persönlich auf die "Deutsche Volkspartei" einzuwirken.²

Ich nehme an, daß auch diese der Verbreitung dieses Flugblattes nicht fernsteht".³

- 1) SAA. 4/Lf 646, Kur. I. Levy, ehemaliger AEG-Mitarbeiter, Röntgenspezialist, Dir. der "Dr. Max Levy GmbH." Bln. (gegründet 1897, 1922 ca. 800 Beschäftigte, hauptsächl. Maschinenbau. Vgl. Czada, Berliner Elektroindustrie, S. 105, 208) war ebenso wie Carl Schaller ("Julius Pintsch-AG.", Bln.) KfW.-Vorstandsmitglied, Vors. d. "Vereinigung elektrotechn. Spezialfabriken".
- 2) "Vertrauensmann von unserer Seite": DDP., DVP. und DNVP. hatten sich für die materielle Unterstützung des KfW. zur Aufnahme von KfW.-Vertretern in ihre Leitungsgremien verpflichtet. So war Eduard Arnhold in den Finanzausschuß der DDP eingetreten, die DVP hatte sich zu ähnlichem verstanden; für die DNVP sollte Schaller die Verbindung halten. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. A-J., KfW. 4.I.'19 an DDP-Vorstand und 4.I.'19 an DVP-Vorstand; die Parteien schickten Zusagen - am 5.I. - ebda.).
- 3) Bei der propagandistischen Vorbereitung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und bei einzelnen ihrer gegenrevolu-

"...

Sehr geehrter Herr Schaller!

In der Annahme, daß Sie inzwischen in den Vorstand der "Deutschnationalen Volkspartei" eingetreten sind, erlaube ich mir, Ihnen ein Flugblatt stark antisemitischen Inhalts zu übersenden, das hier in der Potsdamerstraße in großen Mengen verteilt wurde. Ich nehme wohl mit Recht an, daß Ihre Partei⁴ der Verbreitung dieses Flugblattes nicht fernstehen wird und möchte doch bitten, dahin zu wirken, daß die Ausgabe solcher verhetzender Flugblätter auch im Wahlkampf vermieden wird.

Meiner Auffassung nach verbergen sich unter der Flagge des Antisemitismus auch Tendenzen, die sich gegen das Kapital, insbesondere gegen Groß-Industrie und Groß-Handel richten.

Von Seiten des Kuratoriums haben wir daher alles veranlaßt, diesen Tendenzen entgegen zutreten.

..."

Anmerkungsübertrag, Anm. 3), S.

tionären "Aufklärungsaktionen" hatten sich DNVP. und DVP. seit Dezember 1918 antisemitischer Agitationsklischees bedient, und zwar in Wort und Bild in Berlin und in der Provinz. Einzelbeispiele in der Sammlung von Karl-Ludwig Ay, Appelle einer Revolution, München 1968, S. 28 u. Anlage 68. Zum Kontext: Elbogen, Jahrhundert jüdischen Lebens, S. 465-472; George L. Mosse, "Die deutsche Rechte und die Juden", in: Werner E. Mosse und Arnold Paucker (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. S. 183-246, spez. S. 183 ff., 229, 233. P.B. Wiewer, "Die Parteien der Mitte", ebda., S. 289-321, spez. S. 289 ff. (DDP) und 314 ff. (DVP.).

4) Vgl. Anm. 2), oben, S. 674.

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 4a

Entwurf einer Satzung für die überregionale Arbeit des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens" (KfW.) von Januar/Februar 1919 - vor Beginn intensiverer Fusionsverhandlungen mit dem "Industriellen Wahlfonds" (IWF.) des CDI.¹

"...

Zwecke:

Das Kuratorium strebt den engsten Zusammenschluß führender Männer der Industrie und des Handels an, mit dem Ziel, in den deutschen Volksvertretungen eine der Bedeutung dieser Zweige des Wirtschaftslebens wirklich entsprechende Stimmenanzahl zu

- 1) SAA. 4/Lf 646, Kur. I., undatiert, konzipiert von C.F.v.Siemens. Datierbar aus KfW.-Korrespondenzen und über die textliche Anspielung auf das "Unterkuratorium" (UK.) des KfW. in Sachsen. Dort liefen seit Januar/Februar 1919 entsprechende Bemühungen, die die Berliner Handelskammer und Unternehmen der Chemischen Industrie unterstützten. Am 20.II.'19 bat das KfW. die Berliner Kammer (Syndikus Dr.F.Demuth) um Auskünfte über den als UK-Vorsitzenden in Sachsen vorgeschlagenen Dresdner Industriellen Dr. Luther. Man beabsichtige, "in Dresden ein UK. zu gründen, das in unserem Sinne im Königreich Sachsen arbeiten soll". Die Initiative mißlang. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. A-J.). Ein für den 5.II.'19 in Berlin vorgesehenes Treffen der westdeutschen Handelskammervorstände, das "sich vielleicht als Ausgangspunkt für Verhandlungen im Interesse der rubrizierten Angelegenheit hätte nutzen lassen", - so Eduard Arnhold am 29.I.'19 an C.F.v.Siemens - kam nicht zustande. Die Terminierung der Siemens'schen Handelskammerrede, vgl. oben, S. 662 ff Anlage Nr. V, Dokument Nr. 1, auf den 4.II.'19 erscheint in diesem Zusammenhang kaum mehr als rein "zufällig". Relevant im gleichen Kontext die Stellung des KfW.-Vorstandsmitglieds Dr. Otto Frentzel, 1918-1921 Präsident des Deutschen Industrie- u. Handelskammertages. Am 19.III.'19 erklärte das KfW., man werde die "Statuten" "in einem weiteren Gremium", d.h. mit dem IWF., vorbereiten. (Ebda., Korr. A-J, Korr. K-Z, KfW. 19.III. an Carl Schaller).

erreichen. Es sollen demnach diesen Kreisen tatsächlich Angehörige, mit den Bedürfnissen von Handel und Industrie durchaus vertraute, nicht deren Interessen angeblich oder nebenbei vertretende Kandidaten aufgestellt und deren Wahl mit allen verfügbaren Kräften unterstützt werden.²

Vorstand:

Der provisorische Vorstand des bisher in Anbetracht der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nur in Berlin tätigen Kuratoriums, bestand aus folgenden 10 Herren:

...³

Bei dem weiteren über ganz Deutschland geplanten Ausbau dürfte es sich empfehlen, in jedem der bestehenden und nach hinzutretenden Wahlkreise UNTER-KURATORIEN zu bilden, welche auf's engste mit den in Betracht kommenden Kreisen in Fühlung stehen, die für den Wahlkreis geeigneten Kandidaten genau kennen, auf diese selbst und auf deren Nominierung Einfluß üben und die sie dem Kuratorium zur Unterstützung empfehlen können.

Die UNTER-KURATORIEN bestehend aus 3-12 Mitgliedern, möglichst aus den Hauptgeschäftszweigen jedes Wahlkreises entnommen, wählen unter sich den Vorsitzenden und haben das Recht, ein Mitglied in den Hauptausschuß zu entsenden. Beide Ämter können in einer Person vereinigt sein. Bis zu 4 Wahlkreise, z. B. Sachsen, Groß-Berlin können in einem Unterkuratorium vereinigt sein⁴ und haben damit das Recht, so viele Mitglieder in den Hauptausschuß zu entsenden, als sie Wahlkreise vertreten. Der Hauptausschuß wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden des Kuratoriums, der zugleich Vorstand

-
- 2) Inhaltlich identisch mit entsprechenden Empfehlungen der "Grundsätze f. d. Unterstützung von Kandidaten aus dem IWF.", Anlage des IWF.-Rundschreibens des CDI vom 14.I.1910, bei den Akten des KfW., SAA. 4/Lf 646, Kur. I.
 - 3) Folgt Aufzählung der oben, S. 611 f. näher charakterisierten Mitglieder des vorläufigen Führungskreises des KfW.: Eduard Arnhold, Ernst von Borsig, Dr. Hugo Cassirer, Felix Deutsch, Dr. Ellstaedter (Erzhandel "Rawack und Grünfeld-AG.", Charlottenburg), Dr. Max Levy, Dir. Carl Schaller, Konsul Sali Segall, C.F.v.Siemens

- 4) Vgl. Anm. 1).

des GESCHÄFTSFÜHRENDEN AUSSCHUSSES ist und letzteren selbst, der aus 3-11 Mitgliedern besteht.

Sitz:

Die HAUPTGESCHÄFTSSTELLE befindet sich in Berlin unter Aufsicht des Vorsitzenden oder eines von ihm ernannten Mitgliedes des geschäftsführenden Ausschusses. Ihr liegt die Ausführung der Beschlüsse des Kuratoriums, die Erledigung laufender Geschäfte und der Verkehr mit den Unterkuratorien ob.

Geschäftsordnung:

Der Geschäftsführende Ausschuß tritt mindestens einmal monatlich zusammen, er kann aber jederzeit durch den Vorsitzenden oder zwei seiner Mitglieder einberufen werden.

Der Hauptausschuß tagt mindestens einmal jährlich, er kann aber

a) auf Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses

b) auf Antrag von mindestens 10 Mitgliedern

jederzeit einberufen werden.

Bei Abstimmung wird grundsätzlich innerhalb der Unterkuratorien so verfahren, daß jedes Mitglied nach Maßgabe der von ihm geworbenen Beiträge abstimmt und zwar sollen je angefangene M. 50.000.-- zu einer Stimme berechneten.⁵ Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Im Hauptausschuß vertritt der Delegierte des Wahlkreises bzw. des Unterkuratoriums den Mehrheitsbeschluß seines Bezirks.

Der Hauptausschuß stimmt, wie die Unterkuratorien, nach Höhe der von den Wahlkreisen vertretenen Kapitalien ab.

- 5) Die Bemessung des Stimmrechts nach der Höhe der aufgebrauchten Kapitalien begünstigte örtlich und überregional "Großspender", bzw. Großunternehmen, z.T. auch die rührigsten "Spendenmanager". Die Regelung lehnt sich an die im CDI praktizierte Bevorrechtung finanzstarker Mitglieder in der Delegiertenversammlung an. Vgl. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik, S. 38 ff.

Der Geschäftsführende Ausschuß stimmt nach einfacher Stimmenmehrheit ab, auch hier entscheidet bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende ist befugt, über Beträge bis zu M. 5.000.--, der Geschäftsführende Ausschuß über Beträge bis zu M. 100.000.-- ohne weiteren Beschluß zu verfügen. Zu Verfügungen über das Bankguthaben sind die Unterschriften zweier Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses erforderlich.

Beiträge:

Die Beiträge sind nicht an einen festen Satz gebunden; sie richten sich nach der Anzahl der in den Betrieben beschäftigten Angestellten, nach den Produktionsbedingungen der Geschäftszweige und nach deren Gedeihen. Für die Metallindustrie sind vorläufig M.: 20.- für die chemische Industrie M. 50.- beigesteuert worden.⁶ Mindestens 60 % der gesammelten Beiträge sollen in dem aufbringenden Bezirk verwendet werden".

-
- 6) 1918/19 von Großfirmen geübte Selbstbesteuerung. Der IWF. empfahl seinen Mitgliedsfirmen die Abführung eines Prozentsatzes von den gezahlten Lohnsummen. (Rundschreiben des IWF. des CDI vom 14.I.1910 und "Grundsätze für die Unterstützung von Kandidaten aus dem IWF.").

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 4b

Grundlagenpapier des Berliner "KfW." für die
im Frühjahr 1919 anlaufenden Verhandlungen
zwischen "KfW." und "Industriellem Wahlfonds"
(IWF.)¹

"Vorschläge:

- 1.) Von dem Kuratorium für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens treten 5 bis 7 Herren in die Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds ein und zwar folgende:

Herr Carl Friedrich von Siemens,
Herr Geheimer Kommerzienrat Arnhold,
Herr Geheimer Kommerzienrat E.v.Borsig,
Herr Geheimer Kommerzienrat Deutsch,
Herr Stadtverordneter Dr. Frentzel,
Herr Stadtverordneter Dr. Levy oder
Herr Konsul Segall,
Herr Direktor Schaller.

- 2.) Nach der Verschmelzung wird als gemeinsame Bezeichnung der Name

"Gesamtwahlausschuß von Industrie und Gewerbe"

angenommen.

3.) Unterausschüsse für einzelne Provinzen bzw. Wahlkreise

- 1) Undatiert, bei Unterlagen zum Satzungsentwurf für die Überregionale Arbeit des KfW. Nicht vor Ende März/Anfang April 1919. Vgl. dazu unten, Anm. 5). (SAA. 4/Lf 646, Kur. I.)

können da gebildet werden, wo es zweckmäßig erscheint. In solchen Fällen tritt der Vorsitzende des Unterausschusses (Provinzialausschuß, Wahlkreisausschuß) oder eine andere von diesem Ausschusse bestimmte Persönlichkeit in den Gesamtausschuß ein.

- 4.) Jedes Mitglied des Gesamtausschusses kann sich bei Behinderung im einzelnen Falle in einer Sitzung vertreten lassen.
- 5.) Den Vorsitz der neuen Organisation führt bis zur Neuwahl nach Ablauf des Geschäftsjahres der Vorsitzende der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds, Herr Justizrat Wilhelm Meyer,² aus Hannover, während der Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Carl Friedrich von Siemens, für den gleichen Zeitraum die Stellvertretung übernimmt.
- 6.) In denjenigen Landesteilen bzw. Wahlkreisen, in denen keine Unterausschüsse bestehen, wird die Sammlung von Geldern unmittelbar von der Zentralstelle in Berlin besorgt, während in den anderen Fällen den Unterausschüssen nach Vereinbarung die Sammlung der Gelder übertragen werden kann. In letzterem Falle würde ein bestimmter Teil (etwa 50 oder 60 %) dem Unterausschuß zur Verwendung für den engeren Bezirk überlassen bleiben, während das übrige an die Zentralstelle abzuführen ist.
Bei der Bildung der Unterausschüsse sind namentlich diejenigen Kreise heranzuziehen, die schon bislang für Wahlzwecke beigesteuert haben.³

-
- 2) Wilhelm Meyer, Syndikus der "Ilseder Hütte", Vorsitzender des "Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" (VDEST) (1909-1930) und dessen "Norddeutscher Gruppe", Mitglied des AR. des "Stahlwerksverbandes".
 - 3) Beim KfW. und beim CDI./IWF. richtete sich die Anzahl einzureumender Vorstandssitze mittelbar nach der Höhe gesammelter, bzw. "vertretener" Kapitalien bzw. Eintrittsgelder. Daher sprach dieser Passus der Vorschläge eine Art Besitzstandsgarantie für beide Organisationen aus: die aus den Unterausschüssen zu delegierenden Mitglieder der jeweils nächsthöheren Vorstandsinstanzen zementierten, wenn man bei dem seitherigen

- 7.) Die zur Zeit bei der Kommission und dem Kuratorium vorhandenen Geldmittel werden in einer gemeinsamen Kasse vereinigt. Über ihre Verwendung im einzelnen beschließt der Gesamtausschuß.
- 8.) In den einzelnen Wahlkreisen soll stets diejenige bürgerliche Partei Wahlunterstützung erhalten, die an wirklich aussichtsreicher Stelle einen Vertreter von Industrie und Gewerbe ('Industrie-Kapitän') aufstellt. Beihilfen an Parteiorganisationen, namentlich solche größeren Umfanges, bedürfen in jedem Falle eines Beschlusses des Gesamtausschusses.⁴
- 9.) Im Interesse der Sache müssen sich maßgebende Vertreter der Industrie, mehr als bisher, für Kandidaturen zur Verfügung stellen und sich überhaupt innerhalb ihrer Partei mehr am politischen Leben beteiligen. Das gilt insbesondere von den sämtlichen Mitgliedern des Gesamtausschusses, namentlich auch von den 11 Herren des Kuratoriums,⁵ von denen in erster Linie angenommen werden muß, daß sie sich gegebenenfalls bereitfinden, bei den kommenden Wahlen zu kandidieren. Die Kandidatenfrage ist für die Industrie mindestens so wichtig wie die Geldfrage".

Anmerkungsübertrag, Anm. 3), S.

Spenderkreis verblieb, das beim IWF. und KfW. an der Basis vorhandene Spenderprofil nach oben hin in den Vorstand fort.

- 4) Anspielung auf die Ablehnung laufender Subventionen für Parteiorganisationen zugunsten der industriell besser kontrollierten Förderung ad-hoc für Einzelkandidaturen.
- 5) Bis zum 26.III.'19 bestand der Führungskreis ("Vorstand") des KfW. aus 10 Mitgliedern. Durch Kooptierung von Alfred Sommerguth (Fa. "Loeser & Wolf", Bln., Tabakwaren, Tabakindustrie), eines der eifrigsten Spendensammler des KfW. im Winter 1918/19, am 26.III.'19 auf 11 Mitglieder erhöht. Die "Vorschläge" des KfW. können daher erst nach dem 26.III. in die laufenden Verhandlungen mit dem IWF. eingebracht worden sein. (C.F.v.Siemens 24.III.'19 an Regierungsrat A. Sommerguth mit Dank für eine Spendenleistung von 250.000 M.; Wilhelm Siemens an C.F.v.Siemens, 26.III.'19 zur Annahme des Vorstandssitzes durch A. Sommerguth, SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Korr. K-Z.).

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 4c

Entwurf von "Richtlinien" des "Kuratoriums für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens", die nach dem Scheitern erster Fusionsverhandlungen mit dem "Industriellen Wahlfonds" als Organisationsempfehlungen dienten.¹

"...²

Die Unterzeichneten halten zur Durchführung obiger Maßnahmen die Bildung eines 'Kuratoriums für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens' für notwendig und schlagen für ein solches die folgenden Richtlinien vor:

- 1) Das Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens bezweckt, das Interesse und Verständnis für die Wichtigkeit der deutschen Wirtschaft im deutschen Volke und den von demselben gewählten politischen Körperschaften zu erwecken und zu vertiefen.

Um dies zu erreichen, strebt es danach, daß im Wirtschaftsleben stehende Männer sich persönlich mit allen öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen und ihre Arbeitskraft und Erfahrung für dieselben zur Verfügung stellen. Insbesondere

-
- 1) Entwürfe von C.F.v.Siemens (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., und ebda., Kur. I., Korr. A-J., Korr. K-Z). Die erste Fassung der "Richtlinien" wurde im KfW. am 12.III.1919 diskutiert; die überarbeitete Version lag Anfang April vor und wurde am 10.V.'19 dem IWF. als Diskussionsgrundlage übersandt. Nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen im Mai wurden die "Richtlinien" und der Redetext der Siemens'schen Handelskammerrede vom 4.II.1919 - siehe oben, Anlagen Nr. V, Dokument Nr. 1, S. 662-671, zu Werbungen verschickt, im Berliner Gebiet, nach Sachsen und nach Westdeutschland.
 - 2) Der hier gekürzte Textvorspann ist inhaltlich identisch mit den Eingangsausführungen von C.F.v.Siemens in der Handelskammerrede vom 4.II.1919.

hat das Kuratorium dafür zu sorgen, daß geeignete Personen sich aktiv an dem politischen Leben beteiligen, da nur dadurch das Verständnis für die Bedeutung der Deutschen Wirtschaft für das Wohlergehen des Gesamtstaates geschaffen werden kann.

- 2) Das Kuratorium gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände sollen möglichst mit den Grenzen eines oder mehrerer Wahlbezirke zur Nationalversammlung übereinstimmen.

Die Landesverbände haben die Aufgabe, innerhalb ihres Bezirkes für die Verbreitung der Bestrebungen des Kuratoriums zu sorgen und im besonderen darüber zu wachen, daß mit dem Wirtschaftsleben vertraute Männer sich am politischen Leben an führender Stelle beteiligen.

Die Landesverbände wählen den Gesamtausschuß, welcher die Richtlinien für die Arbeiten des Kuratoriums und seiner Landesverbände aufzustellen hat.³ Der Gesamtausschuß wählt einen Vorstand, dem die Geschäftsführung obliegt.

- 3) Mitglied des Kuratoriums kann jeder deutsche Kaufmann und Industrielle werden, der sich bereit erklärt, den festgesetzten Betrag zu bezahlen und von dem Vorstand des Landesverbandes aufgenommen wird.⁴

- 4) Die in einem Landesverband gesammelten Beiträge verbleiben bis zur Höhe von dem betreffenden Bezirk zur Bestreitung der in ihm entstehenden Kosten zur Durchführung der örtlichen Aufgaben.

Der Rest ist an die Zentralorganisation abzuführen zur Bestreitung von Kosten für allgemeine Zwecke nach Bestimmung

3) Gemeint: Geschäftsordnungen.

- 4) Diese mögliche "universelle" Mitgliedschaft bildete eine der Hauptdifferenzen bei den fehlschlagenden Vereinigungsverhandlungen des KfW. mit dem IWF. im Frühjahr 1919. Beim IWF. widersetzte man sich einer solchen Öffnung der Mitgliedschaft, die in der Tat die gegebene Struktur des IWF. und damit auch den in ihm vorhandenen Einfluß von "Großspendern" ändern mußte.

des Gesamtausschusses und zur Unterstützung von Bezirken, in denen die Durchführung der lokalen Aufgaben nicht aus den eignen Mitteln des Landesverbandes gedeckt werden kann.

Die Landesverbände wählen aus ihren Mitgliedern einen Landesvorstand und Vertreter für den Gesamtausschuß. Jeder Landesvorstand hat für jede vom Gesamtausschuß zu bestimmende Einheitssumme je einen Delegierten zum Gesamtausschuß zu bestimmen. Die Vorsitzenden der Landesverbände sind geborne Mitglieder des Gesamtausschusses. Die Abstimmung im Gesamtausschuß erfolgt nach der Stimmenmehrheit der Delegierten, wobei nicht Anwesende sich durch einen anderen Delegierten des Landesverbandes vertreten lassen können.

Der Gesamtausschuß erwählt den Vorstand des Kuratoriums, welcher aus mindestens und höchstens Personen bestehen darf. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, zwei stellvertretende Vorsitzende, einen Schatzmeister und einen stellvertretenden Schatzmeister. Der Vorstand ist befugt, für die Durchführung der Aufgaben Geschäftsführer und sonstiges Personal anzustellen".

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 4d

Mitteilungen zu den Differenzen zwischen
"KfW." und "IWF.":

C.F.v.Siemens am 7.II.1923 an den "Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP."¹ - Obstruktion und unparitätisches Verhalten des ²"IWF." gegenüber den bürgerlichen Parteien.

"...

Ich habe schon seit Jahren darauf hinzuarbeiten gesucht, daß eine Zersplitterung der von der deutschen Wirtschaft für politische Zwecke aufbrachten Geldmittel vermieden werde.

Das "Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" ist in dem gleichen Bestreben soweit gegangen, daß es sich bereit erklärte, sich selbst aufzulösen, vorausgesetzt, daß auch der "Industrielle Wahlfonds" aufgelöst und alsdann eine einheitliche Organisation geschaffen würde.

- 1) SAA. 4/Lf 519, DDP, Briefkopien, Nr. 204. Der Brief bezieht s. auf einen Aufruf des "IWF." vom 6.II.1923.
- 2) Durch den 1920 gegründeten "Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP" suchten Industrielle, Kaufleute, Bankiers und Wirtschaftsverbandsfunktionäre in der DDP ihren Einfluß zu steigern, vor allem im Wege einer Systematisierung bei der "Beratung", materiellen Förderung und personellen Durchdringung der Partei. Der "Reichsausschuß", der im Herbst 1920 in Berlin über mehrere organisatorische Vermittlungsschritte hinweg unter führender Beteiligung von C.F.v.Siemens sich konstituierte, hatte regionale Unterorganisationen in einzelnen Wahlkreisen. In Berlin war er vertreten mit der zunächst von Siemens geleiteten "Großberliner Gruppe der Vereinigung für Handel, Industrie und Gewerbe bei der DDP." Aus der "Gruppe" ging der "Reichsausschuß" hervor, in dessen Leitung Sie-

Leider sind alle diese Versuche am Widerstand des "Industriellen Wahlfonds" gescheitert. Bei dem "Industriellen Wahlfonds" waren dafür zum Teil Gründe persönlicher Art ausschlaggebend, aber auch politische Tendenzen.

Die Art, wie der "Industrielle Wahlfonds" die bürgerlichen Parteien unterstützte, kann nicht als ganz objektiv bezeichnet werden, während das "Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens", das aus Männern aller Parteirichtungen besteht, stets einen besonderen Wert auf die paritätische Behandlung der verschiedenen bürgerlichen Parteien gelegt hat. Es wäre zu begrüßen, wenn der Reichsausschuß auf diese Tatsache hinweisen würde, falls er es übernehmen will, seine Mitglieder über beide Organisationen aufzuklären". (...).

Anmerkungsübertrag, Anm. 2), S.

mens übertrat. Der Vorsitz ging noch vor 1923 an Philipp Wieland, Metallindustrieller aus Ulm und schwäbischer DDP-Reichstagsabgeordneter, über. Der Ausschuß bestand bis 1933. Zeitweilig im Vorstand vertreten waren die Bankiers Hj. Schacht (DANAT-Bank) u. Carl J. Melchior (Warburg & Co., Hamburg), der Kali-Interessent und Industrieberater Maximilian Kempner, Dr. Otto Frentzel (Chem. Fabrik Kunheim & Co., Bln.), Vorsitzender des "Deutschen Industrie- und Handelstages" und der DDP-Schatzmeister, Bankdirektor a.D. (Disconto-Gesellschaft) und Steuerexperte Dr. Hermann Fischer. (SAA. 4/Lf 555, Reichsausschuß, Einladungen, Sitzungsprotokolle). Ob der "Reichsausschuß" nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen des "KfW." mit dem "IWF." eine gewisse kompensatorische Rolle in der Parteienarbeit tatsächlich übernahm - so L. Albertin - steht dahin. Wichtig ist, daß die Hoffnungen, die die DDP selbst auf den Ausschuß setzen mochte: daß er im Sinne des auch bei anderen bürgerlichen Parteien üblichen industriellen Beiratswesens dabei helfen könne, die Unternehmerschaft enger und kontrollierbar in die Parteiorganisation einzubinden, fehl-schlugen. (Unterlagen SAA. a.a.O. und SAA. 4/Lf 519, DDP-Briefkopien, u.a. C.F.v.Siemens 22.X.'24 an den Reichsausschuß: Austritt bei Niederlegung des Reichstagsmandats und gleichzeitigem Austritt aus der DDP.). Ansätze zur Entwicklung eines von den Parteien integrativ gedachten industriellen "Beiratswesens" hat es in den bürgerlichen Parteien schon vor 1914 gegeben. Vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 328 (Centrum); Nipperdey, Die Organisation ..., S. 150, (Nationalliberale); ebda., S. 237 (Freisinnige Vereinigung); ebda., S. 279 (Centrum). Zur Entwicklung und Funktion des "Reichsausschusses" in der DDP.: L. Albertin, Liberalismus, S. 191-195.

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 4e

C.F.v.Siemens am 1.III.1932 an Dr. Carl Duisberg:
Resignatives Fazit zur Arbeit des KfW. in der
Weimarer Republik und kritische Solidarität mit
Brüning bei der Neuwahl Hindenburgs im Frühjahr
1932.

"...

Ich habe Ihr Schreiben vom 25. v. Mts. erhalten, in dem Sie mich
bitten, den Wahlfonds des "Hindenburg-Ausschusses" durch eine
Zahlung zu unterstützen.²

Ich habe in früheren Jahren sehr eifrig versucht, die Wirtschaft

1) SAA. 4/Lf 670. Pol. Parteien.

2) Dr. Carl Duisberg, Generaldirektor der "Farbwerke Bayer-AG.",
Leverkusen, seit 1925 Vors. d. AR. u. d. Verwaltungsrates der
"IG. Farbenindustrie AG.", 1925-1931 Vorsitzender des "Reichs-
verbandes der Deutschen Industrie", parteilos aber der indu-
strienahen DVP. verbunden und im Frühjahr 1932 noch Anhänger
der Brüning'schen Politik und Gegner der NSDAP., hatte Siemens
am 25.II.1932 brieflich darum gebeten, die im Interesse Brü-
nings erforderliche Neuwahl Hindenburgs als Reichspräsident fi-
nanziell zu unterstützen. D. hatte sich selbst entsprechend en-
gagiert und warb für den Wahl-Fonds der zur Propagierung der
Wiederwahl Hindenburgs konstituierten "Hindenburg-Ausschüsse".
Er wies darauf hin, daß nach seinen Informationen "die Natio-
nalsozialisten /für ihre Kandidatur Hitler, HMB./ bereits über
phantastische Summen verfügen. Das ist bei uns bis jetzt durch-
aus nicht der Fall. Es sind erst recht bescheidene Beträge ein-
gegangen, die für eine einigermaßen konsequent durchgeführte
Wahlpropaganda bei weitem nicht ausreichen". Dann folgte die
Bitte um einen "möglichst hohen Betrag". Die Feststellungen ent-
sprachten der Wirklichkeit, und der von Siemens schließlich ge-
zahlte Betrag ist umso bemerkenswerter, wenn man ihn mit den
von Brüning verbittet registrierten verschlossenen Taschen bei
der Schwerindustrie vergleicht. So gaben die durch Regierun-
gsaufträge gestützten "Vereinigten Stahlwerke" unter Albert Vög-
ler 5.000 Spendenmark an den "Hindenburg-Ausschuß", überwiesen
aber zugleich 500.000 M. an die NSDAP. (SAA. 4/Lf 670, Duis-
berg 25.II. an C.F.v.S., Unterstreichungen = HMB./; zu den Vor-

zu veranlassen, sich zusammenzuschließen, um die Geldmittel, die sie bereit ist, für politische Zwecke zur Verfügung zu stellen, geschlossen zu verwerten.

Ich war mir immer klar darüber, daß Einzelzahlungen einzelner Firmen absolut verschwendetes Geld ist, und daß man dadurch nicht den geringsten Einfluß auf die Zusammensetzung der Parteien ausüben kann. Im Anfang hatte diese Bewegung auch einen gewissen Erfolg; das hierfür gebildete "Kuratorium für den Wiederaufbau des Deutschen Wirtschaftslebens" zählte eine Reihe von Banken, Handelsorganisationen und industrielle Firmen zu seinen Mitgliedern, aber bedeutende Unternehmungen blieben außerhalb. Sie glaubten wohl, ihre eigenen Interessen besser verfolgen zu können, wenn sie gesonderte Wege gehen.³

Andere Organisationen, wie z.B. der beim Reichsverband der Deutschen Industrie, HMB., resp. seinen Vorgängern gegründete "Wahlfonds", lehnten es ab, in irgend einer Weise im "Kuratorium" zusammenzuarbeiten. Da es nicht möglich war, die Wirtschaft zusammenzuschließen, um den Parteien klar zu machen, daß sie durch andere Kanäle keine finanzielle Unterstützung bekommen können, so habe ich mich aus dieser Bewegung völlig zurückgezogen, und das "Kura-

Anmerkungsübertrag, Anm. 2), S. _____

bereitungen und den Finanznöten bei der Propagierung der Wiederwahl Hindenburgs vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 455, 472; Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Taschenbuchausg., Bd. II, München 1972, S. 562 f.).

- 3) Anspielung auf das Ausscheiden der Chemischen Industrie und der 1921 dem Kuratorium beigetretenen Berliner Großbanken aus der Kfw.-Organisation seit 1927/28; möglicherweise auch auf die bei IG.-Farben übliche, eigenständige Parteienarbeit: paritätische Subventionierungen bei DDP., DVP., DNVP. Einzelne der IG-Farben Hauskandidaturen werden schon in zeitgenössischer Literatur genannt. So für die DVP. Wilhelm Kalle und Paul Moldenhauer, Hermann Hummel f. d. DDP., Clemens Lammers im Zentrum und Jacob Haßlacher für die DNVP. Kfw.-Aufzeichnungen zu den Reichstagswahlen 1928 vermerken "von der Chemie versorgt" für Kalle, Hummel und Moldenhauer. (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., Radandt, "Fall 6", S. 21, 53.

torium" ist vor einiger Zeit aufgelöst worden.⁴

Wir haben jetzt die allerschlimmste Zersplitterung und wissen daher, daß wir als Wirtschaft keinen Einfluß ausüben können.⁵

Wir wollten daher auch keine weiteren Beiträge an irgendwelche politischen Stellen geben.⁶

Der Reichskanzler hat sich auch persönlich für den Hindenburg-Ausschuß verwandt,⁷ und nur um bei ihm nicht das Gefühl der Ver-

4) KfW.-Mitglieder erfuhren am 1.XI.'30, der KfW.-Vorstand habe die Frage, ob das Kuratorium "bei der diesmaligen Reichstagswahl wieder tätig werden sollte" verneint, und "darüber hinaus beschlossen, auch von einer künftigen Tätigkeit ... abzusehen". (SAA. 4/Lf 646, Kur. I., v. Witzleben am 1.XI.'30 für KfW.-Vorstand). Anlaß war u.a. der Fehlschlag der KfW-Initiativen bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen von 1929.

5) 1932 stand Siemens mit diesem Urteil in der Unternehmerschaft keineswegs allein. Glaubhaft als Ausdruck subjektiv erfahrener Orientierungslosigkeit, darf es freilich nicht über die Vielzahl und Bedeutung anderer, formell nicht parteiorientierter Kontakte und Fühlungsformen zur Politik des Weimarer Staates hinwegtäuschen, die vom geselligen Zirkel, vom Club und technisch-wissenschaftlichen Verein bis zum "staatsbürgerlichen" Diskussionskreis reichten. Eines der Beispiele bei C.F.v.Siemens bildet die von Paul Reusch angeregte ideelle und materielle Förderung des von dem Reichsminister a.D. Hans Luther präsi-
dierten "Bundes zur Erneuerung des Reiches", den Siemens zwischen 1928 und 1931 mit einer jährlichen Garantiesumme von 10.000 M. zu subventionieren half. (Briefwechsel Paul Reusch/C.F.v.Siemens 20., 26., 27.I.'28, "betr. Büro L/üther", SAA. 4/Lf 670, Pol. Parteien). Zur kontroversen Wertung unternehmerischer Selbstaussagen und des faktischen Gewichts industriellen Einflusses in der Endphase der Weimarer Republik vgl. die Diskussionsbeiträge von G.D. Feldman, Hans Mommsen, D. Stegmann, H.A. Turner und Lothar Döhn in: "Industrielles System", II., S. 942-947, sowie die Notizen von Eike Hennig, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933-1938, Frankfurt 1973, S. 238-243, zur Erforschung der Jahre 1928-1933.

6) Belegt von der 1930/31 unbeachtet gelassenen, bittstellernden Briefflut der Parteien an unterschiedliche Instanzen der Konzernverwaltung. (SAA. 4/Lf 670, Polit. Parteien, Korrespondenzen DDP., DVP., DNVP.)

7) So u.a. mit geringem Erfolg bei den "Vereinigten Stahlwerken", bzw. Albert Vögler, vgl. Brüning, Memoiren, II., S. 562.

lassenheit durch die Industrie - trotz aller Bedenken, die sie gegen seine Politik und Methoden hat - ⁸ aufkommen zu lassen, haben wir uns entschlossen, einen Beitrag von M. 40.000,- zu geben".

- 8) Zum gespannten Verhältnis zwischen Siemens und Brüning 1931/32 vgl. Brüning, Memoiren II., S. 513 ff.: Angriffe auf Tarif-, Bestell-, Arbeitsbeschaffungs- und Haushaltspolitik der von Siemens seit 1924 (Vors. d. Verwaltungsrats) gleiteten "Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft" (DRG.). Siemens hatte "deficit spending" und reparationspolitisch erwünschte Verschuldungen der Bahn abgelehnt; ein Rücktrittsgesuch wertete Brüning im Dezember 1931 als "Sabotageakt" gegen seine Reparationsverhandlungen. (Ebda., S. 514). Vgl. auch SAA. 4/Lf 561, DRG., Korr. II., Verkehrsminister G.R. Treviranus am 29.XII.'31, Bitte den Rücktritt bis zum Abschluß von Reparationsverhandlungen zu verschieben. Nach Brüning vollzog Siemens auch 1933 abrupt und opportunistisch Frontwechsel in der Bahnpolitik. Das ist unzutreffend. Vielmehr blieb er in Opposition zu der - nun allerdings im Verwaltungsrat mehrheitlich gegen ihn sanktionierten und den DRG-Kredit belastenden - Arbeitsbeschaffungspolitik. Im Sommer 1933 verfaßte er ein Rücktrittsgesuch an Hitler und schrieb, die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" sei wegen fehlender Übereinstimmung im Grundsätzlichen nicht mehr gegeben. "Ich will ... betonen, daß ich nicht mehr glaube, auf Grund meiner wirtschaftlichen Einstellung die geeignete Persönlichkeit zu sein, die dem Präsidenten der Gesellschaft obliegende ... Aufgabe zu erfüllen". Er hoffe indessen, daß das der DRG. erworbene internationale Ansehen "im allgemeinen deutschen Interesse" der DRG. "erhalten bleiben möge". (SAA. 4/Lf 561, DRG., Kor. III.). Zum Rücktrittsgesuch bewogen S. schon 1931 ähnliche Gründe. Er wandte sich gegen aufgenötigte Bestellungen, Kreditaufnahmen und fortschreitenden Verlust der Selbständigkeit des Verwaltungsrates. Er kannte den Vorwurf Brünings, die Siemens'sche Haushaltspolitik der DRG. stehe dem Ziel entgegen, "die Reichsbahn als Tributobjekt freizubekommen". Er hatte es abgelehnt, "schlecht zu wirtschaften, um eine, einem jeden Einsichtigen durchsichtige, unaufrichtige Politik zu unterstützen ..". Die DRG. sollte als Träger möglicher Restreparationszahlungen unter einer international weiterhin kreditfähigen deutschen Verwaltung verbleiben. (ebda., Korr. II., C.F.v.S. 30.XII.'31 an A. Tortilowicz v. Batoeki-Friebe, DRG.-Verwaltungsratsmitglied). Die Positionen Brünings und Siemens' waren unter diesen Umständen nicht miteinander zu versöhnen. Kennzeichnend für die Kontinuität der Opposition das Schreiben von C.F.v.S. vom 21. XII.'34 an Paul Silverberg: "... die eigene Position mußte man als merkwürdig empfinden, da man viele Fehler sah, aber nicht helfen konnte". - Eine Anspielung auf den schon de facto vollzogenen Rücktritt zum 31.XII.'34. Eine entsprechende Bewertung

Anmerkungsübertrag, Anm. 8), S.

bringt auch der vorsichtige Kommentar der Frankfurter Zeitung zur Siemens'schen Demission ("Ein Mann und sein Werk", in: Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe, 12.I.'35, Ausschnitt in SAA. 4/Lf 561, DRG., Korr. III.). Kritik an der neuen DRG.-Konzeption auch in der Benachrichtigung Krupps. (C.F.v.S., 16.XII.'34 an Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach, SAA. 4/Lf 562, DRG.).

Anlage Nr.: V

Dokument Nr.: 4f

Wolf Dietrich von Witzleben am 22. Oktober 1932
an den RDI-Geschäftsführer Jacob Herle:

Ansätze zur Wiederbelebung des "KfW." am Vor-
abend der Reichstagswahlen vom November 1932¹

"Sehr geehrter Herr Herle!

Herr von Siemens hatte Ihnen heute schon in Aussicht gestellt,
daß er Ihnen ein Abdruck seiner Rede schicken wollte, die er im
Jahre 1919 in der Handelskammer Berlin über die Schaffung eines
"Kuratoriums" im Sinne unserer kürzlichen Besprechung gehalten
hat.²

Ich übermittle Ihnen anbei diesen sowie einen weiteren Abdruck.
Ich glaube, Sie werden erstaunt sein, mit welcher Voraussicht
und Klarheit Herr von Siemens schon damals alle die Gedanken
entwickelt und erörtert hat, die uns neulich beschäftigt haben.

Ob es allerdings heute gelingen wird, sie zu verwirklichen,
bleibt zweifelhaft.³ Eigentlich müßte man ja hoffen, daß die
bitteren Erfahrungen der letzten 12 Jahre dazu beigetragen hätten,
die nötige Einsicht zu schaffen. [....]⁴

1) SAA. 4/Lf 640 Polit. Parteien. W.D.v.Witzleben, geb. 1886, war
seit 1919 im Siemens-Konzern tätig; zwischen 1927 und 1941 ei-
ner der engsten Mitarbeiter von C.F.v.Siemens. Ihm unterstand
seit 1930 in Personalunion die Sozialpolitische Abteilung und
das Personalreferat des Gesamtkonzerns. Seit 1927 auch mit den
Angelegenheiten des KfW. befaßt. Generaldirektor und Vors. d.
Vorstands bei SSW. und S&H. 1945-49.

2) Handelskammerrede v. 4.II.'19, vgl. oben, Anlage Nr. V,
Dokument Nr. 1, S. 662-671.

3) Zum enttäuschenden Ergebnis der hier von Siemens letztmalig
versuchten einheitlichen Mobilisierung industrieller Mittel
siehe oben, S. 636 f.

4) Grußformel.

Abkürzungen und Erläuterungen zur Verzeichnung
von Quellen und Literatur

I.

Abkürzungen*

ÄC	= Ältestenkollegium der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin
AfDPG	= Archiv für deutsche Postgeschichte
AR	= Aufsichtsrat
BdL	= Bund der Landwirte
BEW	= Berliner Elektrizitätswerke
BGGP	= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
BHB	= Bremer Handelsblatt
CDI	= Centralverband deutscher Industrieller
Corrbl. bzw. CBG	= Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
DDP	= Deutsche Demokratische Partei
DMV	= Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
DtVP	= Deutsche Vaterlandspartei
DVB	= Demokratischer Volksbund
DVP	= Deutsche Volkspartei
ETZ	= Elektrotechnische Zeitschrift
FVV	= Freie Vaterländische Vereinigung
GStB	= Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem
HdK	= Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften
HdS	= Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdSt	= Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HKB	= Historische Kommission zu Berlin
HkW	= Handwörterbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis
HMB	= Hans Martin Barth

* Gebräuchliche Abkürzungen von Firmenbezeichnungen werden nicht aufgeführt.

IWF	= Industrieller Wahlfonds des Centralverbandes deutscher Industrieller
KdK	= Korporation der Kaufmannschaft von Berlin
KfW	= Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens
Jb.f.Wg.	= Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JGMO	= Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
MdA	= Mitglied des (Preußischen) Abgeordnetenhauses
MdR	= Mitglied des Deutschen Reichstages
MEW	= Marx, Karl und Engels, Friedrich, Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I-IXL, Berlin/DDR, 1956-1968
NWB	= Neue Wissenschaftliche Bibliothek
RDI	= Reichsverband der deutschen Industrie
RGG	= Die Religion in Geschichte und Gegenwart
SAA	= Siemens-Archiv-Akte
SDG	= Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft
Th-A./AeW.	= Thünen-Archiv, Organ für exakte Wirtschaftsforschung (ab 1911: Archiv f. exakte Wirtschaftsforschung <u>/Thünen-Archiv/</u>)
VBKI	= Verein Berliner Kaufleute und Industrieller
VBMI	= Verband Berliner Metallindustrieller
VDESt	= Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VfS	= Verein für Sozialpolitik
VHKB	= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin
VjHZ	= Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZAG	= Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands
ZddeI	= Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie
ZfG	= Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

- II. Erläuterungen zur Verzeichnung von Quellen und Literatur.
- Handbuchbeiträge werden in der folgenden Aufstellung in der Regel nicht gesondert aufgeführt; Abweichungen bei besonders wichtigen Artikeln einzelner Nachschlagewerke. Bei den Periodika fehlen Jahrgangsverweise wo die Publikationen nur vereinzelt oder intermittierend herangezogen wurden. Aufsätze und Monographien sind entsprechend ihrer thematischen Nutzung - d.h. nicht immer nach dem Wortlaut ihres Titels - dem Literaturverzeichnis eingegliedert.
- Die unter den "ungedruckten Quellen" vermerkten Positionen B 5 und B 7, sowie C 2 entfallen für die vorliegende Fassung der Arbeit.

QUELLEN UND LITERATUR

I. Ungedruckte Quellen

A. Firmenarchive

1. Archiv des Werner-von-Siemens-Instituts München
(Siemens-Archiv)

Nachlaß Werner von Siemens
Nachlaß Wilhelm von Siemens
Nachlaß Carl Friedrich von Siemens

2. Archiv der Firma Bosch in Stuttgart
Ungeordneter Bestand zur Biographie
von Robert Bosch

B. Staatliche und kommunale Archive

1. Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Georg Gothein
2. Ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv in
Berlin-Dahlem

Nachlaß Friedrich Meinecke
Nachlaß Eugen Schiffer

3. Haupt- und Staatsarchiv Stuttgart
Nachlaß Conrad Haußmann

4. Stadtarchiv München
Nachlaß Pius Dirr

5. Kerschensteiner-Archiv der Stadtbibliothek in
München

Nachlaß Georg Kerschensteiner

6. Heimatarchiv Berlin-Schöneberg
Manuskript Tagebuch Alexander Dominicus

7. Bezirksamt Spandau

An das Heimatarchiv Spandau gegebene Bestände zu Sozialdemokratie, Streiks, Versammlungen, Wahlen und Demobilmachung 1918/19; Historische Kartensammlung des Vermessungsamtes Spandau.

C. Sonstige Archive und Sammlungen

1. Bebel-Archiv der SPD Berlin (West)

Akte NB. 222

2. Privatsammlung zur Geschichte des Spandauer Grundbesitzervereins

Niederschriften von Mitgliederversammlungen; Aufzeichnungen zum Leben des Vereinsvorsitzenden Georg Baumert.

D. Mündliche Mitteilungen

1. Interviews

Reichsminister a.D. Hans von Raumer, Bürgermeister a.D. Lohmeyer, Berlin; Dr. Maximilian Frese, vorm. Syndikus Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie, Berlin.

2. Auskünfte

Dr. Braun und Wilhelm Lehr, Fa. Bosch, Stuttgart; Uta Litz, Berlin; Kurt Pomplum, Berlin; Karl Retzlaw, Frankfurt/M.; Karl Sieber, Fa. Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin.

II. Gedruckte Quellen

A. Statistische Quellen- und Sekundärwerke

Statistik des Deutschen Reiches, hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1873 ff.

Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, Bd. I., 1907.

Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, hrsg. von Dr. M. Neefe, Breslau 1897 ff.

- Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Im Auftrag des Magistrats hrsg. von Heinrich Silbergleit. Jahrgänge 30 (1905/06), 31 (1906-1907/08), 32 (1908-1911/12), 33 (1912-1914/15), Berlin 1907, 1909, 1913, 1916.
- Groß-Berlin. Statistische Monatsberichte, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, 1910 ff.
- Berlins wirtschaftliche Verflechtung, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin (= Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Nr. 8), Berlin 1928.
- Gemeindelexikon für das Königreich Preußen, hrsg. vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1907 ff.
- Schott, Sigmund, Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871-1910 (= Schriften des Verbands Deutscher Städtestatistiker, H. 1), Breslau 1912.
- Die Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern nach der durch die Volkszählung am 1. Dezember 1916 festgestellten ortsanwesenden Bevölkerung. Bearbeitet in der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes, Berlin 1917.
- Lohnermittlungen und Haushaltsrechnungen der minderbemittelten Bevölkerung im Jahre 1903, in: Berliner Statistik, H. 3, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1904, S. 2 ff.
- Kuczynski, Robert, Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches, Berlin 1909.
- Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten, Bd. I.: Erhebungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit 1902 und 1907. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik (= Beiträge zur Arbeiterstatistik, H. 9), Berlin 1908; Bd. II.: Die Arbeitsordnungen und sonstige Bestimmungen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses. Bearbeitet ebda. (= Beiträge zur Arbeiterstatistik, H. 10), Berlin 1909.
- Wohnungsfürsorge in deutschen Städten. Hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik, (= Beiträge zur Arbeiterstatistik, H. 11), Berlin 1911.
- Das Deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung. Festschrift den Teilnehmern am XIV. internationalen Kongresse für Hygiene und Demographie Berlin 1907 gewidmet. Hrsg. vom Kaiserlichen Gesundheitsamt und vom Kaiserlichen Statistischen Amte. Berlin 1907.
- Hoffmann, Walter, Gustav und Grimbach, Franz, sowie Hesse, Helmut, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (= Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Abt. Staatswissenschaft), Berlin/Heidelberg/New York 1965.

B. Akten- und Materialsammlungen, Anthologien

Die große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelsohn-Bartholdy, Friedrich Thimme, Berlin 1922-1927.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4: März 1898 - Juli 1914, Berlin/DDR, 1967.

Enzensberger, Hans Magnus u.a. (Hrsg.), Klassenbuch, 2. Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1850-1919, Darmstadt/Neuwied 1972.

Huber, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2+3, Stuttgart 1964, 1966.

Loerke, Oskar, Suhrkamp, Peter und Korn, Karl (Hrsg.), Deutscher Geist. Ein Lesebuch aus zwei Jahrhunderten. 2 Bde., Berlin o.J. (1940).

Obermann, Karl (Hrsg.), Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815-1849 in zeitgenössischen Dokumenten, Berlin/DDR, 1950.

Poschinger, Heinrich von (Hrsg.), Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. III, Berlin 1891.

C. Berichte und Protokolle

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten.

Sammlung Sämtlicher Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten.

Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Ämtliche Berichte über die Verhandlungen der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung in den öffentlichen Sitzungen.

Bericht über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin für die Jahre 1901-1905, 2. Teil, Berlin 1907.

- Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, hrsg. vom Statistischen Amt, Verwaltungsberichtsstelle, Berlin 1924.
- Berichte über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Spandau. 1881 ff-1911. Spandau, 1891, 1896, 1901, 1906, 1911.
- Verwaltungsbericht der Stadt Spandau 1911-1920, Typoskript, Spandau 1921.
- Stenographische Berichte über die Deutschen Juristentage, hrsg. vom Schriftführeramts der Ständigen Deputation, 1860 ff.
- Stenographische Berichte über die Vollversammlungen des Deutschen Handelstages, 1861 ff.
- Jahresberichte der Handelskammer zu Berlin für 1903 ff.
- Jahresberichte der Handelskammer zu Potsdam für die Jahre 1898 ff., Potsdam 1899 ff.
- Jahresberichte der Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin, für die Jahre 1902 ff., Berlin 1903 ff.
- Berichte über Handel und Industrie von Berlin, hrsg. von der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, 1892-1901.
- Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie. Berichte der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. 1902 ff.
- Jahresberichte der Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerbe-räthe und Bergbehörden, Berlin 1897 ff.
- Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden 1902 ff., hrsg. vom Reichsamt des Inneren, Berlin 1903 ff.
- Bericht der Börsen-Enquête-Kommission nebst 8 Anlagen, Berlin 1893.
- Stenographische Berichte der Börsen-Enquête-Kommission, Bd. I-IV, Berlin 1892/93.
- Reichs-Enquête für die Baumwolle- und Leinenindustrie. Stenographische Protokolle über die mündlichen Vernehmungen der Sachverständigen, Berlin 1879.
- Reichs-Enquête für die Eisenindustrie. Stenographische Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen durch die Eisen-Enquête-Kommission, Berlin 1879.
- Sitzungsberichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1881.
- Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der Socialen Frage am 6. und 7. Oktober 1872, hrsg. vom Ständigen Ausschuss [des VFS.], Berlin 1873.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17.-23.9.1905, Berlin 1905.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23.-29.9.1906, Berlin 1906.

Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, (1. Okt. 1911 bis 30. Sept. 1913), Berlin 1913.

Jahresbericht des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg für 1908-1909, Berlin 1909.

Jahresbericht des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgebung (1. Jan. 1909 bis 30. Juni 1910), Berlin 1910.

Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, (Hrsg.), Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1903 /ff./. Jahrbuch und Handbuch für Verbandsmitglieder. Stuttgart 1904 ff.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin (Hrsg.), Berichte der Ortsverwaltung Berlin pro 1900 ff., Berlin, 1901 ff.

Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes Deutscher Industrieller, 1890 ff.

Geschäftsberichte des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Düsseldorf 1906 ff.

Bericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller in Berlin für das Jahr ..., Berlin 1882 ff.

Geschäftsberichte der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), Berlin, 1883-1907/08.

Geschäftsberichte der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt - Darmstädter Bank (Berlin). 1854 ff.

Geschäftsberichte der Siemens & Halske A.G., Berlin, 1897 ff.

Geschäftsberichte der Siemens-Schuckert-Werke GmbH./AG., Berlin 1904 ff.

D. Zeitungen, Zeitschriften, Jahrbücher

Archiv für Deutsche Postgeschichte. 1965 ff.

Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv), 1906-1922.

Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft.

Bank-Archiv

Bodenreform - Deutsche Volksstimme - Freiland, Jgg. 1911-1914.

Deutsche Militärarbeiter-Zeitung. Zeitung des Zentralverbandes deutscher Militärhandwerker und -arbeiter, Jgg. 1914-1918.

ETZ. Elektrotechnische Zeitschrift. Zentralblatt für Elektrotechnik, Berlin 1880 ff.

Die Hilfe, 1905 f.

Deutsche Juristenzeitung.

Die Chemische Industrie, 1898 ff.

Jahrbuch der Bodenreform, 1930 ff.

Nauticus - Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, 1899 ff.

Die Neue Gesellschaft, 1905 ff.

Die Neue Zeit, 1905 ff.

Recht und Wirtschaft. Monatsschrift der Vereinigung zur Förderung zeitgemäßer Rechtspflege und Verwaltung, Jgg. 1912-1922.

Siemens-Jahrbuch, 1927 ff.

Siemens-Zeitschrift, Berlin 1921 ff.

Anzeiger für das Havelland. Spandauer Anzeiger. 1910 ff.

Berliner Börsen-Courier, 1905.

Berliner Lokalanzeiger, 1905.

Berliner Morgenpost, 1905.

Berliner Tageblatt.

Bremer Handelsblatt. 1859 ff.

Der Bund. 1906 ff.

Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, 1878 ff.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1905 ff.

Frankfurter Zeitung. 1908 ff.

Korrespondenz des Bundes der Landwirte.

Neue Preußische (Kreuz) Zeitung.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Soziale Praxis. 1905 ff.

Spandauer Grundbesitzer-Zeitung. 1911.

Spandauer Tageblatt. 1912 ff.

Stahl und Eisen. 1898 ff.

Der Tag.

Vorwärts. 1905 ff.

Vossische Zeitung.

Die Zukunft.

III. Orientierungsmittel

A. Archivinventare, Archivübersichten, Bibliographien

Lötzke, Helmut und Brather, Hans-Stephan (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs I.), Berlin/DDR, 1957.

Kuba, Karlheinz, Der Bestand der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin und seine Bedeutung für die Berliner Wirtschaftsgeschichte des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts (Schriftenreihe des Stadtarchivs Berlin /DDR/2), Berlin/DDR 1965.

Statistisches Amt der Stadt Berlin/Verwaltungsberichtsstelle, (Hrsg.), "Stadtarchiv", in: Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, Berlin 1924, S. 134 ff.

Burhenne, Karl, Betriebsarchive, in: Th-A./AeW., II., 1909, S. 695-716.

Roth, August, Betriebsarchive und Entwicklungskunde, in: Siemens-Zeitschrift, Jgg. II, 1922, H. 4, S. 170-174.

25 Jahre Siemens-Archiv, in: "Siemens-Zeitschrift", Jgg. XII., 1932, Heft 3. S. 112.

Muziol, R., Das Firmenmaterial des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, in: "Tradition", Jgg. III., 1958, S. 165-178.

Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.), Historische Forschungen in der DDR - Analysen und Berichte zum XI. internationalen Historikerkongreß in Stockholm, August 1960 (= Sonderheft der 'Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft', VIII. Jgg.), Berlin/DDR, 1960.

Becker, Gerhard u.a. (Hrsg.), Historische Forschungen in der DDR. 1960-1970 - Analysen und Berichte zum XIII. internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970 (= Sonderband der 'Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft', XVIII. Jgg.), Berlin/DDR 1970.

Fischer, A., Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmen, die nach 1945 in Westdeutschland und West-Berlin erschienen sind, in: Jb.f.Wg., 1960, II., S. 355-402.

Radandt, Hans, Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der DDR erschienen sind, in: Jb.f.Wg. 1960, I., S. 353-363.

Rosenberg, Hans, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie. (= Veröffentlichungen der Historischen Reichskommission). München/Berlin 1933.

B. Nachschlagewerke, Handbücher, Textsammlungen

Allgemeine Deutsche Biographie. Hrsg. durch die Historische Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften, Leipzig 1875-1912.

Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953 ff.

Degener, Hermann, A.L., Wer ist's? Unsere Zeitgenossen, V. Ausgabe, Leipzig 1911 /und spätere Ausgaben/.

Die großen Deutschen. Deutsche Biographie in 4 Bänden, hrsg. von H. Heimpel, Th. Heuß und B. Reifenberg, Berlin 1956/57.

Deutsches Biographisches Jahrbuch und Nekrolog, hrsg. von Anton Bettelmann, Berlin 1896 ff.

Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, hrsg. vom Deutschen Wirtschaftsverein AG., 2 Bde., Berlin 1931.

Schwarz, Max (Hrsg.), M.d.R. - Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

Achterberg, Erich und Müller-Jabusch, Maximilian, Lebensbilder deutscher Bankiers aus fünf Jahrhunderten. Frankfurt/M. 1963.

Bauert-Keetmann, Ingrid, Deutsche Industiepioniere, Tübingen 1966.

Hirsch, August, Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte aller Zeiten und Länder, 6 Bde., Wien/Leipzig 1884-1888.

Kaznelson, Siegmund (Hrsg.), Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk, 2. Auflage, Berlin 1959.

Matschoß, Conrad, Große Ingenieure. Lebensbeschreibungen aus der Geschichte der Technik, 4. Auflage, hrsg. von Friedrich Hassler, München 1954.

Poggendorf, J.C., Biographisch-literarisches Wörterbuch zur Geschichte der exakten Wissenschaft, 2 Bde., Leipzig 1863.

Poggendorf, J.C., Biographisch-literarisches Wörterbuch zur Geschichte der exakten Wissenschaft, 3. Bd. (1858-1883), hrsg. von A. J. von Oettingen, Leipzig 1898.

Rheinisch-westfälische Wirtschaftsbiographien, hrsg. von der Historischen Kommission des Provinzialinstituts f. westfälische Landes- und Volkskunde (u.a.) /Bezeichnung der Herausgeber variiert/, 10 Bde., Münster/Westf., 1931-1974.

Zielenziger, Kurt, Juden im deutschen Wirtschaftsleben, Berlin 1930.

Handbuch für den Königlich Preußischen Hof und Staat auf das Jahr 1905. Berlin 1905.

Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. X.: Berlin und Brandenburg, hrsg. von Gerd Heinrich, Stuttgart 1973.

Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des deutschen Reiches, hrsg. vom Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, Berlin/Leipzig 1913.

Handbuch der öffentlichen Wirtschaft, hrsg. von Walter Pahl und Kurt Mendelsohn, für den Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Berlin 1930.

Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, hrsg. in Verbindung mit den kommunalen Spitzenverbänden von Hans Peters, 3 Bde., Berlin/Göttingen/Heidelberg 1956-1959.

Handbuch des Wohnungswesens, hrsg. von G. Albrecht, A. Gut u.a. Jena 1930.

Eberstadt, Rudolf, Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, 4. Aufl., Jena 1920.

Palyi, Melchior und Quittner, Paul, Handwörterbuch des Bankwesens. Berlin 1933.

Dies., Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen (= Zugleich 2. Aufl. des Handwörterbuchs des Bankwesens), 2 Bde., Frankfurt/M., 1957.

Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, hrsg. von Josef Brix, Hugo Lindemann u.a., 4 Bde., Jena 1918-1924.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hrsg. von Erwin v. Beckerath u.a., 12 Bde. (= Zugleich 5. Aufl. des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften), Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1956-1968.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., hrsg. von Johannes Conrad u.a., 7 Bde., Jena 1909-1911; 4. Aufl., hrsg. von Ludwig Elster u.a., 8 Bde., Jena 1923-1929.

Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, 3. Aufl., hrsg. von Kurt Galling, 6 Bde., Tübingen 1957-1965.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde u.a., 2 Bde., Berlin 1931/32.

Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. v. Claus D. Kernig, Bd. 1-6, Freiburg/Basel/Wien 1966-72.

Wörterbuch der Soziologie, hrsg. von Wilhelm Bernsdorf und Horst Knospe, u.a., 2. Aufl., Stuttgart 1969.

Handbuch der empirischen Sozialforschung, hrsg. von René König, Bd. 1., 3. Aufl. Stuttgart 1973.

Oeckel, Albert, Handbuch der Public Relations, München 1964.

Brauchitsch, Max von, Die neuen Preußischen Verwaltungsgesetze, 7. Aufl., Berlin 1904.

Ders., Die Preußischen Verwaltungsgesetze, Bd. 4., 17. Aufl., Berlin 1926.

Deutsches Reichsgesetzbuch für Industrie, Handel und Gewerbe, hrsg. von W. Maraun u. W. Mettershausen, Bd. III., Preussisches Gesetzbuch, 12. Aufl., Berlin 1906.

Hue de Grais, Graf, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reich, 14. Aufl., Berlin 1901.

Studt, Konrad und Braunbehrens, O., von, Die neuen Preußischen Verwaltungsgesetze, Bd. V., 5. Aufl., Berlin 1894.

De l'Homme de Courbiere, R., Grundzüge der deutschen Militärverwaltung, 3. Aufl., hrsg. von L. Meyer, Berlin 1908.

Hartung, Fritz, Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 6. Aufl., Stuttgart 1954.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 5 Bde., Stuttgart/Berlin/Köln 1957-1978.

Hueck, Alfred, Gesellschaftsrecht, 11. Aufl., München/Berlin 1963.

Nipperdey, H.C., Kollektives Arbeitsrecht (= Hueck, A. und Nipperdey H.C., Handbuch des Arbeitsrechts, Bd. II.), Berlin/Frankfurt/M. 1957.

Allgemeiner Wohnungsanzeiger nebst Adreßbuch für Berlin auf das Jahr 1861. Berlin 1861.

[Meyer, Joseph], Meyers Universum, Bd. XII., Hildburghausen 1847.

IV. Darstellungen und Aufsätze

A. Fest- und Denkschriften

- A.1. Firmen der Berliner und deutschen Elektroindustrie und verwandte Unternehmen.

AEG Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AG., Berlin

AEG 1883-1923. Berlin 1924.

50 Jahre AEG., hrsg. von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1956.

Brown Boveri & Cie. AG. Mannheim

Hammerbacher, H. L., Die Entwicklung der Brown, Boveri & Cie.-AG., Mannheim, in: 'BBC-Nachrichten', Jgg. 32, Heft 1, 1950, S. 10 ff.

Berliner Elektrizitätswerke-AG.

50 Jahre Berliner Elektrizitätswerke-AG. Bearbeitet von Conrad Matschoß u.a. (= Veröffentlichungen der BEWAG, R. 2., Bd. 14), Berlin 1934.

Ludwig Loewe & Co. AG., Berlin

Matschoß, Conrad und Schlesinger, Georg, Ludwig Loewe & Co., Actiengesellschaft, Berlin 1869-1929. Zum 60jährigen Jubiläum der Firma herausgegeben von der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Ludwig Loewe & Co., Aktiengesellschaft, Berlin 1930.

C. Lorenz-AG., Berlin

50 Jahre Lorenz 1880-1930. Festschrift der C. Lorenz-AG., Berlin-Tempelhof, Berlin 1930.

75 Jahre Lorenz 1880-1955. Festschrift der C. Lorenz-AG., Stuttgart. Fellbach/Stuttgart 1955.

Mix & Genest-AG., Berlin

75 Jahre Mix & Genest 1879-1954. Stuttgart 1954.

Schorch-AG., Rheydt

75 Jahre Schorch-Werke 1882-1957. Rheydt 1957.

Siemens & Halske-AG., Berlin, Siemens-Schuckert-Werke-AG., Berlin

Der Siemens-Konzern 1928 ff. (= Das Spezialarchiv der deutschen Wirtschaft, Sonderausgaben), Berlin 1928 ff.

Große Berliner Straßenbahn

Die Große Berliner Straßenbahn 1871-1902. Denkschrift aus Anlaß der vollständigen Durchführung des elektromotorischen Betriebes. Berlin 1902.

Die Große Berliner Straßenbahn und ihre Nebenbahnen 1902-1911. Denkschrift aus Anlaß der XIII. Vereinsversammlung des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen, Berlin 1911.

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Berlin

75 Jahre Straßenbahn zu Berlin. Hrsg. von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Berlin 1940.

Voigt & Haeffner-AG., Frankfurt/M.

50 Jahre Voigt & Haeffner, Frankfurt/M. 1941.

Wernerwerk [der Siemens & Halske-AG.] Berlin

Ahrens, Werner, Das Wernerwerk. Zu seinem 25jährigen Bestehen. In: 'Siemens-Jahrbuch' 1930, hrsg. von der S.&H.-AG. und den SSW.-AG., Berlin 1930, S. 12-32.

A.2. Sonstige Firmen.

Deutsche Bank AG., Frankfurt/M.

Seidenzahl, Fritz, 100 Jahre Deutsche Bank 1870-1970, Frankfurt/M., 1970.

Dresdner Bank-AG., Frankfurt/M.

Dresdner Bank (Hrsg.), Chiffren einer Epoche - 100 Jahre - 100 Kontraste. Dresdner Bank 1872-1972. Frankfurt/M., 1972.

Berliner Börse

Buß, Georg, Berliner Börse 1863-1913. Zum 50. Gedenktag der ersten Versammlung im neuen Haus. Berlin 1913.

Berliner Börsen-Zeitung

75 Jahre Berliner Börsen-Zeitung, Berlin 1930.

A. Borsig, Berlin

A. Borsig, Berlin. 1837-1902. Festschrift zur Feier der 5.000. Lokomotive. Hrsg. von Max Krause, Berlin 1902.

Deutscher Maschinenbau 1837-1937 im Spiegel des Werkes Borsig. o.O., o.J. (Berlin, 1937).

Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft, Berlin

Kleinhaus, Friedrich (Hrsg.), 100 Jahre Wirken und Werden. Jubiläumsschrift der Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft, vormals L. Schwartzkopff, Berlin 1952.

DEMAG

Matschoß, Conrad, Ein Jahrhundert deutscher Maschinenbau. Von der mechanischen Werkstätte bis zur Deutschen Maschinenfabrik. 1819-1919. Berlin 1919.

Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin

Lücke, Rolf E., Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaftspolitik 1856-1956. Berlin 1956.

Friedrich Krupp, Essen

Zum 100jährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik zu Essen/Ruhr. Krupp 1812-1912. Essen 1912.

MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg-AG.)

Büchner, Fritz, Hundert Jahre Geschichte der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Frankfurt/M., o.J. (1940).

Maschinenfabrik R. Wolf, Magdeburg

Matschoß, Conrad, Die Maschinenfabrik R. Wolf, Magdeburg, 1862-1912. Magdeburg 1912.

Friedrich Siemens [Siemens Glas-AG.]

van den Berg, Hans-Joachim, 100 Jahre Friedrich-Siemens-Regenerativöfen. Berlin 1956.

Preußische Staatsbank - Seehandlung, Berlin

Dombois, von (Hrsg.), Die Preußische Staatsbank - Seehandlung 1772-1922. Berlin 1922.

Vossische Zeitung, Berlin

Buchholtz, Arend, Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte. Berlin 1904.

Caesar Wollheim o.HG., Berlin

Treue, Wilhelm, 100 Jahre Caesar Wollheim, o.O., o.J. (München 1961).

A.3. Kammern, Verbände, Vereine.

Dove, Heinrich, Die Entstehung und Entwicklung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und ihr organisatorischer Ausbau, in: Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1902-1927, Berlin 1927, S. 11-19.

Älteste der Kaufmannschaft von Berlin (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels und Gewerbefleißes aus der ältesten Zeit bis auf unsere Tage. Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin am 2. März 1870. Berlin 1870.

Übersicht über die Entwicklung des Handels und der Industrie von Berlin von 1870 bis 1894. Zur Erinnerung an das 75jährige Bestehen der Korporation der Kaufmannschaft am 2.III.1895. Hrsg. von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. Berlin 1895.

Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. Festschrift zum 100jährigen Jubiläum am 2.III.1920. Berlin 1920.

Freymark, Hermann u.a. (Hrsg.), Die Handelskammer Breslau 1849-1924. Breslau 1924.

Fischer, Wolfram, Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen-Mühlheim-Oberhausen. Essen 1965.

Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt am Main 1707-1908. Beiträge zur Frankfurter Handelsgeschichte, hrsg. von der Handelskammer Frankfurt am Main. Frankfurt/M., 1908.

Theiß, Konrad, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer Heidenheim 1867-1967. Aalen 1967.

Geisthardt, Fritz, Wirtschaft am Mittelrhein. Hundert Jahre Industrie- und Handelskammer Limburg 1864-1964. Limburg 1964.

Keuth, Paul, Wirtschaft zwischen den Grenzen. 100 Jahre Industrie- und Handelskammer des Saarlandes. Saarbrücken 1963/64.

Huber, F.C., Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der württembergischen Handelskammern. Stuttgart 1906.

Der Deutsche Handelstag 1861-1911. Bd. I., Berlin 1911, Bd. II., Berlin 1913.

20 Jahre Deutsche Wirtschaftspolitik - Die Arbeit des Hansa-Bundes von 1909-1929. (= Druckschriften des Hansa-Bundes, N.F., Heft 1), Berlin 1929.

Matschoß, Conrad, Preußens Gewerbeförderung und ihre großen Männer. 100 Jahre Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes. Berlin 1921.

Mayer, Hans (Hrsg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948. Wien 1948.

Moser, Marc, 100 Jahre Weltpostverein, I., in: AfDPG., 1974, Heft 1., S. 3-26.

Opel, Fritz und Schneider, Dieter, 75 Jahre Industriegewerkschaft 1891-1966. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Frankfurt/M., 1966.

Sassenbach, Jacob (Hrsg.), 25 Jahre Berliner Gewerkschaftskommission 1890-1915. Berlin 1915.

Umbreit, Paul, 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890-1915. Berlin 1915.

- A.4. Staatliche und kommunale Administration und diverse Schriften zu kommunalen Entwicklungen.

Berlins Aufstieg zur Weltstadt. Ein Gedenkbuch. Herausgegeben vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens. Mit Beiträgen von Max Osborn, Adolph Donath und Franz Maria Feldhaus. Berlin 1929.

Charlottenburger Baugenossenschaft, 50 Jahre Charlottenburger Baugenossenschaft. 1907-1957. Berlin 1957.

60 Jahre Charlottenburger Baugenossenschaft 1907-1967, in: 'Unsere Charlotte' - Mitteilungsblatt der Charlottenburger Baugenossenschaft, Jgg. 52, Nr. 1, Berlin 1967, S. 1-9.

Spandau. Eine kleine Heimatgeschichte. Anlässlich der 725. Wiederkehr des Tages der Verleihung der Stadtrechte an Spandau. Hrsg. vom Kreis der Freunde und Förderer des Heimatmuseums Spandau. Mit Beiträgen von Arne Hengsbach, Albert Ludewig und Wilhelm Plöse. Spandau 1957.

Neuse, Spandau - Ein märkisches Stadtbild. Festschrift zur Einweihung des neuerbauten Rathauses. Spandau 1913.

Festschrift anlässlich des 40jährigen Bestehens des Grundbesitzervereins Spandau e.V. (1890-1930). Spandau, o.J. (1930).

85 Jahre Grundbesitzerverein Spandau e.V., o.O., o.J. (Spandau 1975).

Lamprecht, Richard u.a., Festschrift zur fünfzigjährigen Jubelfeier des königlichen Gymnasiums zu Spandau. Berlin/Spandau 1903.

/Kohstahl, Franz/, Festschrift zur Eröffnung der Neubauten der Firma M.K. Sternberg, Spandau 1927.

100 Jahre Volksbank im Dienste der Spandauer Wirtschaft. Berlin 1968.

Grote, Jürgen, 700 Jahre Staaken. 1273-1973. Staaken o.J. (1973).

Millbrandt, Willy, 40 Jahre Gartenstadt Staaken 1914-1954. Berlin 1954.

Lüdke, August, 1877-1927: 50 Jahre Geschichte des Bezirksvereins Wilhelmstadt. o.O. (Berlin/Spandau) 1927.

Das Königlich Preußische Kriegsministerium 1809-1909. Hrsg. vom Königlich Preußischen Kriegsministerium. Berlin 1909.

Borchard, Hans-Heinrich, 50 Jahre preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe 1879-1929. Berlin 1929.

Silbergleit, Heinrich, Preußens Städte. Denkschrift zum 100jährigen Jubiläum der Städteordnung vom 19. November 1808, Berlin 1808.

Ders., Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862-1912. Berlin 1912.

100 Jahre Berliner Statistik 1882-1962. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin. Berlin 1962.

B. Monographien und Aufsätze ausschließlich Festschriften

B.1. Elektrotechnik, Elektroindustrie, Elektroindustrielle (einschließlich Biographien).

Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Die deutsche Elektrizitätswirtschaft [= Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Gewerbe: Industrie, Handel und Handwerk (3. Unterausschuß)7], Berlin 1930.

Baar, Lothar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution (= Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, Bd. 4), Berlin (DDR) 1966.

Barth, Hans Martin, Der Demokratische Volksbund. Zu den Anfängen des politischen Engagements der Unternehmer der Berliner Elektrogroßindustrie im November 1918. (JGMO., Band 16/17, 1968, S. 254-266).

Brocke, Wolfgang und Brüß, Lieselotte, Die Berliner Energieversorgung, in: Die unzerstörbare Stadt. Die raumpolitische Lage und Bedeutung Berlins, hrsg. vom Institut für Raumforschung Bonn, Köln/Berlin 1953, S. 111-119.

Buchmann, E., Die Entwicklung der Großen Berliner Straßenbahn und ihre Bedeutung für die Verkehrsentwicklung Berlins, Berlin 1910.

Büsch, Otto, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche (= VHKB., Bd. 1), Berlin 1960.

Burhenne, Karl, Werner Siemens als Sozialpolitiker, München 1932.

Czada, Peter, Der Beitrag der Statistik zur Geschichte der Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit, in: JGMO., Bd. 16/17, 1968, S. 267-296.

Ders., Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit. Eine regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Untersuchung (= Einzelveröffentlichungen HKB., Bd. 4), Berlin 1969.

- Ehrenberg, Richard, Die Unternehmungen der Brüder Siemens.
Erster Band: Bis zum Jahre 1870, Jena 1906.
- Eißfeldt, Gottfried, Kartellierungsfähigkeit und Kartellie-
rung der deutschen elektrotechnischen Industrie, wiso.
Diss., Halle 1928.
- Fasolt, Friedrich, Die sieben größten deutschen Elektrizitäts-
gesellschaften. Ihre Entwicklung und Unternehmer-
tätigkeit, Dresden 1904.
- Fuchs, Carl Johannes, Die Entwicklung und allgemeine Bedeu-
tung der Gemeindebetriebe und ihr Verhältnis zu den
Privatbetrieben, in: Schriften VfS., Bd. 132, Leipzig
1910, S. 111-134.
- Fürstenberg, Carl, Die Lebensgeschichte eines deutschen
Bankiers 1870-1914, hrsg. v. Hans Fürstenberg, Berlin
1931.
- Fürstenberg, Hans, Erinnerung an Walther Rathenau, in: Kess-
ler, Harry, Graf, Walther Rathenau. Sein Leben und sein
Werk. [Neuauflage] Wiesbaden o.J. (1962), S. 373-447.
- Gapinski, Felix, Die Stellung der deutschen Elektro-Industrie
innerhalb der internationalen Elektro-Wirtschaft der Ge-
genwart, Berlin 1931.
- Geist, Heinrich, Der Konkurrenzkampf in der Elektrotechnik
und das Geheimkartell, Leipzig 1911.
- Glardon, André R., Die deutsche Elektroindustrie und der Absatz
ihrer Erzeugnisse in der Nachkriegszeit, Hamburg 1933.
- Grünfeld, Walter, Die Beziehungen der Berliner Großbanken zur
Industrie unter besonderer Berücksichtigung der Elektro-
industrie und des Petroleummarktes in der Nachkriegszeit,
phil. Diss., Berlin 1925.
- Helfferrich, Karl, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutsch-
lands großer Zeit, 3 Bände, Berlin 1921-1923.
- Hess, Margit H., Kupfer in der Weltwirtschaft mit besonderer
Berücksichtigung der USA (= Volkswirtschaftliche Schrif-
ten, H. 17), Berlin 1955.
- Heintzenberg, Friedrich (Hrsg.), Aus einem reichen Leben.
Werner von Siemens in Briefen an seine Familie und
Freunde, Stuttgart 1953.
- Heintzenberg, Friedrich, (Bearb.), Carl Friedrich von Siemens,
nach seinem Aktennachlaß bearbeitet, T. 1 und 2, unver-
öffentlichtes Manuskript, Siemens-Archiv München. München
1949. [Zitiert: "Briefsammlung Heintzenberg"].

- Heys, J., W., van, Deutschlands Elektrizitätswirtschaft,
Dresden 1931.
- Hirschfeld, Paul, Berlins Großindustrie, 3 Bde., Berlin
1897.
- Jeidels, Otto, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur
Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenin-
dustrie (= Staats- und sozialwissenschaftliche Forschun-
gen, hrsg. v. Gustav Schmoller und Max Sering, Bd. 24,
H. 12), Leipzig 1905.
- John, P., Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie. Ein
Musterbeispiel angewandter Scharfmachertheorie, in:
Neue Zeit, 24. Jgg., 1905/06, Nr. 5, S. 142 ff.
- Kemmann, Gustav, Die Berliner Elektrizitätswerke bis Ende
1896, Berlin/München 1897.
- Kessler, Harry, Graf, Walther Rathenau. Sein Leben und sein
Werk. [Um einen Kommentar von Hans Fürstenberg erweiterte
Neuausgabe] Wiesbaden, o.J. (1962).
- Klein, Wolfgang, Aus der Entwicklung der elektromagnetischen
Telegraphenapparate, in: AfDPG., 1976, Heft 2., S. 6-16.
- Knoblich, Hans, Der Kupferweltmarkt. (=Nürnberger Studien zu
den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, H. 18), Ber-
lin 1962.
- Koch, Waldemar, Die Konzentrationsbewegung in der deutschen
Elektroindustrie, München/Berlin 1907.
- Kocka, Jürgen, Organisation und Herrschaft im Industriebe-
trieb des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Eine sozial-
historische Untersuchung zur Entstehung industrieller
Bürokratie und Angestelltenschaft am Beispiel der Sie-
mens-Unternehmen, phil. Diss. FU Berlin, maschinen-
schriftl., Berlin 1968.
- Ders., Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Bei-
spiel Siemens 1847-1914. Zum Verhältnis von Kapitalis-
mus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung
(= Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises
für moderne Sozialgeschichte, hrsg. v. W. Conze, Bd. 11)
Stuttgart 1969.
- Koebel-Tusk, E., AEG - Profit - Verbrechen, hrsg. v. P. Heß,
Berlin (DDR) 1958.
- Kölle, G., Aus der Geschichte eines deutschen Berg- und Hütten-
unternehmens in Rußland: Das Kupferbergwerk Kedabeg des
Hauses Siemens 1900-1906, in: Tradition, Jgg. 10, 1965,
S. 214-224.

- Kollmann, Eric C., Walther Rathenau and German Foreign Policy, in: Journal of Modern History, XXIV, H. 2, 1952, S. 127-142.
- Korella, Gottfried, Elektrische Telegraphie, in: AfDPG., 1974, Heft 2, S. 102-105.
- Ders., Über die Zusammenarbeit der deutschen Post mit Heer/Wehrmacht im Fernmeldewesen 1900-1945, in: AfDPG., 1976, Heft 2., S. 25-45.
- Ders., Die Leiter der deutschen Telegraphie bis zum Jahre 1876, in: AfDPG., 1969, Heft 2, S. 18-27.
- Lansburgh, Alfred, System Rathenau, in: "Die Bank", Jgg. 1908, 2. S. 765-775.
- Liefmann, Robert, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den Effektenkapitalismus, 5. neubearbeitete Auflage, Jena 1931.
- Loewe, Josef, Die elektrotechnische Industrie, in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., Bd. 3 (= Schriften VfS., Bd. 107), Leipzig 1903, S. 75-115.
- Lürmann, Fritz W., Verwendung der Hochofengase zur unmittelbaren Kraftherzeugung, in: Stahl und Eisen, Jgg. 18, 1898, S. 246-267 u. 496-506.
- Matschoß, Conrad (Hrsg.), Werner Siemens - ein kurzgefaßtes Lebensbild nebst einer Auswahl seiner Briefe, Band I u. II, Berlin 1916.
- Mai, Joachim, Das deutsche Kapital in Industrie und Handel Rußlands von 1815 bis 1876, in: Jb.f.Wg., 1968, Teil 2, S. 205-236.
- Meier, Max, Die Fortschritte in den Walzwerkeinrichtungen, in: Stahl und Eisen, Jgg. 18, 1898, S. 1028 ff.
- Noether, Erich, Vertrüstung und Monopolfrage in der deutschen Elektrizitätsindustrie, phil. Diss. Heidelberg. Mannheim/Leipzig 1913.
- North, Gottfried, Die geschichtliche Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens, in: AfDPG., 1974, Heft 2, S. 6-25.
- Nußbaum, Helga, Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur und Aktionen antimonopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin (DDR) 1966.
- Dies., Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zur Überführung in Reichseigentum 1908 bis 1914, in: Jb.f.Wg., 1968, Teil 3, S. 117-203.
- Orth, Wilhelm, Walther Rathenau und der Geist von Rapallo. Größe und Grenzen eines deutschen Bürgers. Berlin/DDR 1962.

- Pawlowitsch, Paul, Die Aussperrung in der Elektro-Industrie und der Erfolg der Arbeiter, in: Die Neue Gesellschaft, Jgg. 1, 1905, Nr. 28, 11.10.1905.
- Pieper, Hans, Aus der Geschichte der optischen Telegraphie und die Anfänge des elektromagnetischen Telegraphen, in: AfDPG., 1967, Heft 2., S. 39-55.
- Pinner, Felix, Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter (= Große Männer: Studien zur Biologie des Genies, hrsg. von Wilhelm Ostwald, Bd. 6), Leipzig 1918.
- Pogge-v.Strandmann, Hartmut (Hrsg.), Walther Rathenau, Tagebuch 1907-1922, Düsseldorf 1967.
- Radandt, Hans, AEG - Ein typischer Konzern, Berlin/DDR, 1958.
- Radandt, Hans, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld. Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des Zweiten Weltkriegs (= Geschichte der Fabriken und Werke, Band III, 3), 2. Auflage, Berlin (DDR) 1958.
- Rachel, Hugo und Wallich, Paul, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, Bd. III: Übergangszeit zum Hochkapitalismus 1806-1856, als Manuskript gedruckt, Berlin 1939.
- Rathenau, Walther, Briefe, Bd. I u. II, Dresden 1926.
- Ders., Politische Briefe, Dresden 1929.
- Ders., Gesammelte Reden, Berlin 1924.
- Ders., Nachgelassene Schriften, Bd. I u. II, Berlin 1928.
- Reinhardt, Ewald, Die Kupferversorgung Deutschlands und die Entwicklung der deutschen Kupferbörsen (= Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben, H. 4), Bonn 1913.
- Riedler, Alois, Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft, Berlin 1916.
- Rießer, Jacob, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 4. verbesserte Auflage, Jena 1912.
- Roth, August, Wilhelm von Siemens. Ein Lebensbild. Gedenkblätter zum 75jährigen Bestehen des Hauses Siemens & Halske, Berlin/Leipzig 1922.
- Saffran, Gerhard, Die Entwicklung der deutschen Kabelindustrie, wiso. Diss., Köln 1928.
- Schiff, Emil, Elektrizitätssteuer und Arbeitgebersteuer, in: ETZ, Jgg. 30, 1909, H. 4, S. 95 f.
- Schmidt, Martin, Die BEWAG-Transaktion im Jahre 1931. Eine Studie zur Geschichte des deutschen Finanzkapitals. Berlin/DDR, 1957.

- Schröter, Alfred und Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution (= Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, Bd. 2), Berlin (DDR) 1962.
- Siemens, Georg, Carl Friedrich von Siemens. Ein großer Unternehmer, Freiburg i.Br./München 1960.
- Ders., Erziehendes Leben. Erfahrungen und Betrachtungen. Urach 1948.
- Ders., Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I: 1847-1903, München 1947, Bd. II: Technik als Schicksal. 1903-1922, München 1949, Bd. III: Die Dämonie des Staates. 1922-1945, Freiburg i.Br./München 1951.
- Siemens, Werner, Gesammelte Abhandlungen und Vorträge, Berlin 1881.
- Ders., Wissenschaftliche und technische Abhandlungen, Bd. I.: Wissenschaftliche Abhandlungen und Vorträge, 2. Aufl., Berlin 1889; Bd. II., Technische Arbeiten, 2. Aufl. Berlin 1891.
- Ders., Lebenserinnerungen, 10. Aufl., Berlin 1916; 16. Aufl., München 1956; 17. Aufl., München 1966.
- Siemens, Wilhelm von, Elektrizitätssteuer und Arbeitgebersteuer, in: Deutsche Revue, Jgg. 33, Bd. 4., 1908, S. 307-324.
- Stevens, William S., Industrial Combinations and Trusts, New York 1912.
- Ufermann, Paul und Hüglin, Carl, Stinnes und seine Konzerne, Berlin 1924.
- Umbreit, Paul, Nach dem Kampf in der Elektro-Industrie, in: Neue Gesellschaft, Jgg. 1., Nr. 30, 25.X.1905.
- Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Großindustrie. (= Schriften VfS., Bd. 134, Leipzig 1910):
- von Biékowski, Untersuchungen über Arbeitseignung und Leistungsfähigkeit der Arbeiter einer Kabelfabrik, in: ebda., 2. Halbband, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie, Leipzig 1910, S. 3-50.
- Deutsch, Julius, Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckertwerken in Wien, ebda., 2. Halbbd., Leipzig 1910, S. 230-301.

- HeiB, Cl., Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik, ebda., 2. Halbbd., Leipzig 1910, S. 111-235.
- Landé, Dora, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ebda., 2. Halbbd., Leipzig 1910, S. 306-498.
- Vent, Otto, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) in Essen, in: J.W. van Heys (Hrsg.), Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Berlin 1931, S. 510-540.
- Wandrey, Conrad, Werner Siemens. Geschichte seines Lebens. Bd. I., München 1942.
- Weinhausen, Friedrich, Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie, in: Hilfe, Jgg. XI., Nr. 41, 15.X.1905.
- Weiß, Max, Die finanzpolitische Bedeutung der Gemeindeunternehmungen, in: Schriften VfS., Bd. 132, Leipzig 1910, S. 171-192.
- Wilhelm, Karl, Die AEG (= Stätten deutscher Arbeit, Bd. 3), Berlin 1930.
- Winkler, J., Zur Geschichte der elektrischen Eisenbahnen, in: "Siemens-Zeitschrift", Jgg. 2, 1922, Heft X., S. 559-578.
- Winterfeld, Ludwig von, Entwicklung und Tätigkeit der Firma Siemens & Halske in den Jahren 1847-1897, phil. Diss. Kiel 1913.
- (Wittig, Paul), Das Verkehrswesen der Stadt Berlin und seine Vorgeschichte, (Berlin 1931).
- Zastrow, Rüdiger von, Elektrizitätswirtschaft der Stadt Berlin, in: J.W. van Heys (Hrsg.), Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Berlin 1931, S. 243-275.
- B.2. Industrielle Entwicklung, Politik und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Arbeitsverhältnisse und Arbeitskonflikte außerhalb der Elektroindustrie. Fragen der Historiographie.
- Abel, Wilhelm, Agropolitik (Grundriß der Sozialwissenschaft, hrsg. v. R. Schaefer u.a., Bd. XI.), 2. Aufl. Göttingen 1958.
- Achterberg, Erich, Berliner Hochfinanz. Kaiser, Fürsten, Millionäre um 1900, Frankfurt/M. 1965.
- Adorno, Theodor, W., Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M., 1969.

- Apt, Max, 25 Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft, Berlin 1927.
- Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. I, Antisemitismus, Frankfurt/M. 1975.
- Arnhold, Johanna (Hrsg.), Eduard Arnhold, (Privatdruck), Berlin 1928.
- Basler, Werner, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918 (= Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Reihe B, Bd. 3), Berlin (DDR) 1962.
- Baudis, D., Gesicht und Hintergrund der 'Tradition', in: Jb.f.Wg. 1960, Teil I, S. 789-202.
- Beer, Brigitte, Louis Schwartzkopff, Leipzig 1943.
- Bebel, August, Aus meinem Leben, Teil I-III, Neuauflage, Berlin (DDR) 1961.
- Bendix, Reinhard, Max Weber - Das Werk, München 1964.
- Bergengrün, Alexander, David Hansemann, Berlin 1901.
- Ders., Staatsminister August Freiherr von der Heydt, Leipzig 1908.
- Berlepsch, Freiherr von, Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben (= Schriften VfS., Bd. 99), Jena 1902.
- Bernays, Marie, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie dargestellt an den Verhältnissen der Gladbacher Spinnerei und Weberei AG. zu München-Gladbach im Rheinland (= Schriften VfS., Bd. 133, 1, Leipzig 1910.
- Dies., Das Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XXXVI, 1912, S. 884-900), abgedruckt in: Fürstenberg, Friedrich, Industriesoziologie I (= Soziologische Texte, hrsg. v. H. Maus und F. Fürstenberg, Bd. 1), 2. Auflage, Neuwied/Berlin 1966, S. 199-216.
- Bismarck, Otto von, Die gesammelten Werke. Bde 1-6c, bearbeitet von Hermann v. Petersdorff, Friedrich Thimme und Werner Frauendienst. Berlin 1924-1935.
- Bloemers, Kurt, Der Eisenbahntarif-Kampf, in: Born, Karl Erich (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte (= NWB., 12, Geschichte), Köln/Berlin 1966, S. 151-170.

- Blumenthal, Hermann, Die Berliner Produktenbörse unter besonderer Berücksichtigung des Getreidehandels (= Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Erlangen, Heft 6), Leipzig 1928.
- Boehlich, Walter (Hrsg.), Der Berliner Antisemitismusstreit. 2. Auflage, Frankfurt/M. 1965.
- Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln/Berlin 1966.
- Ders. (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879, (= NWB., 26, Geschichte), Köln/Berlin 1968.
- Ders., Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968.
- Boelcke, Willi (Hrsg.), Krupp und die Hohenzollern. Aus der Korrespondenz der Familie Krupp 1850-1916, Berlin (DDR) 1956.
- Born, Karl Erich (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte (= NWB., 12, Geschichte), Köln/Berlin 1966.
- Brentano, Lujo, Die deutschen Getreidezölle. Eine Denkschrift. Stuttgart 1910.
- Ders., Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.
- Brentano, Lujo und Bueck, H.A., Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages, in: Schriften VfS., Bd. 47, Leipzig 1890, S. 119-155.
- Brentano, Lujo und Leidig, E., Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 135-158.
- Briefs, Götz, Art. "Gewerkschaften" I - Theorie, in: HdS., Bd. IV, Göttingen 1965; S. 545-561.
- Ders., Die Hierarchie im Betrieb, in: Fürstenberg, Friedrich (Hrsg.), Industriesoziologie I (= Soziologische Texte, Bd. 1), 2. Auflage, Neuwied/Berlin 1966, S. 73-85.
- Budde, Emil Arnhold, Bemerkungen über die Gesellschaftssteuerfrage, in: Deutsche Revue, 24. Jgg., Bd. I., 1909, S. 113-118.
- Büsch, Otto, Industrialisierung und Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur Thematik und Methodologie der historischen Industrialisierungsforschung. Berlin 1969.
- Busch, Moritz, Tagebuchblätter, Bd. II., Leipzig 1899.

- Candeloro, Giorgio, Storia dell'Italia moderna. Bd. V: La costruzione dello Stato unitario, 2. Aufl., Mailand 1958.
- Clapham, John Harold, Free Trade and Steel 1850-1886. (= An Economic History of Modern Britain, Vol. 2), Cambridge 1952.
- Ders., Machines and National Rivalries 1887-1914. (= An Economic History of Modern Britain, Vol. 3), Cambridge 1951.
- Dahrendorf, Ralf, Industrie- und Betriebssoziologie, 3. Auflage, Berlin 1965.
- Däbritz, Walter, David Hansemann und Adolph Hansemann. Männer der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, Krefeld 1954.
- Delbrück, Hans, Die Liebknechtschen Enthüllungen, in: Preussische Jahrbücher, Bd. 152, 1913, S. 370-377.
- Ders., Rückblick auf den Krupp-Prozeß, in: Preussische Jahrbücher, Bd. 154, 1913, S. 564-571.
- Delbrück, Rudolf, Lebenserinnerungen 1817-1867 (Mit einem Nachtrag aus dem Jahre 1870), 2 Bände, 2. Auflage, Leipzig 1905.
- Demetz, Peter, Formen des Realismus: Theodor Fontane. Kritische Untersuchungen. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973.
- Deutz, Joseph, Adam Stegerwald, Köln 1952.
- Dovifat, E., Zeitungslehre, 2 Bände, 5. Auflage, Berlin 1967.
- Ehrenberg, Richard, Das Arbeitsverhältnis als Arbeitsgemeinschaft, in: Th.-A./AeW., II., 1909, S. 176-202.
- Ders., Die Arbeitszeit der Kontore, ebda., I., 1906, S. 454-520.
- Ders., Bisherige Ergebnisse und nächste Aufgaben der exakt vergleichenden Wirtschaftsforschung, in: Stenographischer Bericht über die erste Hauptversammlung der Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung am 22. Oktober 1910, ebda., III., 1911, S. 329-400, spez. S. 338-357, 385-400.
- Ders., Die Familie und ihre Bedeutung für das Volksleben, ebda., IIX., 1917, S. 1-23.
- Ders., Der Handel, seine wirtschaftliche Bedeutung, seine nationalen Pflichten und sein Verhältnis zum Staate, Jena 1897.
- Ders., Handelspolitik. Fünf Vorträge gehalten im Verein für Volkswirtschaft und Gewerbe zu Frankfurt, Jena 1900.
- Ders., Klassenkampf und Sozialfriede, in: Th.-A./AeW., IX., 1922, S. 433-462.

- Ehrenberg, Richard, Krieg und Volkswirtschaft, ebda., VI., 1915, S. 431-462.
- Ders., Zur gegenwärtigen Krisis in der deutschen Wirtschaftswissenschaft, ebda., IV., 1912, S. 4-27.
- Ders., Krupp-Studien I. u. II. ebda., II., 1909, S. 204-227.
- Ders., Krupp-Studien III., ebda., III., 1911, S. 1-164.
- Ders., Regenerativ-Ofen und Arbeiterbewegung in der deutschen und englischen Grün Glas-Industrie, ebda., II., 1909, S. 18-138.
- Ders., Schwäche und Stärke neuzeitlicher Arbeitsgemeinschaften, ebda., III., 1911, S. 401-558.
- Ders., Selbstinteresse und Geschäftsinteresse, ebda., I., 1906, S. 279-319.
- Ders., Die Tendenzprofessur, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 290, 19. Oktober 1909.
- Ders., Das Wesen der neuzeitlichen Unternehmung, in: Th.-A./AeW., I., 1906, S. 34-96.
- Ehrenberg, Richard und von Batocki, Bericht über die Studienkommission für Erhaltung des Bauerntums, für Kleinsiedlung und Landarbeit, in: Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung - Bericht über die dritte Hauptversammlung vom 9. Dezember 1912 (= 9. Ergänzungsheft des Th.-A./AeW.), Jena 1913, S. 3-17.
- Ders. und Laur, E., Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des "Archivs für exakte Wirtschaftsforschung", in: Th.-A./AeW., IV., 1912, S. 1 ff.
- Elbogen, Ismar, Ein Jahrhundert jüdischen Lebens. Die Geschichte des neuzeitlichen Judentums, hrsg. v. Ellen Littmann (= Bibliotheca Judaica), Frankfurt 1967.
- Elbogen, Ismar und Sterling, Eleonore, Die Geschichte der Juden in Deutschland. Eine Einführung (= Bibliotheca Judaica), Frankfurt/M. 1966.
- Engelsing, Rolf, Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Wolfram Fischer, Bd. 1), Berlin 1966.
- Eversley, D.E.C., Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft, in: Köllmann W. u. Marschalck, P. (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte, (= NWB., 54, Geschichte), Köln 1972, S. 93-153.
- Eyck, Erich, Lujo Brentanos Lebenskampf, in: ders., Auf Deutschlands politischem Forum (= Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte), Zürich 1963.

- Feder, Ernst (Hrsg.), Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Frankfurt/M., 1933.
- Feidel-Mertz, Hildegard, Zur Ideologie der Arbeiterbildung, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1972.
- Feldhaus, Franz Maria, Zeittafel des Berliner Handels und der Industrie seit 1800, in: Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (Hrsg.), Berlins Aufstieg zur Weltstadt, Berlin 1929, S. 311-361.
- Fellinger, Richard, Der Deutsche Juristentag und das Privatangestelltenrecht, Beilage zu den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 150, 1912.
- Ferber, Christian von, Der Werturteilsstreit 1909-1959, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften (= NWB., 6, Soziologie), 4. Auflage, Köln/Berlin 1967, S. 165-180.
- Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961; 4. Aufl. 1971.
- Forberger, Rudolf, Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts (= Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 10), Berlin (DDR) 1962.
- Fraenkel, Ernst und Bracher, Karl Dietrich, Staat und Politik, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1964.
- Frank, Walter, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, 2. Auflage, Hamburg 1935.
- Franz, Eugen, Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands (1856-1867) (= Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 7), München 1933.
- Fricke, Dieter, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin (DDR) 1955.
- Fuchs, Ernst, Gerechtigkeitswissenschaft. Ausgewählte Schriften zur Freirechtslehre, hrsg. v. Albert S. Foulkes und Arthur Kauffmann, Karlsruhe 1965.
- Fürstenberg, Friedrich, Industriesoziologie I (= Soziologische Texte, hrsg. v. H. Maus und F. Fürstenberg, Bd. 1), 2. Auflage, Neuwied/Berlin 1966.
- Furtwängler, Franz-Josef, ÖTV - Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1955.
- Gebhard, Helmut, Die Berliner Börse von den Anfängen bis zum Jahre 1896, Diss. Erlangen 1927.

Geiger, Theodor, Zur Soziologie der Industriearbeit und des Betriebs, in: Fürstenberg, Friedrich (Hrsg.), Industriestruktur I, 2. Auflage, Neuwied/Berlin 1966, S. 231-251.

Gemkow, Heinrich, Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1957.

Genschel, Helmut, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 38), Göttingen 1966.

Gerschenkron, Alexander, Agrarian Policies and Industrialisation: Russia 1861-1917, in: Habakkuk, H.J. and Postan, M., (Hrsg.), The industrial Revolution and after: Incomes, Population and Technical Change (= The Cambridge Economic History of Europe, vol. VI., 2), Cambridge 1965, S. 706-800.

Geschichte der Frankfurter Zeitung, hrsg. vom Verlag der Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M. 1911.

Girard, Louis, Le Second Empire, in: Reinhard, Marcel, Histoire de France, II, Paris 1954, S. 263-320.

Goebel, Otto, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburg-Programms (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges - deutsche Serie, hrsg. von der Carnegie-Stiftung), Stuttgart 1930.

Goltz, Colmar Freiherr von der, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. Friedrich von der Goltz und Wolfgang Förster, Berlin 1929.

Gothein, Eberhard, Bergbau und Hüttenwesen, in: Grundriß der Sozialökonomik, Abt. VI, Industrie, Bauwesen, Bergwesen, 2. Auflage, Tübingen 1923, S. 294-382.

Grewe, Wilhelm, Politischer Machtkampf und Gemeinwohl, in: Lenk, K. und Neumann F. (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien (= Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 26), Neuwied/Berlin 1968, S. 370-396.

Groth, Otto, Die unerkannte Kulturnacht. Grundlagen der Zeitungswissenschaft, Bd. 5, Berlin 1963.

Günther, Adolf und Prévôt, René, Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich (= Schriften VFS., Bd. 114), Leipzig 1905.

Günther, Karl-Heinz u.a., Geschichte der Erziehung, 10. Auflage, Berlin (DDR) 1971.

Habermas, Jürgen, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. v. Ernst Topitsch (= NWB., 6, Soziologie), 4. Auflage, Köln/Berlin 1967, S. 291-311.

- Hagemann, Walter und Pranke, Hendricus Johannes, (Hrsg.), Grundzüge der Publizistik, 2. neu bearbeitete Auflage von H. J. Pranke u.a., Münster 1966.
- Harburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchistischen Zeit 1848-1918 (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 19), Tübingen 1968.
- Hardoon, Karl W., Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren bei der Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle in Deutschland 1879 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. Wolfram Fischer, Bd. 7), Berlin 1967.
- Harnack, Adolf, Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 3 Bde., Berlin 1900.
- Hatzfeld, Lutz, Zur Erzversorgung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, in: Tradition, 9. Jgg., 1964, H. 5, S. 235-240.
- Hegel, G.W.F., Wissenschaft der Logik, Teil I, [= Hegels sämtliche Werke, Bd. 3 (Philosophische Bibliothek, Bd. 50¹), hrsg. v. Georg Lasson, 2. Auflage, Leipzig 1934.
- Heidorn, Günter, Monopole - Presse - Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des 1. Weltkriegs. Studien zur Außenpolitik in der Periode von 1902 bis 1912, Berlin (DDR) 1960.
- Heinemann, Otto, Kronenorden vierter Klasse. Das Leben des Prokuristen Otto Heinemann 1864-1944, hrsg. v. Walter Henkels, Düsseldorf 1969.
- Heilwig, Fritz, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg 1836-1901, Heidelberg/Saarbrücken 1936.
- Hemberger, Horst, Maier, Lutz u.a., Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland. 5. Aufl., Berlin/DDR, 1968.
- Henderson, W.O., Britain and Industrial Europe 1750-1870. Studies in British Influence on the Industrial Revolution in Western Europe, 2. Auflage, London 1965.
- Ders., The Industrial Revolution on the Continent, Germany, France, Russia 1800-1914, London 1961.
- Ders., The Zollverein, 2. Auflage, London 1959.
- Hennis, Wilhelm, Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre, München 1968.
- Herrmann, Walter, Walter Döbritz zum Gedächtnis. In: Tradition, Jgg. 8, 1963, S. 233-238.

- Herzfeld, Hans und Heinrich, Gerd (Hrsg.), Geschichte von Brandenburg und Berlin, Bd. 3: Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert (= VHKB., Bd. 25), Berlin 1968.
- Heuß, Alfred, Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert. Kiel 1956.
- Heuß, Theodor, Robert Bosch. Leben und Leistung. Tübingen 1946.
- Heuß, Theodor, Erinnerungen 1903-1933, Stuttgart 1963.
- Ders., Friedrich Naumann. Der Mann - Das Werk - Die Zeit. Stuttgart 1949.
- Hintze, Otto, Gesammelte Abhandlungen, 3 Bde., hrsg. von G. Oestreich, 2. Aufl., Göttingen 1962-1967.
- Hirsch, Julius, Deutsche Wirtschaftswissenschaft und Praxis im letzten Menschenalter, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano, Bd. II, München 1925, S. 166 ff.
- Hobsbawm, Eric J., Industrie und Empire I. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1790. Frankfurt/M. 1969.
- Hobson, John, A., Der Imperialismus, Köln/Berlin 1968.
- Huss, H. und Schröder, A. (Hrsg.), Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1965.
- Iggers, Georg G., Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart. München 1971.
- Jacobson, Jacob, Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin 1809-1851 (Mit Ergänzungen für die Jahre 1791-1809), (= VHKB., Bd. 4, Quellenwerke Bd. 1), Berlin 1962.
- Jerusalimski, A.S., Die Außenpolitik und Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, 2. Auflage, Berlin (DDR) 1954.
- Jones, Eliot, The Trust Problem in the United States, New York 1928.
- Kampmann, Wanda, Deutsche und Juden. Studien zur Geschichte des deutschen Judentums, Heidelberg 1963.
- Kardorff, Siegfried von, Wilhelm von Kardorff. Ein nationaler Politiker im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828-1927, Berlin 1936.
- Kirchhoff, Hans Georg, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871-1914 (= Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 4), Köln/Opladen 1958.

- Klein, Fritz (u. Autorenkollektiv, Hrsg.), Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. I., Bln. (DDR), 1968, Bd. II. u. III., 2. Aufl. 1970.
- Klein, Fritz (Hrsg.), Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg, Berlin (DDR), 1964.
- Koch, Max Jürgen, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889-1914) (= BGPP. Bd. 5), Düsseldorf 1954.
- Köllmann, Wolfgang u. Marschalck, Peter (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte, (= NWB., 54, Geschichte), Köln 1972.
- Köllmann, Wolfgang, Friedrich Harkort, Bd. I.: 1793-1838 (BGPP., Bd. 27), Düsseldorf 1964.
- Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791-1848. (= Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. von Werner Conze, Bd. 7), 2. Aufl., Stuttgart 1975.
- Kosiol, Erich, Organisation der Unternehmung (= Die Wirtschaftswissenschaften, Bd. 6), Wiesbaden 1962.
- Koszyk, Kurt, Deutsche Presse im 1. Weltkrieg, Düsseldorf 1968.
- Ders., Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse, Teil II (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 6), Berlin 1966.
- Ders., Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 7), Berlin 1972.
- Kral, Helmut, Die Streikkämpfe der Arbeiter der deutschen Seeschiffswerften vor dem 1. Weltkrieg und die Haltung der deutschen Metallarbeiter, Diss., Berlin (DDR) 1964.
- Krampe, Hans Dieter, Der Staatseinfluß auf den Ruhrbergbau in der Zeit von 1800-1865 (= Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5), Köln 1961.
- Krause, Werner, Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus, Berlin (DDR) 1962.
- Kuczynski, Jürgen, Zur Geschichte und Geschichtsschreibung der industriellen Revolution, in: ders., Studien zur Geschichte des Kapitalismus (= Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 2), Berlin (DDR) 1957, S. 1-36.
- Landes, David S., Technical Change and Development in Western Europe 1750-1814, in: Habakkuk, H.J. and Postan, M. (Hrsg.), The Industrial Revolution and after: Incomes, Population and Technical Change (= The Cambridge Economic History of Europe, vol. VI., 1), Cambridge 1965, S. 274-601.

- Leckebusch, Günther, Die Beziehungen der deutschen Seeschiffswerften zur Eisenindustrie an der Ruhr in der Zeit von 1850 bis 1930 (= Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 8), Köln 1963.
- Lenz, Friedrich, Denkschrift betreffend die Schaffung eines Wirtschaftsarchivs und die Unterstützung privatwirtschaftlicher Forschungen. Berlin 1912.
- Lenz, F., Neubildungen in der Wirtschaftswissenschaft, in: Preußische Jahrbücher Bd. 194, 1912, S. 497-510.
- Liebeschütz, Hans, Das Judentum im deutschen Geschichtsbild von Hegel bis Max Weber (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 17), Tübingen 1967.
- Lieb knecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, 9 Bände, Berlin (DDR) 1958-1971.
- List, Friedrich, Schriften, Reden, Briefe. Im Auftrage der Friedrich-List-Gesellschaft hrsg. von E. v. Beckerath u.a., 12 Bde., Berlin 1927-1936.
- Loeb, Ernst, Das Institut des Aufsichtsrats, seine Stellung und Bedeutung im deutschen Aktienrecht und Möglichkeiten seiner Reform, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 23, 1902, S. 1-28.
- Lütge, Friedrich, Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 14), Stuttgart 1970.
- Ders., Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick, 3. Auflage, Berlin, Heidelberg, New York 1966.
- Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Bd. 1: 1893-1905, 2. Halbband, Berlin (DDR) 1972.
- Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungslehre - Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, hrsg. von W. Kunkel, H. Peters u. E. Preiser, Abt. Staatswissenschaft), Berlin/Göttingen/Heidelberg 1953.
- Marx, Karl, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, 2. Auflage, Berlin (DDR) 1956, S. 378-391.
- Maus, Hans, Zur Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung, in: König, René (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1, Geschichte und Grundprobleme, 3. Auflage, Stuttgart 1973, S. 21-56.

- Meinecke, Friedrich, Straßburg, Freiburg, Berlin 1901-1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949.
- Mellerowicz, Konrad, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd. 1, 12. Auflage, Berlin 1964.
- Mendelssohn, Peter de, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, 2. Auflage, Berlin 1960.
- Meyer, Henry Cord, 'Mitteleuropa' in German Thought and Action 1815-1945 (= International Scholar Forum - A. Series of Books by American Scholars, vol. IV), Den Haag 1955.
- Mieck, Ilja, Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806-1844. Staatshilfe und Privatinitiative zwischen Merkantilismus und Liberalismus (= VHKB., Bd. 20, Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung, Bd. 1), Berlin 1965.
- Misch, Georg, Geschichte der Autobiographie. Bd. IV., 2. Halbbd.: Von der Renaissance bis zu den autobiographischen Hauptwerken des 18. und 19. Jahrhunderts. Bearbeitet von Bernd Neumann, Frankfurt/M., 1969.
- Mommsen, Hans, Petzina, Dietmar und Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973. Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Theodor, Reden und Aufsätze, hrsg. v. Otto Hirschfeld, Berlin 1905.
- Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Bd. 3, 9. Aufl., Berlin 1904.
- Mommsen, Wilhelm, Die Zeitung als historische Quelle, in: Festgabe für Karl D'Ester zum 70. Geburtstag, Münster 1952, S. 165-172.
- Mommsen, Wolfgang, Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt/M. 1974.
- Morsey, Rudolf, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890 (= Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 3) Münster 1957.
- Mosse, Werner E. und Paucker, Arnold (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 13), Tübingen 1965.

- Mottek, Hans, Blumberg, H. u.a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland (= Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, Bd. 1), Berlin (DDR) 1960.
- Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. II: Von der französischen Revolution bis zur Zeit der Reichsgründung, Berlin (DDR) 1964.
- Müller-Jabusch, Maximilian, So waren die Gründerjahre. Düsseldorf 1957.
- Münch, Hermann, Adolph von Hanseemann, München/Berlin 1932.
- Neuhaus, Georg, Die berufliche Gliederung der Bevölkerung im Zeitalter des Kapitalismus, in: Grundriß der Sozialökonomik, Bd. IX., Abt. 1, Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus. Tübingen 1926, S. 360-459.
- Nürnberger, Helmuth, Der frühe Fontane. Politik, Poesie, Geschichte. 1840 bis 1860. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1975.
- Oncken, Hermann, Lassalle, 5. Aufl., hrsg. v. F. Hirsch, Stuttgart, Berlin 1966.
- Ders., Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren. 2 Bde., Stuttgart, Leipzig 1910.
- Oppenheimer, Franz, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen - Ergänzt durch Berichte und Aufsätze von und über Franz Oppenheimer, hrsg. v. L.Y. Oppenheimer, Düsseldorf 1964.
- Otto, Werner (Hrsg.), Liebknecht contra Rüstungskapital. Karl Liebknechts Kampf gegen Krupp, Imperialismus und Kriegsgefahr (= Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, Bd. 3) Berlin (DDR) 1961.
- Pfeiffer, Heinrich (Hrsg.), Alexander von Humboldt. Werk und Weltgeltung. München 1969.
- Pirenne, Henri, Histoire de Belgique. Des origines à nos jours. Tome V., Bruxelles 1952.
- Pöls, Werner, Staat und Sozialdemokratie im Bismarck-Reich. Die Tätigkeit der politischen Polizei beim Polizeipräsidenten in Berlin in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890, in: JGMO, Bd. 13/14, 1965, S. 200-220.
- Pulzer, Peter G.J., Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914, Gütersloh 1966.

- Rachel, Hugo, Das Berliner Wirtschaftsleben im Frühkapitalismus, Berlin 1931.
- Radandt, Hans, Der Stand der 'Geschichte der Fabriken und Werke' in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jb.f.Wg., 1960, II., S. 153-199.
- Ders., Die Vorgeschichte der E(lektro-) A(pparate-) W(erke) 'J.W. Stalin' Berlin-Treptow 1926-1946, in: Jb.f.Wg. 1961, I., S. 189-227.
- Ders., Zur Gestaltung der Betriebsgeschichten, in: Jb.f.Wg., 1964, I., S. 41-52.
- Ders., Wie schreiben wir Betriebsgeschichte? Berlin (DDR) 1963.
- Rauch, Georg von, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955.
- Redlich, Fritz, Anfänge und Entwicklung der Firmengeschichte und Unternehmerbiographie. Das deutsche Geschäftsleben in der Geschichtsschreibung. (1. Beiheft der 'Tradition', Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie), Baden-Baden 1959.
- Ders., Unternehmens- und Unternehmensgeschichte, in: HdS., Bd. 10, Göttingen 1959, S. 532-549.
- Reuter, Hans Heinrich, Fontanes Realismus, in: Teitge, Hans-Erich u. Schobeß, Joachim, (Hrsg.), Fontanes Realismus - Wissenschaftliche Konferenz zum 150. Todestag Th. Fontanes in Potsdam. Berlin/DDR, 1972, S. 25-64.
- Ribhegge, Wilhelm, August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse (= Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 99), Bonn/Bad Godesberg 1973.
- Riedel, Manfred, Der Begriff der "Bürgerlichen Gesellschaft" und das Problem seines geschichtlichen Ursprungs, in: ders., Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt/M. 1969, S. 135-166.
- Rosenberg, Hans, Die Weltwirtschaftskrise von 1857-1859 (= Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 30), Stuttgart 1934.
- Rostow, Walt W., Stadien des wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, 2. Auflage, Göttingen 1967.
- Rothfels, Hans, Bismarck und der Staat. Ausgewählte Dokumente, 3. Auflage, Darmstadt 1958.
- Ders., Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik 1871-1905, Königsberg 1927.

- Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur 'Judenfrage' der bürgerlichen Gesellschaft (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. von Helmut Berding u.a., Bd. 15), Göttingen 1975.
- Salvatorelli, Luigi, Geschichte Italiens, Berlin 1941.
- Schäffle, Friedrich A.E., Aus meinem Leben, Bd. I, Berlin 1905.
- Schelsky, Helmut, Industrie- und Betriebssoziologie, in: Gehlen, Arnold und Schelsky, Helmut (Hrsg.), Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, Düsseldorf/Köln 1955, S. 157-195.
- Schieder, Theodor, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, in: Böhme, Helmut (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879 (NWB., 26, Geschichte), Köln/Berlin 1968, S. 21-33.
- Ders., Political and Social Developments in Europe, in: F.H. Hinsley (Hrsg.), Material Progress and Worldwide Problems 1870-1896 (= The New Cambridge Modern History, vol. XI), Cambridge 1962, S. 243-273.
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele. (= NWB. 32, Geschichte), Köln/Berlin 1969.
- Schleier, Hans, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik. (= Schriften des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 40), Berlin/DDR, 1975.
- Schmoller, Gustav und Kirdorf, Emil, Das Verhältnis der Kartelle zum Staate, in: Schriften VfS., Bd. 116, Leipzig 1906, S. 237-293.
- Schnabel, Franz, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 8 Bände, Freiburg i.Br. 1964/65 /Herder-Bücherei/.
- Schneider, Dieter (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks. Frankfurt/M. 1971.
- Schöne, Richard, Erinnerungen an Theodor Mommsen zum 30.XI. 1917, Münster 1917.
- Schumpeter, Joseph A., Geschichte der ökonomischen Analyse, hrsg. v. Elizabeth B. Schumpeter, Bd. I u. II (= Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 6/I u. II), Göttingen 1965.
- Ders., Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute, in: Harms, Bernhard (Hrsg.), Strukturwandlungen in der deutschen Volkswirtschaft, Bd. I, 2. Auflage, Berlin 1929, S. 303-326.

- Schunder, Friedrich, Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrbergbaus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: K.E. Born (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte (NWB., 12, Geschichte), Köln/Berlin 1966, S. 226-247.
- Schwabe, Klaus, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1969.
- Sée, Henri, Französische Wirtschaftsgeschichte, Bd. II, (= Handbuch der Wirtschaftsgeschichte, hrsg. v. Georg Brodnitz), Jena 1936.
- Seidenzahl, Fritz, Eine Denkschrift David Hansemanns vom Jahre 1866, in: K.E. Born (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 214-225.
- Seton-Watson, Hugh, Der Verfall des Zarenreiches, München 1954.
- Sombart, Werner, Der Bourgeois, München 1913.
- Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, 8. Auflage, Berlin 1921.
- Ders., Die Juden und das Wirtschaftsleben, 2. Auflage, München 1922.
- Ders., Der moderne Kapitalismus, 3 Bände, 7. Auflage, Leipzig/München 1928.
- Spangenthal, S., Die Geschichte der Berliner Börse, Berlin 1903.
- Spiethoff, Arthur, Art. "Krisen", in: HdSt., Bd. VI, 4. Auflage, Jena 1925, S. 8-91.
- Stadtler, Eduard, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935.
- Ders., Als politischer Soldat 1914-1918, Düsseldorf 1935.
- Ders., Seldte, Hitler, Hugenberg. Die Front der Freiheitsbewegung, 2. Auflage, o.O. 1930.
- Stahltreuhändlervereinigung (Hrsg.), Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/München 1954.
- Stammer, Otto, Politische Soziologie, in: A. Gehlen und H. Schelsky (Hrsg.), Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, Düsseldorf/Köln 1955, S. 256-312.
- Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern/Stuttgart 1963.

- Tarbell, Ida M., The Nationalizing of Business 1878-1898, New York 1946.
- Thimme, Friedrich (Hrsg.), Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, Leipzig 1916.
- Thun, Alfons, Die Industrie am Niederrhein (= Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. v. G. Schmoller, Bd. II, H. 2), Leipzig 1879.
- Tiedemann, Christoph von, Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen, 2 Bände, Leipzig 1909.
- Tille, Alexander, Lujo Brentano und der akademische Klassenmoralismus, in: Handel und Industrie, Nr. 1082-1084, Sonderdruck, Saarbrücken o.J. (1912).
- Treblicock, R.C., A 'Special Relationship'. Government, Rearmament and the Cordite Firms, in: The Economic History Review, vol. 19, 1966, Nr. 2, S. 364-379.
- Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 5 Teile, Leipzig 1927.
- Treue, Wilhelm, Wirtschaft und Außenpolitik. Zum Problem der deutschen Weltmachtstellung 1900-1914, in: Tradition, Jgg. 9, H. 5, 1964, S. 193-218.
- Trotzki, Leo, Die russische Revolution 1905, 2. Auflage, Berlin 1923.
- Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Freiin von Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 43) Göttingen 1960.
- Vogel, Walter, Bismarcks Arbeiterversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit, Braunschweig 1951.
- Weber, Adolf, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 6. Auflage, Tübingen 1954.
- Weber, Alfred, Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, 7. Auflage, Berlin 1956.
- Weber, Hanns, Bankplatz Berlin (= Bankwirtschaftliche Schriftenreihe, Bd. 4), Köln/Opladen 1957.
- Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924.
- Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Tübingen 1920.
- Ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922.

- Weber, Max, Gesammelte politische Schriften, hrsg. v. J. Winckelmann, 3. Auflage, Tübingen 1971.
- Ders., Zum Hochschullehrertag, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 285, 14.10.1909.
- Ders., Das Institut für exakte Wirtschaftsforschung, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 292, 21.10.1909.
- Ders., Professor Ehrenberg, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 291, 20.10.1909.
- Ders., Die Protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung, hrsg. v. J. Winckelmann, München 1969.
- Ders., Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, dargestellt auf Grund der vom VfS. veranstalteten Erhebungen (= Schriften VfS., Bd. 55, Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, Bd. 3), Leipzig 1892.
- Ders., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 2 Halbbände, hrsg. v. J. Winckelmann, Köln/Berlin 1964.
- Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. I-V, Göttingen 1971 f.
- Ders., Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918 (= Deutsche Geschichte hrsg. von Joachim Leuschner, Bd. 9), Göttingen 1973.
- Ders., Geschichte als historische Sozialwissenschaft, Frankfurt/M. 1973.
- Ders. (Hrsg.), Geschichte und Psychoanalyse, Köln/Berlin 1971.
- Ders. (Hrsg.), Imperialismus, (= NWB., 37, Geschichte), Köln/Berlin 1970.
- Werner, Karl Heinz, Österreichs Industrie- und Außenpolitik 1848-1948, in: Meyer, Hans (Hrsg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948, Wien 1948, S. 379-388.
- Wickert, Lothar, Theodor Mommsen - Eine Biographie. Bd. I., Frankfurt/M. 1959.
- Wieacker, Franz, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Auflage, Göttingen 1967.
- Wiemer, Fritz A., Die Börse. Eine Studie über die Entwicklung des Rechts und der Verfassung der deutschen, insbesondere der Berliner Börse und der hauptsächlichsten Börsen des Auslandes. Berlin 1905.
- Wilson, Charles, Economic Conditions, in: Hinsley, F.H. (Hrsg.), Material Progress and World-Wide Problems 1870-1898 (= The Cambridge Modern History, vol. XI.), Cambridge 1962, S. 49-75.

Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus - Voraussetzungen und Anfänge (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. von Helmut Berding u.a., Bd. 9), Göttingen 1974.

Winschuh, Josef, Männer, Traditionen, Signale, Berlin 1940.

Ders., Das neue Unternehmerbild. Grundlagen einer Unternehmerpolitik, Baden-Baden 1954.

Wutzmer, Heinz, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Mottek, H., Blumberg, H. u.a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland (= Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, Bd. 1), Berlin (DDR) 1960, S. 145-163.

Zorn, Wolfgang, Typen und Entwicklungskräfte deutschen Unternehmertums, in: K.E. Born (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte (= NWB., 12, Geschichte), Köln/Berlin 1966, S. 25-41.

Ders., Wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850-1879), in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte (= NWB., 10, Geschichte), Köln/Berlin 1966, S. 254-270.

Zunkel, Friedrich, Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834-1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert (= Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 19), Köln/Opladen 1962.

B.3. Verbände und Parteien.

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 4. Auflage, Frankfurt/M. 1968.

Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Volkspartei (= BGPP., Bd. 45), Düsseldorf 1972.

Anweiler, Otto, Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921 (= Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 5), Leiden 1958.

Apolant, Hans Alexander, Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung Deutschlands. Werden, Wesen und Wollen der gelben Organisationen, Berlin 1928.

Berg, Fritz (Hrsg.), Der Weg zum industriellen Spitzenverband, Darmstadt 1956.

- Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 9. Auflage, München 1955.
- Bernstein, Eduard, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 3 Bände, Berlin 1907-1910.
- Blaich, Fritz, Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914 (= BGPP., Bd. 50), Düsseldorf 1973.
- Beutin, Ludwig, Die Gründung von Handelskammern, in: K.E. Born, (Hrsg.), Moderne Deutsche Wirtschaftsgeschichte, (= NWB., 12, Geschichte), Köln/Berlin 1966, S. 259-271.
- Beutin, Ludwig, Organisation und Arbeit der Handelskammern bis zum Ersten Weltkrieg, in: Ebda., Köln/Berlin 1966, S. 272-295.
- Boese, Franz, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932 (= Schriften VfS., Bd. 188), Berlin 1939.
- Born, Karl Erich, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des deutschen Reiches 1890-1914 (= Historische Forschungen im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaft und Literatur, Bd. 1), Wiesbaden 1957.
- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaften Berlin, Bd. 4), 3. Auflage, Villingen 1960.
- Bracher, Karl Dietrich, Sauer, Wolfgang, Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaften, Bd. 14), 2. Auflage, Köln/Op-laden 1962.
- Breitling, Rupert, Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise (= Parteien, Fraktionen, Regierungen - Eine Schriftenreihe der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik, Bd. 8), Meisenheim 1955.
- Budde, Emil Arnold, Arbeitskammern, in: Deutsche Revue, 23. Jgg., Bd. 3, 1908, S. 354-363.
- Ders., Das Streikrecht der Gelben, in: Der Bund, Jgg. 3, Nr. 43, 1910.
- Bueck, Henry Axel, Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876-1901, 3 Bände, Berlin 1901 ff.

- Bueck, Henry Axel, Der Centralverband Deutscher Industrieller und seine 30jährige Arbeit von 1876-1906, Berlin 1906.
- Bussmann, Walter, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Böhme, Helmut (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879 (= NWB., 26, Geschichte), Köln/Berlin 1968, S. 85-103.
- Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967.
- Duverger, Maurice, Les Partis Politiques, Paris 1951.
- Eichholtz, Dietrich und Gossweiler, Kurt, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument, Jgg. 10, Heft 3, S. 210-227.
- Elm, Ludwig, Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893-1918. Berlin/DDR, 1968 (= Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I., Bd. 32).
- Eschenburg, Theodor, Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1955.
- Engels, Friedrich, Die preußische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. XVI, Berlin (DDR) 1962, S. 37-78.
- van Eyll, Klara, Die Geschichte einer Handelskammer - dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen 1840 bis 1910 (= Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte, NF., Bd. 10), Köln 1964.
- Facius, Friedrich, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 6), Boppard 1959.
- Fellinger, Richard, Gelbe Gewerkschaften, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 141, 1910, S. 478-507.
- Fischer, Hermann, Des Hansa-Bundes Kampf von 1909 bis 1929 und seine nächsten Aufgaben, in: 20 Jahre deutsche Wirtschaftspolitik - Die Arbeit des Hansa-Bundes von 1909-1929. (= Druckschriften des Hansa-Bundes, N.F., Heft 1).
- Fischer, Wolfram, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat. Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts, Berlin 1964.
- Franz, Georg, Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der Habsburgischen Monarchie, München 1955.

- Fricke, Dieter, Weißbecker, Manfred (u.a.), Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland - Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945. 2 Bde. Leipzig 1968, 1970.
- Gall, Lothar (Hrsg.), Liberalismus, (= NWB. 85, Geschichte), Köln/Berlin 1976.
- Gall, Lothar, Liberalismus und 'bürgerliche Gesellschaft'. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Liberalismus, Köln/Berlin 1976, S. 162-186.
- Grebing, Helga (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (= Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 3), München 1969.
- Grieb, Günther, Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften 1905/06. Die Auseinandersetzung in der deutschen Arbeiterbewegung über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Massenstreik- und Maifeierdebatte, phil. Diss. (maschinenschriftl.), Jena 1964.
- Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Berlin 1974.
- Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5. Auflage, Berlin (DDR) 1963.
- Gugel, Michael, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857-1867. Köln 1975 (Sammlung Junge Wissenschaft).
- Hallgarten, George W.F., Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933 (= Sammlung "res novae", Veröffentlichungen zu Politik, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte, Bd. 13), Frankfurt/M. 1955.
- Hallgarten, George W.F., und Radkau, Joachim, Deutsche Industrie von Bismarck bis heute, Frankfurt/M., 1974.
- Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband 1893-1932 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 6), Frankfurt/M. 1967.

- Hartwich, Hans Hermann, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik (= VHKB., Bd. 23), Berlin 1967.
- Herkner, Heinrich, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung, 2 Bände, 8. Auflage, Berlin/Leipzig 1922.
- Hess, Adalbert, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit 1862-1866 (= Politische Forschungen, Bd. 6), Köln/Opladen 1964.
- Heyderhoff, Julius und Wentzcke, Paul, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. I: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859-1870, Bonn/Leipzig 1925. Bd. II: Im neuen Reich 1871-1890, Bonn/Leipzig 1926.
- Hiersemenzel, C.C.E., Zur Geschichte des Deutschen Juristentags, in: Verhandlungen des Ersten Deutschen Juristentages hrsg. vom Schriftführeramt der Ständigen Deputation, Berlin 1860, S. III-IXX.
- Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, in: Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, hrsg. v. Max Adler und Rudolf Hilferding, Wien 1927.
- Hirsch-Weber, Wolfgang, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaften Berlin, Bd. 13), Köln/Opladen 1959.
- Hommer, Otto, Die Entwicklung und Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ein Beitrag zum Gewerkschaftsproblem, Berlin 1912.
- Hue, Otto, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. II, Stuttgart 1913.
- Kaelble, Hartmut, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß. (= VHKB., Bd. 40; Veröffentlichungen zur Geschichte der Industrialisierung, Bd. 4), Berlin 1972.
- Kaelble, Hartmut, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895-1914 (= VHKB., Bd. 27), Berlin 1967.
- Kahl, Wilhelm, Die Vaterländische Vereinigung, Berlin 1915.

- Kehr, Eckart, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (= VHKB., Bd. 19), Berlin 1965.
- Ders., Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901, Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus. Berlin 1930.
- Kaiser, Joseph H., Der politische Streik, 2. Auflage, Berlin 1954.
- Kessler, Gerhard, Die deutschen Arbeitgeberverbände (= Schriften VfS., Bd. 124), Leipzig 1907.
- Kocka, Jürgen, Unternehmer in der deutschen Industrialisierung. Göttingen 1975.
- Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. I: Monopole und Unternehmerverbände, Berlin (DDR) 1948.
- Kulemann, Wilhelm, Die Berufsvereine, 1. Abt., Bd. 2: Deutschland II., Organisation der Arbeitnehmer II (Die Arbeiter, Die Arbeiterinnen, Einzelne Organisationen), Jena 1908.
- Ders., Die Berufsvereine, 1. Abt., Bd. 3, III. (Organisation der Arbeitgeber, Gemeinsame Organisationen). Jena 1908.
- Lambi, Ivo N., Die Organisation der industriellen Schutz-zollinteressen, in: Born, Karl Erich (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte (= NWB., 10, Geschichte), Berlin/Köln 1966, S. 296-308.
- Lansburgh, Alfred, Industrie und Handel im Parlament, in: Die Bank, 1908, S. 627.
- Lederer, Emil und Marschak, Jacob, Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Organisation, in: Grundriß der Sozial-ökonomik, IX. Abteilung, II. Teil: Die autonome und staatlich soziale Binnenpolitik im Kapitalismus, Tübingen 1927, S. 106-258.
- Lenin, Wladimir I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 1, 5. Auflage, Berlin (DDR) 1959, S. 709-817.
- Lenk, Kurt und Neumann, Franz (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien (= Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 26), Neuwied/Berlin 1968.
- Lindenlaub, Dieter, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich, vornehmlich vom Beginn des "Neuen Kurses" bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890-1914), Teil I u. II (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 52 u. 53), Wiesbaden 1967.

- Lochner, Louis P., Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, 2. Auflage, Darmstadt 1955.
- Marr, Heinz, Repräsentations- und Integrationsparteien, in: Lenk, K. und Neumann, F. (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien (= Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 26), Neuwied/Berlin 1968, S. 330-334.
- Marx, Karl, Die Bourgeoisie und die Konterrevolution, in: MEW, Bd. VI, Berlin (DDR) 1959, S. 102-124.
- Ders., Die Lage in Preußen, in: MEW, Bd. 12, Berlin (DDR) 1961, S. 683-687.
- Maschke, Erich, Die Industrialisierung Deutschlands im Spiegel der Parlamentszusammensetzungen von 1848 bis heute, in: Tradition, 10. Jgg., 1965, H. 5/6, S. 230-245.
- Mason, Tim, Primat der Industrie? Eine Erwiderung, in: "Das Argument", Jgg. 10, 1968, Heft 3, S. 193-209.
- Mason, Tim, Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Jgg. 8, H. 6, 1966, S. 473-494.
- Mattheier, Klaus, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfriede und Streik, Düsseldorf 1973.
- Mayntz, Renate, Soziologie der Organisation, Hamburg 1963.
- Meyer, Gustav, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt/M. 1969.
- Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Auflage, hrsg. v. Werner Conze, Stuttgart 1970.
- Mommsen, Hans, Petzina, Dietmar und Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973, Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Wilhelm, Deutsche Parteiprogramme, 2. Aufl. (= Deutsches Handbuch der Politik Bd. 1), München 1964.
- Müffelmann, Leo, Die moderne Mittelstandsbewegung, Leipzig 1913.
- Neumann, Hugo, Der Erste Deutsche Juristentag zu Berlin am 28.-30. August 1860, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 7. Jgg., 1902, S. 398 ff.
- Neumann, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik, 2. Auflage, Stuttgart 1965.

- Nipperdey, Theodor, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte (= NWB, 10, Geschichte), Köln/Berlin 1970, S. 369-388.
- Nipperdey, Theodor, Die Organisation der Parteien vor 1918 (= BGPP., Bd. 18), Bonn 1961.
- Nuschke, Otto, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Erkelenz, A. (Hrsg.), 10 Jahre Deutsche Republik, Berlin 1928, S. 25 ff.
- Opel, Fritz, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkriegs und der Revolution (= Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg, hrsg. v. Wolfgang Abendroth, Bd. 4), 2. Auflage, Hannover 1962.
- Puhle, Hans Jürgen, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich 1893-1914. Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-konservativen Partei (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B: Historisch-politische Schriften), 2. Auflage, Bonn/Bad Godesberg, 1975.
- Raumer, Hans von, Die Zentralarbeitsgemeinschaft, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, hrsg. v. Fritz Berg, Darmstadt 1956, S. 102-117.
- Ritter, Gerhard A. Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften 1890-1900 (= Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin), 2. Auflage, Berlin 1963.
- Rönitz, Ulrich, Der Haus- und Grundbesitz und seine Organisation 1879-1914, Düsseldorf 1954.
- Rosenberg, Arthur, Entstehung der Weimarer Republik, hrsg. v. Kurt Kesten (= Sammlung "res novae", Bd. 8), Frankfurt/M. 1961.
- Rosenberg, Hans, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. (VHKB., Bd. 24, Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung Bd. 2), Berlin 1967.
- Ders., Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt/M., 1969, S. 7-49.
- Ders., Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgarliberalismus, in: HZ., 141, 1930, S. 497-541.

- Rürup, Reinhard, Rätebewegung und Revolution in Deutschland 1918-1919, in: Neue Politische Literatur, Jgg. 12., H.3., 1967, S. 305-315.
- Saul, Klaus, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903-1914 (Studien zur modernen Geschichte hrsg. von Fritz Fischer u.a., Bd. 16), Düsseldorf 1974.
- Schaarschmidt, Erich, Geschichte der Crimmitschauer Arbeiterbewegung, phil. Diss. Leipzig 1933, Crimmitschau 1934.
- Schäfer, Hermann, Die 'gelben Gewerkschaften' am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke Berlin, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 59, 1972, S. 41-76.
- Schieder, Theodor, Staat und Gesellschaft im Wandel der Zeit, Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1958.
- Schraepler, Ernst u. Skrzypczak, Henryk u.a., Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - Kritik einer Legende (Sonderdruck aus JGMO, Bd. XIII/XIV.), Berlin 1964.
- Schröder, Wilhelm, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage. Bd. I. 1863-1909, München 1910, Bd. II. 1910-1913, München 1915.
- Schupp, Friedrich und Wettstein, Karl August, Die Entstehungsgeschichte des ersten allgemeinen Deutschen Handelstages 1861, Karlsruhe 1911.
- Seidel, Hans und Wenger, Karl, Freie Verbände in der gewerblichen Wirtschaft, in: Pütz, Theodor (Hrsg.), Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich (Schriften VfS., N.F. Bd. 39 Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik, hrsg. von A. Predöhl und G. Weippert, Bd. 4/), Berlin 1966, S. 573-618.
- Sheehan, James J., Liberalismus und Gesellschaft in Deutschland 1815-1848, in: L. Gall (Hrsg.), Liberalismus, S. 208-231.
- Stahl, Friedrich Julius, Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche, neunundzwanzig akademische Vorlesungen, Berlin 1863.
- Stegmann, Dirk, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918. Köln/Berlin 1970.
- Stenglein, Geschichte des Deutschen Juristentages, in: Deutsche Juristenzeitung, Jgg. VII, 1902, S. 401-406.

- Stieda, W., Die Mittelstandsbewegung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 29, 1905, S. 5-11.
- Stolper, Gustav, German Economy 1870-1940. Issues and Trends, London 1940.
- Teuteberg, Hans Jürgen, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland (= Soziale Forschung und Praxis, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Bd. 15), Tübingen 1961.
- Tormin, Walter, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 2. Auflage, Stuttgart/Berlin 1967.
- Tormin, Walter, Der Reichstag im Kaiserreich, in: Schwarz, Max, (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 115-136.
- Toury, Jacob, Die politische Orientierung der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 15), Tübingen 1966.
- Ulbricht, Walter, Bartel, Horst, Berthold, Lothar u.a., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 8 Bänden, Berlin/DDR, 1966.
- Ullmann, Hans-Peter, Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im deutschen Kaiserreich 1895-1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. von Helmut Berding u.a., Bd. 21), Göttingen 1976.
- Ungewitter, Claus, Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik, 1877-1927, Berlin 1927.
- Waline, Pierre, Un Accord du Travail en Allemagne (Novembre 1918), in: La Revue Des Deux Mondes, Jgg. 58, S. 109-122.
- Wegener, Konstanze, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im Wilhelminischen Deutschland (1893-1910) (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, hrsg. v. Hans Rothfels u.a., Bd. 24), Tübingen 1968.
- Westarp, Kuno, Graf, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Bd. I. u. II., Berlin 1935.
- Winkler, Heinrich, August, Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der deutschen Fortschrittspartei 1861-1866. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, hrsg. von Hans Rothfels u.a., Nr. 17), Tübingen 1964.

Winschuh, Josef, Der Verein mit dem langen Namen. Geschichte eines Wirtschaftsverbandes, Berlin 1932.

Wössner, Jacobus, Industriegesellschaft und Verbandswesen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. XV., 1964, S. 221-242.

Ziebill, Otto, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung. (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaft, Bd. 7), Stuttgart 1964.

B.4. Industrielle Präsenz und Politik im Reproduktionsbereich: Industrie und Kommune.

Ascher, Siegfried, Die Wohnungsmieten in Berlin von 1880 - 1910 (= Bodenpolitische Zeitfragen, H. 7), Berlin 1918.

(Abmann, Alois), Siemensstadt. Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1935.

Bahrdt, Hans Paul, Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft (= Zeitfragen, Nr. 4), 4. Auflage, Hamburg 1971.

Ders., Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, 2. Auflage, Hamburg 1969.

Barnitzke, Liselotte, Geographie des Bezirks Spandau, Math. Natw.Diss., FU Berlin, maschinenschriftl., Berlin 1967.

Baumert, Georg, Wohnungsverhältnisse und Städtebau in Spandau. Eine Erwiderung, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 145, Heft III, 1911, S. 311-330.

Berliner Rektorenverein und Rektorenverein Groß-Berlin (Hrsg.), Verteilung des Lehrstoffes für die Volksschulen Groß-Berlins. Ein Beitrag zur Spezialisierung des Grundlehrplans, als Manuskript gedruckt, Berlin 1914.

Berndt, Heide, Der Verlust von Urbanität im Städtebau, in: Das Argument 44, 9. Jgg., 1967, Heft 4, S. 263-286.

Büsch, Otto, Festungsstadt und Industrie. Zur Geschichte von Spandau und Siemensstadt im Zeitalter der Industrialisierung, in: JGMO, Bd. 20, 1971, S. 161-182.

Damaschke, Adolf, Aufgaben der Gemeindepolitik, 8. Auflage, Jena 1919.

Ders., Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not, 13. Auflage, Jena 1916.

Ders., Geschichte der Nationalökonomie, 2 Bände, 13. Auflage, Jena 1912.

- Damaschke, Adolf, Untersuchungen und Vorschläge: Was lehrt ein Menschenalter deutscher Bodenreform? in: Jahrbuch der Bodenreform, Bd. 30, H. 4, 1934, S. 147 ff.
- Ders., Zeitenwende. Aus meinem Leben, 2 Bände, Leipzig/Zürich 1925.
- Deichen, F., Erhebungen über die Verhältnisse der Bediensteten und Arbeiter im Straßenverkehrsgewerbe Berlins, in: Schriften VfS., Bd. 99, Leipzig 1902, S. 367-521.
- Dietrich, Richard, Probleme stadtgeschichtlicher Untersuchungen im Zeitalter der Industrialisierung am Beispiel Berlins, in: JGMO., Bd. 16/17, 1968, S. 169-209.
- Dunger, Ingrid, Wilhelmshaven 1870-1914. Staats-, Kommunal- und Parteipolitik im Jadegebiet zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg. Wilhelmshaven 1962.
- Eberstadt, Rudolf, Wohnverhältnisse und Städtebau in Spandau, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 144, H. 2., 1911, S. 429-453.
- Ders., Wohnungswesen und Selbstverwaltung. Eine Replik, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 145, H. 3., 1911, S. 331-344.
- Engel, E., Referat über die Wohnungsnot, in: Ständiger Ausschuß des VfS. (Hrsg.), Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. u. 7. Oktober 1872, Leipzig 1873, S. 164-230.
- Engels, Friedrich, Zur Wohnungsfrage, in: Marx, Karl und Engels, Friedrich, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I., Berlin/DDR, 1958, S. 519-602.
- Fassbinder, Horant, Berliner Arbeiterviertel 1800-1918. Berlin 1975.
- Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, 3. Bd., Havelland. Die Landschaften zwischen Spandau, Potsdam, Brandenburg. (= Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Taschenbuchausgabe in 5 Bänden, hrsg. von Edgar Gross, Bd. 3). München 1971.
- Gundlach, Wilhelm, Geschichte der Stadt Charlottenburg, Berlin 1905.
- Genth, August, Die preußischen Heereswerkstätten. Ihre Entwicklung, allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung und ihr Übergang in privatwirtschaftliche Betriebe, phil. Diss. Berlin, Berlin 1926.
- Grothe, Jürgen, Spandau - Stadt an Spree und Havel, 2. Auflage, Berlin 1975.
- Grundig, Edgar, Chronik der Stadt Wilhelmshaven, Bd. II, 1853-1945, vervielfältigtes Manuskript, Wilhelmshaven 1957.

Haberland, Georg, Aus meinem Leben, Berlin 1931.

Ders., Wie kommen wir aus der Wohnungsnot heraus? Ein dringender Appell an die Reichs- und Staatsregierung, Berlin 1919.

Hassenstein, Wilhelm, Zur Geschichte der Königlichen Gewehrfabrik in Spandau unter besonderer Berücksichtigung des 18. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie (= Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure), Bd. 4, Berlin 1912, S. 27-62.

Heffter, Heinrich, Die Deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950.

Hegemann, Werner, Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt (= Bauwelt Fundamente, Bd. 3), Berlin 1930, 2. gekürzte Ausgabe, Berlin/Frankfurt/Wien 1963.

Hengsbach, Arne, Aus der Geschichte der Stadtteile Siemensstadt und Haselhorst (= Spandauer Heimathefte, hrsg. v. Bruno Jalowietzki, H. 1), Berlin-Spandau 1954.

Ders., Spandau. Eine kleine Heimatgeschichte, Spandau 1957.

Ders., Die Siemensstadt im Grünen. Zwischen Spree und Jungfernhede 1899-1974. Berlin-Spandau 1974.

Herzberg, Ursula, Geschichte der Berliner Wohnungswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der gemeinnützigen (Klein-) Wohnungswirtschaft, wiso. Diss. FU Berlin, maschinenschriftl., Berlin 1957.

Hirsch, Paul, 25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, Berlin 1908.

Ders., Das Kommunal-Programm der Sozialdemokratie Preußens, Berlin 1910.

Ders., Kommunale Wohnungspolitik (= 4. Heft der sozialdemokratischen Gemeindepolitik) Berlin 1906.

Ders., Die Sozialdemokratie im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. 4. Auflage, Charlottenburg 1908.

Ders. und Lindemann, Hugo, Das kommunale Wahlrecht, Berlin 1905.

Hirschberg, Ernst, Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin, Berlin 1897.

Hofmann, Wolfgang, Die Bielefelder Stadtverordneten. Ein Beitrag zu bürgerlicher Selbstverwaltung und sozialem Wandel 1850 bis 1914 (= Historische Studien, H. 390), Lübeck/Hamburg 1964.

- Horn, Friedrich, Die Entwicklung der Wohnverhältnisse und ihre Ursachen in der Stadt Straßburg i.E. in den Jahren 1900-1910, jur. Diss. Straßburg, Straßburg i.E. 1915.
- Jahn, Günther (Bearb.), Stadt und Bezirk Spandau. (= Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Bd. III, i. Auftrage des Senators für Bau- und Wohnungswesen hrsg. vom Amt für Denkmalspflege), Berlin 1971.
- Kaeber, Ernst, Beiträge zur Geschichte Berlins. Ausgewählte Aufsätze. Hrsg. von Werner Vogel. (= VHKB., Bd. 14), Berlin 1964.
- Kleemann, Kurt, Die Sozialpolitik der Reichspost- und Telegraphenverwaltung gegenüber ihren Beamten, Unterbeamten und Arbeitern (= Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Jena, hrsg. v. J. Pierstorff, Bd. 14, H. 1), Jena 1914.
- Kuntzenmüller, Otto u. Koeltze, Friedrich, Urkundliche Geschichte der Stadt und Festung Spandau von der Entstehung der Stadt bis zur Gegenwart. 2 Bde., Spandau 1928/29.
- Lamprecht, Richard, Die Große Stadtschule von Spandau - von ca. 1300 bis 1853 (= Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Königlichen Gymnasiums zu Spandau), Berlin-Spandau 1903.
- Lange, Annemarie, Das Wilhelminische Berlin zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution, Berlin (DDR) 1967.
- Lange, F.C., Groß-Berliner Tagebuch 1920-1933, Berlin 1951.
- Leidig, Hermann, Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg, Berlin 1911.
- Leyden, Friedrich, Groß-Berlin. Geographie der Weltstadt, Breslau 1933.
- Lohmeyer, Hans, Die Entwicklung Berlins zum Stadtstaat. Ein Beitrag zur Geschichte der Selbstverwaltung seit 1850, in: Der Bär von Berlin, Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins, 5., 1955, S. 16-32.
- Ludewig, Albert, Die Spandauer Zitadelle, Berlin-Spandau o.J.
- Mielke, Friedrich, Studie über den Berliner Wohnungsbau zwischen den Kriegen 1870/71 und 1914/18, in: JGMO, Bd. 20, Berlin 1971, S. 202-223.
- Nowack, Hans, Das Werden von Groß-Berlin (1890-1920), phil. Diss. FU Berlin, maschinenschriftl., Berlin 1953.
- Osborn, Max, Berlins Aufstieg zur Weltstadt, in: Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (Hrsg.), Berlins Aufstieg zur Weltstadt, Berlin 1929, S. 15-240.

- Pfannschmidt, Martin, Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, hrsg. von der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung Berlin, Berlin 1937.
- Pfeil, Elisabeth, Großstadtforschung (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen Bd. 19), Bremen-Horn 1950.
- Preuß, Hugo, Die Entwicklung des deutschen Städtewesens, Bd. I: Die Entwicklungsgeschichte der deutschen Städteverfassung, Leipzig 1906.
- Propaganda-Ausschuß für Groß-Berlin (Hrsg.), Das Wachsen Groß-Berlins in Bildern (= Für Groß-Berlin, H. 2), Berlin-Charlottenburg 1912.
- Rickels, Karl, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Wilhelmshavener Werftarbeiter mit besonderer Berücksichtigung der Einwirkungen der Nachkriegszeit, jur. Diss., Münster, maschinenschriftl., Münster 1921.
- Rückert, Otto, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstags-Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871-1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebkechts, (= Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, H. 8), 3 Teile, Potsdam 1965.
- Ders., Karl Liebkecht. Führer der Parteiorganisation des Wahlkreises Potsdam - Spandau - Osthavelland, o.O., o.J.
- Ders., Die Linken im Reichstags-Wahlkreis Potsdam - Spandau - Osthavelland, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Sonderheft 7, Berlin (DDR) 1965, S. 84-101.
- Schmitthenner, Paul, Die Gartenstadt Staaken, Berlin 1917.
- Schulze, Daniel Friedrich, Zur Beschreibung und Geschichte von Spandau - gesammelte Materialien, hrsg. v. Otto Recke, Berlin-Spandau 1913.
- Weidmüller, Helmut, Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik, phil. Diss. FU Berlin, maschinenschriftl., Berlin 1956.
- Wenzel, Stefi, Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808-1848 (= VHKB., Bd. 21), Berlin 1967.
- Wermuth, Adolf, Ein Beamtenleben - Erinnerungen, Berlin 1922.
- Wissing, Jürgen, Boden- und Wohnverhältnisse in Kiel von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum Jahre 1914 (= Bonner staatswissenschaftliche Untersuchungen, hrsg. v. H.v. Beckerath u.a., H. 15), Bonn 1924.

Zimm, Alfred, Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. Tendenzen der geographischen Lokalisation bei den Berliner Industriezweigen von überörtlicher Bedeutung sowie die territoriale Stadtentwicklung bis 1945, Berlin (DDR) 1959.

Zwick, Hermann, Die Entwicklung des Berliner Gemeindeschulwesens vom Jahre 1878 bis zur Gegenwart, Berlin 1894.

N A C H T R A G

Z U

TEIL IV / B :

(MONOGRAPHIEN UND AUFSÄTZE AUSSCHLIEßLICH FESTSCHRIFTEN)

Ay, Karl-Ludwig, (Hrsg.), Appelle einer Revolution. Dokumente aus Bayern zum Jahr 1918/1919. München 1968. (Buch und Bürger-Sonderband des Fördererkreises der Münchner Städtischen Bibliotheken e.V.).

Bauer, Helmut, "Der 'Kriegsausschuß der Deutschen Industrie' - Die industrielle Organisation im Ersten Weltkrieg", in: Berg, F. (Hrsg.), Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 102-117.

Becker, Duncker, Eberlein (u.a.), Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution. Berlin 1929.

Berkenkopf, Paul, Die Entwicklung und die Lage der lothringisch-luxemburgischen Groß-Eisenindustrie seit dem Weltkrieg. Jena 1925.

Bonn, Julius, Moritz, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens München 1953.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934. 2 Bde., München 1972 (Taschenbuchausg.).

Budde, Emil Arnold, "Neuere Bewegungen in der englischen Arbeiterschaft", in: Archiv f. exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv), 9. Ergänzungsheft, Jena 1914. S. 28-57.

Büsch, Otto, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche. Berlin 1960 (VHKB., Bd. 1).

Dehio, Ludwig, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert.
Frankfurt/M., 1961.

Drechsler, Karl, Hänel, Erich, Jackstel, Karlheinz u.a. (Hrsg.),
Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin/DDR.,
1966 (Protokoll der 2. Tagung der Fachgruppe Geschichte der
neuesten Zeit 1917-1945, am 20. und 21. März 1965 in Berlin
im Rahmen des III. Kongresses der Deutschen Historiker-Gesellschaft). [Verweis auf Einzelbeiträge: Drechsler, Karl
u.a. (Hrsg.), "Monopole und Staat 1917.."]

Elben, Wolfgang, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965
(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 31).

Feldman, Gerald, D., "German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement", in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970, S. 312-341.

Feldman, Gerald, D., "Der organisierte Kapitalismus 1914-1923", in: Winkler, H.A., (Hrsg.), "Organisierter Kapitalismus", S. 150-171.

Feldman, Gerald, D., "Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilmachung 1918/19", in: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System", Bd. 2., S. 618-636.

Fischer, Fritz, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914. Kronberg/Düsseldorf 1978 (Taschenbuchausg. d. 2. Aufl. 1970).

Friedensburg, Ferdinand, Kohle und Eisen im Ersten Weltkrieg und in den Friedensschlüssen. Berlin/München 1934.

Gossweiler, Kurt, Großbanken - Industriemonopole - Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932. Berlin/DDR., 1971.

Günther, Fritz u. Ohlsen, Manfred, "Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) 1919-1933", in: Fricke, D. (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II., S. 580-619.

Guratzsch, Dankwart, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974. (= Studien zur modernen Geschichte, hrsg. v. Fritz Fischer u.a., Bd. 7).

- Gutsche, Willibald, "Bethmann Hollweg und die Politik der 'Neuorientierung'. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des Ersten Weltkrieges", in: ZfG., XIII., 1965, S. 209-234.
- Gutsche Willibald, "Die Entstehung des 'Kriegsausschusses der deutschen Industrie' und seine Rolle zu Beginn des Ersten Weltkrieges", in: ZfG., XVIII., 1970, S. 877-898.
- Gutsche Willibald, "Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausgliederung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern", in: Klein, Fritz (Hrsg.), "Politik im Krieg 1914-1918", Bln.,/DDR. 1964, S. 66-89.
- Hartenstein, Wolfgang, "Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920", Düsseldorf 1962 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22).
- Hennig, Eike, "Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie", in: Neue politische Literatur, Jgg. 18, 1973, S. 170-193.
- Hennig, Eike, "Monopolgruppentheorie in der DDR., diskutiert an 'Großbanken, Industriemonopole, Staat' von Kurt Gossweiler", in: Leviathan, Jgg. 1, 1973, S. 135-151.
- Hennig, Eike, "Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933-1938", Frankfurt/M., 1973.
- Herle, Jacob, "Erinnerungen an die Zentralverordnng", in: Berg, F. (Hrsg.), "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 273-287.
- noecke, Klaus-Peter, "Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei", in: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System", Bd. 2., S. 907-919.
- Irving, David, "Die Tragödie der deutschen Luftwaffe - Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Erhard Milch", Frankfurt/M./Berlin 1975.
- Kaiserliches Statistisches Amt, Abt. f. Arbeiterstatistik
"Die Verträge der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahr 1914. Unter besonderer Berücksichtigung der Kriegseinwirkungen", Berlin, 1916.
- Klaas, Gerd von, Albert Wöglar, "Einiger der Großen des Ruhrreviers", Tübingen 1957.
- Kocka, Jürgen, "Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918", Göttingen 1973. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 8).

- Kocka, Jürgen, "Organisierter Kapitalismus oder staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen", in: Winkler, H.A. (Hrsg.), "Organisierter Kapitalismus", S. 19-35.
- Kohlmann, Wilhelm und Johns, Heinrich, "Der Erzbergbau", in: Schlenker (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens, S. 53-84.
- Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919. Erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M., 1978.
- Kolb, Eberhard, "Einleitung", in: ders., (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 9-32 (= NWB. 49, Geschichte).
- Kosch, Wilhelm, Biographisches Lexikon der Politik, Presse und Publizistik. Fortgeführt von Eugen Kuri., 2 Bde., Bern/München 1963.
- Maier, Charles, S., "Coal and Economic Power in the Weimarer Republic: The Effects of the Coal Crisis of 1920", in: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System", Bd. 2., S. 530-542.
- Menz, Wolfgang, "Die Entstehung des Krupp'schen Nachrichtendienstes", in: VjhZ., Jgg. 24, 1976, S. 199-212.
- Metzner, Max, "Der Reichsverband der Deutschen Industrie - Gründung und organisatorischer Aufbau", in: Berg, F. (Hrsg.), "Der Weg zum industriellen Spitzenverband", S. 118-133.
- Mielke, Siegfried, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909-1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik. Göttingen 1976. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 17).
- Mommsen, Hans, Petzina, Dietmar, Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, 2 Bde., Kronberg/Düsseldorf 1977, Taschenbuchausg., Neudruck der 1. Auflage, Düsseldorf 1974. /Verweis auf Einzelbeiträge: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System"/.
- Mosse, George L., "Die deutsche Rechte und die Juden", in: Mosse, W.E. u. Paucker, A. (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932, S. 183-246.
- Mottek, Hans, Becker, Walter und Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - Ein Grundriß. Bd. III: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945. Bln. (DDR), 2. Aufl., 1975.
- Nußbaum, Helga, "Zentralverband Deutscher Industrieller (ZDI) 1876-1919", in: Fricke, D. (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II., S. 850-871.

Philipp, Albrecht (Hrsg.),

Gutachten der Sachverständigen von Kuhl, Schwertfeger, Delbrück, Katzenstein, Herz, Volkmann zur 'Dolchstoß'-Frage. Berlin 1928.

(= Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, Reihe 4, Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, 2. Abteilung, Bd. 6).

Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.

Radandt, Hans (Hrsg.), Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG.-Farben-Prozesses. Berlin/DDR. 1970.

Radandt, Hans, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld. Berlin/DDR. 1958.

Rathenau, Walther, Gesammelte Schriften, Bde. 1-5, Berlin 1925.

Retzlaw, Karl, Spartakus - Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. 4. neugefaßte Aufl., Frankfurt/M., 1976.

Rürup, Reinhard, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968 (= Institut f. Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 50).

Sasuly, Richard, IG.-Farben. Berlin/DDR. 1952.

Schiffer, Eugen, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951.

Schlenker, Max, "Das Eisenhüttenwesen in Elsaß-Lothringen", in: ders. (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens ..., S. 169-231.

Schlenker, Max (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens 1871-1918. Frankfurt/M. 1931.

Schmidt, Günter, "Bürgerliche Klubs und staatsmonopolistischer Kapitalismus", in: Drechsler, Karl u.a. (Hrsg.), "Monopole und Staat 1917 ...", S. 69-77.

Schröter, Alfred, "Die Bedeutung der institutionellen Verschmelzung von Staat und Monopolen für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: Drechsler, Karl (u.a., Hrsg.), "Monopole und Staat 1917 ..", S. 61-68.

Siemens, Wilhelm von, Belgien und die Abrüstungsfrage, Berlin 1918. (Erstabdruck: "Der Tag", Berlin, 25., 26.XI.1917).

ders., Die Freiheit der Meere, Berlin 1917.

ders., "Seerecht und Sicherung der Volkswirtschaft", in: "Recht und Wirtschaft", Jgg. 5, 1916, S. 173-185.

Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1973.

Sonnemann Rolf u. Sauerzapf, Rudolf, "Monopole und Staat in Deutschland 1917-1933", in: Drechsler, Karl u.a. (Hrsg.), "Monopole und Staat 1917 ...", S. 7-33.

Stegmann, Dirk, "Hugenberg contra Stresemann - Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreiches", in: VjhZ., Jgg. 24, 1976, S. 329-378.

Thieleke, Karl-Heinz, "Die 'Arisierungen' des Flick-Konzerns", in: Thieleke, Karl-Heinz und Drobisch, Klaus, Fall 5, Anklageplädoyer, Ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses. Bln./DDR., 1965, S. 353-467 u. 480-501.

Turner, Henry A., "Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP", in: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System", Bd. 2., S. 919-931.

Weisbrod, Bernd, "Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik", in: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System", Bd. 2., S. 674-692.

Wiener, P.B., "Die Parteien der Mitte", in: Mosse W.E. u. Paucker, A. (Hrsg.), "Entscheidungsjahr 1932", S. 289-321.

Zunkel, Friedrich, "Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des 'Reichsverbandes der Deutschen Industrie'", in: Mommsen, Hans u.a. (Hrsg.), "Industrielles System", Bd. 2., S. 637-647.

LEBENS LAUF

3. V. 1934 in Worms/Rh.
 Landwirtschaftsrat Dr. Heinrich Barth und Luise
 Barth, geb. Gähtgens.
 Reichelsheim (Odenwald) 1940-1944.
 Oberschule f. Jungen Groß Bieberau (Odenwald)
 1944/1945.
 Oberrealgymnasium Michelstadt (Odw.) 1946-1954.
 März 1954
 SS 1954 - WS 1955/56 Universität Frankfurt/M. Er-
 stes Semester Jura, dann Geschichte und Franzö-
 sisch;
 SS 1956 - WS 1957/58 Universität Freiburg/Brsg.
 SS 1958 - WS 1961/62 Freie Universität Berlin.
 Erste wiss. Staatsprüfung f.d.Amt d. Studienrates
 am 1.III.1962 in Berlin. Prüfungsfächer: Geschichte
 und Französisch ("Gut").
 Wiss. Mitarbeiter der "Historischen Kommission zu
 Berlin" (1962-1965).
 1965-1969 Stipendiat und freier Mitarbeiter der
 "Friedrich-Ebert-Stiftung".
 1970-1977 Wiss. Assistent im Fachbereich 3, Fach
 Geschichte, an der PH., bzw. Universität Olden-
 burg.
 1972 Akademischer Rat mit der Auflage der zusätz-
 lichen Qualifizierung durch Promotion.
 Während meines Studiums habe ich Geschichte u.a.
 bei den Professoren: Kirn (Frankfurt), Nesselhauf
 (Freiburg) und Schlesinger und Herzfeld (FU Ber-
 lin) studiert. In Romanistik nahm ich an Veran-
 staltungen der Professoren Friedrich (Freiburg)
 und Pabst teil.
 Anregungen zur Beschäftigung mit dem Thema der Ar-
 beit gehen auf die Tätigkeit bei der "Historischen
 Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Insti-
 tut der Freien Universität Berlin" zurück.
 Oldenburg, den 1.III.1977

(Hans M. Barth).

